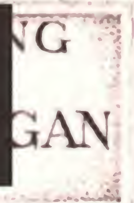
Sozialistische monatshefte

Joseph Bloch





MARTIN
KLOPSTOCK



SOZIALISTISCHE MONATSHEFTE

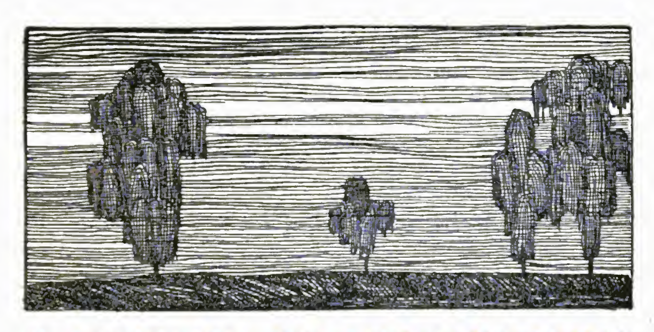
HERAUSGEGEBEN VON J. BLOCH

1907 · 1' BAND · JANUAR BIS JUNI



VERLAG DER SO-
ZIALISTISCHEN
MONATSHEFTE
G·M·B·H· IN
BERLIN W. 35

DIE *Sozialistischen Monatshefte* sind, ihrem Programm entsprechend, ein freies Diskussionsorgan für alle Anschauungen auf dem gemeinsamen Boden des Sozialismus. Die Redaktion kann sich mithin nicht mit dem Inhalt aller Ausführungen einverstanden erklären, denen sie Raum gewährt; sie verzichtet darauf, ihre gegenteilige Stellungnahme in einem besondern Falle durch Anmerkung zu dokumentieren.



11. JAHRGANG / DES SOZIALISTISCHEN AKADEMIKERS 13. JAHRGANG / 1. BAND

INHALTSVERZEICHNIS

× × ×

RUNDSCHAU

ÖFFENTLICHES LEBEN

Wirtschaft / Richard Calwer

Politik / Max Schippel

Sozialpolitik / Paul Kampffmeyer

Soziale Kommunalpolitik / Hugo Lindemann

Sozialistische Bewegung / Josef Bloch

Gewerkschaftsbewegung / Ernst Deinhardt

WISSENSCHAFT

KUNST

DIVERSA

× × ×

PORTRÄTS

××

VERZEICHNIS DER IN DER RUNDSCHAU GEBRAUCHTEN ABKÜRZUNGEN

A. C. V.	bedeutet	den *Allgemeinen Konsumverein* in Basel
B. G. B.	„	das deutsche Bürgerliche Gesetzbuch
C. W. S.	„	*Cooperative Wholesale Society* (die englische respektive schottische Grosseinkaufsgesellschaft)
F. S.	„	die englische *Fabian Soziety*
G. E. G.	„	die *Grosseinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine*
G. O.	„	die deutsche Gewerbeordnung
I. L. P.	„	*Independent Labour Party* (die englische *Unabhängige Arbeiterpartei*, Richtung Keir Hardie-MacDonald)
L. R. C.	„	*Labour Representation Committee* (den *Arbeitervertretungsbund*, aus dem die englische Arbeiterpartei hervorgegangen ist)
P. P. S.	„	*Polska Partya Socyalistyczna* (die *Polnische sozialistische Partei*)
S. D.	„	die *Sozialdemokratie des Königreichs Polen und Litauens* (Richtung Rosa Luxemburg)
S. D. F.	„	*Social Democratic Federation* (die englische *Sozialdemokratische Föderation*, Richtung Hyndman)

××

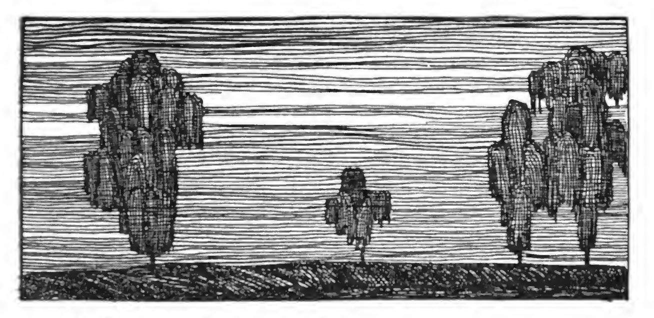
VERZEICHNIS SINNENTSTELLENDER DRUCKFEHLER

Seite	79I	Zeile	30 v. u.	statt:	Dresden	lies:	Jena
„	91II	„	4 v. u.	„	*Sallery*	„	*Gallery*
„	348	„	9 v. o.	„	war war	„	was war
„	385	„	1 v. u.	„	1,80	„	2,80
„	388	„	12 v. u.	„	müsste	„	könnte

DRUCK VON CARL ROSEN IN BERLIN

ELISÉE RECLUS GEBOREN 1830 GESTORBEN 1905





1° HEFT / JANUAR 1907

EDUARD BERNSTEIN · DAS NEUE PLEBISZIT

UM drittenmal im Laufe von zwanzig Jahren ist der deutsche Reichstag im Streit über eine Militärforderung aufgelöst worden. Und zum zweitenmal hat das vom Reichstag der in Frage stehenden Militärforderung bereitete Schicksal nur den Anlass zur Auflösung geliefert, ohne als deren Grund angesehen werden zu können.

Als Bismarck am 14. Januar 1887 den Reichstag auflöste, hatte die damalige bürgerliche Opposition für die geforderte Erhöhung der Friedenspräsenzstärke der Armee *jeden Mann und jeden Groschen* bewilligt. Was sie ablehnte, war die Festlegung dieser Erhöhung auf 7 Jahre. Und auch das nur aus budgetrechtlichen Gründen. Denn dass die einmal bewilligte Erhöhung der Truppenstärke im Laufe der folgenden 7 Jahre wieder aufgehoben werden sollte, war ausgeschlossen. Die aus dem Zentrum und den Freisinnigen bestehende bürgerliche Opposition wollte nur nicht das Budgetrecht des Reichstags gleich auf 7 Jahre aus der Hand geben. Die Freisinnigen, damals noch 66 Mann stark, waren sogar bereit, die Erhöhung immerhin auf 3 Jahre festzulegen. Von irgend einer Preisgabe dessen, was von der Heeresleitung als für die Sicherheit des Landes notwendig erklärt worden war, konnte also keine Rede sein. Nichtsdestoweniger löste Bismarck den Reichstag auf und gab für den Wahlkampf die Parole *Das Vaterland in Gefahr! Hier Kaiser und Reich, dort Reichsfeinde und Reichsnörgler!* aus. Und mit Hilfe von Schreckensbildern und gefälschten Karten über Frankreichs Rüstungen wurden die Wähler bearbeitet, dass ihnen Hören und Sehen verging. Das Plebiszit — denn jede Wahl unter solchen Umständen ist ein Plebiszit — ergab einen Reichstag, in dem die sogenannten *nationalen Parteien,* Konservative, Reichspartei, Nationalliberale, die unbestrittene Mehrheit, 220 gegen 177 Stimmen, hatten.

Am 13. Dezember 1906 hat es sich nicht um die heimische Wehrmacht gehandelt, sondern um die Truppen im südafrikanischen Schutzgebiet Deutschlands. Auch ist es nicht ein blosses Kriegsgespenst, für das Truppen verlangt wurden: es sind wirklich dort kämpfende Gegner im Felde: 300 bis 500 Hottentotten bedrohen Ansiedlungen und Verkehrsstrassen im Süden der Kolonie. Keine

der bürgerlichen Parteien lehnte sich dagegen auf, dass der Niederwerfungskampf gegen diese Hottentotten fortgesetzt werde. Keine von ihnen verweigerte der Heeresleitung in Südwestafrika grundsätzlich das von dieser als für den Kampf unerlässlich bezeichnete Truppenkontingent. Mit der Erläuterung, die Herr Spahn ihm am 13. Dezember gab, war selbst der auf eine bestimmte Reduktion der Schutztruppe abzielende Zentrumsantrag durchaus nicht radikaler, als der von der Regierung schliesslich für diskutabel erklärte Antrag der Freisinnigen. Er war nur etwas weniger logisch, als jener. Er nannte zwar, im Gegensatz zu jenem, eine bestimmte Kopfzahl (2500), auf welche die Schutztruppe verringert werden sollte, und sprach sogar von einem bestimmten Datum, aber das bezog sich, wie bei jenem, nur auf die Vorbereitung der Verringerung und machte, genau wie er, deren Verwirklichung von dem Verlauf der im Gange befindlichen Operationen der Truppen abhängig; er enthält, was Herr Spahn noch ausdrücklich hervorhob, nicht die Spur einer Zeitbestimmung für die wirkliche Reduktion. Statt von deren Ausführung in 4 Monaten, sprach Herr Spahn denn auch gleich von 8 und 9 Monaten als der wirklichen Frist, und selbst das nur bedingt. Er betonte ausdrücklich: alle Beschlüsse des Reichstags würden gefasst unter der Voraussetzung, dass die Verhältnisse so blieben, wie sie zur Zeit der Beschlussfassung liegen. Danach hatte die Festsetzung des 31. März als Termin, bis zu dem die Vorbereitungen für die Heimsendung der Truppen getroffen sein sollten, praktisch jede Bedeutung verloren. Hätte der Reichstag dem Zentrumsantrag zugestimmt, und die Regierung erklärt, sie wolle sehen, was sich machen lasse, so wären diejenigen, die die Terminbestimmung für bare Münze genommen hätten, einfach in den April geschickt gewesen. Sie verpflichtete zu keinem Deut mehr, als der Antrag der Freisinnigen, der da verlangt, eine »sehr erhebliche weitere Verminderung der Schutztruppe entsprechend der fortschreitenden Beruhigung des Schutzgebietes« vorzubereiten. Akzeptierte also die Regierung diesen, so hätte sie auch zur Not den Zentrumsantrag annehmen können, wenn es ihr nur auf die Freiheit des gegenwärtigen Truppenführers, des Obersten von Deimling, bei seinen militärischen Operationen in Südwestafrika angekommen wäre. Auch wäre ihr das Zentrum zweifelsohne im äussersten Falle noch weiter entgegengekommen, wenn es nicht durch Herrn Dernburg, den neuen Kolonialdirektor, geradezu demonstrativ dazu provoziert worden wäre, sich auf die Hinterfüsse zu stellen. Noch im letzten Moment fuhr Herr Dernburg, auf eine überaus zahme Selbstverteidigung des Herrn Roeren hin, diesen und damit auch dessen Partei mit einer Vehemenz an, dass für sie, sofern sie nur ein wenig Rückgrat hatten, ein Zurückweichen nicht mehr möglich war. Kein Zweifel, am Regierungstisch wollte man den Konflikt. Und statt überschüssiger Truppen ward die *Bande* nach Hause geschickt.

Von der Rechten und der Linken des Reichstags tönte dem Kanzler, als er das bereit gehaltene Auflösungsdekret verlas, stürmischer Beifall entgegen. Die Sozialdemokratie auf der Linken applaudierte ironisch, ihr Händeklatschen war eine Kampfdemonstration gegen die auflösende Regierung und hiess um so energischere Betonung des Rechts der Volksvertretung. Wenn aber die Nationalliberalen und Konservativen applaudierten, so schmähten sie damit das Recht der Volksvertretung. In jedem parlamentarisch regierten Lande hat, wenn die Regierung in der Volksvertretung für eine von ihr als Lebensfrage

erklärte Forderung keine Mehrheit findet, die Regierung zu gehen, und nicht die Volksvertretung. Auflösung findet erst statt, wenn innerhalb der Volksvertretung selbst keine Mehrheit zu stande gebracht werden kann. Indem die Regierung auflöste, ohne jeden solchen Versuch zu machen, ohne selbst nur die Abstimmung über den Zentrumsantrag abzuwarten, behandelte sie den Reichstag — ob das vielgenannte Stichwort nun telegraphiert worden ist oder nicht — in der Tat als *Bande,* und in einem Parlament, das sich selbst achtet, hätte einmütiger Protest die Antwort sein müssen. Es gibt Fälle, wo das Unrecht, das meinem grössten Gegner geschieht, immer noch auch mir selbst zugefügtes Unrecht ist, und ein solcher Fall lag hier vor. Als der Reichskanzler im Kommandoton dem Reichstag zurief, die Parteien könnten Forderungen annehmen oder ablehnen, denn sie trügen keine Verantwortung, die Regierung aber sei verantwortlich und dürfe daher, wo die höchsten nationalen Interessen in Frage kämen, nicht den Interessen und Beschlüssen von Parteien weichen, griff er alle Parteien an und nicht bloss die, gegen die er sich im Moment wandte.

Nicht, dass jeder Unterschied zwischen der Verantwortlichkeit von Regierungen und der Verantwortlichkeit von Parteien hier geleugnet werden soll. Aus der Verschiedenheit der Aufgaben von Partei und Regierung ergibt sich ganz naturgemäss eine Verschiedenheit von Art und Grad der Verantwortlichkeit. Aber keine Regierung steht so über der Nation, keine verkörpert so in sich das Gesamtwesen der Nation, dass sie das Recht hätte, zu sagen: was ich für das höchste Interesse der Nation erkläre, das ist auch unter allen Umständen ihr höchstes Interesse. Darüber hat vielmehr die Nation selbst zu entscheiden, und das Organ, durch das diese ihren Willen kundgibt, ist, wo nicht die direkte Volksabstimmung besteht, die Körperschaft der gewählten Volksvertreter. Die sind, so gut wie der Kanzler, ihrem Gewissen, sie sind ausserdem aber ihren Wählern verantwortlich, sowohl für die Gesetze, die sie beschliessen, als auch für das *Nein,* durch welches sie Gesetzesvorschläge zu Fall bringen. Das Mittelglied bildet hier die Partei als Organisation der Wähler, und ihr Verantwortlichkeitsgefühl wird um so stärker sein, je grösser die Macht der Volksvertretung ist. Ohne Macht keine Verantwortlichkeit, und wer einer Volksvertretung die Macht vorenthält, die Grundsätze der Regierungspolitik zu bestimmen, hat schön ausrufen: ihr habt keine Verantwortung! Er konstatiert damit nur die Schuld und den usurpatorischen Charakter des Systems, dessen Träger er ist.

Das sind nur Elementarsätze des Verfassungswesens. Aber wie wenig werden sie noch bei uns begriffen und empfunden! Bis in bürgerlich-demokratische Kreise hinein hat man das Bülowsche Pronunciamento daraufhin bejubelt, dass es *das Zentrum traf,* und ein liberaler Journalist machte ziemlich erstaunte Augen, als ich ihm erklärte, ich sähe, wenn einmal eine konservativ-klerikale Reichstagsmehrheit da sei, durchaus kein Unglück darin, dass sie alsdann auch die Regierung übernähme. Sind nicht die Zentrumsleute eine reaktionäre Gesellschaft? Ganz gewiss. Aber es ist viel weniger Reaktion, wenn diese Reaktionspartei gelegentlich verfassungsmässig ans Ruder kommt, als wenn das ganze Verfassungsleben der Nation dadurch verfälscht wird, dass die wirklich herrschenden Parteien bloss hintenherum ihre Macht ausüben. Letzteres ist bei uns der Fall, und darum hat das jetzt so lärmend zu den Wahlen ausge-

gebene Geschrei über *Hintertreppenpolitik* im Munde der Nationalliberalen und ihrer Verbündeten so wenig Sinn oder vielmehr so viel Unwahrhaftigkeit. Nicht, dass das Zentrum von solcher gar so rein sei. Der Fall Roeren hat es in diesem Punkt arg blossgestellt. Nur konnte die Enthüllung keinen überraschen, der etwas vom Wesen der Bureaukratie in Ländern mit halbparlamentarischen Einrichtungen kennt. Dass in den Kolonieen die Missionen gern eine Art Nebenregierung bilden, dass es infolgedessen da zwischen Missionshaus und Regierungsgebäude viel Reibungen und Zwischenträgereien gibt, wusste man schon längst, und das Zentrum müsste nicht die stärkste der auf dem Boden der gegebenen Gesellschaftsordnung stehenden Parteien Deutschlands sein, wenn es nicht suchen sollte, bei Streitfällen solcher Art seinen Einfluss auch in den Ministerien zur Geltung zu bringen. Aber darüber können sich diejenigen Parteien zu allerletzt beklagen, die ein System aufrechterhalten, das den höheren Verwaltungsdienst daheim und in den Kolonieen zum Monopol ganz bestimmter privilegierter und ihnen verbundener Gesellschaftsklassen macht — ein System, an dem im Wesen damit noch gar nichts geändert ist, dass einmal zwischen die Bureaukraten ein Bankokrat mit etwas weniger geglätteten Manieren gesetzt ward. Das Programm, das Herr Dernburg in der Reichstagssitzung vom 3. Dezember 1906 hinsichtlich seiner Stellung zu den Missionen entwickelt hat, ist tatsächlich nur ein Programm von Kompromissen hinter den Kulissen. Wörtlich hiess es dort:

»Die Förderung von Missionen ist eine unserer Hauptaufgaben, und wir freuen uns, dass dieser Togofall ein vereinzelter ist. Wir freuen uns, dass in Kamerun anständige Zustände sind. Dort sitzen Missionare im Gouvernementsrate. Das selbe ist in Ostafrika der Fall; auch in Südwestafrika werden sie zugezogen. Überall haben wir Konventionen zwischen den Behörden und den Missionaren, und wir kommen überall gut aus.«

Wenn dem aber so ist, welchen Sinn hat da das Geschrei von Beseitigung der Nebenregierung der Missionen? Wohl möglich, dass die Mission von Togo über die Schnur gehauen hat. So sehr man geneigt ist, dort, wo die Behandlung der Eingeborenen in Frage kommt, den Missionaren mehr zu glauben, als den Verwaltungsbeamten, da es unter den ersteren jedenfalls einen grösseren Prozentsatz von Leuten gibt, die um einer Idee willen, und nicht um Karriere oder Geld zu machen, ihren Beruf ergriffen haben, und dem Verwaltungsbeamten das Bedürfnis, den Herrn zu zeigen, obenan zu stehen pflegt, so wird man darum doch noch nicht schlechtweg jede Anklage von Missionaren gegen Beamte für bare Münze nehmen. Denn da kann, sintemalen der Rock nirgends den Charakter macht und selbst die Bibel nicht vor Klatschsucht schützt, auch sehr hässliches Zelotentum mitspielen, wie ja im Mittelsmann der Togomissionare, Herrn Roeren, sicher ein Stück vom Zeloten steckt. Herr Roeren erinnert in seinem Gebaren stark an die englischen Nonconformisten, die ein gewisses demokratisches Empfinden mit einer gehörigen Dosis Muckerei verbinden. Wer im Reichstag Zeuge gewesen ist, wie harte Züge sein Gesicht annahm, und wie verbissen seine Worte klangen, wenn er von irgend einer Person sprach, gegen die er etwas hatte, der wird es durchaus für wahrscheinlich halten, dass er seinerzeit bei den Verhandlungen im Kolonialamt die Drohungen ausgesprochen hat, die dann hinter seinem Rücken zu Protokoll genommen und von Herrn Dernburg im Reichstag verlesen wurden. Diese Drohungen belasten seine bürgerliche Ehre nicht, er verlangte ja nichts für sich selbst; aber der öffentliche Charakter des Politikers wird durch sie doch schwer belastet, denn

sie gingen weit über diejenige Pression hinaus, die auszuüben der Politiker ein Recht hat. Herr Roeren wollte die Hand dazu bieten, dass Handlungen von Beamten, die sich nach seiner eigenen Darstellung als schwere Verbrechen qualifizierten, vertuscht würden, wenn verschiedene Beamte versetzt und der nach seiner Ansicht zu Unrecht gemassregelte Beamte Wistuba wieder eingesetzt oder befördert würde. Er ist erst öffentlich als Ankläger aufgetreten, als seinem Verlangen nicht entsprochen worden war. Diesem Verhalten gegenüber konnte Herr Dernburg mit einem gewissen Recht ausrufen: Sie haben vertuscht, nicht ich! Indes wäre man ja im Kolonialamt zum Vertuschen von Herzen bereit gewesen, man fand nur den Preis zu hoch, den Herr Roeren verlangt hatte, ein Streit, der darum auch als solcher gar kein politisches Interesse hatte, so wichtig er als Symptom ist, und so verhängnisvoll er dadurch wurde, dass er der Regierung bei ihrer Kriegserklärung an das Zentrum eine gute Parole zum Einfangen des liberalen Philisteriums lieferte. Wenn noch ein Zweifel daran bestand, worum es sich für die Regierung dem Zentrum gegenüber in Wirklichkeit handelt, so haben ihn die unter dem Titel *Rückblicke* veröffentlichten Abrechnungsartikel der *Norddeutschen Allgemeinen Zeitung* dem Blindesten gegenüber beseitigt. Da wird mit dürren Worten erklärt, dass der Kampf der Regierung gegen das Zentrum sich nicht gegen dieses als konfessionelle Partei richtet, sondern dass das Zentrum jetzt bekämpft wird, weil es den Beruf,

»als Mehrheitspartei die Regierung, ohne zu markten und zu feilschen und ohne für sich, sein Ansehen und seine Macht einen Extraprofit herauszuschlagen, in allen das Wohl und Wehe unseres Vaterlandes tief und nahe berührenden Fragen zu unterstützen,«

nicht mehr erfüllte, sondern mit seiner ausschlaggebenden Stellung im Reichstage »Missbrauch« getrieben habe, indem es versucht habe, »sich als Situationsretter aufzuspielen«. Aus diesem Satze geht hervor, was die deutsche Reichsregierung unter einer *Regierungspartei* versteht, er legt das ganze Elend des deutschen Reichsparlamentarismus bloss. Verantwortung ohne Macht, das soll die Aufgabe der Regierungsmehrheit im deutschen Reichstage sein. Wenn die Regierung glaubt, mit diesem Programm den Begriff *Regierungspartei* in Deutschland populär zu machen, so dürfte der Ausfall der ausgeschriebenen Wahl sie eines anderen belehren. An diesem Motto ist seinerzeit der Nationalliberalismus zum Bankrott gekommen, an ihm laboriert jetzt der Freisinn. Im übrigen wird sich niemand darüber täuschen, dass in dem Programm zugleich die Grundlinien eines späteren Kompromisses der Regierung mit dem Zentrum vorgezeichnet sind. Denn Regierung und Zentrum werden sich wieder zusammenfinden, weil sie sich zusammenfinden müssen. Als halb Feudalpartei und halb Partei des nach mittelstandsretterischer Staatshilfe verlangenden Kleinbauern- und Kleinbürgertums ist das Zentrum der natürliche politische Alliierte des preussischen Junkertums, mit dem das Hohenzollernhaus viel zu eng verbunden ist, um je prinzipiell mit ihm zu brechen. In allen grossen Fragen der Wirtschafts- und Finanzpolitik der letzten Jahrzehnte hat sich diese innere Verwandtschaft gezeigt, und es gehört die ganze Verblendung unserer kulturkämpfenden Freisinnigen dazu, von einem etwaigen Sieg der Regierung im jetzigen Kampf gegen das Zentrum so etwas wie eine liberale Ära zu erhoffen. Dieser Kampf hat nur den Zweck, das Zentrum gefügig zu machen. An ein Aufreiben des Zentrums denkt die Regierung nicht. Weder ist sie Träumerin genug, es für möglich zu halten, noch unpolitisch genug, es zu wünschen. Sie

kann vernünftigerweise nur eines wünschen und hoffen, nämlich, dass das Zentrum numerisch und moralisch ein wenig — nicht allzusehr — geschwächt in den neuen Reichstag einzieht.

Das mag nun wohl in Erfüllung gehen. Aber nicht die Nationalliberalen und die Freisinnigen werden das Werk vollbringen, sondern der Angriff von links her wird dem Zentrum die Wunden schlagen, die ihm für seine parlamentarischen und ausserparlamentarischen Sünden gebühren. An der Ostgrenze, wo das Zentrum lange Zeit die Doppelrolle erfüllte, Anwalt der polnischsprechenden Bevölkerung gegenüber der Regierung und Anwalt des Deutschtums gegenüber dem Nationalpolonismus zu spielen, hat die preussische Ostmarkenpolitik die Fortsetzung dieser Mission unmöglich gemacht. Die polnische Bewegung ist der zügelnden Hand des Zentrums entwachsen, etliche Zentrumsmandate werden an die Polen übergehen. Im Westen aber und in Mitteldeutschland wird die Sozialdemokratie mit dem Zentrum Abrechnung halten, nicht zum wenigsten auch ob der Rolle, die es im Verein mit der Regierung bei der sogenannten *Finanzreform* gespielt hat. Was in den rheinisch-westfälischen Industriebezirken, was am Main dem Zentrum verloren geht, das wird ebenso der Sozialdemokratie anheimfallen, wie eine Anzahl nationalliberaler Mandate, die bei den Wahlen von 1903 nur mit Hilfe des Zentrums der Sozialdemokratie abgenommen respektive von ihm *gerettet* werden konnten. Es ist undenkbar, dass man in Regierungskreisen sich das nicht selbst gesagt haben sollte. Man muss dort mit der Wahrscheinlichkeit, wenn nicht Gewissheit rechnen, dass die Sozialdemokratie in den neuen Reichstag erheblich verstärkt einziehen wird. An eine Wiederholung von 1887 ist keinesfalls zu denken. Das Bülowsche Plebiszit kann höchstens eine Verringerung der Zentrumssitze zur Folge haben, die Mehrheitskombination *Zentrum, Sozialdemokraten, Polen* wird es nicht verhindern. Darin liegt aber schon eingeschlossen, dass es, was immer die Regierung gewollt hat, schwerlich der letzte Akt der eingeleiteten Aktion sein wird.

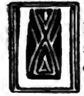
In dieser Voraussicht zieht die Sozialdemokratie in den Wahlkampf. Sie hat die von der Regierung ausgegebene Wahlparole nicht zu fürchten. Fürst Bülow erklärte in der Reichstagssitzung vom 13. Dezember, Deutschlands Ansehen in der Welt stehe auf dem Spiel, wenn der Aufstand in Südwestafrika nicht in der Weise bekämpft und niedergeschlagen werde, wie es das Regierungsprogramm verlangt. Aber die Welt, die er dabei im Auge hat, ist nur ein kleiner Teil der wirklichen Welt, nur ein kleiner Teil vor allem der uns umgebenden Kulturwelt. Welches Bild bietet uns diese? In den beiden westlichen Grossstaaten Europas, England und Frankreich, vollzieht sich vor unseren Augen ein gewaltiger Aufschwung der sozialistischen Demokratie; in beiden Staaten kommen Grundsätze in der Politik zum Durchbruch, die sich von denen, die Fürst Bülow vertritt, himmelweit unterscheiden. In Frankreich ist man jetzt daran, den Staat völlig zu entkirchlichen, statt eine konfessionelle Partei zur Regierungspartei zu erziehen, entzieht man ihr die Vorbedingungen, kraft deren sie einst Regierungspartei war. In England ist der Mann heute leitender Minister, der mitten im Burenkrieg, noch ehe die Buren niedergeschlagen waren, einem billigen Frieden mit ihnen das Wort zu reden den Mut fand, und Englands Politik den Schwarzen Afrikas gegenüber ist eine durchaus andere, als die Deutschlands. Grundsätze, wie sie Herr Dernburg

von der Tribüne des Bundesrates herab hinsichtlich der Nichtbeachtung der Zeugenaussagen von Schwarzen kundgab, würden in England einen Sturm der Entrüstung zur Folge gehabt haben. Unser Nachbarstaat im Süden, Österreich, ist im Begriff, sich mittels des allgemeinen Wahlrechts zu demokratisieren, was, wie in England und Frankreich, notwendig auch auf die Grundsätze seiner auswärtigen Politik einwirken muss. Im Osten sehen wir Russland in einer Umwälzung, deren Werk wohl zeitweilig unterbrochen werden kann, an deren dauernde Niederhaltung aber der Zar und seine Leute selbst nicht glauben, und die jedenfalls eine ganz neue, demokratisch gerichtete öffentliche Meinung in diesem Lande erzeugt hat. Im Norden sehen wir in den skandinavischen Ländern die Arbeiterdemokratie zu immer stärkerer Geltung gelangen. Und diese Welt, die Welt der schaffenden Kräfte der Nationen, sie sehen unsere Staatsmänner nicht, an sie denken sie nicht, wenn sie davon sprechen, dass Deutschlands Ansehen in der Welt auf dem Spiele stehe. Sie denken nur an die Kreise, denen sie selbst entstammen. Diese kleine Welt, das ist die ihrige: trotz aller Macht, die sie noch ausübt, eine untergehende Welt.

Die Regierungsparole *Nebenregierung oder nicht?* ist eine Scheinparole. Solange das heutige Regierungssystem besteht, werden wir immer in Deutschland Nebenregierung haben. Ob der jeweilige Kaiser sie ausübt, oder sonst jemand, was ändert es im Wesen? Die wirkliche Parole heisst *Selbstregierung oder Scheinparlamentarismus?* Sie steht im Vordergrund des grossen Kampfes, der alle Kulturländer durchzieht, und für ihre Beantwortung im Sinne der Demokratie kämpft mit allen Konsequenzen dieser Antwort in Deutschland heute allein die Sozialdemokratie. So stellt sie die Wahlfrage, und am 25. Januar wird es sich zeigen, welcher Teil des deutschen Volkes ihr zustimmt.

××

ADOLPH VON ELM · DER SOZIALPOLITISCHE KURS UND DIE REICHSTAGSWAHL



NSERE Regierung hat mit ihrem Gesetzentwurf über die gewerblichen Berufsvereine den urkundlichen Beweis dafür erbracht, dass sie der grossen wirtschaftlichen Bewegung der Arbeiter — die nach der letzten statistischen Zusammenstellung Ende 1905 schon über 1 800 000 Mitglieder umfasste, wovon auf die freien Gewerkschaften allein 1,3 Millionen entfielen — nicht nur völlig verständnislos, sondern direkt feindlich gegenübersteht. Mit der Reichstagsauflösung ist auch dieser Entwurf in den Papierkorb gewandert, aber anzunehmen ist wohl, dass er nach dem Zusammentritt des neuen Reichstags wieder aufersteht. Deshalb dürfte es sich für die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter aller Schattierungen dringend empfehlen, die Kandidaten, die sich bei der kommenden Wahl um die Gunst der Wähler bewerben, darüber zu interpellieren, wie sie sich zu den bei der Erörterung des Entwurfs im Reichstage aufgerollten Kardinalfragen stellen.

Die wichtigste Frage ist die des Koalitionsrechts überhaupt. Den Landarbeitern, Seeleuten, Eisenbahnern, sowie allen Staats- und Gemeindearbeitern will die Regierung nicht das Recht der Vereinigung gewähren, ja,

sie will sogar die übrigen gewerblichen Arbeiter verhindern, sofern es ihr gelingt, sie unter das Joch des geplanten Gesetzes zu zwingen, berechtigte Arbeitseinstellungen dieser Arbeiterkategorieen zu unterstützen. Nach dem famosen § 20 soll einem Verein die Rechtsfähigkeit entzogen werden, wenn er solche Arbeiterausstände fördert. Das Koalitionsrecht steht bei uns in Deutschland vielfach nur auf dem Papier, den Gewerkschaftern bietet sich bei der Wahl eine passende Gelegenheit, diese Frage mit in den Vordergrund des öffentlichen Interesses zu rücken.

Dann die zweite Frage, zu der jetzt Stellung genommen werden muss: Soll § 31 des Bürgerlichen Gesetzbuches, der da lautet:

»Der Verein ist für den Schaden verantwortlich, den der Vorstand, ein Mitglied des Vorstandes oder ein anderer verfassungsmässig berufener Vertreter durch eine in Ausführung der ihm zustehenden Verrichtungen begangene, zum Schadensersatze verpflichtende Handlung einem dritten zufügt«

auch auf Gewerkschaften, eingetragene oder nicht eingetragene, Anwendung finden dürfen? Wer diese Frage mit *Ja* oder mit Ausflüchten beantwortet, ist entweder ein Feind der Gewerkschaften oder besitzt kein Verständnis für ihre kulturellen Aufgaben und darf die Stimme eines Arbeiters nicht erhalten. Die Regierung will den Gewerkschaften die Schadensersatzpflicht aufzwingen, um sie dadurch kampfunfähig zu machen. Der Staat hat sich bis heute noch immer gesträubt, die Haftung für Schäden zu übernehmen, die seine Beamten anrichten, die Gewerkschaften aber, die keine Disziplinargewalt über ihre Bevollmächtigten, Vertreter oder Beauftragte besitzen, sollen für deren Handlungen verantwortlich gemacht werden.

Von welcher enormen Bedeutung diese Frage ist, beweist uns das Beispiel der englischen Gewerkschaften.

Im Jahre 1871 wurde den englischen Gewerkschaften das Recht der juristischen Person eingeräumt; während mehr als dreissig Jahre dachte kein Mensch daran, die Gewerkschaften mit ihren vielen Mitgliedern als eine juristische Einzelperson zu behandeln und sie schadensersatzpflichtig für die Handlungen ihrer Mitglieder zu machen. Hätte im Jahre 1871 oder 1876, als das Gesetz amendiert wurde, im englischen Parlament jemand die Frage der Schadensersatzpflicht angeregt, so wäre sie damals, wie von den noch lebenden Personen, die das Gesetz ausarbeiteten, kürzlich erklärt wurde, wahrscheinlich einstimmig verneint worden. Im Jahre 1903 jedoch strengte plötzlich eine Eisenbahngesellschaft einen Prozess gegen den Eisenbahnerverband an, weil bei einem Streik seiner Mitglieder in Cardiff einige vor der Eisenbahnstation Streikposten gestanden hätten. In der ersten Instanz siegte die Gewerkschaft, der oberste Gerichtshof dagegen hob das Urteil wieder auf und erkannte, dass die Gewerkschaft für die Handlungen ihrer Mitglieder verantwortlich zu machen sei. Der Eisenbahnerverband wurde verurteilt, der Eisenbahnergesellschaft eine Entschädigung von 460 000 Mark zu zahlen. In einem zweiten Fall wurde der Bergarbeiterverband von Südwales zur Zahlung von 1 140 000 Mark verurteilt, weil er seine Mitglieder aufgefordert hatte, unter Bruch des Arbeitsvertrages an bestimmten Tagen die Arbeit einzustellen. Auch in zwei weiteren Fällen wurden Verbände zum Schadensersatz verurteilt.

Dies veranlasste die englischen Gewerkschaften, mit aller Energie vom Parlament eine Änderung des Gewerkschaftsgesetzes zu verlangen. Der Kampf dauerte mehrere Jahre, endigte aber schliesslich mit einem vollen Siege der

Gewerkschaften. Das Parlament nahm mit grosser Mehrheit eine Vorlage an, in der den Wünschen der organisierten Arbeiter in jeder Beziehung Rechnung getragen wurde. Und zwar wurde das bestehende Gesetz, wie folgt, abgeändert: »In Abänderung des *Conspiracy and Protection of Property Act* von 1875 wird bestimmt: a) Eine Handlung, die in Verfolg eines Abkommens oder einer Vereinigung von zwei oder mehr Personen begangen wird, ist, wenn sie in Sachen oder zu gunsten eines Arbeitsstreits (Streik oder Aussperrung) geschieht, nicht klagbar, es sei denn, dass sie, auch ohne solches Abkommen oder solche Vereinigung begangen, klagbar ist. b) Personen, die für sich selbst oder für einen Berufsverein oder für einen einzelnen Unternehmer oder eine Firma in Sachen oder zu gunsten eines Arbeitsstreits handeln, haben das Recht, an oder nahe einem Hause oder Platz, wo eine Person wohnt oder arbeitet oder beschäftigt ist oder sich zufällig befindet, sich aufzuhalten, wenn sie damit lediglich bezwecken, auf friedlichem Wege Nachrichten zu erhalten und zu bringen oder auf friedlichem Wege jemand zu überreden, zu arbeiten oder sich der Arbeit zu enthalten.
Zum *Trades Unions Act* von 1871 und 1876 wird bestimmt: a) Eine Handlung, die in Sachen oder zu gunsten eines Arbeitsstreits begangen wird, ist nur aus dem Grunde, dass dadurch eine andere Person veranlasst wird, einen Arbeitsvertrag zu brechen, oder weil eine Störung in Betrieb, Verkehr oder Beschäftigung irgend einer andern Person herbeigeführt wird oder auch im Rechte eines andern, über sein Vermögen oder seine Arbeit nach Belieben zu verfügen, nicht klagbar. b) Gegen einen Berufsverein der Arbeiter respektive Arbeitgeber oder gegen Mitglieder oder Beamte des Vereins darf eine Klage, die diese selbst oder alle anderen Mitglieder betrifft, wegen irgend einer schädlichen [tortions] Handlung, die angeblich vom Berufsverein oder für ihn begangen ist, vor keinem Gerichtshof zugelassen werden. c) Die Haftbarkeit des Vorstandes eines Berufsvereins, so weit er in den durch den *Trades Unions Act* von 1871, Abschnitt 9, vorgesehenen Fällen belangt werden kann, bleibt durch diese Bestimmungen unberührt, abgesehen eben von irgend einer schädlichen Handlung, die von einem Berufsverein oder für ihn in Sachen oder zu gunsten eines Arbeitsstreits begangen ist.«

Die deutsche Regierung war über die Wandlung der Dinge in England unterrichtet, bevor sie ihren Entwurf über die gewerblichen Berufsvereine dem Reichstag unterbreitete. Schon in der Aprilnummer des *Reichsarbeitsblatts* wurde mitgeteilt, der englische Ministerpräsident habe erklärt, dass die Regierung bereit sei, die von den Gewerkvereinen vorgeschlagenen Bestimmungen in ihren Entwurf aufzunehmen, worauf das Unterhaus den dementsprechend abgeänderten Regierungsentwurf annahm. Es steht also fest, dass in den Jahren 1871 und 1876 kein Parlamentsmitglied und kein Regierungsvertreter in England auch nur daran dachte, die Gewerkschaften schadensersatzpflichtig zu machen; es steht ferner fest, dass in einem Zeitraum von mehr als dreissig Jahren ein solcher Versuch nicht unternommen wurde, und es ist endlich die erfreuliche Tatsache zu verzeichnen, dass, nachdem wider den Willen des Parlaments das Obergericht die Schadensersatzpflicht den Gewerkschaften aufbürden wollte, das Parlament Remedur schaffte, indem es die vorgeschlagenen Abänderungsanträge der Gewerkschaften annahm. Der deutschen Regierung war das alles bekannt, sie fand trotzdem den Mut, dem Reichstag im Jahre 1906 einen Entwurf zu unterbreiten, den 1871 das englische Parlament, wenn dort die Regierung ähnliches gewagt hätte, ohne viel Federlesens in erster Lesung einmütig zurückgewiesen hätte. »Deutschland in der Welt voran!« sagte Graf Bülow. Jawohl, voran in der Missachtung der Volksvertretung und in der Unterdrückung der Arbeiter.

Auch ohne dieses am grünen Tisch ausgeheckte Gesetz zur Erdrosselung der Gewerkschaftsbewegung haben sich in Deutschland schon Richter gefunden, die die bestehenden Gesetze in der gewünschten Weise ausgelegt haben; wenn

das neue Ausnahmegesetz vom Reichstag angenommen werden würde, würden bei uns in Deutschland keine dreissig Jahre, sondern kaum dreissig Tage vergehen, bis die Erdrosselungsparagraphen praktisch zur Anwendung kämen. Das eben ist der gewaltige Unterschied zwischen Deutschland und England: In England seit jeher Berücksichtigung der Wünsche des Volkes, bei uns der brutale *Herren*standpunkt auf Schritt und Tritt.

In Deutschland fehlt es sowohl bei der Regierung und ihren Organen, als auch bei vielen Parlamentariern an jeglichem Verständnis für vernünftige Rechtsbegriffe, sobald die arbeitenden Klassen in Frage kommen. Eine selbstverständliche Voraussetzung für eine Verantwortlichkeit einer Gewerkschaft für die Handlungen ihrer Beamten und Mitglieder müsste doch die sein, dass man ihr auch die Macht gibt, die Durchführung ihrer Beschlüsse von den Mitgliedern erzwingen zu können. Der ganze Zwangsapparat der bestehenden Gesellschaft müsste den Gewerkschaften zur Verfügung gestellt werden, um die Mitglieder zur Arbeitseinstellung oder zur Wiederaufnahme der Arbeit anhalten zu können. Solange die Gewerkschaften freie Vereinigungen sind, denen die Arbeiter freiwillig beitreten, und aus denen sie, wann es ihnen beliebt, wieder ausscheiden können, ist es ein logischer Unsinn, sie für Handlungen verantwortlich machen zu wollen, auf die sie immer nur einen moralischen, niemals einen zwingenden Einfluss ausüben können. Dass unsere Regierung, sofern andere Gesellschaftsschichten, als die der Arbeiter, in Frage kommen, deren Berufsvereine mit ganz anderer Machtvollkommenheit auszustatten versteht, beweist das Handwerkergesetz. Im Reichstage behauptete Graf Posadowsky:
»Alle Kautelen, die in diesem [dem Arbeiterberufvereins-] Gesetz enthalten sind, entstammen entweder dem Bürgerlichen Gesetzbuch, oder sie lehnen sich an das Gesetz über die Erwerbs- und Berufsgenossenschaften an. Ich meine, wir hätten doch ein Recht dazu, uns an das Gesetz über die Erwerbs- und Berufsgenossenschaften anzuschliessen, da diese ihrer inneren Natur nach unzweifelhaft den eingetragenen Berufsvereinen am nächsten stehen.«
Das letztere ist total falsch. Die Gewerkschaften sind keine Erwerbsgenossenschaften, befassen sich nicht mit Kauf und Verkauf oder mit der Herstellung von Waren; der Erwerb von Grundbesitz seitens der Gewerkschaften wird immer nur in dem Umfange stattfinden, als er zur Förderung ihrer Zwecke absolut erforderlich ist. Zum Zweck des Wohnungsbaus zum Beispiel werden Gewerkschaften Grundbesitz nie erwerben. Ich will an dieser Stelle nicht näher darauf eingehen, dass die Behauptung des Staatssekretärs über die Anlehnung an das Gesetz über die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften in wesentlichen Punkten ebenfalls nicht zutrifft, ich meine jedoch, die Anlehnung an ein schon bestehendes Gesetz über Berufsvereine, an das Gesetz über die Innungen, hätte viel näher gelegen. Weshalb zog die Regierung dieses Gesetz nicht zum Vergleich heran? Gleiches Recht für alle, was den Handwerkern recht ist, muss den Arbeitern billig sein!

Einige Vergleiche werden zeigen, welch gewaltige Unterschiede in der Tendenz zwischen Handwerker- und Arbeitergesetzgebung in Deutschland bestehen.

Nach § 3 Absatz 2 des Entwurf müssten Mitglieder, die zu einem andern Beruf übergehen, aus dem Arbeiterberufsverein ausscheiden; § 87 der Gewerbeordnung bestimmt nun allerdings auch, dass einer Innung nur die in Frage kommenden Handwerker oder Werkmeister des betreffenden Gewerbes beitreten

können — aber zum Schluss heisst es dann: »Andere Personen können als Ehrenmitglieder aufgenommen werden«. Die Regierung scheint also Wert darauf gelegt zu haben, dass tüchtige agitatorische und organisatorische Kräfte der Innung erhalten werden können; bei den Arbeitervereinen wäre das Gegenteil der Fall. Dieser Standpunkt befindet sich in merkwürdiger Übereinstimmung mit dem von den Verbänden der Arbeitgeber für deren Arbeitsnachweise aufgestellten Grundsatz *Agitatoren sind rücksichtslos und dauernd aus dem Gewerbe herauszudrängen!* Der Innungsvorstand kann Ordnungsstrafen (§ 92c) über seine Mtglieder verhängen. Nach § 89 Absatz 3 werden solche Ordnungsstrafen, sowie Beiträge und Gebühren für die Innung auf Antrag »auf dem für die Beitreibung der Gemeindeabgaben landesrechtlich vorgesehenen Wege zwangsweise eingezogen«. Warum nicht auch den Arbeitervereinen ein solches Recht einräumen? Dann die ungemein wichtigen Bestimmungen über die Bildung von Zwangsinnungen (§§ 100 ff.). Sobald die Mehrheit der beteiligten Gewerbetreibenden so beschliesst, tritt der Beitrittszwang für alle Gewerbetreibenden, welche das gleiche Handwerk oder verwandte Handwerke ausüben, ein. In der ersten Lesung des Gesetzentwurfs über die gewerblichen Berufsvereine sprach der Herr Staatssekretär wiederholt über den *Schutz der Minoritäten,* den das Gesetz enthalte, das heisst, er will einem einzelnen Mitgliede das Recht einräumen, die Ausführung der von der Mehrheit gefassten Beschlüsse zu hintertreiben. Für die Handwerkerberufsvereine gilt dieser Grundsatz nicht. Ganz im Gegenteil. Auch diejenigen, die der Innung gar nicht angehören wollen, ihre Bestrebungen nicht billigen, werden durch den Exekutor gezwungen, Beiträge, Gebühren, Ordnungsstrafen für diese zu zahlen.

Weiter! Den Arbeiterberufsverein will die Regierung auf die sachliche Vertretung seiner berechtigten Interessen beschränken, nur in deren Rahmen darf er sich auch sozialpolitisch betätigen; eine Vereinigung mehrerer Berufsvereine zu einem Verband, ein Zusammenschluss sämtlicher Gewerkschaften zur Wahrung ihrer Interessen ist nach dem Gesetz ganz ausgeschlossen. An Gewerkschaftskongressen teilzunehmen, wo sozialpolitische Fragen im Interesse aller Arbeiter erörtert werden, wäre für Vertreter der eingetragenen Berufsvereine wenig ratsam, da eine solche Tätigkeit die Entziehung der Rechtsfähigkeit und die Beschlagnahme des Vermögens auf ein Jahr zur Folge haben könnte. Kein Zweifel, der Regierungsentwurf bezweckte, die Gewerkschaftsbewegung zu dezentralisieren, das Zusammenwirken der Arbeiter auf sozialpolitischem Gebiet für die gemeinsamen Interessen aller Arbeiter unmöglich zu machen. Auch hier wieder die Parole *Teile und herrsche!* Bei dem Handwerkergesetz dagegen die direkt entgegengesetzte Tendenz. Die Zwangsinnungen können auf einen grösseren Bezirk oder auf verwandte Gewerbszweige ausgedehnt werden. Zur Vertretung der Interessen des Handwerks sind Handwerkskammern zu errichten; die Wahlen hierzu erfolgten durch die Innungen. Die Handwerkskammer soll (§ 103c) in allen wichtigen, die Gesamtinteressen des Handwerks berührenden Angelegenheiten gehört werden. Nach § 104 können die Innungen zu Verbänden zusammentreten, denen ausdrücklich zur Aufgabe gemacht wird, die Handwerkskammern in der Verfolgung ihrer gesetzlichen Aufgaben, sowie die Behörden durch Vorschläge und Anregungen zu unterstützen.

Die Vergleiche liessen sich noch in manchen Punkten fortführen, doch werden

die vorstehenden vollauf genügen, um jeden objektiv Urteilenden davon zu überzeugen, dass es der Regierung bei der Vorlage ihres Entwurfes über die gewerblichen Berufsvereine nicht darum zu tun war, den Arbeitern weitere Rechte einzuräumen; mit dem Linsengericht der Rechtsfähigkeit will man den Berufsvereinen ihre Selbständigkeit nehmen, sie völlig in die Zwangsjacke behördlicher Bevormundung hineinpassen. Man fragt sich verwundert: wozu nur die Bevormundung bei der inneren Organisation der Gewerkschaften? »Das einzelne Mitglied muss gegen Willkür des Vereinsvorstandes geschützt sein«, erklärte Graf Posadowsky. Schön. Aber in welcher Gewerkschaft ist das heute nicht der Fall? Unsere Gewerkschaften sind demokratische Institutionen, ein selbstherrliches Regiment, der Absolutismus findet keinen Boden in Arbeiterorganisationen.

Hätte unsere Regierung etwas Verständnis für die seit zwei Jahrzehnten unter ihren Augen sich vollziehende organische Entwickelung der Berufsvereine gehabt, sie hätte ohne weiteres die Bestimmungen des Berufsvereinsgesetzes der Vereinigten Staaten von Amerika akzeptiert, welche, wie folgt, lauten:

»§ 3. Jeder eingetragene Berufsverein hat die Machtvollkommenheit, so viele Statuten, Regeln und Nebengesetze zu machen, als er für notwendig hält, um seine gesetzlichen Zwecke zur Ausführung zu bringen, und diese zu ändern, zu amendieren, Bestimmungen hinzuzufügen oder aufzuheben, ganz nach Bedarf.

§ 4. Ein eingetragener Berufsverein hat das Recht, nach eigenem Ermessen die Pflichten und Rechte seiner Beamten, den Modus ihrer Wahl, die Dauer ihrer Amtsperiode festzusetzen, sowie Zweigvereine und Unterabteilungen in jedem Gebiet der Vereinigten Staaten zu errichten.«

Das ganze Gesetz hat überhaupt nur 5 Paragraphen. In § 1 wird der Begriff *Berufsverein* festgelegt, in § 2 den Berufsvereinen die Rechtsfähigkeit eingeräumt, unter der einzigen selbstverständlichen Bedingung, dass sie sich eintragen lassen. Das ist alles — und trotzdem haben sich die amerikanischen Gewerkschaften nicht eintragen lassen. Weshalb nicht? Sie haben kein Vertrauen zu ihren Richtern, sie wissen, dass auch diese im Dienst des Gottes Mammon stehen, und sie befürchten, dass man aus dem Abschluss von Tarifverträgen eine Kollektivverantwortlichkeit für die Handlungen einzelner folgern könnte, und die Gewerkschaften durch Schadensersatzurteile ruiniert werden würden. Übrigens haben sich in Amerika auch die grossen Unternehmerverbände nicht eintragen lassen, auch Fonds- und Warenbörsen haben sich einer Eintragung gegenüber stets ablehnend verhalten.

Wenn nun aber schon in Amerika bei einem derartig einfachen Gesetz die Arbeiter fürchten, durch Schadensersatzklagen ruiniert zu werden, wie würde es erst den deutschen Gewerkschaften ergehen, wenn ihnen die Schlinge des neuen Gesetzes um den Hals gelegt würde? In Amerika können die Arbeiter in einer Beziehung allerdings völlig beruhigt sein: es denkt kein Mensch daran, sie zu zwingen, sich eintragen zu lassen. Das Koalitionsrecht, die Vereins- und Versammlungsfreiheit ist dort völlig gesichert. Anders bei uns in Deutschland. Wird dieser oder ein ähnlicher Entwurf Gesetz, so wird von oben herab darauf hingearbeitet werden, dass er auch den beabsichtigten Zweck erfüllt. Die Vereinsgesetze der Einzelstaaten, namentlich das Preussens, wird man zu verschlechtern versuchen, und wenn das nicht gelingen sollte, wird man die Gewerkschaften auf Grund der bestehenden Gesetze drangsalieren und chikanieren, um sie so mit der Zeit mürbe zu machen. Zuckerbrot und Peitsche! Die deutsche Regierung hält es im grossen und ganzen mehr mit der Peitsche,

und das vermeintliche Zuckerbrot wird den Arbeitern im Munde ebenfalls immer gallenbitter. Was beabsichtigt ist, hat der Staatssekretär klar genug gesagt:

»Das Bestreben staatserhaltender Regierungen muss sein, die tieferen Unterschiede, die sich innerhalb der Arbeiterbewegung finden, zu erkennen und diejenigen Elemente, die Neigung dazu bekunden oder die sogar bewusst auf der Grundlage der bestehenden Staatsordnung stehen, zu schützen und zu stärken, diese Richtung auszubauen; mit anderen Worten, die Arbeiterbewegung dahin einzudämmen, dass sie die politischen nebelhaften Träume eines Zukunftsstaates, die unklaren Pläne des Umbaus der ganzen Gesellschaft fallen lassen und sich lediglich beschränken auf die sachliche Vertretung ihrer berechtigten Berufsinteressen.«

Was die nebelhaften Träume und unklaren Pläne anlangt, so haben sich die Gewerkschaften auf ihren Kongressen damit nie befasst, sondern nur mit praktischer Sozialpolitik, und gerade diese ist es gewesen, die bei der Regierung und ihren Organen stets Anstoss erregte. Kein Gewerkschaftskongress hat an die Regierung jemals das Ansinnen gestellt, den Zukunftsstaat zu verwirklichen, wohl aber recht praktische Forderungen zum Schutze der Arbeit. Die Regierung hat auch die bescheidensten Wünsche der deutschen Arbeiter nicht erfüllt; wie kann sie erwarten, dass diese nun ihrem Ruf folgen, wo sie ihnen bislang nur Steine statt Brot geboten hat? Hunderttausende deutscher Arbeiter hungern — man denke nur an das entsetzliche Elend der Heimarbeiter, die Hälfte ihrer Kinder erreicht nicht das erste Lebensjahr! —, diesem ständigen Morden zu steuern, lehnt die Regierung beharrlich ab. Auf dem Schlachtfelde der Arbeit in Deutschland werden jährlich mehr Leben vernichtet, als in dem Kriege von 1870-1871 gefallen sind. Man spare sich die Redewendungen von der Ehre des deutschen Vaterlandes draussen in der Welt, dessen Ehre erfordert in erster Linie: Wandlung der Dinge drinnen in Deutschland! Die Arbeiterklasse ruft den Regierenden zu: Heraus mit dem Koalitionsrecht für alle Arbeiter, mit dem Arbeiterschutz für alle Kategorieen, und fort mit Gesetzen und Projekten, die die Organisationen der Arbeiter erdrosseln sollen!

××××××××××××××××××××××××××××××××××××××

OTTO HUE · ARBEITERAUSSCHÜSSE ALS ARBEITERVERTRETUNGEN

I



ES gibt Sozialpolitiker, die jeden Gesetzentwurf, der auch nur irgend eine arbeiterpolitische Frage anschneidet, als einen *Fortschritt* begrüssen und sich dann eifrig bemühen, *etwas zu stande zu bringen*. Diese voreiligen Sozialreformer haben auch dem Gesetzentwurf über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine Sympathie entgegengebracht. Die guten Menschen meinen wirklich, der Arbeiterschaft einen Gefallen zu tun, wenn sie wenigstens *etwas* zu wege bringen. In Wahrheit hat aber gerade solche gesetzgeberische Flickschusterei verschuldet, dass sich selbst Juristen und erfahrene Gewerkschaftsleiter in dem Rattenkönig von allen möglichen Gesetzen, Gesetzesnovellen, Verordnungen und Ausführungsbestimmungen nur nach langem Studium zurechtfinden, während alle diese Dinge doch für das Volk gemacht sind, das sich in dem entsetzlichen Wirrwarr der Paragraphen überhaupt nicht auskennt. Die unbezähmbare Sucht sozialpolitischer Reformer, unter allen Umständen den Arbeitern ein neues Gesetz zu schenken, ist auch eine Ursache der unklaren, verschwommenen Fassung vieler

Bestimmungen; müssen sie doch mit einer ganzen Reihe noch nicht aufgehobener, ja geflissentlich konservierter, längst unzeitgemässer Gesetze in Beziehung gebracht werden; zum Beispiel hätte man eine ganze Bibliothek von Gesetzbüchern und Kommentaren nötig, um nur das Gesetz über die Berufsvereine genau beachten zu können, falls der Entwurf Gesetzeskraft erhalten hätte. Von jenen Gesetzgebern, die mit Bedacht eine kautschukartige Form wählen, um den Behörden und Gerichten die tollsten Auslegungen zu ermöglichen, soll jetzt nicht gesprochen werden. Wir wenden uns nur an jene Politiker, die vom bürgerlichen Standpunkt aus unser Arbeiterrecht fortbilden wollen, in dem Bewusstsein, so am ehesten den Interessenkämpfen alle unnötigen Schärfen zu nehmen. Die Erfahrung mit den letzten preussischen Berggesetz*reformen* muss auch den ernsthaften bürgerlichen Sozialreformern zu denken geben.

Ehe die Berggesetznovelle vom 14. Juli 1905 in der verunstalteten Form vom Landtage verabschiedet wurde, verwiesen wir schon auf die gefährliche Dehnbarkeit selbst der Paragraphen, zu denen ein Optimist die Arbeiterschaft beglückwünschen konnte[1]); von den direkt arbeiterschädigenden Verstümmelungen der Regierungsvorlage ganz zu schweigen. Aber unsere Vorstellungen wurden nicht beachtet. Nachdem das Gesetz beschlossen, bemühte sich vielmehr unter anderen Herr Dr. Hitze lebhaft, den Bergleuten das Gesetz als einen *Vorteil* schmackhaft zu machen; selbst dieser erfahrene Sozialpolitiker verschloss sich den Einwendungen, die auch von ihm nahestehenden Gewerkvereinlern gegen den schlimmen Charakter des Gesetzes erhoben wurden. Herr Hitze ist kein Grubeninteressent, ihm ist auch Verständnis für Arbeiterfragen nicht abzustreiten. Wenn schon ein solcher Mann die praktischen Konsequenzen einer immerhin kleinen Gesetzesnovelle nicht übersehen konnte, wieviel mehr muss man da auf der Forderung bestehen: ein Gesetz, das Arbeiterrechte regeln soll, darf nicht im Widerspruch mit den Arbeitern beschlossen werden, und vor allen Dingen darf kein Gesetz verabschiedet werden, das von seinen Urhebern offenbar absichtlich unklar, kautschukartig abgefasst ist! Im Sommer 1905, bei der Essener Reichstagsnachwahl, setzte das Zentrum alle Agitationskräfte in Bewegung, um den Bergleuten die Novelle zum Berggesetz als einen sozialpolitischen Fortschritt erscheinen zu lassen. Wer das bestritt, wurde *Hetzer* und *Verleumder* genannt. Und schon im christlichen *Zentralblatt* vom 7. Mai 1906 führt der Gewerkvereinssekretär Effert aus, die Auslegung der Berggesetznovelle durch die Werksbesitzer und Behörden sei nicht angetan, ihn optimistisch zu stimmen. Wörtlich schreibt er: »Damals haben auch wir auf alle die Türchen zum Durchschlüpfen aufmerksam gemacht, Widerspruch erfahren, und doch sind die schlimmsten Befürchtungen eingetroffen! Eine Anzahl Bergleute wurde erst ruhig, als die Grubenbesitzer erklärten: wir lassen alles beim alten!« Damit bestätigt Effert nicht nur vollauf, was wir über den Charakter der Novelle damals sagten und schrieben, er gesteht auch ein, dass das neue Gesetz unter dem Schein einer arbeiterfreundlichen Reform sogar Verschlechterungen für die Arbeiter gebracht habe. Das Gefühl der berechtigten Genugtuung, das uns angesichts dieses Eingeständnisses erfasst, wird aber erstickt von dem zornerregenden Gedanken, dass nunmehr durch diese sozialpolitische Kurpfuscherei auf wer

[1]) Vergl. auch meine Artikel *Berggesetzgebung und Zentrumspolitik* in den *Sozialistischen Monatsheften* 1905, 2 Bd., pag. 777 ff. und *Ein neues Arbeiterrecht für den Bergbau*, ibid., pag. 999 ff.

weiss wie lange Zeit die berggesetzliche Reformarbeit verrammelt ist. Das Schundwerk haben wir nun einmal; ehe es sich nach Ansicht der guten Seelen in der Regierung *erprobt* hat, werden Jahrzehnte vergehen, wenn nicht schon früher ein neuer gewaltiger Grubenarbeiterkampf der Gesetzgebungsmaschine einen entscheidenden Ruck gibt. Ein Jahr nach Inkrafttreten der Novelle fasste die Konferenz der organisierten Bergleute aller Richtungen einstimmig den Beschluss, den Reichstag um Hilfe gegen die den Bergleuten durch den preussischen Landtag geschenkten *Vorteile* anzurufen. Schlimmer kann gesetzgeberische Kurpfuscherei nicht charakterisiert werden.

II



UF die gewichtigsten Einwände der enttäuschten und empörten Bergleute gegen die totale Unzulänglichkeit der Novelle vom 14. Juli 1905 verwiesen ihre Verteidiger (vom Zentrum) auf die *grosse Errungenschaft* der obligatorischen Arbeiterausschüsse. Das sei ein *prinzipielles Anerkenntnis* der Arbeiterwünsche von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Nunmehr hätten die Arbeiter eine geordnete Vertretung, das Eis sei gebrochen usw. Da auch jetzt beim Gesetzentwurf über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine bei seinen klerikal-konservativ-antisemitischen Freunden die Redensart von dem *prinzipiellen Anerkenntnis* (der Gleichberechtigung des Arbeiters) wiederkehrte, wird es sich lohnen, die eigentliche Bedeutung der den Bergleuten durch die preussische Berggesetznovelle geschenkten *geordneten Vertretung* und ihre prinzipielle Anerkennung zu beleuchten.

Es soll hier nicht auf den Streit der Meinungen innerhalb der Bergarbeiterschaft über den Wert von Arbeiterausschüssen eingegangen werden. Nur darauf sei verwiesen, dass auch die *sozialdemokratischen Gewerkschaften* für Arbeiterausschüsse votierten (auf dem ersten preussischen Bergarbeitertag /1905/), dass auch wir den Wert von Arbeiterausschüssen anerkennen, die mit wirklichen Befugnissen ausgestattet sind; in diesem Sinne kam auf jenem Bergarbeitertag ein einstimmiger Beschluss zu stande. Was aber die Berggesetznovelle wirklich bot, kennzeichnete am 3. Juni 1905 der christliche *Bergknappe* mit den Worten: solche Ausschüsse seien keine Arbeitervertretungen, sondern Unternehmerschutztruppen; »anständige Charaktere werden es sich überlegen, ehe sie solche Ämter annehmen«. Derart beurteilten dem Zentrum sehr nahestehende Gewerkvereinler die Arbeiterausschüsse der Berggesetznovelle, auf deren Einführung die Zentrumssozialpolitiker ausserordentliches Gewicht legten. Wie dann später der christliche Gewerkvereinsvorstand es fertig brachte, im Gegensatz zu den übrigen Gewerkschaftsleitern, trotz kühnster Auslegungskünste der Ruhrgrubenbesitzer in ihrem Regulativ über die Arbeiterausschüsse, ihre Wahl emsig zu betreiben, ist für unser Thema unwesentlich. Dass das Zentrum ein hohes parteipolitisches Interesse daran besass, seine *grosse Errungenschaft* nicht auch von den der Partei sehr nahestehenden Gewerkvereinsführern missachtet zu sehen, ist klar. Hatte doch vorher der *Bergknappe* in einer Polemik gegen die Herren Hitze und Brust geschrieben, nur »wenn man die Parteibrille aufsetze«, könne man an der Novelle Vorteile für die Arbeiter entdecken. Doch das nur nebenbei. Genug, im Dezember 1905 gingen die Ausschusswahlen unter sehr schwacher Beteiligung — nicht nur im Ruhrgebiet — von statten. Auch die gewaltige

Mehrheit der christlichen Gewerkvereinler blieb der Urne fern. Für diese Ausschüsse war und ist nirgends Stimmung vorhanden. Den mit den Gesetzesvorschriften und den Regulativen bekannt gewordenen Belegschaften blieb der wesentlich dekorative Charakter dieser *Vertretung* nicht verborgen. Von Hunderten und Tausenden von Belegschaftsmitgliedern erschienen nur wenige Dutzend zur Wahl, auf manchen Gruben kein Mann. Die Arbeiter protestierten gegen dies Geschenk durch Wahlenthaltung, obgleich die Zentrumspresse sich alle Mühe gab, eine starke Wahlbeteiligung zu inszenieren. Übrigens war ja auch sehr vielen Bergleuten durch das Gesetz (einjährige Beschäftigung auf dem selben Werk) das aktive Wahlrecht genommen und auf einer Reihe Ruhrzechen konnten nur Streikbrecher gewählt werden, da für die Ausschussmitglieder dreijährige, ununterbrochene Beschäftigung auf dem selben Werke Vorschrift ist, wodurch den am vorjährigen Generalstreik beteiligten Belegschaftsmitgliedern das passive, wie das aktive Wahlrecht überall da entzogen war, wo die Verwaltungen die Streikbeteiligung als eine Arbeitsunterbrechung buchten. So trat vielfach die *geordnete Arbeitervertretung* in Wirksamkeit durch *Arbeitswillige*, denen natürlich die Belegschaften kein Vertrauen schenken konnten. Diese Vorgänge waren für die Zentrumspartei eine bittere Enttäuschung. Sie sollte nicht die einzige bleiben.

Drei Viertel aller Differenzen zwischen Belegschaft und Grubenverwaltung betreffen Lohnstreitigkeiten, Gedingebemessung, womit auch die Streitigkeiten über Zuteilung von Hilfsarbeitern, Belastung mit unbezahlten Nebenarbeiten, zum Beispiel Sicherung der Arbeitsstätten durch sorgfältiges Verbauen und Verzimmern, zusammenhängen. Soll die Unfallverhütung im Bergbau intensiv angestrebt werden, dann muss nicht zuletzt, sondern zuerst bei der Lohnregulierung eingesetzt werden. Aus allen diesen Gründen verlangte der preussische Bergarbeitertag einstimmig für die Arbeiterausschüsse auch das Recht zur Mitwirkung bei der Lohnregelung etc. Indessen übertrug das Gesetz den obligatorischen Arbeiterausschüssen (§ 80 ff.) nur 1. die Wahl des Vertrauensmannes, der im Auftrage der Arbeiter, von diesen bezahlt, die Abnahme der Förderwagen überwachen darf; 2. Beteiligung an der Verwaltung der überwiegend durch Strafgelder fundierten Zechenunterstützungskassen; 3. Zustimmung bei Vorschriften über Benutzung der Wohlfahrtseinrichtungen; 4. das unwirksame Recht der Äusserung über die Arbeitsordnung. »Ausserdem hat der Arbeiterausschuss Anträge, Wünsche und Beschwerden der Belegschaft [!], die sich auf die Betriebs- und Arbeitsverhältnisse des [!] Bergwerks beziehen, zur Kenntnis des Bergwerksbesitzers zu bringen und sich darüber zu äussern.« Die Regierungsvorlage hatte wenigstens vorgeschlagen, »gutachtlich« zu äussern, welch bessere Form die Landboten ablehnten. Der springende Punkt ist, dass der Arbeiterausschuss gerade da keine Rechte hat, wo er, seiner ihm zugeschobenen Aufgabe gemäss, am besten das *gute Einvernehmen* zwischen Arbeiter und Unternehmer behüten respektive herstellen könnte, nämlich in der Lohnfrage. Eine arbeiterfreundliche Gesetzesauslegung würde den Arbeiterausschüssen immerhin die *Äusserung* auch über Lohnfragen zugestanden haben. Aber als im Frühjahr 1906 der christliche Gewerkverein die Ausschüsse beauftragte, eine Lohneingabe zu vertreten, erhob die grosse Mehrzahl der Ruhrzechenleiter den Kompetenzeinwand und verhandelte mit den Ausschüssen überhaupt nicht. Das war die zweite bittere Enttäuschung der Schwärmer für Arbeiterausschüsse dieser Art. Im Mai 1906

konstatierte der christliche *Bergknappe* allgemein, es habe sich nichts gebessert auf den Zechen, die Klagen der Arbeiter würden immer lauter. Ein Beweis dafür, dass auch an den anderen misslichen Werkszuständen diese *geordnete Arbeitervertretung* nichts ändern konnte. Wir sehen ganz ab von der intellektuellen und moralischen Befähigung mancher Ausschüsse, im Sinne der Arbeiter zu wirken; das trifft nicht den Kern der Sache. Wesentlich ist vielmehr, dass auch das beste Ausschussmitglied im Rahmen der geltenden gesetzlichen Bestimmungen und der von den Werksbesitzern erlassenen Ausführungsvorschriften in der Hauptsache nur eine Dekoration bleibt.

Anlässlich der jüngsten, noch nicht abgeschlossenen Lohnbewegung der Bergleute hat sich dann der von uns vorausgesagte direkt reaktionäre Charakter dieser Arbeiterausschüsse sinnfällig herausgestellt. Auf die von der Gesamtvertretung der Bergarbeitergewerkschaften am 8. Oktober 1906 bei allen deutschen Grubenverwaltungen und ihren Verbänden eingereichte Forderung nach 15 % Lohnerhöhung fassten die vereinigten Werksverbände den Beschluss, die Forderung abzulehnen, die Siebenerkommission überhaupt nicht als Arbeitervertretung anzuerkennen — und den Werksverwaltungen zu empfehlen, nur mit den Arbeiterausschüssen über die Lohnfrage zu *verhandeln*. Grosser Jubel bei den Vätern und Freunden der Arbeiterausschüsse: jetzt zeige sich doch der grosse Vorteil der Berggesetznovelle für die Arbeiter; der *alte* Verband habe eine schwere Niederlage erlitten. So leicht lassen sich sozialpolitische Dilettanten von sogenannten *Zugeständnissen* dupieren — wir nehmen immer den guten Glauben an. Schon die plötzliche Bereitwilligkeit der Zechenherren, nun mit den Arbeiterausschüssen die Lohnfrage zu verhandeln, musste nach dem Vorgegangenen verdächtig erscheinen. War es den Zechenbesitzern ums Bewilligen zu tun, brauchten sie keine Winkelzüge zu machen. Die Siebenerkommission, die in einigen Revieren bis 60 % der eigentlichen Bergleute (organisiert) vertritt, wurde wegen angeblich fehlender Legitimation zurückgewiesen; aber die Ausschüsse, von nicht einmal 10 % der Belegschaften anerkannt, waren legitimiert. Dieser Vorgang ist besonders bezeichnend, weil der Antrag des Abgeordneten Wolff-Lissa, der den Arbeiterausschüssen das Vertretungsrecht »in allen das Arbeitsverhältnis betreffenden gemeinsamen Fragen«, also auch in Lohnangelegenheiten, geben wollte, von der Berggesetzkommission des Landtags auf Betreiben der Werksinteressenten abgelehnt wurde. Auch das Zentrum erklärte sich dagegen! Mit Recht folgert der Abgeordnete Gothein daraus, mit dieser Ablehnung werde dokumentiert, dass die Ausschüsse eine wirkliche Arbeitervertretung nicht sein sollten.[1]) Warum nun auf einmal die werksseitige Anerkennung der Ausschüsse in Lohnfragen?

Rasch demaskierten sich die Unternehmer. In der *Kölnischen Zeitung* liessen sie erklären, den Arbeiterausschüssen sollte durch Lohnlisten, graphische Darstellungen etc. das »fortwährende Steigen der Löhne nachgewiesen« werden, dann wäre die »Ungerechtigkeit« der Lohnforderung klargestellt. Also, um die gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen auszuschalten, um die *Unberechtigung* und *Überflüssigkeit* der wirtschaftlichen Bergarbeiterverbände zu demonstrieren, anerkannten nun die Werksbesitzer die Arbeiterausschüsse als legale Vertretung der Belegschaften auch in der Lohnfrage. Nicht, um sie

[1]) Vergl. Georg Gothein *Die preussischen Berggesetznovellen* im *Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik*, 21 Bd., pag. 185.

im arbeiterfreundlichen Sinne zu lösen, sondern, um die Lohnbewegung in den Arbeiterausschüssen zu begraben. Diese Anerkennung der Arbeiterausschüsse ist gleichbedeutend mit der Nichtanerkennung des Arbeitervereinigungsrechtes, also ein Danaergeschenk allerschlimmster Art. Um so mehr, als nach ausdrücklicher Erklärung von Regierungsseite die Belegschaft eines Bergwerks als abgeschlossene Einheit zu betrachten ist, deren Ausschuss mit den Ausschüssen der anderen Belegschaften nicht zusammen beraten darf, wenn er der Gefahr der Aufsösung und einjähriger Suspendierung entgehen will. Darin liegt nämlich das Raffinement der Vorschriften über Zusammensetzung, Tätigkeitsgebiet und Wirksamkeit der Bergarbeiterausschüsse in Preussen, dass die Arbeiterschaft eines Reviers in so viele *Interessentengruppen* künstlich geteilt ist, wie Schächte respektive Belegschaftsgruppen vorhanden sind. Statt die Schaffung einheitlicher Betriebszustände zu fördern, wodurch auch der grosse Belegschaftswechsel eingedämmt würde, verbietet die Berggesetznovelle das Zusammenwirken der Arbeiterausschüsse eines Reviers, sie will natürliche Bande nach dem Grundsatz *Teile und herrsche!* zerreissen. Will ein Arbeiterausschuss im Allgemeininteresse der Arbeiter durch kollegiale Verständigung mit anderen Ausschüssen einheitliche Werksverhältnisse anstreben, so wird er wegen Kompetenzüberschreitung aufgelöst; zeigt er sich anhaltend renitent, auf ein Jahr suspendiert. Diese in jedem Betracht reaktionäre Fundierung der Arbeiterausschüsse ist jetzt für alle Kameradschaften in die Erscheinung getreten. Die Siebenerkommission ging klugerweise auf den Bescheid der Unternehmer insofern ein, als sie den Arbeiterausschüssen empfahl, sich zu Verhandlungen zur Verfügung zu stellen. Das Ergebnis war pure Ablehnung oder Hinhaltung der Lohnforderung. Dadurch gewannen auch die Ausschussfreunde unter den Bergleuten die unschätzbare Erkenntnis, dass den Arbeiterausschüssen, wie sie jetzt gesetzlich festgelegt sind, die Vertretung der Arbeiterinteressen übertragen so viel hiesse, wie Selbstmord der Arbeitergewerkschaft, unendliche Zersplitterung der Arbeiterkraft, Auslieferung des Arbeiters an die stark organisierten Werksbesitzer. Diese Arbeiterausschüsse sind infolge mangelnder gesetzlicher Befugnisse nicht nur selber keine wirksamen Arbeitervertretungen, sie haben nach dem Willen ihrer Väter noch den Zweck, die derzeitigen eigentlichen Arbeiterorganisationen, die Gewerkschaften, bei der Regelung des Arbeitsvertrages auszuschalten. Haben die Sozialpolitiker des Zentrums dies nicht erkannt?

Wenn noch etwas gefehlt hätte, um den durch die angeblichen Vorteile dieser *geordneten Vertretung* anfangs getäuschten Knappen die Augen zu öffnen über den gewerkschaftsfeindlichen Charakter dieser Institution, dann folgendes: Die *Norddeutsche Allgemeine Zeitung* brachte einen sensationellen Artikel, der die Lohnforderung der Bergleute als berechtigt anerkannte, den Werksbesitzern riet, von ihrem veralteten *Herren*standpunkt abzugehen und mit der Siebenerkommission der Bergarbeiterorganisationen zu verhandeln. Darüber ungeheure Aufregung in Werkskreisen, kategorisches Verlangen, den Namen des Verfassers jenes Artikels zu nennen, Drohungen gegen diesen *Verbrecher.* Einige Tage später eine Erklärung des Regierungsblattes: die Arbeit sei »nur redaktionell«, und kurz darauf ein zweiter Artikel, der sich vollkommen auf den *Herren*standpunkt der Werksbesitzer stellte, ihnen empfahl, nur — mit den Arbeiterausschüssen zu verkehren! Der letzte Artikel wurde als Meinung der preussischen Regierung deklariert, der

selben Regierung, von der das Essener Zentrumsblatt dann am 25. Oktober 1906 erklärte, sie sei »reaktionär bis auf die Knochen«. Eine neue Enttäuschung der Sozialreformer! Der arbeiterfreundliche, in der Reichsregierung vermutete Verfasser des ersten Artikels empfiehlt die gewerkschaftliche Siebenerkommission als Arbeitervertretung; der die Meinung der reaktionären preussischen Regierung wiedergebende zweite Artikel anerkennt nur die Arbeiterausschüsse. Wodurch dieser *Errungenschaft*, diesem *prinzipiellen Anerkenntnis* als wirkliche Arbeitervertretung das Todesurteil gesprochen war. Hier haben wir ein Musterbeispiel sozialpolitischer Scheinreformen. Was, rein äusserlich betrachtet, einem sozialpolitischen Fortschritt gleicht, wird praktisch eine Waffe in der Hand der Kapitalisten gegen die gewerkschaftlichen Organisationsbestrebungen der Arbeiter, wenn diese sich von dem Schein blenden lassen, der so manchen gelehrten Sozialreformer hypnotisiert.

Noch etwas zur Illustrierung der *grossen Errungenschaft*. Die Arbeiterausschüsse sollen den sozialen Frieden fördern, natürlich, ohne irgendwelche Befugnisse zur wirksamen Arbeitervertretung zu besitzen. Wenn nach Ablehnung der Lohnforderung die Arbeiterausschüsse allein, wie es Regierung und Werksherren wollen, vor die Belegschaften getreten wären, um ihnen das Verhalten der Werksverwaltungen zu schildern, dann hätten wir mindestens partielle Bergarbeiterstreiks in fast allen Revieren gehabt. Die Arbeiterausschüsse besitzen infolge ihrer gekünstelten Zusammensetzung gar keinen Einfluss auf die Belegschaften, die bekanntlich in ihren Bestandteilen ausserordentlich stark wechseln. Gesetzlich und tatsächlich bleiben sie ohne Einfluss auf die Arbeitermassen, deren gewerkschaftliche Organisierung und Schulung gerade durch die Bewilligung der Ausschüsse hintertrieben werden sollte. Hätte die Siebenerkommission den Arbeiterausschüssen die Berichterstattung an die Belegschaften überlassen, dann wären Belegschaftsstreiks so sicher gewesen, wie das Amen in der Kirche. Im Bergrevier ist aber ein Einzelstreik sehr oft das Signal zur allgemeinen Arbeitseinstellung. Und so haben wir denn die sozialpolitisch hochwichtige Tatsache zu verzeichnen, dass, wenn die verantwortlichen Gewerkschaftsleiter schwerwiegende Erschütterungen des Wirtschaftslebens vermeiden wollen, sie die Arbeiterausschüsse als allein legitimierte Arbeitervertretung bei seite schieben, die Entscheidung über Krieg und Frieden, wie früher, den allgemeinen Revierkonferenzen übertragen müssen. Also liegen die Verhältnisse; und nun fragen wir: welchen Wert haben solche Arbeitervertretungen für die Arbeiterwohlfahrt, für die Wahrung der Allgemeininteressen? So, wie sie heute eingerichtet sind, bilden sie geradezu eine Gefahr für die Industrie. Darum handelten die Gewerkschaftsleiter im wohlverstandenen öffentlichen Interesse, als sie nach der ablehnenden Unternehmerantwort die Arbeiterausschüsse nur als beauftragte Funktionäre der Gewerkschaft wirken liessen. Allerdings verstösst das gegen das Gesetz, aber es lag im Allgemeininteresse.

III



RBEITERAUSSCHÜSSE können nur wirksame Arbeitervertretungen sein, wenn sie hinter sich straff organisierte Werksbelegschaften haben; ohne diesen Rückhalt werden auch die weitestgehenden gesetzlichen Befugnisse dem Arbeiterausschuss wenig nützen. Der Arbeiterausschuss kann nur so weit eine vermittelnde Rolle spielen, wie die Stärke der hinter ihm stehenden Arbeiterorganisation es dem Unter-

nehmer geraten sein lässt, den puren *Herren im Hause*-Standpunkt nicht zu betonen. Mit anderen Worten: Arbeiterausschüsse müssen Organe der gewerkschaftlichen Berufsvereine sein. Sie dürfen nicht — nach dem preussischen Berggesetzmuster — die Arbeiterorganisation verdrängen wollen, sondern müssen sie ergänzen. Man lese die Auslassungen der Gewerbe- und Fabrikinspektionen über die Lebensfähigkeit der von Werksherren als *Wohlfahrtseinrichtung* genehmigten Arbeiterausschüsse! Diese künstlichen Gebilde sind Totgeburten. Dagegen studiere man in dem im reichsstatistischen Amt bearbeiteten Werke *Der Tarifvertrag im Deutschen Reiche* die im dritten Band zusammengestellten Tarifverträge, wenn man aus der lebendigen Volksbewegung entstandene, darum lebensfähige Arbeitervertretungen kennen lernen will. Diese Tarifkommissionen sind paritätisch zusammengesetzt, aber ihre Mitglieder sind im fortwährenden Kontakt mit ihren organisierten Auftraggebern, können nicht ohne deren Zustimmung handeln. Dagegen hat es die preussische Berggesetznovelle gerade darauf abgesehen, die Bande der Arbeiterorganisation zu lösen. Wie dem auch Leute zustimmen konnten, denen eine bedeutende sozialpolitische Kenntnis eignet, ist uns unverständlich. In seiner *Arbeiterfrage* sagt Dr. Hitze, die Arbeiterausschüsse sollten die Gewerkvereine nicht ersetzen, sondern jene sollten diesen einen »starken Rückhalt gewähren«.[3]) Wir sahen aber, dass die vom Zentrum mitbeschlossenen und gerühmten Bergarbeiterausschüsse die Gewerkschaften ausschliessen sollen. Wenn das den Sozialpolitikern des Zentrums nicht bewusst gewesen ist, so wird es Zeit, dass sie aufhören mit ihrer sogenannten *führenden Sozialreform*.

Allerdings ist die Stellung Dr. Hitzes und seiner Freunde erklärt durch ihre Befangenheit in der Beurteilung des Verhältnisses zwischen Arbeiter und Unternehmer. Herr Hitze sagt nämlich an der schon zitierten Stelle auch, die Wirksamkeit der Arbeiterausschüsse sei »in erster Linie bestimmt durch den Arbeitgeber«. Nichts kann falscher sein. Die Wirksamkeit der Arbeiterausschüsse wird in erster Linie bestimmt durch die Macht der hinter ihr stehenden Arbeiterorganisation. Die Tarifverträge zwischen Arbeiter- und Unternehmerorganisation sind fast ausschliesslich der Initiative der Arbeitergewerkschaften zu danken, in der Regel haben die Arbeiter dem Unternehmer den Tarifvertrag sowohl, wie die zu seiner Überwachung eingesetzten Organisationsausschüsse abringen müssen.[4]) Keine gewerkschaftliche Richtung in Deutschland geht in den Kampf um des Kampfes willen, uns allen ist ein Erfolg der Arbeiter ohne Streik am genehmsten. Aber keine gewerkschaftliche Richtung glaubt heute mehr an die alles versüssende Harmonie zwischen Arbeit und Kapital, kein Gewerkschafter rechnet mehr mit einem Unternehmertum, das, wie Dr. Hitze meint, den Arbeiterausschüssen im Arbeiterinteresse Leben einflösst. Die auch von Herrn Hitze mitgeschaffenen christlichen Gewerkvereine proklamierten sich anfangs als *Nichtkampfvereine*. Herr Kaplan Dr. Müller-München-Gladbach muss aber zugeben, dass innerhalb der christlichen Gewerk-

[3]) Vergl. Franz Hitze *Die Arbeiterfrage und die Bestrebungen zu ihrer Lösung* /Berlin 1905/ pag. 60.

[4]) Interessant ist, dass in dem schon erwähnten, vom kaiserlich statistischen Amt bearbeiteten Werke *Der Tarifvertrag im Deutschen Reiche* /Berlin 1906/ gesagt wird, eine reelle Innehaltung der Tarifabmachungen sei am besten durch »grosse Organisationen« gewährleistet (vergl. 1. Bd., pag. 70). Der Gesetzentwurf über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine hatte aber die Tendenz, die grossen Organisationen zu zerschlagen, seine Bestimmungen waren zugeschnitten am ehesten auf lokale Fachvereine. Eine sonderbare soziale Gesetzgebung, die sogar *dem sozialen Frieden dienende Einrichtungen*, wie die Tarifgemeinschaften, in die höchste Gefahr bringt!

vereinsbewegung die Anschauung von der Interessengemeinschaft zwischen Arbeiter und Unternehmer »durch die Erfahrung in den Hintergrund gedrängt wurde«.[5]) Wieder sind die praktischen Gewerkschafter zu einer anderen Erkenntnis gekommen, als die theoretisierenden Sozialpolitiker. Das sollte endlich die Herren veranlassen, die Dinge zu nehmen, wie sie sind, und dementsprechende gesetzgeberische Arbeit zu leisten.

Jene Sozialpolitiker sind noch immer in wirtschaftlichen Anschauungen befangen, die den Unternehmer mehr oder weniger als einen Patriarchen darstellen, dem man nur die Arbeiterwünsche sachlich vorzutragen habe, um auf Entgegenkommen zu rechnen. Gewiss ist diese Anschauung kein Zeichen unedler Gesinnung, aber sie ist im Zeitalter der Syndikate und Trusts einfach kindlich. Als Ergebnis dieser, die Tatsachen völlig verkennenden Ansicht sind uns auch die Bergarbeiterausschüsse von bürgerlichen Sozialpolitikern empfohlen worden, werden auch die paritätischen Arbeitskammern statt der reinen Arbeiterkammern befürwortet. Dem Trugschluss, die Arbeitskammern würden bessere Institutionen für die Arbeiter sein, als die Arbeiterkammern, sind auch sozialdemokratische Politiker zum Opfer gefallen. Wir verweisen nur auf die Darlegungen des Professors Mataja[6]) und ganz besonders auf das, was Professor Herkner über den geringen sozialen Wert der Arbeitskammern sagt.[7]) Diese bürgerlichen Autoren verweisen die Lehre von der natürlichen Interessengemeinschaft zwischen Kapitalisten und Arbeiter in das Reich der Fabel, verlangen reine Arbeitervertretungen, getragen von dem Vertrauen der Berufsgenossen. Darum kann ausserdem noch eine paritätische Vertretung geschaffen werden, gewissermassen als Schlichtungsorgan, ähnlich, wie sie das österreichische Gesetz über die Genossenschaften beim Bergbau vom 14. August 1896 vorsieht. Dieses ist in seiner Tendenz viel arbeiterfreundlicher, als die preussische Berggesetznovelle vom 14. Juli 1905. Das österreichische Gesetz führte Zechenausschüsse (Lokalausschüsse) ein für die Vertretung der einzelnen Belegschaften. Die Lokalausschüsse sind nicht gehindert, sich mit den anderen zu verständigen, vielmehr sollen sie in der nur aus Arbeitern bestehenden zweiten Abteilung der Reviergenossenschaft sich ein höheres Organ wählen, dem bedeutend wichtigere Befugnisse gegeben sind — zum Beispiel auch Mitwirkung in Lohnstreitigkeiten —, als unseren preussischen Bergarbeiterausschüssen. Keine Beengung auf den Einzelbetrieb, kein Verbot der Verbindung der Lokalausschüsse, keine Negation der gewerkschaftlichen Organisation! Diese Arbeiterkammern beraten und beschliessen separat; dann treten die Delegierten der Arbeiter mit denen der Werksabteilung zur gemeinsamen Beratung und Beschlussfassung zusammen. Wir sehen hier eine organische Verbindung von lokalen Arbeiterausschüssen, Arbeiterkammern und paritätischer Einigungsinstanz, der noch viele Mängel anhaften, die sich aber doch turmhoch erhebt über unsere Institution der Arbeiterausschüsse im Bergbau, welche nicht zur Arbeitersolidarität tendiert, sondern die Arbeiterschaft zerreissen soll. Vom selben Geiste der Arbeiterzersplitterung war auch der — jetzt mit der Auflösung des Reichstags glücklich begrabene — Gesetzentwurf über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine beseelt. Statt die imponierenden, sittlich erhebenden Lebensäusserungen der Arbeitersolidarität als Grundlage für ein grosszügiges Gesetz zu benutzen,

[5]) Vergl. Otto Müller *Die christliche Gewerkvereinsbewegung in Deutschland* (Karlsruhe 1905), pag. 110.
[6]) Vergl. den von Victor Mataja bearbeiteten Artikel *Arbeiterkammern* im *Handwörterbuch der Staatswissenschaften*, 1. Bd. (Jena 1898), pag. 461 ff.
[7]) Vergl. Heinrich Herkner *Die Arbeiterfrage* (Berlin 1905), pag. 449 ff.

das, aufräumend mit Urväter Hausrat ein einheitliches, freies Vereins- und Versammlungsrecht schafft, die aus dem unabweisbaren wirtschaftlichen Bedürfnissen herausgewachsenen Gewerkschaften, Tarifgemeinschaften, freien Schlichtungskommissionen rechtlich anerkennt, die Grundsteine legt für eine Arbeitervertretung durch Arbeiterausschüsse und Arbeiterkammern, statt ein solches Denkmal zeitgemässer Sozialgesetzgebung zu errichten, wurde den Berufsvereinen ein aus allerhand tödlichen Kräutern zusammengebrautes Tränklein vorgesetzt unter täuschender Etikette.

Die Spuren der Berggesetz*reform* schrecken. Unter dem blendenden Vorwand legaler Arbeitervertretung ist eine Institution geschaffen, die als Arbeiterausschuss machtlos, in ihrer von den Urhebern gewollten Konsequenz die gewerkschaftliche Arbeitervertretung ausschalten soll. Für solche Geschenke bedankt sich die Arbeiterschaft ganz entschieden. Und wer, gewitzigt durch die Erfahrungen im Bergbau, den Gesetzentwurf über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine betrachtete, der brauchte nicht einmal die vernichtende Kritik der Linksparteien im Reichstage zu hören, er wusste ohnedies, dass abermals eine soziale Tat à la preussisches Berggesetz geplant war. Wollen Regierung und Mehrheitsparteien kein klares, fortschrittliches Arbeiterrecht legalisieren, dann lieber gar nichts, nur keine neue gewerkschaftsfeindliche Scheinreform!

××××××××××××××××××××××××××××××××××××

MAX SCHIPPEL · STÄDTISCHE LEBENSMITTEL-VERTEUERER

I

DER Ausfall der Reichstagswahlen dürfte auch endgültig über den Fortbestand oder die Aufhebung der zahlreichen kommunalen Brot- und Fleischabgaben in Deutschland entscheiden. Vorläufig ist bekanntlich die Frage geregelt durch § 13 des Zolltarifgesetzes vom 25. Dezember 1902:

»Für Rechnung von Kommunen oder Korporationen dürfen vom 1. April 1910 ab Abgaben auf Getreide, Hülsenfrüchte, Mehl und andere Mühlenfabrikate, desgleichen auf Backware, Vieh, Fleisch, Fleischwaren und Fett nicht erhoben werden.«

Aber schon beim ersten Auftauchen des Antrages in der Zollkommission des Reichstags protestierten nicht wenige, zum Teil recht angesehene Stadtverwaltungen durch Eingaben an Regierungen und Reichstag. Als Wortführer der gefährdeten kommunalen Finanzinteressen traten vor allem der preussische Minister des Innern und der bayerische Bundesratsbevollmächtigte auf; das Reichsamt des Innern beschränkte sich mehr auf *pflichtgemässe* verfassungsrechtliche Bedenken und Einwände.

In Altpreussen bestanden, nach den damaligen Darlegungen des Freiherrn von Rheinbaben, noch 6 Städte mit Fleischauflagen; sie erhoben für Gemeinderechnung die ehemalige Staatsschlachtsteuer fort, bedurften dazu aller 3 Jahre eines erneuten Antrags beim Ministerium, auf Grund eines Mehrheitsvotums der Gemeindevertretungen; »fast durchweg« sei der notwendige Gemeindebeschluss »mit überwiegender Mehrheit gefasst«, und die Genehmigung von der Regierung »auf erneute Prüfung der Verhältnisse hin« anstandslos erteilt worden. Neben diesen 6 Stadtgemeinden Breslau, Posen, Gnesen, Potsdam, Coblenz-Ehrenbreitstein, Aachen standen in Preussen alsdann noch

einige hannoversche Städte, vor allem jedoch 90 Gemeinden der Provinz Hessen-Nassau mit Fleischsteuern. So erzielte aus dieser einen Einnahmequelle im Etatsjahre 1900 respektive 1901

Cassel 356 824, Wiesbaden 278 048, Hanau 66 713, Bockenheim 49 371, Fulda 34 469, Marburg 33 600, Eschwege 31 869, Hersfeld 23 211, Biebrich 17 392 Mark.

Wegen der Schwierigkeit der Ersatzfindung, und da alle aufstrebenden Kommunen schon jetzt sich in lebhaften Klagen ergingen

»über eine zu enge Begrenzung ihres Steuerungsgebiets gegenüber den auf den Gebieten der Volksschule, des Wegebaus, der Entwässerung, der Trinkwasserversorgung, der Beleuchtung, der Beamtenfürsorge, der Armenpflege usw. stark gestiegenen Bedürfnissen, . . . würde zu besorgen sein, dass mit der reichsgesetzlichen weiteren Beschränkung der Steuerquellen unmittelbar die Befriedigung der Kulturaufgaben leiden könnte. Vom Standpunkte dieser Erwägungen aus stehen der Annahme des Antrages für die preussische Monarchie erhebliche Bedenken entgegen.«

In Bayern ist zweifellos die Oktroiwirtschaft noch viel fester eingewurzelt, auch auf dem flachen Lande. Beinahe der vierte Teil aller bayerischen Gemeinden erhebt örtliche Verbrauchssteuern; viele dieser 1950 Verwaltungen begnügen sich allerdings mit der Erhebung einer Bierabgabe, fallen also nicht unter die neue Reichsvorschrift; zahlreiche Gemeinden besteuern jedoch zugleich das Brot und das Fleisch. Für manche Gemeinden, berichtete der bayerische Regierungsvertreter vor der Zollkommission, seien diese Abgaben die einzige oder doch wenigstens die Haupteinnahmequelle; der Antrag sei ferner ein Eingriff in die kommunale Selbständigkeit und Selbstverwaltung, in das einzelstaatliche Gesetzgebungsrecht; erfahrungsgemäss habe nicht einmal der Konsument den Vorteil einer Preisermässigung von solchen Abgabenaufhebungen; die Mehl- und Brotpreise »seien nicht selten in den Städten ohne örtliche Abgabe höher gewesen, als in Städten mit einer solchen Abgabe«.

Sachsen fürchtete vor allem für die Finanzen Dresdens, das seit langer Zeit von Mehl und Backwerk, von Eiern, Wildpret, Geflügel und Fischen, von Schlachtvieh, Fleisch und Fleischwaren um so erklecklichere Einnahmen erzielt, je mehr es seine Grundbesitzerklasse schont und verhätschelt: zur Zeit der Reichstagsberatungen erhob es in dieser Weise rund 2 Millionen Mark im Jahre. Erst vor 15 Jahren hatte Dresden seine Verzehrungsabgaben verdoppelt, so dass nach dem Tarif vom 1. Januar 1887 von nicht weniger, als 514 Artikeln, städtische Abgaben erhoben wurden, nämlich von

Roggenmehl aufs Kilo 1 Pfennig, Roggenbrot 0,9 Pfennig, Weizenmehl aufs Kilo 2,4 Pfennig, Weizenbrot aufs Kilo 1,8 Pfennig, frischem Fleisch und Fisch aufs Kilo 4 Pfennig, geräuchertem Fleisch aufs Kilo 6 Pf., Ochsen über 150 Kilo schwer 10 Mark, Kühe über 150 Kilo schwer 8 Mark, Kälber 1 bis 2 Mark, Hammel 50 Pfennig das Stück; Fette aller Art, also Schmalz, Margarine usw. zahlen 4 Pfennig auf 1 Kilo, einfaches Bier zahlt für den Hektoliter 25 Pfennig, schwereres Bier 60 Pfennig für den Hektoliter.

In der Tat steht bis zum heutigen Tage Dresden mit an der Spitze derjenigen Stadtverwaltungen, welche die Wiederabschaffung des § 13 des Zolltarifgesetzes gar nicht erwarten können.

Leider muss man jedoch hinzufügen, dass die übrigen, unbeteiligten Städte nichts tun, um ihre rein fiskalisch Fleisch- und Brotwucher treibenden Kolleginnen zur Preisgabe einer auf die Dauer ganz unhaltbaren Stellung zu bewegen. Vielmehr steifen sie dem Brot- und Fleischwucher geradezu den Rücken durch Unterstützung aller nur möglichen, wenn auch noch so kurz-

sichtigen Forderungen und Wünsche der Nächstinteressierten. Genosse Hugo Lindemann hat in der Rubrik *Soziale Kommunalpolitik* der Rundschau dieser Zeitschrift mehrfach die Ergebnisse dieses unklugen, verständnislosen Treibens erwähnt.[1]) Es heisst in der Tat einfach den Spott und Hohn der Agrarier herausfordern, wenn man die Reichsverwaltung um schleunigste Massnahmen zur Herabsetzung der Fleischpreise bestürmt, während man selber in einem Agitationsausschuss der deutschen Oktroistädte sitzt und die Vertagung der ganzen Streitfrage bis zum Ablauf der Handelsverträge — also bis zum Jahre 1917! — verlangt oder, noch lieber, gleich die gänzliche Abschaffung des § 13, wie das im Anfang der kommunalen Oppositionsbewegung unverhohlen geschah und heute nur aus taktischen Rücksichten nicht mehr verfochten wird.

II



BESONDERS die Fleischer und die Konsumenten haben sich von jeher gegen die kommunale Lebensmittelbesteuerung gewandt. Erst später haben sich ihnen zahlreiche Landwirte zugesellt, teils, um auch einmal in der dankbaren Rolle der Brot- und Fleischverbilliger aufzutreten, teils, weil sie durch die städtischen Schlagbäume zweifellos recht oft in ihrem Absatz geschädigt werden.

So schilderten in einer Reichstagpetition, der vom 10. Oktober 1902, die Potsdamer Fleischer in drastischer, vielleicht allzu drastischer Weise den Widersinn und die Schereien des ihnen auferlegten *Systems*. Die Steuersätze in Potsdam waren zum Teil verblüffend hoch, nämlich für einen Ochsen 31,50 Mark, für eine Kuh 20,25 Mark, für ein Schwein 9 Mark, für einen Hammel 1,68 Mark, für ein Kalb 2,25 Mark. Die Fremden müssen sich deshalb gleich beim Betreten der Stadt, um *Grenzschmuggel* zu verhüten, eine Visitation der Koffer, der Wäsche und des sonstigen Reisegepäcks von seiten der Steuerbeamten gefallen lassen; auf der Post werden sämtliche Pakete durch die Steuerbehörde geprüft, »selbst der vom Urlaub kommende Soldat muss sein bisschen Essware versteuern, das selbe muss er mit den aus der Heimat gesandten Paketen tun«. Nun helfen sich allerdings viele Einwohner dadurch, dass sie von der *Freieinfuhr* kleinerer Gewichtsmengen (bis zu 1 Kilo) Gebrauch machen; sie holen sich ihren Bedarf aus den unmittelbar an Potsdam angrenzenden schlachtsteuerfreien Ortschaften Nowawes, Neuendorf, Klein-Glienicke, Bornstedt. Entsprechend verkleinert sich jedoch das normale Absatzgebiet, die erzielte Verkaufsmenge für das *einheimische* Fleischergewerbe. Auch erscheint es, zum mindesten für manche Fälle, nicht unglaubhaft, dass die Wahl zwischen Stücksatz- oder Gewichtsversteuerung vielfach zu Ungerechtigkeiten, abermals vorwiegend gegen die einheimischen Konkurrenten, ausschlägt:

»Ein weiterer Beweis, dass wir Potsdamer gegenüber Auswärtigen, welche nach hier Fleisch einführen, im Nachteil sind, ist der, dass die Auswärtigen minderwertige Teile, als Köpfe, Beine, Talg, Liesen etc. nicht zur Versteuerung mitzubringen brauchen, die die Potsdamer mit versteuern müssen. Die Wursthändler zahlen für die fertige Wurst nicht mehr Steuer, als wir für das Fleisch mit Talg, Sehnen und Knochen und Abgang; rechnet man dazu das Austrocknen der Wurst, so kostet das Pfund 20 Pfennig Steuer, die Händler dagegen zahlen nur 6 Pfennig für das Pfund. Dadurch, dass die selben die Wurst auswärts billiger beziehen, kaufen die selben ihre gesamte Ware auswärts. Selbst für beanstandete Tiere, welche gekocht und auf der Freibank

[1]) Vergl. zuletzt wieder *Sozialistische Monatshefte*, 1906, 2. Bd., pag. 1057.

verkauft werden, müssen wir die volle Steuer entrichten; so kommt es vor, dass Tiere die beim Einkauf 300 Mark gekostet haben, auf der Freibank 50 bis 60 Mark einbringen, doch hierfür die volle Steuer mit 31 Mark 50 Pfennig erhoben wird.«

Der allgemeine Widerstand der Fleischer trat wohl im April 1902 auf dem ausserordentlichen Delegiertentag des *Deutschen Fleischerverbandes* am eindrucksvollsten zu tage. Wir erwähnen drei Redner aus den verschiedensten Ecken des Reiches. Lautz-Darmstadt betonte, dass seine Gemeinde für 621 000 Mark Oktroieinahme nicht weniger als 121 000 Mark Verwaltungskosten zu tragen habe. Die ganze Bevölkerung empfinde die genaue Torkontrolle als überaus lästig; jeder Fremde werde mit seinem Koffer oder Korb von dem Aufseher angehalten und müsse sich bei Wind und Wetter gefallen lassen, dass seine Sachen bis auf den Grund durchsucht würden. Oft träten ganz künstliche Geschäftsverschiebungen ein: so wegen der Verweigerung jeder Rückvergütung für wiederausgeführtes Fleisch, zum Beispiel nach nahen Luftkurorten, im Gegensatz zu Hasen und anderen Artikeln, wegen der ungleichen Heranziehung oder der gänzlichen Steuerfreiheit konkurrierender Artikel, zum Beispiel feiner Fische. Das Resultat des ganzen Systems sei, dass die Beamtenbevölkerung der Residenz über hohe Lebensmittelpreise schimpfe und auf dem Lande oder in der benachbarten Grossstadt Frankfurt kaufe. So käme zu dem einen Schaden der andere. In dem Bericht heisst es weiter wörtlich für Breslau und für Aachen:

Obermeister Becker-Breslau: »Breslau ist die einzige Stadt Schlesiens, die noch Schlachtsteuer erhebt, deren Ertrag beläuft sich auf nahezu 2 Millionen Mark. Wir haben wohl die höchsten Sätze, ausserdem aber bei dem sehr teuer gebauten Schlachthofe eine Menge anderer Gebühren, die uns schwer drücken. Ausserdem ist es unmöglich, die Steuer gerecht zu verteilen; die gutsituierten Kreise gehen das Jahr über längere Zeit auf Reisen, entziehen sich also der Steuer. Die ärmere und mittlere Klasse dagegen, welche durch ihren Erwerb an die Stadt gebunden ist, muss jahrein, jahraus die Abgabe tragen. Die modernen Verkehrsmittel erleichtern überdies noch die Umgehung der Abgabe bei der pfundweisen Einfuhr durch Private. Die freisinnige Partei schreit bei den Sätzen des Zolltarifs von Brot- und Fleischwucher, die Stadt Breslau aber, deren Magistrat vorwiegend freisinnig ist, erhebt Binnenzölle, die jeder Bezeichnung spotten. . . .«

Fleischermeister Esser-Aachen: »Bei uns liegen die Verhältnisse besonders schwer, weil wir nahe an der Grenze wohnen. Bei uns wird von einem Ochsen sage und schreibe 32,70 Mark, für jede Kuh 22,50 Mark, für jedes Kalb über 200 Pfund der selbe Satz erhoben. Der Umstand, dass der Händler diese Beiträge beim Eintritt in das Marktgebiet zu entrichten hat, bewirkt, dass der hiesige Viehmarkt gegen die in Köln und Neuss nicht aufkommen kann. Wir sind also gezwungen, dort zu kaufen und noch Transportspesen zu tragen. Wiederholt, zuletzt 1901, haben wir bei der Stadt darum petitioniert, die Schlachtsteuer aufzuheben, bis dahin aber wenigstens für das ausgeführte Fleisch Rückvergütung zu gewähren. Der Magistrat hat nicht nur beides abgelehnt, sondern auch sofort nach dem Beschlusse der Zolltarifkommission eine Eingabe an den Reichstag gelangen lassen, diesem Beschlusse die Zustimmung zu versagen. Wir haben sofort eine Gegeneingabe an den Reichstag gerichtet, in der wir feststellen konnten, dass die Begründung des Magistrats grösstenteils nicht stichhaltig ist. Die ganze Bevölkerung steht auf dem Boden unserer Anträge; die von dem Magistrat aufgestellte Preisstatistik ist nicht richtig und nicht umfassend; vor allem aber bildet der jetzige Zustand in sanitärer Hinsicht eine grosse Gefahr für die Stadt und deren Bevölkerung. Der Magistrat weist selbst darauf hin, dass Fleisch unter 1 Kilo steuerfrei eingeführt werden könne, und sei es festgestellt, dass wöchentlich 5000 bis 6000 Kilo, das ist jährlich zirka 300 000 Kilo, ohne Steuer zur Einfuhr gelangen. Er gibt also zu, dass diese Menge (bei einem Durchschnittsgewicht von 400 Kilo zirka 750 Ochsen) dem Geschäftsverkehr der in Aachen ansässigen und steuerpflichtigen Fleischer entzogen wird. Doch ganz abgesehen hiervon wird dieses Verhältnis dadurch illustriert,

dass diese steuerfrei eingeführte Menge von der ärmeren Bevölkerung in den zirka 2 Kilometer entfernten Nachbarorten Forst und Aaren geholt wird. In diesen Orten aber werden nach einer öffentlichen Erklärung eines Vertreters der Landwirtschaft alle krankheitsverdächtigen Tiere am leichtesten verwertet, weil dort kein Schlachthof, mithin keine sanitäre Kontrolle besteht. Die ärmere Bevölkerung wird also gezwungen, entweder durch die Steuer verteuertes Fleisch zu kaufen oder 2 Kilometer weit zu laufen, um billigeres Fleisch zu holen, für das keine Gewähr vorhanden ist, ob es gesundheitsschädlich ist oder nicht, ungerechnet die Belästigung, der sie beim Eingang durch überpeinliche Untersuchung ausgesetzt ist. Diese Feststellung allein sollte genügen, um die Steuer abzuschaffen.«

Die Petition des Vorstandes an den Reichstag, unterzeichnet Karl Marx, wird noch anzüglicher und deutlicher:

»Die ärmere Bevölkerung in den Städten ist es, welche schwer betroffen wird, dies insbesondere in Zeiten, in welchen sie hart zu kämpfen hat ... Als Verzehrungssteuer, für welche allein die Rücksicht auf die fiskalische Einträglichkeit massgebend ist, bietet die Fleischverbrauchsabgabe kein Moment der Abschwächung in ihrer Wirkung auf die Minderbemittelten, sie wirkt progressiv nach unten. Da will der Entwurf eines neuen deutschen Zolltarifes den Preis für einen Ochsen um zirka 80 Mark verteuern, und ausserdem sorgen zum Beispiel Aachen auch für eine Verteuerung um 32,70 Mark, Breslau um 27 Mark, Coblenz nur um 26 Mark, Darmstadt um 20 Mark! ... Welch ein Widerspruch in dem Verhalten der Stadtverwaltungen, welche heute ihre Vertreter nach Berlin entsenden, um auszusprechen, dass gegen jede Verteuerung von notwendigen Lebensmitteln durch Zollerhöhungen Widerspruch zu erheben sei, morgen aber die selben Vertreter die Achsel zucken lassen, wenn es heisst, dass die die notwendigen Lebensmittel ebenso verteuernden Binnenzölle auf Fleisch und Fleischwaren aufgehoben werden möchten, und dass der Einnahmeausfall durch eine Mehrbelastung der in den Kommunalverwaltungen massgebenden wohlhabenden Wählerkreise reichlich und überreichlich gedeckt werden könnte!«

III

DER Konsument bildet naturgemäss die geduldigste, weil am wenigsten einheitlich organisierte Streitpartei. Doch hat gerade der Dresdener Magistrat eine sehr rege Gegnerschaft in dem *Allgemeinen Mietbewohnerverein* gefunden. So hatte der Magistrat ganz nach berühmten Mustern behauptet, es sei für die Verbraucher noch niemals etwas von einer Verteuerung der notwendigen Lebensmittel in Dresden zu spüren gewesen. Dagegen führt der Mietervorstand an, dass der Konsumverein *Vorwärts* und der *Görlitzer Wareneinkaufsverein* beide sowohl in Dresden, wie in einzelnen, damals noch nicht eingemeindeten Vororten Verkaufsstellen besitzen, für die gleichen Qualitäten Brot, Mehl, Schmalz, Margarine, aber mit recht fühlbaren und nur aus der Steuerdifferenz erklärbaren Preisunterschieden. So stellen sich die Preise (in Pfennig):

beim Konsumverein *Vorwärts:*

für 1 Kilo	in Dresden	in Plauen
Kaiserauszugsmehl	38	36
Grieslerauszugsmehl	34	32
Roggenbrot	22	21

beim *Görlitzer Wareneinkaufsverein:*

für 1 Kilo	in Dresden	in Plauen
Kaiserauszugsmehl	38	36
Grieslerauszugsmehl	34	32
Roggenbrot	24, 22, 19	23, 21, 18
Schmalz	150	146
Margarine	156, 144	152, 140

Hinzugefügt wird, dass die Preise der beiden grossen Verkaufsorganisationen ganz gut als Anhalt für das durchschnittliche Preisniveau dienen könnten;

überall komme also, verschleiert oder offen, die städtische Abgabenbelastung zum Ausdruck. Schon 1890 habe der Geheime Regierungsrat von Bosse für eine sechsköpfige Dresdener Familie mit 900 bis 1100 Mark Jahreseinkommen — bei einem jährlichen Verzehr von 1300 Kilo Brot, 104 Kilo Mehl, 156 Kilo Fleisch, 26 Kilo geräucherter Fleischwaren und 13 Kilo Wurstwaren — 21,80 Mark Belastung mit städtischen Konsumsteuern herausgerechnet. Unter 1100 Mark Einkommen standen jedoch 1898 fast genau zwei Drittel (65,3 %) aller zur städtischen Einkommensteuer eingeschätzten Personen! Der inzwischen verstorbene zweite Bürgermeister Dresdens gestand selber zu, dass den Verzehrungsabgaben »vom Standpunkte des Steuerrechts wohl kaum noch eine Berechtigung zuerkannt werden könnte«.

IV

VIELLEICHT wäre es in diesem Zusammenhange weiter noch angebracht, die mitunter recht seltsame Blüten treibende Plusmacherei bei der Benutzung der kommunalen Schlachthäuser, bei der Festsetzung der kommunalen Fleischbeschau- und Untersuchungsgebühren kurz zu kennzeichnen. Doch kommt diese fiskalische Interessenpolitik vieler unserer Grossgemeinden, dieser gemeinschädliche Missbrauch des Schlachthausmonopols, einstweilen bei den Reichstagswahlen nicht in Frage. Zur Entscheidung steht jedoch, ob die kleine Gegenleistung, die man 1902 den konsumierenden Massen — ähnlich, wie den Arbeitern die Witwen- und Waisenversicherung — glaubte in Aussicht stellen zu sollen, zuletzt wieder in nichts zerfliessen wird. Denn die Aufhebung der kommunalen Brot- und Fleischabgaben bis zum Jahre 1917 vertagen — wie es einflussreiche Grossstadtverwaltungen unumwunden als ihr Gegenwartsprogramm verkünden — das hiesse in der Tat, in dieser Richtung noch hinter den Standpunkt der Zolltarifmehrheit von 1902 zurückgeworfen werden.

Möge man beim Wahlkampfe diese Seite der Lebensmittelpolitik gleichfalls nicht übersehen und auch von vermeintlich liberalen und freisinnigen Gegnern klare Stellungnahme zu den Kommunalaufschlägen verlangen!

××

ROBERT SCHMIDT · DIE VERTRAGSPOLITIK DER GEWERKSCHAFTEN



NOCH vor zehn Jahren waren Tarifverträge in der deutschen Gewerkschaftsbewegung kaum bekannt; heute schätzt das reichsstatistische Amt deren Anzahl auf 3- bis 4000.[1]) Schon diese Zahl deutet darauf hin, dass der entschiedene Widerspruch gegen dies System, der im Anschluss an den Buchdruckertarif im Jahre 1897 seitens des Leip-

[1]) Das kaiserliche statistische Amt hat als Nr. 3, 4 und 5 der *Beiträge zur Arbeiterstatistik* unter dem Titel *Der Tarifvertrag im Deutschen Reich* in 3 stattlichen Bänden ein interessantes Material veröffentlicht, das mit Unterstützung der *Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands*, der übrigen Gruppen der Gewerkschaftsverbände und der Unternehmerorganisationen gesammelt wurde. Das Werk bringt im 1. Bande, der vom Regierungsrat Dr. Leo verfasst ist, einen geschichtlichen Überblick über die Entwickelung des Tarifvertrags, eine Besprechung der Rechtslage und eine Darstellung der Rechtsverhältnisse im Ausland; im 2. Bande, vom wissenschaftlichen Hilfsarbeiter Dr. Sydow bearbeitet, werden die Tarife nach Berufsgruppen geordnet und die Ergebnisse, soweit es bei der Eigenart des Materials möglich ist, statistisch zusammengestellt; der 3. Band endlich enthält die wichtigsten Verträge *in extenso*. Wer sich über die wichtige Tätigkeit der Gewerkschaften auf diesem Gebiet unterrichten will, wird in der sehr beachtenswerten Publikation, die objektiv die Entwickelung der Tarifvereinbarungen würdigt eine treffliche Information und eine ausgezeichnete Übersicht gewinnen.

ziger Gewerkschaftskartells erhoben wurde, heute kaum noch einen Widerhall findet. In einer verhältnismässig kurzen Zeit haben die freien Gewerkschaften die Vertragspolitik zu einer Ausdehnung gebracht, die die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine, die auf eine gleich lange Zeit der Entwickelung zurückblicken, nicht im stande waren herbeizuführen, obwohl es ihnen an grundsätzlicher Zustimmung zu dieser Vertragspolitik nie mangelte. Die Änderung in der Haltung der freien Gewerkschaften ist auf die Erstarkung der Organisationen zurückzuführen und nicht minder auf die anhaltend günstige wirtschaftliche Konjunktur in den letzten zehn Jahren, die den Widerstand der Unternehmer zurückdrängte.

Tarifverträge können nur abgeschlossen werden, wenn die Bedingung erfüllt ist, die der Gewerkschaftskongress ganz zutreffend im Jahre 1899 festlegte, indem er sagte, Tarifvereinbarungen seien in den Berufen erstrebenswert, in denen eine starke Organisation sowohl der Unternehmer, wie auch der Arbeiter vorhanden ist, welche beide eine Gewähr für die Aufrechterhaltung und Durchführung des Vereinbarten bieten. Der korporative Arbeitsvertrag ist in der Regel ein Kompromiss zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, seltener wird er eine bedingungslose Unterwerfung des einen oder andern Kontrahenten sein. In wirtschaftlichen Kämpfen ist eine dauernde Unterdrückung des einen oder andern Teils unmöglich. Die Arbeiter, die den Streik erfolglos aufgeben, erscheinen nach einer kürzern oder längern Pause wieder mit der gleichen Anforderung, ohne durch die letzte Niederlage abgeschreckt zu sein. Ebenso werden die Unternehmer nach einer schweren Niederlage den Widerstand planmässig organisieren. Es hat in der Gewerkschaftsbewegung eine Zeit gegeben, wo ein Verhandeln mit den Unternehmern vor dem Beginn des Streiks abgelehnt wurde. Dabei hat es nicht an grundsätzlichen Bedenken gefehlt, die dahin gingen, dass die Arbeiter bei den Verhandlungen mit den Unternehmern nachgiebiger gestimmt würden, dass es besser sei, sie blieben unberührt von der Verführung. Es sind das die gleichen Bedenken, die im politischen Leben auftauchen und in der Befürchtung gipfeln, dass im Parlament durch die Berührung mit bürgerlichen Parteien, durch ein Verhandeln der Gegner in den Kommissionen die Festigkeit der Anschauung leide und die Gegensätze zwischen Kapital und Arbeit vertuscht werden. Die Gewerkschaft hat es vielleicht weniger nötig, solche Befürchtung zu hegen, da sie immer darauf vertrauen kann, dass die wirtschaftlichen Gegensätze, die gerade im Kampfe um die Arbeitsbedingungen sehr scharf zu Tage kommen, ein Aufheben der Klassengegensätze unmöglich machen.

Gleichwohl spielt die bange Furcht, die Taktik der Gewerkschaften befinde sich nicht mehr auf dem Boden des Klassenkampfes, bei einigen Leuten immer noch eine Rolle. Sie beruht auf einer irrigen Auffassung seines Wesens. Nicht die Arbeiterbewegung ruft künstlich den Klassenkampf hervor, sondern dieser ist nur ein Zeichen dessen, dass gewisse Klassengegensätze in der Gesellschaft vorhanden sind. Wir verstehen gewisse Vorgänge und Erscheinungen des politischen Lebens nur aus den Klassengegensätzen. Grosse Umwälzungen politischer Art sind Kämpfe einer nach Herrschaft strebenden Klasse, die an Macht gewonnen und ihren Rückhalt in der Formung der wirtschaftlichen Grundlagen gefunden hat. Die Klassengegensätze in der kapitalistischen Gesellschaft treten wirtschaftlich in die Erscheinung durch die Anhäufung des

Kapitals auf der einen, das Anwachsen des Proletariats auf der andern Seite. Diese Gegensätze finden ihren Ausdruck in der Organisation der Unternehmer- und Arbeiterklasse. Ein Leugnen der Gegensätze würde zu nichts führen, die kapitalistische Entwickelung muss sie immer wieder zum Vorschein bringen, sie stösst besonders die Arbeiter immer wieder auf die Bahn zurück, wenn sie Neigung zeigen, abseits den Weg zu nehmen. Politisch können die Klassengegensätze sich bemerkbar machen durch scharfe Massnahmen in der Gesetzgebung und Verwaltung, durch Einseitigkeit in der Rechtsprechung, Mittel, um die Macht der Herrschenden zu festigen. Derartige reaktionäre Attentate deuten auf eine Verschärfung der Klassengegensätze hin, sie können als Vorboten einer Epoche gedeutet werden, in der nach Marx die Gegensätze unhaltbar werden und der Zusammenbruch eintritt. Zur Verschärfung der Klassengegensätze werden zunächst die herrschenden Klassen selbst und die wirtschaftliche Entwickelung beitragen. Nicht ohne Einfluss kann unter Umständen die Stellung der Arbeiterklasse, die heftige Form des Angriffs und die Stärke ihrer Organisationen sein. Es entsteht dann jene Wechselwirkung, dass sich die besitzende Klasse in Unsicherheit fühlt und stärkeren Anreiz zu politischen Unterdrückungsmassregeln gewinnt, damit wieder umgekehrt den Gegendruck der Arbeiter lebhaft entfacht. Der Klassenkampf ist nur der objektive Ausdruck der treibenden Kräfte, die in das politische und wirtschaftliche Leben bestimmend eingreifen. Man kann deshalb nicht die Frage stellen, ob eine Aktion auf dem Boden des Klassenkampfes sich bewegt, sondern man hat nur zu fragen, ob die Interessen der Arbeiterklasse bei dieser oder jener Aktion nachhaltig vertreten wurden. Ein Streik, der sich ganz auf dem Boden des Klassenkampfes abspielt, kann, zur unrechten Zeit begonnen, die Interessen der Arbeiterklasse ganz ausser acht lassen. Der Streik ist für eine leistungsfähige Organisation kein Propagandamittel, sondern er soll die Widerstandsfähigkeit der Arbeiter durch Erringung besserer Arbeitsbedingungen stärken. Zahl und Umfang der Streiks geben nicht den Gradmesser des Klassenkampfes ab. Es kann der stille, nach aussen ganz unmerkliche Druck der Organisation ein stärkerer Ausdruck der Klassengegensätze sein, als ein plötzlich losbrechender Streik. Die Erfolge des Streiks hängen keineswegs stets vom Kräfteverhältnis der kämpfenden Parteien ab. Es können da Vorgänge eine ausschlaggebende Bedeutung haben, die sich auf einem ganz andern Boden abspielen, die mit dem Objekt des Streites nichts zu tun haben, ja, weit entfernt, in den Gegensätzen der streitenden Teile als Klassen, vielmehr in einem gemeinsamen Interesse beider ihren Ursprung haben. Deshalb ist es ganz und gar verfehlt, auf die sprunghaften Erfolge der russischen Gewerkschaften hinzuweisen. Gerade hier spielten die politischen Vorgänge, spielte die Solidarität der Klassen in dem Streben nach Niederwerfung des Absolutismus eine bedeutendere Rolle, als die Kämpfe der Klassen mit einander. Ein Vergleich mit den deutschen Verhältnissen ist schon aus diesem Grunde unmöglich. Sprunghafte Erfolge beweisen nie etwas. Die sprunghafte Taktik hat die deutsche Gewerkschaftsbewegung zu Beginn ihrer Organisationstätigkeit befolgt, sie hat da auch manchen Erfolg zu verzeichnen gehabt. Aber alle diese Errungenschaften waren nur Seifenblasen, von dauerndem Bestand war keine. Es gehört deshalb kein grosser Scharfblick dazu, um im gewerkschaftlichen Kampf sofort diese Taktik über Bord zu werfen, sobald die Möglichkeit einer gefestigten stabilen Entwickelung sich bot. Für Russland war die dort einge-

schlagene Taktik in dem gegebenen historischen Moment die richtige; aber auch nur in dem Moment, der unvermeidliche Rückgang ist mittlerweile längst erfolgt. Für Deutschland sind wir über diese Sprünge hinaus. Wir können nicht einmal den Franzosen, die auf eine ältere Arbeiterbewegung zurückblicken, die Sprünge nachmachen, die sie mit ihrer *direkten Aktion* und der Phantasterei über den Generalstreik betreiben. Diese Taktik hat die französischen Arbeiter bei aller Anerkennung ihrer sonstigen Vorzüge in der Gewerkschaftsbewegung um keinen Schritt vorwärts gebracht.

Wir müssen also beim Tarifvertrag prüfen, ob er ein Mittel ist, die Widerstandskraft der Arbeiter im politischen und wirtschaftlichen Leben zu heben. Der Tarifvertrag hat zunächst aufgeräumt mit der Anschauung der Unternehmer, dass sie unumschränkte *Herren im Hause* seien. Es ist in den zehn Jahren, soweit Tarifverträge abgeschlossen sind, eine vollständige Verschiebung der Rechtslage eingetreten. Während früher der einzelne Arbeiter zu dem einzelnen Unternehmer, steht jetzt die Gewerkschaft zu der Unternehmerorganisation im Vertragsverhältnis. Damit soll nicht gesagt sein, dass der Unternehmer im Arbeitsvertrag nicht noch weitgehende Befugnisse hat. Nicht jeder Tarifvertrag wird im gleichen Umfange die Verschiebung der Machtverhältnisse zum Austrag bringen. Die Tarifpolitik der Gewerkschaften befindet sich erst im Anfangsstadium, der weitere Ausbau wird die Position der Arbeiter stärken und von selbst das Unhaltbare und Ungesunde ausmerzen.

Mit dieser Tarifpolitik ist natürlich für die Gewerkschaften eine ganze Reihe wichtiger Fragen aufgetaucht, die heute noch verschieden beurteilt werden. Es lässt sich nicht verkennen, dass diese Tarifpolitik nach manchen Seiten bedenkliche Erscheinungen zeitigt. Diese Gefahren können um so bedeutsamer werden, wenn von grossen Organisationen Fehlgriffe gemacht werden. So muss man zum Beispiel die Frage aufwerfen, welches Interesse die Gewerkschaften daran haben, in Tarifen Preiskonventionen für die zu produzierenden Waren zu unterstützen. Man wird hier den Standpunkt einnehmen müssen, dass die direkte Beeinflussung der Preisbildung auf dem Warenmarkte nicht Sache der Arbeiter ist, vielmehr Aufgabe der Unternehmerorganisation bleiben sollte. Wir müssen uns von dem Wege fernhalten, den die englischen Gewerkschaften mit der gleitenden Lohnskala beschritten haben, eine Vereinbarung, die dahin geht, dass bei einer gewissen Preishöhe der Ware auch entsprechend ein Lohnaufschlag eintritt. Damit gewinnen schliesslich die Arbeiter selbst ein Interesse daran, dass eine Steigerung der Warenpreise eintritt. Solche Preiskonventionen sind in deutschen Tarifen selten gewesen. Die Nürnberger Feingoldschläger haben diese Vereinbarung wieder aufgeben müssen, weil sie bei dem Niedergang des Gewerbes unhaltbar wurde. Mit mehr Nachdruck haben sich die Chemigraphen der Sache gewidmet. Für beide Gewerbe kamen aber ausserordentlich ungünstige Geschäftsverhältnisse in Betracht. Für die Chemigraphen war die Preiskonvention der Angelpunkt des Tarifabschlusses, ohne sie waren die Fabrikanten nicht zu gewinnen. Wahrscheinlich wird sich für die Zukunft von selbst diese Bestimmung des Vertrages als überflüssig erweisen, da die Unternehmer die Verfolgung dieser Zwecke ganz in ihre Organisation verlegen werden. Die Organisation der Gehilfen ist überhaupt nur in sehr wenigen Fällen in Aktion getreten.

Der Organisationszwang, der in einigen Tarifen eingeführt ist, und auf den

vor allem in letzter Zeit der Buchdruckertarif die Aufmerksamkeit gelenkt hat, lässt sich in seiner Wirkung noch nicht sicher bewerten. Auch hier kann der Einwand erhoben werden, dass es nicht Aufgabe der Arbeiter sei, die Organisation der Unternehmer zu stärken; aber es darf nicht unbeachtet bleiben, dass auf der anderen Seite die Arbeiter einen nicht minder bedeutsamen Vorteil erlangen. Der Chemigraphenvertrag weist einige Jahre der Erfahrung auf, und diese ergaben, dass im Jahre 1903 zu Beginn des Vertrages 696 Gehilfen organisiert waren, während im Jahre 1905 nach dem letzten Geschäftsbericht 1595 Gehilfen der Organisation angehörten, so dass gegenwärtig ausserhalb der Organisation nur 4 % der Gehilfen stehen. Auf der letzten Konferenz der Gehilfenvertreter im August 1906 ist ohne Ausnahme von allen Vertretern erklärt worden, dass dieser Zwang zur Organisation von Nutzen für die Gewerkschaft war. Es wurde bemerkt, dass man sehr viele unklare und der Arbeiterbewegung fern stehende Leute in die Organisation hineinbekommen hätte, dass aber durch regen Besuch der Versammlungen auch die Aufklärung nicht ausgeblieben wäre. Die Parkettbodenleger in Berlin und Hannover haben seinerzeit in ihrem Vertrage den Organisationszwang eingeführt; es ist nicht bekannt geworden, dass sie schlechte Erfahrungen damit gemacht haben. In diesen Fällen handelt es sich freilich um kleinere Berufe. Welche Erfahrungen die Buchdruckerorganisation machen wird, die sicherlich hier den Prüfstein abgibt, muss der Zukunft vorbehalten bleiben.

Für die Innehaltung des Vertrages sind heute die Garantieen sehr unsicher. Nachdem das Reichsgericht sich auf den Standpunkt gestellt hat, dass diese Verträge unter die Bestimmungen des § 152 und 153 der Gewerbeordnung fallen, mithin es jedermann erlaubt ist, von dem Vertrag zurückzutreten, ohne dass Massregeln ergriffen werden können, ihn zur Erfüllung der vertraglichen Bestimmungen anzuhalten, schwebt der Vertrag in der Luft. Zum Teil resultiert daraus das Verlangen, die Organisationen für die Innehaltung des Vertrages schadensersatzpflichtig zu machen. Nach den Veröffentlichungen des reichsstatistischen Amtes haben von den Tarifen, welche diesem Amte zur Bearbeitung zur Verfügung standen, 10 die Schadensersatzpflicht aufgenommen. Diese Verpflichtungen sind verschiedener Art. Einige Verbände verfügen den Ausschluss der Mitglieder bei Tarifbruch und verpflichten sich, keine Unterstützung in diesem Falle an das Mitglied auszuzahlen. Andere haben in beschränktem Umfange die Schadensersatzpflicht anerkannt, wie es auch im Vertrage der Buchdrucker nunmehr stipuliert ist. Die Anerkennung der Schadensersatzpflicht ist eine ungleiche Belastung. Die Unternehmerorganisation wird im gegebenen Falle leichter den Schadensersatz von dem vertragsbrüchigen Unternehmer einfordern können, als die Arbeiterorganisation von dem Arbeiter. Der Tarifbruch wird bei dem Arbeiter in der Regel ja auch nur dann eintreten, wenn er ohne Kündigung die Stellung verlässt. Will der Unternehmer eine solche schnelle Lösung des Arbeitsverhältnisses verhindern, so mag er Kündigung vereinbaren und bei Nichteinhaltung der Frist den Arbeiter zur Einhaltung der Vertragsbestimmungen anhalten. Im übrigen wird die Bedeutung dieser Bestimmung vielfach überschätzt. Die Erfahrung hat bisher bestätigt, dass die Unternehmer viel eher geneigt sind, Tarife zu brechen, als die Arbeiter. Die Maurer haben seinerzeit einen sehr ausgedehnten Kampf gegen den Tarifbruch der Baugewerbetreibenden in Halle geführt, ohne einen Erfolg zu verzeichnen; die Steinsetzer wissen zu berichten, dass einer ihrer

Unternehmer zu einer Strafe von 500 Mark wegen Tarifbruchs verurteilt wurde, von welchem Betrag 250 Mark in die Streikkasse flossen. Man wird auch hier die Erfahrungen abwarten müssen. So viel ist sicher, dass bei einem wirtschaftlichen Niedergang die Neigung der Unternehmer, lästige Tarife loszuwerden, sehr stark hervortreten dürfte, und dann erst für die Gewerkschaften die Unsicherheit der heutigen Rechtslage sich bemerkbar machen wird.

Viel angefeindet ist der Abschluss von Akkordtarifen. Man glaubt, dass vor allen Dingen da, wo bereits Lohnarbeit durchgeführt ist, eine Rückkehr zur Akkordarbeit ein schweres prinzipielles Vergehen sei. Die Akkordarbeit ist eine Begleiterscheinung unserer kapitalistischen Produktionsweise und wird kaum durch die Gewerkschaften beseitigt werden. Die Gewerkschaften werden in vielen Fällen darauf bedacht sein müssen, die Übel der Akkordarbeit durch Verkürzung der Arbeitszeit, gute sanitäre Einrichtungen in Fabriken etc. auszugleichen. Sehr übertrieben ist aber auch das Lob der Lohnarbeit; denn auch sie hat mehr oder weniger alle Mängel der Akkordarbeit. Der Lohn ist in einem Berufe selten gleich. Der Befähigte wird vorgezogen oder, was schlimmer ist, derjenige, der sich dem Unternehmer am angenehmsten bemerkbar machen kann, und nicht zuletzt der, der durch übermässige Leistungen sich die Anerkennung des Unternehmers durch höheren Lohn erringen will. In der Lohnarbeit selbst liegt auch ein Anreiz zum Streben nach immer grösserer Leistungsfähigkeit. Dazu gesellt sich dann ein oft raffiniertes System der Beobachtung und des Antreibens zur Arbeit. Wenn in einigen Berufen ein Stundenlohn, aber eine Mindestleistung vereinbart wird, so gestehen die Arbeiter damit zu, dass sie nicht eine willkürliche Leistung in der Lohnarbeit bieten können, sondern ein bestimmtes Quantum von Arbeit liefern. Nicht in jedem Beruf ist zugleich die Mehrleistung über den Durchschnitt eine Aufwendung grösserer physischer Kraft, sondern es kommt bei qualifizierter Arbeit die Geschicklichkeit des Arbeiters in Betracht. Deshalb darf auch die Akkordarbeit nicht in jedem Berufe gleich beurteilt werden. Wohl aber werden die Arbeiter mit Entschiedenheit alle die Versuche abweisen müssen, die etwa das Prämienlohnsystem, wie es in der Textilindustrie üblich ist, festlegen wollen. Übrigens sind auch die englischen Arbeiter immer mehr von dem System der gleitenden Skala abgerückt; es hat sich hier eine Reaktion gezeigt, die aus den Tarifvereinbarungen Dinge ausmerzte, die eine höhere sozialpolitische Einsicht vermissen liessen.

Einige Kritiker glauben, in den Tarifverträgen vielfach Neigung zu einem Zünftlertum erblicken zu müssen. Dieses Zünftlertum soll sich in dem Ausscheiden ungelernter Arbeiter für gewisse Berufsarbeiten und auch in der Begrenzung der Lehrlingszahl äussern. Unter zünftlerischen Vorurteilen versteht man die alten Einrichtungen der Zünfte, die die Konkurrenz im Gewerbe durch Abgrenzung des Berufes und die Erschwerung des Meisterwerdens unterdrücken wollten. Von den Gesellen darf gesagt werden, dass sie diesen zünftlerischen Neigungen fernstanden. Die gegenwärtigen Bestrebungen in den Tarifen sind von ganz anderen Gesichtspunkten geleitet. Sie haben die Interessen der Arbeiter, und nicht das der Unternehmer, im Auge. Es mag egoistisch klingen, wenn die Buchdrucker für die Setzmaschine nur gelernte Berufsangehörige ausbilden wollen, aber es ist der Selbsterhaltungstrieb, der sie zwingt, solche Massnahmen zu treffen, weil sie, die gut disziplinierte Arbeiter-

schaft, nur so im stande sind, die Löhne zu halten. Würde der Beruf für das Eindringen aller Unorganisierten und weniger widerstandsfähigen Arbeiter freigegeben, so würde damit die ganze soziale Stellung dieser Arbeiterschicht heruntergedrückt werden. Diese Meinung ist auch in anderen Berufen stark ausgeprägt, so dass man auch dort diese Machtmittel nicht verschmähen würde, wenn man dazu die nötige Kraft besässe. Die selben Vorgänge, die sich bei den Buchdruckern abspielen, wiederholen sich bei den Chemigraphen, die auf ihrer letzten Konferenz sich dahin ausgesprochen haben, es müsse mit aller Entschiedenheit darauf gedrungen werden, dass an der ihrem Gewerbe so bedrohlichen Ätzmaschine nur gelernte Berufsangehörige Verwendung finden dürfen. Ohne Widerspruch wurde diese Anschauung von allen Rednern wiederholt, und die Berufsangehörigen wurden ermahnt, man solle sich die schmutzige, schmierige Arbeit nicht verdriessen lassen, den Künstlerstolz zurückstellen, um die Position zu halten, die für die Berufsangehörigen hier in Gefahr kommt. Es wird also, wenn sogenannte *zünftlerische Neigungen,* wie die geschilderten, kritisiert worden, doch hervorzuheben sein, dass immer die gesunde Auffassung zu erkennen ist: die Arbeiter wollen eine Überfüllung des Arbeitsmarktes in ihrem Berufe zurückdrängen, weil sie um so leichter dann ihre Arbeitsbedingungen erhalten können.

Noch weniger darf die Beschränkung der Lehrlingszahl als ein Ausfluss des Zünftlertums der Berufsorganisationen angesehen werden. Wenn der Buchdruckerverband bestimmt, dass in seinem Beruf nur Lehrlinge angelernt werden, die auch eine gewisse Schulbildung mitbringen, so lässt sich dagegen nichts einwenden; das ist für das Fortkommen im Berufe die Vorbedingung. Wenn die Lehrlingszahl in Verhältnis gestellt wird zur Zahl der Gehilfen, so soll damit auch nicht nur ein übermässiger Zuwachs im Berufe zurückgehalten, sondern vor allen Dingen der ungenügenden Ausbildung der Lehrlinge und der Lehrlingszüchterei ein, wenn auch nicht immer wirksames, Mittel entgegengesetzt werden. Die Chemigraphen, die in ihrem Tarif eine Lehrlingsskala einführten, haben das Anwachsen der Lehrlingszahl gar nicht verhindern können. Die Zahl der Lehrlinge ist von 253 im Jahre 1903 auf 324 im Jahre 1905 gestiegen und prozentual im selben Zeitraum zur Zahl der Gehilfen von 3,16 auf 3,88 %.

Wenn wir Bedingungen in einem Tarifvertrag finden, die wir als einen Nachteil für die Arbeiter ansehen, so muss doch vor allen Dingen das eine berücksichtigt werden, dass ein Vertrag nicht nur Vorteile für den einen Kontrahenten enthalten kann. Der Tarifvertrag ist ein Kompromiss, der die Stärke der Vertragschliessenden deutlich zu erkennen gibt. Es geht den Gewerkschaften bei dem Abschluss eines Vertrages, wie der Partei bei der Entscheidung über einen Gesetzentwurf. Sind in dem Entwurf die für die Arbeiter günstigen Bestimmungen so hervorstechend, dass man die Ablehnung schwer verantworten kann, so muss man auch eine Bestimmung in den Kauf nehmen, die man sonst ablehnen würde.

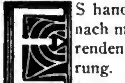
Nicht ganz zutreffend ist es, wenn vielfach der Auffassung Raum gegeben wird, die Geschäftskonjunktur würde für die Arbeiter bei langen Tarifverträgen ganz ohne Einfluss auf den Lohn vorübergehen. In einer günstigen Geschäftskonjunktur werden ganz von selbst die tariflichen Minimallöhne überschritten. Die Arbeiter können, auf ihre Leistungsfähigkeit und Geschicklichkeit ge-

stützt, auch unter einem Tarifvertrage eine Entlohnung über die Minimalgrenze erreichen. In einer wirtschaftlichen Krise wird allerdings dieser Vorteil verscwinden; da wird die Lohngrenze in der Regel beim Minimallohn anlangen.

Die Tarifpolitik der Gewerkschaften wird sich nach festen Grundsätzen kaum regeln lassen. Was für den einen Beruf vorteilhaft ist, kann für den andern ein Rückschritt sein. Mit dem weiteren Erstarken der Gewerkschaften wird ganz von selbst die Vertragspolitik Gebiete erfassen, die bisher unberührt blieben, und auch die Abkommen mehr zu gunsten der Arbeiter mit Ausscheidung aller zweifelhaften Bestimmungen gestalten können. Wir sind erst am Beginn einer Vertragspolitik, die sichere Erfahrungen kaum hinter sich hat, und die Befürchtungen eifriger Kritiker, dass in dieser Bewegung die Zielsicherheit der Gewerkschaftsbewegung stecken bleiben könnte, sind daher recht voreilig. Die deutschen Gewerkschaften befinden sich nicht in einer Situation, dass sie an Widerstandskraft einbüssen, sondern sie betreiben unter Ausnutzung aller ihnen zu Gebote stehenden Mittel die wirtschaftliche Besserstellung der Arbeiter. Wieweit diese gegebenen Kräfte in einem Konflikt ausreichen, kann von der Organisation zuweilen irrig beurteilt werden; aber die Organisation wird auch in der Lage sein, die Korrektur selbst vorzunehmen.

×××××××××××××××××××××××××××××××××××××

KURT EISNER · DIE WAHLPAROLE DER INTELLEKTUELLEN



ES handelt sich um Menschen, die es in Deutschland nicht gibt. Danach möchte es scheinen, als ob auch eine Wahlparole der Nichtexistierenden nicht einmal denkbar sei. Das ist eine falsche Schlussfolgerung. Wahlparolen können schöpferisch sein. Sie vermöchten sogar, zu erzeugen, was uns bisher fehlt: Intellektuelle; Mitarbeiter der Kultur; Hirne, die handeln; Wissende, die Arme nicht nur zum Schreiben haben. Die heurige Reichstagsauflösung, die eine moralische Katastrophe eines Geschichte wirkenden vorgeschichtlichen Systems ist, läutet die Geburtstagsglocken für die Bildung deutscher Intellektuellen. Leider genügt es aber nicht, zu läuten, damit etwas geboren werde.

Jedes Adressbuch bezeugt einwandsfrei, dass es auch im Deutschen Reich Leute gibt, die mit dem Kopf arbeiten und bisweilen auch mit dem Kopf verdienen. Wir haben Professoren und Schriftsteller, Ärzte und Advokaten, Techniker und Redakteure, Maler, Bildhauer, Musiker, Schauspieler, Tänzer, Studenten und Erwerbstätige im Militär- und Zivildienst, sowie in den freien Berufen. Diese Erwerbstätigen gehen, wie es in den alten Edikten heisst, zumeist ruhig ihren Geschäften nach und überlassen das übrige der Obrigkeit, die ausersehen ist, die Sterblichen zu regieren. Von Zeit zu Zeit haben die Mitglieder der Gehirngewerbe das seelische Bedürfnis, ins Allgemeine zu schweifen. Man begeistert sich dann für Heinedenkmäler oder das Gegenteil: Bismarcksäulen. Auch die Erhaltung irgend einer Gartenmauer in Weimar setzt gelegentlich die Gemüter in Bewegung, oder die Erhaltung der Heidelberger Ruine. Man liest gern den *Simplicissimus,* feiert Haeckel oder — in den besten Aufschwungsstunden — sammelt für den Schuhmacher Voigt. Sie haben alle ausreichend zu tun, und jeder hat öffentliche Interessen. Bestellt die Krone Bilder bei A. von Werner,

so werden sie unter vier Augen Republikaner. Wird Bruno Paul als Direktor der Kunstgewerbeschule geduldet, so bekehren sie sich zum aufgeklärten, und wird Messel Museumsbaumeister, zum völlig unaufgeklärten Despotismus. Schreiben sie für Zeitungen, so sind sie oben Geheimagenten des Pressbureaus, unten radikal, unabhängig und lehren, dass die Kunst durch Tendenz geschändet werde; das Feuilleton ist ein Toleranzhaus für reglementierte Revolutionäre. Man rettet für Russland Gorkij und für Deutschland Dernburg. Allgemein herrscht das Vorurteil, dass man ein Dichter sein könne, ohne etwas vom Zolltarif zu wissen; und wenn man ihnen sagen würde, im letzten Reichsetat stehe die gewaltigste Tragikomödie, so würden sie es nicht verstehen. Will man sie beisammen haben, so denkt man nicht an ein Parlament, einen Brauereisaal für Volksversammlungen, eine Strasse, auf der Menschen stürmisch ein Grosses begehren, sondern an ein Theater, ein Ballfest, einen Bazar und an einen Bierabend beim Fürsten Bülow. Die Phantasie mancher dieser Persönlichkeiten ist bewunderungswürdig: ich kenne welche, die seit Jahren gute Bücher schreiben und immer noch glauben, sie wirken etwas. Und doch hört jedes klügere Mädchen mit sechzehn Jahren auf, sich ernstlich von der Literatur beeinflussen zu lassen. Alle unsere Erwerbstätigen in freien Berufen haben zwar Sprechstunden für allgemeine Interessen, Poliklinik für die inneren Leiden der Zeit, aber ihr Hauptberuf ist eben nicht die Universität des Zeitbewusstseins. Darum sind sie keine Intellektuellen, die, wie ich meine, immer auf der Barrikade, mitten im glühendsten Gewühl, im Hagel der Geschosse stehen sollten; deren Gedanken Kommandorufe sind, die Heerscharen der Tat lenken. Spezialisten für Kultur sind ein Unding. Es ist keine Kultur, in der das Abiturientenexamen einen Abgrund reisst, in der es eine Kaste von Gebildeten gibt, in der Hirn und Hand sich befehden, in der die Geister unpolitisch, unparteiisch, skeptisch und entfremdet sind. Ihre Kunst redet im Grunde immer Jargon, ihr Wissen und ihre Fertigkeiten sind zünftlerische Fragmente. Wenn sie dann einmal zum Volke reden, müssen sie sich herablassen. Sie sind die Exterritorialen der Gesellschaft. Die Geschichte kann sie wegdenken.

Das politische Elend unserer Hirnarbeiter ist eine Teilerscheinung des politischen Elends unseres deutschen Bürgertums. Ein hinterpommerscher Landarbeiter folgt nicht so blindlings jedem Marktschreier, wie der Mann der freien Berufe. Wenn er sich einmal begeistert, so ist es sicher eine ruchlose Dummheit oder ein gigantischer Schwindel. Schon deshalb darf man sie ohne logischen Zwang nicht wohl *Intellektuelle* nennen. Sie haben die Fähigkeit, jeder öffentlichen Narretei eine Theorie zu erfinden, niemals aber einer ganz gewöhnlichen, handfesten Vernunft. Die deutschen Nichtintellektuellen haben den Klerikalismus, den verheirateten, wie den zölibatären, Jahr für Jahr geduldig ertragen. Sie haben der Landeskirche Steuern entrichtet, vor dem Altar den Meineid der Treue geleistet und ihre Kinder durch Wasser oder Messer in die Sphäre einer dunklen mythologischen Gemeinschaft aufnehmen lassen. Als in Preussen das klerikale Schulgesetz verhandelt wurde, da setzten zwar ein paar hundert ausgezeichnete Männer ihren Namen unter einen würdigen Protest. Aber der Anfang der Tat war schon das Ende. Kein freier Geist schlief schlechter deshalb. Herr Studt triumphierte über alle gebildeten Gehirne; niemand lehnte sich auf, niemand weigerte die Gefolgschaft, und kein Professor legte sein Amt nieder. Aber jetzt, passt auf, wird es anders! Der freie deutsche Geist

wird böig werden. Es wiederholt sich, was sich zu Tuchel bei Konitz einst begab. Als dort ein Extrablatt aus Konitz im Schaufenster vermeldete: »Heute zwischen 4 und 6 Exzesse gegen die Juden«, da hielten es die Tucheler für einen obrigkeitlichen Befehl und exzedierten so gehorsam, wie pünktlich, von 4 bis 6 gegen die Juden. Jetzt hat der deutsche Reichskanzler eingesehen, dass zur Bergung allen Wahnsinns der neudeutschen Politik e i n e parlamentarische Mehrheit nicht mehr genüge. So will er zwei verschiedene Majoritäten haben, eine für die geraden, die andere für die ungeraden Tage. Zu diesem Behuf braucht er eine Mehrung des Liberalismus und eine Schwächung des Zentrums. Also, es geht die Losung *Heute und die folgenden Tage grosser Kampf für Geistesfreiheit!* Hernach wird der Gotteslästerungsparagraph verschärft, die Beherrschung des Katechismus für die eheliche Beiwohnung verlangt, und das apostolische Bekenntnis für die Zulassung zum Studium der drahtlosen Telegraphie erfordert. Ein erstaunlicher Kulturkampf wird über die Lande brausen, und man wird die Wahlurnen stürmen, um freisinnig oder nationalliberal die Pest des Klerikalismus zu ersticken. Ginge es nach unseren Stürmern vom freien Beruf, es gäbe binnen vier Wochen kein Parlament mehr. Wie herrlich, dass es endlich erlaubt ist, ohne Berufsstörung wider die Knechtschaft von Rom zu schwärmen und unter Führung eines erfolgreichen Bankdirektors der deutschen Welt die Freiheit zu votieren!

Unsere Erwerbstätigen, die in anderen Ländern Intellektuelle sind, sind ja auch in ihrem eigentlichen Beruf Unmündige. Die Ingenieure und Chemiker müssen für Notlöhne auch ihre Ideen der Aktiengesellschaft verkaufen, ihre Gehirne selbst sind nur Inventar der Fabrik; die Firma erfindet, nicht der geistige Arbeiter. Der Verleger, der Agent, der Kunsthändler kauft die Dichter, die Musiker, die Maler, die Schauspieler und Schauspielschreiber. Ein einziger Zeitungsbesitzer reitet eine ganze Generation von Gehirnproduzenten für seinen Zirkus ein. Und die beamteten Vertreter der Kopfarbeit gar sind bei lebendigem Leibe paragraphisch verbogen und geschunden. Heil, dass sie alle endlich nun von 4 bis 6 gegen die Pfaffen exzedieren dürfen! Die rat- und tatlos irrenden Kopfarbeiter werden erst dann zu Intellektuellen werden, wenn sie zu denen sich gesellen, zu denen sie gehören: zu den Arbeitern der Hand. Die Trennung der Arbeit verschärft das Martyrium, das sie heute leiden. Die Erlesenen müssen in die Tiefe tauchen, um sich selbst und ihre Höhe zu finden. In und mit dem Proletariat nur wird der Kopf aus einem bemerkten Namen zu einem lebendigen Glied. Alle Arbeit drängt zu einander, alle Arbeiter brauchen einander. Im demokratischen Sozialismus erst wird der Intellektuelle geboren. Längst ist der Bund von Proletariat und Wissenschaft unlöslich geschmiedet. Den tiefsten, verletzendsten Hass hat die bürgerliche Gesellschaft gegen den Intellektuellen, gerade weil er in der Hülle der Verehrung auftritt und doch nur ihn verachtend ausplündert oder in stumpfer Lüsternheit auskostet. Das gerade, grobe, ehrliche Verhältnis, wie es zwischen dem körperlichen und dem geistigen Arbeiter in der Sozialdemokratie herrscht, ist ein Stahlbad für jede Verzärtelung und eine Säure für jeden eitlen Hochmut. Sie finden sich gemeinsam in der Sache, für die sie leben, die ihnen erst Leben schenkt. Das Proletariat der Hand braucht die Spezialisten des Kopfes. Und tausendmal mehr noch bedarf der Hirnarbeiter der innigen Berührung, des gemeinsamen Ringens mit dem Proletariat. So erst vermag er für die Kultur zu wirken, so erst wird er Kämpfer der Menschheit — ein Intellektueller.

Die deutsche Entwickelung drängt sich heute zu einer Wendung, die ein schweres Verhängnis werden kann. Die freien Berufe haben es jetzt in ihrer Wahl, zu der unüberwindlichen Macht von Intellektuellen emporzusteigen. Endlich könnten sie einmal mit entscheiden. Man denke, dass alle, die von menschheitlicher Bildung genossen, für eine Stunde wirklich die Geistesfreiheit wagen und offen sich zur Sozialdemokratie bekennen, dann haben sie eine Tat geleistet, die einwirkte. Getrost! Niemand wird es tun. Dafür werden sie tapfer, mit allerhöchsten Privilegien, den schwarzen Zentrumsturm berennen, der augenblicklich dem absoluten Regiment im Wege steht. Und sie werden nicht einmal den stummen Zettel für die Freiheit werben lassen: verlorene Leute, müssige Köpfe . . . . .

××

FRANZ STAUDINGER · PRAKTISCHES UND PHILOSOPHISCHES ZUM BREMER SCHULSTREIT

WEIT über die Grenzen des Bremer Stadtstaates hinaus hat der Bremer Schulstreit, bei dem es sich um eine Petition der Lehrer behufs Beseitigung des Religionsunterrichtes aus der öffentlichen Schule handelte, seine Wellen ins Land gezogen. Seine Wirkung kam bekanntlich in der allgemeinen deutschen Lehrerversammlung zu München zum Vorschein, wo die Bremer den Antrag stellten, jene Forderung zum allgemeinen Programm der deutschen Lehrerschaft zu machen. Er wurde freilich nach einer Rede des Professors Ziegler aus Strassburg mit grosser Mehrheit abgelehnt. Aber er steht nun auf der Tagesordnung und wird wiederkehren. In Bremen selbst hat die Schuldeputation, der sich der Senat anschloss, zwar die Forderung der Lehrer nicht erfüllt, aber doch den Standpunkt festgehalten, dass der Religionsunterricht in den Schulen »gemäss dem seit langer Zeit in Bremen bestehenden Herkommen von dogmatischer Belehrung frei sein und nur der Pflege echter Religiösität und sittlich religiösen Bildung dienen« solle; bei der beabsichtigten Revision der Lehrpläne werde selbstverständlich an diesem Grundsatze festgehalten werden.

Man weiss nicht, ob man diesen Bescheid als einen kleinen Erfolg der Bremer Lehrer bezeichnen soll, wie es zum Beispiel der *Freidenker* tut, da doch wenigstens ein bisheriger Usus nun offiziell anerkannt ist, oder ob man nur von einer erfolgreichen Abwehr gegen Bestrebungen, den Religionsunterricht dogmatisch zu gestalten, sprechen kann, so dass nunmehr in Bremen Massregelungen wegen Abweichung vom christlichen Glauben, wie sie — mutmasslich auf Veranlassung des dortigen Schulinspektors — stattgefunden haben, fernerhin unterbleiben, oder ob er gar das Gegenteil eines Erfolges darstellt. Denn die Fassung des Bescheids ist ganz unbestimmt und lässt alle möglichen Auslegungen zu. Allein, dass diesem Bescheide die nötige Bestimmtheit fehlt, darf man nicht einmal so scharf aufmutzen, wie es eigentlich geschehen müsste. Denn die Aktion auch der Kämpfer gegen den Konfessionalismus zeigt nicht diejenige scharfe Bestimmtheit, welche notwendig gewesen wäre, um sowohl in Bremen selbst, wie nachher auf dem Lehrertag die Unklaren und Halben zu einer eindeutigen Entscheidung zu zwingen. Das geht auf das deutlichste aus den Diskussionen hervor, welche die Führer der Bremer Lehrer Holzmeier und Gartelmann im Bremer *Roland* und in der *Neuen Pädagogischen Zeitung* und

Gartelmann dann in einer Broschüre *Streitschriften vermischten Inhalts* gegen wirkliche und vermeintliche Gegner ihrer Sache, unter letzteren vor allem gegen Professor Natorp in Marburg, führen. Die praktische und die theoretische Unklarheit, welche da gezeigt wurde, sei im folgenden in einigen Hauptzügen beleuchtet.

Die praktische Grundfrage besteht in Kern und Wesen darin, ob der Staat die Aufgabe hat oder nicht hat, die Kinder des Volkes zu einem religiösen Bekenntnis zu erziehen. *Bekenntnis* aber heisst im religiösen Sinne Anerkennung der Verbindlichkeit, gewisse Geschichten und Lehren auf blosse Autorität hin für wahr zu halten. Derjenige Staat, dessen Gesetze von Herren gegeben werden und von Untertanen blind befolgt werden sollen, kann, ja muss sich solche Aufgabe zweifellos zumessen. Denn die Glaubensverpflichtung hängt in solchem Staate auf das engste mit der Gewissensbildung auch für die moralische Anerkennung der bestehenden Herrengesetze zusammen. Derjenige Staat aber, welcher, wie schon der der Verkehrsgesellschaft, seine Gesetze durch das Volk respektive durch erwählte Vertreter dieses Volkes geben lässt, kann konsequenterweise solche Glaubensverpflichtung von Staats wegen nicht mehr begünstigen; denn eine Wahl ruht ja naturgemäss auf dem Prinzip, dass der einzelne selber zu entscheiden hat, was er als richtig anzusehen hat. Die Fähigkeit zu solch eigener Entscheidung wird offenbar in dem Masse beeinträchtigt, wie bestimmte religiös-sittliche Überzeugungen autoritativ im Gewissen festgelegt worden sind. Darum kann sie von Staats wegen folgerechterweise nicht begünstigt, sondern nur bekämpft werden. Dass heute noch ein Streit darüber möglich ist, ob der Staat eine Bekenntniserziehung zu teil werden lassen soll, dass sogar unsere Staaten noch tatsächlich solche fordern, zeigt klar, auf welch halber Entwickelungsstufe wir noch stehen. Darum muss von jedem ernsthaften Anhänger modernen Staatslebens klar und scharf die Forderung aufgestellt werden: Der Staat hat die Bekenntniserziehung nicht zu begünstigen; das heisst, er hat sie aus der Staatsschule restlos zu entfernen. Er hat es ganz dem freien Ermessen der einzelnen respektive derjenigen Religionsgesellschaft, der diese mit eigenem Willen angehören, zu überlassen, was sie bekennen wollen. Ganz, wie es eben in Frankreich geschehen ist. Hierüber kann für den, welcher auf dem Grundprinzip modernen Staatswesens steht, ob er nun Sozialist oder Anhänger der freien Verkehrsgesellschaft ist, kein Zweifel sein, sobald nur irgend die Grundfrage klar und scharf gestellt ist.

Ist diese Frage gelöst, dann erst kommt die zweite Forderung: einen den modernen Entwickelungen sich anpassenden Sittenunterricht und einen Unterricht in Erkenntnis- und Seelenlehre zu geben, der sich zunächst aus jenen praktischen Gründen an eine religionsgeschichtliche Unterweisung anschliessen wird. Wie die Dinge liegen, würden aber sehr viele Menschen heute selbst dann noch in der Dogmenschale stecken bleiben, wenn der Staat die Bekenntniserziehung beseitigt und dafür den Unterricht in Erkenntnis und Sittenlehre, soweit er dem jugendlichen Alter fassbar ist, an dessen Stelle gesetzt hätte. Die Bekenntniserziehung würde nur aus der Staatsschule gewiesen sein, ihre Anhänger würden aber einstweilen noch mit doppeltem Eifer darauf bedacht sein, die Seelen für die Bekenntnisverpflichtung zu gewinnen, um von da aus den alten Zustand wiederherzustellen. Deshalb bedarf es nicht nur aus theore-

tischem, sondern auch zunächst aus praktischem Interesse, wie Natorp richtig sieht, eines Unterrichts, welcher die verschiedenen dogmatischen Schalen der Hauptreligionen in ihrer Bedeutung darlegt und zugleich nach Möglichkeit erklärt. Ob man diesen Unterricht noch *Religionsunterricht* nennen oder ihm einen anderen Namen geben will, darauf kommt es gar nicht an, sobald man sich einmal genau dessen bewusst ist, worum es sich handelt. Besser freilich ist es, eine nicht der Missdeutung fähige Bezeichnung zu wählen.

Wir haben also zwei Aufgaben zu erledigen. Erstlich war die Grundfrage festzustellen, ob der Bekenntnisunterricht in irgend einer Form in die Staatsschule gehört, und nachdem das hier geschehen ist, wäre die pädagogische Frage, säuberlich von den obigen getrennt, zu erörtern. Wir haben zu fragen, wie nun in der Staatsschule die notwendige Belehrung in Religion und Moral zu geschehen hat. Diese Frage muss aber auch auf die philosophischen, sowohl die erkentnistheoretischen, wie religionsphilosophischen, Grundlagen zurückgehen, von denen aus der Unterricht zu gestalten ist. Je schärfer alle diese Fragen gesondert werden, um so leichter wird man zum Ziele kommen, ihre Vermengung kann nur Unheil bringen.

In der Denkschrift der Bremer Lehrer tritt diese Vermengung nicht sehr hervor. Hier hebt sich das Hauptmoment, die Abschaffung des staatlichen Bekenntnisunterrichts, scharf hervor, wenn auch dafür das mehrdeutige Wort *Abschaffung des Religionsunterrichts* Anlass zu Missdeutungen gegeben hat. Man merkt darin freilich, wie Natorp herausgefühlt hat, einen gewissen »naturalistischen Zug«, aber er tritt keineswegs aufdringlich und ausschliessend hervor. Im Gegenteil, die Denkschrift betont ganz ausdrücklich die Unabhängigkeit der philosophischen Überzeugung. An Stelle des abgeschafften Religionsunterrichts will die Denkschrift Sittenlehre und Unterricht in der Religionsgeschichte setzen. Da trat nun Natorp auf den Plan mit einer Broschüre *Religionsunterricht oder nicht?*, der nach einer heftigen Gegenwehr der Bremer, besonders im *Roland*, das Gespräch *Jemand und ich* folgte, worauf dann Gartelmann leider in seinen *Streitschriften* in einer so verletzenden, die Ehrlichkeit seines Gegners anzweifelnden Weise geantwortet hat, dass Natorp in der *Deutschen Schule* ganz mit Recht erklären konnte, jener dürfe sich nicht wundern, wenn er keine Antwort erhielte. Allerdings konnten die Bremer schon in dem Titel der erstgenannten Schrift, wie auch L. Dreifus im *Freien Wort* fand, einen Angriff auf ihre Grundposition sehen, den freilich Natorp gewiss nicht beabsichtigt hat. Das konnten sie umsomehr, als allerdings Natorp die praktische Frage, welche heute die Hauptsache ist, gar zu nebensächlich behandelt hat.

In seiner Broschüre gegen die Bremer meint Natorp, es sei heute unmöglich, auch die Bekenntnistrennung im Religionsunterricht der Simultanschule zu beseitigen; und in der *Deutschen Schule* bemerkt er gegen Paulsen, der in dem selben Hefte für die Forderung der Bremer eintrat, die politische Frage sei gestellt gewesen *Simultanschule oder Konfessionsschule?*, und nur so, wie sie gestellt, habe man sie zu beantworten. Das ist aber durchaus falsch. Man lässt sich doch vom Gegner nicht auf den Kampfplatz nötigen, den dieser anweist, sondern wählt ihn selber, wie er der Sache gemäss ist. Wenn man in der Mitte eines Schaukelbretts sitzen bleibt, und der Gegner sich ans Ende begibt,

so stemmt man sich vergebens, man wird heruntergezogen. Sogar, wenn man nur die alte Mittelstellung zu behaupten beabsichtigt, muss man schon am andern Ende drücken. Ein zweiter Hauptfehler Natorps war, dass er ohne scharfe Scheidung von der Hauptfrage eine Streitfrage in die Diskussion hineintrug, welche den Blick gänzlich von der brennenden Hauptfrage ablenkte und einen philosophisch-pädagogischen Streit entfachte, der nun, da die Bremer unklug und mit Heftigkeit darauf anbissen, vorläufig den Karren gründlich verfahren hat. Er beginnt in seiner Schrift gegen die Bremer den Streit über die Grundsätze, nach denen der Unterricht in Religion und Sittenlehre gegeben werden soll, stellt da den »naturalistischen« Bremern seine auf Kant ruhende religionsphilosophische Auffassung entgegen und verficht sie, indem er den Namen *Religionsunterricht* beibehalten wissen will, in einer Weise, dass es dem Unkundigen so aussehen mag, als wolle er die Annahme seiner Auffassung zur Bedingung des praktischen Vorgehens machen. Das will er nun freilich nicht, wie schon aus der Bemerkung gegen Paulsen hervorgeht, dass hier »die Geschichte richten« werde. Aber beklagenswert war es doch, dass dieser methodisch-philosophische Streit derart angefacht wurde, wo vor allem die praktisch-politische Frage auf die Nägel brannte. Und noch bedauerlicher ist es, dass die Bremer, statt diese Vermengung zurückzuweisen, auf die philosophische Streitfrage sich einliessen und mit wenig Sachkenntnis auf diesem Gebiete und recht massiver Ausdrucksweise gegen Natorp losfuhren. Mit dadurch wohl wurde auch auf dem Lehrertage die erforderliche Klärung nicht erzielt, und die Blössen, welche sich die Bremer in ihrer philosophischen Polemik gaben, wirkte gewiss mit dahin, dass die Hauptfrage den meisten ganz verdunkelt ward. Gerade sie aber muss auf das schärfste herausgeschält werden.

Hat man die notwendige Trennung zwischen der praktischen Hauptfrage und den philosophischen und pädagogischen Fragen erst einmal unmissverständlich gemacht, so kann es nicht schaden, auch im voraus einmal über diese zu reden. Das mag vielleicht wie eine Diskussion über das Fell des noch unerlegten Bären aussehen, aber es ist doch zur Klärung nicht ganz unnütz. In diesen Fragen kann man nun freilich in keiner Weise auf die Seite der Bremer treten, weder in der zunächst zu behandelnden erkenntniskritischen, noch in der religionsphilosophischen. Die Bremer verstehen nämlich in beiden nicht, was Natorp eigentlich will. Das liegt nicht bloss an dessen zuweilen für den Nichtkantianer etwas schwerer Schreibweise, sondern auch daran, dass sie selbst den Grundgesichtspunkt Kants gar nicht kennen, obwohl Gartelmann ein dickes Buch ***Sturz der Metaphysik als Wissenschaft, Kritik des transzendentalen Idealismus Kants*** darüber geschrieben hat. Zwar konnte man schon aus Gartelmanns und Holzmeiers verschiedenen Aufsätzen im Bremer ***Roland*** sehen, dass sie allerdings nur vom naturalistischen, keineswegs aber vom ***transzendentalen*** oder, besser gesagt, ***apperzeptiven*** Gesichtspunkt zu schauen verstehen; sie verhalten sich der Lehre Kants gegenüber etwa so, wie jemand, der behaupten wollte, er sähe da oben den Wald an sich, und es für dummes Zeug erklärte, wenn ihn jemand darauf aufmerksam machte, dass er ihn doch nur unter den Gesetzen der Perspektive, nicht in seinem Grundplan sehen könne. Aber um Gartelmann ja nicht Unrecht zu tun, liess ich mir das Buch kommen, und las es — bis Seite 17; da hatte ich genug.

Gleich zu Beginn fand ich, dass Gartelmann das *a priori* Kants als eine Erkenntnis ansieht, die zeitlich den übrigen vorangehe, und dass er aus einem Satze Kants, worin die Fähigkeit (die Rezeptivität) als zeitlich vorangehend bezeichnet wird, jene groteske Behauptung sogar beweisen zu können meint. Vielleicht begreift er besser, als durch lange Erörterungen, was Kant will, wenn ihm eine, auch im übrigen Kants Grundanschauung einigermassen entsprechende, Analogie vor Augen tritt. Die Fähigkeit eines Wasserspiegels, auf Berührungen allerlei Art mit Wellenbewegung zu reagieren, geht jeder wirklichen Reaktion auf solche voran. Und so begreift sich, dass man Wellengesetze feststellen könnte, die für alle wirklichen durch Berührung hervorgebrachten Wellenbewegung *a priori* zu Grunde liegen, obschon die Wellen keineswegs früher, als die Berührung, zu Tage treten. So sind nach Kant Raum, Zeit und Kategorieen die gesetzmässige Art, wie das Bewusstsein auf Eindrücke allerlei Art reagieren muss. Das ist alles. Dass diese Gesetze des Erkennens dann von Kant *Bedingungen der Möglichkeit der Erfahrung* genannt werden, kann dem, welcher obiges verstanden hat, in keiner Weise mehr auffallen. Für Gartelmann geht diese Behauptung »bereits ins Amüsante«, und wenn nun Kant fragt, »wo denn die Erfahrung ihre Gewissheit hernehmen wollte, wenn alle Regeln, nach denen sie fortgeht, empirisch, mithin zufällig wären«, so ist das für Gartelmann ein »Wischiwaschi«. Das ist freilich stark.

Wie das Gesetz der Perspektive für das Sehen, wie die Welle für die Wasserfläche Bedingungen *a priori* sind, so sind nach Kant Raum, Zeit, Kategorieen grundlegende Bedingungen unserer Erfahrung. Wir müssen räumlich und zeitlich gewahren, müssen die doch zerstreut ins Bewusstsein kommenden Bilder substantiell und kausal zusammenbinden. Davon beisst keine Maus einen Faden ab. Bis hierhin ist Kant unwiderlegbar. Und wer daran mäkeln will, der darf sich schliesslich nicht wundern, wenn er ebenso behandelt wird, wie derjenige vom Physiker behandelt werden würde, welcher den Wald an sich, und nicht dessen perspektivisches Bild, zu sehen behauptete. Von hier aus erst kann der Widerspruch gegen Kant beginnen, nicht aber, ehe man wenigstens diese Elemente von Kants Lehre verstanden hat. Nunmehr kann freilich gefragt werden, ob die Gesetzmässigkeiten unseres Erkennens bloss in der Natur unseres Bewusstseins begründet sind, wie die Welle in der Natur der Wasserfläche, oder ob sie auch unabhängig davon Bedeutung haben, wie in unserer anderen Analogie die perspektivischen Gesetze der Lichtstrahlen; denn diese gelten auch, wo sich kein Auge befindet. Es fragt sich also, welche der beiden Analogieen, die wir da herangeholt haben, den Sachverhalt am richtigsten versinnbildlicht. Nach Kants Meinung wäre es zweifellos die Analogie mit den Wasserwellen; aber die stärksten Gründe dürften dafür sprechen, dass die Analogie mit den perspektivischen Gesetzen dem Sachverhalt weit besser entspricht. Raum, Zeit und Kategorieen bleiben darum Grundgesetzlichkeiten, nach denen wir wahrnehmen müssen, wie Kant ganz richtig entdeckt hat; aber sie sind nicht bloss Grundgesetzlichkeiten unseres Bewusstseins, sondern solche, welche auch unabhängig von unserem Bewusstsein einem Universum zukommen. Das hier zu untersuchen, würde freilich zu weit führen. Hier galt es bloss, die völlige Unzulänglichkeit der Kritik Gartelmanns in dieser Hinsicht zu kennzeichnen.

Mit einer erkenntniskritischen Erörterung, die noch auf dem Standpunkt steht, dass das *a priori* nur in der Natur unseres Bewusstseins gründe, hat nun Natorp in *Jemand und ich* eine Beziehung zur Religion als notwendig erweisen wollen. Danach soll dem Gottesbewusstsein von jeher eine Idee zu grunde liegen, welche dauernden Bestand behält, nämlich die Einheitsidee, welche praktisch die Zielidee des Guten ist. Dafür hat nun Gartelmann ebenfalls nur verständnislosen Spott übrig. Er meint, die Kinder müssten dann etwa zur Zielidee beten, statt sie zu verstehen. Aber Natorp ist hier nur ein wenig einseitig und hat vor allem darin unrecht, dass er diese Frage mit einer Wucht betont, als hinge die Lösung der praktischen Hauptfrage davon ab. Betrachten wir die Sache ganz losgelöst von letzterer, so dürften die religiösen Dogmen und Geschichten allerdings in umfassendem Masse Vergegenständlichungen von inneren Lebensbeziehungen sein, welche teils durch Natureindrücke, teils durch soziale Erlebnisse, teils aber durch psychische Reflexe hervorgerufen werden. Das sagt ja auch Marx von den religiösen Vergegenständlichungen: in ihnen »scheinen die Produkte des menschlichen Kopfes mit eignem Leben begabt, unter einander und mit den Menschen in Verhältnis stehende selbständige Gestalten«. Wenn man diese Gestalten dann auf ihre Bedeutung zurückführt, so kann man sagen, sie seien die durch den jeweiligen Kulturzustand bedingten Sprachformen des religiösen Innenlebens. In ähnlichem Lichte sahen sie ja auch schon Lessing und Herder, und eine gar nicht mehr unbeträchtliche Reihe moderner Theologen sucht, die Religion, indem sie den äussern Inhalt der religiösen Geschichten und Lehren restlos der wissenschaftlichen Forschung anheimstellt, nur in diesen Innenbeziehungen aufzubauen.

Wie kommt wohl ein naiver Mensch dazu, zu erzählen, dass jemand über das Meer hingegangen sei, oder dass er die stürmischen Wogen beruhigt, oder dass er Brot und Fisch Tausenden gereicht und nachher mehr Brosamen gesammelt habe, als zuvor Speise da war? Ohne den überwältigenden Eindruck einer hohen Persönlichkeit, welche Stürme in einer Menschenmasse oder einer einzelnen Menschenseele in wunderbarer Weise zu beruhigen versteht, würde sich die erste Geschichte schwerlich gebildet haben. Ohne das Staunen über eine Seelenstärke, welche allen Anfechtungen gegenüber die innere Ruhe nicht verliert, hätte man wohl ein Nachtgespenst, aber schwerlich einen Mann über das Meer wandeln lassen, und ohne die Wahrnehmung, dass eine Tausenden mitgeteilte geistige Speise sich nicht mindert, sondern durch eigenes Denken und Reden der nach ihr hungernden Hörer sich mehren kann, wäre die letztere Wundergeschichte gewiss nicht entstanden. Und schwerlich hätte man ein, äusserlich betrachtet, so sinnleeres Dogma geschaffen, wie das der Dreieinigkeit, wenn da nicht unterbewusst die Erfahrung mitgearbeitet hätte, dass der aus den Tiefen der Seele wundersam entspringende Gedanke sich zum Wort verdichtet und dann von Mund zu Mund in die Welt geht, dass also hier tatsächlich drei Gestalten des Gedankens nur eins sind. Da ja Gott Geist ist, liegt es da nicht nahe, ihm unter dem Einflusse dieses Bewusstseins drei Gestalten zu geben? In unseren höheren, den sozialen und daher zugleich von Moral durchtränkten Religionen wird sodann mit Gott in erster Linie auch der Gedanke der Vollkommenheit verknüpft; und in dem Spruch *Ihr sollt vollkommen sein, wie euer Vater im Himmel vollkommen ist,* wird dieser Gott

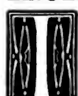
beigelegte Begriff direkt zu einer Idee, und zwar einer praktischen Zielidee. Gartelmanns Spott ist wirklich übel angebracht.

Es ist gewiss nicht immer leicht, die den Religionsformen entsprechenden Gedanken herauszufinden, zumal auch die ursprünglichen lebensvollen Bedeutungen oft rasch verblassen und, wie bei den Worten der Sprache, oft nur die Hülse übrig bleibt, zumal auch die Bedeutungen und die Formen selber sich umbilden. Aber dass diese Bedeutungen so weit, wie möglich, dem Verständnis erschlossen und den Schülern nahe gebracht werden, ist doch wohl eine Forderung, der sich auch Gartelmann nicht verschliessen wird. Denn durch solches Verstehen wird jedenfalls das Spukhafte an den Religionsgeschichten und Lehren auf das einfachste und gründlichste beseitigt. Natorp dürfte sich also auch hier gegenüber Gartelmann entschieden im Vorteil befinden, wenngleich der Nachdruck, mit dem er gerade die Zielidee in den Vordergrund drängt, etwas einseitig erscheinen muss. Wenn Paulsen Freiheit fordert, Natorp aber in dieser Forderung den Individualismus wittert, während seine Zielidee sozialistisch sei und wohl die tieferen Wurzeln in unserm gegenwärtigen Leben habe, so dürfte er da über das Ziel schiessen. Die wirklich sozialistische Zielidee ruht auf realer Lebenspraxis. Doch darüber mag die Geschichte richten, ebenso wie über die Frage, wie all das pädagogisch nutzbar zu machen sei.

Das wären kurz die Gesichtspunkte, die in diesem Streite zusammengeworfen sind, und die auseinanderzuscheiden die Aufgabe war. Wie der erkenntniskritische, der religionsphilosophische und der pädagogische Gesichtspunkt auszugestalten sind, das kann diskutiert werden. Was aber nicht mehr diskutiert werden, sondern nur mit *Ja* oder *Nein* beantwortet werden kann, ist die Grundfrage: hat der moderne Staat Bekenntniserziehung in seinen Schulen zu geben? Wer sie, wie wir, mit *Nein* beantwortet, der muss aber auch die Konsequenz ziehen: Hinaus mit jeder Bekenntnistrennung aus der Schule, gleichviel ob diese Trennung in der Simultanschule bloss im Bekenntnisunterricht selbst, oder in der Konfessionsschule im Gesamtunterrichte stattfindet, hinaus mit allem Bekenntnisunterricht!

××

LOUIS DE BROUCKÈRE · ÜBER DEN MENSCHEN ELISÉE RECLUS



IN den wenigen Seiten, die ich hier Elisée Reclus widme, beabsichtige ich nicht, seine sozialen Leistungen zu bewerten. Es wäre übereilt, das zu tun; denn seinem System kann man unmöglich Gerechtigkeit widerfahren lassen, wenn man nur die während der kurzen Mussestunden zwischen seinen geographischen Arbeiten abgefassten Artikel oder den dünnen Band über *Evolution, Revolution und das anarchistische Ideal* in Betracht zieht, der nur einen kaum überarbeiteten Vortrag enthält. Man muss erst die vollständige Veröffentlichung seines grossen nachgelassenen Werkes *Der Mensch und die Erde* abwarten, von dessen 5 Bänden bisher 2 erschienen sind. Dieses wissenschaftliche Testament wird es erst ermöglichen, sein ganzes Gedankengebäude zu überblicken und dessen Einheit und Geschlossenheit zu würdigen.

Es ist in der Tat nicht genügend beachtet worden, dass Reclus' ganze geographische Arbeit, so wertvoll und umfangreich sie auch sei, nur etwas Vorbereitendes ist. Sogar die *Universalgeographie* wurde von ihm als eine allgemeine Einführung in das Hauptwerk aufgefasst, das er sein ganzes Leben hindurch zu schreiben die Absicht hatte, und dessen Abfassung er seine letzten Kräfte weihte. Er hat das Bild der Erde mit so peinlicher Genauigkeit gezeichnet nicht nur, weil es ihm Freude machte, sie zu verherrlichen, sondern auch, weil er die feste Überzeugung hatte, dass durch die Kenntnis der kosmischen Umgebung allein in die Geschichte ein Sinn hineingebracht und das Ideal des Menschen festgestellt werden kann. Demzufolge ist eine endgültige Würdigung seiner wissenschaftlichen Leistungen im eigentlichen Sinne des Wortes heute ebenso verfrüht, wie ein Urteil über seine sozialen Ideen.

Worüber bleibt mir also zu reden übrig? Über den Menschen. Ich habe hier nicht die Absicht, eine wohlbekannte Biographie zu wiederholen; ich will nur die hervorstechendsten Charakterzüge des Meisters näher beleuchten. Niemand war, wie er, so ganz er selbst in seinen Büchern, und für denjenigen, welcher sich die Gestalt dieses Schriftstellers zurückruft, erhalten seine Schriften ein ganz besonderes Leben. So wird diese Studie, wenn auch nicht eine Kritik, so doch einige nützliche Winke für solche bieten, die sie später schreiben werden.

ES war in Irland, auf dem Gipfel eines Hügels, von dem aus man die Strudel des Shannon, seine unter dem Ansturm der Wellen zitternden Inselchen und den dunklen, von Bäumen gebildeten Engpass übersehen konnte, in den der Fluss sich nach einer scharfen Biegung verliert. Auf dem Grase liegend, neben einer verfallenen Mauer, die ehemals ein festes Schloss war, und die grausame Gewächse Stein für Stein zerstört hatten, empfand ich wonnevoll das unendliche Leben der Dinge durch das Rauschen der Bäume und das Plätschern des sich an dem Felsen brechenden Wassers. Dort, an diesem anmutigen Orte, tauchte in mir zum erstenmal der Gedanke auf, das Phänomen der Erde zu beschreiben, und sofort notierte ich mit einem Bleistift mir den Plan meines Werkes.«

So erzählt Reclus in der Vorrede zu seiner *Geographie*. Ich führe diese Zeilen an, weil sie in bewunderungswürdiger Weise eine der wesentlichsten Seiten seiner Persönlichkeit kennzeichnen. Sie zeigen, wie er die Natur geliebt hat. Er hat sie geliebt, wie Jean Jacques Rousseau, aber mit grösserer Beständigkeit und Diskretion. Wie er in seinen Büchern die Erde gründlich studiert hat, so war er auch im Leben mit ihr vertraut. Schon als Kind machte es ihm das grösste Vergnügen, die Felsen von Castècarbe zu erklimmen, die versecktesten Winkel der schönen Nachbarschaft zu durchforschen; Strom und Bach, die er später verherrlichen sollte, waren die Lieblingsgefährten seiner ersten Kindheit. Später war er ein kühner, entschlossener Alpinist und bestieg hohe Gipfel. Fast alle Teile der Erde hat er durchstreift, meist zu Fuss, manchmal im Wagen, ein Wanderer, der im tiefen Walde oder am Abhange eines Hügels rastet, an der Quelle sein Brot mit den Früchten des Waldes verzehrt, den Fluss durchschwimmt und überall da verweilt, wo die Erde ihm etwas von ihrer Schönheit offenbart. Im Jahre 1848 durchstreifte er so die Cevennen mit seinem Bruder Elie, im Jahre 1851, ebenfalls mit ihm, ganz Frankreich. In der selben Weise bereiste er die Savoyer Alpen, für die er im Auftrage des Verlags Hachette den ersten gründlichen Führer lieferte, Irland, wo er zweimal war, Neugranada und viele andere Gegenden. Seine geographischen Beschreibungen haben dadurch einen ganz besonderen Reiz

erhalten. Sie stammen von einem Manne, der den Anblick des Hügels, der Bucht oder des Flusses ebenso empfindet, wie versteht. Den natürlichen Reiz der Dinge fühlte er so tief, dass die unkorrekten Umrisse einer Karte ebenso sehr seinen ästhetischen Sinn, wie sein Gefühl der Genauigkeit verletzten. Diese Genauigkeit, nach der er mit allen Kräften seines Wesens strebte, war bei ihm gleichbedeutend mit Schönheit.

Es genügte, den Blick des merkwürdigen Greises zu beobachten, der mit 75 Jahren die detailliertesten Karten ohne Brille las, um in ihm den vollendeten Typus eines Menschen der Anschauung zu erkennen. Sein Blick war durch ein seltsames Zusammentreffen entgegengesetzter Eigenschaften glänzend, durchdringend und zugleich sanft. Es war nicht der eines sich im Unendlichen verlierenden Träumers, sondern eher der eines an ferne Horizonte gewöhnten Bergbewohners, der leicht von der Betrachtung eines weiten Ganzen zum aufmerksamen Studium eines nähern oder fernern Details übergeht. Dieser Blick erinnerte mich an den einiger Alpenführer, nur dass er bedeutend geistvoller war und besondere Güte ausstrahlte. Es war der Blick eines Beobachters, den eine mächtige innere Flamme erleuchtete, ohne ihn zu blenden oder irgendwie zu trüben, ein Blick, der die Poesie der Dinge schaute, ohne dass ihre Umrisse weniger klar wurden oder ihre Einzelheiten sich verwischten. Sein ganzes Leben hindurch hat er, als Gelehrter und als Künstler, beobachtet. Nie versäumte er eine Gelegenheit, zu s e h e n. Bei dem kürzesten Spaziergange wie auf der weitesten Reise wählte er nur dann den selben Weg zur Rückkehr, wenn er absolut unvermeidlich war, und von dem ersten bis zum letzten Augenblick der Reise hörten seine Augen nicht auf, dem Geiste neue Wissenselemente zu liefern. Er gebrauchte sie mit wunderbarer Leichtigkeit und Lebhaftigkeit, indem er alles in sich aufnahm, alles ordnete und nie etwas vergass. Die kleinste Flächenfalte erschien ihm ebenso beachtens- und behaltenswert, wie das majestätische Relief der Alpen.

Der visuelle Charakter seines Geistes tritt so recht in seinen Beschreibungen hervor, die klar und kräftig, wie Gemälde von Meisterhand, wirken. Er zeigt sich besonders in seinen kartographischen Studien, denen er einen grossen Teil seiner Zeit widmete, besonders während der zwölf Jahre, die er nach der Vollendung seiner *Universalgeographie* in Brüssel verlebte. Die Karten, wie man sie gewöhnlich zeichnet, hatte er immer nur als einen Notbehelf angesehen. Wenn man einen Teil der Erdkugel auf die ebene Fläche eines Blattes Papier aufträgt, so erhält man nur eine abstrakte Darstellung, aber nicht eine Reproduktion des Anblicks. Sie kann die Anschauung nicht befriedigen, die hier nicht die Erscheinungen der Natur wiederfinden kann. Reclus verlangte daher, dass man Karten auf Kugelkalotten drucke, damit die geographischen Objekte ihre genauen Formen bewahrten, und liess mit seltener Zähigkeit so lange Versuche in dieser Richtung unter seiner Leitung machen, bis alle technischen Schwierigkeiten, die sich der Verwirklichung seines Projekts entgegenstellten, — und sie waren nicht gering — endlich überwunden waren. Heute existieren mehrere dieser sphärischen Karten, besonders für den Schulgebrauch. Die sphärischen Karten sind jedoch auch noch unvollkommen, weil sie die Unebenheiten des Bodens nicht wiedergeben. Sie müssen also zugleich Reliefkarten sein. Schon vor Reclus hatte man viele Reliefs konstruiert, aber fast immer auf eine so konventionelle Art, dass sie einem so überzeugten Anschau-

ungsmenschen, wie Reclus, unannehmbar erscheinen mussten. Der Massstab der Erhebungen ist gewöhnlich 10-, 20mal höher, als er sein sollte, sonst wären die Vertiefungen so wenig merkbar, dass man sie kaum ausführen könnte, und die Niveauverschiedenheiten würden dem Auge unsichtbar bleiben. Reclus meinte aber, dass diese Erwägungen vor dem Streben nach visueller Genauigkeit zurückstehen müssten. Auch auf diesem Gebiete war er der Initiator wichtiger technischer Fortschritte, die das materielle Problem in genügender Weise lösen. Die Schwierigkeit, das natürliche Relief zu lesen, fasste er als eine der Natur der Dinge innewohnende Schwierigkeit auf, als eines der Elemente der Darstellung und Auffassung des Weltalls überhaupt.

Ein Atlas mit sphärischen Karten im natürlichen Relief verwirklichte indes immer noch nicht sein kartographisches Ideal. Um der Wahrheit ganz nahe zu kommen, müsste auch die Zusammenstellung der Blätter der natürlichen Ordnung gemäss erfolgen. Demzufolge müsste man sie auf einer die genaue Form der Erdkugel reproduzierenden Unterlage ordnen. Sein Traum war, in der Nähe einer jener grossen Städte, in denen das Leben der Erde sich konzentriert, eine solche Erdkugel im Massstab 1 : 100 000 aufgerichtet zu sehen. Sie wäre so hoch gewesen, wie ein Turm. Ein System von Treppen, Brücken und Aufzügen hätte es dem Studierenden ermöglicht, alle Teile dieser wunderbaren Karte durchzugehen. Sie hätte über die ganze Erde so ausführliche Angaben geliefert, wie wir sie jetzt nur für die gründlichst studierten Länder haben, und ihre Farben wären denen der aus der Ferne gesehenen Erde ähnlich gewesen. Die Verwirklichung dieses kolossalen Projektes, das die Mitarbeit eines Heeres von Topographen, Kartographen und Ingenieuren erfordert hätte, würde natürlich ungeheure Summen gekostet haben. Reclus dachte nie daran, irgend eine Regierung darum zu bitten, aber er sammelte geduldig Material zu diesem gigantischen Werke. Wenigstens einige Bruchstücke wollte er vollenden, in der Hoffnung, dass der Tag der Errichtung dieses Bauwerks kommen, und das von ihm vorbereitete Material dann verwertet werden würde.


O viel über Reclus, den Verehrer der Natur, und Reclus, den konkreten und visuellen Denker. Ich habe jetzt seinen Charakter zu behandeln, und der Leser wird sehen, dass das, was ich bis jetzt von seiner Persönlichkeit gezeigt, zu dessen Verständnis beitragen wird. Taine hat in seinem *Régime moderne* ein Bild von dem innern Weltall in Napoléon entworfen. Wenn ich mir vorzustellen suche, was die hohe Stirn Reclus', die höchste, die ich je gesehen, verbarg, finde ich kein passenderes Bild, als das jener Erdkugel, an die er dachte, aber einer mit Vegetation bedeckten, durch die Bewegung ihrer Bewohner aller Art belebten Erdkugel. Der Mensch war dort sicherlich auch nicht vergessen, aber er figurierte, wie alles übrige, in einem bestimmten Massstab. Reclus war ebensowenig geneigt, den Wert dieses Elements im Weltall zu überschätzen, wie irgend ein anderes; seine Auffassung hatte nichts Anthropozentrisches. Man schliesse nicht daraus, dass Reclus zu jenen Gelehrten gehörte, die die Menschen verachten, weil der Sirius milliardenmal grösser ist, als die ganze Menschheit. Im Gegenteil, er liebte die Menschen, wie er alles liebte, und war sich darüber klar, dass alle seine Studien nur dann einen Sinn hätten, wenn ihr Endziel die Menschheit wäre. Ich möche am liebsten sagen, dass er die Menschheit in der Natur

liebte, wie der Gläubige sie in Gott liebt. Man findet dieses Gefühl allgemeinen Wohlwollens, das sich in gleicher Weise auf alle Dinge erstreckt, bei vielen aufmerksamen Beobachtern, die sich in die Betrachtung des Weltalls versenkt haben. Für diese sind alle Dinge gleich lebendig. Das kleinste Blümchen offenbart ihrem geübten Auge eine Individualität, eine ebenso starke, ebenso originelle Persönlichkeit, wie der Wald, der Berg, das Meer, wie der herrlichste Mensch. Wenn man dem geringsten Dinge Gewalt antut, wenn man es in seiner Entwickelung stört, es verhindert, sich auszuleben, zu sein, beraubt man das Weltall einer seiner originellen Äusserungen, die durch nichts ersetzt werden kann, man verstümmelt die Welt in nicht wieder gut zu machender Weise.

Reclus besass in seltenem Grade diese skrupulöse Achtung vor allen Individualitäten, welchen Rang sie auch in der Hierarchie der Wesen einnahmen. An dem Tage, da ihm bewiesen wurde, dass man ohne Fleischnahrung leben und arbeiten könnte, wurde er Vegetarier, denn er hielt sich nicht für berechtigt, ohne zwingende Notwendigkeit die Existenz des geringsten seiner tiefer stehenden Brüder zu opfern. Er machte sich ein Gewissen daraus, eine Wiesenblume zu pflücken, und hätte gewollt, dass die Ingenieure bei Ausübung ihrer Kunst die grösste Sorgfalt darauf verwendeten, keine Linie der Landschaft zu ändern. Der selbe Wunsch, der bescheidensten Individualität keine Gewalt anzutun, regelte seine Beziehungen zu den Menschen. Er achtete alle Meinungen und hielt sich nie für berechtigt, jemand in irgend einer Beziehung seinen Willen oder seine Ansichten aufzudrängen. Mit allen ging er absolut wie mit seinesgleichen um, wie gross auch die Verschiedenheit in Alter, Bildung und Begabung war. Ich erwähne schon gar nicht die Verschiedenheit der Stellung, die er überhaupt ignorierte. Er erkannte ebensowenig die Autorität des Lehrers seinem Schüler gegenüber an, wie die des Lehnsherrn seinem Leibeigenen, des Chefs seinem Arbeiter, des Polizisten aller Welt gegenüber. Er hatte neben der *Neuen Universität* in Brüssel ein geographisches Institut eingerichtet. Ich wage nicht, zu sagen, dass er es leitete, denn dieser Ausdruck hätte ihn sicher chokiert. Er arbeitete also dort mit einem Dutzend Mitarbeiter, unter denen einige anerkannt bedeutende Gelehrte, andere ganz junge Studenten waren, die er ohne Vorbehalt aufgenommen hatte, sobald sie den Wunsch ausgesprochen hatten, einzutreten. Wer ihn so beobachtete, wie er mit ihnen zusammenarbeitete, alle Ratschläge und alle Meinungen mit nachgiebiger Aufmerksamkeit anhörte, wie er seine eigene Meinung immer nur höchst reserviert und nur dann aussprach, wenn er darum gebeten wurde, hätte nie geglaubt, dass er einen Gelehrten von Weltruf vor sich hatte, den berühmten Reclus vor seinen Schülern.

WIE ich zu schildern versucht habe, lebte in dem Geiste des grossen Geographen eine Vorstellung der Welt, in der jedes Ding *im Massstab* figurierte. Auch er selbst figurierte dort *im Massstab*. Seiner eigenen Person widmete er durchaus keine besondere Aufmerksamkeit oder Liebe. War seine Moral — seine Tugend, wenn ich mich dieses zu doppelsinnigen Ausdrucks zu bedienen wage — die eines Stoikers, eines Einsiedlers oder eines Christen? Ich will nicht versuchen, dieses heikle Problem zu lösen. Ich konstatiere nur, dass sie vollkommen uneigennützig und bar einer jeden Spur von Egoismus war. Was kommt es im Grunde

auf die theoretische Auffassung an, der sie sich anschloss? Es ist aber für die Geschichte der Ideen interessant, zu konstatieren, dass er sie ausser dem Kosmos, seinem grossen Lehrer, zum grossen Teil den Lehren seiner Eltern verdankte, des guten Pastors und der freundlichen Lehrerin von Castècarbe und Orthez.

Jacques Elisée Reclus entstammte einem Geschlecht protestantischer Pastoren. Sein Vater, dem sowohl wegen seiner Verbindungen, wie wegen seiner Begabung die höchsten Stellen offen standen, zog es vor, sein Leben dem Dienste seines Gottes und der Armen zu widmen. Eine jener freien, vom Staate und den Konsistorien unabhängigen protestantischen Gemeinden, die sich gegen das Ende der Restauration im Süden gebildet hatten, die Gemeinde Castècarbe, wählte ihn im Jahre 1831. Dort blieb er zehn Jahre und ging dann nach Orthez in eine ebensolche Gemeinde. In dieser Umgebung verflossen die ersten Jahre Elisées, der 1830 geboren wurde. Reich war die Familie nicht, und der gute Pastor, wie ihn die Bewohner der Gegend einstimmig nannten, hätte geglaubt, es den Armen zu stehlen, wenn er für den Unterhalt seiner Familie mehr, als unbedingt notwendig war, ausgegeben hätte. Wie hätte er es gewagt, das Geringste zu selbstsüchtigen Genusszwecken zu gebrauchen, wo Jesus, sein Meister, nicht einmal einen Stein gehabt hatte, sein Haupt hinzulegen? Elisées Mutter, eine Verwandte des Herzogs von Caze, unterrichtete die Kinder der Gemeinde und der benachbarten Dörfer, widmete sich ganz ihrem Manne, ihren Kindern, ihren Schülern und lebte in ihrem bescheidenen Kreise, ohne sich je nach der grossen Welt zu sehnen, in der sie hätte glänzen können. Wie ihr Gatte, hatte sie es auf sich genommen, eine edle Aufgabe bescheiden zu erfüllen und ihr ihre Begabung und Mühe zu widmen. So lebten sie als strenge Hugenotten, ohne je von ihrer Pflicht abzuweichen, ohne sich je vor den Grossen der Erde zu beugen, immer bereit, den Verfolgungen zu trotzen, auf deren immerwährende Erneuerung sie gefasst waren.

Und ebenso lebte ihr Sohn, wie sie, in freiwilliger Armut. Seine Werke brachten den Verlegern Millionen ein; er hatte alle möglichen Gelegenheiten, sein Glück zu machen; aber nie streckte er die Hand danach aus. Nie besass er mehr, als die genau ausgerechnete Summe, die zum Unterhalt der Seinen durchaus notwendig war; den ganzen Überschuss widmete er Werken der Befreiung und Notleidenden, die Hilfe verlangten. Den gelehrten Gesellschaften, die ihn durch Verleihung goldener Medaillen zu ehren glaubten, antwortete er stets äusserst höflich, mit jener ausgesuchten Höflichkeit, die ihn nie verliess, aber er bewahrte diese eiteln Trophäen, diese Goldstücke mit den schmeichelhaften Inschriften, nicht auf. Sie wurden geschmolzen und denjenigen gegeben, welche brüderlicher Hilfe bedurften. Er hielt sich nicht einmal für berechtigt, die Bücher, Karten und kostbaren Dokumente, die man ihm von allen Seiten schickte, für seinen eigenen Gebrauch zu behalten. Sobald er sie benutzt hatte, übergab er sie einer Bibliothek, wo sie allen zugänglich wurden. Ebensowenig, wie Geld, sammelte er Schmeicheleien, Lobsprüche oder Titel. Einen Titel irgendwelcher Art trug er überhaupt nie, er gehörte zu keiner Akademie und gab sich nie zu irgend einer prahlerischen Schaustellung her. Als die Londoner *Geographische Gesellschaft* ihm im Jahre 1894 die grosse goldene Medaille verlieh, teilte der Präsident mit, dass der berühmte Geograph der Sitzung beiwohne. Die ganze gelehrte Versammlung bereitete

darauf ganz spontan seinem Namen eine rührende Ovation, aber sehr wenige unter den Anwesenden bemerkten den kleinen Mann mit den glänzenden Augen, der bescheiden ganz am Ende einer der entferntsten Bänke sass.

OSGELÖST von den Dingen, die meist die Menschen fesseln, entschlossen, sein Brot überall, wohin die Verhältnisse ihn führen würden und welcher Art die Verhältnisse auch seien, zu verdienen, fühlte er sich frei und befolgte mit der ganzen Kraft seiner Fähigkeiten seinen Wahlspruch *Tu, was du willst!*

Die Ereignisse des Jahres 1848 finden ihn, den Achtzehnjährigen, als überzeugten Revolutionär. Die Disziplin des theologischen Gymnasiums in Montpellier drückt ihn, und er durchstreift mit seinem Bruder Elie die Cevennen, um in dem grossen Buche zu studieren, das mehr wert ist, als alle pädagogischen Werke. Der Staatsstreich des Jahres 1851 kann ihn nicht zwingen, sich vor dem Kaiser zu beugen. Er leistet Widerstand und wird verbannt. Darauf ernährt er sich durch Privatstunden in London, bearbeitet den Boden in Irland, durchreist die Welt, besteht tausend, manchmal tragische, Abenteuer, unterwirft sich aber nicht. Im Jahre 1871 wird er Soldat der Commune; bei einem Ausfall wird er gefangen genommen und zur Deportation verurteilt. Weder in dem Todeslager bei Satory, noch im Gefängnis zu Quélern verleugnet sich seine Festigkeit auch nur einen Augenblick. Er liest die Korrekturen seines Werkes dort mit der selben Heiterkeit, wie in seinem Arbeitszimmer. Er organisiert eine Schule für seine Genossen im Gefängnis, er lehrt sie lesen, Geographie, Englisch; andere Gefangene lehren, was sie wissen, und Reclus hört ihnen zu. Das Gefängnis kann ihn nicht unterjochen; er lernt, er teilt sein Wissen mit: er ist frei, indem er tut, was er will, denn die Arbeit war sein Leben.

Nie wieder in der Literaturgeschichte findet sich vielleicht ein so beharrlicher, mehr als sechzig Jahre hindurch ohne Nachlassen fortdauernder Arbeitswille. Man erinnere sich, dass jeder der 19 Bände der *Geographie* mehr als 800 grosse Seiten Text und mehr als 200 Karten enthält, deren Elemente der Verfasser sammelte; und das ist erst der kleinere Teil seines Gesamtwerkes. Er war stets auf dem laufenden, interessierte sich für alles, vernachlässigte nie die unbedeutendste Arbeit. Er fand Zeit, kleine Kinder zu unterrichten, alle Anfragen zu beantworten, eine umfangreiche Korrespondenz zu führen und auf den Artikel, den er für das bescheidenste Blatt schrieb, ebensoviel Sorgfalt zu verwenden, wie auf seine grossen Werke.[1]) Ruhe kannte er nicht. Er arbeitete ebenso eifrig in einem armseligen Hotelzimmer, wie im Eisenbahncoupé, an den Stamm eines Baumes gelehnt, wie am Abhange eines Felsens. Er schrieb sogar im Gehen. Bei Ausflügen oder Berufsgängen verlor er nie eine Minute. Sobald er sich aufhalten oder warten musste, zog er ein Buch oder ein Manuskript aus der Tasche, las eine Seite oder schrieb einige Zeilen. Er arbeitete bis zu seinem Todestage, in den Pausen der Erstickungsanfälle, die ihn peinigten. Man kann sagen, dass er lebte, bis er das, was er sich am Ufer des Shannon vorgenommen, zur Ausführung gebracht hatte. Erst dann durfte

[1]) An dieser Stelle sei auch dankbar des Artikels gedacht, den der greise Gelehrte für den Vorgänger der *Sozialistischen Monatshefte*, den *Sozialistischen Akademiker* (1896, pag. 164 ff.), schrieb; er behandelt das Thema *Brotstudium und Wissenschaft*. Auch dieser kleine Aufsatz — den Reclus übrigens direkt in deutscher Sprache abgefasst hat — gibt ein kleines, aber getreues Spiegelbild seiner Weltanschauung

der Tod über ihn triumphieren. Er hatte getan, was er gewollt, hatte das Versprechen, das er sich gegeben, gehalten.

Mit der selben peinlichen Gewissenhaftigkeit und der selben heroischen Stärke hielt er alle seine Verpflichtungen ein, von den geringsten, die das tägliche Leben mit sich bringt, bis zu den wichtigsten. Es passierte ihm nicht ein einziges Mal im Laufe seines so merkwürdig bewegten Lebens, dass das Erscheinen eines Artikels oder eines Heftes sich auch nur um einen Tag verzögerte. Niemals verschob er eine Lektion aus Bequemlichkeitsgründen. Selbst an dem Tage, als er allein seinen Bruder Elie, den Gefährten seiner finsteren und frohen Stunden, der nicht nur leiblich, sondern auch geistig sein Bruder war, zur letzten Ruhe geleitete, hielt er seine Vorlesung am geographischen Institut. Er sprach mit unterdrücktem Schluchzen, aber er hielt bis zu Ende aus. In seiner Rede in der akademischen Sitzung des Jahres 1895 hatte er gesagt:

»Die Studenten sind berechtigt, von uns vollkommene, einmütige Hingebung zu verlangen. Ebenso, wie Emerson, können sie mit vollem Recht zu uns sagen, dass die Haupteigenschaft eines Menschen, der sich der wissenschaftlichen Wahrheit widmet, Heroismus sein muss.«

An jenem Tage stimmte sein Tun mehr, denn je, mit seinen Lehren überein. In allen Dingen wollte er nur durch sein Beispiel wirken. Seiner Ansicht nach war der Einfluss des Beispiels der einzige, den ein Mensch auf andere auszuüben berechtigt sei. Nie gab er Ratschläge, weil er sie schon als den ersten Grad des Zwanges betrachtete. Er vermied es sogar, Handlungen anderer zu beurteilen, um ihre Freiheit in keiner Beziehung zu beeinträchtigen. Aber er ging mit dem guten Beispiel voran und glaubte an die souveräne Macht dieser Art Propaganda der Tat. In Wahrheit war sein Einfluss auf alle, die ihm nahe traten, sehr gross. Sein absolutes Wohlwollen, die feine Höflichkeit, die allen seinen Beziehungen ihren Stempel aufdrückte, der Duft der Enthaltsamkeit, der von seiner ganzen Person ausströmte, sein schöner Denkerkopf, sein wunderbarer, unvergesslicher Blick, alles das verlieh ihm eine ausserordentliche Anziehungskraft, und viele fühlten sich durch seine Anwesenheit allein geneigt, über sein Beispiel nachzudenken und ihm zu folgen. Manche verehrten ihn wie einen Heiligen. Überall, wo er sich niederliess, scharte sich ein Kreis von Bewunderern und Schülern um ihn, denen noch mehr daran lag, sein Leben nachzuahmen, als sich zu seinen Lehren zu bekennen. Es wäre indiskret, nachzuforschen, ob sie es wirklich in seiner tiefen Schönheit nachahmten, oder ob viele sich nicht damit begnügten, seine Formen, gleichsam seinen äusseren Zuschnitt anzunehmen und die Gewohnheiten eines freien Geistes in Gebräuche strenger Observanz zu verwandeln. Auf allgemeinere und unpersönlichere Weise müsste man prüfen, ob das Beispiel eines schönen Lebens angetan ist, die gesellschaftliche Reform zu fördern, und wie es zu vermeiden wäre, dass dessen Nachahmung seitens der Jünger nicht in heuchlerischen Formalismus ausarte.

Der Meister selbst hatte wenigstens nur die eine Sorge, recht zu tun und an der Aufgabe, die er sich gestellt, in Freiheit zu arbeiten. Was selten ist, sein Tod war die logische Krönung seines Werkes. Er verschwand geräuschlos. Seinem ausdrücklichen Wunsche entsprechend, folgte niemand seinem Sarge. Ein einziger Verwandter konstatierte seine Beerdigung auf dem Friedhof. War denn sein Tod etwas anderes, als ein einfacher Einzelfall der Gesamtent-

wickelung? Wozu also seine Bedeutung durch eine feierliche und geräuschvolle Schaustellung in die Höhe schrauben? Sein Begräbnis war gleichsam der höchste Ausdruck objektiver Wahrheit.

M Eingang meiner Studie sagte ich, dass ich weder die eigentlich wissenschaftlichen, noch die sozialen Leistungen Reclus' kritisieren würde. Ich überlasse es anderen, die Verdienste des Geographen, seine wunderbare Gelehrsamkeit, sein Verständnis der Erde, das Kunstwerk, das er schuf, indem er die Welt nicht nur beschrieb, sondern auch besang, zu preisen. Ich überlasse es auch anderen, zu untersuchen, ob an diesem ungeheuren, bewunderungswürdigen Werke nicht doch etwas fehlt; warum seine so glänzende beschreibende Methode auch fast ausschliesslich beschreibend bleibt; warum, mit anderen Worten, aus so vielen, gewissenhaft kontrollierten und so ingeniös bearbeiteten wissenschaftlichen Tatsachen nicht einmal der Schatten eines wissenschaftlichen Gesetzes abgeleitet wird. Ich mache hier nur oberflächlich auf den interessanten Vergleich aufmerksam, den man in dieser Beziehung zwischen Elisée Reclus und Alexander von Humboldt ziehen könnte. Humboldt sammelte sicherlich weniger zahlreiche und weniger wertvolle Fakta, zog aber viel mehr allgemeine Schlüsse aus ihnen.

Zeigt sich diese Schwierigkeit, abstrakte Schlüsse zu ziehen, eine Schwierigkeit, die vielleicht die Folge seines wesentlich visuellen psychischen Typus ist, auch in seinem sozialen System? Den Anarchismus zu würdigen, wie Reclus ihn verstand, überlasse ich auch und besonders gern anderen. Ich habe schon gesagt, warum. Zweifellos enthalten die noch nicht herausgegebenen Bände des Werkes *Der Mensch und die Erde* Tatsachen, Argumente und Aufklärungen über diesen Punkt, die man erst gerechterweise abwarten muss. Noch ein Grund ist, dass ich diesen Artikel, den ich dem Andenken des grossen Mannes widmen wollte, nicht mit den Beweisführungen eines entschiedenen Gegners schliessen möchte, der gegen seine Ansichten kämpft.

Vergessen wir einen Augenblick diese heute so ernsten Meinungsverschiedenheiten, die die Geschichte sicher mildern wird, wenn nach dem Fieber und den Notwendigkeiten des Kampfes die Stunde objektiven Urteils geschlagen hat. Dann wird man, von allem, was sie trennt, abgesehen, die allen aufrichtigen Revolutionären gemeinsamen Grundideen würdigen können. Und was könnte ich, um den Augenblick des Waffenstillstandes in Erinnerung an den grossen Toten hervorzuheben, Besseres tun, als mit jenen Zeilen zu schliessen, in denen der berühmte Revolutionär jenes uns allen gemeinsame Ideal so herrlich formuliert:

»Schon im Geiste können wir die Fabrik und ihre Umgebung so schauen, wie die Zukunft sie umgestalten wird. Der Park ist grösser geworden, er umfasst jetzt die ganze Fläche; Säulengänge erheben sich mitten im Grün, Wasserstrahlen springen unter Blumen, fröhliche Kinder jagen sich in den Alleen. Die Fabrik ist noch da, mehr, als je, ist sie das grosse Laboratorium des Reichtums; diese Schätze werden aber nicht mehr in zwei Teile geteilt, von denen einer einem einzigen zufällt, während der andere, der der Arbeiter, nur ein schmaler Bissen ist; sie gehören jetzt allen Arbeitern zusammen. Dank der Wissenschaft, die sie die Kraft des Stromes und die anderen Naturkräfte ausnutzen lehrt, sind die Arbeiter nicht mehr die keuchenden Sklaven der eisernen Maschine. Nach der Tagesarbeit haben sie auch Ruhe und Feste, Familienfreuden, die Lehren des Hörsaals, die Erregung der Bühne. Sie sind gleich und frei, sind ihre eigenen Herren, sie sehen sich alle gerade an, keiner trägt das Brandmal der Sklaverei

auf der Stirn. Dieses Bild können wir uns im voraus ausmalen, wenn wir abends am Bache hinwandeln und sehen, wie die untergehende Sonne die aus der Fabrik aufsteigenden Rauchwolken vergoldet. Noch ist es eine Fata Morgana, aber wenn die Gerechtigkeit kein leeres Wort ist, zeigt uns diese Fata Morgana schon die ferne, halb unter dem Horizont verborgene Stadt.«

××

MANUEL UGARTE · DER SOZIALISMUS IN ARGENTINIEN



ES ist nicht schwer, sich vorzustellen, wie die Anfänge des Sozialismus in Argentinien, einem wenig bevölkerten, sehr ausgedehnten Lande, waren, dessen Sitten in einzelnen Gebieten des Innern noch recht primitiv geblieben sind. Er erschien wie ein vages Schattenbild. Die Bourgeois lachten darüber und konnten sich im Spott für die ersten Bannerträger nicht genug tun. Man nannte sie die *lyrischen Dichter*, die *Barfüssler*, und sogar der Gaucho gefiel sich, ungeachtet des Unrechts, das auf ihm lastete, und trotz seiner Vergangenheit des Elends und der Unterdrückung, darin, diese hartnäckigen Männer, die Städte und Land mit der Predigt einer neuen Lehre durchzogen, ins Lächerliche zu ziehen.

Eine merkwürdige Anekdote illustriert die Schwierigkeiten, die der Verbreitung der sozialistischen Lehre entgegenstanden. Unter den ersten Agitatoren befand sich ein naturalisierter Italiener, der alle Kraft daran setzte, nachdem er gezwungen gewesen war, sein Vaterland aus politischen Gründen zu verlassen, in seinem neuen Vaterlande seine Ideen zu verbreiten. In den Städten ging alles ganz gut oder doch beinahe ganz gut. Der Boden war bereits vorbereitet, denn die wachsende Industrie hatte die Entfaltung eines Klassenbewusstseins ermöglicht. Aber auf dem Lande, wo die Tyrannei der grossen Latifundienbesitzer herrschte, wo fast niemand des Lesens kundig war, spielten sich die Dinge ganz anders ab. Unser Italiener musste dort noch ganz andere Enttäuschungen erleben, als in den ersten Tagen der Agitation in Italien. Eines Tages hielt er in Santa Fé, einer ackerbautreibenden Provinz, die damals ganz unter der Herrschaft eines Miniaturtyrannen schmachtete, eine Versammlung ab, und dabei passierte es ihm, dass er während seiner Rede einen Augenblick das volkswirtschaftliche Terrain und die allgemeinen Wendungen der grundsätzlichen Propaganda verliess, um einen unschuldigen Ausflug auf das Gebiet der Lokalpolitik zu machen. Es handelte sich um eine Anspielung auf Unterschlagungen des Gouverneurs. Ein Polizeikommissär, der der Versammlung beiwohnte, unterbrach ihn rauh und liess ihn arretieren. Unser Italiener beunruhigte sich darüber nicht weiter. Er war daran gewöhnt, auf der Polizeiwache zu schlafen. Ja, noch mehr, er rechnete sogar damit und freute sich darüber, weil er auf diese Weise die Kosten seiner Agitation erheblich verminderte. Man machte ihm aber bald begreiflich, dass die Geschichte diesmal viel ernster sei. Der Gouverneur liess ihn sich vorführen. Es war ein klobiger Kerl, halb Bauer, halb Bürger, der ihm starr in die Augen blickte und dann brutal losbrach: »So lange du dich darauf beschränkst, die soziale Revolution zu predigen, wird man dich in Ruhe lassen; denn das ist nicht gefährlich, weil kein Mensch auf dich hört. Aber nimm dich in acht, dass du nicht über die Regierung sprichst und dich in die örtlichen Angelegenheiten einmischst! Dadurch entpuppst du dich als Revolutionär.«

Man sieht, welche Vorstellung man sich anfangs dort unten vom Sozialismus machte, und wie wenig Schrecken er einflösste. Man betrachtete ihn als eine Art *Heilsarmee*. Aber die Zeiten haben sich geändert. In zwanzig Jahren haben wir eine mächtige Partei gebildet, die es verstanden hat, der öffentlichen Meinung zu imponieren. Unser erster Abgeordneter ist in die Kammer eingezogen. Er beginnt bereits, das Gewissen der anderen Gesetzgeber mit seinen in jenem Milieu unerwarteten Erklärungen zu beunruhigen, und man fängt allmählich auch an, einzusehen, dass der Gouverneur von Santa Fé unrecht hatte: Die soziale Revolution ist — revolutionär.

Europäer waren es — und mussten es sein in unserer kosmopolitischen Republik, wo die Auswanderung aus allen Teilen der Welt zusammenströmt —, die die grossen Gedanken der Befreiung zu uns gebracht haben. Der erste Sozialistenverein wurde zu Buenos Aires gebildet, und zwar am 1. Januar 1882 durch die deutschen Parteigenossen Nocke und Mücke. Sie gaben ihm den Namen *Vorwärts*; die Mitgliederzahl belief sich auf 13. Obschon sie ganz auf sich gestellt und umgeben war von ehrgeizigen Bemühungen und Bestrebungen der bürgerlichen Macher, in einem durch häufige und sinnlose Revolutionen verstümmelten Lande, besass die kleine Gruppe doch Vertrauen in die Zukunft. Sie legte ihre Grundsätze dar und erklärte, dass sie entschlossen sei, zu der Verwirklichung des sozialistischen Ideals gemäss dem Programm der deutschen Sozialdemokratie beizutragen.

Der Verein entwickelte sich: im Jahre 1886 erwarb er das Haus, wo er seinen Sitz aufgeschlagen hatte; er besass auch schon ein Organ, nämlich die Wochenschrift *Vorwärts*. Er bildete eine dramatische Abteilung, gründete eine Genossenschaftsbäckerei, verbreitete unter den argentinischen Arbeitern ein in spanischer Sprache verfasstes Manifest; er entfachte zu gunsten der Einbürgerung Fremder eine Bewegung, die nicht ohne Erfolg blieb, und veranstaltete am 1. Mai 1890 seine erste grosse Versammlung: 3000 Menschen nahmen daran teil. Von diesem 1. Mai datiert, wenn man so sagen darf, die Einbürgerung des Sozialismus in Argentinien. In den Provinzen begannen sich Vereine zu bilden, die durch Delegierte mit dem Verein in der Hauptstadt Verbindung aufrechterhielten; im Juni des selben Jahres ging man dazu über, eine Gesamtpartei zu begründen. Im Dezember erschien *El Obrero* in spanischer Sprache, redigiert von dem Genossen Avé Lallemant. Man richtete Petitionen an die öffentlichen Körperschaften, verlangte Arbeiterschutzgesetze und die Einrichtung einer Arbeitsbörse. Im August 1891 wurde der erste nationale Parteitag abgehalten; er zählte zu Mitgliedern Tischler, Buchdrucker und Bäcker.

Im Jahre 1894 ist das jetzige Tageblatt der sozialistischen Partei von Argentinien gegründet worden, die *Vanguardia;* ein Mann von grosser Bedeutung, Juan B. Justo, der sich auch in bürgerlichen Kreisen hohen Ansehens erfreute, und dessen Übergang zur Sozialdemokratie die Anschauungen der guten Leute ein wenig in Verwirrung brachte, leitete die Zeitung. Im selben Jahre gründeten die in Argentinien ansässigen französischen Genossen mit Achille Cambier eine Gruppe mit dem Namen *Les Egaux* und eine Zeitung *L'Egalité*. Auch die Italiener schritten zur Gründung einer Gruppe *Fascio dei lavoratori* und einer Revue mit dem Titel *La Revendicazione*. Gemessen an den besonderen Bedingungen des Landes hatte der Sozialismus bereits einen erheblichen Aufschwung genommen.

Eine Anzahl von Studenten gründete die Gruppe der sozialistischen Akademiker. Man richtete ein Zentralkomitee ein, entwarf ein Minimalprogramm und beteiligte sich im Jahre 1896 zum erstenmal an den Wahlen. Der Erfolg war vorauszusehen. Mit Hilfe eines mangelhaften Wahlgesetzes verhinderten die bürgerlichen Parteien die Wahl eines Sozialisten. Die sozialistische Partei machte nichtsdestoweniger in aller Stille weitere Fortschritte. An ihrem Parteitag vom Jahre 1896 nahmen bereits 10 verschiedene Gruppen teil; an dem von 1903 sogar 30. Heute besitzt die Partei in der Person des Genossen Alfred Palacios einen Vertreter im Parlament. Sie gibt ein Tageblatt, die *Vanguardia*, und 3 Wochenblätter, *La Union Obrera, La Accion Sindicalista* und *Vida Nueva,* heraus. Sie veranstaltet Versammlungen von 15 000 Teilnehmern. Auf die Regierung drückt sie mit einer solchen Gewalt, dass diese sich zum Studium ernsthafter Reformen veranlasst sieht. Die Partei hat in einem gewissen Sinne die geistige Verfassung des Landes modifiziert, indem sie zu einer modernen Lebensauffassung hindrängt.

Die entmutigte Jugend hat die Bedeutungslosigkeit der Kämpfe ohne Ziele, in denen sie sich verzehrte, erkannt. Auch die alten Parteien haben eingesehen, dass sie Stellung nehmen und sich entweder freundlich oder feindlich gegen die Strömung der Neuerer verhalten müssen. Die alten Parteien werden dies allerdings nicht offiziell tun, weil sie, wie etwa die französischen Nationalisten, aus Leuten von allen politischen Himmelsrichtungen zusammengesetzt sind; sie zeigen eben alle Nuancen des Regenbogens. Aber die neuen Forderungen und neuen Ideen, die man unter die Scharen ihrer Anhänger geworfen hat, haben sie zersetzt. Solange es sich nur darum handelte, die Macht entweder zu erobern oder zu verteidigen, waren sie einig; heute aber wirkt schon ein einfacher Gesetzentwurf über die Ehescheidung wie Sprengpulver auf sie. Das geht so weit, dass die Voraussage nicht allzu kühn ist: in absehbarer Zukunft und immer unter dem Drucke der sozialistischen Bewegung werden die alten politischen Gruppen, die keine Existenzberechtigung mehr haben, verschwinden, und neue an ihrer Stelle treten, die auf der Grundlage gleichen Bewusstseins und gleicher politischer Anschauungen aufgebaut sind. Alles deutet wenigstens darauf hin. Wir sehen, dass die Regierung von Chile einen Feldzug gegen die Kongregationen beginnt und von der Trennung von Kirche und Staat spricht. Argentinien seinerseits beginnt mit der Ausarbeitung von Arbeiterschutzgesetzen: daraus ergibt sich, dass die den verschiedenen Parteien angehörigen Leute eine Annäherung an einander in dem Masse fühlen, wie sie an diesen Reformen interessiert sind, und dass die Sozialisten, die diese ganze Verheerung hervorgerufen haben, ihre Scharen in einem für die Bourgeoisie bedenklichem Masse anwachsen sehen. So werden sie einmal zu der Entstehung von Parteien mit klarem Programm, sodann gleichzeitig vielleicht zur Abschaffung der Revolutionen beigetragen haben. Das wird sie darüber hinweg trösten, dass sie damit die Journalisten eines leicht zu bearbeitenden Stoffes und Europa eines traditionellen Schauspiels beraubt haben.

Natürlich ist auch die sozialistische Partei Argentiniens, wie die anderen sozialistischen Parteien in der ganzen Welt, in verschiedene Richtungen gespalten, aber die Einheit ist niemals ernstlich in Frage gestellt worden. Diejenigen, die alles von der parlamentarischen Aktion erwarten, und diejenigen, die ihre Hoffnung auf einen gewerkschaftlichen Kampf setzen, werden bald zu der

Erkenntnis kommen, dass ihre beiden Methoden einander ergänzen, und dass wir keine Revolution durchführen können, es sei denn, dass wir Reformen durchsetzen, was wir hinwiederum auch nur dann können, wenn wir mit der Revolution drohen.

Der ehemalige Präsident der Republik, Herr Quintana, gab in einer offiziellen Rede folgende Erklärung ab:
»Die soziale Frage erfordert heute trotz der Prophezeiungen eines falschen Optimismus die Aufmerksamkeit der öffentlichen Gewalten. Das nationale Arbeiterschutzgesetz, das im Entwurf vorliegt, wird ohne Zweifel dazu beitragen, die Streiks zu mildern und im allgemeinen diese häufigen Konflikte zwischen Unternehmern und Arbeitern zu verhindern, Konflikte, die in gewissen Zeiten sogar die ganze Jahresproduktion des Landes in Frage stellen können. Es genügt indessen nicht allein, die Arbeit zu regeln, sondern wir müssen, wenn wir mit den Tendenzen der heutigen Zivilisation in Einklang bleiben wollen, auch die Steuergesetzgebung und gewisse Bestimmungen des Gemeinderechts reformieren. Das wäre das einzige Mittel, um im Bereiche der Möglichkeit die Ungleichheit des Vermögens und die ungerechte Unterdrückung der Arbeiter durch das Kapital zu korrigieren. Das Minimalprogramm der argentinischen sozialistischen Partei ist zu einem grossen Teil annehmbar und kann durch die öffentlichen Gewalten akzeptiert werden, soweit es sich nicht gegen die Verfassung richtet, und soweit es die Oberherrschaft des Staats anerkennt.«
Aber diese guten Absichten wurden wenige Wochen später unter dem Drucke der reaktionären Parteien durchkreuzt. In Argentinien können wir im Augenblick nicht auf eine fortschrittliche Politik, wie wir sie jetzt in Frankreich sehen, rechnen, wir haben zwar auch Nationalisten und Radikale; aber die Nationalisten nennen sich so, weil sie Anhänger des Föderativsystems sind, im Gegensatz zu den Unitariern, den Anhängern des Einheitsstaates, die die Vorherrschaft der Landeshauptstadt betreiben; und die Radikalen bedienen sich dieses Namens, weil sie die am weitesten fortschrittliche Fraktion einer bürgerlichen Gruppe darstellen, die unter anderen grundsätzlichen Dingen auch das freie Wahlrecht und eine anständige Verwaltung fordert. Aber weder schaffen sich die Nationalisten aus dem Patriotismus eine Fahne, noch denken die Radikalen an eine Trennung von Staat und Kirche.

Persönlich habe ich die lebhafte Propaganda zu gunsten einer gemischten Taktik betrieben, die mir einzig den mannigfachen Anforderungen unserer sehr schwierigen Zeit angepasst zu sein scheint, und ich gedenke, auf diesem Wege fortzufahren. Wir können weder den gewaltsamen Aufstand propagieren, noch können wir uns lediglich auf eine parlamentarische Taktik beschränken. Zwar müssen wir jede Reform annehmen, aber doch auf eine endgültige Umwälzung hinsteuern. Die gewerkschaftliche und politische Aktion gewinnen ihre Stärke lediglich aus dem Zusammenarbeiten. Gleich weit entfernt von intransigenter Übertreibung, wie von einer schädlichen Gleichgültigkeit gegen die parlamentarischen Fragen, kommt es jetzt darauf an, die Einheit unserer revolutionären Lehre hochzuhalten, zu gleicher Zeit aber auch einer grossen Partei, die auf das Leben selbst einwirken will, die notwendige Geschmeidigkeit ihrer Taktik zu bewahren.

Obwohl der Sozialismus überall, nach seinem Auftreten und nach seinen Prinzipien, der selbe ist, so nimmt er doch in jedem Lande besondere Eigenarten an, die das Ergebnis der örtlichen Verschiedenheiten der Sitten und der Überlieferungen sind. Trotz der gemeinsamen Programme und der gleichen Lehre unterscheiden sich zum Beispiel schweizerische Sozialisten von den russischen

Sozialisten. So haben auch die Argentinier ihre Besonderheiten. Unsere Nation, die aus Bruchstücken aller Nationen gebildet ist, hat aus dem Kosmopolitismus eine eigene Physiognomie zu gewinnen gewusst. Wir haben zwar noch kein neues Profil und noch kein bisher unbekanntes Ganzes hervorzubringen gewusst, unterscheiden uns aber doch von jedem anderen Volke. Ebenso hat unser Sozialismus, ohne dass er deshalb aus der unbedingt notwendigen und über die ganze Welt sich erstreckenden Einheit heraustritt, seine besondere Art, die ihn von den sozialistischen Organisationen anderer Länder unterscheidet. Unter dem Einflusse der zahlreichsten Fremdenkolonie hat er ein wenig von dem Wortreichtum und der lebhaften Phantasie der italienischen Partei angenommen. Aber dieser Zug ist wieder gemildert durch die Ruhe und die organisatorische Geschicklichkeit, die ihm seine deutschen Gründer in die Wiege gelegt haben. Das eingeborene Element hat schliesslich die Heftigkeit und Entschlossenheit hinzugefügt, die sozusagen die politische Tradition des Landes sind. Und so hat auf der ersten Grundlage jede Gruppe von Einwanderern ein wenig von ihrer Volksseele dazugefügt, so zwar, dass der argentinische Sozialismus, der sich in seiner grossen Mehrheit aus nationalisierten oder nicht nationalisierten Fremden zusammensetzt, eine Synthese des allgemeinen Sozialismus darstellt. So kommt es, dass der argentinische Sozialismus, als er unter dem Drucke eines bürgerlichen Regimentes, das so weit ging, den Belagerungszustand in den Städten zu proklamieren, um das Streikrecht einzuschränken und beinahe zu unterdrücken, die Freunde in den grossen europäischen Häfen aufforderte, keine Schiffe aus argentinischen Häfen zu löschen, ihnen damit nicht zumutete, sich für fremde und unbekannte Kameraden einzusetzen, sondern das Werk ihrer eigenen ausgewanderten Volksgenossen zu fördern. Heute besteht eben dort unten unsere Partei bis auf wenige Ausnahmen aus Neuangekommenen oder aus solchen Elementen, die immerhin noch nicht lange im Lande sind. An diejenigen Volksschichten, die man eigentlich *eingeborene* nennen kann, sind wir mit unserer Propaganda noch nicht herangekommen.

Wenn wir diese erst einmal gewonnen haben werden, dann wird sich die besondere Art der sozialistischen Partei Argentiniens noch schärfer herausarbeiten. Wir wissen, dass die wenigen Überbleibsel der Indianer, der ersten Ansiedler und jener Schwarzen, die durch die Eroberer in das Land geführt worden sind, um seine natürlichen Reichtümer zu heben, ebenso wie die Mischlingsrassen notwendigerweise zu uns stossen müssen, die wir ihnen alle Freiheiten ohne irgend welche Vorurteile bieten. Diese ausserordentlich grosse Schicht des Proletariats, die sich heute noch weder ihrer Rechte, noch ihrer Stärke bewusst ist, wird bald erwachen. Und nur durch den Sozialismus werden die Enterbten oder ins Elend getriebenen Völker ihr gleiches Recht und ihre nationale Sicherung wiedergewinnen. Aber damit trete ich in die Entwickelung von Ideen ein, die eine lange Auseinandersetzung nötig machen, und die ich demnächst in einem besonderen Buche weiter auszuführen mir vorgenommen habe. Für heute wollen wir die liebenswürdige Gastfreundschaft, die uns die *Sozialistischen Monatshefte* geboten haben, nicht missbrauchen. Was wir gegeben haben, genügt, um wenigstens einen allgemeinen Überblick über die proletarische Bewegung in Argentinien zu gewinnen.

××

RUNDSCHAU

ÖFFENTLICHES LEBEN

Wirtschaft

Rückblick auf das Jahr 1906 Die steigende Aufnahmefähigkeit des Inlandsmarktes im Jahre 1905 und die kräftige Nachfrage am Weltmarkte während des beendeten Jahres haben für die Entwickelung des wirtschaftlichen Lebens in Deutschland während des Jahres 1906 eine so günstige Grundlage geboten, dass alle Befürchtungen, die an die ungünstigere Gestaltung der Zollverhältnisse, an die Wirkungen der höheren Preise und namentlich der Fleischteuerung geknüpft wurden, sich als unberechtigt erwiesen haben. Das Jahr 1906 hat mit seiner zunehmenden Gunst allen widrigen Einflüssen standgehalten: Die Konjunkturkurve hat ihre aufsteigende Richtung allen Pessimisten zum Trotz innegehalten. Die Produktion nahm ihrem Umfange nach bedeutend, relativ noch mehr ihrem Werte nach zu. Hatte schon 1905 die allgemeine Preishausse am Geld-, Waren- und Arbeitsmarkt eingesetzt, so setzte sie sich mit verstärkter Intensität im verflossenen Jahre fort. Die verschiedenen Interessentengruppen kämpften um die Vergrösserung ihres Anteils am gesamten Produktionsertrage, wozu die Preishausse am Warenmarkt, die für wichtige industrielle Rohstoffe internationaler Natur war, besonders stark anreizte. In Deutschland speziell ging die steigende Bewegung der Warenpreise zunächst von der Landwirtschaft aus, und zwar in doppelter Weise. Einmal hatte eine Reihe guter Ernten bei gleichzeitig befriedigenden Preisen die Kaufkraft der ländlichen Bevölkerung wesentlich gebessert. Der Bedarf an gewerblichen Erzeugnissen, die Bautätigkeit nahm auf dem Lande zu und trug schon von 1903 ab zu einer Erholung der gewerblichen Tätigkeit viel bei. Der Tiefstand der Preise für gewerbliche Erzeugnisse war überwunden, die Aufwärtsbewegung setzte 1904 ein. Sodann aber kam die aussergewöhnliche Futternot im Jahre 1904, die hauptsächlich durch die schlechte Kartoffelernte veranlasst war. Der Viehstand verringerte sich, die Menge schlachtreifen Viehs ging zurück, die Vieh- und Fleischpreise stiegen in den beiden Jahren 1905 und 1906 auf eine ungewöhnliche Höhe. Die Steigerung der Lebensmittelpreise brachte gar frühzeitig die Arbeiter in Bewegung, die unter ihr um so stärker litten, als sie das Lohnniveau aus der vergangenen Hochkonjunkturperiode noch immer nicht erreicht hatten. Noch nie waren in Deutschland die Lohnkämpfe so zahlreich und intensiv, wie gerade in den letzten beiden Jahren. Und die Erfolge waren 1905 auch so beträchtlich, dass die Arbeiter im allgemeinen die Verteuerung der Haushaltskosten nicht nur ausgleichen, sondern auch noch darüber hinaus ihren Verbrauch steigern konnten. Das vermehrte abermals die Nachfrage auf dem Warenmarkt, hatte aber auch eine Erhöhung der Gestehungskosten für die gewerblichen Erzeugnisse zur Voraussetzung. So entbrannte der gegenseitige und in seinen Verästelungen gar nicht übersehbare Preiskampf des Jahres 1906, dessen Resultate noch nicht genügend festzustellen sind. Wie haben die verschiedenen Arten des Kapitals, wie die der Arbeit in diesem noch keineswegs beendeten Kampfe abgeschnitten? Es spricht eine Reihe von gewichtigen Anzeichen dafür, dass die Steigerung der Gesamtlohnsumme nicht in dem Grade zugenommen hat, wie es 1905 im Verhältnis zur Aufwärtsbewegung der Warenpreise der Fall gewesen war. Wenn sich auch noch nirgends eine nennenswerte Ermattung des Konsums gezeigt hat, so scheint doch auf gewissen Gebieten eine Stagnation eintreten zu wollen. So wird namentlich in letzter Zeit vielfach über eine ungenügende Nachfrage nach Bekleidung und Wäsche geklagt. Wenn in der Tat der noch immer steigenden Erzeugung ein Stillstand in der Zunahme des Konsums gegenübertreten sollte, so hätten wir mit der Möglichkeit eines Rückschlages im kommenden Jahre zu rechnen. Mit so optimistischen Aussichten, wie man sie dem Jahre 1906 bei seinem Beginn eröffnen konnte, kann man jedenfalls dem Jahre 1907 nicht mehr entgegengehen. Es zeigte sich ja auch schon am Arbeitsmarkt gegen Jahresschluss eine leichte Depression, deren Ursachen noch nicht hinreichend aufgeklärt sind.

× ×

Kartelle Eine Erschütterung der festgefügtesten Kartelle hat das letzte Jahr gebracht. Das rheinisch-westfälische K o h l e n -

syndikat leidet unter dem Gegensatz der Hüttenzechen und der reinen Zechen. Die Hüttenzechen hatten durch den neuen Syndikatsvertrag an sich schon eine weitgehende Privilegierung erhalten, die sie in einer dem Sinn des Vertrages gänzlich widersprechenden Weise ausgenutzt haben. Lange Zeit glaubte man, durch die Hilfe der Rechtsprechung die Ausnutzung des Privilegs auf ein für die reinen Zechen erträgliches Mass zurückführen zu können, aber nach verschiedenen Schwankungen der gerichtlichen Entscheidungen hat das Reichsgericht als letzte Instanz die illoyale Auslegung des Syndikatsvertrages durch die Hüttenzechen gebilligt. Dadurch ist für das rheinisch-westfälische Kohlensyndikat eine kritische Situation geschaffen worden, die man zunächst dadurch beseitigen will, dass man die Hüttenzechen zu einer freiwilligen Einschränkung in der Ausnutzung der gewährten Privilegien veranlasst. Auch der Stahlwerksverband hat mit ernsten Schwierigkeiten zu kämpfen, damit seine Fortdauer über das Jahr 1907 hinaus ermöglicht wird. So viel ist heute schon sicher, dass der Verband auf der Basis des jetzt gültigen Vertrags nicht verlängert werden wird. Es schweben schon seit längerer Zeit Verhandlungen, um für einen neuen und engeren Zusammenschluss der Eisen- und Stahlwerke eine geeignete Basis zu finden. Dass weiter noch das Kalisyndikat zu den bedrohten Kartellen gehört, ist nicht weiter verwunderlich, da sich dieses Syndikat schon seit Jahren und auch fernerhin fortgesetzt um seine Existenz wehren muss. Das Andrängen der jungen Kaliwerke schafft alljährlich den Syndikatswerken stets neue Sorgen. Muss doch jedesmal unter den Werken der Anteil am Gesamtabsatz neu verteilt werden, wobei die alten Werke Opfer bringen müssen, ohne dass die neu aufgenommenen in ihren Ansprüchen befriedigt werden könnten. Da immer noch mehr neue Werke in Förderung kommen, so hören für das Kalisyndikat die kritischen Zeiten vorläufig noch lange nicht auf. Besser abgeschnitten hat die *Zentrale für Spiritusverwertung*, deren Fortdauer lange Zeit als gefährdet galt, weil die *Ostdeutsche Spritfabrik* sich nicht entschliessen konnte, der Kartellorganisation beizutreten. Vor kurzer Zeit hat nun aber doch noch eine Verständigung stattgefunden.

× ×

Allgemeine Lage Die Rentabilität der Industrie war nach den vorliegenden Dividendenschätzungen im Jahre 1906 kräftig steigend, wobei allerdings zu berücksichtigen ist, dass die Lage des Geldmarkts ziemlich angespannt war und Leihgeld einen wesentlich höheren Zinssatz gewährte, als in früheren Jahren. Freilich handelt es sich bei einem Schlusse aus den Dividendenschätzungen nur um Aktiengesellschaften, das heisst um Grossbetriebe. Nicht gleich günstig war in vielen Gewerben die Rentabilität mittlerer und kleiner industrieller Betriebe, die zum Teil mit höheren Rohmaterial- und Brennstoffpreisen, sowie mit steigenden Löhnen zu rechnen hatten, ohne dass der Markt für Fertigerzeugnisse entsprechende Preise bewilligt hätte. Vielfach ungünstig lagen aber die Verhältnisse im Handwerk, wo eine Ausnutzung der Konjunktur aus verschiedenen Umständen gar nicht in Frage kommen konnte. Am ungünstigsten gestalteten sich die Betriebsresultate in der Schlächterei, da hier der Gesamtumsatz der Menge nach zurückging und zahlreiche Betriebe mit direktem Verlust abschlossen.

× ×

Kurze Chronik Die Solinger Federmesserindustrie erhöht von Mitte Januar ab den Preis ihrer Fabrikate um durchschnittlich 10%. × In Tokio ist eine englisch-japanische Bank eröffnet worden. × Die Personentarifreform auf den deutschen Eisenbahnen soll am 1. Mai 1907 in Kraft treten. × Die deutsche Reichsbank erhöhte am 18. Dezember ihren Diskontsatz von 6 auf 7%.

× ×

Literatur Eine recht beachtenswerte Monographie *Über den amerikanischen Stahltrust* /Essen, Baedeker/ hat Dr. Julius Gutmann kürzlich veröffentlicht. Der ziemlich eingehende Vergleich der amerikanischen Organisationen mit dem deutschen Stahlwerksverbande weist trotz der abweichenden Ansicht des Verfassers deutlich auf die Überlegenheit der amerikanischen Trusts über unsere Kartellformen hin. × Viel besprochen wurde die Studie Dr. Jüngsts *Arbeitslohn und Unternehmergewinn im rheinisch-westfälischen Bergbau* /Essen, Verlag des *Bergbaulichen Vereins*/. Wenn wir auch den Schlussfolgerungen des Verfassers vielfach nicht folgen können, sondern für 1905 und 1906 auf Grund seiner

Aufstellungen zu wesentlich anderen Ergebnissen gelangen, so ist Dr. Jüngsts Arbeit doch jedenfalls eine ernste wissenschaftliche Studie, die nicht im mindesten den Vorwurf der Tendenzmache im Dienste des Unternehmertums rechtfertigt.
Einen sehr grossen Eifer für die Ausgestaltung der amtlichen Statistik zeigt Japan, dessen *Finanzielles und wirtschaftliches Jahrbuch* im 6. Jahrgang erschienen ist. Der stattliche Band zeigt wesentliche Fortschritte gegen den vorjährigen und gibt unter anderem auch eine sehr instruktive Darstellung des japanischen Finanzwesens. RICHARD CALWER

Politik

Reichstagsauflösung Weniger, als sonst, bildet diesmal in verschiedenen Ländern der Jahresschluss eine Ruhepause im politischen Leben.
Am 13. Dezember wurde zu allgemeinster Überraschung der deutsche Reichstag im Handumdrehen aufgelöst. Vorausgegangen waren seit der Wiedereröffnung am 13. November durchaus keine grossen grundsätzlichen Zusammenstösse; es war noch nicht einmal eine wirklich endgültige Entscheidung über die verhältnismässig kleine konkrete Streitfrage, über die nächstjährige Truppenverminderung in Südwestafrika, gefallen. Die Abstimmung in zweiter Lesung schlug allerdings infolge der Haltung des Zentrums mit 177 gegen 168 Stimmen (bei 1 Enthaltung) gegen die Regierung aus. Aber die matten Erklärungen Spahns eröffneten geradezu geflissentlich einen Ausblick auf schliessliche Verständigung; das Fehlen der Abgeordneten von Hertling, Müller-Fulda, Burlage, Herold, Osel, am Zehnhoff, Graf Praschma, die Stimmenthaltung von Strombecks, die Zustimmung des Grafen Ballestrem zur Regierungsvorlage sind auch kaum ohne Bedeutung. Unabänderliche Tatsache war nur, dass man sich aus Anlass der Kolonialskandale in eine wachsende gegenseitige Erregung und Empfindlichkeit hineingeredet hatte. Der gepeinigte Herr Dernburg bäumte sich gegen das Joch der von den Missionen in recht wenig zweifelsfreier Weise *informierten* klerikalen Vermittler und Pressionspolitiker auf. Das Zentrum bestand nach der Diskreditierung seines Roeren um so hartnäckiger darauf, die Zusicherung der Regierung, man werde bis zum 1. April weitere 4000 Mann aus dem Schutzgebiet zurückziehen und von da ab nach Möglichkeit in der Truppenverminderung fortschreiten, zu einer bestimmteren Bindung und weitergehenden Verpflichtung für die Zeit nach dem 1. April auszugestalten. Unversehens war dann ein Konflikt da, bei dem alle natürlichen Parteikonstellationen plötzlich wie in einem Hohlspiegel verzerrt erscheinen. Die Freisinnigen, die einstigen unerbittlichen Feinde aller überseeischen Territorialerwerbungen, die begeisterten Verfechter der parlamentarischen Machterweiterung, spreizen sich als Retter und Eroberer deutscher Kolonieen und zugleich als mannhafte Verteidiger der möglichsten Ungebundenheit der Exekutivgewalt. Dr. Barth warnt zwar in seiner *Nation*, »aus dem Hurrapatriotismus Wahlerfolge ziehen zu wollen. Es wäre das dümmste, was der Freisinn tun könnte. . . Wollte er in dieser Krisis irgend einem Teil der Reaktion Handlangerdienste leisten, so hätte er als politische Potenz ausgespielt.« Aber Dr. Barth wird hier erst recht tauben Ohren predigen. Dem Zentrum, der sichersten Stütze der *juste milieu*-Regierung, dem Verbündeten der Konservativen bei Zolltarif und Schulgesetz, wird urplötzlich, wie einer überdemokratischen Umsturzpartei, von oben und von rechts Todfehde geschworen. Dafür erklären sich *brot-* und *fleischwuchernde* Konservative und Nationalliberale bereit, ein Kartell mit der freihändlerischen bürgerlichen Linken zu schliessen, der bis in die letzten Tage hinein die Fleischnot und das persönliche Regiment mit Vorliebe als Agitationsvorspann dienen mussten. Die Regierung freilich kann bei einem solchen Parteidurcheinander kaum etwas verlieren, solange ihr ein Parlament nur dazu gut erscheint, mit Ach und Krach wechselnde Mehrheiten für alle erstrebten Einzelmassnahmen zu liefern. Gerade in kritischen Zeiten hat jedoch ein Parlament nach ganz andere, höhere Aufgaben zu erfüllen, auch für Regierungen. Doch das scheint für Deutschland ein überwundener oder auch unerreichbarer Standpunkt zu sein.
Gleichviel: Die Sozialdemokratie erscheint inmitten dieses sinnverwirrenden Strudels um so mehr als ein fester Fels. Sie wird wahrscheinlich eine reiche Wahlernte halten.

× ×

Frankreich: Kulturkampf Fast zu gleicher Zeit, wie die deutsche Regierung mit dem Zentrum zusammengeriet, hat sich in Frankreich die Aus-

einandersetzung zwischen Staat und Kirche bis zum offenen Bruch verschärft. Die Republik, die den politischen Einfluss des Klerus, auch für die auswärtigen Beziehungen, aus langer Erfahrung kennt, hatte lange mit grosser und übergrosser Nachgiebigkeit die Umwandlung der Gemeinden in gesetzliche Kultusassoziationen mit weitgehender Autonomie und Unabhängigkeit zu erleichtern gesucht. Sich selbst überlassen, würden die französischen Bischöfe wahrscheinlich den dargebotenen Mittelsweg nicht verschmäht haben. Der Papst schnitt diese Lösung ab, vermutlich, weil man in Rom eine Schwächung der Autorität des Vatikans befürchtete. Nach dem Verzicht auf die Sonderbehandlung blieb immer noch die Unterstellung unter das gemeine Recht, zu der abermals die Mehrheit der Katholiken, Klerus so gut, wie Laien, bereit schien. Briand hatte die Anzeigen, die nach dem Versammlungsgesetze von 1881 notwendig gewesen wären, möglichst zu vereinfachen gesucht, und Kardinal Lecot hatte den Geistlichen auch schon erklärt, dass sie durch die Anzeige wohl eine Verwaltungsformalität erfüllten, aber in keiner Weise ein kirchliches Recht preisgäben oder einen Eingriff von aussen in die Religionsübung duldeten. Abermals schnitt in elfter Stunde das päpstliche Veto diesen Weg ab. Damit ist für die Regierung die rücksichtslose Durchführung des Trennungsgesetzes, ohne neue Kompromissversuche, zur Notwendigkeit geworden. Wie der deutsche Reichskanzler Fürst Bülow, rief auch der französische Ministerpräsident Clemenceau der Deputiertenkammer zu: »Wenn Sie Krieg haben wollen, so beginnt er heute!« Nur handelt es sich hier um wesentlichere Streitgegenstände: um die Abgrenzung von kirchlichem oder weltlichem Eigentum, um Gehälter, Gebühren und Sporteln, die Militärdienstpflicht der jüngeren Geistlichen. Der Pariser Geschäftsträger des Papstes, Monsignore Montagnini, ist bereits ausgewiesen, seine Archive sind mit Beschlag belegt worden, weil er zur Verletzung französischer Gesetze aufgefordert habe. Das Ende des Konflikts ist im Augenblick nicht abzusehen; es wird kaum so bald erreicht sein.

× ×

England: Oberhaus

Dagegen hält man in England einen — wenn auch erst später erfolgenden — Kompromiss zwischen Lords und Gemeinen über die Schulfrage und die Abschaffung des Pluralvotums noch immer für das Wahrscheinlichste. Gerade das starke Wachstum einer selbständigen Arbeiterpartei hat in den letzten Monaten der liberalen Unterhausmehrheit manche Sorgen bereitet, die in Reden von Ministern und sonstigen Führern mehrfach offen zum Ausdruck gelangten. Um so gedämpfter ist naturgemäss die Kampfesstimmung gegen das Oberhaus geworden, das man in Zukunft vielleicht selber einmal als willkommene Rückendeckung gegen den Arbeiterradikalismus brauchen kann. Dazu ist der Grund oder Vorwand, unter dem die Lords die Vorlage über das Mehrstimmrecht — das heisst über das Recht, bei mehrfachem Wohnsitz mehr, als einmal, zu wählen — ablehnten, für die Massen eigentlich ganz einleuchtend. Die Lords erklären nämlich, durch die überlebte Abgrenzung der Wahlkreise würden viel schreiendere Ungerechtigkeiten bewirkt; wie bisher noch immer in England, so sei auch diesmal die Wahlrechtsreform mit einer Neueinteilung der Kreise zu verknüpfen — was die Liberalen im Augenblick ganz und gar nicht wünschen und jedenfalls nicht eilig haben. Bei der Umgestaltung der Schulbill zu einer konfessionellen Unterrichtsvorlage im Sinne der Bischöfe berufen sich die Peers wiederum darauf, dass im letzten Wahlkampf ein wesentlich milderes liberales Schulprogramm zur Entscheidung gestellt worden sei, dass deshalb der eingebrachte und im Unterhaus nochmals verschärfte Entwurf dem kundgegebenen Willen der Volksmehrheit nicht entspreche. Ohne Mühe wird sich eine Verständigung unter solchen Umständen freilich kaum vollziehen.

Andrerseits scheint der Entwurf für Gewährung der Selbstregierung an Transvaal keine so tiefen Gegensätze zu entfesseln, wie es nach den erbitterten gegenseitigen Vorwürfen in der Übergangszeit erwartet werden musste.

× ×

Russland: *Duma*wahlen

In Russland ist endlich ein bestimmter Termin für die Wahlen zur *Duma* anberaumt worden. Herr Stolypin verwahrte sich schon vorher in der Auslandspresse gegen die Unterstellung, dass er die Zusammenberufung der Volksvertretung möglichst weit hinausschieben oder gar zuguterletzt die *Duma*befugnisse auf den Reichsrat oder noch andere, neu zu schaffende Instanzen übertragen wolle. Offenbar will man das Ausland zum mindesten so

lange nicht abschrecken, bis man in der Finanz- und Anleihefrage klarer sehen kann. Unterdessen wird im Innern das Regierungsansehen noch mehr vermindert durch Korruptionsskandale, wie beim Gurko-Lidwall-Vertrag, durch die Unfähigkeit, den Hungersnöten in weiten Landstrichen auch nur mit dem schwächlichsten Erfolge zu begegnen.

Der hervorragendste Theoretiker der russichen Sozialdemokratie, G. Plechanow, veröffentlichte einen interessanten Brief, in dem er Stellung zu der brennenden Frage der Wahlbündnisse nimmt. Der wichtigste Punkt dieses Schreibens ist die Betonung, dass die gemeinsame Wahlparole der *linken* und *extrem linken* Parteien in den beiden Worten *Vollmächtige Duma!* formuliert werden müsse. Diese Parole fand aber keine günstige Aufnahme, weder bei den *Bolschewiki*, noch bei den *Kadetten*. Die ersteren erblicken darin eine Preisgabe der konstituierenden Versammlung. Die anderen finden, dass die Losung zu allgemein sei: eine *vollmächtige Duma*, wie die Sozialdemokraten sie sich wohl vorstellen, sei ein Ding der Unmöglichkeit, und die *Kadetten* seien nicht im stande, auf dieser Plattform sich mit den Sozialdemokraten zu einigen. Durch diese Absage der *Kadetten* scheint ein gemeinsames Vorgehen der bürgerlichen und sozialen Demokratie im Verlauf der ganzen Wahlkampagne unmöglich geworden zu sein. Beide werden getrennt den Kampf führen; nur im letzten Moment, wenn die Gefahr vorläge, dass ein Reaktionär sich behaupten könnte, würden die Parteien ein Abkommen schliessen. Ob ein solcher Modus unter den russischen Verhältnissen als besonders wünschenswert zu bezeichnen ist, ist zweifelhaft.

× ×

Kurze Chronik Die belgische Kammer machte bis Mitte Dezember wieder einmal eine vieltägige Kongodebatte durch, die der verrufenen kolonialen Selbstherrlichkeit des Königs Leopold einen starken Dämpfer aufsetzte und die Überführung der Kolonie an den belgischen Staat wesentlich näher rückt. Auch das englische Unterhaus beschäftigte sich mit der Kongofrage; die Regierung erklärte, es sei nicht wünschenswert, die Übernahme des Kongostaates durch Belgien durch eine Einmischung in die Angelegenheit jetzt zu beeinträchtigen.

× ×

Literatur Viel Aufsehen in literarischen und politischen Kreisen haben in den letzten beiden Jahren die Schriften eines anonymen *Auslandsdeutschen* gemacht, der sich als ein Schüler Schäffles vorstellt und in der Tat viel Geistesgemeinschaft mit Schäffle zeigt, schon durch die seltsame Mischung von ökonomisch-politischem Radikalismus und Konservatismus, durch die Neigung zur enzyklopädischen Systemmacherei und wiederum zur ganz konkreten Lösung von Tagesfragen aller Art. Unzweifelhaft verfügt der Verfasser über eine erstaunliche Belesenheit, über eine nicht gewöhnliche Erfahrung im Partei- und Presswesen, die jedoch an anderen Stellen wieder zurücktritt hinter einer fast weltfremden Neigung zu sektiererischen Sonderauffassungen. In Deutschland ist man leider wenig gewöhnt, über politische Streitfragen die Schriften von Gegnern zu lesen. Der *Auslandsdeutsche* verdiente das letztere wohl. Sein 3. Teil von *Staatsstreich oder Reformen* behandelt *die deutsche Finanzreform der Zukunft* /Zürich, Zürcher & Furrer/. Vielleicht kommen wir in anderem Zusammenhang auf das Gesamtwerk zurück. × Der umfangreichen Schrift Ernest Seillières *Der demokratische Imperialismus: Rousseau, Proudhon, Karl Marx*, übersetzt von Theodor Schmidt /Berlin, Barsdorf/ werden auch andere nur wenig Geschmack abgewinnen. Imperialismus wird hier in vagster Weise als Wille zur Macht, als Expansions- und Herrschaftsstreben gefasst. Seillière geht nun den entsprechenden oder nur halbwegs ähnlichen Gedankenkeimen bei Macchiavelli, Hobbes, Mandeville, Kant. Rousseau, Proudhon und bei wem sonst noch nach, um schliesslich den proletarischen Klassenimperalismus, das heisst den Marxismus, in solcher Art historisch-philosophisch zu charakterisieren und zu kritisieren! Das alles noch dazu unter Entwickelung eines verwirrenden feuilletonistischen Wortfeuerwerks, unter dem schliesslich alle klaren und festen Gedankenrichtlinien verschwinden. MAX SCHIPPEL

Sozialpolitik

Arbeiterverhältnisse in Russland Einen guten Einblick in die eigenartigen sozialen Verhältnisse des russischen Industrieproletariats gewährt die Arbeit Dr. Wassilij Leontjews *Die Lage der Baumwollarbeiter in St. Petersburg* /München, Reinhardt/.

In den russischen Industriezweigen herrschte vielfach noch im Beginn des 19. Jahrhunderts die Zwangsarbeit mit Leibeigenen in den sogenannten *Erbguts-* oder *Possessionsfabriken* vor. 1804 waren von 95 202 Arbeitern 45 625 Leibeigene. Den Charakter der unfreien Zwangsarbeit hatten im 18. Jahrhundert die Tuch-, Schreibpapier-, Eisenwaren- und anderen Fabriken. In der Baumwollenindustrie Russlands dagegen tritt als herrschender Typus der Produktion die Lohnarbeiterfabrik auf. Obwohl die russische Baumwollenindustrie mit ihren 170 000 beschäftigten Männern und ihren 150 000 tätigen Frauen ein ausgesprochen kapitalistisches Gepräge hat, so steckt in dem Arbeiter dieser Industrie dennoch der leibhaftige Bauer. Dr. Leontjew hat aus einer durch eigene Initiative und im Privatwege von der Fabrikinspektion gewonnenen Enquete festgestellt, dass von 4888 Männern 4618, das heisst 94 %. Bauern waren. Er meint, im Hinblick auf die formelle Ständeverteilung mögen die schon recht haben, die behaupteten, in Russland existiere kein Arbeiterstand, dort seien nur Bauern vorhanden. Von diesen 4618 Bauern der Fabriken sind noch 3007 Mann oder 65,1 % dieser im Besitz von Gemeindeland. Der Bauer heiratet im 18. bis 20. Jahre, geht in die Stadt zur Fabrikarbeit und lässt seine Frau im Dorfe zurück. Von den 2562 verheirateten Arbeitern der Enquete Leontjews haben 787, das heisst über 30 %, ihre Frauen im Dorfe, von 2819 Frauen haben 216 oder 7,7 % ihre Männer im Dorfe. Der Bildungsgrad der Petersburger Baumwollarbeiter steht auf sehr niedriger Stufe. Unter männlichen Arbeitern gab es 31,4 % Analphabeten, unter weiblichen sogar 70,9 %. Der niedrige Bildungsgrad bedingt niedrige Löhne. Der Analphabet erhielt 90 Kopeken Tagelohn, der nur lesende Arbeiter 96, der lesende und schreibende Arbeiter 98 Kopeken. Aus der Stadt Petersburg stammen nur wenige Arbeiter. Vom Dorfe wandern zuerst einige Dorfgenossen in die Stadt und ziehen dann hinter sich ihre Verwandten und Bekannten aus dem ganzen Bezirk her. In einer Weberei waren von 98 Frauen 47 aus ein und dem selben Dorfe.

Der durchschnittliche Tageslohn der männlichen Arbeiter Petersburgs betrug 95,2 Kopeken = 2,05 M., der der weiblichen 73,2 Kopeken = 1,58 M. Der Petersburger Arbeiter der Baumwollenindustrie, der durchschnittlich 10,21 Stunden schafft, wird sich wohl nicht schlechter, als der westeuropäische, ernähren, er wohnt jedoch unter äusserst schlechten Verhältnissen. Die Arbeiter — selbst die verheirateten — mieteten sich meist eine sogenannte *Ecke*, das heisst ein Viertel eines Zimmers, wo das Bett stehen kann. In vielen Arbeiterwohnungen kommen nur zirka 2,5 cbm Luft auf die Person. In einer typischen Arbeiterwohnung hausten im ersten Zimmer 10 Personen bei 5 Betten, im zweiten 6 bei 3 Betten, in der Küche 7 bei 4 Betten. In Familienwohnungen teilten 2 bis 5 Personen mit einander 1 Bett.

In den Baumwollenfabriken Petersburgs brach im Jahre 1870 ein erster nennenswerter Streik aus. 1877 bis 1879 entstand dort die erste revolutionäre Arbeiterorganisation. Von 1885 bis 1900 trat die Arbeiterbewegung in das Stadium der *Bildungsvereine*. Von 1900 an setzte der politische Kampf ein, und 1905 rückte die Arbeiterschaft offen als selbständige Partei auf die politische Bühne. In der neuesten Zeit gründeten die Textilarbeiter gewerkschaftliche Organisationen und gaben im April 1906 das Gewerkschaftsblatt *Der Weber* heraus.

Die Schrift Dr. Leontjews unterrichtet den Leser über die Entwickelung der russischen Industrie, und vor allem über die russische Fabrikgesetzgebung. Die Fabrikanten sahen in den Fabrikgesetzen vielfach *Gesetze für Narren*. Ein Fabrikdirektor englischer Abkunft zog, als er von einem Inspektor auf die Notwendigkeit der Fabrikgesetze aufmerksam gemacht wurde, eine Peitsche aus der Tasche heraus und rief echt russisch: »Da habe ich die Gesetze!« Den Polizeicharakter der russischen Fabrikgesetzgebung kennzeichnete einmal ein höherer Beamter der Fabrikinspektion zutreffend mit den Worten: »Unsere ganze Fabrikinspektion wurden in allererster Linie durch die Interessen der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung diktiert.«

× ×

Frauenarbeit Das Problem der Entlohnung der Frauenarbeit hat deshalb eine so eminente sozialpolitische Bedeutung, weil seine richtige Lösung den Konkurrenzkampf von Mann und Frau auf eine gesunde Basis stellt und eine neue harmonische Verteilung der gesellschaftlichen Arbeit zwischen beiden Geschlechtern herbeiführt. In den sich überwiegend auf Frauenarbeit gründenden Industrieen müssen die Männer anscheinend zu den

niedrigen, von den Frauen akzeptierten Löhnen arbeiten. In der Textilindustrie findet sich der gleiche Akkordsatz für beide Geschlechter, die Männerlöhne sind auf das übliche Niveau der Frauenlöhne herabgedrückt. Das Problem der niedrigen Wertung der Frauenarbeit auf dem Arbeitsmarkte behandelt Alice Salomon in ihrer Schrift *Die Ursachen der ungleichen Entlohnung von Männer- und Frauenarbeit* /Leipzig, Duncker & Humblot/. Das Resultat ihrer Untersuchung über die niedrige Entlohnung der Frauenarbeit auf industriellem Gebiet fasst sie in die Worte zusammen: »Nicht das grosse Angebot der ungelernten weiblichen Arbeit an sich ist es, das den Lohn so niedrig hält. Aber dies im Zusammenhange mit der kurzen Dauer der weiblichen Erwerbstätigkeit, der geringen Leistungsfähigeit und Übung in der Arbeit, dem niedrigen Klassenbedarf und dem Mangel an einem Familienbedarf ist es, was für die ungelernte weibliche Arbeit einen anderen Lohnmassstab als für die ungelernte männliche Arbeit herbeiführt.« In der Landwirtschaft sind die Ursachen der ungleichen Entlohnung von Mann und Frau »bis zu einem gewissen Grade den Bestimmungsgründen des industriellen Arbeitslohnes analog«. Im Handelsgewerbe führt Alice Salomon die ungleiche Entlohnung der Verkäuferinnen zum grossen Teil auf geringere Leistungen zurück. Die Verkäuferinnen sind vielfach mangelhaft für ihren Beruf vorgebildet, sie widmen sich diesem nur kurze Zeit, und sie erwerben daher nur eine relativ geringe Berufsgeschicklichkeit. Die Bezahlung ist aber bei älteren Verkäuferinnen unverhältnismässig gering. Bei der höheren Bezahlung der Staatsbeamten ist der Gedanke ausschlaggebend: die Beamten sind so zu stellen, dass sie eine Familie gründen können. Die Staatsbeamtin hat einen geringeren Klassenbedarf, wie der Mann, und vor allem fehlt ihr der Familienbedarf. Die Entlohnung der Lehrerinnen bekundet die durchschlagende Macht des Herkommens, der Sitte, die Frau schlecht zu bezahlen, eben weil sie Frau ist. Im Unterrichtsfache bescheiden sich die Frauen mit geringeren Bedürfnissen, wie der Mann, und das Angebot der Frauen übersteigt in dieser Berufssphäre die Nachfrage nach ihnen. Die Frau beharrt meist kürzere Zeit bei der Lehrtätigkeit, als der Mann. »Der Mangel an einem Familienbedarf, der provisorische Charakter der Frauenarbeit, der den Individualbedarf noch drückt, sind einerseits die Ursachen des besonderen Massstabes der Frauenentlohnung. Aber sie sind ausserdem die Ursachen der minderwertigen oder unzureichenden Berufsbildung, die wiederum die Leistungen der Frau niedrig hält.« Die ungleiche Entlohnung der Frau ist nicht die Folge eines unabänderlichen Naturgesetzes. Wandlungen in der Stellung der Frau im Erwerbsleben und in der Familie modifizieren das Prinzip der ungeteilten Entlohnung der Männer- und Frauenarbeit.

× ×

Tarifverträge Das kaiserliche statistische Amt publizierte unter dem Titel *Der Tarifvertrag im Deutschen Reich* /Berlin, Heymann/ ein 3bändiges Werk, das 1600 Tarife umfasst. Vor einem Dezennium waren kaum dürftige Ansätze zu Tarifvertragsabschlüssen vorhanden, und heute mag bereits die Zahl der abgeschlossenen Verträge 4000 betragen. Allein die vom statistischen Amte bearbeiteten Verträge regeln die Arbeitsvertragsbedingungen von etwa einer halben Million deutscher Arbeiter, und die Kellektivverträge von 2- bis 300 000 Arbeiter mögen vom Amte noch nicht erfasst sein. Nur im Mittel- und Kleingewerbe hat sich der Tarifvertrag bisher ein Bürgerrecht erworben. Der Herrschaftsbereich des Kollektivvertrags ist vor allem das graphische Gewerbe und dann wohl das Baugewerbe. Ich verweise im übrigen auf den im gleichen Heft dieser Zeitschrift (pag. 29 ff.) enthaltenen Artikel Robert Schmidts *Die Vertragspolitik der Gewerkschaften*.

× ×

Invalidenversicherung Die Landesversicherungsanstalt Westfalen erstreckte nach ihrem Verwaltungsbericht für das Jahr 1905 das Heilverfahren auf 3204 Personen. Von diesen wurden 535 Personen vollständig geheilt, 2169 bis zur Erreichung einer Erwerbsfähigkeit von mehr als ⅓ der regelmässigen gebessert, bei 257 war das Heilverfahren erfolglos. Ende 1905 befanden sich 205 Personen mit einem Jahresaufwande von 84 991,64 M. (415 M. pro Kopf) in Invalidenhauspflege. Die Landesversicherungsanstalt Elsass-Lothringen unterzog im Jahre 1905 868 Personen (gegen 762 im Vorjahr) einem Heilverfahren. Die Landesversicherungsanstalt Oldenburg dehnte im Geschäftsjahr 1905 die Invalidenhauspflege auf 86 Rentenempfänger aus, deren Verpflegung durchschnittlich 269,55 M. kostete. Die Lan-

desversicherungsanstalt Hannover will 1907 die Invalidenhauspflege einführen. Die Landesversicherungsanstalt Brandenburg liess eine Heilbehandlung im Jahre 1905 mit Einschluss der aus dem Vorjahre übernommenen Patienten, 1113 Personen zu teil werden.

× ×

Kurze Chronik Die Gesamtsumme der in den einzelnen Verbänden zusammengeschlossenen Privatangestellten betrug nach der *Sozialen Praxis* 521 033. Unberücksichtigt sind hier einzelne Lokalvereine und die Mitglieder freier Pensionsvereine in etwa 130 Städten. Die Grundlage der Mehrzahl der bestehenden Vereinigungen ist paritätisch. × Am 17. November war ein Vierteljahrhundert seit dem Erscheinen der kaiserlichen Botschaft verflossen, die die Arbeiterversicherungsgesetzgebung in Deutschland einleitete. × Am 23., 24. und 26. November fand im deutschen Reichstage die grosse Abrechnung mit der Reichsregierung über den Gesetzentwurf statt, der angeblich den Berufsvereinen die Rechtsfähigkeit verleihen sollte.

× ×

Literatur In der Flugschriftensammlung *Sozialer Fortschritt* /Leipzig, Dietrich/ erschien aus der Feder Georg Hahns *Ernst Abbe als Sozialpolitiker*. Ein sozialpolitischer Grundgedanke Abbes war: vollkommener Bruch mit der Idee des Brotherrn und Entlastung des Arbeitsvertragsverhältnisses »von allem Beipack von Gefolgschaftspflichten und Vasallendienst«, den der Rechtsgrundsatz des Starken *Denn ich bin gross, und du bist klein* dem schwächeren Teil fast überall noch aufbürdet. × Über *Lohnfrage und Lohnformen* verbreitet sich in derselben Sammlung Professor N. P. Gilman.

Sozialpolitisch recht bemerkenswert ist der von Dr. M. Epstein herausgegebene *Bericht der Kommission für Arbeiterhygiene und -statistik der Abteilung für freie Arztwahl* 1904 bis 1906. Der Bericht enthält eine zum erstenmal von einer ärztlichen Organisation veranstaltete Enquete über die Zustände des Schneidergewerbes in München. PAUL KAMPFFMEYER

Soziale Kommunalpolitik

Städtische Arbeiter Nach langjährigen Verhandlungen zwischen Magistrat und Stadtverordnetenversammlung war durch einen gemeinsamen Beschluss der städtischen Kollegien Berlins im Jahre 1904 den städtischen Arbeitern ein Sommerurlaub nach 5jähriger Dienstzeit gewährt worden, und zwar von der Dauer einer Woche, unter Fortzahlung des Lohnes. Am 17. August 1906 erliess nun der Magistrat eine Verfügung, welche die Zahl der Urlaubsberechtigten unter den städtischen Arbeitern ganz beträchtlich einschränkte. Er verfügte nämlich, dass den Arbeitern, die in der laufenden Urlaubsperiode bereits wegen Krankheit längere Zeit beurlaubt gewesen waren, ein besonderer Erholungsurlaub nicht gewährt werden solle, wenn die Art der Krankheit, welche die Dienstversäumnis veranlasste, eine Schwächung des körperlichen Befindens nicht zur Folge hatte, sondern, wie bei geringeren körperlichen Verletzungen, bei Katrrhen, Abszessen, Ausschlägen usw. noch eine Erholung gestattete. Es sollte also der Krankenurlaub in gewissen Fällen gegen den Erholungsurlaub aufgerechnet werden. Man kann nicht gerade behaupten, dass eine derartige Einschränkung des Gemeindebeschlusses auf grosses sozialpolitisches Verständnis schliessen lässt. Wenn ein Arbeiter krank ist, so dass er Krankenurlaub nehmen muss, so sind die Krankheiten in der Regel solcher Art, dass sie eine Schwächung des körperlichen Gesamtbefindens mit sich bringen. Andernfalls würde dem städtischen Arbeiter ganz gewiss der Krankenurlaub nicht gewährt worden sein. Neben den sozialpolitischen Einwendungen, die gegen diese Verfügung erhoben werden können, muss auch noch des rechtlichen Einwandes gedacht werden, dass eine solche Verfügung, die einen Gemeindebeschluss abändert, überhaupt nicht vom Magistrat allein, sondern wiederum nur durch einen gemeinsamen Beschluss beider Kollegien erfolgen darf. Auf die Initiative der sozialdemokratischen Fraktion der Stadtverordnetenversammlung hin, wurde die Prüfung der Magistratsverfügung einem Ausschuss zur weiteren Erörterung übergeben. Die allseitige Kritik, die die Verfügung nicht nur im Plenum, sondern auch im Ausschuss der Versammlung fand, veranlasste den Magistrat, die alte Verfügung zurückzuziehen und durch eine neue zu ersetzen. Darin behauptete er, den Erholungsurlaub keineswegs beeinträchtigen zu wollen. Es solle nur verhindert werden, dass von einzelnen Verwaltungsstellen missbräuchlich ein doppelter Erholungsurlaub gewährt

werde. Der Magistrat weist daher alle Verwaltungsstellen an, die Fälle, in denen es zweifelhaft sein kann, ob nicht ein doppelter Urlaub in Frage kommt, weil bereits eine als Erholungsurlaub zu betrachtende Arbeitsunterbrechung stattgefunden habe, fortan ihm zur Entscheidung vorzulegen. Die neue Verfügung änderte im Grunde an der Sachlage nur das eine, dass in Zukunft nicht mehr die Verwaltungsstelle, sondern der Magistrat entscheidet. Im übrigen blieb aber sowohl die Abänderung des Gemeindebeschlusses durch einseitige Magistratsverfügung ebenso bestehen, wie die durchaus verwerfliche Aufrechnung eines Krankheitsurlaubes gegen den Erholungsurlaub, die beide nicht das geringste mit einander zu tun haben. Gegen den Widerspruch der sozialdemokratischen Fraktion war die Mehrheit der Stadtverordneten von diesem Entgegenkommen des Magistrats befriedigt. Die ganze Angelegenheit zeigt, wie kleinlich und wie rückständig die Berliner Stadtverwaltung in sozialpolitischen Dingen ist, und wie sie bestrebt ist, Konzessionen, die sie ihrer Arbeiterschaft endlich machen muss, ihr hinten herum wieder fortzunehmen.

× ×

Wahlrecht Mit zahlreichen anderen deutschen Gemeinderechten teilt auch das bayerische die Eigenschaft, dass seine Bestimmungen über das Gemeindewahlrecht als durchaus veraltet bezeichnet werden müssen. Nach ihnen gelten alle selbständigen, volljährigen Männer, die sich im Besitz des bayerischen Indigenates befinden, in der Gemeinde wohnen und dort mit einer direkten Steuer angelegt sind, als zur Erlangung des Bürgerechts befähigt. Einen Anspruch auf seine Verleihung haben dann die zum Bewerb befähigten Personen, wenn sie entweder in der Gemeinde das Heimatrecht besitzen, oder wenn sie seit 2 Jahren in der Gemeinde wohnen, während dieser Zeit eine dort angelegte direkte Steuer und die sie treffenden Gemeindeabgaben entrichtet haben. Trotz des Fehlens der sonst vorgeschriebenen Befähigung kann das Bürgerrecht — also auch von Frauen — dann erworben werden, wenn der Besitz eines besteuerten Wohnhauses in der Gemeinde oder die Zugehörigkeit zu den Höchstbesteuerten neben dem Besitz der Staatsangehörigkeit nachgewiesen wird. Nach § 20 der Gemeindeordnung sind nun die Gemeinden befugt, für die Aufnahme ins Bürgerrecht eine Aufnahmegebühr zu erheben. Die Maximalsätze der Gebühren betragen für Gemeinden von 1500 oder weniger Seelen 42,86 M., über 1500 bis 5000 Seelen 85,71 M., über 5000 bis 20 000 Seelen 128,57 M., über 20 000 Seelen 171,43 M. Die Sätze sind also sehr hoch gegriffen und bilden ein schweres Hemmnis für den Bürgerrechtserwerb. Infolgedessen ist die Zahl der Bürger im Vergleich zur Bevölkerungszahl eine sehr geringe. Sie bleibt auch weit hinter der Zahl der Personen zurück, die nach der Gemeindeordnung zum Bürgerrechtserwerb befähigt sind. Über die Zahl der tatsächlich vorhandenen Bürger hat Bruno Stern in seinem Beitrag über das Königreich Bayern zur Enquete des *Vereins für Sozialpolitik* über die Verfassung und Verwaltungsorganisation der Städte auf Grund einer Umfrage sehr interessante Angaben gemacht. Danach treffen auf 100 Einwohner in den einzelnen Städten 2,41 bis 15,06 % Bürger. Die geringste Zahl in der Sternschen Statistik hat Amberg mit 2,41, die höchste Fürth mit 15,06. Wir nennen von den grösseren Städten Würzburg mit 4,65, Augsburg mit 4,99, Nürnberg mit 5,55, München mit 5,79 % Bürgern. Selbstverständlich treffen die hohen Aufnahmegebühren in erster Linie die minderbesitzenden Klassen der Bevölkerung, wie das die Verhältnisse in Nürnberg und München recht deutlich zeigen. Schon seit längerer Zeit strebt daher die Sozialdemokratie eine Reform des Gemeindewahlrechts an. Ihre Anträge sind aber bisher stets im Landtage, auch vom Zentrum, abgewiesen worden. In neuerer Zeit machen sich nun aber auch in dieser Partei Bestrebungen in gleicher Richtung geltend. Die Vorschläge gehen dahin, die Wahlberechtigung allen männlichen Gemeindeeinwohnern zu geben, die im Besitze des bayerischen Indigenates, 25 Jahre alt, zu einer direkten Steuer veranlagt, unbescholten und seit wenigstens 2 Jahren in der Gemeinde ansässig sind. Als Wahlsystem wird das Proportionalwahlverfahren vorgeschlagen. Jedenfalls wird der nächste bayerische Landtag sich mit einer Reform des Gemeindewahlrechts zu beschäftigen haben, die, wie auch der Referent des *Vereins für Sozialpolitik* anerkennt, durchaus notwendig ist. Die Trennung von Heimat- und Bürgerrecht wird dabei Vorbedingung sein, da ihre Verbindung bisher

ein wirksames Hemmnis der Reformbestrebungen gewesen ist.

× ×

Kurze Chronik Die Offenbacher Stadtverordneten haben die Verbrauchssteuer auf sämtliche Vieh- und Fleischsorten aufgehoben. Die hessische Regierung hat diesmal unter dem Eindrucke der Fleischteuerung ihre Zustimmung gegeben. × Die Crefelder Stadtverordneten beschlossen, zur besseren Verbindung mit den ländlichen Nachbarorten, die nicht an das Strassenbahnnetz angeschlossen sind, Automobilomnibuslinien in städtischem Betriebe einzurichten. × Die städtischen Strassenbahnen in Dresden haben für das erste Regiejahr einen Reingewinn von 642958 M. ergeben. Das zweite Regiejahr wird voraussichtlich eine Verzinsung von 5⅙ % ergeben. × Die Berliner Fleischvernichtungsanstalt ist nunmehr in der Gemarkung Rüdnitz genehmigt worden. Die Gesamtkosten sind auf 1,48 Mill. M. veranschlagt.

× ×

Literatur Wir haben bereits früher Teile der Publikation des *Vereins für Sozialpolitik* über die Verfassung und Verwaltungsorganisation der Städte besprochen. Jetzt ist davon eine Anzahl weiterer Bände erschienen. Zwei beschäftigen sich mit dem Königreiche Preussen. Der erste von ihnen, der auch eine kurze Übersicht über den Plan der Erhebung enthält, bringt zunächst eine allgemeine Abhandlung des Stadtrat Kappelmann-Erfurt über die Verfassung und Verwaltungsorganisation nach der sogenannten *östlichen Städteordnung* von 1853. Daran schliessen sich Einzeldarstellungen, und zwar der Verwaltung Berlins durch Syndikus Dove, Magdeburgs durch Stadtrat Lüddeckens, Breslaus durch Magistratsassessor Glücksmann. Über die rheinische Städteordnung und die Stadt Köln orientiert ein Beitrag des Professors Geffcken. Der andere Band behandelt Schleswig-Holstein mit besonderer Berücksichtigung der Stadt Kiel (Bearbeiter Oberbürgermeister Fuss); Frankfurt a. M. (Dr. Adler); die Provinz Hannover (Bürgermeister P. Troje). Das 3. Heft des 4. Bandes ist dem Grossherzogtum Baden gewidmet. Den allgemeinen Teil hat Bürgermeister Walz verfasst, während die besonderen Verhältnisse Mannheims von Stadtsyndikus Landmann, Freiburgs vom Vorstande des statistischen Amtes, Ehrler, beschrieben werden. Das 4. Heft füllt die oben zitierte, sehr ausführliche Darstellung des bayerischen Gemeinderechtes von Dr. B. Stern, die Verhältnisse der Stadt Fürth hat Dr. F. Morgenstern bearbeitet, München und Nürnberg fehlen leider. Wir werden noch des öfteren auf den Inhalt dieser Publikation zurückzukommen haben und beschränken uns zunächst auf diese allgemeine Anzeige. Die Veröffentlichung enthält ein sehr reiches Material, das allerdings einen einseitigen Charakter trägt. Wie die oben genannten Namen zeigen, sind es Kommunalbeamte, Bürgermeister, Leiter statistischer Ämter, Syndici etc., die die Beiträge geliefert haben. Es ist daher nicht auffällig, dass sie alles im besten Lichte sehen, und die Kritik dabei sehr zu kurz kommt. × Von dem rührigen *Verein der Bodenreformer* wird seit einiger Zeit ein *Jahrbuch der Bodenreform* /Jena, Gustav Fischer/ herausgegeben. Sein Inhalt ist in 3 Abschnitte gegliedert. Der erste enthält Untersuchungen, Abhandlungen und Vorschläge auf dem Gesamtgebiete der Bodenreform. Wir erwähnen daraus den hübschen Artikel Köppes über die Zuwachssteuer. Im zweiten, wertvolleren Teile werden Dokumente der Bodenreform zum Abdruck gebracht. Hier wird für jeden, der sich mit der Bodenfrage beschäftigt, ein bequemes Hilfsmittel geschaffen, das ihm die eigene Sammeltätigkeit in gewissem Umfange erspart. Der dritte Abschnitt bringt die Literatur. Daran schliesst sich ein kurzer Notizenteil. × Von der Schrift Trimborn-Thissens *Soziale Tätigkeit der Gemeinden* /M.-Gladbach, Zentralstelle des *Volksvereins*/ ist nunmehr die 3. Auflage erschienen, die in der Hauptsache ein Abdruck der 2. Auflage ist. Doch ist an verschiedenen Stellen neues Material hinzugefügt, veraltetes und weniger wichtiges gestrichen worden. Das Büchlein hat dadurch entschieden an Brauchbarkeit gewonnen. Doch hätte dieser Revisionsprozess noch gründlicher durchgeführt werden können, und die neuere Literatur noch besser ausgenützt werden sollen. × Über den *Grundbesitzwechsel in Berlin und seinen Vororten* /Berlin, Reimer/ hat Dr. J. Croner eine statistische Studie veröffentlicht, die das bei den *Ältesten der Kaufmannschaft* in Berlin gesammelte Material bearbeitet. Den Anlass zu der Untersuchung gab ein Beschluss dieser Korporation, die Verhältnisse der städti-

schen Umsatzsteuern für Grundstücke darzustellen. Die Enquete erstreckte sich auf Berlin und Vororte und umfasst die Jahre 1895 bis 1904. Die Zahlen werden für die Monate angegeben, und erstrecken sich auf die Umsätze und die Höhe der Kaufpreise. Die Folgerungen, die Croner aus seinem Material zieht, hat er in dem Schlusskapitel zusammengefasst. Er kommt hier zu dem Resultat, dass die Umsatzsteuer in den kleineren Orten mit stark wachsenden Bodenwerten besonders berechtigt sei, während ihre gleichmässige Erhebung für das grosse Gebiet der Stadt Berlin mit ihren in den einzelnen Bezirken gänzlich verschiedenen Bodenwertbewegungen zu den grössten Ungerechtigkeiten führen müsse. Es wäre also notwendig, Berlin in verschiedene Umsatzsteuerbezirke nach Grundwertklassen zu teilen, und die Umsatzsteuer müsste sich in den Bezirken möglichst nach der in ihnen anzunehmenden Grundwertsteigerung richten. Gegenden ohne Wertsteigerung sollten von jeder Umsatzsteuer verschont bleiben, da sie hier nur eine lästige Verkehrsbesteuerung darstelle. In diesen Ausführungen Croners drückt sich der richtige Gedanke aus, dass die Umsatzsteuer eine Berechtigung nur als Wertzuwachssteuer hat, als Verkehrssteuer dagegen zu verwerfen ist. Dann ist es aber richtiger, auf die Umsatzsteuer überhaupt zu verzichten und sie durch eine Wertzuwachssteuer zu ersetzen. Die Gegenden ohne Wertsteigerungen des Bodens würden dann von jeder Steuer verschont bleiben. HUGO LINDEMANN

Sozialistische Bewegung

Reichstagswahlen Am Tage nach der Reichstagsauflösung begann unsere Partei mit der Wahlagitation. Der grosse Vorsprung, den sie vor den übrigen Parteien durch ihre feste und geggliederte Organisation hat, wurde diesmal noch vergrössert durch die Verwirrung, in die der unerwartete Streich der Regierung die meisten Parteien vresetzt hatte. Die Nominierung der Kandidaten, die bei den sich bildenden und wieder rückbildenden Kartellen der bürgerlichen Parteien Schwierigkeiten macht, ging in der Sozialdemokratie in kürzester Zeit und ohne Schwierigkeiten vor sich; jegliche innere Differenz war natürlich mit dem Moment der Auflösung zurückgestellt.

Für die Sozialdemokratie ist die Situation in diesem Wahlkampfe freilich recht einfach. Sie kann ihn lediglich unter dem agitatorischen Gesichtspunkt betrachten und nur auf Mehrung der Stimmen und der Mandate bedacht sein. Die allgemeine Konstellation im künftigen Reichstag braucht sie nicht in Betracht zu ziehen, da sie für diese nicht verantwortlich ist und auch keinen Einfluss darauf auszuüben vermöchte. Von dem allgemeinen Block der Linken mit Einschluss der Sozialdemokratie, den manche als im Bereich der Möglichkeit liegend früher erachtet hatten, konnte nach dem speziellen Anlass der Auflösung für diese Wahlen jedenfalls nicht die Rede sein. Selbst wenn die Sozialdemokratie in der Kolonialfrage eine andere Haltung einnehmen würde, hätte sie doch bei diesen Wahlen in die entschiedenste Opposition treten müssen, da es sich hier um die Wahrung der parlamentarischen Rechte gegenüber absolutistischen Ansprüchen handelt, während die Linksliberalen, vor die gleiche Frage gestellt, der phantastischen Hoffnung zukünftiger Regierungsfähigkeit den Vorzug geben. Auf der andern Seite ist für unsere Partei ein Zusammengehen mit dem Zentrum, das, so verwerflich seine allgemeine Politik sein mag, doch das konstitutionelle Prinzip vertritt, über ganz Deutschland nicht möglich; dazu sind die Gegensätze, die uns vom Zentrum trennen, zu gross, auch ganz abgesehen von allgemeinen Kulturfragen; und es liegt schliesslich auch kein Anlass vor, dem Zentrum wieder zu der Gloriole der Volkspartei zu verhelfen. So zieht denn die Sozialdemokratie in einer glänzenden Isolierung in den Wahlkampf, und sie überlässt es namentlich den liberalen Parteien, denen nach dem ersten Freudenrausch über den vermeintlichen Fall der Nebenregierung doch schon recht unbehaglich geworden ist, und die ein völliges Zusammengehen mit der Rechten für unmöglich erachten, sich aus der Situation herauszufinden. Davon wird natürlich dann die Stichwahltaktik abhängen.

Der Wahlaufruf, den die ehemalige sozialdemokratische Reichstagsfraktion erlassen hat, zeichnet sich durch eine recht ruhige Sprache aus; Überschwenglichkeiten wären in dieser grotesken Situation allerdings auch nicht am Platze. Auch die kurze Proklamation des Parteivorstandes ist von der gleichen besonnenen Siegeszuversicht diktiert. Bemerkenswert ist die Mahnung an die Parteigenossen, den Wahlkampf sachlich zu

führen und von jeder persönlichen Verunglimpfung abzusehen. Die werbende Propaganda und die Geldsammlungen befinden sich in vollem Gange. Am 25. Januar wird man die Ergebnisse sehen.

× ×

Dreesbach † Am Sonntag den 25. November starb Genosse August Dreesbach auf einem Spaziergang durch den Forst bei Treptow. Schon vor dem Mannheimer Parteitag schien sein Herzleiden eine böse Wendung nehmen zu wollen; doch erholte er sich noch durch eine Kur im Schwarzwald, und er konnte zu aller Freude auf dem Parteitag das Präsidium führen. Nachdem dann die Reichstagssession eröffnet war, fand sich auch Dreesbach pflichtgetreu ein. Den jähen Schluss des Reichstages aber hat er nicht mehr erlebt.

Dreesbach gehörte zu den ersten Führern der sozialdemokratischen Partei. Im Reichstag und in den allgemeinen Reichsangelegenheiten ist er allerdings nie besonders hervorgetreten. Der Schwerpunkt dessen, was er leistete, lag in Baden, und gerade seine Selbstbeschränkung zeigte ihn als trefflichen und bewussten Politiker. Der selbe Zug charakterisiert seine ganze Tätigkeit. Sein taktisches Geschick bewährte sich insbesondere im Kampf um das direkte Wahlrecht für den badischen Landtag. Auf Dreesbachs Rat konzentrierte die badische Partei über ein Jahrzehnt lang ihre ganzen Kräfte auf diese Frage, und — was besonders wichtig war — sie belastete sich nicht mit zu weitgehenden prinzipiellen Forderungen. Sie verlangte nur das Erreichbare, dieses aber mit voller Energie. Nur durch diese weitsichtige Haltung war es möglich, den Erfolg endlich zu erringen. In Baden war es wiederum die Stadt Mannheim, der sich Dreesbach besonders widmete. Mannheim zählt jetzt zu dem festesten Besitzstand der Partei, und dies in erster Linie durch das Verdienst Dreesbachs. Als Stadtvertreter waren Dreesbach durch seine unermüdliche Tätigkeit und seine klugberechnende, die gegebenen Grenzen nie ausser acht lassende Taktik manche Erfolge beschieden. Worauf er in erster Linie stets hinarbeitete, war, unsere Partei in eine ausschlaggebende Stellung zu bringen. Das hatte manche Abstimmung zur Folge, die von vielen, namentlich aussenstehenden Genossen nicht verstanden und zum Teil heftig kritisiert wurde. Der Erfolg aber hat Dreesbach recht gegeben. Auch seine Gegner mussten ihm dankbar anerkennen, dass er das Interesse des Ganzen nie aus dem Auge verloren habe; er, der Parteiführer, hat gezeigt, dass Parteiinteresse und Gesamtinteresse nicht einander ausschliessende, sondern einander ergänzende Begriffe seien. Das Beileidsschreiben, das der Mannheimer Oberbürgermeister Beck an die Witwe Dreesbachs gerichtet hat, und in dem er der Verdienste des Verstorbenen gedenkt, ist sicher kein konventioneller Höflichkeitsakt — man lässt die Höflichkeit Sozialdemokraten gegenüber ja oft genug vermissen —, sondern entspricht der Überzeugung eines wirklichen Verlustes, den das Gemeinwesen erlitten. Bemerkenswert für die Gegner unserer Partei ist das Anerkenntnis, »dass der Dahingeschiedene bei aller Entschiedenheit in der Vertretung seiner prinzipiellen Anschauungen zwischen den naturgemäss häufig auftretenden Gegensätzen vielfach mildernd und ausgleichend zu wirken bestrebt war . . .« Dreesbach war sich eben überall, wo er wirkte, seiner Verantwortlichkeit bewusst. Von allen Gesichtspunkten war ihm der des *Alles oder nichts!* sicher der fremdeste.

Wieder ist einer der besten Vertreter der alten Generation dahin, einer, der fest in sich selbst stand und mehr die anderen beeinflusste, als sich von den Strömungen beeinflussen liess. Unter dem jungen Nachwuchs ist diese Art leider nicht sehr zahlreich vertreten. Einen bessern Vertreter wird Mannheim, einen bessern Führer die badische Partei schwerlich bekommen.

Für den Reichstag haben die badischen Genossen an seiner Stelle den Rechtsanwalt Frank, den Begründer der süddeutschen Jugendvereine, aufgestellt.

× ×

Russisch Polen Die Lage in Russisch Polen ist noch verworrener und unübersichtlicher, als im sonstigen Russland. Die Zerrissenheit und gegenseitige Bekampfung der Sozialisten, die ja eine der Hauptursachen des Misserfolgs der russischen sozialisti- Freiheitsbewegung bildet, ist kurz vor den *Duma*wahlen noch dadurch vermehrt worden, dass auch die *P. P. S.* auf ihrem 9. Parteitag in Krakau sich in 2 oder, besser gesagt, in 3 Flügel gespalten hat. Den Anlass bildeten Meinungsverschiedenheiten und heftige Zwistigkeiten, die sich aus der Stellung der einzelnen

Gruppen zur nationalen Frage ergaben, namentlich aber die Haltung der Partei gegenüber der sogenannten *Kampforganisation*, die, wie die Armee in einem Militärstaat, allmählich eine selbständige und über die zivile Leitung sich erhebende Existenz zu führen begonnen hat. Gleichwohl ist die *P. P. S.* vorläufig noch die stärkste und in der polnischen Bevölkerung populärste sozialistische Partei geblieben. Die *Sozialdemokratie des Königreichs Polen und Litauens* (*S. D.*), vor der Revolution eine numerisch bedeutungslose Sonderorganisation, ist im Laufe der letzten 1½ Jahre auch bedeutend gewachsen und verfügt jetzt über eine stattliche Anhängerzahl. Allerdings nur an wenigen Punkten und nicht unter den eigentlich polnischen, sondern mehr unter den russisch-jüdischen und deutschen Arbeitern. Die Klippe ihres Einflusses bildet die nationale Frage. Je nachdem, wie sich die Partei in Zukunft zu ihr stellen wird, wird sie ihre Sphäre erweitern können oder zurückgehen.

Wie die Sozialisten bei den *Duma*wahlen abschneiden werden, lässt sich einstweilen nicht voraussehen. Wahrscheinlich ist, dass sie gegen den Block der polnischen Nationalisten (der sogenannten *Nationaldemokraten*), der Konservativen (*Realisten*) und der, übrigens nur sehr schwachen, *Polnischen Fortschrittspartei* nicht aufkommen werden. Eine andere Frage ist, ob sie nicht im stande sind, die Opposition im allgemeinen zu stärken. Bei einer konzentrierten, einheitlichen Taktik wäre das der Fall. Was die jetzige Zerfahrenheit bringen wird, steht dahin.

× ×

Schweden: Anarchosozialistisches

Auch die schwedische Sozialdemokratie hat ihr *anarchosozialistisches* Zwischenspiel gehabt. Schon vor einigen Jahren setzte bei ganz jugendlichen Elementen eine Bewegung ein, die gegen die Taktik und die Führer der Partei gerichtet war. Es war gewissermassen eine schleichende anarchistelnde Propaganda, der die Partei, durch ihr rasches Wachstum allzu absorbiert, nicht rechtzeitig begegnete. Auf dem Parteitag von 1905 hat diese Opposition, statt offen hervorzutreten und einen Entscheidungskampf zu wagen, die denkbar demütigste Haltung gezeigt, und die Resolution, die sich für den Parlamentarismus und gegen jede Putschtaktik energisch aussprach, gelangte ohne jedweden Widerstand zur Annahme. Der Führer der Opposition, Hinke Bergegren — er nennt sich *revolutionärer Marxist* und predigt vor allem den Generalstreik — nahm gleichwohl unmittelbar nach dem Parteitag seine Propaganda gegen den *Wahlschwindel*, diesen *Verrat* an der Arbeiterklasse, usw. wieder auf. Ebenso erging er sich in den heftigsten Angriffen gegen die Religion, was natürlich von den Gegnern gegen die Partei nach Kräften ausgeschlachtet wurde. Auch im Reichstag machten die Pamphlete derer um Bergegren der sozialdemokratischen Fraktion viel zu schaffen. Zu gleicher Zeit hetzte in Helsingborg C. G. Schröder, ein früherer Parteigenosse, der sich in Stockholm unmöglich gemacht hatte und später eine *unabhängige* Zeitung in der Provinz herausgab, einige junge Leute dazu auf, den Polizeiverboten gegen antimilitaristische Demonstrationen zu trotzen, was ihnen mehrere Jahre schweren Kerkers einbrachte. Diesem Treiben konnte der Parteivorstand schliesslich nicht länger müssig zusehen; er entschloss sich, gegen diese Elemente, die die ganze Bewegung aufs schwerste diskreditierten, energisch vorzugehen. Da in dem Organisationsstatut der schwedischen Partei ein Ausschlussverfahren nicht vorgesehen ist, wurden die beiden Genannten von der Mitgliedschaft in der Partei suspendiert, und zwar bis zum nächsten Parteitag, auf dem dann der Vorstand den Ausschluss beantragen wird. Gleichzeitig stellte der Vorstand die Vertrauensfrage an die Organisationen, ob sie damit einverstanden seien, dass gegen die *anarchosozialistischen* Quertreibereien endlich Front gemacht würde. Die Mehrzahl der Organisationen hat sich bisher nach heftigen Debatten — die sich nur darum drehten, ob es oppurtun wäre, jetzt angesichts der Wahlrechtsbewegung sich mit einem inneren Streit abzugeben — für den Parteivorstand ausgesprochen. Die Abstimmung ist indes noch nicht abgeschlossen.

× ×

Norwegen

Nach der Tonart des letzten Parteitages (vergl. *Sozialistische Monatshefte*, 1906, 1. Bd. pag. 517) konnte es scheinen, als ob die norwegische Sozialdemokratie sich zu einem der *revolutionärsten* Körper des internationalen Sozialismus umgewandelt hätte. In den darauffolgenden *Storthing*wahlen (vergl. *Sozialistische Monatshefte*, 1906, 2. Bd., pag.

972-973) wurden aber vorwiegend gemässigte Vertreter gewählt, und wie es nach der Tätigkeit dieser Abgeordneten den Anschein hat, wird die Partei sich ausschliesslich auf die evolutionäre Methode beschränken. Schon am 10. September, während der Wahlkampagne, schrieb das Zentralorgan *Social-Demokraten*: »Das Ziel des Sozialismus ist gross und in weiter Ferne, und da es auf Entwickelung und Erfahrung gegründet ist und auf allmählichem Fortschritt, so ist es evident, dass unsere Politik opportunistisch sein muss. Wir müssen uns mit all unserer Kraft auf den Kampf für kleine Reformen werfen, für die nächsten Aufgaben, da wir wissen, dass sie notwendige Schritte sind, und dass es keinen anderen Weg gibt, als diesen.« Gegen diese *revisionistische* Parole hat sich in ganz Norwegen keine Stimme erhoben, weder in der Presse, noch in Versammlungen. Der Vorsitzende der Partei, Oscar Nissen, legte in einer Rede, die er in der sozialistischen *Storthing*-fraktion am 21. Oktober hielt, dar, dass es in der norwegischen Partei zwei Richtungen gebe: die wirkliche Partei und die sogenannten *Jungsozialisten*; letztere, an Zahl sehr unbedeutend, sehen mit Geringschätzung auf den Parlamentarismus herab. Der Vorsitzende der *jungsozialistischen* Organisation erhob gegen diese Behauptung Protest; er bestritt, dass diese in irgend einer Weise mit der Partei in der Auffassung des Parlamentarismus nicht übereinstimme. Danach zu urteilen, wäre also vom *Revolutionarismus* in der norwegischen Sozialdemokratie kein Jota mehr übrig geblieben. Er ist seit dem letzten Parteitag vollständig verschwunden — in 3 bis 4 Monaten! Auch in der Adressdebatte betonten die sozialistischen Abgeordneten, dass sie nur Reformen auf parlamentarischem Wege anstrebten. Infolge dieser Methode macht die Sozialdemokratie in Norwegen rapide Fortschritte und gewinnt einen grossen Einfluss auf alle radikaleren Elemente im Lande. Sie wird in absehbarer Zeit wohl die jetzige Partei der Linken ablösen, und da sie dann auch die rein ländlichen Distrikte für sich gewinnen wird, so ist der Tag, an dem sie die Majorität für sich hat, nicht mehr ganz fern.

× ×

Totenliste Wenigen bekannt, von manchen betrauert, ist am 8. Dezember in Berlin Frau Lina Schultze dahingegangen. Sie war die Witwe des frühern Abgeordneten für Königsberg, Carl Schultze, der noch unter dem Sozialistengesetz, von Berlin ausgewiesen, nach Königsberg kam, und dem der Schreiber dieses stets ein dankbares Andenken bewahren wird, da er ihn, der damals Gymnasiast, und einige Gleichstrebende in seiner schlichten Weise mit der Sozialdemokratie in persönliche Fühlung gebracht hat. Schultze starb 1897 an der Schwindsucht, seine Gattin, die mit 5 Kindern zurückblieb, hat dann noch mehr als 9 schwere Jahre gelebt. Sie war eine gute Genossin, die am Leben unserer Partei nach ihren Kräften teilnahm. Die vielen Leiden, die sie gemeinsam mit ihrem Manne getragen, und die Nahrungssorgen hatten auch ihr die Schwindsucht gebracht. Im 59. Lebensjahre ist auch Adolf Lepp in Zwickau der Proletarierkrankheit erlegen. Von Hause aus war er Zigarrenarbeiter, seinen eigentlichen Beruf aber erblickte er darin, Dichter des Proletariats zu sein. Manchem Parteigenossen ist vielleicht ein Bändchen seiner Gedichte bekannt, das zu Anfang der neunziger Jahre bei Dietz erschien. Der Partei im engeren Sinne, für die er als Kämpfer Verfolgungen und Strafen wacker ertragen hatte, entfremdete er sich später; der sozialistischen Sache blieb er bis an sein Lebensende treu.
Der vieljährige Kassierer des sozialdemokratischen Vereins in München, Georg Beck, ist im November gestorben. Er war seit einem Menschenalter Mitglied unserer Partei.

× ×

Kurze Chronik Der Reichstagswahlen wegen ist der Preussentag, der Ende Dezember stattfinden sollte, auf unbestimmte Zeit vertagt worden. Hoffentlich kommen die preussischen Angelegenheiten, die auf die Dauer für unsere Partei die wichtigsten sind, darüber nicht auch später zu kurz! × Bei der Landtagsnachwahl in Berlin III erhielt am 27. November der sozialdemokratische Kandidat 1112 Wahlmännerstimmen (gegen 1100 im Jahre 1903); in der Stichwahl *siegte* natürlich der Freisinnige. × Bei den Wahlen zum elsass-lothringischen Landesausschuss verlor unsere Partei ihren einzigen Sitz, Mülhausen. × In Dänemark ist ein sozialdemokratischer Lehrerverband gegründet worden, der das Schul- und Erziehungsprogramm der Partei durchführen helfen will. × Die Sammlungen für

das französische Parteiblatt *L'Humanité* haben vorläufig 25 000 fr. ergeben. × Der italienische Parteivorstand hat die Frage der autonomen Organisationen — hauptsächlich kommt hier Mailand in Betracht — im *reformistischen* Sinne geregelt.

× ×

Literatur Seit vor 12 Jahren die Broschüre Plechanows *Sozialismus und Anarchismus* erschien — die sich durch eine fanatische, aber nicht überall logische Deduktion auszeichnete —, hat sich, von Zeitschriftenartikeln abgesehen, keine Parteischrift mehr mit diesem Gegenstande beschäftigt. Wohl mit Recht. Denn bei uns in Deutschland fehlen die psychologischen Voraussetzungen des Anarchismus, die den Romanen in so hohem Grade eignen, und auf der anderen Seite auch die Individualitätslosigkeit der Slawen, die sie befähigt, auf Grund einer Doktrin sich blind in eine anarchistische Praxis zu stürzen. Der deutsche Anarchismus war stets nur eine literarischen Spielart. Auf einige Beachtung Anspruch erheben konnte er nur während der kurzen Zeit der sogenannten *anarchosozialistischen* Propaganda unter dem Häuflein der lokalorganisierten Arbeiter. Diese Erscheinung hat den Genossen Wilhelm Herzberg veranlasst, sich in einer kleinen Broschüre *Sozialdemokratie und Anarchismus* /Ludwigshafen a. Rh., Gerisch & Co./ mit ihr auseinanderzusetzen. Der Verfasser beschäftigt sich zunächst mit der allgemeinen Theorie des Anarchismus, allerdings nur in ihren Grundzügen, was für den vorwiegend praktischen Zweck der Schrift ja auch genügt. Auch aus seiner Darstellung kann man schliessen, dass der Anarchismus, rein theoretisch genommen, eine sozialistische Richtung darstellt, die sich nur durch die Inkonsequenz ihrer Argumentation von dem übrigen Sozialismus unterscheidet. Der individualistische Anarchismus führt zu einer logischen, der kommunistische Anarchismus zu einer praktischen Unmöglichkeit, soweit er nicht mit dem Kommunismus selber übereinstimmt. Ich habe das schon vor Jahren darzulegen versucht und kann mir die ausführliche Wiedergabe der Gedankenreihe hier ersparen. Wäre theoretisch der Gegensatz der Systeme durch die Logik zu überbrücken, so ist er es praktisch ganz und gar nicht; denn in der Praxis ist nicht die Vernunft der entscheidende Faktor. Das geht auch aus den Abschnitten, die Herzberg der Taktik des Anarchisten widmet, mit vollständiger Klarheit hervor. Ich vermisse übrigens in diesem Zusammenhang eine Erwähnung und Behandlung des *Syndikalismus* (in Frankreich, Italien, der Schweiz) mit seiner Methode der *direkten Aktion*, die am 1. Mai 1906 so glänzend Schiffbruch erlitten, und mit seiner Generalstreikphantasie, die ihn gerade unserm *Anarchosozialismus* so überaus ähnlich macht. Wenn ich an der Schrift Herzbergs einige Ausstellungen machen darf, so ist es einmal die, dass der Verfasser der sozialisierenden Rolle der Gewerkschaften nicht völlig gerecht zu werden scheint; er scheint jener Auffassung zuzuneigen, die in unserer Partei auch sonst Anhänger hat, und die die Gewerkschaften in Verkennung ihres Charakters noch erst mit sozialistischem Geist erfüllen zu müssen glaubt, während diese schon selber einen Zweig des Sozialismus darstellen. Das zweite, was zu bemerken wäre, ist: Wie bei manchen Systemen, die in ihrer Gesamtheit hinfällig sind, sich doch eine richtige Grundtendenz zeigen kann, so auch beim Anarchismus; hier ist es das föderalistische Prinzip, das man als einen Vorzug der anarchistischen Anschauungsweise anerkennen sollte, und dessen stärkere Betonung der vorwiegend zentralistischen Sozialdemokratie nicht schaden könnte. Alles in allem ist die Schrift als sehr gute Behandlung der Materie namentlich für sozialdemokratische Diskutierabende zu empfehlen, an denen man sich auch mit etwas anderm, als den nächstliegenden Tagesfragen, beschäftigt. × Über das Proportionalwahlsystem hat Hermann Greulich im zürcherischen Kantonsrat eine Rede gehalten die unter dem Titel *Proporz und Klassenkampf* /Zürich, Verlag des *Grütlivereins*/ als Broschüre erschienen ist. Greulich tritt dem Einwand entgegen, dass die Proportionalwahl eine Zersplitterung der Parteien bewirke, wodurch eine parlamentarische Regierung, die starke Parteien zur Voraussetzung habe, unmöglich werde. Da die wirtschaftliche Schichtung der Gesellschaft die Grundlage der politischen Parteien abgibt, so bietet in der Tat der Proporz die grössere Wahrscheinlichkeit für das Zustandekommen grosser Formationen, als die Majoritätswahl, die von allerhand lokalen etc. Zufälligkeiten bestimmt wird. Die Unsinnigkeit der Majoritätswahl zeigt sich vor allem

darin, dass nahezu die Hälfte aller abgegebenen Stimmen, nämlich die in jedem Wahlkreis unterlegenen, überhaupt *pro nihilo* abgegeben sind. Der deutsche Reichstag bietet uns das beste Beispiel einer parlamentarischen Körperschaft, in der das Majoritätsprinzip streng durchgeführt ist, und die zu einer festen parlamentarischen Majorität doch nicht kommen kann. Möglich ist freilich, dass der Proporz die Wahl nach rein beruflichen Interessen begünstigen würde. Doch kann das denjenigen nicht schrecken, der die wirtschaftlichen Interessen als die primären erkennt. Sehr beachtenswert ist in der Greulichschen Rede der Hinweis darauf, dass der Proporz, der den Klassengegensätzen zu einem deutlicheren Ausdruck verhilft, als der Majorz, doch die Form des Klassenkampfes nicht verschärft, sondern mildert, da er, entgegen dem intransigenten *Alles oder nichts!* des Majorzzwanges, geeignet ist, »Katastrophen zu verhüten, Etappen anzubahnen zu schrittweiser Milderung der nicht zu vermeidenden Kämpfe, so dass das Parallelogramm der Kräfte walten, und die aufstrebende Klasse jeweilen das erreichen kann, was in ihrer Kraft liegt«. Und daher, »obgleich in unserer Partei die Leidenschaft stärker pulst, als in den alten Parteien, . . . wollen wir den Proporz . . ., um bei Wahlen nutzlose Leidenschaft auszuschalten, unnützen Kräfteverbrauch zu vermeiden. Wir haben in der Demokratie noch Wichtigeres zu tun, als zu wählen.« Ich möchte hinzufügen: auch in einem nichtdemokratischem Gemeinwesen; nur, wo es sich in einem speziellen Falle um eine Demonstration, eine Bekräftigung des parlamentarischen Prinzips überhaupt handelt — wie jetzt bei den Reichstagswahlen —, darf das Wählen Selbstzweck sein. Das ausgezeichnete kleine Schriftchen, das vorwiegend freilich nur auf die Schweiz exemplifiziert, hat auch für die deutschen Parteigenossen grosses Interesse, namentlich dort, wo ein Anfang mit dem Proportionalsystem gemacht ist, wie jetzt in Württemberg.

JOSEF BLOCH

Gewerkschaftsbewegung

Rückblick auf das Jahr 1906 Auch in dem nun verflossenen Jahre 1906 hat die deutsche Gewerkschaftsbewegung sich über Erwarten günstig entwickelt. Das zeigt sich vor allem in dem enormen Wachstum der Mitgliederziffern. Die genauen Zahlen darüber liegen natürlich noch nicht vor, doch kann man die Mitgliederentwickelung besonders der grösseren Organisationen aus der Steigerung der Gewerkschaftsorgane ersehen. So stieg die Auflage der *Metallarbeiterzeitung* von 265 300 auf 342 600, also um 77 300 Exemplare; ähnlich günstig, wie der Metallarbeiterverband, hat sich der Maurerverband entwickelt, hat doch der *Grundstein* bereits Mitte des Jahres 1906 die Auflage von 200 000 überschritten, während er Ende 1905 175 000 Auflage zählte. Der Holzarbeiterverband ist im vergangenen Jahre um rund 25 000 Mitglieder gewachsen. Der Bergarbeiterverband dürfte nur wenig an Mitgliedern zugenommen haben, aber der Umstand, dass er bei der im letzten Jahre vorgenommenen erheblichen Beitragserhöhung seine Mitgliederziffer auch nur halten konnte, ist allein schon als ein grosser Gewinn zu verbuchen. Sehr günstig haben sich auch die Verbände der Fabrikarbeiter und Textilarbeiter entwickelt, die beide ihre Mitgliederziffer auf über 100 000 gesteigert haben, ferner die Verbände der Bauhilfsarbeiter und der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter.

Die christlichen Gewerkschaften haben nach dem *Zentralblatt* ihre Mitgliederzahl im Verlaufe des Jahres 1906 um mindestens 60 000 vermehrt, dagegen sind die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine stehen geblieben, wenn nicht gar zurückgegangen. Nach einer von der *Metallarbeiterzeitung* veröffentlichten Übersicht, die von der Gewerkvereinsleitung den Gewerkvereinsfunktionären *vertraulich* mitgeteilt worden war, hatten die Gewerkvereine in den ersten drei Vierteljahren, also von Januar bis September 1906, nur eine Zunahme von 480 Mitgliedern zu verzeichnen. Und zwar hatten die Fabrikarbeiter eine Abnahme um 1638, die Tischler um 1121, die Bergarbeiter um 254 Mitglieder, die Maschinenbauer, Kaufleute, Textilarbeiter und Schneider entsprechende Zunahmen zu verzeichnen. Und da mehrere grosse Gewerkvereine im letzten Vierteljahr 1906 Beitragserhöhungen vorgenommen haben, dürfte das Gesamtbild dieser Organistionen Ende 1906 sich eher ungünstiger gestaltet haben.

× ×

Rechtsfähigkeit der Berufsvereine Der dem Reichstage vorgelegte Gesetzentwurf über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine, der von Carl Legien in den *Sozialistischen Monatsheften* (1906,

2. Bd., pag. 989 ff.) schon eingehend gewürdigt worden ist, hat in der gesamten deutschen Gewerkschaftswelt entschiedenen Widerspruch gefunden. Selbstverständlich ist er von allen Organen der modernen Gewerkschaften restlos abgelehnt worden. Unsere Gewerkschaften, die unter fortgesetzten Verfolgungen gross geworden sind, wissen die Bedeutung einer chikanösen Gesetzgebung gut genug zu schätzen, deshalb waren sie über die Wertung dieses Gesetzes, dessen gewerkschaftsfeindliche Tendenz klar zu tage liegt, auch nicht im Zweifel. Aber auch die Hirsch-Dunckerschen und christlichen Gewerkvereine haben gegen diesen Entwurf entschiedene Stellung genommen. Erstere durch Annahme einer Resolution in einer grossen Protestversammlung in Berlin, die vom Reichstage die runde Ablehnung des Gesetzentwurfs fordert; letzterer durch eine Kundgebung des Vorstandes des *Gesamtverbandes* im *Zentralblatt* dieser Organisationen, in der alle Mängel des Gesetzes hervorgehoben werden und ebenfalls betont wird, dass das Gesetz in der Form des Entwurfs für die christlichen Gewerkschaften unannehmbar sei. Die Vorlage ist jetzt durch die Auflösung des Reichstags in der Versenkung verschwunden. Sorge man dafür, dass sie in dieser Gestalt nicht wiederkehrt!

× ×

Anzahl der organisierten Arbeiter Das letzte Bulletin des Arbeitsamtes des Staates New York bringt eine interessante Zusammenstellung über die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter. Von einigen der angeführten Länder (Australien, Italien, Niederlande, Norwegen) sind die Zahlen aus dem Jahre 1904, von den andern Ländern aus dem Jahre 1905 verwendet. Es ergibt sich folgendes Bild:

	Zahl der Gewerkschaften	Zahl der Mitglieder	Mitglieder in % der Bevölkerung
Ver. Staaten von Amerika	—	2 000 000	2,64
Grossbritannien und Irland	16 213	1 866 755	4,50
Deutschland	14 828	1 822 343	3,33
Frankreich	4 625	781 344	2,00
Österreich	3 111	323 099	1,34
Italien	—	260 103	0,80
Belgien	—	128 700	1,92
Schweden	—	105 000	1,92
Australien	—	100 626	2,64
Dänemark	1 156	90 911	3,71
Ungarn	40	71 173	0,37
Spanien	373	56 905	0,31
Schweiz	618	48 000	1,44
Niederlande	—	37 221	0,73
Neuseeland	260	27 714	3,55
Norwegen	—	16 227	0,73

Die angegebenen Gewerkvereinsmitgliederzahlen aus den Vereinigten Staaten sind nur Schätzungszahlen, da zahlreiche Organisationen genaue Angaben über ihr Geschäftsgebaren nicht machen.
Die günstigsten Organisationsziffern weist nach dieser Zusammenstellung England auf, dann folgt Dänemark, Neuseeland, Deutschland, dann die Vereinigten Staaten. Bemerkenswert ist die durchweg günstigere Organisationsziffer der germanischen Länder gegenüber den romanischen und das gewaltige Anwachsen der Gewerkschaftsbewegung in Deutschland und Österreich. Der Bericht stellt denn auch fest, dass, wenn jetzt auch noch den englisch sprechenden Ländern die Führerschaft in der Gewerkschaftsbewegung zukomme, es doch keinem Zweifel unterliege, dass Deutschland auf gewerkschaftlichem Gebiete bald die Führung übernehmen werde.

× ×

Kurze Chronik Der *Textilarbeiter,* das Organ des Textilarbeiterverbandes hat eine Auflage von 100 000 Exemplaren erreicht. Das bedeutet im abgelaufenen Jahre eine Mitgliederzunahme von mehr als 25 000. × Die Zahl der christlichen Gewerkschaftskartelle war Anfang November nach dem *Zentralblatt* auf 159 gestiegen. Das ist seit Anfang des Jahres 1906 eine Zunahme um 42 Kartelle. × Im Holzarbeiterverbande wurde Mitte November eine Erhebung über die Höhe der Löhne und der Arbeitszeiten, im Malerverband wird zurzeit eine solche über die Einhaltung der Bleiweissverordnung vorgenommen. × Auf dem 5. elsass-lothringischen Gewerkschaftskongress wurde die Anstellung eines Gewerkschaftssekretärs für das Reichsland beschlossen. × In den spanischen Gewerkschaften waren Mitte des Jahres 1906 rnud 35 000 Arbeiter vereinigt. Im Jahre 1905 wurden 141 Streiks geführt, an denen 19 526 Personen beteiligt waren.

× ×

Literatur Es verdient besondere Erwähnung, dass der Verlag Dietz in Stuttgart eine 2. Auflage der epochalen Werke Sidney und Beatrice Webbs *Die Geschichte des britischen Tradeunionismus* (deutsch von R. Bernstein, mit Noten versehen von Ed. Bernstein) und *Theorie und Praxis der englischen Gewerkschaften* (deutsch von Hugo Linde-

mann), ferner J. E. Thorold Rogers' *Geschichte der englischen Arbeit* herausgebracht hat. Die Werke der Webbs sind wohl das Beste, was die gewerkschaftliche Literatur aufzuweisen hat. Sie bieten uns nicht nur eine Geschichte des englischen Gewerkschaftswesens, sie machen uns auch mit den Kampfes- und Arbeitsmethoden und ihrer Entwickelung bekannt, sie geben uns ein Bild ihres gesamten Wirkens und ihrer Einrichtungen. Gerade dem deutschen Gewerkschafter, der jahrzehntelang nach englischen Kampfes- und Organisationsmethoden arbeitete, und der immer wieder an der Grösse der englischen Bewegung sich erhob, bieten die Webbschen Arbeiten eine Fülle des Interessanten und Belehrenden. Leider haben diese Werke in den deutschen Gewerkschaften seinerzeit nicht die ihr gebührende Aufnahme gefunden. Deshalb verdient der Dietzsche Verlag für die Edierung der 2. Auflage besonders der Webbschen Arbeiten unseren Dank, das um so mehr, als der Preis der Werke wesentlich herabgesetzt ist. Im Buchhandel kostet der Band 4 M., alle drei Werke also 16 M., bei Massenbezug durch die gewerkschaftlichen Organisationen werden sie noch billiger abgegeben. Es ist im Interesse unserer gewerkschaftlichen Bewegung nur zu wünschen, dass die Werke nunmehr weiteste Verbreitung finden. × Die Veranstaltung der gewerkschaftlichen Unterrichtskurse gab wohl in der Hauptsache die äussere Veranlassung zu der Herausgabe des *Verzeichnisses der in der deutschen Sprache vorhandenen gewerkschaftlichen Literatur*, im Auftrage der *Generalkommision* zusammengestellt von Johann Sassenbach /Berlin, Verlag der *Generalkommission*/. Mit Bienenfleiss hat Sassenbach, der in den Unterrichtskursen über gewerkschaftliche Literatur dozierte, alle Publikationen von und über Gewerkschaften, soweit sie von allgemeinem Interesse sind, zusammengetragen. Naturgemäss kann dieses Verzeichnis auf Vollständigkeit keinen Anspruch machen. Wer weiss, wie wenig Wert in früheren Jahren auf eine systematische Sammlung der gewerkschaftlichen Literatur gelegt worden ist, wird diesen Mangel verstehen. Dann aber haben einige Verbandsvorstände es an der notwendigen Unterstützung des Herausgebers fehlen lassen, so dass grosse Organisationen mit einer umfangreichen Literatur in dem Verzeichnis fast gar nicht vertreten sind. Empfehlen würde ich, in einem später zu veröffentlichenden Verzeichnis auch die für die Kenntnis unserer Bewegung wichtigen statistischen Arbeiten der einzelnen Gewerkschaften aufzuführen und mehr, als bisher, die bürgerliche Literatur über die Gewerkschaftsbewegung zu berücksichtigen. Man vermisste da besonders Rudolf Meyers *Emanzipationskampf des vierten Standes*, Bambergers *Arbeiterfrage*, Helds *Deutsche Arbeiterpresse der Gegenwart*, Herkners *Arbeiterfrage*, Gustaf F. Steffens 3bändiges Werk *Studien zur Geschichte der englischen Lohnarbeiter*. In ein späteres Verzeichnis dürfte auch Theodor Leiparts umfangreiche statistische Arbeit über die Lage der Arbeiterschaft in Stuttgart Aufnahme finden. × Ein gutes Buch ist Eduard Bernsteins Bändchen *Der Streik* (in der unter dem Sammelnamen *Die Gesellschaft* von Dr. M. Buber herausgegebenen Sammlung sozialpsychologischer Monographieen /Frankfurt a. M., Rütten & Loening/). In fesselnder Weise und mit grossem Verständnis der gewerkschaftlichen Bewegung und ihrer Kampfbedingungen schildert uns Bernstein den Streik in seinem Wesen, seinem Auftreten, seinem Zweck und seinem Wirken. Im Zusammenhang mit dem gestellten Thema behandelt er das ganze gewerkschaftliche Problem. Einige Streiks von geschichtlicher Bedeutung, so der englische Maschinenbauerstreik des Jahres 1897-1898 werden eingehender geschildert, auch die volkswirtschaftliche Bedeutung des Streiks erfährt eine gute Würdigung. Bernstein weiss dem Thema so manche auch den erfahrenen Gewerkschafter interessiernde Seiten abzugewinnen. Das Büchlein darf in keiner Gewerkschaftsbibliothek fehlen. × In den vom Verlag Dietrich in Leipzig seit zwei Jahren herausgebenen Flugschriften *Sozialer Fortschritt* erschien eine Abhandlung *Die deutschen Arbeiterfachverbände* von Oskar Neve. Sie enthält eine kurz gefasste Würdigung der deutschen Gewerkschaftsbewegung, die nicht ganz lückenlos ist, und die die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine weit über die ihr zukommende Bedeutung hervorhebt, im übrigen aber recht lesenswert ist. × In der gleichen Sammlung erschien auch eine Abhandlung A. Justs *Die evangelischen Arbeitervereine*, die, angesichts der kürzlich erst angeknüpften engeren Beziehungen zwi-

schen christlichen Gewerkschaften und konfessionellen Arbeitervereinen, manchem Gewerkschafter gute Dienste leisten dürfte.

ERNST DEINHARDT

Genossenschaftsbewegung

Allgemeiner Verband deutscher Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften Das Bild, das der vorjährige Jahresbericht des *Allgemeinen Verbandes* gab, ist durch den diesjährigen noch verstärkt worden. Der *Allgemeine Verband* hat keinen Anteil mehr an der genossenschaftlichen Entwickelung; er ist mit seinen hauptsächlich auf die Erhaltung einer rückständigen Wirtschaftsweise zugeschnittenen Vereinen zum Stillstand, wenn nicht zum Rückgang, verdammt. Die Zahl der ihm angeschlossenen Genossenschaften hat sich im vergangenen Jahre nur um 2, nämlich von 1417 auf 1419 vermehrt, die der zur Statistik berichtenden, unter denen jedoch eine Anzahl nicht zum Verband gehöriger sich befindet, von 1332 auf 1356, während die Mitgliederzahl dieser Vereine sogar von 824439 auf 818609 zurückgegangen ist. Hierbei ist jedoch die im letzten Jahr infolge Reichsgerichtsentscheidung zum erstenmal zur Anwendung kommende neue Zählmethode in Betracht zu ziehen, nach der die am Jahresschluss ausscheidenden Mitglieder nicht mehr zum Bestand mitgerechnet werden dürfen.

Das mächtige Wachstum der deutschen Konsumvereinsbewegung hat dem Verband nur 3 neue Vereine geschenkt. Er zählt jetzt 276 Genossenschaften dieser Art, von denen 266 berichtende, 238097 Mitglieder, einen Umsatz von rund 58 Mill. M. und einen Reinüberschuss von 6¼ Mill. M. aufwiesen. Der *Allgemeine Verband* ist mit diesen Zahlen weit hinter denen des jungen *Zentralverbandes deutscher Konsumvereine* zurückgeblieben, der im letzten Jahre 827 Konsumvereine, darunter 787 berichtende mit 715929 Mitgliedern, einem Umsatz von 188 Mill. M. und einem Überschuss von 18 Mill. M., umfasste.

Nicht einmal die kreditgenossenschaftliche Gruppe, das verhätschelte Schosskind des Verbandsanwalts Crüger, weist noch einen Fortschritt auf. Es gehörten dem Verband Ende 1905 963 Kreditgenossenschaften (meist Handwerkergenossenschaften) gegen 966 Ende 1904 an, also sogar 3 weniger. Und nur dem Umstand, dass diesmal 13 Vereine mehr zur Statistik berichteten, ist eine scheinbare Steigerung des Mitgliederbestandes um 16574 auf 539993, der gewährten Kredite um 231 Mill. M. auf rund 3000 Mill. M. und des Reingewinns um 1¼ Mill. M. auf 15½ Mill. M. zu verdanken.

Die übrigen dem Verband angehörigen Genossenschaftsarten (Bau-, Magazin-, Rohstoff-, Produktivgenossenschaften) sind der Zahl nach zu unbedeutend, um eine Darstellung im einzelnen zu lohnen. Wir können den *Allgemeinen Verband* mit dem tröstlichen Bewusstsein seinem Schicksal überlassen, dass von dieser Seite der deutschen Genossenschaftsbewegung kaum noch eine ernstliche Gefahr drohen dürfte.

× ×

Trust und Genossenschaft Wir berichteten in unserer vorigen Rundschau (vergl. *Sozialistische Monatshefte*, 1906, 2. Bd., pag. 1064) von der Bildung eines englischen Seifentrusts und von dem seitens der Genossenschaften gegen ihn energisch aufgenommenen Kampf. Die Herrlichkeit der Seifenfürsten hat nun ein überraschend schnelles Ende gefunden. Ein einmütiges Protestvorgehen der bedrohten Konsumenten hat sie vom Erdboden weggefegt. Der Trust war nämlich unvorsichtig genug, nicht nur eine Reduzierung des Gewichts der zu den selben Preisen weiter verkauften Seife um $^1/_{16}$ vorzunehmen — angeblich wegen der gestiegenen Rohmaterialpreise —, sondern auch den ganzen englischen Seifenmarkt unter die ihm angeschlossenen Firmen aufzuteilen, dergestalt, dass in jedem Gebiet nur noch eine bestimmte Sorte Trustseife zum Verkauf gelangte. Gegen diesen Zwang, diese Ausbeutung erhob sich ein Sturm der Entrüstung in Presse, Publikum und Geschäftswelt, der zur Folge hatte, dass die Nachfrage nach den Produkten des Trusts, die bei seiner Entstehung 90 % des Gesamtbedarfs des Landes ausgemacht hatte, auf 1 % herunterging. So sah sich der Trust veranlasst, nach 23tägigem Bestehen öffentlich seine Auflösung zu erklären. Wie einige Blätter wissen wollen, soll zwar noch eine geheime Abmachung fortbestehen; aber das beeinträchtigt den Triumph des so elementar zum Ausdruck gekommenen Volkswillens keineswegs.

Die Konsumvereine können sich ein gut Teil des Verdienstes an diesem Ausgange des Kampfes zuschreiben. Sie haben ihr möglichstes zur Aufklärung des Publikums getan, und der Gewinn, der ihnen

aus diesem Vorgehen erwachsen ist, wird kein vorübergehender sein. Zirka 80 Genossenschaften haben während des Kampfes beschlossen, nur noch Seife von den eigenen Fabriken der beiden Grosseinkaufsgesellschaften zu beziehen, deren Aufträge infolgedessen so in die Höhe gegangen sind, dass sie Tag und Nacht arbeiten lassen müssen. Damit dürfte ein ganzer Teil des englischen Seifenkonsums der Privatindustrie für immer entrissen sein. Vor allem aber wird der Vorgang das Vertrauen der Genossenschafter in die eigene Kraft, die vor dem im Seifentrust vereinigten Hunderten von Millionen nicht zurückzuschrecken brauchte, gestärkt haben.

× ×

Basel: *Allgemeiner Konsumverein* Das Schlächtereipersonal des Baseler *A. C. V.* ist am 29. November in den Ausstand getreten, um am 1. Dezember früh die Arbeit wieder aufzunehmen. Die Ursachen dieses bei den im *A. C. V.* herrschenden guten Arbeitsverhältnissen überraschenden Vorganges waren nicht eigentliche Arbeitsfragen, sondern Kompetenzstreitigkeiten bei der Besetzung von Stellen. Es handelte sich um die von den Schlächtereiarbeitern gewünschte Kandidatur zweier seitheriger Vorarbeiter als Metzgermeister und die Bedingungen ihrer Anstellung. Die Verwaltung hatte diese Bedingungen (Entlassung eines Betriebschefs) nicht erfüllen können und ihrerseits eine andere Person für den fraglichen Posten in Aussicht genommen. Die Arbeiter fassten das als Massregelung auf und legten, ehe noch die vorgesehenen Instanzen Gelegenheit fanden, ihre Beschwerden zu prüfen, die Arbeit nieder. Am nächsten Tage bemühten sich die Sekretäre des Baseler Arbeiterverbandes und des Verbandes des Personals der Lebens- und Genussmittelbranche, die Streikenden auf das Bedenkliche ihres Vorgehens aufmerksam zu machen, und die Folge war die Wiederaufnahme der Arbeit bereits am nächsten Tage zu den von der Verwaltung gestellten Bedingungen.

So die Darstellung des *Schweizerischen Konsumvereins*, nach der das Vorgehen des Schlächtereipersonals allerdings einen bedauerlichen Mangel an sozialem Verantwortlichkeitsgefühl aufweist. Hier müsste die genossenschaftliche Erziehungsarbeit einsetzen, um dem Bewusstsein der Rechte eines jeden für die Gesamtheit Arbeitenden ein eben so intensives Bewusstsein der Pflichten gegen eben diese Gesamtheit beizufügen.

× ×

Kurze Chronik In der Reichstagssitzung vom 11. Dezember wies der neue preussische Landwirtschaftsminister von Arnim-Criewen in seiner Jungfernrede die städtischen Konsumenten auf die genossenschaftliche Selbsthilfe gegenüber der Fleischnot hin. Ob Herr von Arnim-Criewen jetzt wohl auch von den enragierten Mittelstandsfreunden als Vernichter des ehrsamen Fleischergewerbes und damit als Feind der Staats- und Gesellschaftsordnung angegriffen werden wird? × Der Stuttgarter Gemeinderat beschloss mit 18 gegen 6 Stimmen, den dortigen Spar- und Konsumverein von der Warenhaussteuer auszunehmen. × Auf den diesjährigen, in Manchester, London und Bristol abgehaltenen sogenannten *Fruchttagen* der englischen *C. W. S.*, grossen mit Ausstellungen verbundenen Verkaufstagen, wurden für 9½ Mill. M. Südfrüchte, Dörrobst und verschiedene andere Artikel an die Vereine abgesetzt. × Die Einführung eines Ruhegehalts für die Direktoren der schottischen *C. W. S.* wurde auf mehreren Distriktstagen mit ziemlich grosser Mehrheit abgelehnt.

× ×

Literatur Eine von Dr. Hans Müller verfasste Schrift *Der Verband schweizerischer Konsumvereine* gibt in der äusserlich ansprechenden Form, die alle Veröffentlichungen dieses Verbandes auszeichnen, eine interessante Darstellung des Werdens, Wesens und Wirkens der genannten Organisation. Wir verfolgen den Verband, der, wie wohl die meisten seinesgleichen, als Kampforganisation das Licht erblickte, von seiner Gründung im Jahre 1890 durch den Baseler *A. C. V.* und 27 andere Vereine bis zu seiner jetzigen imposanten Stellung in der schweizerischen Konsumgenossenschaftsbewegung, als deren Repräsentanten man ihn mit seinen 230 angeschlossenen Vereinen bezeichnen kann. Selbstverständlich wird auch den verschiedenen Verbandsorganen eine eingehende, durch Lichtbilder unterstützte Schilderung zu teil. Am Schlusse sind interessante Tabellen beigefügt. Das zu einem geringen Preis zu habende Büchlein eignet sich besonders zu Agitationszwecken. × Das berühmte Buch des Begründers der eng-

lischen Gartenstadtbewegung Ebeneza Howard *Garden cities of to-morrow* ist soeben unter dem Titel *Gartenstädte in Sicht* in deutscher Übersetzung im Verlag von Eugen Diederichs in Jena erschienen. Es ist wohl als die umfassendste Orientierungsquelle der Ursachen und Ziele der Gartenstadtbewegung anzusehen und daher allen sich für diese Bestrebungen Interessierenden bestens zu empfehlen. GERTRUD DAVID

Sozialpädagogische Bewegung

Universitätsreform Wir haben an dieser Stelle früher gesagt, dass die nichtsozialistische Kritik des Unterrichtswesens selbst bei bestem Willen und redlichstem Eifer stets in eine Sackgasse geraten muss, und wir haben dies an dem Ideal der Arbeitserziehung dargetan. Auf dem speziellen Gebiete der Hochschulreform begegnen wir einer ähnlichen Erscheinung. Hier ist die dumpfe Unzufriedenheit heftig angeschwollen, und meistens im Namen der Persönlichkeit wird ein richtiger Windmühlenkampf geführt. Die ihm zu grunde liegenden, sehr interessanten Irrtümer sind uns wieder deutlich aus zwei neuen Veröffentlichungen entgegengetreten. In seiner Schrift *Deutsche Universität und deutsche Zukunft* /Dresden, Diederichs/ spricht sich Friedrich von der Leyen ausführlich darüber aus, dass die Universitäten heute nicht Menschen, sondern Staatsbürger heranbilden, dass man auf ihnen nicht »für sich«, sondern auf Kosten seiner Individualität für den Staat erzogen wird. Und August Horneffer findet in seinem *Verfall der Hochschule* /Leipzig, Zeitler/, dass wir auf den Universitäten zwar in den Stand gesetzt werden, uns den Lebensunterhalt zu erwerben, dass wir zu einem Berufe tüchtig gemacht werden, dass aber dadurch das »Interesse eines tieferen Menschen« nicht erschöpft wird. Diese Übereinstimmung der beiden Kritiker über das Leerausgehen des Menschen in uns ist kein Zufall. Mit den Klagen selbst sind sie im Recht, aber aus diesen Schmerzen heraus nichts als die Methode des Hochschulwesens umstürzen wollen, das heisst auf den Sack schlagen, anstatt auf den Esel. Horneffer verlangt von der Universität, »dass in uns die Gefühle erweckt werden, die in der Vergangenheit Grosses schufen ... Sie hat das geistige Leben der Nation zu leiten. Wenn der Staat ihr diesen Platz nicht einräumt, so soll sie ihn erzwingen.« Und von der Leyen sagt, früher sei es anders gewesen, das Ideal war »Ausbildung und Veredelung des einzelnen«. Hier wird der Fehler ganz klar. Die Universitäten haben nämlich zu keiner Zeit solche Individualitätenzucht beabsichtigt, immer haben sie dem Staat gedient. Nur brauchte das früher die Individuen nicht zu behindern, sich auch »für sich« auszubilden, denn in Bezug auf den Gegensatz *Mensch und Staatsbürger* waren sie naiver, als heute. Sie waren so glücklich, ihn nicht zu bemerken, obwohl er in die grauesten Zeiten zurückreicht. Seitdem sind wir erfinderischer und entdeckerischer geworden. Die selbe Generation, die den Sozialismus erfand, entdeckte den Gegensatz *Persönlichkeit und Gegenwartsstaat,* und das Ausbilden von Staatsbürgern wird seitdem antimenschlich empfunden, was es doch in einem vernünftigen Staatswesen nicht sein könnte.

Diese Zusammenhänge entgehen von der Leyen und Horneffer völlig. Der erste stürmt deshalb mit der ziemlich spitzen Lanze seiner Kritik gegen das klassische Erziehungsideal der Hochschule an. Ohne darauf zu kommen, dass es gerade der entfachte, noch nicht durchgekämpfte Zwiespalt zwischen Staat und Individuum ist, der uns das griechisch-römische Vorbild heute so sehr verdunkelt. Dem »Unsegen der Römer und Griechen« stellt er den Segen der deutschen Mystik gegenüber und kündet an Stelle der humanistisch-klassischen die nationale Erziehung, zwar nicht eine Erziehung im Sinne eines »allein seligmachenden Deutschtums«, aber eine solche, deren Höchstes die Erkenntnis des deutschen Wesens aus allen seinen Betätigungen in Geschichte und Kultur bleibt. In diesem Gedanken der nationalen Erziehung konzentriert sich alles Positive der Leyenschen Schrift. Er ist, wie wir sahen, die Begleiterscheinung eines sozialgeschichtlichen Irrtums und im übrigen auch pädagogisch schlecht begründet, denn auch der Klassizismus kann erfrischen und beleben, kann die Zusammenhänge mit dem gesamten Unterricht — sogar mit der Erkenntnis des deutschen Wesens — aufbringen etc. Die Vorschläge Horneffers sind weniger methodisch, aber ansprechend in ihrer Menschlichkeit: Man soll nicht Fächer besetzen, das ist unwürdig, man soll Menschen zum Lehren und Erziehen gewinnen. Man soll das Hauptgewicht nicht auf Überlieferung von Kenntnissen,

Begriffen, Fertigkeiten legen, sondern auf allgemeine menschliche Bildung. Drittens und letztens, der Lehrer soll zugleich Seelsorger sein.

× ×

Wanderbibliotheken In der Absicht, den Parteigenossen in kleinen und kleinsten Orten Gelegenheit zur Fortbildung durch gute Lektüre zu verschaffen, hat Genosse Dr. Südekum in Berlin am 1. Oktober eine, vorerst noch kleine *Freie Wanderbücherei* eingerichtet. Sie besteht aus Abteilungen von je 10 bis 12 Bänden, deren jede in einer Versandkiste untergebracht ist, um an Parteigenossen, die an ihrem Wohnorte nicht über eine Bibliothek verfügen, gratis und unter Beifügung des Rückportos auf je 3 Wochen versandt zu werden. Die Bestellungen müssen mit dem Stempel des für den betreffenden Ort zuständigen Parteivertrauensmannes versehen sein. Bei ihrer Begrnüdung umfasste die Wanderbücherei Werke von Bebel, Büchner, Deutsch, Dodel, Eisner, Engels, Goethe, Grotjahn, Herkner, Issaieff, Jaurès, Kautsky, Kennan, Kropotkin, Lange, Leroy-Beaulieu, Liebknecht, Lindemann, Lissagaray, Marx, Schiller, Schurz, Schweichel, Sinzheimer, Vandervelde und anderen. Zu diesem gut gewählten Bücherbestand haben neben dem Begründer der Parteivorstand durch die *Vorwärts*buchhandlung, einige Parteiverlage und andere beigesteuert. Wie sehr die Schaffung einer Wanderbibliothek für die Parteigenossen an kleinen Orten ein Bedürfnis war, geht aus der lebhaften Inanspruchnahme hervor, deren sie sich seit dem Augenblick ihrer Gründung erfreut.

× ×

Kurze Chronik Die Parteischule zu Berlin wurde am 15. November eröffnet. Das Lehrerkollegium bilden Dr. Hugo Heinemann (Strafrecht, Strafprozess, Strafvollzug), Dr. Rud. Hilferding (Wirtschaftsgeschichte, Nationalökonomie), Simon Katzenstein (Gewerkschaftswesen, Genossenschaftswesen, Kommunalpolitik), Dr. Franz Mehring (Geschichte der politischen Parteien), Dr. Anton Pannekoek (historischer Materialismus, soziale Theorieen), Dr. Curt Rosenfeld (Bürgerliches Recht), Heinrich Schulz (mündlicher und schriftlicher Gedankenausdruck, Zeitungstechnik), Arthur Stadthagen (Arbeiterrecht, gewerblicher Arbeitsvertrag, soziale Gesetzgebung, Gesinderecht, Verfassung). Der Reichstagswahlen wegen hat indessen der Unterricht bereits im Dezember unterbrochen werden müssen. × Die Arbeiterbibliothek in Stockholm, ein Unternehmen der organisierten Arbeiterschaft Schwedens, feierte am 4. Dezember ihr 15 jähriges Bestehen. Sie zählt über 17 000 Bände, hält 70 in- und ausländische Zeitungen und hat ausser 2 Hauptlokalen 6 Ausleihestationen. Die Stadt gibt seit 2 Jahren einen Zuschuss von 4000 Kr. zu den Ausgaben, die für 1905 18 000 Kr. betrugen.

× ×

Literatur Im Auftrage des *Volksvereins für das katholische Deutschland* hat Dr. August Pieper ein Schriftchen *Mässigkeitsbestrebungen* verfasst. Er ist der Ansicht, die allgemeine Beseitigung jeden Alkoholgenusses müsse für alle Zeiten Utopie bleiben, und die übereifrigen Abstinenten seien ein Schaden für die Mässigkeitsbestrebungen. Unter den Ursachen des Alkoholismus ist ihm die hauptsächlichste Trinksitte und Trinkzwang. Das Schriftchen ist nur für Katholiken geschrieben, und unter den zum Schluss erwähnten Mässigkeitsvereinen etc. finden sich nur solche, welche die dem katholischen Seelenheil erforderliche Rücksicht innehalten, in erster Reihe die direkt katholischen, deren Mitglieder sich zum Beispiel laut § 2 des Vereinsstatuts »unter Anrufung des am Kreuze vor Durst verschmachtenden Heilandes zur Enthaltung von allen geistigen Getränken verpflichten« und »sich unter den besonderen Schutz des heiligen Johannes des Täufers stellen«. Ein solcher Paragraph im Vereinsstatut ist für manchen Sozialdemokraten ein Kuriosum. Wir wollen aber nicht vergessen, dass gegen den Alkohol etwas im Namen von Jesus und Johannes geschehen muss, solange noch so wenig im Namen von Marx und Engels dagegen geschieht.

FRANZ LINDHEIMER

Frauenbewegung

Wahlrecht Eine Demonstration zu gunsten des Frauenstimmrechts, die von angesehenen Führerinnen der Frauensache in dem Foyer des englischen Unterhauses veranstaltet wurde, begegnete roher Polizeigewalt und endete mit der Verurteilung von 11 Frauen zu 2 Monaten Gefängnis. Nach einer neuerlichen Notiz hat man ihnen die Hälfte der Strafe erlassen. Am 24. November er-

folgte ihre Entlassung, und schon am Abend des folgenden Tages erklärten sie in einer Versammlung, in der sie stürmisch begrüsst wurden, dass sie nun mit doppeltem Eifer wieder an die Arbeit gehen wollten. Fräulein Pankhurst sagte einem Pressevertreter, es würden so viele von ihnen ins Gefängnis zu wandern bereit sein, bis die Regierung die Torheit dieser Art Bekämpfung der Bewegung einsehe.
Die finnischen Frauen beabsichtigen, sich des neu erworbenen Bürgerrechts in vollem Umfange zu bedienen. Unter den 19 Kandidaten, die die schwedische Volkspartei für die im März 1907 statfindenden Wahlen aufgestellt hat, befinden sich 2 weibliche.
In Deutschland hat, wie bereits früher erwähnt, die Jahresversammlung der demokratischen Partei in München gezeigt, dass die Frauen einstweilen selbst von den bürgerlichen Linksparteien nichts weiter, als platonische Sympathieerklärungen, zu erwarten haben. Eine Ausnahme macht die kleine Gruppe der Nationalsozialen, die auf ihrer Landesversammlung in Baden das allgemeine, direkte, geheime und gleiche Wahlrecht für Männer und Frauen nach dem Proportionalsystem fordern.

× ×

Bildung und Erziehung Den Städten Frankfurt a. M. und Königsberg hat Herr Studt die Erlaubnis zur Gemeinschaftserziehung in den höheren Knabenschulen respektive zur Errichtung von Mädchengymnasialkursen versagt. Gründe wurden nicht angegeben. In Hamburg hat der Verein *Frauenwohl* eine Petition wegen Anstellung weiblicher Lehrkräfte an den hamburgischen Lehrerinnenseminaren an die Oberschulbehörde gerichtet mit der Begründung, dass der weibliche Einfluss bei der Vorbildung der Lehrerinnen nicht zu entbehren sei. Kattowitz hat durch Ortsstatut den obligatorischen Fortbildungsunterricht auch auf die weiblichen Handelsgehilfen unter 18 Jahren ausgedehnt.

× ×

Eheproblem In Frankreich hat das Ministerium einen im Sinne einer Fortentwickelung der monogamischen Eheform ausserordentlich bemerkenswerten Gesetzentwurf eingebracht. Die Altersgrenze, nach deren Erreichung man sich ohne Zustimmung der Eltern etc. verheiraten kann, soll von 21 auf 18 Jahre herabgesetzt, die Gütertrennung obligatorisch gemacht, und der Ehefrau die selbe rechtliche Stellung, wie dem Ehemann, zugebilligt werden. Noch wichtiger sind die neu hinzukommenden Scheidungsgründe, unter denen neben Verurteilung wegen Diebstahls, Betrugs, Vertrauensmissbrauchs, zweijährigen Verlassens, Geisteskrankheit, Trunksucht, geschlechtlicher Erkrankung insbesondere die Wiedereinführung der Scheidung auf Grund einfacher Übereinstimmung hervorzuheben ist. Viermal, in Intervallen von je 3 Monaten, sollen die Ehegatten eine entsprechende Erklärung vor dem zuständigen Gericht abgeben. Auch die Unvereinbarkeit der Charaktere soll als Scheidungsgrund gelten können; allerdings erstreckt sich die Scheidungsfrist in diesem Falle über 2 Jahre.
Experimentalehen! /München, Reinhardt/ betitelt sich der Notschrei eines Ungenannten, den man unter Verschweigung des periodischen Wahnsinns seiner Braut in eine verhängnisvolle Ehe zu locken gewusst hatte. Der traurige Fall der einzelnen entbehrt nicht der typischen Züge, die einen mit dem Verfasser wünschen lassen, dass in besonderen Fällen das Schweigeverbot der Ärzte aufzuheben sei, und dass endlich einmal eine menschenwürdige, den modernen Rechts- und Gewissensforderungen angemessene Ehegesetzgebung geschaffen werde.

× ×

Katholischer Frauenbund Der *Katholische Frauenbund* hat auf seiner 2. Generalversammlung, die in München zu Anfang November stattfand, in beachtenswerter Weise Stellung zu verschiedenen Problemen und Aufgaben der Sozialpolitik genommen. So hat man sich mit der Dienstbotenfrage vorwiegend im Sinne der Aufhebung der Gesindeordnungen und des erweiterten Unfall- und Krankenschutzes befasst. Die Charitaskommission will sich an erster Stelle der sittlich gefährdeten Mädchen annehmen und diese, wie das in Dortmund bereits mit gutem Erfolge geschehen ist, vor der sittenpolizeilichen Kontrolle bewahren. Dem Gedanken der Gemeinschaftserziehung gegenüber verhielt man sich völlig ablehnend; auch die anwesenden Lehrerinnen.

× ×

Dienstbotenbewegung Im Laufe des November fand in Frankfurt a. M. eine Reihe von Versammlungen statt, die zur Gründung eines

heute schon etwa 500 Mitglieder umfassenden Vereins führten. Demnächst soll ein paritätischer Arbeitsnachweis ins Leben gerufen und ein Mädchenheim gegründet werden. Auch in Hamburg sind Vorbereitungen zur Schaffung einer Dienstbotenorganisation im Gange. Ein von Stadthagen in Vorschlag gebrachter Dienstvertrag enthält, neben manchen begrüssenswerten und in absehbarer Zeit durchführbaren Forderungen, auch die Ungeheuerlichkeit, dass ein Mädchen berechtigt sein soll, gegen Erlegung eines *Schadensersatzes* von 3 M. den Dienst jederzeit zu verlassen.

× ×

Kurze Chronik Frau Curie hat zu Anfang November ihr Amt als Dozentin an der *Sorbonne* angetreten. × Am 23. November ist Dr. Anita Augspurg wegen Beleidigung der Hamburger Polizeibehörden zu 200 M. Geldstrafe verurteilt worden. Die moralischen Kosten des Prozesses hat die Hamburger Polizei zu tragen und auch ihr Staatsanwalt, der im Laufe seiner Darlegungen die Frauen als *minderwertige Zeugen* bezeichnete. × Durch das am 1. Oktober in Kraft getretene Gesetz ist in Dänemark die Reglementierung aufgehoben worden. × Die Jahresberichte der Gewerbeaufsichtsbeamten für das Jahr 1904 ergeben eine weitere Zunahme der Zahl der Industriearbeiterinnen; sie betrug 1 119 692. Es handelt sich dabei nur um die der Fabrikaufsicht unterstellten Betriebe. × Vom moralischen, wie vom volkswirtschaftlichen Standpunkt gleicherweise zu verdammen ist die auch in Gmünd geübte Praxis mancher Krankenkassen, ledigen Schwangeren, selbst bei nachfolgender Ehe, die Rückzahlung der Wöchnerinnenunterstützung aufzuerlegen. Hier muss Remedur geschaffen werden.

× ×

Literatur In seinem Buch *Die Frauenarbeit, ein Problem des Kapitalismus* /Leipzig, Teubner/ behandelt Dr. Robert Wilbrandt von hoher Warte aus, mit einem Blick, der viel umfasst und auch in die Tiefe geht, die Aufgabe, die er sich gestellt hat. Schon die Einleitung, die sich mit der Entstehung der Frauenberufsfrage befasst, lässt den geschulten und selbständigen, über ein reiches Wissen verfügenden Denker erkennen. Die Schrift ist eine prächtige Einführung und Orientierung über vieles Wesentliche der Frauenfrage und zugleich ein bequemes Nachschlagebüchlein für solche, die sich berufsmässig mit der Frauenfrage beschäftigen. Etwas flüchtig behandelt scheint mir im 3. Kapitel die Frage *Beruf und Mutterschaft.* Insbesondere vermisse ich hier ein näheres Eingehen auf die Mutterschaftsversicherung, die meines Erachtens für die nächste Zeit das Problem der Frauenarbeitsfrage bilden wird. Der Kapitalismus hat die Frauenarbeitsfrage in ihrer heutigen Zuspitzung geschaffen, und nur die Überwindung des Kapitalismus kann sie einer harmonischen und allseitig befriedigenden Lösung entgegenführen. Das ist der Schluss, zu dem auch der bürgerliche Sozialpolitiker auf Grund von eingehenden und sachlichen Studien gelangt. Wir können damit zufrieden sein. × Die kleine Schrift Dr. Alice Salomons *Die deutschen Arbeiterinnenschutzgesetze* /Leipzig, Dietrich/ gibt eine knappe und klare Übersicht dieser Schutzgesetze. Sie ist insbesondere den Vertrauenspersonen zu Orientierungszwecken sehr zu empfehlen. Die Ausbauvorschläge gehen in der Richtung des Zehnstundentages, des freien Samstagnachmittags und des Wöchnerinnenschutzes. Sie kennzeichnen die besonnene Sozialpolitikerin, die mit ihren Forderungen innerhalb der Grenzen baldiger Verwirklichungsmöglichkeiten bleibt. × Zur Frage der Mutterschaftsversicherung liegen mehrere Publikationen vor. Lily Braun erörtert im 1. Teil ihrer im *Vorwärts*verlag erschienenen Schrift die an dieser Stelle schon häufiger gewürdigten Gründe der Notwendigkeit des Mutterschutzes für die ausserehelichen und einen grossen Teil der ehelichen Mütter. Die Kritik der Reformvorschläge hebt die Unmöglichkeit hervor, den Krankenkassen die sämtlichen aus einer durchgreifenden Reform erwachsenden Lasten voll aufzubürden.

Einen neuartigen Vorschlag macht Dr. W. Borgius in der Zeitschrift *Mutterschutz.* Neben anderen Erleichterungen (Unentgeltlichkeit der Schulen) sollen den Eltern respektive den Müttern für ein erstes Kind, und zwar bis zum 14. Jahre jährlich, 250 M., ein zweites 200, ein drittes und viertes je 150 M., für weitere Kinder nichts mehr gezahlt werden. Die dazu benötigte Summe soll durch Steuern aller steuerpflichtigen Elemente, einschliesslich der Junggesellen und kinderlosen Eheleute, aufge-

gebracht werden. × Diesen ganz gewiss nicht ohne weiteres von der Hand zu weisenden Vorschlag baut dann Dr. Schmidh in der *Politisch-Anthropologischen Revue* in merkwürdiger Weise aus. Er möchte die Mutterschaftsversicherung als Grundlage einer mutterrechtlich-polygamischen Sexualordnung verwandt wissen. HENRIETTE FÜRTH

WISSENSCHAFT

Philosophie

Weltanschauung Der Berliner Universitätsprofessor Dr. Georg Wobbermin hat im *Evangelischen Bund* einen Vortrag gehalten, der jetzt unter dem Titel *Ernst Haeckel im Kampf gegen die christliche Weltanschauung* /Leipzig, Hinrichs/ erschienen ist. Die Tendenz dieses Vortrags wird vom Verfasser ganz unbefangen dahin bezeichnet: Der »Glaube an einen persönlichen Gott«, dessen »Grundwesen« eine »Analogie unseres eigenen geistig-ethischen Personenlebens« ist, bildet das »allbestimmende Zentrum der christlichen Weltanschauung«. Diese Anschauung wissenschaftlich zu vertreten, muss die Theologie sich mit den Gegnern auseinandersetzen. Schon aus diesen Worten sieht man, dass Wobbermin, so viel er auch nachher der Naturwissenschaft zugesteht, doch noch nicht einer der modernsten Theologen ist. Diese erkennen die religiösen Geschichten und Dogmen nur so weit als religiös an, als sie Sinnbilder von Innentatsachen sein können; die Frage nach deren objektivem Gehalt überlassen sie indessen restlos der wissenschaftlichen Untersuchung. Er aber behält den dogmatischen Gottesbegriff bei, wenn er ihn auch von etlichen Schlacken säubert; Gott ist ihm »wesenhafte Analogie unseres eigenen geistig-ethischen Personenlebens«. Dass der Begriff *persönlicher Gott* im Grunde eine ebenso sinnleere Wortzusammenstellung ist, wie etwa *dreieckige Unendlichkeit*, bekümmert die Frommen nicht. Sie verbinden mit den Worten einen Gefühlsinhalt und meinen dann, vermöge einer interlektuellen Täuschung, einen wirklichen Gegenstand für einen Begriff zu haben.

Trotz dieser dogmatischen Grundlage hat Wobbermin entschieden Züge philosophischen Verstehens. Er kann, was Haeckel gar nicht vermag, wenigstens in einigem Umfange vom philosophischen Gesichtspunkte aus sehen, wenn auch sein Dogmatismus ihm gleich wieder Streiche spielt. So unterscheidet er richtig die genetische Beurteilung von der Wertbeurteilung, aber er vermengt sofort wieder die mit der Wesensbestimmung. Er kennt sodann den kritischen Gesichtspunkt Kants und stellt daher den Satz in den Vordergrund: »Alles Naturerkennen hat das denkende Bewusstsein zur Voraussetzung«. Aber leider sieht auch er, wie die meisten derer, welche erst einmal aus solchem Gesichtspunkte haben sehen lernen, diesen einen Brückenpfeiler am Ufer des Unbekannten als das massgebende Sprungbrett zur Wahrheit an. Den Brückenpfeiler am andern Ufer sieht er nicht, den Satz, dass das denkende Bewusstsein ebenso, wie es sich von dem einen, dem philosophischen, Gesichtspunkte aus als Grundlage ales Erkennens ansehen muss, vom andern Gesichtspunkte, der Naturbetrachtung, aus sich umgekehrt an ein verschwindendes Partikelchen einer unausmessbaren Welt, nämlich an seinen Menschenkopf, gebannt findet. Die Brücke zwischen diesen beiden Pfeilern zu schlagen, hat ja leider weder Kant, noch einer seiner Folger fertig gebracht; und so versuchen denn von Fichte bis Haeckel alle von hüben oder von drüben metaphysisch ans andere Ufer zu springen, wobei dann natürlich ein grosser Plumps ins Wasser die unvermeidliche Folge ist. So macht es auch Wobbermin. Er folgert vom philosophischen Pfeiler aus: »Da alles Naturerkennen das denkende Bewusstsein zur Voraussetzung hat, so kann man das höhere geistige Personenleben aus materiellen Bedingungen nicht restlos erklären.« Nun, *erklären* im Sinne von *ableiten* kann man das freilich nicht. Das masst sich aber auch Haeckel nicht an. Ableitend erklären kann der Mensch nur, soweit Mathematik und Experiment reichen. Aber schon, wie Raum und Zeit zusammenkommen, kann man nicht ableitend erklären; hier muss man die letzten Fakta, die man analysieren kann, wie Raum, Zeit, Empfinden, Denken etc., hinnehmen, und *erklären* heisst da bloss die Zusammenhänge aufsuchen, darin sie sich darstellen: eine Arbeit, die zwar fortschreiten, aber nie zu einem letzten Abschluss kommen kann. Solchen Abschluss aber möchte Wobbermin für »unser höheres Personenleben» haben; und so führt er es kurzerhand »restlos und bedingungslos auf Gott zurück«. Solche *Ableitung* eines Faktums aus

einem Phantasiegebilde schliesst freilich ab; aber sie ist alles, nur keine Erklärung. Der Nichtdogmatiker wird hier vom philosophischen Gesichtspunkt aus einfach betonen, dass alles, was zu erkennen ist, mittels des denkenden Bewusstseins erkannt werden muss. Er wird sodann vom naturwissenschaftlichen Gesichtspunkt aus sagen: Im Universum muss eine Potenz sein, aus der sich das, was wir als Bewusstsein kennen, entwickeln kann; was und wie die ist, dass wissen wir noch nicht. Von der Entwickelungsgeschichte selbst aber scheint Wobbermin etwas zu verstehen, er nimmt die Deszendenzlehre ohne Vorbehalt an, und erklärt sie »für durchaus vereinbar mit der christlichen Weltanschauung«, was freilich besser hiesse *mit meiner christlichen Weltanschauung*. Denn Inspirationslehre, Glaube an den biblischen Schöpfungsbericht und anderes mehr, sind doch noch nicht so ganz ausgestorben, wie Wobbermin meint. Gegen Haeckels naturwissenschaftliche Metaphysik bringt er einige ganz zutreffende Bemerkungen, er behandelt dabei den Gegner mit feinem Anstande und wohltuender Anerkennung. Vor allem aber gibt das kleine Schriftchen — und deshalb haben wir es etwas eingehender behandelt — in knappen und scharfen Zügen ein so deutliches Bild eines gebildeten Dogmatikers, dass es für den, welcher diese Denkweise ohne allzuviel Mühe kennen lernen will, vorzüglich geeignet ist.

Welche Weltanschauung die besten Gründe habe, will J. G. Cordes (*Zum Kampf um die Weltanschauung* /München, Beck/) untersuchen, und als brennendste Frage dabei erscheint ihm: »Ist die Welt zu denken als eine Welt mit Gott oder ohne Gott?« Er gibt die Antwort darauf in 4 Vorträgen: *Religion und Naturwissenschaft, Der Sinn des Lebens, Die Gründe des Glaubens an Gott, Christentum und Arbeiterbewegung*. Das Ergebnis ist: »Religion und Naturwissenschaft, Glauben und Wissen ergänzen einander zu einer Gesamtweltanschauung.« »Christentum und Arbeiterbewegung sind nicht Gegensätze«, sondern »fordern einander geradezu«. Christentum aber ist »das Verhältnis eines Menschen zu dem Gott, der ihm in und durch Christus offenbar geworden ist«. Cordes beklagt dabei die Gepflogenheit mancher Sozialisten, über Religion zu höhnen. Es ist nun gewiss nicht zu loben, wenn man verhöhnt, was anderen heilig ist; aber so viele *Gebildete* sind da doch wohl in schlimmerer Verdammnis, denn sie höhnen und schmähen tagtäglich in herzlosester Weise, was vielen Arbeitern Religion ist. Denn das ist ihnen der Sozialismus trotz des Verfassers, der da meint, Religion sei ein »leeres Wort«, wenn es nicht »Verhältnis zu Gott« bedeute. Nun ist aber tatsächlich dem Sozialisten seine Überzeugung ein inniges Verhältnis zu seinem Gott, der Idee der Vollkommenheit, die in einem Bruderreiche herrschen soll und doch wohl das Wesentlichste der Gottidee auch in der Religion der Urchristen war. Oder war es das Wesentliche, dass sie ihn für ein *Wesen* draussen im Himmel hielten und daran *glaubten*? Nun freilich, diese Vorstellung lehnen die meisten Sozialisten ab, und den Zwang, daran glauben zu sollen, hassen alle als Feind schlimmster Art; denn so ist der Glaube von jeher Herrenmittel gewesen, die Gewissen zu gängeln. Von diesem *Glauben* aber steckt Cordes noch etwas im Blute, ohne dass er es merkt. Er will einen Glauben neben die Einsicht stellen. Sobald aber Glauben und Erkennen, die in früherer Entwickelung ungesondert beisammenlagen, sich bewusst trennen, gibt es nur ein *Entweder-oder*. Einen *Glauben* an Gott als ein äusseres *Wesen*, eine »die Welt beherrschende und durchwaltende Macht« kann man nicht neben ein Wissen stellen. Schon die Fragestellung Cordes', ob die Naturerkenntnis und soziale Bewegung solchen Glauben hindre, ist falsch. Inhaltlich kann man ja beide unter Umständen einander anpassen. Aber methodisch geht das nicht an. Da lautet die Frage: Führt die Wissenschaft zu so etwas, wie Erkenntnis von einem äusseren Gott? Kann man ihn als gewiss oder doch als wahrscheinlich behaupten? Oder ist er nur in uns zu erweisen als treibende Idee zum Unendlichen und Vollkommenen, zum Unbekannten, das bekannt werden, zum Ersehnten, das wirklich werden soll? Das wäre freilich erst recht *lebendiger Gott*, den können wir kennen im Wissen, bekennen im Willen. Die Frage ist da nur, ob wir das *Gott* nennen sollen. Aber den draussen? Wenn Erkenntnis ihn als wahr oder wahrscheinlich erweist, dann gut. Aber ein Gläubeln abseits, das geht nicht. Solche metaphysische Glaubensfrage aber ist nötig, wenn man fragen will: Was ist unsere *Lebensbestimmung?* Wozu sind wir auf der Welt? Welchen

Zweck hat das Leben? Weil Cordes diese Frage tut, muss er auch jene stellen. Wie aber, wenn wir wohl nach Zwecken, die das Leben schafft, nicht aber nach des Lebens Zweck mit Vernunft fragen könnten? Letzteres ist für uns theoretisch ebenso sinnvoll, wie die Frage nach der Ursache der Ursächlichkeit. Praktisch aber macht schon die Frage, wozu das Leben sei, das Leben zum Mittel — für welchen Zweck? Jener Grundherr forderte, die Lehrer sollten den Gutskindern sagen, wozu Gott sie aufs Land gestzt. Da hat die Frage Zweck und Bedeutung. Es steckt in ihr selber ein Rest von jenem Gängelmorälchen, das uns als Mittel zu irgendwelch himmlischen oder auch zu sehr irdischen Zwecken verwenden möchte.

Cordes meint es sehr wohl, ganz gewiss; er weiss nicht, welche Krallen hinter seinen Fragen lauern. Aber wenn er nun fragt, ob solche Religion und Naturerkenntnis, ob solches Christentum und Arbeiterbewgung sich ausschliessen, so antworten wir doch: ja, unbedingt. Juristisch und politisch freilich ist sein Glaube *Privatsache*. Wie er fordert. Wenn das aber den Anspruch bedeuten soll, seine Ansichten sollten denen der Wissenschaft als gleichwertig anerkannt werden, so gibt es darauf nur ein kategorisches *Nein*.

× ×

Religion Ein wenig entwickelter in bezug auf Religion, als Cordes, aber nicht präziser und sozial rückständiger, denkt Karl König *Zwischen Kopf und Seele* /Jena, Diederichs/. Das Buch besteht aus einer Reihe mehr oder minder lose zusammenhängender Aufsätze, die nach dem ersten benannt sind. *Wider den Intellektualismus, Religion, Moral, Indifferenz, Die Religion und die Theologen, Wider den Ästhetizismus, Religiöse Kultur, Realpolitische Konsequenzen* heissen die übrigen. »Wir kommen aus einer Zeit her, in der der Kopf die Seele tyrannisiert hat«, so drückt König die Tatsache aus, dass im kapitalistischem Verkehrszeitalter der Marktwert, nicht der Gebrauchswert, dominiert. Dass der Intellekt im strengen Sinne je Herr gewesen sei, ist uns unbekannt; König will ihn zum Diener machen; dabei gibt er ihm doch auf, es solle ihm alles und jedes zur Aufhellung und Feststellung übergeben werden. Sonderbarer Widerspruch, der sich wohl nur dann löst, wenn wir den kapitalistischen Gegensatz auch auf intellektuellem Gebiete aufheben und Gebrauchswerte statt der Marktwerte produzieren. Da ist der Intellekt eine Seite der *Seele* selbst, dann wohl Herr und Diener zugleich. Betreffs der Religion fasst König Gott besser, als Cordes, nicht als äusseres Wesen; er will, wenn von seiner *Persönlichkeit* die Rede ist, damit nur das Seelische und Innerste bezeichnen, ohne das die Religion nicht leben könne; er schilt mit Recht weidlich über den Theologen, der »das Innerliche veräusserlicht, das Seelische roh verkörperlicht«, ebenso auch gegen den Ästhetizismus, der das Schauen statt der Tat setzt; aber dann schaukelt der Wagen wieder. Das »vertrauensvolle Gehorchen gegenüber dem innersten seelischen Selbst« soll sich »paaren mit ernsten Hineinhorchen in die Dinge und Materialien«, und das ist ihm *Religion*. Sehr schön! Aber warum bloss paaren, warum nicht eins sein? Und welches sind die wesentlichen Materialien? Persönlichkeitskultur soll Voraussetzung der Sachkultur sein. Müssen nicht Sachen kultiviert werden, ehe Persönlichkeit werden kann? Dann heisst es: Ziel der persönlichen Kultur ist nicht die Idee, sondern die Wirklichkeit. Das klingt grausam materialistisch — aber diese Wirklichkeit ist ja die über Kopf und Tat zu sich selbst zurückgekehrte Seele, ein *corpus mysticum*, während wir eine tatkräftige Idee, bedingt durch und bezogen auf natürliche und soziale Wirklichkeit, schon besser begreifen würden. Ja, da ist es nicht zu verwundern, wenn die *realpolitischen Konsequenzen* so ziemlich alle Realität, Politik und Konsequenz vermissen lassen und auf ein Schelten über den die Reaktion scheltenden, aber sie gehen lassenden Liberalismus und die immer noch in die Kinderkrankheit der Pfaffenfresserei zurückfallende Sozialdemokratie, die aber doch nicht aus der Kirche austrete, und auf den positiven Vorschlag, die Kirche von innen aus zu reformieren, hinauslaufen. Für die Bedeutung der sozialen Frage und ihren innigen Zusammenhang mit der religiösen fehlt offenbar alles Verstehen. Ein Erwachender, der sich die Augen zu reiben beginnt, aber das Licht noch aus Träumen deutet.

× ×

Neuausgaben In der Dürrschen *Philosophischen Bibliothek* ist als Band 26a eine Übersetzung von René Descartes' philosophischen Werken, 1. *Regeln zur Leitung des*

Geistes, 2. Die Erforschung der Wahrheit durch das natürliche Licht, von dem tüchtigen und unermüdlichen Dr. A. Buchenau erschienen, eine Erstübersetzung dieser beiden wichtigen lateinisch geschriebenen Bruchstücke Descartes'. Dr. A. Ellissen, der verdienstvolle Verfasser der Biographie F. A. Langes, hat in Reclams Verlag Langes *Geschichte des Materialismus* mit kurzem Vorwort neu herausgegeben. Dadurch wird dies immer noch wichtige und vielgelesene Werk weitesten Kreisen für 2,40 M. zugänglich.

× ×

Kurze Chronik Der Vorstand der *Gesellschaft für experimentelle Psychologie* hat ein Institut für angewandte Psychologie und psychologische Sammelforschung am 1. Oktober eröffnet. × Eine Vereinigung für sozialethische Zwecke hat 2000 M. als ersten, 1000 M. als zweiten Preis für eine Arbeit von mindestens 4 Bogen über das Thema *Wie kann die Gesundung unseres sozialen Lebens durch Volkserziehung im Geiste der Humanität gefördert werden?* ausgesetzt. Auskunft gibt der Geschäftsführer des Kollegiums, Professor Dr. Zimmer, Berlin-Zehlendorf.

× ×

Literatur Die Schrift Dr. W. Camerers *Philosophie und Naturwissenschaft* /Stuttgart, Franckh/ ist eine kurze Geschichte der Philosophie vom Standpunkte der exakten Naturwissenschaft, welche darauf hinausläuft, dass zwar der Zusammenhang zwischen Geist und Körper uns ebenso unfasslich ist, wie früheren Gelehrten, dass aber eben ein Zusammenhang besteht und darum ein prinzipieller Gegensatz zwischen Geist und Materie nicht denkbar ist. Auf die Weltanschauung respektive Lebensanschauung hat die Wissenschaft nur geringen Einfluss, wie die Tatsache beweist, dass manche grosse Forscher gläubig, andere ungläubig sind. Die Wissenschaft kann daher nicht Grundlage, wohl aber Hilfsmittel sein. Die Methode dieses Büchleins ist behutsam, ohne phantastische Seitensprünge; sehr anerkennenswert ist, dass er zum Beispiel Kant, auf den er grosse Stücke hält, nüchtern darstellt, wie er wirklich gedacht hat. Dass Camerer den Grund des einheitlichen Entwickelungsganges der Philosophie, sowie der Bildung der Lebensanschauung nicht in der sozialen Entwickelung erkennt, darf ihm leider heute noch nicht als Fehler angerechnet werden, aber es fehlt eben. Davon abgesehen, ist das Büchlein als gemeinverständliche Übersicht über das philosophisch-naturwissenschaftliche Denken sehr zu empfehlen. FRANZ STAUDINGER

Sozialwissenschaften

Moral In seiner lichtvollen Schrift *Wirtschaftliche Grundlagen der Moral* /Darmstadt, Roether/ kommt Professor Franz Staudinger zu dem Resultat: die sozialistische Arbeiterbewegung ist gemeinschaftsbildend, prinzipiell moralisch, die kapitalmonopolistische Entwickelung dagegen gemeinschaftszersetzend und antimoralisch. Staudinger fasst die Wirtschaft nicht als einen rein mechanischen Faktor auf. Das Wirtschaften, die planmässige Anwendung der Technik zur Herstellung von Gebrauchsgütern, begreift komplizierte geistige Prozesse in sich. Das Wirtschaften, als der Vorgang der Produktion unserer äusseren und inneren Gebrauchsgüter umspannt die gesamte menschliche Kultur. Die Wirtschaft bedingt die Beziehungen der menschlichen Handlungen zu einander. Die sich in der Politik aussprechende Ordnung dieser Handlungen hat eine grundsätzliche, moralische Bedeutung; und deshalb ist Staudinger ein entschiedener Widersacher der landläufigen Vorstellung von der äusseren Trennung von Moral und Politik.

Die Menschen beziehen sich zu einander, wie zu Naturobjekten (Sachen), wie zu Verkehrswesen und wie zu zusammenwirkenden Gemeinschaftsgenossen. Nach diesen drei Grundbeziehungen untersucht Staudinger die Entwickelungsphasen der Menschheit. Das menschliche Leben besteht aus einer Mischung dieser drei Grundbeziehungen.

In der Geschichte wurde zuerst die Gemeinschaft über die übrigen Verhältnisse gesetzt. Der Mensch war in der Gentilgenossenschaft vollkommenes Gemeinschaftswesen. Mord, Diebstahl von Stammeseigentum, Lüge sind einfach innerhalb der Gemeinschaft unverständlich. Den Mitgliedern anderer Gemeinschaften gegenüber herrscht dagegen das reinste Sachverhältnis. Als blosse Sache werden sie behandelt. Und diese Handlungsweise erscheint sich als sittlich aus den wirklichen Zusammenhängen zu ergeben. Man werte zum Beispiel den engen Nahrungsspielraum primitiver Völkerschaften, ihren ständigen Kampf unter einan-

der um Jagd- und Weideplätze. Historisch mildert sich sodann dieser Kampf, aber es schliessen sich nun im Inneren der Gemeinschaft selbst rein sachliche Beziehungen der Menschen zu einander auf, das Sachverhältnis strebt über die Gemeinschaft empor. Es entstehen ausbeutende und ausgebeutete Klassen. Der Ausbeuter behandelt den Ausgebeuteten rein als Objekt, als Sache. Das Gewaltverhältnis ist in der Sklaverei und Hörigkeit der Gemeinschaft übergeordnet. An Stelle der feudal-despotischen Beherrschung tritt die freie Verkehrsgesellschaft und die ihr entsprechende Rechtsordnung. Diese Gesellschaft ist ebenfalls keine Gemeinschaft frei zusammenwirkender Menschen, sondern eine Gesellschaft frei miteinander verkehrender Menschen. Die freie Verkehrsgesellschaft wandelt sich in die Gesellschaft des Kapitalmonopols. Mit dieser Wandlung selbst treten kraftvolle Ansätze zu neuen Gemeinschaftsbildungen hervor, und im heissen Widerspruch zu den sich stark äussernden Herrschaftsverhältnissen wächst eine riesige Bewegung gegen die verbliebenen und neuentstandenen Herrenverhältnisse empor. Die Gemeinschaftsidee des Sozialismus schlägt Wurzeln in der Gesellschaft. »Das Ziel der sozialistischen Gemeinschaftsidee ist, das Sachverhältnis und Verkehrsverhältnis überall da auszuschalten, wo gemeinsame Arbeit möglich ist, und die verbleibende individuelle und gesellschaftliche Tätigkeit der Gemeinschaft unterzuordnen.« Und hier erkürt sich Staudinger in dem Arbeiterphilosophen Dietzgen einen Weggenossen. »Unterordnung der besonderen Gelüste und Interessen unter das allgemeine, kommunale, nationale und internationale Heil« ist genereller Inhalt der Moral (Dietzgen). Bei Dietzgen, so betont Staudinger, ist das oberste Ziel sittlichen Strebens die Herstellung höherer sozialer Gemeinschaft, Beseitigung der Überlagerung des Sachprinzips über der Gemeinschaft und weiterer Ausbau dieser Gemeinschaft.

Staudinger setzt sich mit der religiösen Gemeinschaftsmoral und der philosophischen Gemeinschaftsethik auseinander. Auf die Entwickelung des Christentums zur Gängelmoral durch die Kirche weist er ausdrücklich hin.. Bei aller Würdigung der Verdienste Kants um die Gemeinschaftsethik legt er die Fehler dieser Kantschen Ethik bloss. Der historische Mensch steckt in einem bestimmten Kreis von Sach-, Verkehrs- und Gemeinschaftsbeziehungen. An diesen Menschen ergeht der kategorische Imperativ: Handle so, dass die Maxime deines Willens jederzeit zugleich als Prinzip einer allgemeinen Gesetzgebung gelten kann! Zu Kants Moralgesetz muss nach Staudinger, um es brauchbar zu machen, »ein Korrelat hinzukommen, das den Menschen die Gemeinschaft selber als Grundlage zeigt und sagt: Wo Gemeinschaft dich mit anderen Menschen verbindet, da handle nach Kants Imperativ, wo aber noch keine Gemeinschaft ist, da suche, solche zu schaffen«. Nach aussen ist Wahrhaftigkeit der Gemeinschaft und deren Mitarbeitern gegenüber unbedingte Pflicht, aber den Feinden der Gemeinschaft nur in dem Masse, als dadurch Gemeinschaft erhalten und gefördert wird. »Moralisch kann nur heissen, was in irgendeiner Weise die vorhandenen Kräfte zu relativ höherer Gemeinschaft führt.«

Der Aufstieg zu höherer Gemeinschaft geht unter richtiger technischer Benutzung des Bestehenden durch die Zusammenfassung der Massen, die zur Erkenntnis der sachlichen Gegensätze und Zielrichtungen der Entwickelung gebracht sind, durch Kampf, durch Klassenkampf vor sich.

In jeder Zeile atmet die Staudingersche Schrift den Geist des modernen Sozialismus. Der Sozialist, der in sich den Sozialismus zu einer Welt- und Lebensanschauung gestalten will, wird aus dem sorgfältigen Studium dieser Schrift, grosse, seinem Denken Richtung und Ziel gebende Anregungen erhalten.

× ×

Proletariat und Sozialdemokratie Der Begriff des *Proletariats* umspannt mehr, als die lohnarbeitende Klasse. Es müssen dem Proletariate die Volksbestandteile, die nur über einen Scheinbesitz verfügen und ökonomisch und sozial völlig gebunden sind, hinzugesellt werden. Zu den Habenichtsen zählen viele *selbständige* Landwirte und Gewerbetreibende. Auf Grund der deutschen Berufs- und Gewerbezählung rechnet W e r n e r S o m b a r t in seinem Schriftchen *Das Proletariat* (in der neuen Sammlung *Die Gesellschaft* /Frankfurt a. M., Rütten & Löning/) 35,1 Mill. proletarischer und proletaroider Existenzen in Deutschland zusammen. Das sind 67,5 %, also über zwei Drittel der Gesamtbevölkerung. Diese 35 Mill. proletarischer Existenzen fallen ungefähr mit den Personen zusammen,

die weniger als 900 M. Einkommen beziehen.
Sombart hat in seinem *Proletariat* die Grundzüge der proletarischen Seelenverfassung skizziert. Diese Monotonie der proletarischen Lebensführung erzeugt eine gewisse psychische Stumpfheit und Dumpfheit im Proletarier. Ein Typus des seelisch verödeten Arbeiters ist Karl Fischer, dessen *Denkwürdigkeiten* Paul Göhre hearusgab. Aber auf den Schultern Fischers steht bereits der sozialdemokratische Arbeiter. In dem modernen Arbeiter sind die Verstandesfunktionen besonders geschärft. In Deutschland vertiefte sich unter dem Einfluss eines über den grossen Massen hinausragenden sozialdemokratischen Führertums gerade der theoretische Sinn der Massen. Gerade, weil grosse Gruppen deutscher Proletarier der eintönigen Werkstattsarbeit entrissen wurden und in materiell bessere Stellungen, in denen sie geistig wachsen konnten, einrückten, entstand eine stark theoretisch sozialistische, von Arbeitern geschriebene Tagespresse und ein ausgedehntes sozialistisches, von Arbeitern getragenes Bildungswesen.
Der *Arbeiter in gehobener Lebensstellung*, der seine Situation mit der des Bourgeois messen und sich ein überdurchschnittliches Wissen über die Lebensbedingungen seiner Klasse und der mit ihr kämpfenden Gesellschaftsschichten aneignen konnte, wurde gerade ein machtvoller Förderer des Klassenbewusstseins der noch geistig dahin dämmernden Massen. Eine Gefahr für die Klassenreinheit und Gedankeneinheit der sozialdemokratischen Partei bedeutete dieser *Arbeiter in gehobener Lebensstellung* sicher nicht. Die sozialdemokratische Partei selbst blieb in ihren führenden Mitgliedschaften eine echte Lohnarbeiterpartei. R. Michels, dem das Einrücken der Arbeiterführer in mässig-kleinbürgerliche Situationen nicht unbedenklich für die Prinzipienreinheit der Sozialdemokratie erscheint, erbringt in seinen Aufsätzen über die deutsche Sozialdemokratie im *Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik* zahlenmässig den Beweis, dass die soziale Zusammensetzung der sozialdemokratischen Partei überwiegend proletarisch ist. Die Parteimitgliedschaft Marburgs setzte sich zu 94,7 % aus Lohnarbeitern zusammen, die Frankfurts a. M. zu 94 %, die Offenbachs zu 92 %, die von Leipzig-Stadt zu 91,8 %, die Nürnbergs zu 87,8 %, die Münchens zu 77,4 %. Die sozialdemokratische Wählerschaft hat sich seit 1890 durch den Zusammenbruch der bürgerlichen Demokratie stark verbürgerlicht, die sozialdemokratische Mitgliedschaft nicht. »Die *Arbeiterpartei* ist auch heute noch ihrer Zusammensetzung nach eine Klassenpartei, soweit nur die historische Rolle der Idee die Bildung klasseneinheitlicher Gruppierung zulässt.«

× ×

Kurze Chronik Das Zeitungswesen nimmt in dem Vorlesungsplan der Universitäten als Unterrichtsgegenstand einen immer breiteren Umfang an. Vor einem Jahrzehnt stand nach Mitteilungen der *Kritischen Blätter für Sozialwissenschaften* Professor Koch in Heidelberg mit seiner Vorlesung *Geschichte, Wesen und Bedeutung der öffentlichen Meinung, der Presse und des Journalismus in Deutschland* und mit seinen *Praktischen Übungen zur Einführung in die Journalistik* allein da. Jetzt besitzt die Universität Zürich einen Lehrstuhl für Zeitungswesen. Dort liest Dr. Wettstein über die Presse in der französischen Revolution und die Technik der Tagespresse, mit Übungen. In Greifswald hält Professor von Wenckstern Vorlesungen über Redaktion und Nachrichtendienst der Zeitungen. Im Sommer lesen regelmässig Professor Bücher in Leipzig und Professor Thiess an der Hochschule Danzig über die Presse. Das Pressrecht behandeln Professor Stein in Halle und Professor Kitzinger in München. An der neuen Berliner Handelshochschule in Berlin sollen regelmässig das Buchwesen und das Zeitungswesen der Unterrichtsfächer in den Lehrplan gestellt werden.

× ×

Literatur Der Begriff der *Menschheitskultur* erschliesst sich dem denkenden Leser aus dem geistvollen Schriftchen Kurd Lasswitz' *Was ist Kultur?* /Leipzig, Elischer/ klarer und greifbarer, als aus den dicksten kulturhistorischen Werken. Die tiefgehenden Unterschiede in dem Denken, Fühlen und Handeln primitiver und kulturell hochstehender Völkerschaften charakterisiert Lasswitz meisterhaft. Dem Naturmenschen fehlt die Fähigkeit des abstrakten Denkens, es fehlt ihm die Besonnenheit des Handelns. Die Entwickelung schafft die Aktivität des Gedankens und des Willens. »Und der Gesamtgewinn ist eine Überwindung der Gebundenheit alles Lebens durch einen Zustand der Freiheit . . .

Kultur ist Leben und Arbeit um der Würde der Menschheit willen. Soll sie bestehen, so muss der Begriff der *freien Persönlichkeit* vorhanden sein in dem Sinne, dass sie Recht und Ziel jedes Menschen überhaupt bedeutet ohne Unterschied des Stammes, des Geschlechts, der Macht, der Bildung, und dass es nur darauf ankommt, dass der Mensch den Willen zum Guten um seiner Würde willen bewährt, weil er dadurch als Selbstzweck sich erweist.«

In seinem anregenden Aufsatz *Die revisionistische Bewegung in der deutschen Sozialdemokratie* im *Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft* kommt Ernst Günther zu dem richtigen Schluss, dass der *Revisionismus* erst den kleinsten Teil seiner Aufgabe durch den Nachweis der Unzulänglichkeit der marxistischen Begründung des Sozialismus vollbracht habe, und dass ihm noch die Lösung der schwierigsten Aufgabe, der Aufbau eines neuen sozialistischen Systems auf ganz anderer Grundlage, bevorstehe. Dem Marxismus ist nach unserer Überzeugung der Gedanke der wachsenden Vergesellschaftung des Produktionssystems sehr wohl zu entnehmen. Die Wandlung des zwangsweisen gesellschaftlichen Produzierens in ein freies genossenschaftliches ist dann vor allem das Werk der bewussten, zielklaren Tätigkeit der wirtschaftlichen und politischen Organisationen der Arbeiterklasse. PAUL KAMPFFMEYER

KUNST

Bildende Kunst

Spanische Ausstellung Castelucho und Mezquita sind's, an Jahren jung, für die der Berliner Salon Schulte durch eine umfassende Kollektion zu interessieren suchte. Die Malerei dieser spanischen *Sezessionisten* ist gewandt, aber nicht vertieft, gereift genug, um eine nachhaltige Wirkung zu üben. So verschieden naturgemäss die Temperamente ihre künstlerischen Äusserungen gestalten, erinnert die lose, lockere, nicht selten flüchtige *Aufmachung* der Bilder dieser jüngsten Spanier uns bis zu einem gewissen Grade an das Selbstgenügen der Münchener *Scholle,* deren Mitglieder auch glauben, es käme darauf an, mit möglichst breitem Pinsel, möglichst viel Leinewand, möglichst rasch zuzustreichen. Die jüngsten Franzosen denken ja nicht viel anders: es könnte sich also um eine Art Anschauungsbazillus handeln, den das Tempo unserer Tage in den jungen Gehirnen nisten lässt und züchtet. Der Impressionismus bekommt hier einen barocken Zug. Und des näheren: Wie einst in den Frühlingssturmtagen seiner neuzeitlichen Malerei Frankreich heftige Anregungen von jenseits der Pyrenäen erfuhr, nehmen nun die jungen Spanier weniger wertvolle von den letzten, späten Franzosen zurück, den Besnard, Simon, Cottet, und in einem Grade, dass mit Ausnahme ihrer Autoren alles französisch in diesen Bildern ist. M e z q u i t a ist entschieden der Stärkere von beiden. Sein *Ball,* zu dem blinde Musikanten aufspielen, ist bemerkenswert durch die Wahl und den Ausdruck der Typen. Diese, in sicherem Erfassen, führt er in langem Zuge auf dem Bilde *Meine Freunde* vor, das auch durch malerische Qualitäten einnimmt, aber im Grunde gerade durch sein regelmässiges Vermögen gleichgültig lässt. Dagegen ist C a s t e l u c h o, im Aufbau skrupelloser, der Kolorist, der durch eine laute Geste belebte Kostüme grell herunterflackert.

× ×

Liebermann Die Kunst Liebermanns scheint phasenweise auf einen Ton gestimmt zu sein. Im vergangenen Sommer schlug er die stärksten Noten seines Kolorismus an — vielleicht ein wenig von van Gogh beeinflusst —, diesmal geht er aufs Dunkel-Tonige, wobei Nuancen zum Vorschein kommen, die ein Grundzug seiner Produktion sind und besonders seine früheren Werke beherrschen; nur sind diese Dunkelheiten diesmal bedeutend verfeinert, geklärt, vertieft und darum reiner, lebenswarmer, voller: im guten Sinne altmeisterlich: man denkt in der Tat an altholländische Landschaften. Wie zum Beispiel auf dem Bilde *Eingang zum Bauernhaus* in dem waldigen Vordergrund die klaren Tiefen angeschlagen werden, das lässt an Hobbema denken, während auf dem *Badestrand* die zarten Lichtheiten in Silber und Blau an Vermeer erinnern. Das *Haus in Nordwijk* zeigt uns altbekannte Liebermanntöne und an einem simplen Motiv, aber es ist hervorragend, wie die graubraune Ziegelwand und die gelben Fensterumrahmungen das stille Licht aufsaugen und so belebt und luftig dastehen, ohne jede koloristische Aufdringlichkeit, schlicht und selbstverständlich, so dass das Haus zu innerem Leben erwacht durch diese meisterhafte Bestimmt-

heit. Von den übrigen Dünenbildern war das mit den Brombeeren suchenden Kindern reizvoll, sowohl, wie die Kinder als lichter und doch warmer Farbenfleck, als, wie sie als Bewegung die Düne beleben und den Ausschnitt konzentrieren. Ein anderes Bild, der *Hundekarren*, wirkte sehr stark als Komposition in der Lebendigkeit der Gruppe — vor allem der Köter unterm Karren —, die ausserordentlich momentan und kraftvoll erfasst war; und wie dann die gelben und braunen Häuserwände in ihrer summarischen Farbenbehandlung gewissermassen das Ganze als Kulisse umrahmten, das liess den Vorgang in der Lebhaftigkeit einer Valottonschen Silhouette erscheinen. Zum Schluss das Porträt des Dr. Wolffson aus Hamburg: es war in seiner frappierenden Charakteristik derartig heruntergehauen, dass hin und wieder das blanke Leinen durchblickte und auch wieder mit Absicht verwendet schien, so zum Weiss des Augapfels. Aber man kam nicht unbedingt zu einem koloristischen Genuss: in seiner scharfen und kalten Belichtung war es keine malerische Komposition, sollte es auch wohl nicht sein, aber darum vielleicht ein wenig grausam nüchtern.

× ×

Leistikow Die Gegenüberstellung der Werke Liebermanns und Leistikows erinnerte lebhaft an die der Werke Manets und Monets, die wir zu Beginn der Herbstsaison im Salon sahen (vergl. *Sozialistische Monatshefte*, 1906, 2. Bd., pag. 1070 ff.), denn je zwei der in Frage stehenden sind verwandte Temperamente, nur das zwischen Leistikow und Monet eine erheblichere Distanz der Begabung klafft, als zwischen Liebermann und Manet. Aber verwandt in ihrer Anlage und ihren Zielen sind die je beiden: Wir sehen in Liebermann, wie in Manet, den Künstler mit rein malerischen Absichten, der nur durchs Auge empfängt und nur durchs Auge genossen sein will, und wir sehen in Leistikow, wie in Monet den Maler, der vom lyrischen Landschaftsempfinden ausgeht. Nur waren Manet und Monet die Bahnbrecher des französischen Impressionismus, zwei Künstler, die sich neben einander behaupten, während Leistikow neben Liebermann zu sehr abfällt. Die kleine Kollektion weist wieder die Mannigfaltigkeit und Geschicklichkeit, zugleich aber auch das Dünne dieser Begabung auf, das stets dann in den Vordergrund tritt, wenn dieser Maler sich nicht durchaus konzentriert, um sein Bestes zu geben. Er malt zu viel. Er bedürfte langer Sammlung, um fleischige Früchte zu reifen: auf der letzten *Secessions*ausstellung sah man ein solches Bild, die *Liebesinsel*; wie weit ist das Klischeeartige, die *schöne Aussicht* dieser Leinwanden von der Intensität jener entfernt! Und dann: neben der gehaltvollen Malerei Liebermanns dieses unmalerische Kolorit! Der Künstler will ja anders mit ihm wirken, will empfunden, nicht nur durchs Auge genossen sein: aber sein Kolorit ist nicht heiss empfunden, nur oberflächlich gesehen. Der *Scharmützelsee* war vielleicht die beste dieser Landschaften: wie vorn in den dunklen Kiefern die Kühle des Abends steht, und einige Äste und das ferne Ufer der letzte Gruss der Sonne streift, ist schön gefühlt. Im allgemeinen scheint es diesem Künstler zu ergehen, wie manchem andern: was einst erlebt, wird zur Routine.

× ×

Alte Meister Der Salon Cassirer, in dem sonst nur die extremsten Modernen zu Worte kommen, führte diesmal auch eine kleine Sammlung älterer Gemälde seinen Besuchern vor, unter denen die Holländer des 17. Jahrhunderts die Spitze hielten. Und wirkten eigentümlich beruhigt, selbstverständlich, klar und ausgereift neben der grellen Hast der Modernen; und mehr, als in den Galerieen, merkte man im Gegensatz der Kunstausstellung, wie diese Alten aus dem Vollen schöpften, und wo das der Zeit Unüberwindliche in ihren Bildern steckt. Welch hohen Rang der Porträtkunst repräsentiert zum Beispiel der wenig bekannte Cornelis Ketel, der um 1600 schuf, mit seinem Bilde der Susanna Roels! Von neueren Bildern könnte man dieser überlegenen Kraft allein die Leibls in seiner mittleren Periode ihnen an die Seite stellen, etwa die *Dachauerinnen*, die zwischen seinem frühen, noch unklaren, malerischen und seinem späteren Zeichenstil stehen. Es ist beste Kunst aus erster Hand, und das Ganze, bei einer bis in die Einzelheiten gegenwärtigen Solidität, die in steter Beziehung zum geistigen Zentrum bleibt, zu bildmässiger Wirkung herausgearbeitet. Die Prinzipien solcher Porträtkunst können sich unsere Heutigen gar nicht genug zum Vorbild nehmen; deshalb es doppelt ratsam ist, hin und wieder einige

alte Bilder unter die einer modernen Ausstellung zu mischen, damit sie als ein klar geschliffener Spiegel der Zeit die eigene Schwäche offenbaren und ein Vorbild sind. Neben Cornelis Ketel wären van Helst mit einem Damenporträt und Dirk van Sandvoort gleichfalls mit einem solchen zu nennen. Auch ihre Bilder waren von überzeugender Charakteristik, wenn sie auch malerisch nicht auf der Höhe des Ketel stehen, weil sie kalt und hart im Vortrag sind. An zweiter Stelle beanspruchte wohl Joshua Reynolds unser Interesse für sich. Doch während wir die Kunst der Holländer eine aus erster Hand nannten, können wir dem Engländer, der ein erfahrener Galeriekenner und gewandter Akademiedirektor war, dieses Prädikat leider nicht mehr erteilen: man möchte ihn den Lenbach des 18. Jahrhunderts nennen, wobei sein Wert und Unterschied zu Lenbach durch den Kulturrang der Zeiten natürlich sogleich bestimmt ist. Doch, wie dieser, blieb er in einer Abhängigkeit von seinen Vorbildern, ging er nicht selten von unmalerischen Absichten aus. Von den übrigen Bildern stach nur noch eine *Grablegung* von Tintoretto hervor, und man dachte vor dem Blaurot des düsteren teppichartigen Kolorits dieses geborenen Malers der Inquisition: wie hat doch Feuerbach, bevor er selbständig wurde, den Venetianer studiert! Die Boucher, Watteau und Toqué waren in so schwachen Exemplaren vertreten, dass sie daneben nicht bestehen konnten.

× ×

Willumsen Es ist nicht zu leugnen: Die umfangreiche Kollektion von Werken dieses dänischen Malers, Bildhauers, Keramiers machte einen starken Eindruck. Dann erinnerte man sich des nordischen Schriftsellers, der über seine Landsleute aussagte, der skandinavische Künstler der neuen Zeit sei nach Paris gegangen und habe sich über die dortige moderne Kunst hergemacht, wie der Neger, der nach Europa kommt und sich als erstes einen Zylinder anschafft: will sagen, in seinem Werk liegt Raffinement und Barbarismus hart neben einander. Man könnte der Wendung auch diese Fügung geben: Der Urwaldhüne der nordischen Berge assimilierte die Kulturwellen, wie der frühe Germane die Reste der antiken Welt; man glaubt in der Tat, einen Primitiven zu sehen, und möchte angesichts eines solchen Werkes annehmen, am Beginn einer grossen Zeit zu stehen. Das Sehen eines Urmenschen ist in dieser Kunst, der aber nicht zu wissen scheint, wie die Kulturarme einer raffinierten Mitwelt zugleich, mit unsichtbaren Händen, an seinem Bilde formen. Doch weit entfernt ist dieses Raffinement von der archaisierenden Kunst eines Klimt, der byzantinisch, das heisst pervers, denkt. Der Däne Willumsen wurzelt in der Kraft seiner Berge, seiner Heimat und entlehnt der neuen Zeit nur gewisse technische Elemente, die aber durch seine Kraft hindurch gegangen und von dieser umgeformt worden sind. Dafür spricht auch die Einheit seines malerischen, bildnerischen, keramischen Denkens. Es ist unmöglich, den Künstler in diesen knappen Zeilen zu kennzeichnen; doch so viel sei gesagt, dass das Urwüchsige, Ureigene seines Wesens am deutlichsten aus seinen in den Bergen oder am Wasser schreitenden und weilenden Gestalten zu uns spricht, und hier am stärksten aus seinen Mädchen und Kinderköpfen, die ein mythischer Hauch umweht. Mit anderen Worten: Dem Künstler eignet die grosse einfache Geste der Primitiven, die Geste zum Fresko. Man denke an seinen *Sturm!* Und von seinen Keramiken sei die Urne *Trauer* und *Mohn* genannt. Gleichwohl — auch das sei nicht vergessen — ist der Eindruck des Werks kein nachhaltiger, nicht von Dauer, nicht, wie bei den wirklich primitiven Meistern, da er mit zunehmendem Vertiefen steigt.

× ×

Kurze Chronik Die grösste Tat auf dem Gebiet des deutschen Ausstellungswesens war die Jahrhundertausstellung. Nun zieht Hugo von Tschudi, ihr hervorragender Arrangeur, die Konsequenz und gibt eine Umgestaltung der Bildersammlung in der *Nationalgalerie*. Es ist erstaunlich: es ist eine neue Galerie, es ist eine Tat. Geht hin und würdigt sie! × Der Generaldirektor Bode engagierte Bruno Paul zum Direktor des Berliner Kunstgewerbemuseums. × Graf Kessler erlag als Museumsleiter in Weimar einer Hofintrige. × Die *Madonna della Torre* Raffaels, die 45 Jahre im Privatbesitz versteckt sass, ist in den Besitz der *National-Sallery* übergegangen. × Das Berliner *Kaiser Friedrich-Museum* erwarb ein Bild des Vlamen Antonis Mor *Herzogin von Parma.*

× ×

Literatur Im Verlage von Piper in München erschien *Der Deutsche und seine Kunst,* eine *notgedrungene Streitschrift* von Karl Scheffler. Man geht wohl nicht fehl, wenn man das Büchlein als das Resultat des Streites hinnimmt, den vor Jahresfrist Meier-Graefes Buch *Der Fall Böcklin* hervorrief. Im heissen Kampf des Tages verschieben sich so leicht die Meinungen; es soll unter allen Umständen Farbe bekannt werden, und so schiesst ein jeder leicht übers Ziel hinaus. Der Umstand brachte es auch wohl mit sich, dass sich in Schefflers Büchlein einige Schiefheiten befinden, die sein Autor, der den Mut hat, seine Meinung zu wechseln, wohl in Bälde ausgleichen möchte. Im grossen und ganzen aber will er das Rechte: Es kann in Deutschland gar nicht genug auf den Unwert eines unmalerischen Inhalts und die Kunstbedingung formaler Qualitäten hingewiesen werden. Über diese Momente ist der Deutsche infolge seiner eigentümlichen Charakteranlage sich nicht klar, einer Charakteranlage, die ihn einmal zum Höchsten in der Kunst, und wieder zu Lebenslügen prädestiniert erscheinen lassen, in denen wir gerade heute bis über die Ohren stecken. Deshalb sei Schefflers Buch als ein Fingerzeig empfohlen. RUDOLF KLEIN

Dichtkunst

Ibsens Nachlass Nachdem Ibsen gestorben ist, hüten die Freunde seines Lebens mit liebevoller Sorgfalt alles, was den Dichter in den Augen der Welt noch erhöhen könnte, was dazu wirken könnte, den Klang seines Namens noch weiter tönen zu lassen. Eine kleine Zahl von Männern hat sich vereinigt, um das künstlerische Erbe Ibsens zu sichten, um genau die Daten des Lebens aufzuklären, deren Kenntnis vielleicht auch Helligkeit in sein Werk trägt. Otto Brahm und Julius Elias steuerten in dem Dezemberheft der *Neuen Rundschau* die Früchte ihrer Arbeit bei. Vor allem Brahm weist darauf hin, dass Ibsen nicht der kühle, langsam rechnende Ethiker gewesen ist, dass er heiss empfand und litt, dass er sein Leben im Drama formte, dass er eigenen Schmerz, auch eigenen Jubel in den Mund seiner Geschöpfe legte. So gewinnt eine Beichte Ibsens ungeahnte Bedeutung, die er ganz im Goetheschen Sinne niederschrieb: »Alles, was ich dichterisch geschaffen habe, hat seinen Ursprung in einer Stimmung und in einer Lebenssituation. Ich habe nie gedichtet, weil ich, wie man so sagt, ein gutes Sujet gefunden habe.« Diese letzten Worte gerade sind beachtenswert. Dem Dichter ist die Parade des Dramatischen an sich gleichgültig. Er sinnt nicht auf das Spiel in erster Linie, sondern auf das Motiv des Spieles, auf das Ideelle des Spieles, auf das Überendliche und Unbegreifbare des Spieles. Aus solchem Willen ist es zu erklären, dass Ibsen ganz ausführlich, ganz gerecht, wie ein weiser Richter etwa, Charakteristiken seiner Personen entwirft, ehe er sie zu lebendiger Tätigkeit zwingt. Die aus dem Nachlass jetzt hervorgeholten Entwürfe zur *Nora* und zur *Frau vom Meer* zeigen das.

Der Maler Edvard Munch pflegt gern zu erzählen, dass Ibsen im Rausche die tiefsten und gewaltigsten Regungen seines Inneren für Sekunden aufgerissen hat. Und so hat er's im Rausche dem Maler einmal anvertraut: Sein Glaube ist, dass in jedem Menschen ein Dämon wohne, ein Wesen, dessen Sporn und Kraft auch Sokrates in sich verspürt hat. John Paulsen, der eben seine *Erinnerungen an Henrik Ibsen* /Berlin, S. Fischer/ herausgibt, deutet in milder Art diesen Glauben zu einem anständigen Gottesbekenntnis um. Aber nein, das Quietistische eines Glaubens war nicht die Sache Ibsens, sondern das Aufreizende, das zum Umsturz Treibende, das Gefühl der Übermacht, weil einer den *sechsten Sinn* in sich gefunden hat. Er fragt und prüft in der Sehnsucht, seinem Dämon auf den Grund zu kommen. Er lässt sich nicht in stiller Verzücktheit von ihm beherrschen. Sein Gott war das Nichtgöttliche. Abraham, der Sohn Therachs, gelangt zu Gott, weil er auf der Erde alles so klug und gut findet. Ibsen schwingt sich zu ihm auf, weil ihm alles auf der Erde so dumm und schlecht erscheint. Hat man ihn nun wegen seiner Weltanschauung einen Pessimisten im Sinne Schopenhauers geheissen, dann tat man nicht ganz falsch. Nur muss man hinzusetzen, dass Ibsens Pessimismus eine Sittenerfahrung, keine Marotte gewesen ist. Er zeichnet insgeheim die Sentenz auf: »Die Stimmberechtigten unter uns sind in der Minorität. Hat also die Minorität recht?« Man beachte die Tektonik des Satzes. Der erste Teil eine entsetzliche Wahrnehmung, hinter die unbarmherzig ein Punkt gesetzt werden muss. Der Schluss

eine Frage. Sucht man die Gefühle, die dazwischen liegen, dann sind es leidenschaftliche Enttäuschungen, Irrungen und Wirrungen, aus denen kein Weg in die Ruhe leitet. Ein Pessimismus, aus dem Schmerze geboren, aus dem gequälten Herzblut. Folgende schlechte Verse hat 1850 Henrik Ibsen gedichtet:

»Mondlicht flutet bleich und sacht
Durch die stumme Winternacht.
Könnte doch sein sanftes Wellen;
Meines Herzens Nacht erhellen!«

Hier ist die gleiche Technik, wie in dem, ein grosses Drama vorbereitenden Aphorismus. Nur steht an Stelle der Rätselfragen das Gebet, das Seufzen, der Wille, eine Befreiung aus der Not zu erlangen. Sie ist ihm oft zu teil geworden durch seine Gattin Susanne Ibsen, geborene Thoresen. Elias und Paulsen berichten Schönes und Wahres von Susanne Thoresen. Sie zerstören den Irrtum, als wenn Ibsen durch sie zur Galligkeit verführt worden sei. Susanne war der Frieden seines Lebens. Sie wusste das und durfte lächeln, wenn ihr mangelndes Verständnis des Gatten nachgesagt wurde. Ihr waren andere Frauen nie gefährlich, auch nicht das flattrige Donauweibchen, das Brandes jüngst zur grossen Persönlichkeit hat erhöhen wollen. Etwas Systematisches, eine durchsichtige Klarheit des geistigen Arbeitens setzt bei allen unbestrittenen Genies in Verwunderung. Den Gedanken drückt Susanne Ibsen so aus: »Der Ibsen war sehr ökonomisch in seinem Schaffen; er brauchte alles, was er machte, für seine Stücke.« Wir müssen den Entschlafenen mit den Augen seiner Gattin sehen.

× ×

Erzählungen Ibsen ist tot, und Björnson lebt weiter und schreibt weiter mit dem unermüdlichen Fleisse, der schliesslich doch das Beste seiner streitbaren Natur ist. Sein letztes, bei Albert Langen in München erscheinendes Buch ist *Mary*, der Roman einer Frau, die sich an den nichtsnutzigen Mann verliert, während sie doch nach dem Willen des Dichters und der Sterne einem athletischen Übermenschen, einem Helden der Muskeln und der Seele gehören sollte. Aufgabe der Geschichte ist, zu erzählen, wie Mary am Ende ihr gutes Schicksal erreicht. Der Roman ist aufgebaut, wie tausend andere. Zufälle wirken in ihm, die zwar vorbereitet werden, die aber im Geleise der novellistischen Produktion je und je sich begeben. Ergreifend ist in dem Buche allein die Leidensgeschichte eines Hundes, die sehr glücklich in das Handeln der Menschen verflochten wird. Zur Polemik neigt Björnson, eine Frau vor allem mit Sonne bedeckend, die brechen will mit den überkommenen Formen der Moral. Es ist das Gute seiner Erzählung, dass diese Polemik in Empfindungen sich ausspricht und nicht in Überlegungen.
Wäre das durchaus der Fall bei der holländischen Frauenrechtlerin C. de Jong van Beek en Donk! Die Dame hat sich in dem Buche *Frauen, die den Ruf vernommen*, übersetzt von Else Otten /Berlin, *Concordia*/ von einem lohenden Brand ihres Inneren zu lösen. Sie will die geistige und gesellige Gleichberechtigung der Geschlechter erkämpfen, sie will die Kluft überbrücken, die das sogenannte *Proletariat* von den sogenannten *Gebildeten* trennt. Dass sie just auf den Gedanken verfiel, so rühmenswerte Absichten durch einen ganz und gar ungeschickten Roman zu verkünden, muss ihr zum herben Vorwurf gemacht werden an einer Stelle, da vom Künstlerischen allein die Rede ist.
Ob solch ergrübeltes Produkt Roman heisst, oder ob es der Verfasser *Moderne Missionsfahrten* tauft, das ist völlig ohne Belang. Erich Lilienthal, der Verfasser dieser starren Gabe, wollte in *Meyers und Müllers* /Berlin, Schuster & Loeffler/ die Kulturen des faulen Berlin W. gegenüberstellen oder vielmehr die Minderwertigkeit der semitischen und germanischen Unkultur zugleich erweisen. Ach Gott, ein jämmerlicher Dilettantismus bei einem Menschen, der in früheren Arbeiten immerhin Aufmerksamkeit verdiente. Der Wille des Dichters ist nichts ohne das ästhetische Gelingen.

× ×

Kurze Chronik Die Novelle Georg Hirschfelds *Ein Requiem* /Leipzig, *Inselverlag*/ will in sanften Tönen das Sterben eines jungen, passionierten Liebhabers erzählen. × Unter dem Titel *Eines Esels Kinnbacke* sammelt Roda Roda bei Albert Langen in München seine hübschen Schnurren. × Als *Worte Multatulis* stellt Carl Hagemann für J. C. C. Bruns in Minden ein Brevier des holländischen Dichters zusammen. Es ist ein gefälliger, geschmackvoll ausgestatteter Band. × Sehr viel Anmut und Anschauungskraft besitzen Knut Hamsuns Reiseschilderungen *Unter*

dem Halbmond /München, Langen/. × Ein junger Österreicher, Hermann Blumenthal, sei mit seinem Erstlingsroman *Der Weg der Jugend* /Berlin, Bard/ hier genannt, weil der Verfasser sich mutig an einen fremden Stoff, die Kulturprobleme der polnischen Juden, heranwagte. Er hat allerdings das Beste verfehlt, was dieser Welt zukommt, ihre eigenen Ideen und Reden. Er spricht mehr von sich in die Menschen, als aus dem Gemüte der Menschen, die er beschreibt.

× ×

Literatur Das Leben ihres Vaters, des Dichters und Gelehrten Hermann Kurz, erzählt Isolde Kurz in einem *Beitrag zu seiner Lebensgeschichte* /München, Georg Müller/. Diese Erinnerungsblätter ziert ein schönes, gemessenes Deutsch, eine Weltanschauung, die von dem Trefflichsten alles deutschen und lateinischen Geistes genährt ist. × Moeller van den Bruck hat vor Jahresfrist die Deutschen gezeichnet, die fern vom grossen Strome unserer Kultur sich flüchteten, die Fremdes, gar Brüchiges ins Gemüt und die Logik des Deutschen brachten. Nun begibt er sich zu den *Verschwärmten Deutschen,* das heisst den Herzen und Sinnen der grossen Einsamen, deren Leben sich in Mystik und Dunkelheit entfaltete. Solche sind ihm Meister Eckehart, Paracelsus, Jakob Böhme, Angelus Silesius, Hölderlin, Novalis, Fechner, aber auch — Mombert. Da lohnt sich der Widerspruch nicht. Und dann reckt sich Moeller Bruck an den *Führenden Deutschen* auf, an Hutten, Luther, Schiller und Nietzsche. Der Verfasser redet viel um die Dinge. Und doch bietet seine mehr Kulturvisionen, als Kulturwahrheit, bringende Kritik viel Erfreuliches. Die Bücher sind bei Bruns in Minden erschienen. MAX HOCHDORF

Musik

Reproduzieren Das Tasten der jungen Zeit, in der wir leben, kann auf dem Gebiete des Schaffens nicht so schnell zu einem festen Zugreifen kommen, wie auf anderen Gebieten, weil erst ein Unterbau da sein muss, auf dem das Werk sich erheben soll. Wir schaffen jetzt noch an dem Unterbau, an dem Milieu, aus dem erst später die Grösse herauswachsen kann. Dies der Standpunkt der jungen Generation: ein starkes Hoffen auf Grund des jetzt noch schwachen Produzierens, während die ältere Generation — so auch Otto Neitzel — in der Schwäche der Jetztzeit nur die Krankheit sieht, an der die Kunst dahinsiecht, ohne oder mit geringem Hoffen auf Gesunden. Ist unsere Schwäche die des Greises oder des Kindes?

Ich glaube, wir haben einen Grund zum Hoffen; ich halte das Schaffen dort, wo wir ohne Voraussetzungen einsetzen können, für ein starkes. So sehe ich im modernen Reproduzieren bereits die Richtung, die wir im Produzieren noch nicht haben. Hier hat das Tasten bereits zu etwas Greifbarem geführt.

Ich sehe in dem modernen Wollen vor allem das Streben nach Vertiefung; wir machen uns von dem frei, was bisher die Vertiefung in die Kunst gehindert hat. Rein äusserlich: wir fühlen, dass ein reines Geniessen nicht möglich ist in den alten Formen. Wir wollen nicht mehr geniessen innerhalb jener schreienden, aufdringlichen Renaissance- und Barockarchitekturen, die für unsere Konzertsäle konventionell geworden sind — auch der neue Berliner *Mozartsaal* ist hierin nicht befriedigend —; wir empfinden, dass Musik uns hier in unreinen Schalen geboten wird. Unser Streben geht darauf, hier zu verfeinern, Stimmung zu geben, und zwar unbewusst durch äusserstes Zurückhalten in Form und Farbe und Licht. Ja, man geht beim Licht noch weiter; selbst bei grösster Dämpfung tönt es noch zu stark; erst die Verfinsterung des Saales, bei gedämpfter Beleuchtung des Podiums, lässt den sensiblen modernen Menschen zum reinen Geniessen kommen. Soll es zur vollen Einheit werden, so macht der Kunstgewerbler hier noch nicht Halt; auch in der äusseren Programmausstattung muss Stimmung liegen, und noch weiter: hier und dort — vorläufig leider noch vereinzelt — wird das Publikum gebeten, nicht durch störendes Klatschen seinen Beifall zu zeigen, wie es bei geistlichen und Kirchenkonzerten bereits allgemein ist. Erfreulich scheinen mir die Versuche, die zumal in den Mittelstädten Westdeutschlands gemacht werden, das Intime des Saales, das für Kammermusik ein Bedürfnis ist, durch Beschränkung im Raum zu verstärken.

Der moderne Künstler bietet aber auch neuen Inhalt in dieser neuen Form. Ich will hier nicht von der grossen Masse der Konzerte im alten Stil sprechen, in denen man die Bachschen Paradestücke voranstellt — für die Kritiker —, um

mit den durchschlagenden Virtuosenstücken zu enden. Ihnen steht eine stets wachsende Anzahl jener Konzerte gegenüber, die nicht dem Publikum eine Unterhaltung bieten, sondern selbst eben Kunst sein wollen; veranstaltet für Hörer, die statt Unterhaltung auch Kunst *haben* wollen. Man vergleiche einen Bach-Abend etwa mit den recht bedenklichen Berliner Elitekonzerten, und man wird deutlich herausfühlen, was man diesem, was jenem Publikum bieten darf. Hier der moderne Mensch, dort der konventionelle. Hier fallen alle Konzessionen, die man dort machen muss. Hier darf man es wagen, einen Abend mit einem einzigen Komponisten auszufüllen; hier darf man die schwerer verdauliche Kost der Sonate geben; hier fühlt man das Stillose in der Zusammenstellung der bisherigen Programme, auf denen die Italiener neben deutschen Romantikern neben der Beethovenschen Sonate — wenn die überhaupt zu finden ist — reichhaltige Abwechselung bieten, das *Interesse* wachhalten. Gerade dieser Zweig der Musik, die Sonate, vielleicht das Grösste in der Musik überhaupt, wird von den ernsten Künstlern eifriger gepflegt; und auf diesem Felde, der Interpretation der Sonate und der Kammermusiksonate (Trios, Quartette), wird auch in der Reproduktion das beste geleistet: das Joachim-Quartett ist nicht mehr das einzige, die Böhmen, Petersburger, Brüsseler, Pariser, das Dessau-Quartett, die Trios von Schumann, Halir, Dechert, das Barth-, das philharmonische, holländische Trio und andere stehen kaum nach. Der Unterschied gegen die konventionelle Musik tritt besonders hervor bei den Solisten — denn konventionelle Kammermusik hat es bisher glücklicherweise noch nicht gegeben. Früher sah man den Zweck der künstlerischen Ausbildung in der Erreichung vollständiger Beherrschung der Mittel. Man glaubte, damit wäre die Möglichkeit reifster Interpretation gegeben, *das übrige* sei ja Sache des Komponisten. Man begeisterte sich an Paderewski, an Carenno, Rosenthal, Herzog, Godowski, der in Technik und Nuancierungsfähigkeit des Anschlags wohl jede mögliche Erwartung erfüllte. Das moderne Publikum aber sieht nicht den Künstler im Könnenden; es will ihn hinter dem Könnenden sehen. Darum haben jene das konventionelle Publikum um sich, die d'Albert, Pachmann, Pauer, Reisenauer, Lamond — um willkürlich bekannte Klavierspieler herauszugreifen — das moderne. Bei diesen habe ich eher das Gefühl, dass ihnen die Kunst ein Heiliges ist, als bei jenen. Bei ihnen sehe ich das Streben, sich dort zu vertiefen, wo sie im Komponisten einen Widerhall ihrer eigenen Persönlichkeit finden oder zu finden glauben. Und selbst, wo sie auf falschen Wegen schreiten, macht Innerlichkeit, Wärme, Miterleben ihr Spiel noch gross. Meist verstehen sie es aber äusserst fein, das zur Interpretation herauszugreifen, worin sie eben sich selbst, und nur sich selbst, wiedergeben können. Und sie müssen ihr Eigenstes hineinlegen in ihr Spiel, weil ihr Innerstes reich ist. Freilich entsteht nicht Vollendetes, wenn etwa Pauer sein Temperament hineinschöpft in Brahms, Reifes aber, wenn in die Romantiker, da Pauer selbst Romantiker ist, Reifes, wenn Joachim die Klassiker, Kieeberg Chopin oder Mozart, Schnabel Schubert, Lamond Beethoven interpretiert. Godowski zwar spielt alles, diese dagegen sind beschränkt, eine Beschränkung aber, die der Kunst zum Nutzen gereicht.

Auf einem verwandten Gebiet hat die Beschränkung zu schönem Fortschritt geführt. Das moderne Gefühl für Stil verlangt äusserste Reinheit in der Interpretation, ein genaues Eingehen auf die Intentionen des Schaffenden. Es häufen sich die Versuche, alte Werke auf alten Instrumenten zu spielen. Und wenn auch noch die entgegengesetzten Experimente gemacht werden, ältere Meister zu *modernisieren*, Schubert in Lisztscher, Bach in Busonischer Bearbeitung zu spielen, vor allem Bachs Orgelwerke für Klavier umzuarbeiten, so scheint es mir doch, als wenn gerade die feinsten Künstler und Hörer sich von dieser Kunst entfernen. Die begeisterte Aufnahme, die kürzlich eine französische Vereinigung zur Pflege älterer Musik damit gefunden hat, uns Werke des 18. Jahrhunderts auf alten Instrumenten vorzutragen, oder der Amsterdamer *a capella*-Chor, vor allem aber das, was die beiden letzten Saisons auf diesem Gebiete ergeben haben, zeugt davon, wie sehr wir für diese Reinigung der Kunst empfänglich sind.

× ×

Kurze Chronik An Novitäten brachten die letzten Monate nichts, was einer gründlicheren Besprechung wert wäre. Interessantes, aber nicht Vollendetes oder Neues boten Schillings (Streichquartett), Reger (Serenade), Kaun (Oktett), verschiedene

Werke Rösslers, Reznicek (Klavierquartett), Adela Maddison (Lieder). Die letztere schafft auf dem Gebiete einer Musik, die sich recht weit von der absoluten entfernt, etwa im Sinne Liszts. × Am 26. August starb Eugen Gura, bedeutend als Balladeninterpret und Darsteller Wagnerscher Gestalten. × Der Nachlass Hugo Wolfs ist von dem nicht mehr bestehenden *Hugo Wolf-Verein* übergegangen an den Wiener *Akademischen Richard Wagner-Verein*, der ihn, vorläufig mit Ausnahme der Briefe, veröffentlichen wird.

× ×

Literatur Zur Wagnerliteratur liegen einige neue Beiträge vor, die die Kunst Wagners interpretieren wollen. Die ästhetisch-technische Seite behandelt in erster Linie Max Chop. Er lässt bei Reclam in den billigen 20 Pf.-Heftchen Erläuterungen zu den einzelnen Musikdramen erscheinen in Form von musikalischen Analysen. Sie sollen zunächst den Laien einführen in die Eigenart des Wagnerschen Schaffens, dadurch, dass sie dessen Gerippe blosslegen. Diese Methode, die Gedanken (Leitmotive) herauszuschälen und in ihrer Entwickelung, ihrer Bestimmung, als Baustein eines Werkes zu dienen, zu verfolgen, ist meiner Meinung nach die beste Art, auf Wagner vorzubereiten. Allerdings kann dieser Weg stets nur eine Einführung in das Verständnis, nicht in den Genuss sein. Aber der Genuss kann ja stets nur auf dem Verständnis basieren. Darum dürften die gelungenen Heftchen Chops als erste Einführung dem Laien viel bieten. × Mehr die kulturgeschichtliche Seite des Wagnerschen Schaffens behandelt der Berliner Historiker Richard Sternfeld (*Richard Wagner und die Bayreuther Festspiele* in der *Deutschen Bücherei* /Berlin, Neelmeyer/). In kurzen Aufsätzen stellt der Verfasser in gedrängtester Form und gleichzeitig populär die wichtigsten Einzelfragen des Wagnerproblems zusammen. Ihre Gesamtheit gibt ein klares Bild von der Tat Wagners und deren Einfluss auf das Musikleben. ERNST AARMANN

Bühnenkunst

Tanz der Saint-Denis In den Tänzen der Ruth Saint-Denis ist etwas ganz Uneuropäisches. Etwas, das eine fremde Welt aufzeigt. Um dieses eigentümlichen Reizes willen fasziniert sie. Die mystische Schönheit der rätselhaften Kultur Indiens, die so üppig aufblüht und unerschöpflich scheint, enthüllt sich in den eigentümlichen Bewegungen dieser Tänze. Diese Bewegungen sind halb vegetativ, halb tierisch. Sie gleichen den zarten Beugungen einer Pflanze, die im leisen Wind sich wohlig schaukelt, die im Wasser dahintreibt. Es ist die instinktive Sicherheit des Tieres darin, wir spüren den Willen. Über allem steht noch die Intelligenz, die beinahe schöpferische Intelligenz, die bald sanft, bald herb, mit unnachahmlicher Grazie die Bewegungen lenkt. Das ist indischer Geist: das tiefe Wissen von allem und die stille Gebärde, die dieses Wissen anzeigt, die den lauten Lärm, das Betonen verschmäht.
Es liegt nahe, die Duncan und die Madeleine zum Vergleich heranzuziehen. Die Duncan erscheint dagegen wie ein lehrhaftes, europäisches Programm, das mit wenig Geschick und einigem Geschmack durchgeführt ist. Ruth Saint-Denis gibt sich. Sie will keine Schule machen. Das Griechentum der Duncan hatte etwas Oberlehrerhaftes. Die indische Art der Saint-Denis ist Wesensart. Sie ist in ihr. Diese Weichheit und tastende Feinheit der Bewegung, dieses Hingebende und Zurückfliehende, diese elastische Schönheit und Selbstsicherheit, dieses Zurückweichen vor dem zu schroffen Betonen, sie sind ihr Wesen und dem Wesen nach verwandt mit dem tiefen und sanften Charakter der Inder.
Die Schlaftänzerin. Sie war ein amüsantes Experiment. Die Annäherung an krankhafte Zustände sollte ihr eine interessante Folie geben. Es ist gleich, ob das Schwindel oder Echtheit war. Das kommt hier nicht in Betracht. Was wichtiger ist: ob es schön, eigen war. Das war es nicht sehr. Es war im besten Fall interessant. Die Tänze der Ruth Saint-Denis sind nicht nur interessant. Sie sind schön. Sei täuscht nichts vor. Sie ist Kraft, Elastizität, Bewusstheit, Können.
Die Tänzerin ist nicht schön. In dem landläufigen, europäischen Sinn nicht. Sie hat einen hohen, schlanken Körper, der sehr schmiegsam und elastisch ist. Er gehorcht Instinkten, die so fein und unmittelbar sind, dass sie kaum bewusst werden. Die erstaunliche Fertigkeit, den Körper in verhaltener Ekstase zu winden, die Arme zu drehen, als sei der Körper ohne Knochen, mag bewundernswert sein. Im Grunde ist das äusserlich und mechanisch. Das Einzigartige

ist, dass die Tänzerin durch diese starren Exaltationen, die die Monumentalität einer mystischen Formensprache haben, die zartesten und feinsten Dinge sagt, dass sie es ohne Zwang, ohne Klügelei fertig bringt, die Glieder unmittelbar als Ausdrucksmittel zu gebrauchen. Die Tänzerin bringt auch keine vulgäre Schönheit in den Posen. Sie will weder hinreissen, noch verführen. Sie stellt Schöpfungen hin. Schöpfungen, die volle Reife haben und in Kraft dastehen. Auf diese verweist sie. Nicht auf sich. Ihre Tänze haben objektiven Wert.

Vielleicht erinnert man sich der merkwürdigen Bewegungen, die den Indern eigentümlich sind. Dieses Instinktive. Die Geste hat hier eine markante Bedeutung. Sie ist Ausdruck des Innern, sie ist nicht schematisch erstarrt. Die knochigen, langen, braunen Finger haben eine ganz seltsame Lebendigkeit. Die Glieder zeigen eine nervöse Empfindlichkeit. Die samtbraunen Augen schimmern in tiefen Träumen. Und mild lächelt der Mund. Wie wundervoll können die Inder lächeln! Ihre ganze weltüberlegene Philosophie, ihre ganze echte Schönheitskultur ist darin.

All das ist in den Tänzen der Ruth Saint-Denis enthalten. Und noch viel mehr. Denn das sind nur körperliche Geschicklichkeiten. Wenn wir aber an den uralten Kult der Inder, der so massgebend alle Religionen beeinflusst hat, an diese ganz überirdische und doch wieder so lebens- und irdisch glutvolle Mystik denken, die die Erde so tief kennt und so sehnsüchtig hinauslangt zu den Sternen, dann erhalten diese Äusserlichkeiten die innere Bedeutung. Wir stehen am Anfang einer Bewegung, die unsere Beziehungen zu Asien tiefer erkennt, als die Vergangenheit. Wir spüren Entdeckungen auf. Wir streben, die Wahrheit des Ursprungs unserer Religionen und Sagen aufzudecken.

Dies sei nur nebenbei gestreift. Zugleich ist hier für die Tänzerin die Scheidung. Denn sie ist nicht Nachahmerin, sondern Schöpferin. Die Bewegung ist ihr Mittel, einer ganz persönlichen Art Ausdruck zu geben. Sie nimmt nur die Anregungen aus dieser fremden Welt. Sie formt daraus ein ihrem Wesen entsprechendes Kunstwerk. Sie gibt sich nicht auf, sondern gewinnt aus sich die höchste Kraft, sich im Fremden zu betonen. Das ist das Intellektuell-Europäische an ihr. Sie gibt eine Schönheit im künstlerischen Werk, die uns bannt. Es fehlt jeder Vergleich. Ein unmittelbarer Konnex findet statt. Ohne unser Wissen, ohne unser Zutun. Und wir sind gefangen, ehe unser Intellekt sich klar wird. Denn es ist das Auge, das trunken diesen Bewegungen folgt. Und es folgt sicherer, gläubiger dieser Schönheit, als der Verstand, der erst mühsam zu dem eigentlichen Wesen hintastet. Der Verstand bestätigt aber nur, was das Auge schon lange weiss.

× ×

Kurze Chronik In dem von William Müller umgebauten Hause wurden *Kammerspiele* des *Deutschen Theaters* in Berlin eröffnet. Als eindrucksvolle Aufführung sind die *Gespenster* zu verzeichnen. Der Theaterraum lehnt sich in seinem Stil an das Empire an, dessen geradlinige, exakte Haltung einem gesammelten Eindruck günstig ist. Die Decke ist in glattem Weiss gehalten. Das Bühnenbild erschien in diesem exquisit schlichten Rahmen wie ein Erlebnis, das man zufällig belauscht. Jede laute Nuance ist vermieden. Die Wahrheit des Lebens wurde zur Kunst erhoben. Die feinen Fäden dieses dramatischen Gespinstes verflochten sich in sichtbarer Schönheit. Und das war der bleibende Gewinn: die unvergleichliche subtile Arbeit dieses Gestalters zu erkennen.

× ×

Literatur Die Literatur über die neue Bühnenkunst, die die dekorativen Werte für das Theater nutzbar macht, ist noch äusserst spärlich. Man wird lange suchen müssen, um in Zeitschriften eine Behandlung dieses Themas ausfindig zu machen. Felix Poppenberg spricht in einer Broschüre *Neue Theaterkultur* von diesem neuen Gebiet, das die Künstler sich eroberten. Die Broschüre gehört der Serie *Flugblätter zur künstlerischen Kultur* /Stuttgart, Strecker & Schroeder/ an. In richtiger Weise betont Poppenberg das Künstlerische. Dass das Drama dadurch nicht weitergebracht wird, ist selbstverständlich. Man befürchtet dadurch eine Verflachung, ein Wert Legen auf Nebenmomente. Dabei handelt es sich um ästhetisch-sinnliche Werte. Sobald man überhaupt auf die primitive Bühne verzichtet, wird man den Anspruch gerechtfertigt finden müssen, dass die Ausstattung, die man ja verlangt, künstlerisch sei. Und es ist ebenso selbstverständlich, dass die kunstgewerblich-dekorative Bewegung auch auf die

öffentliche Theaterkunst ihren Einfluss ausüben muss. In welcher Art und in welchem Grade, darüber sind die Meinungen und die Erfahrungen freilich noch nicht geklärt. ERNST SCHUR

DIVERSA

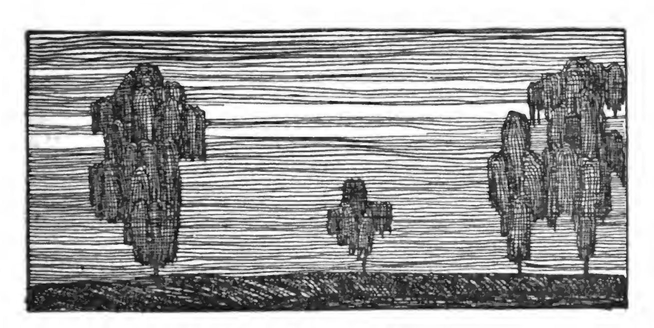
Bücher

Hauptmanns *Gesammelte Werke* Vor 18 Jahren erschien die erste Nummer der *Freien Bühne*: auf miserablem Papier in schlechtem Druck und noch ganz ohne *Ausstattung*. Aber der Inhalt bedeutete für die junge Generation damals ein stürmisches Werden und einen Kampfruf. Aus der *Freien Bühne für modernes Leben* wurde dann die *Freie Bühne für den Entwickelungskampf der Zeit*, dann kam später der Untertitel *Neue Deutsche Rundschau*, der Untertitel wurde zum Haupttitel, die Kämpfer wurden ruhiger, der Inhalt würde moderiert, aber die äussere Form dekorativ. Und heute ist *Die Neue Rundschau* das anerkannte literarische Organ und auch ein Sammelobjekt für Bibiliophilen.
Von dem Grössten der *Freien Bühne* und der grössten Hoffnung jener Generation, von Gerhart Hauptmann, sind jetzt die gesammelten Werke in 6 Bänden erschienen, ediert vom Verlag S. Fischer, der vor 18 Jahren des *Königlich schwedischen Hofbuchhändlers* bedurfte, und der heute durch seinen eigenen Namen Klang in der literarischen Welt hat. Die anderen aus jener Zeit sind gegangen, verdorben oder bescheiden in die zweite Reihe gerückt. Der Stillste unter ihnen, Gerhart Hauptmann, schuf Werk um Werk, und der Chor um ihn wurde mit den Jahren vielleicht etwas zu laut. Und jetzt haben wir seine erste Gesamtausgabe. Da haben wir sie wieder, jene Stücke, von denen damals jedes eine Losung bedeutete: *Vor Sonnenaufgang*, wo die Doktrin brutal und das brutale Leben zart ist, das *Friedensfest*, das aufwühlende *Weber*drama und den *Florian Geyer*, dessen abseits liegende Grösse nicht erfasst werden konnte; dann die beste Komödie der Zeit, den *Biberpelz*, dessen packendste Szene in einem viel beachteten Vorfall unserer Tage eine Nachahmung fand, mit seiner nachdenklichen Fortsetzung, dem *Roten Hahn*, dann die *Einsamen Menschen*, die eigentliche Tragödie der Moderne, die von manchem jener Generation erlebt, von anderen kaum ganz verstanden wurde, den *Michael Kramer*, der die Wende im Dichter selber darstellt, und jenes wunderbare *Hirtenlied*, in dem die Heimat der Erzväter, die junge Natur, die verstreuten Klänge des Alten Testaments zu einem Ganzen zu werden scheinen, um doch Fragment zu bleiben. Auch die *Versunkene Glocke* ist dabei, die Hauptmann dem Theaterpublikum nahe brachte, und die man gut entbehren möchte, die aber in dem Gesamtbild schliesslich nicht fehlen darf, und alles übrige, auch das merkwürdige *Helios*fragment — nur den Anfang, das *Promethidenlos*, hat man nicht aufgenommen —, alles in der ursprünglichen Gestalt, bloss eine notwendige Konzession in den Dialektstücken und kleine äusserliche Änderungen: die *Handelnden Menschen* der ersten Periode sind *Dramatis personae* geworden, und der schlicht ergreifende erste Titel *Hannele Matterns Himmelfahrt* ist jetzt theatralisch zu *Hanneles Himmelfahrt* vereinfacht. Die Einreihung der Werke in die einzelnen Bände ist nicht nach der Zeit ihres Entstehens, sondern nach der *inneren Zusammengehörigkeit* geschehen. Ich weiss nicht, von wem diese Anordnung ausgeht. Es hat etwas Missliches, einen lebenden Dichter in Perioden einzuteilen. Es kommt eine Willkür hinein. Bei dem Künstler selber vielleicht eine Autosuggestion. Man kann es ruhig dem Leser überlassen, sich selber den Zusammenhang zu formen.
Die künstlerische Persönlichkeit Gerhart Hauptmanns wird man in dieser Zeitschrift in einem besonderen Essay zu analysieren versuchen. Hier sei nur das Äussere dieser Ausgabe bemerkt. Druck, Papier und Einband entsprechen hohen Anforderungen unserer Buchkunst. Mir persönlich wäre statt der breitköpfigen Drugulin-Schrift eine einfache, klare *Antiqua* lieber gewesen, und mir schiene sie auch wesensehrlicher — es ist mir bekannt, dass eine vielgeschäftige Feuilletonphantasie die Frage *Fraktur oder Antiqua?* zu einer Frage des Deutschtums machen will —, aber das Ganze hat eine so grosse Schönheit in sich, dass man sich über dessen Gelingen freuen kann. Den Pergamenteinband und die Vignetten hat E. R. Weiss gezeichnet. Das Gesamtwerk ist trotz der Sorgfalt und Kostbarkeit der Herstellung nicht teuer, und man kann dem Verlage nur dankbar sein, dass er dieses prächtige Werk uns zu Weihnachten gegeben hat. JOSEF BLOCH

VERANTWORTLICH FÜR DIE REDAKTION HERMANN REHLANDER IN POTSDAM · VERLAG DER SOZIALISTISCHEN MONATSHEFTE G. M. B. H. IN BERLIN · DRUCK VON CARL ROSEN IN BERLIN

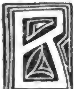


MAX STIRNER · AUS DER ERINNERUNG GEZEICHNET
VON FRIEDRICH ENGELS



2° HEFT / FEBRUAR 1907

RICHARD CALWER · DER 25. JANUAR



BEI Freund und Feind hat die Wahlniederlage der Sozialdemokratie allgemeines Staunen hervorgerufen. Mit frohem Optimismus war man in der Sozialdemokratie den Wahlen des 25. Januars entgegengegangen; selbst in gegnerischen Kreisen rechnete man überwiegend mit einer merklichen Zunahme der sozialdemokratischen Stimmen und Mandate. Noch wenige Stunden vor der Wahl kennzeichnete der *Vorwärts* den 25. Januar als den *Tag des Volksgerichts,* an dem mit der Regierung und dem konservativ-liberalen Regierungsblock Abrechnung gehalten werden würde. Es ist anders, ganz anders gekommen.

Der Parteivorstand hat unmittelbar nach der Hauptwahl einen Aufruf an die Parteigenossen gerichtet, in dem er sich eine Würdigung der Ursachen des ungünstigen Ausgangs der Wahlen vorbehält. Bevor man freilich die Ursachen würdigt, muss man sie erst feststellen. Die Parteipresse hat zum Teil die Schuldigen sehr schnell gefunden: das Proletariat hat bei den Wahlen seine Pflicht nicht getan, die Masse der nichtbesitzenden Klassen hat recht wenig politische Einsicht bewiesen. So verkündet's das Zentralorgan der Partei in seiner Nummer vom 26. Januar an zwei Stellen. Die erste lautet:

»Der siegesgewisse Hohn dieser edlen Scharfmacherblätter ist ja ein wenig verfrüht. Aber es kann nicht schaden, wenn dem Proletariate durch dies Siegesgeheul seiner Feinde die Tatsache zum Bewusstsein gebracht wird, dass es am 25. Januar seine Schuldigkeit nicht getan hat. Nicht die in der Agitation und Organisation tätigen Genossen trifft dieser Vorwurf, wohl aber die breiten Massen der Arbeiter selbst, die es seit Jahr und Tag an agitatorischem Eifer haben fehlen lassen, um ihre indifferenten Klassengefährten ebenfalls für den Sozialismus zu gewinnen.«

Die zweite:

»Auch aus dieser Auslassung [einer Notiz der *Breslauer Zeitung*] ersieht das Proletariat, wie wenig selbst der Freisinn zu hoffen wagte, die Massen durch die nationale Phrase betölpeln zu können. Er traute den Massen der nichtbesitzenden Klassen grössere politische Einsicht zu, als sie bei der Wahl tatsächlich bewiesen haben. Die Verhältnisse lagen für die Sozialdemokratie, selbst nach freisinniger Ansicht — man denke an die Kolonialkorruption, die weltpolitische Geldverschleuderung, die Tippelskircherei, die Wahlentrechtung des Proletariats, die Breslauer abgehackte

Hand, das Gewerkschaftsknebelgesetz usw. usw.! — so günstig, dass das Bürgertum eine Stagnation der Sozialdemokratie nicht zu erhoffen wagte. Dass trotzdem das Proletariat in seiner breiten Masse so wenig politische Einsicht bewiesen, darf die Gemüter aller Volksknebler und Ausbeuter mit berechtigtem Triumphe erfüllen.«

Das ist die Antwort des Zentralorgans auf die Niederlage des 25. Januar. Ich glaube nicht, dass die sozialdemokratische Partei sich diesen Standpunkt zu eigen machen kann. Er wäre so undemokratisch, wie nur möglich, und könnte nur die Gegner unseres Reichstagswahlrechts mit Freude und Genugtuung erfüllen. Nein, wir haben uns nach dieser Wahl zu fragen, ob denn unsere Politik und Taktik in den letzten Jahren so beschaffen waren, dass die grosse Masse der Wähler, die zu uns gehören, uns ihr Vertrauen schenken konnten, oder ob nicht vielmehr die Sozialdemokratie ihre werbende Kraft gemindert hat. Noch vor ganz kurzer Zeit, mitten im Wahlkampf, hat das Zentralorgan der Partei mich, der ich als sozialdemokratischer Kandidat aufgestellt war, wegen meiner Stellungnahme zu einer Reihe politischer und wirtschaftlicher Fragen in einer Weise zu diskreditieren versucht, die so recht charakteristisch ist für die Art, wie man seit einiger Zeit Parteiangehörige, die eine eigene Meinung aussprechen, mundtot zu machen sucht. Der *Vorwärts* nennt meine Ansichten »Eigenbrödlereien«. Diese *Eigenbrödlereien* bestehen nun aber darin, dass sie, im Gegensatz zu extravaganten Übertreibungen, zu vorschnellen Prophezeiungen, zu unberechtigten Angriffen auf Regierung und Gegner, die Tatsachen ohne Mikroskop, aber auch ohne Makroskop feststellen und in sozialistische Beleuchtung rücken. Hätte die Sozialdemokratie in den letzten Jahren nach dieser Methode gearbeitet, so wäre der Misserfolg der diesjährigen Reichstagswahl vielleicht ausgeblieben.

Wenn ich eines von einer Arbeiterpartei verlange, so ist es dies: Sie hat die Lage des Arbeitsmarktes und ihre jeweiligen Veränderungen nicht nur zu kennen, sondern auch bis zu einem gewissen Grade festzustellen. Die ganze Schöpfung der Arbeitsmarktberichterstattung in Deutschland, die auch heute erst in ihren Anfängen vorhanden ist, ist von der Sozialdemokratie in keiner Weise unterstützt worden. Sie stand diesen Bestrebungen teilnahmlos und ohne Verständnis gegenüber. Wozu auch sich um derartige überflüssige Dinge kümmern? Dem Arbeiter geht's ja immer und überall schlecht, folglich kommt's auf relative Unterschiede nicht weiter an. Es ist so einfach, mit den überkommenen Waffen aus dem Arsenal der agitatorischen Periode der Sozialdemokratie wirtschaftliche Streitfragen zu entscheiden, dass es Zeitvergeudung wäre, sich um die Meinungsäusserung von Leuten zu kümmern, die die Fragen des Arbeitsmarktes zu ihrem besonderen Studium gemacht haben. So war auch für den diesmaligen Wahlkampf die Parole gar schnell geprägt. Sie hiess *Hungerwahlen.* Diese Parole musste zugkräftig sein, für sie brauchte kein Beweis erbracht zu werden, ganz einfach deshalb nicht, weil für Arbeiter jede Wahl eine Hungerwahl ist und sein wird. Auch ich halte die Lage der Arbeiter, absolut betrachtet, für durchaus traurig, sonst wäre ich kein Sozialist. Ich weiss, dass es die Hauptaufgabe der Sozialdemokratie sein muss, eine Arbeitsmarktpolitik zu treiben, durch die die Lage der Arbeiterbevölkerung fortschreitend gehoben werden kann, einmal auf Kosten des dem Kapital zufliessenden Teiles des Produktionsertrages, sodann, und noch viel, viel mehr, durch Steigerung der Produktivität überhaupt. Aber dieses anzustrebende Ziel verhindert mich nicht, auch in der

Gegenwart schon die wesentlichen Veränderungen der Lage der Arbeiterschaft zu sehen und zu unterscheiden. Wenn man nun im Jahre 1906 die Parole *Hungerwahlen* ausgibt und damit bei den Wählern einen Vergleich mit 1903 herausfordert, in welchem Jahre die wirtschaftliche Lage der Arbeiterbevölkerung gegenüber 1906 recht ungünstig war, so reagiert eben die Einsicht des Wählers in der Weise auf diese Parole, dass er sagt: Im Jahre 1903 war ich nicht voll beschäftigt, sondern hatte wochenlang noch nichts zu tun, 1906 dagegen hatte ich Tag für Tag zu arbeiten und verdiente deswegen allein schon um 5 bis 10 % mehr, als 1903. Damals waren die Lohnsätze um 10 bis 20 Pfennig pro Stunde niedriger, während sie inzwischen in die Höhe gegangen sind. Es ist also gegen damals eine merkliche Besserung eingetreten. Diese Besserung ist durch die hohen Lebensmittelpreise zweifellos stark kompensiert, vielfach auch ganz ausgeglichen worden. Aber eine Verschlechterung gegen 1903 ist keinesfalls eingetreten. Wenn eine Veränderung zu konstatieren ist, so war es eine Besserung; eine Besserung, die den Arbeiter nicht befriedigen kann, soll und wird, aber eben doch eine Besserung. Der Wähler, der aus eigener Erfahrung 1903 und 1906 vergleichen kann, wird ob der zugkräftigen Hungerparole stutzig, misstrauisch, ja, er verallgemeinert den einzelnen Fall. Es ist nicht wahr, dass meine Lage sich gegen 1903 verschlechtert hat: das weiss er ganz sicher, weil er es selbst erlebt hat. Bei anderen Behauptungen ist die Nachprüfung für ihn schwieriger oder auch nicht möglich. Da verfährt er nun nach dem Analogieschluss: Wenn ihr Sozialdemokraten schon dort, wo ich nachprüfen kann, etwas behauptet, was nicht stimmt, wie mag's mit anderen Behauptungen stehen, wo ich glauben muss, wo ich nicht nachprüfen kann! Da scheint es doch in der Tat zweckdienlicher und auch der grössten Partei Deutschlands würdiger zu sein, den Wählern zu sagen: Gegen 1903 ist eine Besserung eingetreten, sie ist nicht gross, sie ist unbefriedigend, aber die gute Konjunktur hat sich auch auf dem Arbeitsmarkt deutlich bemerkbar gemacht. Jedoch eine derartige Taktik wird im allgemeinen noch ganz und gar verpönt: ohne die hohlen Augen des Hungers scheint kein Sozialismus denkbar.

Wenn man den Arbeitsmarkt nicht in seinen Einzelheiten und seinen Veränderungen kennt, dann ist es auch gänzlich ausgeschlossen, dass man positive wirtschaftspolitische Aufgaben formulieren und lösen kann. Das zeigt sich namentlich in der Behandlung zoll- und handelspolitischer Fragen. Es ist mir nicht verständlich und wird einem Sozialisten nie verständlich gemacht werden können, weshalb die Sozialdemokratie zwar nicht programmatisch, aber doch tatsächlich für den Freihandel vom reinsten Wasser eintreten kann. Eine derartige Stellungnahme entspricht dem Liberalismus, allerdings auch nur auf einer gewissen Entwickelungsstufe. Dagegen kann sich der Sozialismus nie und nimmer für die ungezügelte freie Konkurrenz auf dem Weltmarkte erklären. Auch die heutige Schutzzollpolitik ist zweifellos für den Arbeitsmarkt bekämpfenswert, und wir haben mit gutem Grund den neuen Zolltarif abgelehnt. Freilich, die Wirkungen dieses sogenannten *Wuchertarifs* sind stark übertrieben und aufgebauscht worden. Was für schwarze Bilder wurden nicht dem Volke an die Wand gemalt! Dass man mit dem neuen Tarif überhaupt keine Handelsverträge zu stande bringen könnte, war noch eines der wenigst schreckhaften. Unserem Exporthandel wurde eine nie wieder

gutzumachende Erschütterung prophezeit. Handel und Industrie gerieten in eine unaufhaltsame Krise. Alles Brot und Getreide verteuerte sich in ganz Deutschland um den vollen Betrag der Zölle. Das sind einige der vielen pessimistischen Voraussagen. Ja, um alles in der Welt, ist es denn in der Tat so gekommen? Nicht eine dieser schwarzen Voraussagen ist in vollem Umfange eingetroffen. Wir haben Handelsverträge bekommen, Industrie und Verkehr gedeihen. Unser Handel mit dem Auslande hat zugenommen, nur Brot und Getreide haben im Preise angezogen. Die letztere Erscheinung ist zu einem Teil allerdings eine Folge der höheren Zölle. Aber mit welcher Übertreibung wurde gerade diese Frage der allgemeinen Einwirkung des Zolles auf den Getreidepreis behandelt! Es wurde tatsächlich ernsthaft behauptet und wird noch behauptet, dass sämtliches im Inlande angebaute Getreide um den vollen Zollbetrag über den Weltmarktspreis verteuert würde. Ein Beweis hierfür wurde zwar nicht erbracht, um so leichter aber berechnete man im voraus die Belastung des deutschen Volkes. Weniger anfechtbar waren die Ausführungen unserer Presse und Abgeordneten gegen die Einfuhrverbote von Vieh und Fleisch, obwohl sie allein lange nicht hinreichen würden, die hohen Vieh- und Fleischpreise zu erklären. Im Jahre 1903 haben die Wähler, vor allem das Proletariat und die nichtbesitzenden Schichten der Bevölkerung, der Sozialdemokratie alle schlimmen Wirkungen, die der Zolltarif bringen sollte, aufs Wort geglaubt. 1906 hat sich aber inzwischen herausgestellt, dass diese Wirkungen entweder gar nicht oder nur in schwächerem Grade eingetreten sind. Ja, glaubt man denn, die Wähler haben nicht so viel Einsicht und so viel Gedächtnis, dass sie die Voraussagen von damals mit den Tatsachen von heute vergleichen können? Sie tun es, und sie haben es getan, und die Wirkung ist meines Erachtens auch nicht ausgeblieben. Wären unsere Voraussagungen eingetroffen, dann wären die Wahlen am 25. Januar anders ausgefallen. Umgekehrt mussten aber die Wähler enttäuscht und misstrauisch sein, nachdem die früheren Kassandrarufe sich als unberechtigt herausgestellt und in ihrer krampfhaften Erneuerung keine Wirkung mehr gehabt haben. Mit der richtigen Einschätzung der Wirkung des neuen Zolltarifs bleibt man noch immer ein scharfer Gegner unserer geltenden Handelspolitik: sie ist vom Standpunkt des Arbeitsmarktes aus durchaus verkehrt, sie ist verkehrt im Hinblick auf Deutschlands wirtschaftliche Zukunft, im Hinblick auf unsere Konkurrenz mit Amerika und England. Ich kann hier nicht näher auf die Begründung meiner Stellung in handelspolitischen Fragen eingehen; das habe ich zur Genüge anderweitig getan. Sie gipfelt in dem Ziele eines engen zollpolitischen Zusammenschlusses der mitteleuropäischen Staaten, einer Idee, die uns durch Not aufgezwungen werden wird, die aber heute schon in erster Linie von der Sozialdemokratie in ihrer Wichtigkeit erkannt sein sollte. Der deutsche Arbeitsmarkt und der Sozialismus haben das allergrösste Interesse an einer derartigen Entwickelung über den nationalen Rahmen hinaus. Hier kann sich der internationale Gedanke in gesunder und lebenskräftiger Weise entfalten.

Was über das Verständnis für die wirtschaftspolitischen Aufgaben Deutschlands gesagt ist, gilt zum Teil auch für die Auffassung der kolonialpolitischen Fragen. Dass die Sozialdemokratie guten Grund hat, sich allen Forderungen der Regierung zu Kolonialzwecken gegenüber oppositionell zu verhalten, das ergibt sich einmal schon aus unserer heutigen Stellung zur Re-

gierung, sodann aber aus der gänzlich einflusslosen Rolle, die der Arbeiter im Produktionsprozess spielt. Aber trotz stramm ablehnender Haltung darf auch der deutsche Sozialist nicht verkennen, dass unser Kapitalismus und unser Unternehmertum kolonisieren müssen, soll Deutschlands wirtschaftliche Zukunft dem konkurrierenden Auslande gegenüber sichergestellt werden. Es gibt kein zweites Industrieland auf der Erde, das aus sich selbst einen so starken Bevölkerungszuwachs entwickelt, wie Deutschland. Wir sehen nun, wie das Unternehmertum aller anderen mächtigen Industrieländer bis zum jüngsten, Japan, herab die Erde okkupiert. Da kann die Sozialdemokratie in Deutschland nicht verlangen, das deutsche Unternehmertum solle hübsch zu Hause bleiben und keine weltpolitischen Ziele verfolgen. Wie denkt man sich denn bei dieser Auffassung die Verwirklichung des Sozialismus? Soll und muss denn nicht erst der Kapitalismus die Welt in seine Fesseln zwingen, bevor eine sozialistische Organisation der Wirtschaft funktionieren kann? Wenn diese Frage mit *Ja* beantwortet wird, dann muss das Kapital, auch das deutsche, hinaus und die Welt sich mit den Mitteln und Waffen untertan machen, die ihm zur Verfügung stehen. Zur Kritik der kapitalistischen Kolonialpolitik bleibt dabei noch ein weiter Spielraum übrig. Aber die Entfaltungsnotwendigkeit des Kapitalismus mit unserer Kritik gewissermassen negieren zu wollen, das ist etwa gerade so sozialistisch, wie das Aufzählen von Bedenken gegen die Entfaltung des Grossbetriebes und der Kartelle mit der Absicht, diese als ein unerfreuliches Symptom der Entwickelung bezeichnen zu wollen. Im Wahlkampf ist von unserer Seite viel auf die höheren Löhne der Arbeiter in England und Amerika hingewiesen worden. Es gab einmal eine Zeit, wo man mir diese Unterschiede einfach bestritt. Nun möge man sich doch einmal die Mühe machen, zu untersuchen, woher das höhere Lohnniveau speziell in England kommt. Man wird dann finden, dass das Vorhandensein weiter Kolonieen die Lage des Arbeitsmarktes überaus günstig beeinflusst hat. Die Meinung, in Deutschland könnten ohne weiteres die Löhne auf das höhere Niveau des Auslandes hinaufgerückt werden, ist so naiv und zeugt von so geringer Kenntnis der verschiedenartigen Struktur der Volkswirtschaft in Deutschland und im Auslande, dass man sie noch nicht einmal mit ihrer agitatorischen Wirkung entschuldigen kann.

In der Parteipresse spricht man augenblicklich sehr viel in wegwerfendem Sinne von der *sogenannten* nationalen Frage. Es soll gar nicht bestritten werden, dass mit dieser Frage ein kolossaler Unfug getrieben wird. Aber so ganz umsonst lässt sich die Masse der Wähler doch nicht von einer Phrase einfangen, wenn hinter ihr nicht doch ein Sinn steckt. Unsere Bekämpfung der Regierung und der Gegner kann für die Wähler gar nicht scharf genug sein. Aber eine Grenze darf nicht überschritten werden. Es darf nicht der Eindruck entstehen, als ob die deutsche Sozialdemokratie den Kapitalismus des Auslandes und die Regierungen des Auslandes auf Kosten unserer deutschen Gegner bevorzuge. Dieser — natürlich grundverkehrte — Eindruck ist aber durch unsere Polemik vielfach entstanden. Erst in jüngster Zeit hat sich das bei der Behandlung der Marokkoaffäre gezeigt. Was mich damals überhaupt veranlasste, zu der Frage mich zu äussern, das waren die Angriffe auf die deutsche Regierung, die die Differenzen mit Frankreich einer internationalen Konferenz zur Schlichtung überwiesen haben wollte. Dass Frankreich unter Delcassé ein Deutschland gefährdendes Spiel getrieben hatte, das konnte nun

einmal nicht in Abrede gestellt werden. Mochte vorangegangen sein, was da wollte, nachdem die Pläne Delcassés aufgedeckt waren, sass Frankreich im Unrecht. Dass Deutschland seinerseits auch Fehler gemacht hatte, darüber ist kein Wort zu verlieren: man braucht nur an die Reise des Kaisers nach Tanger zu erinnern. Aber als nun die deutsche Regierung den Vorschlag einer internationalen Konferenz machte, da lag wahrhaftig kein Grund mehr vor, die deutsche Staatskunst so darzustellen, als ob sie gegenüber der ausländischen sich überhaupt verkriechen müsste, als ob diplomatische Tätigkeit die unnützeste und schädlichste Beschäftigung wäre, die es gäbe. Die Kritik gegen die eigene Regierung muss sehr, sehr weit gehen, aber an die Formel zu glauben, dass sie um jeden Preis schlechter und dümmer sein soll, als die des Auslandes, das vermag ich nicht. Dazu verpflichtet mich weder das sozialdemokratische Parteiprogramm, noch meine sozialistische Weltanschauung. Das Schicksal der deutschen Arbeiterschaft ist mit der Entwickelung des deutschen Kapitalismus so eng verknüpft, dass wir in allererster Linie dessen rascheste, kräftigste und allgemeinste Entfaltung zu wünschen und zu fördern haben, um so mehr, als diese Entwickelung die Keime einer sozialistischen Wirtschaftsordnung von selbst mit sich bringt und vermehrt. Hier gilt es, einzusetzen und der verwilderten nationalen Phrase eine positive Formel entgegenzusetzen.

Man hat sich in gewissen Parteikreisen viel darauf zu gute getan, dass man den sogenannten *Intellektuellen* seit 1903 gewissermassen den Stuhl vor die Tür gesetzt hat. Vor 1903 waren die Sympathieen für die Sozialdemokraten in Kreisen der Wissenschaft, Kunst und Literatur ziemlich weitgehend. Man sah in ihr namentlich in diesen Kreisen eine Partei mit kulturellen Idealen. Die Sympathie in diesen Kreisen wirkt aber viel weiter, als man im allgemeinen annehmen könnte. Sie beschränkt sich keineswegs auf die in Frage kommenden Personen, sondern erstreckt sich auf das ganze Milieu, in dem der Gelehrte, der Künstler, der Literat zu Hause ist. Nach dem Dresdener Parteitage, auf dem man kurzerhand die Meinungsfreiheit der Partei in erheblichster Weise beschnitten hatte, mussten diese Sympathieen verfliegen. Und wie in den letzten Jahren eine Gruppe von führenden Publizisten in der Partei ihren Beruf ausgeübt hat, das war wahrhaftig nicht dazu angetan, diese Sympathieen wieder zurückzugewinnen. Wir bekämpfen die katholische Kirche wegen ihres Unfehlbarkeitsdogmas, aber in unserer eigenen Partei hat sich eine Orthodoxie entwickelt, die für ein demokratisches Gebilde im 20. Jahrhundert geradezu Staunen hervorrufen muss. Im Interesse der Disziplin müsse Order pariert werden, wir seien eine kämpfende Partei, so wird mir eingewandt. Gut. Dass jeder einzelne sich den Beschlüssen der oberen Parteiinstanzen fügt, ist selbstverständlich. Dass aber die Äusserung von abweichenden Ansichten, dass die Diskussion schwieriger Probleme einfach unterbunden werden soll, und wir mit den fix und fertig überkommenen Dogmen alle neu an uns herantretenden Fragen lösen sollen, das ist eine Zumutung, die mit der Rücksicht auf Disziplin nicht mehr gerechtfertigt werden kann. Eine derartige Unterbindung der freien Meinungsäusserung muss zur Verknöcherung der Parteiauffassung, muss zur Sterilität unserer ganzen Tätigkeit führen. Wie können wir denn überhaupt positiv arbeiten, wenn wir jede geistige weitere Entwickelung nach Möglichkeit verhindern? Einen solchen kurzsichtigen Standpunkt kann man einnehmen, wenn man dem Glauben huldigt, dass die kapitalistische Entwickelung sich ganz

von selbst vollziehen und erst an dessen Ende der Sozialismus einzusetzen hat. Bis dahin ist das Proletariat zu organisieren und kampfbereit zu machen. Zu diesem Zwecke genügen ja dann auch die üblichen dogmatischen Formeln als Propagandawaffe. Auf Grund wirtschaftlicher Studien sehe ich den Gang der Entwickelung aber wesentlich anders an. Wir müssen als Sozialisten die kapitalistische Wirtschaft vorwärts treiben, die heute schon nicht mehr rein kapitalistisch ist. Hier und dort zeigen sich bereits sozialistische Keime und Ansätze. Wir haben mit unserer praktischen Tätigkeit nicht erst zu warten auf einen Zusammenbruch der bürgerlichen Gesellschaft, der gar nicht kommt, sondern wir haben heute schon alle Gebiete des öffentlichen Lebens nach den gegebenen Möglichkeiten sozialistisch zu beeinflussen: wir haben umzubilden, Hindernisse wegzuräumen, die Macht, die wir schon haben, positiv in die Wagschale zu werfen. Es gibt kein Allerweltsmittel, mit dem wir eines schönen Tages die politische Gewalt erobern und den Sozialismus etablieren könnten. Unsere politische Kraft saugen wir aus der wirtschaftlichen Entwickelung, und wenn diese für den Sozialismus nicht reif ist, dann hülfe es uns auch nichts, wenn wir vorübergehend einmal in den Besitz der politischen Macht gelangten. Die kapitalistische Entwickelung in Deutschland ist trotz allen Fortschritts während der letzten Dezennien doch noch weit zurück. Deswegen muss die politische und gewerkschaftliche Arbeiterbewegung in sehr viel höherem Grade und sehr viel systematischer, als bisher, die kapitalistische Entwickelung vorwärts treiben und darf sich selbst nicht daran stossen, wenn dabei die Kapitalgewinne vorläufig noch steigen sollten. Sie bleibt dabei noch nach, wie vor die radikale sozialdemokratische Oppositionspartei, die der heutigen Regierung die Mittel verweigert, da die Arbeiter politisch und wirtschaftlich zurückgesetzt sind, und ein parlamentarisches Regierungssystem fehlt. Aber in ihrer oppositionellen Haltung liegt dann ein positiv wirkendes Ferment, aus ihr spricht der Drang, aufzubauen, anstatt auf ein Phantom zu warten.

In der Abwendung von der Wirklichkeit, in dem Festhalten überkommener, aber heute nicht mehr zutreffender Auffassungen, in der unfruchtbaren, rein negativen Kritik und damit in dem Mangel praktischer und positiver Tätigkeit sehe ich, kurz zusammengefasst, die wesentlichsten Ursachen, die die Niederlage der Sozialdemokratie am 25. Januar verursacht haben. Wir verknöchern trotz aller organisatorischen und agitatorischen Arbeit, wenn wir, die stärkste Partei Deutschlands, nicht aufhören, mit fertigen Rezepten die Welt einmal kurieren zu wollen, wenn wir nicht vielmehr heute schon, unserer sozialpolitischen Auffassung getreu, realpolitisch arbeiten. Nun, ich vertraue mit Seelenruhe auf die Macht der Verhältnisse und auf die heranwachsende Jugend. Die Zeiten ändern sich, und auch die Auffassung einer Partei. Als ich vor zirka 11 Jahren zum erstenmal meine *Eigenbrödlereien* aussprach, da war das Zentralorgan der Partei noch des Lobes voll. Inzwischen hat sich in der Partei eine Rückentwickelung vollzogen. Es wäre natürlich töricht, darum an den Sieg des sozialistischen Gedankens zu zweifeln. Diese Zuversicht ist ja nicht in der durch Zufallsmomente vielfach beeinflussten Tageshaltung der Partei begründet, sondern in den wirtschaftlichen und kulturellen Notwendigkeiten. Zu einer fruchtbaren Politik drängt das wohlverstandene Interesse der arbeitenden Bevölkerung, drängt der heute schon mit Macht sich Bahn brechende Sozialismus.

××××××××××××××××××××××××××××××××××××××

EDUARD BERNSTEIN · WAS FOLGT AUS DEM ERGEBNIS DER REICHSTAGSWAHLEN?

WAHLEN haben schon oft Überraschungen gebracht. Die grosse Rolle, die bei ihnen das so zahlreiche Heer der unsicheren Kantonisten spielt, jener von Stimmungen beherrschten Wählermasse, der die Engländer den Beinamen *die Wackelnden* (*the wobblers*) gegeben haben, und die man im Lande der Yankees noch drastischer *das Treibholz* (*the floating timber*) nennt, gibt den Wahlen stets etwas von einem Glücksspiel. Als im Herbst 1878 Disraeli vom Berliner Kongress im Gewand des Siegers nach England heimkehrte, glaubte alle Welt, nun sei dem Überwinder der russischen Diplomatie ein glänzender Erfolg bei der bald fällig werdenden Parlamentswahl sicher. Statt dessen brachte diese seinem Rivalen Gladstone eine so erdrückende Mehrheit, wie er selbst sie kaum zu erhoffen gewagt hatte. So ist es denn nichts im politischen Leben Unerhörtes, dass der Wahlkampf in Deutschland jetzt der Sozialdemokratie statt des erwarteten Mandatszuwachses einen Verlust von 36 Mandaten gebracht hat. So etwas ist schon allen Parteien passiert. Obenhin gesehen, könnte man sich daher sehr leichten Herzens mit diesem Mandatsrückgang abfinden und darauf hinweisen, dass für die Sozialdemokratie der Kampf im Parlament nicht jene Bedeutung habe, die er für die bürgerlichen Parteien hat, bei denen ausserhalb der Wahlzeit das politische Leben erstarrt, während in den Mitgliedschaften der Sozialdemokratie jederzeit reges Leben herrscht, und die politische, wie die wirtschaftliche Organisation der Arbeiter unbeeinflusst durch Wahlkämpfe ihren Weg geht. Es liegen für die Sozialdemokratie Momente genug vor, die erlittene Niederlage nicht allzu tragisch zu nehmen. Sie hat noch ganz andere Rückschläge zu verzeichnen gehabt, als den diesmaligen, und sie nach verhältnismässig kurzer Zeit ohne jede Nachwirkung überwunden. Aber was man nicht tragisch zu nehmen braucht, ist darum noch lange nicht eine unwichtige Sache. Aus dem Umstande, dass das Schicksal der Sozialdemokratie nicht allein und auch nicht einmal in erster Reihe durch die Wechselfälle der Wahlbewegungen bestimmt wird, ergibt sich für sie nur die grössere Freiheit der Aussprache über erlittene Wahlniederlagen. Sie braucht sich in dieser Hinsicht nichts zu verschweigen und keinen Verlust zu verkleinern. Sie kann es anderen Parteien überlassen, Misserfolge in Erfolge umzudichten und von blossen Schlappen zu reden, wo eine Schlacht verloren wurde. Wenn es ein Selbstgebot für alle Parteien ist, gegen sich selbst wahr zu sein, so wird dessen Erfüllung keiner Partei so leicht, als der Sozialdemokratie.

Die Sozialdemokratie ist aus dem hinter uns liegenden Wahlkampf als Besiegte hervorgegangen, darüber wollen wir uns gar nicht täuschen, wenn sie auch weit davon entfernt ist, vor dem Sieger auf dem Boden zu liegen. Sie hat an Wahlstimmen zwar gewonnen, aber ihr Gewinn ist erheblich geringer, als der der Gegner, und bleibt in jeder Beziehung, absolut und relativ, hinter den Gewinnzahlen zurück, mit denen die Sozialdemokratie in den letzten zwei Dezennien von Wahl zu Wahl Freund und Feind in Erstaunen versetzte.

Das ist nun jedenfalls eine zum Nachdenken herausfordernde Tatsache. In der Parteipresse und auch sonst hat man, um sie abzuschwächen, auf den Riesenzuwachs hingewiesen, den die Sozialdemokratie 1903 verzeichnen konnte, und den

festgehalten zu haben, schon an und für sich ein grosser Erfolg wäre. Gut die Hälfte der damals neu gewonnenen Million neuer sozialistischer Wähler, sagt man, seien nur erst Mitläufer gewesen. Sie in der Zwischenzeit zu strammen sozialdemokratischen Wählern erzogen zu haben, sei eine Leistung, mit der allein schon die Sozialdemokratie zufrieden sein dürfe. Wenn die Sozialdemokratie bescheiden ist, mag sie das allerdings tun. Aber Bescheidenheit solcher Art war sonst nicht ihre Zier und würde ihr auch gar nicht anstehen. Wahlen sind ein Prüfstein für die Attraktionskraft der Parteien; ergeben sie einen Stillstand in der Zahl der Wähler einer Partei, so zeigen sie damit an, dass die Anziehungskraft der Partei nicht zugenommen hat. Für die Sozialdemokratie als Kampfpartei der aufstrebenden Gesellschaftsklassen ist aber stetige Zunahme ihrer Werbekraft erstes Zeichen ihrer Gesundheit. Fehlt es da, so ist etwas nicht richtig im Staate Dänemark.

Nun ist es freilich bei früheren Wahlen schon vorgekommen, dass die Sozialdemokratie selbst Stimmenrückgang zu verzeichnen hatte. So 1878 und 1881. Jedoch das waren Wahlen, in die die Sozialdemokratie mit dem Bewusstsein eingetreten war, dass ihr Verluste bevorständen, Wahlen, bei denen aus ganz bestimmten Gründen die Sozialdemokratie in der Agitationstätigkeit beengt, wo nicht geknebelt war. Das war aber diesmal sicherlich nicht der Fall. Wie sehr Press-, Rede- und Versammlungsfreiheit auch in Deutschland noch zu wünschen übrig lassen, so muss man doch zugestehen, dass sie bei dieser Wahl jedenfalls nicht geringer waren, als bei irgend einer der vorhergegangenen. Das Wahlgeheimnis war im allgemeinen gesichert, und es wurden mehr Wähler auf die Beine gebracht, als sonst: alles Dinge, die zu gunsten der Sozialdemokratie hätten wirken müssen. Wozu noch kam, dass die Organisationen der Partei, die vom sozialistischen Geist erfassten gewerkschaftlichen Arbeiterverbände und die sozialdemokratische Presse seit 1903 Riesenfortschritte in ihrer Ausbreitung und Leistungsfähigkeit gemacht haben. Was die materielle Ausrüstung und das Äussere der Kampfbedingungen betrifft, so ist die Sozialdemokratie niemals unter günstigeren Auspizien in einen Wahlkampf eingetreten, als diesmal. Unsere Kriegskassen waren gut versehen, unsere Cadres verstärkt und kampfbereit, ein gut Teil der uns ehedem im Wege stehenden Hindernisse aus dem Wege geräumt. So schien es unter diesem Gesichtspunkt ebenfalls seinen guten Grund zu haben, wenn am 13. Dezember 1906 die sozialdemokratische Reichstagsfraktion beim Verlesen der Auflösungsbotschaft in demonstrativen Beifall ausbrach.

Ich habe in jenes *Bravo* nicht eingestimmt. Nicht etwa, dass ich um mein Mandat besorgt gewesen wäre. Kein Mensch dachte damals daran, dass der Wahlkreis Breslau-West der Sozialdemokratie verloren gehen könnte. Aber ich stand zu sehr unter dem Empfinden, dass diese Art der Parlamentsauflösung einen Fustritt gegen die Rechte der Volksvertretung bedeutete, um sie bloss als einen schlechten Witz hinnehmen zu können. Fürst Bülow hat später erklärt, die Auflösung sei durchaus kein Akt der Nichtachtung des Parlaments gewesen, die Regierung habe nur in einer wichtigen nationalen Frage an das Land appellieren wollen, nachdem ihr die Reichstagsmehrheit die Mittel zur Vertretung der Interessen der Nation verweigert habe. Dergleichen komme auch in England und Frankreich vor, wo dann, falls das Land gegen die Regierung entscheide, diese zurücktrete. Aber das letztere ist ja eben der grosse Unterschied

zwischen hier und dort. In parlamentarisch regierten Ländern heisst Parlamentsauflösung Anrufung der Wähler, über die Regierung ihren Spruch abzugeben, hier aber hiess sie Anrufung der Wähler, zu gunsten der unter allen Umständen im Amt verbleibenden Regierung die Abgeordneten mürbe zu machen. Ausserdem erfolgen in parlamentarisch regierten Ländern Parlamentsauflösungen in Übereinstimmung mit dem Parlament respektive nach vorhergegangener Verständigung mit den Vertretern der Mehrheitsparteien, aber nicht auf Grund einseitiger Willensverfügung von oben. Seit langem der Ansicht, dass die Sozialdemokratie alle Ursache habe, das Amt des Volksvertreters nicht herabwürdigen zu lassen, konnte ich denn auch die deutsche Abart der Parlamentsauflösung selbst nicht einmal mit ironischem Beifall begrüssen. Zu stark lehnte sich mein demokratisches Empfinden gegen den autokratischen Geist auf, den die aus Bückeburg datierte Botschaft atmete. Im Wahlkampf selbst habe ich mich dann ziemlich bald überzeugt, dass der Jubel über die Reichstagsauflösung unsererseits auch sonst nicht der mit ihr geschaffenen Situation entsprach, dass man diese in unseren Reihen etwas gar zu sehr nach Massgabe von Denkformeln beurteilt hatte, die wohl uns und den von unserer Agitation erfassten Massen geläufig sind, aber darum noch keineswegs die übrige Bevölkerung in ihrem Urteil leiten. In unseren Reihen folgerte man, dass die Missstimmung im Volke über die neuen Steuern und die Fleischteuerung noch zu stark sein werde, um von einer sich gegen die Sozialdemokratie richtenden Missstimmung über die Ablehnung der Kolonialkredite zurückgedrängt werden zu können. Das hat sich aber als vollständig irrig erwiesen. Was die Fleischteuerung anlangt, so hatte sie, als die Reichstagsauflösung erfolgte, ihren derzeitigen Höhepunkt überschritten, und damit war auch die Entrüstung über sie im Abflauen. Entrüstung lässt sich so wenig auf lange Jahre aufspeichern, wie Begeisterung. Ähnlich verhielt es sich mit der Einwirkung der neuen Steuern und Zölle auf die Stimmung der Wähler. Der erste Sturm der Entrüstung war verrauscht, erschöpfende Feststellungen über die schädlichen Wirkungen dieser Steuern und Zölle lagen nicht vor, der allgemeine geschäftliche Aufschwung liess vielmehr die Vorhersagungen als blosse Schwarzmalerei erscheinen, und, wo Schädigungen vorlagen, trafen sie eben nur Bruchteile der Bevölkerung. Die neuen indirekten Steuern sind ja geflissentlich so verteilt, dass sie der Masse nicht dauernd zum Bewusstsein kommen, sondern unmerklich in den gestiegenen Preisen mitbezahlt werden; es gehört schon eine ziemliche Fähigkeit im abstrakten Denken dazu, sie in ihrer vollen Wirksamkeit erfassen zu können.

Aus diesen Gründen konnten andere Fragen, als jene, einen so breiten Raum in den Wahldiskussionen einnehmen, konnte insbesondere die Kolonialfrage so viele Gemüter gegen die Sozialdemokratie erbittern. In Parteiblättern bin ich der Behauptung begegnet, dass das Bemühen der Regierung, die Kolonialfrage in den Vordergrund der Wahlerörterungen zu stellen, missglückt sei, die Frage habe in den Kämpfen nur eine Nebenrolle gespielt. Das ist aber sehr äusserlich geurteilt. Gewiss brachten die Parteien, und die Sozialdemokratie nicht zum wenigsten, auch eine Fülle anderer Fragen in Wahlreden und Wahlflugblättern zur Sprache. Aber darum war es doch die Kolonialfrage, die dem Wahlkampf die Note gab. Es sind sehr oft Fragen zweiten oder dritten Ranges, denen diese Rolle zufällt. Man mag dann noch so sehr ihren unter-

geordneten Charakter betonen, bei der Masse der nicht auf die Parteien eingeschworenen Wähler — und die entscheiden ja den grössten Teil der Wahlen — geben sie doch den Ton an. Und dass wir bei diesen Wählern mehr, als bei früheren Wahlen, den kürzern gezogen haben, hat mich, das darf ich mit gutem Gewissen sagen, durchaus nicht überrascht. Es ist meines Erachtens — neben der Erbitterung gewisser Wählerkreise über die Entwickelung der Gewerkschaften und der Arbeiterkonsumvereine — nur die natürliche Folge der ganz falschen Behandlung, welche der Kolonialfrage weithin in unseren Reihen zu teil geworden ist.

Ich habe hierbei nicht die offiziellen Akte und Erklärungen der Partei im Auge. Soweit ich mich an diesen zu beteiligen hatte, ist es in rückhaltloser, freier Übereinstimmung mit meinen Kollegen geschehen, und die Aufrufe des Parteivorstandes im Wahlkampfe sind von mir als Muster politischen Taktes begrüsst worden. Das Schlimme ist nur, dass diese offiziellen Akte und Erklärungen in der Wahlagitation vollständig zurücktraten hinter gewisse Presserzeugnisse und Redeblüten, mit denen unsere Gegner hausieren gingen, und die, was noch fataler ist, auch auf einen grossen Teil unserer eigenen Leute nicht ohne Wirkung blieben und sie zu Übertreibungen in Wort und Schrift veranlassten, denen gegenüber Herr Dernburg und die Agitatoren der Kolonialbewegung geradezu kinderleichtes Spiel hatten. Herr Dernburg hat ja gewiss bei Anpreisung der Kolonieen dick aufgetragen. Aber es ist mir passiert, dass ich irgendwo — der Ort tut nichts zur Sache — in einer sozialdemokratischen Publikation zu lesen bekam, die deutschen Kolonieen seien »allesamt nur Sandwüsten«. Solchen Aussprüchen gegenüber waren die Dernburgschen Gründerkalkulationen immer noch harmloser Optimismus, und sie mussten, da sie doch immerhin Tatsachen zur Grundlage hatten, auf den nicht schon voreingenommenen Leser um so tieferen Eindruck machen. Auch wo man in Herabsetzung der deutschen Kolonieen nicht so weit ging, ihnen alle Zukunft abzusprechen, ist man auf unserer Seite in Übertreibungen verfallen, deren Eindruck gegenüber den der anderen Seite zur Verfügung stehenden Tatsachen unmöglich standhalten konnte. So ist unsererseits der Rentabilitätsstandpunkt in der Kolonialfrage in einer Weise hervorgekehrt worden, wie es sich gerade für Sozialisten am wenigsten schickte. Liegt gegen die deutschen Kolonieen weiter nichts vor, als dass sie sich noch nicht budgetmässig rentieren respektive ihre Verwaltungskosten noch nicht decken, so wäre es verwerfliche Pfennigfuchserei, die zu ihrer Erschliessung erforderten Gelder zu verweigern. So viel Mittel hat das Deutsche Reich schon, für einen Kulturzweck — und das ist doch das Erschliessen unkultivierter und halbkultivierter Länder — jährlich etliche Millionen auf Vorschuss auszugeben.

Was uns veranlasst, die Kolonialkredite zu verweigern, ist in erster Linie der Umstand, dass die Kontrollrechte des Parlaments hinsichtlich der Grundsätze der Kolonialverwaltung, der Besetzung der verantwortlichen Stellen im Kolonialamt und auch in den Kolonieen gänzlich ungenügend sind, dass der Reichstag auch hier bloss eine Geldbewilligungsmaschine, aber keine Vollziehungsinstanz ist. Solange dies der Fall, kann eine demokratische Partei gar nicht anders handeln, als durch Verweigerung der Regierungsmittel jede Verantwortung für die Regierungsakte von sich abzuweisen. Nur, wenn er beharrlich so verfährt, kann der Reichstag sich diejenige Bestimmungsmacht über

die Regierung des Landes erobern, die er als die gewählte Vertretung eines der ersten Kulturvölker der Welt beanspruchen muss. Unsere Ablehnung der Kolonialkredite heisst darum noch nicht, dass Deutschland keine Kolonieen haben soll, sie heisst nur, dass wir das System verwerfen, nach welchem das Kolonialwesen in Deutschland geregelt wird, und dessen Fehler wir zur Genüge kennen gelernt haben. Des weiteren nötigt uns zur Verwerfung der Kolonialkredite der enge Zusammenhang, in dem die Kolonialpolitik mit der Weltpolitik überhaupt steht, auf deren Gestaltung der Reichstag bei uns noch einflussloser ist, als auf die Kolonialpolitik schlechthin, deren Rückwirkung auf das Heimatland sich jedoch in unausgesetztem Anschwellen der Ausgaben für Rüstungen zu Wasser und zu Lande geltend macht. Die 30 Millionen für Kolonialzwecke sind in unserem Budget eine Bagatelle, aber sie sind mit den mehr als 1000 Millionen für Heer und Flotte, und was dahinter steht, so eng verbunden, dass, wer sie bewilligt, jene nicht verweigern, an ihnen nicht einmal ernsthaft Abstriche vornehmen kann. Der bei uns diese Weltpolitik lenkt, steht aber der Volksvertretung unverantwortlich gegenüber. Auch aus diesem Grunde könnte die Sozialdemokratie, und wenn die Kolonieen zehnmal mehr wert wären, als Herr Dernburg verspricht, die Kredite nicht bewilligen. Dazu kommen dann noch die Schwierigkeiten der Eingeborenenfrage, die im Zeitalter der äthiopischen Bewegung unendlich viel grösser sind, als in früheren Epochen, und uns um so mehr vor die Gefahr immer wieder ausbrechender Negeraufstände stellen, als auf den deutschen Kolonieen die Politik der gepanzerten Faust den Negern gegenüber beliebt wird. Diesen grossen Fragen gegenüber, die durchaus Anspruch darauf haben, als nationale Fragen bezeichnet zu werden, sinkt die Frage der budgetmässigen Rentabilität der Kolonieen zu einer Lappalie herab. Sie mit ihren weittragenden Konsequenzen galt es, den Wählern immer wieder vor Augen zu führen, nicht aber mit schlechten Witzen über die *umgekippte Dattelkiste* Tatsachen verkleinern zu wollen, die man nicht hinwegbeweisen kann.

Aber hier standen wir vor einer anderen Frage, über die ich zwar nur auf Grund persönlicher Erfahrung sprechen kann, von der ich aber nach allem, was ich aus Berichten entnehmen konnte, folgern zu dürfen glaube, dass sie sich in gleicher Gestalt auch anderwärts offenbart hat: nämlich der Frage, wie wir an das zu bekehrende Wählerpublikum herangelangen können.

Wir haben grosse Versammlungen abgehalten. Aber was mich betrifft, so muss ich sagen, dass ich aus fast allen, in denen ich in diesem Wahlkampf gesprochen habe, das Gefühl mit mir genommen habe: du hast einen Monolog gehalten. Vor Parteigenossen sprechen, die ebenso denken, wie ich, das heisst in einer Kampfzeit nicht viel mehr, als ein Selbstgespräch führen. Es hat ja gewiss seinen Wert, nach Massgabe seines Könnens die eigenen Gesinnungsgenossen anzufeuern und ihnen frische Anregung zu bieten. Aber das genügt nicht. Die Versammlungen verfehlen einen Teil ihres Zwecks, wenn sie nicht auch die ausserhalb der Bewegung Stehenden heranziehen und durch Belehrung gewinnen. Im östlichen Teil Deutschlands scheint es in dieser Hinsicht aber diesmal sehr gemangelt zu haben. Von irgendwie nennenswerter Diskussion mit Gegnern, von Fragen und dergleichen war wenig die Rede. Verschiedentlich mag die Form der Veranstaltung der Versammlungen es verschuldet haben: ein Thema, auf das ich vielleicht ein anderesmal zurückkomme, denn da gilt es,

einen sich eindrängenden, recht bedenklichen Doktrinarismus zu bekämpfen. Aber für das Fernbleiben der politischen Grenzbewohner gibt es einen tiefern Grund. Und der ist, dass die Partei im Laufe der letzten Jahre ungemein an ihrem Nimbus eingebüsst hat.

Man mag diesen Verlust gering einschätzen, weil schliesslich der Klassengegensatz es sei, der die Parteistellung bestimme. Aber er bleibt darum doch ein Verlust. Klassenkampf und Parteikampf sind keineswegs stets identisch, und in unserer so zusammengesetzten Gesellschaft gibt es grosse Schichten, deren Klasseninteresse keine so bestimmte Stellung bedingt, wie die der Lohnarbeiter, die also auch durch ideelle Faktoren an die Sozialdemokratie gekettet sein wollen. Ja, selbst die Anhängerschaft der Lohnarbeiter kann, wie die Geschichte verschiedener Länder gezeigt hat, der Sozialdemokratie verloren gehen, sobald sie deren Vertrauen verscherzt. Kurz, der Nimbus, das heisst das geistige Ansehen der Partei, ist durchaus keine gleichgültige Sache. Bis vor wenigen Jahren war er in Deutschland ausserordentlich gross. Die Jugend aller Bevölkerungsklassen strömte förmlich der Partei zu. Dann aber kamen jene Kongresse, auf denen die Partei sich als Ketzergericht aufzuspielen schien, es setzten jene journalistischen Verdächtigungskampagnen ein, die das Gegenteil der gepredigten Erhabenheit über die bürgerliche Journalistik zu tage treten liessen, und ein Teil unserer Presse gefiel sich in einer Art der Polemik, die selbst Leuten mit starken Nerven schliesslich unerträglich wurde. Es waren Einzelerscheinungen, und manches ist von der gegnerischen Presse in massloser Übertreibung dargestellt und gegen die Partei ausgespielt worden. Aber diese unliebsamen Einzelerscheinungen häuften sich eben, und wie so eines zum andern kam, da ging auch das Ansehen der Partei in die Brüche, und der Zustrom der Jugend liess nach. Wir können es aushalten, aber täuschen wollen wir uns darüber nicht, dass wir recht nahe daran sind, ein grosses Kapital nach berühmten Mustern im Übermut zu verwüsten. Menschlich ist es ja begreiflich, dass wir nach den gewaltigen Erfolgen der früheren Jahre uns etwas über Gebühr gehen liessen. Schienen wir doch geradezu gegen Rückwirkungen etwaiger Fehler immun zu sein. Was konnte auch der Partei geschehen, welche die zahlreichste, beständig wachsende und ihrer geschichtlichen Lage nach kampflustigste Klasse der Gesellschaft vertritt und hinter sich weiss? Man kann es fast als ein Glück betrachten, dass der Glaube an unsere absolute Immunität jetzt einen so kräftigen Stoss erhalten hat. Er hätte auf die Dauer, trotz Bildungsschulen usw., zur völligen Verflachung gerade der politischen Bewegung führen müssen. Denn nirgends liegt die Verflachung näher, als in der Politik, und die Gefahr ist um so grösser, als unsere politische Presse sich in sehr bedenklicher Weise zu amerikanisieren beginnt. Es gibt auch ein geistiges Schlaraffenland.

Die Sozialdemokratie ist von so gesunder Konstitution, dass sie den Stoss, den sie bei dieser Wahl erhalten hat, wird überwinden können. Soweit sie bei den Stichwahlen Erfolge hatte, verdankt sie sie freilich nicht der eigenen Kraft, sondern Gegensätzen in den Reihen der bürgerlichen Parteien. Wohl noch bei keiner Wahl haben die Stichwahlen ein so buntes Durcheinander der Parteien gesehen, wie bei dieser, und die Sozialdemokratie war bei dem merkwürdigen politischen Paarungsspiel, berlinisch gesprochen, gehörig *mitten mang*. Darüber wird gelegentlich auch noch etwas zu sagen sein.

Mit 43 statt, wie 1903, mit 81 Mitgliedern zieht die neue sozialdemokratische Fraktion in den Reichstag ein. Gibt das allein schon ihm ein etwas verändertes Gesicht, so wird er auch sonst manche neue Züge offenbaren. Namentlich, was die Haltung des Zentrums betrifft. Nur im Quantitätsverhältnis seiner Wähler und Mandate ist der Zentrumsturm unbeschädigt geblieben. Sonst aber hat sich bei dieser Wahl viel stärker, als bei früheren, der grosse Riss offenbart, der durch das Zentrum geht und es in eine immer schiefere Lage bringt. Seine Widerstandskraft in der Kolonialfrage ist — das haben die Erklärungen seiner Führer im Wahlkampf gezeigt — gebrochen. Käme es noch unbedingt auf die Stimmen des Zentrums an, so würde dieses jetzt hinlänglich Umfallsüchtige stellen, um den Forderungen der Regierung zur Annahme zu verhelfen. Die Regierung ist im neuen Reichstag Herr der Situation. Sie wird ihren Sieg aber schwerlich zu aufregenden Reaktionsstreichen ausnutzen. Solche gehören nicht zum Regierungssystem Bülow, und es liegt auch für sie vorläufig absolut kein Anlass vor. Die Linke ist im neuen Reichstag schwächer, als im alten: die Sozialdemokratie der Zahl nach, der Freisinn, soweit dies bei ihm noch möglich war, moralisch. Mehr, denn je, hat er bei dieser Wahl gegen seine Daseinsbedingungen gefrevelt, um den Schein des Daseins zu retten. So behalten wir — sofern uns nicht irgend ein *Kladderadatsch* überrascht — die schleichende Reaktion, bis das Problem gelöst wird, ein Verhältnis zwischen der bürgerlichen und der proletarischen Demokratie in Deutschland herzustellen.

×××××××××××××××××××××××××××××××××××××××

KARL LEUTHNER · AUF NEUEN WEGEN ZU ALTEN ZIELEN

I

DIE Bedeutung der österreichischen Wahlreform ist mit ihren staatspolitischen Wirkungen, mit der inneren Umgestaltung des Donaureichs nicht begrenzt. Diese wird erst die Zukunft klarstellen, was immer ein von Hoffnungen und Wünschen getragenes Ahnen als ihr Bild erfassen mag. Aber das Werden der Reform und die Kräfte dieses Werdens, die Bestrebungen, Anstalten, Pläne, die in ihr resultieren, und die Form des Kampfes leihen dem Ereignis seine typische, weit über den Schauplatz hinausweisende Geltung, die Geltung eines Vorbildes, das in die Zukunft der proletarischen Taktik überhaupt vorausdeutet. Denn die Eroberung des Wahlrechts in Österreich ist das erste, grosse, ein mächtiges Gemeinwesen reformierende Werk, das aus der politischen Gestaltungskraft der Sozialdemokratie hervorgeht. Die glorreichen Taten der Vergangenheit künden von kühnen, doch misslungenen Anläufen, von Dulden und Leiden, entrollen eine Martyrologie leuchtender Aufopferung einzelner und tapfern Ausharrens und Ertragens vieler; sie breiten den Schimmer des Heldenzeitalters um unsere Anfänge, in ihnen ist der Gnadenschatz der proletarischen Tugenden gehäuft, aus dem Begeisterung und Erhöhung des Empfindens bis zu diesen Tagen in die Herzen strömt. Doch die treibende Kraft in den Zeiten des Sozialistengesetzes, wie der Taaffeschen Verfolgungen war der drängende, stossende Feind, und der ruhmvolle, zuletzt siegreiche Widerstand die Gegenkraft, die von Aktion geweckte Reaktion. Im Ringen um das Wahlrecht hat sich da-

gegen das Proletariat aus sich selbst bestimmt. Mit der Macht seines Geistes hat es das hohe Ziel gefasst und ein Jahrzehnt festgehalten, mit der Wucht des in freiem Entschlusse gewählten Angriffs die wildtreibenden und gelösten Kräfte des öffentlichen Lebens auf jenes Ziel hingedrängt. Möglichkeit, Verwirklichung und in den Grundlinien auch die Form der Verwirklichung wird dem Wahlrecht aus der schaffenden Hand des Proletariats gegeben. Damit aber wächst die Tat aus ihrem engeren geschichtlichen Zusammenhang heraus und verwebt sich mit der grossen, für das Schicksal der Arbeiterparteien entscheidenden Frage: Wie kann die Sozialdemokratie, ohne von den anonymen Kräften einer elementaren, allgemeinen Volkserhebung getragen zu sein und deren Früchte mit zu geniessen, in die Grundlagen des politischen Daseins mit schöpferischer Hand eingreifen, wie kann sie, da doch nur Handlungen, nicht Lehren und Systeme umstürzend sind, ausserhalb einer Revolution revolutionär wirken?

Als die österreichische Sozialdemokratie aus der Verfolgungszeit heraustrat, stand auch sie unter dem Gesetz der Vergangenheit, seinen Annahmen und Wertschätzungen. Das Ergebnis hatte sie gestaltet, doch einen weniger eigentümlichen Eindruck zurückgelassen, als sonst irgendwo. Denn die Deutschen Österreichs bilden noch mehr, als die der Schweiz, mit den Deutschen im Reich geistig und kulturell eine Einheit. Und, wie die kulturellen Bewegungen das Dasein eindringender formen, als der Staat und seine Schicksale, so ist es ohne Mühe zu verstehen, dass die Reaktion auf die Drangsale und Nachstellungen der Taaffeschen Ära in Vorstellungen und Gedankenformen sich kleidete, die durchaus vom Reiche herüber genommen waren. Es war ein Leben in den höchsten, allgemeinsten Prinzipien, nur, dass die Ideen völlig aus fremdem Material gewoben waren und nun doch als Organe der Wirklichkeitsauffassung dienen sollten. Der Staat galt hier auch schlechtweg und ausschliesslich als Organisation der bürgerlichen Klassen, obwohl das, was er ausserdem und in geschichtlich und praktisch weit wichtigerer Beziehung als Machtgebilde über dem sozialen Leben darstellt, besonders sichtbar und anschaulich hervortrat, weil Österreich die Ursache seiner Entstehung und seines Zusammenhalts in der Dynastie hat, und sein eigentümliches Gebrechen eben in der Unvereinbarkeit dieses seines Wesens mit den ideellen und materiellen Bedürfnissen der nationalen Bourgeoisieen besteht. Man stellte den Militarismus in den Mittelpunkt einer Kritik, die dort entstanden war, wo er zugleich die Verkörperung bestimmter Hoffnungen, Strebungen, Ideale eines grossen Volksteils bedeutet, während er hier ein für sich lebender Organismus ist, lediglich an die Monarchie geknüpft. Man wiederholte sogar das geschichtlich an sich unhaltbare Gefühlsurteil, als sei das Nationale wesentlich eine ideologische Verkappung bourgeoiser Interessen, und übersah, dass Nation und Staat in Widerspruch standen, die Organisationen der Macht und Herrschaft aber, Kirche und Reich, international und antinational waren.

Wissenschaftliche Hypothesen, in ihrem dogmatischen und populären Weiterleben zu moralisch bestimmenden Normen verhärtet, schienen in Österreich, wo ihnen ein selbständiges theoretisches Denken zunächst nicht zur Seite trat, am meisten die Gefahr mit sich zu führen, dass die politischen Bestrebungen der Arbeiterschaft ins Unwirkliche sich verirrten. Aber hier kam uns ein seltener Umstand zu Hilfe: aus Mangel erfloss Reichtum, das grösste Hemmnis wurde

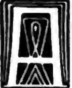
zur stärksten Förderung. Das Wahlrecht, welches das Proletariat anderer Länder als Geschenk von oben oder als Erbe innerer Umwälzungen empfangen hat, war uns, eben, weil es fehlte, in der wertvollsten Form als Preis der kraftvollsten Betätigung, als Ziel der höchsten Anstrengungen gegeben. Das Gefühl völliger Entrechtung drängte mit elementarer Gewalt über alle inneren und äusseren Schranken vorwärts. Von vornherein trat der Sozialismus nicht als eine *Bewegung,* sondern als bestimmtes und bewusstes Handeln hervor. Von vornherein und durch die Macht äusserer Umstände ward dem österreichischen Proletariat der oberste Grundsatz der Politik *Zusammenfassung aller Kräfte, Richtung aller Geister auf bestimmte Zwecke* eingeprägt. Doch würde man völlig die Wichtigkeit der späteren inneren Entwickelung übersehen, wollte man annehmen, die Wahlbewegung jener ersten Zeiten bis zur Badenischen Reform hätte eine helle Einsicht in die Mittel und Bedingungen der politischen Aktion gehabt. Vielmehr waren die grossen Demonstrationen der ersten Jahre trotz des bestimmten Zweckes ebensosehr allgemeine Lebensäusserungen, Ausbrüche jenes unbestimmt wogenden, gestaltlosen Empörungsgefühls, von welchem man vielleicht sagen darf, es möchte das Proletariat nie vollständig verlassen, damit seine Bewegung nicht das Element des Dämonischen, Furchterregenden einbüsse, das aber nach Art der Leute, die für Deutschland russische Muster aufstellen, als die eigentlich treibende Kraft der proletarischen Aktionen ansehen, diese kläglich mit regellosen Massenbewegungen verwechseln heisst.

Doch die Tat ist klüger, als der Täter, und besonders sie macht den Täter klüger. Indem das Proletariat bei seinen Demonstrationen überall auf die Widerstände und Barrieren der staatlichen Ordnung stiess, wurde es zu ebenso erbitterten, als wunderbar erfolgreichen Einzelkämpfen gezwungen. Wer das Recht auf die Strasse, das Recht auf das freie Wort erstreiten will, der kann sich nicht dabei beruhigen, dass er die bureaukratische Bevormundungssucht als eine geschichtliche Erscheinung begreift und die einzelnen Fehlurteile und behördlichen Übergriffe mit dem Sammeleifer des Chronisten in das Gesamtbild unserer von Klassenkämpfen durchwühlten Gesellschaftsordnung stellt. Er wird nicht mit der Freude des Mannes, der Beweise für die Richtigkeit seiner obersten Prinzipien sucht, die Fälle von Klassenjustiz buchen, seine Aufgabe nicht darin erblicken, die Prozessakten für das Weltgericht in Ordnung zu halten. Was er will, ist zurückschlagen, wenn er geschlagen wurde, aus dem Wege stossen, wenn sich ihm einer in die Quere stellt. Dem einzelnen Beamten und Richter gelten seine Hiebe, gilt sein Zorn, sein giftiger Spott. Aber er weiss auch, dass der Tadel nur wirkt, wenn er sich von gelegentlichem Lob abhebt, dass es unter Umständen ebenso nützlich sein kann, mässige Verdienste eines Beamten zu übertreiben, als unter anderen *aus allgemeinen sozialen Ursachen begreifliche* Fehler seines Kollegen als persönliche Verschuldung in den grellsten Tönen auszumalen. Denn die Politik braucht den Kontrast der Farben und sie malt *al fresco.*

Und indem er sein Geschäft in aller Naivetät betreibt, gehen dem praktisch Tätigen, dem tatkräftig Kämpfenden Erkenntnisse auf, von denen ihm bisher die Schriftgelehrten wenig verraten haben, die aber gleichwohl das *ABC* der Politik ausmachen. Er wird staunend gewahr, dass die Menschen nicht bloss Exponenten wirtschaftlicher Prozesse, sondern eben auch Menschen sind, die

man bei ihren menschlichen Schwächen und Vorzügen packen kann, die deshalb auf ihre individuellen Eigenschaften hin zu studieren keine Kenntnis der sozialen Zusammenhänge uns erspart; dass fernerhin neben den trennenden Kräften der Klassenscheidungen in jeder staatlichen, namentlich aber in jeder nationalen Gemeinschaft verbindende Kräfte der Moral, der Billigkeit und des Anstandes walten, dass sie auszunutzen einen wichtigen Teil der Arbeit für eine unterdrückte Klasse darstellt, was jedoch nur dem gelingen kann, der sich nicht selbst mit Absicht und aus theoretischem Trotz völlig aus diesen Bindungen löst. Dies beides ist ein Anfang politischer Erfahrung, und wer mit bestimmten Zielen vor Augen im öffentlichen Leben wirkt, der wird diese elementaren Einsichten, ob er will oder nicht, gewinnen. Auch die österreichische Sozialdemokratie ward ihrer teilhaftig, und hierbei wurde überdies die angeborene reichliche Klugheit vieler ihrer Führer frei, die, weil sie instinktmässig dazu getrieben waren, das Individuelle an Menschen und Verhältnissen individuell zu behandeln und, weil das einzelne und Untergeordnete zu prinzipiellen Erwägungen nicht unmittelbar hinleitet, frei von dogmatischen Verdunkelungen, also nach der Lage der Dinge und nach den Bedürfnissen des Proletariats verfuhren. Wir verdanken dem, dass Österreich, welches vor 15 Jahren tiefer im Sumpf bureaukratischer Rückständigkeit steckte, als Preussen, heute in Justizpflege, Presse und Versammlungswesen zu den freiesten Staaten gehört. Denn hat hierzu auch Bedeutendes der nationale Kampf mit den harten Demütigungen und Niederlagen, die er den staatlichen Gewalten brachte, beigetragen: das Hauptverdienst gebührt der Sozialdemokratie, die hauptsächlich den Behörden und Gerichten beibrachte, die Öffentlichkeit zu fürchten und die Vertreter und Presse der Arbeiterschaft als eine Macht auch in der bürgerlichen Öffentlichkeit zu respektieren. Allerdings hat die Anfangszeit das Werk bloss begonnen; erst, als das Proletariat sich einen Eingang ins Parlament eröffnet hatte, wurde das wichtige Kapitel *Der Skandal als Lehrer der Gerechtigkeit und Führer zur Freiheit* zu Ende gelesen.

II


N den Tatsachen rankte sich die wachsende Erkenntnis der Sozialdemokratie empor. Je allgemeiner und umfassender die Probleme des Staatslebens waren, desto länger blieb ihnen gegenüber die Auffassung an altüberkommene Lehren und Meinungen gebunden. Als durch Zusammenwirken der Wahlrechtsbewegung und der Wirren, die auf das Taaffesche Reformexperiment folgten, das Badenische Wahlgesetz hervortrat, war's für das österreichische Proletariat ein Augenblick ernster Gefahr. In ihm lebte damals noch die überlieferte Ansicht, es sei am gesinnungstüchtigsten, den *Parlamentarismus* nicht zu überschätzen, den Hauptwert des Wählens darin zu sehen, dass man sich zählen und eine unbeschränkte, vielumfassende Agitation entfalten könne. Diese Auffassung ist ja heute überall im Schwinden, aber bloss in ihrer Gedankenform, keineswegs in ihren tieferen Nachwirkungen. Das sich Zählen, an sich eine unumgängliche Notwendigkeit, wird dort, wo an Stelle eines auf nahe und erreichbare Ziele gerichteten politischen Handelns chiliastische Stimmungen und eschatologische Erwartungen, die Erörterung des Endziels, die Partei beherrschen, zu einer Art von Religion, die ihre Kultstätten in jedem Wahlkreise hat. Begreiflicherweise. Denn in den Genossen jedes Bezirks soll und muss neben dem allgemeinen Drang, für

die grosse Sache zu wirken, ein agonaler, ja ein aleatorischer Trieb lebendig sein, der in jedem einzelnen die prickelnde, spannende Erwartung des Sieges erzeugt und die Überwindung des Gegners als persönliche Befriedigung empfinden lässt. Aber verkündigt den Gläubigen die wachsende Zahl das Kommen des Reiches Gottes, wird demgemäss die Agitation zum Selbstzweck, so ergänzt sich eine in theoretischen Betrachtungen und Streitigkeiten verlaufende Untätigkeit durch die agitatorische Scheintätigkeit. Denn Agitation — das Notwendigste und darum erste in der Partei — wird gleichwohl, wie jedes menschliche Ding, zum Scheinwesen, sobald sie mehr sein will, als sie kann: nämlich das Ganze der Politik und ihr eigentlicher Zweck, da sie doch bloss Mittel, Vorbereitung, Rekrutierung der Kräfte zu gestaltender politischer Tätigkeit ist. Zwischen der Unfehlbarkeit autoritativer Ausleger der Lehre und der agitatorischen Selbstsicherheit in den Bezirken, welche beiden nun statt des umgestaltend vordringenden Denkens und der vorwärtsführenden Tat zu den höchsten Urbildern des Guten werden, schwebt die Initiative des Erkennens, wie des Handelns in schmerzlicher Bedrängnis. Indes lässt die Gefahr einer solchen Erstarrung, wie drohend sie sei, wo das allgemeine und gleiche Wahlrecht besteht, noch die Hoffnung zurück, dass bei starkem Anwachsen der parlamentarischen Fraktion die blosse Wucht der Grösse zum Vorwärtsgehen drängen muss. Die fünfte Kurie, die den Arbeitern eine angemessene Vertretung prinzipiell versagte, hätte bei ähnlicher Entwickelung der agitatorischen Tätigkeit zum Selbstzweck, die parlamentarische Politik in die Form harmlosen Spieles herabdrücken können. Und so war es von den Urhebern der *Reform* auch gemeint. Der Arbeiter sollte an dem zur Urne Gehen, sich Zählen, an Ringkämpfen im abgezäunten Raum ein ungefährliches Vergnügen haben. Allein die Schlauen wollten allzu schlau sein, und weil sie die Mandate zu karg bemassen, die Wahlkreise mit Berechnung zu ungunsten der Arbeiter mengten und streckten, hatte das Proletariat nirgends haltbaren Besitz, nach entsetzlichen Anstrengungen kaum schwachen und vorübergänglichen Gewinn: es konnte sich nicht behaglich einhausen in den Wahlkreisen, wurde aus der Wahlkreisselbstzufriedenheit in die Stürme des Kampfs, aus der blossen Agitation in eine das Reich umformende grosse Politik, aus der fünften Kurie zum gleichen Stimmrecht gedrängt, gestossen, gepeitscht.

Diese psychologische Wirkung der fünften Kurie wird bei der Erörterung der treibenden Ursachen der Wahlreform meist übersehen, ebenso aber auch die innere tiefe geistige Umwandlung, die in der Sozialdemokratie im Gefolge des Sprachenstreits geht. Wie dieser im Bunde mit der fünften Kurie das Parlament zerstört, den Dualismus erschüttert, den Staat in die tiefsten Wirren herabgezogen, zugleich aber durch ununterbrochene Demütigung die bureaukratische Selbstsicherheit alter Zeiten weggeschwemmt hat, ist häufig genug dargestellt worden; wir wollen hier bloss die Reflexe der Staatskrise im Denken und Handeln der Sozialdemokratie betrachten. Offenbar musste sie zunächst zum Nachdenken über die staatlichen Dinge anleiten. Der Staat selbst war zum Problem geworden, immer wieder wurden seine Existenzfragen zu Fragen des Tages. Bei der Definition, dass der Staat die Organisation der bürgerlichen Klassen sei, war kein Genügen zu finden, wenn der Zerfall des Gemeinwesens, ohne irgend welche sichtbare wirtschaftliche Ursachen, ohne irgend einen Streit von Klassen unter einander — bei der Fortdauer des inneren Krieges —

gegen die gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen des selben Bürgertums vor sich ging, das doch der Träger des Haders war; wenn der stärkste ökonomische Zwang die fortschreitende Lockerung des Dualismus nicht zu hemmen vermochte. Es war notwendig, den Staat in Wechselbeziehung zu anderen Lebensgebilden zu betrachten, vor allem im Verhältnis zu den Nationen. Wühlte in Österreich der Hass der Völker an den Grundlagen des Gemeinwesens, und suchte in Ungarn ausschliesslich das nationale Selbstbewusstsein sogar gegen die widerratenden Stimmen grosser wirtschaftlicher Interessen nach der völligen Selbständigkeit, so war in beiden Fällen mit negativer und positiver Wirkung ein tiefes Gefühl der erwünschten Identität von Staat und Nation in den Herzen lebendig. Der Staat ist nicht bloss Organisation der herrschenden Klassen — damit wäre nur eine Seite seiner Erscheinungsform bezeichnet —, sondern über dies und in unseren Tagen in betonter Weise Selbstbejahung der Nation, so dass überall, wo Nation und Staat sich nicht decken, ein unlösbarer innerer Widerspruch entsteht. Es sei denn, dass es sich um autonome Zwerggebiete, wie die Schweizer Kantone, handelt, in denen die eigentlichen Fragen der Politik, die grossen Machtfragen, nicht auftauchen.

Wie nun aber der Staat in einer wirtschaftsgeschichtlichen Kategorie nicht restlos aufgeht, so ist das Gefühlsurteil, dass im Nationalen die Macht- und Wirtschaftsinteressen der Herrschenden sich ein Ideal vorspiegelten, kaum mehr, als ein geistreiches Parodoxon. Es entstammt besonderen Stimmungen und Situationen, in denen sich zeitweilig unterdrückte Klassen in nationalen Einheitsstaaten befinden, wenn sich der oberflächlichen Beobachtung nationale Selbstverklärung, brutale Regierungstraditionen, dynastische Bedürfnisse und die üblen Gelüste des wirtschaftlichen Herrentums in eins zu verflechten scheinen. Der Wahn, dass hier eine wesentliche Einheit vorliege — genährt durch gewisse Ausschreitungen des Staatsnationalen —, muss aber im nicht nationalen Gemeinwesen zerflattern, wo sich jene einzelnen Energieen des geschichtlichen Lebens in ihrer Besonderheit, in der sie sonst nur tiefere Beobachtung erkennt, anschaulich darstellen. Demonstrierende, Militär und Beamte boykottierende nationale Bourgeoisieen, auf denen doch zugleich wirtschaftlich und politisch der Staat ruht, passen schlecht zu gewissen überkommenen Schablonen. Noch weniger will sich ihnen aber das wurzelfeste und unzerstörbare Nationalgefühl des Proletariats der slawischen Völker fügen. Seine Intensität leugnen vermöchte nur dreiste Verlogenheit, und wollte man es prinzipiell unvereinbar erklären mit sozialdemokratischer Internationalität, so wäre damit bloss der Beweis geliefert, dass manche Deutsche noch immer ihre aus schmachvoll staatsloser, partikularistischer Vergangenheit herstammenden Velleitäten gerne mit prahlenden Titeln und Namen verbrämen. Richtig gefasst steht die Internationalität ebenso im Gegensatz zu gewalttätigem Chauvinismus, wie zu jenem Kosmopolitismus, der als die Gedankenrichtung der Geistesaristokratie bestimmter Epochen einen höheren Schein empfangen hat, ansonsten aber die geschichtlich und sozial berechtigte Lebensstimmung des Hochadels und der Hochfinanz bezeichnet und schwerlich in gleicher Weise für die Coburger und Rothschilde und für das Proletariat bekömmlich und fördersam sein kann. Vielmehr ist es eine wesentliche Funktion der internationalen Idee, das Nationale auf seinen berechtigten Kern zu beschränken; und dieser zeigt sich wertvoll und triebkräftig genug. Wer, wie die Deutschen Österreichs, wahrzunehmen Ge-

legenheit hat, dass nicht nur bei den kleineren Völkern, deren geringere und umfassbarere Literatur die Erklärung böte, sondern auch bei den grossen mit lebhaftem Nationalgefühl, zum Beispiel bei den Italienern, begabtere Arbeiter leichter jenes intime Verhältnis zur geistigen Kultur ihres Volkes gewinnen, das meist als Vorrecht der Intelligenz gilt, dem wird die kulturpädagogische Bedeutung des Nationalen aufgehen. Wie für den jungen Intelligenzler, der sich der Literatur nähert, die Verehrung früher, als die Kenntnis der Literatur da ist und ihm über die Schwierigkeiten hilft, die gerade dem Genuss der höchsten Geisteswerke entgegenstehen, so wird auch dem Proletarier, dessen Beruf für die Entfaltung rein ästhetischer oder rein wissenschaftlicher Neigungen wenig Raum bietet, kein anderer Weg offen stehen. Der Arbeiter, den keine Sprachmeister und Humanisten durch die Jugend geleiten, für den überdies in der klaglosen Beherrschung der Muttersprache das wirksamste Mittel demokratischer Politik liegt: er wird erst recht in der Nationalliteratur den Grund seiner Bildung, seines höheren Menschentums suchen müssen und es nur finden durch ein tiefes Herzensverhältnis zu dem Kulturbesitz seines Volkes. Ohne dieses bleiben alle Volksbühnen, Volkskonzerte, Bibliotheken und Vorträge das leere Blendwerk seelenloser Schulmeisterei und eitlen Snobtums.

Indes kommt für die praktische Politik neben dem kulturellen Gesichtspunkt und über diesen hinaus in Betracht, dass die Sozialdemokratie in der Art, wie sie sich zur nationalen Idee stellt, das Lebensinteresse der Arbeiterschaft zu vertreten hat. Das Nationale enthält als ein vielartiges geschichtliches Gebilde ausser dem Chauvinismus und einer bestimmten Struktur der Gesittung, noch Empfindungen, Stimmungen, Überlieferungen, Erinnerungen, die an sich weder wertvoll, noch schädlich sind. Die geklärte geschichtliche Betrachtung wird sich von ihnen zu reinigen suchen; im praktischen Leben bedeuten die kleinen Eitelkeiten, in denen sich das Selbstgefühl einer Nation spiegelt, Lässlichkeiten, um die man keinen ernsthaften Kampf führt. Der einzelne Sozialdemokrat, der dabei keinen Anspruch auf Autorität erhebt, kann es damit, wie mit der Religion, nach Belieben halten, aber die Partei, welche selbst den Katholizismus, diese religiös maskierte Universalmonarchie, Privatsache sein lässt und dem Alkohol nur behutsam zu Leibe geht — beides mit guten Gründen —, hat kein Amt, allezeit und auch bei widersprechenden Tatsachen die Herrlichkeit der anderen und die Fragwürdigkeit der Deutschen nachzuweisen. Wo dergleichen von einer grossen Zahl betrieben wird, so dass man es der Sozialdemokratie als durchgehendes Charakterzeichen anheften kann, ist's ein Sport, der den Arbeitern teuer zu stehen kommt. Ganz junge und ganz alte Leute mögen freilich meinen, dergleichen gehöre zum Klassenkampf. Doch der Krieg der Klassen ist, wie jeder Krieg, nach den besten Regeln der Strategie und nur mit dem Gedanken an den Erfog zu führen, also dass wohl derjenige kaum ein grosser Feldherr wird heissen können, der an dem Punkte, wo er vordringen will, dem Hauptgegner es erleichtert, möglichst viel Hilfstruppen herbeizuziehen. Die Partisane des Kapitals und der Reaktion hören gewiss nie auf, die Sozialdemokratie als vaterlandslos zu brandmarken. Sollen sie erzählen, dass sie für Geldsack und Polizeiknute fechten? Da hätten sie kein grosses Publikum. Doch wir müssen verhüten, dass der Schar von Komödianten Hunderttausende ehrlich Irrender sich anschliessen, dass die nationale

Idee gegen den Arbeiter mit Erfolg missbraucht werden kann. In Österreich haben es die Feinde der Wahlreform wahrlich nicht an Klagen über die nationale Gefahr fehlen lassen. Nur fanden sie eben nicht den rechten, brünstigen Glauben. Hätten wir uns jedoch nicht vor Jahren schon durch die sichtbar gewordene Macht der nationalen Idee belehren lassen und unseren Ton ganz wesentlich umgestimmt, so würde die Besorgnis, nationalen Besitzstand *Verrätern an ihrem Volk* auszuliefern, dem Wahlrecht den Weg versperrt haben — was erst recht im Verhältnis der tschechischen Bürger zu den tschechischen Arbeitern gilt.

Die innere Zerrüttung Österreichs hat uns ferner, indem sie die wirtschaftlichen, natürlichen und ideologischen Verbände vom Staate geistig löste, diesen sozusagen als nackte Machtorganisation vor Augen gestellt, sonach als das, was der Staat bei seinem in verschiedenen Epochen wechselnden wirtschaftlichen Charakter nach dem dauernden Grundwesen ist. In Staaten, wie Preussen und Österreich, gruppiert sich diese Machtorganisation um den Herrscher, der sie in vielen Beziehungen fast mit unabhängigem Willen verwenden kann. Wie wichtig es sei, sein Verhältnis zum Monarchen festzustellen, ergab sich aus solcher Einsicht unmittelbar. Die Vorliebe der Sozialdemokraten gilt der Republik, und dass dem so sei, dazu bedarf es nicht einmal der theoretischen Belehrung; der Machtinstinkt, der aller echten Demokratie treibendes Element ist, lässt sie das Vorhandensein einer obersten Gewalt hart empfinden. Allein, wenn die Republik für absehbare Zeiten überhaupt ausser Bereich der Diskussion liegt, so kann die Sozialdemokratie wohl keine Rücksicht verpflichten, das eine und einzige ausser acht zu lassen, was die Monarchie an Vorteilen bietet: dass in ihr die um den Herrscher versammelte faktische Macht sich in inneren Krisen leichter von den Parteien und wirtschaftlich politischen Gruppen trennt und eine Lücke öffnet, in die eine geschickte Hand den Keil treibt. In Österreich und in Deutschland hat es gerade jetzt einen solchen gnadenreichen Augenblick gegeben. Dem Kaiser Franz Josef nötigte das Versagen des österreichischen und ungarischen Parlaments eine wider Willen ausgeübte Verordnungsgewalt auf, die überdies dem dringendsten Bedürfnis des Monarchen, dem militärischen, kein Genügen gewährt. Da galt es dem Herrscher, in gewaltiger demonstrativer Machtentwickelung den Willen des Proletariats zu offenbaren und zugleich ihm klar zu machen, dass das gleiche Wahlrecht, die Forderung der Arbeiter, auch dem Staate den einzigen gangbaren Weg aus den inneren Wirrnissen weise. Dies ist vollbracht worden und so völlig gelungen, dass der Herrscher zum eigentlichen Vehikel der Wahlreform wurde. In Preussen bot der aufschäumende Verdruss über das persönliche Regiment einen ebenso geeigneten Moment für eine allerdings anders gerichtete Aktion dar. Die Sozialdemokratie musste sich an der Spitze der Empörten zeigen, nach dem höchsten Recht einer demokratischen Partei — die, mag sie auch eine Klasse vertreten, die Herrschaft über das Ganze als Anspruch mitbringt —, in grossen Augenblicken im Namen der Gesamtheit zu sprechen und zu handeln. Doch mengten sich autoritative *Theoretiker,* denen eine solche Politik wider den Lehrsatz ging, dass der Monarch nur der Exponent der herrschenden Klassen sei, mit der rechtzeitigen Mahnung ein, man dürfe an dem Rummel, welcher die Wut des Volkes von der Fleischverteuerung ablenken sollte, nicht teilnehmen. Es klang wie eine Verteidigung Wilhelms.

Und doch ist es selbst als historischer Lehrsatz ein arger Irrtum, den preussischen König im Junkertum als dessen Werkzeug aufgehen zu lassen. Denn freilich hat die Monarchie mit den Junkern im Inneren die Herrschaft vielfach geteilt, aber die Hohenzollern, wie die Habsburger spielen eine weltgeschichtliche Rolle, indem sie durch Erweiterung ihrer *Erblande* zu Grossmächten, durch Ausbildung eines nur ihnen unmitelbar zur Verfügung stehenden ungeheuren Kriegsheeres eine gewaltige Staatsmacht aus den Trümmern feudaler Staatsohnmacht emporgehoben haben. Wenn irgend jemand, so sind die Herrscher von Österreich und Deutschland, in Europa die Inhaber der grössten Machtfülle, für ihre Taten verantwortlich. Und musste man nicht wenige Wochen später, nach der Auflösung des Reichstags, die Agitation gegen das persönliche Regiment, gegen die absolutistischen Geflogenheiten konzentrieren und so durch die Praxis die Theorie Lügen strafen?

Wie sich aber an den offenbarenden Tatsachen das sozialdemokratische Denken entfaltete, und die Politik sich ihm als ein Reich eigenartiger Äusserungen und Wirkungen erschloss, die in ihrer Besonderheit zu fassen, nicht durch geschichtsphilosophische Verallgemeinerungen aus dem Gebiet der Wirklichkeit und Anschauung in luftige Abstraktionen zu übertragen seien, so begleitete diesen Prozess der Selbstverständlichung ein unausgesetztes Beeinflussen der Stimmungen und Meinungen der Öffentlichkeit durch die Idee des Wahlrechts. Wer die sozialdemokratischen Pressäusserungen und Reden im Verlaufe der zehn Kampfjahre verfolgt, der wird gewahr, wie in einem rasch fortschreitenden, wenn auch oft umschlagenden Denken und Durchdenken die Klarheit der Vorstellung aus schwankenden Bildern sich allmählich herausgestaltet; wie aber daneben zielsicher, unabänderlich auf das eine hingelenkt, eine Propaganda geht, die allen Wendungen und Drehungen des stürmisch bewegten politischen Lebens die Gelegenheit abgewinnt, dem Gedanken des Wahlrechts in neuen Kreisen Eingang zu schaffen, es in Polemik und enthusiastischer Verkündigung, in Drohung und Warnung, ruhiger Argumentation und verlockender Schilderung stets im Vordergrund der Erörterungen zu erhalten. Das Wahlrecht selbst bleibt dabei nicht die in Abstraktionen ruhende allgemeine Forderung gleichen Stimmrechts für alle, es gestaltet sich der Sozialdemokratie nach ihrer wachsenden Erkenntnis der besonderen Verhältnisse Österreichs, es erlangt die konkrete Gestalt einer österreichischen Reform, welcher die besonderen Beziehungen der Nationen im Staate, das gegenseitige Machtverhältnis der Völker, die Möglichkeit der Durchführung im Parlament die Grenzen gezogen haben.

Als die grossen Demonstrationen der Arbeiter zur Sinnesänderung des Kaisers und der Regierung den letzten Anstoss gaben, hatte in der breiten Öffentlichkeit und in der politischen Welt die Propaganda ihre Arbeit bereits getan. Die Wahlreform lag als eine Art von Massensuggestion auf allen, der politischen Gleichberechtigung der Arbeiter, als einem zwingenden Gebot, wagte sich nur noch eine Minderheit lediglich vom Eigennutz ihres Privilegs Beherrschter zu entziehen. Gewiss wird keine Überredung politische Gegner aus den ihnen nützlichen Meinungen scheuchen. Ohne die Nöte des zerstörten Parlaments, ohne die Kraftentfaltung der proletarischen Massen, ohne das Umlenken der Regierungspolitik konnte das Werk nicht gedeihen; aber seine Grundlage und die psychologischen Voraussetzungen zur Reform hätten bei Ministern und

Abgeordneten gefehlt, würde die Sozialdemokratie die Mühe gescheut haben, ihr Projekt in die konkrete, den gegebenen Möglichkeiten angepasste Form zu giessen, es heute in seiner hohen ethischen Berechtigung, morgen in seiner Bedeutung für den Staat und für die billige und dauernde Regelung der Beziehungen der Völker unter einander zu erläutern. Wer etwas will, und sein Wille ist doch zu schwach, es aus der Allgemeinheit der Prinzipien in die durchführbare Gestalt zu übertragen, der fordert vergeblich und ohne Berechtigung, dass der Gegner ihm das Erreichbare entgegenbringe.

Dreierlei waren die sachlichen Bedingungen, welche die Möglichkeit dieser Taktik und Propaganda der äussersten Beweglichkeit, Vielgestaltigkeit, Anpassung, Schmiegsamkeit und mächtigen Schlagkraft schufen. Eine Presse, die ihre Aufgabe journalistisch und politisch zugleich erfasst, mit den Mitteln der Journalistik arbeitet, die weniger rückwärts ausschaut nach den Sittenrichtern der Gesinnung, als vorwärts nach dem Erfolge, die ihre Tätigkeit nicht auf die Agitation einschränkt, sondern die öffentliche Meinung der Gesamtheit mit gestalten will, die ihre Verantwortlichkeit am stärksten empfindet vor dem Gebote, zu nützen, und ihre Bewährung im Gelingen des Unternommenen sucht und nicht vom Urteil der Instanzen erwartet. Vertrauensmänner und Führer, die langer gemeinsamer Kampf und mancher glücklich ausgefochtene Strauss im Vertrauen der Massen befestigt haben, die weder im Lob, noch im Tadel des Gegners ein Zeugnis ihrer Zuverlässigkeit sehen, die handeln dürfen mit dem Gefühl umfänglichster Verantwortlichkeit, die im Parlamente das Recht hatten, nicht nur Forderungen durchzusetzen, sondern auch Konzessionen zu machen, schmerzliche, aber unerlässliche Zugeständnisse. Und endlich und vor allem eine Masse, die geschult ist im praktischen Kampf von anderthalb Jahrzehnten, die alle grösseren Wendungen der Politik, alle ausgreifenden Aktionen persönlich miterlebt, auf der Strasse in gewaltigen, stets wachsenden Demonstrationen miterkämpft hat, eine Masse, die, wenn sie zur Tat sich entschliesst, nicht, wie Neuaufgebotene, das Ungeheure und letzte auf einmal und mit einem Griff glaubt heranreissen zu können, die nicht ein dumpfes, unklares, revolutionäres Drängen aus dem Unberechneten ins Unberechenbare führt, sondern die einem wohldisziplinierten Heere gleich ihre Aktionen anpasst dem Tag und der Gelegenheit: im Kampfe von heisser Leidenschaft, in der friedlichen Demonstration von beherrschter Ruhe, wenn der gehoffte Erfolg sich wieder entfernt, ruhig und unentmutigt abbrechend, stets aber gewärtig, von neuem zu beginnen und mit dem gereiften Gefühl für den entscheidenden Augenblick mit durchschlagender Kraft einzugreifen. Nur ein Proletariat dieser höchsten Diszipliniertheit konnte in jenen ausschlaggebenden vierzehn Tagen, als dem schwankenden Entschlusse des Kaisers und seiner Räte die feste Richtung gegeben wurde in allen Formen der stürmischsten und ruhigsten Demonstration einen Feldzug durchführen, in dem oft an aufeinanderfolgenden Tagen die Taktik jäh gewechselt werden musste.

Alle diese drei Bedingungen fassen sich jedoch in der einen zusammen: dass unter dem Zwange der äussersten Notwendigkeit der Wille zur Tat, die bewegende Macht des Denkens und Empfindens wurde, und Fähigkeit zu Tat und Gelingen der Tat zum entscheidenden Kriterium der Menschen und Handlungen. Weil aber die Leistung einem, wie dem andern Stellung und Rang angab, hatte keiner nötig, den andern an den Graden seiner Gläubigkeit abzu-

schätzen. Weil die Handlung führte, und nicht die Meinung, konnte Orthodoxie, die so gut ihr geschichtliches Recht hat, wenn sie im Rahmen des Denkens bleibt, wie die fortschreitende Kritik, mit dieser in guter Nachbarschaft und ohne persönlichen Zank leben. Die Meinungen waren frei, weil die Meinung keines mit autoritativem Ansehen ausgerüstet, für ihre absolute Geltung zu sorgen hatte, weil jeder das Recht hatte, seine Ansicht auszusprechen, aber niemand, mit unfehlbarem Lehrgebot den Handelnden in den Arm zu fallen, die nie ganz errechenbaren Entschlüsse und Unternehmungen der Praxis in Zweifel aufzulösen, die wertvollsten Mittel und Waffen des proletarischen Kampfes durch abstrakte und *ex cathedra* durchgeführte Reflexion auf ihren allgemeinen Nutzen, wie Schaden, auf ihre Bedeutung ohne Rücksicht auf den besonderen Fall zu zerstören.

III

FASSEN wir zusammen, so liegt der Erfolg der österreichischen Sozaldemokratie darin begründet, dass ihre Politik eine rein politische Politik war, ausschliesslich von Gesichtspunkten bestimmt, die sich aus der Lage der politischen Dinge ergaben, und von dem Willen geleitet, diese nach den Bedürfnissen des Proletariats umzugestalten. Die hervortretenden Individuen und die Masse als Träger dieser Politik stehen trotzdem tief und ganz in den marxistischen Anschauungen, bekennen sie mit erdrückender Mehrheit in ihrer schärfsten Form. Das bedeutet keinen Widerspruch zwischen Handeln und Denken, sondern die notwendige und reinliche Scheidung getrennter Gebiete. Wenn die *Theorie* beansprucht, das politische Handeln und dieses noch dazu in seinen einzelnen Aktionen (ob Generalstreik zu machen sei, oder nicht) zu lenken, so unterstellt sie ein Verhältnis, wie es zwischen den exakten Wissenschaften und ihrer technischen Anwendung besteht; aber damit ist Gesetzes- und Geisteswissenschaft verwechselt, ist verkannt, dass in den historischen Disziplinen unsere Verknüpfungen nach Ursache und Wirkung nur den Namen, nicht die Strenge von kausalen Relationen haben. Der Politiker mag durch die marxistische Lehre die konstruktiven Grenzen des in einer bestimmten Wirtschaftsepoche Möglichen erfahren und die grossen sozialen Strömungen zu klarer Anschauung gewinnen. Das ist eine Orientierung über den Ort des Wirkens und über das letzte Ziel des Weges und besagt ungemein viel. Allein mehr kann keine Formulierung soziologischer Gesetze der Praxis einstweilen bieten.

Die Welt, in der der Politiker zu schaffen hat, erhebt sich eigentlich erst über diesem Boden: Institutionen, die Spuren verschiedener Zeitepochen tragen, Machtgruppen, Menschen, alles dieses gegen einander, mit einander in der wechselnsten Stellung und Bewegung. Er muss jedes in seiner individuellen Wirkung erfassen, und wird sich doch nie anmassen dürfen, mehr wissen zu können, als rohe Empirie, vage Verallgemeinerung und halb von Empfinden getragene Schlussfolgerungen ihm vermitteln. Aber er will auch eigentlich nicht wissen, um zu ergründen, sondern bloss, um den Treffpunkt für seine Einwirkungen zu erspähen. Seine Intelligenz dient nicht der sondernden und aufbauenden Beobachtung, die das Geschehen der Welt in deutungsvollen Bildern malt, sondern beleuchtet dem Willen den schmalen und steilen Weg zur angreifenden, ändernden Tat. Sie ist Helferin, Herr und Gebieter auf dem politischen Felde ist der Wille. Darum aber, weil die Theorie, wo sie auto-

ritativ bestimmend eingreift in das Handeln, das Verhältnis umkehren will, nach dem innersten Drang ihrer Wesensart umkehren muss, erzeugt sie ein Lebensgefühl, in dem die Energie des Handelns verdorrt. Ihr Amt ist's, in die Wirrnis vergangener Ereignisse einen Zusammenhang zu schauen, Menschen und Einzeldinge unter allgemeine Beziehungen zu stellen, die sie *Gesetze* nennt. Sie rationalisiert, bringt Sinn in die wirbelnde Bewegung des Gewesenen, die sinnvollen Beziehungen liegen ihr am Herzen, nicht das Individuum und das Einzelding, die in ihrer Unvergleichbarkeit inkommensurabel sind. Doch der handelnde Mensch kann an Verallgemeinerungen, an den schönsten Abstraktionen keine Handhabe finden, will er wirken, so muss er sich an einzelne und an Gruppen von Menschen halten. Und weil sein einziges Geschäft ist, Verhältnisse umzuformen, darf er gar nicht glauben, dass Verhältnisse stärker seien, als der Mensch. Fast niemals lässt sich, was er tut, beweisen, und vor dem logisch schliessenden Denken bleibt er stets ein Tor. Als der autoritative Theoretiker Deutschlands jüngst in strengen Folgerungen darlegte, das Wahlrecht für den preussischen Landtag könne von der Arbeiterschaft nicht erfochten werden, ausser in dem (einstweilen unabsehbaren) Falle einer Revolution, wäre es schwer gewesen, ihn durch gleich gewichtvolle Argumente zu widerlegen. Allein nicht minder schwer wäre der Gegenbeweis gefallen, wenn vor anderthalb Jahren jemand sich die Mühe genommen hätte, darzutun, wie wahnwitzig es sei, zu denken, das österreichische Abgeordnetenhaus werde sich selbst des Privilegs berauben, auf dem es ruhte, und dem drei Viertel der Mitglieder prinzipiell zugewandt waren, ein Parlament, in dem jede winzig kleine Gruppe durch Obstruktion alles hindern kann, werde ein so verhasstes, umfangreiches Gesetz zu verabschieden vermögen. Auf solche Einwände, die freilich nicht widerlegbar sind, gibt es für den Politiker nur die eine Antwort: Ich bin nun aber einmal da, um das Wahlrecht zu erobern, und habe keinen Beruf mehr, wenn ich es nicht wenigstens aus allen Kräften anstrebe; der schlüssigste Beweis wird mich nicht überzeugen, dass ich kein Recht habe, zu existieren. Und was vermag zuletzt der schlüssigste Beweis in den vielgestaltigen Dingen der Wirklichkeit? Im Grunde hörte die Wahlreform nicht auf, *unmöglich* zu sein, wo sie schon rüstig im Vorwärtsschreiten war; echte Freunde hatte sie ausser den Sozialdemokraten eine Handvoll. Aber als einmal der Kaiser unter dem Eindruck der Arbeiterdemonstrationen sich und die Regierung durch öffentliche Erklärungen gebunden hatte, standen er und seine Minister hinter der Sache; und, wie geringfügig in Dingen, die Nationales berühren, beider Einfluss sei, in den sich anknüpfenden und fortspinnenden Verhandlungen hängten sich so viel Privatinteressen und Parteivorteile der Abgeordneten an die Reform, dass ihr eigenes Gewicht schliesslich alles Gegengewicht besiegte. Wirklich gewollt hat das Wahlrecht nur die Arbeiterschaft, und sie ist gewiss nicht stärker, als Dynastie, Parlament und Staat; oft kann jedoch Energie ausgleichen, was an der Masse fehlt, und niemals ist der Widerstand gleich der Summe der Kräfte, die gegenüber stehen. Denn über diese, mögen es nun wirtschaftliche oder selbst brutale Machtmittel sein, verfügen bewegliche Menschen mit ihren bestimmbaren Vorstellungen.

·

Endlich verlässt die Theorie, die regelnd die politische Tätigkeit zurechtweisen will, ihr eigenes Gebiet. Bei ihren wissenschaftlichen Folgerungen immer auf die Wirkung nach aussen und in die Weite achtend, zeigt sie sich im Denken

und in seinen Schlüssen zu Kompromissen zwischen strenger Konsequenz und zu schonenden Vorurteilen der Masse gern bereit: um so unerbittlicher stellt sie ihre Forderungen dem Handelnden. Denn ihre Lehrsätze, die sie noch immer als Feststellungen kühler Wissenschaftlichkeit betrachtet, haben sich ihr in ethische Postulate verwandelt, und sittliche Norm duldet keine Abweichung von ihren heiligen Massen. Das Prinzip, das ein höchstes Recht hat, wenn es im allgemeinen und nach dem letzten Ziele unser Tun leitet, entfaltet sich in den Händen der Verweser und Deuter zu einer Fülle von Musterlösungen aller denkbaren praktischen Aufgaben. Die Abweichung von dem Modell nimmt der grössten Leistung leicht alles Verdienst. Was ist ein ideales Wahlrecht? Das wissen alle, und selbst die Jüngsten. Doch wie man's einstweilen erlangt, ist vielleicht sogar den Weisesten nicht bekannt. Denn nur ihren Tadel, nicht ihren Rat haben wir vernommen. Bloss im Denken und nie im Handeln dulden unsere Denker Kompromisse; doch der Politiker weiss in seinem schlichten Verstande, dass sich nur in den seltensten Fällen eine Kraft und Richtung so mächtig durchsetzt, dass sie zur Wirkung gelangt, während sich in der unendlich überwiegenden Zahl der Fälle erst aus Widerstreit und Ausgleich der Kräfte die Wirkung entbindet. So dass fast immer kein Kompromiss wollen das selbe heisst, wie nichts wollen.

Und doch ist eins, was einen Vorrang der Macht einer autoritativ das Handeln regelnden Theorie bedeutet. Die österreichische Sozialdemokratie hat ihren grossen Sieg erfochten, weil ihr diese Ratgeberin nicht beirrend und einschüchternd auf ihren Pfaden folgte, weil ihr die Freude an der Tat durch des Gedankens Blässe nicht angekränkelt ward. Allein der Mangel an Reflexion hat wieder verhindert, dass die grossen geistigen Errungenschaften dieses Kampfes als ein teueres Erbe der Zukunft gesichert würden. Die neuen Anschauungen und Lösungsversuche wurden durch die wechselnden Bedürfnisse der Lage heraufgerufen. Werden sie mit ihnen vergehen und den tieferen Grund alten überkommenen Gedankenguts wieder hervortreten lassen? Oder mit neuen Zielen zu neuen Taten fortwachsen und zur endgültigen Ausbildung des neuen Typus einer zweckbewusst und praktisch das politische Leben formenden proletarischen Partei sich vervollkommnen lassen? Wer wagt, zuversichtlich *Ja* zu sagen? Die Tat bedarf der Gelegenheit, die sie entbindet. Die autoritative Lehrmeinung jedoch wuchert unaufhörlich und aus eigener Kraft in der fröhlichen Selbstgewissheit ihrer wirklichkeitsentrückten Abstraktionen.

××

EUGÈNE FOURNIÈRE · DIE SOZIALISTISCHEN MINISTER


RIANDS Eintritt in das Ministerium Sarrien-Clemenceau am 11. März 1906 war von der Partei der geeinigten Sozialisten, der Briand damals angehörte, mit diskretester Zustimmung aufgenommen worden. Anstatt die grosse Exkommunikationsmaschine in Bewegung zu setzen, hatte der *Nationalrat* durch eine Resolution daran erinnert, dass die Partei es ihren Mitgliedern verböte, einem bürgerlichen Ministerium anzugehören, worauf er sich mit anderen Dingen beschäftigt hatte. Ihrerseits waren Briand und seine Organisation, die der Loire, geräuschlos aus der

Partei ausgetreten, ohne die Tür wieder zu schliessen. Und niemand besass die Unhöflichkeit, sie hinter ihnen zuzuschlagen. Sieben Monate später stellte eine friedliche Umgestaltung des Kabinetts Clemenceau an die Spitze; sie erhielt Briand an seinem Platze und gab Viviani das neugeschaffene Arbeitsministerium, dessen erster Leiter er nun ist. Der Eintritt Vivianis ins Ministerium erregte noch weniger Zorn unter unseren geeinigten Freunden, als der Eintritt Briands, und er bekam kaum ein paar Stösse versetzt von den alten Mitgliedern der sogenannten *Französischen Arbeiterpartei*, Fraktion Jules Guesde. Allerdings konnte man für die im grossen ganzen freundschaftliche Beurteilung, die Viviani allgemein zu teil ward, einen Grund anführen: er gehörte nicht zu den Geeinigten, er verliess uns also nicht, um ins Ministerium einzutreten. Man bemerkte auch nicht die schwächste Anwandlung, anzuklagen. Ehe noch von der Umbildung des Ministeriums die Rede war, zeigte man mir an, dass ich von meiner Sektion, die sich aus den Komitees meiner alten städtischen Pariser Wähler zusammensetzt, einen Tadel dafür erhalten würde, dass ich die Kandidatur Vivianis für die Stichwahl verteidigt hatte. Aber es wurde nichts daraus. Weniger glücklich, als ich, erhielt Arthur Rozier, der die gleiche Missetat begangen, einen Tadel von der Seineföderation. Freilich, er ist Abgeordneter, und in unserer Partei wird mit den Erwählten des allgemeinen Stimmrechts immer streng verfahren. So ruft man ihnen ins Gedächtnis, dass sie nicht von ihren Wählern, sondern von der Föderation der Komitees des Departements oder des Kreises abhängig sind.

Wenn aber eine Anklage hätte erhoben werden sollen, dann doch sicherlich beim Eintritt eines unabhängigen Sozialisten ins Ministerium. Hatte man denn nicht auf dem Parteitag zu Chalon im Jahre 1905 in Sachen der Kandidaten dieser Richtung ein Verbot geschaffen, welches den geeinigten Kandidaten untersagte, ihretwegen zu verzichten, während sie die Freiheit hatten, dies zu gunsten der Radikalen zu tun? Gerade, um gegen diese unsinnige Bestimmung zu protestieren, die der Reaktion Vorschub leistete, unternahmen Rozier und ich es, Viviani gegen den Klerikalen beizustehen, der ihn 1902 durch Überrumpelung besiegt hatte. Es wäre also zu verstehen gewesen, dass man einen von den Ministern bekämpft hätte, dessen Wahl zum Abgeordneten zu verhindern ein Parteitag beschlossen hatte. Man hätte andererseits den Geeinigten zeigen können, dass einzig Ehrgeiz die Unabhängigen leite, und dass sie sich dagegen sträuben, sich mit der grossen sozialistischen Armee zu vereinen, um ungestört das Proletariat durch den Eintritt in ein Bourgeoisministerium verraten zu können. Gleichwohl zeterten nur einige Anarchisten von der *Confédération générale du Travail* über *Verrat*; aber die würden noch viel lauter schreien, wenn die Partei der geeinigten Sozialisten das ganze Ministerium innehätte.

Warum aber haben wir geeinigten Sozialisten dem Aufstieg Briands, dieses *Abtrünnigen*, und Vivianis, dieses Gegners der unentwegt negierenden Haltung, welche uns die Parteitage von Paris, Chalon und Limoges zum Gesetz machten, warum haben wir dem Aufstieg dieser beiden zur Macht einen Empfang bereitet, dessen Liebenswürdigkeit zwar kühl, dessen Kühle aber unecht war und ein aufmunterndes Lächeln verbarg? Weil bei uns Reden und Tun zweierlei ist. Weil die Natur stärker ist, als das Wort. Weil die unbeugsamsten Theoreme, diese Vorstösse des ewig begeisterten Gedankens gegen das

Jahr 2000, oft einen Widerspruch gegen die Tatsachen bilden, die, schädlich oder wohltätig, immer gegenwärtig und fühlbar sind und sich nie ungestraft herausfordern lassen. Und so stimmt man denn die Kriegsgesänge der Theorie an, und man stürzt in den Kampf — Blumen in den Händen. In dieser Weise versöhnt man die Theorie mit der Notwendigkeit. So verfuhr Darwin, als er Sonntags, die Bibel unterm Arm, zur Predigt ging, nachdem er die Woche damit zugebracht hatte, die Grundlagen allen Glaubens wissenschaftlich zu vernichten. Diese Widersprüche sind auch unseren ausländischen Genossen zur Genüge bekannt, und diese leiden in ihrem Verlangen nach Logik und Aufrichtigkeit zur Genüge darunter. Ich brauche hierbei also nicht zu verweilen, um von ihnen verstanden zu werden. Jedoch muss ich einen unserem Lande eigentümlichen Zustand vermerken: Wir haben in der geeinigten Fraktion eine Anzahl Genossen, die sich über die Existenz einer unabhängigen Fraktion freuen. Ihr einziger Kummer ist es sogar, dass sie nicht stärker ist, und es gibt ein paar Dutzend Geeinigter, die man sofort freundlicher ansehen würde, wenn sie nur hingehen wollten, sich den Unabhängigen anzuschliessen. Diese haben aber einen sehr schlechten Charakter, sie lieben es, bei denen zu bleiben, die sie weit weg wünschen, sie wollen ihr Recht als Parteimitglieder nutzen und zu nutzen fortfahren, um diese Partei mit ihrem *Reformismus* zu infizieren, und sie hoffen, in ihr die Majorität zu erlangen in dem Masse, wie diese selbst an Umfang, Kraft und Vernunft zunimmt. Es ist so bequem für eine Partei verbaler Unversöhnlichkeit, Freunde und Nachbarn zu haben, die die Aufgaben übernehmen, welche die *Theorie* nicht zulässt. Man hat die besondere Chance, sie verlachen und beschimpfen zu können, wenn ihre *Kompromisse* mit der Bourgeoisie ein republikanisches Ministerium durch Bewilligung des Budgets gerettet haben; und es ist ein wahres Glück, so zweihändig zu spielen. Man kann zu Nutzen der Partei die Ungeduld und den Groll der Massen mit um so grösserer Gemütsruhe pflegen, als man vor den Rückschlägen und Angriffen der republikanischen Bourgeoisie durch die Pufferfraktion der unabhängigen Sozialisten geborgen ist. Man hat den Vorteil des Heldentums, ohne es verausgaben zu müssen.

Es muss gesagt werden: Briand haben die Umstände wunderbar gedient. Im gleichen Jahre, wo jene grosse Abrechnung, die Trennung von Staat und Kirche, vor sich gehen sollte, schien es da nicht ganz natürlich, sogar notwendig, dass dieses Unternehmen dem Urheber des Trennungsgesetzes überantwortet wurde? Es ist nichts spezifisch Sozialistisches in dieser Vollendung der Verweltlichung des Staates, und der Kampf gegen den Klerikalismus hat nur entfernt Zusammenhang mit dem Klassenkampf. Aber soll man sich der Tat entziehen, einer historischen Grosstat, weil man Sozialist ist? Und sich ihr entziehen, heisst das nicht die spezifisch sozialistische Tat eines ihrer sichersten Vorwerke berauben? Erhoffen denn nicht heute die Feinde des Sozialismus die letzte und höchste Hilfe von der als soziale und moralische Macht eingesetzten Kirche? Lehrt sie nicht Entsagung den Armen, und verkündet sie nicht die Lehre von der Autorität und von der überlieferten Unterwerfung unter die ererbte Macht? Man kann aber in Frankreich, wie in anderen Ländern den Klerikalismus nur bekämpfen, indem man den Klassenkampf durch den Klassenzusammenschluss mit jenen bürgerlichen Elementen, die sich von der religiösen Tyrannei befreien wollen, ersetzt. Zudem ist der wesentliche Cha-

rakter unseres Kampfes gegen den Klerikalismus — und darin beruht seine Popularität — der einer Verteidigung der demokratischen Einrichtungen; das kommt daher, dass die Klerikalen bei uns immer aus den reaktionärsten Elementen sich zusammensetzten, und dass sie mehrmals die verschiedenen monarchistischen Parteien, die Unzufriedenen und Unklaren, um das Banner des Boulangismus, später des antisemitischen Nationalismus geschart haben. Wir sind übrigens seit Jahrhunderten ein gründlich antiklerikales Volk, und oft haben wir unsere bigottesten Könige gezwungen, den Staat gegen die Kirche, die Laienschaft gegen die Kleriker zu verteidigen. Dieses wichtige Gefühlsmoment verkennen die Sozialisten nicht, und in ihrer überwiegenden Mehrheit fühlen sie ebenso. Sie waren deshalb froh, Briand freie Hand lassen zu können, ohne selbst auch nur anscheinend ihren sozialistischen Hauptkampf zu vernachlässigen: den Kampf für die wirtschaftliche Emanzipation der Arbeiter.

Obwohl an seine Funktionen und an Aufgaben gebunden, deren grosse Bedeutung für den gegenwärtigen Augenblick es ihm nicht gestattet, seinen Handlungen eine sozialistische Tendenz zu geben, hat Briand seit seinem Amtsantritt Gelegenheit gehabt, zu zeigen, dass in der Verwaltungshierarchie doch vieles anders werden kann. Wie jeder in das Ministerium berufene Abgeordnete der Wiederwahl im vergangenen Mai unterworfen, hatte er, der Unterrichtsminister und Rektor der Universität, einen Gymnasialprofessor, also einen seiner Untergebenen, zum Gegenkandidaten. Und infolge einer seltsamen und amüsanten Fügung war dieser Rivale nicht etwa ein Sozialist vom linken Flügel, sondern ein sehr gemässigter Republikaner, einer von denen, deren Programm im Punkte der Trennung sich bis zu solchem Grade auf den Respekt vor der Kirche stützt, dass es die vorgesetzte bürgerliche Gewalt aufhebt. Briand hat mit guter Laune dieses seltsame Zusammentreffen hervorgehoben und die Wahlkampagne mit der heitersten Ritterlichkeit geführt. Wäre jener der Minister, und Briand der einfache Oberlehrer gewesen, so hätten die Dinge sich anders abgespielt. Aber hat nicht ein Vorfahre Cassagnacs der Demokratie eine Huldigung dadurch erwiesen, dass er ausrief: »Im Namen Ihrer Prinzipien schulden Sie mir die Freiheit, die ich Ihnen im Namen der meinigen verweigere!«?

Für Viviani lagen die Umstände vielleicht noch günstiger. Man wusste, dass er nur unter der Bedingung seinen Eintritt in das umgestaltete Kabinett zugesagt hatte, dass er der Träger eines neuen Ministeriums, des Ministeriums der Arbeit, wurde. Virtuell existierte dieses Ministerium schon seit einigen Monaten, seitdem Doumergue, der Handelsminister des Kabinetts Sarrien, sich *Minister des Handels, der Industrie und der Arbeit* benannte. In Wahrheit hat schon Millerand vor sieben Jahren das Arbeitsministerium tatsächlich geschaffen, dank der Bedeutung, die er diesem Zweig seiner Befugnisse während der drei Jahre seiner Ministerschaft beilegte. Der Gedanke eines Arbeitsministeriums ist ein sozialistischer. Sofort nach der Revolution des 24. Februar 1848 verwirklichte ihn Louis Blanc, indem er ein *Ministerium der Arbeit und des Fortschritts* schuf, welches aber die konstituierende Versammlung nicht am Leben liess. Die Wiederherstellung dieses Ministeriums verlangte unter der dritten Republik vor mehr als fünfzehn Jahren Vaillant in einem Antrag. Der Gedanke war bei den Sozialisten populär geblieben. Und nicht weniger war er es in einer Kammer, deren Mehrheit sich aus Radikalen und Sozialistisch-Radikalen zusammensetzte. Dies erwies der Beifall, der Viviani empfing, als er im Parlament den

Etat für die ihm unterstellten Ressorts begründete. Die Kammer beschloss den öffentlichen Anschlag seiner Rede in allen Gemeinden Frankreichs nicht nur, weil er ein glänzender Redner ist, sondern sie wollte auch vor allem ihre Sympathie für das neue Ministerium und für die Arbeiterklasse manifestieren. Vivianis erstes Wort als Minister bezeichnete die Haltung, die er im Kabinett und vor dem Lande einnehmen wollte. »Ich will nicht«, sagte er, »der Konkursverwalter der gescheiterten Invalidengesetzgebung sein.« In diesen Worten muss man mehr erblicken, als den festen Vorsatz, Tüchtiges zu leisten, sie sind in erster Linie eine Antwort an die, welche befürchten, das Ministerium könne es vor dem Senate an der nötigen Energie für den von der Kammer bereits angenommenen Entwurf fehlen lassen. Der französische Senat war immer sehr entschieden republikanisch, in dieser Beziehung war er manchmal weitergehend. und immer fester, als die Kammer. Aber auf dem Gebiet der Sozialreform und der Arbeitergesetzgebung fühlt er durch und durch bürgerlich. Oft ist es vorgekommen, dass die Kammer — freilich mehr aus Demagogie, als aus wahrhaft demokratischem Empfinden — soziale Gesetze votierte, die der Senat ihr unerbittlich zurückschickte. Die erste Berührung Vivianis mit dem Senat zeitigte zunächst den Erfolg, dass das Haus die Errichtung des Arbeitsministeriums genehmigte. Doch konnte das geschehen sein, um das von Clemenceau gebildete Kabinett nicht zu brüskieren oder gar umzuwerfen. Bedeutsamer war deshalb das zweite Auftreten. Viviani hatte im Senat eine Vorlage verabschieden zu lassen, die in der Kammer schon votiert war, und die den Gebrauch von Bleiweiss bei Malerarbeiten wegen seiner mörderischen Wirkung auf die Arbeiter, die damit umgehen, verbietet. In den voraufgegangenen Jahren hatte der Senat einen der Vorlage abgeneigten Referenten gehört. Der neue Referent war für das Gesetz, aber die Minderheit der Kommission hatte einen Korreferenten gestellt, und die Opposition war gross. Viviani gelang es nicht, den von der Kammer angenommenen Entwurf zur Annahme zu bringen, wohl aber einen Entwurf, der die Verwendung von Bleiweiss auf die Arbeit in freier Luft beschränkt und eine Entschädigung für die Fabrikanten dieses Giftstoffes festsetzt. Es ist dies ein erster Schritt auf dem Wege des notwendigen Verbotes, und ein grosser Teil des Verdienstes gebührt Viviani, der übrigens den weitergehenden Entwurf aus der Kammer aufrecht erhielt, das absolute Verbot verlangte und den Ankauf der Bleiweissfabriken bekämpfte. Um das Vertrauen der Arbeiterklasse nicht zu verlieren, hat der sozialistische Minister der Arbeit eine Ausdehnung seiner Befugnisse abgelehnt. Clemenceau hatte beabsichtigt, das Arbeitsministerium dadurch zu bilden, dass vom Handelsministerium die Zweige der Gewerbeinspektion und der sozialen Fürsorge und von dem Ministerium des Innern der Zweig der öffentlichen Hilfe abgetrennt werden sollte. Viviani hat weniger ausgedehnte und genauer umschriebene Befugnisse vorgezogen. Infolgedessen lehnte er die Einverleibung des Dienstes der öffentlichen Hilfe ab und zeigte auf diese Weise den Arbeitern den wahren Charakter seines Amtes und den Geist, in dem er sich vornahm, es auszufüllen. Selbst die Wahl seines Ministerialdirektors, also seines unmittelbarsten Mitarbeiters, erwies sich bedeutsam: Unser Genosse Paul Boncour, mein Mitarbeiter an der *Revue Socialiste*, ist in der Tat der Anwalt der Gewerkschaften in den schwierigsten juristischen Konflikten. Er ist ausserdem der Theoretiker des zum Kollektivrecht erweiterten Gewerkschaftsrechts. Diesen Urheber des wirtschaftlichen Föderalismus, den tatkräftigen Verteidiger der Rechte der

Gewerkschaftsorgane ins Ministerium zu berufen, das war von seiten Vivianis eine Erklärung an die Sozialisten, aber auch an die Adresse seiner radikalen Kollegen im Kabinett, dass er als ein Ganzer in die Regierung eintrat und beabsichtigte, ein Ganzer zu bleiben.

Weniger vom Glücke begünstigt, als Briand, der so erfolgreich die durch das *Non possumus* Pius' X. nötig gewordenen gesetzgeberischen Massnahmen trifft, beginnt Viviani, mit den grossen Schwierigkeiten bei Anwendung unseres neuen Gesetzes über die wöchentliche Arbeitsruhe Bekanntschaft zu machen. Das Gesetz fordert die kommunalen Körperschaften auf, sich über die Einschränkungen auszulassen, die von Kaufleuten und Industriellen verlangt werden, wobei diese, als Antwort auf die Agitation der Gewerkschaften, einen Druck auf den Stadtrat von Paris ausübten. Unser Stadtrat ist nun zwar nicht mehr nationalistisch, aber er steht noch immer unter der Herrschaft der Pariser Handelswelt, die eine sehr einflussreiche Kategorie bei den Wahlen bildet. So votiert er so viele Einschränkungen, wie nur möglich, er erschwert auf diese Weise die Anwendung des Gesetzes noch mehr und macht alle Kontrolle unmöglich oder illusorisch. Unser Genosse hält sich wacker, so gut, wie er vermag. Vor der Kammer hat er schon einem hinterlistigen Vorschlag zur Revision des Gesetzes siegreich widerstanden. Aber er wird an dieser Stelle ernste Schwierigkeiten finden.

Es wäre zu wünschen, dass die sozialistischen Organisationen, denen Viviani und Briand angehören, jetzt den Vorzug nutzten, der ihnen durch die schöne ministerielle Haltung ihrer Führer gegeben ist, um sich endlich eine Parteiverfassung zu geben und ihren legitimen Platz in unseren internationalen Kongressen zu verlangen und sich schliesslich zu einer sozialistischen Einheit zu verschmelzen, die heute wünschenswerter, als je, ist. Ich glaube, dieser Wunsch geht in Erfüllung. Ein Kongress der unabhängigen sozialistischen Organisationen ist für dieses Jahr angesagt, und alles berechtigt zu der Hoffnung, dass man ihre Delegierten in Stuttgart sehen wird. Man wird ihnen die Tür nicht mehr verschliessen können, besonders da man sie vor zwei Jahren Jaurès und seiner Fraktion nicht verschloss, deren *Ministerialismus* und *Reformismus* nicht kleiner war, als der Briands und Vivianis. Also hinein mit den beiden in unsere Reihen!

××××××××××××××××××××××××××××××××××××××

ROMAN STRELTZOW · DER POLITISCHE MASSENSTREIK IN RUSSLAND UND SEINE LEHREN

»WIR sehen die russische Revolution, und wir wären Esel, wenn wir daraus nichts lernten.«
ROSA LUXEMBURG

KANN man aus den russischen Massenstreiks, aus den Vorgängen in einem Lande mit ganz eigenartigen politischen, sozialen und geistigen Verhältnissen positive Schlussfolgerungen für die Methode des westeuropäischen Proletariats ziehen? Auf diese Frage ist *eo ipso* mit einem entschiedenen *Nein* zu antworten. Gleichwohl gibt es romantisch angelegte *Politiker,* die die russische Revolution als »die Lehrmeisterin der revolutionären Bewegung des Proletariats« überhaupt hinstellen und uns glauben machen wollen, das, was wir in Russland gesehen, sei auch in einem beliebigen

andern Lande Europas möglich. Sie übersehen dabei den kleinen Umstand, dass in Russland ein Kampf gegen den Absolutismus — den russischen Absolutismus! — geführt wurde, während in den anderen Ländern, die sich Russland als Lehrmeisterin nehmen sollen, der Kampf sozialen Forderungen gilt; sie erwähnen nicht, dass in Russland das gesamte Volk, alle gesellschaftlichen Klassen an diesem Kampf teilnahmen, während im westlichen Europa das zum Sozialismus strebende Proletariat ziemlich isoliert dasteht; ferner, dass der Feind, der in Russland bekämpft wurde, sich selbst überlebt hatte, dass er sich selber nichts zutraute, dass der demütigende Krieg ihm jegliches Selbstbewusstsein ausgetrieben hatte, während die Vertreter der Institutionen Westeuropas noch sehr weit davon entfernt sind, ihren Glauben an sich zu verlieren.

Indes, will man schon die russischen Vorgänge zum Lehrmeister nehmen, dann müssen nicht nur die äusseren Momente, sondern die inneren Zusammenhänge untersucht werden. Denn lehrreich sind nicht sowohl die Erscheinungen, als vielmehr die Ursachen und Bedingungen, die sie ermöglichten. Für eine erschöpfende Analyse der russischen Ereignisse fehlt freilich zunächst noch das Material. Wir müssen uns daher zunächst auf eine Skizzierung der Hauptmomente der grossen russischen Massenstreiks beschränken, auf eine kurze Darstellung der wichtigsten Faktoren, die den Erfolg des Oktoberstreiks sicherten und den Misserfolg der übrigen.

Die Waffe der Arbeitsniederlegung oder Arbeitsverweigerung ist in Russland längst bekannt. Die Geschichte der russischen Industrie, die schon mit dem Ende des 18. Jahrhunderts beginnt, kann von Fällen erzählen, wo der noch leibeigene Arbeiter diese Waffe mit mehr oder weniger grösserem Verständnis und Erfolg gegen seinen Herrn zu führen verstand. Von grösseren Streiks aber erfahren wir erst nach der Aufhebung der Leibeigenschaft, als die Entwickelung der Industrie und der Eisenbahnen mit raschen Schritten vor sich zu gehen begann. Die Chronik der Arbeiterbewegung in den siebziger und besonders in den achtziger und neunziger Jahren weist eine fast ununterbrochene Reihe von mehr oder weniger umfangreichen Arbeiterstreiks auf, die aber alle einen *ökonomischen* Charakter trugen. Die absolutistische Regierung verhielt sich ihnen gegenüber nicht neutral[1]), und durch ihr brutales Vorgehen bei deren Niederdrückung nötigte sie die Arbeiter, ihr vorläufig einziges Kampfesmittel, die Arbeitsverweigerung, auch gegen den Absolutismus selbst anzuwenden. Diese Änderung der Ziele der Arbeitsniederlegung vollzog sich unter grossem Einfluss der sozialistischen Intelligenz. Diese suchte jeden lokalen Streik, der aus wirtschaftlichen Gründen ausgebrochen war, sofort in einen politischen umzuwandeln, was ihr auch des öfteren gelang. Man sah aber alsbald ein, dass diese neue Waffe eine zweischneidige wäre, die nicht nur den Gegner, sondern auch den Waffenführenden selbst verwundete. Immer mehr gewann die Ansicht die Oberhand, dass die lokalen politischen Streiks nach Möglichkeit zu verhindern seien, um die Kräfte für einen eventuellen allrussischen Massenstreik zu erhalten. Dieser kam auch im Oktober des Jahres 1905 zu stande, und der Oktoberstreik bildet eigentlich den ersten — und vorläufig letzten — politischen Massenstreik in grösserem Massstab, der einen Erfolg gehabt hat. Wollen wir von den russischen Ereignissen etwas lernen, so müssen wir die Umstände, die das Gelingen des Oktoberstreiks er-

[1]) Über die Gründe dieser Haltung vergl. meinen Artikel *Über die ökonomischen, sozialen und geistigen Ursachen der russischen Revolution* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1906, 2 Bd., pag. 864-865.

möglichten, genauer uns vor Augen führen; die Ursachen des Misslingens der späteren Massenstreiks werden sich dann von selbst ergeben.

Im Zentrum der Oktoberbewegung stand die Organisation der Eisenbahner. Sie war es, die den Streik proklamierte, sie war es auch, die seinen Erfolg in grösserem Masse förderte. Was war das für eine Organisation, und wie war sie entstanden? Ein Streben nach Organisierung war unter den Eisenbahnern Russlands schon längst bemerkbar. Schon im Jahre 1903 veröffentlichte eine Gruppe der südlichen Eisenbahner einen Aufruf, in dem von der Notwendigkeit eines Zusammenfassens die Rede war. Der Aufruf wies ganz offen auf die Wichtigkeit der Eisenbahnen bei einem eventuellen Massenstreik hin und forderte die Kameraden auf, sich der schon gegründeten Gruppe anzuschliessen. Dieser Aufruf scheint aber keinen direkten Erfolg gehabt zu haben; erst eine Reihe lokaler Eisenbahnerstreiks, die nach dem *blutigen Sonntag* ausgebrochen waren, führten zur Gründung des *Allrussischen Eisenbahnerverbandes.* Sie fand im April 1905 auf einem Kongress der Vertreter von 10 Eisenbahnlinien statt. Der Verband dehnte sich bald aus, und an dem zweiten Kongress, im Juli, nahmen schon Delegierte von 25 Linien teil. Da man sich von der Nutzlosigkeit partieller Streiks überzeugt hatte, war man entschlossen, sie nach Möglichkeit zu verhindern. Als aber Anfang Oktober auf der Moskau-Kasaner Linie doch ein solcher Streik auszubrechen drohte, beschloss das Zentralkomitee, einen allrussischen Massenstreik zu proklamieren, und zwar nur als eine Truppenschau; man rechnete mit einer kurzen Dauer. Der entscheidende Kampf sollte zum Moment der Wahlen für die Bulyginsche *Duma* verschoben werden. Es kam aber anders. Am 7. Oktober alten Stils stellte die Moskau-Kasaner Eisenbahn die Arbeit ein. Das war das Signal. Die Streikbewegung dehnte sich sofort nach allen Richtungen aus, und bis zum 17. Oktober ruhte der Verkehr auf fast allen Linien. Gleichzeitig mit der Eisenbahnerbewegung ging die Streikbewegung in den Städten vor sich. Am 10. Oktober — also drei Tage nach dem Beginn des Eisenbahnerstreiks — streikten Moskau, Charkow, Reval, und bis zum 17. Oktober umfasste der Streik fast alle grösseren Städte des europäischen und asiatischen Russlands.

Die Situation war die denkbar günstigste. Auf der einen Seite stand die Regierung, die durch den demütigenden russisch-japanischen Krieg, durch die Empörung der Bevölkerung wegen der sinnlosen Metzelei des 9./22. Januar und des Bulyginschen *Duma*projektes ihr Selbstbewusstsein verloren hatte, isoliert da, auf der andern stand fast die gesamte städtische Bevölkerung, die nach Freiheiten dürstete, die durch den auf allen lastenden brutalen Druck der Zentralgewalt sich einig fühlte, die durch keinerlei nennenswerte soziale oder politische Organisationen differenziert war. Diese Formlosigkeit der russischen Gesellschaft spielte für den Erfolg des ersten allrussischen Massenstreiks die ausschlaggebende Rolle. Die politische Rückständigkeit wandelte sich in einen Faktor des Fortschritts. Dank dieser Rückständigkeit konnten und mussten an diesem Streik sich nicht nur Arbeiter, sondern auch Rechtsanwälte, Ärzte, Bankangestellte, Pharmazeuten, Seminaristen, ja sogar Staatsbeamte beteiligen. Denn alle fühlten sich eins gegen die Regierung, alle wollten sich von ihrer sinnlosen Wirtschaft befreien. Daher kam es auch, dass die bessergestellten Schichten des Volkes, die *Semstwo*leute, die Staatsbeamten, die Ingenieure usw., Streikfonds gründeten zur Unterstützung der streikenden Arbeiter.

Eine grosse Bedeutung für den Erfolg des Oktoberstreiks muss man dem Charakter des Eisenbahnerverbandes beimessen. In seinen Reihen konnte man dem vom Kohlenruss schwarzen Heizer, wie dem mit dem Kaiserrock bekleideten Telegraphisten und dem Stationschef begegnen. An der Spitze der Petersburger Leitung standen höhere Eisenbahnbeamte, Ingenieure, Professoren, die ein Bindeglied zwischen den kämpfenden Arbeitern und der *Gesellschaft* bildeten. Die Organisation war auch nicht auf bestimmte Parteiformeln eingeschworen, sie war in dieser Beziehung höchst opportunistisch. Und gerade, weil sie opportunistisch war, fiel es ihr nicht ein, die bürgerlichen Elemente von sich abzustossen. Von *oben*, von der *intelligenten, bürgerlichen* Leitung wurde der Streik im Oktober inszeniert. Als er später von *unten*, von der Arbeiterschaft selber, wiederholt werden sollte, misslang er. Ein weiterer Umstand von grosser Bedeutung für den ganzen Streik muss hier noch hervorgehoben werden: die nahezu völlige Unorganisiertheit der russischen Arbeiterklasse, die daraus resultierende Undifferenziertheit in beruflicher Hinsicht und endlich die Tatsache, dass keinerlei Errungenschaft zu verlieren war. Für die richtige Beurteilung der russischen Massenstreiks, namentlich in ihrer Wechselwirkung auf die Gewerkschaftsbewegung ist diese negative Tatsache viel wichtiger, als die, die Rosa Luxemburg in ihrer neuesten Broschüre also poetisch schildert: »Aus dem Wirbel und Sturm, aus Feuer und Glut der Massenstreiks und Strassenkämpfe steigen empor, wie die Venus aus dem Meerschaum, frische, junge, kräftige und lebensfrohe . . . Gewerkschaften.« Das Wachstum der Gewerkschaften in Russland war nicht die Folge des Massenstreiks, sondern der organisatorischen Arbeit, die erst durch die eroberte Freiheit möglich wurde. Nicht der Massenstreik wirkte auf die Entwickelung der Gewerkschaften, sondern der gelungene Massenstreik, der eine gewisse Freiheit mit sich brachte. Die missglückten Massenstreiks wirkten auf die Gewerkschaften zerstörend, desorganisierend. Aber auch diese desorganisierende Wirkung kam nicht direkt, sondern, weil der misslungene Streik auch die Freiheiten, ohne die eine Gewerkschaftsbewegung unmöglich ist, wieder raubte.[2]) Diese Tatsachenreihen muss man fest auseinanderhalten, wenn man das richtige Verhältnis zwischen Massenstreik und Gewerkschaften in Russland begreifen will.

Eine überaus wichtige, wenn nicht die wichtigste, Rolle spielte endlich bei dem Gelingen des Oktoberstreiks die Haltung der Unternehmer. Diese, weit entfernt, sich gegen die streikenden Arbeiter zur Wehr zu setzen, sympathisierten in ihrer grossen Mehrzahl mit ihnen. Denn auch die Unternehmer fühlten auf ihren Schultern die Last des Absolutismus und hassten ihn von Herzen. Daraus erklärt sich, dass sie die Regierung nicht um Anwendung von Gewalt gegen die Streikenden angingen, sondern diese gerade im Gegenteil aufforderten, den Streikenden nachzugeben und unverzüglich durchgreifende Reformen durchzuführen. Die Moskauer Fabrikanten reichten während der Oktobertage dem Generalgouverneur ein Memorandum ihrer Korporation ein, wo unter anderm ausgeführt wurde, dass die Einführung des Kriegszustandes in Moskau unerwünscht wäre. Die Arbeiter müssten die Möglichkeit erhalten, ihre Lage frei zu besprechen. Die beste Massregel zur Beruhigung der Geister wäre die Ge-

[2]) Auf die russische Gewerkschaftsbewegung, ihre Methode und ihre Ergebnisse, sowie auf die Legenden, die über sie namentlich im Ausland verbreitet wurden, soll in einem besondern Artikel noch eingegangen werden.

währung von bürgerlichen Rechten und die Reorganisation der Bulyginschen *Duma* auf konstitutioneller Grundlage. Und dieser Fall, dass die Fabrikanten sich mit den Streikenden solidarisch erklärten, war in jenen Oktobertagen nicht vereinzelt, er bildete die Regel. Das war das wesentliche Merkmal: Der Streik wurde nicht gegen das Bürgertum, sondern mit ihm geführt. Er wurde grossenteils geführt unter Fortdauer der Lohnzahlung seitens der Fabrikanten und Werksleitungen. Man denke sich die deutschen Unternehmer Löhne an ihre streikenden Arbeiter zahlend, um die Einsicht derjenigen zu ermessen, die die *russische Praxis* auf die deutschen Arbeitskämpfe übertragen sehen wollen!

Was lehrt also der Oktoberstreik? Betrachtet man alle die Umstände, die seinen Erfolg sicherten, so kommt man zum Schluss, dass dieser Erfolg nur deshalb möglich war, weil das gesamte Russland mit ihm sympathisierte. Der Oktoberstreik war nicht eine Aktion des Klassenkampfes, wie manche Doktrinäre sich einreden möchten, sondern einer spontanen Solidarität der Klassen gegen den gemeinsamen Feind: das alle einengende Zarentum. »Die allgemeine Sympathie ersetzte den Arbeitern die Unzulänglichkeit der Organisation«, sagt zutreffend Plechanow. Der Oktoberstreik beweist nicht, wie einige wohl glauben, dass man Massenstreiks auch ohne Organisationen oder ohne starke Organisationen machen kann, sondern, dass unter solchen exzeptionellen Umständen, wie sie in keinem anderen Lande Europas bestehen, eine solche Aktion einmal möglich war.

Denn auch in Russland selber besteht diese Möglichkeit vorderhand nicht mehr. Der undifferenzierte Charakter der russischen Gesellschaft räumte nach dem Oktoberstreik den Platz einer fieberhaften Differenzierungsarbeit. Es bildeten sich Parteiorganisationen der bürgerlichen Demokratie, der konservativen, sowie der direkt reaktionären Elemente. Und gleichzeitig mit dieser Organisation der Gesellschaft ging auch eine gewisse *organisatorische* Arbeit der Regierung vor sich. Die Spaltung der Gesellschaft musste den führenden Elementen des Proletariats eine besondere Vorsicht in ihrem Vorgehen auferlegen. Statt dessen beobachtete man das Gegenteil. Die falsch verstandene Idee des *Klassenkampfs* trieb diese *Politiker* zu einem selbstmörderischen Kampf gegen die bürgerliche Demokratie. Die Arbeiterdeputiertenräte, die nach dem Oktoberstreik die Führerschaft an sich gerissen hatten, trafen alle ihre Massnahmen ohne Rücksicht auf die Stimmung und den Willen der Organisationen der bürgerlichen Demokratie. Man stiess allmählich alle gesellschaftlichen Kräfte ab und sägte somit den Ast ab, auf dem man sass. Und in dem Masse, wie diese selbstmörderische Arbeit vor sich ging, verringerte sich die Macht des Proletariats. Im isolierten Zustand konnte es ohne grosse gewerkschaftliche und genossenschaftliche Organisationen nichts ausrichten. Die Zahl der Streikenden verringerte sich immer mehr. Der Streik im November brachte nur Petersburg auf einige Tage zum Stillstand; der Dezemberstreik umfasste eine Reihe von Eisenbahnlinien und Städte, aber deren Zahl war nicht nur nicht grösser, als früher — was unbedingt notwendig gewesen wäre, um irgendwelchen Effekt zu erzielen —, sondern bedeutend kleiner. Diese Misserfolge diskreditierten die Waffe des Massenstreiks in Russland auf längere Zeit.

Der Massenstreik hat in Russland vorläufig seine Rolle ausgespielt. Darin sind wohl alle namhaften russischen Politiker nur einer Meinung. Doch glauben

einige — besonders die Leninianer und die *Sozialrevolutionäre* —, dass nicht der Massenstreik an sich, sondern nur der friedliche Massenstreik seine Rolle ausgespielt hat. Ein Massenstreik, der in einen bewaffneten Ausstand übergehe, habe sein letztes Wort noch nicht gesprochen. Und die Romantiker der russischen Revolution betrachten im Ernst die Moskauer Dezembertage als den Ausgangspunkt einer neuen Periode dieser Kampfesart. Wir wollen diese rührende Illusion hier nicht zerstören; die Frage selbst gehört zudem in ein anderes Kapitel. Wir wollen hier mit der Aufstellung der folgenden Thesen schliessen:
Die Praxis der russischen Massenstreiks hat gezeigt,
1. dass ein erfolgreicher Massenstreik nur dann möglich ist, wenn alle freiheitlichen Elemente mit ihm sympathisieren und ihn aktiv unterstützen;
2. dass ein Streik ohne starke proletarische Organisationen möglich ist, aber nur dann, wenn er gegen die völlig isolierte Regierung geführt wird;
3. dass ein überraschend kommender Streik einen momentanen Erfolg wohl erzielen kann, dass aber ohne starke Organisationen die Ausnutzung und Festhaltung dieses Erfolges unmöglich ist.

Das ist zunächst wohl alles, was man aus der russischen Massenstreikpraxis lernen kann. Ob dieses Ergebnis geeignet ist, die Arbeiterklasse Westeuropas zur *russischen Methode* zu bekehren?

××

PHILIP SNOWDEN · DIE SCHULFRAGE IN ENGLAND


EIT über die Grenzen Englands hinaus hat der aufregende Kampf um die Schule, den das liberale Ministerium mit dem Oberhause geführt hat, das Interesse aller freiheitlich Empfindenden erregt. Vorläufig hat das Oberhaus gesiegt: die neue Schulvorlage ist gefallen. Doch ist kein Zweifel darüber möglich, dass der Kampf fortgesetzt wird, bis er ein positives Ergebnis im Sinne des Fortschritts bringt. Derartiges ist in der englischen Politik nichts Neues. Seit 1870 sind wir selten eine beträchtliche Spanne Zeit ohne Streit um die Schulen gewesen. Ein kurzer historischer Überblick über das Volksschulwesen in England soll deshalb der Betrachtung der jetzigen Lage vorangehen.

Die Anfänge des jetzigen Volksschulsystems liegen in den Bestrebungen zweier Männer, die um das Ende des 18. Jahrhunderts Schulen zur Erziehung armer Kinder errichteten. Im Jahre 1814 wurde die *British and Foreign School Society* gegründet. Diese Gesellschaft, die noch besteht, war auf interkonfessionellen Grundsätzen aufgebaut worden; ihr Gründer, Joseph Lancaster, erklärte: »Die grosse Basis des Christentums ist breit genug, dass die ganze Menschheit darauf stehen kann.« Der Erfolg dieser Schulen erregte die Eifersucht der Kirche, sie schrie *Die Religion ist in Gefahr!* Es wurde daher im Jahre 1817 eine konkurrierende Organisation, die *National Society*, geschaffen, um Tagesschulen einzurichten, in denen Religion und gewerbliche Fertigkeiten gelehrt werden sollten. Da diese Gesellschaft tatsächlich ein Organ der Staatskirche war, übertraf sie ihre Rivalin bald in der Zahl der Schulen. Beide Gesellschaften waren indessen in der Organisation und den finanziellen Unter-

lagen auf Freiwilligkeit angewiesen. Es gab zu jener Zeit keine Staatsschulen, keine Erziehungsabteilung im Ministerium, und der Staat hatte überhaupt gar nichts mit der Erziehung zu tun.

Im Jahre 1834 fing der Staat an, Bauzuschüsse an diese freiwilligen Gesellschaften und an andere religiöse Vereinigungen, welche Tagesschulen erbauen und unterhalten wollten, zu geben. Fünf Jahre später wurde die erste Regierungsbehörde für Erziehungswesen geschaffen. Sie erhielt den Namen *Committee of Council on Education* und bsteht noch heute. Zunächst waren ihre Vollmachten und Pflichten sehr klein, ihre Arbeit beschränkte sich darauf, die Bauzuschüsse an die Gesellschaften zu bewilligen. Allmählich aber erkannte der Staat seine Schuldigkeit besser und vermehrte, wenn auch nur langsam und widerstrebend, seine Mitwirkung an diesen freiwilligen Schulen. Der erste Staatszuschuss wurde in Form eines *Kopfgeldes* erteilt, wobei gewisse Bedingungen in Betreff des Besuchs, des Unterrichts und der Beiträge aus anderen Quellen gestellt wurden. Später gewährte der Staat weitere Jahreszuschüsse, auch stellte er Schulinspektoren an zur Kontrolle der Durchführung der Subventionsbedingungen. Gleichwohl darf man nicht meinen, dass damals ein Volksschulsystem existiert hätte, das diesen Namen verdient hätte. Die Gebäude, in denen die Kinder zusammenkamen, waren oft alt und zweckwidrig; die Lehrer waren oft wenig besser erzogen, als ihre Schüler; der Stundenplan ging selten über einfaches Rechnen, Lesen und Schreiben hinaus; nicht die Hälfte der Kinder in solchen Schulen genoss staatliche Beaufsichtigung; die Zuschüsse der Regierung waren ohne wirkliche Bedeutung, und die Unterhaltungskosten wurden durch Schulgelder und freiwillige Umlagen aufgebracht. So lagen die Dinge, als die Regierung im Jahre 1870 zum erstenmal an die Erziehungsfrage in einer ernst zu nennenden Weise heranging. Das Schulgesetz von 1870 bezeichnet den wahren Anfang eines staatlichen Erziehungssystems in England.

Es war in England immer Brauch, wenn freiwillige private Bestrebung nicht ausreichte, um einem allgemeinen Bedürfnis wirksam und angemessen Genüge zu tun, dass der Staat einsprang, um die freiwillige Anstrengung zu ergänzen, nicht, um sie zu unterdrücken. So ging es auch dem Erziehungswesen im Jahre 1870. Die Staatskirche war im Besitz der Schulen mit Ausnahme weniger, die unter nonkonformistischer oder katholischer Aufsicht standen, und sie hatte einen mächtigen Einfluss im Parlament und im Lande. Sie erkannte den grossen Vorteil, den sie damit besass, dass sie die Kinder in ihren Tagesschulen hatte, wo sie ihnen täglich ihren, der Kirche, eigenen Glauben beibringen konnte. Jene Schulvorlage führte zu heftigem Kampf zwischen den verschiedenen Regligionsgemeinschaften, und endlich wurde ein Kompromiss geschlossen. Die Vorlage, wie sie schliesslich Gesetz wurde, begründete das Schulverwaltungssystem, dessen Hauptumrisse ich folgendermassen skizzieren möchte: Jeder Sprengel im Lande erhält eine Elementarschule, die unter Staatsaufsicht steht. Wenn freiwillige Spenden den Unterhalt nicht decken, so haben die Steuerzahler durch allgemeine Wahl eine Schulkommission (*School Board*) einzurichten, welche das, was die Schule braucht, herbeischafft. Diese Verwaltungskörper erhielten unbeschränkte Vollmacht, eine lokale Steuer zu erheben, um Schulen zu bauen und die Staatszuschüsse zu ergänzen, wo sie zum Unterhalt der Schulen nicht ausreichen. Die privaten Schulen wur-

den, was ihre Ordnung, ihre Beaufsichtigung und den Staatszuschuss — der von dem Gutachten der Inspektion abhing — betrifft, jenen öffentlichen Schulen (*Board Schools*) gleichgestellt. Aber sie erhielten keine Unterstützung aus lokalen Steuern und von Staats wegen auch keine Bauzuschüsse. Sie waren dafür auch gänzlich frei von kommunaler Aufsicht. Die Eigentümer bestimmten die Lehrer, setzten die Gehälter fest und gaben den Religionsunterricht, der ihnen beliebte. Was den Religionsunterricht überhaupt anlangt, so wurde nach langem Streit vereinbart, dass »in allen von kommunalen Steuern unterhaltenen Schulen kein Katechismus und keine religiöse Vorschrift gelehrt werden soll, die dem besonderen Bekenntnis einer Religionsgemeinschaft entspringt«. Die Folge war, dass in den mit öffentlichen Unterstützungen bedachten Schulen das gelehrt wurde, was man *nichtsektiererische Religion* nennt, also ein allgemein religiöser, aber kein Bekenntnisunterricht.

Dieses Gesetz von 1870 versetzte die öffentlichen Schulen in eine viel bessere finanzielle Lage, als die freiwilligen. Es wurde rasch durchgeführt, und man hatte bald einen sehr grossen qualitativen Aufschwung in allen Elementarschulen des Landes. Die Staatskirche hatte es von Jahr zu Jahr schwerer, mit ihren Schulen gegen die öffentlichen zu konkurrieren, welche den unbegrenzten Anspruch an die lokalen Steuern hatten. Dazu kam im Jahre 1892 noch ein weiteres Schulgesetz, das die Eltern berechtigte, ihre Kinder, ohne Schulgeld zahlen zu müssen, in die Elementarschulen zu schicken. Dadurch wurde den kirchlichen Schulen eine bedeutende Quelle des Einkommens verschlossen und die Konkurrenz mit den öffentlichen Schulen noch mehr erschwert. In allen bevölkerten Distrikten gab es Schulen beider Arten. Die öffentlichen waren modern und gut ausgestattet, und sie hatten die besten Lehrer, weil die Verwaltungen höhere Gehälter zahlen konnten. Man erhob denn auch den Einspruch, es sei ungerecht, dass die kirchlichen Schulen mit geringeren finanziellen Mitteln versehen sein sollten, während man von ihnen eine gleiche Leistung erwartete. Die konservative Partei die die eigentliche Kirchenpartei ist, nahm sich nunmehr der Sache der kirchlichen Schulen an. Und die konservative Regierung brachte im Jahre 1902 ein Gesetz durch, welches die Lage der kirchlichen Schulen sehr wesentlich änderte. Es brachte zwei tief einschneidende Neuerungen. Es beseitigte die Schulkommissionen und unterstellte die bisherigen öffentlichen Schulen den Gemeindebehörden, die zur Führung der Schulangelegenheiten besondere Kommissionen bildeten. Und es überwies ferner den kirchlichen Schulen auch Kommunalsteuern, so dass diese genau die gleiche finanzielle Subvention erhielten, wie die Schulen, die der Allgemeinheit gehörten. Trotzdem verblieb ihre Leitung nach wie vor den Eigentümern der Schulhäuser, nur dass die kommunale Erziehungsbehörde ein Drittel der *managers* — denen die Erhaltung des Schulgebäudes und die Kontrolle der religiösen Ansichten der Lehrer obliegt — ernennen konnte. Der Religionsunterricht blieb in den kirchlichen Schulen also im wesentlichen den Bestimmungen der Hauseigentümer überlassen.

Das Gesetz von 1902 gab das Signal zu einer gewaltigen nonkonformistischen Agitation im Lande. Die Rufe *Steuern für Rom!* und *Keine Sektiererei auf öffentliche Kosten!* erschollen von jeder nonkonformistischen Kanzel und liberalen Rednertribüne. Die Änderung dieses Gesetzes wurde der hauptsächlichste Parteiruf der Liberalen. Sie verlangten: 1. volle öffentliche Kontrolle aller

aus öffentlichen Mitteln unterhaltenen Schulen, 2. Wegfall der religiösen Beaufsichtigung der Lehrer, 3. Wegfall des Bekenntnisunterrichts auf öffentliche Kosten. Die grosse Majorität der Liberalen bei den letzten allgemeinen Wahlen war zu einem beträchtlichen Teil der volkstümlichen Opposition gegen das Schulgesetz von 1902 zu danken. Die erste grössere Massnahme der neuen Regierung war daher auch jene neue Schulvorlage, die nach längeren parlamentarischen Kämpfen jetzt gescheitert ist.
Der Regierungsentwurf schlug die folgenden Änderungen des bestehenden Gesetzes vor. Alle Elementarschulen sollten direkt der Gemeindebehörde unterstehen, welche die Lehrer ernennt und die Erziehung leitet. Die Institution der *managers* sollte abgeschafft werden. Die Schulgebäude, die den Religionsgemeinschaften gehören, sollten von den Gemeindebehörden zu Schulzwecken gegen Miete oder unter sonstigen Bedingungen in Gebrauch genommen werden. Den wichtigsten und am heftigsten umstrittenen Punkt bildete die Regelung des Religionsunterrichts. Für die in öffentlichem Besitz befindlichen Schulen brachte der Entwurf keine Änderung, die Gemeindebehörden sollten auch weiterhin die Befugnis haben, allgemein religiösen Unterricht ohne bestimmtes Bekenntnis erteilen zu lassen; nur fand sich darin noch die weitere Bestimmung, dass die Kinder nicht eher in der Schule zu sein brauchen, als bis die Religionsstunde vorüber ist. Was den Religionsunterricht in den den Religionsgemeinschaften gehörenden Schulen anlangt, so war vorgesehen, dass an höchstens zwei Tagen in der Woche das religiöse Bekenntnis der betreffenden Gemeinschaft gelehrt werden dürfe, aber nicht durch die Lehrer, noch auf öffentliche Kosten. An den übrigen Tagen sollte der allgemeine, nicht bekenntnismässige Religionsunterricht durch die Lehrer erteilt werden. Für Gemeinden mit mehr als 5000 Einwohnern war indessen noch folgende Klausel vorgesehen: Wenn vier Fünftel der Eltern der die Schule besuchenden Kinder durch Abstimmung den Wunsch nach bekenntnismässigem Religionsunterricht ausdrücken, sollte diesem Verlangen stattgegeben werden.

Diese Vorlage befriedigte keine Partei und wurde nicht als eine parlamentarische Erledigung der Frage hingenommen. Wäre sie Gesetz geworden, so hätten die Nonkonformisten auf der einen und die Katholiken und Anglikaner auf der anderen Seite ihre Zänkereien ruhig fortgesetzt, und der Übelstand, dass die Elementarschulen zum Felde des religiösen Kampfes gemacht wurden, wäre nicht beseitigt worden. Seit dem Gesetz von 1870 ist der Krieg der Religionsgemeinschaften das Verhängnis der Erziehung gewesen. Vor dem Gesetz von 1902 gab es eine wilde Konkurrenz zwischen den öffentlichen und den kirchlichen Schulen. Die Wahlen zu den lokalen Schulkommissionen wurden auf Grund der Bekenntnisfrage ausgefochten. Diejenigen, die an den kirchlichen Schulen Interesse hatten, hintertrieben die Errichtung von Schulkommissionen, und wo Schulkommissionen errichtet waren, kämpften die Religionsgemeinschaften, um die Kontrolle der Kommissionen zu erlangen, um so deren Wirksamkeit dem niederen Niveau der kirchlichen Schulen entsprechend hintanhalten zu können.

In England ist die Elementarschulfrage als eine Angelegenheit der religiösen Körperschaften angesehen worden. Die Masse des arbeiteden Volkes, deren Kinder die Schulen besuchen, haben kein wirkliches Interesse für die Erziehungsfrage empfunden. Erst in den letzten Jahren hat das Proletariat

begonnen, ihre grosse Bedeutung zu begreifen und eine Teilnahme an ihrer Kontrolle zu fordern. Gleichgültigkeit, nicht Zustimmung, von seiten des Proletariats hat den Religionsgemeinschaften so lange die Kontrolle des Schulwesens überlassen. Tatsächlich steht in England die grosse Majorität der Arbeiter der Religion, wenn auch nicht feindlich, so doch indifferent gegenüber, und sie empfindet wenig Sympathie für die Kirchen und die Geistlichkeit. Im Jahre 1870, als das erste Schulgesetz zu stande kam, gab es eine kleine Minorität, die sich für Entfernung des Religionsunterrichts aus den Schulen aussprach und nur einen Unterricht in weltlichen Dingen erlauben wollte. Dieser Standpunkt gewinnt schnell an Anhängern, und der unaufhörliche und abstossende Zank der Sekten zwingt diejenigen, denen ein wirksames Erziehungssystem am Herzen liegt, einzusehen, dass es keinen Frieden geben kann, ehe wir in den Schulen einen rein weltlichen Unterricht haben. Die hoffnungslose Verwirrung, in die die Regierung mit ihrer Schulvorlage geraten ist, hat Tausende von religiösen Menschen dahin gebracht, alle Hoffnung aufzugeben, ausserhalb der weltlichen Erziehung eine Lösung finden zu können.

Die Arbeiterpartei hatte im Parlament zu gunsten der Beschränkung des Schulunterrichts auf weltliche Gegenstände ein Amendement zur Regierungsvorlage eingebracht. Es erhielt nur 63 Stimmen, aber die Sympathie, der es begegnete, war damit bei weitem nicht wiedergegeben. Die Regierung stellte die Vertrauensfrage, und ihr Anhang war deshalb gezwungen, mit ihr und gegen das weltliche Amendement zu stimmen, obwohl sich viele darunter befanden, die persönlich ihm geneigt waren. Die Sozialisten und Arbeitervertreter überhaupt stehen entschieden auf seiten der rein weltlichen Schulerziehung. Sie haben im Lande grosse Versammlungen abgehalten, in denen sie diese Anschauung propagierten. Die grossen Arbeiterorganisationen, die Gewerkschaften und die Genossenschaften, haben sich für die weltliche Erziehung in den Schulen erklärt. Auf ihrem vorjährigen Parteitag nahm die Arbeiterpartei eine Resolution zur Schulfrage an, in der es heisst:

»Der Parteitag verurteilt die Schulpolitik, wie sie im Gesetz von 1902 niedergelegt ist, und verlangt die Aufstellung eines Erziehungsprogramms, das, errichtet auf dem Prinzip einer gleichen Möglichkeit für alle, folgendes garantiert:

1. dass sofort Vorkehrung getroffen wird, allen Schulkindern mindestens eine freie Mahlzeit jeden Tag zu verabreichen;
2. dass alle Erziehungsstufen frei und vom Staat zu unterhalten sind;
3. dass jeglicher Unterricht frei ist, dass ferner jedem Kinde ein Fortbildungs- und technischer Unterricht zugänglich gemacht wird durch Gewährung von Stipendien oder Unterhalt an alle Kinder, denen durch solchen weiteren Unterricht genützt wird, dass ferner angemessene Vorkehrung getroffen wird, dass die Kinder bis zum Alter von 16 Jahren, oder bis die Universität ihnen offen ist, die Schule weiter besuchen können;
4. dass befähigten Studierenden der Besuch der Universität ermöglicht wird;
5. dass die Befähigung stets nach den bisherigen Leistungen beurteilt wird und nicht nach dem Bestehen eines Examens;
6. d a s s d e r U n t e r r i c h t i n a l l e n v o m S t a a t e e r h a l t e n e n S c h u l e n w e l t l i c h i s t ;
7. dass alle vom Staat erhaltenen Schulen unter der Kontrolle und der Verwaltung einer direkt gewählten Volksvertretung stehen;
8. dass jeder Schulbezirk gehalten sein soll, die dem lokalen Bedürfnis entsprechende Anzahl von Lehrern heranzubilden und zu diesem Zwecke Seminare einzurichten.«

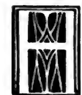
Dieses sind die Forderungen der britischen Arbeiterpartei in der Schulfrage.

Ich will noch hinzufügen, dass unser System des Fortbildungsunterrichts von trauriger Unfähigkeit ist. Man ist berechtigt, zu sagen, dass ein solches kaum existiert. Neun Zehntel der Kinder die mit 13 Jahren die Elementarschulen verlassen, gelangen nie zu weiterem Unterricht. Nur etwa 500 000 Namen stehen in den Listen der Fortbildungsschulen, und der durchschnittliche Besuch beträgt nur ungefähr die Hälfte dieser Ziffer.

Die Schulreform ist vorläufig an dem Vorgehen des Oberhauses gescheitert, das auf Änderungen der Vorlage bestand, die für die Regierung unannehmbar waren. Die Regierung hatte den Religionsgemeinden bereits grosse Konzessionen gemacht, aber die Bischöfe im Oberhause waren damit nicht zufrieden und stellten weitergehende Forderungen in Sachen des Religionsunterrichts. Der Eindruck, den die Niederlage der Regierung allenthalben gemacht hat, hat der Bewegung für rein weltliche Erziehung in den öffentlichen Schulen einen mächtigen Antrieb gegeben. Viele Führer der Nonkonformisten sehen jetzt ein, dass eine Lösung der *religiösen Frage* nur durch den gänzlichen Ausschluss der Religion aus den Schulen möglich ist. Man nimmt an, dass in den nächsten Jahren kein legislativer Versuch in dieser Sache gemacht werden wird. Inzwischen wird die Zeit genutzt werden, um die öffentliche Meinung auf eine gründliche Reform vorzubereiten. Die Schulfrage ist in England heute an dem Punkte angelangt, wo die Ordnung eben beginnt, aus dem Chaos emporzusteigen. Das Erfreulichste an dieser gegenwärtigen Lage ist das grössere Interesse, welches die Arbeiterklasse für diese Frage zeigt. Bei einer starken, volkstümlichen Förderung der Agitation kann der Erfolg schliesslich trotz aller Widerstände nicht ausbleiben, und diese notwendige volkstümliche Triebkraft wächst von Tag zu Tag.

××××××××××××××××××××××××××××××××××××××

SIGMUND KAFF · DER PHILOSOPH DES EGOISMUS



HUNDERT Jahre waren am 25. Oktober 1906 seit dem Tode Max Stirners verflossen, und noch immer hat die Geschichte der Philosophie das Andenken an ihn nicht wiederhergestellt, der einer der verwegensten Denker war und in der Feueresse seiner Kritik alles einschmolz, was ausserhalb der Hölle als ehrwürdig galt. Ein halbes Jahrhundert bloss umspannt das Leben des Mannes, dessen Geist einem Meteor gleich am literarischen Himmel des Vormärz emporschoss, ohne viel mehr als eine blendende Feuerspur zu hinterlassen, und in diesem knappen Zeitraum kam nur ein einziges Werk zu stande, *Der Einzige und sein Eigentum*. Und doch war Stirner ein Grosser, ein Himmelstürmer. Er hat den Himmel gestürmt, denn er war ein Ungläubiger, ein Zweifelnder und Verneiner, der vor gar nichts zurückschreckte. Was den Menschen nicht bloss seiner Zeit, sondern aller Zeiten heilig war, er riss es herab, zertrümmerte es: Gott und die Götter, Religion, Familie und Sittlichkeit, Staat, Freiheit, Gesellschaft . . ., alles. Nichts bleibt übrig, als das eigene Ich, dessen Wohl zur höchsten, zur einzigen Pflicht wird.

Wer war dieser ausserordentliche Mann, der den Mut besass, so ganz gegen die Anschauungen der übrigen Welt den Egoismus als sittliche Aufgabe aller

zu predigen? Max Stirners Lebensgang ist einzig in seiner Art, von niederdrückender Traurigkeit, bizarr, wie ein Roman, und von philosophischer Simplizität. Es ist ein antikes Philosophenleben. Mit stoischer Ruhe empfängt er die tausend kleinen Dolchstösse des Lebens, ohne wehleidig aufzuschreien, und nimmt den Tod hin, wie er das Leben hingenommen: ohne Jubel, ohne Angstgefühl. Er verschwindet einfach, unauffällig, mit Verachtung gegen alles und alle im Herzen, wahrscheinlich auch gegen sich selbst. Als er seine Mannesjahre verlebte, herrschte die widrigste Reaktion. Wer kann sich heute die Seelenqual von geistig hervorragenden Menschen vorstellen, die in einer Atmosphäre beschränkter Dummheit und kleinlichster Geistesüberwachung dahinvegetieren mussten? Wie ein Verbrecher mit einer Kugel am Bein, in einer Zelle, durch die eine winzige Lücke Licht hereinführt, so mag sich Stirner vorgekommen sein. Wem ein Gott zu sagen gab, was er litt, der mochte sich austoben an den Erbärmlichkeiten der Zeit, wie Heine. Wer das Genie besass, ihnen auf den Grund zu gehen, der mochte sie studieren, wie Marx und Engels. Und wer das Bedürfnis fühlte, den theologischen Augiasstall zu reinigen, wie Bruno Bauer und Feuerbach, der kritisierte die Religion. Unserm Stirner erschien das alles unerspriesslich. Trotzdem ist es, wie Mehring mit gutem Grunde hervorhebt, kein Unrecht gegen Marx und Engels, in einem Atemzuge mit ihren auch den Namen Max Stirners zu nennen. Denn war er auch der gewaltigste Zerstörer, den das Volk der Denker bis dahin hervorgebracht, so war er doch gerade deshalb ein Wohltäter seiner Zeit, in der es vor allem darauf ankam, den Absolutismus in Kirche, Staat und Ökonomie zu überwinden. Heine tat das in seiner Art mit der graziösesten Kunst, die Freund und Feind bestrickte. Feuerbach mit dem tiefgründigen Humanismus, der seiner Wissenschaft eigen war, speziell auf theologischem Gebiete. Andere übernahmen die Purgierung in den übrigen Provinzen des geistigen Lebens. Stirner aber sammelte und konzentrierte die kritischen Kräfte seiner Zeit, wie in einem Brennspiegel, und löste alles in dem ätzenden Scheidewasser seiner Logik auf. Unbarmherzig und ohne Sentimentalität. Wenn Feuerbach den Himmel entgötterte und auf die Erde versetzte, wenn er die Götter zu Menschen macht, so verwandelte Stirner die Menschen zu Göttern. Wohlgemerkt: die einzelnen Menschen, nicht die Menschheit. Und darin liegt Stirners Eigenart: dass er nur die einzelnen, nur das Individuum, nicht aber die Gesamtheit kennt. Er leugnet die gesellschaftlichen Beziehungen, er negiert alles, was irgendwie nach einem sozialen Faktor aussieht. Er kennt nur den einen, den Einzigen, und sein unverlierbares Menschenrecht auf sich selbst, auf das vollkommenste Glück des eigenen Ich.

Es würde den Rahmen dieser Darstellung weit überschreiten, wollte man dartun, wie Stirners Erscheinung ein Produkt der politischen und sozialen Verhältnisse seiner Zeit ist, wie seine Philosophie die schärfste Reaktion gegen die damaligen politischen, sozialen und religiösen Anschauungen darstellt. Aber auch bei nur oberflächlicher Kenntnis des Zustandes, der damals in Staat und Kirche herrschte, begreift man, dass es Stirner in erster und letzter Linie darauf ankam, das Recht der Persönlichkeit gegenüber einem erdrückenden Absolutismus zu verteidigen, und dass, je mehr man gewohnt und geneigt war, das Individuum von der Allgemeinheit absorbieren zu lassen, Stirner die Notwendigkeit verfechten musste, dass das Gegenteil, die Auflösung der Allgemein-

heit in einzelne Individuen und das Vorrecht der eigenen Person, das Heil bedeute. Die radikale und oppositionelle Grundstimmung Stirners ist übrigens nicht bloss aus den öffentlichen und gesellschaftlichen Zuständen der Zeit heraus zu erklären, sondern auch ein Ergebnis von Stirners Privatleben, das freilich seinerseits wieder nur ein Resultat der allgemeinen Verhältnisse war. Wir wissen von seinem Einzelschicksal nur wenig, und es hat fast den Anschein, als ob Stirner mit Absicht die Spur von seinen Erdentagen hätte verwischen wollen. Denn einsam und verlassen, als ein Vergessener und Verschollener starb er, der grosse Verneiner, der für seine eigene Person ein starker Bejaher des Lebens war und die ungezwungene Geselligkeit geliebt hatte. Erst der anarchistische Dichter John Henry Mackay verbreitete einiges Licht über seine Persönlichkeit. Was er in Erfahrung bringen konnte, ist gerade genug, um uns nach mehr begierig zu machen, und man braucht kein literarischer Gourmet zu sein, um das brennende Bedürfnis nach einem tieferen Einblick in die äusseren Lebensverhältnisse und in die Psyche Stirners zu empfinden. Mackay hat sich, getragen von einer grenzenlosen Verehrung und Begeisterung, alle erdenkliche Mühe gegeben, um von den übrig gebliebenen Zeitgenossen Stirners und seiner in London vor zehn Jahren noch lebenden Frau biographische Einzelheiten zu erhalten. Die Ausbeute war gering, aber mit Goethe kann Mackay sagen: »Was ich von der Geschichte des armen Werthers nur habe auffinden können, habe ich mit Fleiss gesammelt und lege es euch hier vor und weiss, dass ihr mir's danken werdet. Ihr könnt seinem Geist und seinem Charakter eure Bewunderung und Liebe, seinem Schicksal eure Tränen nicht versagen.« Max Stirner war kein Werther, aber eine tragische Natur.

Der im Leben Johann Kaspar Schmidt hiess, wurde am 25. Oktober 1806 in Bayreuth geboren, das einzige Kind eines Verfertigers von Blasinstrumenten. Früh war er verwaist, er kam 1810 in das Haus des Vormundes nach Culm in Westpreussen, wo er bis zum Jahre 1818 blieb. Dann kehrte er nach Bayreuth zurück, und er besuchte dort das Gymnasium. Einer seiner Lehrer war der Direktor Gabler, der Nachfolger Hegels auf dessen Berliner Lehrstuhl, der des Meisters Begriff der *spekulativen Idee* ins Mystische und Abstruse fortentwickelte. Nach Absolvierung der Gymnasialstudien ging unser Kaspar nach Berlin, wo damals ausser Hegel auch Schleiermacher, der Geograph Ritter und der Philologe Boeckh dozierten. In Berlin blieb er ein Jahr, dann ging er nach Erlangen und hierauf 3½ Jahre auf Reisen, die ihn auch nach Königsberg führten. Man weiss nichts Näheres über die Gründe dieser Unterbrechung seiner Universitätsstudien, die im Herbst 1832 wieder in Berlin aufgenommen und 1835 mit dem Examen als Gymnasiallehrer abgeschlossen wurden. Der gute Kaspar soll in seinen Fachdisziplinen Lücken aufgewiesen haben, hingegen war sein Universalismus in anderen Wissenszweigen so bedeutend, dass er ihm über alle Klippen hinweghalf. Er machte nun das vorgeschriebene Probejahr durch und wartete dann auf eine Anstellung. Seine materielle Lage war eine prekäre. Er hatte mittlerweile im Jahre 1837 geheiratet, und zwar die Tochter seiner Wirtin, einer Hebamme. Allein seine Frau starb alsbald im Wochenbett. So lernte Schmidt frühzeitig die Bitternisse des Lebens kennen. Auch seine Aussichten auf eine staatliche Lehrstelle besserten sich nicht. Sein Ruf war in den Regierungskreisen nicht der beste; dazu scheint seine Heirat kompromittierend gewirkt zu haben. Kurz, seine Bemühungen blieben fruchtlos. 1839

nahm er eine Stelle an einer privaten höheren Mädchenschule an und sicherte sich so wenigstens ein karges Existenzminimum. Er war damals schon wegen seiner radikalen Ansichten bekannt. Verkehrte er doch viel in der Gesellschaft der *Freien*, die sich in der Hippelschen Weinstube in der Friedrichstrasse versammelte, wo alle oppositionellen Elemente des damaligen Berlin sich trafen, Elemente, die nur der Hass gegen die schmachvollen Zustände im öffentlichen Leben vereinigte, wenngleich ihre Überzeugungen sonst nichts weniger als einheitlich waren. Neben den konsequenten Vertretern des wirtschaftlichen Individualismus, wie Faucher, Prince-Smith und Otto Michaelis waren da Marx und Engels, auch Bruno Bauer, der sich eng an Stirner anschloss, und viele andere, die später zu Rang und Namen kamen. Das Treiben war ein genialisch-tolles. Es wurde alles *verunjeniert*, so dass der philisterhafte Arnold Ruge darüber die Nase rümpfte. Auch Herwegh soll nicht erbaut gewesen sein.

Johann Kaspar Schmidt, einer der Unermüdlichsten, stand da auf der Höhe seines Lebens. Er arbeitete an dem Werke, in dem die konzentrierteste Kritik alles dem scharfen Seziermesser unterwarf, was selbst in dem Kreise der *Freien* noch für erhaben galt. 1844 erschien der *Einzige*, ein Werk, das in der extremen Negation alles bisher Gehörte überbot und auch später nicht übertroffen wurde. Der schrankenloseste Individualismus war sein theoretisches Ziel, der Anarchismus sein philosophisches Ideal. Das Werk erregte sofort das grösste Aufsehen, um freilich später der Vergessenheit anheimzufallen, aus der es erst in unseren Tagen wieder erwachte. Um Konflikten aus dem Wege zu gehen, hatte Schmidt zuvor seine Lehrstelle aufgegeben. Das Werk selbst gab er unter dem Pseudonym *Max Stirner* heraus. Und fortan war Johann Kaspar Schmidt verschwunden, um als Max Stirner in die Unsterblichkeit einzugehen.

Es ist kein methodologisches Werk, der *Einzige*. Es knüpft an bekannte Erscheinungen der damaligen Zeit an, wie dies gebräuchlich war, und wurde als eine ironische Polemik gegen Feuerbachs *Wesen des Christentums* angesehen. Das war aber keineswegs der Fall, wenn auch Feuerbach in dem vom heissen Atem der Kritik durchflammten Buche gleich anderen von Stirner mitleidlos eingeschmolzen wird. Der *Einzige* gibt vielmehr eine Philosophie des Egoismus und führt den Kultus des Ich, wie ihn Fichte und Friedrich Schlegel begonnen, Feuerbach und andere fortgeführt, auf den Gipfel. Gegenüber der Natur und der *sittlichen Weltordnung* wird die Selbstherrlichkeit des Ich aufgerichtet, der Absolutismus des einen und einzelnen gepriesen. Keine Normen, keine Regeln, keine Gesetze der staatlichen und moralischen Mächte, ungebundenes Sichausleben: das war die Parole, die in dionysischen Tönen hinausgeschmettert wurde. Das Feuerbachsche *Homo homini deus* wird verworfen, der einzelne selbst, jeder einzelne soll Gott sein für sich allein. Ein Protest gegen die Knebelung des Individuums, gegen den moralischen Despotismus, wie gegen die kirchlichen Tyrannis, aber auch gegen den mattherzigen Liberalismus und den zwieschlächtigen Radikalismus, das ist der *Einzige und sein Eigentum*. Fasst man die Weltanschauung Stirners von diesem Standpunkte auf, dann wird man auf seine Theorie der sozialen Isolierung, der gesellschaftlichen Eingängerei nicht mehr Gewicht legen, als gerade unbedingt nötig ist, und wird ihm, dessen scheinbare Unabhängigkeit von allen materiellen und

sonstigen Bedingungen des Daseins ihn schliesslich dem Hungertode zutrieb, gerecht werden.

Stirners Kritik bleibt nichts unerreichbar. Sie löst die Religion, nicht bloss das Christentum, wie Feuerbach, oder eine andere Konfession, als Spuk auf, sie atomisiert die Gemeinschaft und predigt den Egoismus, wodurch der Autor zum geistigen Vater des Anarchismus wurde. Mit dem durchdringenden Blick des Genies erkennt Stirner den Urgrund der politischen Bewegungen und Umwälzungen. »An dem entzündlichen Stoffe des Eigentums entbrannte die Revolution«, sagt er in seinem Werk. Mit dem Leitmotiv *Ich hab Mein' Sach' auf nichts gestellt* macht er sich an die Arbeit, die in der Untersuchung der bestehenden Einrichtungen und der politischen Reformbestrebungen besteht. Er teilt seine Schrift in zwei Teile; der erste ist überschrieben *Der Mensch*, der zweite *Ich*. Im ersten zerfetzt er alles, was irgendwie nach Gattung, nach Gemeinschaft aussieht. Die gesellschaftlichen Einrichtungen aller Parteien sind ihm nichts, das Ich alles. Dieses bildet das eigentliche Objekt seiner Betrachtungen, die er im zweiten Teile des Buches anstellt. Hier entwickelt er seine Ansichten auch nach der positiven Richtung:

»Ob Ich recht habe oder nicht, darüber gibt es keinen anderen Richter, als Mich selbst. Darüber nur können andere urteilen und richten, ob sie Meinem Rechte beistimmen, und ob es auch für sie als Recht bestehe . . . Fassen Wir inzwischen die Sache noch anders. Ich soll das sultanische Recht verehren im Sultanat, das Volksrecht in Republiken, das kanonische Recht in katholischer Gemeinde usw. Diesen Rechten soll Ich Mich unterordnen, soll sie für heilig halten. Ein *Rechtssinn* und *rechtlicher Sinn* solcher Art steckt den Leuten so fest im Kopfe, dass die Revolutionärsten unserer Tage Uns einem neuen *heiligen Rechte* unterwerfen wollen, dem *Rechte der Gesellschaft*, der Sozietät, dem Rechte der Menschheit, dem *Rechte aller* und dergleichen. Das Recht *aller* soll Meinem Rechte vorausgehen. Als ein Recht aller wäre es allerdings auch Mein Recht, da Ich zu allen mitgehöre; allein, dass es zugleich ein Recht anderer oder gar aller anderen ist, das bewegt Mich nicht zur Aurechterhaltung des selben. Nicht als ein Recht aller werde ich es verteidigen, sondern als Mein Recht, und jeder andere mag dann zusehen, wie er sich's gleichfalls bewahre. Das Recht aller — zum Beispiel, zu essen — ist ein Recht jedes einzelnen. Halte sich jeder dies Recht unverkümmert, so üben es von selbst alle, aber sorge er doch nicht für alle, ereifere er sich dafür nicht als ein Recht aller! . . . Aber die Sozialreformer predigen Uns ein *Gesellschaftsrecht*. Da wird der einzelne der Sklave der Gesellschaft und hat nur recht, wenn ihm die Gesellschaft recht gibt, das heisst, wenn er nach den Gesetzen der Gesellschaft lebt, also — loyal ist. Ob Ich loyal bin in einer Despotie oder in einer Weitlingschen *Gesellschaft*, das ist die selbe Rechtlosigkeit, insofern Ich in beiden Fällen nicht Mein, sondern fremdes Recht habe.«

Wie über den Rechtsbegriff, so urteilt Stirner auch über den Eigentumsbegriff ab:

»Proudhon — auch Weitling — glaubt, das Schlimmste vom Eigentum auszusagen, wenn er es einen Diebstahl nennt. Ganz abgesehen von der verfänglichen Frage, was gegen den Diebstahl Gegründetes einzuwenden wäre, fragen Wir nur: Ist der Begriff *Diebstahl* überhaupt anders möglich, als wenn man den Begriff *Eigentum* gelten lässt? Wie kann man stehlen, wenn nicht schon Eigentum vorhanden ist? Was keinem gehört, kann nicht gestohlen werden: das Wasser, welches einer aus dem Meere schöpft, stiehlt er nicht. Mithin ist nicht das Eigentum Diebstahl, sondern durch das Eigentum erst wird ein Diebstahl möglich . . . Genug, die Eigentumsfrage lässt sich nicht so gütlich lösen, wie die Sozialisten, ja selbst die Kommunisten, träumen. Sie wird nur gelöst durch den Krieg aller gegen alle. Die Armen werden nur frei und Eigentümer, wenn sie sich — empören, emporbringen, erheben. Schenkt ihnen noch so viel, sie werden doch immer mehr haben wollen, denn sie wollen nichts Geringeres, als dass endlich — nichts mehr geschenkt werde.«

Der *Krieg aller gegen alle*, der *Kampf ums Leben*: wer von den vielen weiss, dass diese Schlagworte der *Einzige* geprägt hat? Überhaupt kann man, wenn man die spärliche Literatur über Stirner durchnimmt, die Wahrnehmung machen, dass Stirner nicht einmal von denjenigen gekannt wird, die über ihn schreiben. Man erblickt in ihm den theoretischen Begründer des Anarchismus, den Geist, der stets verneint. Das ist aber *cum grano salis* zu nehmen. Vor allem ist es selbstverständlich, dass Stirners Anarchismus durchaus nicht im landläufigen Sinne zu verstehen ist. Er meint den Absolutismus des eigenen Ich, die Verfassungslosigkeit im Sinne der Unbeschränktheit. »Einrichtungen zu machen, gebietet die Revolution; sich auf- und emporzurichten, heischt die Empörung . . . verfassungslos zu werden, bestrebt sich der Empörer«, sagt er. Und er fügt, um sich gegen eine Kriminalklage zu sichern, zum Überfluss ausdrücklich hinzu, dass er das Wort *Empörung* wegen seines etymologischen Sinnes wähle, also »nicht in dem beschränkten Sinne, welcher vom Strafgesetz verpönt ist«. Wenn er auch die *Gemeinschaft* verwirft und *Sozialpflichten* nicht anerkennt, so lässt er doch den Klassenkampf zu und sieht, dass allgemein menschliche Bedürfnisse zweckmässig durch die Kooperation befriedigt werden. Dass er sich nicht ganz zur Erkenntnis des kommunistischen Systems durchringen konnte, liegt nicht an ihm, sondern an der damaligen Unvollkommenheit, dem utopistischen Charakter der Systeme seiner Zeit.

Stirner hat ausser dem *Einzigen* noch verschiedenes geschrieben, mehr um des Erwerbes willen, auf den er angewiesen war, als aus innerem Bedürfnis. Ausser einer Übersetzung der Werke von Adam Smith und Say eine *Geschichte der Reaktion*, die aber bloss eine Kompilation ist, ferner mehrere Aufsätze und Entgegnungen auf Rezensionen seines *Einzigen*, so gegen Kuno Fischer und Feuerbach. Vom Jahre 1847 an verstummte er völlig. 1848 verhielt er sich ganz passiv. Er hatte inzwischen wieder geheiratet, eine ihm kongeniale, wahlverwandte Natur, die Tochter eines in Norddeutschland ansässigen Landwirtes, die er im Kreise der *Freien* kennen gelernt hatte. Seinem »Liebchen Marie Dähnhardt« ist der *Einzige* gewidmet. Die Eheschliessung war zwar originell, aber nicht vom Segen begleitet, den der Pastor gesprochen. Stirner scheint eine jener unpraktischen Naturen gewesen zu sein, denen im Leben nichts gelingt, und deren Energie allzurasch erlahmt, weil der Wille zur Macht fehlt. Er brachte es zu keiner Lebensstellung, obschon man sein revolutionäres Erstlingswerk vergessen hatte, vermochte wohl auch nicht bei seinem intransigenten Charakter, sich den rauhen Bedingungen des Lebens anzupassen. Wie denn hätte er, der radikale Denker, in die philiströsen Zeitverhältnisse sich einfügen sollen? Stirner taugte nicht für diese Banausenwelt. Nichtsdestoweniger zwang ihn die Notwendigkeit zu einem praktischen Versuch. Mit dem Reste des Vermögens seiner Frau gründete er eine Milchwirtschaft. Der nicht unebene Gedanke — auch sein Freund Bruno Bauer betrieb in Rixdorf eine kleine Ökonomie, mit der er Fiasko machte — war, für Berlin die Milch *en gros* zu liefern, die bisher in recht primitiver Art nach der Hauptstadt gebracht wurde. Das Geschäft misslang, und Stirner stand nunmehr vor dem Nichts, auf das er seine Sache theoretisch gestellt hatte.

Das letzte Jahrzehnt seines Lebens verschwindet völlig im Dunkel. Man weiss nur so viel, dass die erbärmlichste Not seine einzige Begleiterin war. Die Frau war in Verdruss von ihm geschieden /1847/, wohl, weil er ihr Vermögen ver-

wirtschaftet hatte, obwohl die Fehlspekulation ihm sicher nicht ausschliesslich zur Last gelegt werden kann. Dass man den genialen Philosophen zum Milchlieferanten hatte werden lassen, das ist bei aller Sonderstellung und Eigenheit Stirners nicht dessen Schuld allein. Denn faul war er nicht; was ihm fehlte, war die Gelegenheit, seine ihm eigenen Kräfte auszunutzen. So brachte er sich denn als *Kommissionär fort,* das heisst, er lebte von der Hand in den Mund, in den Tag hinein, stets auf der Flucht vor Gläubigern, die Wohnung wechselnd, einigemal auch im Schuldarrest, ein Stoiker, das Leben verachtend, das er nicht bezwingen konnte. Nur einmal schrie er auf: er suchte in der Zeitung einen Menschen, der ihm ein unverzinsliches Darlehen gewähren wollte; er fand keinen. Am 26. Juni 1856 starb er unbeachtet den Tod des Armen, des Zerschellten, zurückgezogen von aller Welt, die ihn nicht verstanden und nicht kennen wollte.

Mit Mühe konnte Mackay dem Toten vor etwa einem Dezennium einen Grabstein verschaffen, auf dem bloss der Name steht. Ein Bild ist von ihm nicht erhalten. Nur eine flüchtige Handzeichnung Friedrich Engels'. Verschollen und vergessen: das ist der Fluch der kapitalistischen Welt, wenngleich ihn ihre ersten Preisfechter, die Ruge und Faucher, gegen den Sozialismus auszuspielen versuchten. Stirner wird trotzdem seine Auferstehung feiern, denn er ist einer der originellsten, schärfsten Denker in der Philosophenrepublik aller Völker, ein Feuergeist, dessen brennender Hass alle Heucheleien der Bourgeoisie versengte. Allerdings, *Schule* wird er nicht machen, so wenig, wie bisher. Im Leben und nach seinem Tode wird er der Einsame bleiben, der nur sich kennt, den nur wenige kennen.

Ein halbes Jahrhundert nach Stirners Tod wird erst sein Andenken lebendig. Diese Wiedererweckung hatte sich vorher schon angekündigt. Sie beginnt mit Mackays Stirnerbiographie /1898/, der im selben Jahr die *Kleineren Schriften* Stirners folgen. Denn die 1892 in Reclams *Universalbibliothek* erschienene Neuausgabe von Stirners Hauptwerk vermochte das Eis, das sich über Stirners Andenken gebildet hatte, nicht zu brechen. Die bombastische Vorrede des Herausgebers schreckte mehr ab, als sie aufklärte, und bloss die Nietzscheenthusiasten befassten sich damals schon mit dem *Einzigen.* 1892 wird von Rudolf Schellwien zwischen den beiden Pionieren des Individualismus eine Parallele gezogen, und Ola Hansson weist 1894 nach, dass Nietzsche nur die Wiederkehr Stirners ist. Mackays Werk ist eine verzückte Apologie. Sein Hauptverdienst besteht in den biographischen Daten, die der Poet und Edelanarchist mit anerkennenswertem Fleisse gesammelt. Weit kritischer behandelt der jüngste Biograph Dr. Anselm Ruest in seinem Buch *Max Stirner: Leben, Weltanschauung, Vermächtnis* Stirners Lebenswerk. Er versteht es nicht nur, die Zusammenhänge des Stirnerschen Individualismus mit den Ideen seiner Zeit aufzuzeigen, sondern bemüht sich auch, Verbindungen mit der Gegenwart herzustellen. Neue Impulse will Ruest dem individualistischen Gedanken unserer Zeit geben; aber es wird wohl bei dem Wollen bleiben. Denn wenn auch Stirner nicht mehr zu den Verkannten gehört, erkannt ist er noch nicht, wenigstens noch nicht ganz. Am meisten tragen die Sozialisten zu seinem Verständnis bei, und zwar gerade dadurch, dass sie ihn ihrer Kritik unterwerfen. Marx-Engels' *Heilige Familie* richtet sich zwar nicht direkt gegen Stirner; aber um so schärfer ist dies in einem von Bernstein in den *Dokumenten des Sozialismus*

aus dem Engelschen Nachlass veröffentlichten Essay *Sankt Max* der Fall. Mehring widmet Stirner in seiner *Geschichte der deutschen Sozialdemokratie* ein eigenes Kapitel. Am schärfsten setzt sich der Sohn Josef Dietzgens mit Stirner auseinander, und wer die Stellung des Marxismus zur Weltauffassung Stirners in voller Klarheit erfassen will, wird den Anhang zu den von Eugen Dietzgen neu herausgegebenen *Streifzügen eines Sozialisten* (seines Vaters) lesen müssen. Feuerbachs Antikritik von Stirners Aufsatz über das *Wesen des Christentums* kann man nicht übergehen; und auch die knappen Sätze, die Lange in seiner *Geschichte des Materialismus* dem *Einzigen* widmet, müssen nachgelesen werden. Feuerbach ist Stirners Zeitgenosse, wenngleich ihm völlig entgegengesetzt, trotz der kritischen Fähigkeiten, die ihm eigen. Und Lange ist der erste bürgerliche Philosoph, der Stirner einer Erwähnung überhaupt wert hält. Ansonst existiert der *Einzige* für die offizielle Philosophie so gut wie gar nicht; kaum, dass die professoralen Geschichtsschreiber Stirners Namen nennen.

××

RUNDSCHAU

ÖFFENTLICHES LEBEN

Wirtschaft

Vereinigte Staaten von Amerika Mit steigender Besorgnis blickt man in Deutschland auf die weitere Entwickelung der wirtschaftlichen Verhältnisse Amerikas. Wird die Aufnahmefähigkeit des dortigen Marktes auch 1907 so weiter wachsen, dass die umfangreiche eigene Erzeugung untergebracht werden kann? Oder wird eine Stockung eintreten, die zur Folge hätte, dass der Weltmarkt mit dem Überschuss der amerikanischen Produktion bedrückt würde? Die letztere Eventualität würde eine Erschütterung des jetzigen Warenpreisniveaus und im Gefolge damit einen scharfen Rückgang der Konjunkturkurve bringen. Auch vom amerikanischen Geldmarkte her wittert man Gefahr. Eine bedenkliche Überspekulation erfordert dringend eine Ermässigung des allgemeinen Kursniveaus. Ein Anzeichen dafür, dass die Prosperität so ziemlich den Höhepunkt überschritten hat, wird auch in der mässigen Abnahme des Exports bei fortgesetzter Ausdehnung des Imports und unerhörter Lebenshaltung erblickt. Das Abebben der Flut müsse in nicht allzu langer Zeit kommen; käme es, bevor die grossen Cliquen ihre Verbindlichkeiten reduziert haben, so könnte eine böse Krisis die Folge sein. Mit einer allzu langen Fortdauer des amerikanischen Aufschwunges wird man demnach nicht mehr sicher rechnen können, wenn es auch von gewissen Börsenkreisen verfrüht ist, die Lage schon jetzt schwarz in schwarz zu malen. Bei dem Umschwung im Jahre 1900 war es bekanntlich so, dass die Börse mit der Möglichkeit einer amerikanischen Krise überhaupt nicht rechnete und aus ihrem Optimismus plötzlich und jäh gerissen wurde. Heute verfolgt man die Vorgänge drüben mit gespannter Zurückhaltung. Das ist sicher ein Fortschritt gegenüber dem Verhalten der am Wirtschaftsleben interessierten Kreise im Jahre 1900.

× ×

Arbeitsmarkt Die hohe Gunst des Arbeitsmarktes in Deutschland hat keine Aussicht mehr, im laufenden Jahre noch weiter zu steigen. Es ist vielmehr eher mit einer Abschwächung zu rechnen. Einmal ist, nachdem alle Etablissements mit Arbeitskräften voll besetzt sind, eine Zunahme der Neueinstellungen in der Progression der letzten beiden Jahre völlig ausgeschlossen. Man erwäge nur, dass die gewerbliche Unternehmungslust in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres unter der Verteuerung des Geldes zurückgegangen ist: die Zahl der neuerrichteten Fabriken hat ebenso abgenommen, wie die Vergrösserung bestehender Anlagen. Die Nachfrage wird also nicht mehr so intensiv sein, wie 1905 und 1906. Umgekehrt aber wird das Angebot 1907 stärker wachsen, als in den beiden Vorjahren.

Das Neuangebot an sich nimmt zu, da der in Frage kommende Jahrgang, der 1907 den gewerblichen Arbeitsmarkt bereichert, stärker ausfällt, als im Vorjahr. Dazu wächst der Zugang vom platten Lande, ferner der Zustrom ausländischer Arbeitskräfte. Wir haben also mit einer Marktlage zu rechnen, die für die Arbeiter nicht mehr so günstig ist, wie 1905 und 1906. Gerade, weil augenblicklich die Lage noch durchaus vorteilhaft ist und leicht aus diesem Tatbestand auf die Fortdauer der jetzigen Lage auch im Frühjahr geschlossen werden könnte, halten wir es im Hinblick auf die bevorstehenden Lohnbewegungen für angezeigt, auf die sich anbahnende Verschiebung des Verhältnisses zwischen Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt möglichst frühzeitig hinzuweisen.

× ×

Montangewerbe Die demokratisch organisierten Kartelle Deutschlands haben sich für den Kohlenbergbau und das Eisen- und Stahlgewerbe überlebt. Sie sind zu schwerfällig und hindern direkt den wirtschaftlichen Fortschritt. Hinter dem Rücken des Kohlensyndikats bilden sich nun Kombinationen von Grossbetrieben, aus denen der künftige Montantrust hervorgehen muss. Die neueste derartige Bildung ist die Fusion zwischen *Phönix*-Hörde und *Nordstern*. *Phönix* ist ein Hüttenwerk und hatte nicht genug eigene Kohle, um den Selbstbedarf zu decken. Durch Fusion mit *Nordstern* wird diese Kohle aus eigenen Zechen gewonnen. *Nordstern* erhält durch die Fusion Hüttenzechenqualität und wird der Preis- und Förderungspolitik des Kohlensyndikats entzogen. Das Kohlensyndikat erleidet durch jede derartige Neubildung eine immer weitere Schwächung seiner wirtschaftlichen Macht. Die grossen Kombinationsbetriebe aber werden dem künftigen Stahlwerksverband sein Gepräge verleihen. Die ganze Entwickelung drängt nach einer mehr trustartigen Organisation des gesamten deutschen Montangewerbes.

× ×

Kurze Chronik Gegen den Bau eines K a n a l t u n n e l s zwischen England und Frankreich hat sich aus Gründen der nationalen Sicherheit die Kommission für die englische Reichsverteidigung ausgesprochen. × Am 22. Januar ist der D i s k o n t der Reichsbank von 7 auf 6 % herabgesetzt worden. × Eine schreckliche G r u b e n k a t a s t r o p h e ereignete sich am 28. Januar auf der fiskalischen Zeche *Reden* bei Sankt Johann. Über 150 Arbeiter wurden das Opfer einer Schlagwetterexplosion, und zahlreiche Bergleute sind verschüttet.

RICHARD CALWER

Politik

Reichstagswahlen Die deutschen Reichstagswahlen vom 25. Januar und den nachfolgenden Stichwahltagen werden später, nach Veröffentlichung aller amtlichen Stimmenfeststellungen, an dieser Stelle noch näher in ihren Fraktions- und statistischen Ergebnissen festzuhalten sein. Überraschungen haben sie uns, und wohl noch mehr den ausländischen Parteigenossen, reichlich gebracht. Und leider — das können wir heute schon sagen, und es wird in den nächsten Monaten noch viel deutlicher hervortreten — haben sie uns ausserdem einige sehr bittere Lehren zu kosten gegeben. Es fragt sich nur, wie weit wir belehrt zu sein gedenken.

Schon bei den handelspolitischen Auseinandersetzungen der Vorjahre habe ich als den einen grossen Grundfehler unserer ganzen Stellungnahme zu den konkreten Tagesfragen bezeichnet: dass wir uns stets den naivsten Täuschungen hingeben über das Schwergewicht und die Lebenskraft der uns e n t g e g e n s t e h e n d e n Interessen — die man meinetwegen für blosse Illusionen erklären mag — und damit über das Kräftemass der Strömungen, von denen die herrschende Politik getragen wird, und die ihr deshalb im Notfalle immer wieder rettend zu gute kommen müssen. Den handelspolitischen Feldzug eröffneten wir seinerzeit mit den unglaublichsten, aber allen Ernstes geglaubten *Beweisen*, dass schon der Zolltarifentwurf an den himmelweiten, unversöhnlichen Gegensätzen zwischen Landwirtschaft und Industrie, zwischen agrarischem Gross- und Kleinbesitz, zwischen Ostelbien und dem Süden und Westen in Stücke gehen müsse, dass wir deshalb seelenruhig in den, andernfalls für eine parlamentarische Minorität mehr als gefährlichen Strudel der Obstruktion hineinsegeln dürften, weil uns alle überwältigend starken verletzten Interessen von allen Seiten zu Hilfe eilen müssten. In ein paar Tagen und über Nacht war uns dann über die wirkliche wirtschaftspolitische Lage ein recht herber, jedoch ebenso klarer Wein eingeschenkt; und

wir konnten nur froh sein, dass damals die Regierung nicht die Führung übernahm für einen umfassenden Feldzug gegen eine solche parlamentarische Oppositionsbetätigung und gegen das Reichswahlrecht überhaupt: alle weiterblickenden Scharfmacher jammern noch heute über die verpasste Gelegenheit, die schwerlich für die Reaktion so bald ähnlich günstig zurückkehren wird. Aber gleich nach dem ersten Inunsgehen — zum Teil trat es recht drastisch zu tage — waren wir wieder wohlauf und obenauf: mit dem fertigen Zolltarif konnte es ja niemals Ernst werden, denn er mache jeden neuen Handelsvertragsabschluss unmöglich, und deshalb müsse auf dem Zollgebiet alles beim alten bleiben, möge man oben wollen oder nicht; wir waren somit doch, ganz, wie vorverkündet, die zuletzt Lachenden. Und — wir wurden abermals gründlich belehrt, dass wir mit den ausschlaggebenden realen Verhältnissen kaum genügend vertraut waren. Aber da waren unsere Unentwegten nach ein paar kleinlauten Augenblicken schon wieder mit dem dritten Troste zur Hand: Pünktlich am 1. März 1906 oder doch gleich nach dem 1. März, dem Tage des Beginns der neuen Zollära, musste — immer und stets nach dem ehernen Muss der monopolisierten materialistischen Geschichtsauffassung der Betreffenden — der furchtbare Krach für die Konsumenten, vor allem für die strangulierte deutsche Industrie und damit für die ganze deutsche Zollpolitik, einsetzen. Ja, Kladderadatsch! Wir wurden zum dritten Male überführt, dass uns, bei allem Selbstbewusstsein, alle diese Dinge und Zusammenhänge in ihrem Kern wenig bekannt geblieben waren. Schliesslich, ein paar Monate nach dem Handelsvertragsbeginn, schrieb sogar der *Vorwärts,* nicht der *ethisch-ästhetisch* zurückgebliebene, sondern der *ökonomisch-historisch* höherentwickelte, ohne ein weiteres einschränkendes Wort hinzuzufügen: »Es scheint fast so, als sei mit dem Inkrafttreten der neuen Handelsverträge eine goldene industrielle Epoche angebrochen [!], trotz des starken Tones Industriefeindschaft, den die Verträge durchaus nicht verbergen können.« . . .

Jetzt, bei der Kolonialpolitik, das selbe Fehlen des Augenmasses, des wirklichen tieferen Einblickes in die uns umgebenden realen Verhältnisse und Menschen — die niemand von uns schön zu finden braucht, die man jedoch als Politiker vor allem kennen und richtig einschätzen muss. Als die Reichstagseinberufung näher rückte, stand für unsere lautesten Genossen eines fest, und in Versammlungen und Zeitungen gaben sie es unfehlbar kund: die ganze Kolonialpolitik wäre, höchstens auf ein paar Wochen oder Monate, nur noch dazu da, endgültig zusammenzubrechen und den letzten Stoss ins Herz zu erhalten. Was sei Kolonialpolitik? Nur Kolonialskandal, und nichts als Kolonialskandal, mit dessen Enthüllung der ganze Spuk vorbei sein werde, auf immer und ewig. Noch niemals sei das deutsche Volk der überseeischen Politik so gründlich überdrüssig gewesen. So las man es vor Tische: wenn vollends erst die zusammengetragenen Schüsseln aufgedeckt würden, dann werde der letzte deutsche Michel schaudernd dem ganzen Unrat den Rücken kehren. Und der in seiner Verzweiflung offenbar irre gewordene Reichskanzler hatte sich, so wurde uns fast allseitig als selbstverständlich versichert, mit der Reichstagsauflösung selber, wie Franz Moor aus Angst vor dem tobenden Schweizer, die Schnur um den Hals gelegt. Eine Kolonialwahl! Noch dazu unter dem Zeichen der monatelangen Fleischteuerungsaufregung, der unverkennbaren Missstimmung über das persönliche Regiment, nach den beispiellosen parlamentarischen Enthüllungen! Und, genau wie beim Zolltarif, so wurden wir abermals mit unseren Vorstellungen über die realen Strömungen und Stimmungen, über die Interessen und meinetwegen Illusionen, die in der politischen Aussenwelt bestehen, grausam auf den Sand gesetzt. Was wir als leere Einbildung der Regierung verhöhnten, hat das vom *Vorwärts* angerufene *Volksgericht* als unumstössliche Tatsache bestätigt, und was wir als Tatsache ansahen: der allgemeine Kolonialüberdruss und Kolonialekel, hat sich als blutlose Illusion entpuppt. Nicht nur, dass das heraufbeschworene Volksgericht ausgeblieben ist: die Wahlen sind, wie der *Vorwärts* am 30. Januar schreibt, »die ersten Wahlen in der Geschichte des Deutschen Reiches, die einen ausgesprochen imperialistischen Charakter tragen«. In der Tat, die *gestürzte* Kolonialpolitik steht jetzt erst recht fest auf beiden Beinen; sie hat sich als zuverlässige Stütze und Grundlage auch noch die ehemalige liberale Opposition angegliedert, genau, wie beim Abschluss der

Zollpolitik, bei den Handelsverträgen, wo schliesslich das Endergebnis gleichfalls, ohne jedweden ausgleichenden Teilerfolg, weiter nichts war, als unsere parlamentarische und allgemein politische Isolierung und Schachmattsetzung.

Aber Scharten lassen sich auswetzen. Konzentrieren wir uns in den nächsten Jahren, mehr, als bisher, auf diejenigen Gebiete, die wir beherrschen, das heisst auf die eigentlichen Arbeiterfragen, verzichten wir mehr, als bisher, darauf, sensationelle Entscheidungen über vermeintlich grosse, allgemeinere Fragen der hohen Politik herbeiführen und förmlich erzwingen zu wollen, über Fragen, die uns, wie wieder einmal die Erfahrung bewiesen hat, vorläufig noch derart fremd geblieben sind, dass wir noch nicht einmal die Rückwirkung auf die uns sonst so nahestehenden Wählermassen einigermassen richtig abmessen können: dann werden wir sehr rasch das wankende Vertrauen der Wähler wieder aufzurichten vermögen. Es wird dann zwar etwas weniger laut und aufregend in unseren Reihen und in Deutschland zugehen. Aber um so fester und unerschütterlicher wird das gegründet und gefügt sein, was wir in ruhiger Pflichterfüllung schaffen.

× ×

Russland: Agrargesetzgebung Nach der Auflösung der ersten *Duma* teilte der Ministerpräsident Stolypin — wie uns ein russischer Mitarbeiter schreibt — seine Arbeit in zwei Teile. Auf der einen Seite suchte er möglichst viel Skorpione auf die *Anstifter* der revolutionären Bewegung loszulassen; auf der andern aber bemühte er sich, die leichtgläubigen Geister unter der Bauernschaft durch eine *bauernfreundliche* Gesetzgebung zu gewinnen. Er benutzte dazu den § 87 der Grundgesetze, wonach die Regierung in ausserordentlichen Fällen über das Recht zu selbständigen gesetzgeberischen Massnahmen verfügt, und erliess eine Anzahl Ukase über den Grund und Boden. Ein Paragraph, der Überschwemmungen, Kriegsüberfälle, Hungersnot im Auge hatte, wurde somit zur Unterstützung einer Gesetzgebung genommen, deren Zweck die Verteidigung der Regierung vor dem Ansturm der revolutionären Kräfte ist.

Die Tendenz der Stolypinschen Agrargesetzgebung geht dahin, die Aufmerksamkeit der Bauern von dem Bodenbesitz der Grossgrundbesitzer abzulenken und den Bürgerkrieg in die Reihen der Bauern selbst zu verpflanzen. Dazu soll die Spaltung der Bauern dienen, die durch Gründung oder Konsolidierung einer beträchtlichen Zahl von wohlhabenden und selbständigen Bauern erzielt werden kann. Besorgt um ihr Eigentum, werden diese wohlhabenden Bauern die besten Stützen der *Ordnung* im Dorfe sein, und so glaubt die Regierung auf dem Lande Ruhe zu schaffen.

Zur Erfüllung des wohlüberlegten Programms wurden einmal etwa 12 Mill. Dessjatinen Kron-, Apanagen- und Privatländereien den Bauern zur Verfügung gestellt. Nicht umsonst, sondern gegen Bezahlung. Da aber nur wohlhabende Bauern über bares Geld oder Kredit verfügen, so werden nur sie von diesem Angebot der Regierung Gebrauch machen können. Zweitens ist man bestrebt, die berühmte zarische *Obschtschina*, die Feldgemeinde, zu zerstören. Durch ein *Gesetz* wird jedem Bauern von nun an erlaubt, aus der *Obschtschina* auszutreten und den bis jetzt benutzten Grund und Boden in persönliches Eigentum umzuwandeln. Die *Obschtschina* verliert somit das Recht auf Initiative, und die zufällige und oft ungerechte momentane Verteilung des Grund und Bodens kann auf die Initiative eines einzelnen hin für immer zu Recht bestehen bleiben. Dieser einzelne wird in der Regel der Wohlhabendere oder der am meisten Verschuldete sein. Der erste wird aus der *Obschtschina* auszutreten suchen, um auf Grund persönlichen Eigentums bessere Geschäfte machen zu können; der zweite, weil seine Gläubiger ihn dazu nötigen werden. Das persönliche Eigentum kann nämlich verpfändet und verkauft werden, während das Gemeindeeigentum bis jetzt der Pfändung und dem Verkauf entzogen wurde.

Somit wird und soll auch dieses Gesetz zur Bildung einer bäuerlichen Bourgeoisie führen, deren Aufgabe die Rettung des Absolutismus sein soll. Wird der Plan gelingen? Diese Frage zu beantworten, ist zurzeit nicht einfach. Es soll in dieser Zeitschrift die Agrargesetzgebung noch in einem besondern Artikel behandelt werden.

× ×

Kurze Chronik In Russland haben die Vorwahlen zur zweiten *Duma* begonnen; die Mitteilungen über deren Ausfall sind vorläufig recht dürftig und einander widersprechend. × Der zum Gesandten in Washington ernannte bisherige irische

Staatssekretär James Bryce hielt mehrere Abschiedsreden, nach denen eine baldige gründliche Wiederaufrollung der irischen Selbstverwaltungsfrage zu erwarten ist. × Die Etatsrede des preussischen Finanzministers am 8. Januar konstatierte eine glänzende Finanzentwickelung infolge der »gewerblichen Entwickelung, wie sie kaum in unserer Wirtschaftsgeschichte vorgekommen ist«. × Ein Vertrag zwischen Deutschland und Dänemark vom 11. Januar versuchte, die leidige Frage der Staatsangehörigkeit der schleswigschen Optantenkinder aus der Welt zu schaffen.

× ×

Literatur Aus der trotz der Kürze der Wahlperiode sehr reichhaltigen Tagesliteratur verdienen ein paar Schriften nähere Erwähnung. Einen tieferen Eindruck hinterliess die ernste, ungewöhnlich gut geschriebene psychologisch-politische Studie *Unser Kaiser und sein Volk* von einem *Schwarzseher* /Freiburg i. B., Waetzel/, wohl die beste bisher erschienene Charakteristik des eigenartigen persönlichen Regiments Wilhelms II. × Ehe die Reichstagsauflösung kam, trat ein anonym erschienenes kleines Schriftchen *Gleiches Wahlrecht und billige Nahrung!* /Freiburg i. B., Bielefeld/ für einen Block der Linken ein: von den die Oberhand gewinnenden sozialdemokratischen *Revisionisten* angefangen, bis hinüber zu den Jungliberalen und Nationalliberalen überhaupt. Das zusammenhaltende Programm liegt im Titel; der Feldzugsplan, von der Vorbereitung bis zur Durchkämpfung der Wahlen, wird eingehend entwickelt. Schade, dass alles anders kam! × Geistig viel höher steht *Umsturz in Sicht! Betrachtungen zur Reichstagswahl* /Darmstadt, Roether/. Der Verfasser, Professor Dr. Franz Staudinger, hält die Reichstagsauflösung für ein wohlberechnetes Manöver zur Bildung eines Blocks der Mittelparteien. Als einzige Rettung gegen das wachsende — in den Wirkungen wohl überschätzte — »Monopolherrentum« empfiehlt er ein geschlossenes Zusammengehen von Liberalen und Sozialisten gegen Reaktionäre jeder Schattierung. × Von bleibenderem Werte für die Geschichte der Parteien, auch nach den Wahlen, ist die Darstellung der Arbeiterpolitik des Zentrums seit dem Bischof Ketteler und den ersten Katholikentagen bis zu den späteren parlamentarischen Anläufen und Anträgen: *Der Schwindel der klerikalen Arbeiterpolitik* von August Erdmann /Berlin, Buchhandlung *Vorwärts*/. × In 2. durchgesehener Auflage erschien ebenda Karl Kautsky *Die Sozialdemokratie und die katholische Kirche.* × Eine sehr brauchbare Zusammenstellung der Kundgebungen Wilhelms II., nach Materien geordnet (Militär, Flotte, Sozialdemokratie, Kirche, Gottesgnadentum usw.), veranstaltete unser Genosse Wilhelm Schröder unter dem Titel *Das persönliche Regiment* /München, Birk/. × Gegen das Erzbergersche Demagogentum im Zentrum, aber für Einbeziehung des mittelparteilich verbesserten Zentrums in den zu ersehnenden Regierungsblock, unter unbedingter Fernhaltung aller Vertraulichkeiten mit der Sozialdemokratie, kämpft Professor Leo von Savigny in der Schrift *Die Reichstagsauflösung, das Zentrum und die nationalen Parteien* /Berlin, Walther/. × Eine Darlegung des Zentrumsstandpunktes bei den letztjährigen Steuervermehrungen bietet die Schrift des bekannten fleissigen und erfahrenen Abgeordneten Dr. Eugen Jäger *Die Reichsfinanzreform von 1906* /M.-Gladbach, *Zentralstelle des Volksvereins*/. × Weiter sei erwähnt das 1. Heft der *Schriften der Freien Studentenschaft* in Bern *Der ökonomische Liberalismus* von Dr. F. Lifschitz /Bern, Joeli/. × Gegenüber dieser Flut von zum Teil recht vergänglichen literarischen Erscheinungen seien jedoch noch zwei bedeutsamere Arbeiten hervorgehoben, die sich mit dem Zusammenbruch Preussens vor 100 Jahren beschäftigen. Franz Mehrings *Jena und Tilsit* /Leipzig, *Leipziger Buchdruckerei A. G.*/ ist besonders in der Schilderung des friderizianischen Regiments und des immer mehr verknöchernden und verfaulenden altpreussischen Staatswesens vorzüglich, ebenso in der dramatischen Darstellung der schliesslichen Katastrophe. × Zu einem umfassenden und hochinteressanten kulturhistorischen Gemälde erweitert sich die Darstellung des alten Systems bei Kurt Eisner *Das Ende des Reichs* /Berlin, Buchhandlung *Vorwärts*/. Ich habe meine sehr starken Bedenken gegen manche Eisnersche Auffassung. So unterscheidet sich tatsächlich die auswärtige Politik Frankreichs im napoléonischen Zeitalter, was die Grundlinien und Endziele anlangt, sehr wenig von der alten absolutistischen Ära; schon Seeley hat

die unaufhörlichen Kriege Frankreichs im 18. Jahrhundert bis zum Zusammenbruch Napoléons als eine einzige laufende Kriegskette, als Variationen des einen Gegensatzes *England-Frankreich* gewürdigt; Napoléon hat wohl an neuen taktischen Zügen und im Gebrauch neuer, revolutionärer Machtmittel manches hinzugesetzt, aber er, der Erbe des alten französischen Kolonialreichs, arbeitete, in seiner Überschätzung der Kraft, einer Verstärkung der englischen Weltmachtsstellung geradezu vor; nicht an der Seine und in den französisch-revolutionären Kriegslagern finden wir damals den eigentlich politischen Sinn, sondern an der Themse und in den englisch-konservativen Subsidienschatzkammern. Sieht man im englisch-französischen Gegensatz den entscheidenden Konflikt, so wird man natürlich das Hin und Her der, bald nach England, bald nach Frankreich gravitierenden mitteleuropäischen Staaten gleichfalls vielfach in anderem Licht und Zusammenhang sehen, als Eisner, bei dem zum Beispiel das eine Schlusskapitel über die Kontinentalsperre — das heisst eben über *England-Frankreich* — nach manchem Vorangegangenen recht unvermittelt und fremdartig auftaucht, obwohl oder gerade weil hier das Wesentliche jenes grandiosen weltpolitischen Ringens viel schärfer durchblickt. Doch das nebenbei. Als Ganzes ist das Eisnersche Werk von Anfang bis Ende spannend, lebendig-geistvoll geschrieben und in seinem reichen und fast überreichen kulturhistorischen Material mit bienenhaftem Fleiss zusammengetragen; es bietet über Militärwesen, Bauernknechtung, bürgerliche Verknöcherung, adelige Verlumpung und Verrohung ein wertvolles kulturhistorisches Lesebuch für weiteste Kreise und ist daher als Bereicherung unserer Parteiliteratur willkommen zu heissen. MAX SCHIPPEL

Sozialpolitik

Meliorationspraxis

In seinem grosszügigen Tabellenwerk *Lohn- und Arbeitsbedingungen im Maurergewerbe* /Hamburg, Bömelburg/ hat der Zentralverband der Maurer ein beweiskräftiges Material zur Erkenntnis des sozial hebenden Einflusses der Gewerkschaften auf die Lage der Arbeiterschaft zusammengetragen. Die Statistik der Maurer über das Jahr 1905 erstreckt sich über 18 749 Poliere, 223 803 Gesellen und 30 268 Lehrlinge. Die Zahl der Maurer, die sich mit einem Stundenlohn von unter 25 Pf. zufrieden geben mussten, sank von 1740 im Jahre 1900 auf 1532 im Jahre 1905 herab. Die Gruppe der Maurer, die für einen Stundenlohn von über 60 Pf. arbeiteten, wuchs innerhalb dieses Zeitraums beträchtlich an, und zwar von 12 613 auf 27 244 (hierunter 6486 Spezialisten). Im Jahre 1900 wurden in 334 Orten Löhne bis unter 30 Pf. gezahlt, 1905 dagegen nur noch in 181. Der Durchschnittslohn für das ganze Reich ist von $41\frac{3}{5}$ Pf. im Jahre 1900 auf 46 Pf. im Jahre 1905 gestiegen. Er betrug im Jahre 1885 28½ Pf., 1890 $33\frac{4}{5}$ Pf., 1895 $34\frac{3}{10}$ Pf., 1900 $41\frac{3}{5}$ Pf., 1905 46 Pf. Der Durchschnittslohn ist somit in 20 Jahren um rund 60 % und in dem letzten Jahrzehnt um 34 % gestiegen. Das letzte Jahrzehnt zeigt aber gerade den gewaltigen Aufstieg der gewerkschaftlichen Organisation der Maurer. Die Zentren der Organisation, die Grossstädte, wirken auf die Löhne der weiten Umgebung dieser Städte zurück. In den Einflusssphären der Städte mit über 100 000 Einwohnern werden nur ganz ausnahmsweise Löhne unter 30 Pf. gezahlt. Die Lohnsteigerung in den Grossstädten und deren Umgebung ist doppelt so hoch, wie in den Kleinstädten und auf dem platten Lande. Die Grossstädte erlebten gerade eine gigantische Erweiterung ihres bebauten Gebiets. »Die Kraft der gewerkschaftlichen Organisation konnte und musste sich infolge vieler günstiger Umstände in den Grossstädten erfolgreicher äussern, als in der Mehrzahl der Mittel- und Kleinstädte.« In dem Dezennium 1895 bis 1905 steigerten nach der Statistik der Maurer 189 905 Gesellen und 11 234 Spezialarbeiter ihr Einkommen beträchtlich. Rund 25 % erhöhten ihr Einkommen in diesen Jahren um 200 bis 250 M.; 16 % um 250 bis 300 M., 11½ % auf 300 bis 350 M., 8 % auf 400 bis 450 M., 2,8 % auf über 450 M. Jahreslöhne unter 500 M. sind ausser Kurs gekommen, doch werden immerhin in der Mehrzahl der gezählten Orte noch Jahreslöhne unter 900 M. gezahlt. In 41 % aller Lohnbezirke betrug der Lohn 900 bis 1200 M., in 5,5 % belief er sich auf über 1200 M.

Die Arbeitszeit wurde im Maurergewerbe nicht unerheblich in dem Jahrzehnt 1895 bis 1905 abgekürzt. 1895 bestand der Zehnstundentag in 360 Lohngebieten und 2760 Orten, 1905 dagegen in 831 Lohngebieten und 6959 Orten. An der Arbeitszeitverkürzung waren 64,5 % der Maurer beteiligt, die in der grossen

Überzahl ihre Arbeitszeit um eine Stunde täglich verkürzten.

Grosse Erfolge wies die Maurerbewegung auf, und diese Erfolge errang sie nicht mühelos. Mars war das Gestirn, unter dem die gewaltige Meliorationsbewegung der deutschen Maurer in dem Dezennium von 1895 bis 1905 stand. 2235 Lohnbewegungen und 856 Streiks sind für diesen Zeitabschnitt aufgezeichnet worden. Der Zentralverband der Maurer wandte in diesem Jahrzehnt rund 5,8 Mill. M. für die Führung der Lohnkämpfe auf. Im Jahre 1896 verausgabte er für Streiks und Aussperrungen nur 148 393,06, 1905 989 688 M. »Fester Wille, Disziplin und Solidarität, gestützt durch die materiellen Mittel der Organisation, haben vermocht, in dem Zeitraum von 10 Jahren für rund 190 000 Maurer das Arbeitseinkommen um rund 45 Mill. M. zu steigern.« Diese Lohnerhöhung, die sich für diese 190 000 Maurer auf 236 M. pro Kopf beläuft, zeugt nun durchaus nicht von einer nun erträglichen Lebenshaltung der Maurer, wie mit Recht das treffliche Tabellenwerk des Zentralverbandes der Maurer hervorhebt, sondern nur von der betrübenden Lage der Maurer vor ihrer grossen Meliorationsbewegung.

× ×

Fleischergewerbe Die statistischen Erhebungen des Zentralverbandes der Fleischer vom Jahre 1905 hat Wilhelm Schröder in seinem Schriftchen über die *Zustände im Fleischergewerbe* /Berlin, Verlag der *Generalkommission*/ bearbeitet. Die Erhebung erstreckt sich auf 345 Betriebe mit 1272 Gesellen, 195 Hilfsarbeitern, 65 Lehrlingen, 258 Verkäuferinnen und 72 sonstigen Personen. In der Fleischerei ist der Arbeiter über 30 Jahre eine Ausnahmeerscheinung. In Berlin gar war das Durchschnittsalter der ermittelten Gesellen nur 23,4 Jahre. Der Kost- und Logiszwang wirft den verheirateten Gesellen förmlich aus der Fleischerei hinaus. In den Arbeitsstätten, in denen der Patriarchalismus mit seinem Kost- und Logiswesen ausgemerzt ist, bürgert sich der verheiratete Geselle ein. In der Arbeitergenossenschaft *Produktion* in Hamburg sind von 9 Gesellen 4 verheiratet, in der Konsumfleischerei Leipzig-Connewitz waren es von 28 Gesellen 18.

Der deutsche Fleischergeselle ist ein gar bescheidenes Arbeitstier. Auf dem 1. Kongress der Fleischergesellen im Jahre 1902 legte sich der Führer der Bewegung, Paul Hensel, für den gesetzlichen Maximalarbeitstag von 12 Stunden ein. Die Erhebung des Zentralverbandes der Fleischer erwies, dass die Fleischergesellen arbeiteten: in Berlin 94,75 Stunden, in Hamburg-Altona 87,8, in Leipzig in der Konsumfleischerei 62,5, in Cöpenick 100, in Luckenwalde 103, in Potsdam 113, Altendorf a.Rh. 116, Dortmund 100, Oschersleben 117, Mainz 112, Schweinfurt 106 pro Woche. In einem Berliner Betriebe währte die Arbeitszeit an Wochentagen 19½ Stunde, in einem 19, in zweien 18 Stunden. Die wöchentliche Arbeitszeit der Verkäuferinnen überstieg in Berlin die der Gesellen um 2¾ Stunden, in Frankfurt a. O. um 7 Stunden, in Stettin um 10½, in Frankfurt a. M. um 8 Stunden. Die Arbeitslöhne der Gesellen halten sich, wenn man sich vorstellt, dass ein Mann fast für zwei in der Fleischerei arbeiten muss, in ausserordentlich engen Grenzen. Der Stundenlohn betrug in Berlin 27,4 Pf., in Rostock 16,8 Pf., in Ziesar 15,7 Pf., in Kiel 37,7 Pf.

In der Fleischerei dringt sieghaft die Maschinerie vor. In Berlin zum Beispiel wird in 81 der 93 in Betracht kommenden Betriebe, in Hamburg wird in 49 von 55 Betrieben mit Maschinen gearbeitet. Viel Maschinen, aber wenig Schutzvorrichtungen zur Verhinderung der Betriebsunfälle! Die Arbeitsräume liegen in der Fleischerei vielfach noch im Keller. Von 52 Arbeitsräumen der Fleischereien Hamburgs befanden sich nur 16 über der Erde. In diese Kellerräume dringt nur spärliches Tageslicht; meist erhellt künstliche Beleuchtung diese Räume. Von 345 Betrieben wiesen 228 Betriebe Räucherkammern in den Arbeitsräumen auf, in 223 Fleischereien fehlten die Ventilationseinrichtungen. Die Unsauberkeit in den Arbeitsräumen, der Mangel an Waschgeschirren, an Seife und Handtuch, die an die Werkstätten grenzenden Klosetts und Dunggruben, sie bedeuten eine hohe Gefährdung der öffentlichen Gesundheit durch die heutigen Fleischereien. Gewissenhaft bucht Schröder in seinem Schriftchen die vielen Verstösse der Fleischereien gegen die Hygiene. Heute wohnen noch nach der Statistik des Verbandes 81,9 % der Gesellen bei den Meistern, nach der amtlichen Erhebung gar noch 94,1 %. Als ganz unleidlich wird in dem Schriftchen mit Recht der Zustand der Gesellenschlafräume bezeichnet. Als ganz respektable Sammlungen von Ungeziefer stellen sich vielfach die Gesellen-

schlafräume dar. Die besonderen Missstände in den Fleischereien brandmarkt Schröder gebührend. Da dient zum Beispiel ein Schlafraum als Waschküche, da nimmt der allumfassende Wurstkessel wahllos die schmutzige Hausstandswäsche und das Ungeziefer in sich auf. Der heutige Fleischergeselle ist ein ausgebeutetes Arbeitstier, und selbst wenn er nur eine wenig lohnende Arbeitsstelle erhält, hat er erst einen hohen Tribut dem Stellenvermittler zu entrichten.

× ×

Prostitution Die hervorragendsten Seiten des Prostitutionsproblems erörtert Anna Pappritz in der aus den Papieren einer Polizeibeamtin geschöpften Schrift *Die Welt, von der man nicht spricht* /Leipzig, Dietrich/. Namentlich erwecken in dieser Arbeit die Biographieen der Prostituierten unser wissenschaftliches Interesse, weil sie der abstrakten Theorie von der *geborenen Prostituierten* das wirkliche, schicksalsreiche Leben der unglücklichen Dirnen entgegensetzen. Die warmherzige Schrift klingt in eine begeisterte Proklamation der Grundsätze des abolitionistischen Reformprogramms aus.

Die Prostitutionsflut ergiesst sich über West- und Osteuropa, aber diese Flut zeigt grosse Differenzen in ihren Strömungen und Farbentönen. Der allgemeine Kulturzustand der west- und osteuropäischen Länder färbt auf das nationale Prostitutionswesen ab. Der Knutenhieb, der den Rücken des gebildeten Osteuropäers streift, zieht blutige Striemen auf dem Nacken der osteuropäischen Prostituierten. Der hochgewertete westeuropäische Mensch entmenscht die Prostituierte nicht zu einer blossen Sache. In dem *Seinebabel* bewahrt die Prostituierte ihre Menschenwürde. Dr. Robert Michels-Marburg hat auf die starke nationale Differenzierung des Liebeslebens im Reiche der Prostitution in der Zeitschrift *Mutterschutz* hingewiesen. In Paris hat die Prostituierte etwa die Stellung der athenischen Hetäre. »Was den Unterschied zwischen der Prostitution in Berlin und der in Paris ausmacht, ist zumal die verschiedenartige Wertung ihrer Priesterinnen erstens in der öffentlichen Meinung und, damit zusammenhängend, zweitens und vor allem von der sie benutzenden Männerwelt.«

In einer auf amtlichem Material beruhenden Streitschrift *Die graphische Reklame der Prostitution* /München, Beck/ befehdet Dr. Ludwig Kemmer die Pornographie, die eine allzeit geschäftige Gehilfin des Mädchenhandels und der Prostitution ist.

× ×

Tarifverträge In dem deutschen Baugewerbe haben die Tarifverträge eine relativ grosse Ausdehnung erlangt. Das sprungweise Wachstum dieser Verträge in dem Baugewerbe erläutert trefflich das oben ausgezogene Tabellenwerk des Maurerverbandes. Dieses enthält neben der Statistik des Maurergewerbes aus dem Jahre 1905 die in diesem Gewerbe abgeschlossenen Tarifverträge von 1895 bis 1905. Es bestanden Tarifverträge im Maurergewerbe: 1895 13, 1898 37, 1900 117, 1903 176, 1905 367. Die 367 Verträge erstreckten sich auf 4610 Orte mit zirka 122 500 Maurern und Spezialarbeitern des Maurergewerbes. Über die soziale Wirkung des Tarifvertrags ist da folgendes Urteil niedergeschrieben: »Die soziale Wirkung ist im allgemeinen, dass der Arbeiter dem Unternehmer im höheren Masse als Mensch und als Rechtssubjekt gegenübersteht, als der anarchische Kapitalismus, dem die Willkür des Unternehmers für Festsetzung der Arbeitsbedingungen und -verhältnisse das höchste Gesetz ist, es zulässt; ein Umstand, der wahrlich nicht gering anzuschlagen ist, zumal er in engster und untrennbarer Verbindung steht mit dem Faktum, dass Unternehmer beziehungsweise Unternehmerkoalitionen, die auf Tarifgemeinschaften eingehen, damit der Notwendigkeit genügen, die Arbeiterorganisation als Kontrahent anzuerkennen, mit den berufenen Vertretern dieser Organisation zu verhandeln. Das ist eine grosse Errungenschaft der selbständigen Arbeiterorganisation, die sie aus eigener Kraft gemacht hat, ohne dabei Sympathie und Unterstützung der öffentlichen Gewalten zu geniessen; ja, diese Gewalten sind vielfach im Bunde mit den Arbeitsherrentumsmenschen bemüht gewesen, die Arbeiterorganisationen zu schwächen und zu zerstören, ihr die Erlangung kollektiver Arbeitsbedingungen unmöglich zu machen.«

× ×

Invalidenversicherung Die Versicherungsanstalt Württemberg wandte im Jahre 1905 519 729,09 M. (im Vorjahre 502 076,12 M.) auf. 9,3 % der Einnahmen stellte sie in den

Dienst des Heilverfahrens Die Invalidenhauspflege erstreckte sie auf 53 männliche und 26 weibliche Personen, die sie in Privatanstalten einwies. Die Verpflegungskosten der Rentner stellten sich auf 250 M. pro Person.
Nicht unerheblich steigerte die Versicherungsanstalt für die Pfalz im Jahre 1905 ihre Aufwendungen für das Heilverfahren, nämlich um 49 561,20 M., so dass sie in diesem Jahre 141 669,77 M. für die Heilbehandlung der Versicherten verwandte. Von der freiwilligen Versicherung wurde bei dieser Anstalt, wie durchweg bei allen Anstalten, nur ein sehr minimaler Gebrauch gemacht. Auf rund 155 000 versicherungspflichtige Personen kommen in der Pfalz 335 freiwillige Versicherte. Das Prinzip der freiwilligen Versicherung erweist sich in sozialer Hinsicht als völlig ohnmächtig. Die Landesversicherungsanstalt Schleswig-Holstein liess im Jahre 1905 1218 Personen (im Vorjahr 1058) ein Heilverfahren zu teil werden. Die Anstalt warf für das Heilverfahren 236 305,94 M. aus. Der Bericht der Landesversicherungsanstalt enthält einen interessanten Hinweis auf die Verwertung der Resultate der Quittungskartenstatistik zur Kontrolle der Berufsstatistik. Diese Quittungskartenstatistik ist überdies unentbehrlich für alle versicherungstechnischen Berechnungen. Die 3. Tafel des Berichts der Landesversicherungsanstalt gibt die durchschnittliche jährliche Zahl der Beitragswochen für beide Geschlechter an. Diese Zahlen scheinen für die Bedeutung, die Mann und Frau im nationalen Wirtschaftsleben haben, sehr schwerwiegend zu sein. Die blosse Zahl der beschäftigten Frauen gibt eben noch keinen richtigen Massstab für eine exakte Feststellung, in welchem Umfang die Frauen an der gesellschaftlichen Jahresarbeit teilnehmen. Die Landesversicherungsanstalt Schleswig-Holstein ermittelte nun, dass die durchschnittliche, jährliche Zahl der Beitragswochen bei den Männern augenscheinlich wenig oder garnicht mit dem Alter veränderlich ist. Vom 25. bis zum 65. Lebensjahre arbeiten die Männer 38 Wochen im Jahre, bei den Frauen geht diese Zahl vom 30. bis zum 40. Lebensalter auf 29 herunter und ist im Durchschnitt 5 Wochen niedriger, als bei dem männlichen Geschlechte. Die Leistungsfähigkeit der Frau in der Wirtschaftsarbeit ist begrenzter, als die des Mannes.

× ×

Italien: Gegenseitigkeitsbewegung Die offizielle Statistik Italiens zählte am 31. Dezember 1904 953 455 Mitglieder der 6723 Gegenseitigkeitsvereine, von denen 6535 Bericht erstatteten. Die Gegenseitigkeitsbewegung Italiens, die sich in vollständiger Selbständigkeit von der Gewerkschaftsbewegung entfaltet hat, folgt im allgemeinen der wirtschaftlichen Entwickelung der einzelnen Landesteile Schritt für Schritt. Norditalien besitzt 4067 Vereine mit 618 564 Mitgliedern. Mittelitalien 1492 Vereine mit 193 526 Mitgliedern, Süditalien 583 Vereine mit 68 932 Mitgliedern, Sizilien 393 Vereine mit 45 003 Mitgliedern. Seit 1894 nahm die Zahl der Mitglieder der Vereine um 1 % in ganz Italien ab. Es vermehrte sich in Norditalien von 1894 bis 1904 die Zahl der Mitglieder um 9 % und um 3 % in Sizilien; sie verminderte sich um 10 % in Mittelitalien und um 38 % in Süditalien. Süditalien weist eine riesige jährliche Auswanderung auf. Es besteht ein Verband der Gegenseitigkeitsvereine (*Federazione Italiana delle Società di Mutuo Soccorso*).

× ×

Kurze Chronik Die Verschmelzung der Berliner Ortskrankenkassen, die bisher kraftvoll von der *Zentralkommission der Berliner Krankenkassen* und von der *Berliner Gewerkschaftskommission* gefördert wurde, ist durch zwei abschlägige Bescheide des Oberpräsidenten wieder auf lange Zeit hinausgeschoben worden.

× ×

Literatur *Sozialsekretäre und Fabrikpfleger* betitelt sich das 91. Heft der Flugschriftensammlung *Sozialer Fortschritt* /Leipzig, Dietrich/, das L. Katscher in Gemeinschaft mit einigen Sozialpolitikern herausgegeben hat. Die Tätigkeit des Sozialsekretärs umfasst hauptsächlich die Wohlfahrtspflege für die Angestellten grosser Unternehmungen. Die Charakteristik dieser Tätigkeit als einer »lohnenden Philanthropie« für den Fabrikanten klingt sehr anrüchig. × Den Fluch der Apothekerlaufbahn behandelt Eugen Sieber in der flott geschriebenen Schrift *Der Apotheker* /Berlin, Walther/.

PAUL KAMPFFMEYER

Soziale Kommunalpolitik

Arbeitslosenversicherung Die seit vielen Jahren über die Arbeitslosenversicherung geführten Diskussionen in der Literatur und in der Tagespresse,

die Experimente im Auslande haben endlich dahin geführt, dass nun auch in Deutschland eine Gemeinde mit der Arbeitslosenversicherung einen Versuch zu machen sich anschickt, und zwar mit dem System, das auch unserer Ansicht nach allein zurzeit Erfolge versprechen kann, dem Genter System. Wie auf anderen Gebieten der kommunalen Sozialpolitik, hat hier wiederum die Stadt Strassburg die Führung übernommen. Auf Grund eines sozialdemokratischen Antrags hat der Gemeinderat dieser Stadt mit 27 gegen 2 Stimmen die Einführung einer Arbeitslosenversicherung nach Genter System beschlossen. Es wurde zunächst versuchsweise für die Dauer eines Jahres die Summe von höchstens 5000 M. zur Verfügung gestellt. Jedem, der bei Eintritt seiner Arbeitslosigkeit in Strassburg ein Jahr ununterbrochen ansässig gewesen ist, und der Arbeitslosenunterstützungskasse eines Berufsvereins von Arbeitern oder Angestellten angehört, erhält von der städtischen Kasse einen Zuschuss zu dem gewerkschaftlichen Unterstützungsbetrage. Der Zuschuss wird nur bei unfreiwilliger Arbeitslosigkeit gezahlt. Arbeitslosigkeit infolge von Streiks und Aussperrungen, oder von Krankheit, Unfall, Invalidität gilt nicht als Unterstützungsfall. Der Zuschuss beträgt 50 % der gewerkschaftlichen Unterstützung, im Maximum 1 M. pro Tag. Stellt sich heraus, dass bei Gewährung von 50 % der Gesamtjahresbetrag des städtischen Zuschusses von 5000 M. überschritten werden würde, so tritt eine Kürzung des Unterstützungssatzes ein. Die städtische Arbeitslosenkasse steht in enger Verbindung mit dem Arbeitsnachweise. Wird dem Arbeitslosen passende Arbeit im Beruf nachgewiesen, so hört der Zuschuss auf. Ledige Arbeiter haben auswärts Arbeit anzunehmen, wenn nicht besondere Verhältnisse dagegen sprechen. Über Streitigkeiten soll ein Schiedsgericht entscheiden, das aus der Aufsichtskommission der städtischen Arbeitsnachweisstelle gebildet wird. Es besteht aus dem Vorsitzenden dieser Kommission und je einem der von dem Gemeinderat in diese Kommission gewählten Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Der Hauptunterschied der Strassburger Einrichtung gegen das Genter System besteht darin, dass kein Versuch gemacht wird, den nichtorganisierten Arbeitern städtische Zuschüsse zuzuwenden, wenn sie in einer öffentlichen Sparkasse einen Sparfonds für die Zeit der Arbeitslosigkeit angesammelt haben. Diese Einrichtung ist in Gent fast ganz erfolglos geblieben, hat vielmehr geradezu zu betrügerischen Manipulationen geführt. Es war daher durchaus angebracht, dass die Strassburger Stadtverwaltung auf ihre Nachahmung verzichtet hat. Von den rund 20000 Arbeitern in Strassburg sind zirka 3500 in den freien Gewerkschaften, zirka 600 in den christlichen Gewerkschaften, und zirka 260 im *Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband* organisiert. Die städtische Einrichtung kommt also zunächst nur einem Viertel der Strassburger Arbeiterschaft zu gute. Inwieweit die Einrichtung dazu beitragen wird, die gewerkschaftliche Organisation und die Einrichtung gewerkschaftlicher Arbeitslosenunterstützung zu fördern, wird erst die Zukunft lehren.

× ×

Eingemeindung Die Stadt Leipzig hatte vor längerer Zeit mit 6 Vororten Verhandlungen über deren Einverleibung geführt, die einstimmig von den Gemeindebehörden sowohl der Vororte, wie der Stadt Leipzig ratifiziert worden waren. Dagegen fand der Einverleibungsbeschluss bei den staatlichen Regierungsbehörden keine Gegenliebe. Sowohl der Kreis-, wie der Bezirksausschuss versagten ihre Zustimmung, und auch der Appell an das Ministerium hatte keinen anderen Erfolg. Die Begründung dieser Ablehnung ist ein Musterbild dafür, wie die Staatsbureaukratie die Interessen der Grossstädte und der grossstädtischen Agglomerationen zurücksetzt gegenüber denen des platten Landes, und wie sie jederzeit bemüht ist, ihre Macht auf Kosten der kommunalen Selbstverwaltung zu erweitern. Das Ministerium muss anerkennen, dass die von den städtischen Kollegien Leipzigs geltend gemachten Gründe nicht ganz unberechtigt erscheinen, und dass auch für die in Frage kommenden Landgemeinden die endliche Einverleibung wünschenswert ist. Aber die Aufsichtsbehörden und der Vertretungskörper der Amtshauptmannschaft Leipzig haben auf Grund der ihnen innewohnenden Sachkenntnis sich gegen die beabsichtigte Einverleibung »pflichtgemäss ausgesprochen«, und diese Aussprache ist für das Ministerium entscheidend. Ausserdem aber steht die Stadt Leipzig schon wiederum wegen Einverleibung weiterer Vororte in Unterhandlungen. Es würde also der Vorgang der Einverleibung sich wieder und wieder vollziehen. Daher muss man, so schliesst das Ministerium, beizeiten vor-

beugen und insbesondere auch verhüten, dass die Interessen des Amtsbezirkes Leipzig geschädigt werden, die gegenüber den Interessen der Stadt und der einzugemeindenden Vororte selbstverständlich für das Ministerium viel wichtiger sind. Selbstverständlich. Es muss mit allen Kräften verhütet werden, dass die Herren Grossgrundbesitzer infolge des Ausscheidens der steuerkräftigen Vororte in Zukunft stärker besteuert werden. Das sind im Grunde die *öffentlichen Interessen*, zu deren Hüter sich das sächsische Ministerium berufen glaubt. Im Schluss der Begründung führt dann das Ministerium aus, dass die Einverleibungsverhandlungen wesentlich vereinfacht worden wären, wenn sie nicht unmittelbar zwischen dem Stadtrat und den einzelnen Gemeindevertretungen unter Ausschaltung der Aufsichtsbehörde geführt worden wären. »Das Ministerium«, heisst es dann wörtlich weiter, »muss daher wünschen, dass in Zukunft zur tunlichsten Vermeidung unliebsamer Weiterungen und Differenzen etwaige Verhandlungen über Einverleibung von Vororten nur zwischen dem Stadtrate und der zuständigen Aufsichtsbehörde zu pflegen, und dieser die weiteren Verhandlungen mit den Gemeindevertretungen zu überlassen sind.« Das Ministerium hebt mit diesen Worten das Selbstverwaltungsrecht der Vorortsgemeinden glatt auf. Bei einer derartigen Auffassung wäre es in der Tat einfacher, wenn die staatliche Bureaukratie sofort die gesamte Gemeindeverwaltung in eigene Regie übernehmen würde. Damit wären alle *unliebsamen Weiterungen* aufs radikalste beseitigt.

× ×

Submissionswesen Die Stadt Strassburg, deren Verwaltung sich durch ein bei deutschen Städteverwaltungen selten grosses Mass sozialpolitischen Verständnisses auszeichnet, hat eine Neuregelung ihrer Submissionsbestimmungen vorgenommen und dabei den Schutz der indirekten städtischen Arbeiter, das heisst der Arbeiter, die von Unternehmern bei an sie vergebenen städtischen Arbeiten beschäftigt werden, in entschiedener Weise fortentwickelt. Schon im Frühjahr 1902 hatte der Gemeinderat der Stadt Strassburg eine Mindestlohnklausel beschlossen und darin für die gewerblichen Arbeiter einen Mindesttagelohn von 2,50 M. festgesetzt. Die Stundenlöhne waren sehr vorsichtig bemessen und wurden alsbald durch die Steigerung sämtlicher Arbeitslöhne überholt. Sie sind daher auch für die Lohnverhältnisse der qualifizierten Arbeiter ohne grössere Bedeutung gewesen. Dagegen hat der Mindesttagelohn für ungelernte Arbeiter sehr wohltätige Wirkungen ausgeübt. Im Winter sank der Arbeitslohn für diese Klasse von Arbeitern, die bei privaten Baunternehmern beschäftigt waren, häufig auf 2,20 bis 2,40 M. Erst durch Konventionalstrafen gelang es, die Beobachtung des Mindesttaglohns von 2,50 M. durchzusetzen. Die Erhöhung des Wintertaglohns ist auch nicht ohne Einfluss auf die Erhöhung der Sommerlöhne gewesen, da die Arbeiter für die längere Arbeitszeit im Sommer einen höheren Lohn, als für die kürzere des Winters durchsetzen konnten. Die städtische Lohnklausel hat also — wir entnehmen diese Feststellung einem Artikel des Beigeordneten Dominicus in der *Sozialen Praxis* — eine Erhöhung der Löhne bewirkt.

Da die Verträge der Stadt mit den Unternehmern abliefen, erwies sich eine Neuregelung der Submissionsbedingungen als notwendig. Dabei erschien es der Stadtverwaltung als Ziel, auch für ihre indirekten Arbeiter eine Sicherung und Hebung ihrer Existenz herbeizuführen. Sie konnte sich dieser Aufgabe um so weniger entziehen, als sie erst im Jahre vorher durch eine neue Arbeitsordnung die Verhältnisse der direkt von ihr beschäftigten städtischen Arbeiter beträchtlich gebessert hatte. Eine Übertragung der neuen Arbeitsordnung in ihrem vollen Umfange auch auf die indirekten Arbeiter war deshalb ausgeschlossen, weil der Wechsel der Arbeiterschaft hier sehr gross ist. Gewiss fehlt es nicht an Fällen, dass die von den Unternehmern beschäftigten Arbeiter Zeit ihres Lebens bei Arbeiten für die Stadt beschäftigt sind: in der Regel wird es aber nur für einen kleinen Teil seiner Arbeitszeit gelten. Alle Bestimmungen über Pensionsberechtigung, Lohnzulagen nach dem Dienstalter etc. können also keine Anwendung finden. Immerhin bleibt nach ihrem Abzug noch eine Reihe anderer Bestimmungen übrig, die eine sinngemässe Ausdehnung auf die indirekten städtischen Arbeiter zulassen. In dem neuen Lastenheft der Stadt Strassburg haben nun zahlreiche neue Schutzbestimmungen Aufnahme gefunden, die sich im wesentlichen auf die folgenden Punkte beziehen, wobei wir der von Dominicus

gegebenen Zusammenstellung folgen:

1. Lohnverhältnisse. Sämtliche Unternehmer von städtischen Arbeiten haben die Tarifvereinbarungen zwischen Unternehmern und Arbeiterverbänden inne zu halten. Wo solche in einem Gewerbe nicht vorhanden sind, wird der Mindestlohn durch die städtische Lohnkommission festgesetzt. Das Tagesminimum für ungelernte Arbeiter wurde beträchtlich, und zwar von 2,50 M. auf 2,90 M. erhöht.

2. Arbeitszeit. Diese Schutzbestimmungen sind neu. Den städtischen Unternehmern wird der Zehnstundentag vorgeschrieben. Um eine wirksame Kontrolle zu ermöglichen, gilt die Vorschrift, dass der Arbeitstag auch dann 10 Stunden beträgt, wenn der von dem Unternehmer bei den städtischen Arbeiten beschäftigte Arbeiter nur einen Teil seiner Arbeitszeit bei städtischen, einen anderen Teil bei privaten Arbeiten beschäftigt ist. Die Mittagspause wurde auf 1½ Stunden und endlich für Überstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit Zuschläge in Übereinstimmung mit den Bestimmungen der städtischen Arbeitssatzung derart festgesetzt, dass für Überstunden ein Zuschlag von 33⅓ %, für Nacht- und Sonntagsarbeit ein solcher von 50 % zu dem Mindestlohn gewährt werden muss.

3. Es wurde ferner eine neue Bestimmung aufgenommen, die den Unternehmer verpflichtet, seine bei städtischen Arbeiten im Gemeindebezirk Strassburg beschäftigten Arbeiter in der Strassburger Krankenkasse zu versichern. Bisher waren je nach der Zugehörigkeit des betreffenden Unternehmers die Bauarbeiter bei auswärtigen Baugewerksinnungskrankenkassen oder Ortskrankenkassen versichert, deren erheblich geringere Leistungen somit im Falle der Krankheit eine Benachteiligung der Strassburger Arbeiter bedeuteten.

4. Die Unternehmer werden verpflichtet, zwecks Neuanstellung von Arbeitern sich zunächst an die städtische Arbeitsnachweisstelle zu wenden.

5. Da eine starke Einwanderung italienischer Arbeiter besteht, wird den Unternehmern vorgeschrieben, zunächst die im Gemeindebezirk Strassburg Wohnhaften, in zweiter Reihe sonstige deutsche Arbeiter zu beschäftigen. Ausländer dürfen nur beschäftigt werden, falls es die Art der Arbeit bedingt, und soweit keine geeigneten heimischen Arbeiter für die Arbeit zu finden sind.

6. Eingehende Kontrollbestimmungen sorgen für die Beobachtung der Schutzvorschriften. Etwaige Konventionalstrafen werden den Unternehmern an ihren Guthaben gekürzt.

Es wurde ferner eine Revision der Mindestlöhne für die gewerblichen Arbeiter vorgenommen, und die Löhne durchweg ganz beträchtlich gegen die Sätze von 1902 hinaufgesetzt.

Dominicus hebt hervor, dass die gesamte Neuregelung des Arbeiterschutzes im Submissionswesen keinen Widerspruch seitens der Unternehmerschaft mehr gefunden habe, und dass auch im Plenum des Gemeinderates Einwürfe gegen sein Prinzip nicht erhoben worden wären. Im allgemeinen seien alle Bestimmungen einstimmig genehmigt worden, nur die Erhöhung des Tagesminimums auf 2,90 M. und die Einfügung der Mittagspause seien durch einen Mehrheitsbeschluss zu stande gekommen. Auch diese Ausführungen beweisen, wie verhältnismässig leicht sich die Weiterentwickelung der Lohnklausel abspielt, wenn sie einmal eingeführt worden ist. Sie schaltet eben die Schmutzkonkurrenz aus, die in erster Linie von der Herabdrückung der Arbeitslöhne lebt, und das ist dem soliden Unternehmertum nicht minder willkommen, als der Arbeiterschaft. Allerdings darf nicht vergessen werden, dass die Mehrheit des Strassburger Gemeinderates sozialdemokratisch ist, und dass in der Strassburger Stadtverwaltung sozialpolitisch so fortgeschrittene Männer sitzen, wie der Bürgermeister Schwander und der Beigeordnete Dominicus.

× ×

Kurze Chronik Die Karlsruher Stadtverwaltung hat sich entschlossen, die Schweinezucht auf dem städtischen Viehhof in vergrössertem Umfange fortzusetzen, nachdem der erste Versuch einen Reinverdienst von durchschnittlich 25 M. an jedem Tiere gebracht hatte. × Die Berliner Stadtverordnetenversammlung hat das Zusatzabkommen zu dem Vertrage zwischen der Stadt und den *Berliner Elektrizitätswerken* genehmigt. × Die Dresdener Stadtverwaltung hat das vom Verein *Kinderpoliklinik* geschaffene Säuglingsheim in städtische Unterhaltung übernommen.

× ×

Literatur Der Berliner Privatdozent Dr. H. Preuss hat den 1. Band eines grösseren Werkes *Die Entwickelung des deutschen*

Städtewesens /Leipzig, Teubner/ erscheinen lassen. Er will die Entwickelungsgeschichte der deutschen Städteverfassung von ihren Anfängen bis auf die Neuzeit geben. Der leitende Gedanke des Buches geht dahin, dass in Deutschland die Differenzierung ländlichen und städtischen Erwerbs, ländlicher und städtischer Siedelungs- und Lebensweise nicht nur eine wirtschaftliche und quantitative, sondern auch eine rechtliche und qualitative geblieben ist, dass die Gegensätzlichkeit zwischen den beiden niemals in einer höheren Einheit durch die Urbanisierung des Landes überwunden ist, dass sich vielmehr urbanes und agrarisches Wesen in unausgeglichener Gegensätzlichkeit an einander reiben. Die Stadtverfassung ist in Deutschland prinzipiell anderer Natur und Art, als die Landgemeindeverfassung, sie ist historisch und politisch ihr begrifflicher Gegensatz. Während die grossen Kulturvölker Frankreich und England den politischen Gegensatz zwischen Stadt und Land überwunden haben, quält sich Deutschland mit ihm noch gerade so ab, wie in den Zeiten der mittelalterlichen Blüte des Städtewesens. Preuss verfolgt die Entwickelung dieses Gegensatzes sehr hübsch durch die Jahrhunderte der deutschen Geschichte und zeigt in ihr die Gründe für das Vorherrschen der agrarischen Bewegung im heutigen Deutschland auf. Die Städte entwickeln die Keimzelle des modernen Staates, insofern sie sich als korporative Organisationen auf der territorialen Grundlage des Gebietes, als wahre Genossenschaften herausbilden, denen gegenüber der Feudalismus und später der Patrimonialstaat als rückständige Organisationen erscheinen. Aus dem Lehnswesen entsteht der Adel, von dem der hohe die territoriale Landeshoheit, der niedere die Herrschaft auf dem Lande erringt. Das Deutsche Reich löste sich in ein Konglomerat von Territorien auf, deren Herrschaft dem hohen Feudaladel, dem Landesfürstentum, zufiel. Der in den Territorien sich entwickelnde absolute Staat überwindet auch das verkommende Städtewesen und zerstört alle Ansätze nationaler Gestaltung, die in den Städten und ihren Bünden gegeben waren. Das siegreiche Landesfürstentum und der Landadel schlossen einen Bund zur Verewigung der agrarischen Herrschaftsorganisation und des absoluten Fürstentums. Die Neubelebung des Städtewesens, wie sie die Steinsche Städteordnung vom Jahre 1808 vornahm, bedeutet daher mehr als den einfachen Erlass einer Städteordnung. Sie steht nach Preuss mit Notwendigkeit als das Anfangsglied der Entwickelung, die den absoluten Fürstenstaat in den heutigen Verfassungsstaat überleitet. Wie sich aber das Steinsche Reformprojekt in der Städteordnung erschöpfte, während die Reform der Landgemeinde, der agrarischen Herrschaftsverhältnisse, des Patrimonialstaates nicht zur Durchführung kam, so ist auch in der Folgezeit der innere Bund zwischen Fürstentum und Adel niemals von der aufkommenden Bourgeoisie so überwunden worden, dass die Urbanisierung des Landes eine vollständige geworden wäre. Daher auch die Verkümmerung und Rückständigkeiten des deutschen Konstitutionalismus, der Kampf zwischen agrarischem und urbanem Wesen, der sich in den Kämpfen der verbündeten Staatsbureaukratie und des Agrariertums gegen die städtische Selbstverwaltung widerspiegelt. Es ist selbstverständlich nicht möglich, in dieser kurzen Besprechung in eine Kritik dieses Gedankenganges einzutreten. Ich beschränke mich darauf, das eine Bedenken geltend zu machen, dass Preuss die reiche Fülle des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Geschehens häufig gewaltsam in diesen Schematismus hineingezwängt hat. Auch gegen die Gliederung liesse sich manches einwenden. Während die Zeit bis Stein 194 Seiten, die Wiedergeburt der städtischen Selbstverwaltung durch Stein ebenfalls wieder fast 100 Seiten umfasst, sind der Entwickelung der Städteverfassung bis zur Gegenwart nur zirka 90 Seiten gewidmet. Das ist doch etwas wenig. Und in diesem Kapitel kommt die Bedeutung der Sozialdemokratie für die Entwickelung des kommunalen Verfassungsrechtes auch wieder zu kurz. Die Reform der württembergischen Gemeindeordnung zum Beispiel, die Preuss, beiläufig erwähnt, überhaupt nicht richtig auffasst, ist zum Teil als Gegenzug gegen das Wachsen der Sozialdemokratie gedacht. Dieser Mangel des Buches ist eine Folge davon, dass Preuss der wirtschaftlichen Entwickelung, auf die zum Verständnis politischer und sozialer Vorgänge immer zurückgegangen werden muss, ganz besonders in diesem letzten Teil nicht die genügende Aufmerksamkeit schenkt. Diese Ausstellungen sollen nicht hindern, das Preusssche Buch als eine bedeutsame Leistung zu bezeichnen. Die Tapferkeit, mit der Preuss gegen die Machtgelüste der staatlichen Bureaukratie, gegen den

reaktionären Charakter unseres Landesfürstentums zu Felde zieht, die scharfe Kritik, mit der er die Scheingrössen, wie sie eine recht byzantinische Geschichts- und Wirtschaftsforschung zusammengeschwindelt hat, rücksichtslos auf das Mass ihrer Kleinlichkeit und Rückständigkeit zurückführt, die erfrischende Offenheit, mit der er die politische Unfähigkeit unserer Bourgeoisie kennzeichnet, erfreuen auf jeder Seite seines Buches, und man kann sich dem Genuss der Lektüre um so freudiger hingeben, als man sich mit dem grössten Teil des Gedankeninhalts des Buches in voller Übereinstimmung weiss. HUGO LINDEMANN

Sozialistische Bewegung

Reichstagswahlen Zu den Reichstagswahlen hatte die Sozialdemokratie diesmal in allen 397 Wahlkreisen eigene Kandidaten aufgestellt. Sie hat aber nur in einem kleinen Bruchteil dieser Kreise am 25. Januar Erfolg gehabt: 29 ihrer Kandidaten wurden im ersten Wahlgang gewählt gegen 56 im Jahre 1903. Die Mandatsverluste, die sie erlitt, waren über alles Erwarten bedeutend. Sie verlor insgesamt 44 ihrer Sitze, darunter mehrere ihrer *Hochburgen,* wie Königsberg, Breslau, Frankfurt, Reuss etc., und gewann deren nur 8, von denen obendrein 5 schon einmal in ihrem Besitz waren. In den Stichwahlen wurden 14 Abgeordnete durchgebracht: relativ ziemlich viel; indes ein schwacher Trost für eine Partei, die sonst stolz darauf ist, alles aus eigener Kraft zu erringen, und nicht mit Hilfe eines Teils der *einen reaktionären Masse.* Man kann diese Niederlage gewiss leichter empfinden, wenn man, wie viele Parteiblätter das auch sofort taten, das Hauptgewicht nicht auf die Anzahl der Mandate, sondern auf die Stimmenzahl legt. Solche Erwägung pflegt sich aber nur einzustellen, wenn man verloren hat, nie, wenn man siegreich gewesen ist. Und sie ist auch nicht richtig, es sei denn, dass man die Mitarbeit im Parlament überhaupt sehr gering einschätzt. Die Stimmenzahl hat sich, absolut genommen, bei dieser Wahl nicht verringert, die Partei zählt noch ihre 3 Millionen und sogar noch ein Stück darüber. Doch scheint dieser Zuwachs lediglich der Bevölkerungszunahme zu danken, und es ist fraglos, dass die Sozialdemokratie ihre Anziehungskraft auf einige Schichten des Volkes, denen sie früher als Partei der Kultur und des Fortschrittes schlechthin galt, nicht vergrössert, sondern zu einem guten Teil direkt eingebüsst hat. Es ist der Sozialdemokratie gelungen, sich, wie ein Parteiblatt sich ausdrückt, »die Mitläufer vom Halse zu schaffen«. Darüber mag mancher eine Genugtuung empfinden. Er verkennt dann nur, dass die Anziehungskraft auf eben diese *Mitläufer* den eigentlichen Gradmesser für die moralische Stärke einer Partei überhaupt abgibt. »Die Unzuverlässigkeit dieser Schichten darf für uns kein Grund sein, sie zu unterschätzen und zu ignorieren«, betont K. Kautsky sehr mit Recht in seinem Artikel über den Wahlausfall in der *Neuen Zeit.*

Die Ursachen der Niederlage werden in diesem Heft an mehreren Stellen dargelegt, und es ist anzunehmen, dass man in der Partei jetzt in eine unvoreingenommene Prüfung der eigenen Fehler eintreten wird, zu dem Zweck, sie möglichst rasch auszugleichen. Das wesentlichste Moment scheint mir, dass man in der Sozialdemokratie sich mehr, als bisher, daran gewöhnt, eine politische Partei zu sein und konkrete politische Situationen auch konkret zu erfassen, anstatt von der Höhe eines Prinzips herab angeblich wissenschaftliche Erkenntnisse zu verkünden. Was namentlich augenfällig als Mangel hervortritt, ist der Umstand, dass unsere Agitatoren teilweise zu wenig mit den Empfindungen der a n d e r e n Seite vertraut sind, dass sie sich damit zufieden geben, immer wieder d i e zu überzeugen, die schon überzeugt sind. Bis jetzt hat die Sozialdemokratie zum Beispiel in all den Fällen, in denen Reichstagswahlen unter nationaler Parole stattfanden, versagt. Das kann daran liegen, dass die Stellung zu den nationalen Fragen, um die es sich handelte, keine der Idee angemessene war. Es nützt nichts, dass man dem Wähler mit allen möglichen anderen Dingen kommt, wenn er eigensinnig und mit gutem Grund immer wieder zu dem einen Vorliegenden zurückkehrt. Die allgemeinen Wendungen können ihn nicht befriedigen, da er, mag er nun politisch gebildet sein oder nicht, das Gefühl hat, dass ihm eine konkrete politische Antwort nicht gegeben wird. Gelingt es so der Gegenseite, die Wähler mobil zu machen und zu sich herüber zu ziehen, so ist man nicht berechtigt, nachher den *indifferenten Massen* Vorwürfe zu machen oder sie als *Krähwinkler Landsturm*

verächtlich zu behandeln. Der ist nun einmal da, und der Politiker soll ja wohl mit dem rechnen, was ist. Er hat die Möglichkeit, die *indifferenten Massen* zu überzeugen; hat er das nicht vermocht, so kann er nicht in dem Objekt seiner Wirksamkeit die Schuld suchen, eher schon in sich selber, dem agierenden Subjekt. Man nimmt in der Sozialdemokratie die Aufgaben einer parlamentarischen Partei — und das ist sie als politischer Zweig der Arbeiterbewegung, die an sich natürlich weit darüber hinausgeht — zum Teil immer noch viel zu leicht. Man ist noch nicht völlig von der alten Vorstellung losgekommen, dass das Parlament nur eine Rednertribüne darstelle, dass man positive Arbeit dort nicht leisten könne. Entsprechend fasst man das Wählen immer noch zu sehr als blosses Zählen auf. Schon der Modus, in allen oder möglichst in allen Wahlkreisen eigene Kandidaten aufzustellen, kann Bedenken erregen, da er das Bedachtnehmen auf die künftige Zusammensetzung der Körperschaft vermissen und es zuweilen zu sogenannten *falschen Stichwahlen* kommen lässt, die der Partei selber nicht erwünscht sind. In der eigentlich gesetzgeberischen Tätigkeit fällt der Sozialdemokratie als oppositioneller Minderpartei naturgemäss vorwiegend die Kritik zu. Doch braucht diese nicht zu gewohnheitsmässiger Negation zu führen; namentlich wäre das verhängnisvoll in sozialpolitischen Dingen, in denen man redlich mitgearbeitet hat, sich aber der parlamentarischen Früchte der eigenen Erfolge schliesslich selber beraubt. In dieser Richtung scheint die Fraktion in den letzten Jahren gegen die Zeit vor 1900 eine rückläufige Bewegung durchgemacht zu haben. In den Fragen der Welt- und Kolonialpolitik lässt man in der Partei die praktisch ablehnende Haltung — die durch den Charakter unseres Regierungssystems begründet ist — nicht selten in eine prinzipielle ausarten, die durch das Parteiprogramm nicht begründet, die oft auch nicht einmal gewollt ist, sondern nur durch die Heftigkeit der Tonart herbeigeführt wird. In noch höherem Grade ist das der Fall in der Handelspolitik, in der die Sozialdemokratie in der letzten Zeit — in den siebziger Jahren stand sie anders — ausschliesslich liberalen Doktrinen gefolgt ist, die im eigentlichen Kern dem Wesen des Sozialismus widersprechen und auch das spezifische Arbeiterinteresse unberücksichtigt lassen.

Das Schicksal der sozialdemokratischen Partei Deutschlands wird weder durch politische Fehlgriffe, noch durch Fehlschläge dauernd beeinflusst. Es ist daher sinnlos, von ihrer *Zerschmetterung* durch diese Wahlen zu sprechen, und die solche Redewendungen gebrauchen, glauben schwerlich selber daran. Gleichwohl hat die Partei ein dringendes Interesse, ihr Prestige wiederherzustellen, und bei ihrer immensen Lebensenergie wird sie auch sofort an die Arbeit gehen. Sie hat, wie die *Leipziger Volkszeitung* am 30. Januar mit vollem Recht betonte, vorläufig »nichts anderes verloren, als Illusionen«; man weiss jetzt: »es gibt für die Sozialdemokratie keine absolut sicheren Wahlkreise«. Die Partei hat jetzt aller Wahrscheinlichkeit nach 5 Jahre ungestörter Tätigkeit vor sich. Dass sie sie zu nutzen verstehen wird, werden hoffentlich die Wahlen von 1912 zeigen. Schmerzlich bleibt es, dass man im neuen Reichstag eine Anzahl der fähigsten und erprobtesten Genossen entbehren muss: von Elm, Bernstein, Molkenbuhr, Frässdorf, Haase, Lindemann und manchen andern. 1912 werden sie wohl alle wieder da sein, und viele dazu.
Über die Stimmenzahl und die Bewegung innerhalb der Wählerschaft wird referiert werden, wenn das genaue Material vorliegt.

× ×

Landtagswahlen Die württembergische Landtagswahl, die zum erstenmal unter dem neuen Wahlsystem vor sich ging, nahm dadurch einen eigentümlichen Verlauf, dass, bevor sie gänzlich abgeschlossen war, unerwartet die Reichstagswahl hereinbrach und in mancher Hinsicht eine neue Konstellation schuf. In den Hauptwahlen am 5. Dezember hat die Sozialdemokratie sehr gut abgeschnitten, sie hat eine bedeutende Zunahme an Stimmen: 91 717 gegen 58 721 im Jahre 1900. Im ersten Wahlgang fiel die Entscheidung über 48 Mandate, von denen die Sozialdemokratie 5 erhielt. In die zweite Wahl kamen 27 Bezirke. Für 20 von diesen schlossen die Sozialdemokraten und die Volkspartei ein Abkommen, das beide Parteien zu gegenseitiger Unterstützung verpflichtete. Dieses *rote Kartell* hat aber nicht alles durchsetzen können, was es sich vorgenommen hatte. Es hat die Gegner zu ausserordentlichen Anstrengungen angespornt und ihnen vielfach erhebliche Reserven zugeführt. Daher gewann die Sozialdemokratie am

18. Dezember von den 5 durch das Abkommen ihr zugesprochenen Mandaten nur 3, die Volkspartei von 15 nur 10. Der dritte Akt der Wahl, die Landesproportionalwahl, fand erst am 9. Januar statt. Mittlerweile hatte die Reichstagswahlbewegung lebhaft eingesetzt, worunter die Sozialdemokratie zu leiden hatte. Ihre Agitation für die Proporzwahl wurde durch die für den Reichstag beeinträchtigt, ihre Beteiligung war daher schwächer, sie hat gegen den 5. Dezember einen Rückgang von etwa 6000 Stimmen zu verzeichnen. Dieses Ergebnis ist bemerkenswert, da gleichzeitig die Volkspartei und namentlich das Zentrum ihre Stimmen stark vermehrt haben; die Volkspartei wohl infolge der Tatsache, dass sie für den Reichstag Regierungspartei war, das Zentrum, weil es in klugem Erfassen der Situation, um sein Ansehen für die kommenden Reichstagswahlen zu erhöhen, ganz besondere Anstrengungen machte. Im neuen Landtag werden insgesamt 15 Sozialdemokraten sitzen, ihre Fraktion umfasst also ungefähr ⅙ aller Sitze. Die Erfahrung, die man mit dem Proporz gemacht hat, werden noch ausführlicher zu erörtern sein.

× ×

Frankreich Die Tätigkeit der sozialistischen Minister begegnet im allgemeinen grosser Anerkennung. Auch der *Vorwärts* nannte die Rede Briands, in der er sein kirchenpolitisches Programm entwickelte, »nicht nur eine oratorische, sondern auch eine politische Meisterleistung«. Die Gefahr neuerlicher Reibereien hat die von den Gewerkschaften am 20. Januar veranstaltete Kundgebung für die Durchführung der Sonntagsruhe gebracht. Am Abend vorher erfuhr man aber plötzlich, dass die Regierung sie untersagt hätte, weil sie nicht rechtzeitig in Kenntnis gesetzt worden wäre und daher für die Aufrechterhaltung der Ordnung auf den Strassen nicht garantieren könnte. Jaurès gab in der *Humanité* vom 20. Januar den Rat, unter diesen Umständen von der Demonstration Abstand zu nehmen. Die Gewerkschaften kehrten sich aber nicht daran, und daher liess Clemenceau mittags die Arbeitsbörse schliessen und postierte ein grosses Truppenaufgebot von 10000 Mann in deren Nachbarschaft. Es kam indes zu keinem Kampfe, und es ist kein Unfall zu verzeichnen. Am nächsten Tage interpellierte Vaillant, der sich selber an der Kundgebung beteiligt hatte, den Minister wegen dieser Haltung. Clemenceau zog sich in seiner geistreichen Art aus der Affäre und versprach auch, zu untersuchen, wie man in Zukunft derartige Demonstrationen durch Verständigung zwischen Regierung und den Manifestanten organisieren könne. Diese Zusage wurde von Rouanet in der *Humanité* freudig begrüsst. Der ganze Zwischenfall war, wie man sieht, an sich wenig wichtig. Man kann es schliesslich verstehen, dass eine Regierung Ausschreitungen bei einer Menge fürchtet, die mit der Absicht durch die Strassen zieht, alle offenen Ladengeschäfte gewaltsam zu schliessen, wobei es dann vielleicht hier und da zu Zügellosigkeiten kommen kann. Gleichwohl hat Clemenceau entschieden unrecht, da er Massregeln ergriff, die nicht im Verhältnis zur Kundgebung standen. Er hat dadurch anarchistelnden Elementen in der Arbeiterschaft billige Argumente gegen die Regierung und namentlich gegen die sozialistischen Minister geliefert, einen Hass erzeugt, der in Frankreich sich gar zu leicht schliesslich gegen den Parlamentarismus überhaupt wendet. Die Verdienste des Arbeitsministers werden dann ohne weiteres bei seite gestellt; was haften bleibt, ist diese eine Ungeschicklichkeit. Derartige äusserliche Vorfälle haben in Frankreich schon oft die Arbeit in Innern diskreditiert und dadurch unmöglich gemacht. Man kann nur hoffen, dass dieser politische Fehler der Regierung bald durch positive Massnahmen im Interesse der Arbeiterklasse wettgemacht wird.

Am 30. Januar hat die Fraktion der geeinigten Sozialisten in der Kammer ihre, trotz des offiziellen Abrückens, tatsächlich bestehende Solidarität mit den sozialistischen Ministern bekunden müssen. Es war da wegen der Kirchenpolitik zu einem kleinen, unerwarteten Zusammenstoss zwischen Clemenceau und Briand gekommen, und es schien, als wollte Briand daraufhin demissionieren. In diesem kritischen Moment sprang Jaurès ein; er pries die Verdienste Briands und beschwor das Haus, es nicht zu einer Krise kommen zu lassen. Briand — der im Laufe seiner ministeriellen Tätigkeit durch seine grosse staatsmännische Begabung allgemein, auch seinen Gegnern, Respekt einzuflössen verstanden hat — wurde zurückgeholt, und Clemenceau entschuldigte sich *coram publico* wegen seiner Entgleisung. So war die Kluft zwischen den geeinigten und den unabhängigen

Sozialisten wieder einmal spontan überbrückt, wie auch sonst, so oft es nötig wird.
Der *Nationalrat* der geeinigten Partei hat beschlossen, von der Summe, um die die Diäten der Abgeordneten erhöht sind (6000 fr.) je 3000 fr. als Parteisteuer einzuziehen. Ein weitergehender Antrag, der die ganzen 6000 fr. mit Beschlag belegen wollte, wurde abgelehnt. Die Sammlungen für die *Humanité* werden fortgesetzt und haben auch schon einen gewissen Erfolg aufzuweisen, der, gemessen an der Opferwilligkeit der deutschen Partei, freilich gering genug erscheint.

× ×

Italien Seit der Entscheidung des letzten Parteitages in Rom, die bekanntlich im *reformistischen Sinne* ausgefallen war (vergl. den Artikel Leonida Bissolatis in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1906, 2. Bd., pag. 914 ff.), hat sich die italienische Sozialdemokratie in günstiger Art entwickelt. Der frühere *Revolutionarismus* war geeignet, jede praktische Wirksamkeit der Partei schliesslich lahmzulegen, zumal die *syndikalistische* Gruppe die Verbesserung der Lage der Arbeiterklasse als den Sozialismus hemmend proklamiert hatte. Die neue *integralistisch-reformistische* Parteileitung hat nun wieder aufzubauen und zunächst den Boden für künftige Tätigkeit vorzubereiten. Von welchem Geist sie beseelt ist, zeigt die kleine, aber beachtenswerte Tatsache, dass der Vorstand und die Redaktion des *Avanti* am Tage der vollzogenen Trennung von Staat und Kirche in Frankreich dem bürgerlichen Ministerpräsidenten Clemenceau »als dem Vorkämpfer der Freiheit« in einem Begrüssungstelegramm ihre »Sympathie und Bewunderung« ausgedrückt haben.
Der *Syndikalismus* scheint seine Rolle zunächst ausgespielt zu haben. Der Einigung der verschiedenen Gruppen innerhalb der Partei steht er nicht mehr im Wege, und er verliert bei dieser Verschmelzung immer mehr an Boden. Auch die Gewerkschaftsbewegung ist seiner Führung entglitten; ihre zentrale Leitung liegt nunmehr in den Händen von *Integralisten* und *Reformisten;* ebenso, nach einem Jahr *syndikalistischer* Misswirtschaft, die der bedeutendsten Arbeiterkammer Italiens, der von Mailand. Hierüber wird in der Rubrik *Gewerkschaftsbewegung* noch Genaueres berichtet werden.
Der glückliche Ausgang des Kampfes zwischen der französischen Regierung und der Kirche hat den italienischen Parteivorstand bewogen, eine nationale Agitation gegen den Klerikalismus zu entfachen, der in den letzten Jahren grosse politische Fortschritte gemacht hat und sich als Hilfstruppe der Konservativen erweist. Die Agitation hat in vielen Städten bereits mit grossartigen Kundgebungen begonnen. Ob sie Erfolg hat, ist gleichwohl fraglich. Die italienische Sozialdemokratie inszeniert im allgemeinen überhaupt zu viel *Bewegungen*. Eine grössere Selbstbeschränkung würde hier den politischen Meister zeigen.
Die parlamentarische Wirksamkeit der sozialdemokratischen Fraktion leidet darunter, dass die meisten Abgeordneten infolge der Diätenlosigkeit nicht im stande sind, den Sitzungen regelmässig beizuwohnen. Nur einige von ihnen, die eigentlichen Führer: Turati, Bissolati, Treves, Ferri, nehmen einen regen Anteil an den Verhandlungen und geniessen in der Kammer auch ein grosses Ansehen. Um eine parlamentarische Wirksamkeit auf breiterer Basis zu ermöglichen, wird die Frage der Entschädigung der Abgeordneten in den Parteiblättern diskutiert. Beachtenswert ist namentlich, was die *Critica Sociale* über diese Frage bringt.
Die wirtschaftliche Dreieinigkeit des Sozialismus: die Gewerkschaften, die Genossenschaften und die Gegenseitigkeitsvereine (vergl. die Rubrik *Sozialpolitik*, pag. 156) wird der politischen Partei ein starkes Rückgrat geben, da, nach Überwindung der Intransigenz, alle auf das gleiche Ziel lossteuern. Es steht zu hoffen, dass diese Entwickelung nicht durch einen neuen Rückschlag gehemmt wird.

× ×

Tschechoslawische Sozialdemokratie Die tschechoslawische Sozialdemokratie Österreichs hielt in den Tagen vom 22. bis zum 25. Dezember ihren 7. Parteitag in Prag ab. Die Partei ist in den letzten 2 Jahren vorwärtsgekommen, namentlich infolge des Wahlrechtskampfes, der ihr Kraft und Richtung gab. Die Zahl ihrer Organisationen ist von 244 auf 1537 gestiegen, die zusammen etwa 120000 Mitglieder zählen dürften. Was die Partei an agitatorischer Arbeit geleistet hat, kann man ungefähr aus der Tatsache ermessen, dass sie in den letzten Jahren 30660 Versammlungen abgehalten hat, von denen übrigens 318 dem Schicksal

der Auflösung verfielen. Die Presse zählt 3 Tageszeitungen, 21 andere politische Blätter — darunter die Monatsschrift *Akademie*, die früher in deutscher und tschechischer Sprache erschien, bis vor Jahren der deutsche Teil ganz verschwand — und 30 Gewerkschaftsblätter. Ausserdem wurden durch das Pressekomitee 349 930 Broschüren und Bücher und 134 250 Kalender verbreitet.

Der Parteitag wurde von 369 Delegierten und den Vertretern der deutschösterreichischen und der ukrainischen Partei besucht. Die Verhandlungen standen unter dem Zeichen der kommenden Wahlen und der durch die Wahlreform geschaffenen neuen Situation. Genosse Nemec führte in seinem Referat aus, dass die Wahlreform keinen Abschluss bedeute, sondern nur die weitere Demokratisierung des Staates ermögliche. Als nächste Etappe bezeichnet er die Erringung des Frauenwahlrechts und der Gleichberechtigung der nichtdeutschen Nationen mit den deutschen. Nach der Ansicht der tschechischen Genossen sind die Tschechen gegenüber den Deutschen im Nachteil. Daher ist seit langem das Verhältnis zwischen den beiden Bruderparteien sehr gespannt. Die Leser dieser Zeitschrift kennen die Differenzen und Verstimmungen auf gewerkschaftlichem Gebiete aus dem Artikel Fritz Winters (*Sozialistische Monatshefte*, 1906, 2. Bd., pag. 542 ff.), der sie vom deutschen, und Leo Winters (ibid., pag. 473 ff.), der sie vom tschechischen Standpunkte aus behandelt. Auch auf dem politischen Kampffelde herrscht Uneinigkeit. Die tschechischen Genossen aus Wien und Nordböhmen beschweren sich über Hindernisse, die ihnen die deutschen angeblich in den Weg legen; so seien diese gegen die Forderung tschechischer Schulen in Wien aufgetreten, auch sonst nehme man zu wenig Rücksicht auf die tschechischen Bedürfnisse. Es gibt in der Tat in Wien ungefähr 150 000 Tschechen, die zum Beispiel bei der Wahlreform keine Minoritätsvertretung durchgesetzt haben. Das nämliche gilt aber für die 200 000 Deutschen in Galizien, ebenso für die Deutschen in Prag, Budweis usw. Und wenn die deutschen Genossen keine Agitation für tschechische Schulen in Wien entfalten, so doch nicht, weil sie solche nicht wollen, sondern, weil sie diese Forderung gerade diskreditieren würden, weil sie den Wiener Christlichsozialen nicht die Gelegenheit geben wollen, sich als Führer des Deutschtums gegen das Vordringen des Tschechentums aufzudrängen. Die deutsche Partei würde dadurch geschädigt, der tschechischen würde nicht genützt werden.

Die Tschechen sind in ihrer Empfindlichkeit recht gut zu begreifen. Sie haben ein ausgeprägtes, vielleicht schon etwas hypertrophisches Nationalgefühl, das man ihnen an sich keineswegs verdenken kann; dem aber die deutschen Genossen kein wirksames Gegengewicht entgegensetzen. Es wäre vielleicht erwünscht, dass hier auch ein Ausgleich stattfindet. Hoffen wir, dass die kleinen Reibereien zwischen der krätig auftretenden tschechoslawischen und der deutschen Sozialdemokratie die Intensität des kommenden Wahlkampfes nicht beeinträchtigen.

× ×

Totenliste Zwei Deutsche, die unter dem Sozialistengesetz für die Partei arbeiteten und verfolgt wurden, dann nach Amerika auswanderten, sind jetzt dort aus dem Leben geschieden: Constantin Lindemann in Providence, der in einem Schwermutsanfall Selbstmord beging, und Julius Kluge, ein alter Hanauer Genosse, der in Brooklyn, zuletzt in Glendale für den Sozialismus wirkte.

Am 21. Dezember starb nach langer Krankheit der belgische Sozialist und ehemalige Abgeordnete Léon Defuisseaux, einer der Besten. Besondere Verdienste hat er sich im Kampf um das allgemeine Wahlrecht errungen, der in Belgien ja heute noch nicht ausgefochten ist; er hat mit seiner zündenden Flugschrift *Les hontes du suffrage censitaire* ihn recht eigentlich eröffnet. Unter den Grubenarbeitern des Borinage war er wie ein Vater geliebt und geehrt, die Arbeiterschaft des ganzen Belgiens trauerte um seinen Tod. Defuisseaux war eine interessante Persönlichkeit, die sich nicht immer in den Rahmen einer strengen Parteidisziplin bannen liess; es verlohnte sich, sie noch einmal besonders zu würdigen.

In Deutschland haben wir den Tod Gustav Jaeckhs zu beklagen. Jaeckh war ohne Zweifel einer der arbeitsamsten und eifrigsten Publizisten, über die die Partei verfügte; was er in den *Sozialistischen Monatsheften* über Schoenlank schrieb: »dass er vor allem andern und bis zu einer ausschliesslichen Einseitigkeit Berufsmensch« war, dürfte auch für ihn selber zutreffen, auch er »hatte seinen Schwerpunkt in seiner

Presstätigkeit«. Durch die ungezügelte, persönliche Art, mit der er in den letzten Jahren die Parteipolemik pflegte, hat er leider auch viel zur Verböserung des Tones in der Parteipresse beigetragen — womit nicht gesagt sein soll, dass alle Schuld auf seiner Seite lag —; doch mag da vieles auf die schwere Krankheit zurückzuführen sein, die ihn heimsuchte, die dann zu seiner völligen geistigen Umnachtung führte, und der er am 4. Januar schliesslich erlag.

× ×

Kurze Chronik In der Stadtverordnetenwahl in Braunschweig, die wenige Tage nach der Reichstagswahl stattfand, wurden 3 Bürgerliche und 1 Sozialdemokrat gewählt; bisher waren alle 4 Mandate in sozialdemokratischem Besitz. × Eine Konferenz der deutschen Sozialdemokratie Österreichs, am 27. Januar, regelte die Vorbereitungen zur kommenden Neuwahl des Reichsrats. × Die Abstimmung der schwedischen Partei über die Suspension der beiden *Anarchosozialisten* Bergegren und Schröder (vergl. pag. 71) ist in allen Hauptorten der Bewegung für den Parteivorstand ausgefallen. Gleichzeitig hat eine Reichstagsersatzwahl in Malmö der Partei noch einen Sieg gebracht.

× ×

Literatur Die russische sozialistische Literatur, die die revolutionäre Bewegung hervorgebracht hat, zeigt zum Teil eine merkwürdige Abgewandtheit von den speziellen Realitäten und Forderungen des Tages. Eine Unmasse Schriften ausländischer Sozialisten wurden übersetzt und exzerpiert, Probleme wurden mit Eifer diskutiert, die mit den Verhältnissen in Russland sich gar nicht berührten. Ob jetzt, da die russischen Sozialisten allmählich zum Bewusstsein der Wirklichkeit kommen, auch ihre Literatur ein anderes Gepräge erhalten wird, bleibt abzuwarten. Es wird darüber von seiten eines russischen Genossen hier referiert werden. Vom Verlag *Golos* sind uns soeben die folgenden Schriften zugegangen: W. Bogutscharskij *Ein blutiger Nekrolog* (Übersicht über die Anwendung der Todesstrafe für politische Handlungen seit dem Dezemberaufstand); Lew Mowitsch *Menschen- und Bürgerrechte* (Darstellung der Deklaration der Menschenrechte in der französischen Revolution), *Die Konstituante von 1789* und *Arbeiterstreiks in Westeuropa;* L. Sajdemann *Die rechtliche Lage der Juden in Russland* (die Hauptmomente der jüdischen Frage in gedrängter Kürze); S. Jushakow *Die Agrarfrage in Russland* (betont die Notwendigkeit einer Hebung der russischen Agrikultur).

JOSEF BLOCH

Gewerkschaftsbewegung

Reichstagswahlen Der Wahlkampf nahm auch das Interesse der Gewerkschaften sehr in Anspruch. Nicht, dass sich die Gewerkschaften in aller Form am Wahlkampf beteiligten: dazu fehlt ihnen, da sie wirtschaftliche und nicht parteipolitische Organisationen sind, die Möglichkeit. Aber gerade bei diesen Wahlen standen für die deutsche Arbeiterschaft so wichtige gewerkschaftliche Interessen auf dem Spiele, dass es für die gewerkschaftlichen Organisationen zur Notwendigkeit wurde, zum Wahlkampf Stellung zu nehmen. Die ganze arbeiterfeindliche Haltung der Mehrheitsparteien des Reichstags und der Regierung, besonders in sozialpolitischen Fragen, hat die Gewerkschaften zu Kundgebungen zum Wahlkampf veranlasst. So haben die Organe der freien Gewerkschaften, wie zahlreiche Gewerkschaftsversammlungen zu den Reichstagswahlen Stellung genommen, und zwar allenthalben rückhaltlos für die Kandidaten der sozialdemokratischen Partei, die allein für die Vertretung der wirtschaftlichen und gewerkschaftlichen Interessen der Arbeiterschaft in Frage kommen kann. Zahlreiche Gewerkschaftsführer haben sich zudem der sozialdemokratischen Partei als Kandidaten zur Verfügung gestellt.

Auch die Organe der christlichen Gewerkschaften haben Stellung genommen. Die Führer dieser Gewerkschaftsrichtung sind sogar zu einer Konferenz zusammengetreten, um die Taktik bei den Reichstagswahlen zu erörtern. In der Hauptsache kam die politische Arbeit der christlichen Gewerkschaften der Zentrumspartei zu gute, für die auch die bekannteren Führer, wie Giesberts, Schiffer, Wiedeberg, Schirmer und andere, Reichstagskandidaturen übernommen hatten.

Schliesslich haben auch die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine sich mit den Reichstagswahlen beschäftigt. Von ihnen ist ein förmliches Minimalprogramm für diese Wahl aufgestellt worden. Zahlreiche Gewerkvereinsführer kandidierten für die freisinnige Vereinigung und frei-

sinnige Volkspartei, welchen Parteien die Gewerkvereine ja seit Jahrzehnten nahe stehen.

× ×

Rückblick auf das Jahr 1906 Den von uns in der vorigen Rundschau (pag. 74) mitgeteilten Zahlen über die Fortschritte der Gewerkschaften im Jahre 1906 können wir einige weitere anfügen. Die Auflage der *Brauerzeitung* belief sich Ende 1906 auf 35 000; der Brauerverband hatte ein Jahr früher eine Mitgliederzahl von 25 000, also rund 10 000 Mitglieder Zunahme im Laufe eines Jahres; der *Deutsche Maschinist und Heizer* brachte seine Auflage von 15 000 auf 20 000; der *Hafenarbeiter* von 24 000 auf 36 000; die *Deutsche Böttcherzeitung* steigerte die ihrige um 2500, der *Gastwirtsgehilfe* die seinige von 5200 auf 7400; der Zentralverband der Bureauangestellten steigerte seine Mitgliederzahl von 703 auf rund 1200.

Das *Korrespondenzblatt der Generalkommission* urteilt über das abgelaufene Jahr, dass es uns eine mindestens ebenso umfangreiche Mitgliederzunahme gebracht habe, wie das Jahr 1905. Nach den bisher vorliegenden Rechnungsergebnissen für die Zeit von Januar bis September könne erwartet werden, dass die freien Gewerkschaften bis Ende 1906 nahe an 1 750 000 Mitglieder herangekommen seien.

× ×

Konferenz der Gewerkschaftsvorstände Eine Konferenz der Vertreter der Vorstände der Zentralverbände tagte am 26. und 27. November in Berlin. Sie beschäftigte sich zunächst mit dem kommenden internationalen Kongress in Stuttgart. Die Zahl der deutschen Gewerkschaftsvertreter auf diesem Kongress soll möglichst auf 150 beschränkt bleiben. Der Kongress soll zur erneuten Stellungnahme in der Maifeierfrage und zu einer Änderung seines Abstimmungsmodus veranlasst werden. Über die Verhandlungen der deutschen Delegation soll möglichst ein Protokoll erscheinen. In einer Aussprache über die gewerkschaftlichen Unterrichtskurse wurde einer Weiterführung und Ausdehnung dieser neuen Einrichtung zugestimmt. Nach Möglichkeit sollen die Kurse auf 6 Wochen ausgedehnt werden. Der Kölner Beschluss, betreffend die Streikunterstützung, wurde zu seiner besseren Durchführung einer Neuregelung unterzogen. Auch mit der Frage der Jugendorganisation beschäftigte sich die Konferenz. Nach der dort zum Ausdruck gebrachten Ansicht der Vorstandsvertreter sollen sich die Gewerkschaftsvorstände und Verbandstage eingehend mit dieser Frage befassen, dann soll die nächste Konferenz der Vorstände und der nächste Gewerkschaftskongress dazu endgültig Stellung nehmen. Künftig soll halbjährlich seitens der *Generalkommission* ein Jahrbuch herausgegeben werden, in dem alle Statistiken, Kongress- und Verbandstagsberichte Aufnahme finden sollen.

× ×

Lithographiegewerbe Die wegen der Verschmelzung des *Verbandes der Lithographen und Steindrucker* mit dem *Senefelderbund* von 31 Mitgliedern der letzteren Organisation anhängig gemachte Klage (vergl. *Sozialistische Monatshefte*, 1906, 2. Bd., pag. 605) ist nunmehr vor dem Reichsgericht entschieden worden. Der Vertreter der 31 Kläger begründete die Klage vor dem Reichsgericht damit, dass die Gewerkschaft die ganze Verschmelzungsaktion nur zu dem Zwecke geführt habe, um das Vermögen des Bundes, das die alten Leute gesammelt, die mit ihren Chefs in Freundschaft leben, für Streiks — für den geplanten grossen Generalstreik — zu bekommen. Auf diesem Wege, und weil man Tausende neuer Mitglieder in den Bund hineindirigiert habe, seien die berechtigten Ansprüche der alten Mitglieder zu kurz gekommen; ihre Vermögensrechte müssten sichergestellt werden. Dabei ist in dem neuen Statut des *Senefelderbundes* ausgesprochen, dass das Vermögen jeder einzelnen Kasse niemals zu einem andern Zweck, als zu dem es ursprünglich bestimmt war und angesammelt ist, verwendet werden darf. Zudem handelt es sich in dem letztjährigen Kampfe im Lithographiegewerbe nicht um einen Generalstreik, sondern um eine Generalaussperrung. Darauf verwies der Vertreter des Senefelderbundes vor dem Reichsgericht, der gegen die Erkenntnisse des Landgerichts und Oberlandesgerichts Frankfurt Berufung eingelegt hatte. Es sei allerdings festgestellt, dass 4000 neue Mitglieder dem alten Bunde zugeströmt wären. Wenn diese neuen Mitglieder nun Majoritätsbeschlüsse fassten, so könnten dagegen auch die alten Mitglieder nichts machen, sondern sie seien an diese gebunden. Das Reichsgericht gab indessen den 31 Klägern Recht und verwarf die Revision des *Senefelderbundes*. Durch dieses Urteil sind bestimmte

Paragraphen des neuen Gewerkschaftsstatuts für ungültig erklärt worden, so dass der Bund verpflichtet ist, ein neues Statut zu schaffen. Es ist daher für den 25. Februar und die folgenden Tage eine ausserordentliche Generalversammlung des *Senefelderbundes* nach Hannover einberufen worden, deren wichtigste Aufgabe es ist, die durch das Reichsgerichtsurteil notwendig gewordene Statutenänderung vorzunehmen.

× ×

Spanien Die Entwickelung der spanischen Gewerkschaftsbewegung wird stark gehemmt durch die langsame industrielle Entwickelung, die ständige Arbeitslosigkeit, den Analphabetismus und die Auswanderung. So kommt es, dass die *Union General de Trabajodores,* die Organisation der sozialistischen Gewerkschaften Spaniens mit dem Sitz in Madrid, nicht recht vorwärts will. Sie zählte im März 1900 in 69 Sektionen 14 737 Mitglieder, nahm dann bis zum Jahre 1905 einen erheblichen Aufschwung, so dass sie im Februar dieses Jahres in 373 Sektionen 56 905 Mitglieder zählte, ging dann aber bis zum Oktober 1906 auf 253 Sektionen und 34 537 Mitglieder zurück. Die Organisationen verfügen nur über geringe finanzielle Mittel, denn der Beitrag beträgt durchschnittlich nur 4 Pf. pro Vierteljahr. Die des öfteren aufflackernden Streiks können deshalb nur selten erfolgreich durchgeführt werden, was wiederum nur zu einer Demoralisation der Gewerkschaften führt. Im Jahre 1905 wurden 141 Streiks mit 19 526 Beteiligten gezählt, von denen 49 gewonnen, 47 verloren und 37 durch Vergleich beendet wurden. Die Verfolgungen der Gewerkschaften vervollständigen dann noch den Verfall der Bewegung.

Die Bewegung konzentriert sich in der Hauptsache auf die Städte Madrid, Bilbao, Vigo, Valladolid, San Sebastian, Alicante, Barcelona. Ausserhalb der *Union* stehen noch eine Reihe von Organisationen, deren bedeutendste, die der Hafen- und Seearbeiter, zur zeit 3600 Mitglieder zählen dürfte.

× ×

Kurze Chronik Der Tapeziererverband hat am 1. Januar seinen Sitz von Hamburg nach Berlin verlegt. × In Hamburg wurde am 30. Dezember das mit einem Kostenaufwand von 1½ Mill. M. errichtete neue Gewerkschaftshaus eröffnet. Das Berliner und das Leipziger Gewerkschaftshaus sollen erweitert werden. × Die christlichen Gewerkschaften haben es auf die im Verhältnis zu ihrem Mitgliederstand recht stattliche Zahl von 143 Angestellten gebracht.

× ×

Literatur Auch für das Jahr 1907 sind von einer ganzen Reihe grösserer Gewerkschaften wieder Almanache oder Taschenkalender herausgegeben worden. Von sonstigen gewerkschaftlichen Publikationen sind zu nennen die *Festschrift zum 25 jährigen Bestehen der Zentralorganisation der Bildhauer Deutschlands* und *Rückblick auf die 20jährige Organisationsarbeit der Verwaltung Bielefeld des deutschen Holzarbeiterverbandes.* Ferner an Berufsstatistiken *Zustände im Fleischergewerbe* und *Die Lage der Mühlenarbeiter Deutschlands,* an Agitationsschriften *Der Zentralverband der Schuhmacher Deutschlands, dessen Unterstützungseinrichtungen* und *Ein Mahnwort zur Verkürzung der Arbeitszeit,* herausgegeben vom Maurerverband. Weiter seien erwähnt das Protokoll des 1. allgemeinen Schutzkongresses aller in der Schiffahrt und im Schiffbau beschäftigten Arbeiter, eine Broschüre *Der organisierte Kampf der Unternehmer gegen die Arbeiter,* herausgegeben von der *Generalkommission,* und eine vom Zentralverband der Handlungsgehilfen herausgegebne Schrift *Die Lehrzeit im Handelsgewerbe* von Julian Borchardt. Besondere Beachtung verdient noch der Bericht des Verbandes der Metallarbeiter Österreichs über die Verwaltungsjahre 1904 und 1905, mit graphischen Darstellungen.

ERNST DEINHARDT

Genossenschaftsbewegung

Bonussystem Auf der letzten Vierteljahrsversammlung der englischen *C. W. S.,* wie auch auf den gleichzeitig abgehaltenen Distriktsversammlungen spielte ein vom Konsumverein Eccles eingebrachter Antrag eine grosse Rolle, der die Abschaffung des *Bonus*systems verlangte. Es handelt sich dabei um eine in den letzten Jahren in englischen Konsumvereinen eingerissene Unsitte, eine Nachahmung der von den Genossenschaftern sonst so eifrig bekämpften Händlermätzchen. In einer Anzahl Konsumvereine war nämlich ein starker Rückgang des Teeumsatzes eingetreten, nachdem die Privat-

händler ihren Tee mit allerhand Zugaben verkauft hatten. Statt nun durch Aufklärung und Belehrung dieser unlauteren Konkurrenz entgegenzutreten, hatte man den Kampf mit den gleichen Mitteln aufgenommen und teilweise auch mit dem besten Erfolg. So konnte der Vertreter des Konsumvereins Burnley auf der Vierteljahrsversammlung der *C. W. S.* berichten, dass in seinem Verein, der vor einigen Jahren bei 12 000 Mitgliedern nur 5901 Pfund Tee im Jahre verkauft hatte, nach Einführung des *Bonus*systems der Umsatz bei 15 000 Mitgliedern auf 96 311 Pfund gestiegen sei. Trotz dieser äusseren Erfolge regte sich in englischen Genossenschaftskreisen eine gesunde Opposition gegen das als unwürdig empfundene System, die schliesslich in dem erwähnten Antrag und zum Teil sehr lebhaften Debatten zum Ausdruck kam. Auch die Vertreter der *C. W. S.* selbst mussten sich mehrfach gegen den Vorwurf verteidigen, durch Lieferung von *Bonus*tee die Unsitte noch unterstützt zu haben. Die Resolution, die im Grunde nur eine Wiederholung eines schon im Jahre 1898 gefassten Beschlusses ist, wurde auf fast allen Distriktsversammlungen einstimmig, in Manchester allerdings nur mit geringer Majorität, angenommen. Im ganzen stimmten 1326 Vertreter für, 98 gegen sie. Dagegen wurde sie auf der Hauptversammlung bei einer allerdings angezweifelten Abstimmung abgelehnt. Es wurde jedoch sofort betont, dass die eine so einhellige Auffassung bekundenden Abstimmungen der Zweigversammlungen als massgebend zu betrachten seien, so dass also nun der *Bonus* definitiv von der Bildfläche verschwinden dürfte, wenn — Kongressbeschlüsse und ihre Durchführung immer eines wären. Eine kurz darauf abgehaltene Konferenz von Konsumvereinsverwaltern sprach sich bezeichnenderweise für die Beibehaltung des *Bonus*systems aus. Hier haben wir die von keinerlei Bedenken angekränkelte Anbetung des praktischen Erfolgs.

× ×

Schwitzindustrie und Genossenschaft In Bournville, der bekannten englischen Stadt mit Gartenstadtcharakter, fand am 5. Januar einer gemeinsame Konferenz von Genossenschaftern und Gewerkschaftern statt, deren Hauptgegenstand die Abschaffung des Schwitzsystems war. Die Versammlung war der Meinung, dass die Lösung des Problems hauptsächlich auf dem Wege der Gesetzgebung läge, und zwar in der Richtung der Arbeitergesetze von Victoria. Es wurde auch konstatiert, dass die Regierung bereits einen Vertreter nach den australischen Kolonieen geschickt habe, um die dortigen Arbeiterschutzgesetze und ihre praktische Wirkung zu studieren.

Dass jedoch nicht allein die Gesetzgebung gegen dieses Übel ankämpfen kann, bewies eine mit der Konferenz verbundene *kondradiktorische* Ausstellung, die auf der einen Seite unter dem Schwitzsystem hergestellte Waren unter Angabe des Preises, der Arbeitszeit usw. enthielt, und auf der anderen die selben Artikel, fabriziert in den Produktivabteilungen der *C. W. S.* zu gewerkschaftsmässigen Bedingungen und in gesunden Arbeitsräumen. Die Ausstellung, die sehr lebhaft besucht war, machte einen tiefen Eindruck.

Auch der Einfluss der vorjährigen Berliner Heimarbeitausstellung wäre zweifellos noch ein viel nachhaltigerer gewesen, wenn die deutschen Genossenschafter in der Lage gewesen wären, ihr eine ähnliche Ausstellung gegenüber zu stellen. Leider sind wir davon noch sehr weit entfernt.

× ×

Umsatzsteuer Einen merkwürdigen Bastard haben die Chemnitzer Stadtväter zur Welt gebracht: eine als Einkommensteuer verkleidete Umsatzsteuer. Da sich der Rat nicht zu einer nackten Umsatzsteuer verstehen konnte, die Stadtverordneten aber ihrerseits absolut etwas für den Mittelstand tun wollten, so kam ein kluger Kopf auf den Einfall, eine gesetzliche Bestimmung vorzuschlagen, nach der die betreffenden Unternehmungen für 10 % ihres Umsatzes Einkommensteuer zu bezahlen haben, auch wenn ihr tatsächlicher Reingewinn geringer ist. Unterworfen sind dieser Steuer, die in Höhe von zirka 7 % des steuerpflichtigen Einkommens erhoben werden soll: 1. Kleinhandelsbetriebe mit mehr als einer Warengruppe nach dem Muster des preussischen Warenhaussteuergesetzes und einem Umsatz von mindestens 200 000 M. und 2. Detailgeschäfte mit Filialen. So ist denn durch diesen Vorschlag eines hellen Sachsen, der auch die Zustimmung beider Körperschaften fand, allen Teilen geholfen. Der Mittelstand hat seinen *Schutz*, und die Grossbetriebe können sich nicht über eine Sonderbe-

steuerung beklagen. Eine krasse Ungerechtigkeit bleibt die neue Steuer trotzdem, wenn auch gerade der Konsumverein, auf den sie natürlich besonders gemünzt ist, am wenigsten darunter zu leiden haben wird, da er ohnehin 10% seines Umsatzes als Überschuss erzielte.

× ×

Kurze Chronik Der Unterstützungskasse des *Zentralverbandes deutscher Konsumvereine* gehörten Ende Dezember 87 Vereine mit 2067 versicherten Angestellten an. × Die Zahl der zu Beginn dieses Jahres bestehenden deutschen Konsumgenossenschaften wird auf 2200, die ihrer Mitglieder auf 1 300 000 geschätzt. × Die englische *C. W. S.* hat im abgelaufenen Jahre einen Umsatz von rund 450 Mill. Mark erzielt, das ist 8,2% mehr, als im Jahre 1905. × Nach dem Bericht der *Labour Copartnership Association* bestanden im Jahre 1905 in England 124 auf dem Gewinnbeteiligungssystem aufgebaute Genossenschaften mit einem Kapital von 40 Mill. M., einem Umsatz von 74 Mill. und einem Überschuss von 3,8 Mill., von denen 0,4 Mill. M. an die Angestellten als Zuschlag auf die *Standard*löhne zur Verteilung kamen. × Die *Unione Cooperativa* in Mailand wird ihren vielen praktischen Einrichtungen im Mai ein Tage's-hotel angliedern, in welchem Leute, die tagsüber nach Mailand kommen, für den billigen Preis von 50 c. sich ausruhen und reinigen, ihr Gepäck ablegen, Korrespondenzen erledigen können usw. × Die an den Verband der französischen sozialistischen Konsumgenossenschaften angeschlossene Arbeiterversicherungsgesellschaft (gegen Feuerschäden) arbeitet nur mit einem Unkostenumsatz von 5 fr. auf je 100 fr. einbezahlte Prämien. Die Ersparnis zu gunsten der Versicherung gegenüber den privaten Versicherungsanstalten ist also bedeutend.

× ×

Literatur Im Verlage des *Internationalen Genossenschaftsbundes* ist eine allgemeine genossenschaftliche Bibliographie erschienen, die mit grossem Fleiss zusammengestellt ist. Wir finden in dem in 3 Sprachen (englisch, deutsch, französisch) veröffentlichten Werke die Titel von 5761 genossenschaftlichen Büchern und Broschüren verzeichnet, und zwar sind Publikationen in 25 verschiedenen Sprachen berücksichtigt. Das Hauptkontingent stellt natürlich die englische Sprache mit 1381 Titeln, dann folgt die deutsche mit 1145, die französische mit 1132, die italienische mit 762 usw. Die einzelnen Werke sind nach dem Inhalt gruppiert; den Abschnitten *Geschichte des Genossenschaftswesens, Genossenschaftsrecht, Die Genossenschaft als Ganzes* folgen die einzelnen Genossenschaftsarten und zuletzt einige genossenschaftliche Spezialgebiete. Es ist selbstverständlich, dass die Arbeit, die einen ersten Versuch darstellt, noch mancherlei Mängel aufweist, sowohl Mängel methodologischer Art, zum Beispiel in der Anordnung der Titel und ihrer Unterbringung unter die verschiedenen Rubriken, als auch das Fehlen einer Reihe wichtiger Veröffentlichungen — so der Schriften Lassalles, ferner der berühmten *Geschichte der französischen Arbeiterassoziationen* von Engländer —, während weniger wichtigen Arbeiten ein zu breiter Raum gegönnt ist. Trotz dieser Mängel, die bei einer neuen Auflage vermieden werden können, ist das Werk als ein Anfang einer planmässigen Sammlung der Genossenschaftsliteratur zu begrüssen. GERTRUD DAVID

WISSENSCHAFT

Philosophie

Religion Dr. Horneffer hatte in Cassel eine Reihe von Vorträgen gehalten, worin er über Religion ein wenig freie Anschauungen kundgab. Dagegen zog ein Divisionspfarrer von seinem Glaubensstandpunkte zu Felde. Hiergegen wendet sich nun eine Broschüre *Dr. Horneffer und seine Gegner* von Tina Pfeiffer-Raimund /Cassel, Freyschmidt/ mit dem Nachweis, Horneffer wolle nicht seinen Glauben anderm Glauben gegenüberstellen, sondern vertrete Freiheit vom Glaubenszwange, wende sich gegen die Richtung, die den Glauben zum »politischen Ausbeutungsobjekt« mache. Religion sei nicht nur Verhältnis zu Gott als »Begriffsmonstrum«, sondern auch zum Universum; der neue Geist der Wahrheit suche sich neue Vorstellungen, suche nach einer Religion des Menschentums. Dem Suchen danach soll eine *Gesellschaft für religiöse Kultur* dienen.
Das Auftauchen dieser Bestrebungen in fortgeschrittneren Kreisen ist gewiss erfreulich. Charakteristisch ist nur, dass alle diese Bestrebungen humaner, ethi-

scher, ästhetischer, religiöser Art von einander losgelöst dahintreiben, und dass ihnen das Bewusstsein fehlt, ihre gemeinsame Grundlage sei in der sozialen Entwickelung enthalten. Der bisherigen Verkehrsgesellschaft entspricht es, dass Moral nur Umkleidung, nicht Bestandteil des inneren Wesens der Gesellschaft ist. Nun beginnt das mit dem Zerfall dieser Gesellschaft den Vorgeschrittneren zum Bewusstsein zu kommen, aber diese nehmen jene Faktoren nicht als Seiten und als inneres Zubehör eines neuen sozialen Entwickelungszieles, sondern sie lassen sie lose und mannigfach individualisiert im Leeren schweben; daher auch die geringe Zug- und Stosskraft, welche diese an sich anzuerkennenden Bestrebungen haben.

× ×

Ethik Genau das gleiche gilt auch für die Broschüre G. Tschirns *Die Moral ohne Gott* /Frankfurt a. M., *Neuer Frankfurter Verlag*/. Tschirn lässt seine Moral nicht aus sozialen Grundbeziehungen, sondern aus dem Born der neuzeitlichen Literatur und Philosophie fliessen, das heisst, er will aus dem religiösen Freidenkertum eine neue Moral entwickeln. Wohlmeinende, aber unfruchtbare Bemühung.

Das zweite Problem /Dresden, Pierson/ nennt H. Warner sein Büchlein. Das erste ist das des Hungers, das zweite das der Liebe. Mit wuchtigen Worten leuchtet er in die prinzipielle Unmoral der heutigen offiziellen sexuellen Ethik herein, die der Liebe als »einem aufwärtsführenden, befreienden Elemente des Lebens« so schwere Steine in den Weg legt. Die verschiedene Beurteilung illegaler Verhältnisse bei Mann und Frau, die Konvenienzehe und Geldehe als Dauerprostitution, die lieblose Art, die *Gefallenen* zu behandeln, all das kommt hier in leidenschaftlicher Weise zum Ausdruck. Der Mann hat recht: so muss man sagen. Und doch: er zeigt da nicht seinen Faden in und mit dem gesellschaftlichen Gewebe, dazu er gehört, er zieht den Faden heraus und zeigt ihn uns, abgesehen von den sonstigen Lebensverknüpfungen, von denen er doch nie unabhängig sein kann. Wohl spricht er vom Wirken einer Gesellschaftsordnung, die dem Hass, aber nicht der Liebe Freiheit gewähre, er weist auch auf die soziale Frage des Hungers hin, auf die Millionen zählende Armee, die »ihre fleischlosen Arme emporrecken und Brot heischen«; wohl ist auch einmal von Kindern und ihrer Erziehung, von Selbstbestimmung etc. die Rede. Aber den Zusammenhang, den das Problem der Liebe mit dem des Hungers, der Selbstbestimmung, der Erziehung hat, lässt der Verfasser doch mehr, als billig, ausser Augen. Das heutige Vorurteil zu brechen, ist doch nicht die einzige Aufgabe, sondern auch die Bedingungen schaffen helfen, welche eine wirklich höhere Lebensgemeinschaft auch der Liebe ermöglichen.

Zwei Vorträge Anton Pannekoeks *Ethik und Sozialismus* und *Umwälzungen im Zukunftsstaat* sind in der *Leipziger Buchdruckerei A. G.* im Druck erschienen. Der erste geht uns hier hauptsächlich an. Pannekoek gibt in etwas anderer Terminologie im wesentlichen das, was Referent in seinem Buche über *Wirtschaftliche Grundlagen der Moral* ebenfalls ausgeführt hat. Gegenüber früheren Veröffentlichungen des selben Verfassers, von denen insbesondere die erkenntniskritischen wenig erfreulich waren, ist hier ein entschiedener Fortschritt zu konstatieren, was Einsicht und Umsicht, sowie vor allem, was die Methode der Erörterung angeht. In jenen stört oft die dogmatisch-diktatorische Darlegung, während hier der erörternde, erklärende Ton glücklich vorherrscht.

Nach einer kurzen Einleitung, worin Pannekoek die Ethik richtig als »Wissenschaft vom Sittlichen« kennzeichnet, behandelt er zunächst die Ethik Kants, und er kritisiert daran so ziemlich das, was auch Schreiber dieses neben anderm in genanntem Buche daran ausgestellt hat. Nur in einem, nachher zu berührenden Punkte, allerdings dem zentralsten, wird er Kant nicht gerecht, er führt auf die »unklaren Köpfe« der Kantianer zurück, was auf einen Mangel in seiner eignen Unterscheidung beruht. Er erkennt jedoch erfreulicherweise Kants grosse Bedeutung an. Sodann kommt eine Erörterung über den historischen Materialismus und sein Verhältnis zur Ethik, hierauf ein schönes Kapitel über Dietzgen, dessen *Wesen der menschlichen Kopfarbeit* Pannekoek ja eingeleitet hat. Hier hat er auf ein Moment bei Dietzgen aufmerksam gemacht, die Unterscheidung von allgemein instinktivem Urteil über Recht und Unrecht und verstandesmässigem Spezialurteil, die ich in dieser Weise bei Dietzgen nicht gefunden hatte. Darüber muss ich mir das Urteil vorbehalten, so plausibel mir

die Sache auch auf den ersten Blick erscheint.

Weniges ist, worin ich Pannekoek widersprechen muss, respektive Pannekoek sich selbst widerspricht. Einiges davon würde sich vielleicht auf Mängel im Ausdruck zurückführen. So, wenn er Seite 22 in der kommunistischen Gesellschaft »nur Harmonie« sieht, Seite 7 aber mit Recht sagt, nicht alle Missstände würden beseitigt werden. Ferner, wenn er Seite 9 sagt, Ziel des Sozialismus sei es nicht, die Menschen sittlich besser zu machen durch Predigt, sondern die Gesellschaftsordnung umzuwälzen. Er will hier offenbar, wie aus späterem hervorgeht, sagen, er erwarte auch die sittliche Besserung nicht von der Predigt, sondern nur von der Veränderung der Gesellschaft. In einem Punkt scheint jedoch noch eine Wand zu sein, die am Zusammenkommen hindert. Auf Seite 19 sagt Pannekoek: »Es ist . . . völlig unzutreffend, wenn man sagt, dass der Kapitalismus aufgehoben und durch eine bessere Ordnung ersetzt werden soll, weil er schlecht und ungerecht ist. Gerade umgekehrt muss es heissen: weil der Kapitalismus aufgehoben werden kann, und eine bessere Ordnung möglich ist, deshalb ist er ungerecht und schlecht. Unsere Propaganda stützt sich auch gar nicht auf Entrüstung über den Kapitalismus, sondern auf die Erkenntnis der notwendigen Tendenzen der kapitalistischen Entwickelung.« In diesen Sätzen sind zwei ganz verschiedene Gedankengänge in einen verschmolzen und dadurch in sich, sowie mit der Wirklichkeit in Widerspruch geraten. Was den letzten der obigen Sätze betrifft, so braucht man nur in irgend ein sozialistisches Blatt zu sehen, um zu finden, dass allerdings die Propaganda sich ganz wesentlich auf Entrüstung über den Kapitalismus respektive dessen notwendige moralische Wirkungen stützt. Aber freilich, diese Entrüstung würde so wenig helfen, wie den Bauern im 16. Jahrhundert die ihre, wenn heute die Tendenzen der kapitalistischen Entwickelung aufsteigende Tendenzen wären. Pannekoek sagt ferner: heute sei eine »bessere Ordnung möglich«. Darin aber sind doch zwei ganz verschiedene Urteile enthalten: 1. dass die erstrebte Ordnung besser, 2. dass sie möglich sei. Beide Urteile sind ganz verschiedenen Massstäben entsprungen. Wenn Pannekoek sagt, jetzt fehle etwas in gesellschaftlicher Hinsicht, jetzt sei die Ordnung nicht mehr gut, es wachse also in der Arbeiterklasse das Streben nach einer besseren Gesellschaft; wenn er erkennt, Widersprüche einer Gesellschaftsordnung seien immer die Anstösse, an denen sie zu grunde gehe, wenn er eine kommunistische Gesellschaft als solche bezeichnet, darin nur Harmonie bestehe, so beurteilt er, ohne dessen selber bewusst zu sein, die Gesellschaftsordnung nach folgender allgemeinen Art: Das Widerspruchsvolle in einer Gesellschaft ist schlecht, die Aufhebung der Widersprüche, die Herstellung von Harmonie aber ist gut. Und dieses allgemeine Urteil wendet er instinktiv auf unsere heutige Entwickelung an. Diese Beurteilungsweise aber ist gerade die, welche Kant als für alle Ethik grundlegend entdeckt hat. Freilich konnte er sie nur auf Grund der seinerzeitigen Entwickelung, und durch diese beschränkt, entdecken. Aber sie gilt doch nicht bloss für die damalige, sondern für alle gesellschaftliche Entwickelung. Genau ebenso, wie die ökonomischen Triebkräfte der Entwickelung für alle, und die Klassenkämpfe für die historische Gesellschaftsentwickelung gelten, obwohl sie Marx erst in der Zeit eines schon entwickelteren Kapitalismus entdecken konte. Das ist der Punkt, wo Pannekoek Kant nicht gerecht wird, und daher verkennt er die Bedeutung, welche dessen Entdeckung auch noch für uns hat, obwohl er die bei Kant zum Selbstbewusstsein erhobene Beurteilungsart unbewusst fortwährend selber anwendet, ja im selben Atem anwendet, wo er dagegen zu polemisieren meint.

Der Gedanke, gegen welchen Pannekoek sich wirklich wenden will, liegt doch wohl ganz wo anders, er will die bei Kant mitlaufende Ansicht zurückweisen, dass sich die sittlichen Einzelgebote ein für allemal aus einer allgemeinen Gesetzmässigkeit ableiten liessen. Dagegen wendet er sich allerdings mit vollem Recht. Ebenso darf man beanstanden, dass Kant zu sehr die Einzelhandlungen, zu wenig aber die Ordnung der Gesellschaft betont hat.

Von der Frage nach der Gesetzmässigkeit des Sittlichen ist die Frage nach der Möglichkeit bestimmter sittlicher Ordnung vollkommen zu trennen. Da fragt es sich, ob, wie und bei welchen Klassen bestimmte in einer Gesellschaft vorhandene Widersprüche zum Bewusstsein kommen, ferner, wie die tatsächliche Tendenz der Weiterentwickelung beschaffen ist, und endlich, wie deutlich

oder undeutlich sich diese im Bewusstsein der Menschen darstellen kann. Diese Fragen müssen erörtert und nachher in Beziehung zu einander gesetzt werden. Ist das geschehen, so könnten die obigen Sätze Pannekoeks etwa so formuliert werden: Der Kapitalismus, als Wirtschaftsordnung betrachtet, ist weder gerecht noch ungerecht. Erst dadurch wird er in den Augen bestimmter Klassen ungerecht, dass sie ihn in seiner weiteren Entwickelung immer stärker als Disharmonie empfinden. Diese Tatsache ruft das verwerfende sittliche Urteil gegen ihn auf. Das Streben nach harmonischer Ordnung erwacht in diesen Klassen. Trotzdem aber könnte die Umwandlung in den Sozialismus nicht vorgenommen werden, wenn dieser nicht durch jenen vorbereitet und zum Bewusstsein gebracht worden wäre. So etwa wäre wohl die Sache, zu beiderseitiger Zufriedenheit, in Ordnung. In Bezug auf das, was Pannekoek über die sittliche Entwickelung im übrigen sagt, fühlt sich Referent vollkommen mit ihm in Übereinstimmung. Ganz ebenso ist er mit der folgenden, in unsere Besprechung nicht eigentlich hineingehörenden, Betrachtung über die Zukunftsentwickelung im wesentlichen einverstanden und möchte seiner Freude über die behutsame und sachliche Art Ausdruck geben, mit der Pannekoek die doch immerhin heiklen und, wie er selbst sagt, etwas unsicheren Probleme angreift. Zu vermissen ist jedoch, dass Pannekoek bei der Erwähnung der Trusts nicht betont hat, wie sehr diese bereits nicht nur den kleinbürgerlichen, sondern auch den kapitalistischen freien Verkehr umstürzen und einer neuen diktatorischen Rechts- und Moralbildung, also einem Umsturze des ganzen bürgerlichen Verfassungsstaats zustreben, dass er ferner nicht als gegenwirkende Kräfte die seit einem Jahrzehnt mächtiger emporstrebenden Genossenschaften gewürdigt hat. Doch das nur beiläufig. Als Ganzes hat das Schriftchen den Referenten recht erfreut.

Das sittliche Recht des Krieges /Dresden, Töpelmann/ behandelt Dr. Ferdinand Kattenbusch. Die Veranlassung dazu gab H. Wetzels Broschüre über die Verweigerung des Heeresdienstes. Nach einer Erörterung der Zeugnisse für und wider den Krieg erklärt Kattenbusch, der Krieg sei an sich keine Notwendigkeit, aber nach den Erfahrungen vielleicht unvermeidlich, er bringe Leiden, könne auch viel sittlich Gutes im Menschen erwecken, der einzelne aber könne nie frei darüber bestimmen, ob er mittun wolle oder nicht; das wäre Förderung der Gefahr kriegerischen Barbarismus, nicht der Friedenshoffnungen. Ein Volk darf für seine Selbständigkeit Krieg führen, aber die Völker sind doch nur Glieder einer Gesamtgattung; der Kosmopolitismus hat doch so etwas an sich, wie feierlicher Glockenklang. Ein Volk, das sich an Hochmut und Bruatiltät gewöhnt, gefährdet sittlich jedes einzelne seiner Glieder. Recht schöne Gedanken! Zu vermissen ist nur die Einsicht der sozialen Bedingungen, aus denen Kriege entstehen müssen, der isolierten Entwickelungen, insbesondere derer, wo Besitz- und Machtinteressen einzelner Klassen in den Völkern die Völker selber diesen Interessen dienstbar machen und Volk gegen Volk treiben, wo dann Krieg allerdings notwendig wird; und auf der andern Seite das Wachstum der gemeinschaftlichen Interessen, welche, mehr, als alle Predigt, den Völkerfrieden sichern, indem sie statt vagen Kosmopolitismus reale Interessenharmonie zwischen den Völkern schaffen. Über die grundsätzlich praktische Zielrichtung des Autors gibt die Schrift keine Auskunft.

× ×

Streitschriften *Philosophie eines Schulmeisters über manches, was mit der Schule zusammenhängt* /Eschwege, Himmelreich/ nennt Georg Sauer eine Reihe kleiner Aufsätze über Seminarbildung, Deutsch, Religion, Naturkunde, Schulsparkassen, Erweckung der Liebe zu Kaiser und Reich etc. Charakteristisch ist, dass der Verfasser, der die Lebendigkeit des Unterrichts vor allem gegenüber der Pedanterie betont, zugleich mehrmals nachdrücklich bekennt, die Lehrer von akademischer Bildung hätten ihm am meisten auf dem Seminar etwas gegeben. Die anderen hätten nicht nicht mehr geboten, als das Lehrbuch. Interessant wäre, zu wissen, ob das auf den Seminaren Regel ist, ob deren klösterliche Erziehung und mechanischer Unterricht »den verwünschten Schulmeisterstempel« schufen. »Nicht Fleiss und gelernte Weisheit frommt uns, sondern Seele, getrunken am Borne des Lebens.« Die Sehnsucht der heutigen Lehrerwelt nach umfassender lebendigerer Bildung, statt blossen Drills, spricht daraus, und dieser Zug macht die, freilich inhaltlich bescheidenen, Aufsätzchen interessant.

Henri Gartelmann, neben Holzmeier eines der Häupter der fortgeschrittneren Bremer Lehrerschaft, bringt in seinen *Streitschriften vermischten Inhalts* /Bremen, Melchers/ eine Reihe von Aufsätzen, deren erster *Zur Religionsunterrichtsfrage,* in 3 Abschnitten einmal eine dankenswerte Zusammenstellung über die Hauptmomente des Bremer Schulstreits gibt, infolgedessen Gartelmann, Holzmeier und noch zwei andere in Disziplinaruntersuchung kamen, zweitens eine derbe und leider in einigen wesentlichen Punkten über die Schnur hauende Erwiderung auf Natorps Buch *Jemand und ich,* endlich eine scharfe Polemik gegen den Frankfurter Lizentiaten Schuster, welcher mit dem allgemeinen Schulzwang auch den Zwang zum Religionsunterricht beschönigen will; dagegen freilich kann nicht entschieden genug Front gemacht werden. Den Rest der Broschüre füllen 4 Aufsätze über verschiedene Gegenstände.

× ×

Neuausgaben In der *Philosophischen Bibliothek* /Leipzig, Dürr/ ist von Horst Stephan eine Auswahl aus Herders Philosophie erschienen, mit einer kurzen Einleitung über Herders Philosophie und Leben und sein Verhältnis zu Kant, sowie über die Art der Auswahl und die Literatur; eine Reihe kurzer Erläuterungen sind beigegeben, und ein alphabetisches Register über die behandelnden Begriffe erleichtert die Benutzung. Ebenda hat Otto Buek Immanuel Kants kleinere Schriften zur Naturphilosophie herausgegeben und mit einem ausführlichen Register versehen; die Ausgabe der *Philosophischen Bibliothek* ist zurzeit die einzige im Buchhandel erhältliche vollständige Sammlung der Kantischen Schriften. Eine weitere, wichtige Publikation dieser Bibliothek ist die Neuausgabe des Spinoza, von der 2 Bände jetzt neu aufgelegt sind, der eine (*Descartes Prinzipien der Philosophie auf geometrische Weise begründet* und *Anhang, enthaltend metaphysische Gedanken*) von Arthur Buchenau, der andere (*Abhandlung über die Verbesserung des Verstandes* und *Abhandlung vom Staate*) von Carl Gebhardt übertragen und eingeleitet.

× ×

Kurze Chronik Am 29. Dezember wurde in Charlottenburg eine Gesellschaft für Philosophie gegründet. Den Vorsitz führt Dr. Hugo Renner, der tätige Herausgeber der *Philosophischen Wochenschrift.* × Über seinen Streit mit einigen Pastoren (siehe oben *Religion*) hat Ernst Horneffer selber eine Broschüre veröffentlicht, *Katholizismus in der protestantischen Kirche* /Leipzig, Zeitler/. Darin hat er einen Vortrag, den er nach den genannten Angriffen hielt, wiedergegeben, eine schöne, mannhafte Entgegnung, an der wir nur das selbe auszusetzen haben, wie an Tina Pfeiffer-Raimunds Broschüre. Ein beigegebener Anhang, der unter anderm auf persönliche Verdächtigungen von Berghs und anderer antwortet, zeigt deutlich die Kampfesweise, der sich solche Leute befleissigen.

FRANZ STAUDINGER

KUNST

Bildende Kunst

Russische Malerei Während Krieg und Revolution das russische Riesenreich in seinen Grundfesten zu erschüttern drohten, hielt ein kunstsinniger Amateur, Sergej Diaghilew, den Augenblick für gekommen, eine Heerschau über die geistigen Kräfte seines Vaterlandes zu halten, wie sie sich seit zwei Jahrhunderten in den bildenden Künsten niedergelegt hatten. So bekräftigte er damit bis zu einem gewissen Grade aufs neue die schon durch Frankreich bewiesene Tatsache, dass ein politisches Debacle die seelischen Energieen anzuspannen pflegt. Als wir vor Monaten von diesem Unternehmen hörten und davon, dass die erlesene und wohl so bald nicht wieder in diesem Umfang zusammenzustellende und in diesem Sinne der deutschen Jahrhundertausstellung verwandte Sammlung nach Paris zur Schau gelange, wurde wohl in jedem Kunstfreund der aufrichtige Wunsch rege, sie möchte auf ihrer Rückreise in die Heimat in Berlin stationieren; wagten wir auch nicht zu hoffen, er würde so bald seine Erfüllung finden, indem schon in den Dezemberwochen die umfangreich angelegten Räume des neuen Salons Schulte den 574 Nummern Unterkunft zu gewähren vermochten.

Ein erster Blick über die ausgezeichnete, anregende und in jeder Beziehung originelle Kunstsammlung, die teils aus dem Besitz von Privaten, teils aus kaiserlichen Schlössern und staatlichen Museen, teils direkt von Künstlern stammt, lehrt uns zweierlei: dass nämlich die Quellen russischer Kunst bis zum 19. Jahrhundert verhältnismässig spärlich fliessen, in

diesem aber und mit den zunehmenden Dezennien immer reicher. Des nähern: Wie der griechisch-katholische Glaube und der nur lethargisch erwachende Kulturgang des Riesenreichs es mit sich bringt, liegt der Schwerpunkt der ältesten Kunst in der byzantinischen Formtradition, die bis ins 17. Jahrhundert vorhält — die Jahrhunderte der westeuropäischen Renaissance in matter Produktion überdauernd —, bis im 18., unter der regen Herrschaft Peters des Grossen und Katharinas II. eine lebhafte Produktion höfischer Porträtmalerei unter französischem Einflusse anhebt, deren beste Künstler nicht selten noch Leibeigene blieben. Doch ist dieser Malerei zum Teil ein kräftigerer Zug eigen, als der französischen, im sattern Kolorit, wie im festen Strich der Zeichnung, auf diese Weise eher an unseren Graff und Chodowiecki erinnernd; unter ihnen seien als besonders Iwan Nikitin, der in der Zeit früheste /1688 bis 1741/, und Dmitri Lenitzkij /1735 bis 1822/ genannt. Auf der Schwelle vom 18. zum 19. Jahrhundert steht dann mit manchen stark, beinahe überstark charakterisierenden Porträts Orest Kirpenskij /1783 bis 1836/, dessen Bilder, mit einer nicht zu verkennenden Sucht nach Effekten, die malerische Kultur des 18. Jahrhunderts zeigen, doch mit einem Einschlag jener Kraft und jenen Schatten und Lichtwirkungen, wie sie der dem Rokoko folgenden französischen Romantik eigen, so dass ihre Malerei gegen das bunte Inkarnat der vorigen einen Fortschritt bedeutet und wieder gegen die schlichte, in den folgenden Dezennien einsetzende Kunst übertrieben und theatralisch wirkt.

Was diese Kunst aus den ersten Dezennien des 19. Jahrhunderts betrifft, bis hin zu den fünfziger Jahren, so hatten wir von ihren Bildern manch angenehme Erinnerung an jene zeitgenössischen deutschen Meister, deren Werke so lange verschollen, und die wir auf der Jahrhundertausstellung lieben lernten, von Alexejew /1753 bis 1824/, dem russischen Guardi, über Brüllow /1799 bis 1852/, einem den Tischbeins verwandten Künstler, zu Warreck /1782 bis 1843/, dem russischen Krüger, während Wenezianow /1780 bis 1847/ uns an die Hamburger um Oldach und Runge mit nicht zu verkennenden Spuren erinnerte, und wir in Kapiton Jelenzow /1790 bis 1845/ und seinen freundlichen Interieuren einen Kersting nahe stehenden Maler fanden.
In der folgenden Gruppe, mit Gay /1831 bis 1894/, Lewithaw, Repin, Sokolow, sehen wir Künstler, die, wie in Frankreich Courbet, den eigentlichen Realismus anbahnen, während Serrow schon nahezu im Lager des Impressionismus steht. Von Gay gab die Sammlung ein kleines, sehr feines Bild, in zarten grünen und rosa Tönen, das Porträt einer Frau, gegen das sein grosses *Abendmahl* noch sehr in den Spuren der Romantik stak. Repin, der ausgesprochene Realist, wirkte in seiner soliden Sachlichkeit auf uns heute beinahe nüchtern, obgleich man ihn einst gewiss für einen Revolutionär hielt. Die Porträts des Serrow aber, sowohl das Knabenbildnis, wie das des Malers, und jene beiden der Schauspielerinnen erfüllten in hohem Grade die Anforderungen, die man an die Bildnismalerei zu stellen hat, und die heute, leider, so selten erfüllt werden; in scharfen Zügen war der Charakter der einzelnen erfasst; nur vermissen wir auch in diesen Porträts, wie heute in fast allen, jene malerische Kultur, die ein Ausdruck der Volkskultur ist, und die das Bildnis zum unbedingten Schmuckstück eines Wohnraums stempelt: dieses fehlt heute fast allen; ihre Art erinnert zu sehr an die Werkstatt, ans Atelier, man wird den Gedanken an die Mache nicht los, den die Bilder gereifter Zeiten nie aufkommen lassen. An diesen Künstler schliesst sich Michael Wrubel, einer, der in Russland vielleicht die Stellung einnimmt, wie bei uns Klinger, und eine diesem höchst verwandte Natur, indem sie in ihrer Arbeit aus den Zeitbedingungen ins Monumentale strebt. Malerisch reizvoll und auch im Linienfluss der Komposition ist dabei das gobelinartig gehaltene, wenn auch gedanklich etwas absonderlich *Urteil des Paris*, während sein *Engel des Todes* als originelle Erfindung von cherubhaft fürchterlicher Schönheit ist — man spürt das stählerne Rauschen seiner schillernden Riesenfittiche, die den Horizont verdunkeln, und ahnt die eisige Kühle seines Atems, der die Schrecknisse der Hölle und die Freuden des Himmels kündet —, und sein *Pan* recht aus den Eisregionen seiner Heimat stammend, die mit frischem Saft und dünnen Knospen den Frühling treibt; aber immer, das erkennt man aus diesen Leistungen, ein gross angelegter Künstler, und wohl, in diesem Sinne, der ausgiebigste seiner Generation.

Und dann geht es auf den modernen

Wegen weiter, und in Scharen erblühen aus ihrem Geist die russischen Künstler, als eine einzige Ernte europäischer Saat, denn sie legten nicht das Korn ihrer Anlage und ihres Wollens in die heimatliche Erde; es ging in Frankreich auf, nährte sich an seinem Blute und wuchs dann doch als ein echt russisches Fruchtfleisch aus, dessen Farbe in allen Phasen des Impressionismus schillert: von Manet über van Gogh zu Bonnard und Denis. Und es seien Namen genannt wie Kustodiew, Maljawin, Lockenberg, Grabar, Jawlenskij, Wussatow und viele andere. An dem Punkte, da diese Künstler einsetzen, teilt sich die Produktion der russischen Maler mit seltener Einmütigkeit in zwei Stämme, deren andern eine durch viele Namen vertretene Gruppe aus Rokoko und Japonismus stilisierender Künstler bildet. Ebenso stark, wie die einen, sind die Werke dieser beinahe reizvoller, weil glücklicher und in ihrem Geist nationaler. An der Spitze aller Konstantin Somow; unübertroffen an malerischer Delikatesse, Feinheit der Zeichnung und Grazie des Geistes: ein moderner Watteau. Dabei liegt das eigentlich Moderne in den Japan entliehenen Elementen, während das Nationale im Rokokohaften erblüht; gab doch das 18. Jahrhundert, wie wir vorhin sahen, unter Peter dem Grossen und Katharina dem Lande die erste selbständige Kultur und Kunst, deren, rückträumend, sich dieses erinnert, in einer Zeit revolutionärer Wirren und Gärungen.
Leider verbietet der knappe Raum eine nähere Würdigung der Schätze.

× ×

Kurze Chronik Am 20. Oktober starb an den Folgen einer Blinddarmoperation Dr. Gustav Kühl, Direktorialassistent am Berliner Kunstgewerbemuseum. In dem Verstorbenen, der als Dichter und Kritiker tätig war, verloren alle, die ihn persönlich gekannt haben, einen liebenswerten Menschen, der im Grunde seines Herzens ein Musiker und eine Natur war, die ringsum Sonnenschein verbreitete. Den Lesern der *Sozialistischen Monatshefte* ist Kühl durch seinen Essay über Edvard Munch (1903. 1. Bd., pag. 440 ff.) bekannt.

× ×

Literatur Der Münchener Kunstschriftsteller Hermann Esswein gab eine geistreiche Studie über den Engländer Aubrey Beardsley /München, Piper/ heraus. Es ist vielleicht nicht unbedingt nötig, von seinem Standpunkt an den Künstler heranzutreten; aber es wird immer eine grosse Schar derer geben, die, unter der Forderung der Zeit, es für eine Notwendigkeit halten und der unerbittlichen Analyse des Betrachters Beifall spenden.
× Von Redaktions wegen sei an dieser Stelle mitgeteilt, dass im Verlag von Bard, Marquardt & Co. ein Buch des Bearbeiters dieser Rundschau über Max Liebermann erschienen ist. Der mit 5 Heliogravüren und 30 Vollbildern in Tonätzung versehene und von E. R. Weiss mit Buchschmuck ausgestattete Band soll die Gestalt Liebermanns, des markantesten unter den jetzt lebenden deutschen Malern, vor dem Hintergrund seines Jahrhunderts zeichnen, dessen vielfach verschlungene Strömungen der Verfasser beleuchtet. Nach einer Analyse der verschiedenen Epochen des Künstlers, die zu dem Resultat führt, die letzte für die reifste zu halten, ist Liebermanns ästhetische Theorie, wie er sie in Reden und Schriften festgelegt hat, auf Wesen und Haltbarkeit geprüft, und dann versucht, die Bilanz der Moderne zu ziehen, indem Gegenwart, Vergangenheit und die Möglichkeiten einer Zukunft gegen einander gehalten werden. RUDOLF KLEIN

Dichtkunst

Lyrik Wir feiern jetzt viel Erinnerungsfeste in der Literatur. Es sind oft 15 oder 20 oder 25 Jahre her, dass einer von den gegenwärtig geltenden Poeten das erste Stück auf die Bühne brachte, die ersten Reime oder den Roman seiner Jugend drucken durfte. Und wenn der Kritiker heute überdenkt, was in damaligen Zeiten Kunstsehnsucht gewesen war, was aus den damaligen Zeiten zu uns bewegend und fesselnd hinüberklingt, dann wird er fast ängstlich, fast bedrückt. Die Lyrik vor allem ist damals sehr matt, sehr unpersönlich, sehr wenig aus heiligen Bornen quellend gewesen. Die Dichter sangen frisch, frei und langweilig nach den Programmen, die ihre ästhetischen Koryphäen in Mode gebracht hatten.
Karl Henckell ist unter den Lyrikern jener Zeit einer der lautesten und fleissigsten und sicher auch am wenigsten anfechtbaren gewesen. Auch heute ist seine Poesie noch nicht versiegt. Eine wirkliche Poesie. Henckell hat sich nämlich von der brennenden Vorliebe erholt, immer bloss blutiges Elend, immer bloss

Dirnenschmach, immer bloss Revolutionslust in der Welt zu suchen. Wo er in seinem letzten Lyrikband *Schwingungen* /Berlin, Bard/ sich noch gewaltsam an die Herzensgegenstände seiner Jugend klammert, ist er rhetorisch, ist er kühl, trotz eines menschlich vielleicht liebenswerten Enthusiasmus. Wo er jedoch sich für Leises, . für Duft in Sommermeeresstimmungen, für den Frieden des Ferieneremiten einsetzt, da ist er nicht gross, aber immerhin formvoll und achtunggebietend.

Nun will Henckell noch etwas, er will die Probleme der metaphysischen Unendlichkeit, die Schauer der Naturmystik, die Rätsel des kosmischen Mythos in poetische Anschauungsbilder umformen. Solch Wille erfordert die grösste Poetengabe, die Karl Henckell nicht besitzt, die auch dem jungen S t e f a n Z w e i g nicht verliehen wurde. Dieser sanfte, anständig gebildete und wohlerzogene Wiener, der im Gigantischen versagt, hat andere Vorzüge. Er ist einer, der zum Bunde der Formziselierer hält, der in das Evangelium der Reimartisten sich eingeschworen hat. Er reimt sauber, er hat Musik; allerdings nur ein schwaches Moll. Man sagt vielleicht *Limonade*. Man erinnert sich, dass mit einer gebildeten Sprache gute, glatte, sogar vollendete Reime und schmeichelnde Rhythmen zu bilden, keine Riesenarbeit ist. Man sucht dann weiter, welche Persönlichkeit sich doch wohl hinter der kultivierten Geschmeidigkeit berge. Zweig hat bescheiden und gefühlvoll seine Verse *Die frühen Kränze* /Leipzig, *Inselverlag*/ genannt. Fröhlich, wenn er in südlichem Lichte und durch die anmutvolle Frühlingstille wandelt, zufrieden, wenn ihm zart redende und gefällig kosende Mädchen und Frauen begegnen, wendet er sich zu verträumt und ruhig liegenden Plätzen. Brügge, die stille Lagune Venedigs, das Plätschern des Comersees sind ihm lieb geworden, sind ihm der Ansporn geworden, sein Talent mit weicher Gewandtheit zu üben. Andere Welten, in denen es heftig stürmt, sind ihm allerdings verschlossen. Liest man den ganzen Band in einem Zuge, dann sagt man eben oft *Gezuckertes Wasser* und ist verstimmt von allzu milder Süssigkeit.

× ×

Erzählungen Verzichten und sich ergeben, nur ab und zu aufatmen zu einem Heldentraum, das ist die Lebensnorm des 25jährigen Zweig. Merkwürdig, er beginnt dort, wo Poeten vergangener Zeiten eigentlich geendet haben, in der Abgeklärtheit und der tränenlosen Harmonie. Sehr viele der Jüngsten sind nach ihm geartet. Man möchte sagen, dass heut kein Zwanzigjähriger mehr zu einem Revolutionsdrama oder zu einem wilden Romane die Feder eintaucht. Hermann Hesse und Bernhard Kellermann, sie dichteten als Erzählung ihrer Jugend ganz Leises und dem schlecht Gelaunten wohl greisenhaft Dünkendes. Und der Schweizer hat, wie das immer geht, ein ganzes Geschlecht von Jüngern hinter sich hergezogen. Nun kommen wieder zwei Neulinge, sehr begabte junge Männer, die sich wie die buddhistischen Weisen benehmen und mit einer Kühle und Überlegenheit das menschliche Herz zerfasern, als brodelte nur die Lust in ihnen, Empfindungen unseres Inneren unbewegt und unerregt zu zerteilen. Gar nichts von ihrer Sehnsucht legen sie in ihre Bücher. Sie wollen keine Welt formen nach ihrem Ebenbilde. Ihr einziger Wunsch ist, die Welt nachzuformen, wie sie ist. T r a u g o t t T a m m heisst der erste, und er schrieb einen zweibändigen Roman *Im Lande der Jugend, Im Lande der Leidenschaft* /Berlin, *Concordia*/. R o b e r t M u s i l heisst der zweite, und sein Roman ist betitelt *Die Verirrungen des Zöglings Toerless* /Wien, *Wiener Verlag*/.

Traugott Tamm erzählt: Auf einem holsteinischen Gelände werden die Kinder eines welfischen Freiherrn gross, ein zartes, mit welschem Blut gemischtes Geschlecht, ein Mädchen und ein Knabe. Das Mädchen hat das Exotische, das Storm schon früher an jungen Frauen seiner Heimat zeichnete, eine südliche Sinnensehnsucht, eine Art Mannestollheit und Abenteurerei, die nur durch gesellschaftliche Hemmnungen gedämpft sind. Und der Knabe ist ein loser Zeisig, nicht viel Halt, sehr viel explosive Leidenschaft ohne ernste, innerliche Glut. Freunde dieses Paares sind in den Jahren bis zur ersten Reife ein Nordlandsbursche mit Reckenkräften und Chirstusneigungen, ein echtes, blondes Pfarrerstöchterlein, eine Madonna, solange ihre Liebespassion noch nicht geweckt ist, ein laut und lockend begehrendes Weib, als sie zu freier Herrlichkeit der Sinne sich durchgekämpft hat. Diese vier Menschenkinder werden herumgetrieben nach Ost und nach Süd. Das Freifräulein wird armselig und liebeleer, nachdem sie bloss kurze Stunden in

echter Heiligkeit der Wonnen gejubelt hat. Der Baron wird ein Schuft, weil er nicht seine zügellose Brunst unterdrücken kann. Er geht unter. Die Pfarrerstochter und der Recke umarmen sich mit ungetrübter Glücksgewissheit ganz nach dem schönen, beseligenden Rezept der nicht verwundenden und sehr behaglichen Romane. Wenn in diesem Werke auch ein gut Stück Banalität, eine nicht ausreichende Scheu vor unorigineller Erzählungskunst steckt, dann ist ihm dennoch ein schönes und sanftes Talent nachzusagen.

Aber weit stärker, weit eigentümlicher, darum auch gefährlicher ist Robert Musil, ein Triester Jüngling. *Verirrungen eines Konviktzöglings* beschreibt er. Da war bisher immer die Mode, das rein geistige Zerwürfnis der halbwüchsigen Burschen zu zeichnen, ihr Ringen nach Gott, ihr Tollen in Reimen, Räuberromantik und Backfischliebe. Musil geht tiefer und den Dingen ernstlich an den Kern. Was Frank Wedekind in Szenen gestalten wollte, die Wehen der Pubertät, das erzählt er. Er hat wahrscheinlich den richtigeren Kunstweg für derartige Dinge gewählt. Er ist ein geschulter Seelenforscher, der sich aus den Büchern der Irrenärzte und der Philosophen über die Verschlingungen des ungelenken Geschlechtslebens aufgeklärt hat. Aber er kennt die Dinge auch aus eigener Erfahrung. Sie sind in seine Phantasie gedrungen. Sie haben sich bei ihm umgesetzt zu dichterischen Bildern und Schönheiten. Der Zögling Toerless gesundet aus seinen Verirrungen, eine ästhetische, nachdenkliche Natur, die nicht von den Leidenschaften und Verwirrungen ganz betäubt werden kann, weil sie zu klug, zu forschend die Verwirrungen nur als Bildungsstationen betrachtet. Musil hat den Mut, zu sagen, dass wir uns oft erst zu normalen und im Gefühl frischen Menschen erziehen können, nachdem uns jede Erscheinung des Lasterhaften und des Wahnsinnigen aufgegangen ist. Und ganz ruhig, ganz rückhaltlos schildert er die Kämpfe und seltsamen Irrwege des Zöglings Toerless. Diese Furchtlosigkeit erzeugte ein gedankenvolles, stellenweise sogar revolutionierendes Werk.

× ×

Kurze Chronik Im *Inselverlage* erschienen von Carl Larsen *Poetische Reisen*, im pittoresken, persönlichen Ton beschriebene Streifen durch Deutschland, Russland und den Süden; und wenn Larsen auch nicht an die grossartige Schilderungskraft reicht, die Knut Hamsum in Reisebüchern zeigt, so gelingt es ihm doch, unterhaltsam von der Schablone abzuweichen. × Ein recht schönes Verdienst hat sich Martin Buber erworben. *Die Geschichten des Rabbi Nachman*, die für einen Kreis der Literaturfreunde ganz verschollen waren, hat er neu entdeckt /Frankfurt a. M., Rütten & Loening/. Er hat die Lebensdaten dieses Rabbi berichtet, der während der und von paradiesischen Heilmitteln träumte.

MAX HOCHDORF

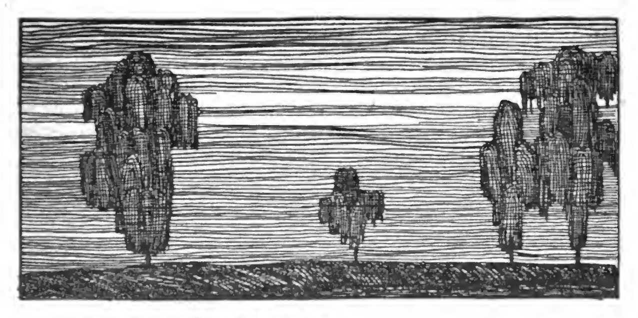
DIVERSA

Bücher

Bölsche: *Was ist die Natur?* Einfacher, als sonst, tritt dieses Jahr Wilhelm Bölsche mit seinem Buche *Was ist die Natur?* /Berlin, Bondi/ zu uns, das nicht nur um seines geringen Preises willen, sondern vor allen wegen der Frage, die schliesslich heute in jedes Menschen Leben eine Rolle spielt, recht weite Verbreitung verdient. Über die Qualitäten von Bölsches Büchern hier zu reden, wäre eine unnütze Arbeit, er hat schon seit langem seinen Stil — im weitesten Sinne gefasst — gefunden, und da gibt es eben nur noch ein Ausbauen und kein Pfadfinden mehr. In diesem kleinen Buche schildert er, was sich der Mensch im Laufe der Zeit aus der Natur geholt hat, seinen Glauben, seine Götter, die Erkenntnis ewiger, unabänderlicher Gesetzmässigkeit und der Notwendigkeit des Sieges des Kosmischen in der Natur. Die Vorstellungen der Midgardschlange, des Leviathan, all der Vernichtungsmöglichkeiten, die einen Untergang der Natur herbeiführen könnten, weichen immer mehr zurück vor dem Bewusstsein, dass »die gesamte Natur sich längst im Stadium des sich vollziehenden Ordnungsprozesses befand: diese einheitliche Natur konnte nichts mehr verschlingen. Auch ihr eigener Urgrund nicht. Denn er existierte nicht mehr geographisch, nicht mehr astronomisch, nicht mehr biologisch, sondern nur noch — geschichtlich.« In dieser Erkenntnis liegt aber auch der grosse Trost für den Menschen, der der Natur gegenüber steht, und sie verleiht ihm jene Augenblicke höchster Weihe, »wo man das, was sonst nur ein Wort ist, als Wesenheit empfindet. Man empfindet dann eben die Natur als solche Wesenheit in ihrer unteilbaren Kraft der Einheit.«

IDA HÄNY-LUX

VERANTWORTLICH FÜR DIE REDAKTION HERMANN REHLÄNDER IN POTSDAM · VERLAG DER SOZIALISTISCHEN MONATSHEFTE G. M. B. H. IN BERLIN · DRUCK VON CARL ROSEN IN BERLIN



3° HEFT / MÄRZ 1907

WILHELM SCHRÖDER · RÜCKBLICK, RECHNUNG UND AUSBLICK



LS die Karthager sich durch die junge Macht der Römer aufs ärgste bedrängt fühlten, entstand dem Volk der Händler in Hannibal ein Retter, der auf eine Weile wenigstens das drohende Verderben nicht nur abwandte, sondern dem Gegner auch im eigenen Lande arge Schlappen beibrachte. Aus den Schullesebüchern erfahren wir genauer noch, dass Hannibal durch eine gewisse Originalität, zu kämpfen, auf die das römische Volk nicht eingerichtet war, seine überraschenden Erfolge zu erringen wusste. Eines Tages warf er in der Seeschlacht irdene Töpfe auf die Schiffe des Feindes. Darob lachte dieser anfangs. Als die Töpfe aber zerbrachen, und nunmehr der gräuliche Inhalt, giftige Schlangen aus der libyschen Wüste, sich an den Kämpfern emporwand, hatte das Lachen ein Ende, und Hannibal gewann die Schlacht.

Auch dem bedrängten deutschen Bürgertum ist ein Hannibal erstanden. Er nennt sich *Reichsverband gegen die Sozialdemokratie* und dankt seine Erfolge einer Taktik, auf die wir nicht eingerichtet waren. Wir konnten uns zwar auch bisher nicht über allzugrosse Ritterlichkeit im Wahlkampfe beklagen, empfanden darüber auch gar keine besondere Verwundernuss. Was wollten wir denn auch? Wir schritten 1890, 1893, 1898 vorwärts und heimsten 1903 einen als ganz unbändig betrachteten Erfolg ein. Einen Erfolg, der die Gegner zu der Ansicht brachte, dass es jetzt biegen oder brechen heisse. Eine illustre Gesellschaft, in der so berühmte Namen, wie Beumer, Jenke, Pauli, Zedlitz usw., hervorleuchteten, schloss sich zum *Reichsverband* zusammen. Als der Verband seine ersten Töpfe warf, lachten wir. Heute lachen wir nicht mehr. Es ist geschehen, was wir nicht für möglich hielten: Schmutz und Gift haben das Vaterland mit retten helfen. In konzentrierter Form tischte der *Reichsverband* fürs erste den alten Unsinn auf: Die Sozialdemokraten wollen Ehe und Familie beseitigen, die Religion abschaffen, dem Deutschen das Vaterland nehmen, ihm Haus, Hof, Feld, Vieh und Spargroschen rauben. Die Sozial-

demokraten empfehlen den Meineid, wenn er zum Nutzen der Partei geschworen wird, sie halten es mit den Feinden des Volkes, ihr Ziel geht über Leichen. Das ist der Inhalt eines einzigen *Reichsverbands*flugblattes. Handgreifliche Unwahrheiten, die vor Jahrzehnten schon hundertmal widerlegt waren, und deren sich bei den letzten Wahlen selbst die Konservativen nicht bedient hatten, wurden wieder aus der Rumpelkammer der siebziger Jahre hervorgeholt und wirkten auf einen Teil des Volkes, als ob sie neue Offenbarungen wären. Hinzu kam, dass der *Reichsverband* diese Kampfmethode noch in besonderer Richtung in ein System brachte, dessen die Gegner sich, was zu ihrer Ehre gesagt werden muss, mit wenigen Ausnahmen bis dahin ebenfalls geschämt hatten. Er organisierte die Angriffe auf das Privatleben der sozialdemokratischen Führer. Lügen, wie die, dass Bock in Gotha ein Steuerdefraudant sei, R. Fischer ein Arbeiterschinder, Bebel in seiner fabelhaften Villa ein despotischer Sybarit, Lügen, dass sozialdemokratische Leiter in Krankenkassen, Gewerkschaften und Genossenschaften ihr Amt missbrauchten, um den Arbeiter zu bestehlen, wurden in Millionen Flugblättern systematisch bis in den letzten Krämerladen, die letzte Gebirgshütte getragen und riefen Handwerksmeister, Kleinbauern und Handlungsgehilfen auf die Beine.

In den Tagen der Haupt- und Stichwahl wurde der Erfolg des *Reichsverbandes* offenbar: Die Sozialdemokratie war trotz Stimmenzuwachs von 81 (zuletzt 79) auf 43 Reichstagsmandate zurückgedrängt worden. Zum erstenmal seit den Tagen sozialistengesetzlicher Brutalität hatte der Grosskapitalismus für das Geld, das er für den Reichstagswahlkampf aufs Spesenkonto setzte, etwas gehabt, dank der Organisation des *Reichsverbandes.* Die Taktik der irdenen Töpfe hatte sich glänzend bewährt. Die krasse Ignoranz, der blutige Dilettantismus des *Reichsverbandes,* von dem Max Lorenz im Oktober 1906 sprach, hatten zwar, wie dieser Sozialistenfeind damals prophezeite, durch ihr niedriges Niveau zu schweren politischen und sittlichen Schädigungen der Wählermasse und des deutschen Volkes geführt, jedoch die weitere Prophezeiung, dass sie der Sozialdemokratie ein Sprungbrett zu weiteren Erfolgen böten, in bezug auf die Zahl der Reichstagsmandate glänzend Lügen gestraft. Sicherlich haben wir dem *Reichsverband* durch unsere inneren Streitigkeiten und durch andere Fehler seine Aufgabe bedeutend erleichtert, und es ist nur in der Ordnung, dass wir jetzt strenge Selbstkritik üben, um für die Folge diese Schäden auszugleichen. Man darf darum aber nicht das Vorgehen der Gegner vergessen. Es war eine Unterlassungssünde, dass wir den *Reichsverband* von vornherein ganz falsch eingeschätzt haben. Dann durften wir auch nicht übersehen, dass es für uns eine physische Unmöglichkeit war, den grossen Wahlerfolg von 1903 zu verdauen. Auch da liegt eine Erklärung für die überraschende Niederlage von 1907, die uns, wie ich gleich vorweg behaupten will, überaus heilsam und nützlich sein wird. Das soll uns ein wenig beruhigen, nachdem die erste Bestürzung vorüber ist. Unsere Niederlage ist eine gesunde geschichtliche Notwendigkeit. Und dass ausgerechnet der *Reichsverband* es sein muss, dem die alte Welt noch einmal einen unerwarteten Erfolg mit zu danken hat, auch das kann uns im Grunde nur freuen. Schlimmer wäre es gewesen, wenn uns ein Gegner hätte erstehen können, der kraft wirkungsvoller und nicht gut zu widerlegender Argumente in die Reihen unserer Arbeiterschaft dauernd Verwirrung zu tragen im stande wäre. Hieran zu denken, ist unserem heutigen

Gegner aber kaum im Traume eingefallen, er hat sich mit seinem Helfershelfer, der Regierung, darauf beschränken müssen, die berühmte *Partei der Nichtwähler,* die bisher hinter dem Ofen gesessen hat, in der Anzahl von fast 4000 durchschnittlich in jedem Wahlkreise auf die Beine zu bringen, wogegen wir in jedem Wahlkreise nur etwa 600 Rekruten zu stellen vermochten. In der Tatsache, dass statt der 75,8 % der Wahlberechtigten vom Jahre 1903 diesmal 85 % an die Wahlurne gingen, liegt, zahlenmässig ausgedrückt, der Sieg des Bürgertums. Dass die Gegner uns kraft der Überzahl überrennen können, ist schmerzlich; verkehrt wäre es aber, aus diesem Unglück auf das Aufhören der Werbekraft unserer Ideen schliessen zu wollen. Eine reelle Rechnung, die mir als notwendige Abschweifung gestattet sei, zeigt, dass wir zu Zeiten, wo uns der Misserfolg durchaus nicht so schlimm vorkam, weit schlechter abgeschnitten haben.

Seit dem Tiefstand von 1881 haben wir einen ständigen Aufstieg unserer Stimmenzahl zu verzeichnen, eine Erscheinung, deren sich keine einzige andere politische Partei Deutschlands rühmen kann. Die Zahlen lauten, wie folgt: 1881: 311 961, 1884: 549 990, 1887: 763 128, 1890: 1 427 298, 1893: 1 786 738, 1898: 2 107 076, 1903: 3 011 114, 1907: 3 258 968. Unsere Zunahme an Stimmen betrug in jedem der 397 Reichstagswahlkreise durchschnittlich in runden Zahlen 1881 bis 1884: 200 (3 Jahre), 1884 bis 1887: 260 (2¼ Jahre), 1887 bis 1890: 550 (3 Jahre), 1890 bis 1893: 260 (3½ Jahre), 1893 bis 1898: 110 (5 Jahre), 1898 bis 1903: 450 (5 Jahre), 1903 bis 1907: 180 (3½ Jahre). Der jährliche Durchschnitt der Zunahme an Wählern in den 25 Jahren von 1881 bis 1907 würde pro Wahlkreis 287 betragen, doch hat eine Durchschnittsberechnung wenig Wert, da von den 7 Legislaturperioden des Reichstags, die hier in Betracht gezogen sind, nicht weniger als 5 unter den Durchschnitt fallen, davon 3 ganz erheblich. Nur 2 Perioden gehen, und zwar wiederum ganz erheblich, über den Durchschnitt hinaus. Seltsame Bilder bietet im einzelnen die vorstehende Übersicht. Die Periode von 1881 bis 1884, die uns hohen Jubels wert schien, kommt in der retrospektiven Würdigung der Erfolge erst an die fünfte Stelle, eben vor die von manchem so sehr bejammerte von 1903 bis 1907. Diese stellt sich sogar um ganz bedeutend besser dar, als die von 1893 bis 1898, die gemeinhin als eine Periode ruhigen, sicheren Fortschreitens betrachtet wird, aber nur den fünften Teil der Werbekraft der sozialistengesetzlichen Periode 1887 bis 1890 aufwies, die wiederum selbst den vermeintlich beispiellosen Aufschwung der vorletzten Legislaturperiode 1898 bis 1903 noch um ein beträchtliches Stück hinter sich lässt.

Alles in allem ergibt sich, dass der Aufschwung der Partei, soweit er sich in den Wählerzahlen ankündigt, an grosser Unstetigkeit leidet. Es ist das Gegenteil von Regelmässigkeit in der Entwickelung, wenn sie in so verschiedenen Ziffern zu tage tritt, wie vorstehend, wenn die Werbekraft der Partei sich zum Beispiel in 2 räumlich von einander gar nicht weit entfernten Perioden verhält wie 1 zu 5 und von 2 neben einander liegenden wie 1 zu 4. Woher diese seltsamen Erscheinungen? Warum musste die Werbekraft der Partei sich von 1887 bis 1890 mehr als verdoppeln, warum sank sie gegenüber dieser Periode von 1890 bis 1893 auf mehr als die Hälfte, in der folgenden gar auf ein Fünftel herab, warum vervierfachte sich dann der Elan, um dann wieder auf zwei Fünftel des Vierfachen zu sinken? Auf diese Fragen lässt sich schwer eine

ausreichende Antwort finden; weder aus unserem eigenen Verhalten, noch aus dem unserer Gegner, noch wohl auch aus dem Grade der wirtschaftlichen Entwickelung sind bindende Schlüsse zu ziehen. Nach den Wahlen von 1890 hatten wir ähnliche Unannehmlichkeiten, wie nach denen von 1903; damals der Konflikt mit den *Jungen*, diesmal die Streitigkeiten in Dresden usw. Dennoch entsprach der Fortschritt der Partei bei den Wahlen von 1893 so ziemlich dem Durchschnitt, während er bei den Wahlen von 1898, in der Zeit, wo das Wort vom *Schweineglück* der Sozialdemokratie aufkam, wo die Umsturzvorlage erledigt war und der *Zuchthauskurs* einsetzte, geradezu beispiellos gering war. Noch eine Absonderlichkeit: Die Zahl unserer Reichstagsmandate, die doch von allen Zufälligkeiten des Stichwahlhandels abhängig ist, stieg seit 1881 in massvoller Regelmässigkeit, die nur 1887 und 1907 durch den Appell an den Nichtwähler eine Störung erlitt. Wenn dieser sich seiner Passivität entkleidet, wählt er gouvernemental; erst wenn er sich später die Augen vom Schlaf gereinigt hat, findet er ein Haar im Vertrauen zur Regierung.

Was ist nun zu tun, sowohl dem von *Reichsverband* aufgeregten *Nichtwähler* gegenüber, als auch gegen die Unsicherheit, die in unserer Stimmenzunahme zu tage tritt? Wir brauchen den *Nichtwähler* wirklich nicht durch *Ruppigkeit* noch mehr kopfscheu zu machen. Soweit er zu den proletarischen Schichten der Bevölkerung gehört, wird er dann zu uns kommen; ist er Mittelständler, so legt er sich entweder wieder auf die Bärenhaut, oder er hilft die *Ordnungs*parteien verstärken, oder er schlägt sich in dem Teil, dem wirtschaftliche Erkenntnis die Augen völlig öffnet, auf unsere Seite. Was die Unregelmässigkeit im Zustrom zur roten Fahne anlangt, so mag es sonderbar klingen, ist aber Wahrheit: Am bedenklichsten ist uns ein massenhafter Zuwachs wie bei den Wahlen von 1890 und 1903, da er einen grossen Teil der Parteigenossen verleitet, sich über die wirkliche Stärke nicht nur der Partei, sondern der gesamten Arbeiterbewegung Täuschungen hinzugeben. Stehen wir nun auch bei der Frage nach den Ursachen der Unregelmässigkeit ohne entscheidende Antwort da, so sind die Mittel zur Verhinderung unangenehmer Folgen und im weiteren zur Abhilfe doch gegeben. Sie liegen in der Stärkung der Organisationen, in der Ausdehnung und Systematisierung der Agitation, in tunlichster Vermeidung eigener Schädigungen. Das klingt zum Lachen banal; wer aber etwas Besseres weiss, möge mit seinem Rezept hervortreten. Eine Systematisierung unserer Agitation ist notwendig, schon um die Lügengewebe des *Reichsverbands* zu zerstören, und so unangenehm es uns sein mag, dass wir nicht allein die Sünden der bürgerlichen Parteien, sondern auch die der Ordnungsstützen im einzelnen beleuchten, so müssen wir unseren Feinden wohl oder übel schon auf die Fährte gehen. Wohlgemerkt: ich habe nur die politischen Sünden im Auge. Nur mit diesen haben wir uns zu beschäftigen; persönliche Verfehlungen haben für uns stets ausser Betracht zu bleiben. Auch in diesem Punkte müssen wir, im Gegensatz zum *Reichsverband* und seinen Freunden, uns als Kulturpartei erweisen.

Nun hätten die Agenten des *Reichsverbandes* sich allerdings erfolglos den Hals wund reden können, wenn ihre Rede nicht dem Philister Musik in den Ohren gewesen wäre. Sein Erwachen ist zum guten Teil der Erstarkung der Arbeiterorganisationen zuzuschreiben. Soweit er selbständig oder Meisterknecht ist, haben die Arbeiter nicht allein in Gewerkschaften, sondern auch in Kon-

sumgenossenschaften ihm Kopfzerbrechen bereitet. Schlimm, sehr schlimm, dass nicht nur das Grosskapital, sondern auch der organisierte Arbeiter den *kleinen Krauter* arg bedrängt. Da war es zur Wahlzeit eine Wonne, zu vernehmen, dass die Leiter der Gewerkschaften usw. sich von Arbeitergroschen mästen. Vielleicht, dass solche Rede, wenn sie an allen Ecken und Enden Deutschlands wiederholt wird, den Arbeiter derart irre führt, dass er der Organisation den Rücken kehrt. Diese Freude wird nun ausbleiben. Im Gegenteil wird ein natürlicher Tätigkeitstrieb den Arbeiter anspornen, sich in der nächsten Zeit mit ganz besonderem Eifer auf den Ausbau seiner politischen, gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Organisationen zu legen. Schon das Gefühl, dass er im Parlament in der nächsten Zeit weniger einflussreich ist, als bisher, drängt ihn auf den Boden praktischer Tätigkeit und treibt ihn, den von der *Partei der Nichtwähler* bei den Reichstagswahlen angerichteten Schaden wieder wett zu machen.

Und in dieser ganz bestimmt auch den Zustrom zur Sozialdemokratie organisierenden Tätigkeit wird der Arbeiter Erfolge erzielen, die seinen Feinden weit ärger auf dem Magen liegen müssen, als der befürchtete, aber ausgebliebene Erfolg bei den Reichstagswahlen. Daran wird auch die Regierung, die jetzt in der Thronrede in naiver oder bewusster Selbsttäuschung andere oder sich selber glauben machen will, die Sozialdemokratie hätte noch »nichts für sie [die Arbeiterklasse] und für den Kulturfortschritt geleistet«, wenig ändern. Betrachtet man die Zahlen, die tagtäglich von einem früher unerhörten Anwachsen namentlich der Wahlvereine und Gewerkschaften berichten, rechnet man hierzu noch den Aufschwung, den überall im Lande die sozialdemokratische Arbeiterpresse genommen hat, so wirkt das Resultat der Reichstagswahlen wie eine zwar schlimme, aber schliesslich wieder gut zu machende Störung, die letzten Endes sogar fördernd auf den Gang der Entwickelung einwirken kann. Darüber zu reden, wie dieser Gang etwa die Struktur der Sozialdemokratie beeinflussen wird, führte heute zu weit. Vorläufig genügt uns die feste Zuversicht, dass die unter sozialdemokratischer Parole organisierte Arbeiterschaft gefestigt auch aus dem hinter uns liegenden Kampf hervorgeht, und dass die *Reichsverbands*episode der deutschen Geschichte mit Naturnotwendigkeit nicht den Unterdrückern des deutschen Volkes, sondern seinem Erlöser, dem Sozialismus, zum Heil ausschlagen wird.

××××××××××××××××××××××××××××××××××××××

EDUARD BERNSTEIN · DER WAHLKAMPF UND DAS MANDAT


UNTER zwei Gesichtspunkten ist das Ergebnis eines Wahlkampfs zu betrachten: unter dem rein arithmetischen der Gegenüberstellung der Wählerstimmen und Mandate der Parteien und unter dem der politisch-psychologischen Dynamik, die das moralische Kräfteverhältnis der Parteien und ihre Gravitationsbeziehungen zu einander betrifft. Mit dem ersten kommt man schnell zu stande, das zweite ist bei so verwickelten Parteiverhältnissen, wie wir sie im Reichstag haben, selten gleich nach erledigtem Kampf festzustellen.

In der Sozialdemokratie ist man sehr geneigt, die Arithmetik der Wahlen zu überschätzen und ihre psychologische Bedeutung zu unterschätzen. Wir sind

durch unsere ganze theoretische Erziehung zum Aufgehen in die Beschäftigung mit der Zahl angelegt. Die Statistik ist unsere Göttin, der wir ja auch unendlich viel verdanken, deren Kultus man aber sehr übertreiben kann. Die Zahl ist ein unerlässliches Hilfsmittel in der Wissenschaft von den Kräften, aber sie ist nicht die Wissenschaft selbst. So auch in der Politik. Ohne Statistik keine wissenschaftliche Politik, aber die Statistik ist kein untrüglicher Wegweiser in der Politik. Es wäre denn auch der Mühe wert, zu untersuchen, inwieweit einseitig statistisches Denken zu den Verlusten beigetragen hat, die die Sozialdemokratie in diesem Wahlkampf erlitten hat.

Unter dem Gesichtspunkt der Statistik der Wählerstimmen ist das Wahlergebnis von 1907 für die Sozialdemokratie zwar nicht zufriedenstellend, aber doch erträglich. Nach dem unverhältnismässig grossen Emporschnellen von 1903 ist das Eintreten einer Pause im Wachstum begreiflich genug, und, auf eine längere Periode berechnet, übersteigt der Aufschwung des Wählerstimmenkontingents der Partei noch immer die Norm. Der Anteil der sozialdemokratischen Stimmen an der Gesamtzahl der Wahlberechtigten zeigt seit 1890 folgende Entwickelung: 1890 14,07 %, 1893 16,76 %, 1898 18,47 %, 1903 24,03 % und 1907 24,24 %. 1893 gegen 1890 und 1898 gegen 1893 zeigen eine ziemlich gleichmässige Zunahme, die Rate steigt um je durchschnittlich 2 %, 1903 schnellt sie um über 5½ % in die Höhe. Bei gleichbleibender Norm des Zuwachses hätte der sozialdemokratische Anteil 1903 etwa 20 bis 21, 1907 zwischen 22 und 23 % der Wahlberechtigten betragen. Der diesmal erreichte Satz von 24,24 % lässt daher immer noch die Kurve des wirklichen Wachstums oberhalb jener Norm.

So weit, so gut. Wir brauchen unsere Harfe noch nicht an Babels Weiden aufzuhängen. Nun aber die andere Seite. Die Sozialdemokratie hat, was die Wahlsitze betrifft, im Wahlkampf diesmal gegen 1903 einen Rückgang von 81 auf 43, das heisst um 47 %, erlitten. Dieser Verlust ist, seit das Deutsche Reich besteht, nur einmal übertroffen worden, nämlich bei den Septennatswahlen von 1887, wo die Zahl der von der Sozialdemokratie erkämpften Wahlsitze gegen die der letztvorhergegangenen Wahl von 24 auf 11, das heisst um 54 %, fiel. Mit diesen Septennatswahlen hat man denn auch die diesjährigen Wahlen in Vergleich gestellt, und an Parallelerscheinungen mit ihnen fehlte es diesmal gewiss nicht. Zugleich aber auch nicht an wesentlichen Differenzpunkten.

Der eine liegt auf dem Gebiet der politischen Arithmetik. 1887 war der Mandatsverlust der Sozialdemokratie relativ grösser, als 1907, aber hinsichtlich der Wählerstimmen hatte die Partei damals kein nennenswertes Nachlassen im Aufstieg zu verzeichnen. Der Zuwachs überstieg, wenn wir die unter ganz anormalen Verhältnissen erfolgten Wahlen des Jahres 1881 bei seite lassen, den des Durchschnitts der vorhergegangenen Wahlen absolut und relativ um ein bedeutendes. Und dies, obwohl die Regierung und die Regierungsparteien damals eine Wahlparole von wesentlich stärkerer Eindruckskraft in die Massen geworfen hatten, als jetzt. Der Franzosenschrecken, mit dem von seiten Bismarcks damals gearbeitet wurde, und die Art, wie er ausgespielt wurde, waren denn doch mehr geeignet, auf die Wähler einzuwirken, als diesmal die *Hottentottengefahr*. In Frankreich war General Boulanger zu aussergewöhnlich starkem Einfluss gelangt, das Volk sah in ihm, der damals sich noch nicht mit den Monarchisten

eingelassen hatte, faktisch den Organisator der *Revanche*. Das hiess noch nicht, dass die leitenden Staatsmänner der Republik daran dachten, Deutschland bei nächster Gelegenheit mit Krieg zu überfallen — die weitere Entwickelung der Dinge in Frankreich hat vielmehr gezeigt, dass die massgebenden Persönlichkeiten im republikanischen Lager von solcher Abenteurerpolitik nichts wissen wollten —, aber die Popularität Boulangers bei den Massen gab doch der Agitation in Deutschland einen Schein von Berechtigung: die Friedensidee war in Frankreich noch nicht zu jener dominierenden Macht gelangt, die sie heute dort ausübt. Wenn also in solcher Weltlage die Sozialdemokratie in Deutschland ohne Presse von irgend welcher Bedeutung und fast ohne Versammlungen ihre Stimmenzahl bei der Wahl um 40 % vermehren konnte (von 550 000 auf 763 000), so war das in der Tat ein Riesenerfolg, dessen Bedeutung sich auch die Gegner nicht verhehlten, und mit dem sich der Stimmengewinn von 1907 nicht messen kann. Damals konnte die Partei mit Recht dem Stimmengewinn gegenüber den Mandatsverlust als untergeordnet behandeln. Ihre moralische Position im Reichstag wurde durch ihn nicht berührt. Die allgemeine Verschiebung des Kräfteverhältnisses der Parteien im Reichstag, die Verstärkung der Kartellparteien um 67 Mandate, nahm der Gruppe der Sozialdemokraten die Möglichkeit, in gleicher Weise, wie im vorhergegangenen Reichstag, zwischen Regierungskartell und bürgerlicher Opposition gelegentlich das Zünglein in der Wage zu bilden, auch konnte sie nicht mehr aus eigener Kraft Anträge stellen, aber grosse praktische Bedeutung hatte das zu jener Zeit nicht. Denn auch im Reichstag von 1884 hatte die Fraktion der Sozialdemokraten noch im wesentlichen die Stellung einer ausserhalb des parlamentarischen Triebwerkes stehenden Protestpartei eingenommen. Das Ausnahmegesetz, unter dem die Partei draussen im Lande stand, bestimmte auch ihre Rolle im Hause. Nur zögernd und mit Auswahl hatte sie nach den Wahlen von 1884 von dem Recht, Vertreter in die verschiedenen Kommissionen des Reichstags zu entsenden, Gebrauch gemacht, womit sie aber einem ansehnlichen Teil der Genossen im Lande schon zu weit in den parlamentarischen *Sumpf* geraten war, und Proteste aus diesen Kreisen, sowie der Ausgang des Freiburger Geheimbundprozesses, der im Herbst 1886 6 von den damals 24 Abgeordneten der Partei, nämlich Auer, Bebel, Dietz, Frohme, Viereck und Vollmar, ins Gefängnis brachte, hatten denn auch die Wirkung, dass unsere Fraktion im Reichstag, bildlich gesprochen, wieder mehr eine Gruppe von *Outsiders* wurde. So konnte die Verringerung ihrer Mandate an ihrer Position im Parlament wenig ändern und nichts verschlechtern. Auch als sie 24 Mitglieder zählte, hatte man bei der Verteilung der Plätze im Reichstag den Anspruch der sozialdemokratischen Gruppe, auf dem äussersten linken Flügel des Hauses sich niederzulassen, unberücksichtigt gelassen und ihr Plätze im äussersten Winkel, hinter den Bänken der Freisinnigen, angewiesen. Dort sassen nun auch die 1887 gewählten 11 Abgeordneten der Partei. Die Verringerung der Zahl hatte ihre Stellung im Hause und dessen politisches Gefüge nicht verändert, hinter ihnen aber stand ein um 40 % gestiegenes Heer von Wählern der Partei und erhöhte entsprechend das Gewicht ihrer Reden.

Seitdem haben 4 Wahlen, die von 1890, 1893, 1898, 1903, die Reichstagsvertretung der deutschen Sozialdemokratie in ununterbrochener Steigerung bis zu

einer Fraktion von 81 Mitgliedern emporgebracht. Vor 1890 weist die Kurve der Reichstagsvertretung der Sozialdemokratie eine Zickzackbewegung auf, von 1890 ab wird sie eine beharrlich aufsteigende Linie, gegenüber der die jetzt erfolgte jähe Senkung auf die Höhenlinie von 1893 um so stärker absticht. Wer sich die Kurve auf Grund der Reichstagswahlstatistik aufzeichnet, der wird auch inne werden, dass die politisch-psychologische Wirkung der Senkung von 1907 eine ganz andere sein muss, als die der Senkung von 1887. Dank dem seit 1890 erfolgten Anwachsen der sozialdemokratischen Reichstagsvertretung hat sich diese einen immer grösseren Einfluss auf den Gang der parlamentarischen Geschäfte des Reichstags erobert. Äusserlich fand dies Wachstum der Fraktion dadurch seine Anerkennung, dass man ihr, nachdem sie an Mitgliederzahl das dritte Dutzend überschritten hatte, nun nicht mehr im Reichstag das Recht einer vollwertigen parlamentarischen Fraktion vorenthielt. Sie erhielt jetzt den von ihr verlangten Platz als äusserster linker Flügel des Hauses. Damit zugleich trat sie aber auch nun vollständig als parlamentarische, oder sagen wir lieber, um keine falsche Vorstellung zu erwecken, als parlamentarisch arbeitende Partei auf. Sie entsandte Mitglieder in alle Reichstagskommissionen, und diese sozialdemokratischen Kommissionsmitglieder beteiligten sich regelrecht an den Debatten und übernahmen, gleich den Vertretern anderer Parteien, Geschäftsämter (Schriftführung, Berichterstattung, Vorsitz) in den Kommissionen. Die Platzveränderung im Haus erhielt so eine symbolische Bedeutung: sie zeigte die bedeutungsvolle Tatsache an, dass die sozialdemokratische Fraktion definitiv in den Bannkreis des Parlamentarismus eingetreten war.

Weder die Fraktion, noch die Sozialdemokratie als Partei oder Klassenbewegung hat unter der Wirkung dieses Schritts an Leib oder Seele Schaden gelitten. Es handelte sich bei ihm vielmehr um einen Entwickelungsvorgang, der eine natürliche Folge des vollzogenen Wachstums der Partei und die notwendige Vorbedingung weiteren Wachstums für sie war. Mit dem Wachstum jeder Partei wachsen auch die Ansprüche, die an sie gestellt werden; ein immer grösserer Bruchteil der Bevölkerung erwartet von ihr Geltendmachung seiner Interessen bei jeder sich darbietenden Gelegenheit. Da aber die Interessen der Arbeiterklasse und der ihr wesensverwandten Gesellschaftsklassen faktisch durch alle möglichen Fragen der Gesetzgebung berührt werden, so wäre bei einer Politik des bloss negierenden Protestes die Sozialdemokratie nun und nimmer die starke Partei geworden, die sie heute ist. Früher oder später hätte sich mit Notwendigkeit eine parlamentarische Arbeiterpartei neben ihr entwickelt und an Kraft gewonnen, sofern nicht irgend welche bürgerlich-demokratische Reformpartei grosse Teile der ringenden Arbeiterschaft an ihre Fahne gekettet hätte. Parteien, die nationalistische oder ähnliche Rechtsinteressen vertreten, können lange Zeit im negierenden Protest verharren, ohne dadurch Schaden zu leiden, obwohl es, wie die Geschichte der Welfenpartei zeigt, auch dafür bestimmte Grenzen gibt, und ausserdem kennen solche Parteien kein Wachstum über das der bestimmten Nationalität oder Sondergruppe hinaus. Für eine Partei aber, die eine grosse, sich entwickelnde Gesellschaftsklasse vertritt, ist dagegen der negierende Protest nur unter bestimmten Ausnahmezuständen aufrechtzuerhalten, verharrt sie darüber hinaus bei ihm, so stösst sie die Klasse von sich ab, denn Klassen leben nicht vom

Protest. Aus diesem Grunde musste die Sozialdemokratie immer mehr parlamentarisch arbeitende Partei werden. Es ist das nicht auf Grund eines willkürlich formulierten Kongressbeschlusses oder einer vorher ausgearbeiteten Theorie geschehen, sondern hat sich als natürliche Folge des Wachstums der Partei, in der ja das antiparlamentarische Schlagwort lange Zeit eine grosse Rolle gespielt hat und hier und da sogar noch spielt, gleichsam von selbst eingestellt. Nicht ohne in den Reihen der Partei allerhand Einwände und manches Herzeleid hervorzurufen. Aber mit zwingender Gewalt. Denn hier gibt es ein Gesetz der Konsequenzen, dem sich die Partei nur dadurch entziehen könnte, dass sie den ersten Sündenschritt, den Eintritt ins Parlament, verfemte. Wie es aber dann um sie stände, kann man sich leicht ausmalen.

Ein Parteiblatt hat den Satz aufgestellt, der Verlust der 36 oder 38 Reichstagsmandate habe für die Sozialdemokratie nichts auf sich. Auf die Zahl der Abgeordneten komme es gar nicht an, was 79 Abgeordnete konnten, das würden 43 Abgeordnete auch fertig bringen. Eine grundverkehrte Ansicht, der nicht entschieden genug entgegengetreten werden kann. Gewiss, die Sozialdemokratie behält genug Vertreter im Reichstag, um bei allen Gelegenheiten, die ihnen wichtig genug erscheinen, ihre kritische Stimme zu erheben. Keine Etatsforderung, keine Gesetzesvorlage, keine Interpellation, bei deren Beratung die sozialdemokratische Kritik nicht kraftvoll geltend gemacht werden wird. Das hat die Reichstagsfraktion getan, als sie noch sehr viel weniger Vertreter im Hause hatte, und daran wird sie es jetzt selbstverständlich nicht fehlen lassen. Aber ist das alles? 79 Abgeordnete waren der fünfte Teil, 43 sind noch nicht der neunte Teil der Mitglieder des Reichstags. Bei der Zumessung aller Rechte, die nach dem Reichstagsbrauch den Parteien im Verhältnis ihrer Kopfstärke eingeräumt werden, kommt die Sozialdemokratie im neuen Reichstag dementsprechend schlechter weg, als im vorigen. In den 28köpfigen Kommissionen, wo sie dort 6 Mitglieder hatte, wird sie fortan nur 3 Mitglieder haben, in den 21köpfigen nur 2 statt 3 usw. usw. Das heisst, es wird die Arbeitslast für die einzelnen sozialdemokratischen Kommissionsmitglieder erhöht, die Durchführung einer die Leistungsfähigkeit steigernden Arbeitsteilung erschwert, in manchen Fällen sogar unmöglich gemacht. Bei den Anforderungen, welche die Dreimillionenpartei an ihre Vertretung im Reichstag stellt und — heute mehr, als je — stellen muss, ein grosser Nachteil. Wer der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion im vorigen Reichstag angehört hat, den wird es oft mit Stolz erfüllt haben, wie dies Prinzip der Arbeitsteilung von ihr durchgeführt war — keine andere Partei konnte es darin mit ihr aufnehmen —, und ich halte es für einen grossen Schaden und bedauere es sehr, dass die neue Fraktion hierin so viel schlechter gestellt sein wird. Dies um so mehr, als auch im Plenum des Reichstags die neue Reichstagsfraktion voraussichtlich einen schweren Stand haben wird, und zwar nicht nur schwerer, als im vorigen Reichstag, sondern auch als in dessen beiden Vorgängern. Jedes Selbstverschweigen dieses Umstandes kann nur schaden. Als die Sozialdemokratie 1893 44 Mann stark in den Reichstag einrückte, war das eine bis dahin unerreichte und für unerhört betrachtete Zahl. Heute sind 43 eine zusammengeschmolzene Truppe, und unsere Gegner müssten von anderem Kaliber sein, als sie sind, wenn sie unsere Abgeordneten das nicht bei jeder möglichen Weise empfinden lassen würden.

Warum ich das hervorhebe? Selbstverständlich nicht, um Entmutigung zu predigen. Das wäre mir der rechte Sozialdemokrat, der sich durch erschwerte Kampfbedingungen entmutigen liesse! Unsere Partei hat schon andere Schläge aushalten müssen, als diesen, und siegreich überwunden. Wie ich in Breslau am Wahlabende ausführte: wer 1878 miterlebt hat, den kann 1907 keinen Augenblick erschüttern, der ist gegen alle Wechselfälle des Kampfes gestählt. Die Geschichte des Attentatsjahres und der Attentatswahl soll man denjenigen in die Hand geben, die zur Kopfhängerei Anlass zu haben glauben. Sie wird sie ihnen austreiben. Aber wir sollen den Dingen offen ins Gesicht sehen. Es heisst uns selbst belügen, wenn man sagt, dass der Mandatsverlust für die Sozialdemokratie bedeutungslos sei. Er ist nicht bedeutungslos, er ist ein Schlag, den so bald, als möglich, wettzumachen die Sozialdemokratie mit aller nur möglichen Energie anstreben muss. Soll sie das aber, so braucht sie den letzten Mann, den sie noch ohne Preisgabe ihres Wesens zur Stimmabgabe für ihre Kandidaten gewinnen kann.

Was ich im vorigen Heft dieser Zeitschrift über den Verlust an Mitläufern der Sozialdemokratie geschrieben habe, hat mir vom *Vorwärts* und anderen Parteiblättern allerhand Entgegnungen zugezogen. Ich kann den Kritikern nur eines zugeben, womit aber nur getroffen wird, was jener Artikel gar nicht prätendierte: nämlich, dass er den Komplex von Ursachen, die das relative Zurückbleiben der Sozialdemokratie beim Gewinn neuer Wähler herbeigeführt haben, nicht erschöpft habe. Das hat er nicht getan, aber das zu tun, hat er auch nicht beansprucht. Wahlen sind stets eine Resultante aus vielen Faktoren, namentlich in einem Lande, wie Deutschland, wo in den einzelnen Landesteilen die Volksklassen so verschiedenartig gemischt sind und in verschiedenem Verhältnis auf einander wirken. Es kann sich daher bei der wertenden Betrachtung des Gesamtbildes hier nur darum handeln, die dominierende Note, die allgemeine charakteristische Erscheinung des Wahlaktes herauszufinden. Und das war bei dieser Wahl das veränderte Verhältnis im Aufgebot der Mitläufer.

Nun bestreiten mir der *Vorwärts* und einige andere Blätter die Triftigkeit dessen, was ich über die veränderte Haltung der bürgerlichen Jugend zur Sozialdemokratie gesagt habe. Die akademische und sonstige bürgerliche Jugend, schreiben sie, sei immer in ihrer grossen Mehrheit antisozialdemokratisch gewesen, in der Sozialdemokratie habe man stets wenig von ihr bemerkt, von einem Zuströmen sei da nie viel zu bemerken gewesen. Ich schlage den betreffenden Redaktionen vor, einmal in den volkswirtschaftlichen und staatswissenschaftlichen Seminaren der Universitäten Umfrage zu halten, wie sich dort, sage, vor 5 bis 10 Jahren der Prozentsatz der sozialistischen zu den nichtsozialistischen Studenten stellte, und wie heute, und dann wollen wir weiter darüber reden. Dass die Mehrheit der bürgerlichen Jugend auch früher antisozialistisch oder nichtsozialistisch war, ist selbstverständlich, niemand hat das Gegenteil behauptet. Aber auch in der Gegnerschaft gibt es noch Gradunterschiede, und ebenso gibt es solche in der Anhängerschaft. Direkt trat die letztere ja überhaupt nicht in die Erscheinung. Der sozialistische Student konnte früher so wenig Parteimitglied werden, wie heute, er bekräftigte seine Zugehörigkeit zur Partei auf andere Weise, so dass man sie trotzdem merkte, der nichtsozialistische Student verhielt sich in der grossen Mehrheit politisch indifferent. Diesmal aber arbeitete der letztere neben dem jungen Kaufmann etc.

mit Eifer als Schlepper für die bürgerlichen Parteien gegen die Sozialdemokratie. Der grosse Heerbann von neuen Mitläufern, den die bürgerlichen Parteien gegen die Sozialdemokratie aufboten, und mit deren Hilfe sie der Sozialdemokratie trotz erhöhter Stimmenzahl der letzteren Sitz über Sitz abnahmen, bestand selbstverständlich nicht aus jungen Kaufleuten, Ingenieuren und Studenten, sondern aus Kleingewerbtreibenden, kleinen Beamten, zurückgebliebenen oder verphilisterten Arbeitern und dergleichen. Aber der Werbedienst, die Arbeit in den Wahlschreibstuben etc., wurde in früher nicht gekanntem Grade von jener bürgerlichen Jugend verrichtet. Zum Teil auf Kommando und daher in vielen Fällen sicher wider Willen, zum nicht geringen Teil aber aus freiem Antrieb und mit grosser Hingabe. Das habe ich dort. wo ich tätig war, selbst beobachtet, und von anderwärts wird es bestätigt.

Ist es als Folge der *Zuspitzung des Klassenkampfes* zu betrachten? Ja und nein. In vielen Fällen, aber bei weitem nicht in allen, wird das veränderte Verhalten auf wirtschaftliche Motive zurückgeführt werden können. Die Gewerkschaftskämpfe haben sich in Deutschland an Zahl und Schärfe ungemein gesteigert, zugleich aber auch ist die Zahl der Tarifverträge im Steigen, und unter den Aufrufen gegen die Sozialdemokratie findet man viele Leute, die in fast allen grossen Gewerkschaftskämpfen der letzten Jahre sich auf die Seite der Arbeiter gestellt haben. Der Klassenkampf erklärt sehr viele Erscheinungen des politischen Kampfes, aber er deckt und erschöpft nicht alles. Schematisch aufgefasst und angewendet, wird selbst die tiefste Gesellschaftstheorie nur Mittel der Irreführung und Verdummung. In Breslau sind wir um die Reichstagsmandate durch eine politische Koalition gebracht worden, die sich gleich anfangs von den Urkonservativen bis zu den freisinnigen Volksparteilern linkster Observanz erstreckte, und der sich schliesslich auch noch das Zentrum zugesellte, das seine Leute aufforderte, gleich im ersten Wahlgang Mann für Mann für die Kandidaten des *nationalen* Kartells zu stimmen, und es dadurch herbeiführte, dass diese sofort in der Hauptwahl siegten. Mit einem Wort: wir hatten in Breslau alle nichtsozialistischen Parteien als eine kompakte Masse gegen uns. Trotzdem fällt es mir nicht ein, zu behaupten, uns sei Breslau durch die *eine reaktionäre Masse* abgenommen worden. Es war eine Gelegenheitskoalition, deren politische Charakterlosigkeit ich aufs schärfste gekennzeichnet habe, die aber die Besonderheit ihrer Einzelteile nicht aufgehoben hat und daher beim nächsten Mal wieder in die Brüche gehen kann. Was zum Beispiel den Freisinn in Breslau ohne Widerspruch im Hafen des Regierungskartells hat landen lassen, ist, neben gewissen örtlichen Konflikten, die durchaus nicht notwendig mit dem politisch-wirtschaftlichen Klassenkampf der Arbeiter verknüpft sind, die vom Fürsten Bülow in Aussicht gestellte Schwenkung der Regierung zum Liberalismus gewesen. Aus eigener Kraft, Seite an Seite mit der Sozialdemokratie der Regierung eine liberale Politik abzunötigen, dazu ist dem Freisinnsliberalismus das Kampforgan abhanden gekommen. Von lange her daran gewöhnt, den Segen von oben zu erhoffen, hat sich der Freisinn mit Inbrunst an den dargebotenen kleinen Finger Bülows geklammert, sich aber damit nicht, wie der Teufel im Sprichwort, dessen Hand versichert, sondern sich umgekehrt in dessen Hand geliefert. Ihn zu einer liberalen Politik zwingen kann er nicht, denn er hat bei Haupt- und Stichwahl den Parteien auf der Rechten so viele Mandate zugeschanzt, dass Fürst

Bülow zur Not immer seine aus Konservativen und dem Zentrum bestehende Mehrheit haben kann. Die braven Freisinnigen sind hinsichtlich der Belohnung für ihre Liebensdienste vollständig auf Bülows Loyalität alias Gnade angewiesen. Und da Bülow kein Unmensch ist, wird er so *loyal* sein und ihnen das $x$tel Liberalismus zukommen lassen. Aber wie gross wird dieses x sein?

Eine liberale Reichspolitik ist, wie jeder weiss, nur möglich in Verbindung mit einer liberalen Politik in Preussen, dem führenden deutschen Staate. Eine liberale Politik in Preussen aber, die nicht blosser Schein, keine blosse Spiegelfechterei sein soll, ist an eine Vorbedingung geknüpft: an die Demokratisierung des Wahlrechts. Solange das jetzige Dreiklassenwahlsystem mit seiner schreienden Bevorzugung des Besitzes in Stadt und Land, solange die jetzige Wahlkreiseinteilung mit ihrer verwerflichen Bevorzugung des platten Landes auf Kosten der Städte in Kraft bleiben, ist alles Versprechen von Liberalismus in Preussen elende Gaukelei. Keine noch so schön klingende Verfügung an die Landräte, die Liberalen bei der Wahl zu schonen, kann, keine Verfügung, die Liberalen zu bevorzugen, könnte eine gründliche Reform des Wahlsystems auch nur zeitweilig überflüssig machen. Denn solche Verfügungen können jeden Tag wieder aufgehoben werden. Verpflichtung zur Demokratisierung des Wahlrechts in Preussen wäre daher die *conditio sine qua non,* die eine liberale Partei, der es um ihren Liberalismus ernst wäre, unnachsichtlich und ohne Aufschub von einer Regierung fordern müsste, die ihre Unterstützung verlangt. Man braucht ja nur einen Vergleich zwischen den Wahlsystemen aller Nachbarstaaten und dem Wahlsystem Preussens zu ziehen, um zu der Überzeugung zu kommen, dass nichts begründeter, nichts zeitgemässer wäre, als wenn unsere Freisinnigen dem Kanzler, der ihnen einen Tanz auf dem liberalen Schlappseil in Aussicht gestellt hat, zuriefen *Hic Rhodus, hic salta!* Aber von den Freisinnigen ist irgend welches energische Vorgehen in dieser Hinsicht nicht zu erwarten. Ja, selbst den günstigsten Fall angenommen, der sich jetzt zum Erscheinen in dreieiniger Gestalt vorbereitende Freisinn schwänge sich zu einem solchen Ultimatum auf, und Bülow schenkte ihm Gehör, so würde es darüber doch höchstens zu einer Flickerei am preussischen Klassenwahlsystem kommen. Der Freisinn, der bei den Wahlen sich mit den blutigsten Reaktionären gegen die Sozialdemokratie verbündet hat, hat damit der Sache nach das demokratische Wahlrecht schon preisgegeben. Denn über einen Kampf für das demokratische Wahlrecht könnte ja die konservativliberale Mehrheit Bülows in die Brüche gehen. Duodezreformen, das ist das Äusserste, was von Bülows Liberalismus zu erwarten ist. Genau, wie die gegen die Sozialdemokratie gerichteten gesetzgeberischen Massregeln, an denen es nicht fehlen wird, voraussichtlich nur in kleinen Dosen zur Verabreichung kommen werden. Man wird es geflissentlich vermeiden, grosse Leidenschaften auszulösen. Die Massregeln werden solcher Art sein, dass sie von der ausserhalb der Sozialdemokratie und ihrer Einflusssphäre stehenden Arbeiterschaft nicht als Schädigungen der Arbeiterklasse werden erkannt werden. Sie werden womöglich, wie übrigens fast jede Reaktion, im Gewand von Freiheitsmassregeln präsentiert werden, als Schutz gegen *Terrorismus* und dergleichen. Die konservative Presse spielt schon mit Macht auf dieser Harfe, und der Freisinn sekundiert ihm auch hierbei wacker.

Hier liegt das Gefährliche der Situation angezeigt. Die Erfahrungen der letzten

Jahre haben gelehrt, dass selbst die stärksten der bisherigen ausserparlamentarischen Aktionen der organisierten Arbeiterschaft auf den Reichstag und seine Beschlüsse einflusslos bleiben, solche Massnahmen aber, welche die Masse der Arbeiterschaft zur spontanen Wahl von stärkeren Formen der Demonstration aufstacheln würden, wird man vermeiden. Man wird sich begnügen, das dünne Ende von Reaktionskeilen einzutreiben, und deren weiteres Eindringen der Zeit überlassen. Und das erheischt scharfes Aufpassen. Es ist ein Aberglaube, dass die Gesetzgebung den Entwickelungsgesetzen des Wirtschaftslebens gegenüber impotent sei. Sie kann das Rad der Entwickelung nicht zurückdrehen, sie kann gewisse Tendenzen, wie zum Beispiel die der zunehmenden Industrialisierung der Wirtschaft, nicht hindern, sich immer wieder durchzusetzen. Aber sie kann die Entwickelung verlangsamen, ihre Formen beeinflussen und in mancher Hinsicht sogar ihre Richtung ändern. Marx' Satz, dass die Gewalt ein ökonomischer Faktor sei, gilt auch hier. Wir wissen, was auf dem Gebiet der Arbeiterversicherung geplant ist, wir kennen die Tücken der Vorlage über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine. Es gibt noch andere Mittel, das zu fördern, worauf diese Pläne abzielen, nämlich die Einheit der Arbeiterbewegung zu durchbrechen, Keile in die heute geschlossenen Körper hineinzutreiben. Ich verspüre nicht das Bedürfnis, mich hier darüber weitläufig auszubreiten, aber wir brauchen uns darüber nicht zu täuschen, dass die Augen unserer Gegner in diesen Dingen heute sehr geschärft sind. Zur Verteidigung ihrer Interessen gegen die geschilderten Bestrebungen sind die Arbeiter heute auf die parlamentarische Vertretung ihrer Klasse, die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, angewiesen. Ohne eine starke Vertretung im Reichstag, welche mit geschärftem Blick die reaktionären Nebenzwecke von Vorlagen herausfindet, die scheinbar fortschrittlichen Charakter tragen, und mit zunehmender Stosskraft ihren Einspruch geltend machen kann, haben sie Nackenschläge aller Art zu gewärtigen. Daher ist das Gerede von der Gleichgültigkeit der zahlenmässigen Stärke der Reichstagsfraktion der Sozialdemokratie als grundverkehrt und in seinen Konsequenzen verderblich auf das energischste zu bekämpfen. Ich bin der letzte, der die Arbeiterschaft dazu erziehen möchte, alles vom Staat und der Gesetzgebung zu erwarten, niemand kann die organisierte wirtschaftliche Selbstbetätigung der Arbeiter höher einschätzen, als ich, aber niemals habe ich in das antiparlamentarische Gerede eingestimmt, das schon so manchen Arbeiter in das anarchistische Lager getrieben hat und in keinem Land weniger am Platze ist, als gerade in Deutschland, wo von anderer Seite nur zu gründlich dafür gesorgt wird, dass die Bäume des Parlamentarismus nicht in den Himmel wachsen.

Die Zahl allein ist nicht Qualität, aber sie ist ein Qualitätsfaktor, weil sie ein psychologischer Faktor ist. Die Fraktionsredner der Sozialdemokratie werden im neuen Reichstag prinzipiell nicht anders reden, als im alten, aber die Aufnahme ihrer Reden, ihre Wirkung im Haus wird voraussichtlich eine andere sein. Dies namentlich, solange das Bündnis, das Freisinnige, Halb- und Ganzkonservative bei der Wahl geschlossen, noch im Reichstag selbst auf die Parteibeziehungen nachwirkt, was eine Weile schon der Fall sein mag. Später werden wirtschaftliche und andere Gegensätze wohl die Freundschaft etwas abkühlen; ob man darum aber von der Kooperation gegen die Sozialdemokratie bei Wahlen Abstand nehmen wird, ist eine andere Frage. Es ist sehr wohl

möglich, dass man, was sich bei dieser Wahl so angenehm bewährt hat, bei der nächsten wieder versuchen wird. Grund um so mehr für die Sozialdemokratie, alles aufzubieten, den Kreis ihrer Anhänger stetig zu mehren, und alles zu unterlassen, was die Mitläufer unnötig ins Lager der Gegner treibt. Es ist ganz richtig, dass viele Anhänger, ja, selbst bisherige Genossen von uns abgefallen sind, weil sie sich durch Gewerkschaften und Konsumvereine in ihren Interessen verletzt sehen. Aber von der Mehrheit der Mitläufer gilt das nicht. Sie können gewonnen oder zurückgewonnen werden, ohne dass die Sozialdemokratie einen Deut von ihren Forderungen fallen lässt, irgendwie im wirtschaftlichen und politischen Kampf ihre Energie abtönt. Sie können gewonnen werden, und sie müssen gewonnen werden. Jedes Mandat, das die Sozialdemokratie bei Nachwahlen, die ja nicht ausbleiben werden, zurückerobert, schwächt die moralische Wirkung der ihr beigebrachten Nackenschläge, eine Mehrheit siegreicher Nachwahlen würde sie völlig neutralisieren. Denke daher die Partei und ihre Presse stets an den letzten Mitläufer, der ehrenhafterweise für sie gewonnen werden kann, richte sie ihr Augenmerk, um mit Ruskin zu reden, *unto this last,* auf den letzten Mann: er entscheidet die Schlacht.

××

RICHARD CALWER · KOLONIALPOLITIK UND SOZIALDEMOKRATIE

IN der Parteipresse ist mein im vorigen Heft dieser Zeitschrift veröffentlichter Artikel *Der 25. Januar* vielfach deswegen beanstandet worden, weil er unmittelbar nach der Wahlniederlage geschrieben und veröffentlicht sei. Dagegen müsse *nachdrücklichst Verwahrung* eingelegt werden. Die Parteiorgane, die sich in dieser Weise über die Veröffentlichung meines Artikels äusserten, haben jedenfalls übersehen oder vergessen, wie das Zentralorgan der Partei mich während des Wahlkampfes zu diskreditieren versucht hat. Damals fiel es keinem einzigen Parteiorgane, keiner Parteiinstanz ein, nachdrücklichste Verwahrung gegen die Polemik des *Vorwärts* einzulegen, obgleich sie damals sehr wohl am Platze gewesen wäre. Während der Dauer des Wahlkampfes habe ich dann meine Antwort auf die Angriffe des Zentralorgans noch für mich behalten. Nach den Wahlen aber hatte ich keinen Grund mehr, länger zu schweigen. Wenn daher einige Parteiorgane mir vorwerfen wollen, ich hätte die Polemik unzeitgemäss vom Zaune gebrochen, so kannten sie wohl den Sachverhalt nicht, andernfalls wäre mir ihre formelle Beanstandung meines Artikels ganz unverständlich. Auch in der Entgegnung auf meinen Artikel schlägt der *Vorwärts* noch immer einen Ton an, der der Mahnung des Parteivorstandes, Meinungsverschiedenheiten sachlich auszutragen, nicht durchweg entspricht. Das soll mich indes nicht abhalten, auf die Einwände des *Vorwärts* gegen meine Auffassung ruhig einzugehen. Am unangenehmsten scheint der *Vorwärts* von meiner Stellungnahme zur Kolonialpolitik berührt zu sein, obwohl ich aus ihr nie ein Hehl gemacht habe. Ich will diese meine Stellungnahme hier näher präzisieren und begründen.

Der *Vorwärts* leitet ein Hauptargument gegen eine deutsche Kolonialpolitik daher, dass er auf die gewaltige wirtschaftliche Entwickelung Deutschlands während der kolonielosen Vergangenheit hinweist. Der deutsche Kapitalismus könne sich also sehr wohl ohne Kolonieen weiter entwickeln. Diese anti-

koloniale Haltung könnte dann verstanden werden, wenn Deutschlands Kapitalismus im Gegensatz zu dem anderer Länder einzig und allein Kolonialpolitik treiben würde. Aber tatsächlich liegen doch die Verhältnisse so: Gerade die industriell leistungsfähigsten Länder treiben Kolonialpolitik, und Deutschland hinkt reichlich spät mit seiner Weltpolitik hinter den andern her. Nun hat aber Deutschland auf dem Weltmarkt wahrhaftig keine leichte Position: Auf der einen Seite steht das kolonieengesegnete England, das immer mehr dem Ziele eines Reichszollvereins näher rückt, auf der andern steht die nordamerikanische Union, die nicht nur Südamerika als ihre Domäne betrachtet, sondern die uns auch aus natürlichen, technischen und wirtschaftsgeschichtlichen Gründen in vieler Beziehung überlegen und gefährlich ist. Japan und Russland können wir zurzeit noch ausserhalb unserer Kombinationen lassen. Mitten drin steht nun Deutschland, es kämpft einen äusserst schwierigen Kampf nicht nur um die Erhaltung und Erweiterung seiner Absatzmärkte, sondern auch um die Sicherung und Verbilligung seiner Rohstoffbezüge. Sowohl England, wie Amerika bekunden das deutliche Bestreben, ein in sich abgeschlossenes, möglichst sich selbst genügendes Wirtschaftsganze zu bilden. Man lächelt oft über den Ernst solcher Tendenzen und übersieht ganz und gar die schon erreichten Erfolge der Bewegung. Ist doch England jetzt glücklich so weit, dass ihm in fast allen seinen Kolonieen eine Vorzugsstellung gegenüber anderen Ländern eingeräumt ist. Die englische Industrie schafft sich so einen vorteilhafteren Markt, als ihn unsere Industrie hat; sie verfügt aber auch dank den Kolonieen über einen Reichtum von gewerblichen Rohstoffen, der das Mutterland im Rohstoffeinkauf sehr begünstigt. Die Vereinigten Staaten haben alle gewerblichen Rohstoffe sicherlich weit billiger, als wir, sie haben für ihre industrielle Entwickelung einen noch ständig und rasch wachsenden aufnahmefähigen inneren Markt und suchen, darüber hinaus namentlich Mittel- und Südamerika für die Erweiterung ihres Marktgebietes zu gewinnen. Dabei muss weder in Amerika, noch in England die Entfaltung der Industrie in ähnlicher Progression vor sich gehen, wie in Deutschland. In England ist der Bevölkerungszuwachs Deutschland gegenüber relativ klein; in Amerika aber macht die Ausdehnung der Industrie keine Sorge, da noch ungeheure Strecken besiedlungsfähig sind, und die besiedelten dichter bevölkert werden können. Ganz anders in Deutschland. Wir haben einen jährlichen Bevölkerungszuwachs von rund 900 000 Köpfen. Die Landwirtschaft ist nicht in der Lage, diesen Zuwachs ernähren zu können, er muss in der Hauptsache dem gewerblichen Arbeitsmarkt zugeführt werden. Die gewerbliche Erzeugung Deutschlands wird wachsen und muss wachsen, stärker, als in jedem anderen für uns in Frage kommenden Industrieland. Für die steigende Erzeugung muss aber auch Absatz, möglichst günstiger Absatz gesucht und gefunden werden, es muss weiter auf eine ausgiebige Rohstoffversorgung Bedacht genommen werden. Wie sollen nun diese beiden Aufgaben gelöst werden? Ich gebe zu: es gibt kein Universalmittel; das deutsche Unternehmertum respektive in seinem Auftrage der Staat muss vielmehr eine Reihe von Wegen einschlagen, um das Ziel mit einiger Wahrscheinlichkeit zu erreichen. Für eines dieser Mittel hält nun der deutsche Kapitalismus die Erwerbung und die Exploitierung von Kolonieen.

Als Vertreter der Interessen des deutschen Arbeitsmarktes

frage ich mich nun, ob durch die Kolonialpolitik die Arbeiterbevölkerung gewinnt oder verliert. Ich betrachte die Frage hier nicht vom politischen oder vom Standpunkte des Steuerzahlers, sondern vom rein wirtschaftlichen Gesichtspunkte aus. Dass die deutschen Kolonieen in nächster Zeit schon einen irgendwie nennenswerten Vorteil für den deutschen Arbeitsmarkt bringen werden, halte ich für ausgeschlossen. Aber ebenso verkehrt halte ich es, in unseren Kolonieen ein wertloses Objekt zu sehen. Wie niedrig haben die Römer Deutschland eingeschätzt, und was ist doch aus dieser *terra vasta* geworden! Man hüte sich in solchen Dingen vor Übertreibungen nach irgend einer Seite hin. Das eine lässt sich aber doch heute schon sagen, dass einige Kulturen in unseren Kolonieen Erfolg versprechen, und dass auch die Bodenschätze nicht ganz gering zu veranschlagen sind. Dass es Geld, viel Geld kosten wird, die Kolonieen gewinnbringend zu gestalten, ist gar keine Frage. Man muss in das Geschäft erst reichlich Kapital hineinstecken, ehe man auf Erträge für die gesamte Volkswirtschaft rechnen kann. Nehmen wir nun den Fall, dass wir zum Beispiel Baumwolle in nennenswertem Umfange in unseren Kolonieen gewinnen würden, so würde ein solcher Erfolg allein schon indirekt auf unseren Arbeitsmarkt günstig einwirken. Vor zwei Jahren herrschte eine gewaltige Aufregung wegen der knappen Versorgung des Weltmarktes mit Baumwolle. Die sogenannte *Baumwollnot* wurde meines Erachtens in den beteiligten Kreisen übertrieben, aber eines zeigte sich damals mit voller Deutlichkeit: der Baumwollbau muss eine Vergrösserung erfahren. Denn gerade der Hauptlieferant, die Vereinigten Staaten von Amerika, benötigen einen immer grösseren Prozentsatz ihrer Baumwollernte zur Weiterverarbeitung im eigenen Lande. Ausserdem nützen sie aber knappes Angebot in unerhörtester Weise zu Baumwollspekulationen grössten Stiles aus, deren Kosten die kontinentale Baumwollindustrie in erster Linie zu bezahlen hat. Gelingt es Deutschland, in einer eigenen Kolonie Baumwolle zu bauen, so gewinnt es nicht nur als Verkäufer Einfluss auf dem Rohbaumwollmarkt, sondern wird auch seinen Rohstoff billiger einkaufen können. Das wäre aber ein grosser, wenn auch zunächst indirekter Vorteil für den Arbeitsmarkt der deutschen Textilarbeiter. Denn billigerer Rohstoff bedeutet eine Herabsetzung der Gestehungskosten, bedeutet weiter bei einer starken Organisation der Arbeiter die Möglichkeit höherer Löhne, während bei den starken Schwankungen des Baumwollpreises in den letzten Jahren Lohnbewegungen im Baumwollgewerbe ziemlich aussichtslos sein mussten. Es ergibt sich so für den deutschen Arbeitsmarkt sehr wohl die Möglichkeit, dass unsere Kolonieen ihm erhebliche indirekte Vorteile bringen. Diese Möglichkeit ist jedenfalls wahrscheinlicher, als die gegenteilige, wonach die Kolonieen gänzlich wertlos sein sollen. Wenn das deutsche Unternehmertum der Ansicht ist, dass es zur Absatzsteigerung und zur Sicherung seiner Rohstoffbezüge Kolonieen notwendig hat, so können die Arbeiter so lange nichts gegen die Kolonialpolitik einwenden, solange und sofern die Kosten hierfür aus dem Kapitaleinkommen gedeckt, und die politischen Interessen der Arbeiter nicht berührt werden. Das Unternehmertum hat nun einmal bei seiner heutigen Stellung im Produktionsprozess die Aufgabe, für die Beschaffung der Rohstoffe, sowie für den Absatz der Erzeugnisse zu sorgen. Bei der Ausführung dieser Aufgabe können wir dem Unternehmertum nicht beliebige Vorschriften machen, namentlich dann nicht, wenn wir sehen, dass

in anderen Industrieländern die von dem deutschen Unternehmertum geübten Mittel längst angewendet werden.

So beurteile ich die Kolonisation rein wirtschaftlich vom Standpunkte des gewerblichen Arbeitsmarktes. Aber da ich Sozialist bin, frage ich mich auch, wie denn die heutige Kolonialpolitik auf die weltwirtschaftliche Entwickelung einwirkt. Bin ich als Vertreter der Interessen des Arbeitsmarktes einigermassen skeptisch, so gestehe ich ganz offen, dass ich als Sozialist prinzipiell die kapitalistische Erschliessung eines Landes, mag sie auch in bekämpfenswerten Formen vor sich gehen, immer als einen Fortschritt in der Richtung auf den Sozialismus hin begrüssen werde. Wir haben in der Partei fast ganz und gar vergessen, dass der Kapitalismus neben seinen Schattenseiten doch auch die grössten wirtschaftlichen Fortschritte gebracht hat und noch bringt. Es ist in hohem Grade kurzsichtig, diese fortschrittliche Seite zu ignorieren, sie gar negieren zu wollen. Es liegt nun allerdings für einen Sozialisten nahe, die Entfaltung des ausländischen Kapitalismus trotz seiner Schattenseiten zwar mit grosser Genugtuung zu verfolgen, dagegen an dem Unternehmertum seines eigenen Landes hauptsächlich die Schattenseiten zu sehen und darum die weltpolitische Betätigung dieses Unternehmertums zu bekämpfen. Diese Haltung, die sich mit internationalen Gesichtspunkten ziert, ist grundverkehrt. Zunächst leben wir noch in einem nationalen Rahmen, aus dem auch die Arbeiterklasse nicht heraus kann. Wir müssen unserem Kapitalismus die nämliche Bewegungsfreiheit zu seiner weiteren Entfaltung zubilligen, wie sie der Kapitalismus des Auslandes hat, ja, wir müssen wünschen, dass unser nationaler Kapitalismus seine Einflusssphäre womöglich stärker und mächtiger entwickelt, als der Kapitalismus des Auslandes. Denn mit der Höhe dieser Entwickelung hängt nicht nur eng das relative Ergehen der Arbeiterklasse zusammen, sondern mit ihr wandelt sich auch die ganze Struktur des Wirtschaftskörpers in sozialistischer Richtung um. Es könnte mir ja jemand den Einwand machen und sagen: Wozu Welt- und Kolonialpolitik? Das birgt doch internationale Verwickelungen in sich, und die müssen unter allen Umständen vermieden werden. Wenn unsere Industrie ohne Weltpolitik nicht weiterkommen sollte, gut, dann muss eben das überschüssige Menschenmaterial auswandern. Wir haben doch auch im Laufe des letzten Jahrhunderts überschüssiges Menschenmaterial genug an Amerika abgegeben, und stehen heute doch gross da. Also, es geht auch so. Gewiss, Deutschland wird auch ohne Kolonieen, ohne Weltpolitik bestehen bleiben; aber es wird in seiner wirtschaftlichen Entwickelung zurückkommen. Grosse Verluste an Menschen bedeuten eine Stagnation der wirtschaftlichen Entwickelung, während umgekehrt die Notwendigkeit, eine stark steigende Bevölkerung innerhalb eines bestimmten nationalen Rahmens ernähren zu müssen, die kapitalistische Entwickelung kräftig vorwärts treibt. Genau so, wie mit dem Menschenmaterial, verhält es sich mit dem Kapital. Der *Vorwärts* spricht davon, dass wir 25 Milliarden Mark im Auslande angelegt haben. Jawohl, aber diese 25 Milliarden sind bis zu einem gewissen Grade der nationalen deutschen Volkswirtschaft ebenso verloren, wie die Hunderttausende von Menschen, die wir an Amerika abgegeben haben. Sie bilden jedenfalls kein Ferment für die Entwickelung unseres nationalen Kapitalismus und sind dem Einfluss der deutschen Wirtschaftspolitik entzogen. Steigende Kapital- und Menschenmassen innerhalb eines nationalen Wirtschaftsganzen treiben aber nicht nur die wirtschaftliche

Entwickelung am raschesten vorwärts, sondern sie rennen auch mit Macht gegen die Enge der heutigen nationalen Schranken an und nötigen zu einer Erweiterung der nationalen Grenzen über ihr jetzt von ihnen eingeschlossenes Gebiet. Der Sozialist muss daher im Rahmen seines nationalen Wirtschaftsorganismus wirken, wenn er nicht in der luftigen Höhe reiner Theorie bleiben will. Er muss dafür eintreten, dass nach dem Zwange der wirtschaftlichen Bedürfnisse der nationale Markt sich immer mehr erweitert, sei es durch Zollunionen, sei es durch Kolonieen, sei es durch beides. Gerade diese Erweiterung der nationalen Wirtschaftsgebiete, zu der die internationale Konkurrenz immer mehr zwingt, steigert die Produktivkräfte und garantiert eine immer höhere Organisierung der gesamten Produktion in einer für den Sozialismus erfreulichen Weise, während die Verzettelung von Menschen und Kapital in anderen Konkurrenzwirtschaften die kapitalistische Entwickelung des eigenen Landes hemmt und verlangsamt. Der nationale deutsche Kapitalismus muss sich voll ausleben, bevor der Sozialismus wachsen und erstarken kann. Nicht an zweiter und dritter, sondern möglichst an erster Stelle möchte ich als Sozialist Deutschland stehen sehen, wenn es gilt, die grundlegenden Formen einer weltwirtschaftlichen Organisation für Produktion und Distribution zu schaffen. Die nationalen Gegensätze bestehen eben noch, wir können sie mit dem besten Willen nicht wegreden, sie werden sich mit der Ausdehnung der wirtschaftlichen Einheitsmarktgebiete vereinfachen, aber sie werden bestehen bleiben, bis eine wirkliche Weltwirtschaft im strengen Sinne des Wortes und damit dann auch der Sozialismus sich herausgebildet hat.

Als Vertreter der Interessen des Arbeitsmarktes sehe ich die Wahrscheinlichkeit eines indirekten Nutzens aus unseren Kolonieen für die deutsche Arbeiterklasse, als Sozialist aber kann ich die Expansion des deutschen Kapitalismus im nationalen Rahmen durchaus begrüssen. Wie stelle ich mich nun aber in der Praxis als Sozialdemokrat gegenüber kolonialpolitischen Forderungen? Ich habe schon einen Gesichtspunkt angedeutet, der es mir unmöglich macht, als Sozialdemokrat für kolonialpolitische Forderungen zu stimmen. Die Ausgaben für Kolonieen dürfen auf keinen Fall aus dem Lohneinkommen, sondern müssen aus dem Kapitaleinkommen gedeckt werden. Ich habe vor kurzem diese Auffassung in meiner *Wirtschaftlichen Wochenschau* begründet und gebe daraus den einschlägigen Passus hier wieder:

»Die Verfassung unserer heutigen Wirtschaft gründet sich darauf, dass der Verkäufer der Ware *Arbeitskraft* auf den gesamten Produktionsprozess, sowie auf die Distribution der Waren keinen direkten Einfluss hat, nach Ansicht der Arbeitgeber auch keinen haben soll und kann. Der Arbeiter verkauft seine Arbeitskraft und erhält dafür seinen Lohn; alles andere hat ihn nicht zu kümmern. Wie der einzelne Arbeitgeber produziert, woher und zu welchen Preisen er seine Rohstoffe und Betriebsmaterialien bezieht, welche Betriebsform er sich einrichtet, mit welchen technischen Mitteln er arbeitet, zu welchen Preisen er die fertige Ware verkaufen will, wo er seinen Absatz sucht und findet: alles das ist die Sache des Arbeitgebers; in diese Angelegenheiten hat der Arbeiter nicht hineinzusprechen, sie sind vielmehr die ausschliessliche Domäne des Arbeitgebers, und wehe den Arbeitern, die dieses Herrschaftsgebiet des Arbeitgebers nicht respektieren wollten. Sie würden schön nach Hause geschickt werden, der Arbeitgeber würde ein sehr deutliches *Ich bin der Herr im Hause* sprechen. Dafür nun, dass der Arbeitgeber in seinem Betriebe Herr über Produktion und Distribution ist, hat er auch das gesamte Risiko der geschäftlichen Ergebnisse: auf der einen Seite die Möglichkeit grosser Erfolge, auf der anderen Seite die von mehr oder weniger erheblichen Verlusten. Im Durchschnitt überwiegt der Erfolg. Die Gesamtheit der Arbeitgeber und des hinter ihm stehen-

den Kapitals hat aus dieser Herrenstellung im Wirtschaftsleben alle die Erträgnisse, die man unter der Bezeichnung *Unternehmergewinn* zusammenfassen kann. Aus dieser Stellung der Arbeiter und der Arbeitgeber resultiert ohne weiteres, dass es nicht die Aufgabe der Arbeiter ist, für eine Steigerung des Absatzes zu sorgen, sondern dass diese Aufgabe dem Unternehmertum kraft seiner Stellung im Produktionsprozess zukommt. In Wirklichkeit denkt auch kein Arbeitgeber anders; er hält es für selbstverständlich, dass er für die Steigerung der Umsätze Sorge zu tragen hat. Wenn zum Beispiel ein Arbeitgeber einen recht umfangreichen Auftrag erhalten hat, so wird ihm ein solcher in der Regel nicht ohne erhebliche Spesen zufallen. Er hat Reisende, Vertretungen, Agenten usw. zu unterhalten, die neue Absatzgebiete erschliessen, neue Kunden gewinnen, und er trägt die Kosten hierfür, ohne dass es ihm einfiele, seine Arbeiter, die mit ihrem Lohne ein für allemal abgespeist sind, für diese besonderen Spesen noch einmal tributpflichtig machen zu wollen. Dabei ist es zweifellos, dass den Arbeitsmarkt die Höhe der den Fabrikanten zufliessenden Aufträge indirekt ganz erheblich berührt. Ein starkes Anwachsen des Absatezs vermehrt die Arbeitsgelegenheit und steigert in weiterer Folge unter Umständen auch das Lohnniveau. Aber trotz dieses indirekten Nutzens denkt niemand daran, die Spesen für die Erweiterung des Marktes aus den Löhnen der Arbeiter decken zu wollen. Was nun aber für den einzelnen Betrieb gilt, das gilt verallgemeinert auch für die grosse Wirtschaftspolitik. Warum braucht das Unternehmertum und das Grosskapital Kolonieen? Aus einer Reihe von Gründen. Die deutsche Industrie will Rohmaterialien in ihnen gewinnen, sie will ihren Warenumsatz vermehren, sie will dadurch das Preisniveau der Waren zu ihrem Vorteil beeinflussen, kurz, sie will dem Kapital neue und bessere Verwertungsmöglichkeiten schaffen. Alles das sind Ziele und Aufgaben, die nach unserer heutigen wirtschaftlichen Verfassung zu Lasten des Kapitals, zu Lasten des Unternehmertums gehen, nie und nimmer aber zu Lasten des Arbeitsmarktes. Nicht aus den Lohnsummen, sondern aus den Kapitalgewinnen müssen diese allgemeinen Kosten für Beschaffung von Rohmaterial und für die Erschliessung neuer Marktgebiete, falls sie gemacht werden sollen, bestritten werden. Wie der einzelne Fabrikant diese Kosten für seinen eigenen Betrieb auf sich selbst nimmt, so hat die Gesamtheit der Kapitalisten und Unternehmer dafür, dass ihnen der gesamte Kapitalsgewinn zufliesst, auch alle jene Generalunkosten auf sich zu nehmen, die für die Gesamtheit der Kapitalisten und Unternehmer zur Erweiterung des Marktgebietes für ihre Produkte und zur Beschaffung von Rohstoffen vom Staate gemacht werden. Das ist so klar und liegt bei der heutigen wirtschaftlichen Verfassung so einfach, dass es eine unerhörte Zumutung an die Arbeiter ist, aus den Lohnsummen die Ausgaben für die Kolonieen in der Hauptsache bezahlen zu wollen.«

Neben diesem aus der wirtschaftlichen Stellung des Arbeiters im heutigen Produktionsprozesse sich ergebenden Grunde kommen noch allgemein politische Gründe hinzu, die mir als Sozialdemokraten es zurzeit verbieten, für kolonialpolitische Forderungen einzutreten. An der Kolonialpolitik ist der Staat beteiligt; er muss sogar die Führung übernehmen. Die Sozialdemokratie kann aber die Regierung nicht unterstützen, solange noch wesentliche Grundrechte der Arbeiterklasse vorenthalten sind, solange namentlich nicht eine demokratische Entwickelung unserer politischen Verhältnisse gewährleistet ist. Die Arbeiterschaft vermag sich im grössten Teile Deutschlands politisch noch keine Geltung zu verschaffen, da die Regierungen ihr die politische Gleichberechtigung mit den anderen Staatsbürgern vorenthalten. Ein überaus grosser Teil der deutschen Arbeiterschaft, das Heer der Landarbeiter, entbehrt noch immer der Koalitionsfreiheit, das Gesinde steht unter einer veralteten, menschenunwürdigen Ordnung. Polizei, Verwaltung und selbst Gerichte stehen überwiegend auf dem Standpunkte, dass die Gesetze den Arbeitern und ihren politischen und wirtschaftlichen Vertretern gegenüber anders auszulegen und anzuwenden seien, als gegen andere Schichten des Volkes, obwohl die Gleichheit vor dem Gesetz eine Hohn ist, solange Verwaltung und Rechtsprechung diese Gleichheit zu

einer krassen Ungleichheit verkehren können und dürfen. Eine Regierung, die diese tatsächlich noch bestehende politische Diskreditierung der mächtigsten Schichten im deutschen Volke zulässt und zu rechtfertigen sucht, muss, solange dieser Zustand andauert, bei allen ihren Operationen auf jegliche Mitwirkung der Arbeiterpartei verzichten. Wer der Arbeiterpartei eine andere Politik zumutet, der verlangt von ihr die Anerkennung ihrer politischen Minderwertigkeit im Vergleich zu den politisch bevorzugteren Volksschichten. Die stärkste Schicht unseres Volkes kann und muss mit ihrer politischen Mitarbeit warten, bis man sie braucht. Man wird sie brauchen, und man wird ihr die Ansprüche auf politische Gleichberechtigung dann auch nicht länger verweigern können. Das sind in der Hauptsache die wirtschaftlichen und politischen Gründe, die es notwendig machen, dass die politische Vertretung der Arbeiterklasse sich gegenüber kolonialpolitischen Forderungen ablehnend verhalten muss.

Der *Vorwärts* will Deutschland vor der Kolonialpolitik bewahren, weil sie internationale Konflikte heraufbeschwören, weil sie die Grossmachtstellung Deutschlands bedrohen kann. Diese Möglichkeit ist gewiss nicht zu leugnen, aber umgekehrt kann man auch behaupten, dass bei einer Nichtbeteiligung Deutschlands an der Weltpolitik ihm sein Ansehen als Grossmacht verloren gehen muss und wird. Wollen wir auf dem Weltmarkt mit England und Amerika an der Spitze bleiben, so müssen wir nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch mit unseren Rivalen konkurrieren können. Hier komme ich daher noch mit einigen Worten auf die eng mit der Kolonialpolitik zusammenhängende Flottenpolitik. Man sagt: Deutschland braucht keine starke Kriegsflotte, es bedroht dadurch nur den Frieden. Dieser einfache Satz ist ja in seiner Allgemeinheit sicherlich nicht zu bestreiten, aber er gilt nicht nur für Deutschland, er gilt doch ebenso auch für das Ausland. Grosse Kriegsflotten sind wohl kein erfreuliches Zeichen der Kulturentwickelung der Menschheit, aber sie sind da, sie werden vom Auslande gebaut, und es lässt sich nicht bestreiten, dass bei der Entscheidung von allen wirtschaftlichen Fragen, ob es zu einem Krieg kommt oder nicht, der tatsächliche Einfluss eines Landes an der Stärke seiner Flottenmacht gemessen wird. Was soll nun angesichts dieses Tatbestandes das kapitalistische Deutschland tun? Soll es auf jeden weltpolitischen Einfluss verzichten, kann es auf ihn verzichten? Wäre es auch nur im Interesse des Arbeitsmarktes erwünscht, wenn es darauf verzichten würde, oder soll es nicht vielmehr seiner industriellen und kommerziellen Entwickelung entsprechend sich gleichfalls durch eine starke Flotte für alle Fälle auf das äusserste gefasst machen? Gewiss bekämpft der Sozialismus, nach wie vor, den Austrag jeden politischen Konflikts mit der Waffe, aber er kann sich doch nicht der Tatsache verschliessen, dass, so, wie die Dinge heute nun einmal liegen, das einzelne Land in einer Zwangslage sich befindet. Wenn wir Sozialdemokraten heute das Staatsruder in die Hand bekämen, was könnten wir denn als Sozialisten tun? Wir könnten Vorschläge zu einer internationalen Abrüstung machen, ich glaube aber kaum, dass wir damit bei vielen Ländern Erfolg haben würden. Was aber dann? Würden wir den Mut haben, unsererseits kurzer Hand abzurüsten und uns unserer Macht dem Auslande gegenüber zu entblössen? Nein, das würden und könnten wir selbst als Sozialisten nicht tun. Wir haben Gründe anderer Art wahrhaft genug, um unsererseits die Ablehnung und auch die Bekämpfung von

Flottenvorlagen in durchaus befriedigender Weise rechtfertigen zu können. Was ich oben sagte, kann ich hier wiederholen: Die politische Behandlung der Arbeiter durch Regierung, Verwaltung und Gerichte, die einflusslose Stellung des Arbeiters im Produktionsprozess, endlich die Frage der Kostendeckung genügen völlig, um einen radikal ablehnenden Standpunkt bei Flottenvorlagen zu rechtfertigen. Wenn aber, wie es der Sozialismus will und muss, auf eine Verminderung der hohen Rüstungen hingewirkt werden soll, so schlage man gangbare Wege ein. Man strebe nach einer Annäherung der mitteleuropäischen Staaten. Hat man erst dieses Ziel erreicht, dann wird sich für die in Betracht kommenden Länder ganz von selbst die Herabminderung der Kriegsrüstungen zu Wasser und zu Lande ergeben. Wie die einzelnen Staaten der nordamerikanischen Union keine Heere und keine Flotten gegen einander zu halten brauchen, so würde auch für die mitteleuropäischen Staaten die Heeres- und Flottenlast bis auf ein geringes wegfallen können, bildeten sie ein grosses Wirtschaftsganze. Dahin drängt aber die wirtschaftliche Entwickelung, in der Erreichung dieses Zieles liegt die einzige realisierbare Möglichkeit einer Verringerung der hohen Versicherungskosten gegen Angriffe von aussen.

Damit hätte ich meine Stellung zur Kolonial- und Weltpolitik näher umschrieben und begründet. Es bleibt mir noch übrig, einige Einwände des *Vorwärts* zu berücksichtigen, die im bisherigen Zusammenhang keine Erwähnung finden konnten. Der *Vorwärts* sucht handelsstatistische Ziffern gegen die Notwendigkeit von Kolonieen zu verwerten. Das ist nicht angängig, da der Wert von Kolonieen sich keineswegs im Warenverkehr mit dem Mutterlande wiederzuspiegeln braucht, sich vielfach darin überhaupt nicht spiegelt. Weiter halte ich es für gänzlich verfehlt, Deutschland mit Belgien, Holland, Spanien und auch Frankreich in kolonialpolitischer Beziehung auf eine Stufe zu stellen. Die riesige Entwickelung der deutschen Produktivkräfte erfordert ganz andere Vorkehrungen für die Sicherung von ausländischen Rohstoffen und Absatzgebieten, als es bei kleineren oder industriell weniger aufstrebenden Staaten der Fall ist. Dass die Kolonieen deutschen Arbeitern keine direkte Erwerbsgelegenheit bieten, das kann dem *Vorwärts* allerdings niemand bestreiten. Aber mit der Feststellung dieser Tatsache wird doch gegen die Notwendigkeit einer deutschen Kolonialpolitik so wenig bewiesen, wie mit der Behauptung, dass in den Kolonieen Kolonialagrarier und Kolonialnabobs herangezüchtet werden. Ja, in aller Welt, ist denn in der kapitalistischen Ära dies nicht der einzige Weg wirtschaftlichen Fortschritts? Ist denn nicht das möglichst rasche Wachsen des produktiven Kapitals die unerlässliche Bedingung auch für eine passable Lage der Arbeiter? Und holen etwa nicht die Kapitalisten gerade aus Kolonieen recht viel produktives Kapital? Nächstens sind wir ja glücklich so weit, dass für den *Vorwärts* die kapitalistische Entfaltung auf internationaler Stufenleiter überhaupt ein bekämpfenswerter Auswuchs ist, während sie tatsächlich ein doppeltes Gesicht hat: Auf der einen Seite schafft sie die Vorbedingungen für eine sozialistische Wirtschaftsorganisation, und deswegen bedeutet sie auf alle Fälle eine höchst fortschrittliche Erscheinung. Dass dieser Fortschritt andererseits auch von sozialen, politischen und wirtschaftlichen Schattenseiten begleitet ist, soll von uns gewiss nicht übersehen werden; aber diese Schattenseiten dürfen doch nicht so aufgebauscht werden, dass man darüber den fortschrittlichen Charakter der ganzen Entwickelung gar nicht mehr zu erkennen vermag.

Endlich noch eine Bemerkung. Der *Vorwärts* meint am Schlusse seiner Ausführungen, kraft ihrer Überzahl könne die nichtbesitzende Klasse heute schon die politische Macht erobern. Die nichtbesitzende Klasse war, seit es Klassenkämpfe gibt, wohl immer numerisch der jeweilig herrschenden Klasse überlegen. Mit der Feststellung der numerischen Überlegenheit ist es noch lange nicht getan, sonst müsste die menschliche Gesellschaft schon heute ein ganz anderes Gesicht zeigen. Gerade die letzte Reichstagswahl hat doch zur Genüge gezeigt, dass die Feststellung des *Vorwärts* gar nichts besagen will. Von der gesamten deutschen Bevölkerung haben sich etwa 15 Millionen zu unserer Partei bekannt, während 45 Millionen noch auf der Gegenseite stehen. Nun sagt der *Vorwärts*: wir müssen das Proletariat zum Klassenbewusstsein erwecken. Gut. Aber Proletariat im modernen Sinne ist nicht gleichbedeutend mit nichtbesitzender Klasse. Das Proletariat hat überwiegend gleiche wirtschaftliche und politische Interessen, keineswegs gilt das aber von der nichtbesitzenden Klasse überhaupt. Die wird die Interessen des Proletariats eben nur dann haben, wenn sie Proletariat geworden ist. Die weitere Vermehrung des Proletariats ist aber nur eine Folge der weiteren Entfaltung der Grossindustrie, des Grosskapitalismus. Wir zäumen nun das Pferd beim Schwanze auf, wenn wir auf der einen Seite der weltpolitischen Ära des Kapitalismus den Krieg erklären, auf der anderen Seite aber mit der nicht homogenen Masse der nichtbesitzenden Klasse glauben, die staatliche Macht erobern zu können. Wenn eine solche Taktik erfolgreich sein könnte, dann lebten wir heute schon längst in der besten der Welten.

××

MAX SCHIPPEL · EUROPÄISCHE LANDWIRTSCHAFT UNTER FREIHANDEL UND ZOLLSCHUTZ

I

GERADE auf dem *linken* Flügel unserer Partei sind seltsamerweise wiederholt Stimmen laut geworden, dass bei den handelspolitischen Meinungskämpfen in England die unbefangenere Würdigung der Gegenwartsmissstände und der weitere Blick für Zukunftsmöglichkeiten und -wahrscheinlichkeiten unbedingt den Freihandels g e g n e r n zuerkannt werden müsse, während umgekehrt die Freihändler mit Vorliebe als das einsichtslos träge Beharrungselement des englischen öffentlichen Lebens dargestellt wurden. So spottete sowohl in der Londoner *Justice*, wie in der *Neuen Zeit* Genosse Rothstein seinerzeit über den »a l b e r n e n Optimismus« des englischen Freihändlers:

»Er [der Freihändler] v e r s t e h t k e i n e n e i n z i g e n G e s i c h t s p u n k t der Frage, weil er die Frage selbst ableugnet. Nicht so der Schutzzöllner. Er weiss, dass Englands industrielle und kommerzielle Stellung nicht mehr die selbe ist, die sie früher war. Er ist eher geneigt, den E r n s t der Lage zu übertreiben, als zu unterschätzen.«[1])

Einer solchen radikalen Verurteilung der *optimistischen Freihandelsalbernheit* — warum immer gleich so heftige Worte? — wird man zwar nur mit Vorsicht und unter Einschränkung zustimmen dürfen. Zweifellos jedoch hat die chamberlainitische Literatur, mit den *Reports of the Tariff Commission* an der Spitze, mutig und mitunter sogar überraschend tief hineingeleuchtet in die wirtschafts-

[1]) Vergl. Th. Rothstein *Der Niedergang der britischen Industrie* in der *Neuen Zeit*, 1903-1904, 1. Bd., pag. 308.

politischen Sorgen und Verlegenheiten, denen England sich einst durch den internationalen Freihandel entziehen zu können glaubte, und die dennoch, oft in vergrössertem Masse, zurückgekehrt sind, seitdem die *Werkstatt für alle Welt* inmitten eines lückenlosen Ringes von rapid aufstrebenden Schutzzoll- und Industriestaaten einsam und allein bei der Freieinfuhr verblieben ist — und zunächst wohl auch verbleiben muss, einfach deshalb, weil die auf dem Grund einer mehr als halbhundertjährigen *Freetrade*praxis emporgewachsenen Produktionszweige und kapitalistischen Interessen vorläufig alle noch so tiefgehenden und innerlich noch so berechtigten Gegenströmungen immer wieder ausgleichen und erdrücken.

Das lehrreichste Dokument, das bisher von dem Chamberlainschen Tarifausschuss veröffentlicht wurde, ist meines Erachtens der kürzlich erschienene Bericht der Agrarkommission[2]), der mehr als 20 hervorragende Fachmänner, unter der Leitung Chaplins, des ehemaligen Präsidenten des Landwirtschaftsamtes, angehörten, die in 33 Sitzungen 147 Vertreter der Landwirtschaftskammern, der Pächter und Gutsverwalter vernahm und überdies von 2103 Landwirten und Landwirtschaftsinteressenten Erkundigungen durch Fragebogen einzog; auf Irland allein, das in der Zollfrage noch einmal das Zünglein an der Wage bilden kann, entfielen 437 Auskunftspersonen. In diesem bedeutsamen Aktenstück kommt nunmehr, nach den Eisen- und Stahlgewerben und den Textilindustrieen, derjenige Produktionszweig laut und vernehmlich zu Wort, der am verzweifeltsten unter dem unerschütterlichen Übergewicht der anderen kapitalistischen, vor allem der rein exportindustriellen Interessen jahrzehntelang litt. Und selbst wer von vornherein den fatalistischen Standpunkt einnimmt, dass der Landwirtschaft in allen hochstufigen Industrieländern nichts anderes und Besseres übrig bleibe, als verhältnismässig zu verkümmern und endlich bis auf einzelne Reste des monopolistisch begünstigten Orts- und Nachbarschaftsverkehrs ganz und gar zu verschwinden, der wird von der Grösse des Opfers betroffen sein, das sich England zu gunsten seiner Ausfuhrgewerbe und seines Welthandels, vielleicht auch zum überwiegenden Vorteil der Konsumenten auferlegte — früher mit einer förmlichen Begeisterung für den jederzeit opferheischenden Fortschritt, seit Jahren jedoch mehr und mehr mit einer bitteren und verbissenen Entsagung: weil es längst zu spät scheint, in die abwärts rollende agrarische Entwickelung nochmals mit fester staatlicher Hand einzugreifen.

Aber es ist unter solchen Umständen erklärlich, dass viele Chamberlainiten nachgerade mit Neid und Bewunderung auf den rechtzeitigen Agrarschutz des Kontinents hinweisen, in erster Linie auf die deutsche und französische Agrarpolitik seit dem Ende der siebziger und dem Anfang der achtziger Jahre. Schon deshalb sollte man bei uns an dem jüngsten Bericht nicht achtlos vorübergehen; im Spiegel des Auslandes heben sich manche Grundzüge unserer heimischen Politik viel schärfer und richtiger ab, als in dem nichtigen, oberflächlichen Hin und Her unserer deutschen Parlaments-, Partei- und Presszänkereien, die immer seltener das geistige Niveau der Bierbank überragen. Mich persönlich leitet bei der folgenden kurzen Darstellung weiter noch die Hoffnung, dass mit der Zeit für unsere Partei die ungeheuerlichen optischen Täuschungen verschwinden mögen, die uns in der Auffassung der Agrarfrage aus alten freisinnigen Oppositionsreden und *ABC*-Büchern über-

[2]) *The Tariff Commission*, 3. Bd.: *Report of the Agricultural Committee* (London 1906).

kommen sind, aus einer Zeit noch, wo uns jede selbständige Stellungnahme auf diesem Gebiete, wie auf allen angrenzenden Gebieten der Handelspolitik, vollkommen fern lag.

II



AN wird niemals zu einem klaren Urteil über die moderne internationale Agrarkonkurrenz und folgerichtig auch niemals zu einer haltbaren Beurteilung der bisherigen gesetzgeberischen Gegenmassnahmen Mittel- und Westeuropas gelangen, wenn man sich an der einen massgebenden Grundfrage vorbeidrückt:
Beruht der überwältigende Weltmarktspreisdruck seit der zweiten Hälfte der siebziger Jahre auf der produktiven Überlegenheit einer neuartigen Fremdkonkurrenz oder auf staatlich-künstlichen und sonstigen, sagen wir der Kürze wegen: abnormen und schon deshalb sehr vergänglichen Voraussetzungen?
An dieser einen Grundfrage, der man leider in Parteikreisen noch immer mutlos ausweicht, hängen in engster, in unlösbar organischer Verbindung alle weiteren Entscheidungen für und gegen die Notwendigkeit eines Agrarschutzes. Wobei natürlich die Unterfrage nach der zweckmässigsten Art des Agrarschutzes (ob durch Preisaufbesserung, das heisst Zoll; ob durch privatwirtschaftliche Produktionskostenverminderung, das heisst Schuld- und Pachtbefreiung des Bodens; vielleicht auch, ob durch die 500 Zolläquivalent-Millionen unseres Parteischriftchens aus dem Jahre 1901) späterer Erörterung vorzubehalten ist. Ich selber habe seit meinem Stuttgarter Parteitagsreferat und meiner *Handelspolitik,* die eine breitere Darstellung des Stuttgarter Gedankenganges bietet, die Anschauung verfochten, gegen die ich aus Parteikreisen eigentlich noch keinen vernünftigen Einwand gehört habe: dass die neuartige, preisdrückende Fremdkonkurrenz — ganz anders, als sonst, vor allem ganz anders, als gewöhnlich auf industriellem Gebiet — in gar keiner Weise sich durch besondere produktive Überlegenheit auszeichnet; viel eher könnte man sagen, dass hier die niedrigerstehende, die unentwickeltere Landwirtschaft die höherstehende Agrarproduktion verdrängt und totschlägt. Als die eine Grundform des im letzten Menschenalter neuentstandenen Wettbewerbs bezeichne ich dabei die überseeische koloniale Unterbietung; diese beruht wesentlich auf beispiellosen, in der ganzen Wirtschaftsgeschichte beispiellosen, staatlichen Landschenkungen, also auf riesenhaften Staatssubventionen, denen wir als *Ausgleich*[3]) etwas Ähnliches nur dann an die Seite zu setzen hätten, wenn wir alle Grundrenten- und Bodenpreisbelastungen (in den Ländern des Pachtsystems die Pachtzahlungen, in den Ländern der Einheit von Bodeneigentümer und ausübendem Landwirt die Hypothekenzinsen) staatlich verkürzten und ganz aufhöben. Als andere Grundform finden wir die Hunger- und Kulikonkurrenz, die Notverkäufe russischer und anderer rückständiger Bauern, die nicht etwa zu den für ihre Betriebsweise *normalen* Produktionskosten verkaufen, sondern tief darunter, ohne Erringung einer

[3]) Es ist eine sonderbare Ironie des Zufalls, dass vor 20 Jahren das englische Handelsamt unter der Leitung des noch radikal freihändlerischen Chamberlain Ausgleichszölle gegen die prämiierte Zuckerkonkurrenz damit zurückwies: man könne dann ebenso gut einen Ausgleichszoll gegen die koloniale Getreidekonkurrenz verlangen, da diese sich auf Riesenschenkungen an Farmer und Eisenbahngesellschaften stütze (vergl. mein Buch *Zuckerproduktion und Zuckerprämien* (Stuttgart 1903), VI: *Die Herrschaft der Konsumentenpolitik in England*).

halbwegs menschenwürdigen Lebenshaltung der bäuerlichen Produzenten, lediglich, um sich die schlimmsten Peiniger, in der Gestalt der Eintreiber von Steuern und Schuldzinsen, vom Halse zu halten.[4]) Hier in diesem zweiten Falle hat meines Wissens überhaupt noch niemals ein zurechnungsfähiger Mensch von produktiver Überlegenheit gesprochen. Dann soll man aber auch endlich auf liberal-bürgerlicher Seite ruhig dem Problem ins Gesicht sehen: Sind Notverkaufspreise etwa selbst dann noch willkommen zu heissen, wenn sie allen mitkonkurrierenden Landwirten die Lebenshaltung von Muschiks und Kulis aufzunötigen drohen? Und wenn solche Folgen nicht willkommen zu heissen sind, welche Art des Staatseingreifens und des Agrarschutzes glaubt man befürworten zu können?

Solche Erörterungen zu pflegen, lag leider der zu bestimmten praktischen Zwecken berufenen englischen Agrarkommission fern. Sie nimmt in ihrem Bericht die Tatsache des anhaltenden Preisdruckes einfach zum Ausgangspunkt, um dann zum Nachweis der Wirkungen fortzuschreiten und die für England noch möglichen Gegenmassnahmen zur Debatte zu stellen. Immerhin verlohnt es sich, einige Ziffern wiederzugeben, um den Freihandelspreisfall, den die kontinentaleuropäischen Staaten durch Agrarzölle abzuschwächen sich mühten, in seiner ganzen Wucht und Grösse in die Erinnerung zurückzurufen. Es wird zum Beispiel pro Quarter Weizen angegeben (in Shilling und Pence)

	der amerikanische Farmwert	der englische Gazettepreis
1866 bis 1870	38,6	54,8
1871 bis 1875	33,10	54,8
1876 bis 1880	32,7	47,6
1881 bis 1885	29,4	40,1
1886 bis 1890	25,6	31,5
1891 bis 1895	20,0	27,11
1896 bis 1900	23,1	28,7
1901 bis 1904	23,11	27,6

III



UN die Wirkungen! Auf den Kopf der Bevölkerung einen Brotkorn- (Weizen- und Mehl-) Bedarf von 5,5 Bushel gerechnet, ernährte der englische Weizenbau

1866 bis 1870	18,0	Millionen Konsumenten oder	58,4 %	der Bevölkerung
1871 bis 1875	15,6	„ „ „	48,0 %	„ „
1876 bis 1880	12,7	„ „ „	37,2 %	„ „
1881 bis 1885	9,4	„ „ „	26,4 %	„ „
1886 bis 1890	10,8	„ „ „	29,0 %	„ „
1891 bis 1895	5,8	„ „ „	15,2 %	„ „
1896 bis 1900	7,7	„ „ „	19,1 %	„ „
1901 bis 1905	4,5	„ „ „	10,6 %	„ „

Der Höchstpunkt der ganzen Vergangenheit war in der Periode 1841 bis 1845 erreicht worden, wo 24 Millionen Konsumenten (oder 89½ % der Gesamtbevölkerung) vom Inlandsweizenbau leben konnten. 1901 bis 1905 lebten umgekehrt 89,4 % der Gesamtbevölkerung (oder 37,9 Millionen Menschen) vom Weizen- und Mehlimport. Entsprechend ist die mit Weizen bebaute Boden-

[4]) »Diese Produkte wurden verkauft ohne Rücksicht auf die Produktionskosten ... Und gegen diese Konkurrenz ... konnte der europäische Pächter und Bauer bei den alten Renten nicht aufkommen. Ein Teil des Bodens in Europa kam definitiv [?] für den Kornbau ausser Konkurrenz ...« (Friedrich Engels in Marx' *Kapital*, 3 Bd., 2. Teil, pag. 259-260).

fläche rapid zusammengeschmolzen. In Grossbritannien waren mit Weizen bestellt

1871 bis 1875	3 737 000	Acres
1876 bis 1880	3 190 000	„
1881 bis 1885	2 829 000	„
1886 bis 1890	2 488 000	„
1891 bis 1895	2 016 000	„
1896 bis 1900	1 957 000	„
1901 bis 1905	1 677 000	„

Hier sind also seit dem Beginn der siebziger Jahre über 2 Millionen Acres für das wichtigste Brotkorn des Inselreiches ausgeschieden, eine viel grössere Fläche, als heute überhaupt noch Weizen trägt.

Man stösst nun bei uns sehr oft auf die Behauptung, dass andere agrarische Produktionszweige um so lebhafter sich entwickelt und reichlich Ersatz geboten hätten, wenn nicht dem individuellen Unternehmer, so doch der vielgliedrigen Landwirtschaft im ganzen. Wird diese Behauptung durch die Erfahrungstatsachen bestätigt, oder ist hier mehr oder weniger nur der Wunsch der Vater des Gedankens?

Von allen *Corn*arten, wozu unser Bericht auch Bohnen und Erbsen rechnet, wahrt nur der Hafer seinen Produktionsstand, ohne jedoch zu irgendwelcher besonderen Arealausweitung gelangen zu können. Der Gerstenbau ist, dem Areal nach, gegen die siebziger Jahre um 1/5 bis 1/4 gefallen. Immerhin zeigen Hafer und Gerste bisher einen beträchtlich geringeren Preisdruck als Weizen, so dass das langsamere Zurückweichen Englands aus diesen Produktionsgebieten erklärlich ist. Der Erlös pro Quarter stellte sich nämlich in England und Wales

	Weizen	Gerste	Hafer	also in % des Weizenpreises ausgedrückt: Gerstenpreis	Haferpreis
1871 bis 1881	50,7	37,5	24,11	74,0	49,3
1881 bis 1891	35,10	28,11	19,6	80,7	54,4
1891 bis 1901	28,10	25,1	17,7	89,3	62,6

Die letzte Prozentumrechnung zeigt deutlich, wie viel mehr der Weizen den schärfsten Anprall der Fremdkonkurrenz auszuhalten hatte. Dennoch hat selbst der mildere Preisdruck genügt, das Unternehmerkapital zum mindesten von neuen Anbauwagnissen abzuschrecken. Für alle *Corn*arten des Vereinigten Königreichs werden folgende Bestellflächen (in 1000 Acres) verzeichnet:

	Weizen	Gerste	Hafer	Bohnen und Erbsen	Roggen	zusammen
1871 bis 1875	3.737	2.599	4.233	907	68	11.544
1876 bis 1880	3.190	2.753	4 170	756	63	10 932
1881 bis 1885	2.829	2.479	4.290	684	57	10.345
1886 bis 1890	2.488	2.314	4.258	587	75	9.722
1891 bis 1895	2 016	2.277	4 371	496	75	9.235
1896 bis 1900	1 957	2.180	4.177	425	78	8.817
1901 bis 1905	1.677	2.024	4.203	425	70	8.399

Wir kommen also bei dem vermeintlichen *Ersatz* einer Kornart durch die andere nur zu einer Steigerung der Verlustliste. Beim Weizen stiessen wir auf eine Arealverminderung um 2 060 000 Acres. Die anderen Getreidearten und Ackerfrüchte mitgerechnet, reduzierte sich der Anbau von gut 11½ auf noch nicht 8½ Millionen Acres.

Abermals nicht anders bei den Wurzelgewächsen und Ölfrüchten, bei den *green crops* aller Art. Es beanspruchten im Vereinigten Königreich (in 1000 Acres) eine Anbaufläche

	Kartoffeln	Rüben: *turnips* und *swedes*	Rüben: *mangold*	Kohl, Kohlrabi, Raps	Wicken usw.	zusammen
1871 bis 1875	1.507	2.476	378	221	492	5.074
1876 bis 1880	1.384	2.394	399	216	481	4.874
1881 bis 1885	1.384	2.336	378	190	464	4.752
1886 bis 1890	1.367	2.264	389	204	425	4.649
1891 bis 1895	1.266	2.255	402	207	335	4.465
1896 bis 1900	1.225	2.097	426	221	350	4.319
1901 bis 1905	1.215	1.909	485	229	337	4.174

Der Vollständigkeit halber erwähnen wir jedoch, dass bei allen diesen Ackerbauerzeugnissen der Ertragsrückgang nicht ganz so gross ist, wie die Flächenverminderung, schon aus dem einfachen Grunde, weil die ungünstigsten Bodenklassen natürlich zuerst, die günstigsten Klassen am wenigsten dem Pflug entzogen wurden. Da die Hauptlinien des Bildes jedoch davon kaum berührt werden, so verzichten wir auf die Mitteilung weiterer Einzelheiten, die in dem Bericht der Agrarkommission keineswegs übersehen, sondern gleichfalls ausführlich dargestellt sind.

IV



LLERDINGS, eine beträchtlich günstigere Entwickelung ist bekanntlich bei der Vieh- und Fleischerzeugung zu bemerken. Einmal zeigt hier der Konsum, die Nachfrage, wie in allen rasch sich entfaltenden Industriestaaten, eine ausserordentliche Expansionskraft. Andererseits hat sich hier die Konkurrenz der überseeischen Länder viel langsamer entwickelt und den Preisdruck bislang mehr nur für minderwertige Fleischarten und Fleischwaren ausgeübt. Freilich, ob man das Verbot der Einfuhr lebenden Viehs aus einer ganzen Reihe wichtiger Länder — unter anderem aus der eigenen, sonst so heiss umworbenen Kolonie Canada — und den Zwang zur sofortigen Abschlachtung des fremden Viehs in den Landungshäfen überhaupt noch Freihandel und Freieinfuhr nennen kann? Und ob beim Wegfall dieser tiefgreifenden Beschränkungen das Bild nicht ein ganz verändertes werden würde? . . . Doch wir halten uns an die Zusammenstellungen und Urteile der Agrarkommission.

Die Rinderzahl hat sich zwischen 1871 bis 1875 und 1901 bis 1905 immer noch um 1½ Millionen oder 16% vermehrt. Dagegen erfuhr die Schafzahl eine Abnahme um 3½ Millionen oder 10%. In der Zahl der Schweine finden wir einen Stillstand. In Fleischmengen geschätzt, ergibt sich wohl zwischen 1871 bis 1875 und 1901 bis 1905 noch ein gewisser, obgleich recht minimaler Zuwachs aus der heimischen Produktion.

Schätzung des Fleischertrages aus dem heimischen Viehstapel (in 1000 Tons)

	Rind (und Kalb)	Hammel	Schweine	zusammen
1871 bis 1875	584	332	277	1193
1876 bis 1880	580	319	257	1156
1881 bis 1885	601	286	274	1161
1886 bis 1890	622	297	283	1202
1891 bis 1895	654	318	276	1248
1896 bis 1900	658	311	284	1253
1901 bis 1905	677	297	278	1252

Das wäre eine Zunahme um 93 000 Tons bei Rind- und Kalbfleisch, dagegen ein Rückgang um 35 000 beim Hammelfleisch, und ein verschwindender Zuwachs beim Schweinefleisch.

Mit der Bevölkerungsvermehrung und mit der noch viel schnelleren Expansion des Konsums halten diese Ziffern vollends nicht gleichen Schritt. Auf den Kopf der Bevölkerung entfielen als heimische Erzeugung Pfund

	Rind- und Kalbfleisch	Hammel- und Lammfleisch	Schweinefleisch, Speck und Schinken	zusammen
1871 bis 1875	40,8	23,2	19,3	83,3
1901 bis 1905	35,8	15,7	14,7	66,1

Das wären pro Kopf weniger: bei Rind- und Kalbfleisch 5 Pfund oder 12 %, bei Hammel- und Lammfleisch 7½ Pfund oder 32 %, bei Schweinefleisch 4½ Pfund oder 24 %.

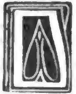
Man kann sich denken, wie dagegen die Linie der Fremdzufuhr aufsteigt. In der gleichen Weise auf einen einheitlichen Nenner gebracht, stand die Fremdzufuhr von Fleisch auf folgender Höhe:

	1000 Tons	oder pro Kopf der Bevölkerung Pfund
1871 bis 1875	236	16,4
1876 bis 1880	393	25,9
1881 bis 1885	436	27,5
1886 bis 1890	538	32,6
1891 bis 1895	686	39,9
1896 bis 1900	988	55,0
1901 bis 1905	1043	55,2

Vor dreissig Jahren deckte man demnach nur 15 % des Fleischverbrauchs aus dem Ausland, heute bezieht man nicht weniger als 45 %. Es bedarf nur noch eines kleinen Schrittes, um die Fleischversorgung aus dem Auslande und dem Inlande quantitativ gleichzustellen.



V



DER Verfall oder Stillstand der meisten landwirtschaftlichen Produktionszweige zog selbstverständlich ein rapides Zusammenschmelzen der agrarisch erwerbstätigen Bevölkerung nach sich. Obwohl einzelne Berufe, wie die Gärtnerei, eine Ausnahme machen — »etwa 1150 Acres wurden in England während der letzten 20 Jahre unter Glas gesetzt« —, geht die Gesamtbewegung doch unheimlich rasch nach abwärts.

Als in der Landwirtschaft Beschäftigte wurden im Vereinigten Königreich gezählt

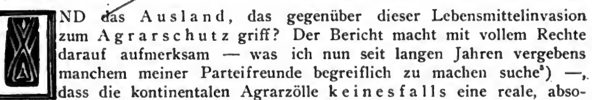
	1871	1881	1891	1901
Selbständige und Arbeiter	2 844 000	2 573 900	2 394 500	2 262 600
Landarbeiter	1 695 500	1 313 100	1 114 100	915 500

In einem knappen Menschenalter ist demnach von der Landarbeitermasse nicht viel mehr, als die Hälfte, übrig geblieben. Fast 800 000 von ihnen sind entweder nach den Vereinigten Staaten und den Kolonieen gegangen, oder sie haben den industriellen Arbeitsmarkt mit füllen und überfüllen helfen.

Nicht selten hat die Landwirtschaft nur die Greise und Krüppel und die minderwertigen Elemente bei sich zurückzuhalten vermocht. Was ihr zur vorübergehenden Saisonarbeit sich anbietet, ist viel mehr, als früher, der Abhub der Industriereviere. Von einem in der Landwirtschaft geübten, erfah-

renen Nachwuchs kann immer weniger die Rede sein — trotz der zweifellos gestiegenen Löhne. Es ist selbstverständlich, dass die im Aufschwung begriffenen, in England also die industriell-städtischen Produktionszweige die stärkste Anziehungskraft für Unternehmer und Arbeiter besitzen. Daran scheitern alle Versuche, den entvölkernden Abfluss vom platten Lande eindämmen zu wollen.

VI



UND das Ausland, das gegenüber dieser Lebensmittelinvasion zum Agrarschutz griff? Der Bericht macht mit vollem Rechte darauf aufmerksam — was ich nun seit langen Jahren vergebens manchem meiner Parteifreunde begreiflich zu machen suche[5]) —, dass die kontinentalen Agrarzölle keinesfalls eine reale, absolute Preissteigerung herbeiführen konnten, dass sie sich vielmehr damit begnügen mussten, den drohenden Preiszusammenbruch in ein mässiges Preisherabgleiten umzuwandeln.

Nehmen wir Italien. Italien ging schrittweise vom 1,4 Lire-Zoll für Weizen im Jahre 1878 hinauf zu 3 Lire im Jahre 1887, zu 5 Lire im Jahre 1888, zu 7½ Lire (über 6 Mark) im Jahre 1894. Es hat also bereits seit mehr als 10 Jahren einen höheren Brotkornzoll, als Deutschland seit den neuen Handelsverträgen (5 Mark für Roggen, 5,50 Mark für Weizen). Hat nun etwa unser freisinniger *ABC*-Schütze recht, dass die Weizenpreise sich *erhöhten* um 1,4, um 3, um 5, um 7½ Lire pro Doppelzentner, dass also die ganze inländische Brotkornverkaufsmenge, gleich x Millionen Doppelzentner, zur Grundlage genommen, eine *Bereicherung* um $x$mal 1,4 Millionen, um 3 x, um 5 x, um 7½ x Millionen Lire für die italienischen Landwirte eintrat — oder gar auf (Grundrenten- und) Bodenwertsteigerung hinaufgerechnet, um y mal $^{14}/_{10}$, 3, 5, 7½ Milliarden Lire? Für Anfänger in den vier Spezies mögen das alles ganz nützliche Rechenübungen sein. Aber für Politiker und politisch ernst zu nehmende Männer? Mit allen solchen Preissteigerungsexempeln ist, um an Fritz Reuter zu erinnern, nur der, allerdings unbestreitbare, Satz aufgestellt *Rindfleisch un Plummen sind ein schön Gericht.* Das bestreitet Jochen Brümmer selber nicht; nur ist es für ihn eine vollkommen andere Frage: ob er's kriegt. Und dass nach mehr als dreissigjähriger Prozessführung unseren freisinnigen Ratsherren dieser wirklich ureinfache Unterschied noch immer nicht einleuchten will, dass es ihnen allen noch niemals eingefallen ist, sich die Preise, die wirklichen Preise einmal anzusehen, ohne die sich auch der *Ostelbier* nicht *bereichern* kann, dass für unsere harmlosen Antiagrarier noch immer die ganze ökonomische Weltgeschichte seit mehr als einem Menschenalter stillzustehen und nur der Zollsatz als einziger Bewegungsfaktor vorhanden zu sein scheint: das ist doch eigentlich .... Doch bleiben wir bei den Preisen. Tatsächlich erreichte, wie die folgende Tabelle ergibt — ich behalte

[5]) *On revient toujours* ... In der *Neuen Zeit* veröffentlichte ich 1892 eine geschichtliche Darstellung *Die Getreidezölle Europas und Amerikas* mit folgender Begleitbemerkung: »Wie oberflächlich ist jene Anschauung, wonach die Agrarzölle nur als eine üble Frucht des *Bismarckschen Systems* erscheinen, die mit dem Stammvater von selbst absterben müsse. Es ist nicht nur der deutsche Freisinn, in dessen Kopf sich grosse Strömungen des modernen Wirtschaftslebens so merkwürdig in das Persönliche verzerrt widerspiegeln. Der deutschen Sozialdemokratie liegt eine solche Auffassung am allerfernsten, ganz frei davon hat sie sich aber in ihrer Versammlungs- und Pressagitation wohl nicht zu halten vermocht.«

die englischen Masse und Gewichte des Berichts bei —, Italien mit allen seinen Zöllen nur das eine, dass der sonst unvermeidliche Preissturz mit allen seinen unabsehbaren Folgen abgeschwächt wurde in folgende mildere Preissenkung (in Shilling und Pence):

	Offizielle Preisnotierung pro Quarter Weizen
1866 bis 1870	50,5
1871 bis 1875	58,2
1876 bis 1880	56,2
1881 bis 1885	42,4
1886 bis 1890	39,6
1891 bis 1895	38,11
1896 bis 1900	44,2
1901 bis 1903	43,9

Nehmen wir als zweiten grossen Agrarschutzstaat Frankreich. Frankreich begann 1881 mit einem bescheidenen Zollsatz für die Weizeneinfuhr, schraubte ihn jedoch, wegen des unaufhaltsamen Preisrückganges, allmählich empor auf 3 Francs im Jahre 1885, auf 5 Francs im Jahre 1887, seit 1894 auf 7 Francs (5,67 Mark). Auch hier also seit mehr wie zehn Jahren ein Brotkornzoll, den unsere Ostelbier erst gestern errungen haben. Und abermals schlemmte und prasste unser *Jacques Bonhomme* vom Lande nicht in *Rindfleisch un Plummen,* sondern .... er kriegte es nicht. Oder, um ernsthaft zu sprechen: auch der französische Agrarschutz schuf wohl ein mässigeres Preisabwärts, keinesfalls jedoch die Wucherpreise, die man erhält, wenn man alle Weltmarktsrevolutionen verschläft und einfach als findiger Kopf die neuen Zölle auf die alten Preise draufschlägt. Tatsächlich entwickelten sich in Frankreich vor und nach dem Zollschutz und unter dem fortgesetzt sich steigernden Zollschutz die Weizenpreise pro englischen Hundner in folgender Weise — immer nach abwärts:

1866 bis 1870	12,60 Shilling
1871 bis 1875	12,91 „
1876 bis 1880	11,90 „
1881 bis 1885	10,29 „
1886 bis 1890	9,78 „
1891 bis 1895	9,06 „
1896 bis 1900	8,92 „
1901 bis 1903	8,71 „

Die Preise in Frankreich, fasst der Bericht auch hier das Ergebnis zusammen, sind durch den Agrarschutz keineswegs aus dem Fallen in das Steigen gebracht worden, »aber der Preisfall war weniger heftig, als in England«.

In Deutschland fingen wir, nach dem ersten Wetterleuchten auf dem Weltmarkt, mit dem 1 Mark-Zoll für unser Brotgetreide an, wir griffen dann 1885 zum 3 Mark-Zoll, 1887 zum 5 Mark-, 1891 wieder zum 3½ Mark-Zoll — der Zollvorsprung der erwähnten romanischen Staaten ist erst jetzt durch den neuen deutschen Zoll- und Vertragstarif so ziemlich verschwunden, immerhin haben wir den Agrarschutz, wenigstens den Agrarschutz in Form der Zölle, als höherentwickelter Industriestaat, nicht so scharf auszuprägen vermocht, wie unsere obengenannten Leidensgenossen vom Zwei- und Dreibund. Das Ergebnis bei uns aber war — wie die Parteigenossen aus den Debatten wissen werden, die sich an meinen Vortrag im Berliner dritten Reichstagswahlkreis anschlossen — das selbe: keine Preiserhöhung in dem alten freisinnigen

ABC-Buch-Sinne, das heisst, keine Preisemporhebung über das altgewohnte deutsche Preisniveau hinaus, wohl aber eine starke Abschwächung des sonst unvermeidlichen Preissturzes. Ich bedauere, aus dem Bericht hier das sehr instruktive Linearbild der Brotkornpreisbewegung in Preussen und Bayern nicht wiedergeben zu können. Aber die Schlussfolgerung der Agrarkommision ist für jeden Sachkundigen ganz unanfechtbar:

»So war in Deutschland das Brotkorn in der Zollperiode billiger, als in der Periode der Freieinfuhr.«

VII



ND die Wirkung? Im Vergleich zu England haben natürlich alle kontinentaleuropäischen Agrarschutzstaaten ihre Landwirtschaft nicht im selben Masse verfallen sehen. Sie haben ihre agrarische Produktionsgrundlage zwar vielfach nicht mehr in altgewohnter Weise, nicht mehr ihrem Bevölkerungszuwachs entsprechend erweitert. Aber sie haben sich doch im grossen und ganzen erhalten, was sie an Produktionsfähigkeit besassen, und sich vorwiegend nur für den Mehrbedarf des Bevölkerungszuwachses auf die Auslandzufuhr gestützt. Im einzelnen ist das Bild allerdings kein gleichförmiges. Doch gerade von Deutschland dürfen wir wohl, trotz seines verhältnismässig geringeren Agrarschutzes, sagen, dass seine Landwirtschaft in der Stunde der Not am glänzendsten ihre geistige und materielle Spannkraft bewiesen hat. Die Leistungen Frankreichs und Italiens bleiben, trotz des energischeren staatlichen Zolleingreifens, weit hinter den deutschen Erfolgen zurück.

Italien hat es wenigstens so weit gebracht, dass noch immer ungefähr ebensoviel Konsumenten aus seiner inländischen Weizenproduktion ernährt werden, wie vor vierzig Jahren: 1862 bis 1865 waren es 22,3 Millionen, 1881 bis 1885 und 1896 bis 1900 26,6 Millionen, 1901 bis 1903 waren es etwa 24,6 Millionen. Aber Italiens Bevölkerung ist unterdes von noch nicht 26 Millionen auf 33 Millionen angewachsen; ungefähr ein Viertel der Einwohnerschaft, das sind heute etwa 8,23 Millionen, bleibt also auf das Ausland angewiesen. Immerhin stossen wir hier auf ein ganz anderes Bild der agrarischen Entwickelung, als in England.

Frankreich ist nach seiner Bevölkerungsziffer ein wesentlich stabiles Land. Hier fiel also Erhaltung des Errungenen nahe zusammen mit dauernder Selbstversorgung. Nach einigen heftigen Rückschlägen, die vielleicht mehr von Wind und Wetter, als von der Zollpolitik, beeinflusst waren, ist Frankreich diese Aufrechterhaltung der Selbstversorgung in der Tat leidlich gelungen. Es betrug beim Weizen

	die Inlandsproduktion Millionen engl. Hundner	die Mehreinfuhr vom gesamten Bedarf
1871 bis 1875	149,2	4,90 %
1876 bis 1880	138,6	14,11 %
1881 bis 1885	161,3	11,69 %
1886 bis 1890	160,4	11,05 %
1891 bis 1895	155,5	14,49 %
1896 bis 1900	170,5	6,25 %
1901 bis 1903	173,8	2,78 %

»Die Weizeneinfuhr war bis zur Periode 1876 bis 1880 verhältnismässig verschwindend. . . . Nach 1891 bis 1895 ist sie jedoch wieder gefallen, und 1901 bis 1903 machte sie nicht mehr, als 4,97 Millionen Hundner aus. In Wirklichkeit ist daher Frankreich selbstgenügsam geblieben.«

Für Deutschland wird die folgende Tabelle berechnet:

	Bestellte Bodenfläche Millionen Acres	Weizen Millionen Acres	Roggen Millionen Acres	Kartoffeln Millionen Acres	Rinder Millionen	Schafe Millionen	Schweine Millionen
1880	64,6	4,5	14,6	6,8	15,8	19,2	9,2
1890	65,0	4,8	14,4	7,2	17,5	15,6	12,2
1900	65,2	5,1	14,8	8,0	18,9	9,7	16,8
1905	65,2	4,8	15,2	8,2	19,3	7,9	18,9

Deutschland hätte danach seine bestellte Bodenfläche ungefähr konserviert. Es hat aber, wie hinzuzufügen wäre, die Kornerträgnisse fortgesetzt gesteigert. Es hat weiter seinen Viehstapel, von den Schafen abgesehen, enorm vermehrt und vervollkommnet. Jedenfalls bleiben die übrigen Agrarschutzstaaten in ihren Ergebnissen weit hinter Deutschland zurück.

Aber sie alle überragen wiederum England turmhoch in der Wahrung und Verteidigung ihres agrarischen Produktionsstandes.

VIII

AR deshalb Englands Verhalten, seine quietistische Ergebung, seine tatenlose Passivität gegenüber der hereinbrechenden und stetig sich verschärfenden internationalen Agrarkrisis geradezu ein Fehler, den tiefer blickende, weiter voraus schauende Staatsleiter hätten vermeiden können?

In den fachmännischen Gutachten, bei den agrarischen Interessenten bricht dieser bittere Gedanke zuweilen durch. Die Vorschläge des Berichts selber laufen auf einen bescheidenen Zollschutz hinaus, weniger, um im Inlande Verlorenes zurückzugewinnen, als um den britisch-kolonialen Landwirten eine Vorzugsbehandlung, einen Zollabstrich, bieten zu können. Diese politischen Vorwürfe und Forderungen seien heute bei seite gelassen.

Melancholisch klingt am Schlusse die Darstellung der Agrarkommission wie eine Grabrede aus:

»Die Lage des Vereinigten Königreiches ist eine ganz abnorme. Kein anderer Staat zeigt einen so ausgesprochenen Rückgang der Landwirtschaft. Kein anderer Staat hängt in so umfassendem Masse in seiner Ernährung von der Fremdzufuhr ab. In keinem anderen Staate ist das Kräfteverhältnis zwischen agrarischer und industrieller Produktion so vollständig zum Nachteil der Landwirtschaft umgeschlagen. Aber dieser bedrückende Rückgang der Landwirtschaft ist nicht nur eine Bedrohung unserer nationalen Sicherheit, sondern durch Einschränkung der heimischen Kaufkraft [by restricting the home market] muss er auch einen überaus nachteiligen Einfluss auf die gesamte industrielle Tätigkeit unseres Landes haben.«

××

KONRAD MÜLLER-KABOTH · KUNSTWISSENSCHAFT UND ÄSTHETIK

ER Sturm, der vor etwa anderthalb Jahren um das Böcklinbuch Meier-Graefes tobte, gewann sicherlich das Lärmende seiner Resonanz aus den aufgeregten Tiefen eines subalternen Patriotismus, der aus einer mit allen Mitteln ästhetischer Dialektik geführten Befehdung eines gepriesenen Künstlers nur die pietätlose Gesinnung witterte, die das Nationale bedingungslos zu gunsten fremder Art verkleinert. Die Wortführer

des Streites konstatierten den vermeintlichen Verrat vaterländischer Ideale so oft und mit so lauter Entrüstung, dass ein tieferer und reellerer Gegensatz kaum zum Ausdruck kam, obwohl er hier und da die Suada der aufgerührten Pathetiker mit etlichen halbsachlichen Argumenten speiste: der nie zu versöhnende Kontrast geistiger Maximen, auf der einen Seite die erkenntniskritische Deduktion des Ästhetikers, der Wertaxiome abstrahiert, auf der anderen die lediglich feststellende Betrachtung des Historikers, der an der genetischen, nicht an der essentiellen Untersuchung gegebener Werte interessiert ist. In dieser Feindschaft der Anschauungsweisen ist die verborgene Quelle zu suchen, die vor einem Jahre schon dem Streit heimlich neue Nahrung bot; sie floss unter dem Morast persönlicher Verdächtigungen fort und erhielt das Interesse ernsthafter Männer frisch, dass trotz des degoutierenden Brusttons der Phraseure die Diskussion doch noch die ihrer würdige Stätte fand und in den Debattenzirkeln denkender Gelehrten von einigem Verantwortlichkeitsbewusstsein zur Präzision der differierenden Standpunkte und damit zum Aufschluss der akuten Geistesfragen führte.

Der Vertreter der exakten kunstwissenschaftlichen Disziplin, seit den Anfängen der Romantik immer ein Historiker, äusserte sich etwa dahin, dass mit ästhetischen Postulaten niemandem gedient sei, dem Laien nicht und nicht dem Künstler. Das sei ja der Fortschritt des 19. Jahrhunderts gewesen, dass es über die abstrakten Theorieen der Philosophen, über die irrealen Definitionen des Kunstschönen zur exakten historischen Forschung geschritten sei, die Kunst aus der Sphäre einer neutralen Monstrosität in die konkreten und lebendigen Beziehungen zu ihren Schöpfern, die Schöpfer aber in den sinnfälligen Zusammenhang ihrer Zeit und ihres Kulturmilieus hineingestellt und mit diesem organischen Bild des Kunstwerdens auch eine harmonische Anschauung des Kunstseins gewonnen habe. Diese Anschauung umschliesse die denkbar grösste Mannigfaltigkeit; ja, die Fähigkeit, auch der verblüffendsten Varietät gerecht zu werden, ehre den wahrhaft vorurteilslosen Historiker. Grundsätze verengten den Blick; Qualitätsgefühle existierten schon, aber sie zur Fixierung gewisser Massstäbe anwenden hiesse bereits unvorsichtig handeln, denn ihre Abhängigkeit vom Geschmack, der jedermanns persönlichste Sache sei, verbürge kaum die pupillarische Sicherheit ihrer Reaktionen. Und zudem: was seien Wertungsversuche, die im besten Falle nur die geistige Wesenheit der eigenen Zeit spiegeln und der neu heraufkommenden blindlings zum Opfer fallen? Der Historiker, der sich nur um Tatsachen kümmert, strittige Punkte aufklärt, neue erhellt, arbeite für die Dauer, nein, für die Ewigkeit. Nichts sei ewiger, unverrückbarer, als die Tatsache. Sie stelle das Fundament dar, *aere perennius,* auf dem der Geist unsolider Müssiggänger seine vergänglichen Feuerwerksspiele entzünde. Fakten aufspüren und beweisen: das sei Wissenschaft, gegründet, in Äonen noch unangetastet zu stehen. An der ehernen Eindeutigkeit der Tatsache disziplinière sich der Geist zur gewissenhaften Exaktheit und zu einer Art anonymer Objektivität; das Faktum, neutral und absolut, bedürfe keines Namens, nur die subjektive Imagination benötige ihn, weil nur der Geist, der sie ersann, ihrer schwankenden Relativität Halt und Stete zu geben vermag. Und so erhebe sich das Tatsachenstreben des Historikers zur Höhe eines ethischen Prinzips: ein Zuchtmittel wider die Üppigkeit, die Selbstbespiegelung und die Lust an der eigenen Parade, wirke es mit selbstloser Hingabe an dem unzerstörbaren Bau der geschichtlichen Wahrheit und spotte der Weisheit

derer, die ihr Wirken nur durch die schnell verlöschende Spur des eigenen Wesens legitimieren, die immer nur die Begrenztheit des eigenen Wesens offenbaren, wenn sie die absolute Wahrheit zu verkünden glauben.

Die Erwiderung des Ästhetikers beschränkte sich darauf, mit Herablassung festzustellen, dass keine Tatsache an sich etwas bedeute, dass erst ihre Beziehung zu anderen Fakten, die Ordnung eines vom Geiste präjudizierten Zweckes ihr Wesentliches wirksam mache und ihre Existenz rechtfertige. Ist der Geist Willkür, so ist alles willkürlich; denn alles, womit wir leben, die sichtbare Welt unserer Sinne und die unsichtbare unserer Seele, sind Akte eines geistigen Geschehens, die nur im Grade der Substantiierung unterschieden sind. Das Wertungsprinzip des Ästhetikers entspricht einem Bedürfnis, dem die Harmonie des Kosmos gerade so gedankt wird, wie die Übersichtlichkeit einer Briefmarkensammlung; dem einfachen Willen zur Ordnung, der in der graduierten Aufreihung des Materials das lebendige Spannungsverhältnis betont, auf das das Individuum und das Objekt eingestellt sind. Die Furcht, dass jeder Wert nicht länger lebe, als die Persönlichkeit, die ihn fixierte, erschüttert nicht das Recht des Prinzips; gewährt es der Individualität die Möglichkeit, das Wesentlichste ihrer Struktur präzis und greifbar herauszustellen, so hat es dem erhabensten Zweck menschlicher Gesittung Genüge getan und das Sakrosankte seiner Existenz erwiesen. Es ist aber garnicht wahr, dass die ästhetischen Werte dem Wechsel der Individuen unterworfen sind; jedenfalls nicht in dem Sinne, in dem der unphilosophische Kopf, der dilettantische Skeptiker und die Kunstreporter davon reden. Sie alle verwechseln den ästhetischen Wert mit dem Geschmackswert; nur dieser zeigt sich erfahrungsgemäss vom Auf und Ab der Zeiten und Menschen abhängig. Aber der ästhetische Wert steht über allen Varietäten des Geschmacks; er thront in jener gesicherten und ewigen Sphäre, wo sich das Absolute und Naturgewollte der schöpferischen Begabung, die Dynamik und der Grad der Unabhängigkeit des eingeborenen Talentes in klaren und lesbaren Skalen verkünden.

In dieser pointierenden Form, dürfte sich ein Laie ins Wort mischen, entbehrt die Erörterung vollständig des Reizes neuer und schöpferischer Einsichten. Eine Wissenschaft, in der das elementarste Recht des Geistes, das Werteschaffen, angefochten wird, ist beinahe indiskutabel und eher eine Legitimierung barbarischer Pedanterie, als eine Manifestation der Kultur zu nennen. Die Pointe kann darum kaum richtig sein, schon wegen der kaum strittigen Zivilisation gewisser ruhmreicher Männer, die sich in dieser Wissenschaft betätigt haben. Interessanter, als der Eifer, die Extreme der Standpunkte hervorzukehren, ist sicher die massvolle Reserve, die das oft unwillkürliche Hinübergreifen der einzelnen Disziplinen aufzeigt und die Ansprüche einer jeden gegen einander abwägend, ein lebendiges und gegliedertes Bild des Komplexes entwirft.

Dem gegenüber könnte ein Sachkundiger folgendes ausführen: Das Bestreben unserer Kunsthistoriker, die Tendenzen ihrer Wissenschaft auf das Niveau ihrer primitiven Anfänge herabzusetzen, entspricht einer ehrlich geäusserten Resignation, die eingesehen hat, wie wenig das persönliche Verhältnis zur Kunst von ihr gestützt wird. Wer an die Kunsthistorie mit dem Anspruch herangetreten ist, sich von ihr das Wissen von der Kunst lehren zu lassen, hat früher

oder später das Vergebliche des Versuches erkannt und, wenn es ihm Ernst war, entweder zu anderen Mitteln gegriffen oder seine Interessensphäre auf die nackte Historie beschränkt. Die Kunsthistorie ist keine eindeutige Disziplin. Sie stellt eine breite und unabsehbare Ebene dar, auf der vielerlei Leute mit den verschiedensten Zwecken sich bewegen; jeder brachte sich diesen Zweck selbst mit, sie selbst garantierte für keinen, und dass dann mancherlei Menschen ziellos werden, ist eigentlich gar kein Wunder.

Die Kunstwissenschaft, ein Sonderzweig der historischen Disziplinen, ist zunächst nichts anderes, als eine Sammlung kunsthistorischen Materials, das nach dokumentarischen Belegen kritisch gesichtet wird. Jeder, der Fleiss und Gewissenhaftigkeit mitbringt, ist für sie befähigt. Dass die Gegenstände der kritischen Ordnung Kunstwerke sind, ist an sich ohne Belang und macht keine spezielle Eignung zur Voraussetzung; sie interessieren die kritischen Instinkte nicht um der Tatsache willen, dass sie Kunstwerke sind, sondern kraft ihrer Zugehörigkeit zu einem bestimmten Ordnungskreis, und die Kriterien, denen sie unterworfen sind, haben nicht so sehr mit ihren künstlerischen Eigenschaften, als mit gewissen sachlichen Erkennungsmalen zu tun, die sie als zu dieser fixierten Ordnung gehörig nachweisen. Der besondere Umstand, dass hier Werke der Malerei und Plastik, nicht etwa Palimpseste oder andere Raritäten, der rubrizierenden Behandlung unterliegen, variiert nicht einmal die Methode, sondern nur ihre Basis; sie rechtfertigt den Namen *Kunstphilologie*, den diese Beschäftigung zum Unterschied von andern Philologieen führt, und deutet damit hinlänglich an, dass das besondere Material ganz natürlich eine besondere Sphäre des Wissens erfordert und motiviert. Der gelehrte Th. von Frimmel ist ein spezifischer Typ dieser Gattung; seine *Gemäldekunde* dokumentiert die Kenntnis eines sehr erfahrenen Praktikers, der sich um Gemälde mit der gleichen Beflissenheit gekümmert hat, wie ein Registrator um seine Akten; er erwärmt sich für alle realen Beziehungen und Verknüpftheiten, die aus dem Faktischen ihrer Existenz resultieren, vermerkt und untersucht ihre äusseren Merkmale und bringt auf diese Weise eine genaue Liste aller historischen Gemäldetechniken und eine umfänglich detaillierte Tatsachenhistorik zum Frommen aller derer zu stande, die bei weniger zähem Sitzfleisch über einen reicheren Fonds geistiger Direktiven verfügen. Der Begriff *Kennerschaft*, der von freigebigen Leuten auch auf ihn angewendet wird, braucht ihm nicht abgestritten zu werden und enthebt das Urteil über seine begrenzte Geistigkeit doch nicht des Rechtes. Dieser Begriff ist weit; er bezieht sich im Sprachgebrauch auf die ausgiebige Bewandtnis mit Äusserlichkeiten nicht weniger oft, als auf die gesättigte Anschauungsfülle künstlerischer Ausdrucksformen; ja, auf einem gewissen mittleren Niveau der Wissenschaft hat der emsige Detail- und Tatsachenkenner viel begründetere Aussicht, um seiner Kennerschaft willen gerühmt zu werden, als der schwerere und konzentrierende Kopf, dem das Material nur der Stein ist, aus dem er Funken und Flammen schlägt. Der Kenner vom Schlage Frimmels weiss um die Manier eines jeden Meisters; er kann auch die Unterschiede aller historischen Stilarten ohne Besinnen herzählen, sofern sie sich in äusserlich auffälligen Varianten, im Kostüm, im Format der Bilder, in äusseren Kompositionsgesetzen, im Farbengeschmack und im typischen Vorherrschen gewisser Details ausdrücken; aber er wird, abgesehen von historisch festgelegten Werken, kaum ein gutes Bild von einem minderwertigen unterscheiden können, und, was mehr ist, er wird das starke Werk eines neuen Talen-

tes, das nicht die Fabrikmarke einer konzessionierten Stilmode trägt, von vornherein und von Grund aus abtun. Dieser Art Sachkennerschaft ist die Kunst ein recht zufälliges Material; sie ist die Tugend einer jeden fachmännischen Auseinandersetzung mit beliebigen Gegenständen. Wer bei dieser fachmännischen Klitterung der Kunst stehen bleibt, enthüllt allerlei achtbare Bürgertugenden, und das Lob der zuverlässigen Solidität soll ihm nicht erspart sein; aber er bleibt inmitten des kultiviertesten Milieus eigentlich kunstfremd.

Denn nun zeigt es sich, dass ein höherer Begriff der Kunstwissenschaft, der mehr von dem Akzent der ersten Silbe das Wesentliche seiner Deutung erhält, das Verhältnis der Jünger doch noch nach andern Ansprüchen reguliert, als die sind, denen das Registratoreningenium des überall und nirgends notwendigen *Fachmannes* genügen kann. Sie entwickelt eine spezielle Art der Problematik, die nicht von dem ausdauernden Eifer eines Beliebigen bewältigt werden kann, sondern Anlagen bedingt, deren Besonderheit die Eignung für irgend eine andere Tätigkeit so ziemlich ausschliesst und den Grad des Interesses bis zu einer Art innerer Nötigung steigert. Die Seltenheit dieser Talente mag man daraus ersehen, dass eine Tradition von fast hundert Jahren erforderlich war, um das Wesen dieser Problematik von allen Nebenzielen frei herauszubilden, und dass erst die Gegenwart sich des Besitzes einer kunstwissenschaftlichen Disziplin rühmen kann, deren Resultate exakt an das Künstlerische der Kunst greifen und den Betrieb der historischen Forschung durch das Mittel eines reinen Kunstgefühls individualisieren. Die Arbeit der vorangehenden Generationen, die mit einem nicht weniger hohen Mass von Hingebung und mit nicht geringerer Ausschliesslichkeit sich an die Aufgaben der Kunstwissenschaft gemacht haben, gelangte nicht dazu, ein reines Substrat kunstwissenschaftlicher Probleme zu destillieren, weil die Kräfte, die sie ihren Zwecken dienstbar machten, mehr auf die Bearbeitung der allgemeinen kulturellen und psychologischen Faktoren, aus denen Kunst erwächst, gerichtet waren, als auf das Produkt selbst. Die Generation der Springer, Thausing, Justi, der Grimm und Burkhardt, die mit literarischen Talenten grossen Stils die Sachlichkeit ihrer Forschungen schmücken konnten, wurde gerade durch diese schätzbaren Gaben gehindert, sich mit dem Wesentlichen ihrer Objekte, mit dem Kunstwerk, so auseinanderzusetzen, dass von den Wucherungen allerlei ideeller Nebeninteressen abstrahiert, ein lebendiges und deutliches Kunstwissen zu tage trat. Das Dürerbuch Springers, zu dem in Wölfflins *Dürer* eine moderne, sehr interessante und aufschlussreiche Parallele entstanden ist, ist ein literarischer Ausläufer jener romantischen Huldigung des Mittelalters, die als Reaktion auf die abstrakte Weltbürgerlichkeit der Aufklärungsepoche und auf den im Schematismus abflauenden Antikenkult der Goethezeit sich auf deutsche Kunst und Art besann und in dem Idyllisch-Kleinbürgerlichen der deutschen Vergangenheit mit seinen ehrenfesten Meistertugenden einen Hort unendlicher Poesie und einen willkommenen Anlass zu unerschöpflichen Sentimentalitäten fand. Von Goethes Jugendaufsatz, den er im Angesicht des Strassburger Münsters schrieb, und der Dürers »holzgeschnitzteste Figur« feiert, über die Herzensergiessungen des schwärmerischen Wackenroder und den ernsthaften Sammeleifer der Gebrüder Boisserée, läuft dieser anfänglich frische Wind romantischen Fühlens geradenwegs in die Kunstwissenschaft, die Systematik verstaubter und kunstblinder Theoretiker über den Haufen rennend und durch die sinnlich-lebendige Begeisterung für eine grosse Kunstepoche ein ausdruck-

volleres und beziehungsreicheres Verhältnis zur Kunst selbst anbahnend.[1]) Springer gibt also nicht eine reine Physiologie der Kunst Dürers, nicht eine deutliche Entwickelung seiner Mittel, sondern er entwirft ein Bild seines Milieus und seiner Persönlichkeit und glaubt, in das Wesen seiner Kunst eingedrungen zu sein, wenn er ein gewisses psychologisches Material mit kulturhistorischen Details in einigermassen logischen Zusammenhang bringt. Es ist wichtig, dass Wölfflin, der moderne Dürerbiograph, mit einer absichtlich auffälligen Abkehr von aller romantisierenden Tendenz an die Spitze seines Buches eine radikale Kritik des bekannten Ausspruchs setzt, den Dürer bei seiner Rückkehr aus Italien tat: »O wie wird mich nach der Sonne frieren; hier bin ich ein Fürst, dort aber ein Schmarotzer!« Bei Springer und den älteren Dürerhistoriographen spielt dieses Wort eine grosse Rolle; es ist das Leitmotiv einer melodramatischen Sentimentalität, die in dem Beispiel des alten Meisters die eigene Romantik zu legitimieren trachtet und das Gefühl der Anschauung des Werkes gegenüber tot liesse, wenn nicht in der poetischen Idealisierung des Schöpfers ein in jedem Betracht summarisches Interesse ausgelöst würde.

Der Geistigkeit Justis und Burkhardts und dem literarischen Takt Hermann Grimms ist dieses sentimentalische Interesse an ihren Gegenständen im Grunde fremd; sie haben auf dem Gebiet der kulturhistorischen Synthese wahrhaft vorbildliche Werke hinterlassen, aber ihr Verhältnis zur bildenden Kunst, die, bei Justi und Grimm wenigstens, im Zentrum ihrer Bestrebungen lag, ist keineswegs deutlich und beschränkt die Bedeutung ihrer Taten auf eine Sphäre, die ihre ursprüngliche Absicht weit zu überspringen gehofft hatte. Justi hat in seinen Winkelmannstudien ein glänzendes Zeugnis psychologischer Intuition und einer geistreichen Persönlichkeitsschilderung gegeben; er verfügt über einen Stil, der hie und da die Züge einer einfach fürstlichen Individualität enthüllt, und nicht selten gelingt seinem schweren und wie aus verschütteten Tiefen emporringenden Wort eine Stimmung zu schaffen, die an das Beste grosser Dichter gemahnt, eine Stimmung, in deren Getragenheit eine schwermütige Erkenntnis und tiefe Weisheit mit etwas stockender Härte räsonieren. Der Zwang, der Justi im Winkelmannbuche nur auf die Gestaltung eines geistigen Problems von literarischer Färbung konzentrierte, verhalf dem Werk zu der unantastbaren Qualität und dem hohen vorbehaltlosen Ruf, sein *Velasquez*, der den Zwang auf die Erörterung spezifisch künstlerischer Fragen übertrug, wurde im gleichen Masse anfechtbar und erwarb sich einen Ruhm von sehr leidiger Bedingtheit. Hier deckt der glänzende Stil nicht die Dürftigkeit der künstlerischen Anschauung, hier kann das Fehlen eines exakt durchgebildeten Kunstgefühls nicht hinter der gediegenen Leistung des fleissigen Kulturhistorikers verschwinden. Justis Bildkritik, die falsche und echte Velasquez' sondert, ist längst überholt; das modern geschulte Qualitätsgefühl, das in Velasquez den Vater einer jeglichen sublimen Kultur des malerischen Mittels ehrt, hat die Auslese der echten Werke ungemein verschärft und Resultate gezeitigt, gegen die Justi heftig polemisieren zu müssen geglaubt hat. Mit geringem Erfolg. Justi hat nicht nur durch die laienhafte Art seines Buches, die eine Ana-

[1]) Die Strömung, deren virtueller Zweck heute längst erfüllt ist, übt ihre befruchtende Tendenz leider noch fort; naturgemäss mit einer atavistischen Zerstörung alles dessen, was sie früher erneuert. Henry Thode, ihr empfänglicher Propagateur, hat in begreiflichem Unverständnis für ihre kulturhistorische Mission ihr doch nur relativ gültiges Ideal zu einem absoluten Idol erhoben und Postulate daran geknüpft, die ihre frühere Tendenz, zu einer intimern Durchfühlung der Kunst zu verhelfen, mit radikaler Naivetät negieren.

lyse der Kunstwirkung durch die detaillierte Beschreibung des Gegenständlichen ersetzt, sein Ansehen in reinen Kunstdingen erschüttert, er hat sich aufs lapidarste kompromittiert durch die feindselige Stellung, in die er der modernen Kunst gegenüber trat. Der Mann, der die Biographie Velasquez', die erste und grösste, die in Deutschland erschien, geschrieben hat, hat über Manet, der den gleichen Velasquez schwärmerisch verehrte und mit Glück und Talent Wirkungen ähnlicher Art erstrebte, mit den härtesten und absprechendsten Worten zu Gericht gesessen. Er hat nicht Anstand genommen, die Berufung der Modernen auf Velasquez als Frivolität zu kennzeichnen, und man hätte ihn wohl zur kompletten Verleugnung des hochgepriesenen Meisters treiben können, wenn einer es unternommen hätte, ihm den offenkundigen Zusammenhang zwischen Velasquez und der modernen Malerei unwiderleglich nachzuweisen.[2]) Es bedarf keiner Erinnerung, dass er von der klimatischen Besonderheit der spanischen Kultur, die in den Porträts des Velasquez diese delizieuse Blüte exklusiven Geschmacks trieb, eigentlich unberührt blieb, dass er durch den Vergleich mit der gleichzeitigen italienischen Malerei einen Standpunkt dokumentierte, von dem aus das Wesentliche der spanischen Kunst, die im Gegensatz zu den dekorativen Tendenzen der Italiener erstrebte Wirklichkeitsillusion, unrettbar verloren gehen musste. Die Eroberung des Velasquez für unsere Kunst und die Entwickelung der ästhetischen Betrachtung hat sich an Justi vorbei, durch die Taten der von ihm verkannten Meister Manet und Whistler vollzogen; sein antiquarisches Interesse, durch vielfältigen Geist subliniert, hat ihm, wie er an dem Toten nur das Tote hervorzog, auch die Wirkung in das fortschreitende und werterneuernde Leben versagt.

Hermann Grimm, der Freund und Bewunderer Cornelius', ist in seinen Beziehungen zur bildenden Kunst durch dieses Verhältnis zu dem doktrinärsten aller Akademiker genügend charakterisiert. Was ihn zu Michelangelo hinzog, war sicherlich ein lauteres Gefühl für das Riesenhafte dieses Menschentums und eine Humanistenfreude für die sich überschlagende Wildheit der Renaissancebegebenheiten, aber die Duplizität der Schätzung für die furiöse Gigantik michelangelesker Figuren und die ohnmächtige Pathetik des Epigonen verdächtigt den fühlenden Instinkt hinreichend, um das Urteil, das hier eine sehr vage organisierte Kunstanschauung feststellt, nicht als ungerecht erscheinen zu lassen. Grimm teilte mit Burkhardt das Schicksal vieler gebildeter Zeitgenossen aus dem zweiten Drittel des 19. Jahrhunderts, die von der Kunst der eigenen Epoche mit Recht unbefriedigt, ungebildeten Auges, aber desto volleren Herzens sich in die Betrachtung der alten Meister stürzten; der Schuss Sentimentalität, der dieser Art archaisierender Anschauung immer eigen ist, verführt sie, an ihren geliebten Vorbildern immer das Äusserliche als das besonders Grossartige wertzuhalten, das, was die erloschenen Kulturen an Gegenständlichem hergegeben hatten. In der Besonderheit des Sujets dünkte sie die Distanz von den Gestaltungstendenzen der eigenen Zeit am mächtigsten ausgedrückt, und was ehedem nichts als die natürliche Welle in einem grossen Strom war, der den Bedürfnissen der Zeit mit einfacher Anpassung Geleit

[2]) Justi, der seinerzeit Lehrer Wilhelms II. war, hat wahrscheinlich auch den Keim zu der Abneigung gelegt, die der gegenwärtige deutsche Kaiser gegen alles, was moderne Kunst heisst, empfindet. Vor ein, zwei Jahren ging durch die Presse eine Nachricht, nach der Wilhelm II. im engsten Hofkreise eine »von seinem früheren Lehrer« verfasste Streitschrift habe vorlesen lassen, in der mit Hilfe kunstwissenschaftlicher Thesen versucht war, der Impressionistenkunst die ästhetische Berechtigung abzuerkennen. Der Verfasser kann nach diesem Hinweis nur Justi gewesen sein.

gab, wurde für ihr Gefühl ohne weiteres Symbol und Ausdruck einer erhabenen Kunsthöhe, an deren Mass der Kleinkram der zeitgenössischen Kunst sich hoffnungslos dokumentierte. Nicht der Wille war für sie entscheidend, der die grossen und kleinen Gegenstände der Vergangenheit zur Kunst erhob, nicht das Ausmass von Talent und schöpferischer Gewalt, das in den variablen Werken mannigfach sich stufte, sondern ein gewisses Substrat von Stofflichkeiten, das Lenkipposgruppen, Kreuzigungsszenen, Putten, gefesselte Sklaven und andere Dinge einschloss. Wohl war ihr Auge geschult genug, das Ausgeschriebene der Handschrift, die mühelose Meisterschaft über das Material als wertbestimmend zu empfinden, und ihr psychologischer Takt, in anderer Materie glänzend bewährt, reichte hin, um bei extremen und eindeutigen Persönlichkeiten auch das ästhetische Urteil zu stützen; aber wenn es gewiss ist, dass auch der Laie in der Physik die fundamentale Bedeutung der Kepplerschen Gesetze oder der Newtonschen Theorieen einsieht, dann ist es ebenso sicher, dass noch kein Beweis besonderen Kunstwissens erbracht ist, wenn der gewaltige Michelangelo gewaltig und der grosse Rubens gross genannt wird. Jede Wissenschaft macht ihr Meisterstückchen im Unscheinbaren, das der Laie mit Selbstverständlichkeit übergeht; Rubens' strotzende Meisterschaft empfinden ist für die Gediegenheit der Kunstbegriffe nicht im entferntesten so überzeugend, wie die restlose Analyse der Eyckschen Kirchenmadonna etwa oder eines Figurenbildchens von Vermeer. Naturgemäss wird der wahrhafte Kenner auch Rubens nichts schuldig bleiben, und vielleicht wird er es um so schwerer haben, jeden laienhaften Eindruck zu vermeiden, weil an den Säulen der Popularität die Phrase um so verhängnisvoller klebt. Aber jedenfalls wird er an Rubens andere Dinge hervorzuheben haben, als Burkhardt in seinen Rubensstudien, der über äusserliche Farbenbeschreibungen nicht hinauskommt. Konnte man von ihm schon nicht eine so ausgezeichnete Analyse erwarten, wie sie Eugen Fromentin in den *Peintres d'autrefois* von der Rubensschen Technik gab, so durfte man doch bei ihm als einen Meister des konzentrierten Wortes auf gewisse summarische Urteile rechnen, die unter einer Summe zerstreuter Empfindungen die mächtige Bilanz ziehen und das Prestige eines längst bekannten Wertes durch das synthetische Ineinanderschmelzen aller Wertgefühle auf neue Art erglänzen machen. Aber auch diese Hoffnung liess er unbefriedigt.

Ein solches Versagen der älteren Generation gegenüber den grundsätzlichsten Ansprüchen bestimmte die moderne Kunstwissenschaft, den Aufgabenkomplex zu revidieren und durch ein besonnenes Ausscheiden allzu üppiger Ideenwucherungen zu vereinfachen und zu spezialisieren. Andere Männer, andere Anlagen wurden jetzt wirkend; bescheidenere Geister, einseitigere Intelligenzen, aber mit einer exakten Direktive für das, was sich als notwendig erwies, traten auf, mit einer zuchtvollen Konzentration sich dem einen ausschliesslichen Ziel widmend, von dem die Organisation ihrer Kräfte die Richtung empfangen. Hatte früher ein halb dichterisches Interesse für die Persönlichkeiten der Künstler den Kunstschriftstellern die Feder geführt, so begann man sich jetzt vielmehr mit dem einzelnen Kunstwerk auseinanderzusetzen. Man bevorzugte das Werk der undramatischen Meister, deren Individualität den Betrachtenden nur durch die Tugenden des Werkes fesselt, in denen sie gelöst ist, und beschränkte die Untersuchung auf die Erforschung des Mittels, das die Wirkung erzeugt, der Methode und der besonderen Manier, die das Werk den Individualitäten gemäss differenziieren. Die Erziehung des Auges, die aus

diesem unmittelbaren Angriff der künstlerischen Objekte resultiert, ist der Ruhm der heutigen Kunstwissenschaft. Sie hat ein umfängliches Buchwissen zu gunsten einer eindringlicheren Kompetenz in Fragen rein künstlerischer Natur aufgegeben und hat an die Stelle emphatischer Schilderung oder kleinlicher Detailkrämerei eine sachliche Bildkritik gesetzt, die mancherlei dunkle Partieen der Kunstgeschichte aufgehellt, bekannte und unbekannte Meister auf Grund genauer Vergleiche nach Art und Umfang ihres Malwerkes scharf und zureichend individualisiert und die Masse des kunsthistorischen Materials aus einem toten Tatsachenballast in eine lichte Gliederung lebendiger und greifbarer Vorstellungen gewandelt hat. Einer der sympathischsten Typen dieser vergeistigten Disziplin ist der in München wirkende Konservator Karl Voll. Seine Studie über Jan van Eyck ist die Untersuchung eines ungemein gewissenhaften Kopfes, in dem ein paar helle und durchdringende Augen sitzen, denen nichts entgeht. Ausgerüstet mit einem kultivierten und sicher reagierenden Sinn für gute Malerei, hat er mit radikaler Kritik unter dem Wust der unter Eycks Namen segelnden Werke die unanfechtbaren ausgesondert und die künstlerische Individualität dieses Erzvaters der modernen Kunst auf ein paar signifikante und unantastbar giltige Linien gebracht. Seine unerhörte Konsequenz in der Revision überlieferter Begriffe begegnet den heftigsten Widersprüchen; seine in der Mehrzahl negierenden Resultate sind aus Gründen eines rein materiellen Interesses den Besitzern vermeintlicher echter Werke unangenehm, und da in der Schar der Betroffenen sich eine Reihe Museumsdirektoren befindet, deren berühmteste Schaustücke der Sonde des schonungslosen Kritikers zum Opfer fallen, so gibt es Polemiken genug, die Volls Ergebnisse mit den geriebenen, für den Laien unkontrollierbaren Mitteln fachmännischer Dialektik *ad absurdum* zu führen suchen. Aber der Dr. Voll, ein schwerer Bayer von ausserordentlich solidem Fonds, arbeitet mit einem viel zu einfachen Apparat, um nicht vor Selbsttäuschungen sicher zu sein, und seine schlichte, aber im Ausdruck unfehlbare Diktion, die immer auf knappste Art genau das sagt, was sie will, festigt das Vertrauen zu der Gradheit seiner Gesinnung, seiner fröhlichen Überzeugungstreue und, woran ihm wohl am meisten gelegen ist, zu der wissenschaftlich gediegenen Fundierung seiner Erkenntnisse. Er hat jetzt eine Geschichte der altniederländischen Malerei erscheinen lassen, die die Unbestechlichkeit seines Blickes an einem vielfältigeren Material, als es die Eyckstudie bot, auf überzeugende Art erprobt und eine Summe von Wissen und Geschmack, potenziert durch ein subtiles Unterscheidungsvermögen für künstlerische Qualitäten, zum Frommen aller an der Kunst wahrhaft Interessierten nutzbar macht. Es gehört zum Wesen dieses auf einer reinen Kunstkennerschaft basierenden Forschungsbetriebes, dass die Auseinandersetzung mit der gleichzeitigen Kunst nicht verabsäumt wird. Der Instinkt des Historikers,, der in der Vergangenheit den Fluss lebendiger Entwickelungen, nicht das Gerümpel abgestorbener Raritäten sucht, führt den Betrachter der Gegenwart notwendig zu der Erkenntnis, wie das zeitliche Geschehen langsam Geschichte wird und Stück für Stück sich an die Kette der alten Entwickelung ansetzt; ihm erscheint es demgemäss als frivol, den Kern einer Sache zu vernachlässigen oder absichtlich zu verkennen, die nur zu Jahren zu kommen braucht, um die mässigsten Köpfe zu beschäftigen, und bedarf er einer Theorie, um seine Beziehungen zur Moderne zu rechtfertigen, so ist sie in diesem Gedanken überaus gültig gegeben.

Aber er braucht sie wohl kaum; in dem Grade, in dem ihm an der Historie die Kunst die Hauptsache ist, ist ihm auch die Kunstäusserung der eigenen Zeit nahegerückt, und Kunstsehen und -empfinden wird ihm ein nacktes Bedürfnis, wie nur irgend einem Amateur. In dieser Entwickelung des Kunsthistorikers zu einem amateurhaften Geniessertum haben wir den Fortschritt zu sehen, dem die Disziplin ihre endgültige Befreiung von allen verwirrenden Sonderbestrebungen verdankt; er hat die Ausmerzung des literarischen Gesichtspunktes aus der Kunstbetrachtung erst wirklich zu Ende geführt und der Wissenschaft das Prestige einer unabhängigen, in Ziel und Anspruch aus sich selbst gegründeten Existenz verliehen, das wir heute an ihr achten. Männer, wie Tschudi, der über altniederländische Meister nicht weniger gut geschrieben hat, als über Manet, wie Wölfflin und Voll, sind an der spezielleren Art der Problematik zu glücklichen Taten gereift; sie haben durch das Prinzip, an der Kunst das Künstlerische zu erkennen und hochzuhalten, Wirkungsmöglichkeiten gefunden, die nicht nur der Forschung eine Fülle hellerer Einsichten brachten, sondern auch, absolut betrachtet, den Ausdruck der adäquaten Kräfte in der Form einer reifen und imponierenden Geistigkeit erhöhten.

Dennoch! Selbst dieser wählerische Eklektizismus, der, wie wir sahen, heute als das lebendigste Element kunsthistorischen Geistes angesprochen werden muss, war nicht im stande, das Verhältnis zur Kunst so weit zu verinnerlichen, dass ohne Schaden für die sinnliche Wärme des Kunstgefühls die Distanz gewonnen werden konnte, von der aus die Bedeutsamkeit des Einzelobjektes wieder zurücktritt und die Orientierung über die grossen, ordnung- und massgebenden Gesichtspunkte möglich macht. Die Schulung des Auges reichte nicht hin, um die gewisse Indolenz im Denken, das Fehlen eines leidenschaftlich logischen Instinktes zu ersetzen, das alle Gründe der Kunstwirkung ununtersucht lässt, sofern sie nicht auf den Reiz ganz spezieller Einzelheiten beschränkt wird, und über die Grenzen der Ausdrucksmöglichkeiten, über die Bedingtheit der Wirkung aus der Physis des Materials und Mittels die Diskussion schweigen heisst; es entwickelte sich auch kein präzis reagierendes Organ für die untergründigen und nur gefühlsmässig zu ergreifenden Dinge, die beim Kunstwerk den Grad der Wirkungsenergieen bestimmen, für die Spannungs- und Potenzunterschiede der schöpferischen Individualitäten, die in den einzelnen Werken mannigfach gestuft zur Entladung kommen. Mit einem Wort: der Wille zu einer deutlich zu organisierenden Ästhetik blieb bei unseren Kunsthistorikern tot. Sie wurden sich dessen zunächst vielleicht garnicht bewusst; aber als ihnen Ereignisse der letzten Zeit die Lücke ihrer geistigen Organisation fühlbar zu machen begannen, verfügten sie trotzdem stracks über Gegengründe und verstanden es, das tatsächliche Loch als Produkt einer notwendigen Resignation zu deuten, einer Resignation, die aus einer weiter vorgedrungenen und reiferen Erkenntnis sich herschreibt. Die Folge der Gedanken, auf die sie sich stützten, war diese, die am Eingang des Essays im ungefähren schon skizziert worden ist. Die Wissenschaft, die ihrem innersten Wesen nach nur mit nachweisbaren Tatsachen und empirisch festgelegten Dingen arbeiten darf, muss sich überall dort die Entscheidung versagen, wo ein der Argumentation nicht zugängliches Gefühl oder der heutzutage so akut gewordene Instinkt als letztes und ausschlaggebendes Beweismittel herangezogen wird. Die Wissenschaft kann exakt feststellen, was gute und was schlechte Malerei ist; denn die Argumente,

deren sie sich zu diesem Nachweise bedient, baut sie aus Kenntnissen, zu denen eine genau kontrollierte Empirie ohne Schwierigkeit gelangen kann. Ist die Tatsache der guten Malerei mit Kunst identisch, dann weiss die Wissenschaft, was gute und was schlechte, das heisst, was nicht Kunst ist. Leider aber zögert die Wissenschaft mit greisenhafter Vorsicht schon bei der Frage, was bessere Malerei ist. Hier schon fürchtet sie den Einfluss des Geschmackes, der individuellen Neigung, der eine mit Worten schwer zu fassende Nüance selbstherrlich vergrössert oder verkleinert, und in der Skala von *gut* bis *schlecht* laufen Tausende von Gradunterschieden. Die Wissenschaft, die erfahrungsgemäss bezüglich dieser Abstufungen nie eine Einigung der Diskussion erzielen kann, sieht sich genötigt, die Entscheidung hier nur mit allen Vorbehalten zu treffen und die Frage nach der unkontrollierbaren persönlichen Konvergenz stets offen zu lassen; jeder, der mit Art und Temperament eines Meisters sympathisiert, wird bestrebt sein, auch seinem Können den Anspruch auf eine möglichst absolute Anerkennung zu sichern, und wird bei eventuellen Vergleichen und Konfrontationen in einem seiner These günstigen Sinne, also mit unbewusster subjektiver Fälschung, zu operieren suchen. Kann die Wissenschaft aber hier nichts Sicheres aussagen, um wieviel weniger kann sie ohne Irrtum definieren und der Definition gemäss radikal werten wollen, was Kunst überhaupt sei. Denn in Wahrheit liegt die Sache nicht so einfach, dass die Existenz der wahren Kunst im engumzirkten Gebiet der guten Malerei beschlossen sei. Es schlummern tausend Kräfte im Menschen, die durch irgend einen Schalksstreich der Genialität der Kunst dienstbar gemacht werden und zur Geburt von Phänomenen verhelfen, denen keine Definition kommensurabel ist, und die doch auf irgend eine Art Kunst bedeuten. Böcklin ist ein derartiger Fall. Mithin lässt die Wissenschaft, bei ihrem beschränkten Entscheidungsvermögen, alles unangetastet gelten, was bei einer gewissen mittleren Ähnlichkeit mit den bekannten Erscheinungen der Kunst, in seinem Wesen der eigentlich ästhetischen Fassung ausweicht. Sie fürchtet das Schicksal früherer Epochen, die sich rückhaltlos zu irgend jemandem bekannt und einen andern abgelehnt haben, und sich für diese Frivolität eine das nackte Gegenteil hervorkehrende Korrektur durch das Urteil der nachprüfenden Enkel gefallen lassen mussten. Sie hat darum, als durch das Auftreten Julius Meier-Graefes neue ästhetische Probleme ins Rollen kamen, als vor allem durch seinen *Fall Böcklin* eine radikale Entscheidung gewagt wurde, was im Sinne der allein lebendigen modernen Anschauung als Kunst zu gelten habe, und was nicht, mit Entschiedenheit abgelehnt, die Gänge eines abenteuernden Logikers mitzugehen, und geglaubt, durch diese Reserve dem Ruf vollkommenster Zuverlässigkeit am besten zu dienen.

In diesem Glauben aber irrte die Wissenschaft. Wohl hatte sie recht, die Einflüsse persönlicher Geschmacksrichtungen in der Urteilsbildung möglichst zu sterilisieren, aber, wie sie verkannte, dass bei der Kritik Böcklins der persönliche Geschmack nicht in Frage kam, jedenfalls nicht hinsichtlich der Argumentation, die auf ehrlichen, der theoretischen Auseinandersetzung zugänglichen Gedanken fusste, so täuschte sie sich, als sie den Irrtum einiger Geschichtsepochen in der Wertung gewisser Künstler für eine unvermeidliche Eventualität jeder ästhetischen Abstraktion erklärte. Die Fälle, auf die sie sich bezog, ähneln der Lage, wie sie heute Böcklin gegenüber besteht, beinahe frappierend, und es zeigt sich bei näherem Zusehen, dass sie das Verhalten der Wissenschaft

weit eher kompromittieren, als rechtfertigen. Dass die Kunsthistoriker der fünfziger Jahre Cornelius zum Beispiel ins Gigantische überschätzt und nicht Anstand genommen haben, ihn der Gesellschaft der Heroen, der Leonardo, Michelangelo usw., für würdig zu befinden, dieser verhängnisvolle Lapsus resultierte nicht aus einer ästhetisch fundierten Anschauung, sondern aus dem zufälligen Geschmack einer in Kunstdingen unerfahrenen und nüchternen Zeit. ***Zufällig*** nannte ich den Geschmack; wohl hat er seine psychologischen Gründe, und auch die Wahl der jeweiligen Objekte weist die analoge innere Verknüpfung auf; aber bezüglich der Qualität ist er dem nacktesten Zufall preisgegeben, und die Direktiven der Wahlbestimmung beziehen sich lediglich auf Äusserlichkeiten. Der Zeitgeschmack hat das Recht, zu irren; er hat immer geirrt, doch so, dass der Irrtum für jeden weiter denkenden Kopf unverbindlich war. Das Rokoko, das Corregio überschätzte, weil Sujet und Stimmung seiner Werke den eigenen Gelüsten entgegenkam, hat das Urteil eines klaren Ästhetikers — wenn es damals einen gab — über die Superiorität der übrigen Renaissancemeister kaum erschüttern können; genau so steht es mit der überwundenen Schätzung Makarts, genau so mit der noch dauernden Böcklins. Kein unabhängiger Denker ist an sie gefesselt; jeder darf sie für sich abtun. Die Wissenschaft glaubt mit Unrecht, vor dem Urteil der Nachlebenden mit ungebundenen Händen dazustehen, wenn sie ihre Haltung gegenüber der Ablehnung Böcklins im unklaren lässt. Und töricht erscheint es, wenn sie plötzlich dringendere Aufgaben im historischen Material vorschützt oder diese Aufgaben gar für wissenschaftlicher und zweckentsprechender erklärt, als das vermeintlich müssige Feilschen um Marktwerte, nur, um ja an keinem etwaigen Zeitirrtum beteiligt zu sein. Denn diese gleiche Wissenschaft hat keine Bedenken gehabt, als es galt, Böcklin auf den Schild zu erheben, und so ist sie mit der Zeitstimmung in einer Weise identifiziert, die dem Urteil des revidierenden Historikers doch wohl Handhaben bieten wird. Dass dieses Urteil zu ihren Gunsten ausfallen sollte, ist bei diesem Zusammengehen mit dem Zeitgeschmack kaum anzunehmen; denn es ist viel wahrscheinlicher, dass das Fortschreiten der Epoche Meier-Graefes Buch bestätigen und Böcklin in fünfzig Jahren genau so zu den toten Requisiten der Geschichte zählen wird, wie heute Cornelius und Makart, als dass die Entwickelung sich umgekehrt vollziehen sollte; denn die Zeugenschaft der unantastbaren historischen Grössen, die Meier-Graefe für seine Entscheidung anrief, ist doch wohl um einige Grade stichhaltiger, als die Kautschukästhetik unserer mutlosen und verlegenen Zeit, die, um zwei Herren zu dienen und keinem etwas schuldig zu bleiben, sich zu den mühseligsten Gehirnverrenkungen verstehen muss. Ich, der ich hier das Urteil des historischen Kritikers über unsere Kunstwissenschaft vorwegzunehmen wage, will es tunlichst dahin modifizieren, dass einige ihrer (hier schon rühmend genannten) Vertreter das Hauptwerk Böcklins aus ganz ähnlichen Gründen ablehnen, wie Meier-Graefe; aber die Anerkennung, die man der Sicherheit ihres Instinktes zollen muss, bringt sich doch wohl um ihr Recht, wenn die partielle Einstimmigkeit gänzlich verschwiegen, dafür aber ein Lapsus Meier-Graefes, der für die Beweiskraft seines Buches nicht ausschlaggebend ist, zum Anlass einer schonungslosen Abfertigung genommen wird. Die Feststellung bleibt leider bestehen, dass unsere Kunstwissenschaftler jeder ästhetischen Disziplinierung verständnislos, und wo es angängig ist, feindselig gegenübertreten.

Die ästhetische Aktion Meier-Graefes kennzeichnet sich damit als Akt unbe-

dingter Notwendigkeit. In ihm setzt sich an den absterbenden Historizismus des 19. Jahrhunderts ein Stück neuer Entwickelung an, die den Mut zum eigenen Geiste, der alte Kulturepochen auszeichnet, wieder aufleben lässt und die Erkenntnis nicht zu einem unpersönlichen Mittel der Analyse, sondern zum schöpferischen Ausdruck des eigenen Wesens, zu einer freien und lebendig wirkenden Form der Zivilisation gestaltete. Er kommt nicht aus der Historie und aus den arktischen Gebieten der Forschung, sondern aus einem Leben, dem die Kunst als ein allzeit präsenter Energieenfaktor notwendig war, und sein Orientierungsdrang über das künstlerische Gut, das ihm wohltat, entspringt zunächst nur dem Sauberkeitsbedürfnis eines zuchtvollen Menschen, der mit sich und dem Schatz seines Herzens ganz und gar im reinen sein muss. Er hütet heute, mit einer unendlich belebteren Anschauung und einem geminderten Aufwand an abstrakter Deduktion, das Erbe unseres verehrten Konrad Fiedler, der im ununterbrochenen Mitleben mit einer werdenden Kunst hoher Kultur, über Rang, Wert und Niveau der vielfältigen Kunstbetätigungen mit reifen und feinen Gedanken zu Gericht sass. Diese Ästhetik denkt garnicht daran, in die Sünden vorsintflutlicher Kunsttheoretiker zu fallen und der Kunst apriorische Definitionen aufzuzwingen; ihre Entscheidungen zielen nie auf die Uniformierung der Individualitäten, und es ist einfach ein Wahnsinn ungeheuerster Dimension, wenn ihren Trägern, modern geschulten Psychologen, die das Inkommensurable der Persönlichkeiten schmerzlicher und tiefer erfahren haben, als irgend wer, eine bornierte Schulmeisterei nachgesagt wird. Sondern diese Ästhetik hat immer erst gefühlt, ehe sie dachte, und ihre bewussten Erkenntnisse dienten nur zur Bestätigung dessen, worüber sich ein kultivierter Instinkt längst im klaren war. Dieser Ästhetik ist über Wert und Unwert der künstlerischen Leistung massgebend die Lauterkeit des Mitttels, die Reinheit der Absicht und der Grad des Könnens; für die Entscheidung des ersten ist sie kompetent aus Erfahrung, für die des zweiten aus psychologischer Intuition, für die des dritten aus Kunstverständnis. Diese Ästhetik hat demnach die Abstraktion nicht nötig; sie urteilt *de facto,* von Fall zu Fall. Bedient sie sich ihrer dennoch, so tut sie es aus jenem schriftstellerischen Notstand, der zur deutlicheren Herausarbeitung des Einzelfalles einer beziehungsreicheren Fundierung bedarf. Diese Ästhetik hat sich nie angemasst, der schöpferischen Individualität die Wege zu bestimmen, sie hat immer nur Resultate geprüft. Wohl hat sie durch Reflexionen über die Grenzen des künstlerischen Ausdrucksvermögens Aufschluss gesucht, indem sie die beschränkte Natur des künstlerischen Mittels in Rechnung zog; aber auch dieses tat sie nur, um dem Instinkt, der zwischen Kunststück und Kunstwerk genau unterscheidet, einen fassbaren Ausdruck geben zu können. Sie hat nie müssig ins Leere hinein theoretisiert, was wohl das Wesen der Kunst sei, sondern sie hat dieses Wesen in jedem rechtschaffenen Kunstwerk immer von neuem erlebt und durch die stets gegenwärtige Anschauung des Guten falsche oder missleitete Kunst scharf zu erkennen gewusst. Sie lässt nichts ununtersucht; auch die Dinge, die ihr zuwider sind, durchforscht sie nach den Gründen. So bildet sie sich einen Fonds von Erkenntnistatsachen, der durch eifrige Vergleiche kontrolliert, eine positive Basis gegen allerlei Zweideutigkeiten darstellt. Die Leute, die an der Solidität dieses Erkenntnisschatzes zweifeln, wissen nicht, dass gute Kunst etwas sehr Positives ist, insofern, als jedes organisch gewordene Kunstwerk dem andern in der Wirkung ähnlich ist. Ich meine nicht die Ähnlichkeit, die aus der gleichen Substanz des

Kunstmittels sich motiviert und die Gestaltung auf die Sphäre geschehener Reize beschränkt; sondern ich meine die klare Spiegelung des einen Genius, des einen Geistes, der den Künstler nur im Sinn der Ausdruckskraft seines Materials denken und die Energie aller seiner Gaben zur höchsten Steigerung dieses Ausdrucks spannen heisst.

Die Kritik Böcklins bezog sich nicht auf einige mangelhafte Qualitäten seiner Malerei, nicht auf einige Fehler des Vortrags; sondern sie richtete sich gegen die bewusste Barbarisierung eines ursprünglich reinen Talentes, dessen Wirkungstendenzen nicht mehr auf einer künstlerischen Befriedigung und Überzeugung des Auges, sondern auf eine brutale Verblüffung durch exaltierte Stofflichkeiten hinausliefen. Die Mittel, die er zum Arrangement seiner kompakten Fälle brauchte, waren eine tote akademische Zeichnung, vergröbert durch die schreienden Kontraste einer harten Buntheit, und eine Pose, die auf unvorbereitete Gemüter als ein Symbol gigantischer Kräfte wirkt. Das Truggespinst dieser Halluzinationen, das durch das Geschwätz unklarer Schwarmgeister dichter und neblichter sich um die Köpfe der Deutschen zusammenzog, hat Meier-Graefe zu verscheuchen gesucht; eine Aufgabe, die, wenn er sie kleiner genommen hätte, ihm vielleicht zu einem intensiveren Erfolge verholfen hätte. Der Apparat, den er zur Tötung Böcklins sich zusammenbaute, erscheint mir heute zu umständlich, die Einheitentheorie, soweit sie sich auf Böcklin bezieht, nicht sehr glücklich. Meier-Graefe ist kein Logiker von mathematischer Präzision; er beweist seine Behauptung, dass Böcklin kein Künstler sei hinsichtlich der Konzeption und der Art seiner Gestaltung, indem er nach allerlei Folgerungen seine Behauptung flugs zur Voraussetzung macht und den Beweis in die Luft basiert. Böcklin, so sagt er, konnte deswegen zu keiner künstlerischen Wirkung gelangen, weil er die Einheit, die er an den Anfang des Werkes setzte, nicht im künstlerischen Sinne, sondern im Sinne stofflicher Nebendinge behandelte. Warum setzte er sie im künstlerischen Sinne nicht fort? So fragt man sich. Weil er künstlerischen Sinn nicht besass. Das scheint mir doch eine sehr entbehrliche Tautologie, oder besser, eine Gleichung, wo die eine Seite genau so unbekannt ist, wie die andere. Wenn Meier-Graefe nicht an andern sehr deutbaren Realitäten das mangelnde Ingenium Böcklins nachgewiesen hätte: der Einheitenbeweis würde den Wert seines Buches absolut illusorisch machen. So, wie es ist, in seinen starken Partieen, gebe ich ihm, wie den übrigen Büchern Meier-Graefes, der *Entwickelungsgeschichte*, *Corot-Courbet* und dem *Jungen Menzel*, über den theoretischen Wert die Bedeutung von Literaturdokumenten hohen Stils, an denen eine spätere Generation Art und Grad unserer Kultur wird ablesen können. Diese Kultur wird Gnade finden. Denn man wird voraussichtlich noch lange an der *Entwickelungsgeschichte* sich charmieren, an *Corot* aufmerksam werden und am *Jungen Menzel* sich unterrichten. An der *Entwickelungsgeschichte*, diesem entzückenden und reichen Gewebe, über das eine spielende Hand tausend leuchtende Blüten sät; an *Corot-Courbet*, dieser ausgezeichneten Manifestation des Kunstschriftstellers, der mit einem Schuss Psychologie eine künstlerische Entwickelung plastisch und mit novellistischer Spannung zu schildern weiss; am *Jungen Menzel*, dieser fleissigen und ungemein gewissenhaften Auseinandersetzung mit einem Problem, in dessen Lösung die Erörterung fast aller ästhetischen Fragen eingeschlossen ist.

××

FRIEDRICH HAHN · DIE GENOSSENSCHAFTLICHE ENTWICKELUNG UND DAS SOZIALDEMOKRATISCHE PROGRAMM

WENN wir das wirtschaftliche Leben der Gegenwart betrachten, so fällt uns im Unterschied zu den vorangegangenen Zuständen eine Tatsache in das Auge: die überall sich regende genossenschaftliche Entwickelung. Nicht bloss die Konsumenten vereinigen sich in Konsumvereinen; auch die Vereinigungen der Produzenten werden immer grösser, die quantitativ stärkste Vereinigung auf diesem Gebiete haben wir in den Gewerkschaften. Wie die Konsumentenvereinigungen immer mehr Gebiete des Konsums zu umfassen suchen, so ziehen auch die Vereinigungen der produzierenden Berufsgenossen immer weitere Kreise; wir erinnern noch an die landwirtschaftlichen Genossenschaften, die Einkaufsgenossenschaften, die Beamtenvereinigungen, die Verbindungen der Arbeitgeber, die Kartelle usw. Jeder Leser dieser Zeitschrift kennt ja aus der Rundschau das zum Teil riesige Anschwellen solcher Vereinigungen. Das Gemeinsame an allen diesen Erscheinungen ist die Vereinigung eines grösseren oder kleineren Kreises von Personen für den eigenen wirtschaftlichen Vorteil.

In diesen Vereinigungen, selbst in denen, die in der rücksichtslosesten Weise den Ausbeutungsinteressen der Kapitalisten dienen, erblicke ich Keime der künftigen sozialistischen Gesellschaft. Um das näher zu begründen, gestatte man mir einen Ausblick in die sozialistische Gesellschaft, wie sie uns als Produkt der ökonomischen und geistigen Entwickelung notwendig scheint. Es wird einst im Prinzip jeder erwachsene, arbeitsfähige Mensch verpflichtet sein, für die Zwecke der Gesamtheit als Glied einer Genossenschaft tätig zu sein. Die Berufsgenossen haben für bestmögliche Ausbeutung der Natur und ihrer Produkte zu sorgen und sich zu diesem Zwecke in lokale, provinziale, nationale und endlich auch, soweit möglich, internationale Verbände zusammenzufinden. Die einzelnen Berufsgenossenschaften haben mittels ihrer weit verzweigten Organisation, mit Hilfe der Statistik, die gesamte Produktion zu leiten. Diese Gliederung wird nicht mehr einen riesigen Teil der Kräfte im Konkurrenzkampf, in wirtschaftlich wertloser Reklame, in zersplittertem Kleinbetrieb vergeuden, sie wird die heute noch sich gegenseitig bekämpfenden und verzehrenden Kräfte zu einheitlichem Handeln sammeln und in diesem umfassenden, freien Zusammenwirken[1]) ganz andere Reichtümer schaffen können, als die heutige, trotz aller Kompliziertheit zerfahrene Erwerbsgesellschaft. Die Öffentlichkeit aller beruflichen Verhältnisse wird eine Unsumme von Kontrolle ersparen. Wie man heute nicht daran denkt, eine Schlacht ohne einheitliche Leitung zu schlagen, ein Haus ohne Baumeister zu bauen, überhaupt irgend ein grösseres Unternehmen ohne Plan zu beginnen, eben so wenig wird die spätere Menschheit daran denken, die wirtschaftliche Gesamtproduktion, die Verwaltung der Erde, dem gesonderten, verhältnismässig unfruchtbaren und zerstörenden Konkurrenzkampf zu überlassen, sie wird vielmehr für diese Summe aller wirtschaftlichen Aufgaben die Kräfte zu plan- und zweckmässiger Arbeit zusammenfassen.

[1]) Vergl. hierzu die Ausführungen Karl Marx' über die Vorteile der Kooperation im *Kapital*, 1. Bd. 4. Aufl. /Hamburg 1890/, 11. Kap.

Wie die beruflichen Organisationen im einzelnen beschaffen, wie insbesondere die lokalen Genossenschaften mit den durch freie Wahl geschaffenen, provinzialen und noch höheren (nationalen und später internationalen) Vertretungen verbunden sein werden, wie der technische Betrieb sich gestalten wird, das sind Fragen, die der freien Selbstverwaltung der Berufsgenossen überlassen bleiben müssen, und die nur aus den jeweilig gegebenen Verhältnissen heraus beantwortet werden können. Der qualitative Unterschied in den Berufen mag da die mannigfaltigsten Variationen hervorrufen; vorwiegend geistige Berufe — vollends die freien Berufe der Künstler — werden eine leichtere, beweglichere Art der Zusammenfassung zeigen, als die direkt natürliche Güter erzeugenden Genossenschaften. Ebenso wird bei solchen Berufen, die für den gemeinsamen Betrieb noch nicht reif genug sind oder überhaupt nie reif werden, das genossenschaftliche Band naturgemäss kein so inniges sein, wie in den grossindustriellen Betrieben, für welche die kapitalistische Hülle längst zum Zwang geworden ist. In aller Verschiedenheit muss Grundsatz sein, dass die Produktion Sache der Genossenschaften ist, dass dagegen die Gesamtheit als solche darüber zu wachen hat, dass die einzelnen genossenschaftlichen Verbände ihre Beziehungen zur Aussenwelt nicht eigennützig zu gestalten suchen.[2]) Die geistige Zusammenfassung eines Volkes wird ihren sachgemässen Ausdruck in dem durch Proportionalwahlen zusammengesetzten Parlament finden, die vegetative Zusammenfassung in den beruflichen Gesamtverbänden. So, wie im Körper des einzelnen Menschen neben der einen grossen Zusammenfassung im Geist noch für die Ernährung Kanäle und Zusammenfassungen (Herz, Magen usw.) geschaffen sind, so müssen auch im Körper der Menschheit noch Leitungen und Zentren für das vegetative Zusammenwirken geschaffen werden. Grundsorge der Genossenschaften ist die zweckmässige Produktion, Grundsorge des Parlaments die angemessene Zirkulation. In freier, auf dem gleichen Recht eines jeden Glieds ruhender Selbstverwaltung werden die Genossenschaften ihre Aufgaben erfüllen; ihr eigenes Interesse wird die Betriebsformen immer auf der Höhe halten, nur da wird ihre Selbstverwaltung einer gewissen Kontrolle unterliegen, wo das Interesse der Gesamtheit mit in Frage kommt, zum Beispiel bei der Regulierung der Lohn- und Preisverhältnisse. Diese berufliche Organisation wird in einer den heutigen weltwirtschaftlichen Verhältnissen angepassten Weise von den mittelalterlichen Zünften, Gilden usw. das herübernehmen, was sie gross und bewunderungswürdig machte, das organisierte Zusammenwirken für gemeinsame Zwecke; gegründet auf die gleiche Berechtigung aller Menschen muss sie aber das ablehnen, was diese Vereinigungen zu Fall brachte, ihr selbstsüchtiges, Vorrechte schaffendes Verhalten gegen aussen, vor allem gegen Konkurrenz, Gesellen und Lehrlinge. Die genossenschaftlichen Verbände in ihren nationalen Spitzen werden der allgemein menschlichen Vertretung in den Parlamenten einst gleichwertig an die Seite treten, mögen sie nun als vereinigte Genossenschaften eine selbständige Körperschaft bilden oder nach Verhältnis der Mitgliederzahl der einzelnen Verbände unmittelbar im Parlament mitwirken. Nur diese, in ihren ersten Anfängen jetzt schon vorhandene Doppelgliederung ist fähig, die soziale Gesellschaft ins Leben zu rufen. Den grössten Nachdruck wird die Zukunft auf die genossenschaftliche Selbstverwaltung legen. Heute noch tut es auch bei Sozialisten not, darauf

[2]) Im Auftrage der Gesamtheit wird diese Aufsicht vielfach von den Gemeinden und Gemeindeverbänden ausgeübt werden.

hinzuweisen, dass die Gesellschaft, je mehr sie als solche für wirtschaftliche Fragen in Anspruch genommen werden soll, desto mehr die heutige äusserlich mechanische Staatsidee verlassen und übergehen muss zur berufsgenossenschaftlichen Selbstverwaltung. Diese allein leistet Gewähr dafür, dass die Freiheit des einzelnen bei der notwendigen Einordnung in die Zwecke des Ganzen erhalten bleibt. Der heutige Staat, betraut mit der Pflicht der Verwaltung der wirtschaftlichen Aufgaben, würde zu einem allmächtigen Ungeheuer, das nach kurzer Zeit der Bedrückung und Verwirrung an seiner eigenen unlenkbaren und unverantwortlichen Kraftfülle ersticken müsste.

Auf dem Parteitag in Jena hat Richard Fischer an den Gewerkschaften einen Hang zur Zünftlerei und einen gewissen Gewerkschaftsegoismus getadelt, und von Elm, einer der berufensten Gewerkschaftsführer, hat den Mangel anerkannt. Fischer hat den Mangel als die notwendige Konsequenz der Gewerkschaftsidee bezeichnet, die deshalb als Korrektiv die allgemeine Arbeiterbewegung bedürfe. Die Gewerkschaften, diese noch kleinen Vorläufer der einstigen Genossenschaften, werden das spezifische Berufsinteresse mehr betonen, als die den Blick auf das Allgemeine richtende politische Partei. Das ist und bleibt ein notwendiger Unterschied. Dieses Verhältnis zwischen Gewerkschaft und Partei wird sich im sozialen Gemeinwesen wiederholen zwischen den Genossenschaften und dem Parlament. Die Einseitigkeit, welche den Genossenschaften infolge ihrer beschränkten Besonderheit immer ankleben muss, fortwährend auszugleichen und zur wahren Einheit mit den Zwecken des Ganzen zu verschmelzen, bleibt die Aufgabe der Allgemeinheit. Je mehr einst die die soziale Gesellschaft (den Staat) tragenden Berufsgenossenschaften von selbst die Zwecke des Ganzen immer und überall erfüllen, desto überflüssiger wird die überwachende Tätigkeit der Allgemeinheit (des Parlaments und seiner Beauftragten), desto näher rückt das Ideal des — Anarchismus, wenn man darunter lediglich die Herrschaftslosigkeit versteht.

Es ist ein bekannter Einwand, dass in der sozialen Gesellschaft mit ihrem Kollektiveigentum an den Produktionsmitteln das Privatinteresse und damit ein grosser Reiz zur Tätigkeit verloren gehe. Man darf getrost für heutige Zustände die Notwendigkeit des Privatinteresses zugestehen, ohne dieses Anerkenntnis auch für spätere Zeiten gelten zu lassen; man kann, ohne dem eigenen Prinzip zu nahe zu treten, einräumen, dass die Übergangszeit die Menschen selbst erst durch Einrichtungen, welche individuelles und allgemeines Interesse verknüpfen, heranziehen müsse für jene spätere Stufe, auf der »eine Art Mensch gebildet wird, der so konstituiert ist, dass er mit Erfüllung seiner eigenen Verlangen auch die sozialen Verlangen erfüllt«, dessen »private Bedürfnisse mit den öffentlichen zusammenfallen«.[3]) Ist die Verbindung des Privatinteresses mit dem allgemeinen notwendig, so kann dies jederzeit geschehen.[4])

Die heutigen genossenschaftlichen Vereinigungen enthalten trotz ihrer Bedeutung und ihres rapiden Wachstums erst einen verschwindend kleinen Teil

[3]) Herbert Spencer, von dem obige Worte sind, hat trotz seines Abscheus vor dem Sozialismus stets an diesen Menschen der Zukunft geglaubt; vergl. sein *System der synthetischen Philosophie*, 9. Bd. /Stuttgart 1897/, pag. 675

[4]) Albert Schäffle beschäftigt sich mit dieser Frage eingehend; eine praktische und einfache Lösung findet er darin, dass man nur einen Teil aller Berufsarbeitsgehalte fixieren, den anderen und kleineren auf Tantièmen oder Prämien setzen könne; vergl. *Bau und Leben des sozialen Körpers*, 3 Bd. /Tübingen 1875/, pag. 484.

ihres künftigen Werts; oft sind sie, wie die Arbeitgeberverbände, Syndikate, nur ein Zerrbild oder, wie die Unfallberufsgenossenschaften, nur ein kümmerlicher, bureaukratischer Abklatsch dessen, was wir von ihnen erwarten; aber sie sind doch Anfänge der berufsgenossenschaftlichen Gesellschaft, wie sie als wirtschaftlich notwendiges Ideal uns vor Augen steht. Das Genossenschaftswesen ist in der Sozialdemokratie, rechts und links,[5]) als wichtiger Faktor im künftigen Wirtschaftsleben anerkannt. Wünschenswert wäre nur das, dass der Gedanke, entsprechend seiner weitgreifenden Bedeutung, aus dem verborgenen und kümmerlichen Sein in einzelnen Schriften erlöst und in eine reife Form gebracht würde. Warum nicht einen in ganz wenig Worte zu fassenden und doch weit ausschauenden Gedanken von prinzipieller Bedeutung, der wohl allgemeine Billigung finden wird, in das Programm hineinnehmen? Unter dem Einfluss der bekannten *Zukunftsstaatsdebatte* im Reichstag hat die Sozialdemokratie sich immer mehr von den positiven Gedanken über ihre Welt zurückgezogen. Liebknecht hat ihnen auf dem Parteitag in Halle eine förmliche Absage erteilt:

»Man hat mir von gegnerischer Seite den Vorwurf gemacht, dass ich in meinen gestrigen Ausführungen das berühmte Thema des Zukunftsstaates nicht behandelt habe. Als die Sozialdemokratie noch sehr jung war, noch nicht auf der wissenschaftlichen Basis stand und sich zum modernen Sozialismus verhielt, wie die mittelalterliche Alchymie zur modernen Chemie, da beschäftigten sich die Arbeiter . . . auf das eingehendste mit der Frage, wie der Zukunftsstaat aussehen, und wie es im Zukunftsstaate zugehen werde . . . Und ich erinnere mich, dass damals die Frage ganz besondere Schwierigkeiten verursachte: wer wird im Zukunftsstaate die Stiefel putzen, die Kleider und Kloaken reinigen und die Strassen fegen? Heute lächelt jeder über die Versuche, sich den Zukunftsstaat auszumalen. Die Schwierigkeiten von damals sind zum Teil durch die Fortschritte der Technik, der Wissenschaft schon im Gegenwartsstaat beseitigt worden. Die Kloakenreinigung zum Beispiel wird durchs Wasser weit besser besorgt, als jemals durch Menschen. Die Eisenbahnen, die Elektrizität, die Elektrotechnik sind gekommen und haben die Welt revolutioniert, von Grund aus umgestaltet. Die Wirklichkeit ist der kühnsten Phantasie vorangeeilt. In Shakespeares *Sommernachtstraum* will Puck, der Zauberer und Genius, einen Gürtel um die Erde legen in 30 Minuten. Heute fährt der elektrische Funken in einer Sekunde um die ganze Erde herum. Diejenigen Herren, die Auskunft über den Zukunftsstaat von uns wollen, mögen bedenken, dass uns jede Voraussetzung fehlt, auf welche hin vorausgesagt werden könnte, wie ein Staat oder eine Gesellschaftsordnung, ich will sagen: in zehn Jahren, nein, in einem Jahr beschaffen sein wird. Was heute als Wahrheit gilt, wird morgen als Unsinn erkannt. Was heute Ideal, ist morgen Wirklichkeit, übermorgen Reaktion. Und da will man sagen, wie künftig der Staat sich gestalten soll! Nur ein Narr kann das fragen. Wer will sich unterfangen, zu sagen, wie es in Deutschland nächstes Jahr aussehen wird? Leute, die solche Fragen stellen, verstehen von den sozialen Fragen nichts, nichts von dem organischen Entwickelungsprozess der Gesellschaft, und sie nageln sich selbst an als denkunfähige, vollständig unwissenschaftliche Köpfe.« [6])

[5]) Vergl. zum Beispiel Eduard Bernstein *Die Voraussetzungen des Sozialismus* /Stuttgart 1899/, pag. 102, 133, 137, 157, und Karl Kautsky *Das Erfurter Programm*, 3. Aufl. /Stuttgart 1899/, pag. 116, 117, 119, 145, 229.

[6]) Vergl. das Protokoll des Hallenser Parteitags, pag. 199-200. Es wäre vielleicht richtiger gewesen, wenn Liebknecht nicht solche weit übers Ziel hinausschiessende Worte gebraucht hätte. Es gab einen solchen *Narren*, der nach der künftigen Gestaltung des Staats fragte, der es für ein leichtes erklärte, die »sozialistische Neugeburt der Gesellschaft detailliert auszumalen«, der es aber unterliess, weil »der Gegenstand hierfür zu ernst« sei. Dieser *denkunfähige Kopf* hat nicht nur nach der Gestaltung des Zukunftsstaats gefragt, sondern sogar auch dessen »Grundzüge und Umrisse« angedeutet. Der Mann hiess Wilhelm Liebknecht (vergl. seine *Grund- und Bodenfrage*, 2. Aufl. /Leipzig 1876/, pag. 186). Und August Bebel sagte (nach seiner Broschüre *Unsere Ziele*, 11. Aufl., /Berlin 1903/ pag. 52) auf dem Kongress in Stuttgart am 6. Juni 1870: »In der Zeit der Aktion ist es zu spät zu theoretischen Diskussionen, der Plan des Zukunftsstaats muss bereits vor der Aktion in allen Teilen durchgearbeitet und

Liebknecht hatte ganz recht, dass er in seiner Ausführung die Beantwortung der Frage nach dem technischen Betrieb ablehnte, er hat aber diese Frage mit der nach der Organisation, der Gliederung der Arbeit zusammengeworfen. Letztere Frage wird in ihrer allgemeinen Natur durch noch so viele und noch so grosse Umwälzungen der Technik nicht im geringsten beeinflusst; sie bleibt lebendig, solange die Menschheit selbst ihre Güter beschaffen muss, solange die Natur kein Brot backt, kein Fleisch zubereitet, keine Kleider macht, solange überhaupt zum Leben noch irgend welche menschliche Arbeit nötig ist. Der Sozialismus will die mit dem Liberalismus gross gewordene und ihm angemessene kapitalistische Wirtschaftsweise aufheben; dann muss er auch ganze Arbeit machen und die notwendige Ergänzung der kapitalistischen (liberalen) Wirtschaft, den von ihr vollendeten, dem Leben der Gesamtheit fremd gegenüberstehenden bureaukratischen Staat aufheben. Das ermöglicht aber nur die genossenschaftliche Gliederung der Arbeit. Frohme hat in der *Zukunftsstaatsdebatte* die »berufsgenossenschaftliche Organisation der Arbeit« als »das nächste grosse Ziel der Entwickelung« anerkannt, allein sich mit dieser Andeutung begnügt. Das entspricht der Bedeutung des Gedankens nicht; er darf auch nicht bloss die Äusserung eines einzelnen sein, er muss, um im Kampfe verwertet werden zu können, die ausgesprochene Überzeugung der Partei hinter sich haben. Den Gegnern wäre damit der letzte Schein von Recht genommen, vom Mangel positiver Gedanken zu sprechen; denn Detailmalerei können sie bei der fortwährenden Änderung der einzelnen Produktionsverhältnisse nicht verlangen. Die Sozialdemokratie hätte aber damit zugleich auch den vom heutigen Staatsbegriff aus naheliegenden Gedanken eines die Produktion regelnden und doch ganz und gar dafür unfähigen bureaukratischen Mechanismus abgelehnt.

Dieser Vorstellung sind ja beinahe ausnahmslos die gegnerischen Argumente entlehnt; sie wird vom Philosophen[7]), vom Politiker[8]), vom Staatsmann[9]), wie vom gewöhnlichen Spiessbürger ausgeschlachtet; ihre bekannteste Formulierung hat sie im Worte vom *Zuchthausstaat* gefunden. Das Vorurteil wird keineswegs nur von *denkunfähigen* und böswilligen Gegnern geteilt, es hat in seiner allgemeinen Verbreitung einen tieferen Grund. Die Sozialdemokratie schweigt sich als Partei über das von ihr in Aussicht genommene Organisationsprinzip aus; durch den Mund ihrer Führer verkündigt sie der Welt, dass es überhaupt ein Unsinn sei, über die Gestaltung des *Zukunftsstaates* zu sprechen. So gibt sie dem danach Fragenden die Gelegenheit, dem sozialistischen Gemeinwesen den heutigen bureaukratischen Staatsbegriff zu unterschieben. Wo einzelne Sozialdemokraten in Veröffentlichungen sich notgedrungen mit dem

fertig sein.« In der Vorrede zu späteren Auflagen der genannten Broschüre hat Bebel seine Ansichten vom Zukunftsstaat als verändert bezeichnet: er sagt dort, es sei »ganz unmöglich, vorauszusagen, wie man im einzelnen handeln« werde (vergl. die erwähnte 11. Aufl., pag. 5). Dieses unsichere Schwanken hervorragender Führer wäre nicht möglich, wenn man sich klar machen würde, dass die genossenschaftliche Organisation notwendig ist, und dass sie, wenn sie auch in Einzelheiten sich fortwährend den Fortschritten der Technik und den wechselnden Bedürfnissen anpassen muss, doch in ihren allgemeinen Grundzügen sich stets gleich bleibt. Man umgeht ferner den Kern der Frage, wenn man, wie Bebel (loc. cit., pag. 5), dem Gegner vorwirft, er verlange, dass die »Sozialdemokratie bis ins kleinste Detail angeben soll, wie sie ihre Gesellschaftsordnung einrichten wird«. Das wird nur ein ganz beschränkter Kopf verlangen.

7) Vergl. Spencer, loc. cit., 8. Bd., pag. 308, 9. Bd., pag. 652 und 671.

8) Man erinnere sich zum Beispiel der Reden Eugen Richters über den *sozialdemokratischen Zukunftsstaat*.

9) Vergl. die Reden des Fürsten Bülow gegen die Sozialdemokratie.

Gesellschaftsideal der Zukunft beschäftigen,[10]) da wird bald der sozialbureaukratische, bald der genossenschaftliche Gedanke vorgetragen, beides aber in einer Unklarheit, die deutlich genug zeigt, dass das Problem nicht durchdacht und das Ziel der Entwickelung noch nicht begriffen ist. Dieses unsichere Hin- und Hertasten sollte aufhören, und der genossenschaftliche Gedanke in seiner ganzen Tragweite als positives Ziel in das Programm aufgenommen werden. Damit würde die kapitalistische Gesellschaft ihre letzte geistige und moralische Stütze verlieren; dem Sozialismus würden von selbst diejenigen Elemente zuströmen, die von seinem bloss negativen, kritischen Verhalten gegenüber der heutigen Gesellschaft nicht befriedigt sein können. Nicht darum handelt es sich ja, irgend welche Einzelheiten über den sozialen Neubau auszusagen, sondern darum, das längst an der Arbeit befindliche, die heutige Gesellschaft von Grund aus umgestaltende positive Prinzip der Entwickelung zur klaren Erkenntnis zu bringen. Der genossenschaftliche Gedanke ist nichts Neues, er geht schon lange um. Marx hat ihn schon als künftige Arbeitsform anerkannt:

»Hand in Hand mit dieser Zentralisation oder der Expropriation vieler Kapitalisten durch wenige entwickelt sich die kooperative Form des Arbeitsprozesses auf stets wachsender Stufenleiter, die bewusste technische Anwendung der Wissenschaft, die planmässige Ausbeutung der Erde, die Verwandlung der Arbeitsmittel in nur gemeinsam verwendbare Arbeitsmittel . . . . . . Die Zentralisation der Produktionsmittel und die Vergesellschaftung der Arbeit erreichen einen Punkt, wo sie unverträglich werden mit ihrer kapitalistischen Hülle . . . . . . Die kapitalistische Produktion erzeugt mit der Notwendigkeit eines Naturprozesses ihre eigene Negation. Es ist Negation der Negation. Diese stellt nicht das Privateigentum wieder her, wohl aber das individuelle Eigentum auf Grundlage der Errungenschaft der kapitalistischen Ära: der Kooperation und des Gemeinbesitzes der Erde und der durch die Arbeit selbst produzierten Produktionsmittel.«[11])

Selbst der sonst so ängstlich vor allem Sozialismus zurückweichende Spencer setzt grosse Hoffnungen auf die Kooperation.[12]) Eduard von Hartmann sieht in der freien Assoziation diejenige Vereinigung, die die Zukunft von selbst hervorbringen werde, und die berufen sei, die kapitalistische Wirtschaft zu ersetzen.[13]) Schäffle setzt die grössten Hoffnungen auf die »nationalen Komplexe von speziellen Produktions- und Umsatzgewerkschaften«.[14]) Das Gemeinsame in diesen Gedanken ist die freie genossenschaftliche Gliederung aller Arbeit.

[10]) Auch Karl Kautsky beschäftigt sich damit in der Broschüre *Die soziale Revolution*, 2. Teil /Berlin 1904/; er berücksichtigt aber die erste und prinzipielle Frage *Genossenschaftliche oder staatsbureaukratische Verwaltung?* nicht genügend.

[11]) Vergl. Marx, loc. cit., pag. 728-729. Auf diese Äusserung, die sogar die genossenschaftliche Tätigkeit vorausschickt, ist um so mehr Gewicht zu legen, als Marx über den Bau der künftigen Welt sich sehr selten ausspricht. Man kann ihr einen nach anderer Richtung gelegenen Sinn nicht beilegen; man kann wohl ihren Inhalt abschwächen, für nicht so umfassend und prinzipiell gemeint erklären, würdigt dann aber weder den universellen Geist Marx', dem kleine Mittel sicher am fernsten lagen, noch den Zusammenhang, in dem in einem allgemeinen Überblick die geschichtliche Tendenz der kapitalistischen Akkumulation zusammengefasst und in wenigen, gedrängten Worten das notwendige Ziel der Entwickelung niedergelegt wird. Unterstützt wird diese Auffassung noch wesentlich durch das vorangegangene 11. Kapitel des zitierten Werks, das über die Kooperation. Dort definiert Marx die *Kooperation* als die »Form der Arbeit vieler, die in dem selben Produktionsprozess oder in verschiedenen, aber zusammenhängenden Produktionsprozessen planmässig neben und mit einander arbeiten«. Dort spricht er auch vom »Zusammenwirken«, das die Kooperation bedinge, von der »kolossalen« Wirkung der »einfachen Kooperation in den Riesenwerken der alten Asiaten, Ägypter, Etrusker usw.«.

[12]) Vergl. Spencer, loc. cit., 9. Bd., pag. 636.

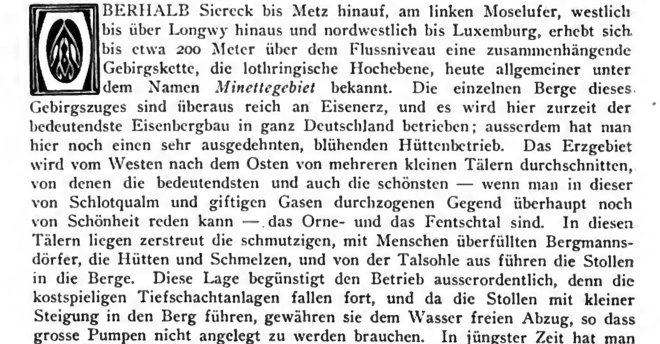
[13]) Vergl. Eduard von Hartmann *Philosophie des Unbewussten*, 8. Aufl., 1. Bd. /Berlin 1878/, pag. 341.

[14]) Vergl. Albert Schäffle *Bau und Leben des sozialen Körpers*, 3. Bd. /Tübingen, 1875/, pag. 483; vergl. dort ferner 1. Bd., 746, 2. Bd., pag. 125 und 127, 3. Bd., pag. 482, 539, 540.

Die Sozialdemokratie ist diejenige Bewegung, die sich auf ihre Erkenntnis der Entwickelungsgesetze etwas zu gute tut. Dann sollte sie aber nicht bloss die zerstörende, im Kapitalismus wirksame (negative) Seite, sondern auch das positive Schaffen der Entwickelung in seiner ganzen prinzipiellen Bedeutung erfassen und sich deshalb als Partei nicht länger gleichgültig verhalten gegen ein neues Werden, das zwar in kleinen Anfängen, aber doch deutlich erkennbar zu tage tritt. Noch ist die genossenschaftliche Bewegung weit entfernt von ihrer kommenden Bedeutung, noch muss sie langsam Gebiet für Gebiet im Kampf gegen Gesetzgebung und untergehende Formen erobern, aber dennoch ist sie die Verbindungslinie zwischen alter und neuer Gesellschaft[15]) und wird immer mehr zur Produktionsform der Zukunft heranwachsen. Möge die Sozialdemokratie das begreifen, möge sie sich klar werden, dass das Gemeineigentum an den Produktionsmitteln zwar wohl die natürliche Grundlage für die Existenz bildet, dass es aber damit nur dann getan ist, wenn zu ihm, wie es auch Marx ausgesprochen hat, die zweckmässig tätige, freie berufsgenossenschaftliche Konzentration der Arbeit hinzutritt. Wie diese Arbeit allein die Menschheit nicht befreien kann, wenn einige wenige die Herren der Produktionsmittel bleiben, so kann auch die Konzentration der gesamten Produktionsmittel in der Hand der Gesamtheit (das Kollektiveigentum) nur dann wahrhaft frei machen, wenn die Menschheit in selbstbestimmendem, genossenschaftlichem Zusammenwirken alle Güter erzeugt.

××

JOHANN LEIMPETERS · DER ERZBERGBAU IM MINETTEGEBIET



OBERHALB Sierck bis Metz hinauf, am linken Moselufer, westlich bis über Longwy hinaus und nordwestlich bis Luxemburg, erhebt sich bis etwa 200 Meter über dem Flussniveau eine zusammenhängende Gebirgskette, die lothringische Hochebene, heute allgemeiner unter dem Namen *Minettegebiet* bekannt. Die einzelnen Berge dieses Gebirgszuges sind überaus reich an Eisenerz, und es wird hier zurzeit der bedeutendste Eisenbergbau in ganz Deutschland betrieben; ausserdem hat man hier noch einen sehr ausgedehnten, blühenden Hüttenbetrieb. Das Erzgebiet wird vom Westen nach dem Osten von mehreren kleinen Tälern durchschnitten, von denen die bedeutendsten und auch die schönsten — wenn man in dieser von Schlotqualm und giftigen Gasen durchzogenen Gegend überhaupt noch von Schönheit reden kann — das Orne- und das Fentschtal sind. In diesen Tälern liegen zerstreut die schmutzigen, mit Menschen überfüllten Bergmannsdörfer, die Hütten und Schmelzen, und von der Talsohle aus führen die Stollen in die Berge. Diese Lage begünstigt den Betrieb ausserordentlich, denn die kostspieligen Tiefschachtanlagen fallen fort, und da die Stollen mit kleiner Steigung in den Berg führen, gewähren sie dem Wasser freien Abzug, so dass grosse Pumpen nicht angelegt zu werden brauchen. In jüngster Zeit hat man

[15]) In der Sitzung der württembergischem Abgeordnetenkammer vom 28. April 1905 wurde die genossenschaftliche Bewegung von einem konservativen Vertreter des Adels, von den Demokraten und Sozialdemokraten gepriesen; nur ein Vertreter des *Bauernbundes* gab seiner Missstimmung Ausdruck, aber nicht darüber, dass der Gedanke unbrauchbar sei — die Bauern haben selbst grosse genossenschaftliche Betriebe —, sondern darüber, dass er mit Riesenschritten dem sozialistischen Staat zuführe.

aber auch einige Tiefschächte im nordwestlichen Teil des Gebietes angelegt, weil hier die Erze noch tiefer, als die Talsohle, liegen, also durch Stollenbetrieb nicht gewonnen werden können.

Der lothringische Erzbergbau reicht wahrscheinlich bis ins Altertum, bis in die Römerzeit zurück, zur Zeit Karls des Grossen wurde er jedenfalls schon äusserst lebhaft betrieben und dazu ein schwungvoller Eisenhandel. Um den Bergbau und die Eisenerzeugung überhaupt zu fördern, erliess Karl eine Verwaltungsvorschrift, wonach die Domänenverwalter verpflichtet wurden, alljährlich, und zwar um Weihnachten, Rechnung über die Ausbeute der Erzgruben zu geben und die Ausbildung der Schmiede zu unterstützen. Die ältesten und bis auf den heutigen Tag auch bedeutendsten Werke sind die Hütten von Moyeuvre und Hayingen, die jetzt in der Hand des lothringischen Bergwerkskrösus de Wendel vereinigt sind; dieser Erzkönig, der ausserdem noch grosse und rentable Kohlengruben in Lothringen, bei Forbach und im Ruhrrevier besitzt, ist der lothringische Stinnes, die Achse, um die sich der dortige Erzbergbau dreht. Als erste Bergwerkseigentümer werden genannt die Bistümer Trier, Metz, Verdun und Toul. Moyeuvre gehörte als Bestandteil der Abtei Briey dem Bistum Metz, während Hayingen lange Zeit Königseigentum war. Im Mittelalter, als die adeligen Wegelagerer sich ihre Besitzungen zusammen raubten, fiel ihnen auch das *Eigentumsrecht* an den Berg- und Hüttenwerken zu, Diese Edlen, von denen die bekanntesten die Grafen von Hayingen, von Flörhingen, von Bar und von Luxemburg sind, liessen den Bergbau weiter betreiben, zum Teil durch Verleihung an andere oder durch Verpachtung an ältere Bergleute. Die Abgaben, die die Pächter zahlen mussten, waren sehr verschieden. Der Graf von Bar, der lange Zeit das Recht genoss, die Berg- und Hüttenwerke von Hayingen auszunutzen, hatte diese an Hayinger Bergleute verpachtet, die jährlich 100 Pfund Eisen als Pacht liefern mussten. Schon zu damaliger Zeit bildeten diese Bergwerke eine bedeutende Bereicherungsquelle für ihre Eigentümer. Die Hütte von Moyeuvre wurde 1596 für 28000 Franken und 1627 wiederum für 28000 Franken Jahrespacht und 100000 Franken *Geschenk* verpachtet. Der letzte Pächter leitete den Betrieb selbst und führte ein sehr strenges Regiment ein, dem sich die Arbeiter anfänglich widersetzten. Er wandte, um sie mürbe zu machen, das heute von den industriellen Scharfmachern so beliebte System der Aussperrung an und erreichte seinen Zweck. Es wurden an einem Tage 400 Arbeiter entlassen, die meisten kehrten reumütig zurück und wurden wieder eingestellt, während die *Rädelsführer* und *Aufwiegler* dauernd ausgesperrt blieben. Die Hütte soll unter der Leitung dieses kapitalistischen Ausbeuters bedeutend aufgeblüht sein und als die schönste in Europa gegolten haben; die Jahresproduktion betrug 1500000 Pfund Eisen.

Durch die Entvölkerung Deutschlands während des dreissigjährigen Krieges ging der lothringische Erzbergbau gewaltig zurück, und entsprechend sanken auch die Werke im Wert. So war es denn möglich, dass Johann Martin von Wendel 1704 das Hüttenwerk Hayingen für 12840 Lire erwarb und damit den Grundstein zu dem heutigen Riesenwerke in Hayingen und zu der berühmten millionenreichen Bergwerksfirma de Wendel legte. 1811 vereinigte de Wendel die beiden Hauptwerke des ganzen Erzgebietes, Hayingen und Moyeuvre; sie sind heute durch einen durchgehenden Stollen miteinander verbunden. Auch de Wendel betrieb anfangs den Bergbau nicht auf eigene Rechnung, sondern

übertrug die Arbeiten immer erfahrenen Bergmännern. Nach einem Vertrag von 1818 musste der Unternehmer die Tonne Eisenerz auf der Grube *Moyeuvre* für 1,20 Mark und auf der Grube *Vor der Brücke* für 80 Pfennig vors Stollenmundloch liefern. 1832 übernahm die Firma de Wendel den Betrieb der Gruben und Hütten vollständig auf eigene Rechnung. Die Abbauverhältnisse, besonders aber das Herausfördern der Erze war in den dreissiger Jahren noch äusserst primitiv und sehr umständlich, ebenso auch die Arbeitseinteilung. Die Hauer gingen in der Regel des Morgens um 1 oder 2 Uhr hinein; des Nachmittags gingen dann die Frauen und Kinder hinein und trugen die Erze, die der Mann losgehauen hatte, mit Körben auf dem Rücken zu Tage, oftmals direkt bis in die Hütte. Heute werden die Erze natürlich auf Schienen durch mechanische Kraft zu Tage gefördert, und es werden keine Frauen mehr auf, noch in den Gruben beschäftigt. Aber noch heute besteht vielfach die traditionelle Unsitte, dass der Hauer wenn er sein Quantum Erz losgeschossen hat, einfach ausfährt und seinen Schlepper mit der Fortschaffung der Minette sich abquälen lässt.

Die nach 1870 einsetzende Gründer- und Schwindelperiode belebte auch den Erzbergbau im Minettegebiet. Eine Reihe deutscher Grossindustrieller, unter anderen Stumm, Böcking, Röchling, die *Dillinger Werke*, das Eisenwerk *Rote Erde* bei Aachen, der *Bochumer Verein*, in jüngster Zeit auch Krupp und Stinnes, erwarben hier Grubenfelder, und die neuen Anlagen schossen gleich Pilzen aus der Erde. Der Hauptaufschwung trat jedoch erst nach 1878 ein, nachdem Thomas Gilchrist das Verfahren entdeckt hatte, das überaus phosphorreiche Erz zu entphosphorn. Heute sind auf deutschem Gebiet 41 000 Hektar Grubenfelder verliehen, von denen sich 21 000 im Abbau befinden und 20 000 noch unverritzt liegen. Der Vorrat an Erz soll sich auf noch über 2 Milliarden Tonnen belaufen und nach der heutigen Förderung, die jährlich 11 bis 12 Millionen Tonnen beträgt, noch für 180 Jahre ausreichen. Nach dem Berginspektionsbericht für 1905 waren in den Bezirken Metz und Diedenhofen 11 988 Bergleute und 15 734 Hüttenarbeiter beschäftigt. Diese Arbeiterschaft ist kunterbunt zusammengewürfelt, und ebenso kunterbunt sehen die Arbeits- und sozialen Verhältnisse aus. Unter den Bergleuten befanden sich im Berichtsjahr allein 4631 Italiener, 38 % der Gesamtbelegschaft; auf den de Wendelschen Gruben sind jedoch über 50 % Italiener beschäftigt. Diese Leute siedeln sich auf eine längere oder kürzere Zeit hier an — einige heiraten und bleiben dauernd —, fristen ein armseliges Dasein und sind allgemein verhasst und missachtet, werden von den Behörden verfolgt und ausgewiesen, sobald sie sich nur irgendwie freiheitlich zu rühren wagen. So wurden vorigen Winter mehrere Italiener wegen ihrer Zugehörigkeit zum christlichen Gewerkverein ohne jeden Aufschub über die Grenze geschafft, einer wurde sogar nachts aus dem Bett geholt und direkt transportiert. Die reinen Paria! Den Zustrom an deutschen Arbeitern decken die Eifel, der Hunsrück und Hessen-Nassau, jedoch überwiegen die Eifeler bei weitem; in den deutschen Wirtschaften in Moyeuvre, in Algringen etc. wird ein Eifeler Platt gesprochen, dass man sich nach Prüm oder Daun versetzt glaubt. Auch diese sind meistens nur vorübergehend hier, sie sparen sich ein paar Pfennige am Munde ab und kaufen sich dafür in ihrer Heimat einige Fetzen Land, auf denen sie sich dann den Rest ihres Lebens abschinden. Eine ansässige Bergarbeiterschaft ist im ganzen Revier nicht vorhanden. Daher hat man dort auch einen ungemein hohen Belegschaftswechsel;

im Inspektionsbezirk Diedenhofen kam ein Gesamtarbeitswechsel von 253 auf je 100 Mann.

Die Lohnverhältnisse sind im Vergleich zu den Teuerungsverhältnissen schlecht zu nennen, sonst aber immerhin günstiger, als im übrigen deutschen Bergbau. Der Bergrevierbeamte für Metz gibt als durchschnittliche Hauerlöhne für 1904 5,96 Mark, für 1905 sogar 6 Mark an, als Gesamtdurchschnittslohn aber für 1904 4,92 Mark, für 1905 4,91 Mark an; letzterer ist also um 1 Pfennig gefallen, ersterer um 4 Pfennig gestiegen. Für Diedenhofen soll der Hauerlohn 5,51 Mark, der Gesamtdurchschnittslohn 4,71 Mark (gegen 4,57 Mark im Jahre 1904) betragen haben. Im übrigen deutschen Erzbergbau blieben die Durchschnittslöhne der Gesamtbelegschaft weit hinter diesen Sätzen zurück; sie betrugen 1905 nach amtlicher Angabe: in Mansfeld 3,23 Mark (1904 3,08 Mark), im Oberharz 2,40 (2,33), in Siegen-Nassau 3,18 (2,97), die sonstigen rechtsrheinischen 3,00 (2,83), die linksrheinischen 2,59 (2,49) Mark. In den staatlichen Erzgruben am Harz wurden also die niedrigsten Löhne gezahlt, der soziale Vater Staat geht so den Privatwerken mit gutem Beispiel voran! Entsprechend den höheren Löhnen ist aber auch die Arbeitsleistung im Minettegebiet höher, als im sonstigen Erzbergbau, es herrschte dort überall eine geradezu tolle Schufterei, wie sie nur unter einer Arbeiterschaft möglich ist, die ihre Kameraden schon mit Ende dreissig abstösst, wo also nur Kerntruppen anfahren. Nirgends hat man das Akkordsystem so raffiniert ausgeklügelt, wie hier. Der Hauer übernimmt im Gedinge die Lieferung der Tonne Minette und entlohnt seinen Lehrhauer und Schlepper dann selbst, das heisst, er gibt der Verwaltung an, was dieser verdient hat, jedoch darf unter 3,50 Mark nicht ausgezahlt werden. In den meisten Fällen erhält der Lehrhauer oder Schlepper 80 % des Hauerlohnes, aber immerhin gibt es noch zahlreiche Hauer, die nur 70 bis 75 % zahlen. Eine feste Norm gibt es nicht, der Lehrhauer und Schlepper ist immer abhängig vom Hauer und wird von diesem ausgenutzt und angetrieben. Hat der Hauer sein Quantum Minette für die Schicht losgeschossen, so setzt er sich hin oder fährt aus und überlässt dem Schlepper, der ihm beim Bohren und Setzen der Schüsse geholfen hat, das Fortschaffen des Produkts. Daher ist die Arbeitszeit für den Schlepper öfter um 1 bis 2 Stunden länger, als für den Hauer. Die offizielle Arbeitszeit beträgt sonst 10 Stunden, jedoch gibt es keine Regel. Es wird in zwei Schichten gearbeitet; die Morgenschicht fährt um 6 Uhr früh an und um 4 Uhr nachmittags ab, die Mittagsschicht um 2 Uhr mittags an, um 12 nachts ab. Beide Schichten sind also zwei Stunden zusammen in der Grube, was im Kohlenbergbau, wo mit Ablösung gearbeitet wird, sicherlich zu Unzuträglichkeiten führen würde. Hier arbeitet jedoch jede Schicht für sich unabhängig; die Morgenschicht etwa im Nord- oder Ostflügel, die Mittagsschicht im Süd- oder Westflügel. Während die Morgenschicht in den beiden letzten Stunden ihre losgeschossene Minette herausfördert, kann die Mittagsschicht schon Löcher bohren und Schüsse setzen. Diese Arbeitszeit kann durch jeden Arbeiter willkürlich und nach Belieben verlängert werden. Wem es einfällt, anstatt um 6 Uhr schon um 4 Uhr morgens einzufahren, der nimmt seine Lampe und geht hinein, und wer um 4 Uhr noch nicht genug hat, bleibt noch drin. Ist er zum Verlesen zur Stelle, so hat er der Vorschrift genügt; ob er schon vorher gearbeitet hat oder nachher noch arbeitet, darum kümmert sich kein Mensch, und so verbringt mancher Bergmann täglich seine 13 bis 14 Stunden

dort unten. Die Herren Berginspektoren wissen nur von einer 8½- bis 9½-stündigen Arbeitszeit für die unterirdische Belegschaft zu berichten, von deren willkürlicher Verlängerung ist ihnen anscheinend nichts bekannt.

Das Gedinge, wie es der Bergmann nennt, das heisst die Arbeitsleistung, soll nach Gewicht bezahlt werden, jedoch geschieht das durchweg nicht, anstatt des Wiegens werden die Wagen abgeschätzt. Hierbei wird nach verschiedenen Methoden verfahren. Auf den de Wendelschen Gruben nimmt der Wiegemeister eine oder mehrere *Stichproben* vor, das heisst, er wiegt unter 100 Wagen vielleicht einen oder zwei und taxiert danach das Gewicht der übrigen. Auf anderen Gruben bekommen die Bergleute 1300 bis 1500 Kilo für den Wagen zugeschrieben, während er in Wirklichkeit 1700 bis 2000 Kilo wiegt, was auch vor Jahren noch gezahlt wurde. Auf wieder anderen Gruben erhalten sie für 6 bis 9 Förderwagen einen Waggon, 10 000 Kilo, gutgeschrieben. Aber nirgends das richtige Gewicht. Wo zum Schein gewogen wird, hat man am Ausgang des Stollens eine Wage aufgestellt, über die der Schienenstrang, auf dem die beladenen Förderwagen aus der Grube kommen, hinüberführt. Kommt ein Zug von 20 bis 30 und mehr Wagen heraus, so fährt der Maschinist langsam über die Wage, und der Wiegemeister wiegt nur so *en passant* jeden einzelnen Wagen und schreibt dazu auch noch die Fördernummer auf. Ein Feststellen des wirklichen Gewichtes ist dabei ganz ausgeschlossen; wie es scheint, handelt es sich nur darum, zu konstatieren, ob etwa ein Wagen Mindergewicht habe, damit Abzüge erfolgen können. Für jeden nicht vorschriftsmässig beladenen Wagen gibt es horrende Abzüge, während Übergewicht niemals bezahlt wird. Für unrein beladene Förderwagen werden den Leuten hohe Strafen, die sogenannten *Scheidungskosten*, angeschrieben. Auf den de Wendelschen und Stummschen Gruben haben die Leute ein gewisses Quantum Steine unter der Minette frei, für jedes darüber hinausgehende Kilo müssen sie Strafe zahlen. Bei de Wendel dürfen auf 1000 Kilo Minette 25 Kilo weisse oder 150 Kilo braune Steine enthalten sein, jedes darüber hinausgehende Kilo kostet seit Juli 1906 3 Pfennig Strafe, früher 5 Pfennig. Diese Steinstrafe beläuft sich für den einzelnen Mann nicht selten pro Schicht auf 5 bis 10, pro Monat auf 30 bis 50 Mark und darüber; sie dient als Entschädigung für schlecht gelieferte Arbeit und fliesst in die Werkskasse. Auf anderen Werken werden die Wagen einfach *genullt*, und das in unerhörter Weise. Im September wurde einer Kameradschaft auf der Röchlingschen Grube *Bensbrunnen* 30 000 Kilo *genullt*, was einem Arbeitslohn von 37,50 Mark entsprach. Einer anderen Kameradschaft wurden im Juni auf der Grube *Hayingen* sogar 48 000 Kilo *genullt*, und dazu wurde sie noch mit 24 Mark bestraft; das entsprach einem Lohnausfall von 88,80 Mark.

Die Wohnungsverhaltnisse spotten einfach jeder Beschreibung. Die Bautätigkeit hat mit dem sprunghaften Anwachsen der Bevölkerung nicht entfernt Schritt gehalten, die Wohnhäuser der Arbeiter sind daher vollgepfropft wie Heringsfässer. Wer mehr als 2 kleine Zimmerchen bewohnt, hat die übrigen mit Kostgängern gefüllt. 4 bis 8 Kostgänger in einem Zimmer, zum mindesten 2 in einem Bett, das ist fast die Regel. Italiener, die 4 Zimmer bewohnen, halten 12 bis 30 Kostgänger! Für solch elendes Quartier muss der Kostgänger monatlich 60 bis 64 Mark zahlen. Bei 60 Mark hat er die Wäsche noch nicht frei. Viele beköstigen sich selbst und zahlen dann nur 7 bis 9 Mark wöchentlich für

Logis. Auch einige Werkskolonieen gibt es, wo aber die Wohnungen vielfach noch schlechter sind, als in den Privathäusern. In Algringen hat die Firma Röchling eine Kolonie, die schon mehr einem Stall gleicht, als einem Wohnhause. Hier wohnen nicht weniger als 72 Familien unter einem Dache, davon gehen stets 6 zu einer Tür ein und aus! Jede Familie bewohnt 4 Zimmer, die jedoch zusammen kaum die Grösse einer einzigen anständigen Wohnstube haben. Von aussen sieht der Stall immer noch annehmbar aus, aber innen herrscht *Bruch* und Schmutz. Die Wände verschrammt, der Kalk heruntergestossen — Tapeten gibt es in keinem Zimmer, einen solchen Luxus kennen die Röchlingschen Arbeiter nicht —, die Steine im Hausflur sind ausgetreten, fehlen zum Teil ganz, die Türfenster vielfach gebrochen usw. Im Inspektionsbezirk Metz waren im letzten Jahre 1048 Werkswohnungen vorhanden, die zum grössten Teil de Wendel gehören und vom Bergmeister als eine grosse *Wohlfahrt* gepriesen werden. Über den elenden Zustand dieser Wohnungen sagte der Bergmeister nichts, und erst recht nicht über die geradezu barbarische Bestimmung in den Mietskontrakten, dass Eltern ihre Söhne nicht bei sich behalten dürfen, falls diese nicht auf de Wendelschen Werken arbeiten. Im Karius-Prozess fand der Bergmeister Serlo und auch der Gerichtspräsident Syffert diese Bestimmung durchaus in der Ordnung, da Herr de Wendel doch allein darüber zu bestimmen habe, wer in seinen Häusern wohne; und der Bergmeister ging noch weiter, indem er meinte, die Leute hätten keinen Grund, von de Wendel fortzugehen: das Wechseln der Arbeitsstellen geschähe nur aus Mutwillen!

Dass bei dieser buchstäblichen Wohnungsmisere und der Masseneinquartierung von Kostgängern Sitte und Anstand gewaltig leiden, bedarf keiner weiteren Ausführungen; um so mehr, als auf den Werken keine Waschanstalten vorhanden sind, und die Leute sich in ihren Quartieren waschen müssen. Dieser Mangel ist von den Leuten bitter empfunden worden, aber, solange die Arbeiter nicht organisiert sind und den Herren durch die öffentliche Kritik das Gewissen schärfen, bauen diese lieber Kirchen, als Waschanstalten, wie die Firma de Wendel in Moyeuvre und Hayingen. Mit dem Schmutz und Schweiss können die Leute jedoch nicht ins Bett gehen, und so müssen sie sich in den kleinen Küchen in ihrer Wohnung in Gegenwart der ganzen Familie waschen. Vielfach müssen auch die Kostgänger durch die Schlafstuben der Familie gehen, um in die ihrigen zu gelangen. Die Folgen solcher Wirtschaft treten dann auch so offensichtlich in Erscheinung, dass auf einen grossen Teil der Kostfrauen die Worte zutreffen, die Valentin Gretchen zuruft. Doch über solche Zustände regt sich hier niemand sonderlich auf. Die Leute sind streng katholisch, und wozu hätte man die Sündenvergebung, wenn keine Sünden begangen werden sollten? Geradezu verwildert ist das Strassen- und Wirtshausleben. Prügeleien und Messerstechereien sind an der Tagesordnung. Des Sonntags kann man schon am Vormittag die schwankenden Gestalten singend die Strassen einherziehen sehen. In den Wirtschaften sitzen sie, die Haare bis in die Augen gekämmt, den Hut auf ein Ohr gepresst, finster und misstrauisch dreinblickend, wie eben richtige Lazzaroni. Abends hat man in den meisten Kneipen eine Tanzmusik, wobei den Arbeitern das Geld in der raffiniertesten Weise aus der Tasche gepresst wird. Vielfach lassen die Wirte aus Luxemburg, Frankreich, Metz, Diedenhofen Mädchen kommen, denen sie eine kleine Vergütung zahlen, die dann den Bergleuten als Tänzerinnen und als *Schätze* dienen, sie ausplün-

dern und nicht selten den Anlass zu Streit und Schlägereien geben. Im fuseldurchseuchten Oberschlesien herrschen noch ideale Zustände gegen diese hier. Die Lebensmittelpreise stehen im deutschen Gebiet auf einer für die Arbeiter fast unerschwinglichen Höhe. Ein sechspfündiges Brot kostet 80 Pfennig, der Sack Kartoffeln 4 Mark, das Pfund Rindfleisch 90 Pfennig bis 1,20 Mark, Schweinefleisch über 1 Mark usw. Hingegen kostet im benachbarten Frankreich das Pfund Rindfleisch 50, Schweinefleisch gar nur 48 Pfennig. Früher stellte die Ortsbehörde den Arbeitern gegen eine kleine Stempelgebühr Bescheinigungen aus, auf Grund deren sie je 4 Pfund zollfrei über die Grenze holen durften. Von dieser Vergünstigung machten die Arbeiter sehr stark Gebrauch. Im letzten Jahre ist sie ihnen aber entzogen worden.

Eine besondere Plage für die Arbeiter sind die Werkskonsumanstalten, Wohlfahrtseinrichtungen — für die Unternehmer. Jedes Werk hat eine oder auch mehrere solcher Anstalten, in denen die Arbeiter Ware auf Borg erhalten und am Jahresschluss dann noch einige Prozente. Die Verkaufsmethode ist meistens die folgende: Der Arbeiter holt sich beim Betriebsführer seines Werkes einen Gutschein auf 10 Mark; für diesen Gutschein erhält er dann im Werkskonsum Ware. Ist der Gutschein abgehoben, holt er sich einen neuen, und so fort, bis der Monat herum ist; dann werden die Gutscheine vom Lohn in Abzug gebracht. Es gibt Arbeiter genug, die Kostgänger halten und das ganze Jahr für ihre Arbeitsleistung nur Gutscheine anstatt Geld erhalten. Dabei erfährt der Käufer aber nicht den Verkaufspreis der einzelnen Produkte, denn beim Abheben der Waren schreibt man ihm ins Kontobuch nicht *Abgeholt so und so viel Pfund Salz à so viel, Mehl à so viel, Kartoffeln à so viel,* sondern einfach *Abgeholt an Waren für Mark so viel.* Soweit es den Arbeitern einmal möglich war, die einzelnen Preise festzustellen, hat es sich herausgestellt, dass diese im Werkskonsum allenthalben höher stehen, als bei den Privathändlern. Dafür gibt er am Jahresschluss noch eine *Dividende,* jedoch erhält sie nur der, der noch im Arbeitsverhältnis steht. Wird ein Arbeiter im Dezember entlassen, oder geht er von selbst fort, so verfallen seine *Dividenden* dem Werkskonsum. So werden diese *Wohlfahrtseinrichtungen,* die zweifellos gegen die Gesetze verstossen, zu wahren Fesseln für die Arbeiter.

Das sind einige der Schönheiten, unter denen die Knappen dieses Reviers, das eine wahre Goldgrube für ein halbes Dutzend Millionäre ist, ihr beneidenswertes Dasein fristen. An eine Organisation und Besserung der elenden Zustände ist fürs erste noch gar nicht zu denken. An und für sich eine rückständige Gegend, und der Arbeiterzuzug aus vielfach noch rückständigeren, wie der Eifel, dem Hunsrück, dazu eine katholische Bevölkerung, die sich blindlings am Gängelbande führen lässt. Hier herrscht der Geist eines Benzler. Die Geistlichen stehen durchweg mit den Werkleitungen, ganz besonders mit dem Kirchenpatron de Wendel, auf bestem Fusse, sie teilen sich mit diesen in der Herrschaft und wollen von Arbeiteremanzipation durchaus nichts wissen. Selbst die christlichen Gewerkschaften sind diesen Gottesmännern ein Dorn im Auge, sie werden von ihnen als *Hetzvereine* bekämpft. Erzpriester Bénart von Heyingen gab unter Eid zu, seine Pfarrkinder vor den *christlichen Hetzern* von der Kanzel herunter gewarnt zu haben. Einen durch Unfall und Krankheit in Not geratenen Bergmann verweigerte er jede Unterstützung, weil er noch Beiträge zu einem solchen (christlichen) Verein zahlen konnte. So steht dem Eindringen der

Gewerkschaften, dem Bergarbeiter- und Metallarbeiterverband, die mächtige Dreiheit *Unternehmertum, Polizei, Geistlichkeit* geschlossen entgegen. Dem Metallarbeiterverband gelang es einmal, in Rombach ein Lokal zur Abhaltung einer Versammlung zu erhalten; alsobald drohte der Kommissar aus Metz dem Wirt mit Konzessionsentziehung. Einige Beamte des Werkes hatten ohne vorher eingeholte Erlaubnis die Versammlung besucht, deshalb wurden sie am andern Tage mit Auszahlung eines Vierteljahrsgehalts sofort entlassen; mit ihnen eine Anzahl Arbeiter. Auch dem Bergarbeiterverbande glückte es in einigen Orten, Lokale zugesagt zu erhalten; doch wurden diese noch, ehe die Versammlungen stattfinden konnten, bis auf 2 oder 3 wieder abgetrieben, und wo die Versammlungen stattfanden, wurde nachher dem Wirt ein solcher *Wink* erteilt, dass er eine weitere nicht mehr zuliess. Doch nicht genug mit der Einschüchterung der Wirte: von der Kanzel herunter ziehen die Diener Gottes gegen die freien Gewerkschaften zu Felde, sie verdammen jeden, der sich aufnehmen lässt, sie drohen sogar, die Kinder von Verbandsmitgliedern nicht taufen zu wollen, auch das christliche Begräbnis zu verweigern. Die Frauen werden gegen ihre Männer aufgehetzt, der Familienstreit wird geschürt. So sieht die Versammlungs- und Organisationsfreiheit in der klerikalen Domäne aus.

Schwer hält es, dort hineinzukommen, noch schwieriger ist's, den Unrathaufen hinauszufegen. Das Werk ist jedoch begonnen und wird schliesslich ausgeführt werden.

××

RUNDSCHAU

ÖFFENTLICHES LEBEN

Wirtschaft

Zolltarif und Handel

Mit einiger Spannung sah man den Ergebnissen der deutschen Handelsstatistik für das Jahr 1906 entgegen. Brachte sie doch die erste Wirkung des neuen Zolltarifs zum Ausdruck. Das Resultat hat nun aber den Befürchtungen, die man an den neuen Tarif knüpfte, ganz und gar nicht recht gegeben. Die Statistik ist mit den früheren Jahren nicht ganz genau vergleichbar. Tatsächlich ist die Ziffer für 1906 noch höher, als sie nachstehend gegeben wird. Es betrug der Menge nach in 1000 Doppelzentnern die

	1905	1906
Einfuhr	503 045	580 961
Ausfuhr	405 670	439 308

Man könnte nun annehmen, dass die Steigerung gegen 1905 hauptsächlich auf das Konto der beiden Monate Januar und Februar zu setzen sei, für die die neuen Zollsätze noch nicht galten, und in denen der Verkehr mit dem Ausland ziemlich forciert wurde. Diese Annahme trifft nicht zu; auch in den übrigen 10 Monaten war die Steigerung gegen 1905 ganz erheblich. Auch dem Werte nach war die Steigerung des Handelsverkehrs mit dem Auslande im Jahre 1906 beträchtlich, obwohl hierfür die endgültigen Ziffern noch nicht vorliegen. Die vorläufigen geben den Wert für 1906 noch zu niedrig an. Danach bewertete sich in 1000 M. die

	1905	1906
Einfuhr	7 436 263	8 339 25[illegible]
Ausfuhr	5 841 817	6 243 735

Wenn trotz dieses günstigen Ergebnisses die freihändlerische Presse die Berechtigung ihrer Kassandrarufe noch aufrecht erhalten will, so verschliesst sie sich einfach offenbaren Tatsachen. Der neue Zolltarif hat eben nicht die übertriebene Wirkung auf unsern Warenverkehr mit dem Auslande ausgeübt. Die Tatsache wird auch dadurch nicht aus der Welt geschafft, dass man auf einzelne Industriezweige hinweist, die zweifellos ungünstig abgeschlossen haben. Bei keiner grösseren Reform handelspolitischer Art werden die Wirkungen durchaus gleichmässig sein. Wenn man nach allem zugeben muss, dass die Wirkung des neuen Zolltarifs im ersten Jahre die gehegten Befürchtungen nicht gerecht-

fertigt hat, so ist damit doch noch keineswegs unserer derzeitigen Handelspolitik ein absolut und für immer gültiges Loblied gesungen. Ich habe schon so oft und so ausführlich die Schattenseiten dieser Politik dargelegt, dass ich ruhig abwarte, bis die tatsächliche Gestaltung der Verhältnisse mir recht geben wird. Aber bei aller prinzipiellen Verurteilung unserer geltenden Handelspolitik wäre es durchaus verkehrt, immer mit Übertreibungen, mit Abstreitung offenkundiger Tatsachen zu arbeiten, wie es von vielen Seiten gegenüber den Ergebnissen unseres auswärtigen Handels im Jahre 1906 geschieht. Es ist eben ein Grundirrtum, zu glauben, bei der Preisgestaltung spiele die Höhe des Zolles die ihr in der freihändlerischen Literatur zugeschriebene Rolle. Weltmarktpreis + Zoll = Inlandspreis: so lautet die bequeme, aber auf einer Verkennung der tatsächlichen Verhältnisse basierende Formel. Noch irriger ist es freilich, die Preise für zollgeschützte, im Inland erzeugte Waren rechnerisch um den Zollbetrag steigen zu lassen. Arithmetisch klappt ja alles wunderschön, aber die Preisgestaltung von Waren ist sehr elastischer Natur und stimmt mit den einfachen Rechnungen über die Einwirkung der Zölle wenig überein.

× ×

Landwirtschaft Die Heerschau des *Bundes der Landwirte,* die alljährlich während des Februars in Berlin stattfindet, bildet den Mittelpunkt von allen möglichen Veranstaltungen landwirtschaftlicher Vereinigungen, die sich mit der Förderung der deutschen Landwirtschaft befassen. Aus den Erörterungen heben wir namentlich die Punkte hervor, die für die volkswirtschaftliche Beurteilung der Lage der Landwirtschaft von Bedeutung sind. Als Grundton aller Reden und Diskussionen kann man die Feststellung der Hebung der Lage der Landwirtschaft während der letzten Jahre bezeichnen. Die Verwertung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse ging zu steigenden Preisen vor sich; vor allem profitierte die Landwirtschaft bis hinunter zum Kleinbesitzer sehr viel von den hohen Viehpreisen. Dass daneben aber auch auf neue Schwierigkeiten und Gefahren hingewiesen wurde, ist in einer so unsteten Zeit wie der heutigen begreiflich. Vor allem wurde der steigende Mangel an landwirtschaftlichen Arbeitern hervorgehoben, der sich in einer Hochkonjunkturperiode um so mehr verschärfen muss, je grösser die Nachfrage auf dem gewerblichen Arbeitsmarkte ist. Vom Inlande allein ist der Bedarf schon gar nicht mehr zu decken, die Bestrebungen, den Import ausländischer Arbeitskräfte zu organisieren, werden immer ernsthafter betrieben. Allerdings hat der Betrieb mit ausländischen Arbeitern erhebliche Schwierigkeiten. Und darum versiegen auch nicht die Stimmen, die die Freizügigkeit der Arbeiter einschränken wollen. Es wäre freilich das verkehrteste Mittel, durch weitere Entrechtung der ländlichen Arbeiter den Landwirten das nötige Arbeitermaterial schaffen zu wollen. Nicht dadurch, dass man den Unterschied zwischen städtischen und ländlichen Arbeitern noch vergrössert, sondern umgekehrt dadurch, dass man ihn zu vermindern und zu beseitigen trachtet, wirkt man auf eine Verbesserung der Arbeiterverhältnisse in der Landwirtschaft hin. Vor allem gebe man Koalitionsfreiheit und höhere Löhne. Steigende Löhne sind freilich überwiegend nur dann möglich, wenn der landwirtschaftliche Betrieb durch möglichste Verwendung von Maschinen an Stelle vieler weniger Arbeiter nötig hat und die geringere Zahl dann höher entlohnen kann. Als eine zweite Gefahr für die deutsche Landwirtschaft wurde die schnell anwachsende Verschuldung hervorgehoben. Dieses Anwachsen der Schulden wird durch den jetzigen Zolltarif von neuem begünstigt, da die Grundstückspreise durch ihn wesentlich in die Höhe getrieben werden dürften. Wenn auch die gegenwärtigen Besitzer zurzeit günstig wirtschaften, so wird immer schon beim nächsten Besitzwechsel der Preis des Grund und Bodens so in die Höhe getrieben sein, dass der neue Bewirtschafter mit den relativ besseren Preisen für landwirtschaftliche Erzeugnisse wieder nicht auskommen kann. Auch der neue preussische Landwirtschaftsminister betrachtet von diesem Gesichtspunkte aus die Lage der Landwirtschaft ziemlich skeptisch, und er will daher Massregeln ergreifen, um der steigenden Verschuldung entgegenzuwirken. Es wird freilich schwer, wenn nicht unmöglich sein, direkte, wirksame Massregeln gegen die ungesund steigende Verschuldung von Grund und Boden ausfindig zu machen. Die deutsche Landwirtschaft hat auch in dieser Beziehung nur einen Weg, um aus einer gefahrdrohenden Lage herauszukommen: sie

muss mit allen Kräften auf eine erhebliche Verminderung der Gestehungskosten hinarbeiten.

× ×

Berggesetz Die preussische Bergbaufreiheit, unter der Preussens Montanindustrie sich glänzend und zu Zeiten übermütig entwickelt hat, soll nach der Absicht der preussischen Regierung fallen. Der Staat will seine Hand auf die noch freien Schätze des Erdinnern legen. Er fürchtet ein Privatmonopol im Mutungswesen und will durch ein Staatsregal diesem entgegenwirken. An sich mag der Plan ganz schön klingen, aber seine Durchführung würde bei der heutigen Lage im Bergbau dem Staat recht wenig Einfluss gegen die privatkapitalistischen Grossunternehmungen im Bergbau geben, die schon jetzt im Besitze der wichtigsten Erz-, Kohlen- und Salzfelder sind. Eine Waffe gegen den sich bildenden Montantrust wird das Staatsregal sicherlich nicht werden, und daher ist auch die Opposition gegen den Gesetzentwurf in den interessierten Kreisen bei weitem nicht so heftig, wie sie wohl wäre, wenn der private Bergbau eine Beeinträchtigung seiner Interessensphäre in der Beseitigung der Bergbaufreiheit erblicken würde. Der preussische Staat zeigt in seinen bisherigen Aktionen gegen die Kartelle der Montanindustrie, gegen drohende Privatmonopole so wenig wirtschaftspolitisches Verständnis, dass es wahrhaftig meist besser wäre, er liesse seine Hand von weitausschauenden, aber immer im Grunde doch saft- und kraftlosen Aktionen weg. Auch bei der neuen Berggesetznovelle hat man es leider mit einer durchweg dilettantischen Arbeit zu tun, die in den Kreisen der Montanindustriellen mehr bespöttelt, als ernsthaft bekämpft wird.

× ×

Kurze Chronik Zwischen D e u t s c h l a n d u n d D ä n e m a r k schweben zurzeit Handelsvertragsverhandlungen, über die aber noch keine weiteren Aufklärungen bekannt geworden sind. × Über die G ä r t n e r e i in Preussen haben im Vorjahre wirtschaftsstatistische Erhebungen stattgefunden, die nunmehr bearbeitet vorliegen. × Zwischen F r a n k r e i c h u n d S e r b i e n ist ein Handelsvertrag abgeschlossen worden, der den französischen Export nach Serbien sehr begünstigt. × Über die Frage der B e t r i e b s m i t t e l g e m e i n s c h a f t äusserte sich der württembergische Ministerpräsident dahin, dass mit einer raschen Verwirklichung des Gedankens leider nicht zu rechnen sei. × Gegen die Wiedereinführung von S c h i f f f a h r t s a b g a b e n auf den natürlichen Wasserstrassen wurde am 16. Februar in Mannheim eine Protestversammlung abgehalten.

× ×

Literatur Eine *Sammlung sozialpsychologischer Monographieen*, herausgegeben von Dr. Martin Buber /Frankfurt a. M., Rütten & Loening/ enthält eine Reihe von Publikationen, die zum Teil in anderen Rubriken der Rundschau behandelt werden, auf die aber auch hier zum mindesten kurz aufmerksam gemacht sein möge: W e r n e r S o m b a r t schreibt über das Proletariat, E d u a r d B e r n s t e i n über den Streik, A l b r e c h t W i r t h über den Weltverkehr. × *Das Finanzsystem des Deutschen Reiches* mit Hervorhebung seiner wirtschaftlichen Beziehungen wird von C h r. G r o t e w i l d /Leipzig, Poeschel/ in einer kurzen, deshalb für manche Leserkreise recht willkommenen Darstellung zergliedert. Bemerkenswert ist, dass der Verfasser in dem kritischen Teile seiner Ausführungen der Auffassung von den alleinseligmachenden indirekten Steuern entgegentritt.

Die ersten Monate des Jahres bringen eine grosse Zahl von wirtschaftlichen Jahresberichten, die im einzelnen noch nicht einmal mit dem Titel hier verzeichnet werden können. Von den bisher erschienenen nennen wir das *Berliner Jahrbuch für Handel und Industrie*, das von den *Ältesten der Kaufmannschaft* von Berlin herausgegeben wird und in bekannter gediegener Zusammenstellung ein Bild über das Wirtschaftsleben im Jahre 1906 entwirft und manche Partieen ausführlich und eingehend behandelt.

RICHARD CALWER

Politik

Reichstagszusammensetzung Die Fraktionsziffern stellen sich nach der Erledigung der Stichwahlen, wie folgt, dar:

	früher	jetzt
Zentrum	104	109
Konservative	52	62
Nationalliberale	51	55
Freisinnige und Volkspartei	36	48
Sozialdemokraten	79	43
Antis. und *Wirtschaftl. Vereinigung*	21	25
Reichspartei	22	23
Polen	16	20
Wilde und einzelne	16	12

Der Turm des Zentrums ist also äusserlich unversehrt geblieben. Damit ist freilich noch wenig gesagt. Vielmehr wird es jetzt erst recht zur Hauptfrage für die ganze parlamentarische Taktik der Regierung und ihrer Freunde: ob beim Zentrum in Zukunft mehr der Zug nach rechts oder nach links richtungsbestimmend sein dürfte, oder ob es abwechselnd, wie in den letzten Sessionen, bald die Anschlussneigung an die Regierung und den Mehrheitsblock, bald das demagogische Agitations- und Oppositionsbedürfnis überwiegen wird. Bei anderen Fraktionen würde sich diese Frage vielleicht — wie früher bei den Nationalliberalen angesichts der Bismarckschen Tarifreform und bei den Freisinnigen anlässlich der Caprivischen Militärvorlage — zu einer tiefgehenden Entscheidung über den Fortbestand der Parteieinheit überhaupt zuspitzen. Beim Zentrum ist das kaum denkbar, schon wegen des gegebenen, notwendig einheitlichen Unterbaues der Parteiorganisation, die nun einmal die *kompakte Masse* des katholischen Klerus nicht entbehren kann.

Dass jedoch das demagogische Lärmbedürfnis — wie es neulich ein Klerikaler selber sehr despektierlich nannte — sogar da, wo es ausgeprägter vorhanden ist, im Ernstfalle sehr rasch zusammenknickt, dafür ist der Abgeordnete Erzberger eine sinnfällige Verkörperung, der selbe Herr Erzberger, der offenbar bei den letzten vielbesprochenen Zentrumsabstimmungen in erster Linie den Ruck nach links herbeiführte. Wie einflussreich andrerseits die von vornherein mehr rechtsstehenden, mittelparteilichen Elemente im Zentrum sind, wie weit deshalb die innere Zerfahrenheit trotz aller, nach aussen hin gern zur Schau getragenen Fraktionseinmütigkeit bereits ging, darüber hat Herr von Tiedemann, ein stiller, aber klarsehender Beobachter, im *Tag* sehr erbauliche Mitteilungen gemacht.

Die Regierung scheint denn auch, offenbar im Einverständnis mit konservativen und mittelparteilichen Führern, die wohlberechnete Absicht zu verfolgen, durch zeitweises Schmollen und durch vorübergehende geflissentliche Kühlheit und Zurücksetzung dem Zentrum die Vorteile eines wärmeren Gegenseitigkeitsverhältnisses, allerdings unter der Voraussetzung grösserer Nachgiebigkeit auch seitens der Partei, möglichst eindringlich zum Bewusstsein zu bringen. Nur ein paar verlorene Freisinnige predigen, um sich selber unentbehrlich zu machen, den endgültigen *Bruch* mit dem Zentrum.. Nach einiger Zeit werden sie schwer enttäuscht erwachen.

Zu dem Erziehungsfeldzug gegen das Zentrum rechnen wir auch die Besetzung des Reichstagspräsidiums unter Umgehung der einst regierenden Partei. Bei der Wahl des Präsidenten wurden 214 Stimmen für den konservativen Grafen Udo Stolberg abgegeben, 164 Stimmen für den Zentrumsabgeordneten Spahn. Als erster Vizepräsident erhielt der Nationalliberale Dr. Paasche 209 Stimmen, gegen 167 weisse Zettel; zweiter Vizepräsident ist der freisinnige Volksparteiler Kaempf.

× ×

Reichstag: Thronrede Die Thronrede vom 19. Februar hat sich selbstverständlich nach dieser Richtung ausgeschwiegen. Um so mehr feiert sie den Sieg der Blockparteien über die Sozialdemokratie. Zugleich versucht sie, durch den Hinweis auf weitere, jedoch im unklaren gelassene Sozialreformen und auf die negierende Haltung unserer Reichstagsfraktion einen Gegensatz zwischen Arbeiterpolitik und Sozialdemokratie hervorzukehren. Dass das vollkommen hoffnungslos ist, brauchen wir nicht erst zu begründen. Doch verzeichne ich als gewissenhafter Chronist die Stelle im Wortlaut: »Der gesunde Sinn in Stadt und Land hat im Wahlkampf einer Bewegung Halt geboten, die sich, alles bestehende Gute und Lebenskräftige verneinend, gegen Staat und Gesellschaft in ihrer stetigen friedlichen Entwickelung richtet. Die grossen grundlegenden Gesetze zum Schutze der wirtschaftlich Schwachen sind gegen den Widerstand der Fraktion geschaffen worden, die sich als die wahre Vertreterin der Arbeiterinteressen bezeichnet, selbst aber nichts für sie und für den Kulturfortschritt geleistet hat. Gleichwohl zählen ihre Wähler immer noch nach Millionen. Der deutsche Arbeiter darf darunter nicht leiden. Jene Gesetzgebung beruht auf dem Grundsatz der sozialen Verpflichtung gegenüber den arbeitenden Klassen und ist daher unabhängig von der wechselnden Parteigestaltung. Die verbündeten Regierungen sind entschlossen, das soziale Werk in dem erhabenen Geiste Kaiser Wilhelms des Grossen fortzusetzen.«

Dass die Kolonialpolitik, die zur Auflösung führte, in den Vordergrund gestellt wird, war vorauszusehen. Ferner

wird, um den Klagen über Absolutismus und persönliches Regiment einigermassen die Spitze abzubrechen, ein Gesetz zur Einschränkung der Bestrafungen wegen Majestätsbeleidigung angekündigt und der Wille, »alle verfassungsmässigen Rechte und Befugnisse gewissenhaft zu achten«, betont.

× ×

England: Adressdebatte In der Adressdebatte im englischen Parlament kam die ganz realpolitisch-nüchterne Taktik der Arbeiterabgeordneten abermals greifbar zum Ausdruck. Keir Hardie, als erster Redner und zugleich als Vertreter der uns am nächsten stehenden politischen Organisation Englands, stellte als nächstes Zukunftsprogramm auf: Staatsversicherung bei der bestehenden Haftpflicht, Einführung einer Altersversicherung, bessere Fürsorge gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit — allerdings unter einem kurzen Hinweis auf die notwendige Rekonstruktion unseres industriellen Systems — Wiederanbau und Wiederaufforstung des verödeten Landes, Kampf gegen das Haus der Lords. Dann kamen, in Anknüpfung an ein entsprechendes Amendement zum Adressentwurf, Barnes, Hodge, Brace, Steadman, Shackleton, Hardie nochmals ausschliesslich auf die Altersversicherung zurück.

Der Konflikt mit den Lords ist in der Thronrede gestreift, ohne dass bestimmte Vorschläge erkennbar werden. Die Frage wird also in der begonnenen Session nicht mehr zu umgehen sein. Das wahrscheinlichste ist, dass man sich begnügen wird, das Ablehnungsrecht des Oberhauses einzuschränken. Hält das Haus der Gemeinen in nochmaliger Durchberatung eines Entwurfes seinen Standpunkt aufrecht, so kann das Oberhaus die Erhebung zum Gesetz nicht mehr verhindern. Befremden hat es erregt, dass die zum April einberufene Kolonialkonferenz mit keinem Worte in der Thronrede bedacht wurde. Die Chamberlainiten haben sofort die koloniale Empfindlichkeit gegen die liberale englische Regierung aufzustacheln versucht. Weiter hoffen sie, dass die in den Kolonieen überwiegende Neigung, ein gegenseitiges Vorzugszollsystem zwischen Mutterland und Pflanzstaaten zu errichten, im Frühjahr deutlicher, als je, hervortritt, und die Londoner Regierung entweder in arge Verlegenheit setzt oder zu irgend einem ersten Schritte des Entgegenkommens, also des Abweichens vom alten Freihandelsprinzip zwingt. Bis zum Zusammentritt der Konferenz darf man jedenfalls wieder einer lebhafteren zollpolitischen Agitation entgegen sehen, nachdem der gute und geradezu glänzende Geschäftsgang den *Tarifreformern* zunächst den Wind aus den Segeln genommen hatte — von Chamberlains schwerer Erkrankung ganz abgesehen.

× ×

Frankreich In Frankreich spinnen sich die Auseinandersetzungen zwischen Staat und Kirche endlos fort, und charakteristischerweise kehrt die Regierung eine immer grössere Nachgiebigkeit hervor, während Papst und hoher Klerus, kaum in Einklang mit den kirchlich fühlenden Massen, sich weiter intransigent gebärden und geflissentlich jede neue Konzession mit einer neuen Drohung und Beschimpfung beantworten. Briands Stellung hat sich dabei kaum verbessert, einmal wegen seiner schwankenden Haltung, dann auch, weil das Selbstbewusstsein, mit dem er den jedesmaligen Standpunkt verteidigt, zur persönlichen Kritik geradezu herausfordert. Die sozialistische Partei ist ihm gegenüber wenig einmütig. Während Jaurès und Rouanet, Fournière und alle unabhängigen Sozialisten Briand in seinen schrittweisen Zugeständnissen an die Intransigenz des Papstes und der Bischöfe folgen, finden die auf der äussersten Linken stehenden Sozialisten, und besonders Allard, der Abgeordnete von Var, dass Briand sich zu konziliant zeigt, und dass er zu leicht Punkte eines mit Schwierigkeiten von der Kammer angenommenen Gesetzes abändert. Hier finden sich die Oppositionstendenzen wieder, welche in der sozialistischen Partei vor der Einigung existierten, und welche wohl nie ganz verschwinden werden, weil sie mehr auf dem Temperament der Menschen beruhen, weniger auf grundsätzlichen Anschauungen über die hier strittigen Fragen. Eine wenig glückliche Hand wirft man Briand ferner in Einzelmassnahmen vor. So erstrebt er in einem Gesetzentwurf, um den obligatorischen Volksunterricht mehr zur Wahrheit zu machen, scharfe Geldstrafen gegen Eltern, welche die Kindererziehung vernachlässigen. Das erscheint vielen, die mit der Tendenz des Vorgehens durchaus einverstanden sind, als ein sehr plumper und meist sehr unwirksamer Eingriff; man erinnert daran, dass man lieber die Gemeindefonds, die *caisses des*

écoles, nicht hätte verfallen lassen sollen, mit denen man hilflosen Familien beisprang, falls die Schulkommissionen die Notlage der Eltern anerkannten. Ein zweiter, bald von Briand wohl selber gefühlter Missgriff richtete sich gegen das Organisationsrecht der Lehrer, gegen den Anschluss einer Vereinigung an die *Confédération générale du Travail*, wozu für Briand im Augenblick um so weniger Anlass vorlag, als das Beamtenvereinigungsrecht im allgemeinen auf der Tagesordnung der Kammer steht, und das Ergebnis dieser Debatten zunächst ruhig abgewartet werden konnte.

Mehr und mehr in den Mittelpunkt der parlamentarischen Kämpfe dürfte demnächst das Einkommensteuerprojekt rücken, das der der äussersten Linken sehr sympathische Finanzminister Caillaux Anfang Februar vorlegte. Jaurès soll, vor der Beratung des Entwurfes im Ministerium, von Caillaux zu Rate gezogen worden sein, er betont in einem Artikel der *Humanité* die grosse moralische Tragweite dieses für Frankreich neuen Prinzips der Steuerlastverteilung, während die Reaktionäre zu heftigem Widerstand entschlossen scheinen. Vielleicht tritt alsdann auch die Frage der Senatsstellung noch mehr, als heute, in den Vordergrund: im Augenblick macht die Verschleppung der Alters- und Invalidenversorgung der Arbeiter durch das *hohe Haus* viel böses Blut: nach so vielen vorangegangenen Enqueten hält der Senat nochmals eine Umfrage an Unternehmer, Arbeiter, Syndikate für nötig. Die Sozialisten nutzen das natürlich für ihren Feldzug gegen das Oberhaus aus.

× ×

Russland: ***Dumawahlen*** Soweit bis jetzt ein Überblick möglich ist, haben die russischen Wahlen den oppositionellen Charakter des Parlamentes gesichert. Die *Oktobristen* und die Anhänger der *Schwarzen Hundert* vermochten lediglich, eine unbedeutende Minorität durchzubringen, in den meisten Fällen nur dank der Kluft, die sich zwischen der liberalen und sozialen Demokratie zusehends erweitert hat.

Die Arbeiterklasse als solche hat offenbar ganz überwiegend sozialistisch gewählt. Die meisten Anhänger in der Arbeiterkurie hat die Sozialdemokratie gefunden; die *Sozialrevolutionäre* stehen weit zurück in der zweiten Reihe, die bürgerlichen Radikalen in der dritten, die Monarchisten aber vermochten nur vereinzelte Bevollmächtigte zur Wahl der Wahlmänner durchzubringen.

Die städtische bürgerliche Bevölkerung wählte meistens *kadettisch*, aber es ist wichtig, festzustellen, dass auch hier der sozialistische Gedanke es vermocht hat, eine ansehnliche Zahl von Anhängern oder Mitläufern aufzutreiben. Der sozialistische Block in Moskau zum Beispiel vereinigte auf sich in der bürgerlichen Kurie 4925 Stimmen; was mehr als 10% aller abgegebenen Stimmen ausmacht. Auch auf dem Lande haben hier und da ausgesprochen sozialistische Wahlen stattgefunden. Doch im allgemeinen ist noch nicht genau zu erkennen, was für Vertreter die bäuerliche Masse sich wünscht.

Die Regierung hat sich in schreiendem Irrtum über die Stimmung im Lande befunden. Die 7 Monate der Feldgerichtsjustiz, die 700 der von dieser Justiz hingerichteten Bürger, die skrupellosesten Wahlräubereien, die schamlosesten Beeinflussungen und Wahlfälschungen, all das vermochte nicht eine willige und *arbeitsfähige Duma* zusammenzubringen. Dies zeigt, dass das Volk eine radikale Änderung des jetzigen Regimes wünscht, und dass kein Terrorismus es davon abbringen kann. Höchstens Zerwürfnisse unter den oppositionellen Parteien selber könnten den Umschwung nochmals aufhalten und gefährden.

× ×

Kurze Chronik Der Reichskanzler Fürst Bülow erklärte auf eine Anfrage der New Yorker *Publishers' Press Association*, die deutsche Regierung denke nicht daran, eine aggressive äussere Politik einzuleiten. × In der französischen Presse wird Klage geführt über die Durchdringung Marokkos durch deutsche Kaufleute und Industrielle. × Im Prozess Pöplau (wegen der Kolonialskandale) hat der Abgeordnete Erzberger, unter Preisgabe seiner Immunität Zeugenschaft abgelegt. × Das preussische Abgeordnetenhaus ersuchte den Finanzminister um Aufbesserung der Beamtengehälter.

× ×

Literatur Die *Denkwürdigkeiten* des Fürsten Chlodwig zu Hohenlohe-Schillingsfürst /Stuttgart, *Deutsche Verlagsanstalt*/ haben der Presse zunächst Gelegenheit gegeben, sich auf das mehr anekdotische Beiwerk zu stürzen, auf die kleinen pikanten und zuweilen sogar sen-

sationellen Enthüllungen über Vorgänge und Zustände in den *höheren Regionen*. Das erklärt sich zur Genüge aus der Arbeitsweise und Eigenart der Tagespresse, zum Teil aus alter, schlechter, deutscher Gewohnheit. Nachdem die erste oberflächliche Neugierde befriedigt ist, kommt erst die zeitgeschichtliche Bedeutung des reichhaltigen Memoirenwerkes klarer zum Bewusstsein. Diese Bedeutung ist zweifellos keine geringe. Einmal, weil die Entwickelung der Persönlichkeit Hohenlohes — vom aristokratisch-liberalen Achtundvierziger, der mit einer welthistorischen Mission und einer jungen Frau die Mittelmeerhöfe und, um durch zu lange Anwesenheit in Athen nicht lästig zu werden, noch das heilige Land aufsucht, durch die Partikularstaatsleitung in Süddeutschland hindurch bis zu einem der verständnisvollsten und geschätztesten Mitarbeiter Bismarcks an der Reichsgründung und am Reichsausbau — zugleich einen wichtigen Beitrag zur Geschichte grosser geistiger Strömungen, zur Entwickelungsspychologie grosser politischer Richtungen und massgebender Bevölkerungsklassen darstellt. Ferner, weil entscheidende politische Verhältnisse und Auseinandersetzungen — wie die zwischen dem deutschen Süden und Norden, der Kampf gegen den Ultramontanismus, in erster Linie in Bayern, die sich kreuzenden und verschlingenden partikularstaatlichen Bestrebungen vor und nach 1866, die vatikanische Politik nach der italienischen und deutschen Einigung, die gefährlich reizbaren Beziehungen zwischen Berlin und Paris nach dem Kriege, die Gegensätze in der reichsländischen Regierung und Bevölkerung — in eine viel hellere und zuweilen in eine ganz neue Beleuchtung rücken. Nachdem die (recht unbegründete und kleinliche) Entrüstung über die vermeintliche Indiskretion der Nachlassverwalter verflogen ist, kommt das ruhige, objektive Urteil unverkennbar wieder zu seinem Rechte; und es wird kaum übertrieben sein, wenn Professor Kaufmann-Breslau die *Denkwürdigkeiten* als den seit Bismarcks *Gedanken und Erinnerungen* wertvollsten Beitrag zur Kenntnis der letzten Jahrzehnte bezeichnet. Das will gewiss nicht wenig sagen.

Mit dem Ende dieses Quartals wird die beste deutsche freisinnige Zeitschrift, die *Nation* des Herrn Dr. Theodor Barth, zu erscheinen aufhören. Das ist literarisch-publizistisch überaus bedauernswert, denn wir haben in Deutschland wenige Organe, die nicht nur einen bestimmten politischen Standpunkt geistvoll und kampflustig vertreten, sondern die zugleich, wie die *Nation*, damit ein lebhaftes Gefühl für tiefergehende geistige und künstlerische Strömungen aller Art verbinden. Die politische Richtung der *Nation* war freilich schon lange zur Hoffnungslosigkeit verurteilt; die letzten Reichstagswahlen haben die Isolierung der Barthschen Gruppe nur vollendet und stärker unterstrichen. Ja, in gewissem Sinne haben eigentlich die Barth-Nathan selber eingeleitet, was sich jetzt in den freisinnigen Kreisen — nur weniger intelligent und zum Teil in den burleskesten Formen der Liebedienerei nach oben hin — weiter vollzieht: die Preisgabe der altliberalen Opposition gegen einen gewissen Staatssozialismus, gegen den Armeeausbau, gegen die Kolonialpolitik und die Flottenvermehrung, selbst gegen die Dampfersubventionen. Das alles schied, zum Teil schon zu Bambergers Lebzeiten und unverkennbar unter einem starken hansestädtischen Einfluss, in der Gruppe Barth-Schrader-Frese mehr und mehr als liberale Forderung aus. Nur der Freihandel, wohl das allerwurmstichigste Überbleibsel aus dem alten Inventar der Manchesterdoktrin und der alten bürgerlich-radikalen *Peace-Retrenchment*-Bewegung, blieb ... Unvergessen soll jedoch Herrn Dr. Barth — und manchem seiner Mitarbeiter — vor allem bleiben, wie er, nach seiner Abkehr vom Kampf gegen Sozialismus und Staatssozialismus, jederzeit die staatsbürgerlichen und wirtschaftlichen Rechte der aufstrebenden Arbeiterklasse verfocht, trotz aller persönlichen Anfeindungen, die zum Teil aus der allernächsten politischen Umgebung am allergehässigsten betrieben wurden. MAX SCHIPPEL

Soziale Kommunalpolitik

Speisung bedürftiger Schulkinder Die Speisung bedürftiger Schulkinder durch die Schule hat in den letzten Jahren, weniger allerdings in Deutschland, in höherem Grade im Auslande, besonders in England, bedeutende Fortschritte gemacht. Auch jetzt noch wird sie ebenso, wie die Gewährung unentgeltlicher Lernmittel, nicht als die logische Folge des staatlichen Schulzwanges anerkannt, sondern als eine Einrichtung gekennzeichnet, die direkt in das Land des kommunistischen Zukunftsstaates führen müsse. Man kann den

Gegnern der Schulspeisung noch so häufig auseinandersetzen, dass es eine sinnlose Grausamkeit ist, hungernde Schulkinder in die Schulbänke zu zwängen und in die entkräfteten, zum Denken unfähigen Gehirne eine Masse von Lehrstoff einzutrichtern, dass die ganzen Aufwendungen für das Schulwesen zum guten Teile verwüstetes Geld und verwüstete Arbeitskraft bedeuten, dass es im Interesse der Erhaltung der Wehrhaftigkeit unserer Nation liege, die physisch heruntergekommenen, hungernden Proletarierkinder nicht durch die Schularbeit noch weiter zu quälen und so ihre dauernde körperliche und geistige Verkrüppelung herbeizuführen. Man kann alle diese Ausführungen noch so oft wiederholen, und man wird stets die stereotype Antwort erhalten: Kommunismus, Kommunismus! Es könne nicht die Aufgabe des heutigen Staates sein, den Eltern ihre Verpflichtung für die Unterhaltung ihrer Kinder abzunehmen und der Gemeinde zuzuwenden. Wohin solle das Staatswesen kommen, wenn zur freien Schule die freien Lehrmittel und der freie Unterhalt kämen? Wo da die Grenzen ziehen? Der Speisung würde dann bald die Kleidung folgen, und das Ende wäre der Zukunftsstaat, in dem die Eltern sich das Vergnügen machen, die Kinder in die Welt zu setzen, während der Staat und die Gemeinde ihnen die Arbeit der Erziehung und Unterhaltung abnehmen. Man braucht sich mit diesen Einwänden des Spiessertums nicht weiter abzugeben. Viel bedeutsamer sind die Einwände, die von anderen Gesichtspunkten aus gegen die Ausdehnung der Unentgeltlichkeit kommunaler Leistungen erhoben werden. Man weist auf die Gefahr hin, dass die Unentgeltlichkeit der Benutzung kommunaler Institute den Charakter einer öffentlichen Unterstützung annehmen und als eine Art Lohnzuschuss wirken könne. Damit würde in die Verhältnisse des Arbeitsmarktes eingegriffen, und es könnte auf die Löhne ein drückender Einfluss ausgeübt werden. Es wird dann weiter darauf hingewiesen, dass in moralischer Beziehung die Selbständigkeit und Energie des Charakters geradezu vernichtet würde. Tatsächlich mache man von der Unentgeltlichkeit nur deshalb Gebrauch, um den Charakter der Zuwendung als einer Unterstützung zu verdecken und so dem Gleichheitsideal zu genügen. Diesen Einwänden gegenüber muss zunächst die Tatsache hervorgehoben werden, dass das Einkommen des grössten Teiles der Bevölkerung für eine kulturgemässe Existenz nicht ausreicht, und dass es ihr nur unter Verzicht auf alle höheren Lebensbedürfnisse gelingt, in Zeiten der Gesundheit und ständigen Beschäftigung die Ausgaben mit den Einnahmen ins Gleichgewicht zu setzen. Solange derartige Einkommensverhältnisse existieren, tritt die Unentgeltlichkeit in ihr Recht. Die Gefahren für die Charakterbildung sind deshalb ausgeschlossen, weil selbst bei weitergehender Ausdehnung der Unentgeltlichkeit der kommunalen Leistungen der Kampf der Arbeiterschaft um ihre Existenz noch hart genug ist, dass ihre Verlotterung auf dem Faulbett des Nichtstuns nicht befürchtet zu werden braucht. Gegen die lohndrückenden Wirkungen der Unentgeltlichkeit schützt die gewerkschaftliche Organisation die Arbeiterklasse heute schon in weitgehendem Masse und wird das in Zukunft noch mehr tun. Soweit die nichtorganisierte Arbeiterschaft aber in Frage kommt, wird es die Aufgabe der öffentlichen Gewalten sein, durch die Feststellung gesetzlicher Lohnminima den lohndrückenden Bestrebungen des Unternehmertums die Spitze abzubrechen.

Den bedeutsamsten Fortschritt in der Frage der Schulspeisung weist E n g l a n d auf, wo vor kurzem die Grundlage gelegt ist, auf der die lokalen Schulbehörden weiter bauen können. Durch ein Gesetz ist den lokalen Behörden die Ermächtigung geworden, die Schulspeisung einzuführen, sowohl für Kinder, denen sie wegen der Not der Eltern umsonst gegeben werden muss, wie auch für Kinder, deren Eltern die Mahlzeiten bezahlen können. Den Lokalbehörden wird freigestellt, ob sie sich freiwilliger Helfer, bereits bestehender privater Vereine, bedienen oder die Sache selbst in die Hand nehmen wollen. Sie erhalten das Recht, bei den Schulbauten gleich Vorsorge für die Einrichtung von Küchen und Speiseräumen zu treffen. Den bedürftigen Kindern soll das Essen, ohne dass äusserlich ein Unterschied hervortreten darf, unentgeltlich geliefert werden. Eltern, die nicht aus Mangel an Mitteln, sondern aus Bequemlichkeit und Mangel an Verantwortlichkeitsgefühl die Kosten der Speisung ihrer Kinder von sich abwälzen wollen, können zwangsweise zum Ersatz der Kosten herangezogen werden. Zur Deckung der Kosten können die Lokalbehörden eine besondere Steuer in beschränkter Höhe ausschreiben. Reicht

diese nicht aus, so kann die zentrale Erziehungsbehörde um Subvention angegangen werden. Zu dem Gesetz sind Ausführungsbestimmungen ergangen, in denen empfohlen wird, die Ausgabe der Mahlzeiten nicht im Schulzimmer selbst, sondern in einem Extraraum stattfinden zu lassen und die Lehrkräfte nicht mit der Schulspeisung zu belasten. Den Lokalbehörden bleibt überlassen, ob sie Frühstück oder Mittagbrot gewähren wollen. Das englische Gesetz gehört also in die Klasse derjenigen Gesetze, welche den Lokalbehörden das Recht geben, gewisse Einrichtungen, wie zum Beispiel Bäder, öffentliche Lesehallen usw., zu treffen, ohne ihnen eine Verpflichtung dazu aufzuerlegen. Machen aber die Gemeinden von den ihnen im Gesetz erteilten Vollmachten Gebrauch, so sind sie selbstverständlich bei der Ausführung an die Vorschriften des Gesetzes und der Ausführungsbestimmungen gebunden. Bei der starken Agitation, welche für die Speisung bedürftiger Schulkinder in England betrieben worden ist — und auf ihr Konto ist auch der Erlass dieses Gesetzes zu setzen — darf man mit ziemlicher Sicherheit annehmen, dass schnell eine grosse Zahl von Lokalbehörden von den neuen Vollmachten Gebrauch machen wird.

In Deutschland bedürfen die Städte keiner besonderen gesetzlichen Ermächtigung, um die Speisung bedürftiger Schulkinder in ihre Verwaltungstätigkeit aufzunehmen. Bisher hat sich aber die grosse Mehrheit von ihnen darauf beschränkt, Zuschüsse an private Vereine zu gewähren und ihnen die Fürsorge für bedürftige Schulkinder zu überlassen. Erst in allerneuester Zeit sind auch Anfänge städtischer Schulspeisungen zu konstatieren. Hier ist besonders Stuttgart zu nennen, dessen städtische Kollegien im vorigen Jahre beschlossen haben, 4000 M. für einen Versuch der Schulspeisung zu bewilligen. Die Milchabgabe — es handelt sich um die Abgabe eines warmen Frühstücks — sollte Mitte Oktober beginnen, und alle Schüler einer ausgewählten Schule, die sich für die Milchabgabe melden, sollten ohne armenamtliche Zeugnisse berücksichtigt werden. Daneben sollten aber Milchmarken ausgegeben werden für solche Kinder, deren Eltern die Bezahlung übernehmen. Der Versuch sollte an einer und der selben Schule über die Dauer einer Wintersaison fortgesetzt werden, weil man dadurch zu wichtigen Aufschlüssen über die Ausdehnung des tatsächlich bestehenden Bedürfnisses zu kommen hoffte. Die bewilligten Mittel reichten nicht aus. Es mussten bereits im Januar vom Gemeinderat weitere 3000 M. zur Fortsetzung des Versuches nachgefordert werden. Da nämlich bei der Abgabe des Frühstücks absichtlich kein Bedürftigkeitsnachweis von den Kindern gefordert wurde, so haben sich im Laufe der Zeit nicht weniger als 75 % aller Schüler zur Teilnahme an dem unentgeltlichen Frühstück gemeldet. Über die Nachbewilligung der geforderten 3000 M. entspann sich in den städtischen Kollegien eine grosse Debatte, bei der die von uns oben gekennzeichneten Argumente natürlich wieder zur Geltung kamen. Der Bürgerausschuss weigerte sich, weitere Mittel zu bewilligen, falls nicht die unentgeltliche Abgabe an die Prüfung der Bedürftigkeit geknüpft würde. Wie sollte aber die Prüfung der Bedürftigkeit erfolgen? Darüber hat man sich in der Sitzung der Stuttgarter Kollegien sehr lebhaft ausgesprochen, ohne doch zu irgend einem zweckmässigen Resultate zu kommen. Man schlug vor, die Steuerlisten massgebend sein zu lassen. Da aber diese Listen keine Auskunft über die Grösse der Familie geben, die mit dem Einkommen unterhalten werden müssen, so würden sich sehr leicht grosse Ungerechtigkeiten ergeben. Es wurde ferner vorgeschlagen, bei den Arbeitgebern Nachfragen über den Verdienst der Arbeiter anzustellen. Da aber kein gesetzlicher Zwang für die Arbeitgeber besteht, für diese Zwecke Auskunft zu geben, so wäre eine Befragung von vornherein erfolglos. Schliesslich empfahl man, mit Hilfe eines von den Eltern auszufüllenden Formulars das Bedürfnis festzustellen. Die Entscheidung über die Bedürftigkeit wäre damit in die Hände der Eltern gelegt und daher in einer ganzen Anzahl von Fällen ganz sicher nicht unparteiisch und zutreffend. Auch an die Lehrer wurde gedacht, um durch sie die nötigen Auskünfte einzuholen. Offenbar würde sich ein ausreichendes Resultat nur durch eine Enquete erzielen lassen, die unter Berücksichtigung der Steuerlisten, durch Befragen der Familienväter usw., zu sicheren Daten zu kommen suchte. Ebenso offenbar würde aber eine Enquete sehr viel Geld kosten, und ihre Ergebnisse würden sehr schnell veralten. Es ist daher nur zu begrüssen, dass die Stuttgarter Kollegien trotz heftigen Wider-

spruches der nationalliberalen Vertreter im Bürgerausschusse daran festgehalten haben, den Versuch ohne nachträgliche Prüfung der Bedürftigkeit zu Ende zu führen. Dadurch wird festgestellt werden, in welchem Umfange die unentgeltliche Speisung der Schulkinder in Anspruch genommen wird, und welche Kosten sie erfordern würde, wenn man auf jede Prüfung der Bedürftigkeit verzichtet. Voraussichtlich werden die Kosten keineswegs so gewaltig sein, dass unbedingt der strikte Nachweis der Bedürftigkeit verlangt werden muss. Wenn die Gesamtsumme für die Volksschüler der Stadt Stuttgart auf 190 000 M. berechnet wurde, so ist das noch keine Summe, die für den Millionenetat einer solchen grossen Stadt unerschwinglich ist. Sie kann sicherlich auch dadurch nicht unbeträchtlich herabgesetzt werden, dass man der Teilnahme an der unentgeltlichen Schulspeisung gewisse Schranken zieht. Sofern man nur die Grenze des Einkommens, das zu unentgeltlicher Speisung der Kinder berechtigt, nicht zu niedrig setzt, sondern lieber mit ihr etwas höher geht, kann man auf das lästige Eindringen in die wirtschaftlichen Verhältnisse der einzelnen Familien verzichten und sich auf die Berücksichtigung der Einkommensteuer beschränken. Wenn die Städte ferner Milchwirtschaft in eigener Regie auf eigenen Gütern treiben würden, könnten selbstverständlich die Kosten noch weiter herabgedrückt werden.

× ×

Schulhygiene Der Stadtrat von **L u z e r n** hat folgenden bemerkenswerten Beschluss gefasst, durch den er sich für die Schulgesundheitspflege eine sehr wirksame Organisation geschaffen hat. Für die Primar- und Sekundarschulen soll eine Schulpoliklinik errichtet werden, die in zwei Abteilungen zerfällt: 1. die allgemeine Schulpoliklinik und 2. die Schulzahnpoliklinik. In der allgemeinen Poliklinik erstreckt sich die ärztliche Behandlung auf die Beseitigung von Parasiten, Hautkrankheiten, leichte ambulante Fälle der Augen- und Ohrenheilkunde und der kleinen Chirurgie, Konstitutionskrankheiten, Anämie, Skrophulose, Rhachitis; in der Zahnklinik auf Zahnextraktionen, Füllungen, Behandlung von Zahnkrankheiten. Über die Berechtigung respektive Verpflichtung zur poliklinischen Behandlung entscheidet die Schule. Dabei ist genau auf die persönlichen Verhältnisse Rücksicht zu nehmen, insbesondere die Bedürftigkeit der Eltern in Betracht zu ziehen. Die Leistungen der Poliklinik sind für die Berechtigten unentgeltlich. Für den Betrieb der Poliklinik sollen ein Arzt, ein Zahnarzt, sowie eine Warteperson angestellt werden. Damit ist eine wichtige Ergänzung zum bisherigen Schularztwesen geschaffen. Denn mit der Aufnahme des Gesundheitszustandes der Schüler durch die Schulärzte ist herzlich wenig geleistet, wenn sich nicht daran gleich die Heilung der entdeckten gesundheitlichen Schäden anschliesst. Diese wird aber in der Mehrzahl der Fälle durch die Armut der Eltern unmöglich gemacht, falls nicht die Stadtgemeinde eingreift und den Heilungsprozess auf ihre Kosten durchführt. Mehr und mehr setzt sich diese Erkenntnis in den städtischen Verwaltungen durch. Und wenn sie bisher nur mit einer gewissen Zaghaftigkeit an diese Aufgabe herangegangen sind, so ist daran die Rücksicht auf die Praxis der privaten Ärzte in erster Linie schuld, der man keinen Abbruch zu tun wünscht. Dabei vergisst man, dass die Kinder der minderbemittelten Klassen nur in den seltensten Fällen ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen, sicher nicht, wenn es sich um chronische oder Konstitutionskrankheiten handelt, die vielleicht von den Eltern überhaupt nicht erkannt, sicherlich zu gering eingeschätzt werden. Die Behandlung dieser Kinder durch städtische Schulärzte kann also niemals eine Schädigung der privaten Ärzte bedeuten. Selbst wenn es der Fall wäre, so steht doch die Gesundheit der heranwachsenden Schuljugend höher, als der pekuniäre Vorteil einiger Ärzte.

× ×

Kurze Chronik Das **p r e u s s i s c h e** Ministerium des Innern hat in einem Erlass den preussischen Städten empfohlen, Materiallieferungen an ausländische Gelehrte und Kommissionen von der Entschliessung des Ministeriums des Innern abhängig zu machen. Ein ostpreussischer Regierungspräsident hat den Städten seines Bezirkes untersagt, für eine Enquete inländischer Gelehrten Material zu liefern und ihnen aufgetragen, die betreffenden Herren an ihn zu verweisen. In beiden Fällen verfolgt dieser rechtlich durchaus unbegründete Eingriff in das Eigentumsrecht der Städte das Ziel, die freie Entwickelung der kommunalen Statistik zu hindern. × Der Gemeinderat von **M a r** -

kirch hat die Errichtung einer städtischen Säuglingsmilchanstalt beschlossen. × In Mainz haben im vergangenen Jahre von 9036 Volksschülern 6597 = 73 %, von dem Rechte Gebrauch gemacht, die Lernmittel unentgeltlich von der Stadt zu beziehen. Die Kosten beliefen sich auf 18 168 M. × Die badische Stadt Philippsburg hat die Einführung der Lehrmittelfreiheit für sämtliche Schüler beschlossen. × Die Hanauer Stadtverordneten beschlossen, den Einheitspreis für Koch- und Leuchtgas für Wohnungen bis zu 300 M. Mietswert auf 15 Pf. pro cbm festzusetzen. × Der Rat der Stadt Dresden hat vom 1. Januar 1907 ab einen amtlich verpflichteten städtischen Verkaufsvermittler auf dem Schlachtviehhofe angestellt. Dieser ist verpflichtet, das ihm zum Verkauf überwiesene Gross- und Kleinvieh zum Besten seines Auftraggebers zu verwerten. Es soll dadurch der Zwischenhandel tunlichst beschränkt werden.

HUGO LINDEMANN

Sozialistische Bewegung

Reichstagswahllehren Die Lehren der Reichstagswahlen beschäftigen jetzt unsere Öffentlichkeit. Eine Reihe von Genossen hat bereits in den verschiedenen sozialistischen Zeitungen und Zeitschriften ihre Ansicht darüber geäussert, auch positive Vorschläge gemacht, und die offiziellen Parteiinstanzen werden zu alledem Stellung nehmen. Vorangegangen ist der Parteivorstand; er hat am 9. Februar einen Aufruf an die Partei gerichtet, in dem er in der besonnenen Art, die ihn während des ganzen Wahlkampfes ausgezeichnet hat, die Situation klarzulegen sucht. Direkter Vorschläge enthält er sich zunächst, doch richtet er die Mahnung an die Genossen, Meinungsverschiedenheiten in Zukunft »nur in der streng sachlichsten Weise« auszutragen: man solle »keinen Augenblick vergessen, dass wir Parteigenossen sind, und jeder von uns das Recht hat, zu verlangen, dass seine abweichende Meinung als ehrlich gemeint und im Interesse der Partei geltend gemacht angesehen wird«. Diese Aufforderung ist zu begrüssen und scheint auch jetzt noch keineswegs überflüssig. Wenn zum Beispiel der *Vorwärts* die Äusserungen Calwers, Schippels und Bernsteins für »höchst bedenklich« erklärt und sie mit dem seit Jahren zum Überdruss gehörten Vorwurf abtut, dass sie von den Gegnern ausgeschlachtet würden, so muss gegen diese Methode Verwahrung eingelegt werden, ebenso wie gegen die Schulmeisterweise, mit der den betreffenden Genossen »eine grössere Reserve« empfohlen wird. Der *Vorwärts* hätte diese Reserve lieber selber betätigen sollen. Im übrigen mag er es ruhig dem Verantwortungsgefühl der Genossen überlassen, dasjenige zu tun, was sie im Interesse der Partei für notwendig erachten. Auch hätte er es sich ruhig sparen können, »in aller Schärfe zu erklären, dass solche Äusserungen nichts, als die Privatmeinungen ihrer Verfasser sind«. Ohnehin hätte ihn niemand im Verdacht gehabt, dass er ebenso denkt, wie jene. Aber der Versuch, hier zweierlei Klassen von Meinungen zu konstruieren, muss mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen werden. Die Ansicht irgend eines *Vorwärts*redakteurs ist gerade so eine *Privatmeinung*, wie die der Genossen Calwer, Schippel usw. Es fragt sich nur, ob sie ebenso gut begründet ist; darüber soll man diskutieren, und nicht über ihren amtlichen, halbamtlichen oder privaten Charakter. Es ist anzuerkennen, dass der *Vorwärts* sowohl, wie die übrigen Parteiblätter sich jetzt im allgemeinen einer sehr ruhigen Tonart befleissigen, die für das sachliche Zusammenarbeiten und für die Fortentwickelung der theoretischen Anschauungen, wie der politischen Praxis der Partei für die Zukunft das beste hoffen lässt. Das gleiche Verantwortlichkeitsgefühl scheint leider mancher Redner in Versammlungen zuweilen vermissen zu lassen. Die Art, wie zum Beispiel (nach dem Bericht des *Hamburger Echos*) der Genosse Stengele in einer Hamburger Versammlung am 12. Februar sich mit dem unterzeichneten Herausgeber und den Mitarbeitern der *Sozialistischen Monatshefte* beschäftigt hat — ist übrigens die Anwendung der durch Präsidialanordnung in Dresden verbotenen Bezeichnung *Herr* auf ein organisiertes Parteimitglied wieder erlaubt? —, ist sachlich ebenso töricht, wie vom Parteistandpunkt verwerflich. Ganz abgesehen davon, dass Genosse Stengele, wie in solchen Fällen allgemein üblich, sich nicht die Mühe genommen hat, das zu lesen, was er beschimpfen zu können glaubt. Wenn er mit dem Inhalt der *Sozialistischen Monatshefte* etwas mehr vertraut wäre, würde er wissen, dass es sich bei uns nie um Klagen über *schlechten Ton* und dergleichen gehandelt hat, sondern

stets nur um die Anschauungen selber. Eine gute Sache kann meines Erachtens schliesslich auch einen leidenschaftlichen und heftigen Ton vertragen, sowenig angenehm er ästhetisch berühren mag; vorausgesetzt natürlich, dass er nicht in Gehässigkeit ausartet, die unter keinen Umständen zu billigen ist. Von dem schlechten oder guten Ton hat man in den *Sozialistischen Monatsheften* nie ein grosses Wesen gemacht, dagegen hat man es da allerdings für unerlässlich befunden, den sachlichen Kern der Meinungsdifferenzen herauszuschälen und nicht durch persönliche Zänkereien verdecken zu lassen. Und gerade auch jetzt, nach dem Ergebnis der Reichstagswahlen, scheint es geboten, vor der sachlichen Wahrheit nicht zurückzuschrecken und nicht zu übersehen, dass die Erfolge oder Misserfolge einer politischen Partei in letzter Linie nicht durch deren äussere Manieren, sondern durch ihr politisches Verhalten bestimmt werden. Von dem Stuttgarter Parteiblatt ist der Vorschlag gemacht worden, eine Konferenz der Parteiredakteure einzuberufen, die die Normen für eine Auseinandersetzung über die Lehren der Wahlen schaffen soll. Der Vorschlag ist sicher gut gemeint, und in einigen Fragen der Tagesagitation wird die Konferenz wahrscheinlich auch Erspriessliches leisten. Andererseits birgt eine solche Vertagung der Diskussion auch die Gefahr in sich, dass man über deren Unbequemlichkeiten dann gar zu leicht hinweggehen oder sie womöglich ganz ersparen will. Begeisterung und Empörung lassen sich eben nicht auf Flaschen ziehen. Daher fällt auch der Vorwurf in sich zusammen, den man den *Sozialistischen Monatsheften* daraus glaubte machen zu sollen, dass sie jene Konferenz nicht abgewartet und so ohne obrigkeitliche Erlaubnis die Debatte eröffnet haben. Was der Partei jezt vor allem nottut, das ist die Erkenntnis der Wahrheit in ihren eigenen Reihen. Es gibt sicher Situationen, wo man im Gesamtinteresse schweigen muss. Die jetzige erfordert das Gegenteil. Hoffentlich wird die Konferenz der Parteiredakteure sich auch auf diesen Standpunkt stellen. In einem sonst recht vernünftig geschriebenen Artikel der *Neuen Zeit,* mit dem man sich in Einzelheiten einverstanden erklären kann, tritt Genosse Karl Emil dafür ein, dass man bei dieser Konferenz die »prinzipielle Grundlage der Parteipolitik« unangetastet lassen soll. Er meint: »Für die Wiederaufnahme theoretischer [lies: politischer] Erörterungen ist die Zeit nicht günstig. Darüber können wir, falls es dessen bedarf, nach unserm nächsten grossen Siege sprechen.« Aber nach unserm vorigen *grossen Siege,* im Jahre 1903, war die Zeit gleichfalls *nicht günstig.* Damals hiess es: jetzt, nachdem unsere Politik sich so glänzend bewährt hätte, wäre es doch töricht, über sie zu debattieren. Man sieht: die Zeit ist hierfür nie *günstig.* Mir scheint doch, es wäre eine politische Unterlassungssünde, wollte die Partei jetzt den notwendigen Augenblick der Selbstbesinnung versäumen, wollte sie die Erörterung ihrer Politik bei seite lassen und sich nur wieder der äusseren Form der Agitation zuwenden. Bis zur nächsten Reichstagswahl haben wir noch 5 Jahre: ein genügend langer Zeitraum, um alle etwa begangenen Fehler wieder auszugleichen. Dazu kommt, dass wir gerade in der nächsten Zeit infolge der anhaltenden Prosperität schwere wirtschaftliche Nackenschläge nicht zu erwarten haben. Auch dieser Umstand macht den gegenwärtigen Zeitpunkt für eine ruhige sachliche Erörterung unserer politischen Praxis besonders geeignet. Dass sie sich in Formen bewegen muss, die der Partei nicht Schaden zufügen, ist selbstverständlich, ebenso, wie es notwendig ist, dass jeder sich seiner Verantwortlichkeit bewusst ist, seine Worte wägt und überflüssige Erklärungen und Unterhaltungen vermeidet. Dankenswert ist, dass die *Neue Zeit* einige Artikel gebracht hat, die das Wahlergebnis in den einzelnen Teilen des Reichs, in Sachsen, Ostpreussen, Bayern, des näheren erörtern. Man gewinnt aus diesen nüchternen und sachlichen Darlegungen einen Anhalt für künftige Reformvorschläge in der Taktik. Bemerkenswert ist, dass die Verfasser aller dieser Artikel übereinstimmend die Bedeutung des nationalen Moments für diesen Wahlkampf anerkennen. Genosse Adolf Braun schreibt ausdrücklich: »Die nationale Phrase, die wir für völlig abgebraucht hielten, übte eine überraschend starke Wirkung aus, . . . was wir für völlig ausgeschlossen hielten.« Ob »nationale Phrase« oder nationale Frage, gleichviel, es ergibt sich die Notwendigkeit für unsere Partei, sich mit diesen Dingen gründlich zu beschäftigen und ihre Haltung dann entsprechend einzurichten, damit nicht wieder einmal Ereignisse eintreten, die »wir für völlig ausgeschlossen hielten«.

Neben der politischen Praxis der Partei ist freilich auch die äussere Technik, die Agitation, nicht zu vernachlässigen. Es ist sehr zu begrüssen, dass jetzt die Praktiker auf diesen Punkt aufmerksam machen und durchführbare Vorschläge der Partei unterbreiten. Sehr beachtenswert sind die Ausführungen der Genossen Adolf Hoffmann und Emanuel Wurm in der *Neuen Zeit*, die beide die Notwendigkeit einer dauernden Beeinflussung der scheinbar gewonnenen, in Wirklichkeit aber uns noch recht fremden Massen betonen. Eine weitere, für die Zukunft sehr wichtige Frage ist, welche Konsequenzen die Gewerkschaften aus dem Wahlausfall ziehen werden; doch gehört deren Erörterung nicht in den Rahmen dieser Rundschaurubrik.

In der unerschrockenen Erkenntnis der eigenen Mängel, der dann aber auch sofort deren Ausgleich und Beseitigung zu folgen hat, liegt die wichtigste Aufgabe der nächsten Zeit. Wird sie in kluger und energischer Art gelöst, so haben wir vielleicht, um mit dem Genossen Adolf Braun zu reden, in der Tat »später Anlass, den 25. Januar als erfreulichen Gedenktag in unserem Kalender zu verzeichnen«.

× ×

England: Parteitag Die englische Arbeiterpartei, die sich aus den *L. R. C.* entwickelt hat, hat in der kurzen Zeit ihres Bestehens eine Bedeutung erlangt, die weit über die blosse Zahl ihrer Abgeordneten im Parlament (zurzeit 30) hinausgeht. Sie hat dies dem Umstande zu danken, dass sie sich auf die breite Basis der grossen Gewerkschaftsbewegung stützt, aus der sie zwar spät, aber organisch herausgewachsen ist; ferner, dass sie mit ausserordentlichem Geschick vorgeht, wirklich Politik treibt und sich von *radikalen* Überschwänglichkeiten fernhält. Die Partei ist sozialistisch in dem Sinne, dass sie, wie ihr Führer Genosse MacDonald in den *Sozialistischen Monatsheften* (1906, 2. Bd., pag. 652) sich ausdrückt, »die gereiften sozialistischen Impulse zum Sozialismus hinleitet«; sie hütet sich aber davor, »eine Bewegung von unfruchtbarer Kritik und impotenter Abstraktion zu sein«. Das trat auch auf ihrem 7. Parteitag in die Erscheinung, der vom 24. bis zum 27. Januar in Belfast abgehalten wurde. Es wurde da eine Resolution eingebracht, die erklärte, »dass das Endziel der Arbeiterpartei darin besteht, den Arbeitern den vollen Ertrag ihrer Arbeit dadurch zu sichern, dass der Kapitalismus beseitigt wird, um an dessen Stelle die gesellschaftliche Beherrschung der Produktionsmittel zu setzen.« Gegen diese Resolution erklärten sich die Genossen Pete Curran und Keir Hardie. »Eine Annahme dieser Resolution«, führte Keir Hardie aus, »würde es uns zur Pflicht machen, nichtsozialistische Mitglieder der Partei von der parlamentarischen Vertretung auszuschliessen ...... Ich stimme ganz mit den Antragstellern überein, dass die Zeit kommen wird, wo die Arbeiterpartei sich mit ganzem Ernst mit dem Sozialismus wird beschäftigen müssen. Aber machen wir nur nicht den Fehler der Voreiligkeit! Die Delegierten vertreten Arbeitermassen, und solange die Arbeitermassen noch nicht sozialistisch sind, wäre es ein taktischer Fehler, ihnen sozialistische Überzeugungen aufdrängen zu wollen.« Aus dieser Erwägung stimmte die Mehrheit der sozialistischen Delegierten gegen diese sozialistische Resolution, die auch abgelehnt wurde. Stellte sich so die Partei konsequent auf den Standpunkt einer Arbeitervertretung, so begriff sie doch auf der andern Seite den notwendigen Zusammenhang der reinen Arbeiterfragen mit den Kulturfragen. Ben Tilletts Antrag, dass jedes Mitglied der Partei Mitglied einer Gewerkschaft sein müsse, dass alle bürgerlichen Elemente ausgeschlossen sein sollten, wurde gleichfalls abgelehnt. Gerade die meisten Gewerkschaftsführer erkannten den Wert jener bürgerlichen *Mitläufer*, wie wir uns ausdrücken würden, für die Arbeiterpartei an. Durch diesen Beschluss hat die Arbeiterpartei gezeigt, dass sie eine Kulturpartei sein will.

Entsprechend ihrer allgemeinen politischen Praxis, lehnte die Partei es auch ab, ein allgemeines Arbeiterprogramm aufzustellen, für dessen Schaffung die Genossen Quelch und Thorne von der *S. D. F.* eintraten. Der Parteitag erklärte, für den Ausbau der Sozialpolitik werde man selbstverständlich wirken, aber solange die Arbeiterpartei nicht die Mehrheit im Parlament habe, brauche man auch kein Programm; erst wenn sie ein Ministerium bilden könne, werde sie verpflichtet sein, dem Lande ein Regierungsprogramm vorzulegen. Man sieht die grundlegende Verschiedenheit in der Auffassung vom Wesen eines Programms bei den englischen und bei uns kontinentalen Sozialisten. Dass die Partei willens ist, trotz oder gerade

wegen ihrer Programmlosigkeit praktische Sozialpolitik zu treiben, bewies sie durch die einstimmige Annahme einer Resolution, die die Einführung des Achtstundentages, die Gewährung von Alterspensionen und speziell Massregeln gegen die Arbeitslosigkeit durch Vorgehen der Lokalbehörden verlangt.

Von Interesse ist noch ein Beschluss über das Frauenwahlrecht. Der Parteitag verlangte, entgegen der bisher von der Partei vertretenen Ausdehnung des gegenwärtigen (beschränkten) Wahlrechts auf die Frauen, die Einführung des allgemeinen Wahlrechts für Männer und Frauen überhaupt. Nun hat sich aber der Vorsitzende Keir Hardie im Parlament für den bisherigen Entwurf so eingesetzt, dass er diesen Standpunkt jetzt schwer aufgeben kann, wenn auch zu gunsten eines noch weitergehenden. Die Frage, wie sich die Partei im Parlament verhalten wird, ist daher zunächst noch offen.

Der Jahresbericht des Vorstandes zeugt von einem zahlenmässigen Fortschritt der Partei, der jezt 997 665 gewerkschaftlich organisierte Arbeiter und Sozialisten angehören. Die Zahl der der Partei angeschlossenen Gewerkschaften beträgt 175, die der Gewerkschaftskartelle 13, die der Genossenschaften 2. Die Beziehungen der Parlamentsfraktion zu den liberalen Arbeiterführern haben sich erheblich gebessert. Im Parlament gibt es bekanntlich 3 verschiedene Kategorieen von Arbeiterabgeordneten: nämlich ausser den Mitgliedern der Arbeiterpartei noch die Fraktion der reinen Gewerkschafter, vornehmlich Bergarbeiter, und die offiziell liberalen Arbeiterabgeordneten. Doch beraten diese 3 Gruppen im Parlament öfter gemeinsam, und es ist nicht anzunehmen, dass diese Dreiteilung von ewigem Bestand sein wird. Indessen tritt man nicht allzu gewaltsam für eine Verschmelzung ein, man lässt sie vielmehr, wie dies im Wesen der englischen Politik liegt, sich langsam ausreifen.

× ×

Frankreich Sehr bezeichnend für französische Parteiverhältnisse ist das Verhalten der sozialistischen Partei zu dem Pariser Strassenbahnerstreik. Die Angestellten der Strassenbahnen, die namentlich durch die Vororte von Paris gehen, sind in einen Streik eingetreten, um durchzusetzen, dass der arbeitsfreie Tag, der durch das neue Gesetz über die Sonntagsruhe ihnen gesichert ist, auch von der Gesellschaft bezahlt wird. Zweifellos haben die sozialistischen Abgeordneten allen Anlass, sich der Sache der Streikenden anzunehmen. Sie haben dies aber abgelehnt, und zwar einmal, weil die Gewerkschaft der Strassenbahner nicht der *Confédération générale du Travail* angeschlossen ist, sodann aber, weil die betreffenden Linien der Strassenbahn durch Wahlkreise fahren, die in der Deputiertenkammer durch Radikale vertreten sind. (!) Das heisst wirklich das Entgegenkommen den bürgerlichen Parteien gegenüber zu weit treiben, wenn man darauf verzichtet, unter den 1200 Beamten und Arbeitern Propaganda zu treiben, nur, weil die betreffenden Wahlkreise nicht den Sozialisten gehören. Und die selben Genossen sind aus dem Block ausgetreten, weil angeblich Sozialisten und Bürgerliche nicht zusammen arbeiten können! Soll das heissen, dass man den Bürgerlichen allein die Arbeit überlassen will? Dann freilich kann sich die geeinigte sozialistische Partei nicht über das Schwinden ihres Einflusses beklagen, den sie früher hatte, und den Genosse Jaurès auf dem Kongress in Amsterdam mit Stolz gegenüber der deutschen Sozialdemokratie hervorheben konnte.

In der Deputiertenkammer selber hat die Stellung der Sozialisten nicht mehr die ausschlaggebende Bedeutung, wie in den früheren Jahren, und jedenfalls sind die geeinigten Sozialisten den unabhängigen, die an sich geringer an Zahl der Mandate und der Stimmen sind, erheblich unterlegen. Das manifestiert sich auch in der Rolle, die der Führer der Geeinigten, Genosse Jaurès, in der Kammer spielt. Jaurès ist auch jetzt noch bei Freund und Feind geachtet, er imponiert nach wie vor durch seine hinreissende und argumentative Beredsamkeit. Früher aber war er als *Diktator des Blocks* eine Zeitlang die wichtigste Persönlichkeit im ganzen Hause. Das Ausscheiden aus dem Block und namentlich die Haltung der geeinigten Partei im Wahlkampf haben zum Teil diese Veränderung hervorgebracht. Die Radikalen haben gegen Jaurès eine Animosität, weil sie ihn für die unfruchtbare *revolutionäre* Phraseologie der Intransigenten verantwortlich machen. Dazu kommt, dass das romanische Temperament eines jeden Jochs müde wird, mag es noch so nützlich sein. Die radikalen Abgeordneten, die früher Jaurès gefolgt

waren, konnten schon in den letzten Zeiten des Ministeriums seine fortwährenden Interventionen nicht mehr ertragen. Er war ihnen unbequem geworden. Endlich konnte Jaurès seine *Diktatur* nur unter einem Ministerpräsidenten ausüben, den er als Persönlichkeit weit überragte. Das war der Fall bei Combes, aber schon nicht mehr bei Rouvier und ganz und gar nicht bei Clemenceau. Hier hat Jaurès einen Partner gefunden, der, was rhetorisches Talent, Schlagfertigkeit und namentlich Willen zur Macht anlangt — wenn auch nicht in der Tiefe der Überzeugung und des Wissens —, ihm ebenbürtig ist. Wie jeder Nachteil auch einen Vorteil mit sich bringt, so hat das Schwinden des direkten Einflusses Jaurès mehr Bewegungsfreiheit gegeben, so dass er in manchen Dingen entschiedener auftreten und das spezifisch Sozialistische mehr hervorheben kann. In den einzelnen praktischen Fragen der Politik hat er die Weite seines Blicks sich natürlich bewahrt, und er trennt sich, namentlich in der Haltung gegenüber den sozialistischen Ministern, deren Tätigkeit er durchaus anerkennt, von vielen seiner Parteifreunde *revolutionärer* Prägung. Wenn die geeinigte Partei, wozu sie über kurz oder lang ja doch gezwungen sein wird, ihren frühern, mehr parlamentarischen Standpunkt wieder einnimmt, wird Jaurès durch seine intellektuelle und moralische Autorität ihr wieder den Einfluss zu sichern vermögen, der ihr zukommt.

× ×

Russland: Anarchismus In den aufgeregten Köpfen der Intelligenz, die alle möglichen Schattierungen des Sozialismus bereits durchlaufen hat, hat auch der Anarchismus schliesslich eine Stätte gefunden, und man ist auch hier — wie beim russischen Naturell begreiflich, in der starke individuelle Hemmungen einer Doktrin nicht widerstreben — sofort, nachdem das System einmal fertig war, zur praktischen Anwendung geschritten. Theoretisch gehören die Anarchisten vorwiegend der kommunistischen Richtung an, doch haben sie zunächst noch kein spezielles russisches Programm. Sie begnügen sich mit den aus Westeuropa importierten Anschauungen, die in einer Unzahl von Broschüren und Flugblättern ihren Geist nähren. Auch ihre taktischen Ansichten haben nichts eigentlich Russisches an sich, doch, während sie in Westeuropa zumeist nur ein papierenes Dasein fristen, können sie auf dem chaotischen Boden Russlands leicht eine Anwendung finden. Alle anarchistischen Gruppen billigen den Terrorismus, nur sind sie nicht einer Meinung über dessen Objekt. Die einen wollen ihn nur gegen einzelne Personen, gegen besonders grausame oder gefährliche Vertreter des herrschenden Systems, und zwar auch nur als Vergeltung für spezielle Handlungen, angewendet wissen. Jeder terroristische Akt muss ein besonderes Motiv haben; diese Gruppe wird daher — die Russen sind ja in der Schnelligkeit der Rubrizierung und Namengebung bewundernswürdig — die der *Motivniki* genannt. Eine andere Richtung spricht sich für einen *motivlosen* Terrorismus aus; die Bourgeoisie als solche muss durch Bomben usw. bekämpft werden, die man in Cafés, in Banken, Warenhäuser usw. wahllos schleudert. Der Name dieser Gruppe lautet daher *Besmotivniki*. Endlich existiert noch eine dritte, die ihre Tätigkeit hauptsächlich auf die Gewerkschaften stützt, die sie in *syndikalistischem* Sinne zu beeinflussen und zu leiten sucht.

Die gewaltsamen Expropriationen der Anarchisten haben eine grosse Anzahl von berufsmässigen Dieben und Erpressern usw. gezüchtet, die die errafften Gelder dann in eigenen Gebrauch nehmen. Diese terroristische Aktion, die solchermassen zur Brutanstalt für ein Räuberwesen schlimmster Sorte wurde, hat innerhalb des Anarchismus selbst eine Reaktion hervorgerufen. Den überzeugten Anarchisten sind die Geister, die sie entfesselt, fürchterlich geworden, und sie weisen daher jetzt in zahlreichen Artikeln die Schäden der *Ex* (=Expropriation) nach; vorläufig nur mit geringem Erfolg.

Die Theorieen der Anarchisten haben auch einen gewissen Einfluss auf die benachbarten Parteien ausgeübt. So verdanken ihnen die *Maximalisten*, die sich von den *Sozialrevolutionären* abgesondert haben, ihre Entstehung; sie haben die Verwerfung des Minimumprogramms von den Anhängern Krapotkins übernommen. Es ist nicht anzunehmen, dass alle diese Gruppierungen sich lange halten werden.

× ×

Totenliste Im Alter von 35 Jahren ist Dr. Ludwig Woltmann bei einem Bade im Mittelländischen Meere durch einen Herzschlag dahingerafft worden. Wolt-

mann wurde während seiner Studentenzeit Sozialist, er hat dann später, wenn auch nur ganz kurze Zeit, sich in der Partei selber betätigt und ist auf dem Parteitag von Hannover als einer der Redner für die kritische Richtung, die man damals *Bernsteinianismus* nannte, eingetreten. Als Schriftsteller war er ungemein fruchtbar, er hat eine Reihe von Büchern, unter anderm auch eine kritische Darstellung der marxistischen Weltanschauung geschrieben, und die Leser der *Sozialistischen Monatshefte* kennen ihn ja auch aus einer in dieser Zeitschrift (1901, 1. Bd., pag. 123 ff.) veröffentlichten Abhandlung über die wirtschaftlichen und politischen Grundlagen des Klassenkampfes. Woltmann hatte eine eminent rezeptive Begabung, die ihn von einem Gebiet auf ein benachbartes trieb und ihn so in vielen Disziplinen arbeiten liess, wenn er in jeder einzelnen auch nicht schöpferisch war. In den letzten Jahren hatte er sich mit dem grossen Fleisse, der ihn stets ausgezeichnet hat, ganz auf die Rassentheorie geworfen, er war der Begründer und Herausgeber der *Politisch-Anthropologischen Revue*, einer Zeitschrift, in der ernste Arbeit und Liebhaberei sich zu einem anregenden Ganzen verbinden, er suchte die politische Anthropologie als Wissenschaft zu fundieren und durch einzelne Untersuchungen, vorerst in romanischen Ländern, eine Germanentheorie auszubilden, für die auch schon vor ihm andere plädiert hatten. Kann man über die eigentliche wissenschaftliche Fähigkeit Woltmanns im Zweifel sein, und mussten im speziellen seine rassentheoretischen Versuche gerade auch in dieser Zeitschrift mehrfach abgelehnt werden, so wird man dem Menschen doch Gerechtigkeit widerfahren lassen müssen. Das eine steht fest: Woltmann ist bei allem, was er tat, sowohl in seiner wissenschaftlichen, wie in seiner Parteibetätigung, stets nur von sachlichen Motiven geleitet worden. Er war ein Enthusiast von etwas elegischer Färbung. Ein rein persönliches Interesse hat er nie verfochten, nicht einmal in seinem bekannten Streit um das Jenaer Preisurteil, in dem auch nur die Entrüstung über ein nach seiner Meinung begangenes wissenschaftliches Unrecht ihm die Feder geführt hat. Woltmann ist recht eigentlich ein Vertreter jener (jetzt nicht mehr so häufigen) Gattung von *Akademikern* gewesen, die einer Sache um ihrer selbst willen angehören und auch im Wandel der Anschauungen stets nur ihrer Überzeugung folgen, ohne dass — gewollt oder ungewollt — irgend welche persönlichen Vorteile für sie damit verknüpft sind. Und aus diesem Grunde verdient er, wenngleich er in den letzten Jahren der Partei wohl völlig entfremdet war, auch in dieser ein gutes Andenken.

Ein Veteran der Bewegung, Franz Gehrisch, ist in Sachsen gestorben. Er hat schon in früher Jugend dem *Allgemeinen deutschen Arbeiterverein* angehört und hat auch in den schlimmen Zeiten des Sozialistengesetzes im Dienste der Partei gestanden.

× ×

Kurze Chronik Am 12. Februar wurden es 40 Jahre, dass August Bebel zum erstenmal in den Reichstag gewählt wurde. Ein grosser, ruhm- und leidensreicher Teil der Parteigeschichte verkörpert sich in dieser 40jährigen parlamentarischen Tätigkeit. × Nach einjähriger Gefängnishaft ist Paul Löbe in die Freiheit zurückgekehrt. Er wird seine Kraft, die in Breslau schon sehr vermisst wurde, hoffentlich ungeschwächt der Partei wieder widmen können. × Die *Humanité* ist in den Besitz einer Aktiengesellschaft übergegangen, deren Verwaltungsrat sich aus Parteimitgliedern und Korporationen zusammensetzt. Später soll sie vollständig Parteieigentum werden. × Wegen der Reichsratskandidatur des Genossen Adler ist im Wiener Wahlbezirk Favoriten II zwischen der tschechischen und der deutschen Partei ein Konflikt ausgebrochen. Die tschechischen Genossen beanspruchen den Kreis für sich. In einem äusserst taktvoll gehaltenen Briefe sucht Genosse Adler die Tschechen von ihrer durchaus unbegründeten Aspiration, die er ebenso treffend, wie parteigenössisch widerlegt, abzubringen. Es wäre mehr als bedauerlich, wenn die Tschechen auf ihrem Widerstand beharren wollten. × An den Munizipalwahlen in Canada hat sich die sozialistische Partei zum erstenmal in voller Stärke beteiligt und grosse Erfolge erzielt. × Eine sozialistische Tageszeitung soll demnächst in Japan herausgegeben werden. JOSEF BLOCH

Gewerkschaftsbewegung

Holzindustrie In der Berliner Möbelindustrie tobt gegenwärtig ein Kampf, der weit über Berlin und über die Holzindustrie hin-

aus das Interesse der gesamten gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft verdient. Der Anlass des Konfliktes ist folgender: Am 15. Januar lief der vom Holzarbeiterverband mit den Berliner organisierten Möbelindustriellen vor 2 Jahren nach der grossen Aussperrung abgeschlossene Tarifvertrag ab. Die Arbeiter erklärten sich zum Abschluss eines neuen Tarifs durchaus bereit, falls ihnen — in der Hauptsache — eine 10prozentige Lohnerhöhung und eine Arbeitszeitverkürzung von 2 Stunden zugebilligt würde; dabei mag bemerkt werden, dass seit dem Jahre 1896 keine Verkürzung der 52 Stunden wöchentlich betragenden Arbeitszeit, und seit 1899 keine allgemeine Erhöhung der Löhne eingetreten ist. Die Unternehmer unterhandelten zwar ein ganzes Vierteljahr hindurch mit den Vertretern des Holzarbeiterverbandes, sprachen sich aber in allen diesen Unterhandlungen durchaus ablehnend gegenüber den Forderungen der Arbeiterschaft aus und organisierten insgeheim eine grosse Aussperrung der im Holzarbeiterverband organisierten Arbeiter. Diese Aussperrung wurde auch unter Vertragsbruch bereits 3 Tage vor Ablauf des Vertrags durchgeführt, um den Verband zum Abschluss eines verschlechterten Vertrags zu zwingen. Allerdings hat sie lange nicht den Umfang, den ihr die Unternehmer zu geben beabsichtigten, denn von mehr denn 35 000 in Gross-Berlin organisierten Holzarbeitern sind nur rund 9600 ausgesperrt worden, von denen rund 2000 auch bereits wieder anderweitig untergebracht worden sind. Dafür haben aber die Unternehmer verzweifelte Anstrengungen gemacht, um der Bewegung in der Provinz einen möglichst grossen Umfang zu geben und den Holzarbeiterverband so finanziell stark zu engagieren. So sind in Leipzig, Dresden und Görlitz die Verträge mit dem Holzarbeiterverband auf 1. April gekündigt worden, in Düsseldorf drängen die Unternehmer den Verband zum Vertragsabschluss und eventuell zum Kampf, und in Burg und in Kiel haben die Unternehmer die Verträge gebrochen, unter gleichzeitiger Aussperrung von 1000 Holzarbeitern. Der Holzarbeiterverband wird diese ihm aufgedrungenen Bewegungen mit allen Mitteln durchzuführen wissen. Jedenfalls wird es den Unternehmern auf diesem Wege nicht gelingen, dem Verband schlechte Tarifverträge aufzuzwingen.

× ×

Strassenbahner Am 28. und 29. Januar tagte in München eine von der Münchener Strassenbahnerorganisation und dem Vorstand des Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiterverbandes einberufene Konferenz der Strassenbahner Deutschlands. Sie war beschickt von den Strassenbahnern der Städte Augsburg, Berlin, Bremen, Darmstadt, Dresden, Essen, Hamburg, Hannover, Kiel, Köln, Königsberg, Leipzig, Mannheim, München, Posen, Regensburg, Strassburg und Zwickau durch 29 Delegierte. In der Hauptsache hatte sich die Konferenz mit der Frage der Organisation der Strassenbahner Deutschlands und ihrer ferneren Gestaltung zu beschäftigen. Die Organisation der Strassenbahner liess bisher nachgerade alles zu wünschen übrig. In den seltensten Fällen bestanden lokale Organisationen oder waren die Strassenbahner dem Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiterverband angeschlossen, zumeist dominierte der Indifferentismus oder die durch Standesdünkel verbrämte organisatorische Interesselosigkeit. Um so erfreulicher ist es, dass die Konferenz, und zwar infolge eines Antrages eines Münchener Delegierten, des Vertreters der bedeutendsten lokalen Strassenbahnerorganisation, mit 21 Stimmen bei 4 Stimmenthaltungen beschloss, die Strassenbahner einhellig im Verbande der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter zu organisieren. Den Strassenbahnern soll innerhalb dieser Organisation eine gewisse Selbständigkeit gewährt werden. Den aus den lokalen Strassenbahnerorganisationen in den Transportarbeiterverband Übertretenden werden ihre alten Mitgliedschaftsrechte voll angerechnet. Man kann das Ergebnis dieser Konferenz, die sich noch mit der wirtschaftlichen Lage der deutschen Strassenbahner und der Stellung der Reichsregierung zu dem Koalitionsrecht der Strassenbahner beschäftigte, nur mit Freuden begrüssen. Denn sie bedeutet einen weiteren Fortschritt der Bestrebungen auf Schaffung grosser, einheitlich geleiteter Industrieverbände. Und dass dieser Fortschritt gerade erzielt wurde bei den Strassenbahnern, macht ihn für die Gewerkschaftsbewegung noch besonders wertvoll.

× ×

Italien Die italienische Gewerkschaftsbewegung krankt an den selben Erscheinungen, die auf die politische Arbeiterbewegung

dieses Landes so ungemein hemmend wirkten; je mehr sich aber hier eine Klärung der Anschauungen vollzieht, um so erfreulicher sind auch die Fortschritte der Gewerkschaften. Besonders kann man seit dem letzten Kongress in Mailand, im Oktober des vorigen Jahres, eine günstige Entwickelung der italienischen Gewerkschaftsbewegung beobachten. Auf diesem Kongress wurde ein alter Streit der *Syndikalisten* mit den *Reformisten* zu einem gewissen Abschluss gebracht. Die *Syndikalisten* hatten sich der gewerkschaftlichen Organisation in den bedeutendsten Städten (Mailand, Bologna usw.) zugewandt und hofften, auf dem Gewerkschaftskongress in Mailand auch die Leitung der Gewerkschaften in ihre Hände zu bringen. Indessen wurden sie von den *Reformisten* und den *Integralisten* überstimmt, und zwar mit 120000 gegen 47000 Stimmen; die Leitung der Gewerkschaften wurde denn auch aus Anhängern der *reformistischen* und *integralistischen* Richtung gebildet. Die *Syndikalisten* verliessen darauf den Kongress; ihre Absicht, eine Gegenorganisation zu gründen, ist indessen nicht zur Ausführung gelangt.

Die italienische gewerkschaftliche Bewegung ist noch immer sehr wenig zentralisiert; nur der Hutarbeiterverband hat eine zentralisierte Verwaltung ähnlich den deutschen Zentralverbänden. So kam es sehr oft vor, dass zwischen den *Camere del Lavoro* (Gewerkschaftskartellen) und den *Federazioni* (Zentralverbänden) Konflikte entstanden, die in der unzureichenden straffen Organisation und dem verschiedenen Charakter dieser Korporation ihre alleinige Quelle haben. Um wenigstens eine einheitliche Leitung der Gesamtbewegung zu schaffen, wurde vor 2 Jahren auf dem Kongress in Genua die *Confederazione del Lavoro*, der Verband der Gewerkschaften Italiens, mit dem Sitz in Turin gegründet. Das Sekretariat der *Confederazione* (also die italienische *Generalkommission*) wurde aber aus Vertretern der beiden Gruppen der Organisationen, der mehr *syndikalistischen* Gewerkschaftskartelle und der mehr *reformistischen* Zentralverbände, in getrennter Abstimmung gewählt. In ihr spiegelten sich so die widersprechendsten Richtungen der Arbeiterbewegung Italiens ab. Dass diese Körperschaft eine erspriessliche Tätigkeit nicht entfalten konnte, wurde von allen einsichtigen Gewerkschaftern früh genug erkannt. So veröffentlichte der Metallarbeiterverband vor dem Mailänder Kongress eine Broschüre, in der er eine Reorganisation der *Confederazione* empfahl, dergestalt, dass die Vertreter zur Zentralleitung von dem Kongress selbst gewählt werden sollen, und zwar ohne Unterschied, ob sie in den *Camere del Lavoro* oder in den *Federazioni* organisiert sind. Diese Vorschläge wurden vom Kongress akzeptiert. Die *Confederazione* hat die allgemeine Leitung der gewerkschaftlichen Bewegung, ausserhalb jeder politischen Richtung, in Händen und hat das Tätigkeitsfeld der *Camere del Lavoro* und der *Federazioni* abzugrenzen; die Gewerkschaften nach aussen zu vertreten und die gewerkschaftlichen Interessen in der Gesetzgebung, im Staat, in den Provinzen und in den Gemeinden zu fördern; eine Verbindung zwischen gewerkschaftlicher und genossenschaftlicher Bewegung herbeizuführen und letztere zu fördern; die Agitation im allgemeinen zu leiten und die Errichtung nationaler und internationaler Verbände in die Wege zu leiten. Die *Confederazione* hat schon eine segensreiche Tätigkeit entfaltet. Ihre Beziehungen zur sozialistischen Parteileitung, wie zu der genossenschaftlichen Bewegung sind die denkbar besten. Dagegen verlieren die *Syndikalisten* immer mehr an Boden.

Bis jetzt ist die gewerkschaftliche Bewegung in Italien hauptsächlich eine Widerstandsbewegung, und die meisten Verbände sind blosse Streikverbände. Die Versicherungseinrichtungen sind wenig ausgebaut und stehen mit der eigentlichen Bewegung nur in losem Zusammenhange. In einigen Provinzen haben die Gewerkschaften schon hervorragendes geleistet, so in Reggio-Emilia, Ferrara, Genua, Mailand, Turin.

× ×

Bauer † Am 30. Januar verschied plötzlich nach kurzer Krankheit in Hannover der Vorsitzende des Brauereiarbeiterverbandes, Georg Bauer. Der Verstorbene, der ein Alter von 48 Jahren erreicht hat, hat ein ganzes Menschenalter hindurch an der Arbeiterbewegung regen Anteil genommen, an der gewerkschaftlichen, wie an der politischen; wie ja seine letzte Krankheit auf seine Agitationstätigkeit im Wahlkreise Uelzen, wo er für die Partei zum Reichstag kandidierte, zurückzuführen ist. Vorzüglich betätigte er sich aber in seiner Gewerkschaft, die er im Jahre 1891 mit gründen half, und

für die er seit 1895 als Vorstandsbeamter, seit 1898 als Hauptvorsitzender tätig war. Unter seiner Leitung ist der Brauereiarbeiterverband einer durchgreifenden Reorganisation unterzogen worden. Diese Organisation nahm in der Folge einen mächtigen Aufschwung, was nicht zuletzt auf das organisatorische und agitatorische Geschick des Verstorbenen zurückgeführt wurde. Georg Bauer hat sich jedenfalls um seine Gewerkschaft grosse Verdienste erworben.

× ×

Kurze Chronik Der Buchdruckerverband hat nunmehr eine Mitgliederzahl von 50 000 erreicht; das bedeutet im letzten Jahre eine Zunahme um 5500 Mitgliedern. × Der Handlungsgehilfenverband hat im Jahre 1906 seine Mitgliederzahl von 5815 auf 6692 gesteigert. × Die christlichen Gewerkschaften hatten Anfang des Jahres 170 Ortskartelle, also in den letzten 3 Monaten eine Zunahme um 25. Eine Reihe kleinerer Kartelle haben sich zu Bezirkskartellen verschmolzen. × Die österreichischen Gewerkschaften haben im Jahre 1906 gewaltige Fortschritte gemacht. Die Mitgliederzahl ist um rund 100 000 gestiegen; bei den Bauarbeitern um 16 000, bei den Eisenbahnern um 17 300, den Textilarbeitern um 10 600, den Bergarbeitern und Holzarbeitern um je 9000. Die Gesamtzahl der Organisierten wird auf ½ Millionen geschätzt. × In der Schweiz sind im Jahre 1906 639 Lohnkämpfe geführt worden (gegen 353 im Jahre 1905). Davon waren 146 (110) Streiks, 359 (192) Lohnbewegungen, 115 (42) Sperren und 19 (9) Aussperrungen. Die meisten Kämpfe endeten mit einem vollen oder einem partiellen Erfolge der Arbeiter, von denen Zehntausende beteiligt waren. Die Gewerkschaften haben ihre Mitgliederzahl erheblich vermehrt, so dass sie annähernd 100 000 Mitglieder haben dürften.

ERNST DEINHARDT

KUNST

Dichtkunst

Hauptmann Als am 2. Februar **Gerhart** Hauptmanns *Jungfern vom Bischofsberg* von fanatischen Freunden blindlings beklatscht, von entrüsteten Gegnern mit ekelhaftem Johlen verspottet wurden, da war ein Poet der zahlenden Theatermenge preisgegeben, dessen verlorenes Werk als Etappe seiner inneren Persönlichkeit die allertiefste Achtung verdient. Es ist ganz gewiss und nicht zu ändern, dass Hauptmanns letztes Drama in den beiden Schlussakten dramatisch durchaus verwahrlost ist, dass die drei ersten Akte Rührstücktheater sind, dass der letzte Aufzug eine im Spiel der Bühne vollständig falsch gebrachte Schönheitspoesie ist, und dass endlich die technische Lässigkeit des Ganzen belästigend, verwirrend, die Ungeduld spornend wirkt. Und dennoch bleibt viel in dem Lustspiel, das unterdessen bei S. Fischer als Buch erschien, von einer merkwürdig menschlichen Echtheit.

Schon der Entwurf überhaupt. Vier Jungfrauen leben in der Einsamkeit. Es ist möglich, dass sie vom Dichter geträumt sind als Materialisierungen der vier Temperamente. Die Melancholische, die Cholerische, die Sanguinische, die Phlegmatische. Weil die vier Jungfrauen von einem sorgsamen Vater in der ganzen Üppigkeit ihrer Art gehegt wurden, so ist ihnen auch der Charakter zu der Zeit geblieben, als sich anderen Menschen die Sitten abschleifen und umformen. Jede trägt sich zur Schau in der Hut ihres Hauses, eines alten, vom Efeu und wilden Wein übersponnenen Höhensitzes. Die Menschen, die drunten wohnnen, die nur das Kleid der Jungfrauen streiften, und ihr Ansehen nach aussen hin genossen haben, nennen die Jungfrauen die *fröhlichen,* was mehr ein oberflächliches, als ein gründliches Urteil ist, wie alle Durchschnittsurteile. Das stimmt also nicht.

Denn die eine trägt mit sich den Schmerz um einen Geliebten, dem ihr Gemüt gehört, dem ihr Verstand fremd bleiben soll. Die andere wird wahrscheinlich mit der Klosterhaube oder mit dem sachten Tritte der Diakonissin enden. Die dritte und vierte gehen noch unsicher, darum zuversichtlicher durch ihr Dasein, und ob Glück, ob Leid sich in ihr Gesicht graben wird, das wird nie klar in diesen Tagen, da unser Stück vor sich geht. Es ist in den Tagen der Weinlese.

Da flattert ein dunkelrotes Laub von den Bäumen auf die ausgebleichten Gräser, da fühlen die Menschen in der Mittagssonne selten wehmütige Regungen, sondern mehr das sehnsüchtige Verlangen, sich in irgendwelche Seele einzuschmeicheln, da bald Winter über die Erde und über die Herren dieser Erde fällt. Gerhart Hauptmann hat starke Männer nie

gekannt und nie geliebt. Die weinenden, die ganz hochmütigen und hohlen, die unerwartet zerbrechen, die ins Uferlose steuernden, dichtet er. Er hat sie wieder gedichtet. Ein Liebhaber der Melancholischen, ein Chimärenjäger, ein aufgeblasener Prahlhans, der hochnäsig abzieht, als er zum Narren gestempelt wurde. Wie dieser Hansnarr hinter dem Gebüsche verschwindet, darf die melancholische Jungfrau mit ihren Geliebten ein Kolibriliedlein anstimmen, ein romantisches Heineverslein, zu dessen Begleitung Fackeln und Lampions, bunte Wedel und hüpfende Beine geschwungen werden. Der Dichter dachte sich, dass Titanias Elfen heute nicht mehr wirklich genug seien, und er liess die irdischen Menschen flüsternd, wispernd, kichernd und geheimnisvoll herumscharwenzeln. Das huscht und das weht hin und her, unverständlich, spukhaft, voll lyrischer Süssigkeit, bis der Vorhang gefallen ist.
So der Entwurf, dessen Liebenswürdigkeit die meisten Kritiker nicht gesehen haben, da ihnen die technische Ungelenkigkeit, wenn man boshaft sein will, die fahrige Arbeit, ein Dorn im Auge gewesen ist. Dieser Tadel ist sicher berechtigt. Ganz närrisch ist jedoch das Gerede, das von einer Brachheit der Hauptmannschen Gaben ausgeht, das Unbefangenen aufschwatzen möchte, der Dichter habe alle seine Gestalten erklügelt und erlogen. Im Gegenteil, sie sind durchaus menschlich und in ihrer quellenden Natürlichkeit erfasst. Alle ihre Eckchen und Schrullen fehlen nicht, die leisen, kruden Züge, die einem kurzsichtigen, bloss geschickten Literaten meist entgehen. Hauptmann hat nur garnicht versucht, die Charaktere immer zur geeigneten Explosion gegenüberzustellen. Er hat jeden Menschen seinen eigenen Weg geschickt. Er hat die epische Skizze eines jeden Menschen entworfen. Sein Drama ist ein Album von Silhouetten, kein einzelnes Gemälde, dessen Darstellung das fruchtbarste Moment eines ganzen Schicksals traf.
Schon oft ist mir an dem Hauptmann der letzten fünf Jahre ein eigentümliches Bildungsbedürfnis aufgegangen. Er hat sich in die deutsche Geistesgeschichte vertieft. Seine Mystik und seine Romantik sind zum Teil literarische Angewohnheit, eine Vorliebe für die deutsche Spiesserei, die sich in Gedanken der abseitigen Welt einspinnt, zum Teil auch Regungen aus eigenem Kern. Und so hat er vor allem Wohlgefallen an dem deutschen Handwerksburschen, dem Gemisch von Spitzbüberei und idealer Verstiegenheit, dann aber auch an den breitspurigen, etwas Schulmeisterei betreibenden Biedermeierphilistern. Daraus wurde ihm ein Vorwurf gemacht. An die Sentimentalitäten des Bauernfeld und des Benedix wurde erinnert. Nun sind das sehr brave Kerle gewesen, und Hauptmann unterscheidet sich noch in seinem Falle wesentlich von ihnen. Er spricht nämlich so schöne, selbsterlebte Sachen über deutsche Kunst und Art, Behaglichkeit und träumerische Neigungen, dass einem ordentlich warm und angenehm wird. Es ist dann aber seine Schuld, dass er zu viel Wert auf solche Atavismen legt, dass ihm die historische Schablone zu viel Respekt einflösst, und er ins Dozieren und Gelehrtsein hineingerät.

× ×

Dramen Der Blick Gerhart Hauptmanns ist wahr und sicher. Er guckt den Menschen getreu ihr Wichtiges ab und verzichtet darauf, eine seelische Abnormität zu gestalten, ein psychisches Monstrum, ein Geschöpf aus der Galligkeit des lieben Gottes. Hierin liegt seine Grösse, und diese staunenswerte Zuverlässigkeit in den seelischen Dingen dieser Welt wird erst recht offenbar, wenn einer der Jüngsten, dem gewiss ein gut Stück Begabung nachzurühmen ist, an ihm gemessen wird. Dieser Jüngste ist J u l i u s B a b, der in knappen Verssprüchlein bisher gezeigt hat, dass ihm viel Bitternis und Frühreife aus dem Leben erwuchs, der als Kritiker an der sentenziösen Ästhetik Friedrich Hebbels hing. Bab dichtete eine tragische Komödie *Der Andere* /Berlin, S. Fischer/. Es ist die Tragödie des Menschen, der sein Wesen verliert, weil ihn die Mitwelt zum Spiel mit seinem Wesen verleitet. Es ist die Tragödie des Mannes, der nicht rechtzeitig genug Mut fasst, den Spuk anzugreifen, der ihm als sein eigenes Ich entgegengaukelt. Ein reicher, aber leerer Kerl hat ein Prachtweibchen. Als die Spötter seiner Nichtigkeit ihn glauben machen, dass er nicht der Herr seines Reichtums, seines prunkenden Weibes, seines herrlichen Hauses sei, da kommt er um seinen Verstand. Dieses Verfallen in Blendung müsste ein ganz klarer, in knapper Deutlichkeit vor sich gehender Seelenprozess sein. Er ist bei Bab aber ein Kulissenmotiv, eine Theaterei,

und da sind die Hauptstützen seines Werkes gebrechlich. Als der Hohlkopf auf seinen Nebenbuhler losgeht, wie der ihn äffen will, da bricht er in den Ruf aus:

»Bin ich verhext? Ich bin doch nüchtern? Wie?
Hier meine Haare, Arme, Brust und Beine!
Und alles Ich? [plötzlich aufschreiend:] So hört doch! Macht doch auf!
Was ist das nur? was ist? was ist? was ist?«

Dieses Fragen, dieses Jammern, dieser Mangel an Beherztheit ist vom Dichter nicht überzeugend motiviert. Und der ganze Mann mit seiner Furcht vor dem *Anderen* ist darum ein falsches, verzeichnetes Wesen. Boccaccio hat in seiner Anekdote von den vier Teufeln gezeigt, dass so ein Mensch, der nicht mehr an seine leibliche Existenz glaubt, ein Draufgänger auf Leben und Tod wird, und kein Grübler, der sich in das Rätsel seiner veränderten Persönlichkeit vertieft. Zieht man diesen Kardinalfehler ab, dann bleibt noch ein kräftig Stück von szenischer Gewandtheit, Munterkeit in der Sprache und ein Reichtum an schönen Worten, der geschult ist an dem Gelungensten unserer jungen Versdramatik. Die *Trionfi* des Mantegna kennt man, die *Canti carnalesci* des Lorenzo Medici; der die Menschen als Masken und Possenreisser liebte. Bab hat viel von solcher Stimmung, er sucht den ewigen Ernst zu weisen, der hinter dem oberflächlichen Spiele sich verstecken kann.

× ×

Erzählungen Der Zögling des Robert Musil, von dem in der vorigen Rundschau (pag. 178) die Rede war, würde sich nie in sein natürliches Gefühl zurückgefunden haben, wenn ihn nicht Mächte unterstützt hätten, die der eine religiös ausdeutet, der andere nach seiner verständigen Laune. Hall Caine legt sich solche seelischen Umwälzungen als Folgen einer Hypnose aus, recht rationalistisch, recht mit britischer Verrauntheit und Gewissheit. Und erzählt das Buch *Die Trunksüchtige* /Leipzig, Degener/, die Lebensgeschichte einer Frau, die von erblicher Belastung durch einen hypnotischen Akt geheilt wird. Sie darf nach dieser Heilung in den Hafen einer Glücksehe einlaufen. Ein langweiliges, in seinen Motiven mechanisch und trocken wirkendes Büchlein.

Die elende Frau des Cainesschen Buches gewinnt das Glück wie das grosse Los. Sie ist ein Glückspilz und in solcher vorzüglichen Eigenschaft dem *Hans im Glück* vergleichbar, dessen umfangreiche Biographie der Däne Henrik Pontoppidan geschrieben hat /Leipzig, *Inselverlag*/. Der Roman will in die verschiedensten Klassen, besonders in die waghalsigen Unternehmerkreise der dänischen Grossindustrie führen und zeigen, wie ein als Genie Geborener durch die Mittelmässigkeit dieser Welt seiner grössten, vorwärtsbringenden Kraft beraubt wird. Und wenn auch sehr eindringliche Bilder dieser Welt entworfen werden, so stört mich, wie immer im Pontoppidan, der zu pragmatische Zug, der Werktagsstil seiner Begabung.

× ×

Kurze Chronik Am 16. Februar ist Giosuè Carducci gestorben. × Der Franzose Charles Petit hat eine chinesische Liebesgeschichte geschrieben *Li-ta-tschu* /Berlin, Fleischel/, die in sehr amüsanter, ironischer Tonart von der unglücklichen Liebe eines massiven Mandarins zu einer zierlichen, bleichen und kleinfüssigen chinesischen Kokotte berichtet. × Der Däne Gustav Wied hat die Müdigkeit, die mehr affektierte als wirkliche Gelassenheit des Weltmanns, der alles im Leben belächelt und mit höhnischer Fertigkeit abtut. Seine *Tanzmäuse* /Berlin, Juncker/ sind voll von solcher Stimmung. × Eine Art Zukunftsroman mit ethischen Absichten ist das Buch *Cavete!* von Emil Sandt /Minden i. W., Bruns/. Der Verfasser träumt von Luftreichen, deren paradiesische Zustände er als die Sehnsucht unseres Reiches predigen möchte. × Der neue Wells in deutscher Sprache *Wenn der Schläfer erwacht* /ebenda/ jongliert wiederum mit allem Trägen und Schweren dieser Erde und malt die glückseligen Hemisphären, die nach tausendtausend Jahren der Menschheit zugänglich sein werden. × Es gibt Leser, die sich mit aller Inbrunst an den Novellen erfreuen, die aus der Feder des vlämischen Bäckermeisters Stijn Streuvels (*Sommerland*) /ebenda/ herrühren. Ich bewundere die Begabung des Mannes für alles Optische in der Natur und bin stets enttäuscht, wenn er kombinieren und von Menschenschicksalen fabulieren soll. × Eine schöne und seltene Gabe bietet die *Gesellschaft der Bibliophilen* ihren Mitgliedern. Sie bringt als Privatdruck *Johann Anton Leisewitzens Briefe an seine Braut* nach den Handschriften heraus. Man weiss, dass dieser merkwürdige und überhitzte

Stürmer und Dränger nicht in den Dichtwerken, sondern in den leidenschaftlichen Privatäusserungen das Beste seiner Talente gegeben hat. Und diese Briefe grad sind dem Kunstpsychologen ein vorzüglicher Anhalt, dass er der Frage nahetrete, wie weit poetische Kraft und innerliche Heiligkeit gleiche oder getrennte Begabungen seien.

× ×

Literatur Eine Reihe von Vorträgen über *Deutsche Dichtung seit Heinrich Heine* hat Karl Henckell als hübsch ausgestattetes Buch bei Bard, Marquardt & Co. herausgegeben. × Aus den Briefen Flauberts hat Julie Wassermann das ausgezogen und übersetzt, was die persönliche Lebenshaltung und die geistige Technik des grossen Franzosen in das richtige Licht rückt /Berlin, Oesterheld/. × Ein wichtiges Briefcorpus erscheint auch jetzt gerade in der *Literarischen Anstalt* Rütten & Loening zu Frankfurt. Alle Briefe und sonstigen Dokumente, die für das Leben Multatulis in Betracht kommen, sind von Wilhelm Spohr in 2 schönen Foliobänden gesammelt, übersetzt und erklärt. × Eine Gesamtausgabe von Anastasius Grün veranstaltet Anton Schlossar für Max Hesses Klassikerverlag in Leipzig. Der 1. Band bringt eine Biographie, in die viel unbekanntes Material verarbeitet ist. MAX HOCHDORF

DIVERSA

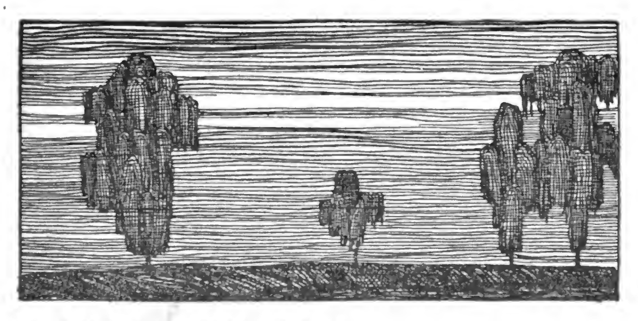
Bücher

Carlyle: *Die französische Revolution* Von Thomas Carlyles grossem Werk über die französische Revolution liegt jetzt eine neue, illustrierte, von Theodor Rehtwisch herausgegebene 3 bändige deutsche Ausgabe /Leipzig, Wigand/ vor. Sollte man in dem knappen Rahmen einer Besprechung das Buch als solches beurteilen, so wäre das ungefähr, als ob man weise verkünden wollte, dass ein gewisser Goethe verschiedene gute Sachen geschrieben habe. Das Buch gehört so unbedingt zu den Kulturwerten der Menschheit, dass daran nicht zu rütteln ist, und dass man nur allenfalls als Splitterrichter mit den Fingern auf die Angaben zeigt, die durch neuere Forschungen überholt sind. Da würde man aber schnell klein beigeben müssen vor der Wucht des geistigen Gehalts dieser Geschichtschreibung. Es soll nur ein kleines Beispiel angeführt werden. Es heisst an einer Stelle: »Der lange ertragene geistige Bankrott geht nun in den wirtschaftlichen Bankrott über und wird unerträglich. Denn, wie vorausgesagt ward: von den niedrigsten, stumm duldenden Volksklassen ist das unvermeidliche Elend nach oben gestiegen. In einem jeden wohnt das dunkle Gefühl, dass seine Lage, sei sie nun andere bedrückend oder selbst bedrückt, jedenfalls eine falsche ist: alle müssen so oder so, als Angreifer oder Verteidiger, in schärfster Tonart der Unruhe, die sie beherrscht, Luft machen.« Und wenn man sieht, mit wie viel Rebellion im Leibe heute die Franzosen ihre Pfaffen vertreiben, so könnte auch der gescheiteste Psychologe nichts Besseres sagen, als Carlyle, wenn er von der »Kunst des Aufstandes« bei den Franzosen spricht: ». . . da ist eine Kunst, für die sich der französische Charakter vor allen andern am besten eignet. Der Aufstand, der nach Lafayettes Meinung unter allen Pflichten die heiligste ist, zählt in der Tat für das französiche Volk heute zu den Pflichten, die es vollendet ausübt. Das französiche Volk gehört zu den lebendigsten Erscheinungen auf dieser Welt. So geschwind, so kühn, so klarsichtig, erfinderisch und bereit, den Augenblick zu ergreifen, geschickt und lebendig, bis in die Fingerspitzen.«

Die neue Ausgabe, die dadurch, dass sie in Lieferungen zu beziehen ist, auch weiteren Kreisen zugänglich wird, ist mit ausserordentlicher Sorgfalt zusammengestellt. Durch die Illustrationen wird dem Buche gleichsam etwas von seiner Schwere genommen, da die Bilder immer wieder ein Ausruhen und ein Vertiefen nach der subjektiven Empfindungsrichtung des Lesers ermöglichen. Die Reproduktionen sind prachtvoll, vor allem die Porträts ausserordentlich interessant. Sie bilden ein Kapitel Weltgeschichte. Wichtig sind auch die Karikaturen und die Kopieen bedeutungsvoller Schriftstücke. Die Vollbilder veranschaulichen uns das Paris der Revolutionszeit und sind zugleich ein sprechender Beweis dafür, wie alle geistige Intensität in Frankreich sich damals auf das Stück Entwickelung, das sich dort abspielte, richtete, so dass es kaum mehr eine Kunst an und für sich gab, sondern nur eine Kunst, die predigen, aufreizen, tadeln, spotten, rühren wollte.

So hätten wir also wieder einmal ein Buch gewonnen, über das wir uns rückhaltlos freuen können. IDA HÄNY-LUX

VERANTWORTLICH FÜR DIE REDAKTION HERMANN REHLÄNDER IN POTSDAM · VERLAG DER SOZIALISTISCHEN MONATSHEFTE G. M. B. H. IN BERLIN · DRUCK VON CARL ROSEN IN BERLIN



4° HEFT / APRIL 1907

OTTO HUE · DER SIEGENDE SOZIALISMUS

I

DIE Ironie der Weltgeschichte fügte es, dass am 25. Januar 1907 die Sozialdemokratie eine Wahlniederlage erlitt, und am 31. Januar 1907 die preussische Regierung dem Landtage einen Gesetzentwurf vorlegte, den man ohne Übertreibung einen Triumph des sozialistischen Gedankens nennen darf. Es ist ein gesetzgeberischer Versuch, wenigstens einen Teil der Mineralschätze der privatkapitalistischen Ausbeutung zu entziehen, ein Versuch, dem sozialistischen Grundsatz *Das Allgemeininteresse steht über dem Interesse des einzelnen* in einer der wichtigsten Industrieen zur Herrschaft zu verhelfen. Ob der Versuch diesmal gelingt, ist fraglich, aber dass er gerade jetzt gemacht, und wie er begründet wird, das bleibt eine bemerkenswerte Tatsache.

Einige Vorbemerkungen zur Einführung in die eigenartige Materie. Von altersher besteht in den deutschen Landen grundsätzlich die Bergbaufreiheit, das heisst, jeder hat das Recht, unter Innehaltung der bergbehördlichen und gesetzlichen Vorschriften nach Mineralien zu schürfen; wird der Schürfer *fündig*, dann hat er Anspruch auf die Verleihung des von ihm erstmalig entdeckten Minerals, dessen bergmännische Gewinnung sodann nach den geltenden Vorschriften erfolgen kann. In der vormärzlichen Zeit schränkten die Territorialherren die Bergbaufreiheit verschiedentlich ein; es wurden entweder gewisse Mineralien oder Bezirke der landesfürstlichen Ausbeutung vorbehalten, oder die Verleihung des Bergbaurechtes geschah auf Zeit, gegen sehr hohe Abgaben; ausserdem leitete die landesfürstliche Regierung durch Staatsbeamte auch den Privatbergbau (Direktionsprinzip). Das Revolutionsjahr 1848 versetzte auch diesem Fürstenrecht den tödlichen Stoss. Im Sinne des aus der grossen Revolution geborenen französischen Bergrechtes erklärten die in Deutschland nach 1848 ergangenen Berggesetze die Mineralien zum Staatseigentum, das jeder durch Verleihung erwerben könne. Aller vormärzlichen Fesseln entledigt wurde die Mineralgewinnung unter dem Einfluss der Manchestertheorie,

die bekanntlich die schönste Blüte des Gemeinwesens von dem völlig freien Walten der Kräfte erwartet. So entstand das in der Hauptsache für ganz Deutschland massgebend gewordene allgemeine preussische Berggesetz vom 24. Juni 1865. Dieses gab den Bergbau ganz frei, unterwarf ihn nur dem staatlichen Inspektionszwang; in Bezug auf die Anzahl der Schürfungen und Mutungen legte es dem Bergbaulustigen Beschränkungen nicht auf. Ohne Entgelt muss der Staat, wenn die Formalien eingehalten sind, dem Erstfinder die bezeichneten Bergwerksfelder verleihen; alle die vielen früheren Abgaben (*Bergzehnten* etc.) des Grubenbetreibers an den Staat sind aufgehoben, zuletzt noch ab 1. April 1895 in Preussen die sogenannte *Aufsichtssteuer* (2 % des Bruttoertrages). Da nach dem Vorgang des preussischen Gesetzes auch die übrigen deutschen Bundesstaaten, abgesehen von einzelnen Abweichungen, die Mineralienausbeutung dem Privatkapital freigaben, so kamen in verhältnismässig sehr kurzer Zeit ungeheuer grosse mineralhaltige Felder in den kostenlosen Besitz von privaten Unternehmern.

Für den Sozialisten unterliegt es keinem Zweifel, dass die Entfesselung der wirtschaftlichen Kräfte zur gegebenen Zeit eine historische Notwendigkeit war. Der Kapitalismus drängte nach ungehemmter Betätigung, sie musste ihm ermöglicht werden, da nur so die Vorbedingungen für eine höhere Wirtschaftsform geschaffen werden konnten. Die aufstrebende Grossindustrie bedurfte zu ihrer Expansion der Bergwerksprodukte in gewaltigem Masse, in unaufhaltbarer Wechselwirkung trieb der eine Zweig der Grossindustrie den anderen zur intensivsten Entfaltung. Die Freigabe des Bergbaus ermöglichte erst seine derzeitige unerhörte Entwickelung. Aber rascher, als wohl je geahnt wurde, ist die Bergwerksindustrie in ihrer Entwickelung an dem Punkt angelangt, wo die entfesselten Kapitalkräfte nicht mehr im Interesse des Gemeinwohls, sondern gegen dieses wirken. Die Bemerkung kann nicht unterdrückt werden, dass die sozialistischen Theoretiker weit besser zur Förderung der sozialistischen Erkenntnis im Volke beitrügen, wenn statt der langatmigen, ganz fruchtlosen Debatten über Wenn und Aber unsere Literatur durch Spezialuntersuchungen des Entwickelungsstandes der Grossindustrieen bereichert werden würde. In den letzten Jahren sind aus bürgerlichen Federn mehrere hochwichtige Publikationen über den Grad der kapitalistischen Konzentration im Bergbau, in der Hütten-, Eisen- und Stahlindustrie geflossen, Publikationen, die doppelten Wert für die sozialistische Volksbelehrung hätten, wenn unsere akademisch gebildeten Genossen die Autoren wären, da sie als Sozialisten sicherlich gleich die Nutzanwendung aus den ermittelten Tatsachen hätten ziehen können. Das würde unser Rüstzeug sehr verstärkt und auch manchen Schwarzseher, wie manchen Optimisten unter uns veranlasst haben, die Wirklichkeit mehr in ihre Rechnung zu stellen.

Die preussische Regierungsvorlage vom 31. Januar 1907 bedeutet prinzipiell eine glänzende Rechtfertigung der vielverleumdeten, *utopistischen* Sozialisten. Sie bringt die Anerkennung der Gemeingefährlichkeit des Privatkapitalismus zunächst im Bergbau. Die Motive der Vorlage, soweit sie das Wirken der Bergbaufreiheit schildern, hätte ein Sozialdemokrat vielleicht auch nicht besser fassen können. Sie besagen, wenn auch nicht wörtlich: die *Expropriation der Expropriateure* im Bergbau ist notwendig.

Die Bergbaufreiheit — die, wie noch gezeigt wird, nur dem Namen nach be-

steht — soll für die wichtigsten Mineralien aufgehoben werden. Die bedeutungsvollste Änderung des Berggesetzes wird, wie folgt, vorgeschlagen:

»1. Der § 1 erhält folgende Fassung:
Die nachstehend bezeichneten Mineralien sind vom Verfügungsrecht des Grundeigentümers ausgeschlossen: Gold, Silber, Quecksilber, Eisen mit Ausnahme der Raseneisenerze, Blei, Kupfer, Zinn, Zink, Kobalt, Nickel, Arsenik, Mangan, Antimon und Schwefel, gediegen und als Erze; Alaun- und Vitriolerze; Steinkohle, Braunkohle und Graphit; Steinsalz, Kali-, Magnesia- und Borsalze und die Solquellen.
Die Aufsuchung und Gewinnung dieser Mineralien unterliegt den Vorschriften des gegenwärtigen Gesetzes.
2. Der § 2 wird durch folgende Bestimmung ersetzt:
Die Aufsuchung und Gewinnung der Steinkohle, des Steinsalzes, der Kali-, Magnesia- und Borsalze und der Solquellen steht allein dem Staate zu.
Der Staat kann das Recht zur Aufsuchung und Gewinnung der in Absatz 1 bezeichneten Mineralien an andere Personen übertragen. Die Übertragung soll gegen Entschädigung und auf Zeit erfolgen.«

Der § 2 gibt die neue Wegrichtung an. Mit der unbeschränkten, kostenlosen Verleihung der Mineralien an Private soll gebrochen werden. Die Bergbauunternehmer, denen eine scharfe Witterung für das, was ihnen frommt, eignet, haben denn auch in einer ausserordentlichen Versammlung lebhaft gegen den Entwurf protestiert. Ausgeschlossen ist ein abermaliger Sieg der Grubenkapitalisten über die Regierung durchaus nicht. Aber das könnte nur ein Pyrrhussieg sein; denn was die Regierung in ihren Motiven zur Begründung der grundlegenden Änderung des Verleihungssystems ausführt, legt Zustände bloss, die der Staat nur auf die Gefahr hin ignorieren kann, unter die bedingungslose Herrschaft der Syndikate und Trusts zu kommen. Heute schon ist der Regierung der begründete Vorwurf zu machen, viel zu lange die vitalsten Staats- und Volksinteressen hintangesetzt zu haben. Ja, es ist für uns zweifellos, dass die Vorlage, auch wenn sie Gesetz würde, manchen Unternehmern eher nützen. als schaden wird. Die Vorlage betrifft nur die noch nicht verliehenen Mineralien. Nun sind aber die wertvollsten bisher bekannt gewordenen Grubenfelder in ungeheurem Masse schon von den Privatkapitalisten mit Beschlag belegt. Die Begründung der Vorlage sagt darüber:

»Bei der fast schrankenlos zu nennenden Bergbaufreiheit und der dadurch gebotenen Möglichkeit, grosse Gewinne mit verhältnismässig geringem Kostenaufwand zu erzielen, kann es nicht auffallen, dass schon bald nach dem Inkrafttreten des allgemeinen Berggesetzes /1865/ die Spekulation sich in weitem Umfange der Aufsuchung verleihbarer Mineralien zuwandte. So hat schon im ersten Jahrzehnt nach Erlass des allgemeinen Berggesetzes ein einzelnes Konsortium im Oberbergamtsbezirk Halle Braunkohlenfelder mit einem Gesamtflächeninhalt von über 16 Quadratmeilen erworben; in ähnlicher Weise haben einzelne Schürfer im Oberbergamtsbezirk Breslau ganze landrätliche Kreise mit Braunkohlenmutungen, im Oberbergamtsbezirk Bonn ein Hüttenwerk den ganzen Westerwald in der Ausdehnung von über 24 Quadratmeilen mit Eisensteinmutungen überdeckt.«

Das war der Zustand schon bald nach Erlass des allgemeinen Berggesetzes. Heute liegen die Dinge noch viel schlimmer. Meilenweit erstrecken sich die Verleihungen an einzelne Bohrgesellschaften und Grubenmillionäre. Die Herren liessen sich ungeheure Bergwerksfelder *auf Vorrat* verleihen; denken nicht daran, in den nächsten Jahren dort Schächte anzulegen; aber indem sich diese Industriellen die Felder als *Erstfinder* sicherten, verhinderten sie etwaige Konkurrenten, dort Bergbau zu betreiben. In den Motiven des anhaltinischen Berggesetzes vom 20. April 1906 wird mitgeteilt, in Anhalt seien 224 Grubenfelder verliehen, eine Fläche, fast so gross, wie der fünfte Teil des Herzogtums. Doch

nur der vierte Teil der Felder sei im Betrieb; dadurch hätten die Unternehmer eine förmliche *Feldersperre* gegen die Konkurrenz eingerichtet. Den selben Gedanken entwickeln die Motive des württembergischen Berggesetzes vom 17. Februar 1906. In Preussen ist diese privatkapitalistische *Feldersperre* noch weit umfangreicher. Wenn also die Regierung sich auf die Vorbehaltung der noch nicht verliehenen Felder beschränkt und nicht auch mindestens die Enteignung der zwar verliehenen, jedoch nicht in Betrieb genommenen Felder durchführt resepktive sich diese Massregel gesetzlich sanktionieren lässt, dann ist den derzeitigen Feldinhabern — zumeist sind es syndizierte Grubengesellschaften — die etwaige Konkurrenz vom Halse geschafft. Als die preussische Regierung am 6. Februar 1894 dem Landtage den Gesetzentwurf, betreffend den staatlichen Vorbehalt der Kali- und Magnesiasalze, vorlegte, da war die Verschleuderung der reichen Grubenfelder längst nicht so weit, wie heute, gediehen. Damals hätte der Schritt vom 31. Januar 1907 getan werden müssen, da war noch sehr viel zu retten. Wie die Situation heute für gewisse Grubenmonopolisten liegt, kennzeichnete der nationalliberale Abgeordnete und Grubenbesitzer Hilbck, als er am 25. Februar im Landtage ironisch vorschlug, den Gesetzentwurf *en bloc* anzunehmen.

Der Zeitpunkt, wo die Bergbaufreiheit für die bergbauliche Entwickelung im Allgemeininteresse Berechtigung hatte, liegt weit hinter uns. Es existiert auch keine Bergbaufreiheit mehr, sondern ein in seinen wirtschaftlichen Konsequenzen gemeingefährliches Monopol weniger Kapitalistengruppen. In der Regierungsvorlage heisst es darüber:

»Nun hat sich auch die Bohrtechnik in neuerer Zeit ungemein vervollkommnet und die Aufsuchung der fraglichen Mineralien [Steinkohle und Salze] wesentlich erleichtert. Aber die besten technischen Einrichtungen und leistungsfähigsten Apparate auf diesem Gebiete befinden sich, häufig noch unter Patentschutz, in den Händen weniger grosser Bohrgesellschaften oder einzelner Bohrunternehmer, die auch fast ausschliesslich über das in der Handhabung und Bedienung dieser verbesserten technischen Hilfsmittel geschulte Personal verfügen. Diese Bohrgesellschaften und -unternehmer mit den hinter ihnen stehenden Banken und Kapitalisten haben daher geradezu ein Monopol in Beziehung auf den Erwerb von Bergwerkseigentum an Steinkohle und Salzen erlangt, und es sind ihnen durch ihre Betätigung auf diesem Gebiete vielfach Gewinne zugeflossen, die ausser jedem Verhältnis zu der von ihnen entfalteten Tätigkeit und dem übernommenen Risiko standen . . . . . .
Im übrigen ist die von dem allgemeinen Berggesetz gewollte Bergbaufreiheit für Steinkohle und Salze so gut wie ausgeschlossen, da ein dritter nicht wagen darf, gegen die übermächtigen Gesellschaften und Unternehmer in den Wettbewerb zu treten.«

Das volle Eingeständnis der Auslieferung unserer Bodenschätze an einige Monopolisten! Erstens kann heutzutage nur noch ein sehr kapitalkräftiger Unternehmer die Erdschätze *finden* — die Bergbaufreiheit ist also eine Farce geworden —, zweitens erschwert oder hindert sogar, wie ebenfalls die Regierungsvorlage bestätigt, das in der Bergbaufreiheit begründete Monopol der Millionäre und Felderbeschlagnehmer die Erforschung des vaterländischen Bodens nach anderen wertvollen Mineralien. Ungeheuer grosse Bergwerksfelder befinden sich im Besitz der Monopolisten, dienen den wildesten Spekulationen (Kaliindustrie!). Durch die *lex Gamp* vom 5. Juli 1905 ist für die Dauer von zwei Jahren die Einlegung neuer Mutungen ausgeschlossen worden. Aber gerade dieses Notgesetz hat schon bewiesen, dass man die Macht der Monopolisten nur durch die Enteignung mindestens der noch nicht in Betrieb genommenen Felder brechen kann. Wenn auch neue Mutungen nicht stattfänden, so

ist doch die Praxis der Bohrgesellschaften geduldet worden, innerhalb der Schlagkreise noch schwebender Mutungen neue Bohrungen vorzunehmen und von diesem Bohrloch einen neuen Schlagkreis zu ziehen. Infolge dessen sollen trotz der *lex Gamp* allein im Oberbergamtsbezirk Halle nicht weniger als 1000 neue Mutungen auf Salze eingelegt werden, ohne dass die Regierung die Verleihung versagen könnte. Einen endgültigen Ausweg bietet nur die Verstaatlichung des ganzen Bergbaus.

Viele Bergwerksfelder haben keinen wirklichen Wert, sind nur Spekulationsobjekte der Gründer. Über die Ausbeutung der wertvollen Felder sagt die Regierungsvorlage:

»Insoweit aber das verliehene Bergwerkseigentum von wirklichem Wert ist, gefährdet seine allzu ausgedehnte Vereinigung in der Hand einzelner Interessenten das Gemeinwohl in noch höherem Grade. Der Einfluss einzelner Personen auf die Versorgung des Marktes mit wichtigen und unentbehrlichen Gegenständen des allgemeinen Bedarfs und Verbrauchs wird in bedenklichem Masse verstärkt, unter Umständen sogar die Gefahr einer nicht ausreichenden Versorgung des Marktes mit den Erzeugnissen des Bergbaues und einer rücksichtslosen Preistreiberei nahegelegt.«

Damit erfährt der Grundgedanke der sozialistischen Wirtschaftslehre eine ausdrückliche offizielle Anerkennung. Die Produktion respektive Förderung der für die Allgemeinheit unentbehrlichen Bedarfsartikel kann nicht dem Belieben privater Interessenten überlassen bleiben. Auf einer gewissen Stufe der Entwickelung kollidiert das Gemeinwohl aufs schärfste mit dem Profitinteresse der kapitalistischen Unternehmer. Diese Entwickelungsstufe ist im Bergbau erreicht, längst erreicht, das gesteht, wenn auch mit *gebotener Vorsicht,* nun selbst die preussische Regierung ein.

Die Sozialdemokratie hat eine zerschmetternde Niederlage erlitten, jubelten die Parteien des Fürsten Bülow nach den Wahlen. Und zur selben Zeit bringt der preussische Ministerpräsident Fürst Bülow eine Gesetzesvorlage ein, deren Kern bei der ersten Lesung im Landtage am 25. Februar 1907 der freisinnige Abgeordnete Dr. Crüger mit folgenden Worten charakterisierte:

»Wir haben es hier mit einer ganz neuen Lösung der Kartellfrage zu tun, auf die ich noch zu sprechen komme. Dann zeigt uns die Vorlage weiter, wie man Staatseigentum oder wenigstens die Anwartschaft auf Staatseigentum schaffen kann mit einer höchst eigenartigen Expropriation, die dem Fiskus keinen Groschen kostet. Ferner beschäftigt sich die Vorlage auch mit einer Menge tief einschneidender Massregeln zur Beseitigung von gewissen Überresten des Privateigentums. Ich möchte hinzufügen, dass meiner Ansicht nach der Grundgedanke der Vorlage entschieden sozialistisch-kommunistisch ist. Wir brauchen uns nur die Konsequenzen der Vorlage auszumalen und uns zu vergegenwärtigen, dass man in gewissen Kreisen glaubt, dass nicht nur die Bodenschätze Eigentum der Allgemeinheit seien, sondern dass dies für den Grund und Boden überhaupt gilt. Nun, meine Herren, kostet schliesslich nur der erste Schritt etwas.«

Wer nun erwartet, der preussische Regierungsvertreter hätte den Vorwurf, die preussische Regierung akzeptiere den sozialistisch-kommunistischen Grundgedanken, entrüstet zurückgewiesen, der täuscht sich. Der Handelsminister Delbrück griff die Äusserung von dem sozialistisch-kommunistischen Grundgedanken auf und bemerkte dazu:

»Ja, vielleicht hat der Herr Abgeordnete Crüger damit gar nicht ganz unrecht. Denn, meine Herren, die Entwickelung des vorigen Jahrhunderts hat doch zweifellos festgestellt, dass wir in vielen Dingen, in der Entfesselung des Verkehrs, in der Mobilisierung des Grundbesitzes, so zweckmässig und so nützlich sie im Prinzip gewesen ist, über das Ziel hinausgegangen sind. Die Erfahrung des vorigen Jahr-

hunderts hat gezeigt, dass die Entäusserung des Grundbesitzes beispielsweise von seiten der Kommunen weit über das notwendige und nützliche Mass hinausgegangen ist. Wir sind uns heute darüber klar, dass eine grosse Kommune, die ihren Aufgaben gerecht werden will, über ein gewisses Mass von Grundbesitz verfügen muss — ich erinnere an die Wohnungspolitik —, und wir sind jetzt genötigt, in den Kommunen mit vielem teuren Gelde das wieder zu kaufen, was unsere Vorfahren für ein Butterbrot weggegeben haben. Meine Herren, das soll hier vermieden werden. Wir wollen uns ein gewisses Mass von wirtschaftlichen Schätzen für den Staat reservieren, damit wir nicht in die unangenehme Lage kommen, sie später für vieles Geld zu kaufen.«

Man stelle sich vor, im Reichstage würde ein Sozialdemokrat in Gegenwart des Reichskanzlers solche Worte gesprochen haben: was wäre geschehen? Fürst Bülow hätte sich jedenfalls erhoben und mit vollem Brustton unserem Genossen vorgeworfen, er rüttele an den Grundlagen der bürgerlichen Ordnung. Und von den Bänken der Konservativen bis in die Reihen der Freisinnigen hätte stürmisches *Bravo* dem Reichskanzler gedankt. Dem selben Reichskanzler, der als preussischer Ministerpräsident nicht anders den Bergwerksmonopolisten beikommen kann, als durch die, wenn auch nur erst unvollkommene, Anerkennung des sozialistischen Wirtschaftsprinzips. In den selben Tagen, wo die Sozialisten angeblich *niedergeritten* wurden, feiert die sozialistische Idee im preussischen Dreiklassenparlament einen grossen Triumph. Die preussische Regierung muss sich zu ihr bekennen. Die Gewalt der Tatsachen verbürgt den Sieg des Sozialismus.

II

NICHT anders, als im Bergbau, haben sich die Dinge in der grossen Eisen- und Stahlindustrie zugespitzt. Auch hier eine gewaltige kapitalistische Konzentration, eine rapide Entwickelung zum monopolistischen Trust. Gerade jetzt, wo man uns Sozialisten *zerschmettert* hat, ist es geboten, die natürliche Genesis der sozialistischen Bewegung um so schärfer zu markieren. Professor A. Wagner, dem kein Mensch die *nationale Gesinnung* abstreiten wird, erklärte schon in der Enquetekommission über die Wirkungen der kapitalistischen Kartelle:

»Mir scheint die Entwickelung, wie wir sie neuerdings gehabt haben, und wie sie auch im Stahlwerksverband sich in einem sehr wichtigen Beispiel zeigt, denen recht zu geben, die da sagen, diese Entwickelung führt zu einer immer stärkeren Konzentration von Reichtum, Vermögen und Einkommen auf der einen Seite, zu immer stärkeren Klassengegensätzen auf der anderen Seite; wesentlich daraus geht das ganze moderne soziale Problem hervor; an dem Punkt kommen wir nicht vorbei.«

»An dem Punkte kommen wir nicht vorbei«: gewiss, das ist des Pudels Kern. Wenn kein einziger Sozialist im Parlament sässe, an dem *Punkte*, den Wagner bezeichnet, käme die Gesellschaft nicht vorbei. Als Wagner sein Urteil abgab, waren die vielbesprochenen Fusionen im rheinisch-westfälischen Industriegebiet noch nicht vollzogen. Heute wissen wir, dass die Fusionen *Gelsenkirchen-Schalke-Rote Erde* und *Phönix-Hörde-Nordstern* nur die ersten Etappen sind auf dem Wege zum gewaltigen Montantrust. Das Syndikatsorgan, die *Rheinisch-Westfälische Zeitung*, enthielt sich nicht, über die Verschmelzung von *Phönix* mit dem Hörder Verein zu urteilen:

»Der Weg, den diese Fusion weist, ist unstreitig amerikanisch: über die Verbände zum Trust. Und bei dem Fortschreiten der Konzentrationsbewegung auf dieser Basis haben die Verbände über kurz oder lang aber unzweifelhaft nur noch nominelle Bedeutung. Der gesamte Markt wird dann durch einige mächtige Trustkonzentrationen beherrscht werden. Schon jetzt treten ganz bestimmte Gruppierungen deutlich in den Vordergrund. Die Tragweite und die letzten Ziele dieser

Bewegung scheint man sich in industriellen Kreisen noch nicht recht zum Bewusstsein zu führen: Die industrielle Arbeit und der industrielle Fortschritt gerät damit in vollständige Abhängigkeit von dem Grosskapital, und das ist wirtschaftlich und technisch für die Industrie nicht erfreulich.«

Wie wird es nach einem Jahrzehnt in der rheinisch-westfälischen Montanindustrie aussehen? Das Hüttenzechenvorrecht erschüttert das Kohlensyndikat, die Erneuerung des Stahlwerksverbandes in seiner jetzigen Form ist ausgeschlossen. Immer deutlicher erscheint zunächst am Horizont die Kombination *Stahlwerksverband-Kohlensyndikat* — auch nur als Vorstufe für eine noch immensere Konzentration des Kapitals. Kohle und Eisen von einer internationalen Milliardärsgruppe kontrolliert. Immer enger knüpfen sich die Fäden zwischen den deutschen, belgischen. französischen, englischen, amerikanischen Bergwerks- und Hüttensyndikaten. Schon sind für Schienen etc. internationale Abmachungen getroffen. Eine internationale Interessenverabredung gegen die Konsumenten bereitet sich vor. Wie soll das Gemeinwohl gegen diese Mammutkapitalisten geschützt werden? Die Schutzwehr kann nur errichtet werden auf dem Boden des Sozialismus. Schon jeder Versuch, das Gemeinwohl gegen das Profitinteresse des internationalen Kapitalismus zu schützen, wird ein Triumph des Sozialismus sein.

Das ist der erhabene Gedanke, der uns weit hinaushebt über die gelegentlich unausbleiblichen Enttäuschungen der Tageskämpfe. Das ist der Gedanke, den wir zu popularisieren haben in Stadt und Land, anknüpfend an die auch dem Rückständigsten verständlichen Vorgänge im Wirtschaftsleben. Dies Leitmotiv muss uns auch in der parteigenössischen Diskussion beseelen. Dass wir nach einem Ziele alle hinstreben, muss vor allen Dingen betont werden. Dadurch hüten wir uns vor kleinlicher *Richtungs*spalterei, vor engherziger Dogmatik, die nur *herrschende Parteiansichten* anerkennt, sich separiert und die Gefahr der Sektiererei in sich birgt. Wir haben die politische Reife Hunderttausender von Wählern überschätzt, daher die Wahlenttäuschung. Das Versäumte muss nachgeholt werden, indem wir zunächst bei uns selbst anfangen, vor der alles beherrschenden Idee des Sozialismus die Kleinlichkeiten zurücktreten zu lassen. Für unseren endgültigen Sieg liefert jeder Tag neue Bürgschaften, unsere geschworenen Gegner bereiten am eifrigsten vor den Triumph des Sozialismus. Wäre das nicht der Fall, die schönsten Parteitagsresolutionen brächten uns keinen Schritt dem Ziele näher. Im breiten Strome flutet die sozialistische Bewegung dahin. Wir müssen alle willkommen heissen und parteigenössisch behandeln, die guten Willens sind. Unserer können nie zu viele sein; aus den *Mitläufern* werden überzeugte Mitkämpfer. Oder wer ist kein *Mitläufer* gewesen?

×××

EDUARD BERNSTEIN · SOZIALDEMOKRATISCHE ABSTIMMUNGEN



OCH mehr, als in früheren Wahlkämpfen, hat diesmal bei der Reichstagswahl das Lied von den sozialdemokratischen Abstimmungen eine Rolle gespielt. Mit Bienenfleiss haben Beauftragte der Gegner die Bände der Reichstagsverhandlungen durchsucht, um eine möglichst lange Liste von Fällen zu stande zu bringen, in denen die Sozialdemokratie gegen mehr oder weniger wichtige Reformen gestimmt habe. In unzähligen

Flugblättern ist diese Liste dann verbreitet worden, die gesamte Presse der Gegner hat sie abgedruckt und zu Artikeln wider die Sozialdemokratie benutzt, in allen Wahlversammlungen der Gegner hat sie Stoff zu Reden wider die *Partei der blossen Negation* geliefert, und nachdem sie so auch dem letzten Dutzendagitator des *Reichsverbandes* geläufig geworden ist, hat sich zu guter Letzt noch der Verfasser der Thronrede zu einem Ausfall gegen die Sozialdemokratie veranlasst gesehen, der die Leistungen des *Reichsverbandes* fast noch überbietet.

Die Sozialdemokratie ist auf all das die Antwort nicht schuldig geblieben. Sie hat in Gegenartikeln gezeigt, warum in den angeführten Fällen das *Nein* ihrer Abgeordneten seinen guten Sinn gehabt habe, dass es niemals von der Politik des *Alles oder nichts* eingegeben worden sei, sondern, wo nicht bestimmte, der Arbeiterschaft schädliche Einzelheiten die Ablehnung notwendig machten, der Protest gegen das Zurückbleiben der Reform hinter dem im gegebenen Fall durchaus Möglichen gewesen sei. Mit Recht konnte die Sozialdemokratie sich darauf berufen und es durch Beispiele erhärten, dass bürgerliche Parteien gleichfalls wiederholt Reformvorlagen abgelehnt haben, weil sie in Einzelheiten ihren Wünschen nicht entsprachen. Aber das Argument des *tu quoque* reicht nicht aus. Es ist noch kein Beweis für die Richtigkeit einer Handlung, dass andere sie gleichfalls begangen haben. Auch gibt es bei solcher Berufung auf analoges Verhalten stets Ausreden, wie, dass in den angeführten Fällen die Sache eben doch anders gelegen habe. Lässt doch sogar die nähere Prüfung der sozialdemokratischen Abstimmungen Abweichungen im Verhalten zu Teilreformen erkennen. Bei ziemlich gleicher Natur der Fälle hat die Partei im Laufe der Jahre nicht durchgängig genau die selbe Haltung beobachtet. Da sie ihre parlamentarische Taktik nicht fertig vorgefunden hat, sondern sie schrittweise erst hat ausbilden müssen — ein Prozess, auf den die wechselnden Kurse der Regierungspolitik selbstverständlich nicht ohne Einfluss bleiben konnten —, so sind diese Abweichungen nur begreiflich. Aber wenn wir sie verstehen, so müssen wir uns doch auch sagen, dass sie eine Erscheinung der Vergangenheit zu bleiben haben.

Denn die Dinge haben sich so entwickelt, dass die Ausarbeitung und Aufstellung fester Maximen für die Abstimmungen der Parteivertreter ein Bedürfnis der Partei geworden sind. Auf der einen Seite ist mit der steigenden Ausbreitung und Macht der Sozialdemokratie ihre politische Verantwortung sehr gewachsen, und auf der andern wird die Partei heute von ihren Gegnern in dieser Hinsicht auch sehr viel schärfer überwacht. Es braucht nicht erst nachgewiesen zu werden, dass das eine die natürliche Folge des anderen ist, der Zusammenhang liegt hier auf der Hand. Es wird denn auch kein Sozialdemokrat wünschen können, dass diese Kontrollierung des Verhaltens der Partei nachlasse. Wir haben uns mit ihr abzufinden und auf sie einzurichten, was beiläufig die wohltätige Wirkung haben muss, dass die Partei zu immer stärkerer Einheitlichkeit ihrer Praxis gelangt und die Maxime ihres Verhaltens selbst dem weniger geschulten Genossen immer geläufiger werden wird, während sie heute, wie jede Umfrage ohne weiteres zeigt, von vielen Genossen im Lande noch nicht recht verstanden wird. Sie wissen zum Beispiel wohl aus den Veröffentlichungen der Partei, dass in einem bestimmten Fall die Nichtberücksichtigung gewisser Arbeiterkategorieen, in einem anderen un-

billige Verteilung der Lasten der Grund war, weshalb Reformgesetze von den sozialdemokratischen Abgeordneten abgelehnt wurden; wenn man sie aber fragt, warum denn in anderen Fällen Halbheit der Massregel noch keinen Grund abgegeben hat, am Schluss mit *Nein* zu stimmen, dann stockt ihr Wissen. Einen durchschlagenden Grund für die Abweichung können sie schon deshalb nicht angeben, weil selbst jeder Versuch einer Ausarbeitung von Grundprinzipien der parlamentarischen Tätigkeit der Sozialdemokratie in der Parteiliteratur fehlt. Die antiparlamentarische Phrase, die so lange im Lexikon der Partei gespukt hat, ist auch in diesem Punkt der Feind klaren Aussprechens dessen, was ist, gewesen. Selbst, als sie in der Praxis längst mit ihr gebrochen hatte, hat die Partei sich theoretisch noch eine gute Weile von ihr beherrschen lassen: es ist mehr Scharfsinn auf das von vornherein zum Scheitern bestimmte Bestreben verwendet worden, die immer stärkere Beteiligung an den Parlamentsarbeiten mit der überlieferten Gegnerschaft gegen den Parlamentarismus in Einklang zu bringen, als den Konsequenzen dessen, was die Partei in der Praxis tat, nun auch in der Theorie Ausdruck zu geben. Rückwirkungen gleicher Art ist es zuzuschreiben, dass man statt dessen die Partei da zu binden suchte, wo für eine Festlegung kein Grund vorlag.

Ein Journalist, der sich aus einer Unterhaltung, die er mit mir hatte, nachträglich ein *Interview* zusammengestellt hat, hat mich darin mit Bezug auf die Sozialdemokratie den Satz aussprechen lassen, Kongresse seien *Schwindel*. Selbstverständlich ist es mir nicht eingefallen, in so wegwerfender Weise über Beratungen mich zu äussern, von denen selbst Gegner der Sozialdemokratie anerkannt haben, dass sie hinsichtlich der auf ihnen zu tage getretenen Intelligenz und offenen Aussprache den Tagungen anderer Parteien als Muster dienen können. Worüber ich mich skeptisch geäussert und vielleicht, da die Unterhaltung ziemlich lebhaft war, auch ein derbes Wort gebraucht habe, das sind solche Kongressbeschlüsse, durch welche versucht ward, die Politik der Sozialdemokratie für allemal festzulegen. Dass ich von solchen Beschlüssen gar nichts halte, sie vielmehr als eine grobe Selbsttäuschung verwerfe, habe ich oft genug in Aufsätzen in den *Sozialistischen Monatsheften* und früher in der *Neuen Zeit* entwickelt und unter anderem auch auf dem Dresdener Parteitag sehr energisch ausgesprochen, unter Berufung auf die vielen Fälle, wo die Partei in der Tat in gegebener Situation ihre eigenen Kongressbeschlüsse mit Füssen getreten hat. Also nicht darum kann es sich handeln, Satzungen auszuarbeiten, die der Partei oder ihren Vertretern im Gegensatz zum bisherigen Zustand die Freiheit der Entschliessung einengen sollen, sondern vielmehr darum, in Leitsätzen die Gesichtspunkte zusammenfassend darzulegen, nach denen innerhalb derjenigen Grenzen, die durch den grundsätzlichen Charakter der Sozialdemokratie gegeben sind, die Partei in Parlamenten ihre Entscheidungen trifft. Denn selbstverständlich darf Freiheit der Entschliessung nicht Grundsatzlosigkeit in den Entschliessungen heissen. Ohne feste Grundsätze für unser Handeln geraten wir in einen verwerflichen Opportunismus, der aber nicht nur da zu finden ist, wo die *Ja*sager von Beruf sitzen, sondern auch dort, wo aus purer Denkbequemlichkeit oder sklavischer Unterwerfung unter das Herkommen an einem *Nein* festgehalten wird, für das die Voraussetzungen fortgefallen sind. Als eine Partei, die lebt und sich entwickelt, die mit der Vertretung der grossen Zukunftsinteressen der Arbeiterklasse die Wahrung

ihrer Gegenwartsinteressen organisch zu verbinden strebt; als Partei, die da weiss, dass die wirtschaftliche Selbstentwickelung der Gesellschaft wohl die Vorbedingungen für den Sozialismus, aber nicht schon diesen selbst schafft, seine Verwirklichung vielmehr fortgesetztes bewusstes und planmässiges Eingreifen in den Gang der Dinge erheischt, muss die Sozialdemokratie sich das Recht vorbehalten, ihre Praxis beständig nachzuprüfen. Wilhelm Liebknecht pflegte zu sagen, dass, wenn innerhalb 24 Stunden die Verhältnisse sich 24 mal änderten, er seine Taktik ebenfalls 24 mal ändern würde, und Bebel hat den Satz in Dresden wiederholt. Er lautet etwas sehr drastisch und könnte, wörtlich aufgefasst, zur Beschönigung für jede Rechnungsträgerei herangezogen werden. Aber was er wirklich sagen will, ist eben doch nur, dass wir uns nicht das Recht der Freiheit des Entschliessens unnötig selbst verkürzen sollen.

Das Problem ist also, einen Massstab oder Massstäbe für unsere Abstimmungen zu finden, die zugleich mit der grösstmöglichen Freiheit der Taktik grundsätzliche Einheitlichkeit verbürgen. Mancher wird das für unmöglich halten, mancher wiederum vielleicht meinen, dass diese Einheitlichkeit schon durch die im Programm der Partei niedergelegten Grundsätze gewährleistet sei. Aber die Erfahrung hat gezeigt, dass letzteres keineswegs der Fall ist. Das Programm ist kein Leitfaden der Taktik, es lässt sehr viele Fragen unerörtert, die für diese in Betracht kommen. Ich weiss nicht, ob der Verfasser der ersten Hälfte des Erfurter Programms mit dessen prinzipiellem Teil die Taktik für vereinbar hält, welche die österreichische Sozialdemokratie soeben im erfolgreich geführten Kampf für das allgemeine Wahlrecht in Parlament und Presse geübt hat. Dessen aber bin ich sicher, dass, wer in Deutschland eine ähnliche Taktik befürworten wollte, zum mindesten den kleinen Kirchenbann zu gewärtigen hätte. Und doch haben die Österreicher gerade im prinzipiellen Teil ihres Programms nichts anderes stehen, als was man auch im deutschen Parteiprogramm findet. Nur im theoretischen Teil weicht das jetzige Parteiprogramm der österreichischen Sozialdemokratie — sehr zu seinem Vorteil — vom Erfurter Programm ab.

An Versuchen, das Abstimmungsproblem pragmatisch zu lösen, hat es in der deutschen Sozialdemokratie übrigens nicht gefehlt; allerdings bezogen sie sich auf Einzelfragen. So hat die Partei auf dem Lübecker Parteitag /1901/ eine Resolution beschlossen, durch welche die Frage der Budgetabstimmungen generell geregelt werden sollte. Man wird aber kaum auf Widerspruch stossen, wenn man behauptet, dass diese Resolution ihrem Gegenstand ganz und gar nicht gerecht wird, sondern höchstens als Notbehelf gelten kann. Sie ist ein Gelegenheitsgesetz, wie die Partei deren in den letzten Jahren wiederholt geschaffen hat: aus einer Stimmung heraus geboren und gegen bestimmte Vorkommnisse gerichtet, aber keineswegs ein zuverlässiger Wegweiser für die sehr verschiedenen Umstände, unter denen Vertreter der Partei vor die Notwendigkeit gestellt werden können, für oder gegen ein Budget stimmen zu müssen. Im Gegenteil, durch ein modifizierendes Beiwort und einen ebensolchen Nachsatz wird ihr alle Bestimmtheit genommen. Man höre:

»In Erwägung, dass die Einzelstaaten ebenso, wie das Reich den Charakter des Klassenstaats tragen und der Arbeiterklasse die volle Gleichberechtigung nicht einräumen, sondern in ihrem Wesen als Organisation der herrschenden Klassen zur Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft anzusehen sind, spricht der Parteitag die Erwartung aus, dass die sozialdemokratischen Vertreter in den gesetzgebenden Kör-

perschaften der Einzelstaaten sich bei ihren Abstimmungen nicht in Widerspruch mit dem Parteiprogramm und den Grundsätzen des proletarischen Klassenkampfes setzen und insbesondere das Gesamtbudget normalerweise ablehnen. Eine Zustimmung zu dem Budget kann nur ausnahmsweise aus zwingenden, in besonderen Verhältnissen liegenden Gründen gegeben werden.«
Ganz abgesehen von Schönheitsfehlern im Aufbau der Resolution, die darin ihre Erklärung und Entschuldigung finden, dass diese ein Kind des Augenblicks war und verschiedene Väter zählte, stellt die Resolution die Parteivertreter vor eine neue Streitfrage: was sind die *zwingenden* Gründe, die *besonderen* Verhältnisse, die ein Abweichen von der Norm rechtfertigen können? Da sie undefiniert bleiben, ist's wie mit der Freigabe der Notlügen: wer ein weites Gewissen hat, für den ist so ziemlich jede Lüge eine Notlüge, der Rigorist aber wird vielleicht lieber einem Mitmenschen die grösste seelische Pein bereiten, ehe er sich dazu herbeilässt, selbst nur eine solche Notlüge auszusprechen, aus der niemand der geringste Schaden erwachsen kann. Will man also Normen für parlamentarische Abstimmungen haben, statt einfach dem politischen Urteil der von der Partei in die Parlamente entsandten Vertreter die Entscheidung darüber zu überlassen, was im Einzelfall das zweckmässigere ist, so müssen sie wesentlich genauer formuliert werden, als es bei der Lübecker Resolution der Fall war.

Nicht wegen der Frage der Gesamtbudgets, in der in den meisten deutschen Volksvertretungen die Dinge so einfach liegen, dass die Abstimmung den Sozialdemokraten wirklich keine Kopfschmerzen verursachen kann, sondern gerade wegen der Frage der Abstimmungen über Reformgesetze und dergleichen habe ich, im Hinblick auf das eingangs berührte Spiel der Gegner, mir die Frage vorgelegt, ob es möglich sei, ohne zweckwidrige Beengung der parlamentarischen Taktik der Parteivertreter eine Pragmatik sozialdemokratischer Abstimmungen auszuarbeiten, die dort, wo unter den Abgeordneten selbst Meinungsverschiedenheiten auftauchen, was ja sehr häufig der Fall ist, die Verständigung erleichtern, den Genossen im Lande aber eine Handhabe bieten würde, auch ohne dass sie über den Einzelfall genauer unterrichtet sind, den Gegnern sofort dienen zu können. Liesse sich eine solche Pragmatik herstellen, so würde sie sicher viele Vorteile darbieten. Bedingung ist eben nur, dass man sich dabei vor jeder engherzigen Kasuistik hütet. Die Sozialdemokratie sendet keine politischen *ABC*-Schützen in die Vertretungskörper, sondern parteierfahrene, erprobte Kämpfer. Sie muss ihnen also auch die Fähigkeit zutrauen, ihre Taktik nach den Anforderungen der Situation zweckmässig einzurichten. Wo diese Fähigkeit nicht vorhanden ist, würde selbst die bis in die kleinsten Einzelnheiten gehende Instruktion nicht vor Fehlern schützen. Denn eine Kasuistik, die alle möglichen Konstellationen erschöpft, gibt es nicht. Nicht das Abmessen des Für und Wider kann den Abgeordneten abgenommen werden, es können nur die Regeln festgestellt werden, die beim Abmessen beobachtet werden sollen.

Dies vorausgeschickt, möchte ich einige Leitsätze für eine solche Pragmatik sozialdemokratischer Abstimmungen der Diskussion übergeben. Sie beanspruchen selbstverständlich nicht, den Gegenstand zu erschöpfen. Aber sie werden für den Anfang genug Stoff zur Diskussion darbieten.

1. Die Sozialdemokratie stimmt im Prinzip für alle Vorlagen und Anträge, die eine Verbesserung der gegebenen Zustände in der Richtung der von ihr erstrebten poli-

tischen, wirtschaftlichen, rechtlichen und allgemein kulturellen Gesellschaftsreform bedeuten.

2. Die Tatsache, dass solche Vorlagen etc. nicht so weit gehen, als es die Sozialdemokratie gemäss den in ihrem Programm entwickelten Grundsätzen und Forderungen verlangen muss, und dass entsprechende Erweiterungsanträge der Sozialdemokratie abgelehnt wurden, ist allein für die Partei noch kein Grund, gegen jene Vorlagen etc. zu stimmen.

3. Wo jedoch solche Vorlagen oder Anträge Bestimmungen enthalten, die in wichtigen Punkten das Gegenteil von Reform des gegebenen Zustandes bedeuten, das heisst, wo mit der Reform wesentliche *Verschlechterungen*, zum Beispiel eine Beeinträchtigung der Bewegungsfreiheit der Arbeiterklasse, eine Schmälerung der politischen Rechte bestimmter Arbeiterkategorieen, eine Entlastung von Besitzenden auf Kosten der ärmeren Volksklassen und dergleichen, *verkuppelt* werden sollen, und Anträge auf Ausmerzung dieser Verschlechterungen keine oder ungenügende Berücksichtigung finden, betrachtet die Sozialdemokratie die *Ablehnung* der betreffenden Vorlagen je nach der Schwere des Falles als *zulässig* oder sogar *Pflichtgebot*.

4. Die Ablehnung solcher Vorlagen und Anträge ist auch dann am Platze, wenn die Verbesserungen, die sie vorschlagen, ungenügend sind, die Reform auf dem betreffenden Gesetzgebungsgebiet aber unumgänglich notwendig geworden ist, so dass die Ablehnung als *Zwang* wirken kann, den weitergehenden Forderungen der Sozialdemokratie Folge zu geben, *äusserstenfalls* aber nur einen *mässigen Aufschub* der Reform zur Folge haben würde.

5. Schliesslich kann die Ablehnung von Reformvorlagen auch dann für die Sozialdemokratie geboten sein, wenn es deren ersichtlicher *Zweck* ist und im Fall ihrer Annahme auch ihre voraussichtliche *Wirkung* sein würde, durch eine Teilreform eine durchgreifende Reform zu *hintertreiben* oder auf unabsehbare Zeit zu *verschleppen*.

6. Die Stellung der Sozialdemokratie Budgetforderungen gegenüber bestimmt sich nach dem Zweck des Budgets selbst und dem Zweck, für den die Forderung innerhalb der Aufgaben des in Frage kommenden Verwaltungsgebiets bestimmt ist. Da die Sozialdemokratie grundsätzlich jeder Verbesserung zustimmt, die auf der Linie ihrer Forderungen und Grundsätze liegt, so stimmt sie auch für entsprechende Verbesserungen selbst in denjenigen Budgets, die sie als Ganzes verwirft.

Ein Beispiel dafür ist der Militäretat, den die Sozialdemokratie verweigert, weil die verfassungsrechtliche Stellung des Heeres und dessen eigene Verfassung (Beförderungswesen, Disziplin, Dienstdauer, Organisation etc.) ihren demokratischen Grundsätzen widerspricht. Nichtsdestoweniger hat die Sozialdemokratie Forderungen bewilligt, die auf Verbesserung der Ernährung der Soldaten, auf Entschädigung an eingezogene Reservisten, und Erhöhung von Pensionen etc. abzielten oder selbst Anträge dieser Art gestellt. Es gibt eine Auffassung der es konsequenter erscheint, auch für solche Verbesserungen nichts zu bewilligen, da sie das Wesen des Militarismus unverändert lassen, ihn vielmehr nur erträglicher machen. Diese Auffassung wäre gerechtfertigt, wenn von der Verweigerung solcher Verbesserungen eine Verkürzung der Lebensdauer des Militarismus erwartet werden könnte. Dies ist aber nicht der Fall, da alle nichtsozialdemokratischen Parteien heute den Militarismus unterstützen.

7. Für die Annahme oder Ablehnung von Budgets einzelner Verwaltungszweige ist nicht nur die Natur der bezüglichen Verwaltungsaufgaben massgebend, sondern auch der Geist, in dem die Verwaltung geleitet wird.

Von vornherein liegt zum Beispiel für die Sozialdemokratie kein Grund vor, den Reichspostetat, den Etat für das Reichseisenbahnamt, den Etat für das Reichsjustizamt und ähnliche Etats zu verweigern. Erst die Organisation der betreffenden Ämter und der Geist ihrer Leitung ist für die Ablehnung massgebend.

8. Die Bewilligung eines Budgets — sei es das eines einzelnen Verwaltungszweiges, sei es das Gesamtbudget der Regierung — ist ein Vertrauensvotum für die an der Spitze stehenden Personen und eine Anerkennung und Unterstützung des gegebenen Regierungssystems. Da die Sozialdemokratie die volle Selbstbestimmung und Selbstregierung des Volkes fordert, so versteht es sich von selbst, dass sie in einem Staatswesen, dessen Regierung nicht der Volksvertretung verantwortlich ist, sondern aus Beamten eines nichtverantwortlichen Regenten (Monarch von Gottes Gnaden etc.) besteht, die dieser nach eigenem Gutdünken ein- oder absetzt, kein Gesamtbudget bewilligen kann. Die Verweigerung des Budgets ist das eigentliche parlamentarische Mittel, der Forderung eines Wechsels im Regierungssystem Nachdruck zu verleihen. Nur unter *ganz besonderen*, einen *Zwang* darstellenden *Ausnahmeverhältnissen* können daher Sozialdemokraten, ohne eine der Funda-

mentalforderungen der Partei preiszugeben, in solchen Staaten von der Verweigerung des Gesamtbudgets Abstand nehmen.

Solche Ausnahmen sind das Vorhandensein gesetzlicher Bestimmungen, die eine Abstimmung über das Gesamtbudget unmöglich machen, oder eine politische Konstellation, bei der die Ablehnung des Budgets die Durchführung in Angriff genommener wichtiger Reformen ins Stocken bringen, ein auf die Reform verpflichtetes Ministerium zu gunsten einer reformfeindlichen Koalition stürzen würde. Letzteres kann natürlich nur dort in Frage kommen, wo das Regierungssystem sich schon stark dem Parlamentarismus nähert.

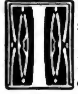
9. Wo das Regierungssystem ein parlamentarisches, das heisst die Regierung der Vollziehungsausschuss der Volksvertretung und dieser verantwortlich ist, hängt die Stellung der Sozialdemokratie zur Budgetfrage von der Zusammensetzung der Regierung ab. Solange die Gegner der Sozialdemokratie im Parlament die Mehrheit haben und die Regierungsposten unter sich verteilen, wird Ablehnung der Budgets für die Sozialdemokratie auch dort die Regel sein. Politische Konstellationen, zum Beispiel das Vorhandensein einer starken Reaktionspartei, der die Verweigerung des Budgets durch die Sozialdemokratie das Heft in die Hand spielen würde, können für die letztere ein Grund sein, von der Verweigerung abzusehen. Aber immer nur als Ausnahme. Anders gegenüber einer Regierung, an der die Sozialdemokratie durch von ihr dazu bestimmte Vertreter teilnimmt. Ihr gegenüber hätte eine grundsätzliche Budgetverweigerung keinen Sinn. Die Frage der Beteiligung der Sozialdemokratie an einer gemischten Regierung ist selber keine Frage der Abstimmung mehr und fällt daher hier ausser Betrachtung.

Dies einige der Leitsätze, die für eine Pragmatik der sozialdemokratischen Abstimmungen die Grundlage abgeben könnten. Sie besagen prinzipiell nichts Neues. Sie sind nicht bestimmt, eine neue Politik zu proklamieren, sie sind, wie der Kenner der Dinge ohne weiteres herausfinden wird, meist nur Ableitungen aus der bisher von der Sozialdemokratie befolgten Politik. Ihr Hauptzweck ist, wie oben ausgeführt wurde, Selbstaufklärung der Partei, Vereinheitlichung der Grundregeln ihrer Taktik. Bei weitem nicht alle Genossen sind sich vollständig dessen bewusst, was in Wirklichkeit bisher die Maxime des Handelns der Partei gewesen ist. Wären sie es, so würden unsere Diskussionen viel fruchtbringender sein, als heute, wo sie immer wieder auf reine Äusserlichkeiten abgelenkt werden können.

××

MAX SCHIPPEL · AGRARKRISIS, INDUSTRIE UND INDUSTRIEARBEITER

I



M vorigen Heft dieser Zeitschrift habe ich mich gegen die erschreckende bürgerlich-altliberale, aber leider in Parteikreisen gleichfalls noch hier und da unausrottbare Gewohnheit gewendet: bei der Beurteilung der agrarischen Preisentwickelung mit einemmal alles das zu vergessen und zu übersehen, was seit einem Menschenalter als Preiszusammenbruch, als *Agrarkrisis* nicht nur dem alten Europa, sondern zum Teil sogar der neuen kolonialen Welt jenseits der Ozeane die stürmischsten agrarischen Volksbewegungen und sozialen Zuckungen, die heftigsten Parteiauseinandersetzungen und die denkbar tiefsten Umwälzungen der überlieferten Wirtschaftspolitik gebracht hat. Wie mit unheilbarer historischer und ökonomischer Blindheit geschlagen, bemerkt die freisinnige *ABC-Buch*-Agitation seit dem Ende der siebziger Jahre ausschliesslich den einen, allerdings (in den Einfuhrländern) preishebenden Marktfaktor, den Zoll, und nichts als den Zoll, um dann aus diesen, in der Tat steigenden Zollhöhen die erstaun-

lichsten Bereicherungsexempel für den Getreideverkauf und die agrarische Grundrente unwiderleglich abzuleiten.

Aber wenn man sich erst einmal in einem besonnenen Augenblick vergegenwärtigt, dass neben dem Zoll seit dem Hereinbruch der internationalen Agrarkrisis preisdrückende Faktoren von geradezu unwiderstehlicher Wucht in die Rechnung mit einzustellen sind, ja, dass die neueingeführten Agrarzölle schliesslich weiter gar nichts waren, als die, erst schwächeren, dann heftigeren Gegenschachzüge der bürgerlichen Gesellschaft gegen den zusehends sich verschärfenden abnormen internationalen Preisdruck, dann hat man in Wirklichkeit zu fragen, ob die Minusposten der Gesamtrechnung nicht das Zollplus überwiegen. Wenn für den agrarischen (Unternehmer-) Produzenten die (Preis-) Verlustposten den Zollgewinn übersteigen, dann heisst sich durch Zölle *bereichern* nur: nicht ganz so tief, als ohne Zölle, in der Lebenslage zurückgehen, dann heisst die Grundrente durch Staatseingreifen zu weiterem Steigen bringen, weiter nichts als: die Grundrente nicht so tief sinken lassen, wie es ohne Zölle geschehen wäre. Wenn man die ganze Frage überhaupt verstehen lernen will, dann muss man zunächst lernen, diese recht verschiedenen Möglichkeiten und Wirklichkeiten nicht kunterbunt durcheinanderzuwerfen.

Mit solchen Hinweisen ist, wie man sieht, durchaus nicht bestritten, dass der Zoll im Getreidepreis zur Geltung kommt. Selbstverständlich kommt der Zoll stets zur Geltung bei einer Ware, die, wie der fremde Weizen, zur Bedarfsdeckung von aussen her zugeführt werden muss, und die sich eben so gut im zollfreien London oder Liverpool, wie in Hamburg und anderen Küsten- und Binnenhandelsplätzen des deutschen Zollgebietes verkaufen kann, die deshalb dem einen Absatzland nur dann zuströmt, wenn sie mindestens denselben Erlös bringt, wie im anderen Absatzland. Auf den gleichen Erlös, wie in London-Liverpool, bringt es jedoch der fremde Weizen offenbar nur dann im deutschen Zollgebiet, wenn er die Extraauflage des deutschen Zolles im deutschen Preise extra bezahlt und rückvergütet erhält. Daher der fortgesetzte, mit dem höheren Zoll höher emporwachsende Preisabstand gegen London, die *Verteuerung gegen London,* um den Zoll, unter normalen Voraussetzungen um den vollen Zoll. Wer bestreitet solche platten Selbstverständlichkeiten? Nur ist damit das ganze Problem erst oberflächlich angeschnitten und ganz und gar nicht erledigt. Jeder Kaufmann wird schliesslich in seiner Buchführung auf der Kreditseite mancherlei erfreuliche Summen zu verzeichnen haben; aber ob er sich *bereichert,* oder ob er nicht doch mit einem peinlichen *Fehlbetrag* abschliesst, das vermag er erst zu sagen, wenn er der Debetseite gleichfalls seine nachprüfende Aufmerksamkeit zukehrt. Das wird uns, glaube ich, in der Agrarfrage gleichfalls auf die Dauer nicht erspart bleiben; und auf die bisherige kleine — gar nicht sozialdemokratische, sondern rein freisinnige — Unterlassung und Vergesslichkeit immer wieder in allem Frieden hinzudeuten, das ist das unerhörte Beginnen, dessen ich mich seit Jahren schuldig mache.[1]) Und

[1]) Was ich heute, nach der Rückkehr ruhiger Zeiten, lediglich wiederhole — nicht, wie Genosse Dr. David irrtümlich zu glauben scheint, zum erstenmal, in Widerspruch mit früheren Anschauungen, entwickele —, habe ich bereits 1898, als Referent auf dem Stuttgarter Parteitag in den Grundzügen, dann in voller erschöpfender Breite im Herbst 1901 in meiner *Handelspolitik* dargelegt. Nach den jahrelangen, zum Teil recht lärmenden Anfeindungen, die mein Standpunkt erfahren hat, brauchte das eigentlich niemandem ein Geheimnis geblieben zu sein. Auch das könnte nachgerade jedermann wissen, dass ich unser Verhalten beim Zolltarif niemals in einem anderen Sinne unterstützt und vertreten habe, als das stets eine Minderheit durch Anerkennung der Mehrheitsbeschlüsse tut. Aber

seltsam, über dieses frevle Beginnen zetern am meisten gerade diejenigen, die sich sonst selber gar nicht genug tun konnten in der Schwarzmalerei des agrarischen Zusammenbruches von ganz Europa und noch einigen anderen Erdteilen, des verheerenden Notstandes der Landwirtschaft, und in der Geringschätzung und Verhöhnung des blinden Liberalismus, der die allgemeine Agrarkrisis und den Ernst der landwirtschaftlichen Lage abzuleugnen wagt . . .

Aus einer Zuschrift, die von befreundeter, theoretisch vorzüglich geschulter Seite herstammt, ersehe ich jedoch, wie schwer es hält, eingewurzelte Vorurteile zu zerstreuen. Ich mache deshalb den — wie ich dachte, grundeinfachen — Gedankengang meines ersten Artikels nochmals an einem konkreten Beispiel klar, und zwar an dem Beispiel Frankreichs, weil in der selben Zuschrift zugleich ein alter, vielverbreiteter Irrtum über die Wirkung der französischen Agrarzölle wiederkehrt.

Wie schon im vorigen Heft erwähnt, begann Frankreich 1881 mit einem Zollsatz von 0,60 Francs für sein eigentliches Brotkorn, den Weizen; es ging über 1885 zum 3 Francs-Zoll, 1887 zum 5 Francs-Zoll, 1894 zum 7 Francs-Zoll, für den Doppelzentner. In Hektoliter umgerechnet, entspricht das einem Zolle von 0,45 Francs bis 1885, von 2,25 Francs von 1885 bis 1887, von 3,75 Francs von 1887 bis März 1894, zuletzt von 5,25 Francs. Bleibt dieser Zoll etwa *nur auf dem Papier,* wie man aus der Zollfreiheit französisch-kolonialer Zufuhren und aus den mitunter fast ganz verschwindenden vollverzollten Fremdeinfuhren voreilig gefolgert hat? Keinesfalls. Nach einer Zollaschen Preisvergleichung stand der Weizen in Frankreich anfangs dem Weizen in England so gut wie vollständig im Preise gleich (1871 bis 1875 Frankreich 23,70 Francs, England 23,60 Francs pro Hektoliter). Dann erfuhr England den freihändlerisch ungehemmten Preissturz, dem Frankreich durch seinen Agrarschutz, in Form der Zölle, Schritt um Schritt zu begegnen suchte. Die Folge war, dass der französische Preis mit jedem Anziehen der Zollschraube immer höher über den englischen Preis hinaufrückte: anfangs um 1,84 Francs im Durchschnitt der Periode 1881 bis 1885, zuletzt um 5 und 4,50 Francs (immer pro Hektoliter) in den Jahren 1891 bis 1895 und 1896 bis 1900. Wenn man bedenkt, dass Frankreich mehreremal bei Missernten seine Zölle zeitweilig ganz aufhob, dass es andererseits bei glänzenden Ernten zeitweilig wieder selbstgenügsam wurde, so kann gar nicht erwartet werden, dass die (relative) Preissteigerung,

wer sich im Augenblicke praktischer Entscheidungen einer Parteimehrheit ruhig fügt, hat damit keinesfalls für später und alle Zeit auf die Wiedervertretung seiner eigenen, andersartigen Meinung verzichtet. Oder soll etwa eine Minderheit jedesmal, wenn ihre Auffassungen zunächst keine Zustimmung finden, die Flinte ins Korn werfen oder sich, koste es, was es wolle, in die wütendsten Konflikte verbeissen? Dann würde die ganze Partei zu einem Taubenschlag, in dem sich ein Teil der Mitglieder beständig zum endgültigen Hinausfliegen üben müsste — heute dieser, morgen jener Teil, denn Minderheit und Mehrheit setzen sich bei jeder wechselnden Frage anders zusammen. Oder soll umgekehrt, wie das ein Delegierter in Bremen zu denken schien, ein Genosse, der sich einstweilen ruhig der Mehrheit einfügt, auch noch verpflichtet sein, öffentlich vor aller Welt rednerische Purzelbäume der Begeisterung für den — von ihm für wenig glücklich gehaltenen — Mehrheitsstandpunkt zu schlagen? Das hiesse die Charakterlosigkeit und das Klopffechtertum zum Parteiprinzip erheben. Also wird es, mangels eines bessern Ausweges, wohl beim alten bleiben müssen: Vertretung dissentierender Ansichten, solange politische Fragen sich noch im Stadium der Vorerörterung befinden — Zurückhaltung, aber nicht Preisgabe der dissentierenden Meinung, wenn die Frage parlamentarisch oder sonstwie zu praktischer Entscheidung steht, immer unter dem durchaus berechtigten Vorbehalt, bei späterer Gelegenheit die Sache abermals zur Sprache zu bringen und abermals zu versuchen, für die zunächst in der Minderheit gebliebene Anschauung später doch noch die Mehrheit zu gewinnen. Anders vermag ich mir ein parteigenössisches Zusammenarbeiten nicht vorzustellen.

durch den Zoll, und meistens fast genau um den Zoll, in noch grösserer Greifbarkeit in den statistischen Ziffern hervortreten soll. So weit ist also der Schluss ganz unangreifbar: ohne den Zoll hätte man, wie vorher, den Weizen in Frankreich fortgesetzt ungefähr zum englischen Weltmarktpreis, das heisst schliesslich um 5 Francs pro Hektoliter billiger, noch billiger kaufen können. So weit mag die Beweisführung als unanfechtbar gelten. Aber hat deshalb der Getreideverkäufer, der agrarische (Unternehmer-) Produzent an jedem Sack Getreide erst um 1,84, zuletzt um 5 Francs sich *bereichert*? Hat er, je nach der Ausdehnung seiner mit Weizen bestellten Fläche, entsprechend an schwellender Grundrente sich *mästen* und seinen Bodenwert *wucherisch* emportreiben können? Keineswegs. Das ganze berühmte Exempel, das in Frankreich der Sozialisten- und Agrariertöter Yves Guyot genau so scharfsinnig entwickelt hat, wie bei uns seinerzeit Eugen Richter, schrumpft in Wahrheit auf folgendes zusammen. In England fiel der Weizenpreis unter dem Anprall der Agrarkrisis zwischen 1871 bis 1875 und 1881 bis 1885 von 23,60 auf 17,20 Francs, also um 6,40 Francs, in Frankreich infolge des Staatseingreifens nur um 4,66 Francs, aber er fiel doch eben: von 23,70 auf 19,04 Francs. Nach der Guyot-Richterschen Beweisführung soll das der Bauer als *Bereicherung* um über 10% anerkennen (17,20 Freihandelspreis : 19,04 Zollpreis = 100 : 111), weil — der Abstand gegen London durch den Zoll entsprechend grösser geworden ist. Der Bauer soll, aus dem gleichen Grunde, sofort beim nächsten Kauf- oder Erbfalle sein Gut um über ein Zehntel höher bewerten — wie gesagt: bei einer realen Preissteigerung von 23,70 Francs abwärts auf 19,04 Francs pro Hektoliter Weizen! Bereicherung und Güterverteuerung warum? Weil der Weizenpreis statt auf 19,04 ja auch auf 17,20 (oder 17,30) Francs, wie in London, hätte fallen können! Doch weiter: Der Weizenpreis ging in England zwischen 1871 bis 1875 und 1891 bis 1895 gar um 11,70 Francs (von 23,60 auf 11,90 Francs) zurück. So weit liess es der französische, unterdes mehrfach gesteigerte Zoll nicht kommen. So finden wir denn den französischen Weizenpreis für 1891 bis 1895 mit 16,90 Francs verzeichnet, gegen 11,90 Francs für England. Das sind für den französischen Getreidebauern — 5 Francs mehr. Unbestreitbar. Herr Guyot weist triumphierend auf diese 5 Francs Preissteigerung hin, und seinesgleichen berechnen, wie nunmehr das verschmitzte Bäuerlein sein Gut um 42% für den Kauf- oder Erbfall höher bewerten kann (11,90 Francs Freihandelspreis : 16,90 Francs Zollpreis = 100 : 142). Es ist offenbar, gegenüber dieser durchschlagenden Beweisführung, nur störrischer Widerspruchsgeist und interessierte Heuchelei, wenn der Bauer dabei bleibt: er könne sich, gegen früher, am Sack Getreide um 5 Francs nur dann bereichern, wenn er, statt 23,70 Francs, wie 1871 bis 1875, ungefähr 28 bis 29 Francs erhalte; wenn aber der Preis nunmehr tatsächlich von 23,70 Francs glücklich bis auf 16,90 Francs heruntergeglitten sei, so werde sich das Gut wohl kaum um 42% höher, als vorher, verkaufen oder sonstwie um 42% höher, als vorher, verwerten lassen; im Gegenteil, das Ergebnis sei zuletzt nichts als ein Minus, eine Entwertung um fast 30% (23,70 altgewohnter französischer Preis: 16,90 späterer Preis = 100 :71). Ist nun eigentlich Herr Guyot ein Denkriese, oder hat der dicke Bauernschädel vielleicht doch den eigentlichen springenden Punkt des Problems viel richtiger erfasst?

Genau die gleiche, wenn man will: zwieschlächtige Entwickelung, wie in Frank-

reich, in Deutschland[2]) unter den Getreidezöllen: einerseits, als Plusposten, die Emporhebung des Preises über das zollfreie Weltmarktsniveau hinaus, eben durch den Zoll, andererseits, als überwiegender Minusposten, ein solcher dauernder, zwei Jahrzehnte lang sogar sich weiter verschärfender, krisenhafter Preissturz, dass zum Beispiel selbst unter dem 5 Mark-Zoll von 1887 bis 1891 die altgewohnten deutschen Preise der zollfreien Periode nicht wieder erzielt werden konnten. Doch das setze ich hier als bekannt voraus.[3])

Jedenfalls, darin dürften mir die Leser zustimmen, wird man ohne die Festhaltung der oben bezeichneten Unterscheidung niemals über die altliberale Agrarkonfusion hinauskommen, die in dem Richterschen *ABC-Buch* ihren naivsten und doch, wie die politische Erfahrung lehrt, zugleich bestechendsten Ausdruck gefunden hat.

II



IE heutigen Ausführungen sollten jedoch mehr einer zweiten Frage gewidmet sein, nämlich der folgenden: Können wir, als Vertreter der Arbeiterinteressen, als Wortführer der Arbeiterklasse, uns einfach auf den altfreisinnigen Standpunkt des blossen Konsumenten, der unbegrenzten Billigkeitsschwärmerei stellen? Zunächst hat hier die Richtersche *ABC-Buch*-Beweisführung unleugbar abermals viel Anziehendes, und deshalb ist es nicht zu verwundern, dass heute noch Parteigenossen unbesehens auf solche und ähnliche Argumentationen schwören: Wenn ein Familienvater, der — entsprechend dem herausgerechneten deutschen Durchschnitt — mit seiner Familie jährlich ungefähr 10 Dop-

[2]) Während der in Deutschland zollfreien Periode von 1865 bis 1879 stand der Berliner Weizenpreis niedriger, als der Londoner: in der 10 Mark-Zoll-Periode 1880 bis 1885 rückte Berlin bereits durchschnittlich um 1 Mark höher, als London; in der 35 Mark-Periode 1892 bis 1901 — so weit reichte die der deutschen Zollkommission vorgelegte Statistik — stand Berlin um 30 Mark, also fast um den vollen Zoll, über London (Berlin pro Tonne 159 Mark, London 129 Mark). Das ist die relative Erhöhung. Die tatsächliche Berliner Preisentwickelung ging von 215 Mark in der zollfreien Periode abwärts auf 192 Mark in der 10 Mark-Periode, zuletzt noch weiter herab auf 159 Mark in der Periode des noch höhern Zolles (von 35 Mark). Man sieht, wie wichtig es ist, beide Entwickelungen auseinanderzuhalten.

[3]) Die häufigere Wiedersteigerung der Grundrente, die man neuerdings, vor allem seit dem neuen Zolltarif, beobachtet haben will, denke ich später nach Ursache und Umfang zu besprechen. Hier möchte ich nur davor warnen, die Tragweite mancher vorgeführter Einzelheiten, soweit diese nicht auf ganz unverbürgte Anekdoten hinauslaufen, derart zu überschätzen, wie das in der Tagespresse und in der populären Agitation gern geschieht. Warum soll es, auch unter der drückendsten Agrarkrisis, nicht jederzeit zahlreiche Fälle der zum Teil rapidesten Wertsteigerung des Bodens geben? Zum Beispiel, wenn die Felder der Schöneberger Bauern, der Bötzow, Spickermann und Wollank allmählich in das Baugebiet für Berliner Geschäftshäuser und Mietskasernen hineinrücken. Das ist niemandem unbekannt. Oder wenn ein grosses Sandwüstengut im Vorortrayon zu einer Villenkolonie ausgeschlachtet wird. Aber für die gesteigerte Rentabilität der agrarischen Produktion beweist das wahrlich nicht das allergeringste im Gegenteil, die Bereicherung der Bodeneigentümer hat hier sogar zur unerlässlichen Vosaussetzung, dass der Pflug niemals mehr über diese Ländereien geht. Noch mehr: Wäre es so ohne weiteres richtig, dass die Agrarzölle die städtisch-gewerbliche Entfaltung zurückhalten und positiv schädigen, so würde man sogar schlussfolgern dürfen, dass ohne die Agrarzölle die Erschliessung für grossstädtische Bauzwecke und damit die erwähnte Bodenwertsteigerung in noch rascherem Zeitmasse vor sich gegangen wäre. Oder mitten in einem bisher entlegenen Agrardistrikt mit schwierigen Absatzverhältnissen bildet sich für die Landwirtschaft ein ganz neuer Nachbarschaftsmarkt heraus, durch die Ausbreitung einer ganz neuen halbländlichen Industrie, wie des Kali- oder Braunkohlenbergbaues in den mitteldeutschen Revieren — abermals ganz abgesehen von Bodenflächen, die Bergwerksbetrieben oder Fabrik- und Eisenbahnanlagen, Schiess- und Übungsplätzen direkt einverleibt werden, die also gerade durch das Ausscheiden aus der landwirtschaftlichen Produktion ihren Wert steigern. Jeder Industriebezirk gruppiert um sich herum einen Ring von eigenartig bevorzugten Landwirtschaftsbetrieben, freilich öffnet er durch die seinetwegen erschlossenen Schienen- und Wasserstrassen nicht selten auch einer früher ungekannten preisdrückenden Agrarkonkurrenz die Tore. Alles in allem wiegen die wirklich ernst zu nehmenden Fälle rein agrarischer Bodenwertsteigerung nicht besonders schwer. Die durchgehende Norm bleibt hier seit den siebziger Jahren das Sinken der Grundrente, das ja in unseren wissenschaftlichen Zeitschriften so oft behandelt wurde.

pelzentner Brotkorn in jeglicher Gestalt (Brot, Mehl, Kuchen, Nudeln etc.) verzehrt, so hätte er ohne Zoll die Tonne um 50 Mark (beim Roggen) oder 55 Mark (beim Weizen) billiger; er behielte also 50 bis 55 Mark jährlich übrig, sei es für die Sparbüchse und Sparkasse, sei es für neue Ausgaben. In der Tat. Man sieht, der Weltmarktspreissturz, den schliesslich der Getreidezoll bisher noch nicht ausglich, kümmert unseren Freisinnigen und Konsumentenpolitiker in keiner Weise. Was Preissturz, was Agrarkrisis: je billiger, desto besser! Aber spinnen wir dieses Exempel einmal in Gedanken weiter! Bei 100 Mark Preissenkung pro Tonne Getreide würde man das Doppelte der obengenannten Summe übrig behalten, was für unseren Konsumentenvater noch erfreulicher wäre. Zweifellos. Bei 150 Mark Preissenkung würde man das Dreifache übrig behalten . . . Oder, etwas mehr in das Nationalökonomisch-Allgemeine übersetzt und bis zur letzten Konsequenz verfolgt: je tiefer der Preissturz der Produkte, desto höher das Wohlbefinden und die Lebenshaltung der Massen, einfach, weil, nach Adam Riese, die Massen für ihr Geld — für das selbe Geld! — weit grössere Warenmengen zu kaufen vermögen.

In der Tat: für das selbe Geld, für das selbe Einkommen! Einem Beamten mit gesicherter Anstellung und festem Jahresgehalt, einem Rentner mit festem Zinsbezug leuchtet das durchaus ein; es deckt sich durchaus mit seinen Interessen: je tiefer der Preissturz, desto vergnüglicher das Dasein. Sowie man jedoch ähnliche Konsequenzen vor Arbeitern zieht, bäumt sich hier stets, wie ich aus vielfachen Rücksprachen weiss, der hausbackene gesunde Proletarierverstand dagegen auf: ja, unter Umständen ist das richtig . . . bis zu einem gewissen Grade kann man das behaupten . . ., aber nicht ohne sehr starke Einschränkung; das habe ich nun schon oft bei näherem Eingehen erwidern hören. Und wahrhaftig, die Ursache des Widerstrebens der Arbeiter gegen das reine unverfälschte und unverwässerte Konsumentenevangelium braucht man nicht weit zu suchen. Die Arbeiterklasse hat schon so viele Krisenzeiten selber durchlebt oder weiss aus ihrer Lektüre und theoretischen Schulung so viel über Produktionskrisen, dass sie die Kehrseite eines, sagen wir der Kürze wegen: übertriebenen, abnormen Preissturzes ganz zutreffend zu würdigen weiss. Die Kohlen, wie Ende der siebziger Jahre, so billig, dass Grube um Grube geschlossen oder nur in Teilbetrieb gehalten wird; das Roheisen so billig, dass man die Hochöfen ausbläst; die Schienen für die Bahnen und das Eisen für die Baugewerbe so billig, dass die Walzwerke lieber ganz feiern; Maschinen, Gespinste und Gewebe so entwertet, dass man bessere Zeiten abwartet, ehe man weiter produziert . . .: die goldene Zeit ist endlich da für den Konsumenten — das heisst, falls dieser, was ja vorkommt, für sein festes Jahresgehalt und seine feste Rente nicht besorgt zu sein braucht.[4])

[4]) In der Tat hat ein in seiner Art ganz scharfsinniger Kopf, der Professor und Gladstonesche Generalpostmeister Fawcett, diese letzte Konsequenz des Konsumenten- und Billigkeitsstandpunktes rücksichtslos gezogen: die Krisis, das ist die eigentliche gute Zeit. »Die Preiserniedrigungen /1877 und 1878/ sind zahlreicher geworden. Allerdings ist es für Fabrikanten und Fabrikarbeiter ein empfindlicher Nachteil, dass Baumwoll- und Wollwaren nicht so gut bezahlt werden, wie früher; andrerseits aber dürfen wir nicht ausser acht lassen, dass es für Käufer sehr vorteilhaft ist, diese Waren wohlfeiler kaufen zu können. . . . Der Rentner, der Inhaber von Staatspapieren, alle festbesoldeten Personen, die zahlreiche Klasse, deren Gehalt oder Lohn nicht mit der jeweiligen Lage des Geschäfts auf- und absteigt, sie alle werden stark geschädigt, wenn die Preise in Zeiten des höchsten Produktionsaufschwunges in die Höhe getrieben werden« (vergl. seine Schrift *Zollschutz und Freihandel* /Leipzig 1878/, pag. 145 ff.). Die Arbeiter dürften diese Dinge mit etwas anderen Augen ansehen.

Leider ist der Arbeiter gezwungen, diese Vorgänge, wie sie sich in der ganzen Industrie periodisch wiederholen, mit wesentlich anderen Augen anzusehen. Was der besitzende Unternehmer *Geschäftskrisis, Produktionskrisis* nennt, das erscheint auf der besitzlosen Gegenseite als Arbeitsmarktkrisis. Und statt im Überfluss billiger Genüsse zu schwelgen, wird dem Arbeiter sogar die spottbilligste Ware unerschwinglich, weil das Lohnarbeitereinkommen nun einmal ganz etwas anderes ist, als ein dauernder fester Jahresgehalt oder eine sichere Rente, wie das in der freisinnigen Argumentation stillschweigend vorausgesetzt wird. Wie viele Arbeitereinkommen es überhaupt gibt, das richtet sich — in der heutigen Gesellschaft natürlich — im wesentlichen nach dem allgemeinen Produktionsstand, mit dem der Beschäftigungsgrad der Lohnarbeit auf und nieder geht. Und ob das einzelne dieser Arbeitereinkommen, der Jahresgesamtlohn des Durchschnittsindividuums reichlicher oder dürftiger ausfällt, das richtet sich im wesentlichen nach der Belebung oder Erschlaffung des allgemeinen Produktionsgetriebes, nach der wirtschaftlichen *Konjunktur,* wie man das kurz zusammenzufassen liebt. Eine günstige, ganz automatisch auch für die ökonomischen Arbeiterinteressen günstige Konjunktur kennen wir aber gar nicht anders als untrennbar verbunden mit höheren Preisen. Hat jemals ein klassenbewusster, ja überhaupt nur zurechnungsfähiger Lohnarbeiter allseitige Krisenpreise herbeigesehnt, weil alsdann — welch' tiefe Erkenntnis! — mit dem selben Zehn- oder Zwanzigmarkstück ein reichlicherer Konsum zu erzielen ist? Hat jemals ein vernünftiger Arbeiter Aufschwungsperioden deshalb verwünscht, weil mit dem selben Geldstück und mit dem selben Beamten- oder beamtenähnlichen Gehalt nicht mehr so weit zu kommen sei, wie früher? Selbstverständlich: wir wollen nicht künstlich überteuert sein. Aber als Vertreter der Interessen der Lohnarbeiterklasse wollen wir auch nicht, nein, fürchten wir sogar die Zeit der Geschäftsstille und der Produktionslähmung, die Zeit des krisenhaften Preissturzes und der abnormen Billigkeit, die wir, nach unserem freisinnigen *ABC*-Schützen, gerade als die neue glänzende allgemeine Wohlstandsära begrüssen müssten.

Erkennen wir das alles jedoch bei der gewerblichen Tätigkeit ruhig an, warum dann mit einemmal das Kopfscheuwerden gegenüber der landwirtschaftlichen Produktion? Sollte es hier, und aus welchen Gründen, niemals Krisenpreise geben können, bei denen der landwirtschaftliche Unternehmer, genau wie der gewerbliche, einfach auf die Fortsetzung oder doch auf die uneingeschränkte Fortsetzung des Betriebes verzichten muss? Sollte ein solcher erzwungener landwirtschaftlicher Produktionsstillstand nicht gleichfalls auf den Arbeitsmarkt drücken, sei es, weil ehemalige Besitzer zur reinen Lohnarbeit übergehen, sei es, weil die ländlichen Arbeiterentlassungen überall die Reihen der Arbeitsuchenden anschwellen lassen? Sollte umgekehrt eine gewisse Preishöhe für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse nicht ebenso parallel laufen können mit einer landwirtschaftlichen Produktionsbelebung, die ihrerseits wieder auf den Arbeitsmarkt belebend zurückwirken müsste? Warum ist für das, noch immer ungeheuer ausgedehnte Gebiet der landwirtschaftlichen Produktion falsch und unberechtigt, was wir für die gewerbliche Produktion längst als zutreffend und berechtigt zugestanden haben, erst stillschweigend und sogar widerwillig, dann mehr und mehr ausdrücklich und ohne Umschweife? Warum haben wir,

gerade als aufgeklärte Arbeitervertreter, gelernt, einen industriellen Preiszusammenbruch, eine industrielle Produktionskrisis zu fürchten, selbst wenn sie, wie gewöhnlich, vorübergehend ist? Warum sollen wir dagegen einer Agrarkrisis — falls sie gleichbedeutend ist mit einer tiefen Produktionskrisis auf dem weiten agrarischen Gebiet — gleichmütig und interesselos oder gar mit innerlichem Schmunzeln zusehen, selbst dann, wenn sie durch Jahrzehnte hindurch, infolge der grossen Umwälzungen auf dem Weltmarkt, dauernd zu werden droht? Die Landwirtschaft bedeutet für das Absatzreich der Industrie so viele Provinzen, dass das in allen Ländern gleichmässig wachsende Verständnis des Industrieunternehmertums für den Agrarschutz vollkommen verständlich wird. Sollten die Industriearbeiter an dem ganzen Verlauf nur als Konsumenten interessiert sein?

Die bürgerliche Gesellschaft Mittel- und Westeuropas hat in ihrer Art dieser Agrarkrisis durch möglichste Festhaltung des altgewohnten Preisniveaus, durch Milderung des Preissturzes zu wehren gesucht. Das und weiter nichts ist der Kern des neuerrichteten Agrarschutzes seit dem Ende der siebziger Jahre, seit dem Heraufziehen der neuartigen internationalen Agrarkonkurrenz: statt förmlich zusammenzubrechen, sind die Preise infolge des Zolles langsamer herabgeglitten. Es steht uns, der Sozialdemokratie, nach wie vor vollkommen frei, dieses Heil- und Linderungsmittel, wegen der Ungerechtigkeit der Kostenaufbringung, zu verwerfen. Dagegen — eine Agrarkrisis einmal zugestanden — gar nichts zu tun und lediglich über Billigkeit und Preissturz zu frohlocken, das steht uns nicht frei. Einfach deshalb nicht, weil wir uns über die Arbeiterinteressen, die mit dieser, wie mit jeder anderen Produktionskrisis verbunden sind, nicht ungestraft hinwegsetzen dürfen.[8])

Aber — damit wende ich mich einer letzten Betrachtung zu — ist das, was seit dem Ende der siebziger Jahre so viel politischen Sturm in allen Ländern erregt hat und unablässig weiter erregt, wirklich eine agrarische Produktionskrisis? Handelt es sich nicht vielmehr lediglich um eine Not und Bedrängnis der faulen, zehrenden Grundrente?

Davon ein andermal.

[8]) Es ist verblüffend, wie unbefangen und einsichtig manche unserer Intransigenten plötzlich werden, wenn es sich — um das Ausland handelt. So fand ich vor etwa zwei Jahren in der *Leipziger Volkszeitung* die schlimmen Wirkungen von abnormen agrarischen Krisenpreisen, von agrarischer Absatzstockung sehr lebhaft geschildert für — Russland. Der Verfasser führte noch dazu die abermals zu erwartende Weltmarktspreissenkung auf die neuen deutschen Agrarzölle zurück: der Zoll steigere (?, relativ ja. D. V.) die Produktion in Deutschland, und auf dem ohnehin schon gedrückten Weltmarkt »drücke auch eine sehr geringe Verminderung der Nachfrage [seitens des mehr, als sonst, ohne Zölle, produzierenden Deutschland] den Preis schwer«. Daran, nebenbei bemerkt, ist etwas Wahres, und, soweit das der Fall ist, bedarf, wie man sieht, die freisinnige Theorie von der Zollwirkung abermals, nach anderer Richtung, einer Korrektur. Doch weiter: Wie wirkt die agrarische Preissenkung, gleichviel, woher sie stammt, nunmehr, allerdings in Russland, weiter? »Der Bauer«, lesen wir da, »bestellt den Acker des Gutsherrn und erhält dafür einen Teil der Ernte [bei uns, ohne dieses System, gleichfalls — oder noch mehr: die ganze Ernte]. Hieraus ergibt sich, dass ein Fallen des Preises, eine Beschränkung des Absatzes für Getreide mit aller Wucht den russischen Bauern fühlbar wird. . . . Die Verelendung der Bauern wird . . . weitere Fortschritte machen, die russische Bauernschaft wird . . . noch schneller der Proletarisierung anheimfallen. Selbstverständlich ist dies ein schwerer sozialer Schaden, vor allem darum, weil die proletarischen Bauern die Lebenshaltung der ganzen Arbeiterklasse herabdrücken und so den sozialen Fortschritt hemmen. Im westlichen Russland und in Polen, wo der Grossbetrieb in der Landwirtschaft vorherrscht . . ., wird die Absatzstockung für Getreide vermutlich die Folge haben, dass den Landarbeitern und Kleinbauern in noch höherem Masse die Möglichkeit genommen wird, Arbeit auf den Gütern zu finden . . . Der Latifundienbesitzer hält schliesslich den Schaden, der ihm aus einer verringerten Ernte entsteht, aus. Anders der Bauer: den kann eine Erschwerung der Bedingungen, unter denen er zu produzieren hat, über den Haufen werfen. Es ist daher zu befürchten, dass eine Folge . . . sein wird: Verarmung und Proletarisierung der ländlichen Bevölkerung

III



IER seien mir anhangsweise noch ein paar polemische Gegenbemerkungen gestattet gegen Äusserungen, die mein Artikel im vorigen Hefte hervorgerufen hat. Zunächst stelle ich über den Zeitpunkt des Erscheinens fest: dass der Artikel, wie sich das eigentlich von selber versteht, möglichst bald nach der Veröffentlichung des Berichts der englischen Agrarkommission, genau in dem jetzigen Wortlaut, niedergeschrieben wurde, dass er sich bereits Anfang Dezember, ehe irgendein gewöhnlicher Sterblicher eine Reichtagsauflösung auch nur ahnen konnte, in den Händen der Redaktion befand, dass wir (die Redaktion und der Verfasser in gegenseitigem Einverständnis) ihn alsdann, wegen der plötzlich angekündigten Wahlen, bis zu deren Erledigung zurückhielten, worauf er dann glücklich, mit beinahe einvierteljähriger Verzögerung, das Licht des Tages erblickte. Das nebenbei. Ich wüsste auch nicht, weshalb der Erscheinungstermin — nach, nicht vor den Wahlen! — ungeeignet gewesen sein soll; doch es scheint beinahe, als ob für gewisse Untersuchungen jeder Zeitpunkt als besonders ungünstig gilt.

Nun ist, in der bei uns üblich gewordenen Weise, versichert worden: kein Mensch in der Partei teile meinen Standpunkt. Ganz abgesehen davon, dass diese Angabe auf Genauigkeit keinen Anspruch erheben darf, so könnte sie auf mich erst dann irgend welchen Eindruck machen, wenn in unserer Partei die von mir erörterten Fragen überhaupt schon ernstlich diskutiert worden wären, und wenn eine ausgereifte und erschöpfte Erörterung als Niederschlag die behauptete allseitige Ablehnung ergeben hätte. Von alledem war mir bis zur Stunde nicht das geringste bemerkbar. Im Gegenteil, wo ich bisher, bald hier, bald da, in kleinerem Kreise versuchte, die Aufmerksamkeit auf die argen Blössen der altliberalen antiagrarischen Agitation zu lenken, habe ich zuletzt stets den Eindruck mit hinweggenommen, dass man zum mindesten stutzig zu werden begann; mehr lässt sich für den ersten Anlauf gewiss nicht erwarten.

Weiter: was heisst im vorliegenden Falle *Standpunkt*? Wenn dieser Ausdruck gleichbedeutend sein soll mit der Aufstellung und Verfechtung bestimmter abweichender politischer Forderungen, mit der Hervorkehrung bestimmter praktisch-politischer Folgerungen für unsere Parteiaktionen, so kann von Zustimmung oder Nichtzustimmung schon deswegen gar keine Rede sein, weil ich zunächst gar keine Forderungen erhebe und gar keine partei-

in höherem Masse, als bisher. ›Das würde natürlich von schlimmen Folgen für die Arbeiterklasse sein.‹ Ob die neuen deutschen Zölle derart preisdrückend und absatzvermindernd auf die russische und, wie hinzugefügt wird, auf die österreichische und ungarische Landwirtschaft zurückschlagen, bleibe unerörtert. Bei uns hätten wir allerdings aus anderen Gründen mit Preisdruck und Absatzstockung für die heimische Landwirtschaft zu rechnen. Aber Preisdruck bleibt Preisdruck, und Absatzstockung (bei uns: infolge massenhafterer überseeischer Zufuhren) bleibt Absatzssockung; also bleiben doch wohl auch die Wirkungen auf die Agrarproduktion und die Arbeiterklasse die selben. Selbstverständlich fühlt ein weniger agrarisches und mehr industrielles Land wie Deutschland den Druck entsprechend weniger. Aber zwischen *weniger* und *garnicht* liegt immer noch ein himmelweiter Abstand. Ähnlich der *Vorwärts* am 27. Juli 1901: »Es ist ganz richtig, dass in einem agrarischen, vorwiegend Getreide bauenden Land der Rückgang des Getreidepreises und der Verlust auswärtiger [ebenso gut der heimischen] Kornabsatzmärkte eine Herabsetzung der Arbeitslöhne und Arbeitslosigkeit zur Folge haben wird; die Wirkung des Preisfalls in den siebziger, achtziger Jahren auf die Balkanländer und grosse Teile Russlands lehrt das zur Genüge. Aber anders liegt die Sache, wenn, wie damals in Deutschland, neben der Landwirtschaft . . .«— und nun folgt der übliche Saltomortale in den Industriestaat. Bei ruhiger Überlegung wird man meines Erachtens finden, dass die Wahrheit in der Mitte liegt Eine Agrarkrisis (Preisdruck und Absatzverlust) berührt uns nicht so tief, wie einen reinen Agrarstaat; aber sie berührt uns, bei der enormen Bedeutung unserer Agrarproduktion gerade noch tief genug.

taktischen Konsequenzen ziehe; einfach deshalb, weil ich es stets abgelehnt habe und stets ablehnen werde, mir über Folgerungen meinen und anderer Leute Kopf zu zerbrechen, solange die dafür massgebenden Voraussetzungen für uns in der Partei samt und sonders noch strittig sind. Ich wünsche vorderhand weiter nichts, als dass wir die Voraussetzungen unserer bisherigen, keineswegs spezifisch sozialdemokratischen Kritik und Haltung (unsere Anschauungen über die Ursachen und die Ausdehnung der Agrarkrisis, über die Motive und die Wirkungen und damit über die Lebensfähigkeit oder Kurzlebigkeit des von anderer Seite, nach und nach in allen kontinentalen Staaten geschaffenen, fertig vor uns dastehenden Agrarschutzes, über die tatsächliche Lage der Landwirtschaft) einer ruhigen Nachprüfung unterziehen, möglichst unter Vermeidung alter, uns von aussen her überkommener, in ihrem Ursprung durchaus nicht sozialdemokratischer Einseitigkeiten. Ist eine solche, meines Erachtens längst sehr dringliche Diskussion auch jetzt noch nicht in Gang zu bringen, so bedaure ich das, schon um der nutzlos verschwendeten Zeit und Arbeit willen; aber schliesslich werde ich mich damit zu trösten wissen, dass es für die Partei und mich noch andere wichtigere Fragen gibt, als die Agrarfrage, oder gar nur die Agrarschutzfrage im engeren Sinne, und dass wir folgenschwerere Fehler begehen können, als Fehler in der Erkenntnis und Beurteilung dieses einen wirtschaftspolitischen Problems.

Was bleibt nach dieser Einschränkung, die ich jedoch nicht etwa jetzt erst mache, übrig von meinem isolierten *Standpunkt*?

Einmal scheint es mir den Tatsachen widersprechend, den Notstand der englischen Landwirtschaft, unter der aufrechterhaltenen *laisser faire*-Politik und im Vergleich zu den kontinentalen Agrarschutzstaaten, zu leugnen. Hier, in dieser ersten Auffassung, stehe nicht ich, sondern steht die Handvoll der Levyschen Harmoniegläubigen absolut isoliert da; am allerisoliertesten in England selber, soweit diese Richtung dort überhaupt noch das Wort nimmt. Monat für Monat und Woche für Woche finde ich für England Bücher, Broschüren, Kongressreferate, wissenschaftliche Konferenzen und Debatten angekündigt: *Der Verfall der Landwirtschaft, Die Entvölkerung des platten Landes, Der Notstand der noch immer grössten industry.* Wohl bei jeder Adressdebatte taucht das Amendement über die Agrarnot auf, die kaum von irgendeinem der sich beteiligenden Redner bestritten wird. *Fabier* verlangen agrarische Produktionsprämien, weil für England der Zoll eine ungeeignete Form des unbedingt nötigen Staatseingreifens sei. Vor allem in der Arbeiterbewegung selber spielt die Wiedergewinnung, die Wiederbevölkerung des verödeten Landes keine geringe Rolle; von den *Fabiern*, von Keir Hardie und anderen habe ich im Augenblick eine ganze Reihe drastischer Anklagen gegen das verhängnisvolle agrarpolitische Gehenlassen vor mir. Ja sogar das bei uns oft zitierte Werk Dr. Levys *Die Not der englischen Landwirte zur Zeit der hohen Getreidezölle* kommt noch 1902, trotz aller Neigung zur kritiklosen Freihandelsvergötterung, zu einem recht unerbaulichen Ergebnis; es konstatiert »vom Jahre 1879 an« die »starke, andauernde Abnahme des Getreide- und Weizenlandes« und daneben die nur »langsame und unvollkommene« Anpassung durch den »Übergang zu jenen rentablen [!] oder rentableren [!] Produktionszweigen«, wie Viehzucht, Gartenwirtschaft, Gemüse- und Obstbau; seit 1879 daher »jene vielfachen Krisen und Nöte, die die englischen Landwirte

heimsuchten«, jene »neueste englische Agrarnot«. Was verlangt man mehr?*) In den ziffernmässigen Abschätzungen des Gesamtverlustes werden natürlich die Meinungen stets auseinandergehen; aber die Grundtatsache selber wird kaum irgendwo ernsthaft bestritten. So viel über England.

Haben nun — das ist die zweite der von mir berührten Fragen — die Agrarschutzstaaten, das heisst alle zufuhrbedürftigen kontinentalen Grossstaaten, ihren Körnerbau mehr geschützt und in grösserem Umfang aufrechterhalten? Das ist gar keine Frage des Standpunktes, sondern ausschliesslich eine Frage des ruhigen Zusehens und Nachprüfens, der Kenntnis der Tatsachen und der statistischen Ziffern, und ich denke, hier stehe ich abermals nicht allein. Die Anbaustatistik lehrt unwiderleglich die umfassendere Aufrechterhaltung des Körnerbaues in Deutschland, Frankreich, Italien usw. Und dass, wie ich mir weiter zu behaupten erlaubte, der kontinentale Zoll mit dieser grösseren Wahrung des alten Produktionsstandes in Zusammenhang steht, indem er an Stelle des vollen Preissturzes nur ein abgeschwächtes Preisherabgleiten setzte, das werden mit mir, ohne dass es einer weiteren Begründung bedarf, noch viele glauben. Es ist einfach selbstverständlich, dass man unter (relativ) besseren Preisen besser fährt, als unter vollen Krisenpreisen.

Endlich: die oben wiederholte Kritik der landläufigen *Agrarkonfusion*, des bunten Zusammenwerfens von bloss relativer und wirklicher absoluter Preissteigerung, wird man wohl kaum von irgendeiner Seite als unberechtigt bezeichnen wollen. Die Sache mag manchem peinlich scheinen, aber offener Widerspruch ist hier undenkbar.

Eine ernstliche Differenz der Anschauungen könnte also erst bei der weiteren, von mir jedoch noch gar nicht gestreiften Frage bevorstehen: Wäre es — für die Produktionsunternehmerschaft und Produktionsentwickelung im allgemeinen, für die Arbeiterklasse im besonderen — nicht besser gewesen, den Körnerbau seinem Schicksal zu überlassen und, auf billigstes Futterkorn aus den weltwirtschaftlichen Aussenzonen gestützt, um so mehr ohne jeden Anlass zu irgendwelchem Agrarschutz nach aussen hin, die Viehproduktion und die sonstige, meist bäuerliche, nicht grossbetriebsmässige sogenannte *Qualitätsproduktion* zu steigern? Darüber mich zu äussern, hatte ich bisher keinen Anlass; so viel ich weiss, hat sich auch die Partei als solche darüber nicht geäussert. Ich will jedoch ein übriges tun und ruhig zugestehen: Ich selber erkenne die Vorteile, die Notwendigkeit ähnlich gerichteter Umbildungen an, und ich habe hierüber aus dem Davidschen Werke manche Belehrung im einzelnen und viel Bekräftigung in schon gehegten Ansichten geschöpft. Hier, bei solchen Umbildungen, handelt es sich für mich nur um ein *Wie weit, wie rasch und mit welchen Mitteln?* Wenn grosse politische Gemeinwesen bei organisch verwachsenen, geschichtlich langsam gewordenen, tiefgewurzelten grossen Produktionszweigen über das Preisgeben und das in neuer Form Wiederaufrichten verfügen könnten, wie Kinder über die Steine ihres Baukastens, dann stände das kontinentale Europa seit dreissig Jahren überhaupt vor gar keinem agrarischen Problem, vor gar keiner ernst zu nehmenden Sorge;

*) Eine sehr pessimistische Bilanz auch bei Eduard David *Sozialismus und Landwirtschaft*, 1. Bd. /Berlin 1903/, pag. 264-265. Erst neuerdings hat sich Hermann Levy von der Sucht des um jeden Preis beweisen Wollens dazu drängen lassen, aus der Not förmlich eine Tugend zu machen (vergl. zum Beispiel Conrads *Jahrbücher für Nationalökonomie*, 3. Folge, 26. Bd., 1903, pag. 721 ff).

dann gälte nur ein Wahrspruch: fallen lassen und von neuem frisch zugreifen! Aber alle — oder doch so gut wie alle — Kontinentalstaaten machten keinen Gebrauch von dem altbekannten, grundeinfachen Rezept, das, wenn jederzeit wirksam, doch den überwiegenden Interessen der Industrie und Landwirtschaft entsprochen haben würde, das abzulehnen also auch die herrschenden Klassen keinen Anlass hatten. Dieses Rezept versagte sogar in dem ersten grossen Falle, wo es zur Anwendung kam, in England (siehe oben!). Übrig bliebe also, als lebender Beweis, einzig und allein das eine kleine Land Dänemark, dem es, als Lieferanten bestbezahlter animalischer Qualitätserzeugnisse für den relativ unerschöpflichen englischen Markt, allerdings nach seinem wohlverstandenen Interesse sehr nahe lag, seinen rentabelsten agrarischen Absatz dadurch noch rentabler zu machen, dass es sein Futterkorn und seine sonstigen Futterstoffe möglichst billig von aussen her bezog, und dass es lieber seinen, von jeher nicht besonders hochstehenden Getreidebau weniger berücksichtigte. Ich finde das, solange für Dänemark diese Absatz- und Produktionskonstellation anhält — englische Vorzugszölle für irische, canadische, neufundländische und sonstige koloniale Fleisch- und Molkereierzeugnisse neben den kontinentalen Agrarzöllen könnten einen dicken Strich durch die ganze Rechnung machen — vollständig in der Ordnung. Ich habe nur meine Bedenken gegen die mögliche uneingeschränkte Verallgemeinerung dieser, aus besonderen Voraussetzungen erklärlichen Politik.[7]) Und ich möchte auch darauf noch hinweisen, dass die kontinentalen Agrarschutzstaaten die empfohlene Umbildung für sich selber nicht etwa unmöglich gemacht haben, in unverständlicher, blinder Begeisterung für den Kornbau. Im Gegenteil, sie haben Korn- und Viehschutz getrieben und haben die Umbildung der agrarischen Produktion mehr und mehr, mit zunehmender Absichtlichkeit, in der Weise vollzogen, dass durch den relativ höheren Viehschutz der stärkere Übergang zur Viehhaltung noch immer das denkbar Rentabelste blieb. Oder ist das Ergebnis dieser ganzen Wirtschaftspolitik, trotz des gleichzeitigen Kornbauschutzes, auf dem Kontinent etwa ein anderes, als: verhältnismässige Erhaltung des Kornbaues und relative Ausdehnung der Vieh- und Fleisch- und sonstiger Qualitätsproduktion?[8]) Die demokratische, kleinbäuerliche Schweiz, unbeschwert von irgendwelchem fühlbaren Kornzoll und mit minimalen Kornbauinteressen, auch sonst mit den günstigsten Vorbedingungen für die bäuerliche Qualitätsproduktion, hat dennoch ihren Viehschutz immer mehr ausgeprägt, und wer 1902 die Notwendigkeit eines gesteigerten Agrarschutzes rückhaltlos anerkannte,

[7]) Die reifste Arbeit über Dänemark, voller Anerkennung, zum Teil Bewunderung für das Geleistete ist wohl A. H. Hollmann *Die Entwickelung der dänischen Landwirtschaft unter dem Druck der internationalen Konkurrenz* (Berlin 1904). Niemand hat jedoch zugleich mehr davor gewarnt, die dänische politische Praxis kritiklos auf Deutschland zu übertragen: »Die dänische Landwirtschaft arbeitet auf einer anderen Grundlage: sie hat ein extensives Ackersystem und kann es haben auf Grund ihrer geringeren Bevölkerungsdichtigkeit, muss es vielleicht auch behalten infolge klimatischer Verhältnisse Weil die Dinge so liegen, kann die Lage der dänischen Landwirtschaft im allgemeinen nicht mit der deutschen Landwirtschaft verglichen werden und musste auch ihr Verhalten unter dem Druck der internationalen Konkurrenz ein anderes sein.« In der englischen Agitation kehrt sehr oft der Einwand gegen den Reichszollbund wieder: schneide man die dänischen Zufuhren durch Vorzugszölle für die konkurrierenden irischen und kolonialen Erzeugnisse ab, so werde man Dänemark und seine Landwirtschaft in eine derart kritische Lage versetzen, dass nur der Anschluss an das deutsche Zollsystem und der Zollverband mit Deutschland als Ausweg bleibe.

[8]) Genosse David (loc. cit., pag. 683) will nur »eine Politik des schönen Scheins« darin erblicken, »wenn die Grossagrarier den kleinen Viehzüchtern und Gartfeldbauern die Kornzölle durch gleichzeitige Vieh- Fleisch-, Eier-, Butter-, Gemüse- und Obstzölle schmackhaft machen wollen«. Dieser *Schein* hat aber tatsächlich genügt, zu relativ stärkerer Viehhaltung in Deutschland anzuregen.

das war bekanntlich unser politisch befähigtester schweizerischer Genosse, Hermann Greulich*) . . . .

Aber, wie gesagt, ich trete vorläufig weder für diese, noch für jene Forderung und positive Stellungnahme ein. Ich wünsche zunächst weiter nichts zu erreichen, als dass man in unserer Partei die Dinge so sieht, wie sie tatsächlich wurden, und wie sie in Wirklichkeit sind. Sollte sich bei eingehender Erörterung ergeben, dass die Dinge nicht so einfach liegen, als das traditionelle altliberale Antiagrariertum meint, so hege ich nicht den geringsten Zweifel, dass wir es mit der Zeit auch zu einer selbständigen Stellungnahme auf diesem Gebiete bringen werden — unter mancher gegenseitigen Berichtigung und Belehrung, wie bei jeder nutzbringenden Diskussion, aber ohne irgendwelche Gefahr der Isolierung für mich oder andere, die sich an dieser Diskussion zu beteiligen gedenken.

××××××××× ×××××××××× ××××××××××× ××××××××××××

WILHELM SCHRÖDER · SISYPHUSARBEIT

I



MAN kann als Sozialist den Boden für die neue Gestaltung der Dinge umgraben helfen und doch Ehrfurcht empfinden vor altem Stadtgemäuer und andern verwitternden Zeugen der Vergangenheit. So sollte auch im Parteileben der Pietät zuweilen eine Stätte selbst dann bleiben, wenn andere Anschauungen sich längst Bahn gebrochen haben. Und von pietätvollen Gefühlen war ich gepackt, als ich am 9. März 1907 im *Vorwärts* jene manchem Leser dieser Zeitschrift vielleicht bekannte Rede las, die unsere Parteigenossin Frau Rosa Luxemburg drei Tage vorher in der Berliner Hasenheide über die letzte Reichstagswahl gehalten hat. Es versteht sich, dass auch hier wieder die strenge Prinzipienfestigkeit zu ihrem Recht kam, und der Revolutionarismus alten Schlages, der eine unübersteigbare Scheidewand zwischen proletarischer und bürgerlicher Welt errichtet, mit eherner Beharrlichkeit verkündet wurde. Eben das rührte mich und rief in mir das Gedenken wach an die zwanzig, fünfundzwanzig Jahre zurückliegenden Kämpfe in der Partei. Damals bezauberten noch weit mehr die Reden jener Alten, die in bibelgläubiger Strenge auf die Worte des Meisters Lassalle

*) Genosse Hermann Greulich 1902 auf dem Bremer Arbeitertag: »Angesichts der grossartigen Bewegung in der gesamten Bauernsame geziemt es uns nicht, in die Redensarten von den verschiedenartigen Interessen der Herrenbauern und Kleinbauern einzustimmen. Wir verwahren uns ja auch dagegen, dass man das *Teile und herrsche!* gegen die Arbeiterschaft in Anwendung bringt . . . In dem wirtschaftlichen Notstande haben wir die Ursachen der grossartigen Bewegung und Disziplin der Bauern zu suchen, die jetzt zu tage tritt. Es ist nicht der Bauernsekretär Dr. Laur, der die Bauern *verhetzt*, denn er spricht nur aus, was alle fühlen — so wenig, wie wir es sind, die die Arbeiter *verhetzen*, wir geben nur Zeugnis von dem, was ist. Als einer um ihre Existenz und um ihr Recht kämpfenden Klasse geziemt es uns, auch dem gleichen Kampfe einer andern Klasse nicht unrecht zu tun. Und die Bauernmasse hat in unsrer Volkswirtschaft heute noch eine grosse Bedeutung im Anteil ihrer Produktion an der Gesamtproduktion des Landes . . . Die Landwirtschaft ist jedenfalls ein gleichberechtigter Faktor in unserer Gesamtwirtschaft, und was den anderen recht ist, das ist ihr billig.« Zweifel äussert Greulich allerdings, ob der erhöhte Agrarzoll wirklich den Bauern die erhoffte Hilfe [!] bringen werde, »da ich nicht an eine wesentliche Erhöhung der Preise [!] bei unseren Zollansätzen glaube . . . Dagegen kann ein solch erhöhter Zoll den Absatz des inländischen Viehs etwas erleichtern und den Bauern eine moralische Aufmunterung in ihrem schweren Kampfe ums Dasein gewähren. Das ist aber den Bauern nur zu gönnen.« Alle Produktionskräfte des Landes seien handelspolitisch im Auge zu behalten, und daher erscheine es »wohl geraten, einen so wichtigen Teil, wie die Landwirtschaft, nicht zu vergessen oder ihn einfach dem Kapitalismus zu opfern. Schon der unschätzbare Wert des Nährstockes im Grund und Boden zwingt uns, darauf acht zu geben, dass er mit Erfolg bewirtschaftet werden kann.«

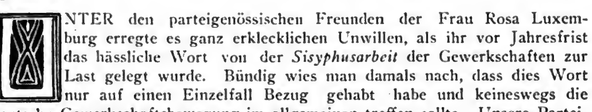
schwuren und ihr Misstrauen nicht verwinden konnten ob der Verwässerung der reinen Lehre, die leider dem Einigungsprogramm von 1875 anhaftete. Im Geiste jener tüchtigen Veteranen sprach unsere Genossin, als sie Bebel einen Vorwurf daraus machte, dass er sich eines Calwer annehme, der ihrer Meinung nach vom rechten Pfade abgewichen war. An jene fernen Tage, als wir die Zeichen der Zeit nach unserem Wunsch und Willen deuteten und jeden Tag auf den Zusammenbruch der verrotteten kapitalistischen Welt rechneten, erinnert auch das chiliastische Wort der Genossin Luxemburg, dass sich die bürgerliche Gesellschaft rapid ihrem Ende nähere. Gar schlecht erging es damals dem Parteigenossen, der darauf hinwies, dass der grosse Tag, an dem sich alles, alles wenden müsse, uns wenig nützen könnte, wenn sich nicht vorher im Schosse der Gesellschaft die Umwandlung vollzogen und das Proletariat selber sich Manns genug gezeigt hätte, die Funktionen dieser bürgerlichen Gesellschaft nach jeder Richtung hin zu übernehmen. Und wenn dann der Zweifler weiter daran erinnerte, dass zum Exerzitium in diesen Funktionen festgefügte Körperschaften notwendig seien, und dass ihrer Natur nach vor allem die Gewerkschaften den Beruf hätten, den Übergang von der kapitalistischen in die sozialistische Produktionsweise durch Schulung der Arbeiterschaft anzubahnen und zu erleichtern, dann konnte der Zweifler froh sein, wenn ihm überhaupt noch die parteigenössische Qualität belassen wurde. Gewerkschaften, wenn sie schon eine Daseinsberechtigung haben sollten, müssten sich damit begnügen, *Rekrutenschulen* für die Partei zu sein; wer sie als *Selbstzweck* betrachte, wer ihren Rahmen weiter spannen, wer Arbeitslosenunterstützung und ähnliche *Kinkerlitzchen* einführen wolle, sei ein unklarer Kopf oder ein verdächtiger Mensch, der Hirsch-Dunckersche und Schulze-Delitzsche Ideen der Selbsthilfe in die sozialistische Gedankenwelt hineintragen möchte. Wie anderthalb Jahrzehnte vorher die positive Mitwirkung an den Parlamentsarbeiten, so galt damals die Beteiligung an den Ortskassenwahlen als unsozialdemokratisch, desgleichen nicht minder an den Gemeindewahlen, von den Landtagswahlen nun schon gar nicht zu reden. Das alles war entweder prinzipienwidrige Konzession an die bürgerliche Gesellschaft oder unnützes Mühen, Sisyphusarbeit.

Die alte Wahrheit, dass der Grundzug der Massen konservativ ist, und nur die Not vom altbewährten Pfade abdrängt, macht sich in der Sozialdemokratie so gut geltend, wie anderswo; und dass die konservative Scheu vor neuen Wegen, die unfruchtbare Abstinenz sich bei uns mit dem Namen des *Radikalismus* und der *Prinzipienfestigkeit* belegte, ist selbstverständlich begründet in der im alten Sinne des Wortes revolutionären, der bürgerlichen Welt starr entgegengesetzten Tradition der Partei. Es versteht sich, dass diese Tradition notwendig ist als Schwergewicht gegen allzu ungestümes Vorwärtsdrängen; und wer mit Zeit und Menschen zu rechnen versteht, wird sich ihr gern bis zu gewissen Grenzen fügen und mit dem Humor der Resignation daran denken, dass der Leidensweg einer allzu zeitig ausgesprochenen Losung nicht jedermann anzieht, und dass diese unter Umständen sogar dem Fortschritt hinderlich ist.

So erkennt auch der Sozialdemokrat in seiner Partei gern und willig die Berechtigung des Prinzips der Beharrung an, und er erlaubt sich nur dann einige Einwände, wenn die Zeitläufte dem Konservatismus allzuviel Nahrung geben, so dass die Entwickelung der Partei über Gebühr gehindert werden könnte.

In der Förderung alter Tradition hat sich nun unsere Genossin Luxemburg neuerdings besonders bemüht. Mehr noch, als in ihrer Rede vom 6. März dieses Jahres, in den eine Weile vorher kundgegebenen Ansichten über gewerkschaftliche Fragen, in Ansichten, die denn doch in ihrem übertriebenen Konservatismus vor allem unter den Rekruten der Partei Verwirrung anrichten können und daher nicht unwidersprochen bleiben dürfen. Wobei von vornherein anerkannt werden soll, dass, aus welchen Gründen immer, auch Frau Luxemburg besserer Einsicht nicht unzugänglich ist und ihr zuliebe selbst die Gefahr nicht scheut, sich mit dem Vorwurf mangelnder Folgerichtigkeit behaftet zu sehen.

II ·



NTER den parteigenössischen Freunden der Frau Rosa Luxemburg erregte es ganz erklecklichen Unwillen, als ihr vor Jahresfrist das hässliche Wort von der *Sisyphusarbeit* der Gewerkschaften zur Last gelegt wurde. Bündig wies man damals nach, dass dies Wort nur auf einen Einzelfall Bezug gehabt habe und keineswegs die deutsche Gewerkschaftsbewegung im allgemeinen treffen sollte. Unsere Parteigenossin war damals in Polen, und das Martyrium, das sie an persönlicher Abwehr hinderte, wurde in der Abfertigung der gewerkschaftlichen Angriffe nach Gebühr hervorgehoben.

Heute dürfen wir billig bezweifeln, dass der Genossin Luxemburg selber so sehr viel an der Entrüstung gelegen war, in die einige parteigenössische Blätter sich damals um ihretwillen stürzten. Nahm sie doch kurz nachher in einem Artikel der *Neuen Zeit* sowohl, wie in einer besonderen Broschüre den deutschen Gewerkschaften oder, wesentlicher gesagt, ihren Führern gegenüber einen Standpunkt ein, der jenem abgestrittenen Wort geistesverwandt ist. Besagte Broschüre betitelt sich *Massenstreik, Partei und Gewerkschaften* und ist von Rosa Luxemburg im Auftrage des Vorstandes der sozialdemokratischen Landesorganisation Hamburg und der Vorstände der sozialdemokratischen Vereine von Altona-Ottensen und Wandsbeck verfasst worden. Wenn die Art der Erfüllung des Auftrages wirklich dem Geiste der Mehrheit unter den Hamburgischen Parteigenossen entspräche, so wäre das am alten Stammsitz der deutschen Gewerkschaften ein höchst merkwürdiges Ereignis; und der Riss zwischen Gewerkschaften und *radikalen* Parteigenossen, um mich der üblichen, wenn auch nicht zutreffenden Phraseologie zu bedienen, müsste wirklich eine so klaffende Weite erlangt haben, dass den ergrauten Sündern an der Leitung der Zentralverbände kaum noch Rettung winkte, und ihnen höchstens eine reuevolle Einkehr vor ihrem unseligen Ende gewünscht werden könnte.

Aber schimmert den Frevlern nicht doch noch ein Hoffnungsstrahl? Der Ertrinkende klammert sich an den berühmten Strohhalm, und so möge es denen, die ihr lebelang einem verderblichen Irrtum nachgehangen haben, vergönnt sein, ebenfalls einen schwachen Schein von Errettung zu ihren Gunsten zu reklamieren. Die langen Jahre haben die Gewerkschaftsleiter sich in wahrlich nicht beneidenswerter Lage gemüht, ihre Organisationen zu Macht und Ansehen zu bringen. Sie haben es ertragen, dass ein demagogisches Unternehmertum der zumeist kärglichen Besoldung zum Trotz ihnen vorwarf, sie mästeten sich von Arbeitergroschen; sie haben standgehalten, wenn ihnen nach einer verunglückten Lohnbewegung aus den Reihen der Arbeiter heraus Vorwürfe gemacht

wurden, sie haben die Animosität überwunden, die ihnen sogar in aufgeklärten parteigenössischen Kreisen in früheren Tagen hemmend entgegentrat. Überwunden durch rastlose Arbeit, deren Erfolg erst jetzt in nahezu 2 Millionen Mitgliedern und nicht zum geringsten in dem für beide Teile erquicklichen Übereinkommen sich gezeigt hat, das in Mannheim zwischen Partei und Gewerkschaften abgeschlossen wurde. Kurzum, sie haben an Opferwilligkeit und Tapferkeit mit den Parteiführern ehrenvoll gewetteifert. Und nun, nachdem der Gewinn, den die Gewerkschaftsbewegung den Arbeitern gebracht hat, jedermann, der sehen wollte, sichtbar wurde, nun, da die Gewerschaftsleiter sich einen Augenblick im Sonnenschein des Erfolges erholen konnten, nun setzte in der Massenstreiksbroschüre die Vernichtung mit solcher Wucht ein, dass es augenscheinlich selbst der Genossin Luxemburg zu viel wurde. Die Charitas fand letzten Endes Eingang, der weibliche Zug des Erbarmens machte sich wohltuend bemerkbar und strafte so würdevoll die Parteigenossen Lügen, die der Frau im Befreiungskampf nur widerstrebend den ihr gebührenden Platz einräumen wollen. Die Verfasserin entschloss sich nämlich zu einer Korrektur ihrer Broschüre, was um so anerkennenswerter war, als sie dadurch der Konsequenz ein recht ansehnliches Opfer brachte.

Mit der Überschrift *Als Manuskript gedruckt* wurde die Ende November im Buchhandel erschienene Broschüre bereits in Mannheim unter den Parteitagsdelegierten verteilt; und die damalige Ausgabe enthält eine Anzahl scharfer Stellen, die später ganz wesentlich gemildert worden sind. Wir wollen uns eine Gegenüberstellung der beiden Lesarten, der vielen Sätze, in denen durch weises Fortlassen eines Zwischensatzes, durch Änderung einzelner Worte und dergleichen mehr aus der Fanfare eine Chamade gemacht wurde, ersparen. Nur eine Korrektur sei registriert. Gegen den Schluss hiess es in der ersten Ausgabe:

»Sollte diese Art der Verbindung zwischen Partei und Gewerkschaften, das jedesmalige Verhandeln von Grossmacht zu Grossmacht, zum System werden, so wäre das nichts anderes, als gerade die Heiligsprechung jenes föderativen Verhältnisses zwischen dem Ganzen der proletarischen Klassenbewegung und einer Teilerscheinung dieser Bewegung, das als eine Abnormität zu beseitigen ist. Das diplomatisch-föderative Verhältnis zwischen der sozialdemokratischen und der gewerkschaftlichen Oberinstanz kann nur zu einer immer grösseren Entfremdung und Erkaltung der Beziehungen führen, zur Quelle immer neuer Reibungen werden. Und dies liegt in der Natur der Sache. Durch die Form selbst dieses Verhältnisses ist es nämlich gegeben, dass die grosse Frage der harmonischen Vereinigung der ökonomischen und der politischen Seite des proletarischen Emanzipationskampfes in die winzige Frage eines *freundnachbarlichen* Verhältnisses zwischen den *Instanzen* in der Lindenstrasse und dem Engelufer verwandelt, und die grossen Gesichtspunkte der Arbeiterbewegung durch kleinliche Rangrücksichten und Empfindlichkeiten verdeckt werden. Die erste Probe mit der diplomatischen Instanzenmethode, die Verhandlungen des Parteivorstandes mit der *Generalkommission* in Sachen des Massenstreiks haben bereits ausreichende Belege für das Hoffnungslose dieses Verfahrens geliefert. Und wenn von der *Generalkommission* neulich erklärt worden ist, dass Rücksprachen zwischen ihr und dem Parteivorstande in einzelnen Fällen bereits mehrmals, bald von dieser, bald von anderer Seite, nachgesucht wurden und auch stattgefunden haben, so mag diese Versicherung vom Standpunkte der gegenseitigen Etikette sehr beruhigend und erhebend wirken; die deutsche Arbeiterbewegung jedoch, die angesichts der kommenden ernsten Zeiten alle Probleme ihres Kampfes etwas tiefer erfassen muss, hat allen Grund, dieses chinesische Mandarinentum auf die Seite zu schieben und die Lösung der Aufgabe dort zu suchen, wo sie von selbst durch die Verhältnisse gegeben ist.«

Diese Stelle fehlt in der zweiten Ausgabe . . .

Am Schlusse ihrer Broschüre sagt unsere Parteigenossin:

»Die Gewerkschaftsbewegung ist nicht das, was sich in den vollkommen erklärlichen, aber irrtümlichen Illusionen einer Minderheit der Gewerkschatfsführer spiegelt, sondern das, was im Bewusstsein der grossen Masse der für den Klassenkampf gewonnenen Proletarier lebt. In diesem Bewusstsein ist die Gewerkschaftsbewegung ein Stück der Sozialdemokratie. ›Und was sie ist, das wage sie zu scheinen.‹«

»Und was sie ist, das wage sie zu scheinen!« Unter den in der Broschüre gebührend gekennzeichneten Gewerkschaftsführern, und nicht nur unter diesen, gibt es eine Anzahl boshafter Gesellen, die da meinen, dass es den Menschen im allgemeinen und einer Parteigenossin im besonderen keineswegs gut anstehe, wenn sie anderen die Konsequenz predigt, die sie selber vermissen lässt. Auf den ersten oberflächlichen Blick macht es auf manche Leute wirklich keinen günstigen Eindruck, wenn man sich vorgenommen hat, aus seinem Herzen keine Mördergrube zu machen und nachher in Worten und Wendungen sich zum Teil einer Milde befleissigt, die einem Parlamentarier, der mit dem Präsidenten nicht in Konflikt kommen möchte, alle Ehre machen würde. So hat auch unsere Parteigenossin Rosa Luxemburg gehandelt. Aber wohl nur scheinbar. In Wirklichkeit mögen die Dinge so liegen, dass unsere Genossin bei weiterer Überlegung von Erbarmen gepackt wurde für diejenigen, die dies Erbarmen zwar im Grunde nicht verdienen, aber zuguterletzt doch teilhaft werden sollen eines Strahls jener wundersamen Milde, die eben nur als Emanation des weiblichen Herzens in die Erscheinung tritt und von der der Dichter sachgemäss singt: »Aber wessen das Gefäss ist gefüllt, davon es sprudelt und überquillt.«

III

WAS eine alte Gewerkschaft deutschen Kalibers allenfalls für Kinder in die Welt setzen kann, sehen wir in dem berüchtigten Tarifvertrag der Buchdrucker. Wie anders geht da eine junge Gewerkschaft unter dem Flügelschlag der russischen Revolution zur Kehre. Wie Genossin Luxemburg in der *Neuen Zeit* vom 27. Oktober 1906 vermeldete, trat die Gewerkschaft der Buchdrucker in Petersburg am 2. Juli 1905, in Moskau am 31. Oktober ins Leben. In anderen Städten ebenfalls im Sommer oder Herbst des selben Jahres. Gleich im ersten Säuglingsstadium ist es der russischen Buchdruckergewerkschaft gelungen, die Zensur aus eigener Machtvollkommenheit abzuschaffen. Im Sommer und Herbst des Jahres 1905 errangen die Buchdrucker den Neunstundentag an Stelle des früher üblichen zwölf-, ja dreizehnstündigen Arbeitstages. Allein damit nicht zufrieden, setzten sie unter der sozialdemokratischen Programmparole den Kampf fort und wussten in mehreren Fällen den Achtstundentag zu erobern. Immer noch nicht genug damit. Durch Fabrikausschüsse wird der »Hausherrnstandpunkt des Unternehmertums gebrochen«. In Moskau vereinbaren die Buchdrucker mit den Prinzipalen eine Tarifvereinbarung, aus der Genossin Luxemburg unter anderem folgende Stellen wiedergibt:

»Die Fabrikleitung hat kein Recht, die gewählten Arbeitervertreter vor dem Ablauf ihrer Amtsdauer (ein Jahr) zu entlassen. Im Falle die Fabrikleitung die Absicht hat, einen Delegierten gleich nach Ablauf seiner Amtsdauer zu entlassen, ist sie verpflichtet, darüber einen Monat vorher der Gesamtheit der Arbeiter Mitteilung zu machen.

Die Arbeitervertreter müssen gegen Lohn beschäftigt werden; es steht ihnen frei, von der allgemeinen Arbeitsordnung abzugehen, falls ihre Amtstätigkeit dies erforderlich macht, wofür die Fabrikleitung keine Lohnabzüge machen darf.

Die Arbeitervertreter besorgen alle Beziehungen zwischen den Arbeitern und der Fabrikleitung, ausser in denjenigen Fällen, wo die Vertreter es der Fabrikleitung gestatten, direkt mit der Arbeiterschaft zu verkehren.
Die Arbeitervertreter in ihrer Gesamtheit entscheiden die Frage über die Anstellung und Entlassung jedes Arbeiters, nachdem die Fabrikleitung ihnen den Sachverhalt vorgelegt hat. Wenn die Unternehmer mit dem Entscheid der Vertreterkommission unzufrieden sind, können sie an die Generalversammlung der Fabrikarbeiter appellieren.«
Über nicht minder bedeutsame Erfolge berichtet Genossin Luxemburg in ihrer Broschüre. Auf Seite 20 und 21 zählt sie eine grosse Menge von Orten auf, in denen der Zehn-, Neun- und Achtstundentag im Fluge erobert wurde, zum Teil bei gleichzeitiger Lohnerhöhung bis zu 100 % usw. usw.

Und nun muss man in Betracht ziehen, mit wie geringen Mitteln und Mitgliedern diese Gewerkschaften ihre Erfolge erzielen. Auf der zweiten Konferenz der Gewerkschaften Russlands, die Ende Februar 1906 in Petersburg tagte, erstattete der Vertreter der Petersburger Gewerkschaften Bericht über die Entwickelung der Organisationen. Im Frühling 1905 gründen 70 Schneider im Walde bei Petersburg eine Gewerkschaft. Ebenso kommen im Juli eines Nachts »mehr als 100« Schuhmacher zum selben Zweck zusammen. Mit solchen Anfängen gelingt es in Russland den Arbeitern, im Handumdrehen Errungenschaften zu erzielen, um die sich zum Teil die Arbeiter der westlichen Länder heute noch vergebens bemühen.

Bedauerlicherweise werden die Konzessionen vielfach bald hier, bald dort wieder zurückgenommen, doch im Grunde geniert das nicht besonders. Denn dies gibt »nur den Anlass zu erneuten, noch erbitterteren Revanchekämpfen«, über deren Ausgang Genossin Luxemburg nicht ganz klar berichtet. Aus den Oktobertagen 1905 meldet ihre Chronik:
»Binnen einer Woche herrscht in sämtlichen Fabriken und Werkstätten Petersburgs der Achtstundentag, und der Jubel der Arbeiterschaft kennt keine Grenzen. Bald rüstet jedoch das anfangs verblüffte Unternehmertum zur Abwehr: es wird überall mit der Schliessung der Fabriken gedroht. Ein Teil der Arbeiter lässt sich auf Verhandlungen ein und erringt hier den Zehn-, dort den Neunstundentag. Die Elite des Petersburger Proletariats jedoch, die Arbeiter der grossen staatlichen Metallwerke, bleibt unerschüttert, und es erfolgt eine Aussperrung, die 45- bis 50000 Mann für einen Monat aufs Pflaster setzt. Durch diesen Abschluss spielt die Achtstundenbewegung in den allgemeinen Massenstreik des Dezember hinein, den die grosse Aussperrung in hohem Masse unterbunden hat.«
Hoffentlich haben die russischen Arbeiter wenigstens den Zehnstundentag festzuhalten vermocht.

Nun wäre alles recht gut, wenn Genossin Luxemburg weiter nichts wollte, als zu dem Bilde der russischen Revolution, dem die deutschen Arbeiter gern und opfermütig Bewunderung zollen, auch einige Striche zu liefern. Ihre Absicht geht aber weiter, sie hat ihre Broschüre zu dem bestimmten Zweck geschrieben, dass die Deutschen aus ihr nicht allein lernen, sondern völlig umlernen sollen. Die Tendenz ihrer Ausführungen geht von Anfang bis zu Ende dahin, der Arbeiterschaft zu zeigen, was ihre gewerkschaftlichen und im Grunde auch ihre politischen Führer im Befreiungskampf doch für ein klägliches Gewächs sind, wenn sie an der Organisationsarbeit ihre Lebenskraft verschwenden und meinen, dass es jedes Proletariers Pflicht sei, sich zu organisieren. Wozu alle diese Mühseligkeiten, die hohen Beiträge, der Ausbau des Unterstützungswesens, wenn es doch nur, wie in Russland auf den grossen Tag ankommt, wo sich alles, alles wenden wird? Im Falle des Massenstreiks komme es, ganz wie in Russ-

land, auch bei uns zu Lande »nicht sowohl auf *Disziplin, Schulung* und auf möglichst sorgfältige Vorausbestimmung der Unterstützungs- und der Kostenfrage an, als vielmehr auf eine wirkliche revolutionäre, entschlossene Klassenaktion, die im stande wäre, die breitesten Kreise der nichtorganisierten, aber ihrer Stimmung und ihrer Lage nach revolutionären Proletariermassen zu gewinnen und mitzureissen«. Dem russischen Proletariat hat nach Frau Luxemburg ein Jahr der Revolution jene *Schulung* gegeben — *Schulung* bei ihr in Gänsefüsschen —, welche dem deutschen Proletariat dreissig Jahre parlamentarischen und gewerkschaftlichen Kampfes nicht geben können.

Weiter sagt unsere Parteigenossin:

»Demnach erscheint es, auch von dieser Seite genommen, gänzlich verfehlt, die russische Revolution als ein schönes Schauspiel, als etwas spezifisch Russisches von weitem zu betrachten und höchstens das Heldentum der Kämpfer, das heisst die äusseren Akzessorien des Kampfes zu bewundern. Viel wichtiger ist es, dass die deutschen Arbeiter die russische Revolution als ihre eigene Angelegenheit zu betrachten lernen, nicht bloss im Sinne der internationalen Klassensolidarität mit dem russischen Proletariat, sondern vor allem als ein Kapitel der eigenen sozialen und politischen Geschichte. Diejenigen Gewerkschaftsführer und Parlamentarier, die das deutsche Proletariat als *zu schwach* und die deutschen Verhältnisse als zu unreif für revolutionäre Massenkämpfe betrachten, haben offenbar keine Ahnung davon, dass der Gradmesser der Reife der Klassenverhältnisse in Deutschland und der Macht des Proletariats nicht in den Statistiken der deutschen Gewerkschaften oder in den Wahlstatistiken liegt, sondern — in den Vorgängen der russischen Revolution.«

Hier hat der Humor, mit dem man zu Anfang die Offenbarungen der Genossin Luxemburg begrüssen konnte, keinen Platz; die sozialdemokratische Arbeiterschaft in Deutschland hat es ihr gegenüber nicht mehr mit der nebensächlichen Frage zu tun, ob auf ein paar Gewerkschaftsführern Holz gehackt werden soll, sondern in Betracht kommt, ob es stillschweigend geduldet werden darf, dass die deutschen Gewerkschaften und im weiteren Sinne auch die politischen Organisationen der deutschen Arbeiterschaft, die ihren Gegnern doch mit der Zeit einigen Respekt beigebracht haben, von einer Parteigenossin als bemitleidenswerte Gebilde hingestellt werden.

Dem russischen Vorbild gegenüber, wie es sich in den Augen der Genossin Luxemburg darstellt, gibt es nur zwei Standpunkte: den der Frau Luxemburg und den der Einsicht. Vom Luxemburgischen Standpunkt aus ist dem russischen Proletariat zweifellos ein Vorwurf zu machen: der des Mangels an Konsequenz. Wenn unsere russischen Brüder im Sturm der Revolution vom Unternehmertum Konzessionen errungen haben, wie die Arbeitsordnung, die in der *Neuen Zeit* abgedruckt worden ist, dann muss man fragen, warum sie nicht einen Schritt weiter gegangen sind und es nicht in einem Aufwaschen mit der Expropriation der Expropriateure versucht haben. Ich verurteile ganz entschieden die Angriffe, die Rexhäuser gegen die *Vorwärts*druckerei erhoben hat, und bin überzeugt, dass die Firmenträger der Arbeiterschaft so weit entgegenkommen, als irgend möglich und billig. Aber ich könnte es begreifen, wenn der Geschäftsführer sich fragte, ob er bei konsequenter Durchführung der Arbeitsordnung, die die Petersburger Buchdrucker ihren Unternehmern diktiert haben, noch ferner verantwortlich seines Amtes würde walten können, und die selbe Frage würden sich meines Erachtens auch wohl die Leiter einer proletarischen Produktivassoziation, etwa der *Tabakarbeitergenossenschaft*, vorlegen müssen. Was in russischen Buchdruckereien im Sturmeswirbel der Revolution

für etliche Tage oder Wochen erreicht worden ist, kann als schöne Erinnerung an vergangene Tage und als Vorbild für spätere Zeiten vorläufig eine Art Liebhaberwert haben, hat aber mit ernsthaften Bestrebungen, soweit sie unter der kapitalistischen Gesellschaftsordnung vorerst durchführbar sind, nichts gemein. Noch hat keine revolutionäre Gesellschaftsschicht in einem Lande die augenblicklichen Erfolge einer Revolution auf die Dauer festzuhalten vermocht; eine Binsenwahrheit übrigens, von der selbst in der Broschüre unserer Parteigenossin einiges durchschimmert. Nicht allein beim Anblick des weissen Schreckens, der dann in Russland folgte, sondern auch unter der massgeblichen Voraussetzung, dass von den Früchten der Revolution das zur Existenz der Gesellschaft Erforderliche erhalten bleibt und weiter entwickelt wird, wollen wir uns aber einmal nüchtern die Frage vorlegen, ob heute und in der nächsten Zeit überhaupt in der russischen Öffentlichkeit etwas von politischer und gewerkschaftlicher Organisation der Arbeiterschaft existiert, ob nach einer guten Weile wieder schwache Ansätze dazu vorhanden sein werden, und ob in zwanzig oder dreissig Jahren das russische Industrieproletariat sich unter mühseligem Kampf Staat und Unternehmertum gegenüber ungefähr so postiert haben wird, wie heute die deutsche Arbeiterschaft.

Man mag gegen die deutsche Arbeiterschaft, ihre Führer eingeschlossen, einwenden, was man will; aber sie gehört denn doch nicht zu der philiströs gesättigten Menschenklasse, die für die Revolution mit wildwehendem Lockenhaar kein Verständnis hätte. Das deutsche Proletariat hat der Welt gezeigt, dass es zu kämpfen und im Kampf auszuharren weiss. Aber keinen Tag hat es die Lehre seiner Führer zu begreifen aufgehört, dass die politische, wie die wirtschaftliche Freiheit dauernd nur erobert werden kann, wenn es rastlos die Organisationen ausbaut, die das zu erkämpfende Kleinod bergen sollen. Wir könnten in blutigen Strassenschlachten hundert und tausend Siege erfochten haben und vermöchten doch für die Ablösung der kapitalistischen Produktionsweise durch die sozialistische keinen Finger zu rühren, wenn wir vorher die politischen, gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Organisationen nicht gebührend ausgebaut hätten, wenn in ihnen nicht sozusagen das Handwerkszeug zur Auszimmerung der künftigen Gesellschaft kunstgerecht bereit stände. Welche Bedeutung aber gerade die unermüdliche Gewerkschaftsarbeit für das Hineinwachsen in die sozialistische Gesellschaft hat, das ist schon vor fast einem Menschenalter, als es in Deutschland kaum Gewerkschaften gab, von einem parteigenössischen Schriftsteller dargelegt worden, der vermutlich auch unserer Genossin Luxemburg nicht ganz unbekannt ist.

In den ersten Jahren des Sozialistengesetzes erschien in Zürich das Richtersche *Jahrbuch für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik*, für das eine Reihe der bekanntesten Parteigenossen schrieben. In der zweiten Hälfte des ersten Jahrganges beginnt auf Seite 59 ein Artikel von K. K. *Der Übergang von der kapitalistischen zur sozialistischen Produktionsweise*, der die Frage untersucht, welche Organisationen notwendig sind, um den Zukunftsstaat ins Werk zu setzen. Mit Recht meint der Verfasser, die Arbeiterschaft würde kläglich scheitern, wenn ihr heute die Revolution aufgenötigt würde, wie überhaupt »jeder Versuch, den kommunistischen Idealstaat aufzurichten« eine »Torheit« wäre. Es müssten dazu die nötigen Gebilde ausgebaut werden, und diese Gebilde sieht K. K. in den Gewerkschaften:

»Die Gewerkschaften sind die Schule des Kommunismus. Die Gewerkschaften

sind es daher, die wir mit aller Macht fördern müssen, nicht die Produktivgenossenschaften [nach dem Lassalleschen Vorschlag, der damals im Parteiprogramm eine beträchtliche Rolle spielte] oder die Ausdehnung der staatlichen Monopole . . . Man kann mit Recht erwarten, dass, wenn einmal die Arbeiterklasse mächtig genug ist, um Konzessionen zu erlangen, auch die Gewerkschaftsbewegung in alle Arbeiterschichten gedrungen sein wird, und die Gewerkschaften als die Vertreter aller Arbeiter einer Branche angesehen werden können. Es wäre also die gesamte Arbeiterschaft, welchen den Betrieb der vom Staate geliehenen Unternehmungen leitete.«

Zum Schluss seines Artikels sagt K. K.:

»Wenn man mir dagegen einwendet, beides [Koalitionsfreiheit und Übergabe der Unternehmungen an die Gewerkschaften] sei vom modernen Staate nicht zu erlangen, die Gewerkvereine seien daher als Übergangsstadien zum sozialistischen Staate nicht tauglich, so kann ich darauf nur antworten, dass Staaten, in welchen die Masse des Volkes knechtisch genug gesinnt ist, um sich die Entziehung eines ihrer wichtigsten Rechte ruhig gefallen zu lassen, Staaten, in denen die Arbeiterklasse zu schwach ist, als dass man es nötig hielte, ihr zu ihrer Befriedigung Konzessionen zu machen, dass solche Staaten für den sozialdemokratischen Staat noch garnicht reif sind, und dass es Wahnsinn ist, in den selben mit Hilfe einer siegreichen Revolution die neue Gesellschaft fabrizieren zu wollen. In dergleichen Staaten heisst es vor allem, die feige, knechtische Masse aufzurütteln, ihr die Schmach zum Bewusstsein zu bringen, die man ihr antut, und daneben trotz aller Verfolgungen die Arbeiterklasse zu organisieren und zu stärken. Erst wenn wir diese Aufgabe vollbracht haben, können wir daran denken, unsere Ideale in Wirklichkeit umsetzen zu wollen.«

Manches in den Forderungen K. K.s würde heute wohl anders zu formulieren sein. Aber in ihren Grundzügen und Konsequenzen treffen sie heute zu, wie vor 27 Jahren. Vielleicht lernt auch die Genossin Luxemburg dies begreifen. Sie hat ja gezeigt, dass sie milderen Erwägungen zugänglich ist. Die Entwickelung auch in den Hirnen der Menschen liebt nun einmal gewundene Wege, und wenn auch unsere Parteigenossin in der Rede vom 6. März wieder starr und steif dem konservativen Prinzip nachhängt, so darf das doch keinen in der Hoffnung beirren, dass auch sie allmählich die Macht der Tatsachen anerkennen und mit gebührender Pietät eines Tages ihre in Ehren gealterte Revolutionsromantik zu Grabe tragen wird.

××

ROMAN STRELTZOW · DAS ZWEITE RUSSISCHE PARLAMENT

DIE Wahlbewegung zur zweiten *Duma* begann unter besonders schwierigen Verhältnissen. Die Feldgerichte rasten über das ganze Riesenreich, die Presse wurde geknebelt, Versammlungen wurden zwar erlaubt, aber unter der Bedingung, dass — keine politischen Reden gehalten würden. Das *Schwarze Hundert* bekam *carte blanche* und konnte tun und lassen, was es ihm nur gelüstete. Dagegen wurde die Opposition von vornherein als ungesetzlich behandelt. Dass die Sozialisten auf Schritt und Tritt verfolgt wurden, ist selbstverständlich; aber auch die Partei der konstitutionellen Demokraten, die *Kadetten,* wurde als eine illegale Organisation bezeichnet und durfte nicht offen agitieren.

Die Tätigkeit der Feldgerichte, die Unterdrückung des freien Wortes und der Terrorismus des *Schwarzen Hunderts* schienen aber den Machthabern noch unzureichend zur Erzielung einer gefügigen *Duma.* Man unterzog deshalb das

ohnehin kümmerliche Wahlgesetz einer sorgsamen Prüfung, und das Resultat dieser feinen juristischen Arbeit war, dass mehrere Zehntausende von Wählern ihres Wahlrechtes verlustig gingen. Der psychologische Zustand der breiten Volksschichten war auch nicht allzu befriedigend. Die Hoffnungen, die man auf die erste *Duma* gesetzt hatte, waren unerfüllt geblieben. Der Massenstreik hat seine Rolle vorläufig ausgespielt. Auf einen bewaffneten Aufstand, das heisst auf einen erfolgreichen, konnten nur die etwas merkwürdig veranlagten Leninianer glauben. Die Bauernunruhen gingen allmählich zurück, und nichts deutet darauf hin, dass sie demnächst wieder grössere Dimensionen annehmen werden. Ein weiterer, die Opposition nicht gerade fördernder, wenn auch unvermeidlicher Umstand ist die fortschreitende Differenzierung des Volkes. Die Nacht des alten Regimes, in der alle Katzen grau schienen, schwindet allmählich, und in dem Masse, wie sie weicht, treten die Eigentümlichkeiten jeder Volksgruppe mit ihren besonderen Interessen immer stärker hervor. Alles organisiert sich, alles sucht in erster Reihe seine eigenen Interessen zu wahren. Das Kapital ist auf diesem Gebiete besonders vorgeschritten. Die kleinen Erfolge, die das Proletariat in den denkwürdigen Oktobertagen des Jahres 1905 erobert hatte, werden allmählich zurückgenommen, und die Arbeiterschaft ist vorläufig noch nicht im stande, diesen Rückgang aufzuhalten.

Alle diese Umstände mussten auf alle Feinde des alten Regimes lähmend wirken. Es bedurfte deshalb besonderer Einsicht und Umsicht, um die bevorstehende Wahlbewegung erfolgreich auszunutzen. Und hier musste man mit den Besonderheiten des russischen Wahlverfahrens rechnen. Das eigentümliche an diesem System ist, dass es keine Stichwahlen erlaubt; entscheidend für die Wahl ist die relative Majorität. Eine Zersplitterung der Stimmen zwischen zwei oder mehreren oppositionellen Parteien konnte zur Wahl eines Reaktionärs führen. Dies nötigte die verschiedenen sozialistischen Gruppen zu Vereinbarungen unter einander und mit den konstitutionellen Demokraten. Denn nur auf diese Weise konnte man sicher sein, dass die Kräfte der Opposition nicht umsonst vergeudet würden. Diese klare Sachlage wurde aber nicht von allen Sozialisten erkannt. Die früheren *Boykottisten,* die *Sozialrevolutionäre* und Sozialdemokraten Leninscher Richtung, glaubten, zu den Lorbeeren, die sie durch ihre Boykottaktik errungen hatten, noch ganz neue der selben Art pflücken zu müssen. Sie kamen zu der unumstösslichen Überzeugung, dass eine Vereinbarung mit den *Kadetten* für einen echten Revolutionär ein Ding der Unmöglichkeit sei. Denn die *Kadetten* haben die Idee einer Konstituante aufgegeben, die *Kadetten* sind gegen den bewaffneten Aufstand, die *Kadetten* sind Verräter des Volkes, und mit Verrätern will man natürlich nichts zu tun haben. Dass diese *Verräter* immerhin, sagen wir, sympathischer sind, als die Herren Kruschewan und dessen Freunde, tut nichts zur Sache. Ein Kruschewan ist ja für die Aufklärung des Volkes viel wichtiger, als die *kadettischen Schwätzer,* die das Volk *einlullen* wollen. Also fort mit den *Kadetten,* und wenn das auch zur Herrschaft des *Schwarzen Hunderts* führen sollte! Die *Kadetten* sind die Gefahr, denn sie wollen der Revolution ein Ende machen. Zwar durch durchgreifende soziale und politische Reformen, aber was kann das für einen Politiker bedeuten, der die demokratische oder sogar sozialdemokratische Republik in greifbarer Nähe sieht!

Diese beiden verschiedenen Auffassungen von den nächsten Aufgaben des russi-

schen Sozialismus gaben zu heftigen Kämpfen Anlass, namentlich zwischen den Anhängern Lenins und dem realistischen Flügel unter Plechanow, Martow etc.[1]) Welcher Gipfel von Geschmacklosigkeit von den Leninianern dabei erklommen wurde, kann man aus den folgenden charakteristischen Proben ersehen. »Die *Minoritätler* [die realistische Richtung]«, schreibt Lenin in einer Broschüre, »betrügen die Arbeiter.« Die Befürchtung der *Minoritätler,* dass bei Zersplitterung der Stimmen die Reaktion siegen kann, wird von Lenin in gut kameradschaftlicher Form als eine »bodenlose Heuchelei, durch welche die *Minoritätler* ihren Kuhhandel mit den *Kadetten* verbergen wollen« bezeichnet. »Die *Minoritätler* haben die Arbeiter verraten . . ., ihr schmutziger Streich ist nicht gelungen«, und so immer weiter mit echt Leninscher Grazie. Die Bemühungen der Leninianer blieben nicht überall erfolglos, und an einigen Orten kamen infolgedessen Reaktionäre durch; doch in den meisten Fällen siegte die gesunde realistische Taktik der Plechanowianer, und fast durchweg wurde sie auch durch Erfolg gekrönt. Das Resultat dieser Kampagne ist das kolossale Übergewicht der realistischen Strömung in der sozialdemokratischen *Duma*fraktion. Das Verhältnis der Realisten zu den *Blanquisten* beträgt ungefähr 4 : 1. Wenn die Realisten ihre bisherige Taktik weiter konsequent verfolgen, so kann man hoffen, dass die Sozialdemokratie in der jetzigen schwierigen Lage ihre Kräfte nicht umsonst vergeuden wird.

Es wäre unrichtig, zu glauben, dass nur die extrem linken Parteien einander bekämpften und schwächten. Auch die rechtsstehenden Parteien waren nicht im stande, einheitlich vorzugehen, und sie bekämpften sich nicht minder heftig, als die Linke. Nach dem Wort *Les extrêmes se touchent* reichen die Reaktionäre die Hand den extremen Revolutionären; sie sind ebenso unversöhnliche Gegner des bestehenden Parlaments, wie die Sozialisten. Selbstverständlich wollen sie die jetzige *Duma* nicht um einer besseren willen zerstören, sondern lediglich in der Hoffnung, diese Institution überhaupt aus der Welt zu schaffen. Die *Echt russischen Leute*, die *Partei der Rechtsordnung,* die *Monarchische Partei* und wie sie alle heissen mögen, sind offene Gegner jedes Konstitutionalismus, und sie trennen sich gerade dadurch von den *Oktobristen,* die einen bescheidenen, sozusagen offiziellen Konstitutionalismus treiben. Auch die Judenfrage spielt bei dieser Trennung eine beträchtliche Rolle, denn die extreme Rechte will nichts von einer Gleichstellung der Juden hören. Diese Uneinigkeit führte auch hier zur gegenseitigen Schwächung, was wir freilich nur begrüssen können. Doch sind die Erfolge der extremen Rechten in der jetzigen Wahlkampagne bedeutend grösser, als die vom vorigen Jahre. In der ersten *Duma* hörte man von offenen Gegnern des Konstitutionalismus überhaupt nichts, während jetzt die Zahl dieser Reaktionäre auf 30 und darüber, ja selbst bis 60 geschätzt wird. Genaue Zahlen sind leider nicht zu bekommen, denn die Parteien haben sich immer noch nicht endgültig konstituiert, und die grosse Zahl der rechts- und linksstehenden Parteilosen ist noch nicht von den verwandten Gruppen aufgesogen worden. Immerhin steht es schon jetzt fest, dass die Reaktion eine bedeutende Zahl ihrer Vertreter in die *Duma* hineingebracht hat, und man muss darauf gefasst sein, dass diese alles aufbieten werden, um die verhasste *Duma* zu sprengen. Um sich eine Vorstellung von der Art und Weise der reaktionären *Taktik* machen zu können, genügt es,

[1]) Vergl. meinen Artikel *Die beiden Richtungen in der russischen Sozialdemokratie* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1906, 2. Bd., pag. 1001 ff.

wenn man weiss, dass der Führer dieser Gruppe, Herr Kruschewan, eine sehr auffallende Ähnlichkeit mit dem Grafen Pückler hat; nur ist er noch blutdürstiger.

Die Zahl der gemässigten Konstitutionalisten (*Oktobristen, Partei der friedlichen Erneuerung*) ist fast auf der selben Höhe geblieben, wie in der ersten *Duma*. Dort hatten sie 38 Stimmen, jetzt rechnet man mit 34. Wenn in der Tonart, in der Form ihres Vorgehens die extreme Rechte und die *Oktobristen* sich von einander unterscheiden, so werden sie in der Sache doch immer zusammen arbeiten. Die Wahl des Präsidiums und der verschiedenen Kommissionen hat schon eine Probe dieser Gemeinschaft abgelegt.

Die grösste Partei der ersten *Duma*, die früher über 184 Stimmen verfügte, ist jetzt bedeutend schwächer zurückgekehrt. Die konstitutionellen Demokraten verfügen jetzt über 117 bis 124 Stimmen und werden wahrscheinlich noch ein halbes Dutzend dazu bekommen. In den meisten politischen Fragen kann diese Partei auf die Stimmen der polnischen Abgeordneten rechnen, deren Zahl ungefähr 40 beträgt. Doch in den sozialen Fragen, besonders in der Agrarreform, werden die Polen sich auf die Seite der Rechten schlagen.

Etwas stärker, aber nicht besonders stark, ist jetzt die nicht- oder halbsozialistische Linke (die *Arbeitsgruppe*, die parteilose Linke usw.). Sie zählte in der ersten *Duma* 85 Stimmen, jetzt wird sie wohl ein volles Hundert besitzen. Diese Gruppe wird in allen Fragen, sowohl in politischen, wie in sozialen, wohl einen schärferen Ton anschlagen, doch immer bestrebt sein, ihre Tätigkeit dem Vorgehen der gesamten Opposition anzupassen. Sie verfügt jetzt über bedeutende Kräfte und hat auch gewisse Erfahrungen in der ersten *Duma* gesammelt.

Sehr nahe dieser Gruppe stehen die *Sozialrevolutionäre*, an Zahl etwa 40, und die *Volkssozialisten*, eine mildere Abart der *Sozialrevolutionäre*. In der Kritik werden *Sozialrevolutionäre* wahrscheinlich ziemlich scharf gegen die Regierung und die *Kadetten* vorgehen, vielleicht werden sie hie und da auch gegen die *Kadetten* stimmen. Doch im grossen und ganzen scheinen sie die Situation richtig aufzufassen, und sie werden sich wohl hüten, die gesamte Opposition durch ein selbständiges Vorgehen zu spalten. Die selbe Einsicht muss man der Majorität der sozialdemokratischen *Duma*fraktion, die insgesamt über 47 bis 65 Stimmen verfügt, zusprechen. Sie hat sie auch bei der Wahl des Präsidiums bewiesen, indem sie mit den *Sozialrevolutionären* und der *Arbeitsgruppe* für den *Kadetten* Golowin gestimmt hat. Doch die 10 bis 12 Leninianer werden sowohl der Gesamtopposition, wie der sozialdemokratischen *Duma*fraktion nicht geringe Schwierigkeiten bereiten. In blinder Wut fallen sie schon jetzt über die Majorität der *Duma*fraktion her, weil diese sich durch die Abstimmung für Golowin zu *Sklaven der Liberalen* gemacht haben. Und noch ein schrecklicheres Verbrechen erblicken die Leninianer darin, dass die Fraktion an einer Konferenz in der Wohnung des *Kadetten*führers Fürst Dolgorukow teilnahm. Die Luft einer *kadettischen* Wohnung scheint den *Unentwegten* einer sozialdemokratischen Gesinnung gefährlich.

Betrachtet man nun die zweite *Duma* im allgemeinen, und vergleicht man sie mit der ersten, so konstatiert man sofort eine tiefgehende Differenzierung, sowohl nach links, wie nach rechts. Die äusserste Linke bilden jetzt nicht die

Kadetten, sondern mehr als 100 Sozialisten verschiedener Richtung. Aber auch die Rechte, die in der ersten *Duma* durch die Nationalliberalen Heyden und Stachowitsch vertreten war, hat an ihrer Spitze den geistigen Vater des Kischinewer *Pogroms,* Herrn Pawolakij Kruschewan. Diese Differenzierung ist die Folge der Aufhebung der unglücklichen Boykottaktik seitens der Sozialisten; andererseits entspringt sie der oben angedeuteten Differenzierung des russischen Volkes selbst.

Es gibt Leute, die da glauben, das Erscheinen der grossen Anzahl der Sozialisten in der *Duma* sei ein Beweis dafür, dass die Stimmung des Volkes jetzt bedeutend revolutionärer sei, als zur Zeit der Einberufung der ersten *Duma.* So hat der *Vorwärts* am 6. März dieser Meinung in seinem Leitartikel in folgenden Worten Ausdruck gegeben: »Nicht mehr bloss Fürsprecher [im *Vorwärts* gesperrt], sondern Vorkämpfer [im *Vorwärts* fett] hat das Volk in die zweite *Duma* geschickt, um die endgültige Liquidierung der ständemonarchischen Staatsordnung zu vollziehen.« Also die *Kadetten* der ersten *Duma* waren *Fürsprecher,* das revolutionäre Volk hat sie niedergestimmt und in die zweite *Duma* nunmehr *Vorkämpfer* gesandt, die eine demokratische Verfassung erkämpfen sollen. Der *Vorwärts* scheint die jetzige Situation in Russland ebenso rosafarben zu sehen, wie die Leninianer. Leider ist dieser Optimismus durch die Tatsachen nicht gerechtfertigt. Die 100 Sozialisten in der *Duma* beweisen nichts für die Stimmung des Volkes. Bei dem verwickelten russischen Wahlverfahren ist die ganze Wahl überhaupt ein Glücksspiel, dessen Resultate die Wirklichkeit nicht widerspiegeln können. Und wenn man die verschiedenen Nachrichten über die Stimmung in der Provinz vernimmt, wenn man überall hört, dass die Bevölkerung die Abgeordneten zur Vorsicht mahnt, und wenn man weiter das ganze Auftreten der zweiten *Duma* verfolgt und mit dem der ersten *kadettischen* vergleicht, so muss man zu der Überzeugung kommen, dass die Rosastimmung des *Vorwärts* leider wenig begründet ist. Wenn dem so ist, so ist es klar, dass die Taktik der Leninianer, die ihr Ziel in der möglichst baldigen Herbeiführung eines Konflikts erblicken, nichts weniger als *revolutionär* genannt werden kann. Und wir können es nur begrüssen, dass die Mehrheit der *Duma*fraktion einen ganz anderen Standpunkt vertritt, der in einer Resolution der Petersburger Bevollmächtigten folgendermassen formuliert wurde. »Unsere Aufgabe«, heisst es dort, »ist einerseits die Kritik der Halbheit und Schüchternheit des bürgerlichen Liberalismus, andererseits aber die Unterstützung aller oppositionellen Schritte des liberalen Bürgertums, die gegen das alte Regime gerichtet sind. Sie [die Abgeordneten] müssen bestrebt sein, gegen die absterbende Ordnung die ganze *Duma*opposition zu vereinigen, um durch gemeinschaftlichen Vorstoss des ganzen Volkes den Sturz der Bureaukratie zu beschleunigen.« Also kein Kampf gegen die *Kadetten,* kein Bestreben, die Opposition zu spalten und eine Scheidewand zwischen den *Fürsprechern* und *Vorkämpfern* zu errichten! Diese vernünftige Taktik basiert auf der richtigen Erkenntnis, dass die Aufgabe der jetzigen *Duma* nicht darin bestehe, die angeblich genügend vorhandenen revolutionären Kräfte zum Sturm zu führen, sondern die nicht ausreichend vorhandenen Kräfte zu schaffen, zu vermehren und zu verstärken. Durch die zeitweiligen Misserfolge der früheren Aktionen, durch den Terrorismus der Regierung und des *Schwarzen Hunderts* ist das Volk gewissermassen

eingeschüchtert und demoralisiert; die *Duma* hat deshalb die Aufgabe, den gesunkenen Mut wieder zu heben, das Volk mit neuer Energie zu erfüllen. Je länger die *Duma* bestehen bleibt, desto besser wird diese Aufgabe gelöst werden können. Und Plechanow hat vollkommen recht, wenn er der *Duma*-fraktion den Rat gibt, der Regierung keine Veranlassung zu einer scheinbar gerechtfertigten Auflösung der *Duma* zu geben.

Also Erhaltung der *Duma*: das ist vorläufig das Ziel der gesamten Opposition. Ein langes Leben wird ihr gleichwohl schwerlich beschieden sein. Mehrere Zeichen deuten darauf hin. Wollen die Sozialisten sich nicht betrügen, dann dürfen sie in der kurzen *Duma*zeit sich nicht durch *revolutionäre* Phrasen berauschen und in völlig nutzlosem Kampf gegen die *Kadetten* ihre Kräfte vergeuden. Der Feind steht etwas weiter rechts.

××

MORRIS HILLQUIT · DIE GEGENWÄRTIGE LAGE DES AMERIKANISCHEN SOZIALISMUS



IE Vereinigten Staaten nähern sich stetig dem Gipfelpunkt der kapitalistischen Entwickelung, der Trustifizierung der Industrieen, und zwar geht dieser Prozess nicht in Generationen, sondern in Jahren vor sich. Innerhalb der sechs Jahre, die seit der Zählung von 1900 verflossen sind, hat die kapitalistische Produktion in den Vereinigten Staaten absolut und relativ grössere Fortschritte gemacht, als innerhalb der zehnjährigen Periode zwischen diesem und dem vorigen Zählungsjahre. Von 1900 bis 1905 hat sich das in grossen Fabriken angelegte Kapital von ungefähr 9 auf 12,7 Milliarden Dollars (in runden Zahlen) vermehrt, während die Anzahl der grossen Fabriketablissements stationär blieb. Der Wert der Produktion der in diese Klasse einbegriffenen Fabriken stieg in der selben Periode von 11,5 auf fast 15 Milliarden Dollars, und die Anzahl der darin beschäftigten Lohnarbeiter von 4 715 000 auf 5 470 000. Die im vorigen Jahre von dem Handels- und Arbeitsdepartement veröffentlichten Ergebnisse der Betriebszähluno offenbaren die erstaunliche Tatsache, dass im Jahre 1904 11,2 % der Fabriketablissements 81,5 % des ganzen in der Fabrikation der Vereinigten Staaten angelegten Kapitals beherrschten und 79,3 % aller Produkte lieferten. 38 % der Gesamtwerte wurden von ungefähr 1900 Fabriken (weniger als 1 % aller) produziert. Die Entwickelung der Eisenbahnindustrie hat mit der der Fabriken Schritt gehalten, und beide wurden noch von der Tätigkeit und Spekulation in der Finanzwelt überflügelt. Mehr, als je, haben die letzten paar Jahre von dem Anwachsen kolossaler Vermögen und der Bildung ganz erstaunlicher Geschäftskombinationen Zeugnis abgelegt.

Der Marsch des kapitalistischen Fortschritts artete in eine tolle, wahnsinnige Jagd nach Reichtum aus, an welcher Tausende teilnahmen, während Millionen niedergetreten wurden. Die politischen und geschäftlichen Zänkereien der streitenden Finanzfürsten nahmen von Zeit zu Zeit solche Dimensionen an, dass sie das grosse Publikum erreichen mussten, und da diese Befehlshaber der Industrie sich ihrer grenzenlosen Macht bewusst waren, wurden sie manchmal sorglos und schlugen alle Vorsicht in den Wind.

Im Sommer 1904 begann Thomas Lawson, ein Bostoner Finanzmann, der sich

mit der mächtigen Gruppe amerikanischer Geldkönige, die die *Standard Oil Company* bilden, überworfen hatte, die Veröffentlichung einer Reihe von Mitteilungen über die Methoden jener Gesellschaft, und das Land stand entsetzt vor dem Gewebe von Treulosigkeit und Korruption, die die Handlungsweise unserer hervorragenden Bürger gegen einander und das Publikum charakterisieren. Diese Blosslegung des Mechanismus in der *haute finance* wurde noch vervollständigt durch die offizielle Untersuchung der Lebensversicherungsgesellschaften, die im Jahre 1905 von der Gesetzgebung des Staates New York angeordnet wurde. Das Lebensversicherungsgeschäft ist in den Vereinigten Staaten ein sehr ausgedehntes. Hunderte von Millionen Dollars sind von Leuten aus allen Gesellschaftsklassen darin angelegt, und diese ungeheuren Summen bilden häufig die einzige Deckung für die Witwen und Waisen der zahlreichen Policeninhaber. Die gesetzliche Untersuchung offenbarte den gewissenlosesten Missbrauch dieses *heiligen* Pfandes. Die *hochherzigen* Finanzmänner und ausgezeichneten Bürger, die die Fonds gewöhnlich als Administratoren verwalteten, hatten sich kein Gewissen daraus gemacht, sie in übertrieben hohen Gehältern und Honoraren, die sie sich selber zahlten, zu verschwenden, sie zu ihren eigenen dunkeln Finanzoperationen zu verwenden und ganz offen zur Unterstützung der herrschenden politischen Partei, sogar zur Bestechung von gesetzgebenden Versammlungen anzugreifen.

Das Echo dieser Skandale in der Finanzwelt war kaum verklungen, als der junge Sozialist Upton Sinclair durch die Veröffentlichung seines jetzt berühmten Romans *The jungle* eine Bombe in das Lager des industriellen Kapitalismus schleuderte. Dieser Roman, der eine sehr realistische Schilderung der empörenden Verhältnisse in unseren hauptsächlichsten Viehniederlagen enthält,[1]) machte einen so tiefen Eindruck auf das Publikum, dass der Präsident der Republik sich genötigt sah, auf diese Veranlassung hin eine offizielle Untersuchung anzuordnen. Diese bestätigte die Anklagen des Romans vollkommen und führte zu gewissen Abhilfe versprechenden Gesetzen im Kongress der Vereinigten Staaten. Gleichzeitig wurde infolge verschiedener Ursachen die abgrundtiefe Korruption der Verwaltungen mehrerer unserer grössten Städte ans Licht gezogen. Bald hier, bald dort, wurde gezeigt, dass New York, Chicago, Philadelphia, Minneapolis, Pittsburg, Milwaukee und Saint-Louis in den Krallen räuberischer politischer Vereinigungen lagen, deren Handel mit Stadtgerechtsamen, Stadteigentum und Ämtern ein grelles Licht auf die politischen Methoden und Moral unseres Landes warf. Kurz, der Segen und die Schönheit des konzentrierten Kapitalismus kamen der grossen Masse der Bevölkerung schmerzlich zum Bewusstsein.

Die allgemeine Unzufriedenheit des Volkes mit den bestehenden Verhältnissen verbreitete sich immer mehr, fasste immer tiefere Wurzeln und fand in allen Organen unseres öffentlichen Lebens, besonders in unserer Literatur und Politik, Ausdruck. Wenn die Literatur eines Landes die geistige Stellung eines Volkes widerspiegelt, so haben die Amerikaner in der letzten Zeit wirklich eine sehr entschiedene Auflehnung gegen die bestehenden politischen und ökonomischen Missbräuche und eine entschiedene Neigung zum Radikalismus kundgegeben. Die Kritik der bestehenden Einrichtungen und die Diskussion über

[1]) Vergl. Max Schippel *Parteipolitische Betrachtungen zum Fleischtrustskandal* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1906, 2. Bd., pag. 622 ff.

vorgeschlagene soziale Abhilfemittel sind in den letzten paar Jahren der Grundton unserer nationalen Presse und Literatur gewesen.

Auf dem Gebiete der Dichtung hat der radikale und noch mehr der sozialistische Roman, was Bedeutung und Popularität anlangt, den ersten Rang eingenommen. Nicht nur sind Jack London und Upton Sinclair, die Sozialisten und Mitglieder der *Socialist Party* sind, die gelesensten Romanschriftsteller, sondern es ist einem neuen Roman fast unmöglich geworden, Aufmerksamkeit zu erregen und sich allgemeine Gunst zu erwerben, wenn er nicht ein soziales oder sozialistisches Motiv enthält. Im allgemeinen ist der Sozialismus das häufigste und lebensfähigste Diskussionsthema in unseren Büchern, Zeitschriften und Zeitungen geworden. Während wir vor einigen Jahren die amerikanische Presse nicht dazu bringen konnten, von unserer Bewegung Notiz zu nehmen, sind wir heute so weit gekommen, dass unsere bedeutendsten Verlage fortwährend sozialistische Werke drucken, unsere Zeitschriften von sozialistischen und halbsozialistischen Artikeln wimmeln, und unsere Tageszeitungen Spalten über Spalten den Kommentaren über die sozialistische Bewegung und Philosophie widmen. Noch ein Beweis von diesem Geist der Zeit ist die *Literatur der Enthüllungen*, welche in den letzten Jahren die begabtesten unserer jungen Journalisten und Schriftsteller unter ihrem Banner vereinigt hat. Diese moderne Schule der amerikanischen Literatur hat viel dazu beigetragen, die Fäulnis und die Korruption vieler unserer politischen und industriellen Einrichtungen aufzudecken, und sie hat einen Umfang und einen Einfluss gewonnen, der nur mit der alten russischen Enthüllungsliteratur zur Zeit der Bewegung für die Aufhebung der Leibeigenschaft verglichen werden kann. Freilich muss hier auch der pseudosozialistischen Tagespresse gedacht werden, welche auf das im Volke verbreitete Gefühl der Unzufriedenheit spekuliert und sich durch ihre scheinbar ultraradikale Haltung allen die öffentliche Meinung erregenden Fragen gegenüber eine ungeheure Verbreitung sichert. Der Vater dieses modernen Schandflecks des Journalismus ist Herr William Randolph Hearst, der in den grössten Städten der Vereinigten Staaten eine Kette von Zeitungen dieses Typus gegründet hat, deren kombinierte Verbreitung auf 2 Millionen Exemplare pro Tag geschätzt wird.

Wenn die allgemeine Unzufriedenheit und die *soziale Unruhe* den Grundton unserer neueren Literatur bilden, so waren sie in noch höherem Masse die Leitsterne unserer neueren Politik. In keinem Lande der Welt wahrscheinlich sind die politischen Parteien so arm an bestimmten Parteiprinzipien und so schnell in der Erfassung des wechselnden Zeitgeistes, wie in den Vereinigten Staaten. Innerhalb der letzten zwei Jahre haben unsere herrschenden politischen Parteien tatsächlich in Radikalismus gewetteifert. Die jetzt am Ruder befindliche republikanische Partei hat durch ihren angriffslustigen Präsidenten einen systematischen Feldzug gegen die Missbräuche der Trusts und Monopole eingeleitet, im Kongress sind gewisse Gesetze durchgegangen, die eine strengere Regierungsaufsicht in der Nahrungsmittelfabrikation, die Regulierung der Eisenbahntarife und die Beschränkung der Kinderarbeit betreffen, während die Gerichtshöfe der Vereinigten Staaten einen ungewohnten Eifer in der strengen Anwendung der Antitrustgesetze und der Bestrafung kapitalistischer Sünder entfalten. Andererseits hat die demokratische Partei die Gelegenheit benutzt, auf zahlreichen örtlichen und staatlichen Tribünen die nichtswürdigen Trusts

und Monopole noch heftiger anzuklagen und den Übergang gewisser Industrieen in städtisches und staatliches Eigentum zu verlangen.

Zu gleicher Zeit und als Teil des selben Prozesses sind in verschiedenen Teilen des Landes neue Reformparteien und -bewegungen entstanden. Die *American Federation of Labor,* die grösste Vereinigung organisierter amerikanischer Arbeiter, verletzte zum erstenmal während ihres fünfundzwanzigjährigen Bestehens ihr Gelübde politischer Neutralität, als sie in die Kongresswahlen von 1906 eingriff. In abgesonderten Landesteilen, besonders im Staate Kalifornien, organisierten sich die lokalen Gewerkschaften zu unabhängigen politischen Parteien unter dem Namen der *Union Labor Party.* In der Stadt San Francisco, der westlichen Metropole Amerikas, gelang es dieser Partei zweimal, die städtischen Wahlen nach ihrem Willen durchzusetzen.

Von bedeutend grösserem Umfange jedoch, als diese Arbeiterparteien, waren die zahlreichen Mittelstandsreformbewegungen in der neuesten Periode der amerikanischen Politik. Das Jahr 1905 war ein denkwürdiges Jahr für diese Bewegungen. In ihm wurde der Richter Edward F. Dunne, der sich in seinem Wahlprogramm für das städtische Eigentumsrecht an den Strassenbahnen und für andere städtische Monopole ausgesprochen hatte, zum Bürgermeister von Chicago, Joseph W. Folk, der sich durch die gerichtliche Verfolgung der verbrecherischen städtischen Beamten und politischen Matadore von Saint-Louis einen Namen gemacht hatte, zum Gouverneur von Missouri, und Robert M. La Follette, ein bekannter Radikaler und Reformer in der Politik, zum Gouverneur von Wisconsin und später zum Senator der Vereinigten Staaten gewählt. Endlich war dieses Jahr Zeuge des bemerkenswerten Kraftstücks Williams R. Hearsts in der Stadt New York.

Hearst, der bis dahin eine ziemlich unbedeutende Rolle in der demokratischen Politik gespielt hatte, hatte durch seine Zeitungen während der New Yorker Kommunalwahlen im Jahre 1905 die Ausdehnung der städtischen Regie in Anregung gebracht, und als die herrschenden politischen Parteien sich nicht dazu verstanden, dafür einzutreten, sagte er sich von seinen früheren politischen Verbindungen los und begann eine eigene Bewegung. Die Organisation, in welcher sich diese Bewegung krystallisierte, war die *Municipal Ownership League,* und ihr Kandidat für das Bürgermeisteramt in New York Hearst selber. Die Organisation bildete sich in der Eile der Wahlkampagne und hatte nie mehr als eine nominelle Existenz. Sie trat für das städtische Eigentumsrecht und eine Reihe anderer ziemlich unklarer, radikal klingender Forderungen ein, aber vor allem repräsentierte sie den Geist der Unzufriedenheit gegen die bestehenden Verhältnisse. Zuerst wurde die Bewegung von den alten Politikern New Yorks nicht ernst genommen, aber als die Wahl herannahte, gewann sie eine unerwartete Macht und Ausdehnung. Am Tage der Wahl hatte nach der offiziellen Zählung Hearst 222929 Stimmen gegen 228397, die für seinen glücklichen Gegner, George B. McClellan, von der demokratischen Partei abgegeben wurden. Hearst und seine Anhänger haben seit dieser Zeit mit sehr viel scheinbarer Berechtigung die Wahl angefochten, und der Streit um die Bürgermeisterwürde von New York schwebt noch vor dem Gerichtshof. Ermutigt durch diesen ziemlich unerwarteten Erfolg der städtischen Wahl traten Hearsts Truppen bei der staatlichen Wahl des Jahres 1906 schon in bedeutend höherem Masse hervor. Im Staate New York reorganisierte

Hearst seine Partei unter dem Namen *Independence League* und liess sich von ihr als Kandidat für den Posten des Gouverneurs des Staates mit einem ziemlich unbestimmten, aber im grossen und ganzen radikalen Programm aufstellen. Auch von der demokratischen Partei, deren Programm ganz bestimmt und entschieden reaktionär war, wurde er akzeptiert, und er erhielt 691 105 Stimmen gegen 749 002, die für seinen republikanischen Gegner abgegeben wurden. Die Hearst-Bewegung spielte auch eine bedeutende Rolle in den Wahlen von Massachusetts, wo ihr Kandidat, Moran, 192 295 Stimmen unter etwas mehr als 400 000 erhielt, und in Kalifornien, wo der Hearst-Kandidat für den Gouverneurposten, Langdon, 45 008 Stimmen unter ungefähr 300 000 erhielt.

Die unmittelbare Wirkung dieser radikalen Entwickelung im ökonomischen, literarischen und politischen Leben unseres Landes auf die organisierte sozialistische Bewegung war, wie zu erwarten stand, nicht sehr günstig. Die mächtigen Reformbewegungen, welche den ungeduldigen Massen die Scheinhoffnung auf sofortige Erleichterung vorspiegelte, lenkten ihre Aufmerksamkeit von den radikaleren, aber langsamer wirkenden Heilmitteln ab, welche die Sozialisten ihnen darboten, und während die sozialistische Stimmenzahl in den letzten Jahren im ganzen eine ausgesprochene Vermehrung zeigt, hält sie keineswegs Schritt mit dem Anwachsen des sozialistischen Empfindens in den Vereinigten Staaten.

In der letzten Präsidentenwahlkampagne, der vom Jahre 1904, stand die Sache des Sozialismus recht gut. Die zwei grossen Parteien hatten beide *sichere* und konservative Kandidaten aufgestellt (den Präsidenten der Republik, Theodore Roosevelt, und den demokratischen Oberrichter des New Yorker Appellhofes, Alton B. Parker), die alte Volkspartei war durch ihre frühere Verbindung mit den Demokraten ohne Einfluss und zudem in ihren eigenen Reihen desorganisiert und uneinig. Die Sozialisten waren daher die einzigen Repräsentanten eines wirklichen Radikalismus in der Politik und in der Lage, ihre wirklichen Hilfskräfte voll aufzubieten. Diese günstige Gelegenheit wurde von ihnen erkannt und gehörig ausgenutzt, und sie eröffneten eine Wahlkampagne, deren Intensität, Ausdehnung und Erfolg alle früheren Anstrengungen der sozialistischen Bewegung in diesem Lande in den Schatten stellte. Die Stimmenzahl für Eugene V. Debs, den Präsidentschaftskandidaten der Partei, betrug in diesem Jahre 408 230 gegen 229 762 im Jahre 1902, was früher die höchst erreichte Zahl war. Bei den Wahlen von 1906 jedoch taten die zahlreichen Reformparteien und -bewegungen der Stimmenzahl der *Socialist Party* schweren Abbruch und reduzierten sie auf 330 158 (was sich aus den Stimmenzahlen in jedem Staate ergibt). Die *Socialist Labor Party* erhielt in der selben Periode 33 536 Stimmen im Jahre 1904 und 24 880 im Jahre 1906.

Wie jedoch schon bemerkt, kann die Entwickelung der sozialistischen Bewegung in den Vereinigten Staaten durchaus nicht nach dieser schwankenden Stimmenzahl bemessen werden. Die Bewegung hat im ganzen in der letzten Zeit sehr grosse Fortschritte gemacht. Gegen Ende des Jahres 1903 bestand die *Socialist Party* aus ungefähr 1200 örtlichen Vereinen mit einer Gesamtzahl von ungefähr 20 000 eingetragenen und zahlenden Mitgliedern. Am Ende des Jahres 1906 war die Zahl der lokalen Organisationen auf ungefähr 1900 mit einer kombinierten Mitgliederzahl von nicht weniger als 35 000 gestiegen. Heute

hat die Partei reguläre Landesorganisationen in 39 Staaten der Union und zerstreute Lokalorganisationen in anderen Staaten und Territorien. Dabei umfasst die *Socialist Party* nicht die ganze organisierte sozialistische Bewegung des Landes. Ihre Rivalin, die als *Socialist Labor Party* bekannt ist, besitzt noch mehrere Tausend Mitglieder, und ausser beiden politischen sozialistischen Parteien gibt es Hunderte von unabhängigen Klubs und Gesellschaften in verschiedenen Teilen des Landes, die nur zum Zweck sozialistischer Propaganda organisiert sind.

Noch ein Beweis für das Fortschreiten des sozialistischen Empfindens in den Vereinigten Staaten ist das Wachstum der sozialistischen Presse. Im Jahre 1903 wurde die *Socialist Party* von ungefähr 30 Organen in verschiedenen Sprachen unterstützt. Im letzten Jahre hat sich die Zahl der streng sozialistischen Organe auf ungefähr 50 vermehrt. Darunter sind mehr als die Hälfte Zeitschriften in englischer Sprache, 3 Monatsschriften und die übrigen Wochenschriften; 23 werden in anderen Sprachen gedruckt, und zwar 8 deutsch (darunter 2 Tageszeitungen), 4 in jüdischer Sprache (1 Monatsschrift, 1 Wochenschrift und 2 Tageszeitungen), 2 in finnischer und je 1 in französischer, italienischer, tschechischer, polnischer, ungarischer, lettischer, litauischer, slowenischer und schwedischer Sprache. So hat sich die sozialistische Propaganda über alle Nationalitäten und alle Landesteile verbreitet. Seit dem letzten Herbst geben die Chicagoer Sozialisten eine täglich erscheinende Zeitung in englischer Sprache heraus, und in New York und Kalifornien wird die Gründung ähnlicher Zeitungen eifrig vorbereitet.

Die periodischen Organe sind jedoch nicht die einzigen Medien der *geschriebenen Propaganda* des Sozialismus. In den letzten paar Jahren ist eine ungeheure Zahl sozialistischer Bücher und Broschüren in den Vereinigten Staaten gedruckt und in grossen Mengen verkauft oder abgegeben worden. Eine Anzahl dieser Schriften wurde von grossen Verlagsanstalten als gut bezahlte Artikel herausgegeben, aber der grösste Teil wurde von speziellen sozialistischen Verlegern gebracht, besonders von der Firma Kerr in Chicago und dem *Appeal to Reason* von Girard in Kansas. Eine andere und nicht weniger wichtige Art der sozialistischen Literatur bilden die Propagandaflugblätter, welche die Sozialisten drucken und das ganze Jahr hindurch, besonders aber während politischer Kampagnen, über das ganze Land verbreiten. Diese Flugblätter, welche die verschiedenen Seiten der sozialistischen Bewegung und Philosophie in populärer Weise behandeln, werden grösstenteils von den verschiedenen nationalen und lokalen Organisationen der *Socialist Party* herausgegeben, und wir haben über ihre Anzahl keine Statistik. Wir glauben jedoch nicht zu übertreiben, wenn wir sagen, dass nicht weniger als 100 000 000 solcher Flugblätter in den letzten drei Jahren in den verschiedenen Teilen des Landes verbreitet worden sind.

Wie in allen anderen Ländern, ist auch die sozialistische Bewegung in den Vereinigten Staaten vornehmlich eine Bewegung der Arbeiterklasse. Es wäre jedoch ein Irrtum, anzunehmen, dass die aktiven Mitglieder der Bewegung ausschliesslich Söhne der Arbeit mit *schwieliger Faust* sind. Wahrscheinlich mehr, als überall anderswo, umfasst in den Vereinigten Staaten der Sozialismus zahlreiche Anhänger aus den besser situierten Klassen der Gesellschaft. Die *Socialist Party* zählt unter ihren Mitgliedern eine grosse Anzahl Berufs-

und Geschäftsleute, sogar Leute mit bedeutendem Vermögen und hoher sozialer Stellung. Im Sommer 1905 vermachte Frau Carrie Rand, die Schwiegermutter des bekannten sozialistischen Schriftstellers und Propagandisten George D. Herron, das Einkommen eines Fonds von ungefähr 200 000 Dollars zur Gründung einer Anstalt, in welcher der Sozialismus und die mit ihm verbundenen sozialen Wissenschaften gelehrt werden sollten. Dieses Vermächtnis diente zur Begründung der *Rand School of Social Science* in der Stadt New York, in welcher einer Menge eifriger Studierender systematischer Unterricht durch einen Lehrkörper erteilt wird, der aus mehreren wohlbekannten Universitätsprofessoren und ebenso wohlbekannten sozialistischen Schriftstellern und Dozenten besteht. Im selben Jahre organisierten einige Akademiker und Studenten eine *Intercollegiate Socialist Society*, um das Studium des Sozialismus in den Kreisen der akademischen Jugend anzuregen und zu verbreiten.

So sind die positiven Errungenschaften unserer sozialistischen Bewegung in den letzten drei Jahren durchaus nicht unbedeutend. Die grössere Bedeutung dieser Periode liegt jedoch weniger in ihren positiven Errungenschaften, als vielmehr in der Tatsache, dass sie das Material geschaffen und den Boden vorbereitet hat für eine grössere und einflussreichere sozialistische Bewegung, die sicher innerhalb kurzer Zeit in den Vereinigten Staaten entstehen wird. Das tiefe, durch die neuere Entwickelung in unserem industriellen und politischen Leben hervorgerufene Gefühl der Unzufriedenheit hat grosse Massen der Bevölkerung mächtig ergriffen. Diese Massen werden sich nie wieder mit den bestehenden Verhältnissen und Ungerechtigkeiten aussöhnen. Sie haben ihrem alten politischen Glauben entsagt und sich von ihren alten politischen Verbindungen getrennt, sie sind bereit, mit den Gegnern des bestehenden Regimes Hand in Hand zu gehen. Noch einige Zeit werden sie wahrscheinlich eine leichte Beute politischer Quacksalber und Abenteurer von radikalem oder reformistischem Schlage werden. Aber diese Reformbewegungen werden sie nicht lange festhalten können. Sie besitzen weder ein klares Programm, noch irgend ein System, keine bestimmten sozialen Ideale und keine Gleichmässigkeit im Handeln. Sie repräsentieren nicht konsequent die ökonomischen Interessen der Arbeiterklasse, müssen auf die Dauer ihre Anhänger enttäuschen und ihren Widerwillen erregen und endlich untergehen, wie die vielen zerstreuten Reformparteien vor ihnen untergegangen sind. An dem Tage dieses Untergangs wird die sozialistische Bewegung Amerikas eine reiche Ernte einheimsen.

××

ERNST SCHUR · FRAUENFRAGE UND KULTUR

KULTUR ist Erscheinungsform der Kraft. Solange diese Kraft nur Drang, unklares Wollen bleibt, betrachten wir sie als ein elementares Ereignis. Sobald aber dieses Wollen Ziel hat, tritt es als Kultur in die Erscheinung. Die Gewalt, mit der es sich betätigt, wird nutzbar gemacht dem Allgemeinwillen. Man kann es vergleichen mit dem tosenden Wasserfall, der über Felsen hinabstürzt. Als solcher ist er nur Naturkraft. Nutzbar gemacht, treibt er die Maschinen, beleuchtet er die Städte, lässt er die elektrischen Bahnen durch die Strassen fliegen. Das Volk ist solch eine Naturkraft. Sobald es sich seiner Kraft bewusst wird, setzt es sich ein

Ziel. Es strebt hinaus aus der Dumpfheit. Es begreift sich als Einheit, als Kraft. Die Summe dieser Ziele, dieser Bestrebungen, sehen wir heute im Sozialismus. Auch die Frau besinnt sich auf ihr Wesen, auf ihr Wollen. Sie strebt aus dem Zustand der Umgrenzung heraus. Einer Umgrenzung, die gezogen war, ehe sie ganz in der Freiheit gestanden hatte, so dass sie nie ihre Kräfte eigentlich gebraucht hatte. Verkümmerung war die entsetzliche Folge dieser Erscheinung. Auch hier fallen die Fesseln. Es wird ein Anfang gesetzt. In diesem einheitlichen Zielstreben nach Befreiung betätigt sie Kraft. Und indem diese Kraft sich Ziele setzt, immer reiner, mannigfaltiger sich erprobt, wird sie Kultur, tritt sie als Machtfaktor ein in die Kreise des Werdens.

Diese beiden Bewegungen geben unserer Zeit den charakteristischen Stempel. Sie sind das Neue in unserer Zeit. Der Sozialismus. Die Frauenbewegung. Beides Freiheitskämpfe intensivster Glut, deren Wollen sich fortpflanzt von Geschlecht zu Geschlecht. Zugleich ein Beispiel für die Art, wie in moderner Zeit Schlachten geschlagen und mit zäher Energie gewonnen werden, indem dem Gegner Stück um Stück des Gebietes genommen wird, und die Front langsam, aber stetig vorrückt. Wir haben wohl in früheren Zeiten hier und da ein Aufflackern. Zeitweilig verdichtet sich, in besonders kraftvollen Epochen, in denen die Unterdrückung den Widerstand hervorruft, der soziale Wille zu imponierenden Kraftäusserungen. Der Plan fehlt. Die Intelligenz fehlt. Das kulturelle Element fehlt. Kraft ist da. Aber es ist nur Drang, nicht Wille. Erst in unserer Zeit werden diese Tendenzen so entscheidend, dass sie beginnen, das ganze Kulturleben zu durchsetzen, in einer langsamen Minierarbeit eine neue Welt vorzubereiten. Der Befreiungskampf der Menschheit nimmt im Sozialismus, wie in der Frauenbewegung seinen siegreichen Fortgang.

Bei allen den Fragen, die die Frauenbewegung betreffen, muss man sich dies eine offenhalten: dass wir nicht zu voreilig nach festen Resultaten fragen und dann, wenn diese etwa nicht so ausfallen, wie man es erwartet, erwarten zu können glaubt, vorschnelle Kritik an der Sache selbst üben dürfen. Eine Korrektur von Jahrhundertentwickelungen wird nicht in ein paar Jahren vollzogen, und es ist möglich, dass die Folgezeit ganz andere Forderungen stellt, als die unsere, so dass demgemäss auch die Resultate andere sind. Es ist selbstverständlich, dass eine Welt, in der die Frau in ihre Rechte eingesetzt ist, anders aussehen wird, als die unsere. Wie sie aussehen wird, das können wir nicht sagen. Jede Befreiung einzelner Teile bringt notwendig eine Bereicherung des Ganzen mit sich. Und es ist die Art so tiefgreifender Veränderungen, dass sie langsam vor sich gehen. Gerade das ist die sichere Gewähr inneren Kraftgefühls.

Intelligente Kritiker machen oft, indem sie die Welt in ihrer gegenwärtigen Verfassung beurteilen, den Einwand: die Frau übe schon Herrschaft und Einfluss genug aus; hinreichend, ja, zu viel Macht sei ihr zugestanden, es sei sogar an der Zeit, diesen Einfluss zurückzudämmen. Dieser Einwand, so trivial er klingt, hat insofern etwas Wahres, als er in sich schon eine Kritik der Gegenwart enthält. Angesichts der Fülle der neuen, lebenskräftigen Momente, die in der Frauenbewegung zur Entwickelung kommen, fällt es schwer, diese Argumente als ernste zu nehmen. Angesichts der gegenwärtigen Verhältnisse sind sie nur zu berechtigt. Die Gegner reden hier an einander vorbei. Denn gerade dieser verderbliche, erniedrigende Einfluss, der, auf Geschlechtsmomenten be-

ruhend, von der geistig minderwertigen Frau ausgeht und immer wieder geschürt wird, der soll gebrochen werden. Der Egoismus, der sich schliesslich in der von allem ernsten Streben abgeschlossenen und doch um ihrer äusserlichen Reize begehrten und verehrten Frau entwickelt, die schliesslich mit ihrer Person einen möglichst raffinierten Kultus und Handel treibt, ist eine unnatürliche Folge dieser künstlichen Abschliessung. Dagegen aber richtet sich gerade die Kritik. Die Kritik beider Gegner. Denn beide wollen diesen Einfluss der Frau brechen. Der eine nimmt fälschlicherweise an, als sollte die Frauenbewegung den Frauen ein noch grösseres Übergewicht und Ansehen geben, als sie seiner Meinung nach schon haben; und dagegen geht er an. Mit Recht. Denn auch der sozialistische Kritiker geht dagegen an. Er weiss aber, dass dieser Einfluss hier gar nicht in Frage kommt. Dieser erfährt gerade in der Frauenbewegung einen korrigierenden Ausgleich. Die Frauenbewegung führt die Frau wieder in die grossen, umfassenden Kulturkreise ein, in denen das reife, volle Menschentum zur Entfaltung kommt, und die spielerischen Koketterieen von Männchen und Weibchen aufhören. Denn auch da müssen wir gerecht sein und mit der mittelalterlichen Auffassung, als sei das Weib das Gefäss des Teufels, brechen. Diese Auffassung spukt ja immer noch, selbst in Köpfen, die sich sehr erleuchtet vorkommen, herum. Wenn nun doch einmal die Welt in ihrer gegenwärtigen Form vom Manne erschaffen ist und ihm aller Kulturlohn gebührt, so müssten wir konsequenterweise auch die Stellung der Frau, die sie jetzt einnimmt, gutheissen, denn sie müsste ja unser Werk sein. Wie könnten wir da mit einemmal Halt machen? Wäre unser Machtwille, unsere Kulturkraft wirklich so entscheidend, wenn wir in der Haupt- und Kernfrage, dem Verhältnis der Geschlechter, uns so hätten düpieren lassen? Wenn wir so ohnmächtig gewesen wären? Also weshalb greinen und jammern wir so über unser Werk? Ich möchte diese Art Gegner *ad absurdum* führen, darum argumentiere ich so.

Die moderne Dichtung und Kunst ist zum Teil ein getreues Spiegelbild dieser Gegenwartskultur, die sich scheut, endgültig einen neuen Anfang zu setzen. Da spielt das Dämonisch-Sexuelle noch eine Rolle, als konzentrierte sich hier das Weltgeschehen, als seien wir eigentlich weiter nichts, als Träger von Geschlechtsorganen. Mann und Weib stehen einander als Feinde gegenüber. Es ist da keine Rede davon, dass durch die Jahrhunderte andauernde Vererbung ein Ausgleich der Kräfte herbeigeführt wird. Keine Rede davon, dass vielleicht keiner von uns mehr nur Mann, keine nur Weib ist, sondern in allen ein Hinüberfluten der männlichen und weiblichen Eigenschaften stattfindet. Im Mittelpunkt dieser Kunst und Dichtung steht das Weib. Das Weib als Zerstörerin, als Unruhstifterin. Es schliesst sich da ein internationaler Kreis von Anschauungen. Rops, Beardsley, Strindberg, Przybyszewski, Wedekind. Neben der Verdammung die Anbetung; Hass und Liebe zu einem unauflöslichen Knäuel dunkler Regungen verbunden. Es ist merkwürdig, wie sich diese Anschauung von Wert und Wesen des Weibes aufs engste mit der Anschauung jedes Philisters berührt. Auch er sieht in der Frau nur das Geschlechtswesen, dem er einmal zum Opfer fällt, um es dann zu hassen, das in seiner gezähmten Form *Hausfrau* heisst. Eine Kultur, die ein Ende ist. Alte Anschauungen, die, im Innersten morsch, wert sind, zu Grabe getragen zu werden. Darum betont sie sich noch einmal mit der wahnsinnigen Energie des Verzweifelten, der weiss,

dass sein letztes Stündlein gekommen ist. So vorgeschritten diese Kunst sich vorkommt, so uralt ist sie in ihren kulturellen Tendenzen. Nur das Moralische trennt sie vom Philister, als ganz äusserliches Moment. Die Ähnlichkeit mit den Anschauungen der kirchlichen Schriftsteller ist zu auffallend, als dass sie geleugnet werden kann.

Das Fruchtbare, Wertvolle daran ist, dass in dieser Kunst und Dichtung sich wie in einem Zerrspiegel die Tendenzen der Zeit spiegeln. Wir sehen die letzten Zuckungen, das wütende Aufbegehren. Die negative Kritik, die darin liegt, weist in die Zukunft. Doch seien wir gerecht, wo in unserer Dichtung überhaupt meldet sich, wenn auch ganz schüchtern, dieses Neue? Ist nicht unsere ganze Literatur, und speziell die moderne, die sich so vorgeschritten dünkt, im Grunde auf diesem Gebiet reaktionär? Ich meine natürlich nicht die äusserliche Behandlung dieser Probleme. Ich denke nicht daran, das Stoffliche in den Vordergrund zu schieben. Überall behält noch die alte Auffassung die Übermacht, und kaum kommt dieses Neue über die Grenzen einer egoistischen Schwärmerei hinaus. Es steckt hinter jeder Dichtung Erfahrung, Erleben, und die Tendenz, die Kulturhaltung der Dichtungen zeigt, nach welcher Richtung hin sich dieses Erleben auswirkte. Die grosse, neue Weltanschauung, die das Weib als Helferin, als Mensch neben den Mann stellt, die im stande ist, eine alte Welt mit neuen Kulturidealen zu überglänzen, sie harrt noch des Dichters, der fähig ist, diesem Neuen die grosse künstlerische Form zu geben. Die Verhältnisse haben diese ganze Ordnung herbeigeführt. Und daran hat der Mann an seinem Teile mitgearbeitet. Er selbst hat die Frau auf diesen isolierten Platz gestellt. Da aber das Weib schliesslich doch keine Puppe ist, die nur dem Wink gehorcht, da sie als lebendes Wesen eine Kraft ist, die sich auswirken will, hat sie diese ihre isolierte Stellung als Geschlechtswesen nach Kräften ausgenutzt, da es für sie der vorgezeichnete Weg war, zur Geltung zu gelangen. Jede Kraft wird da am meisten wirksam, wo sie ausschlaggebend hingelenkt wird. Solange andere Wege versperrt sind, gravitierte die ganze Kraft nach der Seite, die allein offen gelassen ist. Das schliesst zugleich in sich: werden andere Wege geöffnet, so vollzieht sich ein Ausgleich. Andere Kräfte werden frei. Der sexuelle Krampf, in dem sich unsere Gegenwart windet, löst sich auf zu einem ruhigeren Empfinden, das aber nicht weniger stark Mann und Weib als Kameraden verbindet, das vielleicht nicht so verzückt ist, aber nachhaltiger glüht. Ob der Mann fähig ist, sich zu diesem neuen weiblichen Menschen hin zu entwickeln, wird sich zeigen. Sein Sträuben beweist dann nur, dass er es war, der sich das Weib zur Puppe schuf, an welchem Typus er mit allen Organen festhalten möchte; womit er die Rolle schuf, die die Frau heute spielt.

Wenn wir also diese Stellung der Frau anders haben wollen, müssen wir die Verhältnisse ändern, und an diesem Punkt zeigt sich, wie sehr die Frauenbewegung in den Sozialismus hineinspielt und von ihm Richtung und Änderung erfährt. Das eben ist der Unterschied gegen früher. Es handelt sich nicht, wie der Kritiker von gestern befürchtete, um Herrschaft, um ein Ausdehnen der Geltungsgrenzen der Frau. Es handelt sich um das möglichst freie Herausarbeiten von Entwickelungstendenzen. Darum gilt auch nicht die Beweisführung, dass aus Gerechtigkeitsgründen die Frauenbewegung geduldet werden müsse, und dass die vernünftigen Männer diesen Duldungsstandpunkt

einnehmen. Es kommt nicht auf Dulden und nicht auf Almosen an. Wir stehen einer Kraft gegenüber, die sich Ziele setzt. Einer Kultur. Das müssen wir im Auge behalten.

Kraft, die sich auswirkt, bereichert die Welt. Wer künstlerisch-objektiv die Welt betrachtet, wird sich der Ahnung nicht entziehen können, dass ohne Zweifel die reichere Entfaltung der weiblichen Kräfte interessante, neue Antworten auf viele, bisher ungelöste Fragen geben wird. Denn immer ist es von wundervollem Reiz, wenn Kräfte sich befreien und entfalten, sich, ihren Gesetzen allein gehorchend, auswirken. Zweifellos hat die Welt hier noch viel zu erwarten. Sie wird reicher werden, das ist nicht zu bezweifeln. Die Monotonie unserer Anschauung in Kunst und Dichtung wird beseitigt. Überall werden neue Motive, Fragen und Erörterungen entdeckt. Natürlich kann das für den Mann Einschränkungen mit sich führen. Ist das entscheidend? Wenn die Intelligenz des Mannes so gross ist, wie gerühmt wird, ist es nicht denkbar, dass er die Einsicht haben könnte, dass ein Nebeneinander reichere Möglichkeiten bietet, als das Gegeneinander? Wenn er der Stärkere ist, ist es nicht denkbar, dass er freiwillig auf die brutalen Mittel verzichtet? Oder befinden wir uns, trotz aller gerühmten Verfeinerung und Differenzierung, immer noch auf dem primitiv-barbarischen Standpunkt des Kampfes, des Ausnutzens des Schwächeren? Und mag auch das noch sein, mag der Mann sich gegen dieses Neue, das ihn einengen will, wie er fürchtet, wehren, dann können wir sehen, was richtig und begründet in dieser Welt ist, und was nur Machtmittel ist. Denn auf die Dauer kommt dieser neue Wille doch nach oben. Er findet Unterstützung. Bundesgenossen strömen ihm zu. Weil es ein geistiges Prinzip ist, das hier sich durchringt, sind ihm die Wege schon geebnet. Das liegt wieder darin begründet, dass in der Frauenbewegung eine Kulturkraft steckt, die nicht unterdrückt werden kann. Mag im einzelnen die Durchsetzung der Absichten andere Formen annehmen, als wir dachten, das alles kommt nachher, es hängt wieder von anderen Faktoren ab. Hier kommt es auf das Primäre an, auf die Kraft, die Kultur, das nicht wegzuleugnen, das sich empor und durchringt, allen Überlegungen zum Trotz, das uns als Kulturerscheinung ein Schauspiel von einer Schönheit bietet, die wir immer vor Augen haben müssen, wenn wir die Bedeutung dieser Fragen werten wollen.

Man hat behaupten wollen, die Frau könne ihrer Natur nach nicht selbständig denken, es mangle ihr die Intelligenz.[1]) Aber wonach urteilen wir da? Nach dem Vorhandenen. Wir sind gebunden an Erkenntniswerte, deren Niveau ja gerade gehoben werden soll. Ist es nicht sehr kurzsichtig, hier überhaupt ein Urteil zu wagen? Was hat man alles für unmöglich gehalten, und doch ist es geschehen, doch ist es eingetreten durch langsame Übergänge, Entwickelungen von Geschlecht zu Geschlecht! Also warten wir es ab. Es wird sich herausstellen. Ist dem so, wie die Pessimisten meinen, wird sich's erweisen. Denn auf die Dauer hält sich kein künstlicher Zustand. *Ignoramus* können wir sagen, weiter nichts. Sind die Männer für den bestimmten Beruf gleich geboren worden, oder sind sie durch lange Übung dazu erzogen worden? Haben sie nicht sich diese Berufe geschaffen, sich ihnen angepasst, sie nach ihren Fähigkeiten ausgefüllt? Und kann nicht bei der Frau das selbe eintreten? Sie wird sich ihre Berufe schaffen, sich ihnen anpassen und sie nach ihren Fähigkeiten

[1]) Ladislaus Gumplowicz hat in seinem Artikel *Polemisches zur Frauenfrage* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1904, 2. Bd., pag. 901 ff., das physiologische Material zusammengetragen.

ausfüllen.[2]) Oder gibt es nur eine festbestimmte Art, einen Beruf auszufüllen, eine Aufgabe anzufassen, und die haben die Männer entdeckt, und die Frauen sind davon ausgeschlossen? Überall rüttelt die freie, neue Auffassung an dem Gegebenen, Festen. Hier aber auf diesem Gebiet, soll alles fest, umgrenzt und von Ewigkeit an beschlossen sein. Der evolutionistische Gedanke soll hier nicht gelten. Er gilt aber.

Kultur bedingt Kräfteentfaltung. Entfaltung der Tendenzen, die in alle die Einzelteile, die den Komplex Menschheit bilden, gelegt sind. Wissen wir so strikt, was in den Einzelteil *Weib* gelegt ist? Ist zur Entfaltung gekommen, was seines Wesens Kern ist? Mit all den Möglichkeiten, Reichtümern und Verzweigungen, die dem klaren tiefdringenden Blick sichtbar werden? Wir wissen nur, was dieser Einzelteil *Weib* leistet, wenn er zu bestimmten, engbegrenzten Aufgaben benutzt wird. Wissen wir, was er an sich, in sich ist; was er an sich, in sich sein kann? Was er sein kann, wenn alle Wege frei gegeben werden? Gerade dies Moment ist wichtig. Man tut immer so, als erwartete man von der Frau Unmögliches, etwas, das sie nicht leisten kann. Man erwartet von ihr das, was sie ihrem Wesen gemäss leisten kann. Das soll sie uns zeigen. Die Frauen, die dieses Willens sind, sollen die Wege frei finden. Aber da kommen die beinah seelsorgerischen Männer und legen ihnen nahe, dass sie sich zu viel zumuten, dass ihre Natur begrenzt ist, und dass sie sich beschränken müssen. Ja, woher haben diese neunmalweisen Seelsorger ihre Weisheit? Ist nicht der Wille das erste Anzeichen einer neuen Kraft? Hat man nicht gegen den Arbeiter die selben Argumente ins Feld geführt, als er sein Schicksal selbst in die Hand nahm?

Da heisst es immer, der Frau sei durch ihre Geschlechtseigenschaft der Weg zu ihrer Bestimmung gewiesen. Weshalb spielt denn diese Eigenschaft nur bei der Frau diese entscheidende Rolle. Ist dem Manne denn nicht auch durch seine Geschlechtseigenschaft der Stempel aufgedrückt? Aber denkt jemand daran, ihn immer und ewig nur von diesem Gesichtspunkt aus zu betrachten. Wir müssen gerade auf diesem Gebiet das Uniformieren vermeiden. Eine grosse Anzahl von Männern ist geschlechtlich gar nicht so ausschliesslich disponiert, wie es immer glauben gemacht werden soll. Und das wird mit der Zeit noch klarer werden, wenn die landläufige Auffassung dem Manne nicht mehr ein Privileg in sexuellen Dingen bereitwilligst einräumt oder geradezu aufzwingt, das im Verein mit dem Alkohol ihn einer systematischen Verdummung entgegenführt. Wir müssen auch hier mehr Spielraum für die Verschiedenheit der Charaktere lassen. Ebenso ist es bei den Frauen. Ein sehr grosser Prozentsatz findet in der Betätigung der Kräfte, seien sie geistiger, seien sie anderer Art, Befriedigung. Und selbst da, wo der *natürliche Beruf* der Frau in Frage kommt, stört er den Gesamtorganismus doch nicht dauernd, sondern nur eine beschränkte Zeit, und für diesen Fall gibt es Aushilfsmittel, die über den Ausfall der Einnahmen hinweghelfen, wobei die Allgemeinheit eingreifen muss. Über die Mittel ist dann noch zu reden, doch ist das sekundär.[3]) Und wenn der Frau durch ihre Geschlechtseigenschaft der Weg zu

[2]) Sehr mit Recht macht auch Curt Hartwig (*Einige Randbemerkungen zur Frauenfrage* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1905, 2. Bd., pag. 876 ff.) darauf aufmerksam, dass in den Berufen die Intelligenz nicht entscheidet, sondern eine ganze Reihe anderer Eigenschaften den Ausschlag gibt.

[3]) Über dieses Problem handeln in den *Sozialistischen Monatsheften* eingehender Oda Olberg (*Polemisches über Frauenfrage und Sozialismus*, 1905, 1. Bd., pag. 301 ff), Emma Ihrer (*Die proletarische Frau und die Berufstätigkeit*, 1905, 1. Bd, pag. 443 ff.), Hope Bridges Adams-Lehmann

ihrer Bestimmung gegeben ist, so muss das ja zu tage kommen. Ein künstlicher Zustand hält sich auf die Dauer nicht.

Wir haben noch nicht das gefunden, was wir erwarten. Gut. Ist dieses Gefühl des Mangels nicht der beste Beweis für die Entwickelung? Wir ahnen reichere Möglichkeiten. Wo ist das Material, das uns in stand setzte, ein definitives Urteil fällen zu können? Wir stehen vor abgerundeten, fertigen, in sich vollendeten Wesenserscheinungen, deren Werden wir genauer verfolgen können, das sich unter den Auspizien einer alten, überlebten Kultur vollzog. Ergibt sich nun nicht die Schlussfolgerung von selbst, dass eine andere Welt andere Frauen sehen wird? Was wir jetzt sehen, sind mehr oder minder zufällige Erscheinungen. Pioniere, die einen neuen Weg beschreiten, die sich mit einem *Trotzdem* durchsetzten, wobei von der Selbstverständlichkeit manches verloren ging. Temperamentvolle Äusserungen liegen neben toten Gebieten. All das muss sich erst in langer Entwickelung ausgleichen, damit die Kräfteharmonie sich einstellt, die eigentlich erst als Resultat ein Urteil erlaubt. Wir vermissen vorderhand noch die allseitige Durchdringung des Wesens mit dem neuen Geist. Müssen wir es nicht noch vermissen? Wir erwarten Tieferes, Vielseitigeres, Empfindungsechteres. Aber ist das ein Mangel, der gegen die Sache selbst zeugt? Wir fragen vielleicht: Wo sind die Bekenntnisse einer übervollen weiblichen Seele? Wo sind die Erkenntnisse, die über einen praktischen Behelf hinausgehen? Das alles sind Fragen, die die Zukunft beantworten wird. Wir erwarten ein Geschlecht von Frauen, die genug Eigenes besitzen, um uns Gelegenheit zu geben, diesen neuen Willen kennen zu lernen, die uns über sich und ihr Geschlecht Aufklärungen geben. Die bestrebt sind, sich ganz auszuschöpfen und damit einen Weg zu beschreiten, der so verlockend wäre, da er so wenig begangen ist. Nicht zu konkurrieren gälte es mit schon Vorhandenem, sondern als Frau zu suchen. Diese Formulierung stellt den höchsten Standpunkt dar, den wir dieser Frage gegenüber einnehmen können, und bis hinab zu den mehr praktischen Problemen, die dieser Frage anhängen, geht ein weiter Weg. Aber wir müssen im Prinzip diesen Standpunkt einnehmen, um die Tragweite der Idee immer im Auge zu behalten. Das ist das Fundament, auf dem das Gebäude sich aufbauen wird. Es ist das Bleibende, das zu grunde Liegende, das Allgemeine, das Soziale. Es ist die Naturkraft, die vorwärtsgetrieben, geregelt, gelenkt zur Kultur wird. Das Persönliche spielt hier keine Rolle. Das kommt erst nachher. Scharen neuer Geschlechter drängen sich heran und weihen ihre Kraft dem einen, das über Zeit und Persönlichkeit steht, das wie mit schweren Fittichen rauschend die Schauer einer erhabenen Vorstellung gibt.

Ich habe in diesen Darlegungen das Kulturmoment wieder und wieder betont. Darauf kam es mir an: den Kern dieser Frage herauszuschälen. Ich glaube, so schwer es ist, im allgemeinen, ohne feste Anhaltspunkte zu reden, auf der Linie geblieben zu sein, die eine Richtung angibt, ohne doch ein festes Ziel weisen zu können. Dieses Unsichere, Schwankende gehört meiner Ansicht nach zu dem Wesen einer neuen und verheissungsvollen Sache. Man muss

(*Die Arbeit der Frau*, 1905, 2. Bd., pag. 1031 ff.), Wally Zepler (*Das psychische Problem in der Frauenfrage*, 1906, 1. Bd., pag. 306 ff. und *Das Mutterschaftsproblem*, 1906, 2. Bd., pag. 580 ff.) und Ida Häny-Lux (*Beruf und Ehe*, 1906, 2. Bd., pag. 870 ff.). Durchweg muss gesagt werden, dass die Führung ihrer Sache den Frauen, was Logik, Sachlichkeit und Objektivität anlangt, hier das beste Zeugnis ausstellt, während die Männer meist in Wünschen und unklaren Vorstellungen befangen sind. Ist nicht auch das eine Art Beweis?

sich hüten, sich in allzu genaue Untersuchungen einzulassen, da dann das Persönliche sich regt, das oft das Allgemeine verdunkelt. Oder besser: man muss diesen allgemeinen Standpunkt immer im Auge behalten, der immer wieder die Sinne befreit, wenn sie sich allzu eifrig an bestehende Formen gebunden haben. Ich bin auch der Ansicht, bei einigermassen logischem Durchdenken kann unter Einsichtigen keine Differenz über die Richtigkeit dieses allgemeinen Standpunktes sein. Danach erst beginnen die Differenzen. Ob man dann, wie Edmund Fischer[4]), sich mehr dem alten Ideal wieder annähert, oder, wie Wally Zepler und Oda Olberg, der Zukunft vertraut — beide kommen in ihren allgemeineren Ausführungen dem hier vertretenen Standpunkt am nächsten —, das ist Frage der Persönlichkeiten. Diese praktischen Fragen aber wird die Zukunft am besten lösen. Der menschliche Geist ist zu leicht in den eigenen Kreisen gefangen. Was unmöglich scheint, macht die Zeit möglich, die die Gegensätze ausgleicht und Fremdes, Unmögliches möglich erscheinen lässt.

Das Grosse an dieser Bewegung besteht gerade in der Weite des Ausblicks, den sie gewährt, wobei wir noch nicht die Einzelheiten erkennen können, wohl aber die Schönheit im Ganzen bewundern. Wir sind überrascht. Wir müssen allerdings einen Blick haben für die Schönheit solcher Dinge. Ist es doch, als ringen sich lautere Kräfte los aus dunklem Grund, um zum Licht zu steigen. Man muss auch eine Empfindung für die Erhabenheit eines solchen Schauspiels haben, wie es etwa eine Frauenversammlung bietet. Gewiss, im einzelnen viel Menschliches, Allzumenschliches. Gewiss, im einzelnen manch kleinliche Erörterung, manch angelesene Weisheit, manch egoistische Kniffe, manche Pose, mancher Fehlgriff. Stört das die Grösse des Bildes, das in seiner elementaren Wucht an die Schönheit der freien Natur erinnert? Hundert und mehr Menschen, mit klugen und wachen Augen nach einem neuen Ziel ausblickend. Hundert und mehr Menschen mit einer wundervollen Menschensehnsucht im Herzen, der Sehnsucht, reif, klar, wissend zu werden. Hundert und mehr Frauen, die den Menschen in sich entdeckt haben. Ist es nicht sicher, dass wir einem neuen Frauenideal entgegengehen? Ist es nicht sicher, dass der Mann hierdurch eine Bereicherung erfahren wird, dass der Blick in dieses kluge Menschenauge ihm tiefere Erkenntnisse gibt, als der momentane Sinnenrausch, und dass er höchstes Glück empfindet, wo beides sich eint? Auch hier gilt es, abzusehen von den Übergangserscheinungen, die den Blick des eilfertigen Betrachters trüben wollen. Auch hier gilt es, des Ziels, das wir noch nicht sehen können, das wir aber ahnen, eingedenk zu sein.

Diesem Ziel marschieren wir zu. Unweigerlich, unaufhaltsam. Die Erörterungen, die Reden, die diesen Marsch begleiten, haben keine bindende Kraft, es sind Ansichten, Anschauungen, Erwägungen. Wenn wir nicht an der Oberfläche haften wollen, müssen wir die elementare Naturkraft dieser Entwickelung erkennen. Wohin der Weg geht, wissen wir nicht. Nur die einzelnen zurückgelegten Etappen erkennen wir. Und einzelne, die klareren Blick haben, sehen die vor uns liegenden Stationen schon eher aus dem Nebel auftauchen und begrüssen sie frohlockend. Selbst wenn wir nach langer Entwickelung zu den selben Resultaten zurückkehren würden, die wir heute in Frage stellen, über die wir hinaus wollen, so wäre es nicht das selbe. Man muss um ein

[4]) Vergl. Edmund Fischer *Die Frauenfrage* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1905, 1. Bd., pag. 258 ff., und *Die Familie*, ibid., pag. 532 ff.

Gut ringen, um es wahrhaft und bewusst zu besitzen. Kampf ist nicht nur Mittel, sondern zugleich Lohn, indem er durch sich selbst bereichert, klärt, erweitert. Was fällt, ist gerichtet. Was bleibt, gerechtfertigt. Solche Erkenntnisse sind des Kampfes wohl wert. Sie zeigen das Alte in neuem Licht, erhärten die Notwendigkeiten, und indem Mensch und Ding neu geworden sind, sind es nicht mehr die alten Faktoren, die einander entgegentreten. Die Welt ist neu geworden.

×××××××××××××××××××××××××××××××××××××××

RUNDSCHAU

ÖFFENTLICHES LEBEN

Wirtschaft

Börsenderoute Die zweite Märzwoche brachte eine Börsenderoute, wie sie selbst zu Beginn des russisch-japanischen Krieges im Februar 1904 nicht schärfer gewesen war. Den Ausgang nahm die fallende Bewegung an der New Yorker Börse, von wo sie sich nach London übertrug und alsbald auf die deutschen Börsenplätze übersprang. Die Kursrückgänge stiegen am Donnerstag, den 14. März, bis zu 11 %. Als Ursache der plötzlichen Entwertung der mobilen Kapitalien wird die internationale Geldknappheit bezeichnet. Übermässige Kapitalinvestierung, wildes Spekulationsfieber und eine ungenügende Regelung des Geldumlaufs bewirkten den Krach an der New Yorker Börse. Auf Berlin übertrug sich die Abwärtsbewegung um so leichter, als schon vorher das Publikum der kleineren Kapitalisten, vor allem die Provinz, in eine ängstliche Stimmung versetzt war. Und zwar hatte dies der Geschäftsbericht der *Deutschen Bank* bewirkt, der über die weitere Gestaltung der Konjunktur recht pessimistische Äusserungen enthielt, ohne freilich diese Auffassung näher zu begründen. Die Wirkung dieser Äusserungen war indes so stark, dass an der Börse ein erheblicher Verkaufsandrang einsetzte. Ist nun aber die abschüssige Bahn erst beschritten, so ist es nicht leicht, dieser Bewegung schnell wieder Einhalt zu tun. Sinken die Kurse, so verlangen die Banken höhere Einschüsse für den schwebenden Effektenbesitz ihrer Kunden. Bei der Geldverknappung bereiten nun diese Nachforderungen Verlegenheiten, so dass die Effekten für Rechnung der Kunden von den Banken verkauft werden. Sofort sinken die Kurse weiter. Das Spiel kann von neuem beginnen und sich fortsetzen, bis die schwachen Positionen gelöst sind. Es fragt sich nun, ob die Börsenderoute mehr bedeutet, als eine vorübergehende Erschütterung des Geldmarktes. Es ist sehr schwer, darüber eine einwandfreie Ansicht auszusprechen, aber die Prüfung aller Verhältnisse führt doch zu einer Ablehnung der allzu pessimistischen Auffassung. Es wird die Meinung verbreitet, als ob wir unmittelbar vor einem wirtschaftlichen Niedergang stünden. Es soll nicht geleugnet werden, dass kritische Vorgänge am Geldmarkt auf den Warenmarkt, weiterhin auf die Warenerzeugung und den Arbeitsmarkt lähmend einwirken können, aber es ist keineswegs gesagt, dass solche Wirkungen nötig oder gar unvermeidlich sind. Die wirtschaftliche Konjunktur zeigt zurzeit eine gewisse Abschwächung; es befremdet vor allem, dass im laufenden Jahre die Frühjahrsbelebung sich noch nicht hinreichend fühlbar macht, dass die Bautätigkeit im Vergleich zu den Vorjahren matt ist; aber in dieser Verzögerung der Frühjahrssaison ist noch keine genügende Ursache für einen gewerblichen Niedergang zu erblicken. Die Mattigkeit im Bangewerbe hängt mit den widrigen Geldmarktverhältnissen innig zusammen, aber nicht nur mit diesen. Auch die bisherige Witterung war dem Baugeschäft wenig dienlich. Was aber gegen das Nahen einer Krise hauptsächlich spricht, das ist das einigermassen noch immer gesunde Verhältnis zwischen Erzeugung und Aufnahmefähigkeit des Konsums. Auf dem Warenmarkt und an den Erzeugungsstätten zeigen sich nirgends Vorräte in bedrohlicher Höhe. Alles in allem ist meines Erachtens kein Grund vorhanden, die wirtschaftliche Lage Deutschands schon einer Krise verfallen zu erklären.

× ×

Bankabschlüsse Der hohe Bankdiskont im Jahre 1906 hat die Geschäftsabschlüsse der Banken sehr stark beeinträchtigt. Auf der einen Seite wuchsen zwar die Gewinne auf dem Wechsel- und Zinsenkonto, dagegen lag das Emissionsgeschäft darnieder, und aus Effektenbesitz und Konsortialbeteiligungen liess sich nicht so viel herausholen, als es der sonstigen Gunst der wirtschaftlichen Lage entsprochen hätte. Der matte Börsenverkehr im Jahre 1906, die nicht voll befriedigenden Dividendenergebnisse der industriellen Gesellschaften äusserten sich auf die Gewinnziffern der Banken mehr oder minder nachteilig. Am besten schnitten die Notenbanken, und hier wieder die Reichsbank, ab, die aus dem hohen Diskont stattliche Gewinne zog; so können die Aktionäre diesmal 8,22 % Dividende beziehen gegen 6,15 im Jahre 1905. Weniger günstig schlossen die Kreditbanken ab, wenn auch, absolut betrachtet, die Reingewinne, wie die Verzinsung der Aktienkapitalien als reichlich zu bezeichnen sind. Allerdings, von einem so glänzenden Wirtschaftsjahr, wie es 1906 war, hatte die Börse höhere Dividenden erwartet. Bei einer so hohen Leihrate für Geld, wie sie für Deutschland sich seit zwei Jahren herausgebildet hat, wachsen natürlich die Ansprüche des mobilen Kapitals, namentlich, sofern es in Dividendenwerten angelegt ist. Die Hypothekenbanken endlich litten wohl am meisten unter der gespannten Lage des Geldmarktes. Auf der einen Seite mussten sie mit dem Zinsfuss für ihre neuen Pfandbriefe hinaufgehen, auf der anderen Seite war der Wettbewerb um gute Hypotheken unter den Banken scharf. Diese Verhältnisse haben teilweise zu einem absoluten Rückgang des Reingewinns geführt, jedenfalls aber ein Ansteigen verhindert.

× ×

Bergarbeiterlöhne Während im Jahre 1905 die Bergarbeiterlöhne das Niveau des Jahres 1900 noch nicht erreicht hatten, ist durch die Steigerung der Löhne im Jahre 1906 das bisher höchste Niveau überschritten worden. Am meisten sind die Löhne im rheinisch-westfälischen Bezirk, in welchem das Kohlensyndikat den Ton angibt, gewachsen. Dort stellte sich der Jahresarbeitsverdienst im Durchschnitt pro Kopf (in M.) auf

1900	1904	1905	1906
1332	1208	1186	1402

Die Abnahme im Jahre 1905 ist auf den Lohnausfall infolge des grossen Streiks zurückzuführen. Gegen 1904 hat sich der Jahresarbeitsverdienst um zirka 16 % gehoben; gegen 1900 beträgt die Steigerung nur rund 5 %. Der Mehrverdienst ist zu einem Teil aus der höheren Schichtenziffer gegen 1904 zu erklären. Nicht so günstig, wie im rheinisch-westfälischen Bezirk, war die Entwickelung der Löhne in den anderen Bezirken. Vor allem ist auch die Zunahme in den staatlichen Werken des Bezirks Saarbrücken unbefriedigend: hier ging der Jahresarbeitsverdienst gegen 1904 nur um 43 M. auf 1140 M. oder um 4 % in die Höhe. Gegenüber den starken Erhöhungen am Warenmarkt während der letzten beiden Jahre muss trotz der 4prozentigen Lohnerhöhung eine Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage der in Frage kommenden Arbeiter eingetreten sein. Dabei ist die Lohnsteigerung zum Teil noch auf die höhere Zahl der verfahrenen Schichten zurückzuführen. Da haben sich sogar die Löhne der Oberharzer staatlichen Bergleute noch besser gehoben; sie stiegen wenigstens um rund 7 %. So viel steht jedenfalls fest, dass die Arbeiter im privaten Bergbau 1906 besser verdient haben, als die fiskalischen Bergleute.

× ×

Kurze Chronik Ende Februar wurde in Bremen das 50jährige Bestehen des *Norddeutschen Lloyds* gefeiert. × Um die reichen Erzlager an der Grenze von Algier und Tunis auszubeuten, hat sich ein französisch-belgisch-deutsches Syndikat gebildet, dem die Firma Krupp in Essen angehört. × Die Fusion *Gelsenkirchen-Schalke-Rote Erde* ist am 12. März von den Generalversammlungen der drei Gesellschaften gebilligt worden. Bisher bestand zwischen den drei Gesellschaften nur eine Interessengemeinschaft. × In Westpennsylvanien und Westvirginien haben grosse Überschwemmungen den Bergbaubetrieb unmöglich gemacht; die Kohlengruben sind ersoffen. Tausende von Arbeitern sind beschäftigungslos. RICHARD CALWER

Politik

Reichstag und Parteien Die Reichstagstätigkeit ist bisher so verlaufen, wie es nicht anders zu erwarten war. Die Kolonialforderungen begegneten keinen Schwierigkeiten mehr. Sie hatten von vornherein ihre sichere

Mehrheit; und an den Kolonialskandalen hat das Zentrum selber offenbar den alten Geschmack verloren. Herrn Erzbergers Stern ist hier sichtlich im Erbleichen, und Freiherr von Hertling will von den Pöplau und sonstigen Quellen der Kolonialerkenntnis überhaupt nichts wissen. Die Freisinnigen haben ihre völlig veränderte parlamentarische Stellung am schärfsten dadurch bekundet, dass sie, in ihrer Mehrheit und mit ihren bekanntesten Führern an der Spitze, die Besprechung der sozialdemokratischen Wahlbeeinflussungsinterpellation zu verhindern suchten.

Jedoch setzt sich das gegenseitige Ab- und Zusammenrücken zwischen den Parteien und zwischen der Regierung noch immer unentschieden fort. Das Zentrum hat seiner Erbitterung über den Wandel der Dinge in einer Reihe scharfer Reden (der Abgeordneten Gröber, Schaedler, selbst Spahn) gegen den jüngsten Regierungskurs und den Reichskanzler im Reichstage Luft gemacht, begleitet von zum Teil noch viel schärferen Pressäusserungen draussen im Lande. Die Erwiderungen des Reichskanzlers und aus dem Reichskanzleramte waren zunächst gleichfalls nicht auf Versöhnung und Nachgiebigkeit gestimmt, da es damit gar nicht eilt. Durch die Ankündigung einiger unschädlicher liberaler Reformen — bemerkenswerterweise auch vor dem deutschen Landwirtschaftsrat — hält man vorläufig den freisinnigen Vorspann genügend bei Laune und Geduld. Eine ähnliche Absicht verfolgt wohl der Vorstoss des Freiherrn von Zedlitz im preussischen Abgeordnetenhause gegen die Studtsche klerikalisierende Schulpolitik; warum soll man den auf die deutsche öffentliche Meinung so einflussreichen Intellektuellen nicht etwas bieten, allenfalls auf Kosten der unbeliebten und im Notfalle zu entbehrenden konservativ-klerikalen Übereiferer? Wahrscheinlich hängen sogar die auf den ersten Blick recht seltsam anmutenden Angriffe gegen den Leiter des Reichsamtes des Innern mit ähnlichen Strömungen zusammen, da die Politik des Grafen Posadowsky sich wesentlich auf das Zentrum stützte — ganz naturgemäss und ohne irgendwelche parteipolitische Absichtlichkeit, wenigstens auf der Seite des Grafen Posadowsky —, aber zuletzt doch unter Herausbildung einer gewissen Entfremdung im Verhältnis zu anderen Regierungsämtern und Mehrheitsparteien; besonders, soweit letztere dem grossindustriellen Scharfmachertum geistesverwandt sind.

Ob die den Hoffenden jetzt angedeuteten Wege dauernd ernstlich begangen werden, dafür dürfte vor allem bestimmend sein, ob die innere Umbildung des Zentrums merkbar fortschreitet. Auch das Zentrum schmerzt es, in der Minorität und Bundesgenosse lediglich der Sozaldemokratie zu sein. Das wird mit der Zeit immer deutlicher zur Geltung gelangen: man wird den anderen Parteien schon deshalb näher kommen, weil man von uns abrücken möchte. Und um das Zentrum im Falle des Wiederanschlusses an die Regierung und die parlamentarische Mehrheit möglichst bescheiden in seinen Forderungen zu machen, dazu hält sich die Regierung vorderhand geflissentlich den Weg zu einer Kartellbildung gegen das Zentrum und mit den Freisinnigen offen, die endgültigen Entscheidungen der Zukunft vorbehaltend. Wahrscheinlich müssen wir darauf gefasst sein, dass die jetzige Übergangsperiode noch lange Zeit anhält.

× ×

Frankreich Fast alle französischen Parteien, welche die Regierung unterstützen, empfanden in den letzten Wochen, nach einander oder gemeinsam gleichzeitig, dass die ministerielle Herrschaft und Mitregierung neben ihren Vorteilen ihre unangenehmeren Seiten hat. Was ja auch jedermann im voraus wusste.

Bei den heiklen Entscheidungen, zu denen die Trennung von Staat und Kirche immer von neuem führt, gelang es Briand mit seiner glänzenden, zielsicheren Beredsamkeit bisher noch stets, die ungleichartigen Bestrebungen innerhalb der Kammermehrheit auf seinen Standpunkt leidlich zu vereinigen. So zuletzt wieder bei der Regelung der Kirchenverpachtungen, wo Briand Abschlüsse nach einheitlichem Zuschnitt auf 18 Jahre befürwortete, offenbar möglichst zur Versöhnung der Kirchenoberen, während Allard und viele Sozialisten den einzelnen (politischen) Gemeindeverwaltungen Vollmacht für beliebige Einzelabmachungen erteilt sehen wollten. Den Radikalen bereitet der Einkommensteuerentwurf Caillaux' manche Sorge. Nachdem man seit 30 Jahren die Reform gefordert hat, würde man als Mehrheit, in Regierung und Kammer, die kläglichste Impotenz enthüllen, falls jede Tat unterbliebe. Andererseits zeigen sich die Kleinbürger

und Bauern mit einemmal von einer wahren Angst vor neuen fiskalischen Schröpfungen, mittels der neuartigen Steuer, befallen; die grösseren kommerziellen und industriellen Unternehmer spekulieren sehr geschickt auf die gerade in Frankreich tiefeingewurzelte Scheu, in die individuellen Einkommensverhältnisse den Behörden und der Allgemeinheit vollen Einblick zu gewähren und dazu durch Deklarations- und Auskunftspflicht sogar gezwungen zu sein. Die Reformer von ehemals sehen schon nach allen Seiten Stimmenverluste voraus, wenn der Caillauxsche Entwurf vor den nächsten Wahlen in Kraft tritt. Daher die Sucht, ihn abzuschwächen und die Beratung endlos zu verzögern. Ähnlich haben die Wühlereien gegen den wöchentlichen Ruhetag den Arbeitsminister Viviani zu der beschwichtigenden Zusicherung veranlasst: man werde, unter Aufrechterhaltung des Grundgedankens, die praktischen Einzelheiten des Gesetzes einer Revision unterziehen, nach einer gewissen Übergangs zeit, von der Viviani vielleicht ein Erlöschen der hartnäckigen und skrupellosen Gegenagitation erwartet. Viele Gewerkschafter und Sozialisten äussern sich jedoch dahin: Viviani hätte lieber die Zähne zeigen sollen, wie vor einigen Jahren, als er die Chefredaktion der *Lanterne* niederlegte, um deren Besitzer nicht in der Parteinahme für die Pariser Gasgesellschaft Hilfe zu leisten. Noch viel unerquicklichere Auseinandersetzungen und Verstimmungen knüpften sich schliesslich an die Verwendung von Genietruppen beim Streik in den Pariser Elektrizitätswerken. Nach Clemenceaus Erklärungen wären die Beschlüsse des Ministeriums einstimmig gefasst worden. Dagegen stimmten am 11. März, nach den fulminanten Angriffen Jaurès' auf das Regierungsverhalten, 19 von den unabhängigen Sozialisten für die Priorität der Jaurèsschen Tagesordnung; 2 enthielten sich der Abstimmung.

× ×

England: Grafschaftswahlen

An die deutschen Wahlen erinnert die Niederlage der Progressisten bei der Erneuerung des Londoner Grafschaftsrates am 2. März: an die Stelle von 83 Progressisten und 34 Gemässigten sind mit einem Schlage 79 Munizipalreformer und nur 38 Progressisten getreten. Männer von dem Ansehen Sidney Webbs, denen man früher überhaupt keinen Gegenkandidaten gegenüberzustellen pflegte, haben nur mit Mühe ihr Mandat halten können. John Burns kam nicht wieder in Frage, weil er unterdes in das Ministerium aufgerückt ist, dem gerade die Selbstverwaltungsangelegenheiten anvertraut sind; aber sein alter Bezirk Battersea entsendet statt zwei nur einen Progressisten in den *London County Council*. Alle Grossunternehmungsinteressen, die in dem sich ausweitenden Munizipalsozialismus einen profitschädigenden Nebenbuhler sehen — begann doch vor 18 Jahren die progressistische Agitation mit dem Kampf gegen das Monopol der Wasserwerksgesellschaften —, alle Steuerzahler, die keine Lust haben, für gemeinnützige Einrichtungen oder für Schöpfungen zu gunsten notleidender Massen herangezogen zu werden, hatten seit langem eine wohlorganisierte, mit reichen Mitteln ausgestattete Agitation begonnen, die zwar in den eigentlichen Arbeiterdistrikten, wie Camberwell, Bethnal-Green, Bermondsey, Lambeth, Deptford, Southwark und Kennington, nichts ausrichtete, die jedoch in allen Vierteln der Reichen, der bessergestellten Kommis, Bankbeamten und Buchhalter, der Kleinrentner das alte Bild wesentlich verschob. Der *Labour Leader* und die *Justice* glauben sogar ein starkes Abschwenken, zum mindesten eine bedenkliche Wahlunlust der Arbeiterwähler konstatieren zu können: die bisher massgebende Mehrheit, unter dem Einflusse von *Fabiern* und bürgerlichen Versöhnungspolitikern, habe den Arbeitern zu wenig geboten, während Gross- und Mittelbürgertum allerdings erschreckt und verstimmt worden sei. Wir registrieren das alles, ohne ein eigenes Urteil anzuknüpfen. Kennzeichnend, wie meist bei solchen Mehrheitsumwandlungen, bleibt jedoch, dass selbst die *gemässigten Munizipalreformer* heute eine ganze Reihe von Forderungen nicht abweisen, die vor zwei Jahrzehnten noch vollständig ausserhalb des Horizontes der bürgerlichen Kommunalpolitik lagen.

× ×

Russland: *Dumazusammentritt*

Die zweite *Duma* trat am 5. März in Petersburg zusammen. Die Eröffnung vollzog sich in nichtssagenden Formen, und die westeuropäische Börse blieb völlig ruhig; doch wurde sie verstimmt, als die sozialistische Linke ihre Männer für das Bureau durchsetzte, sie wurde ängstlich und liess die russischen Fonds fast um 5 % fallen.

Die Wahl des Präsidenten zeigte ein gemeinsames Vorgehen der gesamten Linken gegen die Reaktion. Für den *Kadetten*führer Golowin, der zum ersten Präsidenten gewählt wurde, stimmten 356 (gegen 102 der Rechten). Für den Vizepräsidenten wurden sogar 379 Stimmen abgegeben. Mit Recht erblickt man in diesem Votum die politische Reife des russischen Sozialismus. In seiner Mehrheit zeigt er ein richtiges Verständnis der augenblicklichen Situation, die ein vereintes Handeln der sozialen und liberalen Demokratie gegen die Reaktion erfordert. Nur eine Anzahl Leninianer protestierte gegen die Beteiligung der Sozialdemokratie an der Wahl eines *Kadetten,* was vollkommen der bekannten politischen Verständnislosigkeit dieser Gruppe entspricht.

Die Parteien haben sich bis jetzt nicht vollständig konstituiert, und die Stärke der Fraktionen schwankt von Tag zu Tag. Nach den letzten Nachrichten entfallen von den 500 bisher gewählten Abgeordneten (die Gesamtzahl beträgt 524) 117 bis 124 auf die *Kadetten,* über 100 auf die eigentlichen Sozialisten und über 86 auf die *Arbeitsgruppe.* Die Polen verfügen über etwa 40, die Mohammedaner über etwa 36 Stimmen. Die *Oktobristen* werden auf 34 geschätzt, die extreme Rechte auf 63. Die übrigen Abgeordneten sind vorläufig parteilos.

Das am 19. März vom Ministerpräsidenten Stolypin verlesene legislative Programm der Regierung versprach eine Fülle von Reformen, kündigte jedoch zugleich neue finanzielle und militärische Forderungen an, so dass die eisige Zurückhaltung der Mehrheit begreiflich war.

× ×

Kurze Chronik In der Nacht vom 11. zum 12. März starb der ehemalige französische Präsident Casimir Périer; er war im Sommer 1894, nach der Ermordung Carnots zum Präsidenten gewählt worden, legte jedoch bereits am 15. Januar 1895 sein Amt nieder, hauptsächlich wohl infolge der Angriffe, die damals die Verträge Raynals mit den grossen Eisenbahngesellschaften hervorgerufen hatten. × Am 12. März fand im Hafen von Toulon eine entsetzliche Pulverexplosion auf dem Linienschiff *Iéna* statt. × Am 11. März wurde der bulgarische Ministerpräsident Dimitr Petkow von einem entlassenen Beamten Petrow erschossen. × Am 6. März starb in Naumburg der ehemalige Leiter des deutschen Reichsamtes des Innern, der spätere Oberpräsident von Sachsen, Dr. von Bötticher, einer der Hauptmitarbeiter Bismarcks bei der ersten Anlage des Arbeiterversicherungssystems.

× ×

Literatur Das grausame Schicksal Mazedoniens im letzten Jahrzehnt, vor allem jedoch seit dem österreichisch-russischen Mürzsteger Programm wird von Draganof in *La Macédoine et les réformes* /Paris, Plon/ eindrucksvoll geschildert. Aufdringlich und kaum der Sache Mazedoniens besonders dienlich ist die Vorrede Victor Bérards, der hier, wie immer, im englischen Fahrwasser schwimmt, Deutschland angreift und Ungarn für auserkoren hält, das Joch der deutschen Bevormundung Wiens abzuschütteln. Da in dieser Richtung systematisch und wohlorganisiert, sowohl von englischer, wie von französischer, zum Teil auch von italienischer Seite gearbeitet wird, so tut man gut, an der Vorrede gleichfalls nicht achtlos vorüberzugehen. Leider wird man das eine zugeben müssen, dass die enge Verbindung zwischen der deutschen und türkischen Regierung ihre sehr unerfreuliche und zuletzt vielleicht für Deutschland selber gefährliche Kehrseite hat. × Von der allzu starken weiblichen Neigung zum Heroenkult abgesehen, gewährt die aus der Feder der Frau Alec Tweedie stammende Biographie *Porfirio Diaz* /Berlin, Behr/ eine sehr lesenswerte eingehende Geschichte der gesamten, politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Entfaltung Mexikos, seiner Bürgerkriege seit der Unabhängigkeit, seiner inneren Konsolidierung und seines allgemeinen Aufschwunges in dem letzten Menschenalter, währenddessen die Persönlichkeit und der Schaffensdrang Diaz' — er war nicht weniger als 7mal Präsident — immer markanter hervortritt. Ob die Zeichnung seines persönlichen Charakters wirklich zutrifft, vermag ich nicht zu beurteilen; von Aufständischen und Flüchtlingen ist Diaz oft als Bluthund bezeichnet worden. × Geschichte und Interpretation der Gesetzes- und Vertragsbestimmungen über politische Verbrechen und Attentate gegen Souveräne bietet in den Stier-Somlo-Zornschen *Abhandlungen aus dem Staats-, Verwaltungs- und Völkerrecht* Dr. Wolfgang Mettgenberg *Die Attentatsklausel im deutschen Auslieferungsrecht*

/Tübingen, Mohr/. × Weiter seien von Eingängen genannt: *Russlands Todesweg* von V. M. de Prado /Zürich, Schröter/, hinter dem, nach der Buchhändleranzeige, »die intelligente fortschrittlich gesinnte Minderheit des Hofes« steht; Rudolf Martin *Berlin-Bagdad, Das deutsche Weltreich im Zeitalter der Luftschiffahrt 1910 bis 1931* /Stuttgart, *Deutsche Verlagsanstalt*/; Karl Böttcher *Germania daheim, Neue ungemütliche Wahrheiten* /Leipzig, Zieger/; Dr. med. Georg Bonne *Deutsche Flüsse oder deutsche Kloaken?* /Hamburg, Lüdeking/: eine lebhafte, sachkundige Anklageschrift gegen die Flussverunreinigung durch städtische und industrielle Abwässer, zugleich mit einer dankenswerten Übersicht über die reichhaltige Literatur. MAX SCHIPPEL

Sozialpolitik

Arbeiterverhältnisse in Russland Die Entwickelung der sozialen Verhältnisse der russischen Arbeiterschaft hat K. A. Pashitnow treffend in seiner lebenswarmen Schrift *Die Lage der arbeitenden Klasse in Russland* /Stuttgart, Dietz/ gezeichnet. In der ersten Periode der industriellen Entwickelung Russlands, die von 1861 bis Mitte der achtziger Jahre währte, wütet sich der Kapitalismus zügellos aus. In der zweiten, mit dem Jahre 1904 abschliessenden Periode des Industrialismus greift die Regierung bereits in das Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit ein. Die russische Fabrikgesetzgebung ist von einem Polizeibüttelgeiste beseelt. Die dritte Periode der russischen kapitalistischen Entwickelung beginnt mit dem Jahre 1905, sie ist durch eine politische und gewerkschaftliche Massenbewegung des Proletariats charakterisiert. Die Leidensgeschichte des russischen Bergarbeiters von den Tagen der Unfreiheit an, wo den Werkverwaltungen zahlreiche Leibeigene zur Verfügung gestellt wurden, erzählt Pashitnow ergreifend. Unter grausenerregenden Wohnungsverhältnissen hausen zumeist die grossen Massen der russischen Arbeiterschaft, in einem dumpfen Loch kampieren häufig mehrere Arbeiterfamilien zusammen. »Die Pferde haben es besser, als wir«, so äussersten sich selbst die Arbeiter.

Das russische Proletariat setzt sich 1897 folgendermassen zusammen: 2½ Mill. Fabrik- und Bergarbeiter, 667 000 Eisenbahnarbeiter, 1½ bis 2 Mill. Arbeiter der Schiffahrt, weit über 2,7 Mill. Hausindustriearbeiter und Dienstboten (im Jahre 1897). Nach der Volkszählung des Jahres 1897 betrug die Zahl aller Arbeiter 9 156 080, und zwar die der Männer 6 335 030 und die der Frauen 2 821 050. Die russischen Arbeiterfamilien mögen um 1897 etwa 19,47 Mill. Köpfe umfasst haben. Diese Zahl wuchs in den letzten Jahren wahrscheinlich auf zirka 25 Mill. Köpfe an.

× ×

Ungarn: Feldarbeiterbewegung Die ungarische Feldarbeiterbewegung marschiert. Im vorigen Frühling setzten die Erntekämpfe der Feldarbeiter Ungarns ein. Die im Winter geschlossenen Verträge wurden schon lange vor Beginn der Erntezeit aufgelöst. Die Arbeiter verweigerten die Arbeit, obgleich sie mit drakonsichen Strafen belegt wurden. Das ganze Alföld und die Donaugegend wurde fast in Belagerungszustand versetzt. Der Minister des Innern verbot, den *Feldarbeiter* und die *Világhsabadság* an die ländlichen Arbeiter zu senden. Im Sommer brach der Streik im ganzen Lande aus. Überall dort, wo die Landarbeiterorganisationen Wurzel gefasst hatten, trat, wie der *Feldarbeiter* ziffernmässig nachweist, eine erhebliche Lohnerhöhung ein. Die Arbeiter erzielten eine Mehreinnahme von einigen Millionen. Im ungarischen Abgeordnetenhause liess ein Herr Buday ein Alarmsignal gegen die junge aufstrebende Lohnarbeiterorganisation ertönen: »Zur Organisation der Feldarbeiter«, so führte er aus, »wurden mehrere Organisationen und mehr als 1000 Filialen errichtet . . . Man musste im ganzen Lande durchschnittlich um 20 % die Löhne infolge der Aufwiegelungen erhöhen. Es ist also im Interesse des Volkes geboten, diese Organisationen aufzuheben.« In diesem Jahre hielten die Feldarbeiter 20 Konferenzen ab, an denen die Delegierten von 70c Gemeinden vertreten waren.

× ×

Speisung bedürftiger Schulkinder Die Schulspeisung ist in Paris auf ganz breiter Grundlage durchgeführt. Es bestehen zurzeit in 20 Pariser Stadtteilen Schulkantinen, in denen warme Mittagskost angerichtet wird. Die Kosten der Schulspeisungen fallen der Stadt zur Last. Die Beiträge der Schulkassen, der öffentlichrechtlichen Vereinigungen zur Erleichterung des Schulbesuches, treten ganz in den Hintergrund vor den städtischen Auslagen für diese Speisungen. 1900 steuerten die Schulkassen für diesen

Zweck 28000 fr. bei, die Stadtgemeinde dagegen 1 Mill. fr. Im letzten Berichtsjahr 1905 wuchsen die städtischen Auslagen um 20000 fr. an. Von insgesamt 172705 Schülern waren 142693 bedürftig. Verteilt wurden 92229287 Portionen, davon unentgeltlich 5975359.

In England besitzen von 263 Schuldistrikten 118 Speiseeinrichtungen. Nach ungefähren Schätzungen betrugen die Kosten dieser Einrichtungen 1904-1905 für die Städte 35568 Lstrl. Die Organisation der Schulspeisungen ist für ganze Distrikte Englands eine unerlässliche Notwendigkeit. Schätzt doch der Schulinspektor Dr. Eichholz die Zahl der unternährten Kinder Londons auf 122000 oder 16 % aller Elementarschüler. In England peitscht die *Fabian Society* das Gewissen durch eine flammende Flugschrift *Erst Brot, dann Unterricht!* auf. Ein im Vorjahr erlassenes Gesetz wird jetzt ergänzt (vergl. die Rubrik *Sozialistische Bewegung*, pag. 325).

In Deutschland verteilten die Berliner Kindervolksküchen im Winter 1905-1906 457323 unentgeltliche Portionen und 80418 für 5 Pf. Die Sozialdemokratie erhob wiederholt — zuletzt erst in Mannheim — die Forderung völlig freier Schulverpflegung.

Eine staatliche Regelung der Schulspeisungsfrage befürwortet Helene Simon sehr warm in ihrer Schrift *Schule und Brot* /Hamburg, Voss/. Sie will gesetzlich die Schulspeisung für die Kinder der von der Armenpflege unterstützten Eltern und, je nach den Umständen, der Eltern mit einem Einkommen von etwa 900 M. festlegen. Die Teilnahme an den Schulmahlzeiten soll obligatorisch für nachgewiesenermassen unterernährte Kinder sein. Der Empfang von Freikarten für die Mahlzeiten soll nicht als Armenunterstützung angesehen werden. Mit den Ausgaben für Speiseanstalten, Kochherde will Helene Simon den Staat belasten. »Die Lasten der Speisung, Küchenverwaltung und Überwachung der Mahlzeiten sind durch die Gemeinden, freiwillige Beiträge, bezahlte Portionen und Staatszuschuss aufzubringen.«

Über diesen Gegenstand vergl. ferner die Rubrik *Soziale Kommunalpolitik* der Rundschau, pag. 243 ff.

× ×

Berufsvormundschaft Der *Zentrale für private Fürsorge* in Frankfurt a. M. gebührt das Verdienst, ein allgemeines Interesse für den Ausbau des Instituts der Berufsvormundschaft in Deutschland geweckt zu haben. Die *Zentrale für private Fürsorge* regte vor allem die erste Zusammenkunft der Berufsvormünder Deutschlands an, die am 27. und 28. April 1906 in Frankfurt stattfand. Die erste Beratung dieser Vormünder führte zur Begründung des Archivs der Berufsvormünder. Im Archiv werden vor allem folgende wichtige Fragen behandelt werden: die Rechtsverfolgung im Ausland, die Rechtsprechung im Inland (Rechtsprechung in Alimentationssachen), die innere Organisation der Berufsvormundschaft, die Werbearbeit zur Einrichtung neuer Berufsvormundschaften. Der sozialpolitisch sehr instruktive Bericht über die 1. Beratung deutscher Berufsvormünder ist im Verlag von Böhmert in Dresden erschienen.

× ×

Invalidenversicherung Aus der Invaliden- und Altersrentenstatistik der Berliner Landesversicherungsanstalt tritt für 1905 die Tatsache, das die Sterblichkeit der Frauen viel geringer, als die der Männer, ist, sehr klar in die Erscheinung. Der durchschnittliche Rentenbezug betrug bis Ende 1905 bei den Männern 797 Tage, bei den Frauen 942 Tage. Die Frauen, denen die Beiträge nach der Verheiratung zurückerstattet wurden, waren vorwiegend als Dienstboten tätig, von 1000 Frauen dienten 394; doch geht dieser Prozentsatz ständig zurück. Waren doch im Jahre 1897 564 Frauen von 1000 im Hauptberuf Dienstboten. Sehr häufig ist der Berufswechsel bei den Berliner Dienstmädchen. Ein gutes Drittel von ihnen wechselte den Beruf und ging zum Handel oder zur Industrie über. Am jüngsten verheirateten sich die Arbeiterinnen, fast zwei Drittel noch vor dem vollendeten 25. Lebensjahre. Im allgemeinen sind in Berlin die Dienstboten und Plätterinnen älter, als die gewerblichen Arbeiterinnen und die im Handelsgewerbe Beschäftigten. Die Landesversicherungsanstalt Berlin hat von allen Versicherungsanstalten Deutschlands dem Heilverfahren die breiteste Ausdehnung gegeben. Im Jahre 1907 wurden mit Einschluss der Pfleglinge der Heilstätte für Venerische 4735 Personen in geschlossenen Heilstätten verpflegt. Durch ihre ausgedehnte humane Fürsorge für Lungenschwindsüchtige in Sanatorien erzielte die Landesversicherungsanstalt Berlin seit 1900 einen Rückgang der Anteile der Lungen-

schwindsüchtigen unter den Invalidenrentnern um rund 7 %. Die Landesversicherungsanstalt Berlin rief 3 Fürsorgestellen für Lungenkranke, die für die Heilstätten vorwiegend bestimmt waren, ins Leben und subventionierte diese Fürsorgestätten mit 30000 M. Von den 410 Venerischen hatten sich 295 bei Prostituierten und 75 bei Arbeiterinnen, Näherinnen, Dienstmädchen infiziert.

× ×

Arbeitersekretariate Das Arbeitersekretariat Leipzig wurde im Jahre 1906 von 8814 Auskunftsuchenden (darunter 7770 gewerkschaftlich Organisierten) in Anspruch genommen. Der Abschnitt des Sekretariatsberichts für 1906, der die Unfallversicherung behandelt, ist besonders gründlich gearbeitet und dürfte für Arbeitersekretäre sehr instruktiv sein.

Das Arbeitersekretariat Halle a. S. erteilte 7447 Personen 7622 Auskünfte im Jahre 1906. 98 % der Klienten des Sekretariats waren organisiert. Der Sekretariatsbericht enthält eine recht tüchtige populärwissenschaftliche Abhandlung über die Entlassungs- und Austrittsgründe aus der Arbeit nach dem B. G. B. und der G. O. aus der kundigen Feder des Arbeitersekretärs Güldenberg.

× ×

Kurze Chronik Am 21. Februar wurden durch eine kaiserliche Verordnung die bisher nur für Tabakfabriken gültigen Schutz- und Kontrollbestimmungen auch auf die Werkstätten ausgedehnt. × In Anhalt wurde die obligatorische Krankenversicherung der Dienstboten durch Landtagsbeschluss angenommen. × Am 1. und 2. März tagte in Berlin die 1. deutsche Konferenz zur Förderung der Arbeiterinneninteressen. Sie forderte eine Verkürzung der Arbeitszeit zunächst auf 10 Stunden, eine Erweiterung des Schwangeren- und Wöchnerinnenschutzes und entsprechend ausgedehnter Krankenunterstützung, einen ausreichenden Schutz der Heimarbeit, die Gewährung und Sicherung der Koalitionsfreiheit, den obligatorischen weiblichen Fortbildungsunterricht bis zum 18. Jahre, die Begründung zentralisierter, sich auf der Grundlage der Selbstverwaltung erhebender Krankenkassen, die Gewährung des aktiven und passiven Wahlrechts an die Arbeiterinnen für die Gewerbegerichte, die Schaffung von Arbeiterkammern und Zulassung der Arbeiterinnen zu diesen. Mit besonderem Nachdruck legte sich die Konferenz für die Einführung einer staatlichen Mutterschaftsversicherung ein.

× ×

Literatur Eine Broschürensammlung *zur Psychologie unserer Zeit* /Berlin, J. Singer/ liefert Beiträge zur Erkenntnis des sexuellen Lebens der Gegenwart. Das Stück Sittengeschichte, das der Annonceteil unserer Tageszeitungen widerspiegelt, behandelt T. U. Reda in seinem Schriftchen *Moderne Annoncen*. Die Prostitution ausser und in der Ehe mit ihrem gemeinschädlichen Kuppelwesen beleuchtet *Dr. Philos* in seiner Arbeit *Heiratsschwindel*.

Mitglieder des Reichsversicherungsamtes gaben am 15. Februar die 2. Nummer der *Monatsblätter für Arbeiterversicherung* heraus. Diese Monatsblätter setzen sich den Zweck, die Grundzüge der Arbeiterversicherung in gemeinverständlicher Form zu verbreiten. PAUL KAMPFFMEYER

Soziale Kommunalpolitik

Bodenpolitik Der Oberbürgermeister Beck hat dem Mannheimer Stadtrat eine Denkschrift *Die Mannheimer Wohnungsfrage und die Bau- und Bodenpolitik der Stadtgemeinde* unterbreitet, in der er die leitenden Gedanken für die zukünftige Bau- und Bodenpolitik dieser Stadt entwickelt. Den Anlass zu dieser neuerlichen, verstärkten Tätigkeit der Stadtverwaltung gab das Zurückbleiben der privaten Bautätigkeit hinter dem Bedarfe, das schon gegen Ende des Jahres 1906 zu ernsten Besorgnissen Anlass gab. Die Zählung der leerstehenden Wohnungen im November dieses Jahres ergab, dass 1,07 % der Wohnungen leer stand. Berücksichtigt man die verschiedenen Grössenklassen der Mietwohnungen, so standen leer: von den einzimmerigen Wohnungen 1,41 %, von den zweizimmerigen 0,7, von den dreizimmerigen 0,5, von den vier- und mehrzimmerigen 1,4 %. Diese Tatsachen ergaben die Notwendigkeit eines Eingreifens der Stadtverwaltung, wobei in erster Linie zu untersuchen war, in welcher Weise der im Besitz der Stadt befindliche Grund und Boden für wohnungspolitische Zwecke verwandt werden könnte.

Die rasche Entwickelung, welche die Stadt Mannheim in den letzten Jahrzehnten durchgemacht hat, brachte eine starke Aufwärtsbewegung der Boden-

preise und die Entstehung eines regen Liegenschaftsverkehrs und einer nicht minder regen Bodenspekulation mit sich. Die Denkschrift enthält über die Entwickelung der Bodenpreise sehr interessante Ziffern und zeigt an einer Reihe von Beispielen, wie durch die Aufteilung grösserer Areale sehr bedeutende Gewinne erzielt wurden. Nur da, wo die Gemeinde mit eigenem Besitz an Grund und Boden den Markt beherrschte, ist die Bodenspekulation ausgeschaltet gewesen. Die Stadt ist nun in der Lage, einen sehr grossen Teil der Markung ihr eigen zu nennen. Ende 1905 betrug die Gesamtfläche des städtischen Grundbesitzes 2431,62 ha = 36,8% der Gemarkung. Die Denkschrift hebt hervor, dass die Stadtgemeinde noch keinen Quadratmeter Gelände allein unter dem Gesichtspunkt, ihre Einnahmen zu verbessern, verkauft habe. Vielmehr habe stets im Vordergrunde ihrer Erwägungen die Bedeutung der Gegenleistung für die wirtschaftlichen, gesundheitlichen oder sonstigen öffentlichen Interessen der Gemeinde gestanden. Gemeindeland für Wohnungszwecke sei nur dann veräussert worden, wenn das dringende Bedürfnis nach Vermehrung des Vorrates an baureifem Gelände es gefordert habe. Dabei erfolgte die Abtretung nur unter Kautelen, die eine Auslieferung des städtischen Grund und Bodens an die Grundstückspekulation verhinderte. Privaten Erwerbern gegenüber war es verhältnismässig leicht, die erforderlichen Bestimmungen durchzusetzen; schwieriger lag die Sache gegenüber der Industrie, die mit allen Mitteln festgehalten oder zur Niederlassung auf Mannheimer Gebiet veranlasst werden musste, sollte die Entwickelung Mannheims aus einer kommerziellen zu einer industriellen Stadt nicht geschädigt werden. Die Bereitstellung von Grund und Boden für die Industrie hat die Gemeinde teils durch Schaffung und Erschliessung besonderer Industriequartiere, deren grossartigstes der Industriehafen ist, teils durch direkte Abgabe städtischen Geländes für die Neubauten einzelner Fabriken ausserhalb der eigentlichen Industrieviertel vorgenommen.

Um sich die künftigen Wertsteigerungen an dem von der Gemeinde Privaten überlassenen Boden zu sichern, hat die Stadt von allen ihr vom heutigen Immobilienrechte dargebotenen Rechtsformen, von der Zeitpacht, dem Wiederkaufsrecht und dem Erbbaurecht Gebrauch gemacht. Die Zeitpacht ist im städtischen Industriehafen zur Anwendung gekommen. Hier sind 26 Plätze mit rund 78000 qm Fläche pachtweise abgegeben worden. Dabei handelte es sich in allen Fällen um Handelsniederlagen oder um Unternehmungen, die auf dem Grund und Boden ein verhältnismässig geringfügiges Baukapital investierten. Bei der Zeitpacht lässt sich auch im Mietsvertrage durch Neufestsetzung der Mietspreise eine Ausnutzung der gestiegenen Bodenrente erzielen. Von dem Wiederkaufsrecht hat dagegen die Stadt nur in einem Fall Anwendung machen können, wenn wir von der Subventionierung einiger gemeinnütziger Bauvereine absehen, bei denen sich die Stadt ebenfalls das Rückkaufsrecht vorbehalten hat. Die Praxis hat gezeigt, dass mit der Geltendmachung des Wiederkaufsrechtes doch nicht unbedeutende Schwierigkeiten verknüpft sind. Das mit einem solchen Rechte belastete Eigentum ist gegenüber dem freien Eigentum minderwertig. Eine Beleihung würde voraussichtlich nur in der Form der wenig beliebten Amortisationshypothek eintreten können, da der vorsichtige Pfandgläubiger damit rechnen muss, dass der Wert der Gebäude beim Eintritt des Wiederverkaufsrechts null ist. Es müsste also zum Ausgleich dieser Nachteile der Boden billiger abgegeben werden. Ob die Nachteile des Mindererlöses und Zinsverlustes für die Stadtgemeinde durch den höheren Wert des Bodens bei seinem Rückfall ausgeglichen werden, ist höchst unsicher und lässt sich bei der längeren Dauer der Wiederverkaufsverträge auch nur schwer voraussehen. Es können sehr wohl Fälle der Bodenentwertung eintreten, so dass das Geschäft mit einem schweren Verluste für die Stadtgemeinde abschliessen würde. Eine abgestufte Verteilung des Risikos zwischen Käufer und Verkäufer beim Vertragsabschlusse wäre also notwendig; ihr würden aber in der Praxis sicher grosse Schwierigkeiten begegnen. Die Denkschrift kommt daher zu dem Resultat, dass wenig Aussicht vorhanden sei, das Wiederkaufsrecht bei der städtischen Bodenverwertung als Regelform der Kaufverträge einzuführen.

Vom Erbbaurecht hat die Stadt bisher nur in einem einzelnen Falle Gebrauch machen können. Sie überliess dem Wöchnerinnenasyl das für seinen Neubau notwendige Gelände zu Erbbaurecht

auf unbestimmte Zeit unentgeltlich. Andere Versuche sind fehlgeschlagen. Trotzdem hat sich die Stadtverwaltung, offenbar unter dem Eindrucke der starken bodenreformerischen Agitation für dieses Institut, dazu entschlossen, weitere Versuche mit ihm zu machen. Wie schon bei dem Wiederkaufsrecht, ist auch bei dem Erbbaurecht die entscheidende Frage, ob es möglich ist, die erforderlichen Baukapitalien durch Verpfändung des Erbbaurechtes und der auf dem belasteten Grundstück errichteten Gebäude zu erlangen. Die Stadtverwaltung holte darüber ein Gutachten der *Rheinischen Hypothekenbank* ein, dessen grösserer Teil in der Denkschrift abgedruckt ist. Ferner untersucht das Gutachten die wirtschaftliche Bedeutung des Erbbaurechtes für die Beteiligten. Es kommt zu dem Ergebnis, dass das Erbbaurecht dem Erbbaunehmer und Mieter keinen greifbaren Vorteil, dem Erbbaugeber jedoch beträchtlichen Schaden bringe. Für den Erbbauberechtigten ist der Hauptnachteil die Schwierigkeit, Baugelder auf teuere Amortisationshypotheken zu beschaffen, der als einziger Vorteil der niedrige Erbbauzins gegenübersteht. Die Stadtgemeinde auf der anderen Seite hat damit zu rechnen, dass der Erbbauzins keine ausreichende Rente vom Gegenwartswerte der vergebenen Grundstücke darstellt, sowie mit der Möglichkeit, dass der zugewachsene Mehrwert des Bodens keinen genügenden Ersatz für die entstandenen Einnahmeverluste bietet. Dazu kommen die Schwierigkeiten der Kontrolle des Erbbaurechtes, deren Durchführung sie vielleicht zu vorzeitiger Übernahme der Erbbauhäuser zwingt. Diese Überlegungen, sowie die Erfahrungen, die in anderen Städten mit dem Erbbaurecht gemacht worden sind, haben daher die Stadtverwaltung veranlasst, die Verwendung des Erbbaurechtes in zutreffender Weise auf solche Fälle zu beschränken, in denen die Stadt zum Erbbaunehmer noch in anderen, als den lediglich durch den Erbbauvertrag geknüpften Beziehungen steht, und in denen das Privatkapital als Darlehensgeber nur nebensächlich in betracht kommt. Die Denkschrift empfahl also, sowohl das gewerbsmässige Bauunternehmertum, wie auch Private, selbst Beamte, Arbeiter oder Lehrer in städtischen Diensten, auszuscheiden und Erbbaurechte nur gemeinnützigen Bauvereinigungen zu gewähren, die der Stadt einen direkten Einfluss auf ihre Geschäftsgebarung zugestehen. Diese Gewährung wurde nach den folgenden Grundsätzen vorgeschlagen. Das Erbbaurecht wird auf 70 Jahre bestellt; der Erbbauzins beträgt 3½ % des Erbbauwertes, der auf ³/₅ des Verkehrswertes des Grundstückes festgesetzt wird, also 2,1 % des letzteren. 70 % der Baugelder sollen von der städtischen Sparkasse zu 3½ %, weitere 20 % von der Gemeinde aus von ihr direkt verwalteten Kassen dargeliehen werden. Eventuell übernimmt diese anderen Kassen und öffentlichen Anstalten gegenüber die Garantie für diese 20 %. Der Erbbauberechtigte bedarf zur Aufnahme von Hypotheken und zur Feststellung der Tilgungspläne, zur Aufstellung und Abänderung der Baupläne, zur Festsetzung der Mietspreise, zur Veräusserung des Erbbaurechtes usw. der Genehmigung der Stadtverwaltung. Sehr scharf sind auch die Bestimmungen, welche der Stadt das Recht geben, in bestimmten Fällen das Erbbaurecht aufzuheben und Boden und Gebäude an sich zu ziehen. Auch die Bestimmungen über das Erlöschen des Erbbaurechtes sind für den Erbbaunehmer wenig günstig. Die Stadtgemeinde ersetzt ihm ein Fünftel des Wertes der Bauten und Anlagen. Die Hypotheken, sowie das von den Erbbaunehmern aufgewendete Eigengeld müssen bis zum Erlöschen des Erbbaurechtes getilgt sein. Auf Grund dieser Bestimmungen schlug der Stadtrat dem Bürgerausschuss vor, Erbbaurechte an drei städtischen Grundstückskomplexen zu vergeben. In den Verhandlungen über diesen Vorschlag wurde von seiten eines sozialdemokratischen Stadtverordneten hervorgehoben, dass es zweckmässiger wäre, wenn die Stadt dazu überginge, ihr Gelände selbst zu bebauen und die fertigen Gebäude den Genossenschaften unter bestimmten Bedingungen zu überlassen. Es kann in der Tat, wenn man die zahlreichen schweren Bedingungen der Verträge zwischen den Erbbaunehmern und der Stadt in ihren Wirkungen überblickt, kaum bestritten werden, dass der einfachere und direktere Weg der Eigenbau der Gemeinde sein würde. Denn im Grunde geht die Tätigkeit der Baugenossenschaften unter den städtischen Erbbauverträgen nur wenig über die Tätigkeit von Verwaltern hinaus. Die Verhandlungen des Bürgerausschusses endigten mit der Genehmigung der Vorschläge des Stadtrates, Erbbaugelände

in drei Fällen an gemeinnützige Bauvereinigungen zu vergeben.

Ist, wie wir gesehen haben, die Mannheimer Stadtverwaltung bisher bei ihrem Bestreben vollständig erfolgreich gewesen, die Bodenspekulation von der Ausnützung städtischen Grund und Bodens auszuschliessen, so ist dagegen der Tiefbauausschuss der Frankfurter Stadtverordnetenversammlung gelegentlich der Beratung eines Antrages, der das Spekulantentum nach Möglichkeit aus der städtischen Bodenpolitik ausschalten wollte, zu der entgegengesetzten Überzeugung gekommen. Nach ihm gibt es kein Mittel, die Grundstücksspekulation von dem Ankauf städtischer Bauplätze einfach auszuschliessen. Dieses Zugeständnis bedeutet, im Grunde genommen, den Bankerott der städtischen Bodenpolitik. Denn, wenn es für die Stadt nicht möglich ist, die Spekulation von dem Erwerb und der Ausbeutung der städtischen Grundstücke auszuschliessen, so liegt nicht der geringste Grund vor, den Erwerb von Grund und Boden über die unmittelbaren Bedürfnisse der städtischen Verwaltung hinaus vorzunehmen. Ob Private oder die Stadtgemeinde den Boden erwerben, wäre dann für die Wohnungspolitik vollständig gleichwertig. Wir können kaum glauben, dass sich die Frankfurter Stadtverwaltung, welche bisher die wohnungspolitische Bedeutung der städtischen Bodenpolitik stets so entschieden betont hat, diese Anschauungen des Tiefbauausschusses der Stadtverordnetenversammlung zu eigen machen wird.

× ×

Wertzuwachssteuer Das stets wachsende Interesse an den Fragen der kommunalen Bodenpolitik kommt auch in der steigenden Anwendung der Wertzuwachssteuer zum Ausdruck. Wir können wiederum von einer Reihe von Gemeinden, wie Jena, Marburg usw., berichten, die ihre Einführung beschlossen haben. Dagegen sind in Wiesbaden und Berlin die Anträge des Magistrats auf Einführung der Steuer abgelehnt worden. Der Gemeinderat von Mülhausen i. E. hat beschlossen, eine Petition an die Regierung und den Landesausschuss zu richten, worin die Beschaffung gesetzlicher Grundlagen zur Einführung einer kommunalen Wertzuwachssteuer gefordert wird. Zugleich hat er durch den Bürgermeister Kayser den Vorentwurf eines Wertzuwachssteuergesetzes nebst Motiven ausarbeiten lassen. Der Entwurf unterscheidet Zuwachssteuer und Zuwachsbeiträge. Die erstere soll allgemein vom Wertzuwachse erhoben werden, die letzteren in den Fällen, wo durch bestimmte gemeinnützige Arbeiten oder Veranstaltungen der Gemeinde ein erheblicher Wertzuwachs einer grösseren Anzahl von Grundstücken verursacht wurde. Gegen einzelne Bestimmungen des Entwurfes lassen sich mit Recht Bedenken geltend machen. So soll bei unbebauten Grundstücken eine Verzinsung des Erwerbswertes bis zu 4 % zur Anrechnung auf den Wertzuwachs zugelassen werden. Diese Bestimmung bedeutet eine grosse Begünstigung der Bodenspekulation. Das gleiche gilt von der anderen Bestimmung, wonach bei Verkauf mehrerer Grundstücke innerhalb eines Jahres seitens desselben Eigentümers der etwaige Wertverlust des einen Grundstückes von dem Wertzuwachs der übrigen Grundstücke in Abzug gebracht werden darf. Ein Wertzuwachs von weniger als 15 % des Erwerbswertes soll von der Besteuerung frei bleiben, und diese höchstens 30 % des Zuwachses betragen. Beide Zahlengrenzen können mit Recht angefochten werden. Ein Erwerb, der vor dem 1. Januar 1897 liegt, soll nicht berücksichtigt werden. Auch diese Periode ist zu niedrig gegriffen. Wenn es vielleicht auch schwierig sein mag, weit zurückliegende Erwerbswerte zutreffend festzustellen, so würde doch die Befreiung der Grundstücke, bei denen mehr als 10 Jahre lang kein Eigentumswechsel stattfand, die Begünstigung der starken Hand bedeuten. Wir müssen uns hier auf diese wenigen Bemerkungen beschränken, die zeigen sollen, dass der vorgelegte Entwurf trotz seiner sorgfältigen Ausarbeitung noch einer kritischen Nachprüfung bedarf.

× ×

Kurze Chronik Der Grosse Stadtrat in Zürich hat einstimmig beschlossen, für die Schulkinder eine zahnärztliche städtische Klinik einzurichten. × Ebenso hat der Stadtrat von Freiburg i. B. einen städtischen Schulzahnarzt angestellt. × Das sächsische Ministerium des Innern hat in einer Verordnung an die Kreishauptmannschaften darauf aufmerksam gemacht, dass bei einzelnen Schlachthöfen zum Teil nicht unbeträchtliche Überschüsse erzielt würden. Es sei infolgedessen zu erwägen, ob und inwieweit in solchen Fällen etwa die

Gebühren für die Benutzung der Schlachthofeinrichtungen herabgesetzt werden könnten, da auch hierdurch in gewissem Masse zur Minderung der Fleischpreise beigetragen werden könne. Wie Dr. Heines in der *Tierärztlichen Wochenschrift* nachweist, verteuern aber die Fleischbeschaugebühren das Fleisch nur um etwa ½ %. Inwieweit also die Herabsetzung dieser Gebühren einen Einfluss auf die hohen Fleischpreise auszuüben vermöchte, das bleibt nach diesen Darlegungen in der Tat vollständig rätselhaft. × Die Leipziger Stadtverordneten haben die Übernahme der Strassenreinigung in städtische Regie und die Heranziehung der Hausbesitzer zur Deckung der Kosten beschlossen. HUGO LINDEMANN

Sozialistische Bewegung

Reichstagswahllehren Die Diskussion über die Lehren der Reichstagswahl hat in der Partei den Charakter nicht beibehalten, der für ihre fernere Entwickelung erspriesslich wäre: den einer Aussprache über die Ursachen und Konsequenzen des Wahlausfalls. Auf die politischen Gesichtspunkte ist von der sogenannten *radikalen* Seite nur Genossin Rosa Luxemburg in einer Berliner Versammlung eingegangen, über die im *Vorwärts* vom 9. März berichtet wurde. Freilich, fruchtbringend dürfte diese Art, die Dinge zu betrachten, schwerlich für die Partei werden. Genossin Luxemburg sieht vieles, nur das nicht, was wirklich ist. Die Reichstagswahl war für sie »ein Kampf einer absterbenden gegen eine aufstrebende Klasse«, und ihr Ausfall »hat uns gelehrt, dass wir viel schneller unserem Siege entgegengehen, als wir vor dem 25. Januar angenommen haben«. Selbstverständlich. Bemerkenswert ist die Entschlossenheit, mit der Genossin Luxemburg die Fesseln der (vermutlich bürgerlichen) Logik sprengt, indem sie deduziert, »dass sich die bürgerliche Gesellschaft rapid ihrem Ende nähert, und dass nur hoffnungslose Phantasten glauben können, wir könnten allmählich die parlamentarische Mehrheit bekommen. . . .«. In der Tat: Je *rapider* es mit der bürgerlichen Gesellschaft abwärts geht, desto grösser wird offenbar die Zahl ihrer Anhänger, so dass die Sache für uns immer *hoffnungsloser* wird! Diese Art der Schlussfolgerung nennt man wohl *Dialektik*. Wie die intellektuelle Kühnheit, so ist auch der moralische Mut zu bewundern, mit der Genossin Luxemburg gerade den jetzigen Zeitpunkt sich aussucht, um an die Massenstreikidee zu erinnern, vor der das Bürgertum »Schrecken« empfinden soll. Dass die Massenstreikpraxis auch in Russland selber, trotz der dort gegebenen überaus günstigen Vorbedingungen, schliesslich ein Fiasko erlitt und aufgegeben werden musste und dass sie auch ihren einzigen Überrumpelungserfolg — der sich zudem schwerlich wiederholen lässt — nur der Stimmung und Hilfe des Bürgertums zu danken hat (vergl. hierüber unter anderm den Artikel Roman Streltzows *Der politische Massenstreik in Russland und seine Lehren* in diesem Bande der *Sozialistischen Monatshefte*, pag. 131 ff.): eine derartige Kleinigkeit kann unsere Genossin in ihrem folgerichtigen Denken natürlich nicht beirren. Ebenso ist es klar, dass sie über die Grundlage der von der Partei befolgten Politik weitaus besser orientiert ist, als die von der Partei gewählten Vertreter. Sie erteilt dem Genossen Bebel einen kräftigen Rüffel, weil er, entsprechend der allgemeinen Erklärung der Fraktion, dass die Sozialdemokratie nicht prinzipiell gegen jede Kolonialpolitik, sondern lediglich gegen das gegenwärtige System der deutschen Kolonialpolitik auftrete, über Calwer im Reichstag den »Mantel der Liebe« gedeckt habe; sie belehrt Bebel, dass das, was er dort vorgetragen, nicht »unser Standpunkt« sei, denn »wir« seien »grundsätzliche Gegner der Kolonialpolitik«. Nun, die Partei und im speziellen die Reichtagsfraktion wird diese Unterweisung wohl zur Nachachtung annehmen müssen. Wenn an den ganzen Ausführungen der Genossin Luxemburg, die der *Vorwärts* so ausführlich in 2½ Spalten wiedergibt, etwas ernst stimmen könnte, so ist es der Schlusssatz jenes Berichtes: »Der Vortrag fand allseitigen lebhaften Beifall«. Immerhin ist anzuerkennen, dass Genossin Luxemburg sich um den Kern der Sache, nämlich um die politische Haltung der Partei, nicht herumdrückt, sondern die hieraus sich ergebenden Fragen sachlich, wenn auch in ihrer Art, zu behandeln versucht. In der Öffentlichkeit und in der Presse hat man von ihren wundersamen Argumentationen im allgemeinen keine Notiz genommen, vielleicht, weil man die ganze Frage der *Revolutionsromantik* mit ihren fatalen Erinnerungen nicht wieder aufleben lassen wollte. Nur Genosse Wilhelm Kolb ist ihr im Karlsruher *Volksfreund* vom

15. März in einem Artikel entgegengetreten, der klar und bestimmt den Kernpunkt des Streites herausschält und die Frage nach unserer politischen Praxis stellt, wie sie sich jetzt nach der Wahl zu gestalten hat. Entgegen mancherlei Beschönigungs- und Beschwichtigungsversuchen, die letzten Endes nur darauf hinauslaufen können, einen Quietismus in der Partei zu fördern und die durch den ersten Schrecken Wachgerüttelten wieder einzuschläfern, betont Kolb: »Die Niederlage des 25. Januar ist nicht nur eine parlamentarische, sie ist auch eine politische . . .«. Und dann formuliert er den grundlegenden Gegensatz in der Auffassung, wodurch die Richtung unserer ganzen Praxis mitbestimmt wird, durchaus zutreffend folgendermassen: »Kann die Sozialdemokratie sich konsequent auf den Boden der Reform stellen und auf diesem Wege versuchen, ihr Endziel zu erreichen, oder ist die notwendige historische Bedingung hierfür der direkte Massenkampf in einer Befreiungsrevolution?« Das ist in der Tat die »Preisfrage«. Die Entscheidung hat die Partei in Wahrheit freilich längst getroffen, sie hat in ihrer Tätigkeit sich auf reformistischen Boden gestellt. Aber die *revolutionäre* Phraseologie, der man in den Reihen der Praktiker mit Unrecht eine geringe Bedeutung beimisst, hat ihre Kreise oft gestört; denn man kann nicht ungestraft auf die Dauer eine Politik treiben, die der offiziellen Theorie und Terminologie nicht ganz entspricht. Nach einigen Ereignissen des Jahres 1906 scheint man auch das Bedenkliche dieses Widerspruches für die Partei erkannt zu haben, und auf dem Parteitag in Mannheim hat der Wort*revolutionarismus* eine entschiedene Absage bekommen. Es wird die Sache nicht nur der praktischen Politiker, sondern auch der Theoretiker sein, ihn endgültig zu überwinden, damit die Partei von schädlichen Rückschlägen verschont bleibt. Das ist im eigentlichen Sinne auch eine Frage der politischen Erziehung überhaupt; und diese liegt, wie Kolb in dem zitierten Artikel ganz richtig sagt, »in Deutschland sehr im argen. Politik macht man nicht nur durch und mit Agitation«. In der Sozialdemokratie werden diese beiden Begriffe leider vielfach identifiziert, und wenn man von politischen Erfolgen redet, so denkt man in der Regel immer an die agitatorischen. Von dieser Vorstellung, die auf mangelnder Erkenntnis beruht und auf eine gefährliche Selbsttäuschung herauslaufen kann, muss man sich frei zu machen suchen.

Gleichwohl sollen natürlich auch die Lehren, die sich aus dem Wahlausfall für die Agitation ergeben, nicht unterschätzt werden. Sie sind ja auch in einigen Artikeln der *Neuen Zeit*, die ich in der vorigen Rundschau bereits erwähnt habe, und zu denen in späteren Heften noch die von Linde und Busold kamen, erörtert worden. Auch in der Parteipresse und in den Besprechungen der Organisationen. Die öffentliche Debatte über die Reichstagswahllehren, die unmittelbar nach der Wahl einsetzte, ist im übrigen leider sehr bald auf ein falsches Geleise geraten. Einige Zwischenfälle mehr persönlicher Art gaben den Anlass, sie vom sachlichen Gebiet der Politik auf das persönliche des Parteizwistes zu lenken. Man kann der *Bremer Bürgerzeitung* beistimmen, wenn sie es verurteilt, dass man es für gut befunden hat, »in dieser ernsten politischen Situation persönlichen Krakeel anzufangen« — wobei man sich freilich in der Auffassung, wer die Schuld trägt, und woran die Schuld liegt, von ihr wird völlig entfernen müssen. Die *Sozialistischen Monatshefte* haben es stets nach Möglichkeit vermieden, auf Streitigkeiten über Personen oder Instanzen einzugehen, daher soll auch jetzt auf die schwebenden Affären nicht eingegangen werden. Der *Fall Bernhard,* der sehr zum Schaden der Sache das Interesse mancher Parteikreise absorbiert hat, wird hoffentlich bald seine Erledigung finden. Es ist nicht anzunehmen, dass die Partei dem Verlangen einiger Genossen nach Ausschluss des Genossen Bernhard Rechnung tragen wird, da die Voraussetzungen für einen solchen Akt in keiner Weise gegeben sind. Man kann die Art, wie Bernhard in die Diskussion eingriff, für eine politische Unklugheit halten, und man kann auch sachlich seiner Anschauung über unser Verhältnis zum Liberalismus durchaus widersprechen, so steht doch das eine fest, dass er aus keinem andern Motiv heraus gehandelt hat, als aus dem, der Partei zu nützen. Die Partei würde daher durch einen Gewaltakt nicht nur dem Genossen Bernhard, sondern namentlich sich selber ein Unrecht zufügen, da sie dadurch die Grundlage ihrer Justiz untergraben würde.

Eine weitere Verwirrung brachte in die sachliche Debatte der Umstand, dass

eine Reihe von Genossen sich einbildeten, die kritischen Auslassungen Calwers, Schippels, Bernsteins etc. in den *Sozialistischen Monatsheften* seien bereits vor der Stichwahl erschienen; manche besonders phantasiebegabte Genossen wollten sogar eine Schädigung des Stichwahlkampfes durch diese Artikel wahrgenommen haben. Natürlich haben diese scharfen Beobachter jenes Heft offenbar selber nicht gelesen; sonst würden sie bemerkt haben, dass darin bereits (pag. 108, 114, 161 ff.) die Resultate der Stichwahl enthalten sind, das Heft also nicht gut vor diesen erschienen sein kann. Nichtsdestoweniger wurde sogar von einem sozialdemokratischen Verein den Genannten offiziell dafür ein ernster Tadel ausgesprochen. Der Unterzeichnete sandte an den *Vorwärts* und an die *Leipziger Volkszeitung* eine Richtigstellung des Tatbestandes, die auch von beiden Blättern loyal abgedruckt wurde. Freilich, manchem erscheint es schon als ein Vergehen, dass jene Genossen vor der Stichwahl über die Wahllehren überhaupt nachgedacht haben.

Hoffentlich gewinnt die Debatte das sachliche Gebiet wieder, das sie besser nicht hätte verlassen sollen. Es ist richtig, dass Streitigkeiten über Personen oder Instanzen vor die Organisationen gehören. Aber ebenso richtig ist es, dass politische Anschauungsdifferenzen nur in der Öffentlichkeit ausgetragen werden können. Man kann keine Politik in der Heimlichkeit kleiner Konventikel machen, noch weniger können da die noch fehlenden sachlichen Voraussetzungen und Erkenntnisse gefunden werden. Die politische und theoretische Diskussion in unserer Partei hat sich seit dem Parteitag von Lübeck /1901/ leider allzu oft in Niederungen der persönlichen Verdächtigung bewegt. Es ist Zeit, dass sie auf die Höhe zurückkehrt, auf der sie in Stuttgart /1898/ und Hannover /1899/ stand.

× ×

Parteitag für Preussen Eine der wichtigsten Lehren, die wir aus dem Ausfall der Reichstagswahl zu ziehen haben, sollte die sein, dass wir mehr noch, als bisher, die Aufmerksamkeit der Partei auf die preussische Politik lenken und vor allem danach trachten sollten, in den preussischen Landtag zu gelangen, der ja auch der bestimmende Faktor unserer Reichspolitik ist. Die Wichtigkeit dieser Frage ist immer noch nicht genügend erkannt, und die Partei ist noch weit davon entfernt, ihre Kräfte eine Zeitlang auf diesen Punkt zu konzentrieren. Der preussische Parteitag, der um Neujahr herum stattfinden sollte, wurde damals der Reichstagauflösung wegen abgesagt. Jetzt teilt der Vorstand des Gross-Berliner Verbandes mit, dass er im Einverständnis mit dem Parteivorstand die Berufung des Preussentages auf die Zeit zwischen Weihnachten und Sylvester 1907 vertagt habe. Diese Hinausschiebung um ein volles Jahr erscheint der Bedeutung der Sache nicht angemessen. In einem kurzen, aber sehr argumentativen Artikel der *Neuen Zeit* legt Genosse Leo Arons das Verfehlte dieses Beschlusses überzeugend dar. Er gibt eine kurze Übersicht über die Aufgaben, die gegenwärtig in Preussen ihre Lösung finden, und an denen sich die Sozialdemokratie intensiv beteiligen muss, wenn sie sich »wieder einmal als die einzige wahre Förderin der Kultur bewähren« will. Die sozialdemokratische Partei hat leider in allen preussischen Angelegenheiten allzu lange Jahre, ja Jahrzehnte verloren. Um so wichtiger ist es, dass sie jetzt mit aller Energie diese neue Tätigkeit aufnimmt, die eine der wichtigsten zu werden verspricht, und dass nicht durch dilatorisches Verhalten der Elan gänzlich verloren geht. Ganz abgesehen von den weiteren Gründen, die Arons anführt: dass wir möglicherweise sehr bald vor neuen Landtagswahlen stehen, und dass es nicht zweckmässig sei, auftauchende Meinungsdifferenzen über den Wert oder Unwert der Landtagswahlbeteiligung erst unmittelbar vor der Wahl selber auszufechten. Arons plädiert dafür, den Preussentag bereits auf Pfingsten einzuberufen. Diejenigen, die sich mit der preussischen Politik beschäftigen und auch im speziellen die Tätigkeit des Landtages in diesem Jahre verfolgen, werden diesen Vorschlag nur unterstützen können.

× ×

Winter † Mit Dr. August Winter, der am 25. Februar in der Provinzialirrenanstalt Liegnitz gestorben ist, ist der Partei nicht nur ein fähiger Kopf und eine eminente Arbeitskraft verloren gegangen, sondern auch einer der Anhänger, die wirklich mit ganzem Herzen bei der Sache waren und ihre volle Empfindung in ihre Tätigkeit legten. Bis zur Erschöpfung der Nervenkraft. Bereits vor 2½ Jahren

brach er, der damals noch nicht 38jährige, zusammen. Eine unheilbare Geisteskrankheit entzog ihn der Sache, der sonst ihn schwerlich hätte etwas abwendig machen können.

Winter war eigentlich seit frühester Jugend Sozialist, in seinem Denken und in seinem Fühlen. Er war der Sohn eines Bauern, er besuchte die Dorfschule, dann die Realschule, dann das Gymnasium, dann die Universität. Lange Jahre war er Hauslehrer. Er hat seine Eindrücke und Erlebnisse damals in einer Skizze *Auf Hausmeierei* im *Sozialistischen Akademiker* (1896, pag. 373 ff.) in einer schlichten Weise, die Eindruck machen musste, wiedergegeben. 1897 ging er in den oberschlesischen Industriebezirk, damals ein unbekanntes Land, dunkel, ja fast ohne Hoffnung. Die trostlose Umgebung schreckte ihn nicht, er liess sich dort nieder und begann, zunächst allein auf seine Kräfte angewiesen, die Arbeit für die Partei und für die gewerkschaftliche Organisation. In einem Jahr erreichte er es durch seine rastlose Arbeit, dass die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen, die bei der Reichstagswahl 1893 in Oberschlesien 5000 betragen hat, 1898 auf 25 000 stieg. Ende 1898 wurde von Winter das oberschlesische Arbeitersekretariat gegründet, das unter seiner Führung sofort eine ganz bedeutende Entwickelung nahm. »Die ganze Grösse seiner Leistungen«, schreibt die Breslauer *Volkswacht*, »kann nur der beurteilen, der die unsäglich schwierigen Verhältnisse des oberschlesischen Industriebezirks kennt. . . . Diese Arbeit muss nicht nur nach ihrem gewaltigen Umfange beurteilt werden, sondern auch nach den Umständen, unter welchen sie geleistet wurde. Nich nur muss anerkannt werden der eiserne Fleiss und der nimmer ermüdende Eifer, sondern auch die Aufopferung, der frühe Verzicht auf alle Lebensannehmlichkeiten, die der hochgebildete Mann auf sich nahm, indem er in Oberschlesien, fern von allem anregenden, geistigen und geselligen Verkehr, gleich einem Ausgestossenen lebte.« Bei all seiner aufreibenden praktischen Tätigkeit, die ihn Tag und Nacht in Anspruch nahm, fand er doch noch die Zeit zu wissenschaftlichen Arbeiten. Die Leser der *Sozialistischen Monatshefte* kennen seine Aufsätze über oberschlesische Verhältnisse, die er in dieser Zeitschrift veröffentlicht hat.

Die Person Winters trat wenig in den Vordergrund. Er steckte immer so tief in Arbeit und stets in seinem entlegenen Winkel, dass er persönliche Beziehungen wenig pflegen konnte. Aber wer mit ihm zusammenkam, musste warm werden vor so viel Begeisterungsfähigkeit, so viel ehrlich ernster Überzeugung und unermüdlicher Tatkraft. Er hatte dazu ein schlichtes, ganz und gar anspruchsloses Wesen, er vermied es auch in der privaten Unterhaltung, die Aufmerksamkeit irgendwie auf sich zu lenken, und er, dessen Tätigkeit eine der wichtigsten war, schien nie von seiner Wichtigkeit durchdrungen. Winter wurde auch in der Partei angefeindet: das lag an dem Gegensatz zwischen den beiden polnischen sozialistischen Gruppen, und er musste sich manchmal seiner Haut wehren. Aber nie sprach er von seinen Gegnern innerhalb der Partei mit jener Heftigkeit und Feindseligkeit, wie sie leider sonst vielfach üblich geworden war. Er vergass nie, dass auch jener Gegner der gleichstrebende Genosse war. Ein prächtiger Mensch ist der Partei genommen worden. Und auch speziell den *Sozialistischen Monatsheften.* Denn Winter war einer der treuesten Mitarbeiter unserer Zeitschrift. Er hat seit ihrer Gründung im Jahre 1895 ihr das lebhafteste Interesse entgegengebracht und nach Kräften an ihrer Weiterentwickelung mitgewirkt. Und er hat dies getan, solange er überhaupt geistig arbeiten konnte. Wir haben ihm manches zu verdanken, wir haben viel in ihm verloren und werden ihm stets ein treues Andenken bewahren.

× ×

England Für die britische Arbeiterbewegung bedeutet das letzte Jahr ein Jahr grosser Erfolge. Die Arbeiterpartei ist darin zum erstenmal selbständig in die Parlamentswahlen eingetreten, sie hat 30 Sitze errungen und einen Einfluss auf den Gang der Geschäfte, der weit grösser ist, als die Zahl der Mandate. Die Gewerkschaften sind von den einengenden Fesseln befreit worden, die während der letzten 4 oder 5 Jahre ihre Aktivität ein wenig gelähmt hatten. Der Parteitag in Belfast, der im Januar abgehalten wurde (vergl. pag. 249-250) hat die Beachtung und das Interesse der gesamten englischen Öffentlichkeit gefunden. Diese gewöhnt sich allmählich an den neuen Faktor, mit dem die Politik in den nächsten Jahren mit steigendem Masse zu rechnen haben wird, und der einen fri-

schen Zug in sie hineinbringt. Charakteristisch für die englische Arbeiterpartei ist, dass sie — eine für englische Parteiverhältnisse neue Erscheinung — die internationale Note anschlägt und eine Solidarität mit den ausländischen Bruderparteien empfindet. Die Wahlsiege der Sozialisten in Russland sind in der englischen Partei ebenso freudig begrüsst worden, wie man über die Verluste der deutschen Sozialdemokraten grosses Bedauern empfand. Wenn die englische Arbeiterklasse sich nun auch der politischen Waffe bemächtigt hat, so sorgt die enge Verbindung mit den Gewerkschaften, aus denen die Partei herausgewachsen ist, dafür, dass die sozialistische Begeisterung und Leidenschaft nie die vorsichtig abwägende, lediglich mit den Realitäten des Tages rechnende Praxis der Arbeiterpolitik gefährdet. Die Partei wird mit sozialistischem Geiste erfüllt, und sucht, schrittweise die sozialistischen Forderungen durchzusetzen, während sie gleichzeitig, wie in der vorigen Rundschau bereits berichtet, einen in einer Resolution festzulegenden obligatorischen Glauben an das Endziel ablehnt.

Sehr bezeichnend für die Sympathie, die die englische Arbeiterpartei geniesst, und für den erzieherischen Einfluss, den sie ausübt, war die freundliche Aufnahme, die die Delegierten des Parteitags bei ihrem ersten Besuch in Irland fanden. Belfast war vor noch nicht langer Zeit der Schauplatz der wildesten Kämpfe zwischen den Katholiken und den Protestanten, und vielleicht nirgends im britischen Reich sind die konfessionellen Gegensätze mit solcher Leidenschaft und Erbitterung ausgefochten worden. Jetzt scheint dieser Fanatismus im Schwinden, der neue Geist einer kräftigen sozialistischen und gewerkschaftlichen Propaganda hat die Empfindungen auf ein anderes Gebiet gelenkt, und die ehemaligen Anhänger der religiösen Bigotterie lassen ihren Streit ruhen und finden sich in der gemeinsamen Vertretung der Arbeiterinteressen und in der sozialistischen Gedankenwelt zusammen.

Die Konstitution der Partei ist auf dem Parteitag in Belfast nicht geändert worden. Auch die Leitung ist die gleiche geblieben. Keir Hardie wurde einstimmig zum ersten, Shackleton zum zweiten Vorsitzenden wiedergewählt, und MacDonald, frisch zurückgekehrt von einer Studienreise durch Canada und die australischen Kolonieen und beladen mit Daten über die Arbeitergesetzgebung in diesen Ländern, blieb Schriftführer; *Einpeitscher* wurden Henderson und Roberts.

In ihrer parlamentarischen Tätigkeit wird die Partei zunächst sich mit den Verhältnissen der Bergarbeiter beschäftigen. Sie wird im April eine Vorlage einbringen, die den obligatorischen Achtstundentag für sie gesetzlich festlegen soll. In der vorigen Session hatte die Partei den Erfolg, das Gesetz durchzubringen, das den lokalen Schulbehörden in England und Wales die Möglichkeit zur Speisung bedürftiger Schulkinder verleiht. Das Oberhaus strich im letzten Moment die Ausdehnung des Gesetzes auf Schottland. Jetzt hat Genosse MacDonald die Beratung einer entsprechenden Ergänzung des Gesetzes durchgesetzt und das Werk des vergangenen Jahres vervollständigt; man kann annehmen, dass man in kurzer Zeit auch in Schottland die Schulspeisung haben wird. Auch auf anderen Gebieten der Sozialpolitik hat sich die Partei mit legislativem Erfolg betätigt; namentlich geht sie jetzt dem Schwitzsystem energisch zu Leibe. Die wichtigste gesetzgeberische Materie, mit der sie sich jetzt zu beschäftigen hat, ist die Frage der Alters- und Arbeitslosenunterstützung, die ihrer Lösung noch in dieser Tagung entgegengeführt werden soll.

Im ganzen war die Situation im letzten Jahre besser. als seit langem. Die wohltätigen Wirkungen der politischen Aktivität haben auch die Gewerkschaftsbewegung günstig beeinflusst, und die Bedeutung und Propaganda der sozialistischen Gruppen hat sich in erfreulichem Masse gesteigert. Eine Trübung erfährt freilich das Bild durch den Ausfall der Grafschaftswahlen vom 2. März (vergl. die Rubrik *Politik*, pag. 313). Doch lässt sich das, was daran hängt, noch nicht völlig übersehen. Wir werden uns damit noch besonders an dieser Stelle zu beschäftigen haben.

× ×

Russland: *Dumafraktionen*

Die Aufhebung der unglückseligen Boykotttaktik und die Beteiligung an den Wahlen zur zweiten *Duma* hat dem russischen Sozialismus, der im vorigen Jahre durch seinen *Radikalismus* sich selber ausschaltete, diesmal mehr als 100 Mandate verschafft. Genaue Zahlen über die Stärke der verschiedenen sozialistischen Fraktionen sind noch nicht zu ermitteln. Nach den annähernden Daten verteilen

sich die sozialistischen Abgeordneten folgendermassen: Die *Sozialdemokratische Arbeiterpartei Russlands* verfügt über 47 eingeschriebene Fraktionsmitglieder und etwa 18 Hospitanten. Die grosse Mehrheit gehört der realistischen Richtung der *Menschewiki* an, die die eigentlich politisch Denkenden und Fähigen umfasst. Die intransigenten *Bolschewiki* haben nur 10 bis 12 Mandate. Da diese *Mehrheit* also nur eine kleine Minderheit in der Fraktion darstellt, so hat sie keine Möglichkeit, ihre Taktik in der *Duma* selber anzuwenden, was der freiheitlichen Entwickelung nur zu gute kommen kann. Die *Sozialrevolutionäre* sind 38 Mann stark. Zu ihnen gesellen sich die 3 Mitglieder der armenischen Partei. Den *Sozialrevolutionären* nahe stehen auch die 12 *Volkssozialisten*, die sich von ihnen dadurch unterscheiden, dass sie in der Agrarfrage für eine Entschädigung der Grossgrundbesitzer eintreten und ihren Republikanismus aus taktischen Gründen zurückstellen. Zu den Sozialisten kann man auch mit einem gewissen Recht die *Arbeitsgruppe* (53 Mitglieder und 19 Hospitanten) und den *Bauernbund* (14 Mitglieder) rechnen, weil sie auf agrarsozialistischem Standpunkte stehen. Von den Sozialisten der Grenzländer ist in der *Duma* nur die *Litauische sozialdemokratische Partei* durch einige Abgeordnete vertreten. Die polnischen Sozialisten aller Richtungen, die sich durch besonders heftigen *Radikalismus* auszeichnen, haben keine Abgeordnete durchgebracht, ebensowenig der *Jüdische Arbeiterbund*. Die kaukasischen Sozialdemokraten bilden mit den russischen eine gemeinsame Fraktion. Im allgemeinen geht die Taktik der Sozialisten dahin, möglichst vorsichtig und besonnen aufzutreten und vor allem die Existenz der *Duma* selber nicht zu gefährden. Man sucht, nach Möglichkeit jeden Konflikt in unbedeutenderen Dingen zu vermeiden, um die Kräfte für einen ernsten Fall zu bewahren. Die kleine Gruppe der Leninianer, die gern in ihrer anarchistelnden Weise es zur Katastrophe treiben möchten, wird von der Mehrheit neutralisiert.

× ×

Kurze Chronik In der diesmal besonders ausgedehnten Etatsdebatte im Reichstag sprachen als Redner der Sozialdemokratie die Genossen Bebel, Singer und David. Bei der sozialdemokratischen Interpellation über die Wahlbeeinflussungen legte Genosse Fischer in seiner temperamentvollen Art die Wahltechnik der Regierung bloss. × Eine bayerische Parteikonferenz erneuerte am 24. Februar die Schweinfurter Resolution, die ein selbständiges Vorgehen bei den bevorstehenden Landtagswahlen den Parteigenossen zur Pflicht macht. × Mit dem 12. März hat Genosse Kurt Eisner die Chefredaktion der *Fränkischen Tagespost* übernommen. × Der von dem Vorsitzenden des sozialdemokratischen Vereins in Stuttgart, B. Heymann, herausgegebene Tätigkeitsbericht für das Jahr 1906 konstatiert eine günstige Entwickelung der Presse und der Finanzen. Allein die Mitgliederbeiträge brachten 4422 M. mehr, als im Vorjahre. × Ganz bedeutend ist der Aufschwung, den der sozialdemokratische Verein Hannover im Jahre 1906 zu verzeichnen hat. Seine Mitgliederzahl stieg von 4173 auf 11 218; die Gesamteinnahmen betrugen 54 028, die Ausgaben 53 097 M. × Die belgische Arbeiterpartei hat in diesem Jahre um 7000 einzelne Mitglieder zugenommen; sie zählt jetzt deren 124 519. × In der schweizerischen Partei ist es wegen der Militärfrage zu Differenzen gekommen. Die Genossen Brüstlein und Scherrer haben im Nationalrat eine Haltung eingenommen, die von den Mitgliedschaften in Aussersihl-Zürich missbilligt wird. JOSEF BLOCH

Gewerkschaftsbewegung

Internationale Organisation Nunmehr ist von dem rührigen internationalen Sekretär der gewerkschaftlichen Landeszentrale, dem Genossen Carl Legien, bereits der 3. internationale Bericht über die Gewerkschaftsbewegung, und zwar für das Jahr 1905 /Berlin, Verlag der *Generalkommission*/ veröffentlicht worden. Er umfasst diesmal Einzelberichte aus 13 von den 15 dem Sekretariat angeschlossenen Ländern, aus England, Belgien, Dänemark, Schweden, Norwegen, Deutschland, Österreich, Ungarn, Serbien, Bulgarien, der Schweiz, Italien und Spanien, von denen einzelne allerdings über den zahlenmässigen Stand der Gewerkschaftsbewegung nur unvollständige Angaben enthalten. So werden aus der Schweiz und Spanien keine Angaben über die Kassengebarung gemacht. Frankreich hat auch diesmal nicht berichtet, ebenfalls fehlt ein Bericht aus den Niederlanden, wo sich zurzeit eine Neuorganisation der Landeszentrale vollzieht. In

Russland, das in den letzten Jahren in eine lebhafte gewerkschaftliche Bewegung eingetreten ist, hat sich die Durchführung einer strengen Zentralisation bisher noch nicht ermöglichen lassen, die Organisation ist dort noch zu sehr im Werden begriffen, als dass sich darüber auch eine zahlenmässige Übersicht geben liesse. Auch in Italien hat sich, wie in der vorigen Rundschau (pag. 254) dargelegt, vor kurzem erst eine Reorganisation der Landeszentrale vollzogen, auch von dort konnten für das Jahr 1905 zahlenmässige Angaben über die Entwickelung der Gewerkschaften nicht gemacht werden, da die im letzten Jahre tätige Landeszentrale keinerlei Material gesammelt und nichts an die neu eingesetzte Kommission abgeliefert hatte.

Nachstehend geben wir nach dem Bericht des Genossen Legien eine Übersicht über die Mitgliederzahlen der Gewerkschaften in den einzelnen Ländern, soweit Angaben darüber gemacht waren:

Land	Zahl der Gewerkschaftsmitglieder: insgesamt	Zahl der Gewerkschaftsmitglieder: davon weibliche	Der Landeszentrale gehören an: Zentralverbände: Zahl	Zentralverbände: Mitglieder	Lokale Vereine: Zahl	Lokale Vereine: Mitglieder	insgesamt: Mitglieder
England	1866755	125094	60	485942	45	15357	501299
Belgien	148483	?	6	18725	54	15459	34184
Dänemark	92627	7076	50	70847	12	617	71464
Schweden	117035	7547	39	86527	2	108	86635
Norwegen	18600	600	12	15716	13	506	16222
Deutschland	1822343	86402	64	1344803	—	—	1344803
Österreich	323099	28402	133	306599	—	—	306599
Ungarn	71173	3014	21	66187	18	4986	71173
Serbien	5074	400	21	5074	—	—	5074
Bulgarien	8300	1000	1	180	43	1790	1970
Schweiz	?	?	32	48500	3	200	48700
Spanien	?	?	9	21589	116	14968	36557
in summa	4474389	259544	—	2470689	—	53991	2524680

Hiernach ist nur in England im Lauf des Jahres 1905 ein Rückgang der Mitgliederzahl um 22 835 eingetreten, der sich aus der in jenem Jahre dort herrschenden wirtschaftlichen Krise hinreichend erklärt; in allen anderen Ländern haben die Gewerkschaften Fortschritte gemacht.

Rechnet man den oben angegebenen Mitgliederzahlen auch nur die der Landeszentralen der Schweiz und Spaniens hinzu, und berechnet man die Mitgliederziffer der italienischen Gewerkschaften mit der im Jahre 1904 angegebenen in Höhe von rund 260 000, so ergibt sich für die an der Berichterstattung beteiligten Länder eine Gewerkschaftsmitgliederzahl von 4 819 646, hiervon sind 2 784 680 in den dem internationalen Sekretariat angeschlossenen Landeszentralen organisiert.

Über die Einnahmen, Ausgaben und Kassenbestände der den Landeszentralen angeschlossenen Gewerkschaften geben wir folgende Übersicht:

Land	Zahl der Mitglieder	Jahreseinnahme M.	Jahresausgabe M.	Ausgaben für: Streiks M.	Reiseunterstützung M.	Arbeitslosenunterstützung M.	Krankenunterstützung M	Invalidenunterstützung M.	Verwaltung M	Fachorgan M	Kassenbestand M
England	501299	23098492	21662250	1510661	—	6054230	3401170	3977470	3397375	—	45420600
Belgien	34184	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Dänemark	71464	2022577	2088136	1050118	—	416538	64565	19855	211527	23007	1717606
Schweden	86635	4262944	4314410	3806489	4074	105920	8375	—	158536	19377	641976
Norwegen	16222	466658	431588	213315	935	59434	23215	1114	63388	9414	325874
Deutschland	1344803	27812257	25024234	10160859	712820	1991924	1920639	273060	4314761	1452653	19635850
Österreich	306599	3880231	3201461	973750	98770	613514	396306	133230	258891	582551	4503512
Ungarn	71173	950870	734624	—	33225	138979	99029	60474	80803	58424	753390
Serbien	5074	24684	15026	1007	361	604	—	—	6562	498	18943
Bulgarien	1970	15178	14876	4595	426	1790	914	—	—	1918	10391
Schweiz	48700	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Spanien	36557	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Zusammen	2524680	62544941	57487411	17725694	850611	9382933	5914216	447103	8491936	2147842	73470149

Ausser den in dieser Zusammenstellung angegebenen Summen wurden noch für Sterbegeld, Notfall- und andere Unterstützungszwecke verausgabt in England 891 358 M., in Dänemark 22 583 M., in Schweden 8695 M., in Norwegen 25 758 M., in Deutschland 1 111 594 M., in Österreich 264 706 M., in Ungarn 69 254 M. und in Serbien 385 M.

Bemerkenswert sind an den obigen Zahlen die erheblichen Streikausgaben in Deutschland, Schweden und Dänemark. Auch in England haben sich die Streikausgaben gegen das Vorjahr verdoppelt, dagegen ist die Arbeitslosen- und die Reiseunterstützung zurückgegangen von 8 133 051 M. im Jahre 1904 auf 6 054 230 M. im Jahre 1905.

Der Bericht enthält wieder interessante Angaben in Fülle über die Wirtschaftslage, die Arbeitergesetzgebung, die organisatorische Entwickelung in den berichterstattenden Ländern, er enthält auch ein Adressenverzeichnis sowohl der Landeszentralen, wie der angeschlossenen Gewerkschaften.

Von Interesse dürfte noch sein, dass das internationale Sekretariat ausser mit den Landeszentralen der oben genannten Länder mit folgenden Ländern noch Verbindungen unterhält: Nordamerika, Neusüdwales, Queensland, Südaustralien, Victoria, Japan, Russland und Finnland.

× ×

Christliche Gewerkschaften Für die deutschen christlichen Gewerkschaften war das Jahr 1906 eine Periode der äussern Ausbreitung, wie der innern Konsolidierung. Haben doch die dem *Gesamtverband* angeschlossenen christlichen Organisationen in diesem Jahre nach dem im *Zentralblatt* veröffentlichten Jahresbericht des Ausschusses dieser Körperschaft eine Mitgliederzunahme von 60- bis 70 000, eine Jahreseinnahme von 3 Mill. M. und am Jahresschluss einen Kassenbestand von mehr als 2 Mill. M. zu verzeichnen, ein Ergebnis, das ihnen gewiss zu Befriedigung Anlass gibt. Der Kreis der dem *Gesamtverband* angeschlossenen Organisationen hat durch den Anschluss des 900 Mitglieder zählenden bayerischen Salinenarbeiterverbandes und des zirka 3000 Mitglieder zählenden *Gutenbergbundes* eine Erweiterung erfahren. Auch im bayerischen Post- und Telegraphenarbeiterverband wird zurzeit der Anschluss an den *Gesamtverband* diskutiert, ferner wurde in München eine Organisation der Herrschaftsbediensteten gegründet, die den Grundstock zu einem Zentralverband dieser Branche im Rahmen der christlichen Gewerkschaften bilden soll. Dagegen ist der Bund der Fleischergesellen, dem Lic. Mumm nahestand, eingegangen.

Die christlichen Gewerkschaften haben im letzten Jahre eine ausserordentlich lebhafte Agitation entfaltet, bei der ihnen die konfessionellen Arbeitervereine behilflich waren. Die Vorstände beider Organisationsgruppen haben gemeinsame Aufrufe erlassen, in welchen sowohl die Notwendigkeit konfessioneller Arbeitervereine, wie auch der christlichen Gewerkschaften begründet wurde. An vielen Orten fanden auch gemeinsame Versammlungen, ein gegenseitiger Mitgliederlistenaustausch, und im Anschluss daran eine Hausagitation statt. Erst die unerwartet gekommene Auflösung des Reichstages hat dieser grossangelegten Agitation ein (vorzeitiges) Ende bereitet, doch soll sie demnächst wieder aufgenommen werden, und die christlichen Gewerkschaften wollen sich dabei unter anderm auch auf die Hauptstelle der evangelischen *Inneren Mission* stützen.

Der *Gesamtverband* hat es verstanden, in allen Gegenden mit einer nennenswerten Mitgliederzahl der christlichen Gewerkschaften sich feste Stützpunkte für seine Agitation zu schaffen. So unterhält er in München für Bayern, in Berlin, in Breslau für Schlesien Gewerkschaftssekretariate, er unterstützt weiter die Gewerkschaftssekretariate in Mülhausen im Elsass für Süddeutschland, in Metz für Lothringen und das Saargebiet und in Kaiserslautern für die Pfalz mit Geldmitteln. Insgesamt verausgabte er für diesen Zweck im letzten Jahre 14 756,41 M. Ferner unterhält er ein italienisches Blatt, das ihm 5790,57 M., und ein polnisches, das ihm 5444 M. Kosten verursachte. Für das *Zentralblatt* wurden pro 1906 11 375,16 M., für das Generalsekretariat des *Gesamtverbandes* 7295,21 M. verausgabt. Der *Gesamtverband* hat auch einen Buchhandel zwecks besserer Einrichtung der Gewerkschaftsbibliotheken errichtet, der 1906 bereits einen Umsatz in Höhe von 17 523,79 M. hatte.

So viel aus dem Jahresbericht des *Gesamtverbandes*, der manche interessante Aufklärung über das Getriebe der christlichen Organisationen gibt.

× ×

Kongresse und Verbandstage In der Woche vom 18. bis zum 23. Februar fand in Leipzig der 7. Verbandstag des Steinsetzerverbandes statt.

Die Beitragspflicht wurde von 40 auf 42 Pf. erhöht und den Zahlstellen das Recht eingeräumt, auch für die beitragsfreien Wintermonate Beiträge zu gunsten der Lokalkassen zu erheben. Die Streikunterstützung wurde bis zum Höchstbetrage von 20 M. pro Woche erhöht, und das Sterbegeld einheitlich auf 100 M. festgesetzt. Das System der besoldeten Gauvorsteher, das sich durchaus bewährt hat, soll weiter ausgebaut werden. Im Anschluss an den Verbandstag fand am 19. Februar die diesjährige Konferenz der dem internationalen Sekretariat der Steinsetzer angeschlossenen Organisationen statt. Vertreten waren Deutschland, Österreich, Ungarn, die Schweiz, Italien, Belgien, Dänemark und Schweden. Es gelangte ein Regulativ für das internationale Sekretariat zur Annahme, das den Mitgliedern der koalierten Organisationen freien Übertritt aus der einen in die andere gewährleistet, den Bezug der Reiseunterstützung regelt und die Aufgaben des Sekretariats näher bezeichnet. Der Beitrag an das internationale Sekretariat beträgt 10 Pf. pro Jahr und Mitglied der angeschlossenen Organisationen.

× ×

Kurze Chronik Der Verband der Graveure und Ziseleure, der 70 bis 75 % der Berufsgenossen in sich vereinigt, konnte am am 1. Februar auf eine 10jährige Organisationstätigkeit zurückblicken. × Der Verband der Xylographen hat sich am 1. Januar der *Generalkommission* angeschlossen. × Der Maurerverband veranstaltete dieses Jahr in der dritten Märzwoche wieder eine allgemeine Hausagitation zur Gewinnung neuer Mitglieder. × Das Gewerkschaftshaus in Trier ist infolge Erschwerung seines Betriebes durch die Behörden in Konkurs geraten. Auch das Breslauer Gewerkschaftshaus kommt zur zwangsweisen Versteigerung, doch partizipiert die Arbeiterbewegung an diesem Unternehmen nur als Pächterin des Grundstückes. × Der Handels- und Transportarbeiterverband hat ein neues Organ *Der Strassenbahner* herausgegeben, das zur Agitation unter den Strassenbahnern dienen soll. ERNST DEINHARDT

Genossenschaftsbewegung

Reichstagswahllehren Unter den vielen Lehren, die die Partei und die Arbeiterschaft aus den letzten Wahlen gezogen hat oder ziehen sollte, scheint mir eine der bedeutendsten eine höhere Einschätzung der wirtschaftlichen Arbeiterbewegung. Oder — da die Gewerkschaftsbewegung ohnehin in den letzten Jahren sich so ziemlich die Anerkennung erzwungen hat, die ihr gebührt, und die gegen sie begangenen Sünden früherer Zeiten im grossen und ganzen wieder gut gemacht worden sind — richtiger gesagt: der Genossenschaftsbewegung, speziell des Konsumvereinswesens. Wohl hat auch diese jüngste Organisationsform des deutschen Proletariats seit Jahren in einer Anzahl hervorragender Parteigenossen eifrige Förderer gefunden. Aber die grosse Mehrheit der Führer steht oder stand doch noch auf dem Standpunkt der Resolution von Hannover, die zwar gegenüber dem früheren Standpunkt einen Fortschritt bedeutete, insofern, als sie an Stelle einer ziemlich ausgesprochenen Feindschaft eine wohlwollende Neutralität setzte, die aber der wirklichen Bedeutung der Konsumgenossenschaften doch nicht im entferntesten gerecht wurde.

Nun hat die etwas übertriebene, wenn auch historisch durchaus zu verstehende Wertschätzung des Parlamentarismus bei uns durch die letzten Wahlen einen kleinen Stoss erhalten. Der Weg der politischen Machteroberung, mit dem Stimmzettel in der Hand, der eben noch ein kurzer Spaziergang erschien, dehnt sich auf einmal wieder in nebelhafte Fernen. Das in seiner politischen Machtentfaltung — wenn auch nur momentan — gehemmte deutsche Proletariat aber greift glücklicherweise nicht zu dem ihm von ultra*radikaler* Seite nahegelegten Gedanken an gewisse *kürzere Wege*, sondern zu der anderen furchtbaren Waffe, die ihm geblieben: der Entfaltung seiner wirtschaftlichen Machtorganisationen. Allerorten hören wir von ganz ungewöhnlichen Mitgliederzunahmen der Konsumvereine. In manchen Gegenden, wo die Erbitterung über den Ausgang der Wahl und die Kampfesweise der Gegner besonders gross ist, kommt ja jene durchaus gesunde Erkenntnis manchmal in wenig sympathisch anmutenden Formen zum Ausdruck: man betrachtet dort die ganze Aktion als ein grosses Straf- und Rachegericht für die reaktionär gesinnte Kleinkrämerschaft. Eine Reihe Einsendungen an die Parteiblätter sprechen das aus. Das ist natürlich durchaus verkehrt und verwerflich. Indes, einmal auf dem richtigen Wege wird die Arbeiterschaft auch solcher Orte bald die etwas kleinlichen

Motive vergessen, die sie auf diesen Weg führten. Höchst anerkennenswert ist es, dass die Parteipresse im allgemeinen die Situation durchaus richtig erfasst hat und durch eine weit stärkere Berücksichtigung der Konsumvereine die Bewegung nach Kräften zu fördern sucht.

Damit dürfte vielleicht auch der Anstoss gegeben und der Zeitpunkt gekommen sein zu einer nochmaligen Revision unserer Stellung zur Genossenschaftsfrage auf dem nächsten oder einem der nächsten Parteitage.

× ×

Arbeitsbedingungen Die nun schon seit geraumer Zeit zwischen dem *Zentralverband deutscher Konsumvereine* und den Verbänden der Lagerhalter und Handlungsgehilfen geführten Verhandlungen zwecks Schaffung von Tarifverträgen sind leider vorläufig als gescheitert zu betrachten. Zwei von den Gehilfenverbänden auf der Grundlage des Bäckertarifs ausgearbeitete Entwürfe wurden vom Vorstand und Ausschuss des *Zentralverbandes* als unannehmbar bezeichnet. Andererseits wurden die nunmehr von der *Zentralverbands*verwaltung aufgestellten *Grundsätze*, nach denen die Tarife ausgearbeitet werden sollten, vom Lagerhalterverband glatt abgelehnt, während die Handlungsgehilfen ihre Zustimmung von der Aufnahme einer Anzahl allerdings sehr wichtiger Forderungen abhängig machte. Das authentische Material über die gesamten Verhandlungen finden sich in Nr. 4 und 5 der *Konsumgenossenschaftlichen Rundschau.* Hier seien nur die wichtigsten Unterschiede zwischen den beiden Auffassungen hervorgehoben. Sie beruhen einmal darin, dass die Angestellten eine Regelung der Gehälter nach dem Muster des Bäckertarifs, also mit von Jahr zu Jahr steigenden Grundgehältern und Ortszuschlägen wünschen, während nach den Vorschlägen des *Zentralverbandes* für die Höhe der zu zahlenden Gehälter die Grösse der Vereine massgebend sein soll. Auch sieht der *Zentralverband* verschiedene Entlohnung für männliche und weibliche Angestellte vor, während der Lagerhalterverband (nicht die Handlungsgehilfen) grundsätzliche Gleichheit fordern. Uns scheint in dieser ganzen Gehaltsfrage, wenn auch mit gewissen Einschränkungen, der Standpunkt der Angestellten prinzipiell der richtigere zu sein, da für die ganze Lebenshaltung eben doch Teuerungsverhältnisse und Lebensgewohnheiten der betreffenden Stadt zunächst in Frage kommen. Ein Punkt, über den, und zwar gerade im Interesse der Frauen, die Meinungen allerdings geteilt sein können, ist die gleiche Entlohnung der Männer- und Frauenarbeit — wohlgemerkt: nicht bei gleichen Leistungen, sondern unter allen Umständen. Ein weiterer wichtiger Differenzpunkt ist die Frage der Regelung der Arbeitszeit, die die Angestellten nur an Hand einer Regelung der Geschäftszeit erwarten, während der *Zentralverband* eine solche zurzeit wegen der Verschiedenartigkeit der in Betracht kommenden Verhältnisse noch nicht für angängig erklärt, unseres Erachtens mit Recht. Es wäre ja sinnlos, in den Tarif, der doch keinen obligatorischen Charakter für die Verbandsvereine haben kann, Dinge aufzunehmen, deren Durchführung im einzelnen unmöglich ist, und die darum nur der Anerkennung des Tarifs an den einzelnen Orten hindernd in den Weg treten würden. Hinsichtlich der übrigen Streitpunkte (Gewährung von Ferien und Ausgehtagen, Sonntagsruhe, Festsetzung der Umsatzhöhe pro Verkaufskraft usw.) liesse sich bei einigem guten Willen gegenseitig wohl eine Einigung erzielen. Hoffentlich wird der nächste Genossenschaftstag, der ja eine Fülle praktischer Erfahrungen vereinigen wird, auch über die Hauptpunkte die Klärung und Einigung der Anschauungen bringen, die ein Zustandekommen des so ausserordentlich wichtigen sozialen Werkes ermöglicht.

× ×

Hamburg Auf der Stuttgarter Generalversammlung der *G. E. G.* 1905 war beschlossen worden, in Berücksichtigung der ständig wachsenden Bedürfnisse der Gesellschaft, ein eigenes Verwaltungsgebäude zu errichten. Die nächste Generalversammlung in Stettin gab dann ihre Zustimmung zur Erwerbung eines in der Nähe des Hauptbahnhofs an der Besenbinderhofstrasse gelegenen und an das schöne neue Hamburger Gewerkschaftshaus angrenzenden Grundstückes zum Preise von 350 000 M. Noch im Herbst wurde mit den Abbruchsarbeiten begonnen, und am 11. Februar fand die feierliche Grundsteinlegung statt. Das fertige Gebäude, dessen Kosten auf 450 000 M. geschätzt werden, wird im Souterrain und Hochparterre die neu zu errichtende Druckerei und die Kontorräume des *Zentralverbandes deutscher Konsumvereine,* sowie eine Verkaufsstelle für Literatur und

Kontorutensilien des Verbandssekretariats enthalten; der erste und zweite Stock wird Kontor- und Verwaltungszwecken der *G. E. G.* dienen, während in der dritten Etage sich 2 Wohnungen für Geschäftsführer befinden. Bis zum 15. September soll das Genossenschaftshaus bezugsfertig sein. Dann wird es seine stolzen Mauern neben denen des Gewerkschaftshauses erheben: ein Symbol für die innere Zusammengehörigkeit dieser beiden mächtigen Zweige der Arbeiterbewegung.

× ×

Behörden und Konsumvereine Das Konsumvereinsverbot für die städtischen Arbeiter Dresdens ist nun endlich gefallen, nachdem auch seine Ausdehnung auf die Frauen der Arbeiter infolge der Unmöglichkeit einer wirksamen Kontrolle nicht den gewünschten Erfolg gehabt hatte. Die Dresdener städtischen Arbeiter sind damit wieder in den Besitz eines ihnen staatsbürgerlich gewährleisteten Rechtes gelangt.

Diese Erfahrungen haben jedoch die schwarzburg - sondershausensche Regierung nicht verhindert, das Experiment nachzumachen. Sie hat den sämtlichen Beamten des Fürstentums die Beteiligung an Konsumvereinen untersagt. Ausserdem liegt noch eine spezielle Verfügung vor, die den Eisenbahnbeamten der Station Arnstadt zugegangen ist und folgenden Wortlaut hat: »Sie werden hiermit aufgefordert, aus dem Arnstädter Konsum- und Produktivverein, dem Sie als Mitglied angehören, auszutreten. Am Schlusse des Geschäftsjahres des Vereins haben Sie die gerichtliche Bescheinigung über den erfolgten Austritt Ihrem Dienstvorgesetzten vorzulegen. Gleichzeitig werden Sie darauf aufmerksam gemacht, dass es nicht gestattet werden kann, dass etwa an Ihre Stelle Ihre Ehefrau dem Konsumverein als Mitglied beitritt.«

Das Vorgehen der beiden Behörden ist neben manchem anderen auch noch direkt ungesetzlich. Eine Anfechtung des Verbots seitens der betroffenen Beamten müsste daher von Erfolg sein.

× ×

Internationale Organisation Ohne viel Aufsehen hat sich vor kurzem eine bedeutsame Gründung vollzogen, die eines internationalen Bundes der landwirtschaftlichen Genossenschaften. Ein Teil der Bedeutung dieses Schrittes liegt zunächst darin, dass hierdurch eine internationale Organisierung der Genossenschaftsbewegung nach ihren einzelnen Zweigen angebahnt wird, nachdem eine Zusammenfassung aller Genossenschaftsarten in einen internationalen Bund die Unmöglichkeit einer gedeihlichen Arbeit auf dieser Grundlage erwiesen hat. Wie im übrigen die neue Vereinigung wirken wird, bleibt abzuwarten. Ihrem Programm nach soll ihre Aufgabe sein, die gemeinschaftlichen Interessen zu fördern, gesetzgeberisches und statistisches Material zu sammeln und zu verarbeiten, Erfahrungen auszutauschen und endlich die Bewegung auf Länder auszudehnen, wo sie noch schwach oder gar nicht entwickelt ist. Bis jetzt haben sich dem Bund, der am 1. Januar 1907 ins Leben getreten ist, die landwirtschaftlichen Organisationen Deutschlands, Österreichs, Italiens und der Schweiz angeschlossen. Als Vorsitzender ist Generalanwalt Haas-Darmstadt gewählt worden. Der Sitz des Bundes ist demnach Darmstadt. In der Schweiz hat die Gründung des Bundes sofort die günstige Wirkung gehabt, eine Vereinigung der verschiedenen landwirtschaftlichen Verbände zu einem Bunde herbeizuführen.

× ×

Italien Eine alle Erwartungen übertreffende Entwickelung hat die im Jahre 1903 infolge eines gewaltigen Kampfes zwischen einer grossen kapitalistischen Glashüttengesellschaft und dem Glasarbeiterverband gegründete genossenschaftliche Glashütte *Vetreria federale* genommen. Die mit grossen Opfern in Betrieb gesetzte erste Glashütte in Livorno beschäftigt heute 390 Personen. Ihr folgte sehr bald eine zweite, in Imola, nachdem sich die Genossenschaft mit Erfolg um eine von der Stadt ausgesetzte Prämie in Höhe von 100 000 l. für denjenigen Industriezweig, der 200 Arbeiter beschäftigen würde, beworben hatte. Diese Glashütte ist insbesondere in Bezug auf ihre technische und sanitäre Ausstattung geradezu mustergültig. Der von seiten der Unternehmer angesichts dieser Erfolge mit verdoppelter Heftigkeit gegen den Glasarbeiterverband geführte Kampf, der viele Verbandsmitglieder aufs Pflaster warf, veranlasste die Genossenschaft, kurz hintereinander eine dritte und vierte Glashütte in Vietri sul Mare in der Provinz Salerno und in Sesto Calendo in der Provinz Mailand zu errichten, der sich Ende 1906 eine fünfte in Asti anschloss. Die Zahl der von ihr beschäftigten Personen ist nunmehr auf 1338

angewachsen, die der Mitglieder auf 945. Das Anteilkapital beträgt 275 000 l., das gesamte Genossenschaftskapital 450 000 l. Die Leistungsfähigkeit der Genossenschaftshütte beläuft sich auf täglich 90 000 Flaschen und lässt damit die aller privaten Glashüttenbetriebe Italiens hinter sich. Die italienische Glashütte hat mit dieser Entwickelung sogar die berühmte französische Arbeiterglashütte in Albi, deren Tagesproduktion 25 000 Flaschen beträgt, überflügelt.

× ×

Kurze Chronik Der diesjährige deutsche Genossenschaftstag des *Zentralverbandes deutscher Konsumvereine* wird vom 17. bis zum 19. Juni in Düsseldorf abgehalten werden. Ihm schliesst sich, wie gewöhnlich, die Generalversammlung der *G. E. G.* an. × Das Kreisverwaltungsgericht in Zerbst hat die Genehmigung zum Bau einer Seifenfabrik durch die *G. E. G.* in dieser Stadt (wegen Belästigung der Umgebung durch Gerüche und Dünste und Verunreinigung der Nuthe durch Abwässer) versagt. Gegen das Urteil wird Berufung an das Landesverwaltungsgericht zu Dessau eingelegt werden. × Die Kafferösterei der *G. E. G.* erzielte im letzten Jahre einen Umsatz von 1 058 909 kg. In den ersten 3 Jahren betrug der Umsatz 340 727, 788 369 und 811 920 kg. × Der *Reichsverband deutscher landwirtschaftlicher Genossenschaften* will in dem im Odenwald gelegenen Schloss Lichtenberg eine Erholungsstätte für Genossenschaftsbeamte begründen. Es wird dies das erste genossenschaftliche Erholungsheim in Deutschland sein. × Die von bürgerlichen Frauen fortschrittlicher Richtung veranstaltete Konferenz zur Förderung der Arbeiterinneninteressen sprach sich für die genossenschaftliche Organisierung der Arbeiterinnen als Mittel zur Steigerung der Kaufkraft der Löhne aus. × Der Augsburger Konsumverein hat die Lieferung von Milch an seine Mitglieder in die Hand genommen. Das Unternehmen hat bereits im ersten Monat, in dem über 50 000 l Milch an die Mitglieder geliefert wurden, einen vollen Erfolg gehabt. × Die schottische *C. W. S.* hat von der Stadt Edinburgh die Lieferung von Anstaltsanzügen für die Blindenanstalt im Werte von 20 000 M. übertragen bekommen, da sie trotz ihrer bekannten musterhaften Arbeitsbedingungen von allen Bewerbern das billigste Angebot machte. Ebenso hat sie Uniformen für Polizei, Lampenwärter und Feuerwehr der Stadt Govan zu liefern. GERTRUD DAVID

WISSENSCHAFT

Sozialwissenschaften

Materialistische Geschichtsauffassung Friedrich Engels hat in seinem *Antidühring* recht objektiv die Verdienste Saint-Simons um die Begründung der materialistischen Geschichtsauffassung gewürdigt. In den wechselvollen Phasen der grossen französischen Revolution hatte Saint-Simon als die gestaltende, geschichtsbildende Kraft den Klassenkampf erkannt. Saint-Simon erhebt sich schon in diesem Punkte klar über den sogenannten *utopistischen Sozialismus.* Die Gesellschaft und die ihr immanenten Gesetze sollen ihm den Schlüssel für die zukünftige soziale Entwickelung abgeben; denn »man schafft nicht etwa ein System der sozialen Organisation, man bemerkt vielmehr die neue Verknüpfung der Ideen und Interessen, die sich gebildet haben, und weist sie auf, das ist alles. Ein soziales System ist eine Tatsache, oder es ist nichts.«

Die Verbindungsfäden der historisch-soziologischen Ideen Saint-Simons mit der ökonomischen Geschichtsauffassung von Marx weist Friedrich Muckle in seiner fesselnden Studie *Saint-Simon und die ökonomische Geschichtstheorie* /Jena, Gustav Fischer/ nach. Saint-Simon bestimmte Lorenz Stein in seinen Gedankengängen, als dieser sein grundlegendes Werk über den Sozialismus und Kommunismus des heutigen Frankreichs niederschrieb. Lorenz Stein sieht in der Trennung des Proletariats vom Bürgertum das Resultat der kapitalistischen Entwickelung der Volkswirtschaft. »Die strengere, ernste Scheidung zwischen beiden Klassen beginnt nur langsam sich zu bilden, gleichen Schritt haltend mit der wachsenden Bedeutung des materiellen Lebens überhaupt. Umstände treten ein, die sie in den Hintergrund drängen, andere, die sie befördern; stets aber schreitet sie vorwärts und erfüllt sich endlich, als entschiedener, materiell ausgebildeter und innerlich bewusster Widerspruch.« Marx rühmt einmal in einem Aufsatze im *Westfälischen Dampfboot* Stein nach, er habe erkannt, dass die Geschichte des Staats aufs genaueste zusammenhängt mit der Geschichte der Volkswirtschaft. Von Stein erhielt Marx entschieden wertvolle Anregungen für den Ausbau seiner Theo-

rie, aber der eigentliche Vater dieser Theorie ist Stein nicht. Marx' historischen Sozialismus kennzeichnet Muckle mit Recht als eine bewusste, durch die polemische Stellungnahme zu Hegel bedingte Theorie eines absoluten Begreifens der gesellschaftlichen Gebilde aus der Fundamentaltatsache der sozialen Ökonomie. »Hegel«, so schliesst Muckle seine Arbeit, »hat Marx die Universalität des Problems, gleichsam, wenn man noch die Übernahme der dialektischen Methode von seiten Marxens in Betracht zieht, das Gerüst, die grossen Historiker und Sozialisten haben einzelne Bausteine geliefert. Marx selbst hat auf Grund ausgedehnter geschichtlicher Studien mit systematischer Allseitigkeit und eminentem Scharfsinn die Vereinigung vollzogen. Im Hinblick auf die Sonderheiten geht also die Geschichtsphilosophie Marxens weit über die Geschichte Saint-Simons hinaus. Marx hat vielmehr die mit Saint-Simon beginnende, von Thierry, Guizot, Mignet, Stein und anderen angestrebte und in ihrem weiteren Ausbau geförderte realistische Auffassung des sozialen Lebens auf ihren schärfsten Ausdruck gebracht und die Grundlinien einer grossartig gedachten Soziologie gezogen.«

× ×

Utopieen Dann und wann erscheint auf dem Büchermarkte noch ein echt utopistisches Weltverbesserungsbuch. Ein solches ist uns in der sozialen Studie F. Hanus' zugegangen, die sich *Der Zukunftsstaat* /Leipzig, Altmann/ betitelt. Hanus zeichnet sorgfältige Gruppierungspläne der städtischen Gebäude des Zukunftsstaates und führt uns in die Bureaus für Familienangelegenheiten, die einem besonderen Departement im Ministerium unterstellt sind, und in denen sich die heiratsfähigen Männlein und Weiblein zu melden haben.

Man entfernt sich entschieden weit von dem ursprünglichen Begriff des *Utopismus*, wenn man, wie Professor Andreas Voigt, in allen Reformbewegungen ein utopistisches Moment entdeckt. Das Wort *Utopismus* leitet, das darf man nie vergessen, seinen Ursprung von der *Utopia*, von dem *Nirgendheim* des Thomas Morus her. Voigt sieht in dem Marxismus nicht eine Überwindung des Utopismus, denn der Utopismus wurzelt nach seiner Ansicht in dem Glauben an die Möglichkeit einer idealen Welt. Idealismus und Utopismus wirft vielfach Voigt in seinen Vorträgen *Die sozialen Utopieen* /Leipzig, Göschen/ zusammen. Die sozialen Ideale sind nach Voigt der Religion etwas Gleichgültiges. Er sieht die Religionen nicht in der greifbaren, sehr weltlichen Ausprägung ihrer Machtinstitutionen, sondern rückt sie weit von der Erde fort und verflüchtigt sie ins Jenseits. Auf wie wenige Religionen mit ihren priesterherrschaftlichen Einrichtungen trifft denn der Satz des Evangeliums, in dem Voigt das Wesen der Religionen überhaupt ausgesprochen findet, zu: »Was hülfe es dem Menschen, wenn er die ganze Welt gewänne, und nähme doch Schaden an seiner Seele?« Die Religionen klammern sich mit allen Organen an die Erde an. Mit der Religion steht in innigster Verbindung die Hierarchie; zwischen beiden kann man meist keinen trennenden Schnitt führen. Die Religion legt vielfach einen Heiligenschein über die weltlichen Institutionen, sie wandelt die Ehe in ein Sakrament, und sie erhebt sich schützend und schirmend hinter der Institution des Privateigentums.

Professor Voigt bewertet viel zu gering die mächtigen, sich im Kapitalismus regenden sozialistischen Tendenzen. Er schwört alle wurzeltiefen sozialen Reformideen ab und verfällt zum Schluss in eine Stimmung, die sich in dem Gesangbuchliede *Wer nur den lieben Gott lässt walten* am klarsten ausspricht. Um dem Verhängnis der Zerstörung der Wirtschaftlichkeit, in das der Utopist bei seinen Gerechtigkeits- und Weltverbesserungsplänen verfällt, zu entgehen, hält Voigt es für das beste, »die Wirtschaftsordnung in ihren Grundlagen bestehen zu lassen und sie, wie die äussere Natur, die auch ihre Gaben nicht nach den Begriffen menschlicher Gerechtigkeit verteilt, sondern ihre Sonne leuchten lässt über Gerechte und Ungerechte, als eine unübersteigbare Schranke des Gerechtigkeitsstrebens anzusehen«. Und der Unglückliche, der von dem modernen Kapitalismus entmenscht wird, wird dann sicherlich sein stürmisch rebellierendes Herz mit dem Gedanken beruhigen, dass er ja Bürger zweier Welten ist. »Und wenn wir nun die wirtschaftliche Welt«, so schreibt Voigt, »vom Standpunkt der zweiten Welt aus betrachten, der wir auch angehören, dann erscheint uns die wirtschaftliche Welt in einem ganz anderen Lichte, als vorher. Sie imponiert uns nicht mehr, trotz ihrer Grösse und Macht. . .«

× ×

Bevölkerungslehre Die höhere Geburtsziffer des platten Landes gegenüber der Stadt ist nicht von Natur aus gegeben. Diese höhere Ziffer ist an bestimmte historisch-ökonomische Verhältnisse geknüpft. Die Gebundenheit der ländlichen Bevölkerung und die Schwierigkeit wirtschaftlicher Verselbständigung wirkten auf die Geburtenzahl des platten Landes in frühesten Zeiten sehr nachhaltig ein. Das Verhältnis der Geborenen zu den Lebenden war um 1739 und 1748 in Preussen nach Süssmilch auf dem platten Lande 1 : 30, in den Städten dagegen 1 : 24,7. Um die Mitte des 19. Jahrhunderts werden in Frankreich, in Holland, in Belgien, Dänemark und Sachsen mehr Kinder in den Städten, als auf dem platten Lande, geboren. In Preussen bestand bereits 1849 eine grössere Geburtenhäufigkeit auf dem platten Lande, als in den Städten. In seiner instruktiven Arbeit *Die Mittelstädte Altpreussens in ihrer Bevölkerungsentwickelung zwischen 1858 und 1900* /Dresden, Böhmert/ kennzeichnet Dr. Wilhelm Feld den zeitlichen Verlauf der natürlichen Bevölkerungsvermehrung folgendermassen: Im allgemeinen war die günstigere Stellung der Landgemeinden gegenüber den Städten bei den Geburten bedeutender, als bei den Sterbefällen; mit einer Ausnahme zwischen 1862 und 1880, wo nur in den Städten die Zahl der Todesfälle anschwoll, während auf dem Lande die Sterblichkeit die alte blieb. Dagegen hatte sich in den sechziger und siebziger Jahren die Geburtenhäufigkeit ausser in den Städten auch auf dem Lande erhöht. Im Laufe der Zeit wurden die Gegensätze zwischen Stadt und Land noch verschärft: die Geburts- und die Sterbeziffer sind in beiden Bevölkerungsgruppen gefallen, aber in den Städten rascher. »Durch das rasche Sinken der Geburtsziffer gerieten die Städte dem Lande gegenüber in eine immer ungünstigere Stellung; dagegen brachte die schnellere Aufbesserung der Sterbeziffer den Städten sogar einen Vorsprung vor dem Lande. Beide Bewegungen wirkten sich entgegen, und so ergibt sich denn auch, dass im Geburtenüberschuss das Land seinen ehemaligen Vorrang gewahrt hat.« Bei seinen Studien über den Gang der Entwickelung bei der männlichen und weiblichen Bevölkerung schloss sich dem Dr. Feld folgende Tatsache auf: Die Sterblichkeitsziffer vermindert sich bei beiden Geschlechtern, doch sinkt die Sterblichkeitsziffer bei der weiblichen Bevölkerung in stärkerem Masse. Das Überwiegen der männlichen Sterbefälle vergrössert sich nach den von Dr. Feld mitgeteilten Zahlen mit zunehmender Grösse der Wohnplätze. Dr. Feld kommt zu dem wichtigen Ergebnis: Der hohe Männerüberschuss unter den Gestorbenen der Grossstädte erklärt sich aus deren grosser Männersterblichkeit. Dagegen ist zeitlich seine Entstehung durch die Abnahme der ehemals ebenso hohen weiblichen Sterblichkeit der Grossstädte verursacht. Die Wanderbewegung der männlichen und weiblichen Bevölkerung hat Dr. Feld eingehend untersucht. Im allgemeinen ist nach den Feststellungen Dr. Felds der Überschuss der Zuzüge über die Abwanderungen im Verhältnis zur mittleren Bevölkerung bei den Frauen grösser, als bei den Männern. Die Wanderungen richten sich in gewissem Grade nach der in der Stadt bereits vorhandenenen Bevölkerungsmasse des Geschlechts. Leider können wir wegen Raummangels nur einige Hauptergebnisse der Feldschen sozialstatistischen Untersuchungen hier würdigen.

× ×

Kurze Chronik Anfang Februar starb plötzlich Dr. Ludwig Woltmann (vergl. die Rubrik *Sozialistische Bewegung*, pag. 251-252). Von seinen früheren Büchern sei hier *Der historische Materialismus* genannt; in den letzten Jahren hat er sich ausschliesslich mit rassentheoretischen Fragen beschäftigt. × Der frühere Präsident des Reichsversicherungsamtes Dr. Bödiker ist gestorben. Das Arbeiterversicherungsrecht verdankt diesem sozial denkenden Manne die denkbar grösste Förderung und organische Fortbildung.

× ×

Literatur Eine wohl gelungene populäre Einführung in das Wesen und das Werden der Wirtschaft ist das kleine Schriftchen Ed. Bernsteins *Die Grundbedingungen des Wirtschaftslebens* /Berlin. Buchhandlung *Vorwärts*/. × Der Reichsratsabgeordnete Dr. Julius Ofner scheint das Wesen des wissenschaftlichen Sozialismus nicht richtig erfasst zu haben, als er in seinem anregenden Vortrage über Schiller /Leipzig, Barth/ diesen als »Vorgänger des wissenschaftlichen Sozialismus« kennzeichnete.
In der *Zeitschrift für Sozialwissenschaft* ist der feinsinnige Aufsatz des Profes-

sors Jastrow über die Stadtgemeinschaft in ihren kulturellen Beziehungen besonders bemerkenswert. Im städtischen Boden wurzelt vor allem das Erziehungswesen. »Die Erziehungstheorieen sind städtischen Ursprungs; die beiden grossen Begründer der modernen Pädagogik, Rousseau und Pestalozzi, sind aus städtischer Umgebung hervorgegangen.« Der Literaturanhang der Jastrowschen Arbeit über die grosse internationale wissenschaftliche Literatur des Städtewesens wird jedem Sozialforscher willkommen sein. PAUL KAMPFFMEYER

KUNST

Bildende Kunst

Putz In den Berliner Kunstsalons kamen seit Dezember so viele Künstler zu Wort, dass es kaum möglich ist, sie in dem engen Rahmen einer einzigen Rundschau auch nur annähernd nach Gebühr zu würdigen; die Betreffenden mögen aus diesem Grunde die Flüchtigkeit entschuldigen, wir hätten uns gern eingehender mit ihnen befasst. Wenn wir nun zurückschauen, um einen Teil der langen Reihe passieren zu lassen, so erinnern wir uns an Leo Putz, den Münchener, der im Kunstsalon von Keller & Reiner uns einen Überblick über sein Schaffen gab. Zwei Daten sind da zu merken: 1898 malt der junge Künstler den *Gestiefelten Kater,* 1906 *Akte im Freien.* So verläuft seine Entwickelung; und eine solche ist da: der Märchenfabulierer, dessen Bilder auf Braun gestimmt waren, erstrebt malerische Reife. Und dazwischen stehen jene Leistungen, in denen der Künstler beide Fähigkeiten zu vereinen sucht, jene graziösen, pikanten, geistreichen und nicht selten humorvollen Illustrationen für die *Jugend,* deren Wesen er jüngst auch in Bildkompositionen gestaltete, die man unter dem Titel *Bestiarien* sammeln möchte, indem mit phantastischer Freizügigkeit die tierischen Triebe des Menschen realisiert wurden. Der Künstler, der vorübergehend der *Scholle* angehörte, wird die Fehler dieser Gruppe vermeiden müssen, um eine Hoffnung des jungen München zu bleiben.

× ×

Berliner Sezession Diesmal veranstalteten die Berliner *Sezessionisten* ihre Winterausstellung nicht im eigenen Heim, vielmehr, weniger umfangreich, im Salon Cassirer und nur für eine verhältnismässig kurze Dauer. Das Ausland war gering herangezogen, nahm aber, mit den Blättern des V i n c e n t v a n G o g h, das Hauptinteresse für sich in Anspruch. Denn dieser moderne Experimentator pflegte die Zeichenkunst, wie kein anderer der Impressionisten, und erreichte in ihr einen höheren Grad der Vollkommenheit, als in seinen Malereien. Führte er schon in diese das lineare Element ein, so erkennt man in den Zeichnungen, dass die Linie das Entscheidende seiner Kunst ist: die Farbe, bei aller Vehemenz der Empfindung, blieb im Aphoristischen, seine Zeichnungen sind derart ausgereift, dass der Gedanke an die Mache vollends verschwindet, der auch im Grunde alles Bravourhafte fehlt; so baut sich das Ganze aus gleichmässigen, ja gleichwertigen Strichen auf, wie in einer Architektur, da sich Stein an Stein legt; ja, man möchte an die Zeichnungen eines Architekten denken. Diese vollendete Gleichmässigkeit in der Handzeichnung finden wir bei älteren Künstlern häufiger, als bei den Impressionisten, deren Art eigentlich eine gegenteilige ist, da sie auf das Tonige geht; wenn auch ganz von fern, so kann man vor den Blättern des van Gogh wohl an die Handzeichnungen Böcklins und Rethels denken. Hier ist der Individualismus überwunden; der moderne Niederländer sieht durchaus keine bestimmte Stimmung mehr in der Natur, die seine Subjektivität zeigt; wie ein Architekt entwirft er den Grundriss eines Landschaftsausschnitts und errichtet jeden einzelnen Gegenstand seiner konstruktiven Stärke nach: so wirkt die Natur in ihrer unbekümmerten Objektivität, und dem Vortrag des Künstlers eignet aus dieser leidenschaftlichen Kühle ein Klassisches. Neben van Gogh konnte sich im Grunde nur L i e b e r m a n n halten, mit seinen ganz auf Ton gearbeiteten Blättern, deren Kühle jedoch nicht, wie bei jenem, ein mühsam erreichtes Endziel ist, vielmehr aus einem Grundzug dieser Persönlichkeit stammt, der manchmal eher als eine Unzulänglichkeit wirken könnte, da man im malerischen Vortrag Wärme voraussetzt. So sind sie auf eine andere Art die Resultate einer unerbittlichen Disziplin und in ihrer scheinbaren Zufälligkeit, der so viel Bewusstsein unterliegt, nur von streng geschultem Auge zu werten und zu geniessen; während man die Blätter des van Gogh in eine Kinderfibel drucken möchte.

Ausser diesen beiden Meistern waren mit nennenswerten Arbeiten Corinth, Leistikow und andere vertreten, und Arthur Kampf, der sich zum erstenmal hierhin verirrte und mit seinen gründlichen Blättern bewies, bis zu welchem Grade sich akademisches Können ohne Künstlertum steigern kann; er bildete gewissermassen den Gegenpol zu van Gogh: beide arbeiten sauber, dass man die unfehlbaren Striche zählen kann, beide, der Schulmeister und der Künstler, und zwischen ihrem Schaffen klafft jene Welt, in der sich die Begabten und die Unbegabten dieser Richtung tummeln.

× ×

Bildhauer Der französische Bildhauer Bartholomé ist sicher gewaltig überschätzt worden, und es war wohl nur das die weitesten Kreise interessierende Gegenständliche seines *Monument aux morts*, das ihm diesen Massenerfolg sicherte. Schon vor Jahren nannten wir ihn den langweiligsten aller Franzosen, und ohne dieses Werk, das in einer allen verständlichen Sprache die vielen an unser gemeinsames Ziel erinnerte, wäre sein Name wohl nie in die breitere Öffentlichkeit gedrungen; so wenig überschreiten seine übrigen Werke den Durchschnitt. Doch liegt kaum ein Grund vor, ihn hier abzulehnen; unsere Offiziellen sind schlechter. Im allgemeinen: Bartholomés Plastiken sind zu fleischig; er pflegt jenen Naturalismus, der in der Plastik besonders unangenehm wirkt. Das gibt seinem viel bewunderten Werk den Charakter einer rechten Friedhofsplastik, wie die Menge sie sich denkt und wünscht: schön und gefühlvoll im konventionellen Sinne; dabei nicht so banal, um feiner Sehende am geweihten Ort direkt abzustossen. Es ist etwas Biederes, Solid-Bürgerliches in der Empfindungswelt dieses Werkes, das nicht, wie das Aufdringlich-Sentimentale, sofort abstösst, im rechten Augenblick uns aber bei dem Rest von Sentimentalität fasst, den wir diesen Dingen gegenüber so schwer überwinden. Es ist etwas Braves in diesem Werk und kein Funke jener Dämonie, der im Genie beim Gedanken an den Tod aufleuchtet. Des näheren: Das Verhältnis von Architektur zur Plastik ist hier kein eigentlich plastisches; die Behandlung der Figuren ist eher malerisch, sie zeigen zu viele Profile und bilden keine Einheit zum architektonischen Ganzen. Das entschiedene Gegenteil dieser *bürgerlichen* Kunst — wir wollen nicht direkt *bourgeoisen* sagen, wenngleich sie nicht im kernigen Sinne des Wortes *bürgerlich* ist — war die des Belgiers Minne, die in hektischen Artistenallüren die Linie der solidesten Handwerkszeit, die der Gotik, mit so viel Geschick agiert, dass der Künstler selbst im Porträt wahr und überzeugend wirkt. Doch ist es kein unbedingt gewinnender Gedanke, sich einen Künstler vorzustellen, der aus unserer Zeit schmächtigere Gestalten abstrahiert, als die Steinmetzen und Holzschnitzer jener Tage, da fromme Sucht den Körper kasteiete; es wirken denn auch die gotischen Bildwerke gesund und natürlich gegen die spitalhaften Schemen dieses träumenden Artisten, so vollendet sie in formaler Beziehung sind. Der junge Berliner Kolbe ist gegen diesen ausgereiften und bewussten Belgier, dem ein streng konsequentes Archaisieren eine psychische Notwendigkeit scheint — aus der Ahnenkunst seiner Heimat, der Heimat Memlings und van Eycks, geboren — noch in unsicher tastender Anlehnung befangen; aber entschieden das lebhafteste Talent des jungen Nachwuchses und voller Zukunft, da er sich nicht, wie die jungen Münchener, auf die unselbständige, leicht beengende Doktrin Hildebrands einschwor; von Klinger ausgehend, landete er bald bei Rodin und nun bei Maillol; das heisst, vom heroischen Jüngling, der mit heller Stirn ausschaut, langte er nun bei dem in feiner Silhouette gestellten und mit Verve *gemauerten* Torso Rodins und den indischen Karyatiden gleich kauernden Figuren Maillols an. Reizvoll, sehr reizvoll und mit feinem Verständnis für die Gesetze der Plastik sind diese Arbeiten geschaffen, doch lässt sich noch nicht erkennen, wieviel von Eigenem übrig bleibt, so der Künstler die Handschrift seiner Meister überwunden hat. Nicht so pikant und geistreich — weil fern von den raffinierten französischen Zauberern, die Kolbe als Führer sich erkor —, darum aber selbständiger und im eigenen gewiss stärker, wirkte im Salon Schulte der in Rom lebende Pole Glycenstein, der eine umfangreiche Kollektion seiner Werke in edlem Material uns vorführte. Als das Werk seines Lebens betrachtet dieser energische, aus engsten Ghettoverhältnissen sich emporringende Jude die beiden überlebensgrossen Statuen, den *Messias* und den alttestamentarischen *Springer;* doch könnte hier die formale

Kritik am ehesten Einwendungen erheben, während wir zugeben müssen, dass in geistiger Beziehung der Vorwurf seiner Lösung entschieden nahe kommt. Weit reifer, weil ausgeglichener, sind die Porträtbüsten des Künstlers. Das Bemerkenswerte ist hier: Der Künstler schafft in Rom, umgeben von der klassischen Kunst, doch ohne ihrem Schema zu verfallen, aus einem kräftigen Naturalismus, der aber in Form und Ausdruck des Darzustellenden derart aufgeht, dass er Stil erhält, den Gedanken an die Mache verschwinden lässt, und wir allein die uns durch die Hand des Künstlers verdeutlichte Schöpfung der Natur bewundern, wie sie in der Individualität vorlag: und das ist gewiss eine respektable künstlerische Leistung.

× ×

Worpsweder Die Worpsweder, die vor nunmehr etwa 10 Jahren auf einer Münchener Ausstellung dadurch, dass sie als Gruppe und im rechten Augenblick auftraten, einiges Aufsehen erregten, präsentieren sich diesen Winter, nachdem jahrelange Fehden sie auseinander gehalten hatten, wiederum als solche, doch mit dem gegenteiligen Resultat, und um in weiteren Kreisen die Ansicht zu bekräftigen, die Einsichtige gleich zu Anfang hegten: dass nämlich hier einige mittelmässige Begabungen aus einem an sich richtigen Prinzip — dem nämlich, dass die Kunst bodenständig sein muss, um wachsen zu können —, sich Rückgrat zu geben verstanden, zugleich aber nun den Beweis lieferten, dass sie nicht stark genug waren, aus den gewählten Bedingungen wirklich und auf die Dauer produktiv zu werden; dass diese sie vielmehr zu leerem Manirismus veranlassten, indem zum Beispiel V o g e l e r s zierlicher Biedermeiergeschmack viel zu äusserlich und bewusst ist, einem mangelhaften Können viel zu sehr angeklebt, und der einst in kräftigem Naturalismus mit seiner *Trauernden Familie* hoffnungsvoll einsetzende M a c k e n s e n heute mit seiner unglaublich faden *Bergpredigt* an letzter Stelle rangiert. Dieser Christus ist als Typus dermassen unzulänglich, dass es der Takt verbietet, mit dem Wort *Christus* das hier am Platze scheinende Epitheton in den Mund zu nehmen, und das Ganze als Komposition und Malerei so seicht und unbeobachtet, dass sich die Prätention dieser umfangreichen, so überaus langweiligen Leinwand kaum entschuldigen lässt. Bewundernswert bleibt bei diesen Künstlern nur die absolut gleichmässige Talentlosigkeit, die in keinem den Ehrgeiz aufkommen lässt, den andern zu überholen.

× ×

Hofmann L. von Hofmann führte uns im Salon von Keller & Reiner die Wandgemälde vor, die er fürs Museum in Weimar schuf; manche mochten sie von der Dresdener Ausstellung her kennen, wo sie zur Architektur van de Veldes eigentümlich kontrastierten. Denkt man angesichts ihrer an die wenig erfreuliche Schaffensperiode, die der Künstler vor einigen Jahren durchmachte, so sind die jetzigen Leistungen als ein Fortschritt, weil als ein Wiederbesinnen auf die so glückliche erste Zeit des Künstlers zu betrachten, mögen sie auch nur als ein verblasster, vergröberter und vergrösserter Abglanz dieser scheinen, indem das Allgemeine, das der Grundzug der Hofmannschen Psyche ist, zurückblieb, das Besondere aber, das jedesmal aus der Natur aufs neue abzuleiten wäre, um jenem Rückhalt zu verleihen, sich verflüchtigte. Das mag der Künstler auch gefühlt haben, als er vor Jahresfrist versuchte, seine Technik impressionistisch zu erweitern; ein freilich durchaus äusserliches Unterfangen, das, wie der Künstler bald einsehen musste, jenen Verlust nicht zu ersetzen vermochte. Was daher an diesen Wandgemälden auch wieder zu loben wäre: Hofmann versteht es, wie wenige unter den Jüngeren, die Glieder einer Komposition zusammenzuhalten, ihnen Rhythmus zu geben; innerhalb dieser Peripherie ist's allerdings heute bedenklich leer. Was der sehr gleichmässige, wenig akzentuierte und kaum gesteigerte Linienfluss zu tragen hat, ist ein stets sich wiederholendes Gefühl sommerlicher Freuden, die kein gründliches Naturempfinden und -erlebnis, weder in der Zeichnung der Figuren und Bäume, noch in der Koloristik der bergigen Fernen, vertieft. In diesem Sinne, nämlich, was den Ton betrifft, waren die kleinen Pastellblätter besser.

× ×

Beckmann Einer der jüngeren *Sezessionisten,* Beckmann, überraschte im Salon Cassirer mit einer Kollektion von Bildern alle die, die ihn bisher in den Ausstellungen der *Sezession* — wo er mit einzelnen Stücken sich weniger bemerkbar machen konnte — kaum beachtet hatten. Diesmal gab er eine wilde und in mancher Beziehung

unklare *Kreuzigung,* eine umfangreiche Leinwand *Jünglinge am Meer* und viele Porträts und Landschaften, und man dachte angesichts der beiden Hauptschöpfungen der Sammlung: Dieser junge Mann hat die beiden Matadore der *Sezession,* die Corinth und Slevogt, in einer Hinsicht gründlich aus dem Sattel gehoben; denn, mögen jene beiden auch weit gereiftere Maler sein, dieser ist ein Kompositionstalent, und einer, der derartig in die Form eindringt, sie aus sich zu beleben weiss, wie es die Art der grossen Künstler war, und wie es von neueren Marées anstrebte; es scheint denn auch, als ob er diesen und Cézanne sich mit Verständnis, und ohne in Nachahmung zu verfallen, angesehen habe. Er drückt durch die Form ein Weltgefühl aus, die Dramatik seiner Menschenleiber erschüttert, und obgleich er noch kein Kolorist, nur Graphiker ist, der manchmal einen auf ein kaltes Grau gestimmten Ton fein trifft, ist er auch als Landschafter kräftig, wenn auch manchmal trocken.

× ×

Baum Paul Baum, der ein Landschafter und Kolorist sein möchte, verkörpert das schlechte Prinzip der *Sezession,* das der talentlosen Nachahmung, im gleichen Grade, wie Beckmann eine wirkliche Hoffnung ist. Dieser Maler beansprucht, dass wir ihn als impressionistischen Koloristen nehmen, dessen Pflicht es wäre — wozu freilich wirkliche Begabung gehört —, jede leiseste Nüance der Natur abzulauschen; dagegen ist in seinen Bildern kein richtiger Ton. Sie sind eine Musterkarte sauberer Aquarellfarben, die in ihrer Sauberkeit den kühlen Reiz des unverdorbenen Materials haben. Aber während sie so auch nicht durch das Wollen der epigonischen Maler entkräftet sind, sind sie noch lange nicht durch die Kunst des modernen, das heisst durch ein richtig wertendes Auge und persönliches Empfinden zu neuem Leben beseelt. Kaum, dass ein Blatt vom andern sich unterscheidet; ausgedrückt wird durch diese Farben nichts, alle sind gleichwertig. Die Bilder sind alle sehr hell, und doch ist weder Licht noch Sonne darin. Einen Unterschied der Tagesstunde gibt es nicht, und wenn irgend etwas geeignet ist, den Unerfahrenen auf den vielfach verschlungenen Pfaden der Moderne irre zu leiten, verführt, Talmiglanz für Gold hinzunehmen, kurzum, in jedem Sinne zu blenden, so sind es diese sauberen Spielereien, die geschickt, doch ohne jede Fähigkeit für Tonwerte fabriziert sind.

× ×

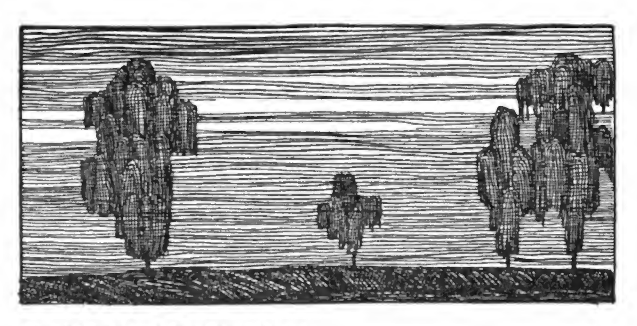
Kurze Chronik Die 4. Ausstellung des *Deutschen Künstlerbundes* findet in Köln statt. × Auf der graphischen Ausstellung des gleichen Bundes in Leipzig erhielt Käthe Kollwitz einstimmig den mit einem Stipendium von 2000 M. verbundenen *Villa Romana*-Preis. × Zu Ehren des 50. Geburtstages Max Klingers findet in Leipzig eine Sonderausstellung statt. × Die Universität Erlangen erhielt auf Wunsch eine Gemäldegalerie für Unterrichtszwecke. Konservator ist Professor Bulle; der Bestand von 121 Bildern wurde den Galerieen in München, Augsburg und Schleissheim entlehnt. × Die Witwe des verstorbenen Architekten Weickardt vermachte dem *Villa Romana*-Fonds ein Vermögen von 100000 M. RUDOLF KLEIN

DIVERSA

Bücher

Ugarte: *El arte y la democracia* In einem kleinen, bei Sempere & Co. in Madrid erschienenen Bändchen sammelt, nur sehr lose unter den Begriff des Titels gefügt, Genosse Manuel Ugarte eine Reihe kurzer Aufsätze und Vorträge, die sich auf alle möglichen Gebiete beziehen. Immer aber spricht ein ausserordentlich liebenswürdiger und ehrlicher Mensch zu uns, der treu zur Fahne hält, der in der Stadt der Freude, Paris, zu den Ärmsten und Elendesten geht, die bei dem Kampf um den Pfennig die Augen noch nicht für die Kunst öffnen können, der seine Freunde und Genossen mit begeisterten Worten auf das Ideal hinweist, das der Sozialismus für die menschliche Entwickelung bedeutet, der überall den frischen, lebensfreudigen Kampf dem Dekadententum und der Hyperkultur predigt. Besonders interessant ist seine Schilderung des Amsterdamer Kongresses /1904/, sind die vier scharf gezeichneten Porträts von Jaurès, Cipriani, Louise Michel und Millerand. Ugarte zeigt sich als absoluter Idealist, ohne jedoch den Boden des praktischen Lebens unter den Füssen zu verlieren, er hat das Feuer und die Beredsamkeit des Romanen, zugleich aber auch eine Wärme, die aus dem Herzen und nicht aus der Phantasie stammt. IDA HÄNY-LUX

VERANTWORTLICH FÜR DIE REDAKTION HERMANN REHLANDER IN REHFELDE · VERLAG DER SOZIALISTISCHEN MONATSHEFTE G. M. B. H. IN BERLIN · DRUCK VON CARL ROSEN IN BERLIN



6. HEFT / JUNI 1907

ERNST DEINHARDT · DIE TAKTIK DER MODERNEN UNTERNEHMERORGANISATIONEN UND DIE GEWERKSCHAFTEN

LLES fliesst, es gibt nichts Bleibendes; dieser Satz könnte auch auf die Taktik der modernen Unternehmerbewegung im Klassenkampf Anwendung finden. Denn in den letzten Jahren ist die Kampftaktik der Unternehmer ständigem Wechsel unterworfen gewesen. Wir haben die Unternehmerbewegung wachsen und gross werden sehen, haben beobachten können, welch unheimlichen Einfluss sie auf die Gesetzgebung und die Volkswirtschaft auszuüben verstand. Wir sahen die organisierten Unternehmer einen jahrelangen Vernichtungskampf gegen die Gewerkschaften führen; wir lernten immer neue Kampfesmethoden der Unternehmer im Klassenkampf kennen, die nur immer wieder auf eine Niederhaltung der Arbeiterschaft gerichtet waren. Es ist nicht ohne Interesse, kurz auf diese taktischen Wandlungen einzugehen, was allerdings nicht möglich ist ohne ein Eingehen auf die Gewerkschaftsbewegung des letzten Dezenniums. Denn letzten Endes handelte das organisierte Unternehmertum im wirtschaftlichen Kampfe wohl immer unter dem Einfluss der Gewerkschaften, und auch ihre Kampftaktik richtete sich mehr oder weniger nach der Kampftaktik der Gewerkschaften. So, wie diese sich verändert hat, hat jene sich verändert. Natürlich war die Folge eine rückwirkende: durch die Veränderung der Taktik der Unternehmer ergab sich schon von selbst wieder eine Veränderung der Taktik der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter.

Noch bis vor 1½ Jahrzehnten waren grosse Machtkämpfe zwischen Arbeitern und Unternehmern verhältnismässig selten. Wir hatten wohl im Jahre 1868 eine allgemeine Zigarrenarbeiteraussperrung in Berlin, im Jahre 1872 eine allgemeine Aussperrung der deutschen Buchdrucker (an 70 Orten mit einer Ausgesperrtenziffer von rund 2000), schliesslich im Jahre 1883 eine allgemeine Aussperrung der Schreiner in Stuttgart. Diese Machtkämpfe traten aber durch-

aus sporadisch auf, und, was das Bezeichnende ist, sie richteten sich gegen verhältnismässig starke Arbeiterorganisationen, also gegen eine damals schon den Unternehmern drohende Gewerkschaftsgefahr. Im übrigen konnte aber von einem Machtkampf zwischen Arbeit und Kapital keine Rede sein. Dazu fehlten die notwendigsten Voraussetzungen: starke Arbeiter- und Unternehmerorganisationen. Die Arbeiter verfügten ja nur über schwache Organisationen, wenn solche überhaupt vorhanden waren, sie hatten keine Kampfeserfahrung, keine Disziplin und nur wenig Widerstandskraft. Von einer systematischen Ausnutzung der Geschäftskonjunkturen, einer systematischen Vorwärtsdrängung der Arbeiterklasse konnte deshalb auch keine Rede sein. Streiks waren selten, und wo sie in die Erscheinung traten, so zumeist in Form *wilder* Streiks. Aber auch die Unternehmer waren nur schlecht oder gar nicht organisiert. Wenn es hoch kam, brachten sie es zum Zusammenschluss in einer Innung oder einem Gewerbeverein. So gelang es selbst den schlecht organisierten Arbeitern, die wenigstens noch über eine nach modernen Grundsätzen geleitete Organisation verfügten, oft genug, diesen Unternehmern durch Überrumpelung, und sei es auch durch *wilde* Streiks, wirtschaftliche Erfolge abzuringen. Aber auch diese Erfolge, so gering sie waren, liessen sich mangels einer guten Gewerkschaft nur selten dauernd festhalten.

Das Bild änderte sich, je mehr die Gewerkschaften erstarkten und je mehr sie die Führung der Arbeiter im wirtschaftlichen Kampf an sich rissen und diesen Kampf beherrschten.[1]) Je grösser die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter wurde, um so grösser wurden die Erfolge der Gewerkschaften auf wirtschaftlichem Gebiete. Diese Erfolge übten aber wieder ihren günstigen Einfluss auf die Gestaltung der Gewerkschaften aus: die Arbeiter lernten an diesen Erfolgen den grossen Wert der Organisation kennen, sie traten in grösserer Zahl den Gewerkschaften bei und hielten besser an ihrer Organisation fest. Diese grössere Stabilität der Mitgliederziffer hatte auch ihre gute Seite darin, dass sie grössere organisatorische Kräfte, die sonst der Gewinnung und Wiedergewinnung von Mitgliedern sich widmeten, frei werden liess, die sich jetzt mit dem besseren Ausbau der Organisation beschäftigen konnten; dass ferner die Mitglieder selber durch ihre längere Mitgliedschaft besser diszipliniert, von dem Geist der Organisation besser durchdrungen wurden. Die Arbeiter lernten

[1]) Wir sehen das am besten aus der Gewerkschaftsstatistik, deren wichtigste Zahlen für das Jahrzehnt 1896 bis 1905 wir nachstehend wiedergeben.

Jahr	Zentralverbände	Mitgliederzahl im Jahresdurchschnitt	Vermögensbestand Mark	Anzahl der Streiks	Zahl der beteiligten Personen	Gesamtausgabe Mark	Resultat dieser Streiks: Anzahl				in %		
							Erfolgreich	Teilweise erfolgreich	Erfolglos	Unbekannt	Erfolgreich	Teilweise erfolgreich	Erfolglos
1896	51	329 230	2 323 678	483	128 808	3 042 950	232	122	106	23	48,0	25,3	[illegible]
1897	56	412 359	2 951 425	578	63 119	1 257 248	272	146	154	6	47,1	25,3	26,6
1898	57	493 742	4 373 313	985	60 162	1 345 302	413	165	169	16	54,1	21,7	22,1
1899	55	580 473	5 577 547	976	100 779	2 027 119	524	[illegible]	213	34	53,7	21,0	21,8
1900	58	680 427	7 745 902	852	115 711	2 036 030	375	215	217	31	[illegible]	25,3	25,5
1901	57	677 510	8 798 333	727	48 522	2 515 888	267	171	237	30	36,8	23,6	32,6
1902	60	733 206	10 253 559	861	55 713	2 237 504	350	156	296	29	43,6	19,5	36,9
1903	63	887 698	12 971 726	[illegible]	121 593	5 080 984	623	239	359	26	49,4	19,0	28,5
1904	63	1 052 108	16 109 903	1 625	135 957	5 551 314	878	317	349	32	55,7	20,1	22,1
1905	64	1 344 803	19 635 850	2 323	507 964	10 933 721	1219	534	477	43	53,6	29,5	21,0

in den wirtschaftlichen Kämpfen den Kampf selbst kennen; sie sammelten Kampfeserfahrungen, die sich bei künftigen Kämpfen mit Vorteil verwenden liessen. Sie kamen zu der Überzeugung, dass eine erfolgreiche Streikbewegung sich in der Folge nur mit grösseren Geldmitteln durchführen lasse, und nahmen beträchtliche Beitragserhöhungen vor.

Im Jahre 1891 hatten noch von 36 Gewerkschaften 14 einen Beitrag unter 15, 29 unter 20 Pfennig; insgesamt verfügten sie über eine Einnahme von 1 116 588 Mark, eine Ausgabe von 1 606 534 und ein Vermögen von 425 845 Mark. Natürlich konnte mit solchen Mitteln nur eine beschränkte Streikbewegung durchgeführt werden. In den Jahren 1890 und 1891 (für 1891 allein liegen die Zahlen nicht vor) sind denn auch nur 226 Streiks geführt worden, mit 38 536 beteiligten Arbeitern, von denen nur 29,7 % erfolgreich, 39,4 % teilweise erfolgreich und 24,3 % erfolglos verliefen. Die Streikziffern der Jahre 1892 bis 1895 waren noch erheblich niedriger, und die Streikerfolge waren teilweise noch ungünstiger, als 1890-1891. Erheblich günstiger sind schon die Ziffern des Jahres 1896, was zum guten Teil in der in diesem Jahre mit Macht einsetzenden günstigeren Geschäftskonjunktur begründet, zum grösseren Teil aber auf die — gegen die früheren Jahre — günstigere Beschaffenheit der Gewerkschaften zurückzuführen ist. Die Mitgliederzahl der Gewerkschaften war von 223 530 im Jahre 1893 schon wieder auf 329 230 gesteigert worden, auch finanziell waren die Organisationen mehr erstarkt. Hatten doch von 44 Gewerkschaften nur noch 10 Beiträge unter 15, 23 unter 20 Pfennig, hatten die Gewerkschaften doch schon eine Einnahme von 3 616 444 Mark, eine Ausgabe von 3 323 713, und verfügten sie doch schon über ein Vermögen von 2 323 678 Mark. Diese grössere Leistungsfähigkeit kommt in der gegen die Vorjahre gewaltig gesteigerten Streikbewegung und ihren Erfolgen zum Ausdruck.

Diese günstige Streikbewegung ging in den folgenden Jahren nur wenig zurück, und sie erreicht wieder ihren Höhepunkt im Jahre 1900, wo die Gewerkschaften bereits über 680 427 Mitglieder verfügten, wo von 58 Gewerkschaften nur mehr 6 einen Wochenbeitrag von unter 15, 16 von unter 20 Pfennig hatten, und wo demgemäss eine Gesamteinnahme von 9 454 075, eine Gesamtausgabe von 8 088 021 Mark zu verzeichnen war und das Vermögen aller Organisationen sich schon auf 7 745 902 Mark belief. Die Gewerkschaften konnten schon wieder 115 711 Mitglieder in Streiks führen und für Streiks 2 936 030 Mark verausgaben. Die Streiks selbst sind sehr erfolgreich. Die beiden folgenden Jahre bringen eine rückläufige Streikbewegung. Eine schwere wirtschaftliche Krisis hemmt die Aktionskraft der Gewerkschaften. Immerhin werden auch da noch verhältnismässig grosse Aufwendungen für Streiks gemacht. Kaum hat sich die wirtschaftliche Lage etwas gebessert, setzt die Gewerkschaftsbewegung schon wieder mit voller Wucht ein, und ein geradezu beispielloser wirtschaftlicher Kampf hebt an, der im Jahre 1905 seinen Höhepunkt erreicht haben dürfte. Die Gewerkschaften, von denen nur noch eine einen Wochenbeitrag von unter 20 Pfennig, keine einen solchen von unter 15 Pfennig erhob, und die eine Mitgliederzahl von 1 344 803, eine Jahreseinnahme von 27 812 257, eine Jahresausgabe von 25 024 234 und ein Vermögen von 19 635 850 Mark erlangt hatten, konnten in diesem einen Jahr allein 507 964 Mitglieder in Streiks führen und 10 933 721 Mark für diese Streiks — von denen 53,6 % erfolgreich, 29,5 % teilweise erfolgreich und nur 21 % erfolglos waren — verausgaben.

Diese Zahlen reden von einer selten günstigen Entwickelung der gewerkschaftlichen Bewegung in Deutschland. Ist diese so nach innen und aussen riesig gewachsen, ist sie leistungsfähiger, kampftüchtiger und erfolgfähiger geworden, so hat sich in dieser Zeit auch der Charakter der wirtschaftlichen Kämpfe erheblich geändert. Trat bei der Arbeiterschaft an Stelle der Untätigkeit, des Indifferentismus oder der Regellosigkeit des Kampfes eine systematische, mit wohldisziplinierten, kampferprobten und gut unterstützten Gewerkschaftermassen geführte Angriffsbewegung, die desto kräftiger einsetzte und erfolgreicher war, je mehr die Gewerkschaften sowohl an Zahl ihrer Mitglieder, wie in ihren Kassenverhältnissen erstarkten, so machten sich auch bei den Unternehmern bedeutsame Veränderungen bemerkbar.

Auch die Unternehmer lernten in dem ihnen von der organisierten Arbeiterschaft aufgedrungenen Kampfe den Kampf und den Wert einer guten Organisation kennen. Sie erkannten das Unzureichende ihrer bisherigen Organisationen, der Innungen und Gewerbevereine, im modernen Klassenkampf und gründeten deshalb allenthalben und für alle Berufe neue, bessere Organisationen, deren ausschliesslicher Zweck der *Schutz gegen ungerechtfertigte Forderungen und Angriffe der Arbeiter,* die Streikabwehr war. Die *Arbeitgeberschutzverbände* und Streikabwehrorganisationen der Unternehmer sind im letzten Jahrzehnt wie Pilze aus dem Boden geschossen. Ihre Entwickelung wurde durch die sich mit jedem Jahre steigernde Arbeiterbewegung und nicht zuletzt auch durch die wirtschaftliche Entwickelung, die auf Konzentration drängt, sehr gefördert. Neben der starken Gewerkschaftsbewegung entstand eine starke Unternehmerbewegung.[2]) Diese beeinflusste in den letzten Jahren in immer stärkerem Masse den Klassenkampf. Zunächst sich auf die Streikabwehr beschränkend, gingen die organisierten Unternehmer bald zum Angriff gegen die in starken Gewerkschaften vereinigten Arbeiter über. Die Unternehmer hatten gut genug begriffen, dass die Offensive naturgemäss eine bessere Kampfposition bietet — da man sich ein günstiges Kampffeld und eine günstige Kampfzeit wählen kann —, als die Defensive, wo Zeit und Art des Kampfes vom Gegner gewählt wird, natürlich nach seinem Vorteil, zum Schaden des Angegriffenen. So wurde die Unternehmerbewegung in den letzten Jahren immer mehr aus einer Abwehrbewegung eine Angriffsbewegung.[3]) Seit dem Jahre

[2]) Über den jetzigen Stand der Unternehmerbewegung informiert am besten August Müller *Gewerkschaften und Unternehmerverbände* (Magdeburg 1906).

[3]) Wir geben nachstehend die Zahlen über die Abwehrstreiks und Aussperrungen für den Zeitraum von 1900 bis 1905 und die Gesamtzahlen für das vorangehende Jahrzehnt.

Jahr	Abwehrstreiks und Aussperrungen				Resultat						
					Anzahl				in %		
	Anzahl	in %	Zahl der beteiligten Personen	Gesamtausgabe Mark	Erfolgreich	Teilweise erfolgreich	Erfolglos	Unbekannt	Erfolgreich	Teilweise erfolgreich	Erfolglos
1890-1899	1 730	46,4	93 155	3 016 317	714	272	585	57	41,3	15,7	33,8
1900	338	39,7	28 925	975 841	138	54	120	6	41,4	16,2	36,1
1901	436	60,[illegible]	27 761	1 342 418	158	79	153	24	36,2	18,1	35,1
1902	572	66,4	23 054	1 084 661	233	85	208	16	44,3	16,2	39,5
1903	679	53,0	67 830	2 541 286	342	85	211	22	50,4	12,5	31,1
1904	739	45,5	54 530	2 429 605	369	104	210	27	54,0	15,2	30,7
1905	1 062	45,7	174 726	5 065 099	497	227	270	31	48,5	22,2	26,3
in summa	5 556	48,5	467 981	16 455 227	2 451	906	1 757	183	46,2	17,1	33,2

1899 hat das wirtschaftliche Kampffeld unter dem Einfluss der Unternehmerbewegung sich sehr verschoben. Noch in dem Jahrzehnt 1890 bis 1899 sind die Abwehrkämpfe im Vergleich zu den Angriffsstreiks noch verhältnismässig gering. Von insgesamt 3772 Wirtschaftskämpfen waren 1730 Abwehrstreiks und Aussperrungen, an denen 93 155 Personen beteiligt waren bei einer Gesamtziffer von 425 142 (das Verhältnis ist 1 zu 4,5). Und zur Unterstützung der Abwehrkämpfe bedurfte es einer Summe von 3 016 317 Mark, bei einer Gesamtausgabe für Streiks von 11 402 758 Mark (das Verhältnis ist 1 zu 3,7). Das Bild ändert sich bedeutend in den folgenden sechs Jahren. Von den in dieser Zeit geführten 7670 Wirtschaftskämpfen waren 3826 Abwehrkämpfe, an denen 374 826 Personen beteiligt waren, bei einer Gesamtziffer der Streikenden von 985 480 (das Verhältnis ist 1 zu 2,6), verausgabt wurden zur Abwehr 13 438 910 Mark bei einer Gesamtausgabe für Streiks und Aussperrungen von 29 265 441 Mark (das Verhältnis ist 1 zu 2,1). Fast die gleichen Verhältniszahlen, wie das Jahrsechst 1900 bis 1905, ergibt das Jahr 1905, für sich betrachtet: die Zahl der an Abwehrkämpfen beteiligten Personen stand zu der Gesamtziffer der Streikenden im Verhältnis von 1 zu 2,8, die Ausgaben für Abwehrkämpfe standen zu den Gesamtausgaben für Streiks im Verhältnis von 1 zu 2,1. Dabei stand das Jahr 1905 im Zeichen der Hochkonjunktur, während in den Jahren 1901 bis 1903 eine Wirtschaftskrisis herrschte, die eine höhere Ziffer der Abwehrkämpfe schon eher erklärlich macht.

Wir sehen, wie sehr die wirtschaftlichen Kämpfe sich verschärft haben. Deutlicher noch zeigt uns ein Vergleich der Kämpfe im Jahrsechst 1900 bis 1905 mit den Kämpfen im Jahrzehnt 1890 bis 1899, wie die Gewerkschaften in den letzten Jahren mehr und mehr in die Abwehr gedrängt worden sind. Allerdings kommt die Angriffskraft der Gewerkschaften in der Streikstatistik nicht zum vollen Ausdruck. Denn die Gewerkschaften haben in den letzten Jahren, und zwar von Jahr zu Jahr immer mehr, ihre Haupterfolge durch sogenannte *friedliche Lohnbewegungen* erzielt. Auch waren sie in der Lage, trotz der erheblich gesteigerten Abwehrbewegung, die Abwehr kräftiger und erfolgreicher führen zu können, als zu irgend einer früheren Zeit. Und nicht zuletzt ihre mannhafte Abwehr der zahlreichen und grossen Scharfmacherangriffe verlieh den Gewerkschaften auch eine grössere Erfolgfähigkeit im Angriff. Das ändert aber nichts an der Tatsache, dass die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft von den organisierten Unternehmern von Jahr zu Jahr mehr in die Defensive gedrängt worden ist, dass ihre ganze Taktik und nicht zuletzt das Kassenwesen der Gewerkschaften durch die sich steigernde Abwehrbewegung stark beeinflusst worden sind.

Uns interessiert hier in erster Linie die rein taktische Seite der Sache, und da ist es bemerkenswert, wie ganz anders die Unternehmer jetzt den Kampf gegen die Gewerkschaften führen gegen früher, wo es starke Unternehmerorganisationen nicht gab, und wo die Unternehmer oft genug der Organisation überhaupt ermangelten. In jener organisationslosen Zeit beschränkten sich die Unternehmer zumeist darauf, einen von der Arbeiterschaft ihnen aufgedrungenen Kampf durch Heranziehung von Arbeitswilligen oder durch Verrichtung von Streikarbeit an nicht bestreikten Orten zeitlich auszudehnen, die Streikenden so mürbe zu machen, was bei der geringen Ausdehnung der Organisation und der geringen gewerkschaftlichen Aufklärung in den Arbeitermassen auch nicht gar

zu schwer war. Diese Art Streikabwehr verfing nicht mehr, als die Gewerkschaften grösseren Umfang angenommen hatten. Jetzt organisierten die Unternehmer eine Streikabwehr grossen Stils. Es wurden allenthalben Arbeitsnachweise gegründet, die eine systematische Streikbrechervermittelung ermöglichten. Weiter wurde durch Einführung der Streikklausel in die Lieferungsverträge wie durch die Festsetzung von Konventionalstrafen für Angehörige der Unternehmerorganisationen die Widerstandskraft der Unternehmer zur Streikabwehr zu heben versucht. Als auch diese Art der Abwehr gegen die wachsende Gewerkschaftsbewegung nicht mehr aufkam, versuchte man es mit einer Ausdehnung der Kämpfe mittels Aussperrungen, um so die Arbeiterorganisationen finanziell zu erschöpfen und ihnen eine erfolgreiche Angriffsbewegung auf die Dauer unmöglich zu machen.

Die Taktik der Gewerkschaften im wirtschaftlichen Kampfe wird von dem Grundsatz geleitet, mit möglichst geringen Mitteln einen möglichst grossen Erfolg zu erzielen. Deshalb wird bei gewerkschaftlichen Angriffskämpfen mit möglichster Vorsicht vorgegangen, es wird alles getan, um Angriffskämpfe räumlich zu beschränken, damit der Angriff um so kräftiger und mit um so grösserer Aussicht auf Erfolg geführt werden kann. In der Zeit einer relativen Schwäche der Gewerkschaften erreichte man das durch partielle Bewegungen, durch den Einzelkampf der Gewerkschaft gegen einen einzelnen Unternehmer. Konzentrierte sich die ganze Kraft der Gewerkschaft auf eine oder wenige solcher partieller Bewegungen, so war es der Gewerkschaft verhältnismässig leicht, in kurzer Zeit einen verhältnismässig grossen Erfolg zu erzielen. Dieser *Einzelabschlachtung* der Unternehmer — wie die Unternehmerpresse diese Kampfesmethode nannte — wurde mit dem Erstarken der Unternehmerbewegung bald ein Ziel gesetzt. Denn so, wie die organisierten Arbeiter bei Massregelung eines einzelnen Arbeitskollegen durch den Unternehmer die Sache des Gemassregelten zu der ihren machen, sich mit dem Gemassregelten solidarisch erklären, so machten die Unternehmer nun mit dem einzelnen bestreikten Unternehmer gleiche Sache und beantworteten den Einzelstreik mit entsprechenden Gegenmassregeln. Hier kam als Kampfmittel der Unternehmer zunächst die Arbeitssperre für streikende Arbeiter, später die Aussperrung in Betracht.

So, wie der Einzelstreik, richtiger: der partielle Streik, auf dem Grundsatz basiert, mit möglichst geringen Mitteln einen möglichst grossen Erfolg zu erreichen, so verfolgt die Aussperrung den Zweck, die Kampffront der Gewerkschaften so zu verlängern, dass ein erfolgreicher Kampf der Arbeiter nicht mehr möglich ist. Die Aussperrung, die in früheren Jahren nur ganz vereinzelt zur Anwendung kam, ist in den letzten Jahren immer mehr zum wichtigsten Kampfmittel der Unternehmerorganisationen geworden. Welche Bedeutung die Aussperrungen für den wirtschaftlichen Kampf zwischen Arbeit und Kapital haben, erhellt allein aus der rapiden Steigerung der Aussperrungsziffern in den letzten Jahren. Man verzeichnete nach der vorläufigen, sicher unvollständigen Übersicht des *Reichsarbeitsblatts,* im Jahre 1900 35 Aussperrungen (die 9085 Arbeiter betrafen), 1901 25 (5414), 1902 46 (10 205), 1903 70 (35 273), 1904 120 (23 760), 1905 254 (118 467), 1906 234 (53 209). Die Unternehmer gehen bei ihren Aussperrungen durchaus systematisch vor. In den meisten Unternehmerorganisationen sind für die Aussperrungen feste Regeln geschaffen worden,

wie es in den Gewerkschaften feste Streikregeln und -reglements gibt. In Unternehmerkreisen sind alle möglichen Pläne zur besseren Durchführung und Systematisierung der Aussperrungen ausgeheckt worden. Bekannt sind ja die eine Zeit lang angewandten Aussperrungen, die sich nur auf die einer bestimmten Organisation angehörenden Arbeiter beschränkten, die Projekte von Aussperrungen der Arbeiter nach Altersklassen, nach dem *ABC* etc. Von allen diesen fein ausgeklügelten Aussperrungssystemen sind die Unternehmerorganisationen sehr bald abgekommen, wohl, weil sie zu unpraktisch sind. Vorwiegend werden Aussperrungen jetzt nur in Form von *Vollaussperrungen* vollzogen. Herr Menck, einer der führenden Geister der Unternehmerbewegung, hat sich über die neuerlich anzuwendende Aussperrungstaktik im *Gesamtverband deutscher Metallindustrieller* des ausführlichen geäussert. Er sagte da:

»Es hat keinen Zweck, darüber nachzuforschen, ob andere Aussperrungssysteme billiger oder wirksamer sind, weil sich keine Mehrheit für solche Aussperrungen finden wird. Man muss, wenigstens für die nächsten Jahre, nur mit der Vollaussperrung operieren, weil für diese anscheinend die grosse Majorität vorhanden ist.«[4])

Anscheinend ist diese Taktik aus rein organisatorischen Rücksichten geboten. Bei den Teilaussperrungen, wie sie früher immer empfohlen wurden, entzieht sich ein zu grosser Teil der Unternehmer der Aussperrungspflicht, als dass solche Kämpfe noch wirksam geführt werden könnten. Herr Menck erkennt ja selbst an, dass man bei Aussperrungen bisher so viele Ausnahmen hat machen müssen, und dass man auch künftig mit dieser Tatsache rechnen müsse, so schlecht sie auch im Prinzip mit der Aussperrung sich vertrage. Deshalb will man Teilaussperrungen künftig ganz vermeiden, um auf die an der Bewegung beteiligten Unternehmer besser einen Druck ausüben zu können, und man will Ausnahmen künftig nur unter Gegenleistungen (unter Zahlung von fünf Vierteln des durchschnittlichen Arbeitsverdienstes an die Unternehmerorganisation) gestatten, damit es »in der Regel für die Firmen keinen Vorteil bringt, wenn sie von der Ausnahme Gebrauch machen«. Ohne solche Gegenleistung werde die ganze Aussperrung sich in Ausnahmen verlieren. Das deutet nicht auf sonderlich viel Aktionslust im Unternehmerlager, und die Verpflichtung zu Gegenleistung für nichtaussperrende Firmen im Interesse der aussperrenden trägt gewiss nicht dazu bei, um die Kampflust der Unternehmer zu heben.

Man gewinnt überhaupt aus dem ganzen Menckschen Referat den Eindruck, als mache sich im Unternehmerlager schon eine gewisse Aussperrungsmüdigkeit bemerkbar. Darauf deutet auch der Vorschlag auf Steigerung der Streikentschädigung an die Unternehmer mit der grösseren Zeitdauer eines Kampfes, um einer einzelnen bestreikten Fabrik oder mehreren solcher eine längere Ausdauer im Kampfe zu verleihen und eine erfolgreiche Durchführung des Kampfes zu ermöglichen, ohne dass eine Aussperrung nötig ist:

»Es kann nämlich nicht in Frage kommen, dass wegen eines lang andauernden Streiks einiger 100, oder seien es selbst 1000, Arbeiter eine Gesamtaussperrung durch den *Gesamtverband* erfolgen. Für derartige Aussperrungen würde sich keine Majorität im Ausschuss des *Gesamtverbandes* finden. Andererseits darf man die angegriffenen Mitglieder auch nicht im Stich lassen, und so muss man ihnen eine reichliche Geldentschädigung gewähren, damit sie mit dieser Hilfe den Streik allein durchführen können.«

Auch bei grösseren Streiks soll man nach Möglichkeit durch die verbesserte Streikunterstützung Hilfe zu bringen versuchen, und nur im äussersten Falle,

[4]) Vergl. *Wieder ein Blick hinter die Kulissen* in der *Metallarbeiterzeitung*, 1907, Nr. 16.

gewissermassen als die *ultima ratio,* die Gesamtaussperrung in Anwendung bringen, »um den Kampf schnell zu Ende zu bringen«. Eine zu häufige Anwendung der Gesamtaussperrung sei nicht zweckmässig, »weil sonst die grosse Majorität [der Unternehmer für solche Aussperrungen] sich bald verlieren wird, und man ausserdem in Konflikt mit der öffentlichen Meinung, den Parlamenten und den Regierungen geraten würde«. Bezeichnend ist auch, dass Herr Menck dem *Gesamtverband,* der Aussperrungen bisher nur als Prinzipienkämpfe führte, empfiehlt, von diesem Standpunkte künftig abzukommen und bei solchen Kämpfen mehr Zweckmässigkeitsgründe entscheiden zu lassen.

Aus alledem spricht sehr viel Ernüchterung. Die Unternehmer beginnen nach und nach einzusehen, dass sie sich durch Aussperrungen weit mehr selbst schädigen, als sie dadurch den Arbeitern Schaden zufügen, und deshalb beginnen sie nach und nach einzulenken. Allerdings ist die Ernüchterung noch nicht allgemein, im Gegenteil, weite Unternehmerkreise gebärden sich scharfmacherischer, als je. Und dass die nächste Zeit kein Abflauen der Aussperrungsbewegung bringen wird, ist ebenso sicher, wie, dass die jüngste Vergangenheit eine bedeutende Verschärfung der wirtschaftlichen Kämpfe gebracht hat.

Die letzten Aussperrungen, vorzüglich die in der Holzindustrie, stellen auch insoweit ein Novum dar, als sie keine Abwehrbewegungen sind, wie es alle früheren Aussperrungen mehr oder weniger waren, sondern Angriffskämpfe, geführt zum Zwecke der Vernichtung oder wenigstens der Fesselung der Gewerkschaften. Die in der Abwehr von Einzelstreiks der Arbeiter geführten Aussperrungen hatten schwere Nachteile für die Unternehmer im Gefolge. Angriffsstreiks werden von den Gewerkschaften natürlich nur in der günstigen Geschäftszeit geführt, zu einer Zeit, wo dem Unternehmer durch eine Entziehung von Arbeitskräften Schaden erwächst. Wenn dann die Unternehmer auf Angriffsstreiks mit Aussperrungen antworten, entziehen sie sich selbst in der für sie verhängnisvollsten Zeit noch mehr Arbeiter, die Folge ist eine erheblich grössere Geschäftsschädigung für den Unternehmer, als ihnen durch einen Angriffsstreik erwachsen wäre. Das ist auch das Hindernis, das sich den organisierten Unternehmern bei künftigen Aussperrungen in der Hochkonjunktur mehr und mehr entgegenstellen wird, je mehr Unternehmer deren unangenehme Folgen am eigenen Leibe — durch ihre Beteiligung an solchen Aktionen — verspürt haben werden. Daraus erklärt sich auch das Bestreben der Unternehmer, das in jüngster Zeit allenthalben, nicht nur in der Holzindustrie, zu tage trat, Aussperrungen nicht in der Abwehr, sondern im Angriff gegen die Arbeiter zu inszenieren, und zwar, ohne dass von letzteren hierzu irgend ein Anlass gegeben war. Bekanntlich wurden die Holzarbeiter in den 15 Aussperrungsorten ausgesperrt, obwohl sie teilweise ihre früher gestellten Forderungen zurückgezogen und sich bereit erklärt hatten, zu den alten Bedingungen weiter zu arbeiten, allerdings ohne Vertrag; oder obwohl sie Forderungen überhaupt nicht gestellt hatten. Ausgesperrt lediglich zum Zwecke der Schwächung der Arbeiterorganisation, des Holzarbeiterverbandes, und des Abschlusses eines den Arbeitern ungünstigen Tarifvertrages gleichzeitig für alle betroffenen Orte. Die *Arbeitgeberzeitung* hat ja offen erklärt, dass diese Taktik, wie sie in den letzten Aussperrungen zu tage trat, das heisst, die Aussperrung als Angriffskampf gegen die Gewerkschaftsbewegung, in nächster Zeit allgemeiner Anwendung finden werde. Sie sagt:

»Die Arbeitgeberorganisationen beginnen, Zeit und Dauer des Kampfes zu diktieren, wie dies in rücksichtslosester Weise bisher die Arbeiterorganisationen jahrelang getan haben. . . . Dabei leeren die Riesensummen, welche die Massenaussperrungen an Unterstützung kosten, die Gewerkschaftskassen und setzen die Arbeiter ausser stand, zu einem günstigen Zeitpunkt Lohnbewegungen in Szene zu setzen.«

Deutlicher noch haben sich andere Unternehmerblätter darüber ausgesprochen, dass solche Angriffskämpfe in der nächsten Zeit mehr geplant sind. Wir können uns also künftig auf eine Steigerung der Aussperrungsbewegung gefasst machen. Den beabsichtigten Effekt, eine Niederwerfung der Gewerkschaften, wird man auf diesem Wege allerdings eben so wenig erreichen, wie man das durch die bisherigen Kampfmethoden erreicht hat. Alle Machtkämpfe, die von den Unternehmern bisher gegen die Gewerkschaften inszeniert worden sind, haben letzten Endes nur zu einer Stärkung der wirtschaftlichen Arbeiterbewegung geführt. Durch diese Aussperrungen wurden zahlreiche den Gewerkschaften bisher indifferent gegenüber stehende Arbeiter diesen durch Unternehmergewalt zugeführt, durch sie wurden die Gewerkschaftsmitglieder zu Opfersinn erzogen, wurden Kräfte zur Schulung der Arbeiterschaft und zur Erstarkung der Gewerkschaftskassen geweckt, die durch die einfache gewerkschaftliche Agitation nur schwer oder gar nicht zu gewinnen gewesen wären. Und selbst von den Unternehmern mit Erfolg durchgeführte Aussperrungen waren weiter nichts als Vorkämpfe für die Gewerkschaften; durch sie wurden die Unternehmer späteren bedeutenden Zugeständnissen an die Arbeiterschaft geneigt gemacht.

So hat die Aussperrungsbewegung für die Arbeiter und ihre Organisationen nur grossen Nutzen gebracht, und auch die zu erwartenden grossen Kämpfe der Zukunft werden nur ihre guten Folgen für die Arbeiterschaft haben. Der Endeffekt dieser Kämpfe kann nur eine Tarifbewegung grossen Stils sein, und dieses Endziel kann den Arbeitern nicht unerwünscht sein, wenn es erreicht wird nach grossen, von den Unternehmern inszenierten und von den Gewerkschaften kräftig abgewehrten Machtkämpfen. Ohne solche Kämpfe wäre das deutsche, so scharfmacherisch gestimmte Unternehmertum gar nicht in der Lage, einen billigen Frieden auf der Grundlage arbeiterfreundlicher Tarifverträge mit den Arbeitern abzuschliessen. Die grossen Aussperrungen müssen erst kommen, um den Unternehmern den Abschluss von auch den Arbeitern erhebliche wirtschaftliche Vorteile bietenden Tarifverträgen annehmbar erscheinen zu lassen, gewissermassen als letzte Rettung aus allen aberwitzigen Scharfmachereien.

Dass die Entwickelung diesen Weg gehen wird, dafür liegen schon gewichtige Anzeichen vor. Als eines der wichtigsten Zeichen dieser Art kann gelten, dass der *Gesamtverband deutscher Metallindustrieller* in letzter Zeit seine Stellung zu den Gewerkschaften erheblich modifiziert hat. In dieser Organisation galt es bisher als Grundsatz, Arbeiterorganisationen als Vertretung der Arbeiterschaft nicht anzuerkennen. Deshalb wurde es vom *Gesamtverband* bisher entschieden abgelehnt, zur Beilegung wirtschaftlicher Differenzen mit den Gewerkschaften zu verhandeln. Diesen Standpunkt hat der *Gesamtverband* nun verlassen, und, wie es scheint, handelte er dabei unter dem Eindruck der Erfahrungen, die er in den letzten grossen Kämpfen mit dem deutschen Metallarbeiterverband gemacht hat.

Die *Arbeitgeberzeitung* teilte mit, dass der Ausschuss des *Gesamtverbandes* in seiner Sitzung vom 20. März in der Verhandlungsfrage auf Vorschlag des

Vorstandes Leitsätze einstimmig angenommen hat, durch die die Gewerkschaften in aller Form anerkannt werden. Nach diesen Leitsätzen soll künftig seitens der organisierten Unternehmer bei wirtschaftlichen Konflikten mit freigewählten Kommissionen der Arbeiter und unter Hinzuziehung eines Beraters, das heisst des Vertreters der Gewerkschaft, verhandelt werden. Bei Gesamtaussperrungen brauchen — nach den Leitsätzen — die der Verhandlungskommission angehörenden Arbeitgeber und Arbeiter an dem Streite, der zur Gesamtaussperrung geführt hat, ebenfalls »nicht sämtlich direkt beteiligt gewesen zu sein«. Wie die *Arbeitgeberzeitung* erklärend bemerkt, sollen unter den Beratern der streikenden Arbeiter ausdrücklich die Gewerkschaftsführer gemeint sein. Wenn man bedenkt, dass die im *Gesamtverband* organisierten Unternehmer bisher entschieden jedes Verhandeln mit den Gewerkschaften ablehnten und sogar vor zwei Jahren noch einen auf Anerkennung der Gewerkschaften abzielenden Vorschlag der *Arbeitgeberzeitung* entschieden missbilligten, so wird man erkennen, dass die Scharfmacher aus den Machtkämpfen der jüngsten Vergangenheit schon viel gelernt haben. Die nächsten Kämpfe werden für das organisierte Unternehmertum nicht weniger lehrreich sein.

Und mögen die Unternehmer nun mit den raffiniertesten Mitteln gegen die Arbeiterschaft kämpfen, sie werden immer nur zu deren Förderung beitragen. So, wie unter dem Einfluss der regeren wirtschaftlichen Arbeiterbewegung die Gewerkschaften gross und stark wurden, wie die Gewerkschaften durch ihre Stärke anregend auf die Unternehmerbewegung einwirkten und die lebhaftere Unternehmerbewegung wiederum eine machtvolle Gewerkschaftsbewegung auslöste, so werden die Kämpfe der Zukunft nur wieder zum Heile der Arbeiterschaft ausschlagen — wenn diese, wie bisher, auf dem Posten ist. Die Unternehmer mögen sich dieser Entwickelung entziehen wollen, es wird ihnen kaum gelingen. Sie werden, so entschiedene Gegner von Gewerkschaften und von Tarifverträgen sie teilweise noch sind, mit ihren Massenaussperrungen kaum etwas anderes erzielen, als eine Stärkung der Gewerkschaften und eine Tarifbewegung auf der ganzen Linie. Und dann werden diese Tarifverträge, die ein — jetzt tarifgegnerisches, aussperrungswütiges — Unternehmertum schliesslich mit den Gewerkschaften abschliessen wird, einen grossen Erfolg für die Arbeiterklasse darstellen. Darüber mögen sich die Scharfmacher, die jetzt nur an Aussperrungen und sonstige Vernichtungsfeldzüge gegen die Gewerkschaften denken, beizeiten klar werden.

××××××××××××××××××××××××××××××××××××××

MAX SCHIPPEL · DIE BRITISCHE KOLONIAL-KONFERENZ

I



IE vierte allbritische Kolonialkonferenz hat die Hoffnungen und Wünsche der Tarifreformer in keiner Weise erfüllt. Sogar die Balfoursche, und noch mehr natürlich die Chamberlainsche Richtung gesteht das unumwunden ein. Andrerseits sind die *Nichts-als-Freihändler*, die *Kleinengländer* alten Schlages durch mancherlei Warnungszeichen beunruhigt, die ihnen nach dem überwältigenden liberalen Wahlsieg vom Januar 1906 zunächst gleichgültig schienen, deren Eindruck sie sich

jedoch dauernd nicht werden entziehen können. Die selbe wirtschaftspolitische Frage,die für die praktische Inangriffnahme nach wie vor ausgeschaltet bleibt, kann sehr leicht während der nächsten Monate, soweit es sich um die öffentliche Erörterung und Agitation handelt, wieder ähnlich in den Vordergrund rücken, wie seinerzeit nach dem aufsehenerregenden Chamberlainschen Redefeldzug vom Sommer 1903.

Ein Fortschritt im Verhältnis zwischen Mutterland und Kolonieen trat auf der diesjährigen Londoner Tagung unverkennbar hervor: die Festigung der Erweiterung des politischen Zusammenhaltes und Zusammenwirkens, die der imperialistische Flügel der herrschenden liberalen Partei gleichfalls nach Kräften zu fördern bereit ist. Das Mutterland weiss heute, in der Ära des kräfteverzehrendsten internationalen Wettringens der Völker und Kulturkreise, zuverlässige überseeische Stützpunkte, Bundesgenossen und Tochterstaaten ganz anders zu schätzen, als in den, noch gar nicht weit zurückliegenden manchesterlichen Jahrzehnten, die in dem Abfall aller Kolonieen nicht nur ein naturnotwendiges tatsächliches Endergebnis, sondern sogar ein willkommen zu heissendes, möglichst zu förderndes Endziel erblickten. Umgekehrt empfinden die streitumbrandeten, bevölkerungsschwachen überseeischen Siedelungsgebiete die Anlehnung an die flottenstärkste, auf allen Meeren gefürchtete europäische Grossmacht mehr und mehr als eine unentbehrliche Lebensbedingung, deren Bedeutung nur in vergangenen friedensstillen Zeiten verkannt werden konnte. Was wäre heute, in der weltpolitisch zerklüfteten Gegenwart, ein alleinstehendes Australien, daheim auf seinem Kontinent und darüber hinaus im Stillen Ozean, mit seinen 4 Millionen Einwohnern, mit seiner Handvoll milizartiger Truppen, mit ganzen 1200 Marinesoldaten, gegenüber einem Lande wie Japan, das, bei seiner Bevölkerungsziffer von 49 Millionen, im Handumdrehen 800 000 Soldaten nach dem ostasiatischen Festland werfen konnte, und dessen Flotte vielleicht noch mehr, als die Landarmee, das Schicksal eines grossen abendländischen Reiches in den Händen hielt! Wie leicht würde unter Umständen Canada mit seinen 6 Millionen Einwohnern und seiner langgestreckten Landgrenze wiegen gegenüber den Vereinigten Staaten mit ihren 85 Millionen Köpfen und ihrem von jeher unbezähmbaren Expansionsdrang, der bald im kontinentalen Westen und Süden, bald jenseits der Küsten, im Atlantischen und Stillen Ozean, seinen Länderheisshunger befriedigte!

Nachdem jedoch die wichtigsten britischen Kolonieen zur Stufe eines selbständigen nationalen Lebens aufgestiegen sind, kann die unumgängliche engere Verbindung zwischen dem europäischen Zentrum und den überseeischen Aussengebieten nicht mehr in gesteigerter Vorherrschaft und Unterordnung zum Ausdruck kommen. Die bundesähnliche Verständigung und Beschlussfassung über gewisse gemeinsame Schritte und Einrichtungen, über gegenseitige Rechte und Pflichten, Vorteile und Opfer wird mehr und mehr zu einer Grundlage der allbritischen Politik. Trotz des augenblicklichen Zurückebbens der Strömung für wechselweise Zollbevorzugungen hat dieser, mehr allgemeinpolitische Reichsgedanke offensichtlich überall an Anhang und Einfluss gewonnen — so sehr er immer wieder bei den verschiedensten Anlässen durch partikularistische Interessen und durch die sehr ungleichartige Rücksichtnahme auf das umgebende nichtbritische Milieu durchkreuzt wird. In der Tat scheint es nach vielen Richtungen hin leicht, durch geordnetes Zusammenwirken die

Stellung des Mutterlandes und der Pflanzstaaten zu festigen und zu heben, ohne dabei in den freiwillig auferlegten Beschränkungen unliebsam weit zu gehen.

Ein gutes Beispiel hierfür bietet die Rede Haldanes, des Londoner Kriegsministers, in der Konferenzsitzung vom 20. April: Die Landstreitkräfte der einzelnen Beteiligten könnten in ihrer Organisation, in ihrer Gliederung nach erster und zweiter Linie, einander näher gebracht werden, so dass im Kriegsfalle eine gemeinsame Zusammenfassung, Leitung und Verwendung ohne Schwierigkeiten zu erreichen sei. Ferner empfehle sich ein regelmässiger Austausch von Offizieren, um eine gegenseitige Vertrautheit mit den Armeezuständen und Landesverhältnissen zu erzeugen und zu grösserer Übereinstimmung in der ganzen Armeeentwickelung, sowohl für Friedens- wie Kriegszeiten, anzuregen. Ein dauernder imperialer Generalstab als Sachverständigenausschuss und Überwachungsinstanz sei erstrebenswert. Ähnlich wies am 23. April Lord Tweedmouth, das Haupt der Admiralität, hin auf die zu erwartende Verstärkung der allbritischen Seegewalt, falls England und die Kolonieen sich in der Ausgestaltung der Flotten, Häfen, Docks und Marinedepots mehr in die Hände arbeiteten. Manche parlamentarischen und journalistischen Verfechter des Reichsgedankens sehen bereits eine durchaus gleichmässige Ausrüstung, Waffen- und Munitionsherstellung und Kriegszufuhr, eine völlig ungehinderte Ersatz- und Austauschmöglichkeit zwischen Offizieren, ganzen Truppeneinheiten, Schiffen und allen sachlichen Kriegsmaterialien und schon damit eine nicht gering zu schätzende Vermehrung der allbritischen Verteidigungs- und Angriffskraft voraus. Diesen weitestgehenden Forderungen stehen, wie sich denken lässt, recht harte Hindernisse im Wege. Aber mit dem Grundgedanken selber hat man sich eigentlich überall befreundet, und die Resolution, die den Reichsgeneralstab betraf, wurde einstimmig angenommen. Als Aufgabe der neuen Gründung, die sich aus den Streitkräften aller Reichsteile aufbauen soll, wurde bezeichnet:

Nachrichten und Kenntnisse zu sammeln und den Einzelregierungen zu übermitteln, Pläne zur Verteidigung nach gemeinsamen Grundzügen vorzubereiten und — ohne Einmischung in Kommando und Verwaltung — auf Ersuchen der betreffenden Regierungen Vorschläge zu entwerfen über die Schulung und Kriegsorganisation der Streitkräfte in jedem Teile des Reiches.

Ähnlich lässt sich in der Aus- und Einwanderungspolitik, in der Naturalisations-, Patent- und Musterschutzgesetzgebung, bei den Entscheidungen über Postdampfer-, Telegraphen- und Seekabellinien, beim interbritischen Postporto, bei der Schaffung und Interpretation des Rechtes vieles zur Förderung der Annäherung und des Zusammenhaltens zwischen den, im übrigen ihr selbständiges Sonderleben weiterführenden Reichsgliederstaaten tun: mehr durch bewusste Fortbildung und Pflege der bereits vorhandenen, ganz von selber entstandenen Keime, als durch einen plötzlichen politischen Wetterumschlag.

Immerhin tritt der Abstand zwischen früher und heute, zwischen altmanchesterlicher Kolonialabneigung und Kolonialgleichgültigkeit und moderner Kolonialhochschätzung schon in der ganzen Vertiefung der Konferenzidee zu tage. Die erste Kolonialkonferenz im Jahre 1887 war eigentlich noch ein Zufallsergebnis. Das Jubiläum der Königin Victoria führte ohnehin die Vertreter aller überseeischen Besitzungen nach London, und Stanhope, der Leiter des Kolonialamtes, hielt die Gelegenheit für günstig, eine allgemeinere Aussprache über Verteidigungswesen, Verkehrsförderung und andere Reichsaufgaben einzuleiten. Von

allen festen Regeln für die Auswahl der Vertreter sah man noch ab; drei Kolonieen hatten ihre Premierminister entsendet, andere waren durch Minister zweiten Ranges oder gar nur durch ihre Londoner Generalagenten repräsentiert; für einige Kronkolonieen hatte man sich mit Sachverständigen ohne Amt und Mandat begnügt. Zehn Jahre später, zum diamantenen Jubiläum der Königin, hatte Chamberlain ausschliesslich die Premiers der Selbstverwaltungskolonieen eingeladen: die Untergebenen des Londoner Kolonialamtes schieden für die Beschlussfassung aus; das Mutterland verhandelte mit den Pflanzstaaten, wie ein Gleicher mit Gleichen, und verliess sich lediglich auf die Anziehungskraft der gemeinsamen, zentripetalen Reichsinteressen. 1902, bei der dritten Konferenz im Krönungsjahre, war die Gleichartigkeit der Teilnehmer noch weiter fortgeschritten: wie früher die canadischen Provinzen zum *Dominion*, so waren jetzt die australischen Staaten zum *Commonwealth* verbunden. Dazu hatte der Feldzug in Südafrika die imperialistische Stimmung machtvoll belebt. Die Beratungen erstreckten sich über einen viel weiteren Kreis. Die Konferenz war zu einer Institution geworden; eine angenommene Erklärung sprach sich für den periodischen Wiederzusammentritt aus. Diesmal, nach abermals fünf Jahren, hielt sich der Londoner Kolonialsekretär noch mehr als Einberufer und Lenker zurück: der englische Premier selber begrüsste die Premiers des Reichsbundes; nicht ein Kolonialminister verhandelte mit Schutzbefohlenen, sondern die Regierung des Vereinigten Königreichs konferierte auf formell gleichem Fusse mit den Regierungen der Kolonieen, wenn auch dem Staatssekretär für Kolonieen der Vorsitz und die Geschäftsleitung vorbehalten blieb. Selbst der nicht mehr zutreffende Name *Kolonialkonferenz* ist umgewandelt in die Bezeichnung *Reichskonferenz* (*Imperial Conference*). Für die Zwischenzeit bis zur nächsten Tagung wird sogar ein ständiges Sekretariat eingesetzt sein; für unterdes auftauchende Spezialfragen sind *subsidiary conferences* zwischen besonderen, eigens für diesen Zweck bestimmten Regierungsbevollmächtigten in Aussicht genommen. Andererseits hat der Einzug der Liberalen in Downingstreet unleugbar nach manchen Richtungen eine Abkühlung des imperialistischen Eifers gebracht. So ging der Vorschlag Lytteltons, des Vorgängers Lord Elgins im Kolonialamt, bis zur Bildung eines ständigen *Imperial Council*, mit viel ausgedehnteren Vollmachten, als das jetzige Sekretariat. Doch erhoben auch koloniale Wortführer Bedenken gegen eine zu weitgehende Kompetenz und gegen ein mögliches, allzu geschäftiges Eingreifen der geplanten neuen Körperschaft. Man begnügte sich deshalb mit einem Mittelweg, der solche Bedenken nicht weckt und andererseits einen späteren Übergang zu festeren und einflussreicheren Gebilden nicht verwehrt.

II



VOLLSTÄNDIG hilflos stand man jedoch bis zuletzt vor der eigentlichen Kernfrage: der imperialistischen Handelspolitik, der gegenseitigen Zollbevorzugung. Oder vielmehr, die Selbstverwaltungskolonieen trennten sich hier fast einmütig — nur General und Premierminister Botha-Transvaal als Neuling verhielt sich mehr abwartend neutral — von der mutterländischen Regierung, für die es eine imperiale Handelspolitik, eine Sonderpolitik zwischen Mutterland und Kolonieen überhaupt nicht gibt, sondern nur die eine einheitliche handelspolitische Stellungnahme nach aussen hin, die jede Art der Unterscheidung zwischen fremdem

und allbritischem Erzeugnis verwirft. Ein Fortschritt über das Jahr 1902 hinaus ist deshalb hier in den Beschlüssen kaum zu verzeichnen, eher ein Rückschritt, weil Lord Elgin am 7. Mai ausdrücklich erklärte: die Resolutionen von 1902 lehne man in London ab, soweit sie eine Änderung des heimischen Fiskalsystems einschlössen.

Die Resolutionen von 1902, deren Wiederbestätigung, neben der unten erwähnten weitergehenden Zusatzerklärung, Deakin-Australien beantragte, hatten folgenden Wortlaut:

»1. Die Konferenz erkennt an, dass eine grundsätzliche Vorzugsbehandlung zwischen dem Vereinigten Königreich und den überseeischen Reichsteilen den gegenseitigen Handelsverkehr anregen und erleichtern und, durch Förderung der Hilfsquellen und Industrieen der verschiedenen Teile, die Reichskraft steigern würde.

2. Die Konferenz erkennt an, dass es bei der augenblicklichen Lage der Kolonieen nicht angängig ist, allgemeinen Freihandel zwischen Mutterland und Kolonieen durchzuführen.

3. Andererseits ist es, um den Handel innerhalb des Reiches zu steigern, wünschenswert, dass jene Kolonieen, die noch nicht zu einer solchen Politik übergegangen sind, den Erzeugnissen des Vereinigten Königreichs, soweit es ihre Verhältnisse gestatten, merkbare [substantial] Vorzugsbehandlung einräumen.«

Hier waren, wie man sieht, dem Mutterland keinerlei bestimmte Verpflichtungen zugemutet, nur die Kolonieen sollten dem Mutterlande zollpolitisch entgegenkommen. Aber die prinzipielle Erklärung im Anfang legte der Londoner Regierung gewisse Umbildungen ihres handelspolitischen Systems zum mindesten nahe, und die konservative Regierung von 1902 hielt sich von allen Verwahrungen gegen diesen Geist der Resolution fern: war dieser Geist doch schon längst beim damaligen Kolonialminister und Mehrheitsführer Chamberlain innerlich zum Siege gelangt.

Unterdes haben die Selbstverwaltungskolonieen, fast ohne Ausnahme, Ernst mit der beschlossenen Präferentialpolitik gemacht. Canada war bekanntlich schon 1897 mit seinem Tarifgesetz vorangegangen, das einen Zollabstrich von 12½ % für englische Waren ermöglichte; die Meistbegünstigungsverträge Englands (mit Deutschland und Belgien), die im Wege standen, waren rasch beseitigt worden. Seit dem 1. August 1898 betrug der canadische Zollnachlass sogar 25 %, seit 1900 33⅓ %. Neuseeland, erst unter Seddon, dann unter Ward, folgte in den gleichen Bahnen. Der südafrikanische Zollverein streicht von seinen Zöllen 20 % für englische Herkünfte. Australien will seine letzte 10prozentige Zollsteigerung nicht auf englische Waren angewendet sehen; das Vorgehen scheiterte bisher lediglich an dem Einspruch des englischen *Governor-General*, nämlich an der Klausel, dass die bevorzugten Waren zugleich in britischen Schiffen mit ausschliesslich weisser Bemannung eingeführt werden müssten: eine Klausel, die mit verschiedenen, in Kraft gebliebenen Handelsverträgen nicht in Einklang zu bringen ist.

Die Kolonieen sind jedoch noch über die Resolutionen von 1902 hinausgegangen. Sie haben die Zollabschläge nicht nur dem Mutterlande, sondern meist — gewöhnlich, aber nicht immer, unter der Vorbedingung der Gegenseitigkeit — den kolonialen Reichsteilen gleichfalls gewährt, so dass bereits ein ganzes vielmaschiges Netz von Zollbevorzugungen innerhalb des Reichsgebietes sich ausbreitet, aufwärts nach der Reichsspitze und seitwärts von Kolonie zu Kolonie. Wenn England bisher in der Weltpolitik als Vorkämpfer der gleich *offenen Türe* für alle mitrivalisierenden Staaten auftrat, so hat die Kolonialpraxis Eng-

lands zusehends mehr und mehr diesen *unabänderlichen britischen Grundsatz,* an den manche Deutsche auch heute noch glauben, über den Haufen geworfen: englisch koloniales Prinzip ist es heute schon viel eher, englische und britischkoloniale Produkte nicht gleich zu behandeln, sondern ihnen eine Vorzugsstellung einzuräumen, die man dem gesamten übrigen *Ausland* versagt, und zwar unter allen Umständen versagt. Nur, wo England selber Ausland ist und bleibt, beruft es sich nach wie vor auf das eingeborene handelspolitische Naturrecht der *offenen Tür* für alle, der Gleichbehandlung aller.

Immerhin konnte das Mutterland selber nicht zu Zolldifferenzierungen greifen, einfach, weil es bei seiner überlieferten Freihandelspraxis vorläufig über keine Zölle zu verfügen schien, die es abstufen könnte, und weil es nach der eingewurzelten Freihandelstheorie spezielle Zölle gegen das *Ausland* nicht neu schaffen darf. Selbstverständlich halten sich solche praktische Überlieferungen und theoretische Richtschnuren nur so lange, wie sie den massgebenden, überwiegenden Wirtschaftsinteressen entsprechen oder doch der grossen Wählermasse zu entsprechen scheinen. Hier hat der liberale Sieg des Vorjahres zunächst ganz überwältigend für die Konservierung des Bestehenden gesprochen. Aber die Bevorzugung in den überseeischen Aussenbezirken des Reiches streichen die meisten Liberalen ohne Verwahrung und sogar schmunzelnd ein. Ist das nicht ein stillschweigendes Zugeständnis an das sonst als verwerflich beurteilte Prinzip? Ferner durften sich unselbständige Kolonieen, über deren Politik in London die Würfel fallen — wie Bechuanaland und Basutoland —, aktiv mithandelnd, ohne Widerspruch von oben als Ring in die Zollbevorzugungskette eingliedern. Hier hat man also in London selber für die Präferentialpolitik mitentschieden. Das freihändlerische vermeintliche Prinzip war zum mindesten nicht stark genug, den südafrikanischen Zollverein daran scheitern zu lassen; doch scheint man sogar auf Warnungen von London aus verzichtet zu haben. Heisst das nicht ein Prinzip in eine Zweckmässigkeitsfrage auflösen?

Auch in den Reden des Schatzkanzlers Asquith, des Handelsamtsleiters Lloyd-George, des Kolonialsekretärs W. Churchill kamen vor der Konferenz fast nur Zweckmässigkeitserwägungen zum Ausdruck, die für das Mutterland eine Ablenkung nach der Richtung der Präferentialpolitik unmöglich machen sollen. Ich will heute diese Gründe nicht wiederholen, die im wesentlichen bekannt sind, und deren Gewicht niemand verkennen wird. Zur Unterstützung hatten sich die Minister weiter noch Herrn Mackay vom indischen Amt beigesellt: Indien fürchtet feindliche Gegenmassregeln seitens der Staaten, die, wie Deutschland und Frankreich, eine ganz andere Bedeutung für den indischen Absatz haben, als die Zollbevorzugungen versprechenden britischen Schwesterkolonieen. Doch zum Register der Zweckmässigkeitserwägungen gehört für England sicherlich auch die Frage: Werden die Kolonieen dauernd an Begünstigungen festhalten wollen und festhalten können, wenn seitens des Mutterlandes fortgesetzt alle Zollgegenleistungen ausbleiben? Hier kann man sehr rasch einmal an einen kritischen Wendepunkt gelangen, und ganz unbestreitbar liess sich aus den Konferenzverhandlungen bereits der grollende Ton der Ungeduld und sogar der Enttäuschung und des Misstrauens heraushören. Zweifellos wird die tarifreformerische Agitation in den nächsten Wochen und Monaten, in England und in den Kolonieen, diesen Nagel fester einzuschlagen suchen, weil an ihm viele antifreihändlerische Hoffnungen hängen. Und auch liberale Wähler-

massen sind heute für die Stimmungen und Stimmen der Kolonieen sehr empfindlich geworden, so sehr man den landläufigen Tiraden gegen den überwuchernden imperialistischen Geist noch immer Beifall klatscht.

Doch bleiben wir bei den Vorgängen auf der Konferenz, wobei wir leider ausschliesslich auf die kargen Mitteilungen angewiesen sind, die bisher der englischen Presse zugänglich gemacht wurden. Dr. Jameson, der Premierminister der Kapkolonie, suchte direkt die Zwiespältigkeit der mutterländischen Handelspolitik vor der Öffentlichkeit zu unterstreichen. Er beantragte:

»Die Konferenz, die Resolution von 1902 wiederholend, erklärt: Da die britische Regierung — durch den südafrikanischen Zollverein, der Basutoland und das Bechuanalandprotektorat umschliesst — heute schon einer Zollbegünstigung Englands, Canadas, Australiens, Neuseelands und aller anderen britischen Besitzungen, die Reziprozität gewähren, vor *fremden* Ländern zugestimmt hat, so sollte Seiner Majestät Regierung nunmehr die Möglichkeit, eine ähnliche Bevorzugung für alle Reichsteile in den heute zollpflichtigen Artikeln des britischen Zolltarifs zu gewähren, in Erwägung ziehen.«

Der letzte Absatz fusst darauf, dass in der Tat England gar nicht so arm an (Finanz-) Zöllen ist, mit deren differentieller Herabsetzung — nur für die britischen Reichsteile, aber nicht für die übrigen Zufuhrländer — es seine Kolonieen fühlbar bevorzugen kann: Indien und Ceylon in ihren Teelieferungen, Westindien für seine Zuckerzufuhren, Kapland und Australien für ihre Weine usw. Soweit der Bericht ein klares Bild erlaubt, stimmten der Jamesonschen Resolution die kolonialen Vertreter, mit Ausnahme Bothas, zu; die englische Regierung lehnte ab. Dieses Auseinandergehen wiederholte sich ein zweites Mal, als es zur Abstimmung über die australische Erklärung kam: für Teilnahme der Kolonieen, neben dem Mutterlande, an den bisherigen und künftigen Präferenzen in den Aussenbezirken, für den Übergang des Mutterlandes selber zur Zollbevorzugung der kolonialen Agrar- und Industrieerzeugnisse. Hier machte Lord Elgin den erwähnten Vorbehalt, dass die mutterländische Regierung nicht zustimme, soweit sich daraus eine Änderung des heimischen Fiskalsystems als wünschenswert oder notwendig ergebe.

Damit ist tatsächlich zunächst alles beim alten gelassen, und was 1902 ein Chamberlain und eine konservative Regierung noch als Zukunftsmöglichkeit für England selber in Aussicht stellen konnten, hat die heutige englische Regierung als unerfüllbare Hoffnung zu kennzeichnen versucht. Die ferneren Entscheidungen fallen nunmehr wieder der öffentlichen Agitation in England und noch mehr wohl in den Kolonieen zu. Ganz ruhig und gelassen werden hier die Antworten kaum ausfallen.

×××××××××××××××××××××××××××××××××××××××

EDUARD BERNSTEIN · PATRIOTISMUS, MILITARISMUS UND SOZIALDEMOKRATIE



EIN Teil der sozialdemokratischen Parteipresse beschäftigt sich aus Anlass einiger Reichstagsreden wieder lebhaft mit den Fragen *Patriotismus* und *Militarismus*. Die im Reichstag abgegebene Erklärung, dass gegen einen auswärtigen Feind, der Deutschland frivol mit Krieg überziehe oder deutsches Gebiet an sich zu reissen suche, auch die Sozialdemokraten ihren Mann stellen würden, ist als ungeschicktes Zugeständnis an die Art und Weise, wie heute die auswärtige Politik gemacht

werde, bezeichnet und die Abweisung der Verantwortung der Fraktion für die antimilitaristische Broschüre des Genossen Karl Liebknecht als ungerechtfertigt getadelt worden, als Stellungnahme gegen die notwendige scharfe Bekämpfung des Militarismus. Es liege da ein Verstoss gegen die internationalen Verpflichtungen der Sozialdemokratie vor. Insbesondere sei die ersterwähnte Erklärung geeignet, den Sozialisten anderer Länder die Bekämpfung ihrer militaristischen Gegner zu erschweren. Da eine schlaue Diplomatie es leicht fertig bekomme, sich als die provozierte hinzustellen, gebe sie faktisch den Regierenden einen Freibrief für allerhand Kriegszetteleien und erhöhe sie so die Kriegsgefahr.

Es wird angezeigt sein, zu diesen Fragen, deren Wichtigkeit niemand verkennen wird, auch hier Stellung zu nehmen. Vorausgeschickt sei dabei, dass die kritisierten Erklärungen nicht erst diesmal im Reichstag abgegeben worden sind. Es ist im hohen Grade ungerecht, wenn nicht Schlimmeres, hier, wie es von einer Seite geschehen ist, die Rede des Abgeordneten Noske herauszugreifen und ihr weitergehende Zugeständnisse an Militarismus und Nationalismus vorzuwerfen, als sie in Reden anderer Parteivertreter im Reichstage zu finden sind. Weder in bezug auf den Militarismus im allgemeinen, noch auf die Frage der Vaterlandsverteidigung im besonderen hat Noske auch nur einen Gedanken ausgesprochen, der nicht auch schon von den ersten Führern der Partei in sehr bestimmter Form verkündet worden wäre. Aber, wenn diese Erklärungen durchaus nicht neu waren, so stehen sie selbstverständlich darum noch nicht ausserhalb jeder Kritik und sind sie insbesondere nicht über jede Nachprüfung erhaben. Sie sind ja auch früher nicht ganz unwidersprochen geblieben. Schon in einem dem Wydener Kongress von 1880 unterbreiteten Antrag von Berliner Genossen, der Reichstagsfraktion ein Misstrauensvotum zu erteilen, ward als einer der Gründe für den Antrag »Bebels Appell an den *Patriotismus* der Genossen, sowie seine *Erwartung*, dass die selben sicher auch die *Feinde* aus dem Lande schlagen würden«, angeführt. Zwar ging dieser Antrag, der vom Kongress einstimmig abgelehnt wurde, von Anhängern Hasselmanns aus, der gegen die Partei Sonderbündelei betrieb. Aber er hatte doch in Berlin zugleich die Zustimmung von Genossen gefunden, die von einer Sonderbündelei nichts wissen wollten, war der Ausdruck ihres ehrlichen Empfindens.

Man wird auch zugeben müssen, dass zu einer Zeit, wo die Sozialdemokratie unter ein sie ächtendes Ausnahmegesetz gestellt war, das obendrein damals noch mit rücksichtsloser Härte angewendet wurde, es sehr starker Überwindung des ersten, natürlichen Empfindens bedurfte, um zu jener Stellungnahme zur Kriegsfrage zu gelangen, welche Bebel in der Session 1879-1880 im Reichstag vertreten hatte. Der Patriotismus ist in den modernen Staaten kein urwüchsiges Gefühl, wie es das Solidaritätsempfinden der Stammesgemeinschaften auf früherer Kulturstufe war. Wohl hat sich zu allen Zeiten bei Truppen, mochten sie aus angeworbenen Söldnern oder selbst aus zum Felddienst gepressten Soldaten bestehen, ein gewisses Zusammengehörigkeitsgefühl entwickelt, das ihnen im Kampf die moralische Einheit gab und zur Ursache von allerland Beispielen aufopfernder Solidarität ward. Aber dieses Solidaritätsgefühl ist Korpsgeist, und nicht Patriotismus. Eben so wenig ist das Streben nach Verteidigung von Haus und Herd, Ortschaft oder Distrikt gegen irgend

welchen Eindringling dem Patriotismus gleichzusetzen, der für die modernen Staaten oder Reiche gefordert wird. Da diese Staaten nicht aus einer Völkerschaft in natürlichem Wachstum organisch hervorgegangen, sondern durch oder mit Hilfe von Eroberung, Kauf, Heirat und dergleichen zu stande gekommen sind, da sie infolgedessen während ganzer Generationen oder selbst Jahrhunderte sehr wenig von der Einheitlichkeit eines ausgebildeten Organismus an sich hatten, sondern erst nachträglich und sehr allmählich unter dem Einfluss wirtschaftlicher Veränderungen etwas davon entwickelten, so konnte auch bei der Masse der Bevölkerung lange Zeit von einem staatlich-nationalen Empfinden, diesem wesentlichen Element des modernen Patriotismus, überhaupt nicht die Rede sein. Was man heute nachträglich dafür ansieht, war in Wirklichkeit neben lokalpatriotischen Wallungen meist nur jener Korpsgeist von Landsknechten oder ein ihm wesensverwandtes übertragenes Empfinden. Die beherrschte breite Volksmasse kannte bis in eine gar nicht weit hinter uns liegende Zeit hinein einen staatlich-nationalen Patriotismus gar nicht oder nur durch Vermittelung einer dünnen Oberschicht von bevorzugten Geschlechtern oder Ständen, deren Patriotismus aber oft auch nur einer auf Kündigung war. Beispiele dafür liefert die Geschichte aller Länder, keine aber in grösserer Fülle, als gerade die Deutschlands.

Deutschlands grösster dramatischer Dichter Schiller hat das noch im 18. Jahrhundert so stark empfunden, dass er in der *Jungfrau von Orléans* die oft zitierten patriotischen Worte:

»Nichtswürdig ist die Nation, die nicht
Ihr Alles freudig setzt an ihre Ehre«,

dem Grafen Dunois, das heisst einem dem hohen Adel angehörigen Kriegsführer, dem Bauern Thibaut dagegen die Worte in den Mund legt:

». . . Lasst uns still gehorchend harren,
Wen uns der Krieg zum König geben wird.
Das Glück der Schlachten ist das Urteil Gottes,
Und unser Herr ist, wer die heil'ge Ölung
Empfängt und sich die Kron' aufsetzt zu Reims.«

Das war die Logik einer Epoche, in der ganze Länder verschachert oder als Heiratsgut weggegeben wurden, und wo die grosse Volksmasse jeder politischen Selbstbestimmung entbehrte. So kannte denn auch zu Ende des 18. Jahrhunderts das Volk in Deutschland nur erst ein ethnologisches, aber kein staatliches Nationalempfinden und daher auch keinen politisch-nationalen Patriotismus. Erst in der Reaktion gegen die napoléonische Herrschaft ergriff er weite Volkskreise und existierte dann lange als Träger eines politischen Ideals, gegen das der 1870-1871 verwirklichte Nationalstaat ungünstig genug abstach. Und wenn der Mann, der sich als Schöpfer dieses Nationalstaats feiern liess, bereits im siebenten Jahre von dessen Existenz einen erheblichen Bruchteil des deutschen Volkes unter ein Ausnahmegesetz stellen konnte, so zeigt dies, wie sehr er selbst noch diese Schöpfung als ein mechanisches, und nicht als ein das Volksganze organisch zusammenfassendes Gebilde betrachtete. Da war es keine so unerhörte Erscheinung, wenn in der geächteten Partei jenes Gefühl aufkam, wie es das Alte Testament die Vertreter der zehn gegen Rehabeam rebellischen Stämme in die Worte kleiden lässt: »Was haben wir denn Teils an David oder Erbe am Sohn Isais? In deine Zelte zurück, Israel!«

Und doch hatte Bebel recht, und seine Angreifer waren im Unrecht.

Dass die modernen Nationalstaaten oder Reiche nicht organisch entstanden sind, hindert sie nicht, ihrerseits Organe des grossen Gesamtkörpers zu sein, den wir *Kulturmenschheit* nennen, und der selbst viel zu ausgedehnt ist, um eine staatliche Einheit bilden zu können. Und zwar sind sie heute notwendige Organe, für wichtige Zwecke der Menschheitsentwickelung von grösster Bedeutung. Darüber kann unter Sozialisten kaum noch ein Streit sein. Und es ist auch unter dem sozialistischen Gesichtkpunkt nicht einmal zu bedauern, dass sie keinen rein auf Abstammungsgemeinschaft beruhenden Charakter tragen. Das rein ethnologische Nationalitätsprinzip ist in seinen Konsequenzen reaktionär. Wie man auch sonst über das Rassenproblem denken mag, so ist jedenfalls der Gedanke einer staatlichen Gliederung der Menschheit nach Rassen alles andere eher, denn ein Menschheitsideal. Das Nationale bildet sich vielmehr heute immer mehr zu einer soziologischen Funktion aus. Als solche begriffen, ist es aber ein progressives Prinzip, und in diesem Sinne kann und muss der Sozialismus national sein. Es bildet das keinen Gegensatz zum kosmopolitischen Bewusstsein, sondern nur dessen notwendige Ergänzung. Das Weltbürgertum, diese herrliche Errungenschaft der Kultur, wird, wo die Beziehung zu nationalen Aufgaben und nationalen Pflichten fehlen, zum schwammigen, charakterlosen Parasitismus. Selbst, wenn wir singen *Ubi bene, ibi patria*, erkennen wir noch eine *patria* an und, gemäss dem Motto *Keine Rechte ohne Pflichten*, auch Pflichten gegen sie.

Eine der ersten Pflichten gegen ein Gemeinwesen ist aber das Einstehen für seine Unabhängigkeit und Unverletzlichkeit. Soll sie nicht auf bloss äusserlichem Zwang beruhen, so bedarf sie als Gegenleistung bestimmter Rechte, von denen das elementarste das allgemeine gleiche Wahlrecht ist. Wo dies nicht besteht, wird sich in der modernen Gesellschaft kein wahres Nationalgefühl im Volke, und insbesondere der seinen wichtigsten Teil ausmachenden Arbeiterklasse, entwickeln oder erhalten können. Ohne das allgemeine Wahlrecht würde denn auch in Deutschland die Sozialdemokratie als Partei der Arbeiter dem Reich gegenüber eine ganz andere Stellung einnehmen, als dies tatsächlich und ohne Einspruch der Fall ist. Als im Jahre 1874 Julius Motteler in eine Rede zum Militäretat die Worte einfliessen liess: »Wir sind nicht Gegner des Reichs als eines nationalen und staatlich gegliederten Ganzen, sondern Gegner des Reichs, insofern es bestimmte Einrichtungen repräsentiert, die uns bedrücken«, da konnte er noch wegen dieser, doch nur erst bedingten Anerkennung des Reichs in einem Organ der *Eisenacher* Fraktion der Sozialdemokratie, dem Dresdener *Volksboten*, scharf angegriffen und im offiziellen Organ der Partei, dem *Volksstaat*, in ähnlicher Weise entschuldigt werden, wie heute einige Parteiblätter Noske entschuldigt haben, indem sie von einem blossen rednerischen Vergreifen sprachen. Die Art, wie der *Volksstaat* Motteler gegen »Missdeutung« seiner Rede in Schutz nahm, lief faktisch auf Missbilligung jenes Satzes hinaus. Heute dagegen ist die Sozialdemokratie, und zwar einmütig, die entschiedenste Reichspartei, die Deutschland kennt. Keine andere Partei ist so sehr darauf bedacht, dem Reich immer neue gesetzgeberische Aufgaben zu übertragen und seine Kompetenzen zu erweitern, wie die Sozialdemokratie. Verglichen mit ihr ist die seinerzeit energischste Vertreterin des Reichsgedankens, die nationalliberale Partei, partikularistisch. Und wenn die Sozialdemokratie als Oppositionspartei auch nach wie vor der

Regierung das Gesamtbudget verweigert, so geht sie doch in bezug auf Bewilligung von Budgetposten heute ausserordentlich viel weiter, als in jenen Tagen.

Wie es dahin gekommen ist? Nun, diese Entwickelung liefert ein interessantes Beispiel für den Satz Ignaz Auers *So etwas sagt man nicht, so etwas beschliesst man nicht, so etwas tut man.* Es ist nicht beschlossen worden, es ist nicht proklamiert worden, es hat sich unter dem Gewicht der Tatsachen als Konsequenz des allgemeinen Wahlrechts im Laufe der Zeit Schritt für Schritt von selbst gemacht. Und weil die Sozialdemokratie immer stärkere Anforderungen an das Reich stellt, weil sie mithilft, seine Gesetzgebung auszubauen, seine Leistungen zu steigern, seine Beamtenschaft zu vermehren, ist es auch nur folgerichtig, wenn ihre Vertreter erklären, im Notfall für die Verteidigung der Unabhängigkeit und Unverletzlichkeit des Reichs gegen fremde Gewalt einstehen zu wollen.

Das gleiche Bild bietet uns beiläufig Österreich. Die österreichische Sozialdemokratie war seinerzeit noch in viel höherem Grade *reichsfeindlich*, als ihre deutsche Bruderpartei. In Deutschland war die Reichsfeindschaft im Wesentlichen immer nur Gegnerschaft gegen die Reichsregierung und gewisse Reichseinrichtungen. In Österreich aber war sie ganz und gar Sehnsucht von Österreich hinweg, aus dem Tohuwabohu dieses zusammengeflickten Staatswesens hinaus. Das änderte sich schon bei der vorigen Wahlreform. Da entdeckte man in der Sozialdemokratie die Kraft, den zentrifugalen Tendenzen im habsburgischen Kaiserstaate, die sich ja bei den bürgerlichen Parteien nicht minder zeigten, als in der Arbeiterschaft, ein Gegengewicht zu bieten, sie zu neutralisieren. Die *Arbeiterzeitung* ward in der Hofburg gelesen, bürgerliche Radikale verhöhnten die Partei als *kaiserlich-österreichische Sozialdemokratie*, und in der *Arbeiterzeitung* ward in der Tat die staatskräftigende Potenz der Arbeiterklasse in Österreich sehr energisch betont. Das ist in noch stärkerem Mass geschehen beim Kampf um die jüngste Wahlreform, die nun das allgemeine Wahlrecht gebracht hat, dessen erste Frucht ein glänzender Sieg der Sozialdemokratie und eine vernichtende Niederlage der antiösterreichischen Alldeutschen gewesen ist. Und es berührt daher etwas seltsam, wenn K. Kautsky in der *Leipziger Volkszeitung* vom 6. Mai schreibt, dass die Bourgeoisie aus Furcht vor der Revolution »so vorsintflutliche Staatsgebilde, wie Österreich und die Türkei«, weiter bestehen lasse. Wenn es ein geschichtliches Vergehen ist, Österreich als Staat fortzuerhalten, so hat sich die österreichische Sozialdemokratie seit Jahren in hohem Grade dieses Vergehens schuldig gemacht. Man kann aber die Sache anders beurteilen.

In allen Ländern, wo sie zur Bedeutung kommt, entwickelt die Arbeiterklasse einen neuen, eigenen Patriotismus. Dieser Patriotismus kann nicht der der Beherrschung von Nationalitäten durch andere Nationalitäten sein, er kann nur der des gleichen demokratischen Rechts der Nationalitäten sein. In dem Masse, wie dessen Verwirklichung gelingt, verliert der sogenannte *völkliche* oder, wie ich ihn lieber nenne: ethnologische Nationalismus — die Tendenz zur Errichtung von neuen Nationalstaaten auf Grundlage des Sprachen- und Abstammungsprinzips — an Gewicht gegenüber dem soziologischen Nationalgedanken. Wir haben es an verschiedenen alten Staatswesen Westeuropas gesehen und sehen es heute im östlichen Europa von neuem. Das ist aber eine Erscheinung, die wir nicht zu bedauern haben. Sie verspricht

uns, dass eine Reihe von Fragen, die sich immer drohender vor uns aufrichten, nicht durch Umbildung der Karte von Europa, die unter den heutigen Verhältnissen nur um den Preis von blutigen Kriegen zu erreichen wäre, sondern durch Umbildung der Verfassungen der geschichtlich gewordenen Staatswesen verwirklicht werden wird. Sie ermöglicht es der Arbeiterklasse, mit ihrem Patriotismus die wirkungsvollste Friedenspolitik zu verbinden, die die Welt bisher gekannt hat.

Stehen mit diesen letzten Ausführungen die Erklärungen Bebels und Noskes nicht in innerem Widerspruch? Ganz und gar nicht. Die Ansicht, dass sie die Kriegsgefahr beschleunigen könnten, beruht auf vollständiger Verkennung des Gewichtes der Faktoren, die heute für die Kriegsfrage in Betracht kommen. Man vergisst, welchen bedeutenden Faktor in den Berechnungen der Kabinette und insbesondere der Militärparteien die Disposition der Bevölkerungen bildet, mit denen sie es in einem Kriegsfall zu tun haben würden. Die Vorstellung, dass in dem in Frage kommenden Lande eine machtvolle Partei existiert, die nur auf den Krieg wartet, um der eigenen Regierung Schwierigkeiten zu bereiten, einen Militärstreik und dergleichen ins Werk zu setzen, kann zur grössten Kriegsgefahr werden, für abenteuernde Politiker geradezu ein Anreiz sein, auf einen Krieg mit jenem Lande hinzuarbeiten. Der verstorbene Genosse Wilhelm Liebknecht, der Schreiber dieses und andere Genossen haben in den Jahren des Ausnahmegesetzes darüber ihre eigenen Beobachtungen gemacht und sich von der Notwendigkeit überzeugen können, den Militärpolitikern des Auslandes alle Illusionen über eine etwaige Förderung ihrer Zwecke durch die Sozialdemokratie zu nehmen. Dem Ausland den Star zu stechen, ist das erste Erfordernis einer wirksamen Friedensarbeit. Die heimische Regierung aber weiss sehr genau, dass die Erklärung, die Sozialdemokraten würden im Notfall mit dem eigenen Leben für die Unabhängigkeit Deutschlands von einer fremden Macht einstehen, noch lange kein Freibrief für sie darstellt, es mit dem Krieg leicht zu nehmen. Keine Silbe in den Reden Bebels und Noskes deutet darauf hin, dass die Sozialdemokratie von der Pflicht der scharfen Überwachung der auswärtigen Politik der eigenen Regierung nur einen Deut ablassen wird.

Ganz anders mit der antimilitaristischen Propaganda. Gerade sie kann, wie aus den vorhergehenden ersichtlich, sehr leicht dahin führen, die Gefahr, die sie bekämpfen will, statt zu mindern, noch zu steigern. Allerdings ist nicht jede antimilitaristische Propaganda zu verwerfen. *Militarismus* ist ein sehr vieldeutiger Begriff. Bedeutet er die Militärherrschaft oder die Einrichtung eines vom Volk durch besondere Abhängigkeitsverhältnisse getrennten Heeres, so hat ihn die Sozialdemokratie bekämpft, seitdem sie existiert, und wird ihn weiter bekämpfen. Ihn und alles, was mit ihm zusammenhängt, wie zum Beispiel die aus der feudalständischen Zeit übernommenen Heereseinrichtungen und die Übertragung dieser Einrichtungen und ihres Geistes in das allgemeine Leben der Nation.[1]) Bedeutet er aber die Erziehung des Volkes zur Wehrhaftigkeit und die Erhaltung der Nation im Stande der wirksamen Selbstver-

[1]) Nach Karl Liebknecht soll ich in der Pariser *Vie Socialiste* vom 5. Juni 1905 gesagt haben, die heutigen militaristischen Institutionen seien »nur ein Erbe der mehr oder weniger feudalen Monarchie«. Ich habe die Zeitschrift nicht mehr, halte es aber für unmöglich, dass ich mich so ausgedrückt haben kann. Soviel ich mich erinnere, habe ich wohl von militärischen Einrichtungen gesprochen, die nur ein Erbe etc. etc. sind, aber mich wohl gehütet, zu behaupten, dass alle militarischen Einrichtungen nur solches Erbe seien.

teidigung, zu der selbstverständlich auch die Fähigkeit gehört, im Notfall den Feind nicht nur ausser Landes zu treiben, sondern auch ausser Landes zu halten, so sind das Dinge, deren Notwendigkeit die Sozialdemokratie nicht bestreitet, für die sie vielmehr selbst eintritt. Eine Haltung, die die Sozialdemokratie in der Erfüllung internationaler Pflichten nicht hemmt, sondern sie im Gegenteil in den Stand setzt, heute, wo die gegenseitige Abhängigkeit der Nationen auf allen Gebieten des sozialen Lebens schon in so hohem Grade eine Wahrheit ist und in immer höherm Masse ausgebildet wird, wo ein immer dichteres Netz von wirtschaftlichen Beziehungen aller Art über die Kulturwelt sich ausbreitet und mit ihnen Rechtswesen, Wissenschaft, Kunst, Sozialpolitik immer internationaler werden, den internationalen Pflichten einer Arbeiterpartei und einer Friedenspartei mit um so grösserer Energie nachzukommen. Je fester wir uns entschlossen zeigen, Ungebühr vom eigenen Land fernzuhalten, um so kraftvoller können wir auch für das Recht anderer eintreten.

××

WILLEM HUBERT VLIEGEN · DIE ENTSCHEIDUNG IN HAARLEM UND IHRE BEDEUTUNG

I



EREITS nach dem vorjährigen, dem Utrechter Parteitag habe ich den Lesern dieser Zeitschrift mitgeteilt, dass die dort in der Minderheit gebliebene *Nieuwe Tijd*-Gruppe zur offenen Revolte gegen die Partei übergegangen war.[1]) Ihre Anhänger weigerten sich, Sitze im Parteivorstand zu übernehmen, einige erklärten ausserdem, sich aller mündlichen und schriftlichen Propaganda und aller politischen Tätigkeit zu enthalten, solange die Utrechter Resolution in Geltung bliebe.

Zum besseren Verständnis gebe ich hier den Wortlaut dieser Resolution des Utrechter Parteitags wieder:

»In Erwägung, dass seit einigen Jahren in der Partei die Erscheinung zu konstatieren ist, dass systematisch gewissen Parteigenossen der Stempel der *Prinzipienschwäche*, des *Opportunismus, Revisionismus* usw. durch andere Parteigenossen aufgedrückt wird, die sich insbesondere berufen und verpflichtet fühlen, die Partei vor Verwässerung, vor Abweichung von dem durch das Prinzip vorgeschriebenen Wege zu beschützen;
in Erwägung, dass diese Erscheinung Widerstand hervorgerufen hat auf der anderen Seite, welche sich ebenso verletzender Qualifikationen bedient;
in Erwägung, dass infolgedessen die Einheit der Partei in Gefahr gerät,
bedauert der Parteitag den Missbrauch der Kritikfreiheit, welche Freiheit in unserer Partei über jedem Zweifel steht, und legt er allen Parteigenossen die Pflicht auf, die Kritik innerhalb solcher Grenzen zu halten, dass die Genossen ihre gegenseitige Würde und die Einheit der Partei hochhalten.«

Diese Resolution war ein Ordnungsruf an die Adresse derjenigen Genossen, die seit einigen Jahren eine Anzahl anderer mit einer Art theologischen Hasses — der Ausdruck stammt vom Genossen Tak — verfolgten, und die schon mehr als einmal denen, die mit ihnen nicht einer Ansicht waren, die vollen Rechte als Parteigenossen abgesprochen und das Zusammenleben in der Partei unerträglich gemacht hatten. Die *marxistischen* Genossen fassten aber die Reso-

[1]) Vergl. meinen Artikel *Prinzip und Praxis in der niederländischen Sozialdemokratie* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1906, 1. Bd., pag. 464.

lution als eine Erklärung des Parteitags gegen den Marxismus auf, sie suchten, und es scheint, sie fanden auch schreckliche Dinge darin, die Abschaffung der Kritikfreiheit und anderes mehr. Deshalb erklärten sie der Parteileitung und der hinter ihr stehenden Mehrheit den offenen Krieg. Ihr Irrtum war der, dass sie meinten, die Parteileitung schwimme in dem selben Gedankenstrom, wie sie. sie, und liesse sich bei ihren Taten von den gleichen Motiven leiten, wie sie. Sie sahen infolgedessen in jeder Handlung des Parteivorstandes, der Kammerfraktion, der Redaktion des Parteiorgans einen Angriff auf den Marxismus und eine Vergewaltigung der Minderheit. Es ist nicht zu verkennen, dass die Gefahr einer Spaltung sehr gross war. Die Spaltung hatte tatsächlich in dem Augenblick begonnen, als alle Anhänger der *Nieuwe Tijd*-Gruppe, welche zur Mitgliedschaft im Parteivorstand vorgeschlagen wurden, die Wahl ablehnten. Diese Tat enthielt die Ablehnung jeder Verantwortlichkeit für die Parteileitung, und diese wurde der einen Richtung in der Partei aufgedrängt. Die *Marxisten* etablierten sich innerhalb der Partei als Opposition.

War durch dieses Verhalten die Spaltung schon im Gange, so wurde der Konflikt noch verschärft. als der Parteivorstand in Hinsicht auf die vielfache Kritik des Parteiprogramms eine Kommission ernannte, die »in eine Beurteilung des Parteiprogramms eintreten« und »eventuell«, nämlich für den Fall, dass die Kommission zu dem Ergebnis gelangen sollte, dass das Programm der Abänderung bedürfe, dem Parteivorstand diesbezügliche Anträge unterbreiten sollte. In diese Kommission berief der Parteivorstand die beiden Richtungen in ungefähr gleicher Stärke, aber alle *marxistischen* Genossen lehnten die Aufgabe ab, und die ganze Gruppe redete und schrieb von der Überschreitung der Machtbefugnisse des Parteivorstandes, von der Vergewaltigung der Minderheit; und anstatt sich um ihren Anteil an dieser rein theoretischen Angelegenheit zu bemühen, anstatt mittels einer solchen Tätigkeit ihre theoretischen Ansichten in grösserem Masse, als seither, unter die Masse der Genossen zu bringen, entfachten sie einen Streit uber die Frage, ob der Parteivorstand über seine Befugnisse hinausgegangen war oder nicht. Dieses Verhalten der *marxistischen* Genossen rief auf der anderen Seite tiefe Entrüstung hervor. Sollte es denn jetzt immer so weiter gehen, dass aus jeder Sache, die man unternahm, nur Gift gesogen würde? Wer, wie die Mitglieder des Parteivorstands, gemeint hatte, die Untersuchung des Parteiprogramms sei ein fast unfehlbares Mittel, um die prinzipielle Einheit der ganzen Partei darzutun — denn auch die holländischen *Revisionisten* sind tatsächlich alle Marxisten —, der sah in dieser *Dienstverweigerung* nicht viel anderes, als eine Obstruktion, unternommen zu dem Zwecke, die führenden Organe an der Arbeit zu verhindern, die Partei in Verwirrung zu bringen. So ward der Streit immer heftiger, die Feindschaft immer grösser.,

II



DIE Tagesordnung des Parteitags war natürlich der Ausdruck dessen, was in der Partei vorging. Die etwa ein halbes Dutzend zählenden *marxistischen* Sektionen hatten von ihrem Rechte, Anträge auf die Tagesordnung zu setzen, ausgiebigen Gebrauch gemacht. Zunächst, um das Verhalten des Parteivorstands in Sachen der Programmrevision mit einem Tadel zu belegen, alsdann, um die Zurücknahme der Utrechter Resolution zu erreichen; auch gegen die Redaktion des Parteiorgans

richtete sich der Sturmlauf. Diese wurde unter anderem von der Sektion Leiden beschuldigt, dass sie von den Lehren von Marx und Engels nichts verstünde. Andere Anträge waren gegen das Verhalten der Kammerfraktion in Sachen des Frauenwahlrechts und gegen das Verhalten aller führenden Organe in Sachen der Krankenversicherung gerichtet. Diesen Anträgen standen andere gegenüber, welche bezweckten, die Art der Opposition zu brechen, wie die *marxistischen* Genossen sie handhabten. Einer dieser Anträge ging so weit, den Parteivorstand zu beauftragen, diejenigen Genossen, welche sich den Parteitagsbeschlüssen nicht fügten, aus der Partei auszuschliessen. Andere Anträge wollten durch einen Parteitagsbeschluss die Versöhnung herbeiführen. Der Parteivorstand beantragte, die ganze Angelegenheit als einen besondern Punkt auf die Tagesordnung zu setzen und die Genossen Gorter und Troelstra zu Referenten zu bestellen.

Es war im Laufe des Jahres eine Broschüre *Marxismus und Revisionismus* von Pannekoek und Gorter erschienen, welche als eine Art Programmschrift der *Marxisten* ausgegeben wurde. Darin wurde ausgeführt, dass die *revisionistische* Richtung, zu der alle Fraktionsmitglieder, alle Redakteure des Zentralorgans und alle Parteivorstandsmitglieder gehören, eine *bürgerlich-parlamentarische* Richtung sei, und diese Richtung wurde als eine im schroffsten Gegensatz zu der wirklichen Sozialdemokratie stehende behandelt. Gorter hatte in dieser Broschüre alle opportunistischen Sünden der Sozialisten aller Länder zusammengefegt. In unserer Heimat fand er nichts anderes, als einige, für seine Zwecke zurechtgestutzte Zitate, womit ihm bewiesen schien, dass die Partei ihren proletarischen Charakter verloren hatte. Der Parteivorstand stellte nun die Frage in ihrer ganzen Breite: Ist es wahr, dass die Partei den rechten sozialdemokratischen Weg verlassen hat, oder dass sie im Begriffe steht, ihn zu verlassen? Dieses hatte Gorter zu beweisen. Die *marxistischen* Genossen machten noch den Versuch, die Debatte an der so scharf gestellten Frage vorbeizuführen, auch wurde beantragt, die Referate Gorters und Troelstras nicht halten zu lassen. Der Parteitag schloss sich aber mit überwiegender Mehrheit dem Vorstand an, und Gorter erhielt das Wort.

Die Ausführungen Gorters stimmen im wesentlichen mit dem Artikel *Zum Parteitag in Holland* im *Vorwärts* vom 31. März 1907 überein. Er machte auch nicht den geringsten Versuch, die *revisionistische* Parteileitung in einen theoretischen Gegensatz zur Sozialdemokratie zu bringen. Das *A* und *O* seines Referats war der Gedanke, dass in der Partei eine »zur Bourgeoisie hinneigende« Tendenz vorhanden sei, welche sich in dem Verhalten zu verschiedenen praktischen Fragen offenbart habe. Er fing damit an, das Wort des Parteivorstandes zurückzuweisen, als hätten Gorter und Pannekoek in ihrer Broschüre die leitenden Organe angeschuldigt. Diese Broschüre war eine theoretische, die nur den Zweck hatte, den Parteimitgliedern prinzipielle Aufklärungen zu verschaffen. Im Vorbeigehen sagte Gorter, dass die Redaktion des Parteiorgans die *Nieuwe Tijd*-Gruppe verhindert hätte, ihre Ansichten im Zentralorgan darzulegen. Alsdann kam der Redner zu seinen Beweisen dafür, dass, wie er selbst es ausdrückte, die Partei in letzter Zeit immer mehr und mehr eine neue Richtung einschlug. Den Unterschied zwischen *Marxisten* und *Revisionisten* skizzierte er folgendermassen: Die *Marxisten* wollen Reformen und Endziel durch den Kampf erreichen, durch das Befolgen unseres, aus der Er-

fahrung abgeleiteten Programms der Prinzipien und des Kampfes, die *Revisionisten, Opportunisten, Reformisten* durch Konzessionen an die Bourgeoisie, sie handeln nicht mehr nach dem Programm, sondern nach der Politik des Tages.

Als ersten Punkt betrachtete der Redner die Agrarfrage, zu der die Partei 1897 einen *opportunistischen* Programmparagraphen aufstellte, der 1905 abgeschafft worden ist. Der zweite Punkt war die Schulfrage, zu der die Partei beschlossen hatte, sich einer Subvention der konfessionellen Schulen nicht zu widersetzen. Der dritte Punkt betraf die Haltung der Kammerfraktion, speziell Troelstras in dem Kampf gegen Dr. Kuypers Zwangsgesetz vom Jahre 1903. Redner kennzeichnete diese Haltung als *opportunistisch*. Diese Dinge findet er in Holland so gefährlich, weil es ein kleinbürgerliches Land ist, in dem die bürgerliche Demokratie eine Zukunft hat. Er führte aus, dass der Kolonialbesitz und der ausgebreitete Handel die bürgerliche Demokratie militaristisch mache. Als Beweise neueren Datums führte Gorter das Verhalten der Kammerfraktion bei der Beratung des Gesetzes über den Arbeitsvertrag an, wobei sie für einen Artikel gestimmt hat, der das Erheben einer Kaution von den Arbeitern zulässt. Ferner führte Gorter das Verhalten des Parteivorstands gegenüber der Krankenversicherungsvorlage ins Treffen, sowie die Zustimmung zur Trennung von Alterspension und Invalidenversicherung. Im Zentralorgan sah er überall *Opportunismus*. Bei Betrachtung der französischen Wahlen habe es die *unabhängigen* Sozialisten der geeinigten Partei zugezählt und nichts dagegen eingewandt, dass der englische Korrespondent es guthiess, dass das *Labour Representation Committee* vom Klassenkampf nicht reden wollte. Auch in dem Verhalten der Kammerfraktion zu dem Frauenwahlrecht sah Gorter *Opportunismus*. Troelstra habe ferner gesagt, wenn die Regierung den von der ersten Kammer abgelehnten Militäretat noch einmal einbringe, würde die Kammerfraktion dafür stimmen. Der Redner tadelte sodann die Agitation für den Zehnstundentag, bei der verschwiegen werde, dass man zum Achtstundentag gelangen wolle. Sein Zorn wandte sich auch gegen mich, weil ich in den *Sozialistischen Monatsheften* geschrieben hätte, die holländische Partei sei für die Teilnahme an der Regierung noch nicht reif; das beweise, wo ich hin wolle. Dann zählte der Redner die Sünden der französischen Radikalen auf und schloss mit einem Aufruf zum unversöhnlichen Klassenkampf.

Natürlich habe ich hier nur skizzenhaft angeben können, was Gorter sprach, um die allgemeine Tendenz seiner Rede festzuhalten. Er sprach sehr fliessend, und er brauchte 3½ Stunden. Als oratorische Leistung war die Rede *first class*, aber als Gorter geendet hatte, war die Sache der *Marxisten* vollständig verloren. Eine von prinzipiellen Gesichtspunkten handelnde Rede hätte Eindruck machen können, die Aufzählung aller dieser bekannten Sachen, dieser *ollen Kamellen* vermochte es nicht.

Troelstra führte nun zu allererst aus, dass es nicht wahr sei, dass die Utrechter Resolution die Freiheit der Kritik unterbinden wolle, aber die Art der Kritik und hauptsächlich der Zeitpunkt des Loslassens der Kritik müsse besser gewählt werden. Als Vorbild hierfür führt der Redner an, dass im Jahre 1875 die Marxsche Kritik des Gothaer Programms nicht veröffentlicht wurde, um die Einigung nicht zu verhindern. Und nun erst die Art der Kritik! Da führt Pannekoek in seiner Broschüre quasi wissenschaftlich aus, wir seien bürger-

liche Parlamentarier, also keine Sozialdemokraten! Ist das Kritik? Die Unzahl von hierhergehörigen kleinen Vorkommnissen, über welche man sich in der Partei zum Teil schon ausgesprochen hat, wurde vom Redner nur gestreift. Er wies darauf hin, dass in manchem dieser Punkte auch *Marxisten* auf seiner Seite standen. In der Schulfrage hat Gorter viermal seinen Standpunkt revidiert. Zur Sache der Arbeiterversicherung war es die deutsche Partei, welche durch Molkenbuhr auf dem Amsterdamer Kongress den Standpunkt bekämpfte, den Gorter uns hier als den einzig marxistischen hinstellt. In Sachen des Frauenwahlrechts ist keine ausländische sozialistische Partei weiter gegangen, als die holländische. Einen Militäretat bewilligen heisst noch nicht den Militarismus anerkennen; unter gewissen Umständen kann eine Stimme für einen Militäretat eine antimilitaristische Stimme sein. Dass die Fraktion für den Kautionsartikel im Arbeitsvertragsgesetz stimmte, ist selbstverständlich, denn dieser Artikel beschränkt die Freiheit der Unternehmer, eine beliebige Kaution zu verlangen. Troelstra schilderte sodann mit gewaltiger Beredsamkeit die Lage, in die das Auftreten Gorters und Konsorten die Partei versetzt hatte. Ob man denn denke, in dieser Weise die Partei marxistisch zu machen? Jetzt hat man es schon erreicht, dass die Arbeiter nicht einmal den Namen mehr hören wollen. Heftig protestierte Troelstra dagegen, dass alles und jedes als Konzession an die Bourgeoisie ausgelegt wird. Er zählte eine Anzahl wissenschaftlicher Angriffe her, die von bürgerlicher Seite auf unsere Theorie gemacht wurden, und fragte, ob die *Nieuwe Tijd*-Gruppe auf diese Angriffe geschwiegen hätte, weil sie der Bourgeoisie entgegenkommen wollte. Gorter protestiert. »Ja, sehen Sie«, fährt Troelstra fort, »so geht es, wenn man Ihre Methode einmal auf Sie selbst anwendet! Ist es nicht der reine Wahnsinn, wenn man hierher kommt, um uns mit Angriffen zu bekämpfen, die sich gegen die freisinnigen Demokraten richten, und überdies auf ein Material gestützt, das wir selbst herbeigeschafft haben?« Von der Utrechter Resolution sagte Troelstra, Gorters Rede sei nur ein neuer Beweis dafür, wie notwendig sie war. Sie kann nicht zurückgenommen werden. »Wenn hier jemand sich zu beugen hat«, ruft er der *Nieuwe Tijd*-Gruppe zu, »so werden Sie es sein, nicht die Partei.« Zum Schluss sprach Troelstra warm auf die oppositionellen Elemente ein, sie auffordernd, ihre Methode zu ändern, damit die Einheit der Partei wieder möglich werde.

Nach Troelstras Referat gab Schaper eine Erklärung für die Kammerfraktion ab, der ich folgendes entnehme:

»In letzter Zeit wurde von hervorragenden Parteigenossen ernsthafte Beschwerde gegen das Auftreten der Sozialdemokraten im Parlament geführt. Es wurde ihnen nicht nur durch den Parteigenossen Gorter ohne stichhaltige Begründung und ohne gehörige Beweisführung vorgeworfen, dass sie bei der Beratung des Arbeitsvertragsgesetzes *revisionistisch* (in dem Sinne einer Abweichung von den sozialdemokratischen Prinzipien) gehandelt hätten, und durch Mendels und andere ihnen eine, der Bourgeoisie entgegenkommende Haltung angedichtet. Ernsthafter, als diese Beschuldigung unsozialdemokratischer Haltung in gewissen praktischen Angelegenheiten, ist die Behauptung, dass die Kammerfraktion prinzipiell, also regelmässig, infolge verkehrter allgemeiner Anschauungen nicht mehr den richtigen Standpunkt einnehme. Diese Ansicht muss notwendigerweise dahin führen, dass die Kritik der Arbeit der Kammerfraktion, eine Kritik, welche sonst ihr selbst und der Partei nur nützen könnte, nicht mehr vorurteilsfrei und sachlich sein kann, dass sie vielmehr beherrscht wird von einem Misstrauen in die Motive des Auftretens, und dass sie einem im voraus gefassten Urteil unterliegt. Wir sind einstimmig der Ansicht, dass, wenn diese Beschuldigungen von der Partei geteilt werden, wir nicht mehr berufen sind, die sozialdemokratische Arbeiterpartei im Parlament zu vertreten. Einstimmig

ist die Kammerfraktion der Meinung, dass ihr bisheriges Auftreten in der Kammer das richtige war, aber wenn wir auch in den folgenden Jahren die sozialdemokratische Partei wieder im Parlament vertreten und dort für unsere Prinzipien kämpfen sollen, so wird das nur geschehen können, wenn dieser Parteitag klar und deutlich ausspricht, dass er die Art der Kritik, wie sie geübt wurde, verurteilt, und dass wir sein volles Vertrauen geniessen.«

Nach dieser Erklärung der Kammerfraktion ergriff der Schreiber dieses das Wort, um die Behauptung zu widerlegen, dass die Redaktion des Zentralorgans die Marxisten verhindert hätte, ihre Ansichten in *Het Volk* auszusprechen. Ich konstatierte die Tatsache, dass nicht ein einziger Artikel der *Nieuwe Tijd*-Gruppe abgelehnt worden war, dass vielmehr die Redaktion wiederholt van der Goes und Frau Roland-Holst zum Schreiben aufgefordert hatte. Ich wies es zurück, dass man eine Fraktion des ausländischen Sozialismus über die andere erhebt, und forderte die Solidarität der kämpfenden Arbeiterschaft in allen ihren Bestandteilen.

War bis hierher die Debatte eine solche zwischen Führern gewesen, so folgte jetzt, was die Partei ungestüm verlangte: die Delegierten der Sektionen kamen selbst an die Reihe. Nach einander ergriffen 26 Redner das Wort, jeder sprach nur kurze Zeit, aber lange genug, um den die Partei erfüllenden Geist vernehmlich zum Ausdruck zu bringen und zu sagen, wie sehr der immerwährende Streit, diese notwendige Folge des von den *Marxisten* geübten Systems der Kritik, den Parteigenossen das Leben verekele. Was hier gesagt wurde, war oft hart, oft zügellos, aber es war überzeugend, und gegen einen solchen Strom war nicht mehr anzukommen. Wenn auch nur der zehnte Teil von Gorters Beschuldigungen begründet gewesen wäre, so wäre allerdings ein Misstrauen gegen die führenden Parteiorgane angebracht gewesen, aber niemand, selbst keiner der Hyper*marxisten*, sprach auch nur ein Wort des Misstrauens aus, und bevor es zur Abstimmung kam, hatte denn auch die *Nieuwe Tijd*-Gruppe einen genügend tiefen Eindruck empfangen, um ihr bisheriges Verhalten abzuschwören.

III



LS Frau Roland-Holst die Rednertribüne bestieg, um im Namen der *Nieuwe Tijd*-Gruppe ein letztes Wort zu sagen, da wusste man, dass die Entscheidung jetzt fallen musste. Blieb sie bei dem bisherigen Verhalten, so war die Spaltung unvermeidlich. Die Stimmung, in der der Parteitag ihr zuhörte, kann man sich vorstellen. Nachdem sie zu einigen, in der vorausgegangenen Debatte aufgetauchten Punkten gesprochen hatte, erklärte die Rednerin folgendes:

»Ich will jetzt mitteilen, zu welchen Beschlüssen unsere Gruppe nach langen Beratungen gelangt ist. Es ist viel geredet worden über eine Äusserung Gorters, aber auch in seinem Namen ebenso, wie in dem von van der Goes kann ich erklären, dass wir in die Partei gekommen sind, um mit den Arbeitern gemeinsam für den Sozialismus zu kämpfen. Das haben wir bis zum Utrechter Parteitag getan. Dass wir uns nach dem Parteitag von der Propaganda zurückzogen, haben wir wirklich nicht in der Absicht getan, die Partei Mores zu lehren. Ja, ich habe geschrieben, dass wir es taten, um die Partei zur Selbstbesinnung kommen zu lassen, aber damit war gemeint, dass wir die Partei davon überzeugen wollten, dass in ihr die eine Richtung unterdrückt wurde. Wir haben jedoch heute aus den Äusserungen mehrerer Arbeiterdelegierten vernommen, dass man unsere Auffassungen gerne hört, und wir wollen darum zur Propaganda zurückkehren.«

Stürmischer Beifall folgte diesen Worten, die Entscheidung war gefallen. Bedingungen hatte die Rednerin nicht aufstellen können, denn sie wusste, dass

sie dadurch nur alles wieder verdorben hätte. Tatsächlich fuhr sie denn auch fort:

»Wir verlangen nicht die Zurücknahme der Utrechter Resolution, denn wir wissen, dass es ein *Gesetz der Trägheit* gibt, welches das Zurückkommen auf gefasste Beschlüsse erschwert. Es ist etwas Sachliches in dem, was Troelstra über die Kritik sagte. Wir müssen nun einmal im allgemeinen unsere Kritik auf unsere Façon üben, aber wir wollen doch in Zukunft im Interesse der Einheit der Partei ihren Wünschen Rechnung tragen. Es gibt in der Partei verschiedene Auffassungen, aber die Unterschiede sind bei uns nicht grösser, als beispielsweise in Deutschland, und sind viel kleiner, als in Frankreich. Wenn man uns die Freiheit auch in bezug auf die Arbeitsteilung zubilligen will, so wird es möglich sein, wieder zu einem besseren Zusammenwirken und zu einem dauernden gegenseitigen Vertrauen zu kommen. Dazu ist es notwendig, dass wir unsere Redefreiheit zurückerhalten. Was die formelle Seite anlangt, so haben wir zum Parteitag alles Vertrauen; gebt uns nun aber auch das Gefühl zurück, dass wir als gleichwertige Kameraden angesehen sind! Wir wissen, dass wir in Holland in der Partei keine Mehrheit bilden können, aber wir wollen in der Partei arbeiten mit der Mässigung und Klugheit, welche nur diejenigen aufweisen können, die sich gleichberechtigt fühlen.«

Gorter und Troelstra verzichteten auf die Replik. Fast der ganze Parteitag hatte zwar die Empfindung, dass Frau Roland-Holst mit ihrer Forderung der Redefreiheit Türen einrannte, die weit offen standen, da aber die *Nieuwe Tijd*-Gruppe den ersten grossen Schritt getan hatte, war die Mehrheit gerne bereit, auch einen Schritt entgegenzukommen.

In dieser Stimmung war es eine etwas penible Pflicht, gegen das Treiben der Gorter-Gruppe noch eine scharfe Resolution anzunehmen. Gorter hätte dem vielleicht vorbeugen können, aber die führenden Organe konnten nach seiner Rede nicht anders. Aus den vielen eingegangenen Resolutionen wählten sie die folgende, welche von einigen der grössten Parteisektionen, von Amsterdam und Rotterdam, beantragt war:

»Nach Anhörung der Debatte über die von gewissen Parteigenossen gegen die führenden Organe und die Mehrheit der Partei gerichtete Anschuldigung des Abirrens von der Taktik des Kampfes gegen die Bourgeoisie;

in Erwägung, dass diejenigen, welche diese Beschuldigungen ausgesprochen haben, den Beweis dafür nicht erbringen konnten,

weist der Parteitag die Beschuldigungen zurück; er bestreitet das Vorhandensein einer Trennung der Partei in zwei Gruppen, deren eine im Besitze der richtigen Einsicht in die sozialdemokratische Theorie und Taktik sein soll, deren andere nach der bürgerlichen Seite abirren soll. Der Parteitag spricht sein volles Vertrauen in die gute sozialdemokratische Gesinnung der führenden Parteiorgane aus und erklärt sich im allgemeinen mit der bisher befolgten Taktik solidarisch.

Der Parteitag wendet sich schliesslich an das sozialdemokratische Bewusstsein aller Parteigenossen und ruft sie auf, kameradschaftlich und in gegenseitigem Vertrauen den Kampf gegen den Kapitalismus zu führen.«

Diese Resolution, welche, wie man sieht, gegen den ganzen Standpunkt Gorters schroff Stellung nimmt, wurde in namentlicher Abstimmung der Sektionen mit 226 gegen 11 Stimmen bei 14 Stimmenthaltungen angenommen. Nur 4 Sektionen, Haag I mit 4, Leiden mit 3, Weesp mit 3 und Apeldoorn mit 1 Stimme, hatten dagegen gestimmt. Von diesen hat später Haag I erklärt, es hätte sich infolge seines gebundenen Mandats, und Apeldoorn, es hätte aus Versehen so gestimmt. Die Sektion Leiden erklärte, sie könne nicht für die Resolution stimmen, sie wolle aber nicht, dass man ihr Votum als einen Ausdruck des Misstrauens gegen den Parteivorstand ansehe. So endete der grosse Sturm gegen die führenden Parteiorgane mit einer fast einstimmigen Billigung ihres Verhaltens. Als im vorigen Jahr ein Amendement der *Nieuwe Tijd*-

Gruppe zur Utrechter Resolution, in welchem der gegen die Verketzerungen ausgesprochene Tadel gleichmässig auf beide Seiten verteilt wurde, zur Abstimmung kam und 63 Stimmen gegen 130 bei 28 Enthaltungen erhielt, da meinten die *marxistischen* Genossen, diese Zahlen zeigten das Stärkeverhältnis der Positionen innerhalb der Parteigruppen an. Diese arge Täuschung hat vielleicht auf ihr späteres Verhalten einen sehr ungünstigen Einfluss ausgeübt und die diesjährige Abstimmung nötig gemacht.

Nach dieser entscheidenden Abstimmung nahm der Parteitag einstimmig eine Resolution über die Kritikfreiheit an, welche nach Amendierung von seiten des Parteivorstandes also lautete:

»Nach Kenntnisnahme der verschiedenartigen Auffassungen der im vorigen Jahre zur Sache des Parteikonfliktes gefassten Resolution erklärt der Parteitag, dass diese Resolution die Kritikfreiheit in der Partei ungeschmälert aufrecht erhält, und dass somit jeder Parteigenosse das volle Recht hat, gegen das, was er als Abirrung von unseren Prinzipien ansieht, Einspruch zu erheben; er verlangt aber, dass bei solcher Kritik jede unnötige Bitterkeit und Schärfe vermieden und die Interessen der Partei genügend im Auge behalten werden.«

Nach dieser Abstimmung trat ein Zwischenfall ein, der die sehr gehobene Stimmung wieder etwas herunterdrückte. Genosse van der Goes hatte vor dem Parteitag bekanntgegeben, dass eine Broschüre zu erscheinen im Begriffe sei, welche eine Antwort auf die Broschüre Troelstras darstellen sollte, die dieser vor dem Parteitag von 1906, vor mehr als 14 Monaten, herausgebracht hatte. Schaper fragte nun, ob diese Broschüre erscheinen werde oder nicht; van der Goes wollte nicht antworten: er müsse erst noch mit seinen Gesinnungsgenossen überlegen. Dieser Zwischenfall verursachte eine nervöse Stimmung bis zum folgenden Tag. Dann beeilte sich von der Goes, zu erklären, die *Nieuwe Tijd*-Gruppe sehe von einer Publikation der Broschüre ab und begnüge sich, das Material zur Kenntnis einer Anzahl von Genossen zu bringen.

IV


IE Gefahr einer Spaltung war beseitigt. Die Meinungsverschiedenheiten sind allerdings noch da, wenn auch die Genossin Roland-Holst ganz recht hatte, als sie sagte, diese Meinungsverschiedenheiten seien bei uns nicht grösser, als in Deutschland. Ich bin auch dieser Ansicht, aber die Meinungsverschiedenheiten sind in Holland doch wichtiger, weil in einem demokratischen Staatswesen das, was im Volke lebt, auf den Staat schneller einwirkt. Das Verhältnis zur bürgerlichen Demokratie wird wahrscheinlich ein Streitpunkt bleiben — oder vielmehr w e r d e n; das ist überhaupt das Sonderbare, dass die ganze Kritik sich gegen Dinge richtete, die vielleicht später einmal kommen —, gerade weil diese bürgerliche Demokratie so sonderbar hin- und herschwankt und heute den Optimisten, morgen den Pessimisten, übermorgen den Skeptikern unter uns recht gibt. Diese Frage ist keine, die man *löst*. Es ist tatsächlich ganz und gar eine Frage der Praxis, und wir werden diese Periode unserer Entwickelung durchzukämpfen haben, ohne uns vorher über jede Einzelheit des Kampfes völlig klar zu sein.

Die Meinungsverschiedenheit hat aber auch eine prinzipielle Seite. Im *Vorwärts* vom 30. März hat man sich gar sehr über die »extrem *revisionistischen* Ansichten des Genossen Vliegen« aufgehalten, die in der Partei wenig Anklang fänden. Ach, wenn man nur endlich einmal wüsste, was unter *Revisionismus* zu verstehen ist! Das eine Mal tut man, als seien *Revisionisten* Menschen,

welche den Standpunkt der Sozialdemokratie und des Klassenkampfes verlassen haben. Dies hat unser Genosse Gorter mit fürchterlicher Einfalt beweisen wollen. Das Resultat war, dass er mit 226 gegen 11 (eigentlich 6) Stimmen für seine Arbeit eine Null bekam. Ein anderes Mal nennt man *Revisionisten* Menschen, welche dadurch, dass sie mehr Auge für das Praktische, als für das Theoretische, haben, die Taktik der Partei etwas — bisweilen vielleicht etwas zu viel — auf die Praxis einstellen. In diesem Falle ist der *Revisionismus* eine gleichberechtigte Strömung in der Partei. Dieser Ansicht war einstimmig der Utrechter Parteitag, alle *Marxisten* stimmten dafür. Alsdann gibt es noch eine dritte Art von *Revisionisten*, und wahrscheinlich sind das die *Extremrevisionisten*, die im *Vorwärts* gemeint sind, nämlich diejenigen, welche glauben, dass der prinzipielle Teil unseres Programms der Revision bedarf. Man braucht nur zu wissen, dass durch dieses Parteiprogramm die Verelendungstheorie in ihrer absoluten Auffassung sich als ein roter Faden hindurchzieht, um bei ruhiger und vorurteilsfreier Betrachtung zuzugeben, dass diese Revision nicht ausbleiben kann.

Die Ereignisse mit ihren ersten Schritten zu einer Programmrevision haben vorläufig nicht gerade bewiesen, dass der *Extremrevisionist Vliegen* in der Partei so mutterseelenallein stand, wie es im *Vorwärts* behauptet wurde. Die Sache stand so: Nach dem Utrechter Parteitag trat ein in grosser Mehrheit (5 von den 7 Mitgliedern) neu gewählter Parteivorstand in Tätigkeit. Im vorangegangenen Parteivorstand sassen 5 Genossen, die sich zu den *Marxisten*, 2, die sich zu den *Revisionisten* rechneten. Die 2 blieben, die 5 wurden durch andere abgelöst. Dieser neue Parteivorstand kam, als er die Lage der Partei näher betrachtete, ebenfalls zu der Einsicht, dass das Parteiprogramm der Revision bedürfe, und teilte dies, wie folgt, der Partei mit:

»Diese Untersuchung [der Parteilage] muss sich auch auf die theoretischen Grundlagen der Partei ausdehnen. Schon zweimal wurde in der Partei die Notwendigkeit von Änderungen im Parteiprogramm bekundet. Das erste Mal geschah es, als die Parteigenossen Frau Roland-Holst und Mendels in einem Programm, das sie für *De Zaaier* [Jugendorganisation] entwarfen, Änderungen vornahmen an dem, was unser Parteiprogramm über die Verelendung der Arbeiter sagt. Das zweite Mal geschah es, als die Agrarkommission zu dem Schlusse kam, dass das, was unser Programm über die Verdrängung des Kleinbetriebes durch den Grossbetrieb sagt, nicht ohne Vorbehalt auf die Landwirtschaft angewendet werden kann. Ferner war auch schon einmal die Kammerfraktion gelegentlich einer Diskussion der theoretischen Grundlagen unserer Partei genötigt, das Programm in einem Punkte zu verleugnen, und bei wissenschaftlichen Debatten mussten sozialdemokratische Schriftsteller den Gegnern in einigen Punkten teilweise recht geben. Es liegt auf der Hand, dass die Kraft der Partei durch diesen Zustand Schaden leidet, sowohl nach aussen, wie im Innern. Nach aussen, weil die Gegner ihre Angriffe fortwährend gegen die schwachen Punkte unseres Programms richten, ohne dass diese mit der notwendigen Kraft der Überzeugung abgewehrt werden können; nach innen, weil diese Punkte eine beständige Quelle von Missverständnissen und Streitigkeiten zwischen Parteigenossen bilden und einer klaren, unzweideutigen Propaganda für unsere Prinzipien in der Partei selbst im Wege stehen.«

Auf Grund dieses Exposés ernannte der Parteivorstand jene Kommission, welche den Auftrag hatte, »in eine Beurteilung des Parteiprogramms einzutreten und die Resultate in einem Bericht an den Parteivorstand, eventuell unter Hinzufügung von Revisionsanträgen, niederzulegen«. Gegen diesen Beschluss des Parteivorstands hatte sich der grosse Sturm erhoben, alle der *marxistischen* Richtung angehörigen Kommissionsmitglieder verweigerten die

Arbeit, die übrigen, nämlich Troelstra, Schaper, Bruins, Spiekman, Kuyper, Ankersmit und ich, machten sich wohl daran, meldeten aber bald darauf dem Parteivorstand, dass die Kommission es wünschenswert fände, durch Mitglieder der anderen Richtung in der Partei ergänzt zu werden, weil die Einwendungen gegen das Programm zu zahlreich und zu tiefgehend seien, als dass sie durch kleine redaktionelle Änderungen erledigt werden können. Daraufhin brachte der Parteivorstand folgenden Antrag ein:

»Der Parteitag bestätigt den Beschluss des Parteivorstandes behufs Ernennung einer Kommission, die den Auftrag hat, in eine Beurteilung des Parteiprogramms einzutreten und die Resultate dieser Beurteilung in einem Bericht an den Parteivorstand, eventuell unter Hinzufügung von Revisionsanträgen, niederzulegen. Der Parteitag ergänzt diese Kommission durch 6 Mitglieder.«

Mehrere Sektionen hatten zu der gleichen Sache Anträge gestellt, die Opposition gegen die Einleitung der Programmrevision selbst war indessen schon vor dem Kongress gebrochen. Es handelte sich nur noch um die Handlungsweise des Parteivorstands. Diejenigen, welche mit ihr nicht einverstanden waren, wollten die ganze Kommission neu durch den Parteitag wählen lassen. Die Diskussion konnte nur eine kurze sein, denn der Parteitag hatte mit der Hauptfrage zwei von seinen drei Tagen verbraucht, und in grossen Umrissen war dadurch die Programmrevisionsfrage auch schon gelöst.

Genosse Mendels griff den Parteivorstand scharf an. In keinem andern Lande sei so etwas dagewesen, dass ein Parteivorstand, ohne einen Parteitag zu fragen, eine Programmrevisionskommission ernennt. Alle Äusserungen des kritischen Zweifels bezögen sich nur auf einen einzigen Punkt. Dass die Kammerfraktion einen Punkt des Programms verleugnete, kann ja sein, fraglich aber bleibt es, ob das nötig war. Der Redner hat auch nichts davon gemerkt, dass das Programm, wie es jetzt lautet, nicht zu verteidigen ist, und er hat ebensowenig etwas davon gemerkt, dass es Missverständnisse und Verwirrung hervorruft. Die Genossen Gerhard und Tak tadelten den Parteivorstand nur dafür, dass er die Ernennung der Kommission selbst unternommen hätte. Im Namen des Parteivorstands verteidigte ich die Einleitung der Programmrevision und die Art und Weise, wie sie geschah. Der Parteivorstand ist einstimmig in seinem Zweifel an der Richtigkeit des Programms, und ein solcher Zustand ist unhaltbar. Selbst die Herausgabe der einfachsten Programmbroschüre ist unmöglich geworden. Gegenüber der an Terrain gewinnenden bürgerlichen Demokratie haben wir in vollem Umfange unsere Prinzipien und unser Endziel hervorzukehren. Tun wir das auf Grund unseres bestehenden Programms, dann können wir in einigen Punkten abgeführt werden, tun wir es anders, dann macht man uns den Vorwurf eines falschen Programms. Setzen wir nun den Fall, die Kommission käme zu der Ansicht, die Revision sei nicht nötig; ist dann alles beim alten geblieben? Nein, denn, wenn nach Prüfung des wissenschaftlichen Materials eine Kommission sagt: das Programm ist gut, dann hat auch das Programm eben durch diese Untersuchung der Kommission eine neue Grundlage bekommen. Ich führte dann eine ganze Reihe von Äusserungen unserer Theoretiker an, welche mit dem jetzigen Programm nicht übereinstimmen. Was das Programm über die Verelendung, über die Konzentration, über die Krisen und über die Arbeitslosigkeit sagt, ist angezweifelt worden, und zwar nicht nur von *Revisionisten*; auch Frau Roland-Holst, Mendels, van der Goes, Pannekoek, Gorter, Wibaut, Kuyper, alle diese Genossen haben, der eine diesem, der andere

jenem Punkte des Programms widersprochen. Revision ist also unbedingt notwendig. Was die Ernennung der Kommission durch den Parteivorstand betrifft, so konnte er gar nicht anders handeln. Wäre er mit dem Antrag auf Ernennung der Kommission zum Parteitag gekommen, so hätte er diesen Antrag motivieren und seine Zweifel an der Richtigkeit des Programms darlegen müssen. Hierzu hätte er die ganze Arbeit machen müssen, mit der er die Kommission beauftragt hat. Der Parteivorstand hatte auch gehofft, dass dadurch, dass in der Kommission die verschiedensten Ansichten sich in einer ganz anderen Gegenüberstellung, als sie bei öffentlicher Polemik gegeben ist, zusammenfinden und gegenseitig würdigen lernen würden, für die Einheit der Partei etwas Fruchtbares geschaffen werden könnte. Weil der Parteivorstand aus solchen Motiven heraus gehandelt hat, konnte er sich dem Antrage auf Einsetzung einer neuen Kommission durch den Parteitag nicht beugen, musste vielmehr die Billigung seiner Handlungsweise und die Ergänzung der Kommission durch den Parteitag fordern.

Mit grosser Mehrheit wurde daraufhin der Antrag auf Wahl einer neuen Kommission abgelehnt und der Antrag des Parteivorstandes mit dem Hinzufügen, dass mit der Ergänzung der Kommission der Parteivorstand beauftragt wird, fast einstimmig angenommen. Der *Extremrevisionist Vliegen* war also doch nicht so ganz, ganz allein.

V



IERMIT hatte der Parteitag, was die wichtigen Streitpunkte anlangt, seine Aufgabe erfüllt und, wir meinen, gut erfüllt. Es war nicht die Verschiedenheit der Meinungen, welche so scharfen Kampf notwendig machte, sondern es war die Methode der Verketzerung, dieses beständige Absprechen des sozialdemokratischen Prinzips, was die *Revisionisten* zur Abwehr aufgerufen hat. Dass die Abwehr so zerschmetternd ausfiel, liegt wirklich nicht bloss an der Überlegenheit des einen Standpunktes über den anderen. Es steht zwar fest, dass das, was eine soziale Bewegung zu tun und zu lassen hat, nicht aus einem Buch zu ersehen ist, und hätte auch Marx es geschrieben; aber die grossen Züge der Marx-Engelsschen Lehren zu verleugnen, daran denkt auch keiner von den holländischen *Revisionisten*. Sie sehen nur den Gipfel des Unverstandes darin, dass eine revolutionäre Partei der Zeiten Zeichen nicht verstehen und das, was anders verlaufen ist, als die früheren Vorkämpfer gedacht haben, nicht sehen und ihm nicht Rechnung tragen will. Die sozialdemokratische Bewegung in Holland hätte vielleicht noch jahrelang existieren und wirken und erst noch viel grösser und stärker werden können, ohne dass diese Probleme sich ihr aufgedrängt hätten. Aber die vorzeitige Kritik unserer *marxistischen* Genossen, das künstliche Aufbauschen unbedeutender Dinge, das Suchen nach Kampfobjekten, die Hetze gegen lange Jahre im Kampfe stehende Persönlichkeiten, ohne welche man sich die Partei gar nicht denken kann, alles das — und natürlich wurde auch auf der anderen Seite manchmal über die Schnur gehauen — machte den Streit, gerade weil er nicht nötig war und man seine Unumgänglichkeit nicht fühlte, so scharf und so erbittert, dass es schien, als wäre die Spaltung nicht mehr zu vermeiden. Ich persönlich hatte in der letzten Zeit das Gefühl, eine Spaltung sei notwendig, und sei es auch nur, um die Gorter-Gruppe zu überzeugen, dass mit ihrer Schablone keine Politik zu machen ist.

Glücklicherweise ist die Spaltung doch nicht nötig gewesen. Sie haben sich überzeugen lassen, dass sie sich auf verkehrtem Wege befanden. Der Anblick des Parteitags war allerdings auch sehr überzeugend in diesem Sinne. Während der Rede Gorters sassen sieben Achtel der Delegierten kalt und unerschütterlich da, nur aus den Reihen der Zuschauer ward ihm Beifall gezollt; als er aber einmal ein Zitat von Troelstra verlas, das er kritisieren wollte, da begrüsste der Parteitag das Zitat mit donnerndem Beifall. Erfreulicherweise wurden die Gefühle der Delegierten stark beeinflusst durch die grossen Sympathieen, welche die hervorragenden Personen der *Nieuwe-Tijd*-Gruppe in der Partei als Menschen geniessen. Frau Roland-Holst, van der Goes, Wibaut, Gorter, das sind Persönlichkeiten, gegen welche nicht so schnell die Leidenschaften entfesselt werden. Das hat nicht wenig dazu beigetragen, die Diskussion, welche in einer Anzahl von Sektionen sehr heftig gewesen war, auf dem Parteitag auf einer würdigen Höhe zu halten. Und das ist keine geringe Sache. Ich habe das Gefühl, dass die niederländische Sozialdemokratie wieder guten Zeiten entgegengeht.

××

EDMUND FISCHER · SOZIALDEMOKRATISCHE MITTELSTANDSPOLITIK



KEIN Zweifel: die Frage der Mittelstandspolitik ist wieder aktuell geworden, und die Bedeutung der gegenwärtigen Mittelstandsbewegung unterschätzen, wäre kurzsichtig und würde sich schwer rächen. Ganz besonders gibt das Resultat der letzten Reichstagswahl der Sozialdemokratie eine Veranlassung, wieder einmal der Mittelstandsfrage näher zu treten. Denn das hat die Wahl jedenfalls gezeigt, dass der Mittelstand bei den Wahlen im allgemeinen noch den Ausschlag gibt. Und meiner Ansicht nach wird er noch sehr lange eine ausschlaggebende Bedeutung im politischen Leben haben.

Die Enttäuschung über das Resultat der letzten Reichstagswahl ist nichts anderes, als eine Enttäuschung darüber, dass die bisher in der Sozialdemokratie vorherrschende Anschauung über die Entwickelung des Proletariats und des Mittelstandes eine irrige war. Die Verelendungs- und Katastrophentheorie (die Zuspitzungstheorie!) hat man, als es gar nicht mehr anders ging, Schritt für Schritt zurückweichend, schliesslich preisgeben müssen. Ihre hartnäckigsten Verteidiger haben zwar bis zum heutigen Tage dies noch nicht offen zugestanden, sie maskierten ihren Rückzug durch allerhand Verklausulierungen. Aber die Tatsache steht fest, dass diese Anschauung den Weg der *Überlebung* gegangen ist und in unserer Partei keine offene Vertretung mehr findet. Nur hat man sich bisher noch gescheut, die Konsequenzen aus dieser veränderten Situation zu ziehen. Immer noch sucht man — ohne es offen auszusprechen — die Entwickelung unserer Bewegung auf die als trüglich erwiesene Voraussetzung aufzubauen, dass immer grössere Massen des Volkes ins Proletariat geschleudert, also Lohnarbeiter werden, das Elend immer grösser, wenigstens relativ grösser werde, der Mittelstand völlig verschwinde und schliesslich, in gar nicht ferner Zeit, der Zustand eintrete, dass nur noch verhältnismässig

wenige grosse Besitzer von Produktionsmitteln einem ungeheuren Proletariat gegenüberstehen, wir also nur die Proletarier, die Lohnarbeiter, für uns zu gewinnen brauchen, um zum Siege zu gelangen. Demgegenüber sehen wir aber einen neuen grossen Mittelstand — der zum grossen Teil aus dem Proletariat herauswächst — heranreifen und sich zwischen Proletariat und Kapital schieben. Wer Augen hat, kann das nicht leugnen; man kann nur darüber streiten, ob diese Schicht als Mittelstand angesehen werden könne oder nicht. Deshalb muss man sich erst über den Begriff klar werden.

In unserer Presse und in unseren Versammlungen wurde bisher mit dem Worte *Mittelstand* so operiert, als sei darunter nur das Mittelding zwischen Besitzlosigkeit und grossem Reichtum, ein mittlerer Besitz, etwa ein Geschäftsmann mit 50 000 bis 100 000 Mark Vermögen, zu verstehen. Und wir haben den kleinen Handwerksmeistern, Krämern, Bauern, Beamten usw. zu beweisen versucht, dass sie ja gar nicht zum Mittelstand gehören, sie seien ja auch nur Proletarier. Wissenschaftlich war das zwar falsch, marxistisch war es nicht; aber richtig war und ist es immerhin, dass ein Teil dieser Elemente materiell nicht besser gestellt ist, als ein leidlich entlohnter Fabrikarbeiter, und viele dieser kleinen selbständigen Existenzen und Beamten gingen auch bisher mit der gegen das grosse Kapital und die bureaukratische, kapitalistische Regierung kämpfenden Sozialdemokratie. Bisher, sagte ich; denn bei der letzten Reichstagswahl schwenkten die meisten dieser Mittelständler ins gegnerische Lager ab, und zwar war es ihnen ganz egal, welcher politischen Partei sie ihre Unterstützung liehen; sie, die lange für uns gestimmt hatten, gingen plötzlich mit einem ihnen bisher fremden Eifer und politischem Interesse gegen die Sozialdemokratie, die Partei der Arbeiter, vor. Und nicht nur kleine Geschäftsleute, Handwerker und Bauern, auch Werkmeister, Kontorbeamte, mittlere Staatsbeamte, Zugehörige *liberaler Berufe* und Intellektuelle, die früher für uns gestimmt hatten, schlossen sich diesmal der Parole gegen die Sozialdemokratie an. Wenn man den materiellen und idealen Ursachen dieser Erscheinung auf den Grund geht, kommt man schliesslich zu einem festen, umfassenden Begriff *Mittelstand*, man lernt aber auch die Grösse und Bedeutung dieses Mittelstandes kennen und diejenigen seiner materiellen und ideellen Interessen würdigen, die sich nicht nur mit einer vernünftigen Arbeiterpolitik vereinbaren lassen, sondern als eine Ergänzung sogar dazu gehören, und deren Berücksichtigung den grössten Teil des Mittelstandes mit der Zeit veranlassen wird, sich der Arbeiterpartei, statt einer kapitalistischen Partei anzuschliessen.

Im Reichstage donnerte einmal — das heisst zum etwa hundertsten Male — Dr. Oertel gegen die Warenhäuser, Konsumvereine usw., und er begründete seine zünftlerischen Forderungen mit dem Hinweis darauf, dass diese zur Erhaltung und Förderung eines gesunden und kräftigen Mittelstandes notwendig seien, ohne sie werde letzterer noch mehr, als bisher, verschwinden und das Staatswesen dadurch an den Abgrund gelangen. Graf Posadowsky antwortete, mit künstlichen Mitteln der Gesetzgebung, insbesondere nicht mit alten, überlebten Einrichtungen, liesse sich der natürliche Gang der wirtschaftlichen Entwickelung nicht aufhalten; aber an Stelle des alten sähen wir einen neuen Mittelstand sich entwickeln. Dr. Oertel meinte in seiner Erwiderung, worauf Graf Posadowsky hinziele, das wäre kein Mittelstand, dessen Voraussetzung ein solides Besitztum, eine wirtschaftliche Unabhängigkeit sei.

Wenn nur solche Existenzen zum Mittelstand gezählt werden sollen, die ein solides Besitztum an Produktionsmitteln aufzuweisen haben und wirtschaftlich unabhängig sind, dann allerdings würde eine relative — keine absolute! — Abnahme des Mittelstandes zu verzeichnen sein. Aber dann bleibt immer noch eine Millionen zählende Schicht übrig, die weder zur Kapitalistenklasse, noch zum Proletariat gezählt werden kann, die sich wirtschaftlich, zum Teil ganz bedeutend, über das Niveau des Proletariats erhebt, die ständig im Wachsen ist, wirtschaftlich, sozial und politisch einen grossen Machtfaktor darstellt, eine grosse, immer mächtiger werdende Mittelschicht, welche sich den wirtschaftlich gleichmachenden Tendenzen der Arbeiterbewegung entgegenstemmt und, obwohl selbst zum grossen Teil aus der Arbeiterklasse hervorgegangen, sich in letzter Zeit politisch immer mehr von den Arbeitern entfernt. Und wer die ganze Grösse dieser Schicht kennen lernen will, der sehe nur einmal die Wählerlisten nach und zähle da die Prokuristen und Direktoren, Buchhalter und Reisenden, Werkführer und Zeichner, Agenten und Ärzte, Architekten und Künstler, Lehrer und Handwerksmeister, Wirte und Krämer, Bauern und Gärtner usw. usw.: die Zahl dieser Existenzen ist viel grösser, als man sich leichthin vorstellt! Die Gesamtheit dieser Elemente, die alle keine eigentlichen Lohnproletarier sind, betrachtet sich selbst als *Mittelstand,* und es ändert nichts an der Sache, ob wir das zugeben oder nicht: sie ist eine Mittelschicht zwischen Proletariat und Kapital, die man als einen *neuen Mittelstand* bezeichnen kann. Politisch schliessen sich dieser Schicht diejenigen Arbeiter an — und ihre Zahl ist nicht gering —, deren einziges Streben ist, in diesen Mittelstand emporzusteigen, und die die Hoffnung noch nicht aufgegeben haben, dies einmal zu erreichen.

Eigentlich hat jeder Arbeiter — und auch jeder sozialdemokratische Arbeiter — wenigstens in jüngeren Jahren, und zwar ganz selbstverständlich, das Streben, aus dem Proletariat empor auf ein höheres Lebensniveau zu steigen, und glückt ihm das nicht selbst, so bemüht er sich, wenigstens seine Kinder emporzuheben. Die grosse Masse erreicht dies freilich nicht; aber Tausende, Hunderttausende der Mittelständler sind aus dem Proletariat hervorgegangen, der abstrakten Auslegung einer sonst richtigen Theorie ein Schnippchen schlagend. Wohl sinken viele Kinder dieser Mittelständler auch wieder ins Proletariat hinab, um entweder später wieder emporzusteigen oder *unten* zu bleiben; viele bleiben aber auch *oben* oder steigen höher, und ein wachsendes Aufsteigen aus dem Proletariat in diese Mittelschicht ersetzt nicht nur die Fallenden, sondern vermehrt ständig den Mittelstand. Über dessen Grösse und Wachstum vermochte uns allerdings die Statistik bisher noch kein richtiges Bild zu geben, weder die Berufsstatistik, noch die Steuerstatistik, diese unzutreffendste aller Statistiken.

Die Gewerbezählung von 1895 führte neben 9 071 069 männlichen Arbeitern 582 407 männliche *Angestellte,* höhere Gehilfen (Aufsichtspersonal usw.) an. Aber zu diesen *Angestellten* sind nur die technisch gebildeten Betriebs- und kaufmännischen Verwaltungbeamten gezählt worden, und unter den 9 071 069 Arbeitern sind auch die zahlreichen Jugendlichen vom 14. Jahre ab und darunter, während die *Angestellten* durchweg erwachsene, ältere Leute sind. Ganz anders sieht das Bild aus, wenn man sich folgendes Zahlenverhältnis von der Gewerbezählung 1895 ansieht.

In der Industrie gab es folgende männliche Erwerbstätige:

Selbständige	1 542 272
Technisch gebildete Betriebsbeamte	49 426
Aufsichtspersonal	100 895
Kaufmännisches Bureau- und Rechnungspersonal	104 100
Mithelfende Familienangehörige	12 029
in summa	1 808 722
Arbeiter und Lehrlinge:	4 951 380

Die Industrie lieferte bisher der Sozialdemokratie die Kerntruppen und wird es auch fernerhin tun. Aber in den andern Berufsgruppen sieht das Verhältnis ganz anders aus.

Im Handel und Verkehr gab es erwerbstätige männliche Personen:

Selbständige	512 364
Verwaltungs- und Aufsichtsbeamte und Bureaupersonal	248 140
Mithelfende Familienangehörige	9 657
Handlungsgehilfen und Lehrlinge	217 044
in summa	987 223
Lohnarbeiter	540 485

In der Beherbergung und Schankwirtschaft:

Selbständige	128 577
Verwaltungs- und Aufsichtspersonal	1 780
Mithelfende Familienangehörige	5 749
in summa	136 106
Kellner und Hausdiener	95 107

In der Landwirtschaft:

Selbständige	2 179 116
Wirtschaftsbeamte	29 122
Aufsichtspersonal	27 463
Bureaupersonal	2 399
Mitwirkende Familienangehörige	881 507
in summa	3 119 447
Arbeiter und Knechte	2 197 682

In diesen grossen, ausschlaggebenden Erwerbsgruppen beträgt die Zahl der männlichen Selbständigen, des technischen, kaufmännischen und Aufsichts-Personals, sowie der mitwirkenden männlichen Familienangehörigen zusammen 6 051 498, die Zahl der Lohnarbeiter 7 784 654. Dabei ist zu beachten, dass die Zahl der erwachsenen Arbeiter in der ersteren Gruppe naturgemäss relativ bedeutend grösser ist, als in der letzteren Gruppe.

Ein genaueres Bild gibt uns die Berufsstatistik über das Wachsen der selbständigen Existenzen. Die absolute Zunahme der Selbständigen im allgemeinen kann nicht bestritten werden. Die Abnahme von 123 367 Betrieben in der Industrie in der Zeit vom Jahre 1882 bis zum Jahre 1895 beschränkt sich auf die Abnahme der Kleinbetriebe in 7 von 15 Berufsgruppen und der Mittelbetriebe in einer (Bergbau!) von 15 Berufsgruppen. Dieser Abnahme steht eine Zunahme der Selbständigen im Handel und Verkehr um 182 484, in der Gast- und Schankwirtschaft um 64 595 und in der Landwirtschaft um 270 008 gegenüber, so dass nur eine Verschiebung, im allgemeinen aber doch eine starke Zunahme der Selbständigen zu verzeichnen ist. Auch hier findet ein ständiges Aufsteigen aus den Reihen des Proletariats in den Mittelstand statt. Die insgesamt 5½ Millionen Selbständigen, der *neue Mittelstand,* die Staats- und Gemeidebeamten, die 1895 fast 300 000 betrugen, die über 200 000 Lehrer, und die andern *liberalen Berufe,* dazu noch die 1 288 484 Rentner und Pensionäre haben ein bedeutendes Übergewicht über die eigentlichen Lohnarbeiter. Und sich

ausschliesslich auf das direkte Lohnproletariat stützend, würde die Sozialdemokratie stets eine Minderheit bleiben.

Man wird mir nun sagen, die von mir angeführten Mittelständler seien zum grossen Teil nichts anderes als proletarische Existenzen, denen nur noch das Klassenbewusstsein fehle. Ich weiss sehr wohl, dass sehr viele von ihnen wirtschaftlich nicht oder nicht viel besser gestellt sind, als die Arbeiter im allgemeinen. Aber einmal ist der weitaus grösste Teil von ihnen weder in der Theorie, noch in der Praxis zum Proletariat zu zählen, und zweitens muss man die Interessen dieser Elemente nicht nur vom materiellen, sondern auch vom psychologischen Gesichtspunkt aus beurteilen. Und wenn wir die berechtigten Interessen dieser Mittelständler, die mit den Klasseninteressen der Arbeiter nicht im Widerspruche stehen, nicht berücksichtigen, werden wir sie im grossen ganzen nie in unseren Reihen haben, und wenn sie einmal zu uns kommen, laufen sie schliesslich wieder davon.

Selbstverständlich: die Sozialdemokratie ist eine Arbeiterpartei und kann nur Arbeiterinteressen wahrnehmen. Schon die Gewerkschaften und die Genossenschaften geben ihr diesen Charakter. Und diejenigen Mittelständler, die ihre Interessen wahrnehmen wollen zum Nachteile der Arbeiter, unter Hintenanhaltung der Bestrebungen, welche der Masse der Arbeiter Vorteile bringen, gehören nicht in unsere Reihen und werden wir auch nie bei uns haben. Sicherlich, die Krämer, Handwerker, Gastwirte usw., die früher für uns gestimmt hatten, sich vielleicht für gute Sozialdemokraten hielten, haben uns bei den letzten Wahlen den Rücken gekehrt, nur weil sie sich durch die Lohnbewegungen, Konsumvereine, Volkshäuser usw. geschädigt fühlen, also von unserem Wirken im Interesse der Arbeiter, von dem wir kein Tüpfelchen preisgeben können. Diejenigen Selbständigen, die sich mehr als Unternehmer, als Arbeitgeber fühlen, mehrere Arbeiter beschäftigen, werden wir daher in der Regel auch nicht bei uns halten können. Aber die kleineren Mittelständler, die nicht Lohnarbeiter, nicht direkt Proletarier sind, deren Selbständigkeit sich aber mehr auf ihre persönliche Arbeit und Tüchtigkeit stützt, die, obwohl sie vielleicht ein recht gutes Einkommen haben, sich doch als Arbeiter fühlen, nicht als Ausbeuter, diese Elemente werden sich in den kapitalistischen Parteien nicht wohl fühlen. Das zweischneidige Schwert der Streiks wird — davon bin ich fest überzeugt — auch in nicht allzulanger Zeit in der Scheide der Tarifverträge und der Arbeitsämter seinen Platz finden, um nur in selteneren Fällen gezogen zu werden, wie wir das bereits in Australien sehen. Die Krämer werden trotz Warenhäuser und Konsumvereine nicht aussterben, sie werden sich den neuen Verhältnissen anpassen und sich mit der Zeit mit ihnen abfinden, wie die Fuhrleute mit der Eisenbahn. Weder die Gewerkschaften, noch die Genossenschaften werden dauernd ein Hindernis sein, um den grössten Teil der kleinen Handwerker und Krämer für die Arbeiterpartei zu gewinnen. Der kleine Bauer steht aber den Arbeitern gesellschaftlich schon so nahe, dass bei Berücksichtigung seiner Interessen er sich wohler bei den Arbeitern, als bei den Grossgrundbesitzern und Grossindustriellen, fühlen wird. Der *neue* Mittelstand nun gar lebt zum grossen Teil in der Abhängigkeit des Kapitals und empfindet dessen Herrschaft am eigenen Leibe, so, dass er keine Ursache hat, den Sozialismus zu fürchten. Nach weniger die Kommunal- und Staatsbeamten.

Und dann: der grösste Teil dieser Mittelschicht ist durch seine Abstammung

oder sonstige Beziehungen auf das engste mit dem Proletariat verbunden, steht diesem mit seinen Interessen und Lebensanschauungen auch am nächsten. Wenn er ihm politisch dennoch so feindlich gegenüber steht und sich immer mehr von ihm entfernt, so kann das sicherlich nur darin seine Ursachen haben, dass seine besonderen Interessen bei der Arbeiterpartei kein Verständnis finden. Das höchste Interesse dieser Mittelschicht, das alle ihre Mitglieder gemeinsam haben, ist zweifellos ihre Existenzberechtigung. Diese wurde ihr aber bisher von der Sozialdemokratie bestritten. Den kleinen Bauern haben wir dadurch für uns gewinnen wollen, indem wir ihm nachwiesen, er werde zu grunde gehen, vom Grossbetrieb verdrängt werden. Er ist aber nicht vom Grossbetrieb verdrängt worden, und statt zu grunde zu gehen, hat sich der Kleinbetrieb in der Landwirtschaft ganz wesentlich vermehrt und wirtschaftlich gekräftigt. Der kleine Bauer steht heute besser da, als vor 10 oder 15 Jahren, und wir mussten uns überzeugen, dass die ökonomische Entwickelung in der Landwirtschaft nicht den Weg geht, den die Industrie einschlug. Wenn wir im marxistischen Geiste handeln wollen, müssen wir uns aber auf den Boden der ökonomischen Entwickelung stellen, ganz gleich, welchen Weg die Entwickelung geht. Die Anerkennung dieses Entwickelungsganges, der doch nicht mehr wegzustreiten ist, führt konsequenterweise von selbst zu einer Agrarpolitik, die uns den Bauern näher bringt. Denn unter den 2½ Millionen landwirtschaftlichen Besitzern befinden sich gut 2 Millionen kleiner Bauern.

Damit gibt man keineswegs den Sozialismus preis. Kurz nach der Reichstagswahl las ich in der *Neuen Zeit*, die heutigen Verhältnisse seien bereits reif, den Sozialismus durchzuführen. Dieser Meinung bin ich nun auch. Nur mit einem kleinen Unterschied. Die Entwickelung der sozialistischen Produktionsform hat nämlich bereits begonnen. Die Eisenbahn, die Post, die anderen staatlichen Betriebe, die zahlreichen Kommunalbetriebe und die genossenschaftlichen Betriebe sind sozialistische Betriebsformen in ihren ersten Anfängen. Den Staats- und Kommunalbetrieben fehlt in Deutschland noch die demokratische Verwaltung, aber nichtsdestoweniger sind sie sozialistische Produktionsformen. Das gleiche gilt für die grossen Trustbildungen. Und anders als auf diesem Wege: durch Kommunalisierung, Verstaatlichung, Vergenossenschaftlichung und planvolle Regelung der Produktion wird sich der Sozialismus nicht durchsetzen. Eine sozialistische Gesellschaft kann auch nicht etwa so gedacht werden, dass alles, vom Bergwerksbetrieb bis zum Künstler, von der Eisenbahn bis zum Flickschuster, *vergesellschaftlicht* ist. Wir leben heute in einer kapitalistischen Gesellschaft, die man so nennt, weil die kapitalistische Produktionsform die ausschlaggebende ist, sie der Gesellschaft den Charakter gibt. Vor 800 Jahren, in der Blütezeit des Feudalismus, hat die Entwickelung der kapitalistischen Produktionsmethode bereits begonnen. Und heute noch bestehen neben den grossen kapitalistischen Betrieben Millionen nichtkapitalistischer Kleinbetriebe, die zu einem Teile sogar erst durch die kapitalistischen Betriebe hervorgerufen und existenzfähig wurden. Und diese Betriebe, besonders aber die bäuerlichen, werden voraussichtlich noch Generationen und Jahrhunderte bestehen. Eine sozialistische Gesellschaft ist nicht anders zu denken, als dass in ihr die sozialistische Produktionsform die ausschlaggebende ist, neben der aber auch privatkapitalistische Betriebe und Kleinbetriebe weiter bestehen werden.

Soweit Kleinbetriebe bestehen bleiben, erbringen sie den Beweis ihrer Existenzberechtigung. Das Leben ist so mannigfaltig und entwickelt von Tag zu Tag so viele neue Gelegenheiten, dass gewiss auch noch Hunderttausende oder Millionen gewerblicher und kaufmännischer Kleinbetriebe fürs erste bestehen werden. Eine nicht geringe Zahl dieser Kleinbetriebe verdankt ihre Existenz auch zweifellos einer ganz besonderen beruflichen Geschicklichkeit des Inhabers. Ob sich diese kleinen *Krauter* und Bauern alle wirtschaftlich besser oder schlechter stellen, als wenn sie eine entsprechende Stelle in einem grossen Betrieb einnähmen, spielt gar keine Rolle. Sie hängen mit Leib und Seele an ihrer Selbständigkeit, die ihnen eine grössere Freiheit garantiert und meistens auch ein grösseres Einkommen. Diese Tatsachen erkennen heisst sie anerkennen, heisst damit rechnen. Die Entwickelung der sozialistischen Produktion ist nur auf den Gebieten möglich, auf denen bereits eine Konzentration der Betriebe vorausgegangen ist. In derLandwirtschaft trifft das nicht zu. Der kleinbäuerliche Besitz bleibt bestehen. Und das stört die Entwickelung der sozialistischen Produktion in der Industrie gar nicht. Wenn die Bauern sich zu Genossenschaften zusammenschliessen und durch diese Genossenschaften gemeinsam der sozialistischen Grosseinkaufsgesellschaft ihre Produkte liefern, wie wir dies heute schon sehen, so ist das schliesslich ja auch ein Stück genossenschaftlicher, sozialistischer Produktionsentwickelung.

Der erste Schritt zu einer Mittelstandspolitik gegenüber den kleinen Bauern ist also die Anerkennung der Tatsache, dass in der Landwirtschaft, nach dem bisherigen Gang der Entwickelung zu urteilen, der Kleinbetrieb — auf eigenem Grund und Boden — für die nächste Zeit wird bestehen bleiben. Ohne diese Anerkennung lässt sich keine Politik treiben, die uns den Bauern näher bringt, mit dieser Anerkennung kommen wir mit Leichtigkeit zu einer bäuerlichen Mittelstandspolitik.

In der Industrie, im Gewerbe und im Handel findet eine Konzentration der Betriebe natürlich statt. Hier beginnt aber auch bereits die Entwickelung sozialistischer Produktionsmethoden. Die Kommunalisierung von Betrieben und die Genossenschaften machen merkliche Fortschritte und auch in der Gesetzgebung setzen sich bereits sozialistische Tendenzen durch. Aber die kapitalistische Produktionsentwickelung bewegt sich doch immer noch aufwärts und wird noch lange nicht auf ihrem höchsten Punkte anlangen. Zum Teil trotz, zum Teil auch dank dieser Entwickelung entstehen und halten sich — während andere verschwinden — eine grössere Anzahl kleinerer Betriebe, die eine starke Lebensfähigkeit haben. Und die kapitalistischen Betriebe erzeugen ferner eine grosse Anzahl von Existenzen, die zwar von ihnen abhängig sind, aber sich über das Lebensniveau des Proletariats, zum Teil sogar sehr hoch, emporheben: den *neuen Mittelstand*. Die kleinen Handwerker und anderen Geschäftsleute und der *neue Mittelstand* gehen zu einem grossen Teile aus dem Proletariat hervor. Es findet in der Tat ein ständiges Aufsteigen eines Teiles des Proletariats auf ein merklich höheres Lebensniveau, in den Mittelstand statt. Wenn wir diese Tatsache anerkennen — und sie kann nicht bestritten werden —, dann müssen wir auch dazu übergehen, dieses Emporsteigen als e i n e s der Mittel zu betrachten, das wenigstens einen Teil, wenn nur einen kleinen Teil, der Arbeiter auf ein höheres Lebensniveau führt. Dann müssen wir auch Massregeln befürworten, welche den Arbeitern solches Emporsteigen

erleichtern oder ermöglichen helfen. Hierzu haben wir nicht einmal nötig, zu vielen neuen Forderungen zu greifen. Wir haben auch bisher schon die obligatorischen Gewerbeschulen mit Tagesunterricht, staatliche Lehrlingsausbildungsanstalten usw. verlangt und auch gefordert, dass den begabten Volksschülern der Besuch höherer Schulen, ein Studium, auf Staatskosten ermöglicht werden solle. Auch der Genossenschaftsbildung der Handwerker und Bauern haben wir das Wort geredet. Aber alle diese Forderungen sind völlig in den Hintergrund getreten, und der Klassenkampf ist das einzige Leitmotiv aller unserer Taktik und Politik geworden. Mittelstandspolitik ist aber keine Politik für die Arbeiter als Klasse, sondern als Individuum. Darum handelt es sich: um die Anerkennung der individuellen Verschiedenheiten der Menschen. Diese Anerkennung führt zu einer sozialdemokratischen Mittelstandspolitik.

Der moderne Sozialismus hat nichts mit Gleichmacherei zu tun. Zweifellos kommt der tüchtige Mensch, der Tüchtiges gelernt hat, etwas Tüchtiges leisten kann, eher und leichter auf ein höheres wirtschaftliches Niveau, als der untüchtige. Und der Tüchtige, Leistungsfähige will für seine grössere Geschicklichkeit, für seine höhere Leistung ein Äquivalent haben, besonders ein materielles. Die Menschen kann man in dieser Hinsicht nicht ändern, man muss mit ihren Naturen rechnen, auch für die Zukunft. Der Sozialismus kann daher nicht die völlige wirtschaftliche Gleichstellung aller Individuen erstreben wollen. Die vermeintlichen wirtschaftlich gleichmachenden Tendenzen unserer Bewegung sind es aber, welche die *gehobenen Existenzen* von uns abstossen, ganz naturgemäss zu unseren Feinden machen, obwohl eine sozialistische Produktionsmethode und der Sozialismus im allgemeinen ihnen sonst erstrebenswert erscheint.

Vorstehendes gilt auch von den Kommunal- und Staatsbeamten, die der Sozialismus an sich am wenigsten schreckt, denn sie stehen ja bereits im Dienste der Gesellschaft. Und für die Demokratie sind sie erst recht zu gewinnen, denn gerade sie haben am meisten von der Demokratie zu erhoffen. Der Bauer ist Demokrat von Natur aus, mehr, als der Stadtmensch es ahnt. Und die Kleinhandwerker und Krämer sind den demokratischen Bestrebungen stets zugänglich gewesen, sind es aber heute mehr, denn je. Weder unsere sozialistischen, noch unsere demokratischen Bestrebungen halten die Mittelschicht, den Mittelstand, uns ferne; er verlangt nur das eine: die Anerkennung und daher Förderung des Strebens des Einzelmenschen. Mittelstandspolitik ist also keine Klassenpolitik, sondern, wenn ich mich so ausdrücken darf, *individuelle Politik*. Sie erfordert die Berücksichtigung der individuellen Verschiedenheit der Menschen und die Achtung vor der Individualität. Dazu gehört auch die grösstmögliche persönliche Freiheit und die weitestgehende Toleranz. In dieser Beziehung wird man in unserer Partei Vorkommnisse zu vermeiden haben, die den Schein der Unfreiheit erwecken müssen. Es ist unbestreitbar, dass das Beispiel eine ungemein starke agitatorische Wirkung hat: es kann anziehen und abstossen. Nach dem, was wir selbst tun, beurteilt man unsere Bestrebungen.

Das Fallenlassen der Verelendungs- und Katastrophentheorie erfordert das Eingeständnis, dass die soziale Revolution nichts anderes ist und sein kann, als das Endresultat der wirtschaftlichen Entwickelung und die Gesamtsumme der Reformen, die wir erstreben; das erfordert die Emanzipation von der *revolutionären* Phrase, die völlig überlebt ist, nur Verwirrung anstiftet, unsere praktische Arbeit des Aufbauens stört und uns grosse Massen fernhält, die mit uns bereit

wären, auf dem Wege der Reformen das soziale Elend zu beseitigen und die Demokratie und den Sozialismus zu entwickeln. Das erfordert aber auch die Berücksichtigung des individuellen Strebens des einzelnen, das natürlich nicht zum Nachteile anderer erfolgen darf. Und das ist, was man schliesslich eine *sozialdemokratische Mittelstandspolitik* nennen kann.

××××××××××××××××××××××××××××××××××××××

OTTO HUE · DIE ARBEITERAUSSCHÜSSE IN DER PRAXIS

VOR einigen Monaten schrieb ich in dieser Zeitschrift über Arbeiterausschüsse als Arbeitervertretungen. Ich zog dort den Schluss: »Arbeiterausschüsse müssen Organe der gewerkschaftlichen Berufsvereine sein. Sie dürfen nicht — nach dem preussischen Berggesetzmuster — die Arbeiterorganisation verdrängen wollen, sondern müssen sie ergänzen.«[1]) Dass die Bergarbeiterausschüsse in ihrer jetzigen Form nur Dekoration, ja, noch Schlimmeres: Institutionen gegen die gewerkschaftliche Berufsorganisation sind, nach dem Willen der Gesetzesverpfuscher sein sollen, habe ich nachgewiesen. Natürlich hat dies den klerikalen Berggesetzzustimmern nicht gefallen; waren sie es doch, die den enttäuschten Arbeitern begreiflich zu machen versuchten, die Arbeiterausschüsse seien eine *grosse Errungenschaft.* Inzwischen ist der preussische Berginspektorenbericht pro 1906 herausgekommen. Er gibt die Handhabe zu einer Beurteilung der praktischen Tätigkeit der Arbeiterausschüsse, die nunmehr über ein Jahr ihres *Amtes* walten. Ich gestehe offen: Trotzalledem hatte ich mir von den Arbeiterausschüssen immerhin noch etwas mehr versprochen, als tatsächlich verzeichnet werden kann. Die Berginspektoren haben keinen Anlass, die Arbeiterausschüsse zu verkleinern; im Gegenteil, bei der direkt feindlichen Haltung der preussischen Bergbehörden gegen die gewerkschaftliche Organisation der Bergarbeiter — wobei zwischen *sozialdemokratischen* und *christlichen* kein Unterschied gemacht wird — liegt es ganz im System dieser Behörde, alle Mittel zur Lahmlegung der Gewerkschaften recht wohlwollend zu behandeln. Was wissen die Berginspektoren von der *grossen Errungenschaft* zu berichten?

Eine Anzahl Inspektoren erwähnen die Arbeiterausschüsse mit keinem Wort! Ihre Praxis erscheint also selbst der Bergbehörde nicht einmal erwähnenswert. Charakteristisch ist insbesondere, dass die Inspektoren selbst aus solchen Revieren sich ganz über die Arbeiterausschüsse ausschweigen, wo sie schon vor 1906 existierten, zum Beispiel im Saargebiet; oder wo die gewerkschaftlichen *Hetzer* die Belegschaften noch nicht *beunruhigten,* den Arbeiterausschüssen daher ein unbestrittenes Tätigkeitsfeld blieb, zum Beispiel im Mansfelder Kreise. Damit ist der Beweis — wenn er noch nötig war — dafür bündig erbracht, dass ohne jeden gewerkschaftlichen Hinterhalt die Arbeiterausschüsse erst recht totgeborene Kinder sind. Indem die Berggesetznovelle den Arbeiterausschuss ausdrücklich als eine Einrichtung gegen die gewerkschaftliche Organisation der Belegschaft konstituierte, wurde *eo ipso* ausgesprochen: Der Arbeiterausschuss ist als Dekoration gedacht, als Täuschungsmittel für die Arbeiterschaft, der man den Arbeiterausschuss *bewilligte,* wie man Kindern zur Beruhigung

[1]) Vergl. meinen Artikel *Arbeiterausschüsse als Arbeitervertretungen* in diesem Bande der *Sozialistischen Monatshefte,* pag. 22.

ein wertloses Spielzeug in die Hand drückt. Und das Zentrum übernahm die Aufgabe, der getäuschten Bergarbeiterschaft dies Spielzeug als eine *grosse Errungenschaft* anzupreisen.

Wo die Berginspektoren die Arbeiterausschüsse erwähnen, da ist diese Erwähnung häufig noch niederschmetternder, als völlige Ignorierung. So heisst es über die Praxis der betreffenden Ausschüsse, es liesse sich »kein Urteil« über sie fällen, sie seien »nicht hervorgetreten«, von den Ausschüssen sei »bisher wenig Gebrauch gemacht«, die Ausschüsse würden von der Belegschaft »völlig ignoriert« (Revier Witten), oder der Ausschuss würde bei Bewegungen von der Belegschaft »von vornherein ausgeschaltet« (Waldenburg). Das sieht einem Todesurteil gleich.

Hoch lehrreich, auch für die Bergbehörde, wenn sie lernen will, sind die Erfahrungen, die im Revier Dortmund III mit den Ausschüssen gemacht wurden. Der Inspektor berichtet selbst, die Ausschüsse hätten keinen besonderen Einfluss »auf die Gestaltung des Verhältnisses zwischen Arbeitern und Arbeitgebern«, weil die Ausschüsse durchweg »nur aus dem christlichen Verbande angehörenden oder ausserhalb der Verbände stehenden Arbeitern bestehen und mit der Gesamtheit der Belegschaften zu wenig Fühlung haben dürften«. Hier bestätigt sich, was ich über die Wertlosigkeit von Arbeiterausschüssen sagte, die keine praktischen Befugnisse haben, deshalb von den denkenden Arbeitern nicht gestützt werden und verkümmern. Aus dem Revier Wattenscheid wird berichtet, die Tätigkeit der Ausschüsse sei »somit eine durchaus befriedigende«; zu »bedauern« sei, »dass die Ausschüsse nur von einer kleinen Zahl Arbeiter gewählt sind und die Gesamtbelegschaft nicht hinter sich haben«. Ja, aber warum ist dem so? Wenn man durch Gesetz und Wahlreglement es Tausenden von Arbeitern unmöglich macht, zur Wahl zu gehen, dann muss es so kommen, wie es gekommen ist. Würde entsprechend der Regierungsvorlage wenigstens nicht die »ununterbrochene einjährige Tätigkeit« auf dem Schacht als Vorbedingung für das Wahlrecht verlangt worden sein, so hätte sich trotzalledem auch der Bergarbeiterverband im Ruhrgebiet an den Wahlen beteiligt, um immerhin die Wahl von Streikbrechern zu verhindern. Nun aber konnten auf vielen Schächten nur Streikbrecher wählen und gewählt werden; dass solche Elemente von der ohnehin um ihren Lebensschutz betrogenen Arbeiterschaft nicht als Vertreter beachtet werden, dürfte auch der Bergbehörde einleuchten.

Der *Gewerkverein christlicher Bergleute* hat sich unter dem Einfluss des um seine *grosse Errungenschaft* besorgten Zentrums an der Ausschusswahl beteiligt. Nunmehr konstatiert die Bergbehörde, diese Ausschüsse hätten keine Fühlung mit den Belegschaften, besässen nicht das Vertrauen der Arbeiterschaft. Ausdrücklich wird behördlich attestiert, dass dies so sei, weil sich der Bergarbeiterverband von den Wahlen ferngehalten. Damit wird der Bergarbeiterverband, der nach der klerikalen Presse angeblich ins Hintertreffen geraten sein soll, behördlich als die massgebende Bergarbeiterorganisation anerkannt, während der *Gewerkverein* sich mit einer sehr bescheidenen Rolle begnügen muss. Und der Zentrumspartei wird bezeugt, dass ihre Errungenschaft dem Gros der Arbeiterschaft das Ansprechen nicht wert ist. Es ist gut, dies nun auch in einem amtlichen Bericht schwarz auf weiss zu haben, denn, solange wir es allein sagten, erklärte die klerikale Parteipresse es für *sozialdemokratischen Schwindel.*

Nun könnte gesagt werden, der Bergarbeiterverband trage die Schuld an der Fruchtlosigkeit der Ausschüsse, weil er sich ferngehalten. Das wäre zunächst eine glänzende Bestätigung der Bedeutung des Verbandes, den man sonst stets verkleinert. Aber wir haben nicht den geringsten Anlass, dem um sein sozialpolitisches Renommee besorgten Zentrum die Kastanien aus dem Feuer zu holen. Es hat das Gesetz mitverpfuscht, es hat den Ausschuss gepriesen, nun wohlan, jetzt praktiziert damit! In der Tat hat der Bergarbeiterverband aber im vorigen Herbst dem christlichen *Gewerkverein* den Gefallen getan, die Ausschüsse mit der Vertretung der Lohnforderung zu beauftragen. Dabei ist herausgekommen, was mit Rücksicht auf die Ausgestaltung der ganzen Institution eintreten musste. Den Arbeiterausschüssen ist durch Ablehnung des Antrages Wolf-Lissa in der Berggesetzkommission des preussischen Landtages — auch das Zentrum stimmte gegen den Antrag! — ausdrücklich das Recht vorenthalten, bei der Regelung von Lohnfragen mitzuwirken. Infolgedessen lehnten die Werksverwaltungen die Verhandlung mit den Ausschüssen entweder schroff ab, oder sie *anerkannten* gnädigst den Ausschuss, aber nur, um den Leuten durch einen Haufen Zahlen *nachzuweisen*, die Löhne seien schon *so stark* gestiegen, wovon die nächstbeteiligten Belegschaften allerdings nichts wussten. Dass der Arbeiterausschuss lediglich anerkannt wurde, um gegen die Lohnforderung der Belegschaften ausgespielt zu werden, geben, manchmal in naiver Weise, auch die Berginspektoren zu. Sie besagen aber auch, die Ausschüsse hätten es an der nötigen Entschiedenheit in der Vertretung der Lohnforderung fehlen lassen (Oberhausen). Was gar kein Wunder ist, wenn man sich der Zusammensetzung und Kompetenz der Ausschüsse erinnert. Liess sich doch vor einigen Wochen der Arbeiterausschuss auf Zeche *Deutscher Kaiser* (Thyssen) dazu missbrauchen, die verdienstvolle Schilderung der schauderhaften Wohnungszustände im Oberhauser Revier, gegeben von dem sozialdemokratischen Abgeordneten Hengsbach im Reichstage, als unwahr und übertrieben zu bezeichnen. Selbst der (christliche) *Bergknappe* sah sich da genötigt, seinen Ausschuss abzuschütteln. Indessen, seien wir gerecht, teilen wir auch mit, wie es einem entschiedenen Arbeiterausschuss gehen kann. Die Wortführer des Arbeiterausschusses auf den Neuroder Gruben (Niederschlesien) wurden, als sie die Lohnforderung vertraten, kurzerhand gemassregelt. Der Berginspektor berichtet nicht, dass es sich um ihres *Amtes* waltende, *gesetzlich berechtigte* Arbeiterausschussmitglieder handelt, die da gemassregelt wurden. Dass der massregelnde Grubenherr der Zentrumsgraf Mayni ist, gibt dem Vorgang erst den richtigen Beigeschmack. Wo ein Arbeiterausschuss praktisch für die Belegschaft tätig sein will, da wirft ihn ausgerechnet ein Führer des die *grosse Errungenschaft* lobpreisenden Zentrums auf die Strasse! Hier kommt ein anderer schwerer Mangel der Institution zum Vorschein, nämlich die Schutzlosigkeit der Ausschussmitglieder gegenüber der Massregelungssucht der Grubenherren.

Indessen wollen wir einmal absehen von der Lohnfrage, obgleich auf sie schliesslich alle Beschwerden, auch die Unfallvermehrungen zurückzuführen sind. Es gibt noch genug Missstände, deren Abstellung durch Intervention eines Arbeiterausschusses wohl möglich ist, sofern nur die Grubenbesitzer das berühmte *Entgegenkommen* wirklich zeigen. Da haben wir zunächst die ungeheure Zunahme der Unfälle. Gerade im Jahre der Wirkung des neuen Bergarbeiter-

schutzgesetzes sind die Unfälle enorm gestiegen! Im Ruhrgebiet allein ereigneten sich über 3000 Bergarbeiterunfälle mehr, als im Jahre vorher. Damit ist nicht nur im allgemeinen das *Schutzgesetz* gerichtet, sondern im besonderen ist auch die Ohnmacht dieser Art Arbeiterausschüsse auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes nachgewiesen. Im Revier Dortmund I verfuhr jeder Arbeiter 320 Schichten, trotzdem beschuldigt der Berginspektionsbericht nach den Angaben der Unternehmer die Arbeiter, sie feierten zu viel! Gegen das körperzerstörende Überschichtenwesen ist der Arbeiterausschuss also auch nicht aufgetreten, respektive er blieb erfolglos. Der Berginspektor von Ost-Essen schreibt kühn: »Der Gesundheitszustand der Zechenbelegschaften war gut.« Dabei haben von den 14 784 Bergleuten krank gefeiert 8309. Dass die Arbeiterausschüsse sich um diese erschreckenden Gesundheitsverhältnisse gekümmert hätten, davon verlautet nichts. Noch viel trauriger steht es mit der Gesundheit der Bergleute im Revier Aachen, bekanntlich eine klerikale Domäne. Hier entfielen auf die 8895 aktiven Knappschaftsmitglieder 12 500 Krankheitsfälle! Von einem Eingreifen der Arbeiterausschüsse wird nichts gesagt: es wird überhaupt kein Arbeiterausschuss erwähnt. In diesem klerikalen Bezirk hätte das Zentrum seine *grosse Errungenschaft* doch erst recht die Probe bestehen lassen müssen.

Und schliesslich muss man fragen: Wie haben sich die Arbeiterausschüsse bewährt oder bewähren können hinsichtlich des Strafwesens, das nicht zuletzt die Erregung in den Belegschaften wachsen liess bis zum elementaren Ausbruch? Nach Verabschiedung der Berggesetznovelle versicherte die Zentrumsparteipresse den Bergleuten, die Straferei sei gemildert, die an Stelle des *Nullens* getretene Geldstrafe sei weniger drückend. Wer das bestritt, wurde *Hetzer* und *Lügner* geschimpft. Und wie sieht's jetzt aus?

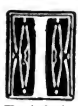
Im Revier Ost-Essen waren 14 784 Bergleute beschäftigt, von ihnen wurden 9470 werksseitig bestraft! Der Inspektor von Süd-Essen schreibt charakteristisch: »Die Zahl der Bestrafungen wegen unreiner oder ungenügender Förderung hat infolge [!] des Fortfalls des *Nullens* weiter erheblich zugenommen, nämlich von 9300 auf 23 145, das heisst um das 2½fache.« Ist das nicht unerhört? Da redet man den Bergleuten vor, das Strafverfahren sei durch die Berggesetznovelle besser für die Arbeiter geregelt, und nun diese unglaubliche Zunahme der Strafen! Weit schlimmer ist es geworden, als ich jemals vorausgesagt, viel rigoroser noch, als befürchtet, haben die Zechenverwaltungen die Kautschukbestimmungen des Gesetzes ausgelegt. Wer das warnend prophezeite, wurde von der klerikalen Presse wüst beschimpft. Wo war die *grosse Errungenschaft*, der Arbeiterausschuss, der alles ins Lot bringen würde nach der Versicherung seiner Paten? Ich klage die Ausschussmitglieder nicht an, sie haben keine praktischen Befugnisse, die sind ihnen wohlüberlegt vorenthalten worden unter ausdrücklicher Zustimmung der Zentrumsvertreter. Aber was sagt nun zu diesen skandalösen Zuständen der Herr Abgeordnete Hitze, der so angelegentlich die *grosse Errungenschaft* anpries?

Im Saargebiet sind die Belegschaften jetzt wieder in Bewegung getreten. In den Belegschaftsversammlungen der fiskalischen Grube *Altenwald* führten die Kameraden erbitterte Klagen über rigoroses Bestrafen und dergleichen. Die Arbeiterausschüsse erklären, sie seien ohnmächtig, könnten praktisch nichts ausrichten. Darüber in der Zentrumspresse grosse Entrüstung. Aber kaltblütig

erklärt das offizielle Organ der fiskalischen Verwaltung, diese halte sich »streng im Rahmen des neuen Berggesetzes«. Ganz recht, dieser Rahmen ist so gearbeitet, dass für eine wirksame Arbeiterinteressenvertretung kein Raum blieb. Es wird sich noch zeigen, wie sehr gerade die Bestimmungen dieses verpfuschten Gesetzes die Erregung in der Bergarbeiterschaft nährt. Und das Zentrum trägt die Schuld daran; alles, was ich über die schlimme Bedeutung des Gesetzes in diesen Blättern geschrieben, ist vollauf durch die Praxis bestätigt. Steine statt Brot sind den schutzbedürftigen Bergleuten gegeben. Das wird sich rächen, wenn nicht schleunigst der *Reichstag* den Bergarbeiterklagen Erhörung schenkt.

××

SIMON KATZENSTEIN · DIE SOZIALEN BEZIEHUNGEN DES ALKOHOLISMUS

N dem Masse, wie der Einfluss der Arbeiterschaft auf das öffentliche Leben zunimmt, wird es auch immer mehr Aufgabe der Arbeiter, Stellung zu nehmen zu den verschiedenartigen Problemen der praktischen Sozialpolitik, wächst die Mitverantwortlichkeit der Organe der Arbeiterschaft für die Entwickelung des gesamten Volkes. Unsere Tätigkeit wird aus einer vorwiegend kritischen immer mehr zur selbstschaffenden. Die Vertreter der Arbeiter in öffentlichen Körperschaften und Verwaltungsbehörden werden in immer steigendem Masse berufen, selbst Sozialpolitik zu treiben. Voraussetzung sachgemässer Wirksamkeit ist Klarheit. So ist es notwendig, dass die Arbeiterorganisationen auch mehr, als bisher, Stellung zu den Problemen sozialer Not und den sozialpolitischen Aufgaben nehmen, die mit dem Alkoholismus zusammenhängen.

Gewiss steht auch hier vornan die Aufgabe der Propaganda, der Aufklärung. Der Konsument ist der Herr des Marktes: was er nicht verlangt, das wird ihm nicht verkauft, und was nicht verkauft werden kann, wird nicht produziert. Insofern liesse sich allerdings durch die Belehrung der Konsumentenmasse auch die Quelle des Alkoholismus radikal verstopfen. Aber so lange können wir nicht warten. Wir wissen nicht, ob dieses Ziel jemals erreicht werden wird, in keinem Falle wird es bald geschehen. Inzwischen aber würden noch weiterhin Unsummen von Opfern dem Alkoholismus fallen, ganze Generationen geschädigt, breite Volksschichten ruiniert durch den Tribut, der fort und fort dieser altererbten Gewohnheit, dem Wahnsinn der Trunksucht gebracht wird. Und so gilt es zu fragen: In welcher Weise kann bereits unter den bestehenden Verhältnissen, unter dem System des Kapitalismus auf der einen, der Massenhypnose durch die alkoholistischen Vorurteile auf der anderen Seite eine Beschränkung des Alkoholgenusses versucht werden? Welche Mittel der Fürsorge, des *Schutzes* gibt es, die Opfer des Alkohols, vornehmlich die ganz Unschuldigen, die für die Sünden anderer büssen müssen, Familienangehörige und Kinder, vor den Einwirkungen des Alkohols zu schützen? Wir finden da neben Aufgaben wirtschaftlicher oder erziehlicher Natur solche, die in den Rahmen des bürgerlichen Rechtes fallen, andere, die dem Strafrecht oder der zwangsmässigen öffentlichen Fürsorge angehören. Und weiter stellt sich die Frage: Welche Mittel zum *Ersatz* des Alkohols sind vorhanden? Nicht,

als ob wir dem Alkohol und seinen Zusammensetzungen irgend welchen positiven Wert zuschrieben, der durch andere wertvolle Dinge ersetzt werden müsste. Aber es ist nun einmal Tatsache, dass der Alkohol eine gewaltige Rolle im Leben der heutigen Menschheit spielt, dass man, mit Recht oder Unrecht, ihm gewisse Leistungen zuschreibt. Diese auf andere, unschädliche Weise zu erzielen, ist auch ein Mittel zur Bekämpfung des Alkoholismus. Und wir wissen weiter, dass eine Reihe der verschiedenartigsten Lebensbeziehungen mit dem Alkoholismus auf das engste verquickt sind; dass das öffentliche Leben, das sich heute zum grössten Teil in Wirtschaften abspielt, dadurch eng verbunden ist mit dem Alkoholgenuss. Wir wissen, dass der gesellige Verkehr, selbst ein Teil des Familienlebens, ja der Bildungsbestrebungen fort und fort in Zusammenhang gebracht wird mit dem Genuss des Alkohols. Deshalb gilt es, zu prüfen: Wie können alle diese Aufgaben mit Ausschluss des Alkohols erfüllt werden? Wir werden dann finden, dass sie nicht nur erfüllt werden können, sondern dass sie dadurch, dass die Beimischung jenes fälschenden Mittels beseitigt wird, ihren Zielen weit näher kommen. Und drittens gilt es, die Belehrung auf diesem Gebiete planmässig zu betreiben, damit die berufenen Organe der öffentlichen Fürsorge nicht erst eingreifen, wenn schon die schwersten Schäden vorliegen, sondern allseitig und von früh auf Erkenntnis über den wahren Wert und die wahren Wirkungen des Alkohols verbreiten.

Daneben bleibt eine andere Aufgabe. Wir hören so oft, wenn wir die Bedeutung der Alkoholfrage darlegen, auf eine Reihe von wirklichen oder angeblichen Ursachen des Alkoholgenusses hinweisen: auf die indirekten Quellen des Alkoholismus. Da heisst es: durch die Wohnungsnot, die mangelhafte Ernährung, die Überarbeit unter ungesunden Bedingungen werde der Alkoholismus in der Arbeiterklasse hervorgerufen; gäbe es diese nicht, lebte der Arbeiter unter menschenwürdigen Verhältnissen, dann würde er kein Opfer des Alkoholismus werden. Diese Einwürfe, die gewiss nicht ganz grundlos sind, treffen doch in dieser Form und Bestimmtheit keineswegs zu. Wissen wir doch, dass der Alkoholismus ebnsowohl in Bevölkerungsschichten herrscht, in denen alle die genannten Ursachen nicht vorhanden sind, dass also auch andere Ursachen hier entscheidend sein müssen. Und wir wissen andererseits, dass es Volksschichten gibt, die mindestens ebenso sehr, wie unsere deutsche Arbeiterbevölkerung, unter sozialen Notständen schwerster Art leiden, und bei denen doch der Alkohol eine sehr geringe Rolle spielt, zum Beispiel das russisch-jüdische Proletariat. Also wir sind in der Agitation genötigt, die übertreibende Hervorhebung dieser indirekten Ursachen zurückzuweisen.[1]) Deshalb aber dürfen wir doch ihren wirklichen Kern nie vergessen, nie vergessen, dass für einen sehr grossen Teil der Bevölkerung nicht Genusssucht, auch nicht nur fälschende Vorurteile über den Wert des Alkoholgenusses die Ursache der Alkoholisierung sind, sondern dass tatsächlich eine Reihe schwerster Not- und Übelstände zusammenwirken, einen grossen Teil der Arbeiterschaft und anderer Volksschichten dem Alkohol zuzuführen. Sind es vielfach auch andere Ursachen, ist es mitunter übertriebene und rücksichtslose Genusssucht, so sind es doch für einen erheblichen Teil der Arbeiter Notstände, die traurigen Verhältnisse, unter denen sein ganzes Leben sich abspielt, die ihn den Alkohol als

[1]) Im *Abstinenten Arbeiter* vom 16. September 1906 zeigt ein Bauarbeiter, G. Pusemann, wie der Alkoholismus bei den Bauarbeitern in Berlin viel verbreiteter ist, als bei den meist schlechter bezahlten und länger arbeitenden Fabrikarbeitern.

Sorgenbrecher, auch als Antreiber, als Anpeitschmittel zu übermässiger Arbeitsleistung willkommen heissen lassen. Deshalb bleibt die Beseitigung dieser indirekten Ursachen auch vom Standpunkt der Bekämpfung des Alkoholismus aus von grösster Wichtigkeit.

Es ist nicht meine Aufgabe, hier ausführlich die Alkoholwirkungen darzulegen, zu zeigen, wie der Alkohol auf die verschiedenen Organe des Körpers und des Geistes, die verschiedenartigsten Betätigungen der Menschen innerhalb der Gesellschaft wirkt. Ich will nur kurz darlegen, welche wesentlichen Richtungen die Wirkung des Alkohols nimmt, und aus welchen Ursachen deshalb die öffentlichen Organe verpflichtet sind, dem Alkoholismus entgegenzuwirken. Wenn ich von *Alkoholismus* spreche, so gebrauche ich hier absichtlich ein neutrales Wort. Ich sage nicht *übermässiger Alkoholgenuss*, weil dieses Wort ja sehr missdeutig ist, unter Missbrauch in der Regel ein viel zu enger Begriff verstanden wird. Und ich spreche auch nicht von *Alkoholgenuss* überhaupt, weil ja tatsächlich ein gewisses Mindestmass Alkohol die zu erörternden Wirkungen nicht übt. Es gibt eben von jedem Gifte ein gewisses kleinstes Mass, unterhalb dem es nicht mehr merklich schädlich wirkt. Gilt das selbst von den schwersten Giften, wie Strychnin und Cyankali, so natürlich auch vom Alkohol. Aber weil wir die Grenze nicht kennen, nicht wissen, wie gross diese Menge im einzelnen Falle ist, weil wir wissen, dass in der Praxis dieses minimale, nicht wirksame Mass tatsächlich so gut wie gar nicht in Betracht kommt, deshalb bekämpfen die Abstinenten den Alkoholgenuss ganz und gar. Sie wissen auch, dass das beste Agitationsmittel die Praxis und das Vorbild sind, dass eine so tief eingewurzelte und unendlich verbreitete Unsitte nicht durch das Predigen des *rechten Masses*, sondern nur durch entschiedene, radikale Ablehnung erfolgreich bekämpft werden kann. Hier verstehe ich daher unter *Alkoholismus* gewohnheitsmässigen Alkoholgenuss, wie er heute allgemein gebräuchlich und vom Standupnkt der körperlichen, wie der geistigen Hygiene als erhebliches Übermass zu bezeichnen ist. Die grosse Masse der Bevölkerung in nahezu allen Volksschichten geniesst eine Menge von Alkohol, die ihren körperlichen, geistigen, sozialen Funktionen nachteilig ist.

Betrachten wir zunächst die wirtschaftliche Seite. Das durchschnittliche Quantum des Alkoholverbrauchs ist in den letzten Jahrzehnten erheblich gewachsen. So entfielen nach einer Statistik des *Reichsarbeitsblattes* im Deutschen Reiche auf den Kopf der Bevölkerung im Jahre 1885 88 Liter Bier, mit Einrechnung von Frauen, Kinder und Kranken; auf den Kopf des erwachsenen männlichen Einwohners also mindestens das Dreifache. 1890 waren es 106 Liter, 1895 116, 1900 125, 1904 117 Liter. Also bis 1900 eine ständige starke Zunahme, erst von da an ein geringer, wie wir leider annehmen müssen, wohl vorübergehender Rückgang. Wir sehen dabei, dass die Menge des Alkoholkonsums einigermassen Schritt hält mit der wirtschaftlichen Konjunktur. In günstigen Wirtschaftsjahren steigt die Verbrauchsmenge des Alkohols: wiederum eine Widerlegung der so oft gehörten Behauptung, der Alkoholismus sei einfach eine Folge des Elends. Hat in dieser Weise der Biergenuss sich gewaltig vermehrt, so hat das Bier auch die ihm so oft zugeschriebene Aufgabe der Verminderung des Branntweingenusses tatsächlich nicht erfüllt. Die Zahlen für das Reich beginnen hier erst 1888 mit Geltung des Branntweinsteuergesetzes. In diesem Jahre finden wir einen Branntweingenuss von 7,2 Litern auf den Kopf.

1890 9,4, 1885 8,6, 1900 8,8, 1903 8 Liter. Das heisst, der Branntweingenuss geht auf und ab, ungefähr in gleichem Masse, wie der Biergenuss, wird also nicht etwa durch diesen zurückgedrängt. Der Weingenuss spielt daneben eine geringe Rolle. Er ist sehr schwankend, wie das den verschiedenen Weinjahren entspricht, im allgemeinen ist auch hier von einer Abnahme nicht die Rede. Die Gesamtmenge des reinen Alkohols, berechnet nach dem Prozentgehalt der verschiedenen alkoholhaltigen Getränke, war im Jahre 1888 8,2 Liter auf den Kopf (auf den erwachsenen männlichen Einwohner also 25 Liter), 1890 9,6, 1895 9,9, 1900 10,1, 1903 9,4 Liter. Wenn wir immer mehrere Jahre zusammenfassen, finden wir eine ziemlich allmähliche Steigerung auch des Genusses an absolutem Alkohol. Ähnlich steht es im wesentlichen auch in den anderen Staaten, einige sind übler daran, andere günstiger. Nach einer Statistik des gleichen Blattes berechnet sich die jährliche Gesamtausgabe für alkoholhaltige Getränke im Deutschen Reiche auf 2826 Millionen Mark: etwa 47 Mark auf den Kopf, über 200 auf die Familie. Die Aufwendungen für die gesamte Arbeiterversicherung betrugen demgegenüber 1903 488 Millionen, also etwas mehr als ein Sechstel, die für die öffentlichen Volksschulen 419 Millionen, nicht ein Sechstel dessen, was für alkoholhaltige Getränke verausgabt wird.

Wie sich das nun speziell für die Arbeiterbevölkerung stellt, geht gleichfalls aus einer ganzen Reihe statistischer Aufnahmen hervor. Nach einer neueren amtlichen Erhebung, aufgenommen bei Berliner Arbeitern — die allerdings nicht den Durchschnitt der Berliner Arbeiterschaft kennzeichnet, da sie ein durchschnittliches Familieneinkommen von rund 1700 Mark angibt, was sicher für die Gesamtheit zu günstig ist —, ergab sich eine Ausgabe für Alkohol von 6⅔ % der Gesamtausgaben: von den Ausgaben für Ernährung allein 14 %. Dabei ist aber zu bedenken, dass Arbeiter, die Fragebogen einer solchen Statistik beantworten und gar ein durchgearbeitetes Haushaltbudget führen, immer im Alkoholgenuss wesentlich unter dem Durchschnitt stehen. Ungünstiger sind die Zahlen, die Genosse A. Braun als Nürnberger Arbeitersekretär aufgenommen hat. Danach war die Ausgabe für alkoholhaltige Getränke 9½ % der Gesamtausgaben. Und dieser Satz kommt dem, was wir sonst aus der praktischen Erfahrung und aus deutschen Statistiken kennen, wesentlich näher, bleibt aber ebenso wieder hinter den für Bayern erfahrungsgemäss ermittelten Sätzen zurück. Man rechnet für den deutschen Durchschnittsarbeiter ungefähr 10 % der Gesamtausgaben für alkoholhaltige Getränke. Wesentlich über diesem Durchschnitt stehen die badischen Arbeiterfamilien aus der Umgegend von Karlsruhe, die der Fabrikinspektor Fuchs untersucht hat. Bei diesen ergab sich eine Ausgabe für alkoholhaltige Getränke von 12,6 % der gesamten, 21½ % der Ausgaben für Ernährung und Genussmittel. Vergleicht man diese deutsche Statistik mit denen amerikanischer Arbeiterfamilien, dann findet man, dass dort der Alkoholgenuss wesentlich geringer ist. Für eine grosse Anzahl untersuchter amerikanischer Familien war die Ausgabe für Alkohol mit 1,6 % angegeben, nach Abrechnung der abstinenten Familien war die Ausgabe für die übrigen 3,2 %. Als selbstverständlich vorausgesetzt, dass hier ein gut Stück Schönfärberei bei den Angaben mit unterläuft, bleibt doch eine gewaltige Differenz zu ungunsten der deutschen Arbeiter, und wir finden denn auch, dass entsprechend die Ausgaben für Kulturbedürfnisse bei den deutschen Arbeitern geringer sind, als bei den amerikanischen gleicher Art.

Sehen wir so, dass für den Alkohol ein übergrosser Teil der nationalen Gesamtproduktion und namentlich der Einkünfte der Arbeiterbevölkerung — gross im Verhältnis zu dem, was dem Arbeiter für notwendige und nützliche Bedürfnisse verbleibt — verwendet wird, so finden wir auf der anderen Seite Schädigungen, die noch über diese unnütze Verausgabung hinausgehen. Zunächst die Verminderung der Arbeitsfähigkeit und der Arbeitsleistung. Ich denke hier nicht nur an verlorene Arbeitsstunden und -tage, *blaue Montage* und ähnliches, was sich ja nicht statistisch und nicht experimentell feststellen lässt. Ich denke vielmehr an die streng wissenschaftlichen Untersuchungen verschiedener Art über die Beeinflussung von Arbeiten durch den Alkoholgenuss, die übereinstimmend ergeben haben, dass unter Umständen der Alkohol ein Reizmittel, eine Arte Peitsche, zu einer übermässigen Arbeit sein kann, einer Arbeit, wie sie normalerweise überhaupt nicht geleistet werden soll, dass aber im übrigen für den Arbeitenden der Alkoholgenuss eine Verminderung der Arbeitsfähigkeit bedeutet, sowohl für körperliche, wie für geistige Arbeit, und bei letzterer sowohl für feinere Tätigkeit, wie für die gewöhnliche Berufsarbeit. Dazu kommen die direkten Beschädigungen von Personen und Sachen: Krankheiten und Unfälle, gesetzwidrige Handlungen, wie Körperverletzung, Totschlag, Sachbeschädigung. Weiter die Herabdrückung des Familienlebens, ja der Ruin vieler Familien, die gesteigerte Ausgabe für Kranken-, für Armenpflege. So haben wir hier eine sicherlich über das Mass jener nahezu 3000 Millionen Mark hinausgehende Verminderung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Gesamtheit, damit zugleich eine Herabdrückung der ganzen Lebenshaltung der Bevölkerung als Folge des Alkoholismus.

Zu diesen wirtschaftlichen Wirkungen kommen die gesundheitlichen. Zunächst die persönlichen, die Beeinflussung der Gesundheit des Trinkers selbst. Hierfür besteht ein sehr reichhaltiges Material. Beispielsweise ist durch die fortlaufende Statistik der Schweizer Ärzte festgestellt, dass ungefähr die zehnte erwachsene männliche Person in der Schweiz direkt oder indirekt als Opfer des Alkoholismus fällt. Wir wissen, wie die verschiedenen Organe, Leber und Herz, Nieren und Lunge, durch den Alkohol geschädigt werden, vor allem aber, dass der Alkohol ein Gehirngift ist, das gerade die Tätigkeit der Zentren für geistige Arbeit lähmt. So ist es kein Zufall, dass ein sehr erheblicher Teil der Geisteskrankheiten aus dem Alkoholismus entspringt. Diese persönlichen Beeinträchtigungen haben auch eine Schädigung der Rasse zur Folge. Der Alkoholist schädigt nicht bloss sich selbst, nicht bloss die Personen, mit denen er zu tun hat, er setzt auch — das ist das Schlimmste — krankhaft veranlagte Kinder in die Welt. Es ist festgestellt, dass bei alkoholistisch verseuchten Familien ein ganz ungeheuer grosser Prozentsatz, bis zu fünf Sechsteln der Nachkommenschaft, erblich schwer belastet ist. Wir wissen, dass jedes Kind eines auch nur einigermassen dem Alkohol ergebenen Menschen tatsächlich eine Disposition zu krankhaften Abweichungen in sich trägt. Es steht fest, dass durch den Alkoholismus der Erzeuger verbrecherische Anlagen geschaffen werden. So sagt Ellis, ein äusserst sorgsamer und vorsichtiger Beurteiler, in seinem Buche *Verbrechen und Verbrecher*:

»Alkoholismus bei einem der Eltern ist eine Hauptursache der Kriminalität beim Kinde . . . Einige der typischen Fälle von instinktiver Kriminalität sind einzig und allein dem Alkoholismus eines der Eltern zuzuschreiben. . . . Sorgfältige statistische Mitteilungen über die 4000 Sträflinge, die im Laufe der Zeit in Elmira (New York)

sich aufgehalten haben, ergeben, dass sich bei 37,7 %, ja wahrscheinlich sogar noch bei weiteren 10 %, Trunksucht bei den Eltern zweifellos nachweisen lässt. Von 21 Verbrechern, über deren Vorfahren Rossi etwas in Erfahrung bringt, hatten 20 einen trunksüchtigen Vater, 11 eine trunksüchtige Mutter. . . . Marro fand, dass bei ungefähr 40 % der von ihm untersuchten Verbrecher einer der Eltern trunksüchtig war, was sich bei normalen Personen nur in 16 % nachweisen liess. Die Trunksucht braucht übrigens bei Vater oder Mutter gar nicht so weit zu gehen, dass deren Organismus sichtlich geschädigt wird; die Wirkung des Giftes kann langsam, von Generation zu Generation, fortgeerbt werden.«

Nun sind ja durchaus nicht alle Fälle von Verkommenheit, die im Zusammenhang mit Alkoholismus auftreten, auch Wirkung des Alkoholgenusses. Nicht bloss werden viele Menschen durch Alkoholismus geisteskrank, sondern es verfallen auch geisteskranke und geistig minderwertige Personen infolge ihrer Veranlagung dem Alkoholismus, der dann nur ein Symptom der Degeneration ist. Aber in jedem Falle ist der Alkoholismus eine Erscheinungsform, die das Grundübel verschlimmert. Und, was mehr ist, er ist eine Form geistiger und körperlicher Minderwertigkeit, die leicht von dem gesunden Menschen erworben und vererbt werden kann. Das gerade macht den Alkohol so ungeheuer gefährlich. Alkoholismus und Syphilis sind beide verhängnisvoll auch für vollständig gesunde Menschen, die ihnen sogar mehr ausgesetzt sind, als die Schwächlinge und Kranken, während degenerative Wirkungen anderer Art in der Regel nur bei Personen zur Geltung kommen, die bereits körperlich oder geistig minderwertig veranlagt sind. Und sie wirken auf die Nachkommen.

Zu den genannten Wirkungen treten dann die geistigen, die moralischen. Der Mensch, der dem Alkohol in starkem Masse ergeben ist, verliert das Interesse für höhere geistige Tätigkeit, sein Familienleben wird zurrüttet, in den verschiedenartigsten moralischen Beziehungen wird er schwach, unzuverlässig, unbrauchbar, brutal. Wir wissen weiter, dass in weiten Kreisen derer, die nicht als *Säufer* zu betrachten sind, die dem landesüblichen *mässigen Genuss* huldigen, tatsächlich die geistigen Interessen weggeschwemmt werden durch den Alkohol, dass der Stammtisch, mit seinem gewohnheitsmässigen Alkoholgenuss, ein unversöhnlicher und mörderischer Feind geistigen Strebens und kultureller Interessen ist — nicht nur im Kleinbürgertum. Und wir finden in ganz besonders scharfer Zuspitzung die Wirkungen des Alkohols in der Kriminalstatistik. Nicht nur Kinder von Trinkern, vor allem Trinker selbst neigen zu strafbaren Handlungen. Und nicht bloss gewohnheitsmässige, bereits verkommene Säufer, sondern vielfach gerade Personen, die bloss unter dem Einfluss der gesellschaftlichen Trinkgewohnheiten gelegentlich dem Alkohol über das Mass gefrönt haben, lassen sich zu strafbaren Handlungen hinreissen. Es ist bekannt, wie an gewissen Wochentagen die verschiedenen Straftaten ausserordentlich zunehmen, wie beispielsweise nach verschiedenen Statistiken von Otto Lang in Zürich und anderen die Zahl der gefährlichen Körperverletzungen am Sonntag achtmal so stark ist, wie am Freitag. Und nach der bekannten Statistik von Baer entfallen von den Trinkern zum Beispiel bei Totschlag und Totschlagsversuch auf Gewohnheitstrinker 40½ %, auf Gelegenheitstrinker 59½ %, bei Raub 43 % auf Gewohnheitstrinker, 57 % auf Gelegenheitstrinker, bei Sittlichkeitsvergehen 39 % auf Gewohnheits-, 61 % auf Gelegenheitstrinker, bei Körperverletzungen 27 % auf Gewohnheits- und 73 % auf Gelegenheitstrinker. Also eine ganz ungeheuerliche Wirkung gerade des gelegentlichen übermässigen Alkoholkonsums.

Dass diese Wirkungen, sobald sie sich auf die Masse der Bevölkerung erstrecken, eine grosse soziale Tragweite haben, ist selbstverständlich. So wird die Diensttauglichkeit gewaltig vermindert durch den Alkoholgenuss. Auch hierfür haben wir sehr interessante Zahlen, aus denen hervorgeht, dass diejenigen Berufe, bei denen der Alkoholkonsum eine grosse Rolle spielt, die Tauglichkeit zum Militärdienst vermindern: weniger — und das ist besonders interessant — bei den dort beschäftigten Personen selbst, als bei ihren Nachkommen.[2]) Wir finden als tauglich bei Brauern, Küfern, Bierausgebern 76 % — die Leute entstammen den kräftigsten Schichten, und sie werden zum Militär ausgehoben, ehe der Alkohol seine Wirkung bei ihnen hat üben können —, bei Fleischern 69 %. Das vermindert sich allmählich, bei Kopfarbeitern finden wir noch 41,7 % Taugliche, bei Kellnern und Köchen 25 %, was auch damit zusammenhängt, dass sich letzteren Berufen grossenteils schwächliche Leute widmen. Betrachten wir nun den Einfluss des väterlichen Berufes auf die körperliche Entwickelung der Kinder. Wir hatten bei Brauern 76 % taugliche, bei Elbschiffern 73,7 %, bei landwirtschaftlichen Arbeitern 62,5 %. Von den Kindern aber sind tauglich bei Elbschiffern, 66,7 %, bei landwirtschaftlichen Arbeitern 62,5, bei Brauern, Küfern, Bierausgebern, Gastwirten 43,3 %. Also eine besonders kräftige Bevölkerungsschicht degeneriert ganz überwiegend — denn die sonstigen Krankheitsursachen sind in den übrigen Arbeiterschichten wohl kaum geringer, als bei diesen — durch starken Alkoholgenuss so, dass die Kinder weit unter dem Durchschnitt stehen, denn dieser ist 56 %. Noch seien hier die Zahlen erwähnt, die der ärztliche Direktor des Berliner Krankenhauses *Friedrichshain*, Professor Stadelmann, anführt. Er teilt in seinem Bericht für 1905 mit:

»Die Zahl von akuten Lungenentzündungen ist . . . gestiegen (219 mit 65 Todesfällen = 29,7 % gegen 200 mit 58 Todesfällen = 29 % im Vorjahr). Die Ursachen der hohen Mortalität liegen teils in dem Alter und geschwächten Allgemeinzustande der betreffenden Personen, teils handelte es sich um Säufer, bei denen sich ein *Delirium tremens* entwickelte. Solche Schnapstrinker erliegen dann der Krankheit leicht im jugendlichen kräftigen Alter, in welchem sie die selbe, ohne den vorausgegangenen übermässigen Alkoholgenuss, in nicht zu seltenen Fällen sicher überstanden haben würden. . . . Sehr gross ist die Zahl der an Rheumatismus Erkrankten. Neben 244 Fällen (210 im Vorjahre) von akutem Gelenkrheumatismus noch 32 von chronischem Gelenkrheumatismus und 146 von Muskelrheumatismus. Bei letzteren handelt es sich meistens um Alkoholmissbrauch. Der grösste Teil der mit Muskelrheumatismus eingelieferten 108 Männer bestand aus gewohnheitsmässigen Schnapssäufern. Von Säuferleber wurden 36 Fälle beobachtet mit 19 Todesfällen, das heisst 52,8 %. Auch ein grosser Teil der Fälle von Herzerkrankungen, Gefässerkrankungen, Nierenerkrankungen usw. hängt mit dem chronischen Alkoholmissbrauch unserer Arbeiterbevölkerung, aus der sich ja unser Krankenmaterial grösstenteils zusammensetzt, zusammen. An Säuferwahnsinn wurden wiederum 100 Fälle behandelt. Auch die Zahlen meiner diesjährigen Statistik lehren von neuem die unseligen Folgen des gewohnheitsmässigen Schnapstrinkens und fordern erneut auf zum Kampfe gegen diese traurige Unsitte, die unser Volk sicher noch mehr in seiner Gesundheit und seiner wirtschaftlichen Kraft schädigt, als die Tuberkulose, gegen die der Kampf ja schon lange erfolgreich eingesetzt hat. Bei dem Alkoholmissbrauch ist davon leider noch nichts zu spüren, und doch vernichtet der selbe mit seinen schrecklichen Folgen auch noch die moralische Kraft des Individuums, führt zu Ausschreitungen und Verbrechen, ruiniert wirtschaftlich und moralisch nicht nur das Individuum selbst,

[2]) Wohl die umfassendste Darstellung dieser Zusammenhänge, wenngleich etwas einseitig vom bürgerlichen Abstinenzstandpunkt aus, der den Alkoholismus zu sehr nur als Ursache betrachtet, bietet Gustav Aschaffenburg in seinem Buch *Das Verbrechen und seine Bekämpfung*, 2. Aufl. /Heidelberg 1906/.

sondern auch die ganze Familie. Seine Folgen sind unendlich viel schlimmer und weitreichender, unvergleichlich viel zerstörender, als die Tuberkulose. . . .«
Und Genosse Otto Braun erklärte auf dem Parteitag in Bremen /1904/, dass wohl ein Drittel sämtlicher Invaliditätsfälle auf den Alkoholgenuss zurückzuführen sei.

Es ist klar, dass diese Degeneration sich auch in wirtschaftlicher Minderleistung äussert, schliesslich auch wirken muss auf die Konkurrenzfähigkeit eines Volkes im internationalen Wettbewerb. Vor allem aber — und das ist für uns besonders wichtig — muss sie wirken auf die Fähigkeit des arbeitenden Volkes zur Organisation und zur Selbstbefreiung. Der Alkohol ist ein Hauptmittel der Erziehung zur *Zufriedenheit*. Man denke an ostelbische Wahlen! Man halte dem nicht entgegen, dass gerade in unserer Zeit, in der eine gewaltige Zunahme des Alkoholkonsums zu verzeichnen ist, sich eine riesige Steigerung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und eine mächtige Entwickelung der Arbeiterbewegung vollzogen habe. Wir haben nie behauptet, dass die Stellung zum Alkoholgenuss allein für die Entwickelung eines Volkes entscheidend sei. Aber sicher ist es, dass er ein Hemmnis ist, das die Wirkung anderer günstiger Faktoren ausgleicht. Ferner aber sind diese grossen Leistungen doch vorwiegend von einer Bevölkerung erzielt worden, deren Vorfahren in viel geringerem Masse dem Alkohol gehuldigt haben.

Haben wir so das Übel in einigen seiner Erscheinungsformen kennen gelernt, so fragt sich nun: Welche Mittel der Abhilfe ergeben sich? Betrachten wir fürs erste die indirekten. Der Alkoholismus ist, wie wir sahen, das Ergebnis einer Reihe zusammenwirkender Ursachen. Die indirekten Ursachen würden nicht zum Alkoholismus führen, wenn sie nicht gewissen Neigungen, Gewohnheiten, Vorurteilen begegneten, die in dieser Richtung wirken. Sehen wir doch auch in den wirtschaftlich am schlechtesten gestellten Bevölkerungsschichten Abstinenten und ganze Schichten, ja selbst ganze Völker, die, trotz Not und Elend, dem Alkoholismus nicht ergeben sind. Da diese Faktoren aber einmal mitwirken, so sind allerdings auch jene indirekten Ursachen hier mit hineinzuziehen. Zunächst die Wohnung. Es ist zweifellos, dass die ungesunden, traurigen Wohnungszustände, unter denen der grösste Teil der arbeitenden Bevölkerung heute zu leben gezwungen ist, den Wirtshausbesuch, und das bedeutet ja heute fast immer auch den Alkoholgenuss, fördern. Die Wohnung treibt den Mann ins Wirtshaus. Allerdings müsste sie ihn nicht hinführen; denn, wie Genosse Störmer richtig betont, nicht bloss der Mann leidet unter diesen traurigen Verhältnissen, sondern noch mehr die Frau, die sich ja den grössten Teil des Tages in dieser Wohnung aufhalten muss, und die auch noch die Folgen des Alkoholgenusses des Mannes tragen muss. Und doch pflegt sie weit weniger dem Alkoholgenuss zu huldigen, als der Mann, hauptsächlich deswegen, weil sie nicht so stark unter dem Banne der männlichen Vorurteile steht, vielleicht auch, weil sie nicht in der Art nach solchen Reizmitteln verlangt, vor allem aber, weil sie mehr an ihrer Familie hängt, weil sie nicht in dem Masse selbstsüchtig ihre eigenen Neigungen voranstellt wie der Mann. Wirkt nun die schlechte Wohnung in dieser Weise fördernd auf den Alkoholismus — und das beweist die Erfahrung überall, wo bessere Wohnungsverhältnisse geschaffen sind, dort geht der Alkoholismus mindestens in seiner krassesten und allergefährlichsten Form, zurück —, dann ist auch vom Gesichtspunkt der

Bekämpfung des Alkoholismus aus eine energische Wohnungsreform dringend notwendig. Weiter die Verbesserung der Ernährung. Es steht fest, dass ein erheblicher Teil der Bevölkerung eine derart unzweckmässige, vielfach unschmackhafte, reizlose Kost geniessen muss, dass er dadurch zu Reizmitteln getrieben wird. Der Alkohol, namentlich in der konzentrierten Form des Branntweins, hat ja die Wirkung einer vorübergehenden Auslösung der Spannkraft. Er verbrennt rasch im Körper, und infolgedessen wird der Mensch für den Augenblick, wenigstens scheinbar, leistungsfähiger. Diese vorübergehende Leistungsfähigkeit wird freilich erkauft durch eine um so grössere spätere Minderfähigkeit, da hier der Mensch vom Kapital seines Körpers zehrt; aber tatsächlich besteht dieser Zusammenhang zwischen Alkoholismus und mangelhafter Ernährung. Jede Massregel, die dahin führt, die Ernährung zu verbessern, zu verbilligen, ist daher gleichzeitig ein Mittel zur Verminderung, ich will nicht sagen: des Alkoholgenusses, aber doch seiner schädlichen Wirkung. Denn das ist auch eine Tatsache: der Alkohol wirkt am schädlichsten auf den Körper, der am schlechtesten ernährt ist. Von nicht geringerer Bedeutung ist die Verbesserung der Arbeitsverhältnisse. Eine ausgedehnte Arbeitszeit führt auch zum Aufsuchen starker Reizmittel, die den geschwächten Körper aufpeitschen sollen. Auch soll die Arbeit sich unter hygienischen Bedingungen vollziehen, also nicht in überhitzten, nicht in kalten, nicht in übertrockenen, nicht in feuchten Räumlichkeiten, ohne Staub, ohne übermässiges Geräusch, ohne alle die Reizmittel, die heute den Arbeiter herunterbringen. Hier müssen alle Mittel zur Hebung der Massen zusammenwirken: Steuerpolitik, praktische Wohnungsreformen, Arbeiterschutz, lauter Forderungen, die auch wir sozialdemokratischen Abstinenten aufs energischste vertreten, nicht bloss aus allgemeiner grundsätzlicher Überzeugung, sondern speziell noch vom Gesichtspunkt der Bekämpfung des Alkoholismus aus.

So finden wir den Alkoholismus im engsten Zusammenhang mit den verschiedensten sozialen Bedingungen. Üble Zustände wirken fördernd auf ihn und werden umgekehrt wieder durch ihn verschlimmert. Ihn zu beseitigen, bedarf es der allgemeinen sozialen Hebung durch eine Umgestaltung unserer sozialen Verhältnisse, nicht minder aber planmässiger Belehrung über das Wesen und die Wirkungen des Alkohols selbst und der Anwendung spezifischer Kampf- und Ersatzmittel durch privates Vorgehen und Massnahmen von Staat- und Gemeinde. Mit diesen wollen wir uns ein andermal beschäftigen.

×××××××××××××××××××××××××××××× ×××××××××

FAUSTO PAGLIARI · DIE WIRTSCHAFTLICHEN KLASSENORGANISATIONEN DES ITALIENISCHEN PROLETARIATS

VOR kurzem ist eine Studie Dr. Renato Brocchis über die italienische Gewerkschaftsbewegung erschienen, die uns Veranlassung gibt, einen Blick auf die Entwickelung und den gegenwärtigen Stand der italienischen Arbeiterbewegung zu werfen. Die Arbeiterbewegung setzte in Italien in Gestalt der Gesellschaften für gegenseitige Unterstützung ein. Schon 1862 gab es 443 solche Gesellschaften, 1873 war ihre Zahl auf 1447, 1885 auf 4896, 1895 auf 6725 gestiegen. Es waren Unterstützungsver-

eine ohne Klassencharakter. Erst mit der Entwickelung der Industrie und mit dem Steigen der Löhne und dem wachsenden Anbau begann eine wahre und echte Bewegung der Arbeiterklasse, eine Bewegung, die sich mit der sozialistischen Parteibewegung vielfach kreuzte. Sie trat zunächst als kooperativistisch-anarchistische Richtung auf, um dann, nach dem Kongress von Genua im Jahre 1892, zum integrierenden Bestandteil der politisch-sozialistischen Parteibewegung zu werden. Um 1895 begann die Gewerkschaftsbewegung Bedeutung zu erlangen. Nur die Buchdrucker hatten schon 1848 ihre erste Gewerkschaft gegründet, die im Jahre 1871 27 Zahlstellen und 2200 Mitglieder zählte; im Jahre 1890 waren es schon 40 Zahlstellen mit 4400 Mitgliedern. Andere gewerkschaftlich-mutualistisch gemischte Genossenschaften existierten schon 1875. Aber erst zwischen 1885 und 1890 konstituierten sich viele Organisationen rein gewerkschaftlichen Charakters, die bestimmt waren, den Kern der Arbeiterkammern und der Berufsverbände zu bilden.

Nach französischem Vorbild wurde im September 1891 die erste Arbeiterkammer (*Camera del Lavoro*) in Mailand gegründet. Im selben Jahre entstanden andere Arbeiterkammern in Turin, Piacenza usw. Auf dem ersten Kongress der Arbeiterkammern zu Parma /1893/ wurde der Verband der Arbeiterkammern gegründet. Er umfasste 12 Kammern, von denen die zu Mailand bereits 40 Sektionen mit 10 000, die Turiner 12 Sektionen mit 39 000 Mitgliedern zählte. Im Jahre 1894 gab es bereits 16 Kammern, die von den Gemeinden, den Handelskammern usw. subventioniert wurden. Aber erschreckt durch die rapiden Fortschritte der Arbeiterbewegung, begann die Regierung, dagegen zu reagieren, und sie löste im Jahre 1896 viele Kammern auf. Es gelang ihr aber so wenig, der Bewegung Einhalt zu tun, dass vielmehr 1897 ein zweiter Arbeiterkammernkongress zusammentrat, der den Sitz des Verbandes nach Bologna verlegte. Die Reaktion unter Pelloux löste fast alle Arbeiterkammern auf; aber gleich nachher erhob sich die Bewegung kräftiger, als je zuvor, und an dem dritten Kongress, der in Mailand im Jahre 1900 abgehalten wurde, nahmen 19 Kammern teil. Nach dem Streik in Genua im Jahre 1901, mit dem das italienische Proletariat den letzten Versuch, die Arbeiterbünde aufzulösen, siegreich abschlug, wurde die Koalitionsfreiheit *de facto* gesichert, und die Organisation trat ihren Triumphzug durch die Scharen der Arbeiter, wie der Landleute an. An dem vierten Kongress, zu Reggio Emilia /1901/, nahmen 54 Kammern mit etwa 230 000 eingeschriebenen Mitgliedern teil. Das Jahr 1901 war zudem das Jahr der intensivsten Agitation der Industrie-, wie der Landarbeiter. Im genannten Jahre fanden 1671 Streiks mit 419 525 Streikenden statt. Es waren in ihrer Mehrheit Angriffsstreiks, und sie fielen fast alle günstig für die Arbeiter aus.

Gleichzeitig mit dem gewaltigen Wachstum der Arbeiterkammern begann die Genossenschaftsbewegung, zumal auf dem Lande, und bildeten sich die Fachvereine, als naturnotwendiges Produkt der Entwickelung und Konzentration der Industrie. Die erste Organisation war die der Buchdrucker. Auf sie folgten 1877 der erste Verband der Eisenbahner, 1891 der der Metallarbeiter, der 1898 aufgelöst und 1901 wiederhergestellt wurde, 1898 der der Staatsarbeiter, 1899 der der Bauarbeiter und der der Privatangestellten, 1900 der der Flaschenverfertiger und 1902 Verbände in fast allen anderen Berufen. Auf dem Kongress zu Mailand /1902/ waren 24 Verbände mit 480 134 Mitgliedern vertreten. Zur selben Zeit existierten 71 Arbeiterkammern mit 284 430 Mit-

gliedern. Zieht man in Betracht, dass viele Arbeiter beiden Organisationen angehörten, so kommt man zu dem Schluss, dass gegen Ende 1902 rund 570 000 Arbeiter Klassenorganisationen angehörten. Auf dem selben Kongress wurde das Zentralgewerkschaftssekretariat ins Leben gerufen, um die Bewegung zu vereinheitlichen und die Konflikte zu beseitigen, die zwischen den beiden Organisationsformen aufgetaucht waren.

Nach 1902 beginnt eine Periode des Verfalls und des Rückgangs. Der Grund war hauptsächlich bei den Unternehmerorganisationen zu suchen. Im Jahre 1901 waren die Arbeitgeber unvorbereitet überrascht worden. Jetzt aber begannen sie, sich gegen die Angriffe ihrer Arbeiter zu wappnen. Die Arbeiterorganisationen, schlecht finanziert und nur zu rapiden Angriffen geeignet, erlitten zahlreiche Verluste und Einbussen. Nur dort, wo, wie im Gebiet von Reggio, die gewerkschaftliche Bewegung von einer intensiven genossenschaftlich-mutualistischen Aktion begleitet worden war, konsolidierte sie sich und fuhr fort, sich auszubreiten. Der Stillstand der Bewegung trat noch krasser bei den Landarbeitern zu tage. Hier ist der Ort, einige Worte über die ländliche Gewerkschaftsbewegung zu sagen, die ein für Italien charakteristisches Phänomen ist.

Die ländliche Gewerkschaftsbewegung tritt zumal in den ökonomisch und intellektuell vorgeschrittensten Gegenden auf und gewinnt Gestalt und Bewusstsein mittels der allgemeinen Ideenpropaganda seitens der sozialistischen Partei. Die Bewegung begann im Gebiet von Mantua um 1884 und verbreitete sich dann über andere Provinzen. Im Mantuanischen gewann sie Einheitlichkeit durch die Schaffung der Organisation der mantuanischen Arbeiter- und Bauerngenossenschaften im Jahre 1891. Dann eroberte sie in Gestalt der *Fasci* um 1894 ganz Sicilien. Die Reaktion des Jahres 1894 zerstörte fast vollständig die *Fasci;* aber die Bewegung setzte nach 1896 noch kräftiger ein, gewann aber wahre Kraft erst nach 1898, dem unheilvollen Jahre der blutigen Reaktion. Im Jahre 1900 wurden im Mantuanischen die ersten eigentlichen ländlichen Gewerkschaften unter dem Namen *Verbesserungsbünde* (*leghe di miglioramento*) gegründet, die sich dann 1901 zur mantuanischen Föderation zusammenschlossen. Diese Föderation umfasste 121 Bunde mit 15 000 Genossen. Weitere Organisationen entstanden in anderen Provinzen, und die Bewegung dehnte sich mit staunenswerter Schnelligkeit über ganz Italien aus. Am ersten Kongress der Landarbeiter in Bologna /1901/ nahmen 704 Bünde mit 152 122 Mitgliedern teil. Der Kongress, der eine ausgesprochen sozialistische Prinzipienerklärung erliess, rief die italienische Föderation der Landarbeiter, Sitz Bologna, ins Leben. Der Aufschwung dauerte 1902 fort, derart, dass am Ende dieses Jahres die nationale Föderation 1235 Bünde mit 227 791 Mitgliedern, besonders in den Provinzen Mantua, Reggio Emilia, Modena, Bologna, Ferrara, Ravenna, Pavia, Foggia und Bari zählte. Einschliesslich der ausserhalb der Föderation stehenden Bünde waren damals rund 300 000 Landarbeiter organisiert.

Alle diese Bünde und Föderationen waren so gut wie ausschliesslich Kampforganisationen, die über äusserst knappe, ganz minimale Mittel verfügten. 66 724 Organisierte hatten zu dieser Zeit nur 1259 Lire in den Kassen ihrer Organisationen . Dies hinderte die organisierten Landarbeiter nicht, dank dem feurigen Glauben, der sie beseelte, mit prächtigem Elan die Besitzer zu überraschen und 1891 fast in allen Streiks zu siegen, deren Zahl 629 mit 229 985 Streikenden betrug. Als sich aber in den folgenden Jahren die Besitzer zum

Widerstande gerüstet hatten, verloren die Organisationen eine beträchtliche Reihe Streiks, und die Bewegung begann abzuflauen. Die nationale Föderation existierte nur noch auf dem Papier und wurde 1904 nach Mantua verlegt. Sie zählte nur noch 101 200 Mitglieder. Die Landarbeiter wandten sich nach ihrer Lage dazu, sich zu reorganisieren, und begannen im Jahre 1905 Genossenschaften ins Leben zu rufen, nämlich Konsumvereine und Pachtgenossenschaften für gemeinsamen Betrieb. Im Jahre 1905 waren in der Provinz Reggio schon 18 solche Genossenschaften in Tätigkeit. Die Pachtgenossenschaften mit Einzelbetrieb, zum grossen Teil unter klerikaler Leitung, betrugen zu eben jener Zeit im Mailändischen und in Sicilien bereits 70, wozu 13 im Entstehen begriffene traten. Die Landarbeiter schufen ausserdem technische und Abrechnungsstellen für die Leitung der Genossenschaften in Reggio Emilia, Bologna, Mailand, gründeten kooperative Arbeitsgenossenschaften für gemeinsame Übernahme öffentlicher Arbeiten, Schulen für die kleinen ländlichen Industrieen, Arbeitslosenkolonieen usw. und nahmen die innere Kolonisation in die Hand. Diese fruchtbare Reorganisationsarbeit gab der Bewegung neues Leben. Sie verlor an Breite und gewann dafür an Tiefe. Der Sitz der nationalen Föderation wurde 1905 nach Bologna zurückverlegt. Ende des genannten Jahres zählte sie 918 Bünde mit 77 776 Mitgliedern. Einschliesslich der nicht angeschlossenen Bünde waren es 982 Sektionen mit 221 913 Organisierten. Den Löwenanteil trugen die Emilia und die Lombardei, während im Mantuanischen ein Rückgang zu konstatieren war. Im Jahre 1904 wurde der zweite Kongress der Landarbeiter abgehalten. Auf ihm erörterte das ländliche Proletariat mit grossem Ernst viele Organisationsprobleme und bewies, dass es die Notwendigkeit begriffen hatte, mit den alten primitiven Formen des rein mechanischen Kampfes zu brechen, die an der Macht der Unternehmer zerschellt waren.

Auch die gewerkschaftliche Bewegung der Industriearbeiter in den Arbeiterkammern und in den Verbänden, die nach 1903 durch den Kampf der Meinungen zerfleischt und durch die Überflutung mit anarchistischen Tendenzen aufgehalten wurde — jener Tendenzen, die ihre Probe aufs Exempel mit dem Generalstreik von 1904 machten — erholte sich allmählich und trat ihren Weg auf soliderer Basis und mit reiferen Ideen an. Immerhin weisen noch die Ziffern von 1906 einen Rückschritt auch gegenüber 1904 auf. Im Jahre 1904 existierten 90 Arbeiterkammern mit 3338 Sektionen und 347 449 Mitgliedern und 30 Berufsverbände mit 2280 Sektionen und 178 333 Mitgliedern. Im ersten Drittel des Jahres 1906 gab es 2642 Sektionen, aber die Zahl der Mitglieder war auf 157 289 gesunken. Zurzeit sind die stärksten Organisationen, die auf dem Boden des Klassenkampfes stehen, die der Metallarbeiter, der Bauarbeiter, der Buchdrucker, der Hutmacher, der Flaschenmacher, der Eisenbahner und der Hafenarbeiter. Die Abnahme der Gesamtziffer der gewerkschaftlich Organisierten geht in erster Linie auf den Mitgliederverlust des Eisenbahnerverbandes zurück, der seinerseits eine Folge des verhängnisvollen Streiks von 1904 war. Die Arbeiterkammern sind am zahlreichsten in Toscana, in der Emilia, in der Lombardei und in Piemont. Die grösste Mitgliederzahl haben sie in der Emilia (138 953), dann folgen die Lombardei (38 245), Ligurien (30 494), Piemont (19 976) und Toscana (18 603).

Wenn auch im Hinblick auf den zurückgebliebenen Zustand der italienischen Industrie die Zahl der Organisierten beträchtlich ist, und wenn auch, wie her-

vorgehoben, die Organisation die Tendenz zur Konsolidation und Vervollkommnung zeigt, so ist doch die italienische Arbeiterbewegung noch embryonal, und die Masse der Arbeiter ist mehr geeint, als organisiert. Zudem ist die Bewegung zum grossen Teile rein lokaler Natur. Die Zentralverbände, die den Sektionen eine weitgehende Autonomie zugestehen müssen und im wesentlichen auf die oberste technische Leitung der wirtschaftlichen Kämpfe beschränkt sind, haben so wenig Einfluss, wie in Frankreich. Was die Arbeiterkammern betrifft, so ist ihre wichtigste Funktion die, bei der schwachen Entwickelung der Grossindustrie, bei der geringen Bedeutung der Unternehmerorganisationen, bei dem Überwiegen der Klassen- über die Berufssolidarität und schliesslich bei der grossen Bedeutung des kommunalen Lebens der ausgesprochenen Tendenz der italienischen Arbeiter auf Beteiligung am politischen Leben zu dienen. In dem Überwiegen der Arbeiterkammern spiegelt sich auch das Überwiegen des politischen Elementes in der ganzen italienischen Arbeiterbewegung wider.

In zweiter Linie ist die Schwäche unserer Bewegung auch den niedrigen Beiträgen zuzuschreiben, welche durchschnittlich bei den Arbeiterkammern zwischen 50 und 60 Centesimi und bei den Gewerkschaften zwischen 1,20 und 1,40 Lire pro Jahr und Kopf schwanken. Die Arbeiterkammern beziehen ausserdem oftmals von den Kommunen, den Handelskammern, den Sparkassen usw. Subventionen. Im Jahre 1906 erhielten von 82 Kammern 23 Subsidien im Betrage von 45 285 Lire von den Kommunen und von 2952 Lire von anderen Seiten. Demgemäss sind die Mittel ärmlich, über die unsere Organisationen verfügen können. Im Jahre 1906 hatten die Arbeiterkammern eine Gesamteinnahme von 286 301 Lire, der eine Gesamtausgabe von 265 290 Lire gegenüberstand. Im Durchschnitt verfügte jede Kammer über 3500 Lire im Jahre. Noch schlechter ist es um die Reservebestände der Kassen bestellt: für etwa 80 Kammern und 300 000 organisierte Arbeiter ist ein Barbestand von etwa 20 000 Lire vorhanden. Von den Berufsverbänden hatten zusammen 20 im Jahre 1906 eine Gesamteinnahme von 890 381 Lire und eine Gesamtausgabe von 716 186 Lire. Von Kassenbeständen kann, sehen wir von den Eisenbahnern, Buchdruckern und Bauarbeitern ab, überhaupt nicht gesprochen werden.

Diese Ärmlichkeit der Mittel spiegelt sich in der Ärmlichkeit der Unterstützungen wieder, die die Organisationen ihren Mitgliedern leisten. In den Statuten der Kammern, wie der Gewerkschaften finden sich zwar alle die Aufgaben verzeichnet, die die auswärtigen Gewerkschaften leisten. Aber die Aufgaben stehen eben nur auf dem Papier. Von einigen Gewerkschaften abgesehen, wird die Arbeitsvermittlung von den Sektionen und den Arbeiterkammern besorgt. Arbeitslosenunterstützung wird nur in geringem Umfange von den Hilfskassen und den Sektionen gewährt. Von den Zentralverbänden gewähren nur die der Hutmacher und der Lithographen Arbeitslosenunterstützung; bei den anderen Verbänden gewähren nur die Zahlstellen der Buchdrucker und Metallarbeiter erwähnenswerte Unterstützungen an arbeitslose Mitglieder. Bemerkt sei, dass in Mailand die *Società Umanitaria* eine Arbeitslosenunterstützungskasse nach Genter System für die Sektionen der Arbeiterkammer errichtet hat. Auch die Reiseunterstützung ist wenig entwickelt. Nur einige Verbände (Buchdrucker, Hutmacher, Schuhmacher, Lithographen, Metallarbeiter) haben sie obligatorisch für ihre Zahlstellen gemacht. Die Hut-

macher verausgabten für Reiseunterstützung in den Jahren 1902 bis 1905 15 508, die Buchdrucker von 1875 bis 1905 82 832, die Tischler von 1904 bis 1906 587,50 Lire. Die anderen Unterstützungen (für Krankheit, Invalidität, Begräbnis, für Witwen und Waisen usw.) sind zumeist den unabhängigen Hilfskassen überlassen, und nur einige wenige Organisationen (Lithographen, Buchdrucker, Eisenbahner, Glasarbeiter, Flaschenmacher, Hutmacher, Weber) gewähren Unterstützungen dieser Art. Ganz vernachlässigt ist schliesslich die Statistik, obwohl alle Arbeiterkammern und Gewerkschaften sie unter ihre Pflichten verzeichnet haben. Wenig gepflegt ist ferner der Unterricht. Die Fachpresse der Zentralverbände erscheint durchweg monatlich und trägt, zumal bei den schwachen Organisationen, einen überwiegend politischen Charakter. Man berechnet, dass pro Monat etwa 500 000 Exemplare Fachzeitungen verteilt werden, und dass die jährlichen Gesamtkosten der Gewerkschaftspresse sich auf 120 000 Lire belaufen. Nur 34 unter den 82 Arbeiterkammern besitzen rudimentäre Bibliotheken, und nur 27 haben Abendkurse ins Leben gerufen. Ebenso befassen sich nur wenige Kammern mit dem Rechtsschutz, mit Gewährung ärztlicher Hilfe, mit der Errichtung von Arbeitersekretariaten. 1906 hatten 59 Kammern eine Stelle für Rechtsschutz und 38 eine solche für ärztlichen Beistand; zum grössten Teile standen diese Stellen aber nur auf dem Papier.

Unsere Organisationen befassen sich in allererster Linie mit der Propaganda und dem Widerstand; kurzum, sie sind Kampforganisationen, beseelt von unbändiger, oftmals aber ungeordneter und darum unfruchtbarer Kriegslust. Die Propaganda, die von den Organisationen und den Sozialisten entfaltet wird, ist ganz gewaltig. So entstehen die Organisationen; aber der Mangel an Mitteln bewirkt, dass die Propaganda mehr extensiv als intensiv ist. Wirksamer ist auch heute noch die Propaganda der Arbeiterkammern, die besonders von Studenten, Lehrern, grossenteils Sozialisten, betrieben wird. Die lange Arbeitszeit, die niedrigen Löhne, der schlechte Zustand unseres Schulwesens, der Mangel an Fortbildungsschulen verhindern die Bildung eines Stammes gelernter und intelligenter Arbeiter, die, wie in den angelsächsischen Ländern, die Leitung der Arbeiterbewegung in die Hand nehmen könnten. Daher ist denn noch immer die proletarische Bewegung Italiens zum grossen Teil auf die sogenannten *Intellektuellen* angewiesen. Diese Intellektuellen haben sich um die Gewerkschaftsbewegung und um die sozialistische Partei hohe Verdienste erworben, und der Misskredit, in den die Propaganda der anarchistischen *Syndikalisten* sie zu bringen suchte, ist nicht die letzte Ursache des Niedergangs der Arbeiterbewegung in der jüngsten Vergangenheit.

Für Streikkämpfe haben die Arbeiterkammern keine besonderen Fonds, sie führen sie entweder aus der allgemeinen Kasse oder mittels Sammellisten. Die Zentralverbände haben bisweilen Streikkassen mit besonderer Verwaltung, oder aber sie greifen für Bedarfsfälle zu Extrasteuern. Einige örtliche Sektionen haben auf eigene Rechnung Streikkassen ins Leben gerufen und feste Beiträge zu diesen für die Mitglieder eingeführt. Die grössten Ausgaben für Streikzwecke wurden geleistet von dem Verband der Bauarbeiter, der von 1902 bis 1904 85 163 Lire und im Jahre 1905 18 484 Lire dafür ausgab; von dem Verband der Metallarbeiter, der in den beiden ersten Jahren seines Bestehens 96 056 Lire bei 67 Streiks verausgabte; von dem Verband der Buchdrucker, der in der Periode von 1898 bis 1902 für die Verteidigung des Tarifs 70 359 Lire ausgab;

von dem Verband der Hutmacher, der 1905 3043 Lire auf Streiks verwandte. Bei der Kärglichkeit der Mittel und bei dem allgemeinen Mangel an Streikfonds müssen unsere Organisationen sich in erster Linie auf die Opferwilligkeit, den sogenannten *Heldenhunger* der Mitglieder verlassen.

Schliesslich hat der Dualismus der beruflichen Organisationen fortwährend zu Kompetenzkonflikten zwischen Kammern und Gewerkschaften geführt. Er führt noch fortwährend zu solchen Konflikten, und auch die Schaffung der Arbeitersekretariate hat nicht ihre völlige Beseitigung bewirkt.

Somit ist unsere Arbeiterbewegung mit Mitteln spärlich versehen und zum grossen Teil noch immer auf den Enthusiasmus der Arbeitermassen basiert, vor allem aber bei Streiks auf die Solidarität der Organisierten aller Berufe angewiesen. Wie wir gesehen haben, ist eine wohltätige Änderung der Taktik bereits in der Bewegung der Landarbeiter zu tage getreten, wo auf die Periode der raschen Kampfbereitschaft die Periode der geduldigen Kleinarbeit gefolgt ist. Auch in der gewerkschaftlichen Bewegung der Industriearbeiter mehren sich die Anzeichen eines heilsamen Umschwungs in der Erfassung der Aufgaben, wie der Taktik der Klassenorganisation. Schon haben einige Verbände auf ihren letzten Kongressen das Problem der Erhöhung der Beiträge und der innigen Verbindung der gewerkschaftlichen Organisation mit der Organisation des Konsums ventiliert. Die anarchistische Propaganda der *Syndikalisten*, die das Vertrauen der Arbeiter zu ihren Führern erschüttert und den Glauben verbreitet hat, dass die Organisation nur des Glaubens und des Mutes bedürfe und direkt auf den Generalstreik gerichtet sein müsse, hat in jüngster Zeit den Reorganisationsprozess verzögert. Jedoch haben die traurigen Erfahrungen, die das Proletariat mit den Proben des Generalstreiks machte, sowie die Konsolidierung der Zentralverbände, die mehr und mehr gegenüber den Arbeiterkammern an Kraft gewinnen, dem *syndikalistischen* Einfluss viel von seiner Macht geraubt.

Im Oktober 1906 wurde auf die Initiative des Metallarbeiterverbandes ein allgemeiner Gewerkschaftskongress zusammengerufen. Dieser verwarf die *syndikalistischen* Organisationsmethoden und rief einen Zentralausschuss mit dem Sitz in Turin ins Leben. Die *Syndikalisten*, die sich vom Kongress zurückgezogen hatten, haben jüngst doch in Erwägung gezogen, sich dieser zentralen Organisation anzuschliessen. So scheint die italienische Arbeiterbewegung, nach Überwindung der schwierigen Anfangsstadien und der nun einmal der Kindheit der Bewegung anhaftenden Prinzipien, auf dem besten Wege, zu einer soliden, konzentrierten, starken Klassenbewegung zu werden.

××

RUNDSCHAU

ÖFFENTLICHES LEBEN

Wirtschaft

Getreidemarkt Obwohl die Weltroggenernte der beiden letzten Jahre knapp war, rechnete man doch mit der Möglichkeit, ohne exzessive Preissteigerungen den Markt bis zur neuen Ernte versorgen zu können. Durch diese Rechnung wurde aber ein Strich gemacht: Die Saatenstandsberichte des Monats April fielen im allgemeinen so ungünstig aus, dass Befürchtungen wegen des Ausfalls der

neuen Ernte auftauchten und im Getreidehandel eine ganz ungewöhnliche Preishausse auslösten. Die Weizen- und vor allem die Roggenpreise gingen mit grosser Heftigkeit in die Höhe, am allermeisten bei uns in Deutschland. Es notierte die Tonne Weizen (in M.):

	Ende März	13. Mai
New-York	130,50	149,05
Liverpool	143,70	155,15
Paris	182,75	196,85
Berlin	190,00	204,75
Stettin	178-183	203-206
Neuss	.87	202
Mannheim	194,50	207,50

Roggen notierte:

Odessa	113,45	132,50
Berlin	175,25	103,60
Stettin	163-167	186-190
Neuss	170	194
Mannheim	176,50	100

Da das Angebot sehr knapp ist, und die Mühlen, um nicht still stehen zu müssen, zu kaufen gezwungen sind, so wird zu den überaus hohen Preisen ein ziemlich erheblicher Umsatz gemacht. Wenn auch in den Mehl- und Brotpreisen die jähe Steigerung der Getreidepreise noch nicht zum Ausdruck gelangt, so dürfte doch sehr bald die verteuernde Wirkung zu tage treten. Verschärft wird die gegenwärtige Preissteigerung dadurch, dass Deutschland in ungewöhnlichem Masse Roggen nach Russland verkauft hat und jetzt zu sehr ungünstigen Bedingungen nicht nur liefern, sondern auch zurückkaufen muss. Exportsteigernd wirkten namentlich die Bestimmungen über die Gewährung von Einfuhrscheinen. Wie lange die Preishausse anhalten wird, das hängt ganz und gar von der Gestaltung der Ernteaussichten ab. Dass die gute Witterung in der ersten Hälfte des Monats Mai günstig auf die Saaten gewirkt hat, ist mit Sicherheit anzunehmen. Auf der anderen Seite kann freilich eine zu lange Dauer der heissen und trockenen Witterung auch wieder die Entwickelung der Saaten schädigen. Jedenfalls sieht man den demnächst fälligen Saatenstandsberichten mit grosser Spannung entgegen.

× ×

Kartelle Die Erneuerung des Stahlwerksverbandes ist nach langwierigen Verhandlungen am 30. April zu stande gekommen. Im Gegensatz zu der bisherigen Form des Verbandes ist die Organisation eine straffere geworden: der Vorstand hat bedeutend grösseren Einfluss als bisher; auch ist durch den Anschluss der oberschlesischen Gruppe eine grössere Einheitlichkeit erzielt. Dem Verbande gehören nunmehr an: 14 Werke in Rheinland-Westfalen, 11 süddeutsche, 4 oberschlesische und 2 mitteldeutsche, im ganzen also 31 Werke. Die Überlegenheit der grossen im Stahlwerksverband befindlichen Werke auf dem Montanmarkt ergibt sich hauptsächlich daraus, dass die grossen gemischten Eisen- und Stahlwerke in allen in Frage kommenden Verbänden grossen Einfluss ausüben, im Roheisen- und im Kohlensyndikat ebensosehr, wie im Stahlwerksverband selbst. Dadurch sind sie die Herren des Marktes und können für die weiterverbleibenden Industrieen, namentlich aber auch für die reinen Walzwerke die Preise diktieren. Sie selbst verschaffen sich aber gleichzeitig so niedrige Gestehungskosten, wie es überhaupt nur möglich ist. Die 31 Werke des Stahlwerksverbandes sind zwar noch nicht in der Form eines Trusts organisiert; trotzdem lässt sich nicht verkennen, dass der Weg der Entwickelung immer mehr dazu führen muss, die Organisation zentralistischer zu gestalten. Das bedeutet aber nichts anderes, als die schliessliche Bildung des Trusts. Die Erneuerung des Stahlwerksverbandes ist auf 5 Jahre abgeschlossen. Aber, wie von 1904 bis Anfang 1907 die Konzentrationsbewegung im Eisengewerbe schon eine wesentliche Umbildung des Verbandes in seiner bisherigen Verfassung notwendig machte, wird auch die innere Entwickelung im Eisengewerbe während der nächsten 5 Jahre Wandlungen bringen, die schon vor 1912 eine erneute Umänderung der Verfassung des Stahlwerksverbandes notwendig machen wird.

× ×

Fleischpreise Die Schweinepreise sind seit einiger Zeit so sehr gefallen, dass eine Verminderung der Schweinezucht unausbleiblich wird. Umgekehrt stehen die Fleischpreise noch auf einem Niveau, das sehr hohen Schweinepreisen entspricht. Es ist gar keine Frage, dass die Fleischer mit Zähigkeit an den hohen Preisen festhalten, die ihnen einen Teil der Verluste ersetzen sollen, die sie während der Zeit der hohen Viehpreise und rückgängängigen Fleischkonsums erlitten haben. Es ist auch möglich, dass im Viehzwischenhandel die Preise noch hochgehalten werden. Jedenfalls aber haben die Konsumenten zu verlangen, dass die Schweinepreise endlich zurückgehen. Denn zweifellos würde durch billige Schweinefleischpreise der Verbrauch wesentlich

angeregt und gesteigert werden. So, wie die Dinge jetzt liegen, müssen die Schweinepreise noch mehr sinken, weil ja die Nachfrage nach Fleisch gehemmt ist. Geht aber dann die Schweinezucht wegen Unrentabilität zurück, so ist die weitere Folge eine abermalige Knappheit an Schlachtvieh, das heisst, wir kommen aus den überhohen Fleischpreisen überhaupt nicht mehr heraus. Deshalb ist auch von den Konsumenten alles aufzubieten, damit das Schweinefleisch billiger wird.

✕ ✕

Kurze Chronik Am 1. Mai trat der neue Eisenbahntarif in Kraft. ✕ Die Differenzen im Kalisyndikat wurden am 10. Mai durch ein Abkommen beigelegt. ✕ Der Reichstag nahm am 13. Mai das Handelsabkommen zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten an. ✕ Die oberschlesische Kohlenkonvention in Kattowitz beschloss am 15. Mai, den Gruben für das 2. Vierteljahr den Eisenbahnversand bis zur Grenze ihrer Leistungsfähigkeit freizugeben.

RICHARD CALWER

Politik

Reichstag: Vertagung Der Reichstag hat sich am 14. Mai vertagt, und zwar bis zum 19. November. Die Mehrheitsparteien scheinen froh, dass die von ihnen verlangte Arbeit leidlich zu stande kam, mit gelegentlichen Unstimmigkeiten, jedoch ohne ernstliche Schädigung des Blocks. Andererseits wird der linke Flügel das drückende Gefühl nicht los, dass die Blockzugehörigkeit schon manches bedenkliche geistige und moralische Opfer erfordert hat, ohne sichtbare Erfolge für den Liberalismus, und dass die grösseren Kraftproben erst noch bevorstehen. Im nächsten Sitzungsabschnitt müssen die Reichsfinanzen, mit ihrem auf die Dauer geradezu verhängnisvollen, unerträglichen Missverhältnis zwischen ordentlichen Einnahmen und Schuldenwachstum, abermals einer gründlichen Radikalkur unterworfen werden. Die Regierung rechnet zunächst wohl damit, dass ihr der Liberalismus ferner beispringen wird, wenn sie ihm die oft verlangten Zugeständnisse oder doch Scheinkonzessionen — auf dem Gebiete der Börsengesetzgebung, vor allem in der Leitung des preussischen Schulwesens — macht. Herr Studt wird gehen, und die neuen Steuern werden kommen. Das Zentrum hat sich fortgesetzt, zuletzt noch mehr, als am Anfang, eine Zurückhaltung auferlegt, die mehr als alles andere beweist, wie bitter man die Verdrängung aus der Mehrheit, den Bruch mit den regierenden Kreisen empfindet, und wie wenig man Lust verspürt, sich den Rückweg durch gesteigerte Opposition zu verlegen. Kennzeichnend für die Lage des Zentrums ist auch, wie die klerikalen Angriffe gegen die Leitung des *Flottenvereins* nicht nur gescheitert sind, sondern, schliesslich gar noch mit Hilfe des bayerischen Flügels, geradezu in einer Stärkung dieser, nicht zu unterschätzenden imperialistischen Agitationswaffe endeten.
Für die Arbeiterklasse ist nicht ein einziger legislatorischer Fortschritt zu verzeichnen. Ein liberales Vereins- und Versammlungsrecht ist — in Aussicht gestellt; aber nach den Erfahrungen, die man mit den Entwürfen über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine und die freien Hilfskassen machen konnte, ist das Misstrauen selbst gegen die winzigsten Versprechungen erklärlich.

✕ ✕

Österreich: Reichsratswahlen Um so erfrischender wirkt der ungeahnte politische Wetterumschlag in Österreich. Unsere Parteigenossen, deren mutiger und zäher Arbeit das allgemeine Wahlrecht zu verdanken ist, haben den grössten Sieg davongetragen. Sie erhielten im ersten Wahlgang bereits 60 Mandate: 12 in Niederösterreich, 12 in den deutschen und 17 in den tschechischen Bezirken Böhmens, 5 in Mähren, 4 in Schlesien, 5 in Steiermark, 2 in Triest und je 1 in Oberösterreich, Kärnten, Galizien. Wenn als zweite Gruppe die Christlichsozialen vom Glücke leidlich begünstigt waren, dann nicht deshalb, weil sie sich der Sozialdemokratie gewachsen zeigten, sondern weil sie auf sonst klerikal-konservative Wähler eine starke Anziehungskraft ausübten und hier Sitze eroberten. Geradezu vernichtet sind die nationalen Gruppen: deutsche Volkspartei, deutsche Fortschrittspartei, Schönerianer, Freialldeutsche, Jungtschechen, und wie sie sonst alle heissen mochten, die mit ihrem Lärm und Neid das parlamentarische Leben Österreichs bis auf die tiefste Stufe herabbrachten; einzig die Polen bleiben als einheitliche nationale Fraktion von grösserer Bedeutung. Dieses Ergebnis kommt nicht überraschend, nachdem die Wahlreform jeder Nation

ihre besondere, unbestrittene Wahlsphäre zugewiesen und dadurch für die Wähler und den Wahlkampf die spezifisch nationalen Rivalitäten in den Hintergrund gedrängt hatte. Freilich wird man abwarten müssen, wieweit im Parlamente selber diese alten, keineswegs erloschenen Gegensätze wieder zur Geltung kommen werden.

Die Rückwirkung auf Ungarn wird sich wahrscheinlich sehr bald zeigen. Die Freunde des allgemeinen Wahlrechts, das schon einmal, unter dem Ministerpräsidenten Fejervary, vor der Türe stand, sind von neuen Hoffnungen erfüllt, und die Sozialdemokratie bereitet grosse Agitationen vor. Andererseits bremst die herrschende magyarische Klique mit doppelter Kraftanstrengung, weil auch in Ungarn das allgemeine Wahlrecht das parlamentarische Kräfteverhältnis der Nationalitäten wesentlich umwälzen würde.

× ×

Frankreich In Frankreich haben die unerquicklichen Auseinandersetzungen zwischen dem Ministerium Clemenceau und den Wortführern der Organisationsfreiheit der Unterbeamten ihren Fortgang genommen. Gleich mit dem Beginn der Session am 7. Mai entwickelte sich eine grosse parlamentarische Redeschlacht, die auf der einen Seite in der Verteidigungsrede Briands, auf der anderen Seite in einem wuchtigen Angriff seitens Jaurès' gipfelte. Die Blockmehrheit blieb der Regierung treu; die Vertrauenstagesordnung gelangte am 14. Mai mit 327 gegen 200 Stimmen zur Annahme. Dennoch dürfte, wie Jaurès in der *Humanité* schreibt, das Kabinett einen empfindlichen Stoss erlitten haben. Die Fraktion und der Ausschuss der geeinigten Partei legten in einem Manifest den Bankerott der Radikalen dar.

Zu erregten agrarischen Agitationen und Tumulten führte im Süden der Preissturz und die Unverkäuflichkeit der Weine.

× ×

England In England hat neben der Kolonialkonferenz (vergl. meinen Artikel *Die britische Kolonialkonferenz*, pag. 428 ff.), vor allem die neue irische Verwaltungsvorlage Aufsehen erregt: ein Versuch, ohne *Homerule* und irischen Landtag und ohne entsprechende Vollmachtsbeschränkung für das Londoner Parlament dennoch ein ansehnliches Stück Selbstverwaltung zu gewähren: in einer, aus 82 gewählten und 25 ernannten Mitgliedern bestehenden irischen Ratskammer (*Council*) gipfelnd, der das Armenwesen und die Arbeitslosenfürsorge, die Gesundheitspflege, das Schulwesen, die öffentlichen Arbeiten, das Standesamtswesen, die Entlastung übervölkerter Agrarbezirke unterstehen sollen, ohne eigene gesetzgeberische Befugnisse, ferner ohne das Recht, neue Steuern zu beschliessen, und endlich ohne Unterstellung der Gerichte und der Gendarmerie, die bei den Konflikten zwischen Landlords und Pächtern noch immer zuverlässig im englischen Sinne bleiben müssen. Im Namen der Arbeiterpartei billigte Genosse Shackleton den Schritt, unter der Voraussetzung, dass damit einer wirklichen *Homerule*politik der Weg bereitet sei: »Meine Partei würde es mehr gefreut haben, wenn der Hauptsekretär für Irland eine reine *Homerule*vorlage eingebracht hätte. Aber wir werden der Regierung kein Hindernis in den Weg legen, wenn sie Gelegenheit gibt, die Vorlage in den späteren Beratungsstufen in demokratischem Sinne zu verbessern. Wir sind *Homeruler*, und da die Vorlage einen bedeutenden Schritt zu jenem Ziele bedeutet, so wird sie von uns günstig angesehen. Meine Partei wird indes die Iren in jeder Beziehung unterstützen und dem irischen Volke beistehen, das vollste Mass von Selbstregierung zu verlangen.«

Ernste Sorgen bereiteten der Regierung die Nachrichten über die wachsende Gärung in Indien, die in zwei weitauseinanderliegenden Gebieten, im Punjab und in Ostbengalen-Kalkutta, schon zu den schärfsten Vorsichts- und Unterdrückungsmassnahmen geführt hat.

× ×

Russland: Regierung und *Duma* In der russischen *Duma* hat sich eine immer ausgesprochenere Rechtshaltung der Partei der *Kadetten* vollzogen. Man hat hier offenbar den Mut, mit der Linken, vor allem mit den Sozialdemokraten und *Sozialrevolutionären* dauernd gemeinsam arbeiten zu können, verloren. Verschiedene Zwischenfälle, zuletzt die Angriffe des Armeniers Surabow auf die Armee, boten zudem der Regierung eine willkommene Handhabe, mit Konflikt und Auflösung zu drohen, so dass der *Duma*präsident Golowin die weitestgehenden Opfer an präsidialer Würde brachte, um die hochgehenden Wogen wieder zu glätten. Der ungestörte Fort-

bestand der *Duma* scheint dadurch allerdings einstweilen gesichert.
Charakteristisch war auch hier die parteizersetzende und umbildende Wirkung der Armeefrage. Viele sonst für unzugänglich gehaltenen Bauern, sogar von der Linken, stimmten, als es Ernst wurde, für das Militärgesetz. Noch überraschender kam manchem das gleiche Votum aus den Reihen der polnischen Nationaldemokraten. Konik, einer der Warschauer Abgeordneten, begründete diese verblüffende Stellungnahme damit, dass die Polen das russische Reich gegen jeden Angriff von aussen sicherzustellen wünschten; er erging sich sogar in einem ziemlich deutlichen Hinweis auf die Nachbarmacht, deren Vordringen er zu fürchten vorgab. Seit dem Aufstand von 1863, nachdem ständig 5 Armeekorps der ausgesuchtesten Reichstruppen zur Unterdrückung aller Selbständigkeitsregungen in Polen garnisoniert waren, schien eine solche Aussöhnung der grössten bürgerlichen Partei — das sind die Nationaldemokraten in Polen — mit dem Militarismus undenkbar. Das Bedürfnis nach Ruhe und Ordnung, die Hoffnung auf politische Gegenleistungen von oben her hat das ganze Bild wie mit einem Ruck verschoben.

× ×

Kurze Chronik Auf das Kabinett Smet de Naeyer ist in Belgien ein Ministerium de Trooz gefolgt, das in der Kongofrage den Wünschen des Königs gefügiger sein dürfte. × Das deutsch-amerikanische Handelsabkommen, das Amerika die meisten, aber nicht alle deutschen Vertragszölle einräumte, wurde vom Reichstag angenommen; die Gegenleistungen Amerikas bestehen neben den bekannten Zollherabsetzungen für Erzeugnisse der bildenden Kunst, Branntweine, Weine, Weinstein und Weinhefe in einer Reihe von Milderungen des Zollverfahrens. × Zurzeit verhandeln Frankreich und Japan über einen Vertrag, der gegenseitig den bestehenden ostasiatischen Besitzstand verbürgen soll.

MAX SCHIPPEL

Soziale Kommunalpolitik

Volksschulwesen In Mannheim ist die Volksschule durch die Tätigkeit des städtischen Schulrats Sickinger auf eine neue organisatorische Basis gestellt worden. Um jedes Kind nach seiner Förderungsfähigkeit, wie sie durch die angeborenen Qualitäten bedingt ist, zu einer intensiven Teilnahme am Unterricht heranziehen zu können, richtete er ein 8- respektive 7stufiges Hauptklassensystem für die normalen Kinder, ein 6- respektive 5stufiges Förderklassensystem für die mässig schwachen und unregelmässig fortschreitenden Kinder, sowie ein 4stufiges Hilfsklassensystem für abnorm schwache Kinder ein. Einen besonderen Nebenzweig der Hauptklassen des dritten und vierten Schuljahres bilden die Vorbereitungsklassen für die höheren Schulen. Die 3 Kategorieen von Klassen, Hauptklassen, Förderklassen und Hilfsklassen bilden organische Bestandteile der einen unentgeltlichen Volksschule. Bei eintretender Verbesserung oder Verschlechterung im Fortkommen können Schüler aus der einen Kategorie in die andere, sogar während des Jahres, übertreten. Um den Unterricht in den Förderklassen und Hilfsklassen wirksamer zu machen, ist in ihnen die Klassenfrequenz eine geringere. Besonders geeignete Lehrer erteilen in ihnen Unterricht und steigen mit ihren Zöglingen von Stufe zu Stufe empor. Der Lehrstoff ist auf das wesentliche beschränkt. Neben dem Klassenunterricht wird in einzelnen Stunden noch gesonderter Gruppenunterricht erteilt. Durch diese Individualisierung des Stufenunterrichtes sollen auch die schwachen und schwächsten Kräfte planvoll und intensiv entwickelt und für das Ganze nutzbar gemacht werden, ohne dass die leistungsfähigeren Elemente in ihrer Entwickelung aufgehalten werden. Dieses Mannheimer Vorbild hat nun in neuester Zeit auch in Charlottenburg Nachahmung gefunden. Doch hat man sich hier nicht darauf beschränkt, einfach die Mannheimer Einrichtungen auf Charlottenburg zu übertragen, sondern ist aus den lokal bedingten Verhältnissen heraus zu einigen Abänderungen des Systems gekommen. In Charlottenburg besteht seit dem Jahre 1897 ein 7klassiges Schulsystem. Ihm liegt der Gedanke zu grunde, dass normale Schüler während der 8jährigen Schulpflicht in jeder der unteren 6 Klassen 1 Jahr, in der obersten Klasse dagegen 2 Jahre verbleiben sollen. Die Statistik zeigte, dass nicht viel über die Hälfte der Schüler in die 1. Klasse gelangte und das volle Lehrziel der Schule erreichte. Trotz der Hilfsschule kam eine grössere Anzahl nicht einmal über die 3. Klasse hinaus, so dass

sie mit einer für 11jährige Kinder berechneten Bildung, und nicht, wie planmässig, mit einer für 14jährige berechneten ins Leben hinaustreten. Sollte diesem Übelstande abgeholfen werden, so musste für alle Kinder, welche, sei es nun infolge mangelnder Anlage, oder infolge äusserer Umstände, wie Krankheit, Umzug etc., zurückblieben, die Möglichkeit geschaffen werden, in eigenen Klassen durch einen ihren Fähigkeiten angepassten Unterricht besonders gefördert zu werden. Dabei galt es, die Erfahrungen, die in der Hilfsschule, in der Waldschule und in den französischen Kursen bisher gemacht waren, für die Gesamtheit der Schüler zu verwerten. Zugleich musste auch für schulunreife Kinder gesorgt werden.

Für die neue Organisation wurden nun die folgenden Grundsätze aufgestellt. Einschulungsunreife Kinder, die das schulpflichtige Alter haben, sollen in Kindergärten unter Leitung geeigneter Lehrerinnen vorbereitet werden, durch Übung im Laufen, Spielen, an Ordnung, Selbstbeherrschung und Unterordnung unter einen fremden Willen, gewöhnt und mit den Anfängen des gestaltenden Schaffens vertraut gemacht werden. Zu diesem Zweck sollen zunächst drei Kindergärten eröffnet werden, denen die Kinder durch die Schuldeputation auf Antrag des Schularztes überwiesen werden. Die Grundklasse soll nicht mehr als 45 Schüler enthalten, und die Unterrichtszeit nicht mehr als 18 Wochenstunden betragen. Nach jeder halben Stunde tritt eine Pause von 3 bis 5 Minuten ein. Die Schüler sollen einer besonders sorgfältigen schulärztlichen Überwachung unterworfen werden. Zur Förderung solcher Kinder, die in der Klasse nicht mit fortkommen, werden vom Klassenlehrer spätestens im zweiten Halbjahre wöchentlich 3 Stunden Nachhilfeunterricht erteilt. Von diesem Nachhilfeunterricht und der damit verbundenen engeren Fühlungnahme zwischen Lehrer und Kind erwartet man, dass es gelingen werde, den grössten Teil der zurückbleibenden Kinder zur Mitarbeit mit der Klasse und zur normalen Versetzung reif zu machen. Alle Schüler, welche das Ziel der Grundklasse erreichen, gehen, wie bisher, nach der 6. Klasse der Normalschule über, während die übrigen nach der 6. Klasse des *B*-Systems übergehen. Da sich aber im Laufe des 3. Schuljahres auch in der Normalklasse eine Anzahl von Schülern finden wird, die mit der übrigen Klasse nicht fortkommen, so soll auch diesen in den Hauptfächern, Rechnen und Deutsch, vom Klassenlehrer Nachhilfeunterricht erteilt werden. Es wird angenommen, dass wöchentlich drei solcher Nachhilfestunden genügen werden. Von der Ausscheidung der weniger Fähigen und von dem besonderen Nachhilfeunterricht für vorübergehend Zurückbleibende erhofft man bessere Versetzungsresultate in den Normalklassen, so dass die grosse Mehrzahl der Schüler die 1. Klasse nicht nur erreicht, sondern auch durchmacht. Im 8. Schuljahre soll daher ein erweitertes und vertieftes Pensum gegeben werden. Zwischen die Normalschule und die Hilfsschule wird ein System von *B*-Klassen eingeschoben, das nach Lehrmethode und Bemessung des Lehrstoffes den Bedürfnissen solcher Kinder Rechnung trägt, die in den Klassen der Normalschule zwar nicht mit fortkommen, deren geistige Kräfte aber über die Hilfsschule hinausgehen. Diese minder fähigen Kinder gehen also nach einjährigem Besuch der Grundklasse in die 6. Klasse *B* über, wo sie besonders geeigneten Lehrkräften anvertraut werden. Diese *B*-Klassen sollen nicht in besonderen Gebäuden vereinigt und zu besonderen Schulen ausgebaut werden, sondern nach Bedarf mit den Klassen der Normalschule im gleichen Schulhause und unter der gleichen Leitung vereinigt bleiben. Das *B*-System enthält 5 aufsteigende Klassen. In der untersten Klasse werden die Lücken der 7. Klasse ausgefüllt und andererseits das gesamte Pensum der Normalklasse durchgenommen. Weil aber diese Kinder langsamer arbeiten und nur zu einer kleineren Zahl von Wochenstunden herangezogen werden können, soll in den Unterklassen das Pensum jeweils auf 1½ Jahre verteilt werden. Je nach der geistigen Entwickelung werden die Kinder in die Normalklassen zurücktreten, in der *B*-Klasse verbleiben oder zur Hilfsschule überwiesen werden. Da gegenwärtig 10 % der Schüler der Grundklasse sitzen zu bleiben pflegen, wird mit einer Überweisung von 10 % der Gesamtzahl nach den *B*-Klassen gerechnet. Der Schularzt soll hier in ähnlicher Weise wie in der Hilfsschule mitwirken. Da also die *B*-Klassen zwischen den Normalklassen und der Hilfsschule stehen, und für die ihnen zugewiesenen Kinder eine grössere Individualisierung notwendig ist, so wird auch die Klassen-

frequenz eine geringere sein müssen, als in der Normalschule — sie wurde auf 30 festgesetzt — und ebenso die Zahl der Wochenstunden niedriger, die Dauer der einzelnen Lektionen kürzer, die der Pausen länger sein müssen. Für die trotzalledem allmählich zurückbleibenden Schüler soll in den Hauptfächern Nachhilfeunterricht beim Klassenlehrer (3 bis 4 Stunden in der Woche) eingerichtet werden. Bei körperlicher Schwächlichkeit können die am Nachhilfeunterricht teilnehmenden Kinder auch von einigen lektionsplanmässigen Stunden dispensiert werden. Die tüchtigsten Schüler der 4. Normalklasse, die bei ihrer Versetzung nicht nach der Sexta einer höheren Lehranstalt übergehen, sollen in besonderen Klassen zusammengefasst und nach einem besonderen Lehrplan mit einer Fremdsprache unterrichtet werden. Die Aufnahme erfolgt durch die Schuldeputation auf Vorschlag der Versetzungskonferenz, mit Zustimmung des Rektors und des Schularztes. Das System enthält 4 Klassen mit einjährigem Pensum. Schüler der *A*-Klassen, welche aus äusseren Gründen das Ziel der obersten Klasse noch nicht erreicht haben, dürfen noch ein halbes bis ein Jahr über das schulpflichtige Alter hinaus die Schule besuchen. Eine Rückversetzung in die Normalschule ist durch Konferenzbeschluss mit Zustimmung des Rektors möglich.

Diese neue Organisation soll zunächst nur in einem Teile der Schulen zur Durchführung kommen. In ihrer allgemeinen Einführung wird die Reform einen jährlichen Mehraufwand von rund 120 000 M., die einmaligen Ausgaben einen solchen von etwa 600 000 M. erfordern. Die Stadtverordnetenversammlung ist den Vorschlägen des Magistrats durchweg beigetreten.

× ×

England: Grafschaftswahlen

Die grosse sogenannte *sozialistische Niederlage* bei den Wahlen zum Londoner Grafschaftsrat ist von der bürgerlichen Presse in Parallele zu der sozialdemokratischen Niederlage bei den Reichstagswahlen gesetzt, und die unrichtigsten Darstellungen über diesen Vorgang sind von ihr verbreitet worden. Nun hat es aber auf dem Londoner Grafschaftsrat weder eine sozialistische Partei, noch eine unabhängige Arbeiterpartei gegeben. Die Reformen, die in London vom Grafschaftsrate durchgeführt worden sind, und deren Bedeutung man nicht zu gering einschätzen darf, sind von der progressiven Partei durchgeführt worden, die man wohl am besten als fortgeschrittene Radikale mit gewissen Neigungen zum Kollektivismus bezeichnen kann. Einige Gewerkschafter und Sozialisten, wie John Burns, Sidney Webb, haben mit dieser Partei gearbeitet und ihre Verwaltung in sozialistischem Sinne beeinflusst. 17 Jahre lang ist die Partei am Ruder gewesen, und hat trotz der schärfsten Opposition der konservativen Regierung, des Oberhauses und einer ganzen Anzahl lokaler Stadträte, die einen Teil der kommunalen Verwaltung Londons besorgen, eine nicht geringe Zahl von Reformen durchgeführt. Nach langem Kampfe ist London, infolge der Bemühungen des Londoner Grafschaftsrates, in der Mehrzahl seiner Bezirke mit städtischen Strassenbahnen versehen, und der nächste grosse Kampf, zu dem die letzten Wahlen nur ein Vorspiel bilden, wird sich um die Frage der Versorgung des gesamten grossstädtischen Bezirkes mit elektrischer Kraft drehen. Ein ausländischer General soll bei einem Besuche Londons gesagt haben: »Eine prächtige Stadt zum Plündern!« Unsere Elektrizitätsmonopolisten haben das gleiche Gefühl. Obschon durch eine Presskampagne, wie sie nie vorher bei einer englischen Wahl vorgekommen ist, durch eine öffentliche Propaganda mit Anschlägen und sogar mit gemieteten Grammophonen, durch Prozessionen, in denen für einen Tagelohn von 4 s gemietete Arbeitslose als das wirtschaftliche Resultat der sozialistischen Politik der Progressiven durch die Strassen paradierten, die Wahl einer reaktionären Mehrheit in den Grafschaftsrat erreicht wurde, so ist damit die Sache doch nicht zu Ende. Der durchschnittliche Londoner vertraut kritiklos seinem Parteiblatt, und die Presskampagne, welche die nationalistischen Zeitungen führten, hat ihre volle Wirkung auf ihn ausgeübt. Heute aber fragt sich der unschuldige Wähler voll Verwunderung, ob wohl der neue Grafschaftsrat den Forderungen der privaten Strassenbahngesellschaften nachkommen und die Preise der städtischen Strassenbahnen erhöhen wird. Zweifellos verfehlte die antisozialistische Parole ihre Wirkung nicht, und die Steuerzahler aus der Mittelklasse, die kleinen Ladeninhaber und ähnliche Gruppen, stimmten gegen die Progressiven in festem Glauben, dass die andere Partei die Ausgaben reduzieren würde. Der

Londoner Steuerzahler und der Londoner Mieter wird von der Grundbesitzerklasse erbarmungslos ausgeplündert und scheint vollständig unfähig, zu begreifen, wie sich der Prozess eigentlich abspielt. Diese Tatsache wird durch den Erfolg bewiesen, den die Reaktionäre unter der Führerschaft des Herzogs von Norfolk erzielten, eines der grössten Grundherren Londons, der aus dem Gewerbfleiss der Stadt jährlich Tausende von Pfunden unverdienten Wertzuwachses herausholt. Begreiflicherweise haben die kollektivistischen Tendenzen der progressiven Partei die sozialistische Bewegung in London stark aufgehalten. Jetzt, wo diese Partei so sehr an Zahl verloren hat, und ihr kommunalpolitischer Einfluss geschwächt worden ist, bietet sich eine so günstige Gelegenheit für eine klare und vom Progressismus sich scharf unterscheidende sozialistische Propaganda, wie sie die Londoner Bewegung noch nicht gehabt hat.

Während London in die Hände der Monopolisten gefallen ist, haben die Arbeiter und Sozialisten in den kleineren lokalen Verwaltungskörpern in der Provinz zahlreiche Gewinne zu verzeichnen gehabt. Das erfreulichste Ereignis der sozialistischen Agitation seit den allgemeinen Wahlen im letzten Jahre ist das Erwachen der ländlichen Bezirke, und der grossen Gebiete im Norden Englands, in denen die Bergarbeiterdörfer liegen, die so lange die Jagdgründe der Liberalen gewesen sind.

× ×

Rettungswesen Am 25. April hatte sich die Berliner Stadtverordnetenversammlung mit einer Vorlage des Magistrats über die Neuorganisation des Rettungswesens zu beschäftigen. Veranlasst wurde diese Vorlage durch die unhaltbare finanzielle Lage, in der sich die *Rettungsgesellschaft* befand. Bisher hatte sich die Stadt darauf beschränkt, das Rettungswesen privaten Gesellschaften zu überlassen und diese durch mehr oder weniger grosse Beiträge zu unterstützen. Infolgedessen war es im Zustande der grössten Zersplitterung. Neben den Sanitätswachen, die nur in der Nacht Hilfe leisten, gab es die Unfallstationen der Berufsgenossenschaften, sowie 6 Retungswachen der *Rettungsgesellschaft*, die auch einen zentralen Meldedienst bei den Krankenhäusern eingerichtet hatte. Nach den Vorschlägen des Magistrats soll nun die Stadt die Einrichtungen der *Berliner Rettungsgesellschaft* übernehmen und zur Weiterführung der 6 Rettungswachen durch den *Ärzteverein* ein Pauschale von 50 000 M. bewilligen. Die Zuschüsse an die Sanitätswachen und Unfallstationen sollen auch in Zukunft gewährt werden, doch beansprucht die Stadt als Gegenleistung die Aufsicht und Kontrolle über die Tätigkeit der Wachen. Beide müssen sich ferner verpflichten, nur die erste Hilfe zu leisten und jede Nachbehandlung auszuschliessen. Wie in der Debatte von dem sozialdemokratischen Stadtverordneten Dr. Weyl mit Recht hervorgehoben wurde, bildet die ganze Vorlage nur ein Stückwerk, bei dem einer der wichtigsten Punkte, das Krankenbeförderungswesen, ganz ausser acht gelassen ist. Auch das Verhältnis der Rettungswachen zu den Unfallstationen und den Sanitätswachen ist kein klares und muss zu Konflikten führen. Ebenso scheinen in der Vorlage die Interessen der Ärzteschaft zu stark in den Vordergrund gerückt worden zu sein. Wenn der Magistratsvertreter, Bürgermeister Dr. Reicke, meinte, es schade der allgemeinen Ärzteschaft, wenn das Publikum sich an Behandlung ohne Honorar gewöhne, so sieht das danach aus, als ob bei der Ordnung des Rettungswesens die Einkommensinteressen der Ärzte in erster Linie, die der Allgemeinheit erst in zweiter Linie kommen. Die Vorlage wurde einem Ausschusse überwiesen, der sie einer eingehenden Beratung unterziehen soll. Eine Verstadtlichung des Rettungswesens wird aber dabei kaum herauskommen. Erst, wenn auch die anderen privaten Institutionen sich in der Zwangslage sehen werden, aus Mangel an Mitteln ihre Tätigkeit einzustellen, werden die kommunalen Behörden, ihre manchesterlichen Bedenken überwinden und das Rettungswesen gänzlich in eigene Regie übernehmen.

× ×

Schankkonzessionssteuer Das Kreis- und Provinzialabgabengesetz von 1906 hat den Kreisen in Preussen das Recht eingeräumt, eine Schankkonzessionssteuer einzuführen, mit der die Erlaubnis zum ständigen Betriebe der Gastwirtschaft oder zum Kleinhandel mit Branntwein belegt werden darf. In einem gemeinsamen Runderlass der Minister des Innern und der Finanzen werden die nötigen Ausführungsbestimmungen gegeben. Es soll verhütet werden, dass die Steuerinteressen der Gemeinden

mit denen der Kreise in Konflikt kommen, insbesondere soll dafür gesorgt werden, dass die Kreise die neuerschlossene Steuerquelle auch unverkümmert ausnützen können. Die Steuerbeträge der Gemeinden und des Kreises sollen zusammen gewisse Höchstsätze nicht überschreiten, um so auch zu verhindern, dass die Belastung der Steuerpflichtigen zu hoch wird. Die im Erlass angegebenen Höchstsätze sind recht beträchtliche. Für Neukonzessionierungen sind 5 Stufen vorgesehen. Die unterste von 600 M. soll zur Anwendung kommen, wenn der Gewerbetreibende gewerbesteuerfrei ist. Je nachdem, ob er in der 4., 3., 2. oder 1. Gewerbesteuerklasse veranlagt ist, betragen die Höchstsätze 1200, 2400, 3600 und 5000 M. Ehe den Gemeinden Schankkonzessionssteuerordnungen genehmigt werden, soll jedesmal der Kreisausschuss des betreffenden Landkreises gehört werden. Für Landgemeinden mit ausgesprochen ländlichem Charakter wird die Einführung von Schankkonzessionssteuern nicht empfohlen. Die in dem Erlass vorgeschriebenen Höchstsätze müssen die Gewerbetreibenden, namentlich der unteren Klassen, schwer belasten. Da die Gewerbesteuerfreiheit mit einem Jahresertrag von 1500 M. abschliesst, bedeutet eine Steuer von 600 M. für die kleinen Gastwirte ihre vollständige Auslieferung an das Brauereikapital.

× ×

Kurze Chronik Die hessische Abgeordnetenkammer hat die Beratung des Gesetzentwurfes über die Einführung einer Wertzuwachssteuer erledigt und die Regierungsvorlage in einer Reihe von Punkten abgeändert. Die Gewährung dieses Besteuerungsrechtes an alle Gemeinden ist die wichtigste der vorgenommenen Abänderungen. × In den Mainzer Volksschulen haben während des zu Ende gegangenen Schuljahres 91 bis 94 % der Volksschüler von der Unentgeltlichkeit der Lehrmittel Gebrauch gemacht. Im begonnenen Schuljahre ist die Zahl der Eltern, die die Lernmittel für ihre Kinder selbst beschaffen, noch weiter zurückgegangen. × Die Breslauer Stadtverordnetenversammlung nahm die Wertzuwachssteuer mit 64 gegen 18 Stimmen an. × In Düsseldorf wurde eine soziale Kommission eingesetzt. Ihr sind folgende Gegenstände zur Behandlung überwiesen: 1. Vorberatung von Ortsstatuten auf dem Gebiete des Arbeiterversicherungs- und Gewerberechtes, einschliesslich Gewerbe- und Kaufmannsgerichte; 2. Vorberatung von Vorlagen und Anträgen, die für Handel, Industrie und Handwerk der Stadt und die darin tätigen Personen von allgemeiner Bedeutung sind; 3. Feststellung und Änderung von Grundsätzen für das städtische Verdingungswesen; 4. Angelegenheiten des Arbeitsnachweises und der Rechtsauskunftsstelle; 5. allgemeine Regelung der Verhältnisse der städtischen Angestellten. HUGO LINDEMANN

Gewerkschaftsbewegung

Fortschritte Mitte Mai lagen bereits von 37 der *Generalkommission* angeschlossenen Zentralverbänden vom Jahresschluss 1906 die Mitgliederzahlen vor, die uns ein ungefähres Bild über die Entwickelung der gewerkschaftlichen Bewegung im letzten Jahre ermöglichen. Wir geben die Zahlen deshalb in folgendem wieder. Es hatten Mitglieder die

	Ende 1905	Ende 1906		
Bäcker	11 374	13 424	+	2 051
Bauhilfsarbeiter	55 447	83 525	+	28 078
Bergarbeiter	105 060	110 247	+	5 187
Brauer	23 342	28 602	+	5 260
Buchbinder	17 861	20 471	+	2 610
Buchdrucker	45 416	50 557	+	5 141
Bureauangestellte	703	1 188	+	485
Fleischer	2 484	2 933	+	449
Friseure	1 416	1 909	+	493
Gärtner	3 936	4 605	+	669
Gastwirtsgehilfen	3 908	6 309	+	2 401
Gemeindearbeiter	20 818	23 238	+	2 532
Glasarbeiter	11 078	14 252	+	3 174
Handels- und Transportarbeiter	50 654	81 784	+	31 130
Handlungsgehilfen	5 815	6 692	+	877
Handschuhmacher	2 964	3 214	+	250
Holzarbeiter	130 141	151 717	+	21 576
Hutmacher	5 517	6 806	+	1 289
Kürschner	1 820	1 906	+	86
Konditoren	2 839	2 594	—	245
Kupferschmiede	3 851	4 061	+	210
Lederarbeiter	6 772	7 952	+	1 180
Lithographen	1 394	15 798	+	2 704
Maler	30 199	37 122	+	6 923
Maurer	158 680	183 747	+	25 067
Metallarbeiter	259 692	335 075	+	75 383
Müller	4 208	4 888	+	680
Portefeuiller	3 579	3 977	+	398
Sattler	6 010	6 717	+	707
Schiffszimmerer	2 973	3 615	+	642
Schmiede	17 191	17 696	+	505
Schuhmacher	28 546	35 322	+	6 776
Steinsetzer	7 364	9 577	+	2 213
Steinarbeiter	14 886	17 787	+	2 901
Tabakarbeiter	25 907	32 752	+	6 845
Tapezierer	6 755	8 008	+	1 253
Zimmerer	43 253	52 377	+	9 124
in summa	1 123 853	1 392 541	+	268 198

Nur eine der hier genannten Gewerkschaften hat einen geringen Mitgliederrückgang erlitten, einige Gewerkschaften haben sich aber ausserordentlich günstig

entwickelt. Besonderes Interesse beansprucht der Erfolg der Metallarbeiter, aber auch die Entwickelung der Bauhilfsarbeiter, Gastwirtsgehilfen und Handels- und Transportarbeiter, die ein schwer zu organisierendes Arbeiterelement zu bearbeiten haben, ist bemerkenswert.

× ×

Kongresse und Verbandstage In den Monaten März und April haben wieder eine ganze Reihe von Gewerkschaften ihre Generalversammlungen und Verbandstage abgehalten. Wir können, in Rücksicht auf den beschränkten Raum dieser Rundschau, natürlich nur die wichtigsten Beschlüsse dieser Tagungen anführen, und da sei zunächst mitgeteilt, dass die Bäcker, die vom 10. bis 13. März in Kassel tagten, beschlossen haben, die Karenzzeit zum Bezug der Krankenunterstützung von 3 auf 1 Jahr herabzusetzen und den weiblichen Mitgliedern im Falle der Niederkunft Krankenunterstützung zu gewähren. Neu eingeführt wurde die Umzugsunterstützung. Der Arbeitsnachweis soll bezirksweise gegliedert werden.

Die wichtigste Tagung war die des *Senefelderbundes* in den ersten Tagen des April in Hannover, die durch die bekannte Entscheidung des Reichsgerichts notwendig geworden war. Beschlossen wurde, die Gewerkschaftskassen vom *Senefelderbund* abzusondern und sie dem *Verband der Lithographen, Steindrucker und verwandter Berufe (Deutscher Senefelderbund),* der im Anschluss an die Generalversammlung gegründet wurde, anzugliedern, während dem *Senefelderbund,* mit dem für die Gewerkschaftsmitglieder ein Gegenseitigkeitsvertrag abgeschlossen wird, die Fortführung der Unterstützungskassen verbleibt. Sollten die Protestler mit dieser Lösung noch nicht einverstanden sein, so ist die Liquidation der Unterstützungskassen in Aussicht genommen. Für den Verband wurde ein Beitrag von 1,20 M., für den Bund allein ein Beitrag von 90 Pf. vorgesehen. Man kann über diese Beschlüsse nur lebhafte Genugtuung empfinden.

Die Portefeuiller, die zu Ostern in Berlin tagten, beschlossen Erhöhung des Beitrages von 30 auf 45 respektive 15 auf 20 Pf.; Zahlung einer Arbeitslosenunterstützung an männliche Mitglieder von 1 M. bis 1,75 M., an weibliche von 75 Pf. bis 1 M., und zwar auf jedes Jahr Mitgliedschaft 18 Tage lang bis zur Höchstdauer von 54 Tagen, bei weiblichen von 35 Tagen; einer Krankenunterstützung von 75 Pf. bis 1,25 respektive 50 bis 70 Pf. pro Tag auf 24 bis 75 Tage; einer Sterbeunterstützung von 20 bis 50 respektive 15 bis 30 M.; einer Umzugsunterstützung von 30, 40 und 50 Mk.; einer Streikunterstützung von 12 bis 15 respektive 7 M. Die Gehälter wurden entsprechend den Beschlüssen des Stuttgarter Gewerkschaftskongresses geregelt.

Die Glasarbeiter, die zu gleicher Zeit in Penzig tagten, beschlossen Vereinigung des *Fachgenossen* mit dem Vorstand an dessen bisherigen Sitz in Berlin; ferner Einführung einer Sterbeunterstützung, wie einer Wöchnerinnenunterstützung, letztere für weibliche Mitglieder.

Über die Tagung der Hoteldiener (Ostern in Leipzig) ist nur zu berichten, dass der Anschluss an die *Generalkommission* beschlossen und der Verschmelzung mit dem Gastwirtsgehilfenverband im Prinzip zugestimmt wurde.

Die Kupferschmiede (Ostern in Breslau) beschlossen Einführung einer Erwerbslosenunterstützung nach 52-wöchentlicher Mitgliedschaft je nach Mitgliedschaftsdauer in Höhe von 6 bis 12 M. pro Woche; Zahlung der Streikunterstützung vom ersten Tage, eine Sterbeunterstützung von 50 bis 200 M.; Anstellung eines dritten Vorstands- und Gaubeamten für Süddeutschland, Gehaltsregulierung nach den Beschlüssen des Stuttgarter Kongresses und Verlegung des Verbandssitzes von Hamburg nach Berlin.

Die Maurer tagten in der ersten Aprilwoche in Köln. Beschlossen wurde Einführung zweier weiterer Beitragsklassen zu 70 und 65 Pf., sowie einige Modifizierungen der Unterstützungssätze, die einzeln anzuführen zu weit führen würde. Die Gehälter wurden verbessert, und es sollen Vorstandsbeamte 2400 bis 3000 M., Gaubeamte 2100 bis 2600, Lokalbeamte 1800 respektive 2000 bis 2600 M. Jahresgehalt beziehen. Der Vorstand wurde auf 6 besoldete Mitglieder erhöht.

Die Maler tagten in der zweiten Aprilwoche in Leipzig. Sie beschlossen eine bedingte Erhöhung der Beiträge, eine erhebliche Verbesserung der Bestimmungen über Streikunterstützung und eine Regelung der Gehaltsverhältnisse, im wesentlichen im Sinne der Stuttgarter Kongressbeschlüsse.

Zu gleicher Zeit tagten die Bauhilfsarbeiter in Hamburg. Von ihren Beschlüssen ist bemerkenswert eine Erhöhung der Beiträge um durchweg 10 Pf. pro Woche und der wöchentlichen Streikunterstützung um 1 M.; ferner Einführung einer Krankenunterstützung. In der dritten Aprilwoche tagten die Schiffszimmerer in Hamburg, Zivilberufsmusiker in Dresden und die Zimmerer in Köln. Erstere beschlossen eine erhebliche Verbesserung der Streik- und Gemassregeltenunterstützung; die Zivilberufsmusiker Verlegung des Verbandssitzes von Hamburg nach Berlin, sowie eine Verbesserung der Streik- und Gemassregeltenunterstützung; die Zimmerer ebenfalls Verbesserungen verschiedener Unterstützungszweige und Regelung der Gehaltsfrage der Beamten, in der Hauptsache im Sinne der Stuttgarter Beschlüsse.
Im Anschluss an diesen Verbandstag fand eine internationale Zimmererkonferenz statt, auf welcher Delegierte aus Dänemark, Deutschland, Holland, Österreich, Ungarn und der Schweiz vertreten waren.

× ×

Belgien Die Gewerkschaftskommission der belgischen Arbeiterpartei hat kürzlich eine Statistik über die belgische Gewerkschaftsbewegung im Jahre 1905 veröffentlicht, aus der hervorgeht, dass im genannten Jahre 148 483 Arbeiter gewerkschaftlich organisiert waren, gegen 62 350 im Jahre 1889. Und zwar waren 1905 94 151 Arbeiter in den sozialistischen, 34 833 in den unabhängigen, 17 841 in den katholischen und 1639 in liberalen Gewerkschaften organisiert. Auf die einzelnen Gewerbegruppen verteilen sich die organisierten Arbeiter folgendermassen:

	1889	1905
Textilarbeiter	9 070	28 162
Bekleidungsindustrie	1 100	1 680
Metallindustrie	8 196	10 564
Bergbau	13 579	60 895
Nahrungsmittel	473	946
Baugewerbe	481	6 301
Holz- und Möbelindustrie	2 326	4 954
Transportgewerbe	11 607	3 428
Steinbrüche	3 293	3 483
Glasindustrie	6 150	6 200
Buchbinderei	2 763	3 971
Tabakindustrie	940	1 858
Kunst- und Präzisionsarbeit	—	3 714
Papierindustrie	—	649
Leder- und Häuteindustrie	1 083	3 406
Ungelernte Arbeiter	—	2 006
Verschiedene Arbeiter	899	1 505
Handlungsgehilfen	372	4 159
Öffentliche Dienste	—	611
in summa	62 350	148 483

Der Anteil der Organisationsrichtungen an diesen Kategorieen ist sehr verschieden. So sind die Metallarbeiter fast ausschliesslich sozialistisch organisiert; in der Textilindustrie stehen 11 435 sozialistischen 5323 katholische, 11 145 unabhängige und 250 liberale Gewerkschafter gegenüber; im Bergbau 1907 sozialistischen 3239 katholische, 1128 unabhängige und 30 liberale: also eine Zersplitterung, die die Aktionskraft der Gewerkschaften erheblich hemmt. Seit längerem sind schon Einigungsbestrebungen im Gange, die aber nur in Mecheln, Tounai und Tounchaut bisher Erfolge hatten.
Zur Regelung der Differenzen zwischen den sogenannten *unabhängigen* und den sozialistischen Gewerkschaften, mit denen sich bereits der zu Weihnachten abgehaltene ausserordentliche Gewerkschaftskongress beschäftigt hatte, war auf den 10. März erneut ein ausserordentlicher Gewerkschaftskongress einberufen worden. Beschlossen wurde, um den unabhängigen Gewerkschaften entgegenzukommen, den Namen der belgischen Gewerkschaftskommission umzuändern in *Gewerkschaftskommission der belgischen Arbeiterpartei und der unabhängigen Gewerkschaften.* Diese Kommission hat die Gründung von Gewerkschaften in denjenigen Berufen zu fördern, wo solche noch nicht bestehen, die Aktionen der bestehenden Gewerkschaften zu vereinigen und zu versuchen, sie national und international mit den Gruppen gleicher oder verwandter Berufe in Verbindung zu bringen. Sie hat die ganze belgische Gewerkschaftsbewegung zu zentralisieren, und sie schliesst sich der internationalen Gewerkschaftsbewegung (internationales Sekretariat) an, deren belgische Sektion sie bildet. Bei Streikbewegungen, Aussperrungen und sonstigen Aktionen zur Erreichung besserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse hat die Gewerkschaftskommission leitend und helfend einzugreifen, wo sie es für notwendig erachtet. Sie organisiert die Sammlungen zur Unterstützung im Kampfe und fördert die Gründung von Unterstützungskassen und Kampfesfonds in den Gewerkschaften. Sie veranstaltet statistische Erhebungen und hat diese zu veröffentlichen. Sie kontrolliert die Durchführung der Arbeiterschutzgesetze und sucht diese weiter zu fördern. Bei ausbrechenden Konflikten zwischen den angeschlossenen Gewerkschaften hat sie vermittelnd einzugreifen. Sie gibt ein periodisches Organ heraus, ferner

Agitationsbroschüren und Bücher. In die Gewerkschaftskommission sollen künftig neben 2 Mitgliedern des Vorstandes der sozialistischen Arbeiterpartei 2 Vertreter der unabhängigen Gewerkschaften gewählt werden. Diese Reorganisation hat die unabhängigen Gewerkschaften der Diamantarbeiter und Typographen nicht von dem Austritt aus der Gewerkschaftskommission zurückzuhalten vermocht.

× ×

Kurze Chronik Der Vorstand des deutschen Schuhmacherverbandes beruft auf den 16. August einen internationalen Schuhmacherkongress nach Stuttgart ein. × Das Tarifamt der deutschen Buchdrucker hat am 20. April eine Statistik der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in allen Buchdruckereien des Deutschen Reiches, in tariftreuen, wie in nichttariflichen, aufgenommen. × Die schwedischen Gewerkschaften erreichten im letzten Jahre 145000 Mitglieder, hatten also einen Mitgliederzuwachs um 57400. Der Landesorganisation sind 32 Gewerkschaften mit 1750 (+ 430) Ortsvereinen angeschlossen. Der stärkste Verband ist der der Fabrikarbeiter, der 35000 Mitglieder zählt. Die Typographen und Eisenbahner, letztere mit 25000 Mitgliedern, stehen ausserhalb der Landesorganisation. ERNST DEINHARDT

Genossenschaftsbewegung

Genossenschaftstag in Düsseldorf Auf der Tagesordnung des am 17. Juni beginnenden 4. Genossenschaftstages des *Zentralverbandes deutscher Konsumvereine* stehen ausser den offiziellen Begrüssungen und Berichterstattungen folgende Punkte: der Ausbau der Organisation des *Zentralverbandes deutscher Konsumvereine* und seiner Revisionsverbände, der gemeinschaftliche Einkauf der Konsumvereine, Bericht über die Tätigkeit des Tarifamts und der Tarifverhandlungen, Bericht über die Unterstützungskasse.

Zum ersten der genannten Punkte stellen Vorstand und Aufsichtsrat eine Reihe gemeinschaftlicher Anträge, deren wichtigster die Anstellung von Verbandsbeamten betrifft. Wie bekannt, war dieser Punkt schon Gegenstand der Erörterungen in der genossenschaftlichen Presse und auf dem vorigen Genossenschaftstag. Vor allem handelte es sich dabei um die Frage der mehr oder weniger grossen moralischen und materiellen Abhängigkeit dieser Revisionsverbandssekretariate vom *Zentralverband.* Die nach Aufgabe des ersten Entwurfes dem vorigen Genossenschaftstage vorgelegten Grundsätze sahen statt einer Unterordnung eine Teilung der Funktionen der verschiedenen Organe vor, wenn auch eine materielle Abhängigkeit dadurch noch aufrecht erhalten blieb, dass der *Zentralverband* Zuschüsse zur Erhaltung dieser Sekretariate machen sollte. Diese sollten bestehen in Rückvergütungen auf die abonnierten Volksblätter und Zuweisungen von dem Verband für genossenschaftliche Zwecke zur Verfügung gestellten Summen. Den hiergegen von seiten einiger süddeutscher Redner geäusserten Bedenken wude vom Verbandsvorstand entgegengetreten. Der nun vorliegende Entwurf hält an diesen Zuschüssen fest, die nach Beschluss des Genossenschaftstages zu verteilen sind. Die Rückvergütung soll im Durchschnitt 4 Pf., jedoch keineswegs unter 2 Pf. pro Exemplar betragen, so dass also schwache Verbände stärker unterstützt werden könnten. Eine an sich hierbei mögliche Ungerechtigkeit muss bei der demokratischen Form der Verteilung ausgeschlossen erscheinen.

Weiter wird noch beantragt, das jetzige *Frauengenossenschaftsblatt* in ein *Konsumgenossenschaftliches Volksblatt* zu verwandeln, das 8seitig im vergrösserten Formate 2mal monatlich erscheinen soll. Jeder Revisionsverband soll darin eine Spalte zur Verfügung gestellt bekommen; sobald die Mittel dazu vorhanden, können dann besondere Ausgaben durch Auswechseln von Seiten oder Hinzufügen von Beilagen hergestellt werden. Jedenfalls wird das populäre Genossenschaftsorgan seine Aufgabe in dieser Form noch besser erfüllen können, als in der jetzigen ausschliesslich auf die Gewinnung der Frauen zugespitzten.

× ×

Grosseinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine Die *G. E. G.* versendet soeben den Bericht über ihr 13. Geschäftsjahr 1906, der einen weiteren erfreulichen Aufschwung des Unternehmens erkennen lässt. Die Zahl der der Gesellschaft angeschlossenen Vereine stieg von 386 auf 448, die der überhaupt bei ihr kaufenden auf 1404. Der Umsatz des Unternehmens hat sich von 38780199 M. in 1905 auf 46503237 M. in 1906, also um 19,9 % gehoben, und zwar sind an diesem Auf-

schwung alle 6 Läger beteiligt. Besonders gut hat sich das Lager in Düsseldorf entwickelt, für das im vergangenen Jahre ein eigenes Gebäude errichtet werden musste. Leider sind detaillierte Zahlen über diese Umsätze nicht vorhanden, aus denen sich die Rentabilität der verschiedenen Läger ergeben würde. Ebenso vermissen wir in dem Bericht eine Trennung des Umsatzes im eigenen Geschäft und im blossen Kommissionsgeschäft, die zur Beurteilung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Unternehmens unbedingt notwendig wäre. Ferner wäre wohl auch eine Aufstellung der Umsätze und Betriebskosten der eigenen Kaffeerösterei der Gesellschaft erwünscht, so erfahren wir nur, dass im vergangenen Jahre 1 058 909 kg Röstkaffee zum Versand gelangten gegen 811 920 kg im Jahre 1905. Es sind jetzt in dem Betriebe 6 grosse Schnellröstapparate und 2 Maschinen für die Reinigung und Sieben des Kaffees im Gebrauch.

Wie gewöhnlich, bezog die *G. E. G.* einen grösseren Teil ihrer Waren aus anderen genossenschaftlichen Quellen, so für 391 300 M. von der Hamburger *Tabakarbeitergenossenschaft,* für 103 080 M. von der Nordhäuser *Kautabakarbeitergenossenschaft,* für 67 500 M. aus der Schlächterei und für 29 250 M. aus der Mühle des Leipzig-Plagwitzer Konsumvereins, für 65 850 M. aus der Genossenschaftsweberei in Cunewalde. Ihr Bezug von deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften stellte sich auf 153 843 M., der von ausländischen Genossenschaften auf 55 835 M. Beschäftigt wurde ein Personal von 254 Köpfen, darunter 3 Geschäftsführer, 2 weitere leitende Beamte, 6 Reisende, 107 Kontoristen, 32 Lagerarbeiter, 51 Verleserinnen und Packerinnen.

Der Reinüberschuss der Gesellschaft beträgt diesmal 281 070 M., gegenüber 238 605 M. im Vorjahre, also 17,8 % mehr. Die Unkosten sind relativ etwas gestiegen, woraus jedoch ohne die oben gewünschte Trennung nichts gefolgert werden kann. Es sollen von dem Überschuss 5 % Zinsen dem Kapital, und von dem Rest 40 % den Reserven überwiesen werden. Dann bleibt noch so viel, um eine Rückvergütung von 2 ‰ auf den Umsatz der angeschlossenen und von 1 ‰ auf den der nicht angeschlossenen Vereine zu verteilen, in Höhe von zusammen 84 431 M. Besser wäre es jedenfalls, wenn die Generalversammlung beschlösse, diese Summe, die in dem Haushalte der einzelnen Vereine doch eine so geringe Rolle spielen würde, dem Gesellschaftsvermögen zu überweisen.

Der Bericht bringt auch Mitteilungen über das Schicksal der Seifenfabrik, deren Bau in Zerbst denselben Schwierigkeiten begegnet, wie seinerzeit in Aken. Die letzte Entscheidung des Kreisverwaltungsgerichts in Zerbst hat den Antrag der Gesellschaft auf Genehmigung zurückgewiesen. Gegen dieses Urteil ist bereits Berufung eingelegt worden. Vielleicht würde die *G. E. G.* eher zum Ziel der Einführung der Eigenproduktion kommen, wenn sie von der Seifenfabrik absähe und einen anderen Fabrikationszweig, bei dem sich nicht so leicht *Gründe* für die Abweisung finden liessen, erwählte. Umsomehr, als das in Aken gekaufte Grundstück immer noch brach liegt und einer Verwertung harrt.

× ×

Hamburg: ***Produktion*** Die berühmte Hamburger Konsumgenossenschaft wird in den nächsten Tagen eine grosse Schlächtereianlage eröffnen, die in jeder Beziehung mustergültig sein wird. Die *Produktion* hat auf dem in Frage kommenden Gebiete schon Erfahrungen, hat sie doch bereits seit dem Jahre 1904 im kleinen die Schlachtung von Schweinen und später auch versuchsweise die von Kälbern und Rindern betrieben. Im letzten Geschäftsjahre wurden geschlachtet: 2592 Schweine, 143 Ochsen und 108 Kälber. Die seitherige Anlage reichte schon lange nicht mehr aus, um der ständig steigenden Nachfrage gerecht zu werden. So wurde denn im vorigen Jahre mit dem Bau des neuen Schlachthauses begonnen, das aus Keller, Parterre und Bodenraum, sowie aus einem turmartigen, drei Stockwerke hohen Aufbau für Räucherei und Trockenräume besteht, und eine Frontlänge von 43 m, eine Tiefe von 22 m aufweist.

Die Anlage selbst wird auf der Höhe der heutigen Technik stehen. Es werden eingestellt: 1 Dampfkessel von 40 qm Heizfläche, 1 Dampfmaschine von 40 bis 50 PS, 1 Dynamo 30 KW, 1 Motor 20 PS, 1 Motor 10 PS, 1 Motor 5 PS, 3 Motore à 1 PS, 4 Dampfkessel, 1 Schmalzkochkessel, 1 Knochenentfettungsapparat, 1 Wiegeapparat, 1 Fleischtiger, 1 Wolf, 1 Cutter, 2 Rohspeckschneider, 1 Knochensäge, 2 Wurstfüll-

maschinen, 2 Fleischmengmaschinen, und die bis jetzt schon in Gebrauch befindlichen Maschinen. Ferner wird eine moderne Luftkühl- und Gefrieranlage mit einem Nutzeffekt von 40000 Kalorieen angelegt. Mit dem Betriebe ist ausserdem verbunden eine Dampfwäscherei mit allen modernen Einrichtungen.
Die neue Anlage wird, soweit die Konkurrenzbedingungen es erlauben, wie schon die alte, vorbildliche Arbeitsbedingungen aufweisen. In dieser herrschte eine 9½stündige Arbeitszeit; die Löhne bewegten sich zwischen 25 und 40 M. die Woche; ausserdem wurde den in der Wurstfabrikation beschäftigten Personen das Zubrot gratis verabfolgt. Die Verwaltung hofft, mit dieser Schöpfung einen massgebenden Einfluss im Interesse der Konsumenten auf die Gestaltung der Hamburger Fleischpreise zu gewinnen.

× ×

Kurze Chronik Die Mainzer Spar-, Konsum- und Produktionsgenossenschaft hat kürzlich eine moderne Bäckereianlage mit 2 Doppelauszichbacköfen eröffnet. × Der im April abgehaltene Parteitag der freisinnigen Vereinigung sprach sich gegen jede Hemmung der Konsumgenossenschaftsbewegung auf gesetzgeberischem (Umsatzsteuer) oder verwaltungstechnischem (Verbot des Eintritts für Staatsangestellte) Wege aus und forderte die Parteifraktion auf, in Verbindung mit den beiden anderen freisinnigen Fraktionen im preussischen Abgeordnetenhause in diesem Sinne zu wirken. × Auf einer in Glasgow abgehaltenen Delegiertenversammlung der schottischen *C. W. S.* wurde ein vom Konsumverein Cathcart eingebrachter Antrag mit grosser Mehrheit verworfen, der verlangte, dass in Zukunft in den Produktiv- und Distributivabteilungen der *C. W. S.* nur noch organisierte Arbeiter beschäftigt werden dürften. × Der Leeder Konsumverein wird demnächst sein diamantenes Jubiläum feiern, für das grossartige Festlichkeiten, Stiftungen usw. in Aussicht genommen sind. × Am 27. April fand in Cullercoats die feierliche Taufe des neuen Rettungsbootes *Co-operator I* des englischen Genossenschaftsbundes statt, das als Ersatz für das vor 23 Jahren seiner Bestimmung übergebene Boot gleichen Namens gebaut worden ist. Das alte Boot hatte viele Menschen und Schiffe gerettet, ebenso die in Ilfracombe und Thurso stationierten Boote *Co-operator II und III.* GERTRUD DAVID

Sozialpädagogische Bewegung

Auer † Auer war ein praktischer Sozialpädagoge, er verdient daher auch an dieser Stelle ein kleines Denkmal. Die Redaktion gibt hier einige Zeilen wieder, die jemand schrieb, der Auers Wirken und Persönlichkeit ein wenig kannte:
Wenn Liebknecht seinen guten Tag hatte, erklärte er uns gerne, dass der liebste Titel, den er sich in seinem kampfreichen Leben erworben, der des Schulmeisters sei. Zwischen Liebknechts und Auers Wesensart lag eine Welt, und dennoch scheint es uns, dass Auer den Namen eines Pädagogen am ehesten mit dem *Alten* gemein hatte. Er war ihm in solcher Kunst vielleicht noch über. Liebknechts Erziehungsmethode, obgleich für die Masse berechnet, stach gefällig ins Auge, ging auf Eleganz im guten Sinne des Wortes hinaus, wogegen Auer kräftig an uns rüttelte. Es setzte häufig einen Puff bei ihm, und er war gar nicht der Mann, sich deswegen zu entschuldigen. Aber da fällt uns ein, dass Auer ja viel zu wenig Zeit fand, sich als Erzieher an die Masse heranzumachen. War doch an denen, die sich ihre Führer dünkten, noch so gottsjämmerlich viel herumzustutzen, bis sie, ohne gar zu schlimmes Unheil anzurichten, an ihre eigentliche Aufgabe herangelassen werden durften. Wie nahmen denn nun diese Leute die gar nicht sanfte Schule auf? Nun, etliche jammerten vor dem Volk, sorgten eifrig dafür, dass Auer der üble Ruf des *Staatsanwalts* erhalten bliebe. Andere waren einsichtiger, rieben sich im stillen Kämmerlein den Buckel, setzten sich darauf fleissig zum Büffeln nieder und gingen dann erst als *Führer* unters Volk. An diesen soll Auer am ehesten Freude gefunden haben, obgleich sie viel bösartiger waren, als die erste Sorte. Es hat dieser und jener eine Weile unter Auers Zucht gestanden, der dann etwa ein Gewerkschaftsleiter ward und manchmal auch andere Wege einschlug, als Auer sie für gangbar hielt. Doch drückte er diesen tüchtigen Kerlen gern die Hand, trotz ihrer Widerborstigkeit. Auer war Philosoph genug, um zu wissen, dass es das Los eines Schulmeisters ist, von seinen besten Schülern geschulmeistert zu werden.

× ×

Volksvorlesungen In Frankfurt a. M. entfaltet eine Anzahl sozial eifrig interessierter und organisatorisch tüchtiger Personen eine umfassende Arbeit auf dem Gebiete der Volksbildung und Volksunterhaltung. Eine Gruppe von Organisationen, die einander angegliedert oder aus einander hervorgegangen sind, legt davon Zeugnis ab. Der älteste dieser Vereine ist wohl der *Ausschuss für Volksvorlesungen*. Er wurde im Jahre 1889, zur Zeit des Sozialsitengesetzes, in der ausgesprochenen Absicht gemeinsamen Zusammenarbeitens aller sozialen Klassen gegründet. Der letzte Jahresbericht betont sehr eindringlich den paritätischen Standpunkt des, übrigens von der Kommune mit 8000 M. jährlich subventionierten Vereins. Der Verein betrachtet es nach wie vor als seine Hauptgrundlage, den am Ort bestehenden Arbeiterorganisationen die Möglichkeit zu geben, als körperschaftliche Mitglieder beizutreten und sich durch Vertreter aktiv an der Bildungsarbeit zu beteiligen; und da ihm Anfang 1906 die erstrebte Rechtsfähigkeit in allen Instanzen verweigert wurde, weil er laut Statut nicht rechtsfähige Vereine die körperschaftliche Mitgliedschaft erwerben lässt, sieht er sich jetzt vor die Aufgabe gestellt, »das selbe sachliche Ziel auf anderem Wege zu erreichen«. Die Mitarbeit der Arbeiterorganisationen erschien dem Ausschuss nicht nur »seinen Prinzipien entsprechend als wesentlich«, sondern sie habe sich auch durchaus bewährt. Unter den körperschaftlichen Mitgliedern befinden sich freie, christliche, evangelische, katholische Gewerkschaften.

Obschon man nun nicht verkennen kann, dass dieses gemeinsame Zusammenarbeiten an der Volksbildung schliesslich auf Wohltätigkeit gegründet bleibt, und dass die Bildungsfrage eben doch nicht, wie der Bericht es annimmt, so viel weniger unlöslich ist, als die Lohnfrage, von der sie vielmehr letzten Endes abhängt, und mit deren Lösung sie in der Möglichkeitskontur auch gelöst wäre, obschon man sich also in dieser Hinsicht nicht täuschen soll, sind doch heute, wo die Sozialdemokratie noch nicht stark genug ist, die Arbeit der Volksbildung zu verrichten, Vereine mit den Tendenzen des Frankfurter Ausschusses nützliche Gebilde, die man vom Standpunkt der Arbeiterbewegung und des Sozialismus nur begrüssen kann.

Über die Arbeitsleistung des Ausschusses mögen hier noch einige Ziffern berichten. Es fanden statt 64 öffentliche, 62 Gewerkschaftsvorträge, 10 Führungen (gleichfalls für Gewerkschaften), 5 Lehrgänge (Literaturgeschichte, Kunstgeschichte, Astronomie, Medizin, Handelswissenschaft), 10 Volksvorstellungen, 5 Volkskonzerte. Mozartfeier und anderes mehr.

Im Jahre 1899 hat der *Ausschuss für Volksvorlesungen* in der Erkenntnis, dass die fortwährend an ihn herantretenden Anforderungen aus den Vororten und der weiteren Umgebung — ein Andrang, der sich nach den Berichten aus der dem Ausschuss eigenen Organisation erklärt — sich mit den lokalen Aufgaben nicht mehr vereinigen liessen, den *Rhein-Mainischen Verband für Volksvorlesungen und verwandte Bestrebungen* begründet. Dieser hat sich zu einem Gebilde von 400 persönlichen und 98 körperschaftlichen Mitgliedern ausgewachsen und ermöglicht es, dass selbst kleinere Orte Vortragsreihen und andere wissenschaftliche Veranstaltungen zu mässigen Honorarsätzen zu wege bringen, Volksbibliotheken und Lesehallen unterhalten. An einigen ländlichen Orten hielt man Kurse über die Ortsgeschichte in Verbindung mit der Gau- und deutschen Geschichte und fand, dass diese »bodenständige Arbeit . . . für ländliche Verhältnisse wohl die tiefgehendste« ist. Sie brauche aber nicht immer die Geschichte, ebenso gut könne sie die Natur, das Volksleben, die wirtschaftlichen oder geistigen Verhältnisse der Heimat zum Vorwurf nehmen.

× ×

Volksbühnen In Wien hat sich am 13. September vorigen Jahres eine *Freie Volksbühne* konstituiert, nachdem schon im Juni in der *Arbeiterzeitung* ein von Pernerstorfer und anderen bekannten Parteigenossen unterzeichneter Aufruf erschienen war und zirka 1000 Arbeiter sich zum Beitritt gemeldet hatten. Die Wiener *Freie Volksbühne* kennt zwei Kategorieen von Mitgliedern: solche, die 1 K. 40 h. und solche, die 90 h. monatlich zahlen. Die ersteren erhalten die besseren Plätze. Die Auslosung der Sitze jeder Kategorie geschieht einige Tage vor der Vorstellung. Je 1000 Mitglieder bilden eine Abteilung; der Verein begann seine Tätigkeit im Oktober und hat bereits seine 4. Abteilung eröffnet. Gespielt wurden die folgenden Stücke: Andrejew *Zu den Sternen*, Rose-

now *Kater Lampe,* Hauptmann *Hannele,* Hartleben Einakterzyklus, Eckardt *Familienväter.* Die Aufführungen finden im *Lustspieltheater* oder im *Josefstädtischen Theater* statt. Die Darsteller sind jedoch von verschiedenen Wiener Theatern, und die Leistungen sollen nach den vorliegenden Berichten gute sein. Jeder Darsteller erhält ein Heft mit Charakteristik des Stückes.

Am 27. Februar schloss die Generalversammlung der *Freien Volksbühne* Charlottenburg das 2. Geschäftsjahr des Vereins ab. Die Vorstellungen finden jetzt in dem neuen Charlottenburger *Schillertheater* statt, während man früher im Saale des *Volkshauses* spielen oder nach Berlin fahren musste. Dieser Wechsel ist dem Verein zur inneren Festigung gediehen, auch hat er sich etwas vergrössert. Gespielt wurde unter anderm Hauptmann *Der Biberpelz,* Lessing *Minna von Barnhelm,* Beyerlein *Zapfenstreich,* Heijermans *Hoffnung auf Segen,* Schiller *Die Räuber.* In der Generalversammlung wurde der Beitrag von 60 auf 80 Pf. erhöht, und zwar mit allen gegen 3 Stimmen, woraus zu schliessen ist, dass die Mitglieder mit den Leistungen des Vereins zufrieden sind. Im Verhältnis zu der in Charlottenburg ansässigen Arbeiterbevölkerung ist aber die Mitgliederzahl noch recht klein, und es wird sich erst noch erweisen müssen, ob eine Volksbühne in Charlottenburg neben den beiden grossen Berliner Vereinen bestehen kann.

× ×

Kurze Chronik Die *Öffentliche Bibliothek und Lesehalle* in Berlin, die sich gleich in den ersten Jahren ihres Bestehens unter den für die Massen der Berliner Bevölkerung in Betracht kommenden Bildungsanstalten einen hervorragenden Platz errungen hat, versendet den Bericht über das 7. Betriebsjahr. Die Angaben erweisen wiederum erfreulichen Fortschritt. Der Leserkreis dehnt sich über alle Stadtteile, bis weit in die Vororte hinein aus, und wächst täglich. Im ganzen wurden im 7. Jahre 82998 Bände in und ausser dem Hause entlehnt, 51 % der entlehnenden waren gewerbliche Arbeiter. Die Lesesäle wurden von 67103 Männern und 2706 Frauen besucht, in den Lesesälen liegen jetzt 529 Zeitungen und Zeitschriften auf und im Arbeitszimmer der Lesehalle befindet sich eine Nachschlagebibliothek von 1455 Bänden, die von den Besuchern in umfassender Weise benützt wurde. × In Kopenhagen wurde ein sozialdemokratischer Lehrerverband gegründet, der die sozialdemokratisch gesinnten dänischen Lehrer und Lehrerinnen zu dem Zwecke vereint, den das Schul- und Erziehungswesen betreffenden Forderungen des Parteiprogramms zum Durchbruch zu verhelfen. × In Preussen hingegen wären nicht nur sozialdemokratische Pädagogen, sondern hier ist auch schon eine nicht reaktionär verdummende Pädagogik ganz und gar unstatthaft. Das hat der Verein *Freier Kindergarten* in Charlottenburg erfahren müssen. Dieser hat in seinem, seit 11 Monaten eröffneten, sich wachsenden Zuspruchs von seiten der Arbeiterfamilien erfreuenden Kindergarten verbrecherischerweise rein pädagogischen Prinzipien nachgestrebt, die Kinder also weder zum Hurraschreien und Spalierbilden, noch zum Beten dressiert. Er ist zum 1. April von der Regierung zu Potsdam inhibiert worden und führt nun Beschwerde bei den oberen Instanzen.

× ×

Literatur Eine oft schmerzlich empfundene Frage ist die sozialistischer und proletarischer Eltern nach geeigneter Jugendlektüre. Zweifellos besteht da eine Lücke, zu deren Ausfüllung noch sehr viel zu tun ist. Gute Anfänge sind indessen vorhanden, und der weitaus bemerkenswerteste ist die Beilage *Für unsere Kinder,* der von der Genossin Zetkin redigierten *Gleichheit.* Diese Kinderbeilage der *Gleichheit* begann vor zwei Jahren zu erscheinen, und zu Weihnachten 1906 kamen die beiden ersten Jahrgänge als ein recht ansehnlicher Sammelband heraus. Man kann die 26 Nummern nunmehr im Zusammenhang würdigen, und man hat dabei eine grosse Freude ob der prächtigen Leistung. Es ist hier mehr als ein Versuch getan, oder, wenn man schon diesen in Vorworten nun einmal üblichen Ausdruck übernehmen soll, so ist es jedenfalls ein äusserst glücklicher Versuch. Die Hauptsache: Nirgends drängt sich eine Tendenz hervor, der Geist, der über dem Ganzen ruht, ist so gar nicht äusserlich sozialistisch; er ist heiter, frisch und unbefangen, nimmt ohne jede Kleinlichkeit und Engherzigkeit das Gute, wo es sich findet, und schafft so ein gesundes, im besten Sinne nationales Kinderbuch, an dessen innerlichem Sozialismus nicht das Geringste auszusetzen ist. Die Mängel, die dieser Arbeit noch anhaften, und die die Redaktion ganz

genau selbst erkannt hat, stehen in keinem Verhältnis zu den besonders grossen Schwierigkeiten der Aufgabe und fallen vorerst auch nicht ins Gewicht, denn es sind sozusagen Mängel der Quantität, der Ausdehnung. Das, was geboten wird, bleibt dessenungeachtet geradezu vorbildlich für das Streben nach einer in die sozialistische Gedankenwelt einführenden Kinderlektüre. FRANZ LINDHEIMER

WISSENSCHAFT

Philosophie

Weltanschauung Vom Standpunkte der Lebensbejahung, aber zugleich einer anarchistisch wirtschaftlichen und ethischen Anschauung aus, will A. Martin Stirners Lehre erneuen. Sein kleines Schriftchen *Max Stirners Lehre* /Leipzig, Wigand/ ist im wesentlichen eine mit kurzer, Stirner glorifizierender Einleitung versehener Auszug aus Stirners Hauptwerk *Der Einzige und sein Eigentum*.
Wertvoller sind Fechters *Grundlagen der Realdialektik* /München, Georg Müller/, worin der Autor von neuem auf Bahnsen, einen Umbildner Schopenhauers und Gegner Hartmanns, aufmerksam macht, der den Menschen als ein bewusstes Nichts hinstellt, aber doch im Gegenteil zu Hegel den Widerspruch nicht bloss als logisches, sondern als reales Prinzip hinstellt, was ja entfernt an Marx-Engels erinnert.
Bemerkenswert ist auch des Züricher Privatdozenten Eleutheropoulos *Einführung in eine wissenschaftliche Philosophie* /Leipzig, Heinsius/. Ihm ist Ziel der Philosphie, die Ergebnisse der Einzelforschung in einem Gesamtbilde zu vereinigen. Die bisherige Philosophie habe mit Ausnahme einiger Philosophen, die überhaupt keine Weltkonstruktion versucht haben, die Welt so konstruiert, dass die durch sie vertretene Lebensführung damit begründet werde. Er erstrebt dagegen eine objektive, schonungslose, nur der Erkenntnis dienende Forschung. Wer, wie Schreiber dieses, die wesentliche Aufgabe einer fruchtbaren Philosophie in der Erforschung der aller Wissenschaft und aller Lebensführung zu grunde liegenden Methodik des Denkens und Wollens sieht, wird da freilich anders formulieren und den Zweifel nicht unterdrücken, ob zumal ein einzelner das erstrebte Gesamtbild, wenn es wirklich geschlossen sein sollte, herstellen kann, ohne doch in luftige Spekulationen zu geraten. Einige kritische Bemerkungen haben mich angesprochen, so die, dass die Ableitung der Ethik aus egoistischen und altruistischen Motiven ebenso viel wert sei, als wenn man das Wachsen und Wurzeln einer Pflanze aus erdstrebenden und sonnenstrebenden Kräften ableiten wollte. Kant hat er in vielem kritisiert. Aber dass die Formen *a priori* schon vor der Erfahrung im Geiste vorhanden gedacht werden, stimmt denn doch nicht, sie entspringen nach Kant bei Gelegenheit der Empfindung im Geiste. Den methodischen Wert von Kants Lehre hat Eleutheropoulos auch nicht völlig erkannt.

× ×

Logik und Erkenntnistheorie Hier wird erfreulicherweise wieder mehr gearbeitet, auch in Richtungen, die wenigstens einige Hoffnungen für die Zukunft erwecken können, in der Richtung der Analyse des Geistesinhalts. Nicht sonderlich weit kommt freilich darin Karl Düssel (*Anschauung, Begriff und Wahrheit* /Tübingen, Mohr/). Anfangs macht er die sehr erfreuliche Unterscheidung zwischen Anschauungen und Beziehungen. Aber statt nun dies als reale Basis zu grunde zu legen und vor allem einmal zu untersuchen, was etwa an Beziehungen schon in dem stecken möchte, was er *Anschauung* nennt, kommt er zu dem seinem Ausgangspunkte total widersprechenden Ergebnis, alle Anfänge der Wissenschaft blieben hypothetisch, eine Ansicht, die, so formuliert, der Phantasterei die Tür zu öffnen geeignet ist.
Genauer, als er, geht Professor Dr. Schwartzkopff (*Was ist Denken?* in der Beilage zum Jahresbericht 1906 des *Fürstlich Stolbergischen Gymnasiums* zu Wernigerode) auf die Analyse ein. Er will zeigen, dass in dem objektiv gerichteten Fühlen, dem Empfinden, eine Beziehung auf das Objekt, eine Selbstunterscheidung zwischen Subjekt und Objekt enthalten ist, ähnlich, wie ich es in einem Aufsatz *Der Streit über das Ding an sich und seine Erneuerung im sozialistischen Lager* in den *Kantstudien* darzutun versucht habe. Aber statt nun diesen Gedanken, dass Denken Beziehen sei, weiter zu verfolgen, klappt er in seinem Ergebnis, Denken sei Fühlen, alle gewonnene Unterscheidung wieder zusammen.
Auf dem Gebiete der eigentlichen Logik ist eine Übersetzung des in England viel gebrauchten *Leitfadens der Logik* von

W. St. Jevons von Dr. Hans Kleinpeter /Leipzig, Barth/ besorgt worden. Sie enthält viele moderne Elemente, gewiss. Aber im Grunde ist es — trotz der Empfehlung Machs — doch nur eine Erneuerung der in Deutschland doch nun allmählich dem Verschwinden nahe gebrachten, mit oft gar faden Beispielen arbeitenden Wort- und Klassifikationslogik, einer Kunst, mit möglichst viel Aufwand an Gedankenarbeit möglichst wenig Ertrag zu erzielen.

Ganz auf dem altkantischen Standpunkte betreffs der Logik steht Ernst Marcus (*Die Elementarlehre der allgemeinen Logik und die Grundzüge der transzendentalen Logik. Die Freilegung einer durch Irrungen verschütteten exakten Wissenschaft* /Herford, Menckhoff/). Es ist eine respektable Arbeit, der man Scharfsinn und Fleiss nicht absprechen kann. Referent freilich kann einige der Kantischen Grundanschauungen, von denen der Verfasser ausgeht, seine Auffassung des *a priori*, seine Art der Unterscheidung von Materie und Form und anderes mehr, nicht teilen. Der Versuch, Materie und Form grundsätzlich ein für allemal im Objekt, statt bloss in den Erkenntnisakten, zu unterscheiden, dürfte gerade auch Kant selbst in bedenkliche Labyrinthe geführt haben.

× ×

Ethik Zwei Schriften liegen uns heute darüber vor, der vom Standpunkte Herbarts gearbeitete *Grundriss der Ethik* des Jenenser Pädagogen und Ethikers Wilh. Rein /Osterwieck, Zickfeld/ und die von Leopold Katscher besorgte Übersetzung des 1. Bandes des grossen englischen Werkes des Professor Westermarck *Ursprung und Entwickelung der Moralbegriffe* /Leipzig, Klinkhardt/. Rein sieht sehr wohl die Bedeutung der biologischen und sozialen Tatsachen für die Ethik, erkennt richtig im Gemeinschaftsleben den Ursprung und die Quelle der Sittlichkeit und möchte diese Gesichtspunkte mit dem der Persönlichkeit, der Verbesserung des Herzens, darin die wahre Quelle der Sittlichkeit ruhe, verbinden. Das Streben ist gewiss zu begrüssen. Aber um diese beiden *wahren Quellen* der Sittlichkeit, die doch in sehr verschiedener Bedeutung diese Bezeichnung verdienen, in rechte Beziehung zu bringen, scheint Referenten der Schematismus der im eigentlichsten Sinne bureaukratischen Ethik Herbarts wenig geeignet, wie schon Natorp in seinem Buche über *Herbart und Pestalozzi* auseinandergesetzt hat. Ganz auf entgegengesetztem Standpunkte steht das Werk Westermarcks. Dieses will beweisen, und zwar durch Herbeitragung eines ungeheuren historischen und ethnologischen Tatsachenmaterials belegen, dass »auch unsere moralischen Begriffe am letzten Ende auf Gefühlen der Billigung und Missbilligung beruhen«. Das wird — in dem Sinne, wie es der Verfasser darlegt — schwerlich jemand bezweifeln, aber was damit betreffs der Ethik viel aufgeklärt ist, ist die Frage. Sollte man etwa die Gesetze der Optik mit der Aufzählung der elementarsten Beispiele für Lichtempfindlichkeit darlegen können? Wohl hat Westermarck auch logische und soziale Faktoren erwähnt, aber nicht untersucht — wenigstens in diesem Bande nicht —, welchen Anteil sie an den moralischen Beurteilungen haben, und wie sich diese Beurteilungen mit der Entwickelung der sozialen Faktoren entwickeln und wandeln. Und das wäre doch wohl die Hauptsache. So ist das Buch wohl eine schätzbare gelehrte Fundgrube, aber als Untersuchung über Ursprung und Entwickelung der Moralbegriffe kann es bis jetzt nicht anerkannt werden. Vielleicht bringt da der 2. Band Befriedigenderes.

× ×

Religion Von einem liberalen, aber nüchtern rationalistischen Gesichtspunkte aus sucht C. Scharschmidt (*Die Religion, Einführung in ihre Entwickelungsgeschichte* /Leipzig, Dürr/) der Sache beizukommen. Aber er unterscheidet nicht recht das Wissen über Religion von der Religion, sodann nicht das Wesen der Religion als Beziehung zu höherer Macht von der Art, wie sich der Mensch diese vorstellt. Er meint, die persönliche Göttervorstellung gehöre dazu, und will danach den Buddhismus nicht als Religion anerkennen. Das Charakteristische für die Religion, wonach sie doch wohl ein Gemütszustand ist, darin sich der Mensch zu dem natürlich oder geistig oder sittlich Unbekannten in Beziehung setzen und das Unbekannte bekannt gemacht respektive symbolisiert wissen will, ignoriert er allzu sehr, ebenso den Zusammenhang mit der sozialen Entwickelung.

Wider Haeckel und dessen hypernaturalistische Behauptungen wendet sich Ph. Marcus in einem teils in Gesprächs-, teils in Spruchform abgefassten Büch-

lein *Monismus und Verwandtes* /Berlin, Walter/. Gegen Haeckels Dogmatismus zuweilen ganz scharfsinnig das Richtige treffend, verfällt er selbst nur wieder oft in einen entgegengesetzten Dogmatismus; es ist, scheint es, für die heutige Gebildeten noch allzu schwierig, die Grenzen gegebenen Erkennens zu sehen und, statt darüber hinauszuphantasieren, rechtzeitig das doch auch für den Gläubigsten endlich unvermeidliche Bekenntnis *Ich weiss nicht* auszusprechen. Diesen Vorwurf kann man allerdings dem Berliner Philosophen Georg Simmel nicht machen, der in Martin Bubers Sammlung *Die Gesellschaft* /Frankfurt a. M., Rütten & Loening/ ein kleines Bändchen *Die Religion* herausgegeben hat, das ernsthaft deren Wesen zu erfassen sucht. In sehr flotter Schreibart stellt es gerade die Beziehungen der menschlichen Umwelt, besonders auch die sozialen Beziehungen in ihrem Verhältnis zur Religion dar, es zeigt, dass die religiöse Gemütsstimmung sich auch nicht transzendenten Gegenständen gegenüber einstellen kann, und betont vor allem das religiöse Innenleben. Wir vermissen nur die Betonung, dass dann doch immer die religiöse Stimmung ein mystisches Verhältnis zu etwas Unbekanntem oder nicht völlig Bekanntem einschliesst und dass die religiöse Sphäre sich erfahrungsgemäss einengt, in dem Masse einengt, wie deren Gegenstände in das Licht der Erkenntnis rücken. Sodann hat Simmel, was noch wichtiger ist, versäumt, zu untersuchen, wie der religiöse Zug des Menschen vornehmlich in den höheren Religionen bewusst und unbewusst dazu benutzt wird, die Religion zum Herrschaftsmittel zu machen. Wenn man sich diese Gesichtspunkte ergänzt, so ist im übrigen das Büchlein vorzüglich geeignet, denjenigen, welche bloss die Oberflächenerscheinungen der Religion, die äusseren Glaubens- und Kultformen als wesentlich für die Religion anzusehen gewohnt sind, ein etwas gründlicheres Verständnis für deren Wesen zu vermitteln.

× ×

Neuausgaben Kants *Kritik der praktischen Vernunft,* 5. Auflage, herausgegeben und mit Einleitung sowie einem Personen- und Sachregister versehen von Karl Vorländer /Leipzig, Dürr/ zeigt die bekannten Vorzüge der Ausgaben des den Lesern wohlbekannten Gelehrten. Von Richard Avenarius', des bekannten Züricher Empiriokritikers, *Kritik der reinen Erfahrung* wird eine nach hinterlassenen handschriftlichen Aufzeichnungen des Verfassers verbesserte Neuausgabe von J. Petzold in Spandau veranstaltet, deren 1. Band nun erschienen ist. Eugen Dietzgen hat wieder einen Teil der Werke seines Vaters Josef Dietzgen unter dem Titel *Sozialdemokratische Philosophie* /Berlin, Buchhandlung *Vorwärts*/ mit zugefügtem Vorworte in Sonderausgabe erscheinen lassen.

× ×

Kurze Chronik Zum 73. Geburtstage Ernst Haeckels wurde eine alte Lieblingsidee des greisen Forschers der Verwirklichung nahe gebracht. Die Mittel zur Schaffung eines phylogenetischen Museums sind gesammelt und ihm als *Haeckelstiftung* zur Verfügung gestellt worden. Die *Zeissstiftung* hat dazu 30 000, Herzog Ernst von Meiningen 20 000, andere haben insgesammt noch 50 000 M. gestiftet. Haeckel selbst will vom Ertrage seiner *Welträtsel* ebenfalls 30 000 M. hinzufügen. Möge der alte Herr das Werk noch lange in fruchtbarer Wirksamkeit sehen! × Charakteristisch für gewisse heutige Zeitströmungen ist das Verbot der religionsphilosophischen Vorträge Ernst Horneffers seitens des Bürgermeisters Örtel in Zittau, und noch charakteristischer die Begründung, die Vorträge bedürften als politische der Anmeldung, und da der Verfasser Eintrittsgeld erhebe, bedürfe er eines Gewerbescheines. Die Aufsichtsbehörde hat freilich das Verbot als gesetzwidrig bezeichnet.

× ×

Literatur Aus dem Nachlasse des in jugendlichem Alter verstorbenen Erwin Kircher ist von Margarete Susmann und Dr. Heinrich Simon eine *Philosophie der Romantik* /Jena, Diederichs/ herausgegeben, die nach einer kurzen Einleitung über *romantisches Leben* Hemsterhuis, Friedrich Schlegel, Novalis und Schelling behandelt. Ein geistreiches, feurig geschriebenes Werk, leider aber auch oft von jener neuromantischen Art, welche mit den Ohren sieht und den Stromlauf aus den Wallungen der Quelle erklärt. × Ein wissenschaftlich gründliches Werk ist der 1. Band der gesammelten *Abhandlungen zur Sozialpädagogik* von Paul Natorp

/Stuttgart, Frommann/, worin teils ältere, teils neuere Untersuchungen des Verfassers über Platos Staat, Condorcet, Pestalozzi und Herbert enthalten sind. Diese Abhandlungen, die hauptsächlich die Anknüpfung an Pestalozzi im Gegensatze zu dem Schematismus Herbarts vertreten, sind allen, die sich für Pädagogik interessieren, sehr zu empfehlen. × Zum Verständnis des Verhältnisses von Schiller und Goethe zu Kant liefert einen wichtigen Beitrag *Kant, Schiller, Goethe,* gesammelt von Karl Vorländer /Leipzig, Dürr/. Es sind im wesentlichen Neubearbeitungen von zwei längeren Aufsätzen aus den *Philosophischen Monatsheften* und Vaihingers *Kantstudien,* aber für das grosse Publikum neu und sehr geeignet, über das Verhältnis unserer grössten Klassiker zu einander manches Licht zu geben.

Im *Neuen Frankfurter Verlage* erscheint seit April als Beilage zum *Freien Wort* eine neue Zeitschrift *Der Dissident* zur Vertretung der Interessen der vom offiziellen Kirchenglauben Abweichenden. × Gleichzeitig wird bei Vandenhoeck & Rupprecht in Göttingen eine »der Vertiefung der religiösen Geisteskultur gewidmete« Zeitschrift *Religion und Geisteskultur* von Lic. Steinmann herausgegeben. FRANZ STAUDINGER

KUNST

Dichtkunst

Dramen Ironie ist wohl nichts Wertvolles. Sie zerstört die Bedeutung der Sache durch Willkür im Urteil. Sie macht den Menschen blind, dass er Grosses und Wichtiges übersieht und Winziges und Angreifbares hervorkehrt an dem, was seinem Auge entgegentritt. In den höchsten Kulturepochen sind Völker und Individualitäten nie ironisch. Die Ironie stellt sich immer erst dann ein, wenn die Zeichen des Verfalles langsam heranrücken. Kant meint einmal, dass Ironiker und Stoiker, das heisst die temperamentvollen Verkleinerer der Welt, etwas Nomadenhaftes, Unstetes in ihrem Wesen hätten, das der guten und treuesten Moral in jeglicher Beziehung schlecht ansteht. Wer aber mit vollem, ehrlichem Enthusiasmus in diesem Theaterwinter in Berlins Schauhäusern sass, dem musste der Enthusiasmus verloren gehen, der musste zu der Erkenntnis bekehrt werden, dass gegenüber so vieler Fadenscheinigkeit und Dürftigkeit die Ironie nur ein Mittel sei, dass der ironische Rezensent nicht an der Schönheit verzweifle. Er ist immer und immer wieder enttäuscht worden. Er ist auf die Suche gegangen nach poetischen und schauspielerischen Talenten. Er ist heimgekehrt abgeschlagen und müde, ein Ironiker aus Not, nicht aus Neigung.

Der jüdische Dramatiker Scholem Asch hat das Trauerspiel *Der Gott der Rache* /Berlin, S. Fischer/ geschaffen. Dieser junge Mann war mit grossen Hoffnungen nach Berlin eingezogen. Und die Freunde, denen ein gewisses Naturburschentum, eine mauschelnde Unbekümmertheit und Verträumtheit an ihm gefielen, horchten sorgsam auf, wenn vom Munde sehr geschickter Stimmungsmacher das Genie des Scholem Asch gepriesen wurde. Das Stück kam auf die Bühne und in den Buchhandel. Welche Niederlage, welche Seifenblase, mit literarischem Massstab gemessen! Ein schöner Stoff, ein Kobold, der sich an ihn wagt: Der Hurenwirt, der seine Frau aus dem Freudenhaus geholt hat, will die Tochter unberührt vor dem Laster bewahren. Die Tochter jedoch hat der Mutter Blut und Gelüsten. Sie ist leicht den Verführungen eines hart gesottenen Zuhälters und einer Dirne zugänglich. Sie lässt sich ins Bordell schleppen in dem Augenblick, da der Vater für sie mit stolzer Genugtuung den Weg zu einem ehrbaren Lebenswandel gebahnt hat. Man wollte die Innerlichkeit aus diesem Werke hören, den Schrei des Ghettojuden Asch, der Entsetzliches zu berichten und zu geisseln hat. Man vernahm jedoch nur die geschickte, übergeschickte, hoffnungslose, verstimmende Raffiniertheit eines sentimentalen Jünglings, der akrobatengeschmeidig unseren Vorstadttheatralikern die Kniffe abgetrumpft hat. Wenn man die Pracht der Ideen und Empfindungen, die Tragik der Menschen überlegt, die aus einem keuschen Dichterherzen über diese Welt hätten strömen können, dann wird einem bange und angst.

Wildenbruch ist heute 62 Jahre alt und er dichtet noch immer mit jener knabenhaften Überschwänglichkeit, die manche an ihm ganz sympathisch finden, deren Fanfaronaden mir aber sehr schmerzhaft gegen den Geschmack laufen. Sein Stück heisst diesmal *Die Rabensteinerin* /Berlin, Grote/. Die Rabensteinerin ist ein Schlossfräulein ir-

gendwo um Augsburg. Ihr Vater, ein Schnapphahn, hat den Bartholomaeus Welser schwer bei einem Raubzug verwundet, ist aber selbst in den Tod getroffen worden. Die Rabensteinerin gewinnt den Mörder des Vaters lieb, der Welser gewinnt sie lieb, die beiden können es nicht mehr aushalten vor Lieb', obwohl es sich trifft, dass die Rabensteinerin enthauptet werden soll, weil sie des verliebten Welsers hochmütige legitime Braut mit der Armbrust in die Kehle schoss. Die Rabensteinerin wird nicht hingerichtet, weil es sich trifft, dass der verliebte Welser sie nach augsburgischem Recht als sein Gemahl freit, was wieder nach augsburgischem Recht die arme Sünderin vom Henkersstuhl befreit. An Stelle der Seele tritt hier — und das ist kein Parteivorwurf, sondern ein ästhetischer — die Achtung vor historischen Konventionen, archaistischen Eigentümlichkeiten und Bräuchen.

Schluss der Theaterspielzeit und ein schlechtes Fazit für die Bühnendichtung. Die armen Menschen, die sich für den Frühling nicht in neue Gewänder kleiden können, holen die alten aus den Schränken. Sie mustern sie von hinten und von vorn. Sie flicken und putzen und schmücken und ergänzen, und wenn sie dann ihre dürftig aufgefrischte Frühlingsherrlichkeit bespiegeln, wird ihnen weh, wird ihnen traurig, wird ihnen übel. Wir haben im Winter wenig Neues, viel Ausgestaubtes und Zernagtes bekommen.

× ×

Exotisches Wenn wir die Bücher durchlesen, die von modernen Autoren über exotische Gegenstände geschrieben sind, etwa die Japanwerke des grossen Engländers Lafcadio Hearn, dann geht uns die Erkenntnis auf, dass eine ganz neue Art der Reisebeschreibung und der Schilderung entlegener Kulturen von den sublimsten Intellekten geübt wird. Sie begnügen sich nicht mehr mit der Wiedergabe des Idyllischen, des Friedlichen, des nach aussen hin Scheinenden, der Formengrazie, die aus der Landschaft und den fremden Menschen spielt. Sie wollen trotz der Üppigkeit ihrer poetisch gesteigerten Visionen belehren und unterrichten. Sie wollen die Tropenwesen in ihrem Treiben darstellen, wie sie die Palmenkerne kauten, wie sie die Paradiesblumen durcheinanderwinden, wie sie Schilfkränze und Urwaldgeschlinge anwenden, sich grotesk und himmlisch aufzuputzen. Und eine zweite Absicht leitet sie noch, die gerade die wertvollsten unter diesen Schriftstellern treibt. Sie philosophieren nicht über den Geisteszustand der merkwürdigen Typen. Sie haben eine dem gebildetsten und fähigsten Journalisten angeborene Fähigkeit, immer aus den Betätigungen ihrer Menschen das eben herauszusuchen, was sie in ihrem seelischen Handeln kennzeichnet. Sie sind keine Dichter im höchsten Sinne. Sie sind keine Erzähler als frei erfindende Fabulierer, sie sind glänzende Gruppierungstalente, vollständig an der Tageszeitung und deren Technik geschult. Schon äusserlich gibt sich das in ihren Werken dadurch kund, dass sie immer einzelne in sich geschlossene Kapitel — wenn man will Feuilletons — schreiben. Und diese Art bestimmt ihren Stil. Aus solchen Erwägungen heraus ist der junge dänische Schriftsteller Johannes V. Jensen zu verstehen, den der Verlag S. Fischer in Deutschland mit zwei Werken uns bekannt gemacht hat. Das erste ist ein Kriminalroman *Madame d'Ora*, das zweite ein Bändchen Skizzen, mit dem Nietzschemotto gekrönt, *Die Welt ist tief*. Dieser Kriminalroman ist trotz seiner ästhetischen, künstlerischen Qualitäten kein geschlossenes, endgültig ausgerundetes Gebilde. Er ist die unglaublich geschickt verarbeitete Sensation eines eigentümlichen Romantikers. Des Verfassers Hauptperson hat sich in Satanismus und Okkultismus vertieft; der Held ist auf allen Weltmeeren gefahren, hat Opium geraucht und Negerweiber und strahlende Orientalinnen geliebt. Er hat, wie man so zu sagen pflegt, die Sterne des Theaters fasziniert, halb Zuhälter, halb Genie, halb Weiser, halb Kind, dem sich ein Weib, eine Abenteurerin und eine keusche Frau zugleich, verbündet. Er ist ein Mörder und ein Gott, und er und seine Geliebte werden in dem Augenblicke aller entsetzlichen Schandtaten entlarvt, da sie an das letzte Geheimnis der überirdischen Welt geführt zu sein wähnen. Ganz ein auf Spannung und Erregung gearbeiteter Roman, nicht aus dem Erlebnis und dem Leid, sondern aus der Artistik und der Schrulle. Der Verfasser hat sich sein Thema gestellt. Er führt es glänzend durch. Er ist kein Dichter, sondern ein *erstklassiger* Journalist, der für Schilderung und Lebhaftigkeit der Zeichnung seltene Begabung besitzt. Diese hohen Eigenschaften treten in dem Skizzen-

bande noch klarer hervor. Pierre Loti, Rudyard Kipling, an all die Namen erinnert man sich, und man erinnert sich weiter, dass die Lyrik dieser Poeten nicht am Beschreiben allein befriedigt wird. Jensen ist noch bescheidener. Er beschreibt fast nur. Aber dann versucht er, die grossen Welthintergründe, die Anfänge der Kulturverfeinerung ahnen zu lassen, wenn er mit einer verhaltenen Ironie die Roheit der Urmenschen, die ungestörte Grösse der lebenden und toten Natur erzählt. Er ist ein wenig spöttisch, kein sentimentaler Reisender, wie die virtuosen Engländer des Aufklärungsromans. Er lässt aber doch ahnen, dass er weit, weit über seinen wilden Seltsamkeiten steht.

× ×

Kurze Chronik Eine schöne Gabe des Inselverlags sind die *Kleinen Dramen* Hugo von Hofmannsthals (*Das Bergwerk zu Falun, Der Kaiser und die Hexe, Das kleine Welttheater*). × Zu erwähnen ist die in der Anlage gut gedachte, im Aufbau nicht geschickte und in der Ausführung schwache Komödie Georg Hirschfelds *Mieze und Maria* /Stuttgart, Cotta/. MAX HOCHDORF

DIVERSA

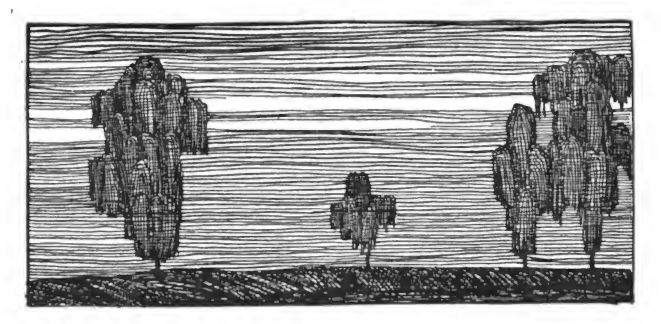
Bücher

Oettingen: *Chodowiecki* Zwei Publikationen des Bardschen Verlages darf man durchaus nachsagen, dass man sie gern besitzt. Schaeffers Hausmannbiographie ist die erste, die über diesen Vorläufer der modernen Malerei eingehend orientiert, und der *Chodowiecki* Oettingens bietet sich in einer Form, deren Geschmack sich schwer umschreiben, wohl aber mit Genuss empfinden lässt. Die Gediegenheit der Ausstattung, also das Verdienst des Verlegers, drängt sich hier um so mehr vor, als der schriftstellerische Teil des Ganzen nicht allzu bedeutsam ist; er stammt von einem Kunsthistoriker, der Chodowiecki und das friderizianische Berlin kennt, über den künstlerischen Wert der Chodowieckischen Produktion ein verständiges Urteil hat und sein Material kalt, glatt und nuancenlos, aber sehr sicher und ohne Prätention vorträgt. Die Auswahl der Zeichnungen ist nicht gross; sie war nicht ästhetischen, sondern historisch-biographischen Rücksichten unterworfen und sucht mit Stichproben eine Anschauung von allen Schaffensperioden des Meisters zu vermitteln. Die Reproduktionen sind glänzend; sie geben sich mit der Unmittelbarkeit der Originale. Ihr Arrangement auf blaugrauem Tonpapier ist apart, und der schöne Buchdeckel, graues Leinen mit schwarzer Schrift und Arabeske von E. R. Weiss, zeigt jene Noblesse, die wir noch vor wenigen Jahren nur an den Editionen des *Inselverlages* zu sehen gewöhnt waren.

× ×

Schaeffer: *Friedrich Karl Hausmann* Wesentlich hausbackener im Äussern präsentiert sich Schaeffers Buch. Es strebt mit Glück eine Verinnerlichung des Interesses, im wörtlichsten Verstande an, und man kann nicht umhin, auch hier den Verlag zu loben, der zur rechten Zeit sein Schmuckbedürfnis einzudämmen weiss, um einem Autor die volle Resonanzfähigkeit zu erhalten. Dabei spricht Schaeffer durchaus nicht mit leiser Stimme; leise sein ist mit der Gemütlichkeit, die er heute um sich zu verbreiten liebt, nicht recht vereinbar. Früher war er ein esoterischer Jüngling; er vibrierte in Ekstasen und abgebrochenen Sätzen. Heut ist er rund und gut österreichisch allewege, spricht, gut österreichisch, in einem gemässigten Allegro mit jener unermüdlichen und unaufhaltsamen Eloquenz, die um kein Wort verlegen ist, und verfügt hier und da über den ganz echten Ton einer fühlend und sich fühlend gehobenen Männerbrust. In summa: Sein Buch ist tüchtig und liest sich amüsant. Er gab ihm den Ton einer alten Familiennovelle, und das war für den Stil ein Wagnis. Aber das Ganze war von vornherein so unbekümmert und leger angelegt, dass er nur etwas Ordentliches recht natürlich daherzureden brauchte, um den Ton einheitlich zu wahren. So hat das Buch Nuancen bekommen, die Nuancen einer menschlichen Aussprache, die mit ihrem Gegenstande in sympathetischen Schwingungen vibriert; es wirkt lebendig und gibt etwas Lebendiges, denn in seinen Zeilen stecken nicht so sehr die Destillate eines ästhetischen Intellektes — Schaeffer hat ihn nicht ganz reinlich durchgebildet —, als das Resultat einer Gestaltung. Hausmann lebt auf, nicht der abstrakte Künstler, sondern der Mensch von Blut und Nerven; man spürt durch die Logik seiner Entwickelung sein Temperament, seine Rasse, ja sein Persönlichstes: seine Atmosphäre. KONRAD MÜLLER-KABOTH

VERANTWORTLICH FÜR DIE REDAKTION HERMANN REHLÄNDER IN REHFELDE · VERLAG DER SOZIALISTISCHEN MONATSHEFTE G. M. B. H. IN BERLIN · DRUCK VON CARL ROSEN IN BERLIN



5° HEFT / MAI 1907

EDUARD BERNSTEIN · IGNAZ AUER, DER FÜHRER, FREUND UND BERATER

UER, der Einzigartige, wie man ihn nennen darf, ist der Sozialdemokratie entrissen. Dass wir in ihm einen ungemein verdienten, reich begabten Führer verloren haben, ist in vielen Nachrufen ausgesprochen, von keinem derer verkannt worden, die Auer näher gestanden haben. Viel Schönes und Zutreffendes hat man zu seiner Würdigung gesagt und geschrieben. Und doch will es mir scheinen, als sei die ganze Bedeutung dieses seltenen Mannes nicht zur Anschauung gebracht worden. Gerade in dem Besten, was über Auer geschrieben wurde, bin ich auf Sätze gestossen, die bei bestimmten Punkten, wie zum Beispiel der Stellung Auers zu derjenigen Richtung in der Sozialdemokratie, die man als die *revisionistische* bezeichnet, oder seiner Wertung der theoretischen Diskussionen, von durchaus falschen Voraussetzungen ausgehen. Auer ist der letzte, den man nach einzelnen Aussprüchen beurteilen kann. Man musste ihn sehr lange und sehr intim kennen, um sein Wesen und seine Denkungsart vollständig zu erfassen.

Das Leben Ignaz Auers birgt ein grosses Stück Tragik. Dass die Kinderjahre des früh verwaisten Bauernknaben mit Entbehrungen aller Art verknüpft waren, mag für sich noch nicht als das Schlimmste erscheinen. Der leichte Sinn der Jugend findet selbst unter den schwierigsten Verhältnissen Gelegenheit, das Veilchen zu pflücken, das uns am Wege blüht, und manche der grossen Charaktereigenschaften Auers mag in der harten Schule ausgebildet worden sein, die er als Knabe durchzumachen hatte. Aber wahrscheinlich stammt auch aus den Jugendjahren Auers, aus der Zeit, wo er als Hirtenknabe sein Brot erwerben musste, der Keim der Anlage zu Krankheiten, die ihm, kaum dass er in das reifere Mannesalter getreten war, die volle Betätigung seiner grossen Gaben unmöglich machten. Als ich Auer im Frühjahr 1872 kennen lernte, schien der hochgeschossene 25jährige Mann ein Riese an körperlicher Kraft. Noch steht mir die Szene lebhaft vor Augen, wo er und ein Landsmann

von ihm in einer Wirtschaft allein es mit mehr als einem Dutzend Couleurstudenten aufnahmen. Wir hatten, nach vorhergegangener unbedeutender Häkelei mit den Studenten, das Gastzimmer mit einem Separatzimmer vertauschen wollen, und einer der Studenten machte Miene, mir, als ich den Hut vom Rechen nehmen wollte, ihn aus der Hand zu schlagen. Kaum sah dies Auer, der schon in der Türe stand, so war er auch schon zur Stelle, schlug dem Studenten den Stock aus der Hand, packte dann, als die anderen Studenten jenem zu Hilfe kommen wollten, mit seinen mächtigen Fäusten ein halbes Dutzend von ihnen und schob sie durch den ganzen Raum hindurch gleich Lämmern dem Ausgang zu, was sein Landsmann und Berufskollege alsbald dem Rest gegenüber gleichfalls besorgte. Aber der selbe Auer, der diese und andere Kraftproben fertig bekam und nichts weniger als wehleidig war, war schon zu jener Zeit rheumatischen Erkrankungen leichter zugängig, als andere.

Eine sehr intime Freundschaft verband mich damals mit ihm. Am selben Abend, wo er zum erstenmal in Berlin in einem Verein von Mitgliedern der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Eisenacher Programms erschien, war auch ich dem Verein beigetreten, und bei einem von ihm angeregten Kampf um die Reorganisation des Vereins und eine tatkräftigere Agitation für die Partei hatte ich mich auf seine Seite geschlagen, was uns, da der Verein nur klein war, sofort persönlich nahe führte. Auer war nach Berlin übergesiedelt, um die dort vom *Allgemeinen deutschen Arbeiterverein* schwer bedrängte Mitgliedschaft der *Eisenacher* Partei in die Höhe bringen zu helfen, und er hat dies, unterstützt von Männern, wie August Baumann, August Heinsch, Max Kayser und anderen, trotz der schwierigen Verhältnisse, die in Berlin herrschten, in nicht geringem Grade fertig gebracht. Er hatte einen sichern Blick für die Leistungsfähigkeiten der Mitkämpfer und verstand es vorzüglich, frische Kräfte heranzuziehen und an den rechten Platz zu stellen. Man erkannte denn auch bald seine Überlegenheit im Disponieren und unterwarf sich ihr gern. Er war in der Tat der geborene Feldherr. Seine mit Humor gewürzten Reden und die warme Teilnahme, die durch die Derbheiten schimmerte, in denen er sich gern gefiel, gewannen ihm bald die Herzen, seine grosse Willenskraft und Tüchtigkeit erwarben ihm die Bewunderung der Geister. So wurde er, kaum in Berlin, der anerkannte Führer der dortigen Gemeinde der *Eisenacher*, die doch, so klein im Verhältnis sie war, über eine ganze Anzahl tüchtiger Elemente verfügte. Ebenso war es in der Organisation seiner Berufsgenossen, dem Sattlerverein. Auch dort ward ihm nach ganz kurzer Zeit, als verstehe es sich von selbst, die führende Stellung eingeräumt. Es waren jedoch Ehrenstellen, die Zeit und Arbeit kosteten, aber nichts einbrachten, und Auer blieb dabei der einfache Sattlergeselle und schanzte tags über für recht mässigen Lohn bei einem Kutschenfabrikanten. Seine Lebenshaltung war die denkbar bescheidenste. Gar manchesmal, wenn ich ihn in seiner Schlafstelle in der Wilhelmstrasse aufsuchte — ein eigenes Zimmer konnte er sich nicht gönnen — fand ich ihn bei einem Stück Schwarzbrot und etwas billigem Käse ein Buch studieren.

Auer war in seinen persönlichen Angelegenheiten eine sehr zurückhaltende Natur. So intim wir waren, so erinnere ich mich nicht, damals je von ihm eine Klage über die Entbehrungen gehört zu haben, die er sich, wie ich später erfuhr, zeitweilig auferlegen musste, noch, dass er von irgend einem seiner

Bekannten, die sich in besserer Lebenslage befanden, als er, Geld geliehen hätte, so oft er es vielleicht nötig hatte und so bereitwillig man gerade ihm ausgeholfen hätte. Unsere Partei als solche war arm und konnte keine regelmässig bezahlten Agitatoren anstellen. Aber es waren unserer genug in Berlin, die es vermocht hätten, einzeln oder kollektiv aus eigenen Mitteln ihm das Leben leichter zu machen. Es hätte dazu nur einer Andeutung von seiner Seite bedurft, doch kam sie nie über seine Lippen. Genau so hielt er es in Dresden, wohin er — wieder zu politischen Sanierungszwecken — Frühjahr 1873 übersiedelte. Unter dem begabten, aber gänzlich zerfahrenen August Otto-Walster waren die Verhältnisse an dem damals in Dresden herausgegebenen sozialdemokratischen *Volksboten*, einem kleinen, dreimal wöchentlich erscheinenden Blättchen, sehr in Zerrüttung geraten, und so veranlasste der Ausschuss der *Eisenacher* Partei Auer, in die Expedition des *Volksboten* einzutreten und in Dresden geordnete Zustände herzustellen. Dass man ihn dazu ausersah, zeigt, welches Vertrauen die an der Spitze der Partei stehenden Männer damals schon in seine Umsicht und Energie setzten. Er hat dies Vertrauen denn auch so sehr gerechtfertigt, dass ein Jahr darauf August Geib, der fähigste Kopf im Ausschuss der Partei, alles aufbot und es auch erreichte, Auer in die Parteileitung hineinzubekommen. Das Dresdener Parteileben war unter ihm wieder emporgeblüht, bei der Reichstagswahl vom Jahre 1874 hatte er als Mitglied des sozialdemokratischen Wahlkomitees für Sachsen Tag und Nacht gearbeitet und in Dresden selbst es dahin gebracht, dass in der Altstadt die Sozialdemokratie in die Stichwahl kam und in dieser es beinahe fertig bekommen hätte, das Mandat der noch wenig industriellen Stadthälfte zu erringen. Aber der *Volksbote* war in der damaligen Gestalt nicht zu retten, und so sehen wir Auer in Dresden, da er nicht gleich als Sattler Arbeit fand, zeitweise als Dachdecker für seinen Lebensunterhalt schanzen. Und doch hatte er, wie in Berlin, so auch in Dresden, ausser bei Arbeitern auch bei Sozialisten in bürgerlicher Lebenshaltung grosse Verehrer. Der hervorragende Statistiker Dr. Petermann und dessen Freunde schätzten Auer ungemein hoch und kultivierten seinen Verkehr, und Auer wusste die geistigen Anregungen, die er von ihnen empfing, gleichfalls sehr zu würdigen. Aber er unterliess auch den leisesten Versuch, durch die Vermittlung dieser Leute in eine etwas bessere Lebenshaltung zu gelangen, und ging gegen Ostern 1874 von neuem nach Berlin, wo er wieder als Sattler arbeitete, bis ihn der Parteiausschuss nach Hamburg entführte.

In Hamburg knüpfte sich bald eine enge Freundschaft zwischen ihm und dem literarisch gebildeten August Geib, die bis zum Tode dieses ausgezeichneten Mannes andauerte. Leider sind die Briefe verloren gegangen, die Auer mir in jener Epoche aus Dresden und Hamburg schrieb. Sie würden einen sehr interessanten Beitrag zur Parteigeschichte bilden, denn wir waren sehr vertraut, und Auer schrieb mir eingehend über allerhand interessante Vorkommnisse des Parteilebens. So unter anderem über den ersten Besuch Tölckes bei ihm und Geib, der zur Vereinigung der *Eisenacher* und Lassalleaner führte, und so über einen Besuch, den Karl Marx mit seiner Tochter ihnen 1875 auf der Rückreise von Karlsbad nach London abstattete, und den Eindruck, den Marx auf Auer machte. Die Briefe würden auch interessante Dokumente für die geistige Entwickelung Auers sein, denn die drei Jahre seines Hamburger Aufenthalts waren für ihn sehr fruchtbringend. In der Zentralleitung erst

der *Eisenacher* und dann der geeinigten Partei erweiterte sich ihm der Blick über das Gesamte der Partei und ihre Möglichkeiten, und der intime persönliche Verkehr mit Geib, dessen Hausgast er lange Zeit allsonntäglich war und bei dem er auch mit Johannes Wedde zusammentraf, brachte ihm viel geistige Anregung. Als er 1877 zum drittenmal nach Berlin übersiedelte, und zwar auch wiederum zu Sanierungszwecken, nämlich, um den Konflikten zwischen Verwaltung und Redaktion der *Freien Presse* ein Ende zu machen, da war er nicht mehr bloss der geniale Proletarier, der seine Naturgaben fast instinktiv für die Bewegung spielen liess, sondern der geschulte Führer, der mit voraussehendem Blick politisch zu verfügen wusste, der Gleiche und in seinem Sinn für Proportionen Überlegene von Männern, zu denen er vordem ehrfurchtsvoll emporgeschaut hatte.

Er fand keine leichte Situation in Berlin vor. Johann Most war der Liebling der sozialdemokratischen Arbeiterschaft Berlins geworden, und gerade den Seitensprüngen dieses rede- und federgewandten Volksführers galt es einen Damm zu setzen. Auer war klug genug, von jedem Versuch, Most bei den Massen auszustechen, Abstand zu nehmen. Er gönnte ihm den Ruhm der Tribüne und beschränkte sich darauf, im inneren Rat, in Redaktion und Verwaltung, zügelnd und vermittelnd einzugreifen. Auch das ging nur schrittweise, sollte der Streit nicht in die Öffentlichkeit hinausgetragen werden, aber Auer hatte die Geduld des willensstarken Menschen, der sein Ziel kennt, während Most bald überschäumte und bald einer gewissen Apathie verfiel, in der er die Dinge gehen liess, wie sie wollten, was ihn Auer gegenüber immer mehr in Nachteil setzte. Ich weiss nicht, ob Most, wenn das Sozialistengesetz nicht gekommen wäre, es noch lange bei der *Freien Presse* ausgehalten hätte. Er sah und fühlte die Hand, die ihn immer fester im Zaum hielt, mochte er noch so sehr um sich schlagen, und gab im Freundeskreise seinem Missbehagen unverhohlenen Ausdruck, konnte aber, weil die Überlegenheit Auers sich auf unanfechtbare Weise geltend machte, keine Anklage erheben, die Eindruck erzielt hätte. Ebensowenig hatte er eine bestimmte Politik zu vertreten, die er Auer entgegensetzen konnte, sondern irrlichterte zwischen allen möglichen Extremen hin und her. Deutlich erinnere ich mich noch, wie Most eines Abends am Tisch im Caféhaus von Revolution zu sprechen anfing. »Wenn es bei uns zur Revolution kommt«, bemerkte Auer trocken, »dann wird es das erste sein, dass man die Moste einsteckt, damit sie nicht von Anfang an gleich alles verderben.« Most, der Auers Ironie nicht vertragen konnte, zitterte vor Erregung. »Die Moste werden euch das Spiel versalzen«, stiess er wütend heraus, »die werden sich in Kellern und Spelunken schon vor euch zu sichern wissen und euch durch ihre Flugschriften die Hölle heiss machen.« Als er aber am nächsten Tage in einer Volksversammlung in Berlin über die Arbeiterbewegung in der Schweiz zu referieren hatte, zog er in dem Vortrag, über den man einen ausführlichen Bericht in der *Freien Presse* findet, ohne Anlass in sehr scharfer Weise gegen jeden Revolutionarismus los. Bei solcher Haltlosigkeit war es klar, dass er einem Auer gegenüber auf die Dauer das Spiel verlieren musste. Die Attentate im Frühjahr 1878 liessen es jedoch zu keiner natürlichen Beendigung des an humoristischen Episoden überreichen eigenartigen Kampfes zwischen den so grundverschiedenen Männern kommen. Most ward in Chemnitz verhaftet, und die Führung des Blattes und mit ihr die der Bewegung in Berlin unter dem Attentatsschrecken fiel in erster Linie Auer zu.

Es war eine Aufgabe, von deren Schwierigkeiten man sich heute keine rechte Vorstellung mehr machen kann. Kein Sozialdemokrat war in Berlin seiner Haut sicher, der erste beste Lump konnte jeden von uns ins Gefängnis bringen, die Partei war vogelfrei, und ein sie ächtendes Ausnahmegesetz stand in sicherer Aussicht. Auers Geistesgegenwart und Umsicht gelang es wiederholt, Manöver zu durchkreuzen, die auf Hineinlegen von Sozialdemokraten berechnet waren. Eines der glänzendsten Stücke dieser Art war sein Auftreten am 13. Juni 1878 in einer Versammlung, in der nach Beendigung des Vortrags ein Lockspitzel den *Antrag* stellte, ein Hoch auf den Kaiser auszubringen. Unverzüglich nahm er nach dem Patron das Wort und warnte, ohne mit einer Silbe auf den *Antrag* einzugehen, so eindrucksvoll vor den »Schlangen, welche die Sozialdemokratie umzüngeln«, dass jeder die Situation begriff und kein Wort über den *Antrag* verloren wurde.

Die Attentatswahlen hatten für die Partei neben anderen Verlusten auch den des Auerschen Reichstagsmandats zur Folge, und als der kleine Belagerungszustand über Berlin verhängt wurde, gehörte Ignaz Auer zum ersten Schub der Ausgewiesenen. Das nämliche wiederholte sich zwei Jahre später in Hamburg, wohin Auer übersiedelt war. Bei den Wahlen des Jahres 1881 ward auch das Mandat des 17. sächsischen Wahlkreises, der Auer im April 1880 in den Reichstag gewählt hatte, der Partei entrissen — beiläufig unter Umständen, die eine wahre Parodie auf den Begriff *freie Wahl* waren —, und Auer sah sich für längere Zeit von fast jeder öffentlichen Tätigkeit zurückgedrängt, während ihm durch das Verbot der *Hamburger Gerichtszeitung* auch jeder schriftstellerische Erwerb genommen war. Von neuem griff er zur Handwerksarbeit und verrichtete in Schwerin in Mecklenburg, wohin er nun übersiedelt war, Tapezierer-, Möbelpolierer- und dergleichen Arbeit. Sie nahm ihn, der seit 1874 Schreibarbeit verrichtet hatte, nicht wenig mit. »Ich bin zu alt geworden«, schrieb er mir fünfzehn Jahre später darüber, »um Strapazen, wie ich sie während des Sozialistengesetzes in Schwerin durchgemacht habe, noch einmal auszuhalten; ich muss sehen, für solche Zeiten etwas zurückzulegen.« Er rechnete, wie man sieht, damals noch stark mit erneuten Unterdrückungsmassregeln und legte sich, um von seinem mässigen Gehalt etwas erübrigen zu können, in seinem gesellschaftlichen Verkehr grosse Beschränkungen auf. Unter dem Sozialistengesetz war er 1884 wieder in den Reichstag gewählt worden, aber bei der *Faschingswahl* von 1887 war das Mandat für den 17. sächsischen Wahlkreis noch einmal den Gegnern in die Hände gefallen, und erst von 1890 ab gehörte Auer ununterbrochen dem Reichstag an.

So kam Auer erst verhältnismässig spät dazu, im Parlament eine seiner Bedeutung einigermassen entsprechende Position einzunehmen. Spät vor allen Dingen deshalb, weil er nun schon keine gesunden Nerven mehr hatte, denn sonst wären die 43 Jahre, die er 1890 zählte, für ihn gewiss kein Alter gewesen. Aber 1888 hatte er den ersten schweren Anfall nervöser Erkrankung erlitten, und wenn er sich von ihm auch leidlich erholt hatte, so konnte doch von einer völligen Wiederherstellung bei ihm um so weniger die Rede sein, als er immer wieder seinen Nerven die grössten Anstrengungen zumutete. Es ist bekannt, dass er jahrelang abends nach Erledigung seiner Sekretariatsarbeiten noch im *Vorwärts* bis gegen 11 Uhr Revision der Korrekturfahnen las, um, wie er sich ausdrückte, »dem Staatsanwalt das Handwerk etwas schwerer zu machen«.

Selbstverständlich wurde die durch verschiedene ungeheuerliche Verurteilungen notwendig gewordene Arbeit entschädigt, aber der Druck auf die Nerven, der mit ihr verbunden war, ward darum nicht etwa geringer, und neben vielen schlaflosen Nächten suchten ihn immer von neuem stärkere oder geringere Krankheitszustände heim, die ihn zum Pausieren in seiner Tätigkeit zwangen und damit, dass sie die Kontinuität seines Wirkens unterbrachen, auch die volle Betätigung seines politischen Könnens hinderten. Dass er trotzdem Gegner, wie Freunde immer wieder mit dem Gefühl für seine ungewöhnliche Geistesschärfe erfüllte, zeigt nur, wie gross seine Begabung war, und gibt eine Idee davon, was er als politischer Führer geleistet hätte, wenn nicht unter der Wirkung körperlicher Leiden und seelischer Erschütterungen die Nerven vor der Zeit den vollen Dienst versagt hätten. Waren es doch nicht bloss physische Überanstrengungen, die Auers Gesundheit untergruben.

Auer gehörte nicht zu den *Empfindlichen* und zeigte überhaupt nicht gern sein Inneres. Aber er konnte sehr tief empfinden und hat unter verschiedenen Vorkommnissen des Parteilebens seelisch schwer gelitten. Zum erstenmal beobachtete ich das, als in den letzten Wochen vor Annahme des Sozialistengesetzes in der Genossenschaft, die die *Freie Presse* herausgab, ein Konflikt zur Verhandlung kam und allerhand unschöne Manöver ans Licht brachte. Obwohl Auer aus ihm als Sieger hervorging, griff es ihn doch fürchterlich an, dass im Moment, wo der Feind schon an die Tore pochte, Leute noch das Bedürfnis haben konnten, um kleinlicher Differenzen willen die Interessen eines wichtigen Parteiinstituts aufs Spiel zu setzen. Er sass nach jener Sitzung noch stundenlang wie verstört neben mir. Sehr nahm ihn bald darauf der Verleumdungsfeldzug mit, der in den ersten zwei Jahren des Ausnahmegesetzes in Hamburg vornehmlich gegen ihn und Geib ins Werk gesetzt wurde, und dem von London aus Most in schmutzigster Weise sekundierte, und der durch diesen Kampf beschleunigte frühe Tod August Geibs ergriff ihn aufs tiefste. Später haben Vorkommnisse, die mit taktischen Parteifragen, wie 1885 der Streit um die Zustimmung der Dampfersubvention, in Verbindung standen, ihn sehr stark gepackt, und wie nahe er sich um die Jahrhundertwende die Parteistreitigkeiten gehen liess, das ist bekannt.

Aus dieser Zusammenstellung, die noch sehr erweitert werden könnte, ersieht man schon, dass nicht das persönliche Interesse beteiligt zu sein brauchte, um Auer seelisch zu verletzen. Was er nicht vertrug, waren Rücksichtslosigkeiten gegen die Partei und Treulosigkeiten gegen erprobte Mitkämpfer. Irgend jemand, ich glaube es war Hasselmann, nannte einmal August Geib im Gespräch mit mir ironisch die *Parteimutter*. Es lag viel Wahres in dem Wort. Es gab keine Mitgliedschaft der Partei, deren Schicksale sich Geib nicht zu Herzen gehen liess, kein Glied, das er nicht dem Ganzen zu erhalten suchte. Immer wusste er zu vermitteln, zu schlichten, auszugleichen. Von dieser Eigenschaft Geibs ist, soweit sie nicht schon von vornherein in ihm steckte, viel auf Auer übergegangen. Seine Formen und Mittel waren andere, als die Geibs, aber der Geist, in dem er sie wirken liess, war der gleiche. Wie Geib, war auch er in unzähligen Fällen der willige Berater, wie Geib, suchte auch er vor allen Dingen die Partei in ihrer Ganzheit zusammenzuhalten, gleich einer Mutter, der, wenn es darauf ankommt, das gerade gefährdete Kind immer auch das liebste ist.

Ging er aber in diesem Bestreben mit dem Vermitteln nicht zu weit? Suchte

er um der äusseren Einheit willen grundsätzlich Verschiedenes künstlich zusammenzubringen? Unterschätzte er die Tragweite theoretischer Gegensätze und taktischer Differenzen? War er der platt empirische Politiker, dem die Praxis alles war, und das theoretische Denken nichts, den nur ein kluger Verstand und etwas Menschenkenntnis leitete? Ich muss die Richtigkeit solcher Bemerkungen sehr entschieden bestreiten. Sie haben lediglich die Neigung Auers zur Grundlage, in Debatten den Skeptiker oder auch Zyniker herauszukehren. Aber wer da weiss, dass unter der Hülle des Zynikers ein warmes und tief empfindendes Menschenherz steckte, der sollte sich auch sagen können, dass die zur Schau getragene Skepsis Auers ebenfalls nicht das *A* und *O* seines Denkens ausmachte, wie er das übrigens auch in einigen wichtigen Kongressreden sehr entschieden betont hat. Freilich gibt es Theorie und Theorie. Vielfach versteht man unter Theorie, was faktisch bloss oder überwiegend Spekulation ist und daher leicht in Phantastik übergeht. Solchem Theoretisieren war Auers realistisch gekehrter Geist allerdings durchaus abgewandt, und sehr zuwider war ihm die quasitheoretische Simpelei. Aber vor der wissenschaftlichen Theorie, wie überhaupt vor dem wissenschaftlichen Arbeiten hatte er den höchsten Respekt. Gerade weil dies der Fall war, wofür sich unzählige Beispiele anführen liessen, äusserte er sich so wegwerfend über den theoretisierenden Dilettantismus. Es wäre deshalb auch durchaus irrig, die Tragik der Laufbahn Auers darin zu erblicken, dass er die Tragweite des theoretischen Streites nicht überblickt habe, der im letzten Jahrzehnt in der deutschen Sozialdemokratie gespielt hat, und noch falscher wäre es, wollte man gar Auer als Gegner der *revisionistischen* Theorieen in der Sozialdemokratie hinstellen. Man wird es begreifen, warum ich am frischen Grabe des toten Freundes nur ungern auf diese Frage eingehe. Ich will sie auch nur so weit berühren, als dies für die Widerlegung jener irreführenden Äusserungen und für ein zutreffenderes Urteil über Auers Denken und Handeln notwendig ist.

Wenn Auer es seinerzeit geflissentlich vermieden hat, in dem Streit um den *Revisionismus* bestimmte Partei zu nehmen, so geschah es nicht etwa deshalb, weil er nicht sehr bestimmte Überzeugungen in den dabei in Betracht kommenden theoretischen Fragen hatte, sondern lediglich deshalb, weil er es mit seiner Stellung in der Partei nicht für vereinbar hielt, in dem akut gewordenen Streit sich rückhaltlos auf die eine Seite zu schlagen, und daneben auch, weil er die Form, in der die *revisionistische* Auffassung damals in den *Voraussetzungen des Sozialismus* der Partei dargeboten wurde, nicht für richtig hielt. Ich glaube, seinen Gedankengang nicht besser wiedergeben zu können, als durch Abdruck derjenigen Stelle aus seinen Briefen an mich, die er auf dem Hannoverschen Parteitag selbst zitiert hat — leider aus dem Gedächtnis, denn das Original schliesst weit mehr jedes Missverständnis aus, als die Form, die Auer dem Gedanken in Hannover gab. Der Satz lautet:

»Hast Du denn wirklich gar keine Ahnung, welchen Missgriff Du begingst, als Du auf Seite 165 schriebst: die Sozialdemokratie solle den Mut finden, sich von einer Phraseologie zu emanzipieren, die tatsächlich überlebt ist, und das scheinen zu wollen, was sie heute in Wirklichkeit ist, eine demokratisch-sozialistische Reformpartei!? Hältst Du es wirklich für möglich, dass eine Partei, die eine fünfzig Jahre alte Literatur, eine fast vierzig Jahre alte Organisation und eine noch ältere Tradition hat, im Handumdrehen eine solche Wendung machen kann? Speziell seitens der massgebenden Parteikreise so zu handeln, wie Du es verlangst, hiesse einfach die Partei sprengen, jahrzehntelange Arbeit in den Wind streuen. Mein lieber

Ede, das, was Du verlangst, so etwas beschliesst man nicht, so etwas sagt man nicht, so etwas tut man. Unsere ganze Tätigkeit — sogar auch die unter dem Schandgesetz — war die Tätigkeit einer sozialdemokratischen Reformpartei. Eine Partei, die mit den Massen rechnet, kann auch gar nichts anderes sein . . . Redensarten, nichts als Redensarten ist der ganze Radikalismus, wie er in verschiedenen Blättern verzapft wird.«

So Auer. Ich unterlasse es selbstverständlich, hier gegen den Vorhalt zu polemisieren, den er mir da macht. Es kommt mir nur darauf an, zu zeigen, dass es ganz etwas anderes, als theoretische Indifferenz oder Rücksicht auf die persönliche Bequemlichkeit, sondern dass es eine sittlich sehr hochstehende Erwägung, die ihm zur zweiten Natur gewordene Rücksicht auf den Zusammenhalt der Partei war, die Auer bestimmte, in dem Streit nicht entschiedener Partei zu nehmen, als er es auf den Kongressen getan hat. Er durfte diese Zurückhaltung um so mehr üben, als er eben überzeugt war, dass über die meisten der aufgeworfenen theoretischen Fragen die Entscheidung ruhig der Sprache der Tatsachen überlassen werden könne. Wie diese gelautet, ist eine Sache für sich. Immerhin darf man fragen: Wo ist der Sozialist, der heute noch die alte Lesart von der Akkumulation des Kapitals festzuhalten den Mut hat? Wo ist der Sozialist, der noch auf ein, durch das immanente Spiel der wirtschaftlichen Kräfte herbeigeführtes, automatisches Verschwinden der sozialen Mittelschichten hofft? Wo ist der Sozialist, der noch an die alte Formel von den Krisen, wo der Sozialist, der an die ökonomische Zusammenbruchstheorie glaubt? Es liegt mir fern, den verstorbenen Freund für eine einzelne Richtung in der Partei zu reklamieren — er gehörte der Gesamtpartei mit Leib und Seele an und soll in ihrem Andenken so fortleben —, aber um so energischer muss ich der Auffassung entgegentreten, dass er den theoretischen Diskussionen kein Interesse oder gar ein nur mangelndes Verständnis entgegenbrachte. Solange sein Gesundheitszustand dies erlaubte, hat er im Gegenteil die theoretischen Kontroversen sehr eingehend verfolgt und hat es sich sogar nicht verdriessen lassen, theoretische Arbeiten von grösserer Bedeutung immer wieder von neuem durchzugehen.

Es fehlt nun freilich nicht an Äusserungen Auers, die gegenteilig gedeutet werden können. Aber man darf nicht vergessen, dass in ihm ein grosser Schalk steckte, der gern neckte und es ganz besonders liebte, dort Unwissenheit zu heucheln, wo er viel wusste, und Gleichgültigkeit, wo er ein sehr lebhaftes Interesse empfand. Ausserdem aber hängt es ganz vom Geist ab, in dem eine theoretische Debatte geführt wird, ob sie Anspruch darauf hat, von denjenigen beachtet zu werden, deren Aufgabe die Führung des praktischen Kampfes ist. Eine im scholastischen Geist geführte Debatte, die eine abweichende Meinung danach wertet, wie sie sich zu irgend einem alten Glaubenssatze verhält, statt danach, wie sie der Wirklichkeit des Lebens entspricht, hat kein Recht darauf, dass der Politiker ihr seine Zeit widmet.

Auf der Seite des praktischen Kampfes aber lag Auers Mission, und hier betätigte sich seine Grösse. Worin bestand sie? Nun, gerade darin, dass er sich den weiten, umfassenden Blick immer mehr aneignete, der es ermöglicht, Festigkeit der Gesinnung mit Weitherzigkeit des Urteils zu verbinden, dass er sich genau Rechenschaft ablegte über die Notwendigkeit und die Grenzen der Fortbewegung des grossen Körpers, *Partei* genannt, wie viel sie fortwerfen kann, und was sie bewahren muss. Er war der letzte, der im politischen Kampf eine

rohe, ungehobelte Sprache führte. Aber er verkannte darum nicht, dass die Partei der Arbeiter nicht eine Partei von Salonethikern sein, sich nicht nach diesen modeln oder ihren Bedürfnissen anpassen kann. »Die Massen werden nur durch Urwüchsigkeit in Bewegung gebracht«, heisst es in einem seiner Briefe. Und in einem andern:

»Nun ist es ja sicher, dass die Masse in der Nähe anders aussieht, als wohlmeinende Schwärmer sie sich vorstellen. Das kann nach einer Jahrhunderte langen Misshandlung unter Sklaverei, Feudalherrschaft und industrieller Ausbeutung gar nicht anders sein. Dies zu ändern und zu bessern ist eben die Aufgabe unserer Bewegung, wer aber in dieser nur den edlen Prinzen sieht, der das Wunderkind Dornröschen *Volk* nur zu erwecken und zu erlösen hat, der täuscht sich über die uns gestellte Aufgabe. . . . Eine starke Partei kann sich in Bezug auf taktisches Verhalten wandeln, wir haben uns auch gewandelt. Das stellt man aber nicht als programmatischen Punkt auf. Die Masse folgt dem in Tatsächlichkeit vor sich gehenden Wandel ohne Widerrede, weil sie dem konkreten Falle gegenüber die Vernünftigkeit der Wandlung einsieht. Sie aber erst theoretisch von der Notwendigkeit solcher Wandlungen zu überzeugen, ist fast unmöglich und gibt vor allem den Gegnern auf der ganzen Linie Blössen zu Angriffen.«

Es ist schwer, die Grösse eines Menschen, der auf der Höhe seiner Entwickelung vornehmlich im Inneren eines grossen politischen Körpers als Mitglied einer Kollegialität gewirkt hat, an Beispielen zu veranschaulichen. Man ist da immer in Gefahr, dritten unrecht zu tun, denn, ohne dass man es will, drängen sich dem Leser Vergleiche auf. So bleiben wir auf die Schilderung des Menschen und seiner Eigenheiten angewiesen. Aus ihnen heraus, wie sie uns in seinen Aufsätzen, in seinen Reden auf den Kongressen und den von ihm oder um ihn geführten Kontroversen entgegentreten, gewinnen wir den Massstab seines persönlichen Einwirkens. Liest man diese Dokumente durch, so tritt uns in ihnen ein Politiker entgegen, der weit mehr war, als ein kluger Taktiker, ein Führer, der weit mehr war, als ein umsichtiger Feldherr.

Ein längst vergessener Artikel Auers würde dies vielleicht am besten veranschaulichen. Er ist in der ersten Epoche des Sozialistengesetzes geschrieben, wo im Züricher *Sozialdemokraten* sich Zeichen einer stärkeren Rückwirkung des Exils auf die damalige Redaktion und ihren Kreis bemerkbar zu machen anfingen, die Redaktion im Kampf mit dem Mostischen Revolutionarismus diesem — wie das ja leicht bei solchen Kämpfen geschieht — doch bis zu einem gewissen Grade Rechnung trug. Dagegen erhob Auer im *Sozialdemokraten* vom 17. Oktober 1880 seine Stimme. Er warnte vor jeder Konzession an den Revolutionarismus, indem er zeigte, dass in Deutschland alle Voraussetzungen für ihn fehlten, dass die damals in Deutschland obwaltende Unzufriedenheit bei der Mehrheit der Bevölkerung vielmehr einen reaktionären und nicht einen fortschrittlich-revolutionären Charakter trug. Daher könne ein Kultus der *revolutionären* Phrase neben dem Umstand, dass er Wasser auf die Mühle Bismarcks und seiner Leute sei, der Sozialdemokratie nur das Vertrauen der denkenden Elemente der Arbeiterschaft rauben:

»Wollen wir bloss eine Sekte sein, dann können wir uns den Luxus der Revolutionsspielerei aus Prinzip gestatten; wollen wir aber die Partei der deutschen Arbeiter bleiben, wollen wir nach wie vor der Hort und die Hoffnung des deutschen Proletariats bleiben, dann muss im Vordergrund unseres Strebens das Verlangen stehen, auf dem Wege der friedlichen . . . Propaganda auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete Reformen und Umwälzungen herbeizuführen, die der arbeitenden Bevölkerung zum Nutzen gereichen und zugleich uns um eine Etappe dem sozialistischen Staate näher bringen.«

»Wir sollen uns selbst getreu bleiben«, schloss der Artikel, »und uns durch das Geschrei einzelner überspannter Köpfe nicht irre machen lassen.« In diesem Sinne ist Auer sich in der Tat während seiner ganzen politischen Laufbahn getreu geblieben. Er ist zeitweilig Irrtümern unterworfen gewesen, wie andere Menschen auch, er hat manche irrige Theorieen über Bord werfen und manche neue Erkenntnis hinzulernen müssen. Aber im ganzen bietet er doch das Bild eines merkwürdig gefesteten, von einem tiefen Verständnis für sein Volk und seine Klasse geleiteten Geistes dar. Aus seiner Treue gegen sich selbst schöpfte er die Kraft, aus dem Verstehen dessen, war w a r, die Fähigkeit, in schwierigen Situationen die zeitgemässe Losung auszugeben.

Die letzten Parteikongresse, auf denen er auftrat, sahen ihn manchmal als Unterlegenen oder an der Seite von Unterlegenen. Aber sie sahen ihn zugleich auf der Höhe seines Geisteslebens. Sie offenbarte sich in dem verfeinerten, mit einem Zug von Melancholie durchsetzten Humor, der nur aus einem reichen Innern hervorquillt, im Überwiegen einer milden Abwehr, statt scharfer Angriffe, in der ruhigen Meisterung von Streitfragen, die die Gemüter erhitzten. Niemand, der dem Dresdener Parteitag beigewohnt hat, wird den durchgeistigten Zug vergessen, den das Gesicht Auers annahm, als er in der Diskussion über die Parteitaktik davor warnte, die in der Partei auftretenden Meinungsverschiedenheiten vor sich selbst zu übertreiben, niemand die innere Ergriffenheit, mit der er die Neigung zurückwies, bei auftretenden Meinungskonflikten sofort mit dem Gedanken einer Spaltung zu operieren. Sprach da wirklich nur der Eklektiker der Politik, der das Unvereinbare um jeden Preis vereinen will, dem die äussere Einheit über alles geht, wie stark auch die inneren Gegensätze seien? Oder war es nicht vielmehr der weitausschauende, vielerfahrene politische Staatsmann, der die relative Unbedeutentheit der Streitobjekte gegenüber den grossen politischen Aufgaben erkannt hatte, die der Bewegung bevorstanden?

Ein grosser Führer ist dahingegangen, in seiner Art ein Unvergleichlicher.

××

MAX SCHIPPEL · ÜBER DAS WIRKEN AUERS BEIM ABLAUF DES SOZIALISTENGESETZES



DER individuelle Lebensgang und die öffentliche Tätigkeit Auers ist bereits so eingehend besprochen, dass hier nur ein paar ergänzende allgemeinere Bemerkungen noch Platz finden mögen. Sie beziehen sich samt und sonders auf die Zeit nach dem Ende oder doch am Ausgang des Sozialistengesetzes, weil ich das frühere Wirken Auers nicht aus eigener Anschauung kenne.

In erster Linie ein Verdienst Auers war es, dass wir nach dem Fall des Ausnahmegesetzes rasch wieder zu ruhigen Parteiverhältnissen und zu einer normalen Parteientwickelung gelangten. Der Verstorbene war es, der am schärfsten ein weiteres Nebeneinanderlaufen von offener und geheimer Agitation und Organisation als einen Krebsschaden erkannte, und der alle die massgebenden Persönlichkeiten für diese Anschauung bereits gewonnen hatte, als die letzte, endgültige Entscheidung näher rückte.

Man unterschätze diesen politischen Weitblick nicht. Die Strömung, die den

Sozialdemokraten erhalten sehen wollte, um der kapitalistischen Gesellschaft vom Auslande her ungestörter diejenige Todfeindschaft predigen zu können, die im Inland voraussichtlich nur abgeschwächt zur Geltung zu kommen vermochte, war bei der Masse der Genossen keineswegs schwach; sie hatte und fand nur keinen führenden Kopf. Der Gegenströmung, die in der Reichstagsfraktion ihren natürlichen Mittelpunkt besass, kam vor allem zu Hilfe, dass die Stellung des *Sozialdemokraten* durch die Konkurrenz der allmählich erstarkenden deutschländischen Lokalpresse zuletzt eine ganz andere geworden war, und dass die entscheidende Londoner Redaktion und Leitung selber sich der Einsicht nicht verschloss: das Blatt, in alter Weise fortgeführt, müsse mehr und mehr überflüssig oder zu einer Gefahr für die Partei werden. Zu einer Gefahr, falls den noch immer stark zur Revolutionsromantik neigenden inneren Organisationen sich Gelegenheit böte, von hier aus einen ewigen stillen Minenkrieg gegen die ruhige Erweiterung der beginnenden normalen Parteibetätigung zu führen. Einige Kraftproben waren ja schon früher veranstaltet worden, stets zum Nachteil der *Possibilisten.* Die unverbotene Presse hatte es bei vielen Über*radikalen* noch immer nicht zum geringsten Achtungserfolg bringen können, weniger ihres Inhaltes wegen, sondern vorwiegend deshalb, weil man ihre vorsichtig und selbst ängstlich abwägende Sprache mit den ungeschminkten Zornesausbrüchen, Derbheiten und Zynismen der Emigrantenpresse verglich. Gemeindevertreter wurden nicht selten lediglich deshalb abgekanzelt und abgesägt, weil sich um sie — man denke an die Berliner Stadtverordnetengruppe! — allmählich eine dauernde selbständige Bewegung zu sammeln begann, die nicht einfach den Weisungen der intransigenten inneren Leitung folgte. Die geheime Flugblattagitation bereitete den öffentlichen Parteivertretern, denen von unseren Gegnern die Verantwortlichkeit zugeschoben wurde, und damit der Gesamtpartei recht oft die peinlichsten Verlegenheiten, ohne irgend etwas Besonderes zu leisten, was auf anderem Wege nicht mindestens ebenso gut zu erreichen war.

Auer hatte schon in den Freiberger Geheimbundsverhandlungen für die geheime Literatur so wenig Begeisterung bekundet, dass über ihn die schärfsten Urteile zu hören waren. Indes, unter dem Willkürregiment der Bismarck und Puttkamer war das mühsam Geschaffene und Aufrechterhaltene kaum zu entbehren; Auer wird hier manches zwar für ein Übel, doch für notwendig und unvermeidlich gehalten haben. Um so eiliger hatte er es, damit aufzuräumen, sowie der Weg nach der anderen Richtung erschlossen war. Bei seinem grossen persönlichen Ansehen und Einfluss gelang die Gewinnung der ausschlaggebenden Nächstbeteiligten meist ohne besondere Reibungen und Widerstände, zuweilen sogar, ohne dass die Betroffenen sich über das Endziel klar waren.

Auf die Sorge, die alte, *revolutionäre* Überlieferung könne die Partei nochmals zu verkehrten Schritten verleiten, ist meines Erachtens auch die Heftigkeit des Auerschen Auftretens gegen *Jungberlin* zurückzuführen. Die Stärke der *Jungen* im Anfang der neunziger Jahre bestand zweifellos darin, dass sie, von den rein persönlichen Rivalitäten und Konflikten abgesehen, im Grunde die Parteivergangenheit gegenüber der neuaufkeimenden andersartigen Gegenwart verfochten. Massen hängen stets am Alten, Gewohnten, sie finden sich jederzeit nur langsam und schwerfällig in Neuem zurecht; eine Bewegung, wie die der *Jungen,* konnte deshalb, wenn sie eine festere Organisation und energischere Wortführer fand, die inneren Schwierigkeiten der kritischen Übergangsperiode

bis zur Unüberwindlichkeit steigern. Ausserdem konnte sie, wenn die Partei für alle Worte und Taten haftbar gemacht wurde, sehr leicht zu neuen gesetzgeberischen Knebelungsversuchen herausfordern. War doch die Behauptung, das Sozialistengesetz sei an seiner eigenen inneren Unmöglichkeit gescheitert, nur sehr bedingt richtig; und sogar ein paar Jahre später noch konnten die Nationalliberalen durch einen staatsretterischen Feldzug gegen den Umsturz einen Wetterumschlag in den oberen Regionen einzuleiten versuchen. So mag Auers Haltung in den Jahren 1890 bis 1892 hauptsächlich zu erklären sein. Er, der so ungern den Ketzerrichter herauskehrte, der sonst nie *das Tischtuch zerschnitt*, wurde zum unermüdlichen, unzugänglichen *Staatsanwalt* gegen die Ankläger des *kleinbürgerlichen, leisetreterischen* Fraktions*possibilismus*. Schon vorher hatte Auer in der zuerst erstrebten Art der Maifeier die Gefahr gesehen, dass die von der einen Seite ausgehende Provokation sehr leicht und sehr wahrscheinlich auf der Gegenseite die Wiederbelebung der alten Unterdrückungsgelüste heraufbeschwören würde. Er hielt es mit dem Sprichwort, das man öfter aus seinem Munde hören konnte, *Man muss die Hunde nicht selber wecken!* Er war nicht ängstlich, er war am allerwenigsten politisch oder gar persönlich feig; aber ihm erschien es als das erste, dringendste Bedürfnis, erst einmal ein paar Jahre für ein ruhiges Zurechtfinden in neue politische Verhältnisse zu reservieren; das weitere behielt er der Zukunft vor.

Die Erfahrungen haben ihm zweifellos recht gegeben; er blickte deshalb bis zuletzt gern zurück auf diese Zeit der zunehmenden Umbildung der vorwiegend agitatorisch-aufklärenden und aufrührenden Sozialdemokratie zu einer praktisch-politischen Partei. Und eigentlich muss es überraschen, wie glatt sich Anfang der neunziger Jahre der geistige Umwandlungsprozess in der deutschen Partei und Parteiliteratur vollzog. Nicht zum wenigsten beruht dies mit darauf, dass die Berlepschschen Gewerbegerichts- und Arbeiterschutzvorlagen, dann nochmals die Caprivischen Handelsverträge, der Handlungsgehilfenschutz beim neuen Handelsgesetzbuch und noch so viele andere Reformen Sessionen und Jahre hindurch die *positive Mitarbeit* für die Sozialdemokratie in ganz aussergewöhnlicher Weise in den Vordergrund rückten.

Parallel mit der Zurückdrängung der verbotenen Presse und Literatur musste naturgemäss die Stärkung der lokalen Presse gehen, die Auers unermüdlicher Förderung viel zu verdanken hat. Seiner in langen Jahren erworbenen ausgebreiteten Personenkenntnis, seiner Fähigkeit, den rechten Mann an den rechten Platz zu bringen, hat vielen, vielleicht den meisten unserer Parteiblätter die erste Grundlage ihres Wirkens und Entfaltens mit schaffen helfen. Freilich musste er sich oft genug gefallen lassen, dass man ihn als Vertreter der ödesten Plusmacherei bei den bestehenden Zeitungen und der Knauserei gegenüber geplanten Zeitungsneugründungen angriff. Manchmal tat ihm diese Verkennung weh, manchmal tröstete er sich damit, dass von jeher das Geldfordern leichter war, als das Geldbewilligen und das Geldzusammenhalten, das bis zur Erschliessung neuer Finanzquellen doch auch zur Aufgabe eines Parteivorstandes gehört.

Eine Zeitlang hegte Auer die Befürchtung, es könnten sich zwei rivalisierende Zentralorgane in Deutschland herausbilden; die Übersiedelung Liebknechts von Leipzig nach Berlin lag ihm deshalb sehr am Herzen. Wahrscheinlich war Auer auch später von dem Eintritt Schoenlanks in die Leipziger Redaktion an-

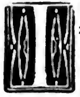
fangs nicht gerade erbaut, weil er die abermalige Entwickelung eines ständigen Gegensatzes zwischen Berlin und Leipzig nicht für unmöglich hielt. Um so mehr ehrte es ihn, wie er die geradezu verblüffende journalistische Umgestaltung der *Leipziger Volkszeitung* durch Schoenlank — eine politische Umgestaltung war es kaum — unbefangen anerkannte und sich über die Rückwirkung des Leipziger Vorbildes auf die übrige sozialdemokratische Tagespresse aufrichtig freute.

Ein Grundzug des Auerschen Wesens war es überhaupt, dass er niemals anderen ihre Erfolge missgönnte, dass er im Gegenteil alles, was in seinen Kräften stand, tat, um anderen die Bahnen des Vorwärtsschreitens offen zu halten. Es lag viel Bewusstsein des eigenen Wertes, viel innerer Stolz in diesem Verhalten; weil er sich selber gross fühlte, brauchte er nicht kleinlich zu sein. Freilich, in den letzten Jahren mischte sich mehr und mehr bittere Entsagung in seine Zurückhaltung; er fühlte, dass sein Körper und seine Nervenkraft nicht mehr dem Massstabe entsprechen, den er selber an seine Leistungen zu legen gewohnt war.

Was Auer unter anderen, grösseren und freieren politischen Verhältnissen, bei anhaltender körperlicher und geistiger Vollkraft geworden wäre, wer will es sagen? Was er uns, auch unter ungünstigeren Voraussetzungen, tatsächlich geworden und gewesen ist, hebt ihn hoch über das Mass des Alltäglichen hinaus.

×××××××××××××××××××××××××××××××××××××

ROBERT SCHMIDT · AUER UND DIE GEWERKSCHAFTEN



CH bin ein Parteigenosse wie Sie alle, ich habe in allen Zeiten treu zur Partei gehalten. Die Partei ist ein Stück von mir, und ich ein Stück von ihr. Ich habe darin gelebt und werde darin sterben.« Dies Wort, das Auer auf dem Parteitag in Lübeck im Jahre 1901 sprach, gibt so ganz den Mann, den die Partei verloren hat. Niemand könnte ihn in dem, was er hier über sich selbst sagt, der Überhebung zeihen. Aber, man wird ohne alle Überschwenglichkeit sagen müssen: er war nicht ein Parteigenosse, wie alle; er ragte weit hervor in seinem Charakter, in seinem Geist und auch in seiner unermüdlichen Arbeit für die Partei. In seinem Wesen lag eine bescheidene Zurückhaltung, seine besten Freunde fragten sich oft, ob sie im Interesse der Partei gelegen sei. Es konnte fraglich erscheinen, ob eine so grosse Fülle reiner Bureauarbeit und innerer organisatorischer Tätigkeit nicht für diesen Mann eine Vergeudung wertvoller Kräfte bedeutete, ob er, der mit so prächtiger Rednergabe, so feiner Argumentation seine Zuhörer ganz in seinen Bann zwang, im Parlament nicht mehr hervortreten sollte, als es geschah. Aber es war zu schwer, ihn zu bewegen, bei wichtigen Anlässen im Reichstag zu reden, und deshalb blieb er im Parlamente der grosse Schweiger.

Leider. Denn Ignaz Auer war ein Mann, der die Gabe besass, durch seine Reden auch beim Gegner einen Eindruck hervorzurufen und ihn seiner Beweisführung zugänglich zu machen; was sicherlich sehr viel bedeuten will und noch höher anzuschlagen ist, wenn man das von einem sozialdemokratischen Redner sagen darf. Unvergesslich wird seine Rede zur Umsturzvorlage bleiben, die er im Jahre 1895 im Reichstag hielt, und die ihn ganz auf der Höhe zeigte. Er unter-

nahm es nicht nur, diese Vorlage der Regierung, die zu einem schwer reaktionären Schlag gegen die Arbeiter ausholte, in allen Einzelheiten trefflich zu kritisieren, sondern er suchte auch mit feinem diplomatischem Geschick die ausschlaggebende Partei für seinen Standpunkt zu gewinnen und in der Abneigung gegen die Vorlage zu befestigen. Ein grosser Teil seiner Ausführungen war der Beweisführung gewidmet, dass das Zentrum nicht für die Vorlage stimmen könne. Und schon damals erinnerte Auer das Zentrum daran, was heute bei der politischen Situation um so beachtenswerter ist: dass diese Partei auf die Freundschaft der Regierung nicht dauernd rechnen könne; dass gewisse Differenzen und Gegensätze vorhanden seien, die das Zentrum wieder in die Opposition bringen kann, wie zur Zeit der Kulturkampfperiode. Ganz in der selben Richtung lag sein Talent, persönlich auf ihm nahestehende Personen einzuwirken, und er gab sich mit einer gewissen Liebe, mit Eifer dem hin, wenn er den Eindruck gewann, dass seine Worte nicht in den Wind gesprochen waren. Es war immer interessant, sich mit ihm zu unterhalten, und wer könnte sagen, er habe keinen Gewinn davon getragen! In ihm war ein starkes pädagogisches Geschick verkörpert, und er verstand es meisterhaft, in knappen Zügen bedeutende, wichtige Fragen dem andern zum Verständnis zu bringen. Was er auf diesem Gebiet geleistet hat, wissen nur seine näheren Freunde. Für die Partei bleiben die Dienste unvergesslich.

Nicht mit der gleichen Zurückhaltung, wie dem Parlament, stand Auer den Parteitagen gegenüber. Da gab es wohl kaum eine Frage, die in der Partei auftauchte, an der er nicht Anteil hatte. Es war sein gerades und offenes Wesen, sein ehrlicher Charakter, der ihn, den so Geschickten und Überlegenen, nicht zur Rechnungsträgerei, sondern oft zu derbem energischen Zugreifen veranlasste. In solchem Kampf hatten seine Gegner keine leichte Position. Sein prächtiger Humor, seine feine Satire und das wohl vorbereitete Material, wie auch die reiche Erfahrung im Parteileben entwaffneten die anderen; und so ist Auer mit manchem in einen Konflikt gekommen, den er vielleicht vermeiden konnte, aber nicht vermied, weil ihm die Partei über alles stand, weil sie ihn hiess, unter Umständen auch gegen den besten Freund loszugehen, wo es sein musste. Aber nur, wenn es sein musste. Nicht selten hörte man von Parteifreunden, die Auer nicht näher kannten, ein Urteil, als ob er mit ausserordentlicher Ruhe und Gleichgültigkeit in allen solchen Parteistreitfragen zu Felde zöge. Wer ihn besser kannte, weiss, dass diese Ruhe nur eine scheinbare war; eine Selbstbeherrschung, der er sich selbst unterwarf. In seinem Inneren tobte deshalb um so mehr die Erregung, wenn es galt, in einer wichtigen Frage ganz seine Person einzusetzen. So hat er es denn auch nicht verstanden, sich immer auf die Sonnenseite der Partei zu stellen, und fast wäre er auf dem Parteitag in Hannover im Jahre 1899, als die Bernsteindebatte tobte, auf die Seite der Geprügelten geraten, um ein geflügeltes Wort aus einer Parteidiskussion zu gebrauchen. Es hat ihn damals schwer geschmerzt, als seine offene Aussprache zu den strittigen Parteifragen an ihm durch eine möglichst geringe Stimmenzahl bei der Wahl zum Parteivorstand gestraft werden sollte, wenn nicht gar ein Hinauswählen aus dem Parteivorstand beabsichtigt war: er erhielt infolge dieser Agitation, die damals auf dem Parteitag einsetzte, nur 138 Stimmen, während die Stimmenzahl seiner Kollegen 223 betrug. So hat ihm sein Amt und seine unermüdliche Tätigkeit für die Partei neben der Freude, die er für

deren Wachstum empfand, auch manche Bitternis gebracht. Und erschütternd wirkte sein letztes Auftreten auf dem Parteitag in Dresden, wo der kranke Mann in tief innerlicher Bewegung ausrief: »Kinder, lasst doch genug sein des grausamen Spiels, das hält kein Vieh aus!«

Über Auer ist vielfach die Meinung verbreitet, er sei ein Feind oder doch wenigstens ein Verächter der Theorie gewesen. Nicht selten hörte man von ihm die Erklärung, er verstände von dieser oder jener Sache nichts. Kam man mit ihm dann darüber ins Gespräch, glaubte man womöglich, leichtes Spiel zu haben, dann musste man regelmässig die Erfahrung machen, dass er den Gegenstand weit sicherer beherrschte, als andere, die sich einbildeten, wunder was zu wissen. Es war aber auch kein Getue bei ihm, nicht die Lust, vielleicht ein wenig zu kokettieren, sondern es kam aus offener Überzeugung, wenn er sagte: um über gewisse Dinge ein vollständiges Urteil abgeben zu können, müsse man doch viel mehr in die Materie eindringen, als andere meinen, die vorschnell mit ihrem Urteil fertig sind. Er wusste über die theoretischen Grundlagen der Partei mehr, als andere, die ihre allein richtige und vollständige Auslegung *in petto* hatten. Nur war er ein Feind der Bemühungen, alle praktische Tätigkeit der Partei in theoretische Formen zu giessen. Er legte einen grossen Wert auf die wirkliche Tat und liess in solchen Fällen gern Theorie Theorie sein.

Um so eigenartiger muss es erscheinen, dass dieser Mann der Praxis dem Vorwurf ausgesetzt war, er sei der Gewerkschaftsbewegung, die doch ganz ein Stück praktischer Arbeit leistet, nicht hold. Dieser Vorwurf war zurückzuführen auf eine gewisse Abneigung, die ihn früher gegen die *Generalkommission der Gewerkschaften* erfüllte, dann aber in den letzten Jahren mehr und mehr verschwand. Auer sah in der *Generalkommission* ein Stück Nebenregierung in der Partei, und wenn er auch hier sicherlich zu weit in seiner Befürchtung gegangen ist, ganz ohne Berechtigung waren Bedenken insofern nicht, als er nicht mit Unrecht voraussah, dass zwischen beiden Körperschaften gewisse Reibungsflächen entstehen könnten. Solche Differenzen sind bereits auf dem Parteitag in Köln /1893/, sowie in Lübeck /1901/, dann in Jena /1905/ und in Mannheim /1906/ zum Austrag gekommen. Wir wollen die Ursachen an dieser Stelle nicht näher untersuchen. Nur das mag gesagt werden, dass auch ohne die *Generalkommission* sicherlich die selben Differenzen zwischen Partei und Gewerkschaft aufgetaucht wären. Auer gehörte nicht zu den Befürwortern der strikten Neutralität in den Gewerkschaften. Er wollte ihnen die Selbständigkeit gewähren, die sie für ihre Bewegung notwendigerweise brauchten, aber er verglich sie in einem Beispiel mit der Rolle, die eine besondere Waffengattung in der Ausrüstung des Militärs spielt. Er wollte nicht jene Neutralität, wie er sich auf einem Parteitage aussprach, die eine Scheidewand zwischen Partei und Gewerkschaften aufrichtet, um bündnisfähig für bürgerliche Elemente zu werden. Seinen Standpunkt hat er unter anderem in einem Artikel kurz präzisiert, der im Januar 1902 in den *Sozialistischen Monatsheften* erschien, und in dem er folgendes sagte:

»Die wahre Neutralität der Gewerkschaften, die sich in der Aufnahme aller Berufsgenossen zeigt, hindert diese nicht, mit anderen Organisationen, die ehrlich bestrebt sind, die Lage der Berufsgenossen zu heben, zu gemeinsamer Arbeit in Verbindung zu treten. Dieser Neutralität wird jeder Parteigenosse und Gewerkschafter zustimmen müssen. Den wirklichen gewerkschaftlichen Aufgaben wird jeder Parteigenosse seine Unterstützung angedeihen lassen müssen; nicht jeder Gewerkschafter aber braucht Sozialdemokrat zu sein.«

Dieser ruhige, vorausschauende Blick des Praktikers bestätigt nur, dass er auch in der Gewerkschaftsbewegung eine Taktik voraussah, die immer mehr die folgerichtige Anwendung finden wird.

Nicht minder wandte er sich auch entschieden gegen eine Überschätzung der Aufgaben in den Gewerkschaften. Besonders, soweit sie darin gipfelte, in den Gewerkschaftsorganisationen die grundlegenden Gebilde einer Regelung der künftigen Produktion zu erblicken. Er äusserte sich darüber in trefflicher Weise auf dem Parteitage in Hannover, wie folgt:

»Ich bin so wenig *Bernsteinianer,* wie Marxist. Ich bin nicht Marxist in dem Sinne, wie durch die Kirchenväter des Marxismus sich das Ding so nach und nach herausgebildet hat, die Kirchenväter, zu denen Bernstein ja die ganzen Jahre mit gehört hat. Ich bin nicht *Bernsteinianer,* weil ich bei aller Hochachtung für Bernstein, bei aller Freundschaft zwischen uns, die seit den siebziger Jahren datiert, doch seinen praktischen Vorschlägen nicht folgen kann. Bei aller Hochachtung vor den Gewerkschaften glaube ich nicht an die Auffassung, dass wir sie deshalb fördern müssen, weil sie uns die Kadres für kommende Sozialisierung der Gesellschaft geben sollen. Ich bin der Meinung, dass, wenn es heute den Krupp und Stumm usw. gelungen ist, für ihre Betriebe das geeignete Personal zu finden, wir es auch finden werden, wenn wir erst so weit sind, die Leitung der Produktion zu übernehmen. Ich glaube an diese Erziehung der Kadres nicht. Aber die Gewerkschaften sind absolut notwendig; auf dem Standpunkt habe ich vor dem Kölner Parteitag gestanden und bin auf dem Kölner Parteitag und später ganz mit Unrecht in den Verdacht gekommen, ein Feind der Gewerkschaften zu sein. Ich bin heute, und werde es hoffentlich bleiben, einer ihrer eifrigsten Freunde und Förderer. Noch viel weniger kann ich der Auffassung über die Bedeutung der Genossenschaften für unsere Zukunft beitreten. Diese schlaue Spekulation, so von hinten herum, ohne dass diese verdammten Bourgeois es merken, in kleinem Massstabe den künftigen sozialistischen Gesellschaftsstaat einzuführen und dann eines Tages die Kulissen fallen zu lassen und zu sagen: Etsch! da seht ihr, jetzt sind wir da!: diese naive Auffassung kann ich nicht teilen. Ich verwerfe aber nicht alles, was Bernstein sonst an praktischen Vorschlägen neues bringt. Hinter allen diesen Dingen steckt ein gewisses Körnchen Wahrheit, es sind Erscheinungen und Tatsachen, die man sehr wohl begreifen kann, und wenn man sie liebevoll auffasst und nicht mit der Absicht, dem, der diese Vorschläge macht, einen kräftigen Rippenstoss zu geben, dann kann man doch recht gut alle diese Dinge gehen lassen. Aber ich weiss, dass der Satz, was der eine sagen darf, der andere nicht sagen darf, auch bei uns gilt.«

Danach wird man wohl Ignaz Auer nicht zu den lauen Freunden der Gewerkschaften rechnen können. Und die Kämpfe, die er hier und da mit ihnen ausgefochten hat, drehten sich weniger um grosse prinzipielle Fragen, sie bargen in sich Zwistigkeiten, denen auch nicht der persönliche Hintergrund fehlte. Auer war der energische Parteiorganisator, der immer unter dem Eindruck stand, es dürfe in der Partei nicht geduldet werden, dass auch nur einen Schritt weit von der Gesamtorganisation abgewichen werde. Dabei wäre er sicherlich nie so weit gegangen, wie andere, auf dem Mannheimer Parteitag, die vollständige Unterordnung der Gewerkschaften unter die Partei zu fordern.

Sehr treffend hat sich Auer auch auf dem Parteitag in Berlin /1892/ zu der Frage des Boykotts geäussert. Er meinte da:

»Der Boykott darf unter keinen Umständen in Anwendung gebracht werden zum Zweck der politischen und persönlichen Vergewaltigung, denn: was du nicht willst, das man dir tu', das füg' auch keinem andern zu! Jemand politisch misshandeln oder persönlich vergewaltigen, weil er eine andere Überzeugung in der Brust trägt, das hiesse unsererseits das Mittel anwenden, gegen dessen Anwendung uns gegenüber wir immer protestiert und angekämpft haben. Für die Freiheit der politischen Überzeugung müssen wir unter allen Umständen eintreten, wenn wir nicht unsere Grundsätze und unsere eigene Existenz in Frage stellen wollen.«

Gerade dieser kurze, präzis formulierte Standpunkt, der auch in seiner Resolution zum Ausdruck kam, die er damals dem Parteitag vorlegte, dürfte heute um so grössere Bedeutung erlangen, da die Gegner mit Eifer die Partei der politischen Intoleranz zeihen. Diese Grundsätze sind und müssen auch heute noch massgebend für die Partei sein.

Dass Auer nicht in allen internen Fragen der Gewerkschaften mit deren leitenden Personen übereinstimmte: wen könnte es bei einer so individuell veranlagten Natur überraschen, und wer könnte von sich selbst sagen, dass er in allem, was in der Gewerkschaftsbewegung geschieht, eine einheitliche Grundanschauung erkennt! Ebenso, wie es wohl kaum jemanden gibt, der alles in der Partei mit innerer Befriedigung aufnimmt. Solche Abweichungen können uns das Bild des Mannes nicht verdunkeln, der in zäher Ausdauer, in unermüdlicher Arbeit und Schaffenskraft bis zuletzt, ehe seine Kräfte versagten, ganz für die Partei und für die Arbeiterbewegung gelebt und gewirkt hat, für den es keine andere Befriedigung im Leben gab, als die, mitten im Kampfgewirr zu stehen und auf der Warte der Partei ihr Schirmherr und Hüter zu sein.

×××××××××××××××××××××××××××××××××××××××

JOHANNES HEIDEN · DIE STELLUNG DER SOZIALDEMOKRATISCHEN PARTEI ZUR SOZIALPOLITISCHEN GESETZGEBUNG · AUCH EIN NACHWORT ZU DEN REICHSTAGSWAHLEN



OCH lange wird der Ausfall der Reichstagswahlen von 1907 die sozialdemokratische Partei beschäftigen. Alle Parteigenossen, auch die, die der Tätigkeit des *Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie* eine grössere Bedeutung beigelegt haben, als es wohl im allgemeinen geschehen ist, sind enttäuscht worden. Wer auch die bei fast allen Nachwahlen seit dem Dresdner Parteitag eingetretene Stimmenminderung der Sozialdemokratie, die sehr häufig mit einem Anwachsen der Stimmen der Gegenparteien verbunden war, als kein günstiges Vorzeichen betrachtet hat, war auf einen so erheblichen Mandatverlust nicht gefasst. Die Wertung des Ergebnisses der Reichstagswahlen ist in der Partei sehr verschieden. Auf der einen Seite wird erklärt, der Ausfall der Wahlen beweise, dass wir unserem Ziele viel schneller entgegen gehen, als wir vor dem 25. Januar 1907 angenommen haben, und dass es auf die Zahl der Mandate nicht ankomme, sondern auf den Grad und die Schärfe der prinzipiellen, in unseren altbewährten Grundsätzen und unseren Zielen wurzelnden Kritik, die unsere Vertreter an den sozialen, wirtschaftlichen und politischen Zuständen üben. Diesem Urteile liegt die Auffassung zu grunde, dass die sozialdemokratische Partei in erster Linie und hauptsächlich eine Protestpartei ist. Diese Auffassung halte ich für falsch. Eine parlamentarische Partei, die die wirtschaftlichen und politischen Interessen einer für ihr Land sehr bedeutungsvollen Klasse vertritt, kann sich auf die Dauer nicht mit der reinen Protestrolle begnügen, die vielleicht einer kleinen Minderheit gut anstehen mag. Sie muss vielmehr versuchen, ihre politische Macht fortgesetzt zu erweitern, um den von ihr vertretenen Interessen Geltung und Anerkennung zu verschaffen. Diesen

Standpunkt hat die Sozialdemokratie in ihrer Wahlagitation auch seit Jahrzehnten vertreten. Sie ist nie vor die Wähler getreten mit dem Ansinnen, ihre Kandidaten zu wählen, nur weil diese im Parlament scharfe Kritik üben werden, sondern hat den Wählern die Bedeutung sozialdemokratischer Wahlerfolge auch stets an der von den sozialdemokratischen Abgeordneten zu leistenden positiven, auf Verbesserung gerichteten Arbeit klar gemacht. Die Auffassung, die die Hauptaufgabe sozialdemokratischer Fraktionen in die Kritik des Bestehenden verlegt, würde die Wahlagitation der Sozialdemokratie Lügen strafen. In dieser verweisen wir immer auf die Bedeutung, die eine Verstärkung der Mandatsziffer der Sozialdemokratie nicht nur für die Abwehr der Allgemeinheit oder der Arbeiterklasse schädlicher Gesetze hat, sondern heben mit Recht hervor, was an positiven Verbesserungen durch Massnahmen des Gesetzgebers erreicht werden kann, wenn der Einfluss der Sozialdemokratie verstärkt wird. Der Aufruf der sozialdemokratischen Fraktion des alten Reichstags vom 14. Dezember 1906 enthält ganz bezeichnend im Fettdruck die Forderungen des Normalarbeitstags, des Heimarbeiterschutzes, der Sicherung des Koalitionsrechtes, des freien Vereins- und Versammlungsrechts, der Gleichstellung der Frauen, des Ausbaus der Versicherungsgesetzgebung und anderes.

Wir müssen uns auch darüber klar werden, dass die Aufgaben der Sozialdemokratie als parlamentarische Partei andere, wenn man will: kleinere, beschränktere, sind, als die der gesamten Arbeiterbewegung. Die Tätigkeit der Sozialdemokratie im Parlament ist nicht Zweck der Arbeiterbewegung, sondern ein Mittel, allerdings meines Erachtens ein sehr wichtiges Mittel, dessen volle Bedeutung noch sehr oft unterschätzt wird. In ihrer parlamentarischen Praxis hat die sozialdemokratische Partei auch ständig zu erkennen gegeben, dass die Schätzung der parlamentarischen Arbeit bei ihr gewachsen ist. Sie ist immer *parlamentarischer* geworden und hat versucht, in Körperschaften einzudringen (preussischer Landtag!), denen sie lange Zeit keine Beachtung geschenkt hat. Bernstein hat in diesen Heften die Bedeutung der Zahl der parlamentarischen Mandate für die Sozialdemokratie und ihre Arbeit dargestellt, und es ist überflüssig, darauf noch einmal einzugehen.[1])

Die Wähler erwarten und verlangen auch von den sozialdemokratischen Abgeordneten positive Arbeiten. Für mich unterliegt es keinem Zweifel, dass ein grosser Teil der sozialdemokratischen Wähler für die Kandidaten der sozialdemokratischen Partei nur wegen der Stellung der Sozialdemokratie zu den politischen und wirtschaftlichen Fragen der Gegenwart stimmt. Die Grösse dieses Anteils lässt sich nicht beweisen, aber dass er nicht ganz gering ist, sagt uns schon der sehr erhebliche Unterschied zwischen Wählern und Lesern der Parteipresse oder der noch grössere Unterschied zwischen Wählern und organisierten Parteimitgliedern. Hiermit soll nicht gesagt sein, dass alle Wähler sozialdemokratischer Kandidaten, die weder Leser der Parteipresse, noch Mitglieder einer sozialdemokratischen Organisation sind, nur Anhänger der politischen Bestrebungen der Sozialdemokratie, nicht aber bewusste Förderer der auf Umwandlung der Gesellschaftsordnung gerichteten Bestrebungen sind. Bei einem grossen Teile ist aber sicherlich nur Unterstützung unserer politischen Gegenwartsarbeit zu erwarten. Nur um diese zu fördern, stimmt er für uns, ohne in der Abgabe eines sozialdemokratischen Stimmzettels ein Glaubens-

[1]) Vergl. Eduard Bernstein *Der Wahlkampf und das Mandat* in diesem Bande der *Sozialistischen Monatshefte*, pag. 183 ff.

bekenntnis zum Sozialismus zu sehen. Wer in der schriftlichen und mündlichen Wahlagitation tätig gewesen ist oder diese nur aufmerksam verfolgt hat, dem wird nicht entgangen sein, dass die Behandlung der Gegenwartsfragen die grösste Rolle gespielt hat. Nicht sozialistische Theorieen oder gar Streitfragen sind in unseren Versammlungen erörtert und in unseren Flugschriften behandelt, sondern Fragen der gegenwärtigen Reichspolitik. Und mit Recht. Der Wähler, um dessen Stimme geworben wird, hat ein Recht, zu erfahren, wie der Kandidat zu den Fragen sich stellt, die ihn, den Wähler, beschäftigen. Ich würde es als keinen Fehler erachten können, wenn die Wahlagitation sich lediglich mit den Fragen der Tagespolitik befassen und die Erörterung sozialistischer Theorieen vermeiden würde. Zu deren Behandlung sind andere Gelegenheiten vorhanden oder müssen geschaffen werden; bei der Wahl dagegen können nur Erörterungen von Gegenständen, die das Parlament beschäftigt haben oder wieder beschäftigen werden, auf das Interesse grösserer Kreise rechnen. Man hat sich in unseren Kreisen so sehr über Verleumdungen und Verdrehungen aufgehalten, die die Gegner an uns verübt haben, und die mit eine der Ursachen ihres Erfolgs sein sollen. Gewiss sind auch sozialistische Theorieen entstellt von den Gegnern in die Wählermassen getragen worden, aber hauptsächlich haben die Gegner unser Verhalten und speziell das der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion als Angriffsfläche benutzt, um unsere *Bauernfeindlichkeit,* unsere Absichten, *das Vaterland wehrlos zu* machen, unsern *Verrat an den Interessen der Arbeiterklasse* und ähnliche Verbrechen darzustellen, und sie sind mit diesen Anklagen, die sich auf Lügen oder Verdrehungen stützten, hartnäckig immer wieder gekommen. Sie waren in ihrer Agitation nicht so töricht, sich mit uns in Diskussionen über Sozialismus oder ähnliches einzulassen, sondern griffen zu den Dingen, die den Wähler interessierten.

Einer der Hauptvorwürfe, der auch schon bei früheren Wahlen gegen uns erhoben worden ist, ist die Abstimmung der sozialdemokratischen Fraktion bei den sozialpolitischen Gesetzen. Das Zentrum nutzt seit Jahren die Ablehnungen der sozialpolitischen Gesetze durch die Sozialdemokratie gegen diese aus. Es wird wohl nicht bestritten werden können, dass die grosse Festigkeit des Zentrums, auch in Industriearbeiterkreisen, wenigstens zum Teil auf diese geschickte Agitation der Zentrumspartei zurückzuführen ist. Ich bin mir wohl bewusst, dass bei den Wahlen 1907 der Umstand, dass das Zentrum seit langer Zeit zum erstenmal wieder von dem Schein der Oppositionspartei umgeben wurde und als Hüterin der Verfassung auftrat, viel zu seinem Erfolg beigetragen hat. Aber auch 1903, als wir im Gegensatz zu 1907 allenthalben kühn angriffen, haben wir, von Ausnahmen abgesehen, dem Zentrum grosse Verluste nicht beibringen können. Gewiss haben auch noch andere Ursachen dazu beigetragen, dass das Zentrum seinen Anhang in den Kreisen der Industriearbeiter nicht nur erhalten, sondern noch vergrössert hat, aber die Ablehnung der sozialpolitischen Gesetze, besonders der Versicherungsgesetzgebung, ist eine der Ursachen. Sehen wir doch nicht nur in katholischen Landesteilen, sondern auch in solchen, deren Bewohner überwiegend protestantisch sind, dass andere Parteien sich die grösste Mühe geben, durch Verbreitung dieser Tatsachen gegen die Sozialdemokratie zu wirken. In Frankfurt am Main zum Beispiel haben sowohl 1903, wie 1907 die wenigen Nationalsozialen versucht, die Ab-

lehnung älterer und neuerer sozialpolitischer Gesetze durch die sozialdemokratische Reichstagsfraktion zum Beweis dafür zu verwenden, dass die Sozialdemokratie mit ihrem *unfruchtbaren Radikalismus* nicht als Vertreterin von Arbeiterinteressen geeignet sei. Was in Frankfurt geschehen ist, wird anderswo nicht unterblieben sein. Mit welchem Erfolg, lässt sich natürlich aus den Wahlziffern nicht beweisen; die Abstimmung der Wähler hat ja auch nicht nur e i n e Ursache, sondern einen Komplex von Ursachen. Von den Gegnern zu verlangen, dass sie die M o t i v e der sozialdemokratischen Fraktion für ihre ablehnende Haltung den Wählern vorführen, oder gar, dass sie auch bekennen, dass ihre Parteifreunde ebenfalls Gegner der sozialpolitischen Gesetzgebung gewesen sind, würde nur ein frommer Wunsch bleiben. Zu solcher ethischen Höhe haben sich die Wahlkämpfe noch nicht aufgeschwungen.

Die Rücksicht auf die Agitation drängt also schon die Frage nach einer Erörterung über die bisher eingenommene Stellung unserer Reichstagsfraktion zu sozialpolitischen Gesetzen auf. Selbstverständlich kann diese Rücksicht allein nicht entscheidend sein. Den Vorwürfen der Gegner kann geantwortet werden, dass die Sozialdemokratie die Partei war, die zuerst im deutschen Parlament die Forderung nach Arbeiterschutz und anderem erhoben hat. Wir können uns auf Bismarcks bekanntes Wort berufen, dass ohne die Existenz der Sozialdemokratie und Furcht vor ihr der Weg der sozialpolitischen Gesetzgebung nicht beschritten sein würde. Wir können anführen, dass die Furcht vor der Sozialdemokratie und die Absicht, ihr den Wind aus den Segeln zu nehmen, auch aus den Motiven hervorleuchten, die den ersten Entwurf über die Unfallversicherung der Arbeiter begleiteten; hier heisst es:

»Dass der Staat sich in höherem Masse, als bisher, seiner hilfsbedürftigen Mitglieder annehme, ist nicht bloss eine Pflicht der Humanität und des Christentums, von welchen die staatlichen Einrichtungen durchdrungen sein sollen, sondern auch eine Aufgabe staatserhaltender Politik, welche das Ziel zu verfolgen hat, auch in den besitzlosen Klassen der Bevölkerung, welche zugleich die zahlreichsten und am wenigsten unterrichteten sind, die Anschauung zu pflegen, dass der Staat nicht bloss eine notwendige, sondern auch eine wohltätige Einrichtung sei. Zu dem Ende müssen sie durch erkennbare direkte Vorteile, welche ihnen durch gesetzgeberische Massregeln zu teil werden, dahin geführt werden, den Staat nicht als eine lediglich zum Schutz der besser situierten Klassen der Gesellschaft erfundene, sondern als eine auch ihren Bedürfnissen und Interessen dienende Institution aufzufassen.«

Die Rücksicht auf die agitatorische und werbende Wirkung kann aber, wie schon gesagt, allein für die Abstimmung über sozialpolitische Gesetze nicht massgebend sein. Entscheidend kann nur die Bedeutung des zur Abstimmung stehenden Gesetzes für den Fortschritt und die künftige Entwickelung der Sozialpolitik sein.

Aus der ersten Zeit der parlamentarischen Tätigkeit der Sozialdemokratie, als die Ansicht stark vertreten war, dass die Kritik des Bestehenden und die darin liegende Agitation die vornehmste Aufgabe der Sozialdemokratie auch im Parlament sei, hat sich in manchen Kreisen der Partei die bedingungslose Ablehnung aller von der Regierung oder anderen Parteien vorgeschlagenen Massnahmen als die richtigste Stellungnahme behauptet. N i c h t i n d e r F r a k t i o n s e l b s t. Diese hat im Gegenteil stets versucht, den gegebenen Verhältnissen Rechnung zu tragen und trotz ihrer prinzipiellen Stellung sich mehr als einmal für das *Ja* bei der endgültigen Abstimmung entschieden. Ob nicht ihre Abstimmung in anderen Fällen zuweilen unrichtig war, soll später er-

örtert werden. Es würde den Rahmen dieses Artikels überschreiten, wollte ich darüber rechten, ob der Standpunkt der unbedingten Verneinung berechtigt ist oder nicht. Nur so viel sei kurz gesagt: Die gewöhnlich zu seiner Begründung angeführten Behauptungen, dass kein Gesetz, das die Zustimmung der Mehrheit des Reichstags erhält, unsere Forderungen ganz erfüllt, und dass Zustimmung eine Vertrauenskundgebung sei, sind nicht stichhaltig. Konsequent hiernach verfahren würde überhaupt zur Ablehnung der Teilnahme an parlamentarischen Arbeiten führen. Die Entwickelung ist andere Wege gegangen, und die Partei hat sich ihr mit gutem Recht nicht entgegengestellt. Gewiss, bei der Machtverteilung in den gesetzgebenden Körperschaften ist an die Annahme eines Gesetzes, das allen Forderungen der Arbeiterklasse genügt, nicht zu denken. Diese unbestrittene Tatsache kann aber nicht zur Ablehnung aller Gesetze führen, sondern sie legt den sozialdemokratischen Abgeordneten ganz besonders die Pflicht auf, vor ihrer Schlussabstimmung genau Vorteile und Nachteile abzuwiegen und danach die Entscheidung zu treffen. Jedes gewohnheitsmässige *Nein*sagen bei der Gesamtabstimmung würde, speziell bei Gesetzen, bei denen die Sozialdemokraten im Parlament Verbesserungen durchgesetzt hat, wie der Herausgeber dieser Zeitschrift mit Recht betont hat, dazu führen, dass die Partei sich »der parlamentarischen Früchte ihrer eigenen Erfolge schliesslich selber beraubt«.[2])

Welche Stellungnahme ist nun zu sozialpolitischen Gesetzen geboten? Die Beteiligung an positiver parlamentarischer Arbeit schliesst schon die Bedingung des Verhandelns und Paktierens mit anderen Parteien in sich. Die Sozialdemokratie als parlamentarische Partei vertritt in erster Linie, nicht ausschliesslich, die Interessen der Arbeiterklasse. In Beziehung auf die Sozialpolitik, wo sich die Interessen der Arbeitgeber und Arbeiter sehr scharf gegenüberstehen, ist sie naturgemäss der Mandatar der Arbeitnehmer, die ausserhalb des Parlaments ihre Interessenvertretung in den Gewerkschaften haben. Betrachtet man die Arbeit der sozialdemokratischen Abgeordneten von diesem Gesichtspunkt, so ergibt sich, dass ihre Taktik gegenüber sozialpolitischen Gesetzen eine ähnliche sein muss, wie die der Gewerkschaften in ihren Kämpfen mit den Arbeitgebern um Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Im gewissen Sinne sind die parlamentarischen Kämpfe um die Ausgestaltung der sozialpolitischen Gesetzgebung nur die auf den politischen Kampfplatz übertragenen Streitigkeiten zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern. In diesen Kämpfen ist aber das vorläufige Ziel nicht ein Niederzwingen des Gegners, sondern ein angemessener und akzeptabler Vergleich. Die Gewerkschaften befolgen in ihren wirtschaftlichen Kämpfen seit jeher diese kluge Taktik, die auf Verständigung ausgeht und doch nie das Ziel, die Stärkung der Macht des einzelnen und damit der Gesamtheit der Arbeiter, aus den Augen verliert. Es gehört heute zu den Seltenheiten, dass eine Gewerkschaft unter allen Umständen auf die Erfüllung aller ihrer Forderungen besteht. Die sogenannten *friedlichen* Lohnbewegungen, bei denen es weder zum Streik noch zur Aussperrung kommt, sind den Gewerkschaften ein sehr taugliches Mittel zur Erfüllung ihrer Aufgabe: Hebung der wirtschaftlichen und sozialen Lage der Arbeiterklasse, geworden.

[2]) Vergl. die Rubrik *Sozialistische Bewegung* der Rundschau in diesem Bande der *Sozialistischen Monatshefte*, pag. 162.

Prinzipiell muss auch die Sozialdemokratie im Parlament den Standpunkt einnehmen, jedes Mittel zu akzeptieren, das geeignet ist, die gegenwärtigen Verhältnisse der Arbeiterklasse zu verbessern. Der Umstand, dass noch wichtige und bedeutungsvolle Forderungen der Arbeiterklasse in einem sozialpolitischen Gesetz nicht zur Anerkennung gekommen sind, kann kein Grund zur Ablehnung sein, wenn es nur sonst einen nennenswerten Fortschritt bedeutet. Es ist dann eben nur eine Abschlagszahlung, deren Annahme die Geltendmachung weitergehender Forderungen nicht ausschliesst. Davon, dass in der Zustimmung zu einem Gesetz ein Vertrauensvotum für die Regierung oder eine Verzichterklärung auf die ursprünglich erhobenen Forderungen liegt, kann doch im Ernste nicht die Rede sein. Es handelt sich doch nicht um einen Vergleich, an dessen Festsetzungen beide Teile für immer gebunden sind, sondern um die gesetzliche Festlegung dessen, was augenblicklich erreichbar ist. Sobald die politischen Machtverhältnisse sich geändert haben, wird auch das unveräusserliche Recht, sie für sich auszunutzen, wieder lebendig.

Betrachten wir nun die Stellung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion bei Abstimmungen über sozialpolitische Gesetze. Sie war schwankend. Die Fraktion hat es nie an Anträgen und Verbesserungsvorschlägen fehlen lassen, die zum Zwecke hatten, die sozialpolitische Gesetzgebung in der Richtung der Grundsätze und Forderungen des Parteiprogramms zu beeinflussen. Es ist selbstverständlich, dass sie mit diesen Bestrebungen nie vollen, sehr häufig nur geringen oder gar keinen Erfolg gehabt hat. Die Sozialdemokratie hat in den achtziger Jahren gegen die drei Versicherungsgesetze gestimmt. Keines, weder das Krankenversicherungsgesetz, noch das Unfallversicherungsgesetz, noch das Gesetz über Alters- und Invalidenversicherung, hat bei der Schlussabstimmung die Annahmeerklärung der Arbeiterpartei erhalten. Diese Ablehnung ist begreiflich, wenn man die parlamentarische Stellung der Sozialdemokratie bedenkt. Sie zählte wenig Mitglieder im Reichstag, und es wurde ihr sogar die Teilnahme an den Kommissionsverhandlungen verweigert. Ihre Verbesserungsanträge, die man gewiss nicht als unannehmbar bezeichnen konnte, wurden sämtlich abgelehnt, sie sind heute trotz mehrerer Novellen noch nicht ganz erfüllt. Immerhin enthielten die Gesetze den ausserordentlichen fruchtbaren Gedanken der Zwangsversicherung der Arbeiter bei der Krankenversicherung, wenn auch durch allerlei Rücksichten diese nur auf einzelne Kategorieen von Arbeitern beschränkt blieb. Bei der Unfallversicherung wurden Unternehmerverbände geschaffen, die wenigstens für den Arbeiter den Vorteil hatten, dass sie zahlungsfähig waren und die Verwirklichung der Entschädigungsansprüche des verletzten Arbeiters nicht an der Zahlungsunfähigkeit des Schuldners scheitern liessen, wie das früher oft genug vorgekommen sein mag. Zu diesen Vorteilen kam als nicht unwesentlicher hinzu die durch das Krankenversicherungsgesetz geschaffene Organisation der Ortskrankenkassen. Sie sind ein Mittelding zwischen privater Korporation und Behörde und jedenfalls eine treffliche Institution zur Ausbildung der Arbeiter in Zweigen der Verwaltung. Sie sind auch gute demokratische Einrichtungen mit einem verhältnismässig freien Wahlrecht zu den Verwaltungsorganen der Kasse (Wahlberechtigung und Wählbarkeit beginnt mit dem 21. Jahre, Frauen haben aktives und passives Wahlrecht). Legt man den oben gezeichneten Massstab an, dass für jedes Gesetz gestimmt werden kann, welches einen Fortschritt gegenüber bestehenden

Verhältnisen bedeutet, so ergibt sich, dass die sozialdemokratische Fraktion sehr wohl — so begreiflich auch die Ablehnung aus der parlamentarischen Stellung der Partei ist —, ohne ihrer prinzipiellen Stellung zu vergeben, diesen Gesetzen hätte zustimmen können. Das Invalidenversicherungsgesetz erhielt ebenfalls im Jahre 1889 nicht die Zustimmung der damals 11 Mann starken sozialdemokratischen Fraktion.

Auch nach dem Fall des Sozialistengesetzes änderte sich die Haltung der sozialdemokratischen Fraktion nicht. Sie versagte der mit Unrecht von den Sozialreformern so sehr gepriesenen Arbeiterschutznovelle vom Jahre 1891 und der Novelle zum Krankenversicherungsgesetz vom Jahre 1892 ihre Zustimmung. In einer Artikelserie Bebels über die Arbeiterschutznovelle heisst es:

»Wir meinen, sie [die sozialdemokratische Reichstagsfraktion] hätte pflichtvergessen gehandelt, hätte sie durch ihre Zustimmung den Schein erweckt, als sei das neugeschaffene Werk ein solches, das den Beifall der Arbeiterwelt verdiente . . . Ein Arbeiterschutzgesetz, das den Beifall des gesamten adeligen und bürgerlichen Unternehmertums findet, kann unmöglich nach dem Geschmacke der Vertreter klassenbewusster Arbeiter sein.«[3])

Es kann nicht bestritten werden und ist auch schon 1891 von sozialdemokratischer Seite anerkannt worden, dass die Novelle zur Gewerbeordnung von 1891 nicht unwesentliche Verbesserungen enthielt. Hier sei nur an den § 120 e der Gewerbeordnung erinnert, der in seinem dritten Absatz sagt:

»Durch Beschluss des Bundesrats können für solche Gewerbe, in welchen durch übermässige Dauer der täglichen Arbeitszeit die Gesundheit der Arbeiter gefährdet wird, Dauer, Beginn und Ende der zulässigen täglichen Arbeitszeit und der zu gewährenden Pausen vorgeschrieben und die zur Durchführung dieser Vorschriften erforderlichen Anordnungen erlassen werden.«

Hiermit war, wie Schippel im *Reichstagshandbuch* mit Recht hervorhebt, der Regierung die Möglichkeit gegeben, nicht nur in besonders gesundheitsgefährlichen Betrieben die Arbeitszeit zu beschränken, sondern sie konnte auch in nicht besonders gesundheitsgefährlichen Betrieben gegen eine gesundheitswidrig lange Dauer der Arbeitszeit vorgehen.[4]) Die auf Grund dieser Vollmacht vom Bundesrat erlassenen Verordnungen sind nicht besonders zahlreich, es sind die Bäckereiverordnung von 1896, die Verordnung, betreffend Einrichtung und den Betrieb von Anlagen zur Herstellung elektrischer Akkumulatoren aus Blei oder Bleiverbindungen, von 1898, Verordnung, betreffend Getreidemühlen, vom Jahre 1899, Verordnung, betreffend Beschäftigung von Gehilfen und Lehrlingen in Gast- und Schankwirtschaften, von 1902, aus dem Jahre 1902 datiert auch noch die Beschränkung der Arbeitszeit in Anlagen zur Vulkanisierung von Gummiwaren und die Verordnung über den Betrieb von Steinbrüchen und Steinhauereien. Der Bundesrat hat also von seiner Befugnis keinen umfassenden Gebrauch gemacht, und die von ihm angeordneten Beschränkungen enthalten auch nicht das Mass des Schutzes, auf den die Arbeiter wohl begründeten Anspruch haben. Das Prinzip aber, dass die Regierung überhaupt das Recht hat, der übermässig langen Arbeitszeit entgegenzuwirken, war doch ein wesentlicher Fortschritt und kann bei einer Regierung, die nicht ausschliesslich unter dem Einfluss der Unternehmer steht, gute Früchte tragen. Den Beifall des Unternehmertums haben diese wenigen Verordnungen auch keinesfalls gefunden.

Ein Umschwung in dem Verhalten der sozialdemokratischen Fraktion zu sozial-

[3]) Vergl. August Bebel *Die Gewerbeordnungsnovelle* in der *Neuen Zeit*, 1890-1891, 2. Bd., pag. 414 und 415.

[4]) Vergl. Max Schippel *Sozialdemokratisches Reichstagshandbuch* (Berlin 1902), pag. 91.

politischen Gesetzen — bei der Schlussabstimmung — trat in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre ein. Das Handelsgesetzbuch vom Jahre 1897 wurde auch von den sozialdemokratischen Abgeordneten nach der Schlussberatung angenommen. Es hatte für die Handlungsgehilfen wesentliche Verbesserungen, insbesondere durch Einschränkung der doch fast immer zu ihren Ungunsten ausgeübten Vertragsfreiheit und durch vorteilhaftere Regelung der Bestimmungen über die Konkurrenzklausel gebracht. Auch die Novelle zur Gewerbeordnung vom Jahre 1900 wurde von der sozialdemokratischen Fraktion in der Schlussbestimmung angenommen. Sie brachte in der Hauptsache Verbesserungen für die Lage der in offenen Verkauftstellen beschäftigten Angestellten. In dem parlamentarischen Bericht an den Parteitag zu Mainz /1900/ heisst es in diesem Punkte:

»Der sehr umfangreiche Kommissionsbericht gab die Unterlage für die weitere Beratung der Novelle im Plenum des Reichstags, bei welcher Gelegenheit wir ebenfalls, wenn auch meist ohne Erfolg, die Forderungen der Arbeiterorganisationen in höherem Masse, als die Kommissionsbeschlüsse es getan, zur Geltung zu bringen versuchten. . . . . Wenngleich unsere Forderungen und Anträge — abgesehen von wenigen Ausnahmen — keine Annahme fanden, so ist doch nicht zu verkennen, dass die Novelle gegenüber den bisherigen Zuständen manche Verbesserung enthält, sowohl durch die Vorlage, als auch durch die Kommissionsberatungen. Vor allem ist hierzu die gesetzlich festgelegte Ladenschlusszeit zu rechnen. Weitere Verbesserungen sind enthalten in den Bestimmungen für Gesindevermieter und Stellenvermittler, in der Einführung von Lohnbüchern und Arbeitszetteln für die Konfektionsbranche, in der gesetzlichen Festlegung einer Minimalruhezeit und einer Mittagspause für offene Verkaufsstellen und den dazu gehörigen Kontoren und Lagerräumen, in der Einführung von Arbeitsordnungen für offene Verkaufsstellen mit mehr als 20 Gehilfen und Lehrlingen, sowie in der dem Bundesrat erteilten Berechtigung des Erlasses von Vorschriften, welchen Anforderungen Laden-, Arbeits- und Lagerräume, sowie Maschinen und Gerätschaften zu genügen haben, um Leben und Gesundheit des Personals vor Schaden zu schützen. Diese Verbesserungen der jetzt geltenden Rechtsverhältnisse für die Arbeiter und Handelsangestellten veranlassten die Fraktion, bei der Schlussabstimmung für die Novelle zur Gewerbeordnung zu stimmen.«

Hier tritt die Auffassung, für Gesetze, die Verbesserungen enthalten, einzutreten, schon klar zu tage. Schon im Jahre vorher, 1899, hatte die Fraktion dem neuen Invalidenversicherungsgesetz ihre Sanktion erteilt, obgleich dieses Gesetz neben einigen Verbesserungen doch auch wesentliche Verschlechterungen, so in der Einschränkung der Versicherungspflicht und in der Heranziehung des Vermögens der Versicherungsanstalten für industrielle Gegenden zu den Lasten der Versicherungsanstalten im agrarischen Osten, enthielt. Dass zu den Verbesserungen nur der allergeringste Teil dessen gehört, was die Sozialdemokratie im Interesse der Lohnarbeiter verlangen musste, ist selbstverständlich. Die Fraktion hebt das in ihrem Bericht an den Parteitag zu Hannover /1899/ auch ausdrücklich hervor. Ihre Zustimmung erklärt sie damit, dass die Verbesserungen von grösserer Bedeutung, als die Verschlechterungen, seien. Von einer Erwägung des Umstandes, dass eine Ablehnung bedeutungsvoller Anträge zum *Nein* bei der Schlussabstimmung hätte führen können, ist schon gar nicht mehr die Rede. Noch deutlicher tritt der Wille, Verbesserungen bestehender Verhältnisse zu akzeptieren, auch wenn sie lange nicht an das heranreichen, was berechtigte Forderung der Arbeiterklasse ist, hervor bei der Behandlung der Novellen zu den Unfallversicherungsgesetzen vom Jahre 1900. Die wichtigsten und weitgehenden Anträge der Fraktion wurden auch in diesem Falle von den Mehrheitsparteien des Reichstags abgelehnt. Die Verbesserungen

der Novelle waren im Vergleich zu den Forderungen unserer Fraktion minimal. Trotz dieser Erkenntnis stimmte die Fraktion — und mit Recht — wegen der Verbesserungen für das Gesetz. Lassen wir auch hier wieder den Bericht an den Parteitag zu Mainz reden:

»Die Ergebnisse der Beratung der Unfallversicherungsgesetze müssen um so mehr als ungenügend bezeichnet werden, als seit dem Erlass des Gesetzes vom Jahre 1884 die Profitrate und damit die Wirtschaftslage der Unternehmerklasse ungeheuer gestiegen ist. Dagegen sind in dem gleichen Zeitraum, durch mehrmalige Erhöhung der Getreidezölle und die dadurch erfolgte Verteuerung des Brotes, sowie durch die Erhöhung der Branntweinsteuer- eine Armeleutsteuer- und durch die erhebliche Steigerung der Miets- und Fleischpreise, der Arbeiterklasse sehr erhebliche Lasten erwachsen, die keineswegs durch höhere Arbeitslöhne ausgeglichen sind. Wenn die Fraktion bei dieser Sachlage bei der Gesamtabstimmung für die Unfallversicherungsgesetze votiert hat, so war hierfür der Umstand entscheidend, dass eine Ausdehnung der Versicherungspflicht durch die Gesetze herbeigeführt wird, und dass es uns gelungen ist, eine Anzahl Verbesserungen gegenüber den bestehenden Verhältnissen durchzusetzen.«

Die Anschauung, die diese günstige Stellungnahme hervorgerufen hatte, beherrschte die Fraktion auch im folgenden Jahre noch, sie stimmte 1901 sowohl für das Gesetz betreffend Unfallfürsorge für Beamte und Personen des Soldatenstandes, wie auch für das neue Gewerbegerichtsgesetz. Gerade die Zustimmung zum Gewerbegerichtsgesetz verdient besonders hervorgehoben zu werden, weil die Fraktion einige Jahre später dem entsprechenden Gesetz über die Kaufmannsgerichte die Zustimmung versagte. Das neue Gewerbegerichtsgesetz brachte, wie das gar nicht anders zu erwarten war, nur geringe Verbesserungen. Die von den Arbeitern mit Recht verlangte obligatorische Einführung der Gewerbegerichte wurde abgelehnt, sogar der Antrag, wenigstens für Gemeinden mit mehr als 15000 Einwohnern Gewerbegerichte zu errichten, fand die Zustimmung der Mehrheit des Reichstags nicht. Das von sozialdemokratischer Seite für Frauen geforderte aktive und passive Wahlrecht fand ebensowenig Billigung, wie das Verlangen, das Wahlalter auf 21 Jahre herabzusetzen. Hineingebracht in das Gesetz wurde dagegen die Proportionalwahl, aber nicht obligatorisch, sondern über ihre Einführung muss durch das von der Gemeindebehörde zu erlassende Ortsstatut Bestimmung getroffen werden. Der Zweck war, bei den Gewerbegerichten, bei denen die freien Gewerkschaften die Beisitzer stellten, den in der Minderheit befindlichen Organisationen eine Vertretung im Gewerbegericht zu sichern. Das Zentrum war die Urheberin dieser Bestimmung. Die Verbesserungen waren also auch hier, gemessen an den Wünschen der Arbeiter, nur gering.

Das Kinderschutzgesetz vom 30. März 1903 erfreute sich ebenfalls trotz des absolut unzureichenden Schutzes, und obgleich es mit Rücksicht auf die Agrarier die in der Landwirtschaft tätigen Kinder gar nicht in seinen Kreis zieht, der Zustimmung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

»Die Fraktion stimmt für das Gesetz, weil es dank der jahrzehntelangen Agitation der Arbeiterklasse wenigstens einige Besserungen gegenüber dem bestehenden Zustand schafft und dann vor allem das nicht unwichtige prinzipielle Zugeständnis enthält, dass die soziale Gesetzgebung nicht vor der Familie Halt machen dürfe.«

So heisst es im parlamentarischen Bericht an den Dresdener Parteitag /1903/.

Von jetzt an macht sich wieder ein Umschwung in der Stellung der Sozialdemokratie zu sozialpolitischen Gesetzen bemerkbar. Es trat gewissermassen

eine Rückentwickelung ein. Schon der Novelle zum Krankenversicherungsgesetz, die noch kurz vor den Wahlen von 1903 im Reichstage erledigt wurde, versagte die Fraktion ihre Zustimmung. Es kann nicht behauptet werden, dass die Novelle keine Verbesserungen brachte. Sie dehnte die Unterstützung von 13 auf 26 Wochen aus, erweiterte die Wöchnerinnenfürsorge und führte auf Antrag der Sozialdemokratie die Zulässigkeit einer Schwangerenunterstützung ein, gab auch dem Antrag der Fraktion auf Einbeziehung aller Handlungsgehilfen in die Krankenversicherung statt; endlich beseitigte sie die früher zulässige Entziehung des Krankengeldes für Geschlechtskranke. Dagegen machte die Novelle auch den Versuch, das Verwaltungsrecht der Versicherten anzutasten. Diese Bestimmungen waren für die Fraktion Grund ihres ablehnenden Votums. Wägt man Verbesserungen und Verschlechterungen gegen einander ab. so will mir scheinen, dass auch hier die Verbesserungen überwiegen. Legt man den unzweifelhaften Verschlechterungen ein grosses Gewicht bei, so ist nicht einzusehen, warum die Fraktion das Gesetz nicht zum Scheitern brachte; was sie bei Aufrechterhaltung ihres Antrages auf namentliche Abstimmung bei dem beschlussunfähigen Reichstag wahrscheinlich leicht hätte erreichen können.

Auch das wichtige Gesetz über die Kaufmannsgerichte wurde bei der endgültigen Abstimmung im Jahre 1904 von der Sozialdemokratie verworfen. Es entsprach den Wünschen der Handlungsgehilfen selbstverständlich nicht voll, aber es war doch gegenüber dem geltenden Zustand ein erheblicher Fortschritt. Eine grosse Schicht von Arbeitern, deren materielle Rechtsstellung zum Teil durch das Handelsgesetzbuch besser geregelt ist, als die der gewerblichen Arbeiter durch die Gewerbeordnung, war bis zur Errichtung der Kaufmannsgerichte in der Verwirklichung ihrer Rechte aus dem Arbeitsverhältnis auf die durchaus ungeeigneten ordentlichen Gerichte angewiesen; sie hatte seit Jahrzehnten die Errichtung von Fachgerichten gefordert. Es wurden Gerichte geboten, deren Gestaltung und Verfassung zum mindesten so gut war, wie die der Gewerbegerichte nach der von der Sozialdemokratie akzeptierten Novelle von 1901. Trotzdem stimmte die Sozialdemokratie nicht zu. Ihre Ablehnung begründete sie mit der Verweigerung des Wahlrechts für die Frauen und mit der Festsetzung des Alters zur Wahlberechtigung auf 25 und das der Wählbarkeit auf 30 Jahre. Die gleichen Anträge hatte die Fraktion aber auch 1901 bei der Novelle zum Gewerbegerichtsgesetz gestellt, wie sich das nach dem Programm der Sozialdemokratie auch ganz von selbst versteht. Sie hatten aber auch 1901 keine Gnade vor den Augen der Regierung und der Mehrheitsparteien gefunden. So gut, wie die Fraktion 1901 zustimmen konnte, hätte sie es auch 1904 können. Hier liegt ein Widerspruch vor, der in der Sache nicht begründet ist. Was 1901 keinen Verzicht auf die Geltendmachung der Forderung des Wahlrechts für die gewerblichen Arbeiterinnen bedeutete, hätte auch 1904 diese Bedeutung für die Handlungsgehilfinnen nicht gehabt. Genau so ist es mit der Forderung der Herabsetzung des Wahlalters. Sie hätte später immer wieder geltend gemacht werden können. Wären die Kaufmannsgerichte aber 1904 gescheitert an der Haltung der Sozialdemokratie, so ist es mir fraglich, ob sie später unter Herrn Beseler noch überhaupt zur Verhandlung gekommen wären. Die Handlungsgehilfen würden einen von ihnen sehr geschätzten Vorteil entbehren.

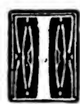
Die Abstimmung über das Kaufmannsgerichtsgesetz ist, soweit ich überschauen

kann, die letzte über ein sozialpolitisches Gesetz im engeren Sinne gewesen. Sie hat schon auf dem Parteitag zu Bremen zu Erörterungen geführt, ohne natürlich Beschlüsse irgend welcher Art zu zeitigen. Es geht auch nicht an, die Fraktion für ihre Abstimmungen festlegen zu wollen für alle Fälle. Aus politischen Erwägungen heraus kann sich die Notwendigkeit der Ablehnung eines sozialpolitischen Gesetzes ergeben, dessen Annahme an und für sich zu wünschen wäre. Diese Fälle werden jedoch selten sein. Hierzu eignet sich die Abstimmung über andere Gesetzesvorlagen weit eher, als die über sozialpolitische Gesetze. Aus der Stellung der Sozialdemokratie im Parlament als Hauptvertreterin der Interessen der Lohnarbeiter und als Mandatar der Gewerkschaften ergibt sich die prinzipielle Haltung in der parlamentarischen Behandlung sozialpolitischer Gesetze für die Sozialdemokratie. So wie sich die Gewerkschaften sehr oft mit dem begnügen müssen, was erreichbar ist, so kann auch die Sozialdemokratie dem zustimmen, ohne ihrer prinzipiellen Stellung etwas zu vergeben. Das Recht, das heute nicht Erreichte morgen wieder zu fordern, gibt sie damit nicht auf. Bei aller Hochschätzung und Hochhaltung programmatischer Forderungen darf eine parlamentarische Partei doch nie vergessen, dass sie, soll ihre parlamentarische Arbeit überhaupt einen sofort in die Augen springenden Wert haben — und das verlangen die Wähler —, die politische Situation ausnutzen muss, auch wenn sie ihr nicht so viel bietet, wie sie glaubt, fordern zu können. Sozialpolitische Massnahmen lediglich von der eisigen Höhe eines Prinzips aus zu betrachten, kann dazu führen, dass die vielen kleinen Dinge, die zur Verbesserung und Erhöhung der Behaglichkeit, wenn auch nur ganz bescheiden, beitragen, übersehen werden und ungenutzt bleiben.

Die Sozialdemokratie hat mit ihren Abstimmungen vom Jahre 1897 (Handelsgesetzbuch) bis 1903 (Kinderschutzgesetz) sich auf den Weg begeben, den sie als Vertreterin der Interessen der Gewerkschaften gehen muss. Sie hat ihn beim Gesetz über die Kaufmannsgerichte verlassen. Möge sie ihn wieder beschreiten! Er führt nicht vom Ziele ab, sondern darauf zu: Stärkung und Hebung der Arbeiterklasse in wirtschaftlicher, sozialer und geistiger Beziehung. Er stärkt aber auch den politischen Einfluss der Arbeiterklasse und ihrer parlamentarischen Vertreter und trägt zu seinem Teil bei zur Demokratisierung, sowohl im politischen Bewusstsein des Volkes, wie in der Wirklichkeit.

××

AUGUST MÜLLER · WANN WIRD DIE SOZIALDEMOKRATIE DAS AGRARPROBLEM IN ANGRIFF NEHMEN?



IN einer Parteizeitung war vor einigen Wochen eine Betrachtung über die Selbstkritik zu lesen, die nach der Niederlage vom 25. Januar von ein paar sozialdemokratischen Schriftstellern geübt worden ist. Diese Selbstkritik soll nun gar nichts taugen, wofür den »schlagendsten Beweis« die Tatsache liefert, dass die Partei »sich gänzlich immun gegen die Selbstkritik« erweist. »Denn nach allen historischen Existenzbedingungen der Arbeiterbewegung ist es ganz unmöglich, dass sie unbeachtet bleibt, wenn sie wirklich etwas zu sagen hätte, was die Partei zu fördern geeignet wäre.« Wie ist diese angebliche Immunität aber beschaffen? Besteht

sie vielleicht nicht nur in der Phantasie einiger Genossen, die nach dem Grundsatz *Unsere Ruh' wollen wir!* jede unbequeme Kritik möglichst rasch zum Schweigen bringen wollen? Mir scheint es fast, als wenn es sich so verhält. Das zeigt mir wieder ein Beispiel aus der jüngsten Zeit. Da hat jetzt Genosse Schippel in den *Sozialistischen Monatsheften* ein paar neue Zahlen zur Beleuchtung einer alten Tatsache vorgeführt, die eigentlich jedermann bekannt sein sollte, der sich auch nur oberflächlich mit agrar- und handelspolitischen Fragen beschäftigt hat.[1]) Aber diese Tatsache widerspricht einer liebgewordenen Auffassung. Statt sich nun mit ihr abzufinden, murmelt man etwas vom *Alleinstehen* Schippels und von *Prinzipienwidrigkeit* und geht dann mit möglichster Beschleunigung über den Fall zur altgewohnten Tagesordnung über. Auf diese Art von *Immunität* sollte die Partei nicht allzufest bauen und lieber beizeiten sehen, ob nicht ihr Organismus irgend eines Heilverfahrens bedarf.

Die Aufnahme, die die Darlegungen Schippels gefunden haben, führt mich auf das Gebiet, das uns hier beschäftigen soll. Nach Ansicht einiger Genossen soll Schippel mit seinen Anschauungen elementare Parteiprinzipien verletzt haben. Mir aber scheint: Schippel ist sozialistischer, als seine Kritiker. Oder widerspricht es vielleicht unserer Auffassung vom Aufgabenkreis des Staates, wenn man von ihm verlangt, Massnahmen zum Schutze eines bedrohten Produktionszweiges zu treffen? Kann man als Sozialist wünschen, dass die deutsche Landwirtschaft die gleiche Entwickelung nimmt, wie die englische? Nebenbei bemerkt, würde das für die deutschen Bauern und Landarbeiter viel verhängnisvoller sein, als für die englischen Pächter, eben weil die einen Pächter, die anderen aber Besitzer sind. Die Kritiker Schippels sollten sich einmal diese Fragen durch den Kopf gehen lassen und nicht nur an den *Bündler,* der sozialdemokratische Flugblattverteiler mit Hunden vom Hofe hetzt, denken, wenn es sich um das wichtige Problem handelt, wie im deutschen Industriestaate die Interessen der Allgemeinheit und die Interessen der Arbeiterschaft mit den Anforderungen zu vereinbaren sind, die sich aus den Entwickelungsbedürfnissen der Landwirtschaft ergeben. Marx pflegte die Ökonomen, die für alle hier entstehenden Fragen die Rezepte der *Nichts-als-Freihändler* in Bereitschaft hielten, als die *Freihandelshausierburschen* zu verspotten, in unseren Tagen aber gilt es als parteischädlich, wenn man über die Bedeutung der Landwirtschaft für das Volksganze und über die zu ihrem Schutze anzuwendenden Mittel andere Ansichten äussert, als die Herren Müller-Berlin und Kopsch.

Man muss vorsichtig sein, wenn man heutzutage den Kritiker an eingewurzelten Parteivorurteilen nicht einmal selbst macht, sondern sich nur mit ihm einverstanden erklärt. Und so will ich denn betonen, dass ich die Art von Zollpolitik zum Schutze der Landwirtschaft, die bei uns in Deutschland betrieben wird, keineswegs empfehle. Sozialdemokrat sein heisst aber nicht auch zugleich Freihändler aus Prinzip sein, wohl aber heisst es Vertreter der Arbeiterinteressen sein. Die Sozialdemokratie kann auch zollpolitischen Massnahmen zustimmen; freilich nur dann, wenn nebenbei Vorsorge getroffen wird, dass die Arbeiter auch als Produzenten vom Zoll berührt werden, also nicht

[1]) Vergl. Max Schippel *Europäische Landwirtschaft unter Freihandel und Zollschutz* in diesem Bande der *Sozialistischen Monatshefte*, pag. 200 ff., und *Agrarkrisis, Industrie und Industriearbeiter*, ibid., pag. 271 ff.

nur unter der preisverteuernden Wirkung der Zollpolitik zu leiden haben. Ein Beispiel dafür, wie es gemeint ist, bietet Australien. Es besteht vorläufig noch gar keine Aussicht, dass in Deutschland dieses Beispiel befolgt werden könnte, und ich vermag nicht einzusehen, wie die deutsche Sozialdemokratie, wie die Dinge nun einmal liegen, im stande gewesen wäre, die Zollpolitik der letzten Jahre mitzumachen. Aber sie hätte ihre ablehnende Haltung vielleicht manchesmal anders begründen können, als sie es getan hat.

Der Zoll ist, wie jedermann weiss, nicht das einzige Mittel, um Landwirtschaftsschutz zu treiben, aber er ist besonders beliebt, weil er an jenem Punkte einsetzt, an dem sich industrielle von landwirtschaftlicher Unternehmung scheidet. Das Gesetz vom abnehmenden Bodenertrag[2]) bringt es mit sich, dass die Herstellungskosten für das grössere Güterquantum beim landwirtschaftlichen Betrieb verhältnismässig steigen, wenn man zu intensiveren Betriebssystemen übergeht, während in der Industrie die Herstellungskosten mit fortschreitender Betriebsintensität fallen. »Der landwirtschaftliche Fortschritt ist darum an die Voraussetzung geknüpft, dass die Preise der Produkte steigen; der industrielle Fortschritt kann nur erfolgen, wenn er mit einer Erniedrigung der Preise verbunden ist. Jener ist die Folge, dieser die Ursache höherer Kultur.« (Bücher.) Gerade von Sozialdemokraten, die bei allen Massnahmen, die zu treffen sind, auch zu bedenken haben, wie sie für die Zukunft wirken, muss auf diese Tatsache Bedacht genommen werden. Es mag ja sein, dass die Ursachen der Agrarkrisis noch Dezennien anhalten, einmal aber wird auch die überseeische landwirtschaftliche Konkurrenz zu Bedingungen produzieren müssen, die der heimischen Landwirtschaft den Wettbewerb ermöglichen. Ist, wenn dieser Zeitpunkt eintritt, dem volkswirtschaftlichen Interesse gedient, wenn die heimische Landwirtschaft dann auf einer niederen Betriebsstufe steht? Alle Sozialisten sind sich darüber einig, dass unsere Landwirtschaft ihre Aufgaben dann am besten erfüllt, wenn sie die höchste technisch-wissenschaftlich erreichbare Kulturstufe einnimmt. Die Konsequenz dieser Auffassung ist aber, dass man dann auch den besonderen Eigentümlichkeiten der Landwirtschaft Rechnung trägt und den vom freisinnigen Händlertum entnommenen Abscheu vor höheren Preisen aufgibt. Voraussetzung dabei ist natürlich immer, dass die Arbeiter nicht geschädigt werden. Übrigens soll dieser Hinweis durchaus nicht als Empfehlung der Agrarzölle schlechthin aufgefasst werden. Ich bin zwar der Meinung, dass wir zu einer prinzipiellen Verwerfung jedes landwirtschaftlichen Zollschutzes durchaus keine Ursache haben, aber ich verkenne keineswegs, dass sich sehr viel gegen ihn ins Feld führen lässt, auch dann, wenn mit seiner Einführung eine die Zollbelastung aufwiegende Verbesserung der Stellung der Arbeiter als Produzenten Hand in Hand geht. Darüber wird sich wohl noch bei anderer Gelegenheit einiges sagen lassen, es mag für den Zweck, den dieser Aufsatz verfolgt, genügen, wenn auf die mannigfachen Probleme hingewiesen wird, die sofort auftauchen, wenn man die parteitraditionelle Auffassung über den Agrarschutz

[2]) Marx hat in einer Anmerkung im *Kapital* einige Bemerkungen zu diesem Gesetze gemacht, die so aufgefasst werden können, als bestreite er die Richtigkeit jener einfachen Tatsache, die sich hinter dem Gesetze vom abnehmenden Bodenertrag verbirgt. Mir scheint, Marx hat dieses nicht beabsichtigt, er wollte wohl sagen, dass die Wirkung des Gesetzes beim Übergang zu einer technisch-wissenschaftlich höher stehenden Betriebsmethode aufgehoben wird. Da er dieses nicht ausdrücklich betont hat, besitzt in den Kreisen, die auf das Wort des Meisters schwören, das erwähnte Gesetz aber nur geringen Kurswert, wie Genosse David an den Kritikern seines Agrarwerks erfahren konnte.

einmal untersucht, ausgehend vom Standpunkt des Arbeiters als Produzenten und als Glied des Gemeinwesens, das an seiner harmonischen Entwickelung interessiert ist. Kann man im Ernste behaupten, solche Betrachtungen seien wertlos?

Die Aufnahme, die der Schippelsche Artikel fand, sollte uns lehren, dass es an der Zeit ist, die Agrarfrage zur Diskussion zu stellen mit der Absicht, unser Programm mit den Tatsachen der agrarischen Entwickelung in Einklang zu bringen. Wir lassen noch immer nach der parteioffiziell abgestempelten Anschauung die Entwickelung in der Landwirtschaft sich konform der in der Industrie vollziehen. Der Grossbetrieb siegt, der Bauer muss daher verschwinden, und da dieser uns den Gefallen tatsächlich nicht erweist, ist er ein Hungerleider, der sein bejammernswertes Dasein der Überarbeit und der Unterkonsumtion verdankt. So las man es schon bei Eccarius, so liest man es bei den Marxisten, so steht es im Erfurter Programm und den ihm gewidmeten Kommentaren. Wo aber irgend eine Frage der Agrarpolitik praktisch an uns herantritt, fehlt uns der Wegweiser, nach dem wir schauen können, der politische Kompass, der unserem Handeln die Richtung weisen kann. Wir würden regelmässig in ein Dilemma geraten, wenn sich die Anforderungen des praktischen Lebens nicht stärker erwiesen, als die überlieferte Schulmeinung, die die Parteinorm bildet. Wo Sozialdemokraten in den Landtagen mit Fragen der Agrarpolitik beschäftigt werden, treiben sie gewöhnlich Bauernpolitik. Sie fördern die Bauern, aber sie verstossen damit im Grunde genommen regelmässig gegen das Parteiprogramm. So, wie dieses zur Agrarfrage steht, heisst Bauernpolitik das gleiche, wie Mittelstandspolitik. Von der letzteren versprechen wir uns nichts, und manche Massnahmen, mit denen man versucht hat, dem gewerblichen Mittelstand unter die Arme zu greifen, haben wir bekämpft und schliesslich abgelehnt. Den ländlichen *Mittelstand* beurteilen und behandeln wir in der Praxis ganz anders. Anhänger erwerben wir uns aber deshalb unter der Landbevölkerung nicht, wenigstens nicht unter den Bauern. Unsere, vom Standpunkt der Bauern — natürlich abgesehen von den Zollfragen — durchaus einwandsfreie Politik in den Landstuben der Einzelstaaten bringt uns durchaus nicht vorwärts. Einmal, weil wir den Übertreibungen und unerfüllbaren Forderungen der *Bauernbündler* ablehnend gegenüberstehen müssen, dann aber auch, weil der Widerspruch zwischen unseren programmatischen Forderungen und unserem praktischen Handeln nicht zu unserer Empfehlung dient. Man darf den bäuerlichen Wählern noch so schön auseinandersetzen, dass noch keine Vorlage zum Schutze der Bauern, die wirklich hält, was sie verspricht, in einem Parlamente, in dem Sozialdemokraten sitzen, gegen deren Stimmen verabschiedet worden ist; man darf ihnen die mannigfaltigen Fälle vorführen, in denen die sozialdemokratische Politik auch die Interessen der ländlichen Bevölkerung wahrnimmt: ein paar Sätze aus dem Parteiprogramm oder aus einer Broschüre schlagen den guten Eindruck glatt zu Boden. Die vergangenen Reichstagswahlen haben es uns gezeigt, wie wirkungsvoll diese Methode unserer Gegner ist, und wie klug die ostelbischen und die klerikalen Junker den schwachen Punkt in unserer Stellung zur Agrarfrage zur Stärkung ihrer Position auszunutzen verstehen.

Man hat die unleugbaren Schwierigkeiten, die sich bei der Betrachtung des agrarischen Problems zeigen, dadurch zu umgehen versucht, dass man die Ge-

winnung der Bauern für unnötig erklärte, um die politische Macht zu erobern. Aber, was einst Liebknecht an Bracke schrieb: »Wir brauchen die Bauern nicht, um Revolution zu machen, aber keine Revolution kann sich halten, wenn die Bauern dagegen sind,« das gilt doch auch heute noch sogar den Vertretern der Meinung, auch ohne die Bauern könne die Sozialdemokratie dereinst die Staatsgewalt ergreifen, was sie durch ihre Forderung, die Bauern zu neutralisieren, beweisen. Ich sehe in diesem Zusammenhange einmal ganz davon ab, dass es seine grossen Schwierigkeiten haben dürfte, ohne die Bauern — wer kann denn voraussetzen, dass die Entwickelung zum Industriestaat immer im gegenwärtigen Tempo anhält? — die politische Macht zu erobern. Dass sie zum mindesten nicht gegen uns stehen dürfen, wird ja allgemein anerkannt. Aber weiter, denn jemals, sind wir heute von einer Neutralisierung der Bauern entfernt, und es ist schlechterdings nicht abzusehen, wie wir sie neutralisieren sollen, wenn wir fortfahren, wie bisher.

Die Zahlen der Reichstagswahlstatistik reden auch hier eine deutliche Sprache. Am 26. und 27. Februar veröffentlichte die *Deutsche Tageszeitung* eine Zusammenstellung, in der nach ländlichen und städtischen Gebieten der Stimmenverlust und -gewinn der Sozialdemokratie aufgezählt wurde. Sie war nicht frei von Übertreibungen und Unrichtigkeiten, aber in ihren Schlussfolgerungen unangreifbar. Überall haben wir auf dem platten Lande Stimmen verloren, unsere mässigen Gewinne stammen aus den städtischen Gebieten. Man begreift, welchen Nutzen eine solche Feststellung der Agrarbewegung bringen muss, und findet die Triumphgesänge der Sieger im *Zirkus Busch* erklärlich. Aber was wissen wir darauf zu sagen? Selbstverständlich liegen die Ursachen dieser Erscheinung wieder einmal ausserhalb unserer Einwirkungsmöglichkeiten. Die Wahlkuverts tragen die Schuld daran, dass unsere Wählerziffer in ländlichen Gebieten verringert wurden, so konnte man mehrfach lesen. Dass wir selbst vielleicht Fehler gemacht haben könnten, ist ja ausgeschlossen, und gegen den Nachteil, den uns das *teure Schwein* zugefügt hat, sind wir natürlich genau so ohnmächtig, wie gegen die Aufschichtung der Wahlkuverts. Schippel und Calwer meinen zwar, auch die sozialdemokratische Stellung zu den Agrarzöllen sei nicht so ganz zweifelsfrei, aber sie verstehen das offenbar nicht. Wären wir weniger unfehlbar, dann würde uns vielleicht der Umstand, dass gerade die Parteigenossen, die sich am intensivsten mit derartigen Fragen beschäftigt haben, zur *Ketzerei* neigen, ein wenig nachdenklich stimmen. Ist nun für uns die Einheit zwischen theoretischer Überzeugung und Tatsachen der wirtschaftlichen Entwickelung nicht ein unbedingtes Erfordernis? Ziemt uns fatalistische Ergebung in das Schicksal, das die Agrarbewegung immer reaktionärer und arbeiterfeindlicher macht und den Einfluss der Arbeiterbewegung in dem Masse zurückdrängt, in dem sie selbst in die Breite und in die Tiefe wächst?

Unsere Auffassung vom *Bund der Landwirte* ist vielfach seinem Wesen nicht entsprechend. Der ganze *Bund* ein Produkt der Agrardemagogen, die verzweifelnde und bedrängte Bauern geschickt vor den Pflug der Grossgrundbesitzer zu spannen verstanden haben: so las man es in der *Freisinnigen Zeitung*, als der *Bund* sein Werk begann, und diese Auffassung übertrug sich zum Teil auch auf die Sozialdemokratie. Indes, gerade in unserer Partei ist oft und nachdrücklich betont worden, dass eine grosse, machtvolle Bewegung nicht von

ein paar Agitatoren, und seien sie noch so geschickt, aus dem Boden gestampft werden kann. Schon dadurch, dass eine solche Bewegung, wie die Arbeiterbewegung, werden konnte, beweist sie ihre Notwendigkeit und ihre Gesundheit. Sollte dies alte Argument für die Beurteilung der Agrarbewegung gar keine Gültigkeit haben? Auch diese zeigt Züge von Gesundheit und Kraft. Für diejenigen, die so gerne die Identität industrieller und landwirtschaftlicher Entwickelung behaupten, ist der *Bund der Landwirte* allerdings ein Gewächs ähnlich, wie die *Mittelstandsvereinigung*. Hier der städtische, dem Untergang nahe, dort der ländliche, im Verzweiflungskampf mit dem Rittergut und Latifundium begriffene Mittelstand. So etwa müsste die Parallele formuliert werden. Man braucht aber bloss den *Bund der Landwirte* neben die zahlreichen verunglückten Organisationsversuche des städtischen Mittelstandes zu stellen, um einzusehen, wie falsch sie ist. Daraus kann man doch eigentlich nur den Schluss ziehen, dass die Gleichstellung des städtischen Mittelstandes mit der Bauernschaft falsch ist, dass man es in letzterer keineswegs mit einer versinkenden, sondern mit einer lebenskräftigen, gesunden Berufsgruppe zu tun hat, weil sonst ihre Organisationserfolge unverständlich wären. Sieht man die Tatsachen von diesem Standpunkt aus an, so ist es unmöglich, an der hergebrachten Auffassung festzuhalten, sie etwa nur insoweit modifizierend, als man den Anteil der wirklichen Bauern an dieser Bewegung nach Möglichkeit verkleinert. Gewiss, ich glaube auch nicht alles, was Herr Diederich Hahn seinen Getreuen im *Zirkus Busch* erzählt, und vielleicht ist der Satz von 89 % Kleinbauern, den er in seinem letzten Jahresbericht angegeben hat, zu hoch. Aber selbst, wenn nur die Hälfte der *Bundes*mitglieder den Kleinbauern zuzurechnen sind, ist dann die Zahl der organisierten Kleinbauern verhältnismässig nicht immer noch um ein Bedeutendes höher, als die Zahl der politisch organisierten Arbeiter? Man ergänze dann diese zahlenmässige Feststellung mit der nichtpolitischen Tätigkeit des *Bundes der Landwirte*, mit der Wirksamkeit, die seine Verkaufstelle, seine Abteilungen für Auskünfte, für Versicherungswesen, Buchführungswesen, Vermittelung von Saatgut, Dünger- und Futtermittel, seine Beförderung des Genossenschaftswesens, seine Zentralsprechstelle usw. ausüben. Ist das nicht kräftig pulsierendes Leben, was uns hier entgegen tritt? Ich kann nun einmal diese glänzende Agitationsleistung, diese Fülle praktischer, vom genossenschaftlichen Geiste durchtränkter Arbeit, die der *Bund der Landwirte* in seinen zehn Abteilungen geleistet hat, nicht so gering bewerten, und ich bedaure nur eins: dass sich diese robuste, kräftige Bauernbewegung unsozial und arbeiterfeindlich äussert. An innerer Gesundheit aber fehlt es ihr nicht, und es ist ganz und gar verfehlt, sich darüber zu freuen, wenn einmal eine agrarische Genossenschaft verkracht.

Die Lebensfähigkeit der Agrarbewegung müssen wir als Tatsache anerkennen. Dem muss auch unsere Stellung zu ihr und zur Agrarfrage überhaupt Rechnung tragen. Wir brauchen wirklich nicht mehr darüber zu diskutieren, ob der Bauer leben bleibt; viel näher liegt die Frage: Wie gewinnen wir ihn? Oho, Bauernfang! so hört man da schon im Geiste die Antwort. Gewiss: wir würden Bauernfang treiben, wollten wir zwar ein paar schön zurecht gemachte Schaugerichte für die Bauern präsentieren, aber im übrigen alles beim alten lassen. Es gehört mehr, als ein an das Erfurter Programm angehängtes Agrarprogramm, dazu, um die Bauern zu gewinnen, die allein für uns zu

haben sind: die Kleinbauern. Aber die Wahrnehmung ihrer Interessen verträgt sich ganz gut mit der Wahrnehmung von Arbeiterinteressen. Das ist wenigstens die herrschende Auffassung bei den französischen Sozialdemokraten; die Norweger, Dänen und Schweden handeln zum mindesten praktisch wie die Franzosen, und wie die holländischen Parteigenossen zu der Frage stehen, das zeigte ja der interessante und wertvolle Bericht, den die holländische Agrarkommission im Jahre 1904 veröffentlichte.[2]) Die österreichischen, ungarischen und französischen Parteiprogramme, die erst aus den letzten Jahren stammen, hüten sich wohl, die Identität der agrarischen und industriellen Entwickelung, die rein und nett das deutsche Parteiprogramm ziert, zu behaupten, und das Programm der schweizerischen Sozialdemokraten erklärt: »In der Landwirtschaft hat bis jetzt der Grossbetrieb seine Überlegenheit über den Kleinbetrieb nicht im gleichen Masse bewiesen, wie in der Industrie.« Die fünfte Auflage der Kautskyschen Schrift über das Erfurter Programm, erschienen 1904, äussert sich über den Bauern aber genau so, wie die erste Auflage aus dem Jahre 1892.

Vor vier Jahren erschien Eduard Davids *Sozialismus und Landwirtschaft,* von allen Fachleuten als ganz hervorragende Erscheinung begrüsst. Ich schrieb kurz nach seinem Erscheinen in einer Besprechung des Buches, David habe die Agrarfrage in einer so zwingenden Form aufgerollt, dass eine Diskussion unvermeidlich sei, die ihren Einfluss auf die sozialistische Theorie und Praxis ausüben müsse. Wenn ich damals schon gewusst hätte, dass die marxistische Doktrin über den Erfahrungen der ökonomischen Entwickelung steht, dann hätte ich nicht prophezeit. Aber vielleicht täusche ich mich, vielleicht verdankt die deutsche Sozialdemokratie es nur dem Umstande, dass bald nach dem Erscheinen des Davidschen Buches eine Reichstagswahl stattfand, die der Sozialdemokratie auch in ländlichen Bezirken einen kaum erwarteten Stimmenzuwachs brachte, dass sie zwar das bedeutendste Werk über die Agrarfrage hervorgebracht hat, aber trotzdem am zähesten festhält an alten Irrtümern. Nun haben wir wieder eine Reichstagswahl hinter uns, wobei wir eine Fahnenflucht der sozialdemokratischen Wähler auf dem flachen Lande erlebten. Was wird die deutsche Sozialdemokratie daraus lernen? Wird jetzt das Bedürfnis nach praktischen Erfolgen den Sieg über die Doktrin davontragen? Es ist Zeit, dass unsere Partei das Agrarproblem ernstlich in Angriff nimmt.

×××××××××××××××××××××××××××××××××××××××

RICHARD CALWER · KARTELLE UND SOZIALDEMOKRATIE

IN unserm Parteiprogramm findet sich der Satz, dass die Produktivkräfte der heutigen Gesellschaft über den Kopf gewachsen seien. Dieser Satz hatte zu einer Zeit, in der die kartellmässige Organisation der Produktion noch gänzlich fehlte oder auch noch im allerersten Anfangsstadium begriffen war, seine volle Berechtigung. Heute aber, wo wir sehen, dass die kapitalistische Gesellschaft aus sich selbst heraus eine Regelung der Produktion mit Erfolg anstrebt, trifft der bezeichnete Programm-

[2]) Vergl. Willem Hubert Vliegen *Das Agrarproblem in der niederländischen Sozialdemokratie* in den *Sozialistischen Monatsheften,* 1905, 2. Bd., pag. 864 ff.

satz nicht mehr zu. Der ganze erste Teil des sozialdemokratischen Programms ist eben mehr oder weniger auf den Folgerungen basiert, die aus der wirtschaftlichen Entwickelung der kapitalistischen Gesellschaft, und zwar speziell in England, bis gegen die sechziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts hin gezogen sind. Seitdem hat aber der Kapitalismus Formen angenommen, die man nicht voraussehen konnte. Namentlich zeigt jedes kapitalistische Land Besonderheiten, die die wirtschaftliche Entwickelung sehr stark modifizieren, so dass die Folgerungen, die aus der des einen Landes abgeleitet werden, nicht ohne weiteres auf die eines anderen Landes Anwendung finden dürfen. Eine der wichtigsten dieser Neubildungen innerhalb der kapitalistischen Wirtschaftsordnung ist zweifellos die kartellmässige Organisation der Produktion. Wie hat man sich nun zu ihr vom Standpunkte des Arbeitsmarktes zu stellen, und welche Haltung hat danach die Sozialdemokratie den Kartellen gegenüber einzunehmen?

Unter der Ära der Gewerbefreiheit und der freien Konkurrenz sind in der Tat die Produktivkräfte der bürgerlichen Gesellschaft über den Kopf gewachsen. In Zeiten aufsteigender Konjunktur wurde die Erzeugung stets in ungesunder Weise vermehrt, da der einzelne Fabrikant keine Übersicht über die Bewegung der gesamten Produktion seines Gewerbes hatte. In dem Moment, da nach einer Ware starke Nachfrage war, glaubte jeder Unternehmer und Fabrikant, entweder eine neue Fabrik errichten oder die bestehenden Anlagen vergrössern zu müssen, um der steigenden Nachfrage genügen zu können. Wenn dann die Vermehrung der Produktion allmählich zu tage trat, stellte es sich alsbald heraus, dass im Vergleich zu der Aufnahmefähigkeit des Marktes die Produktivkräfte zu rasch gewachsen waren. Es trat die Reaktion in Form einer Krise ein, die erst dann wieder verschwand, wenn der Konsum stark genug geworden war, um die vermehrte Erzeugung zu verdauen. Alsbald setzte dann das Spiel wieder von neuem ein. Mit der Ausdehnung der kapitalistischen Wirtschaftsweise vervielfachten sich die Wirkungen der sogenannten *Überproduktion,* wodurch die Krisen schärfer und auch langwieriger wurden. Die starken Konjunkturschwankungen äusserten sich vornehmlich in der Preisbewegung: bei grosser Nachfrage schnellten die Preise exorbitant hinauf, um dann bei plötzlich zunehmendem Angebot auf ein verlustbringendes Niveau herabzusinken. Solange die Grossindustrie sich in ihrem ersten Stadium befand, solange es galt, das Handwerk und später schwächere Fabrikbetriebe zu verdrängen, da war es für die modernen erstklassigen Grossbetriebe ein leichtes, mit ihrer Überlegenheit eine Krise überstehen zu können. Als aber die Grossbetriebe den Markt unter sich zu teilen hatten, da waren die Aussichten des gegenseitigen Wettbewerbes für den einzelnen Grossbetrieb immer sehr fragwürdig. Der Kampf auf Leben und Tod spielte sich nicht mehr zwischen einem Starken und einem Schwachen ab, sondern zwischen zwei annähernd gleich Starken. Es war nicht mehr vorauszusehen, wer gewinnen und sich halten würde. Es standen bei der Konkurrenz der Grossen untereinander auch ganz andere Werte auf dem Spiele: jedes Grossunternehmen bildet ein Zentrum des wirtschaftlichen Lebens, von dem direkt oder indirekt eine grosse Zahl von Existenzen, das Wohl und Wehe ganzer Ortschaften, der Wert und die Verzinsung ganz erheblicher Kapitalien abhängen. Die wachsende Bedeutung des einzelnen Betriebes macht die gegenseitige Konkurrenz gleich starker Unternehmungen für die Beteiligten

gleich verderblich und aussichtslos. Man sucht sich daher zu einigen, in den vorhandenen Absatz zu teilen, anstatt durch Wettbewerb sich gegenseitig zu schädigen.

Sobald dieses Streben nach gegenseitiger Verständigung auftritt, ist das liberale Ideal der Gewerbe- und Konkurrenzfreiheit überwunden. Damit beginnt eine neue Ära. An die Stelle des individualistischen Charakters der Produktionsweise, der notwendigerweise eine Anarchie in der Zunahme der Produktivkräfte bedingt, tritt ein solidarisches Prinzip für die Produzenten, durch das eine Regelung der Produktion, eine Beherrschung der Produktivkräfte angestrebt und bis zu einem hohen Grade auch erreicht wird: die Produktion wird durch Kartelle organisiert. Der einzelne Kapitalist als Unternehmer und Gründer wird ausgeschaltet, der selbstherrliche Fabrikant wird bis zu einem gewissen Grade der Exekutivbeamte eines höheren Willens, ja, er verschwindet mit der höheren Entwickelung des Kartells ganz und gar von der Bildfläche. Leider vollzieht sich dieser Prozess nur äusserst langsam und allmählich. Unsere Wirtschaftspolitik sieht es noch nicht als ihre Aufgabe an, diesen Prozess zu beschleunigen und zu verallgemeinern. Marx hat diese Entwickelung in seinen Schriften nicht mehr berücksichtigt; aber er hat sie doch bis zu einem gewissen Grade intuitiv vor sich gesehen. Wenigstens kann man so die Stelle im ersten Bande seines *Kapitals* deuten, wo es nach der Schilderung der Expropriation der unmittelbaren Produzenten heisst:

»Was jetzt zu expropriieren, ist nicht länger der selbstwirtschaftende Arbeiter, sondern der viele Arbeiter exploitierende Kapitalist. Diese Expropriation vollzieht sich durch das Spiel der immanenten Gesetze der kapitalistischen Produktion selbst, durch die Zentralisation der Kapitalien. Je ein Kapitalist schlägt viele tot. Hand in Hand mit dieser Zentralisation oder der Expropriation vieler Kapitalisten durch wenige entwickelt sich die kooperative Form des Arbeitsprozesses auf stets wachsender Stufenleiter, die bewusste technische Anwendung der Wissenschaft, die planmässige Ausbeutung der Erde, die Verwandlung der Arbeitsmittel in nur gemeinsam verwendbare Arbeitsmittel, die Ökonomisierung aller Produktionsmittel kombinierter, gesellschaftlicher Arbeit, die Verschlingung aller Völker in das Netz des Weltmarktes, und damit der internationale Charakter des kapitalistischen Systems.«

Wenn Marx auch in den Einzelheiten der Entwickelung irrte, die fortschrittliche Richtung, die in der Überwindung des individualistischen Charakters der kapitalistischen Gesellschaft besteht, hat er klar erkannt. Noch mehr ist dies freilich bei Engels der Fall, der die Kartelle schon als wirkliche Gebilde in ihrer Wirksamkeit und in ihrem Wesen beobachten konnte. Er kannte die Kartelle namentlich in der Form des Trusts. In seinem *Antidühring* spricht er sich sehr eingehend über die kartellmässige Entwickelung der kapitalistischen Produktionsweise aus. Wir bringen die betreffende Stelle schon deswegen *in extenso*, weil sie beweist, wie rückständig man sich heute in der Sozialdemokratie zum Teil den Kartellen gegenüber verhält. Engels schildert, wie die Produktivkräfte nach tatsächlicher Anerkennung ihres Charakters als gesellschaftlicher Produktivkräfte drängen:

»Es ist dieser Gegendruck der gewaltig anwachsenden Produtivkräfte gegen ihre Kapitaleigenschaft, dieser steigende Zwang zur Anerkennung ihrer gesellschaftlichen Natur, der die Kapitalistenklasse selbst nötigt, mehr und mehr, soweit dies innerhalb des Kapitalverhältnisses überhaupt möglich, sie als gesellschaftliche Produktivkräfte zu behandeln. Sowohl die industrielle Hochdruckperiode mit ihrer schrankenlosen Kreditaufblähung, wie der Krach selbst durch den Zusammenbruch grosser kapitalistischer Etablissements treiben zu derjenigen Form der Vergesellschaftung

grösserer Massen von Produktionsmitteln, die uns in den verschiedenen Arten von Aktiengesellschaften gegenübertritt. Manche dieser Produktions- und Verkehrsmittel sind von vornherein so kolossal, dass sie, wie die Eisenbahnen, jede andere Form kapitalistischer Ausbeutung ausschliessen. Auf einer gewissen Entwickelungsstufe genügt auch diese Form nicht mehr; die inländischen Grossproduzenten eines und des selben Industriezweiges vereinigen sich zu einem *Trust*, einer Vereinigung zum Zweck der Regulierung der Produktion; sie bestimmen das zu produzierende Gesamtquantum, verteilen es unter sich und erzwingen so den im voraus festgesetzten Verkaufspreis. Da solche Trusts aber bei der ersten schlechten Geschäftszeit meist aus dem Leim gehen, treiben sie eben dadurch zu einer noch konzentriertern Vergesellschaftung: der ganze Industriezweig verwandelt sich in eine einzige grosse Aktiengesellschaft, die inländische Konkurrenz macht dem inländischen Monopol dieser einen Gesellschaft Platz; wie dies noch 1890 mit der englischen Alkaliproduktion geschehen, die jetzt, nach Verschmelzung sämtlicher 48 grossen Fabriken, in der Hand einer einzigen, einheitlich geleiteten Gesellschaft mit einem Kapital von 120 Millionen Mark betrieben wird. In den Trusts schlägt die freie Konkurrenz um ins Monopol, kapituliert die planlose Produktion der kapitalistischen Gesellschaft vor der planmässigen Produktion der hereinbrechenden sozialistischen Gesellschaft. Allerdings zunächst noch zu Nutz und Frommen der Kapitalisten. Hier aber wird die Ausbeutung so handgreiflich, dass sie zusammenbrechen muss. Kein Volk würde eine durch Trusts geleitete Produktion, eine so unverhüllte Ausbeutung der Gesamtheit durch eine kleine Bande von Kouponabschneidern sich gefallen lassen.«

Hier hat Engels ganz deutlich den im sozialistischen Sinne fortschrittlichen Charakter der Kartelle anerkannt; sie versuchen mit Erfolg, die Produktion planmässig zu regeln, sie sind das Mittel, durch das die bürgerliche Gesellschaft die Produktivkräfte in steigendem Masse beherrscht. Die kartellmässige Organisation der Produktion müsste von der Sozialdemokratie nicht nur begrüsst, sondern nach Möglichkeit gefördert werden. Statt dessen aber finden diese Neubildungen im Wirtschaftskörper von der sozialdemokratischen Presse überwiegend eine höchst ungünstige Beurteilung. Die Kirdorf, Stinnes und Thyssen sind freilich sozialpolitisch sehr rückständig, und sie verdienen deswegen eine überaus scharfe Verurteilung. Andrerseits sollte denn doch die sozialdemokratische Presse nicht vergessen, den Wert dieser Männer für die sozialistische Entwickelung unserer Wirtschaftsordnung in das richtige Licht zu setzen.

Man verfolge nur einmal die Entwickelung des deutschen Steinkohlenbergbaus unter der Wirksamkeit des rheinisch-westfälischen Kohlensyndikats, und man kann mit Händen greifen, wie die Leiter des Kohlensyndikats es verstanden haben, die Erzeugung zu zentralisieren und planmässig zu gestalten, wie ferner bei dieser Ordnung der Erzeugung der gesellschaftliche Charakter der Produktionsmittel immer schärfer hervortritt. Vor kurzem ist über die Kartelle in der Kohlenindustrie eine amtliche Denkschrift dem Reichstage zugegangen, die eine Fülle von wissenswertem Material enthält, leider aber gerade den fortschrittlichen Charakter der kartellmässigen Produktion viel zu wenig beleuchtet. Immerhin findet sich in dem reichen Material auch einiger Beweisstoff für den volkswirtschaftlichen Nutzen der Kartelle. Und doch hätte sich gerade am rheinisch-westfälischen Kohlensyndikat die Überlegenheit einer planmässig geregelten Produktion gegenüber dem individualistischen Vorgehen der einzelnen Betriebe oder auch einzelner Gruppen von Betrieben leicht nachweisen lassen. Namentlich in den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts befand sich der rheinisch-westfälische Steinkohlenbergbau in einer ganz ungesunden Lage, so dass selbst die Arbeiter die Notwendigkeit von Massnahmen zur Einschränkung der Überproduktion erkannten. So richteten zum Beispiel einige tausend Mitglieder des *Märkischen Knappschaftsvereins* im März 1886 ein Gesuch an den

preussischen Handelsminister, in dem auf die Unhaltbarkeit der damaligen Zustände im Kohlenbergbau vom Standpunkte des Arbeitsmarktes hingewiesen wird. Es heisst da wörtlich:

»Schon seit Ende der siebziger Jahre, wo die unheilvollen Folgen einer wüsten Überspekulation auch beim Bergbau immer mehr hervortreten, verfolgt der Vorstand des *Märkischen Knappschaftsvereins* mit eiserner Konsequenz das Ziel, die Mitglieder in ihren wohlerworbenen Rechten zu verkürzen, sei es nun, um eine direkte Entlastung der Arbeitgeber herbeizuführen, oder doch eine höhere Belastung der selben nach Möglichkeit hintanzuhalten. Wir geben zu, dass die Lage des Bergbaues es rechtfertigt, dass die Arbeitgeber nach Möglichkeit das Gleichgewicht zwischen Einnahmen und Ausgaben herzustellen suchen. Dieses kann aber mit Erfolg nur durch weise Selbstbeschränkung in der Produktion, durch gemeinsame Bekämpfung der Schleuderkonkurrenz und durch massvolle Inanspruchnahme der Beihilfe geschehen, welche die königliche Regierung der rheinisch-westfälischen Industrie zu gewähren bisher bestrebt war.«

Wir führen diese Stimme aus den beteiligten Arbeiterkreisen um deswillen an, weil sie zeigt, wie allgemein die damalige Krise im Bergbau empfunden wurde. Sie äusserte sich keineswegs bloss gegen Kapitalisten, Produzenten, Händler und Konsumenten, es litt auch der gesamte Arbeitsmarkt im Kohlenbergbau darunter. Diese Misere war so nachhaltig, dass noch einige Zeit nach der Gründung des rheinisch-westfälischen Kohlensyndikats der fünfte internationale Bergarbeiterkongress, der im Mai 1894 in Berlin abgehalten wurde, jedes zulässige Mittel als berechtigt empfahl, durch das eine Beseitigung der Überproduktion erreicht würde. Von den damaligen Zuständen hat man aber heute leider kaum noch eine Ahnung; denn sonst müsste man das Eingreifen des Kohlensyndikats wesentlich anders beurteilen, als man es heute tut. Die Tätigkeit des Kohlensyndikats hat nicht nur eine Stetigkeit in der Entwickelung der Förderung, der Preise und in der Versorgung des Konsums, sondern auch den Arbeitern eine gewisse Sicherung der Arbeitsgelegenheit gebracht, die von den früheren Zuständen äusserst vorteilhaft absticht. Es ist mir sogar fraglich, ob die Organisation der Bergarbeiter im letzten Dezennium eine so starke Entfaltung hätte erfahren können, wenn nicht diese Stetigkeit der Arbeitsgelegenheit vorhanden gewesen wäre.

Das sind alles indirekte Wirkungen, die von der Tätigkeit des Kohlensyndikats ausgehen. Direkte Wirkungen sind nicht vorhanden, da sich das Syndikat als solches mit Arbeiterangelegenheiten nicht befasst. Besonders wichtig von den indirekten Wirkungen ist sicherlich auch die Bewegung der Löhne in der Periode 1893 bis 1906. Ohne den Einfluss des Syndikats zu übertreiben, muss man zugestehen, dass unter ihm sich die Löhne im rheinisch-westfälischen Kohlenbergbau günstiger entwickelt haben, als in anderen Bergbaubezirken, dass zum mindesten aber kein ungünstiger Einfluss im Vergleich zu früher festzustellen ist. Eine andere Frage ist freilich, ob nicht durch das Vorhandensein des Syndikats die Möglichkeit gegeben wäre, die Arbeitsverhältnisse noch wesentlich weiter zu verbessern. In den Jahren unmittelbar vor der Begründung des Kohlensyndikats, also 1890 bis 1892, betrug im Oberbergamtsbezirk Dortmund der Lohnanteil vom Wert einer Tonne Kohle unter 50 %; er schwankte zwischen 46,7 und 49,7 %. Während der Wirksamkeit des Syndikats schwankte der Lohnanteil zwischen 53,1 und 59,7 %: er war durchschnittlich höher und war keinen so erheblichen Schwankungen ausgesetzt, wie es früher der Fall war. Dass natürlich auch die Rentabilität des im Kohlenbergbau werbenden Kapitals sich gehoben hat und namentlich stabiler geworden ist, darüber braucht an dieser

Stelle nicht erst geredet zu werden. Hervorgehoben sei hier aber nur, dass diese Zunahme keineswegs auffallend gross ist; in Rheinland-Westfalen ist vielmehr der prozentuale Anteil vom Wert der Kohlenförderung, der als Gewinn dem werbenden Kapitale zufliesst, geringer, als in anderen Kohlendistrikten, zum Teil sogar geringer, als im Auslande.

Es könnte nach meinen Ausführungen scheinen, als ob ich die Schattenseiten der Kartelle gänzlich übersähe. Das ist durchaus nicht der Fall. Ich habe auf diese schon wiederholt und eingehend an anderen Stellen hingewiesen. Es ist auch nicht zu verkennen, dass die heutige kartellmässige Organisation des Kohlenbergbaues noch unvollkommen ist, und dass eine neue Form eines noch engeren Zusammenschlusses der Kohlenbergwerke gefunden werden muss. Auch über diese Notwendigkeit lässt uns die amtliche Denkschrift im Stich. Diese Frage ist aber augenblicklich überaus aktuell. Nur kurz in der Einleitung streift die Denkschrift diese Frage, indem sie den monopolartigen Charakter der Kohlenkartelle erörtert, der übrigens in noch geringerem Grade vorhanden ist, als es nach der Denkschrift erscheint. Jedenfalls aber wäre der Entwickelung zum Sozialismus damit schwerlich gedient, wenn der Staat in den wirtschaftlichen Organisationsprozess, der sich zurzeit im Kohlenbergbau vollzieht, etwa dadurch eingreifen würde, dass er den Bergbau verstaatlichen wollte. Der heutige Staat als Produktionsleiter eines von den Schwankungen des Weltmarktes abhängigen Gewerbes! Der Staat als Herr einer grossen Zahl von Werken, deren Interessen und Rentabilität äusserst stark von einander abweichen, und unter denen deswegen ein vermittelnder Ausgleich heute nicht möglich ist! Der heutige Staat als Arbeitgeber! Nein, zur Verstaatlichung ist die wirtschaftliche Entwickelung im Kohlenbergbau noch nicht reif. Und doch *muss* sie reif sein, ehe eine Verstaatlichung als sozialistisch bezeichnet werden kann. Auch hier trifft wieder Engels den Nagel auf den Kopf, wenn er sagt:

»Denn nur in dem Falle, dass die Produktions- oder Verkehrsmittel der Leitung durch Aktiengesellschaften *wirklich* entwachsen sind, dass also die Verstaatlichung *ökonomisch* unabweisbar geworden ist, nur in diesem Falle bedeutet sie, auch wenn der heutige Staat sie vollzieht, einen ökonomischen Fortschritt, die Erreichung einer neuen Vorstufe zur Besitzergreifung aller Produktivkräfte durch die Gesellschaft selbst.«

Die Verhältnisse im Bergbau fordern aber noch nicht im mindesten eine Verstaatlichung, wohl aber eine weitere Zentralisation durch Bildung einer trustähnlichen Organisation. Das ist die kommende Stufe der Entwickelung, die auch im Interesse des Arbeitsmarktes liegt und vom Standpunkt des Sozialismus wünschenswert ist.

Ich habe hier in Kürze die Gesichtspunkte angeführt, die eine wesentlich andere prinzipielle Stellungnahme der Sozialdemokratie, als sie sich auf Grund des an den Anfang meiner Ausführungen gestellten Programmsatzes ergibt, den Kartellen gegenüber bedingen. Wir müssen den sozialistischen Kern in der kapitalistischen Schale erkennen lernen. Wir dürfen uns nicht länger den Anschein geben, als ob wir vor kapitalistischen Bäumen den sozialistischen Wald nicht sehen wollten.

××××××××××××××××××××××××××××××××××××××

MORRIS HILLQUIT · DIE GEGENWÄRTIGE LAGE DES AMERIKANISCHEN GEWERKSCHAFTSWESENS



ÜR die amerikanische Gewerkschaftsbewegung bedeuten die letzten drei Jahre eine Periode des Gedeihens und des Kampfes. Die Mitgliederzahl aller der *American Federation of Labor* angeschlossenen Organisationen stieg in diesem Zeitraum von nicht ganz 1½ auf nahezu 2 Millionen. Da diese Körperschaft wohl die grösste, aber keineswegs die einzige Landeszentrale ist, so muss man dazu noch zirka ½ bis 1 Million Arbeiter in kleineren Verbänden rechnen, die gleichfalls in den letzten Jahren stark gewachsen sind.

Die grossen Fortschritte der Gewerkschaftsbewegung mussten notgedrungen in Arbeitgeberkreisen Beunruhigung hervorrufen und zu vereinten Anstrengungen, sie zu hemmen, Veranlassung geben. Die bemerkenswerteste Bewegung in dieser Richtung ist die sogenannte *open shop*-Agitation. Angeregt wurde sie durch eine Verordnung des Präsidenten der Vereinigten Staaten, wonach die Regierungsdruckerei als ein *offener Laden* gelten sollte, das heisst, es sollte kein Unterschied zu gunsten der gewerkschaftlich organisierten Buchdrucker gegenüber den nichtorganisierten gemacht werden. Dieser Schlag war gegen das Grundprinzip der Gewerkschaftsbewegung gerichtet, ihr Bestreben, alle Arbeiter der organisierten Verbände unter die Gerichtsbarkeit ihrer respektiven Organisationen zu bringen. Die Kapitalisten des Landes griffen die Parole begierig auf und inszenierten eine Bewegung zum Zwecke der Vernichtung der Gewerkschaften unter der Devise des *offenen Ladens*. Diesem Zweck diente die *Citizens Industrial Association*, welche im Oktober 1903 in Chicago gegründet wurde. Dieser Bund erklärte sich prinzipiell gegen »Kollektivverträge, staatliche Schiedsgerichte bei Arbeitsstreitigkeiten und alle auf Beilegung von Arbeitskonflikten hinzielenden Pläne, die das Recht jedes Menschen, zu arbeiten, wann, wo und wofür es ihm beliebt, und das Recht des Arbeitgebers, einzustellen, wen und wofür er will, beeinträchtigen«. Im November 1904 hielt dieser Bund in New York eine Konferenz ab, an der 400 Delegierte aus allen Landesteilen teilgenommen haben sollen. Im folgenden Jahre behauptete Herr Eward H. Davis, der Bundessekretär, »dass er mehrere Hunderttausende von Mitgliedern unter den Fabrikanten und Geschäftsleuten der Vereinigten Staaten habe«. Diese Angabe ist wahrscheinlich übertrieben, allein die *Citizens Industrial Association* und die mit ihr liierten verschiedenen Unternehmerverbände haben jedenfalls genügende Macht bewiesen, um die Arbeiterorganisationen ihrer betreffenden Industrieen zu schwächen, zahlreiche Aussperrungen zu organisieren und viele Streiks zu verursachen. Nicht weniger als 1200 Firmen sollen allein im Jahre 1904 in solche Arbeitskonflikte verwickelt gewesen sein. Sie begegneten aber einem hartnäckigen und entschiedenen Widerstande von seiten der organisierten Arbeiter, und in dieser Beziehung ist die Kampagne im ganzen genommen als misslungen zu bezeichnen.

Einen weiteren und viel schlaueren Versuch, die Arbeiterbewegung unwirksam zu machen, bedeutet die *National Civic Federation*. Diese von dem listigen Kopfe des verstorbenen Senators Hanna ersonnene Organisation besteht aus einem merkwürdigen Gemenge von Millionären, Arbeiterführern und *hervor-*

ragenden Bürgern. Angeblich ist ihr Zweck »die freiwillige Versöhnung der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zum Unterschied von Schiedsgerichtsentscheidungen«; in der Tat aber soll sie dazu dienen, die Angriffslust der organisierten Arbeiter herabzustimmen, ohne dass von seiten des organisierten Kapitals irgendwelche Konzessionen dafür geboten werden. Von einer Konferenz, die dieser Verband am 7. Mai 1904 in New York abhielt, hiess es, dass sie Hunderte von Millionen an Kapital und mehr als 2½ Millionen Lohnarbeiter repräsentiere. Diese letzte Angabe bezieht sich ohne Zweifel auf die Anwesenheit des Vorsitzenden und einiger Beamten der *American Federation of Labor,* die sich unglücklicherweise in die Bewegung hineinziehen liessen, ohne dass die *Civic Federation* je einen Einfluss auf die Masse der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter ausüben konnte.

Noch ein wichtiges Ereignis in der neuesten Geschichte der amerikanischen Gewerkschaften ist die politische Kampagne der *Federation of Labor* im Jahre 1906. Eine Reihe von Jahren hatte diese am Prinzip festgehalten, sich einer organisierten Arbeiterpolitik zu enthalten, und hatte es für klug gehalten, die Gunst der einzelstaatlichen Parlamente und des Kongresses der Vereinigten Staaten durch Antichambriermethoden zu gewinnen. Die Früchte dieser Tätigkeit waren indessen sehr spärlich. In mehreren Staaten gingen Gesetze durch, welche die Arbeitszeit der Frauen und Kinder und der in besonders gefährlichen oder ungesunden Berufen beschäftigten Männer beschränkten, in anderen wurden Gesetze angenommen, die einen Minimallohn für gewisse in städtischen oder staatlichen Arbeiten tätigen Arbeiter festsetzten, und das Repräsentantenhaus nahm ein Achtstundengesetz für alle staatlichen Angestellten an. Diese Gesetze brachten aber der Arbeiterklasse wenig wirklichen Nutzen. Bei der eigentümlichen Machtbefugnis unserer Gerichtshöfe, Gesetze durch *Auslegung* zu ändern oder sie dadurch zu annullieren, dass sie erklären, sie stehen mit gewissen Bestimmungen der Bundesverfassung in Widerspruch, wurde ein sozialpolitisches Gesetz nach dem anderen aus den Gesetzbüchern der Staaten gestrichen. Die Jahre 1905 und 1906 zeichneten sich durch eine wahre Epidemie in dem Hinschlachten solcher Gesetze aus. Gleichzeitig sträubten sich die verschiedenen Regierungsdepartements sehr gegen die Erzwingung des Achtstundengesetzes, und die von der *Federation of Labor* propagierten gesetzgeberischen Massnahmen, ein wirksameres Achtstundengesetz, Gesetze gegen die billige Gefängnisarbeit, gegen die Einmischung der Gerichte in Arbeitsstreitigkeiten durch summarische *Einschärfungsbefehle,* und alle ähnlichen Vorschläge wurden vom Kongresse systematisch ignoriert oder niedergestimmt. Dieses Spiels wurde die *Federation of Labor* endlich müde, und nach Beratung mit den Vorsitzenden von 117 Zentralverbänden formulierte sie die bekannte *Beschwerdeschrift der Arbeiterschaft,* ein Dokument, das die beharrlichen Versuche der *Federation of Labor,* eine ehrliche sozialpolitische Gesetzgebung vom Kongress und die ehrliche Durchführung der bestehenden Arbeitsgesetze von der Regierung zu erlangen, aufzählt und das gleichmässige Scheitern beider Bemühungen zeigt. Dieses Schriftstück, das dem Präsidenten der Vereinigten Staaten, ferner dem Vizepräsidenten, dem Senat und dem Sprecher des Repräsentantenhauses überreicht wurde, schloss mit folgender bemerkenswerten Erklärung:

»Wir empfehlen diese Beschwerden Ihrer Aufmerksamkeit, weil wir lange, geduldig und vergebens auf Abhilfe gewartet haben. Unter all den Übelständen, über die

wir uns beklagen, gibt es nicht einen, gegen den wir nicht in ehrlicher und gesetzlicher Weise Heilmittel vorgeschlagen haben. Diese von der Arbeiterschaft vorgeschlagenen Mittel stehen in Übereinstimmung mit der Verfassung und mit dem von den veränderten industriellen Verhältnissen notwendig bedingten Fortschritt und der Entwickelung. Die Arbeiterschaft macht Sie auf diese ihre Beschwerden aufmerksam, weil Sie die für die Gesetzgebung und die Misserfolge der Gesetzgebung verantwortlichen Stellen sind. Die Arbeiter kommen zu Ihnen als Ihre Mitbürger, welche durch ihre Stellung im Leben nicht nur mit allen anderen Bürgern das gleiche Interesse für unser Land haben, sondern noch dazu die Lastträger und Lohnverdiener Amerikas sind. Als Vertreter der Arbeit bitten wir Sie, diesen Beschwerden abzuhelfen; denn es liegt in Ihrer Macht, es zu tun. Die Arbeiterschaft appelliert an Sie und, wie wir hoffen, nicht vergebens. Sollten Sie uns aber nicht Aufmerksamkeit schenken, so werden wir an das Gewissen und den Beistand unserer Mitbürger appellieren.«

Die Beschwerdeschrift wurde von dem Präsidenten und dem Präsidium des Senats und des Repräsentantenhauses wenig beachtet. Daher nahm bei der Neuwahl des Repräsentantenhauses im Jahre 1906 die *Federation of Labor*, ihrer Ankündigung getreu, aktiven Anteil an den Wahlen. Leider wurde die Kampagne von ihren Führern mit der selben kurzsichtigen, nicht ganz aufrichtigen Politik geführt, welche immer ihre politischen Ansichten und Handlungen charakterisiert hat. Sie erhoben sich weder zu dem Standpunkt einer bewussten Arbeiterklassenpolitik, noch stellten sie eigene Kandidaten auf, noch unterstützten sie die sozialistischen Kandidaten. Sie beschränkten vielmehr ihre politische Tätigkeit darauf, einige republikanische oder demokratische Kandidaten zu bekämpfen oder andere zu unterstützen, wobei als einziger Prüfstein ihre vorausgesetzte persönliche Feindschaft oder Freundschaft der organisierten Arbeiterschaft gegenüber galt. Das Resultat war, dass die grösste amerikanische Arbeiterorganisation mit ihren 2 Millionen Mitgliedern und ihrer gewaltigen Macht in der Arbeiterwelt mit einem kläglichen Debut in die Politik eintrat. Allein schon ihr blosser Eintritt in die Politik war ein hochbedeutendes Ereignis.

Die drei letzten Jahresversammlungen der *Federation of Labor* wiesen zwei charakteristische Merkmale auf: die Abnahme der Diskussionen über unabhängige politische Tätigkeit von seiten der Delegierten und die Zunahme der Streitigkeiten zwischen den einzelnen Verbänden.

In früheren Jahren hatten die sozialistischen Delegierten zu den Jahresversammlungen der *Federation of Labor* alle ihre Energie darauf gerichtet, diese als Körperschaft zu veranlassen, mit einem radikalen Arbeiterklassenprogramm in die politische Arena zu treten, und in einigen Fällen waren auch ihre Anstrengungen nicht gänzlich vergebens gewesen. Schon im Jahre 1886 hatte eine Jahresversammlung eine Resolution angenommen, die die Mitglieder aufforderte, »die unabhängigen politischen Bewegungen der Arbeiterklasse ehrlich zu unterstützen«, und sieben Jahre später unterbreitete eine andere Jahresversammlung den lokalen Verbänden die Frage, ob sich nicht eine unabhängige Politik empfehle, gemäss einem Programm, das unter anderem die Forderung des »Kollektiveigentums des Volkes an allen Produktions- und Distributionsmitteln« enthielt. Diese Bemühungen der Sozialisten waren vollkommen natürlich zu einer Zeit, wo die politische Organisation des Sozialismus nicht viel mehr als eine nominelle Existenz in den Vereingten Staaten hatte und die ganze Macht der organisierten Arbeiter faktisch durch die Gewerkschaftsbewegung repräsentiert wurde. Als aber die *Socialist Party* an-

gefangen hatte, ihre Tätigkeit zu beweisen, die Arbeiterklasse des Landes praktisch nach den Linien des internationalen Sozialismus zu organisieren, wurde ernstlich die Frage aufgeworfen, ob es klug sei, die Schöpfung einer zweiten politischen Arbeiterpartei mit voraussichtlich weniger befriedigendem Charakter zu veranlassen. Die Sozialisten in der *Federation of Labor* gaben daher ihre Bemühungen auf, die Föderation als Körperschaft *einzufangen*, und konzentrierten ihre Energie darauf, die einzelnen Gewerkschaftsmitglieder zum gehörigen Verständnis der sozialistischen Ideenwelt zu erziehen.

In allen Diskussionen über den Sozialismus, die auf den Versammlungen der Föderation stattfanden, nahmen Samuel Gompers und die anderen Führer und Leiter der Organisation den etwas veralteten Standpunkt des *Nurgewerkschafters* ein und gaben gelegentlich eine sehr entschiedene Feindschaft gegen die sozialistische Bewegung kund. Dieser zurückgebliebene Standpunkt der Führer hatte in manchen Kreisen der organisierten Arbeiter ein Gefühl der Unzufriedenheit mit der Organisation zur Folge, während sich in anderen Kreisen ein gleiches Gefühl infolge der häufigen Streitigkeiten zwischen den verschiedenen Verbänden verbreitete. Die *Federation of Labor* ist nach dem Prinzip strenger Berufsautonomie organisiert, und jeder Zentralverband innerhalb der Föderation ist für seine respektive Branche ausschliesslich zuständig. Wenn also Arbeiter verschiedener Branchen bei einer Firma oder einem Geschäfte beschäftigt sind, sind sie oft in eine Anzahl getrennter Organisationen geteilt, wobei es vorkommen kann, dass sie in ihrem Verhältnis zum gemeinschaftlichen Arbeitgeber eine verschiedene und einander widersprechende Politik einschlagen. In solchen Fällen kann es häufig geschehen, dass die Arbeiter bei Gelegenheiten, wo vereinte Wirksamkeit gegen den Arbeitgeber von nöten ist, wie zum Beispiel bei Streiks, aus Mangel an Einhelligkeit unterliegen. In einigen Fällen, besonders in den Baugewerben, wird die Schwierigkeit durch Bildung vereinigter Lokalausschüsse behoben, denen die Leitung aller Schritte gegen den gemeinschaftlichen Arbeitgeber anvertraut ist, aber in anderen Fällen, beispielsweise bei den Eisenbahn- und Brauereiarbeitern, hat die widersprechende und manchmal gegnerische Haltung, welche die verschiedenen Branchen gelegentlich bei gemeinschaftlichen Arbeitgebern einnahmen, oft zu inneren Fehden und erbitterten Debatten in den Versammlungen der *Federation of Labor* geführt. All das hat die Bildung einer neuen, konkurrierenden Körperschaft bewirkt, der *Industrial Workers of the World*. Diese Organisation stellt eines der interessantesten neuen Experimente auf organisatorischem Gebiete dar.

Sie wurde auf einer geheimen in Chicago Anfang Januar 1905 abgehaltenen Konferenz gegründet. Diese war von ungefähr 25 Personen besucht, von denen die meisten Beamte der nicht der *American Federation of Labor* angeschlossenen Gewerkschaften und mehrere hervorragende Sozialisten waren. Das Ergebnis der Konferenz war ein Manifest an die Arbeiterklasse Amerikas, das als eine Prinzipienerklärung der neuen Bewegung betrachtet werden kann, und von dem einige charakteristische Stellen wiedergegeben seien:

»Soziale Verhältnisse und Gruppierungen spiegeln nur mechanische und industrielle Bedingungen wieder. Die Signatur der jetzigen Industrie ist der Ersatz der Menschenkraft durch Maschinen und die Vermehrung der kapitalistischen Macht durch die Konzentration des Besitzes der Werkzeuge, mittels deren der Reichtum produziert und verbreitet wird. Infolge dieser Tatsache verschwinden gleicherweise

die Differenzen zwischen Arbeitern und die Konkurrenz unter Kapitalisten. Die Klassenunterschiede werden immer bestimmter, und die Klassenkämpfe schärfer. Die Grenzen der Berufe sind in der gemeinsamen Knechtschaft aller Arbeiter unter den Maschinen, welche sie bedienen, verwischt worden .... Der von dem Boden und den Arbeitsmitteln vollkommen losgelöste Arbeiter, dessen Handfertigkeit nutzbar geworden ist, ist in die einförmige Masse der Lohnsklaven herabgesunken .... Die Arbeiter werden nicht mehr nach den Unterschieden ihrer Fertigkeit im Beruf klassifiziert, sondern der Arbeitgeber bezeichnet sie nach den Maschinen, denen sie zugeteilt sind. Diese Teilung, die weit davon entfernt ist, Verschiedenheiten in der Fertigkeit oder den Interessen der Arbeiter zu repräsentieren, wird den Arbeitern von den Arbeitgebern aufgedrungen, um sie gegen einander zu hetzen, zu grösserer Anstrengung in der Arbeit anzuspornen, und um jeden Widerstand gegen die kapitalistische Tyrannei durch künstliche Unterscheidungen zu schwächen. Während die Unternehmer diese veraltete Einteilung bei den Arbeitern fördern, passen sie selber sich den neuen Verhältnissen sorgfältig an. Sie verwischen alle Unterschiede unter einander, und bieten in ihrem Kriege gegen die Arbeit eine einige Front dar .... Die Schlachtordnung und Kampfmethoden der Arbeitgeber entsprechen der Solidarität der mechanischen und industriellen Konzentration, während die Arbeiter ihre Kampforganisationen auf Grund lang verschwundener Branchentrennung bilden. ... Die Brancheneinteilung hindert das Wachstum des Klassenbewusstseins der Arbeiter und nährt die Idee der Harmonie der Interessen zwischen dem exploitierenden Arbeitgeber und dem von ihm beschäftigten Sklaven. Sie gestatten die Verbindung der Verführer der Arbeiter mit den Kapitalisten in einer *Civic Federation,* wo Pläne zur ferneren Erhaltung des Kapitalismus und fortdauernden Versklavung der Arbeiter durch das Lohnsystem geschmiedet werden. ... Allgemeine ökonomische Übel, welche auf der Arbeiterklasse lasten, können nur durch eine allgemeine Arbeiterbewegung gehoben werden. Solch eine Bewegung der Arbeiterklasse ist unmöglich, solange besondere Branchen- und Lohnverträge abgeschlossen werden, welche den Arbeitgeber gegen andere Branchen der selben Industrie unterstützen, und solange die Kräfte in nutzlosen Grenzstreitigkeiten verschwendet werden. ... Eine Bewegung, die ihre Aufgaben erfüllen soll, muss aus einem grossen industriellen, alle Industrieen umfassenden Verbande bestehen, der lokal für berufliche Autonomie, international für industrielle Autonomie und allgemein für Arbeitereinigkeit sorgt. Dieser muss auf dem Boden des Klassenkampfes stehen, und er muss im Geiste der Erkenntnis der unüberbrückbaren Kluft zwischen der Kapitalisten- und der Arbeiterklasse geleitet werden. ... Die lokale, nationale und allgemeine Verwaltung, mit Einschluss der Verbandsabzeichen, Knöpfe, Schilder, Mitgliedskarten, Eintrittsgebühren und Kopfsteuer muss überall die gleiche sein. ... Mitgliedsüberschreibungen zwischen lokalen, nationalen und internationalen Verbänden müssen allgemein stattfinden können. Arbeiter, welche Mitgliedskarten von Arbeiterverbänden fremder Länder mitbringen, müssen unbehindert in die Organisation aufgenommen werden. ... Ein zentraler Verteidigungsfonds, zu dem alle Mitglieder in gleicher Weise beitragen, muss eingerichtet und erhalten werden.«

Das Manifest schloss mit der Berufung einer Versammlung behufs Bildung einer neuen, auf diesen Prinzipien fussenden Organisation und war von den Mitgliedern der geheimen Konferenz und mehreren anderen in der radikalen Arbeiterbewegung des Landes wohlbekannten Personen unterschrieben, darunter von dem letzten Präsidentschaftskandidaten der *Socialist Party,* Eugene V. Debs.

Die von dem Manifest angeregte Versammlung fand am 27. Juni 1905 in Chicago statt und brachte den Veranstaltern eine ziemlich grosse Enttäuschung. Der erwartete Austritt einer Anzahl Zentralverbände aus der konservativen *Federation of Labor* fand nicht statt. Von den 212 Delegierten, welche an der Versammlung teilnahmen, repräsentierten 5 die *Western Federation of Miners* mit einer Mitgliederzahl von 27000, 7 die *American Labor Union,* eine Körperschaft, die sich fast gänzlich auf den äussersten Westen beschränkt,

mit einer Mitgliederzahl von 16780, und 2 die *United Metal Workers International Union* mit 3000 Mitgliedern. Lauter Verbände, die der *American Federation of Labor* nicht angeschlossen waren. Die meisten der übrigen Delegierten repräsentierten kleine, örtliche Organisationen, während ungefähr 60 gar keine vertraten. Was der Versammlung an Zahl und Macht fehlte, ersetzte sie reichlich durch Begeisterung. Während der elf Tage ihrer Beratungen unterwarfen die Delegierten die Methoden der bestehenden Gewerkschaften einer schneidenden Kritik, bestätigten alle Punkte und Forderungen des Manifests, schufen eine Organisation unter dem pompösen Namen *Industrial Workers of the World,* wählten Beamte und nahmen Statuten an. Die Form der neuen Organisation war in Übereinstimmung mit den im Manifest ausgesprochenen Ansichten geplant. In der Sprache der Urheber der Bewegung sollte die Organisation »nach der Struktur der sozialistischen Gesellschaft gebaut werden und die Arbeiterklasse in annähernd den selben Gruppierungen und Abteilungen der Industrieen umfassen, welche die Arbeiter in der Arbeiterverwaltung der kooperativen Republik annehmen würden«. Die Organisation wird in 13 Industrieabteilungen gegliedert, wie die Bergbau-, Transport-, Lebensmittel-, Stoffeabteilung usw., welche zusammen das ganze Gebiet der modernen Industriewelt umfassen sollen. Diese Abteilungen bestehen aus besonderen Verbänden *nah verwandter* Industrieen. Die Angelegenheiten jeder Industrieabteilung werden von besonderen Exekutivausschüssen verwaltet, die jedoch der Leitung und Kontrolle eines *Allgemeinen Exekutivausschusses* unterstehen, die aus je einem Mitglied der 13 Abteilungen besteht. An der Spitze der Organisation steht der *Generalpräsident,* der die allgemeine Aufsicht über alle Angelegenheiten hat. Alle Mitglieder der örtlichen Verbände zahlen eine gleiche Kopfsteuer von 25 Cents monatlich, wovon zwei Drittel den betreffenden Abteilungen, ein Drittel der allgemeinen Organisation zufliessen. Eine bestimmte Quote der von der allgemeinen Organisation erhaltenen Einnahmen wird zur Bildung eines zentralen Verteidigungsfonds verwendet.

Während des ersten Jahres ihres Bestehens machten die *Industriearbeiter der Welt* langsame, aber stetige Fortschritte, und auf der zweiten, im September 1906 abgehaltenen Jahresversammlung konnte der *Generalpräsident,* Charles O. Sherman, von einer nicht unerheblichen Vermehrung der Mitglieder berichten. Der Fortschritt der neuen Bewegung wurde aber plötzlich durch inneren Zwist gehemmt. Unter den Verbänden, die bei der Geburt der Körperschaft assistierten, befand sich auch der Rest der *Socialist Trade and Labor Alliance,* des abtrünnigen Kindes der *Socialist Labor Party,* deren Mitglieder nach den Aussagen ihrer Vertreter auf 1400, nach den Behauptungen ihrer Gegner auf 600 zusammengeschmolzen waren. Die *Socialist Trade and Labor Alliance* hat den Rekord, mehr Streitigkeiten und Spaltungen innerhalb der sozialistischen und der Arbeiterbewegung in Amerika in den letzten Jahren verursacht zu haben, als irgend sonst jemand, und ihre Verbindung mit der neuen Bewegung war für letztere verhängnisvoll. Vor der zweiten Versammlung machte dieser Verband monatelang unter der Leitung des schlauen Führers der *Socialist Labor Party* Daniel De Leon Pläne, die Verwaltung der neuen Körperschaft in seine Hände zu bekommen, und durch geschickte Delegationsmanipulationen gelang ihm das auch. Die *Socialist Trade and Labor*

Alliance beherrschte die Versammlung vollkommen, modelte die Statuten der Organisation um, schaffte das Amt des *Generalpräsidenten* ab und wählte einen neuen Exekutivausschuss aus ihren Anhängern und Helfern. Aber ihr Triumph dauerte nicht lange. Nach den Statutbestimmungen der *Industrial Workers* sind die Beschlüsse der Versammlung nicht endgültig, solange sie nicht durch eine Urabstimmung der Mitglieder bestätigt worden sind. Da die Führer des Verbandes fürchteten, von den Mitgliedern desavouiert zu werden, weigerten sie sich, die Beschlüsse der Versammlung einer Urabstimmung zu unterwerfen; die alten Beamten erklärten darauf sofort diese Beschlüsse für ungesetzlich und null und nichtig. Jetzt war die Spaltung in den Reihen der *Industrial Workers* vollkommen. Die beiden Flügel wählten jeder seine Beamten, und der Streit kam vor die Gerichte, welche zu gunsten der alten Verwaltung entschieden. Die grosse Masse der Mitglieder unterstützt jetzt die ursprüngliche Organisation, deren Haupt Sherman als Präsident fungiert, während die Anhänger der De Leon-Partei noch nicht 2000 übersteigen sollen. Das Schicksal der *Industriearbeiter der Welt* hat also im grossen ganzen die sanguinischen Erwartungen ihrer Paten vorläufig nicht gerechtfertigt. Ob die nun von den Fesseln der *Socialist Trade and Labor Alliance* befreite Organisation künftig befriedigendere Fortschritte machen wird, und ob die Idee der Industrieverbände bestimmt ist, eine ernsthafte Rolle in der amerikanischen Arbeiterbewegung durch Vermittelung der neuen Organisation oder in anderer Weise zu spielen, werden die nächsten Jahre zeigen. Die *Socialist Party* hat es auf ihrem 1904 abgehaltenen Parteitag abgelehnt, sich in die inneren Streitigkeiten der Gewerkschaften hineinziehen zu lassen, sie hat aber ihre Solidarität mit allen ökonomischen Organisationen und Arbeiterkämpfen ausgesprochen, soweit sie *bona fide* vorgehen, und die Partei als solche ist bei der Organisation der *Industrial Workers* von dieser Haltung nicht abgewichen.

Wenn wir die gegenwärtige Lage in den politischen und ökonomischen Kämpfen der amerikanischen Arbeiterklasse betrachten, so müssen wir sagen, dass diese sich in einem Zustand allgemeiner Gärung befindet, am Vorabend grosser Veränderungen. Der mächtige Gang der ökonomischen Entwickelung muss sie aufrütteln und sie vorwärts treiben zu einhelligem Handeln und sozialistischem Bewusstsein.

××

HUGO POETZSCH · TRINKGELD UND LOHN



EIT Rudolf von Ihering seine Studie über die Trinkgeldfrage erscheinen liess, sind gerade 25 Jahre vergangen. Die Hoffnung des grossen Gelehrten, dass das Trinkgeld verschwinden werde, hat sich nicht erfüllt. Jahraus jahrein, namentlich während der Reisezeit, erscheinen in der Tagespresse unzählige Artikel gegen die Trinkgelderunsitte, ohne dass diese beseitigt würde. Im Gegenteil, sie verbreitet sich immer mehr, und niemand vermag, ihrem Banne zu entgehen. Der Schriftsteller, der soeben einen fulminanten Artikel gegen das Trinkgeld geschrieben, wagt es nicht, dem Dienstmädchen seines Gastgebers, bei dem er zu Abend gespeist, den erwarteten Obolus zu weigern. Am übelsten wird das Trinkgelderunwesen wohl im Restaurant und im Gasthof empfunden; aber es wäre ein Irrtum, anzunehmen, dass es sich auf das Gastwirtsgewerbe allein be-

schränkt. Bei den Domestiken in den Privathäusern spielt das Trinkgeld ebenfalls eine grosse Rolle. Briefträger, Strassenbahnschaffner, Kutscher, Laufburschen, die Küster und Kastellane in den Schlössern und Museen und das ganze Heer der niederen Beamten aller Art empfangen Trinkgelder. Die höheren Beamten und Angestellten erhalten Gratifikationen, Remunerationen, Dotationen usw. In vielen Gegenden Deutschlands ist es heute noch Sitte, dass der Pastor nach beendetem Konfirmandenunterricht von dem Schüler einen Dank in klingender Münze erhält, fein säuberlich in Papier eingewickelt, und der Name des Gebers oder der Geberin darauf vermerkt. Allen diesen Zuwendungen wohnt nicht selten der Charakter eines Trinkgeldes, nur in gemilderter Form, inne. Bei der Betrachtung der Trinkgelderfrage können jedoch alle Berufe, wo verhältnismässig selten ein Trinkgeld gegeben wird, und wo die Lohnverhältnisse dadurch unbeeinflusst bleiben, ausgeschaltet werden. Da wird das Trinkgeldgeben und -nehmen nicht gerade zu einer Kalamität und nicht zu einem Mittel des Lohndrucks, der Demoralisation. Will man die wirtschaftlichen und sozialen Schädigungen, die mit diesem System verknüpft sind, gründlich beleuchten, so kann man sich auf dasjenige Gewerbe beschränken, wo das Trinkgeld sozusagen obligatorisch ist. Das ist das Gastwirtsgewerbe. Hier erreichen alle die mit dem Trinkgeld verknüpften Übelstände ihre höchste Steigerung.

Über den Ursprung und die geschichtliche Entwickelung des Trinkgeldes lässt sich wenig sagen. Man kann aber Ihering zustimmen, wenn er meint, dass der Egoismus ursprünglich die Haupttriebfeder bei der Verabreichung von Trinkgeld gewesen ist. Dem Kutscher wird es versprochen und gegeben, damit er besser und schneller fährt, dem Eisenbahnschaffner drückt man ein Silberstück in die Hand, um im Kupee möglichst allein fahren zu können. Ebenso im Gasthof. Der Stammgast zahlt ein Trinkgeld, damit der Kellner ihm seinen gewohnten Platz freihält, die Zeitungen besorgt, ein gutes Zimmer reserviert usw. In früheren Zeiten, wo Reisen nur per Pferd oder Wagen gemacht wurden, wird man besonders für das gute Besorgen der Pferde dem Hausknecht ein reichliches Trinkgeld verabreicht haben. Ursprünglich war das Trinkgeld indessen noch nicht zwingender Natur; es wurde gern gegeben, als eine Anerkennung für besondere Dienstleistungen über das gewöhnliche Mass hinaus. Im Laufe der Zeit aber ging der Vorteil, den der einzelne sich durch Verabreichung von Trinkgeld verschaffte, wieder verloren, je mehr der Gäste dem schlechten Beispiel folgten; und schliesslich war es der Wirt, der sich die Sitte des Trinkgeldgebens zu nutze machte. Er gab seinen Angestellten immer weniger Lohn, indem er sie auf das von den Gästen zu erwartende Trinkgeld verwies. Das veränderte den Charakter des Trinkgeldes ganz wesentlich. Es war immer ein Mittelding zwischen Lohn und Geschenk gewesen, nach und nach musste es der Angestellte immer mehr als Lohn, als sein Haupteinkommen betrachten. So wurde das Trinkgeld zu einer tatsächlichen Einrichtung, zu einer wahren Plage unseres gesellschaftlichen Lebens.

Das Schlimmste ist, dass sich die Kalamität fortgesetzt steigert. Nach den Erhebungen der Kommission für Arbeiterstatistik, die im Jahre 1893 veranstaltet wurden, bekamen 661 Oberkellner, das waren nur 74,8 % der Befragten, überhaupt einen Barlohn. Davon erhielten 40 (5 %) einen solchen von

10 Mark und noch weniger, und nur 19,4 % mehr als 30 Mark pro Monat. Von 3612 Kellnern hatten 82,5 % einen Barlohn, und zwar erhielten monatlich 10 Mark und weniger 17,9 %, 10 bis 30 Mark 54,7 %, und mehr als 30 Mark nur 9,9 %. Noch schlimmer stehen die Dinge bei den Kellnerinnen. Von diesen erhielten nur 79 % einen Barlohn. Hier waren es 55,6 %, die 10 Mark und weniger pro Monat festen Lohn bekamen. In Süddeutschland waren die Verhältnisse für die Kellnerinnen etwas besser; dort erhielten 91 % einen bestimmten Lohn. Sonderbar erscheint zunächst der Umstand, dass in grossen Städten im allgemeinen den Kellnern weniger Lohn gezahlt wird, als in den kleinen. In Wirklichkeit ist das weiter nicht verwunderlich. In den Grossstädten wird das meiste Trinkgeld gegeben. Das wissen die Wirte, und sie schränken deswegen den Lohn immer mehr ein. In der Mehrzahl der Fälle wird überhaupt nur ein nomineller Lohn gezahlt, der grösste Teil fliesst für Abzüge aller Art wieder in die Taschen des Prinzipals zurück oder gelangt gar nicht zur Auszahlung.

Die Verkürzung des Lohnes und selbst dessen gänzliche Beseitigung genügte auf die Dauer den Gastwirten nicht; sie beanspruchten einen immer grösseren Anteil an der Trinkgeldereinnahme ihrer Angestellten. In den grossen Bierpalästen und Weinrestaurants der Grossstädte — und diese schöne Sitte breitet sich immer weiter aus — müssen heute die Kellner einen erheblichen Teil zu den Geschäftsunkosten mit beitragen. So werden in vielen Betrieben die Bonsbücher, das Aufsetzen der Stühle nach Geschäftsschluss, das Putzen der Spiegel- und Fensterscheiben, das Messerputzen, das Wegräumen des gebrauchten Geschirrs, der Liftboy, die Scheuerfrau und der Hausdiener und manches andere von den Kellnern bezahlt. Für den Gläserbruch haften die Kellner vielfach gemeinschaftlich, oder sie müssen täglich eine bestimmte Summe an das Geschäft bezahlen, gleichgültig, ob etwas oder wieviel zerbrochen wird. Der Portier oder der erste Hausdiener in grossen Hotels (Hausmeister) muss vielfach eine bestimmte Summe an das Haus abliefern oder auf seine Kosten einen Hausdiener halten. Ein solcher Hausmeister in einem Münchener Hotel zahlte 600 Mark an den Hotelier, um sämtliche Trinkgelder der Hotelgäste einkassieren zu können. Im übrigen müssen die Hoteldiener für Wichse, Crême, Bürsten, Besen usw. selbst aufkommen, obwohl die überwiegende Anzahl von ihnen nicht einen Pfennig Lohn erhält. Die Kellnerinnen in den Münchener Cafés haben oft ein oder zwei sogenannte *Wassermädchen* zu entschädigen, ausserdem haben sie auch die Verantwortung für das ganze Geschirr. Der Zahlkellner in den Wiener Cafés erhält keinen Lohn, sondern muss noch 60 Mark und mehr pro Monat zur Erhaltung seiner *Zuträger* (Gehilfen) beisteuern, ferner hat er in der Regel 2 bis 5 % Aufschlag zu seiner Tageslosung zuzuzahlen. Hat er für seinen Prinzipal also 200 Mark eingenommen, so hat er des Abends 204 respektive 210 Mark abzuliefern. Ausserdem muss er aber noch täglich seinen Gehilfen von seinem Trinkgeld 1 bis 2 Mark abgeben, um diese für sich zu interessieren, das heisst ihr Augenmerk darauf zu wenden, dass der Zahlkellner keine Einbusse erleidet. In einem grossen Wiener Café in Berlin muss der Zahlkellner den Ohrenschmaus bezahlen, den sein Prinzipal den Gästen allnächtlich von einer kleinen Zigeunerkapelle verabreichen lässt. Noch bequemer machte es sich der Inhaber eines Berliner Nachtgeschäftes Unter den Linden. Dieser legte den 12 bei ihm beschäftigten Kellnern eine Steuer von 1,80 Mark pro Mann

und pro Tag auf. Wofür, ist nicht bekannt geworden. Für den Gläserbruch war sie nicht bestimmt, denn dafür musste extra bezahlt werden. Später wurde dieser Satz auf, sage und schreibe, 4,80 Mark pro Tag erhöht, und nun war der Gläserbruch einbegriffen. Die betreffende Firma hatte also pro Tag eine Einnahme von 57,60 Mark von ihren Kellnern. Das sind einige Proben von der Ausbeutung, wie sie die Gastwirte ihren Angestellten gegenüber ausüben: eine Folge des Trinkgeldsystems. Das ist nicht bloss der gewöhnliche Unternehmergewinn, der ökonomisch als *Mehrwert* bezeichnet wird, sondern darüber hinaus ein Wuchergewinn an Einnahmen (halb Geschenk, halb Lohn), die die Angestellten machen. Dieser Druck wird ein immer grösserer. Der so bewucherte Angestellte sucht den Teil, den er an seinen Prinzipal abführen muss, durch vermehrten Druck auf den Gast wieder einzubringen. Unter Anwendung von allerlei Tricks sucht der *Trinkgeldjäger* immer mehr herauszuschlagen. Gelingt ihm das, und merkt dies der Gastwirt, so verlangt dieser von neuem seinen Anteil in irgend einer Form. Das ist die Schraube ohne Ende; die Zeche bezahlen die Gäste.

Wie wirkt das Trinkgeld nun auf den Gast? Das Trinkgeld ist, wie schon oben hervorgehoben, zu einer stehenden Einrichtung geworden. Für einen grossen Teil der Angestellten im Gastwirtsgewerbe und auch in Privathäusern bildet das Trinkgeld einen Ersatz für den Lohn oder einen Teil des Lohnes, und die Rechtsprechung in Unfall- und Invalidensachen, im Arbeiterrecht überhaupt rechnet mit dem Trinkgeld als einer feststehenden Einnahme, die übrigens auch von der Behörde mit zur Versteuerung herangezogen wird. Selbst die Trinkgelder der Strassenbahner sind nach einer Entscheidung des Reichsversicherungsamtes vom 25. Oktober 1902 »in Anbetracht der Entwickelung der wirtschaftlichen Verhältnisse und infolge des stets verhältnismässig geringen Barlohnes anrechnungsfähig«, als ein Teil des Lohnes bezeichnet worden. Der Gast kann sich also dem Trinkgeldgeben kaum entziehen, wenn er weiss, dass die, welche für ihn bestimmte Dienste leisten, nicht bezahlt, sondern auf das angewiesen sind, was er ihnen *freiwillig* gibt. Zu einer wahren Plage wird das Trinkgeld in den Hotels für die Reisenden schon deswegen, weil sie nie wissen, wem und wieviel sie zu geben haben. Wie die Dinge liegen, bekommen es oft diejenigen, welche dafür am wenigsten getan haben, der Oberkellner, der die Rechnung kassiert, der Portier, der dem Abreisenden *Glückliche Reise* wünscht, den Löwenanteil, während diejenigen, welche für den Gast die meiste Arbeit leisteten, vielfach gar keine Zeit haben, dem abreisenden Gast *zufällig* zu begegnen. Es ist wohl zu verstehen, wenn die Reisenden und Wirtshausbesucher das ganze Trinkgeldgeben verwünschen und auch von einer Voreingenommenheit gegen den Stand der Gastwirtsangestellten erfüllt sind. Sicherlich würde man gern für Logis, Speisen und Getränke einen etwas erhöhten Preis zahlen, wenn man nur ein für allemal vom Trinkgeldzwang befreit wäre.

So sehr das ganze Trinkgeldsystem aber dem Publikum unangenehm sein mag, das eigentliche bedauernswerte Opfer ist doch der Trinkgeldempfänger. Von den wirtschaftlichen Schädigungen habe ich schon gesprochen. Viel schlimmer noch sind die damit verbundenen moralischen Einwirkungen. Zunächst ist mit dem Trinkgeldersystem für den darauf Angewiesenen eine grosse Unsicherheit des Einkommens verbunden. So hängt der Kellner von

den Zufällen des Wetters und dem Revier ab, das ihm zugeteilt wird, nicht weniger von der Laune des Publikums, das er zufällig zu bedienen hat. Geht er zur Arbeit, so weiss er nur, dass diese 15 oder 16 Stunden dauern wird, er weiss aber nicht, ob sie ihm 1 oder 10 Mark einbringen wird. Er schwebt mit seinem Verdienst vollkommen in der Luft. Der Unternehmer, für den er meist ohne Lohn arbeitet, belastet sein Konto durch allerlei Abgaben, macht ihm häufig Vorschriften über die Uniform, die er zu tragen hat, gibt ihm vielfach gar keine oder nicht genügende Beköstigung. Der Kellner muss also schon eine recht ansehnliche Summe an Trinkgeldern vereinnahmen, ehe etwas für ihn selbst bleibt. Diese Zustände sind der Nährboden für alle die unangenehmen Eigenschaften, die wir bei den Trinkgeldempfängern bemerken. Unterwürfigkeit, berechnende Freundlichkeit, knechtische Gesinnung, Gunstbuhlerei paaren sich mit Genusssucht, Eitelkeit, Egoismus und krass materieller Gesinnung. Selbstverständlich sind hier viele Abstufungen vorhanden, je nach dem Charakter, Temperament und Erziehung des einzelnen, aber im ganzen steht es schon so. Das Schlimmste ist, dass vielfach schon ganz junge Leute, selbst Lehrlinge, durch das Trinkgeldsystem eine für ihre Verhältnisse, ihr Alter und ihre Leistungen viel zu hohe Einnahme haben. Meist sind es Knaben, die, aus ärmlichen Verhältnissen hervorgegangen, nun auf einmal über eine nach ihren Begriffen riesige Summe Geldes verfügen. Diese Einnahmen sind nicht zu kontrollieren; die schwere, viel zu lange Arbeitszeit erschöpft den jugendlichen Körper auf das höchste und lässt den Wunsch nach besseren Genüssen gar nicht aufkommen. Dagegen sieht und hört der junge Mann in seiner Stellung manches, was er seinem Alter nach noch lange nicht kennen zu lernen brauchte. Kein Wunder, wenn er alle schlechten Gewohnheiten der Wirtshausgäste, das kommentmässige Trinken, das Spielen usw. nachzuahmen sucht. Er wird leichtsinnig. Das durch Trinkgeld oft leicht — so schwer auch im allgemeinen der Kellnerberuf sein mag — erworbene Geld erhält den Charakter des Lotterie- oder Spielgewinnes. Es ist ferner nicht erstaunlich, dass der junge Mensch, der keine höhere Bildung genossen, nicht die guten, sondern gerade die üblen Gewohnheiten der *besseren Gesellschaft* kopiert. Das Beispiel des feudalen Studenten, des geckenhaften Genussmenschen, der die Gelder seines Vaters totschlägt, wirkt auf ihn schon deswegen am eindrucksvollsten, weil diese Leute in der Regel die besten Trinkgeldgeber sind. Der Erwerbssinn wird bei dem Trinkgeldarbeiter auf das höchste angespannt; er weiss: der Zufall kann ihm hohen Verdienst bringen, versäumt er den rechten Augenblick, so kann er unter Umständen für den ganzen Abend ohne nennenswerte Einnahme bleiben. Der Restaurantkellner zum Beispiel mustert jeden Neueintretenden. Glaubt er, dass es sich um einen guten Gast handelt, der über eine reiche Börse verfügt, so sucht er ihn an einen seiner Tische zu lotsen. In alle Launen des Gastes muss er sich fügen, muss kriechend höflich erscheinen, auch wenn der Gast, ein ungezogener Bursche, ihm mit Schroffheit und Grobheit begegnet. Das muss seinen Charakter verderben, jede Selbstachtung vernichten. Das schöne Solidaritätsgefühl, das man bei Arbeitern so trefflich ausgeprägt vorfindet, vermisst man hier ganz. Der zufällige Umstand, dass der Zimmerkellner dem Gast kurz vor der Abreise das letzte Frühstück serviert, kann den Saalkellner, der den selben Gast tagelang bediente, um sein Trinkgeld bringen und umgekehrt. Die Kellner haben sich schon dermassen an das Trinkgeld gewöhnt, dass sie

auf den äusserst geringen Lohn gar kein Gewicht mehr legen, mit einem solchen gar nicht rechnen. Sie setzen ihre Hoffnung auf das zu erwartende Trinkgeld, so dass sie selbst unter den ungünstigsten Bedingungen Stellungen nach Saisonplätzen annehmen, immer in der Hoffnung, dass das Glück ihnen schon günstig sein werde. Auf die entsittlichenden Wirkungen, die das Trinkgeld auf die Kellnerinnen ausübt, sei hier nur hingewiesen; sie näher zu beleuchten, würde ein besonderes und tieftrauriges Kapitel sein.

So reichlich nun auch in manchen Fällen das Trinkgeld fliessen mag, so sind es doch im ganzen immer nur einzelne, denen dadurch ein glänzendes Einkommen gesichert wird. Und zwar haben, wie schon hervorgehoben, vielfach gerade die jüngeren Jahrgänge in dieser Beziehung die grössten Chancen. Es ist die Regel, dass die älteren Kellner mit geringeren Stellungen zufrieden sein müssen, als ihre jüngeren Kollegen. In den Hotels und Weinstuben sieht man fast ausschliesslich junge Leute; später gehen diese nach besseren Bierlokalen, und viele von ihnen enden als Aushilfskellner in den grossen Biergärten und Saalgeschäften. Diese Entwickelungstendenz nach unten ist durch die ganzen Arbeitsverhältnisse bedingt. Der Unternehmer verlangt junge Leute, billig, willig und beweglich. Der ältere Kellner fordert doch mehr persönliche Freiheit, und namentlich, wenn er sich eine eigene Familie gründet, mag er sich dem Kost- und Logiszwang, wie er in den Hotels und den kleinstädtischen Betrieben üblich ist, nicht mehr unterwerfen. Ausserdem zwingt ihn die heruntergekommene Gesundheit häufig dazu, auf dauernde Stellung zu verzichten. Da die gastwirtschaftlichen Angestellten ihren Beruf immer mehr als einen lebenslänglichen betrachten müssen, so kommt ihnen auch das Widersinnige des Trinkgeldsystems mit seinen Zufällen, seinen Unsicherheiten und seinen demoralisierenden Wirkungen immer mehr zum Bewusstsein.

Und damit komme ich zu der Frage: Wie ist das Trinkgeld zu beseitigen, und durch wen? Der Wirt behauptet, dass er seine Angestellten nicht bezahlen könne. Er verweist dabei auf die grossen Aufwendungen, die er an Miete, Beleuchtung, Heizung der Räume, für luxuriöse Ausstattung, Bequemlichkeit und Komfort aller Art zu leisten habe. Selbstverständlich sind diese Einwände hinfällig. Wenn der Gastwirt sein Personalkonto jährlich mit vielen Tausenden mehr belasten müsste, so könnte er eben nicht, wie das heute geschieht, viele Tausende an Miete mehr bezahlen, als irgend ein anderer Geschäftsmann (Kaufmann usw.) für die gleichen Lokalitäten bezahlt. Er müsste dann vielleicht auch weniger Freikonzerte oder ähnliche Vergnügungen für seine Gäste veranstalten, müsste auch auf Speisen und Getränke einen Aufschlag nehmen. Aber sicherlich kann und müsste der Gastwirt genau so, wie jeder andere Unternehmer, sein Personal selbst entlohnen. Die Zahlungsfähigkeit des Wirtes fängt übrigens immer dort an, wo die Freigebigkeit der Gäste aufhört. Dasjenige Personal nämlich, das mit den Gästen nicht in Berührung kommt, wie der Koch und das übrige Küchenpersonal, das Kellerpersonal, die Aufsichtspersonen usw., wird von ihm entlohnt. Immerhin ist nicht zu erwarten, dass die gastwirtschaftlichen Unternehmer etwa freiwillig den jetzigen Zustand ändern und ihr Personal so bezahlen werden, dass dieses auf die Annahme von Trinkgeldern verzichten könnte. Einzelne Versuche von wohlmeinenden Hoteliers sind schon gemacht worden, sie sind gescheitert.

Einmal hat das an das Trinkgeld gewöhnte und dadurch demoralisierte Personal sich nicht zur Verweigerung des Trinkgeldes erheben können, was aber wieder dadurch erklärlich und entschuldbar wird, dass die bezahlten Löhne angemessene nicht genannt werden konnten. Ferner gibt es auch Gäste, die sich Vorschriften nicht machen lassen wollen, die immer wieder Trinkgeld geben, um irgend welche Vorteile dadurch zu erlangen (bessere Bedienung usw.).

Das bringt uns zu der zweiten Frage: Könnte das Trinkgeld durch die Gäste, das heisst durch Trinkgeldweigerung aus der Welt geschafft werden? Auch nach dieser Richtung sind bereits Versuche gemacht worden. Vor einigen Jahren wurde in Hamburg eine besondere *Antitrinkgeldliga* gegründet, die sich die Aufgabe gestellt hatte, mit Hilfe des Publikums den Kampf gegen das Trinkgeld aufzunehmen. Das auf das Trinkgeld angewiesene Personal sollte nicht geschädigt werden, sondern die Liga wollte bestimmte Hotels zu gewinnen suchen, welche das Trinkgeld durch festen Lohn ablösen, und dafür sollte der Strom der trinkgeldgegnerischen Reisenden in ihre Häuser geleitet werden. Die Liga hat nur eine kurze Zeit bestanden. Der *Verband deutscher Gastwirtsgehilfen* war ihr beigetreten, obwohl er sich von vornherein klar war, dass der Kampf in der Hauptsache nicht von den Gästen, sondern von den Gehilfen selbst unternommen werden müsste. Wäre es möglich, das vieltausendköpfige Publikum auf die Parole *Kein Trinkgeld mehr!* zu vereinigen, so könnten man vielleicht der Frage näher treten. Es wäre zwar eine Art Pferdekur, bei der die Gastwirtsgehilfen die Leidenden wären, aber sie würde vielleicht doch helfen. Die dadurch Betroffenen müssten dann von ihren Prinzipalen höheren Lohn fordern. Der Erfolg wäre aber kein sicherer, zu mindesten kein dauernder. Man braucht indes diese Frage nach der Richtung hin gar nicht weiter zu verfolgen, weil es ausgeschlossen ist, das Wirtshaus besuchende Publikum dazu zu bringen. Die Energie, eine solche Parole auch nur einigermassen durchzuführen, besitzt nur die Arbeiterklasse; von der Massnahme betroffen würden also spieziell diejenigen Gastwirtsarbeiter, vor allen die Kellner, welche in Arbeiterlokalen, Vergnügungsetablissements usw. beschäftigt sind. Diese würden dann mehr belastet, als jene Restaurants, wo die sogenannte *bessere Gesellschaft* verkehrt. Der Gastwirt würde suchen, die Mehrbelastung in irgend einer Form auf die Konsumenten abzuwälzen. Zu welchen Konsequenzen ein von diesem Ende aus unternommener Kampf führen würde, dafür liefern uns die Gewerkschafts- und Volkshäuser einige Erfahrung. In diesen, von der modernen Arbeiterschaft geleiteten Unternehmen wird im ganzen weniger Trinkgeld gegeben, als in den besseren Restaurants. Das liegt einmal an den wirtschaftlichen Verhältnissen der Arbeiter, die natürlich mit ihren geringen Einkünften haushälterisch umgehen müssen; sodann gibt es heute schon in den Kreisen der Arbeiter prinzipielle Trinkgeldweigerer. Aus diesen Gründen haben sich die Verwaltungen der Gewerkschafts- und Volkshäuser in den meisten Fällen zur Zahlung höherer Löhne an die Kellner verpflichtet gesehen. Das bringt für diese Unternehmen eine bedeutend höhere Belastung gegenüber ihren bürgerlichen Konkurrenten mit sich, die in diesem Falle auch nicht einmal auf die Konsumenten abgewälzt werden kann, wenn anders diese Volkshäuser nicht die Gäste von sich wegtreiben wollen. Dieser Weg verspricht also keinen

Erfolg und würde gerade diejenigen gastwirtschaftlichen Arbeiter schädigen, die prinzipiell zwar für Beseitigung des Missstandes eintreten, aber wegen der bedauerlichen Gleichgültigkeit der Masse ihrer Kollegen vorläufig noch nicht in der Lage sind, einen energischen Vorstoss zu wagen.

Mit dem letzten Satz habe ich schon ausgesprochen, dass eine Abhilfe nur von den Gehilfen selbst erwartet werden kann. Nicht vom Publikum, nicht von einigen wohlmeinenden Unternehmern kann die Reform kommen, sondern von unten herauf, von den Angestellten selbst, und die Bewegung wird früher oder später beginnen, in den selben Formen, wie bei anderen Arbeitern auch. Der verheiratete Kellner empfindet es immer schwerer, auf die allerlei Unzuträglichkeiten und Launen des Trinkgeldes angewiesen zu sein, anstatt mit einer festen Einnahme rechnen zu können. Der *Verband deutscher Gastwirtsgehilfen* bekämpft das Trinkgeld, er ist aber bei weitem noch nicht stark genug, das Prinzip in die Tat umzusetzen. Aber nicht bloss diese auf den Boden der modernen Arbeiterbewegung stehende Organisation ist prinzipielle Gegnerin des Trinkgeldes; auch der allgemeine Fachkongress der gastwirtschaftlichen Angestellten Deutschlands, auf dem Vertreter von fast allen Gehilfenverbänden anwesend waren, deren es in diesem Berufe leider so viele gibt, nahm einstimmig eine das Trinkgeld verurteilende Resolution an. In der Tat sind die besten des Standes für Beseitigung des Trinkgeldes. In den letzten Jahren hat die moderne Organisation der Gastwirtsgehilfen, die allein befähigt ist, einmal den Kampf energisch zu führen, einen starken Zufluss auch von seiten derjenigen Angestellten erhalten, die in den feinsten Hotels und Restaurants arbeiten. Das berechtigt zu der Hoffnung, dass in absehbarer Zeit gegen die schlimmsten Übelstände Front gemacht werden kann. Einstweilen muss die Organisation sich darauf beschränken, die Frage theoretisch zu behandeln, den Gastwirtsgehilfen das Entwürdigende ihrer Lage klar zu machen. Und auch hier kommen die wirtschaftlichen Verhältnisse mit zu Hilfe. Der ältere, verheiratete Kellner fühlt das Demütigende mehr, als der jugendlich leichtsinnige Trinkgeldempfänger. Die Kellner empfinden wohl die Schmach, die ihrem Stand durch den Trinkgeldbettel aufgedrückt wird, und es gehört nicht etwa zu den Ausnahmen, dass sie, wenn sie in andere Gesellschaftskreise kommen, ihren Stand verleugnen. Mit dem zunehmenden Alter wird das immer merkbarer, und namentlich dann, wenn der Kellner durch Verheiratung in andere Familienkreise hineingezogen wird.

Die gastwirtschaftlichen Betriebe werden immer mehr zu rein kapitalistischen Unternehmen, immer weniger hat das Gros der Gastwirtsgehilfen Aussicht auf Selbständigkeit, immer grössere Massen von ihnen müssen mit der Möglichkeit, ja Wahrscheinlichkeit rechnen, ihr Lebtag Gehilfe bleiben zu müssen. Daher macht die Organisation der gastwirtschaftlichen Angestellten auch immer grössere Fortschritte. Damit wächst auch das Erkennen des wirtschaftlichen Zusammenhanges und das Selbstbewusstsein der gastwirtschaftlichen Arbeiter. Alles das zusammengenommen lässt annehmen, dass früher oder später die Zeit kommen wird, wo die Gastwirtsgehilfen sich selbst gegen das Trinkgeld wenden und Lohnforderungen stellen werden. Kommt diese Zeit, dann kann wohl das Publikum die Bestrebungen der Gehilfen unterstützen. Wie, das braucht jetzt noch nicht erörtert zu werden.

××

RUNDSCHAU

ÖFFENTLICHES LEBEN

Wirtschaft

Allgemeine Lage

Als Mitte März an allen Börsen starke Kursrückgänge bei steigendem Verkaufsandrang eintraten, da war es begreiflich, dass bei der gespannten Lage des Geldmarktes die Stimmung der am Wirtschaftsleben interessierten Kreise sehr pessimistisch wurde und eine allgemeine Wirtschaftskrise als unmittelbar bevorstehend angekündigt wurde. Der weitere Verlauf der wirtschaftlichen Tätigkeit hat aber den schlimmen Befürchtungen keineswegs recht gegeben. Vielmehr hat sich zunächst heraus gestellt, dass trotz der gespannten Situation auf dem Geldmarkte der gewerbliche Beschäftigungsgrad nach wie vor recht günstig blieb, dass der Arbeitsmarkt den ganzen März hindurch ein lebhaftes Gepräge aufwies: das Angebot von Arbeitskräften blieb hinter der Nachfrage merklich zurück. In zweiter Linie hat aber auch die Spannung am Geldmarkte nachgelassen. In London konnte schon eine Diskontherabsetzung vorgenommen werden, der auch in Deutschland nunmehr gefolgt ist. So kann man wohl mit Sicherheit annehmen, dass die Zeiten des überhohen Diskontsatzes mindestens bis in die Herbstmonate hinein als überwunden gelten können. Endlich wirkt auch auf die Marktlage in der für das deutsche Wirtschaftsleben besonders wichtigen Eisenindustrie der Umstand befestigend ein, dass die Verhandlungen wegen der Erneuerung des Stahlwerksverbandes ein befriedigendes Ergebnis haben. So kann man wohl behaupten, dass der weiteren Gestaltung der Konjunkturkurve mit einer gewissen Zuversicht entgegengesehen wird. Freilich wäre es verkehrt, diese Zuversicht zu hoch zu schrauben. Nach wie vor ist eine gewisse Reserve angebracht, die eine Reihe von Symptomen, darunter vor allem die noch etwas geringere Unternehmungslust im Baugewerbe, dann eine gewisse Mattigkeit im Eisenhandel auslösen müssen.

× ×

Bautätigkeit

Beeinträchtigt wird die diesjährige Bautätigkeit bis jetzt noch von der Geldknappheit. Die Hypothekenbanken vor allem hielten mit ihrer Beleihungstätigkeit so stark zurück, dass in den Grossstädten die Bautätigkeit erheblich gehemmt wird. Die Schwierigkeiten der Geldbeschaffung sind noch nicht überwunden und haben sicher die Arbeitsgelegenheit vermindert. Dieser Gesichtspunkt ist bei Lohnbewegungen wohl zu beachten. In den Grossstädten haben es die Arbeitgeber mit der Inangriffnahme von Neubauten nicht mehr so eilig; sie brauchen unter Umständen sogar eine zeitweilige Unterbrechung der Bautätigkeit gar nicht ungern zu sehen. Günstiger stellt sich der Beschäftigungsgrad in mittleren und kleineren Orten, in denen die private Bautätigkeit die Spekulation ganz und gar überwiegt. Hier machen sich daher die Sorgen wegen der Geldbeschaffung viel weniger bemerkbar. Soweit Nachrichten aus solchen Orten vorliegen, zeigt sich denn auch, dass die Frühjahrsbelebung so stark, wie 1906, eingesetzt hat. Noch mehr dürfte freilich wieder auf dem platten Lande gebaut werden. Die Landwirtschaft hat eine Reihe so guter Jahre hinter sich, dass sie für die Erneuerung, Vermehrung und Vergrösserung der Betriebsbauten grosse Aufwendungen macht. Aus dem gleichen Grunde werden auch viele neue Wohnhäuser errichtet. Die starke Bautätigkeit beschränkt sich nicht nur auf den Grossgrundbesitz, auch die Bauern richten sich besser und moderner ein. Erholt sich im Laufe der nächsten Wochen die Baukonjunktur auch noch in den Grossstädten, so dürfte 1907 noch genügende Arbeitsgelegenheit vorhanden sein, um die Arbeiter voll beschäftigen zu können. Andernfalls würde in den Grossstädten eine dem Arbeitsmarkt recht nachteilige Stagnation der Bautätigkeit entstehen.

× ×

Lohnbewegungen

Die Aktionslust der Arbeiterorganisationen dauert noch unvermindert an. Fast will es scheinen, als ob sie noch stärker wäre, als vor Jahresfrist. Namentlich drängt die Arbeiterschaft in den Grossstädten auf eine weitere Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen hin. Diese Bewegungen führen zu hartnäckigen Kämpfen, die die Mittel der Organisationen stark in Anspruch nehmen. Demgegenüber fällt es auf, dass die gewerb-

liche Arbeiterschaft auf dem Lande nur sehr wenig vorwärts kommt, und doch ist es nicht gut, wenn die Arbeitsbedingungen auf dem Lande hinter denen in den Grossstädten zu erheblich zurückbleiben. Das liegt schliesslich auch nicht im Interesse des grossstädtischen Arbeitsmarktes. Die gewerbliche Arbeiterschaft auf dem Lande sollte sich stärker rühren und durch reichliche Unterstützung der Gesamtorganisationen in die Lage versetzt werden, ihr wirtschaftliches Niveau zu heben. Denn schliesslich muss es zu üblen Folgen führen, wenn im nämlichen Gewerbe der grossstädtische Arbeiter zwei- bis dreimal so viel verdient, wie der ländliche Kollege. Sind die Mittel aber durch die grossstädtischen Bewegungen stark in Anspruch genommen, so kann man eine systematische Politik zur Ausgleichung der Arbeitsbedingungen leider nicht betreiben.

× ×

Anleihebedarf Dass das Deutsche Reich auch im laufenden Jahre mit neuen Ansprüchen an den Geldmarkt herantreten würde, war vorauszusehen, aber man hätte doch erwarten sollen, dass die massgebenden Stellen nicht in den selben Fehler verfallen würden, wie im Vorjahre: nämlich den möglichst ungünstigsten Moment herauszusuchen, um den Geldbedarf zu steigern. Schon im Vorjahr kamen das Reich und Preussen gerade zu einer Zeit, in der die Lage des Geldmarktes überaus gespannt war. In diesem Jahre aber sprechen die Verhältnisse noch viel mehr gegen die Begebung der Anleihe in der jetzigen Zeit. Alle Welt seufzt unter dem hohen Geldstand. Nun zeigen sich endlich die ersten Anzeichen einer Erleichterung, da greifen das Reich und Preussen mit etwas derber Hand ein und steigern den Bedarf, noch ehe das Angebot so zugenommen hat, um den Zinsfuss herabzudrücken. Die Ausgabe von 4prozentigen Schatzanweisungen wird 300 Mill. M. dem Markt entziehen, eine Summe, die angesichts der erst beginnenden Erleichterung des Marktes merklich ins Gewicht fällt. So dringend sind doch die Bedürfnisse des Reiches und Preussens nicht, dass die Begebung der Anleihe in diesem Jahre nicht hätte hinausgeschoben werden können. Namentlich mit Rücksicht auf den Mittelstand, von dessen Interessen ja immer gesprochen wird, hätte man eine andere Zeit wählen müssen.

× ×

Kurze Chronik In Berlin wurde am 27. März das *Kaufhaus des Westens* eröffnet. × Die Einfuhr von Vieh und tierischen Produkten aus Belgien und den Niederlanden wurde am 5. April für das Königreich Preussen wegen Seuchengefahr verboten. × Am 11. April ermässigte die Bank von England ihren Diskontsatz von 5 auf 4½ %. × Der Bundesrat hat den 12. Juni als Stichtag für die Durchführung der Berufs- und Gewerbezählung festgesetzt. × Am 15. April wurde in London die 4. britische Reichskolonialkonferenz eröffnet. × Die Republik Brasilien kündigte ihren seit 1826 bestehenden Schiffahrtsvertrag mit Frankreich. × An der unteren Donau fanden grosse Überschwemmungen statt, durch die zahlreiche serbische und ungarische Ortschaften grossen Schaden erlitten. × Am 23. April ermässigte die Reichsbank den Diskont von 6 auf 5½ %.

× ×

Literatur Von der amtlichen Denkschrift über das Kartellwesen ist der 3. Teil *Die Kartelle in der Kohlenindustrie* erschienen. Die Denkschrift ist mit ziemlicher Vorsicht abgefasst und beschränkt sich in der Hauptsache auf eine Darstellung des in der Enquetekommission gewonnenen Einblicks in die Tätigkeit des rheinisch-westfälischen Kohlensyndikats. Unterstützt wird diese Darstellung durch zahlreiche textliche und statistische Anlagen. × Eine wirtschaftsgeographische Untersuchung über die Vereinigten Staaten von Amerika bietet Professor Dr. Dove in Jena als Fortsetzung seiner Publikation über die angelsächsischen Riesenreiche /Jena, Costenoble/. Aus dem geographischen Bilde der Union entwickelt Dove in klarer und knapper Sprache die Möglichkeiten der wirtschaftlichen Entwickelung Es steckt ein gutes Stück materialistischer Geschichtsauffassung in der ganzen Betrachtungsweise Doves, vielleicht ohne dass sich der Verfasser dieses Umstandes bewusst ist. × Als ein *Land der Zukunft* schildert ein deutscher Offizier Argentinien /München, Verlag der *Südamerika*/. Der Verfasser, der sich einige Jahre als Instruktionsoffizier in Argentinien aufgehalten hat, hat sich mit offenem Auge und ohne Vorurteil in dem reichen Lande umgesehen und hat namentlich auch das

Landleben in Argentinien genauer kennen gelernt. Durch zahlreiche, an Ort und Stelle aufgenommene Bilder gewinnt das lebendig geschriebene Buch noch an Anschaulichkeit. Mit Recht beklagt sich der Verfasser über die Unkenntnis, die namentlich in Deutschland über die südamerikanischen Länder herrsche.

RICHARD CALWER

Politik

Auer † Durch den Tod Auers hat nicht nur unsere Parteibewegung im allgemeinen, sondern vor allem auch die parlamentarische Vertretung der deutschen Arbeiter einen schweren Verlust erlitten. Schwerer, als man im ersten Augenblick meist deutlich empfinden mag, denn die bereits lange auf ihm lastende Nervenabspannung, dann die volle Erkrankung und Arbeitsunfähigkeit hatte Auer schon bisher mehr und mehr vor der grossen Öffentlichkeit zurücktreten lassen. Aber in seinen rüstigen und besten Lebensjahren darf man ihn wohl ohne Übertreibung als die hervorragendste Kraft bezeichnen für die Umbildung der deutschen Sozialdemokratie aus einem blossen Agitationsapparat, aus einer Organisation zur Anklage und Kritik des herrschenden Systems in eine wirkliche politische Partei, die nicht nur in den Köpfen der Anhänger, sondern mitten in den bestehenden Verhältnissen selber die Grundlagen einer höheren Zukunft, nach dem Masse der erlangten und der zu erlangenden Kraft und Macht, bereitet und entwickelt. Gerade in dieser Beziehung war die Erkrankung Auers um so fühlbarer, weil gleichzeitig die aufregenden Vorgänge im Auslande vorübergehend der alten, naturgemäss nur langsam absterbenden Agitations- und Gedankenrichtung noch einmal eine aussergewöhnliche Verstärkung zuführten. Selbstverständlich ruht der Werdegang der Sozialdemokratie nicht auf zwei Augen. Doch neben Auers ausserordentlich hoher Intelligenz werden wir den grossen persönlichen Einfluss entbehren müssen, der den Verstorbenen zum unersetzlichen Vermittler zwischen den alten Parteiüberlieferungen und den neuen Gegenwartsforderungen machte. Ganz abgesehen davon, dass Auer in seinen gesunden Tagen nicht bloss einer der erfahrensten und fleissigsten Mitarbeiter in den Kommissionen, sondern einer der packendsten Parlamentsredner war.

× ×

Auswärtige Politik Deutschlands Der deutschen auswärtigen Politik wird noch lange keine behagliche Ruhe gegönnt sein. Durch die französische Besetzung des algerisch-marokkanischen Grenzortes Udschda — um Genugtuung für die Ermordung des Dr. Mauchamps zu erlangen —, durch den Streit um den deutschen Unternehmern übertragenen Kanalisationsbau in Tanger ist das unerquickliche Verhältnis zu Frankreich wieder in den Vordergrund gerückt worden. Die Zusammenkünfte des Königs von England, in Cartagena und Gaeta, mit den spanischen und italienischen Herrschern wurden überall aufgefasst als weitere Glieder in der Kette der Isolierungsversuche, die Deutschland gelten sollen, nachdem dieses soeben für den Haager Kongress Italien auf seine Seite gebracht zu haben meinte. Im allgemeinen jedoch scheint die Beunruhigung ihren Höhepunkt überschritten zu haben, weil einer herausfordernden englisch-deutschfeindlichen Koalitionspolitik deutlich erkennbare Grenzen gezogen sind. Schon in England selber durch den Einfluss der liberalen Parlamentsmehrheit, die keinesfalls alle dynastisch-persönlichen Seitensprünge mitzumachen geneigt ist, ferner bei den Mittelmeermächten infolge der gegenseitigen Rivalitäten, die zum Beispiel Frankreich schon im gegenwärtigen Augenblick sehr wenig von der Wiedererstehung einer modernen spanischen Flotte, mit englischer Beihilfe, erbaut erscheinen liess. Künstliche politische Gruppierungen ändern sich sehr rasch. Wenn es der deutschen Regierung gelingt, eine plötzliche kritische Zuspitzung der unleugbar vorhandenen Gegensätze zu vermeiden und zu vereiteln, so hat sie von den zähen Bemühungen des Königs Eduard sogar den einen handgreiflichen Vorteil, dass ihr, mehr, denn je, für jede Militär- und Marineforderung eine sichere Mehrheit zur Verfügung stehen wird. Die letzte Reichstagsauflösung hat hierin bereits die Stellung der Regierung derart gefestigt, dass selbst Dr. Müller-Berlin in der *Vossischen Zeitung* nunmehr der Mitwelt verkündet: »Das Gefühl einer bedrohlichen Isolierung beginnt, schwer auf der Seele des deutschen Volkes zu lasten; aber der Druck, den es ausübt, wird mit einem entsprechenden, sagen wir rund heraus: erhebenden Gegendruck beantwortet. . . . Die veränderten auswärtigen Beziehungen werden zurückwirken müssen auf die Stellung des deutschen Reichstages zu

Heeres-, Flotten- und Kolonialfragen. Die bürgerlichen Fraktionen werden für das Landheer im Interesse einer Steigerung seiner Schlagfertigkeit guten Herzens manches b e w i l l i g e n müssen, was sie guten Herzens hätten beanstanden können, wenn uns nicht die Deutschland umgehende englische Geschäftigkeit die grösste Vorsicht zur Pflicht machte.« Wahrscheinlich werden die Dinge in der Tat einem solchen Ende entgegenlaufen.

× ×

Frankreich Die französische Regierung hat unterdes gleichfalls manche Prüfung überstehen müssen. Die Veröffentlichung der Montagnini-Papiere — die Klerikalen kamen nicht ungeschickt ihren Gegnern zuvor — hat das Vertrauen auf die Zuverlässigkeit und Ehrlichkeit mancher Politiker nicht gerade gehoben, so einseitig und übertrieben schliesslich manche Urteile und Behauptungen sich herausstellten. Eine Anzahl Staats- und Gemeindeangestellter bekundete durch einen unterzeichneten, in Paris öffentlich angeschlagenen Aufruf ihren festen Willen, sich zu koalieren und der Zentralorganisation der französischen Gewerkschaften anzuschliessen. Auf das Drängen der rückschrittlichen Presse ging die Regierung gegen die Unterzeichner vor, in erster Linie gegen den Wortführer der Lehrer, Genossen Nègre. Zu statten kam ihr dabei, dass in der parlamentarischen Linken selber Fraktionen sich finden, die den Verbänden der Unterbeamten wenig freundschaftlich gegenüberstehen: so die meisten Radikalen und auch einige unabhängige Sozialisten. Für den 1. Mai scheint die Regierung vollends die starke Hand zeigen zu wollen; ansehnliche Truppenaufgebote sollen alle Demonstrationen im Keime ersticken. Unverkennbar breitet sich eine tiefe Enttäuschung und sogar Erbitterung unter solchen Radikalen und Radikalsozialisten aus, die einst das Zustandekommen des Ministeriums Clemenceau mit grossen Hoffnungen begrüssten. Die Androhung verschiedener Generalstreiks (bei den Nahrungsmittelarbeitern, den Seeleuten) hat die Nervosität in der Regierung noch vermehrt, so dass sehr folgenschwere Entscheidungen sehr rasch fallen können.

× ×

England In England hat der Kriegsminister Haldane nunmehr seinen A r m e e r e f o r m - entwurf (den dritten ministeriellen Entwurf seit dem Abschluss des Burenkrieges) eingehend entwickelt. Der Grundgedanke dabei ist, die sogenannten *auxiliary forces* (Miliz, *Volunteers* und *Yeomanry*) zu verschmelzen und diese sogenannte *Territorialarmee*, als eine Art zweiter Linie der R e g u l ä r a r m e e als Reserve- und Ergänzungsquelle, besser vorbereitet und ohne die früheren Einschränkungen, zur Verfügung zu stellen. Nach wie vor soll dabei von einer Dienstpflicht abgesehen werden, wie sie die *National Service League* und Lord Roberts erstreben. Der Freiwillige für die Territorialarmee verpflichtet sich allerdings auf vier Jahre, hat jedoch das Recht dreimonatlicher Kündigung bei Zahlung einer geringen (5 Lstr. nicht übersteigenden) Abstandssumme. Im grossen und ganzen sind während dieser Dienstperiode die Anforderungen sehr geringe: Feldübungen von 8 bis 15 Tagen und andere kleinere Drillübungen. Diese Ausbildung fällt in jeder Grafschaft einer *association* zu, bestehend aus Offizieren der in der Grafschaft vorhandenen Truppengattungen und aus Laien unter dem Vorsitz des obersten Friedensrichters und bisherigen Chefs der Grafschaftsmiliz. Dieser zweiten, nicht berufssoldatischen Linie von etwa 300 000 Mann soll im Ernstfalle sowohl die Verteidigung im Inlande, wie die Ergänzung und Verstärkung der Truppen im Auslande zufallen; die letzte Kriegsvervollkommnung soll alsdann durch eine sechsmonatige Ausbildung nach der Mobilmachung erzielt werden. Diesmal scheint die Annahme einer solchen oder doch einer ähnlichen Vorlage gesichert.

Indes hat sie weniger Aufsehen erregt, als die Amtsniederlegung Lord Cromers, der, der Bankfamilie Baring entstammend, seit 1883 der eigentliche Regent Ä g y p t e n s war. Gesundheitsrücksichten mögen in der Tat die letzte Entscheidung herbeigeführt haben; vielleicht machte aber auch die erstarkende nationalistische Unabhängigkeitsbewegung in Ägypten die Heranziehung einer jüngeren und rüstigeren Verwaltungskraft notwendig. Nachfolger ist Sir Eldon Gorst, der schon lange neben Cromer in Kairo wirkte.

Auf die am 15. April in London eröffnete K o l o n i a l k o n f e r e n z denken wir im nächsten Heft ausführlicher zurückzukommen. Kennzeichnend für die weitblickende Versöhnungspolitik Englands ist die Teilnahme Bothas, des

einstigen Burengenerals, des jetzigen Premierministers der mit voller Selbstverwaltung ausgestatteten Transvaalkolonie.

× ×

Kurze Chronik Die Ende März in Rumänien ausgebrochenen Bauernunruhen wurden mit Waffengewalt unterdrückt. × Das Projekt eines Kanaltunnels zwischen England und Frankreich kann nach den Londoner Regierungserklärungen als gescheitert angesehen werden.

× ×

Literatur Eine seltsame und doch wichtige und lehrreiche Episode aus dem deutsch-französischen Krieg wird durch Adolf Hepner-Saint Louis, der einst in der deutschen Partei so rege mitwirkte, aktenmässig dargestellt (*Der Schutz der Deutschen in Frankreich 1870 und 1871* /Stuttgart, Dietz/). Der amerikanische Gesandte Washburne in Paris hatte vom 17. Juli 1870 bis 29. Juni 1871 den Schutz der in Frankreich lebenden deutschen Bürger übernommen. Die Abreise der vom Kriegslärm Erschreckten, die Wahrung der Interessen der Zurückgebliebenen in der Zeit allgemeinen Argwohns, zuletzt noch während der Belagerung von Paris und während des Communeaufstandes, bot keine geringe Aufgabe. Alle Zwischenfälle werden durch die Korrespondenz Washburnes mit amerikanischen, französischen und deutschen Vertretern eingehend berichtet. Der Washingtoner Senat beschloss 1878 die Drucklegung; die Übersetzung und Einführung durch Hepner ist heute noch zeitgemäss und verdienstlich. × Die seit 1898 bestehende österreichische Personaleinkommensteuer gestattet durch ihre statistischen Ergebnisse so viele Einblicke in die Einkommensabstufungen, in die Tätigkeit des weiblichen Geschlechts, in die Verschiebungen zwischen den einzelnen Staatsgebieten, zwischen Stadt und Land, dass die reichhaltige, sorgsame Bearbeitung von Dr. Friedrich Leiter *Die Verteilung des Einkommens in Österreich* /Wien, Braumüller/ dankbar willkommen zu heissen ist, auch für viele Zwecke der Sozial- und Wirtschaftspolitik.

MAX SCHIPPEL

Sozialpolitik

Auer † Mit einer energischen Handbewegung hat *unser Nazi* stets die wohlbegründete Meinung der Genossen von sich abgewehrt, er sei in die Tiefen der sozialen Theorieen eingedrungen. Und dennoch, er verstand, wie kaum ein anderer, die Elementarkräfte der sozialistischen Bewegung. Zum Verständnis des Sozialismus gehört nicht die Ausrüstung mit einer chinesischen Gelehrsamkeit, sondern die Bewaffnung mit zwei hellen, weitsichtigen Augen. Und sehen, weit und klar sehen konnte unser Auer. Was hat die deutsche sozialistische Bewegung so rapid in die Höhe gebracht? Ihre Organisation als Klassenbewegung! Auer sah, als er in jungen Jahren nach Hamburg kam, sofort die eigentliche Stärke der Partei in der Zusammenfassung des Proletariats bei den Wahlen zu einer Arbeiterklassenpartei. »Was war dort [in Hamburg] bei den Wahlen«, so führte er auf dem Dresdner Parteitage aus, »das wirksamste Mittel, um Stimmen für uns zu gewinnen? Es war die Frage: Nu segg mal, büscht du nich ook 'n Arbeeter? Ja! Denn mösst ook een Arbeeterkandidaten wählen! Über die Begriffe *ehernes Lohngesetz, Mehrwerttheorie* etc., die ja ihre grosse Bedeutung haben, ist viel schwerer zu reden: die einfache Rede vom Arbeiterkandidaten geht dem Arbeiter viel mehr zu Herzen.« Das tiefe Verständnis für das Denken und Empfinden des Proletariats machte unseren Auer zu dem kraftvollsten Förderer einer praktischen Sozialpolitik in der Partei. Er verkörperte in den neunziger Jahren vor allem den schöpferischen sozialpolitischen Geist der Sozialdemokratie. Mit dem Beginn des neuen Jahrhunderts war die grosse gestaltende Kraft Auers aufgebraucht. An den Schwankungen des Parteischiffs merkte man seitdem oft das Fehlen seiner kräftigen, das Steuer führenden Hand.

× ×

Submissionswesen Aus dem umfangreichen Werke des reichsstatistischen Amtes über die Regelung des Arbeitsverhältnisses bei Vergebung öffentlicher Arbeiten /Berlin, Heymann/ ersieht man, dass im allgemeinen im Auslande der Grundsatz in den staatlichen und kommunalen Submissionsverträgen zum Durchbruch gekommen ist: die Behörden haben darüber zu wachen, dass die Arbeitsbedingungen, unter denen öffentliche Arbeiten an Privatunternehmer übertragen werden, angemessene sind. In den mit diesen Unternehmern abgeschlossenen Arbeitsverträgen sind bereits zahlreiche Bestimmungen

über die Arbeitszeit, den Akkordlohn, hygienische Vorschriften zum Schutze der Arbeiter etc. enthalten. Schneckenhaft kriecht Deutschland im allgemeinen auf dem Gebiete des Submissionswesens hinter dem Auslande her. Tastend und systemlos sind zumeist die Versuche unserer Stadtverwaltungen, das Submissionswesen sozialpolitisch auszugestalten.

× ×

Kinderschutz In der zweiten Hälfte des Monats März tagte in Wien ein Kinderschutzkongress. Aus den Verhandlungen des Kongresses treten folgende Tatsachen stark hervor: In Wien werden jährlich gegen 17000 uneheliche Kinder geboren, deren Existenz durchweg ein Märtyrerleben ist. Von den Findelkindern Prags sterben 50 bis 60 % bis zu ihrem sechsten Lebensalter dahin. In Ostböhmen werden in manchen Gerichtssprengeln 40 % der Kinder als Harfenisten verkauft. Dr. Reicher legte dem Kongresse die Grundzüge eines Fürsorgegesetzes vor. Der Justizminister Dr. Klein kündigte unter strenger Verurteilung der Bestrafung Jugendlicher Gesetzentwürfe zum Schutze der Kinder an, die unter anderem eine Reform des Jugendstrafrechts, die Errichtung von Vormundschaftsräten, die Regelung des Kost- und Haltekinderwesens, die Fürsorge für uneheliche Kinder ins Auge fassen sollten.

Das Kinderschutzgesetz ist in Deutschland im allgemeinen noch recht mangelhaft durchgeführt. Die hessischen Gewerbeinspektoren veröffentlichten vor kurzem einen Sonderbericht über die Durchführung dieses Gesetzes im Jahre 1906. In Hessen waren 1906 von 189503 Volksschulkindern 4176, das heisst 2,2 % gewerblich tätig. Von den 4176 Kindern waren 43,7 % direkt entgegen den gesetzlichen Bestimmungen beschäftigt. In der Stadt Offenbach, in der 56,1 % der Kinder gesetzwidrig beschäftigt werden, »kennen«, wie es im Bericht der Gewerbeinspektion heisst, »die Polizeibehörden den Umfang der gewerblichen Kindertätigkeit nur zum kleinen Teil«. Sehr bemerkenswert ist, dass die Gewerbeinspektionsbeamten im Interesse des Kinderschutzes die Gewährung eines warmen Frühstücks an die armen Kinder befürworten. Recht bedenklich ist die Lässigkeit der Arbeiterorganisationen auf dem Gebiete des Kinderschutzwesens. »Vermutlich hat die diesbezügliche Untätigkeit,« so schreibt der Beamte des Offenbacher Bezirks, »ihren Grund darin, dass die Bestimmungen des genannten Gesetzes, die das leibliche Gedeihen der Kinder bezwecken, vorerst mancher Arbeiterfamilie Unannehmlichkeiten und Geldopfer auferlegen.«

× ×

Unfallversicherung In dem Geschäftsbericht des Reichsversicherungsamtes, der Ende März 1907 dem Reichstage überreicht wurde, ist eingehend über die Tätigkeit der technischen Aufsichtsbeamten der Berufsgenossenschaften berichtet worden. Von 66 gewerblichen Berufsgenossenschaften stellten 61 technische Aufsichtsbeamte an. Aus den 61 eingesandten Jahresberichten ergibt sich, dass von 622718 bei diesen Genossenschaften versicherten Betrieben 163130 = 26,2 % einer Betriebsrevision unterzogen wurden; ausserdem fanden bei 63701 Betrieben Lohnrevisionen statt. Von 275 technischen Aufsichtsbeamten wandten 236 auf die durchgeführten Revisionen 35777 Revisionstage auf. Von diesen Tagen fielen 19679 Tage auf die Überwachung der Betriebe, 6040 Tage auf Lohnrevisionen, 5004 Tage auf beide Tätigkeiten gemeinschaftlich und 5054 auf Kontrollen der Rentenempfänger und dergleichen. Für die übrigen 39 technischen Aufsichtsbeamten fehlt die Zahl der verwendeten Revisionstage. Die Zahl der Aufsichtsbeamten muss mindestens verdreifacht werden, wenn nur eine einigermassen ausreichende Betriebskontrolle geschaffen werden soll.

× ×

Privatangestellte Aus der amtlichen Denkschrift über die Lage der Privatangestellten, die Ende März dem Reichstage übermittelt wurde, haben besonders die Feststellungen über die Einkommensverhältnisse und die Beschäftigungslosigkeit der Privatangestellten einen sozialpolitischen Wert. Bei den männlichen Personen ist die Einkommensstufe von 1800 bis 2100 M. am stärksten besetzt, 11,43 % gehören zur Stufe 2100 bis 2400 M. Von weiblichen Personen haben 38,86 % bis 1000 M., 29,45 % bis 1250 M., 14,48 % bis 1500 M., 17,21 % bis 1800 M. Einkommen. Das Durchschnittseinkommen beträgt für männliche Personen 2064,51 M., für weibliche Personen 1135,58 M. Stellenlos waren 1889 bis 1903 11 % aller befragten Angestellten, von den weiblichen Personen gar 21 %. Wenn man die Pensions- und Hinterbliebenenbezüge der Privatangestellten nach den für die Reichs- und

Staatsbeamten massgebenden Grundsätzen regelt und ausserdem noch eine Heilfürsorge nach den Bestimmungen des Invalidengesetzes einführen will, wäre hierfür als Jahresbeitrag 19 % des jeweilig bezogenen Diensteinkommens zu erheben, wenn man die Gehaltssteigerung mit in Rechnung zieht. Lässt man die Gehaltssteigerung ausser Ansatz und bemisst die Bezüge unter Zugrundelegung der Pensionssätze des Reichsbeamtengesetzes nur nach einem stets gleichbleibenden Gehaltsbetrage, so sind rund 14½ % des Diensteinkommens erforderlich. Wenn man diesen Satz auf das in der Denkschrift für die befragten Privatangestellten im Durchschnitt ermittelte Jahreseinkommen von rund 2100 M. anwendet, so würde im Durchschnitt für jeden Privatbeamten als Jahresbetrag die Summe von 304 M. 50 Pf. zu zahlen sein.

×   ×

Gefängnisarbeit Nach der kürzlich dem Reichstag zugegangenen Denkschrift über die Beschäftigung der Gefangenen befanden sich am 1. Dezember 1905 in den deutschen Gefangenanstalten 79 377 männliche und 8628 weibliche Gefangene. Die Zahl der Strafgefangenen — von Untersuchungsgefangenen und Gefangenen anderer Art wird hier abgesehen — belief sich auf 65 894 männliche und 7304 weibliche Gefangenen. Von den Strafgefangenen verbüssten 21 465 Zuchthausstrafe, 45 041 Gefängnisstrafe, 6692 Haftstrafe. 67 467 Strafgefangene arbeiteten, und zwar: 15 408 für die Gefängnisverwaltung, 11 595 für andere Staatsverwaltungen, 449 für Kommunalverbände und Genossenschaften, 778 für Anstaltsbeamte, 27 039 (38,8 % der Gesamtzahl für Privatunternehmer, 3888 für eigene Regie, 10 640 für Dritte gegen Lohn. Im ganzen arbeiteten somit 41 567 für Private und 28 230 für den Staat. Es waren beschäftigt mit Schneiderei 8464 (12,1 % aller beschäftigten Gefangenen), häuslichen Diensten 6545 (9,4), Kleben von Tüten und Papparbeiten 4730 (6,8), Landeskultur- und sonstigen landwirtschaftlichen Arbeiten 4450 (6,3), Schreinerei 3304 (4,7), Korbmacherei und Strohflechterei 2570 (3,6), Stricken mit der Maschine und der Hand und Häkeln 2528 (3,6), Fabrikation von Filz- und geflochtenen Schuhen 2337 (3,3), Holzhauen 2098 (3,0), Nähen mit der Hand und der Maschine 2092 (3,0), Schuhmacherei, Schäftemachen 2018 (2,9), Sortieren von Hülsenfrüchten und dergleichen 1698 (2,4), Weberei 1693 (2,4), Bürsten- und Besenfabrikation 1673 (2,4), Wäscherei 1649 (2,4), Kartonnage- usw. -fabrikation, Buchbinderei 1608 (2,3), Spulen und Federreissen 1535 (2,2), Zupfen von Haar, Tau und Wolle 1444 (2,1), Anfertigung von Hanftaschen 1255 (1,8), Zigarrenfabrikation 1244 (1,8), Pantoffelmacherei 1173 (1,7), Bauarbeiten 1161 (1,7), Mattenweberei 1100 (1,6), Knopffabrikation 816 (1,2), Tabakabrippen 695 1,0). Bei den übrigen Arbeitszweigen betrug die Zahl der darin beschäftigten Gefangenen weniger als 1 % der mit Arbeit beschäftigten Gefangenen.

×   ×

Kurze Chronik Am 6. März starb der Staatsminister von Bötticher zu Naumburg, der von 1880 bis 1897 an der Spitze des Reichsamts des Innern stand. × Am 26. März wurden im Beirat für Arbeiterstatistik die Ausschüsse für die sozialen Erhebungen bestellt. In die Ausschüsse für die Erhebungen über die Arbeitszeit im Fuhrwerksgewerbe und im Fleischergewerbe wurde Genosse Robert Schmidt-Berlin entsandt. × Am 11. April traten die Parteien des Reichstags mit sozialpolitischen Programmreden hervor. Besonders bemerkenswert waren die Reden der Abgeordneten Naumann und Robert Schmidt.

×   ×

Literatur Die *Gehestiftung* gibt in der Sammlung *Neue Zeit- und Streitfragen* soeben den Vortrag des Professors Arthur Esche *Arbeitsordnung und Arbeiterausschuss* /Dresden, Zahn & Jaensch/ heraus. Die Schrift bewegt sich in der Richtlinie der Anbahnung eines konstitutionellen Systems im Fabrikbetriebe. × Die von uns schon besprochene Schrift Dr. A. Engels *Detaillistenfragen* erscheint in 2. Auflage im Verlage der *Zentralstelle des Volksvereins für das katholische Deutschland.* Die neu erschienene Literatur über den Kleinhandel, über seine Gegnerschaft und über seine Hebung ist in der Schrift Dr. Engels gewertet. Unserer früheren Besprechung haben wir nichts hinzuzufügen.

In der Schriftensammlung der *Internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz* ist soeben der Versammlungsbericht der 4. Generalversammlung des Komitees der *Internationalen Vereinigung* /Jena, Gustav Fischer/ er

schienen. Diese in Genf abgehaltene Generalversammlung besprach folgende Themata: die Bekämpfung der gewerblichen Gifte, die gewerbliche Nachtarbeit der jugendlichen Arbeiter, die maximale Arbeitszeit der erwachsenen Arbeiter, die Heimarbeit, die Versicherung ausländischer Arbeiter etc. PAUL KAMPFFMEYER

Soziale Kommunalpolitik

Apothekenwesen Die Reform des Apothekenwesens ist durch den vor kurzem vom Reichsamt des Innern veröffentlichten Entwurf eines Reichsapothekengesetzes wieder in Fluss gekommen. Als Verfasser ist wohl der Medizinalrat Pistor anzusehen, der bereits in einem Artikel *Bemerkungen zur Reform des Apothekenwesens in Preussen* in der *Deutschen Vierteljahrsschrift für öffentliche Gesundheitspflege* die leitenden Gedanken des Entwurfs entwickelt hatte. Bisher war in Deutschland das Apothekenwesen landesgesetzlich geregelt, es zeigte daher von Bundesstaat zu Bundesstaat die grössten Verschiedenheiten. Im wesentlichen lassen sich drei Arten von Apothekenkonzessionen unterscheiden: privilegierte Apotheken, realberechtigte und solche, die auf Personalkonzessionen beruhen. Nach einer allerdings vollständig veralteten Tabelle vom Jahre 1895, die die Motive zu dem Gesetzentwurf mitteilen, gab es 1820 priviligierte und realberechtigte, 3116 konzessionierte, wovon 764 unveräusserlich, im ganzen 5261 Apotheken. Seitdem haben sich aber die Zahlen, wie der Bericht selbst bemerkt, nicht unwesentlich zu gunsten der unveräusserlichen Apotheken verändert. Die Zahl der letzteren ist ziemlich stark gewachsen, da in dem letzten Jahrzehnt ein grosser Teil der Bundesstaaten nur noch unveräusserliche Personalkonzessionen vergeben hat. Der Entwurf stellt nun als Regel den Grundsatz der unveräusserlichen Personalkonzession für alle neu zu errichtenden Apotheken auf. Daneben bleiben aber die Apotheken, die mit einem Realprivilegium ausgestattet sind, oder auf Rechnung des Landesherren, des Inhabers einer Standesherrschaft, des Fiskus, einer Gemeinde oder einer Stiftung betrieben werden (§ 15 des Entwurfs) unverändert fortbestehen. Für diese Klasse von Apotheken sollen die entscheidenden Bestimmungen des Reichsgesetzentwurfes nicht zur Anwendung kommen, sondern, wie bisher, die landesrechtlichen Bestimmungen gelten. Den Landesregierungen wird auch das Recht gegeben, andere als die eben genannten Apotheken, sofern sie tatsächlich als übertragbar behandelt worden sind, von der Einwirkung der reichsgesetzlichen Bestimmung auszuschliessen und dem Landesrecht zu unterwerfen. Als Gründe für diese Regelung wird in der Hauptsache angeführt, dass der Bundesrat seit langen Jahren das Prinzip der unveräusserlichen und unvererblichen Personalkonzessionen gutgeheissen, und dieses im weitaus überwiegenden Teil des Deutschen Reichs im Wege der Landesgesetzgebung praktische Anerkennung gefunden habe. Das in Österreich durch Gesetz vom 18. Dezember 1906 durchgeführte Prinzip der veräusserlichen und vererblichen Realkonzessionen wird abgelehnt, obschon eine Anzahl Sachverständiger gerade in diesem System die Möglichkeit erblickt, die Preise der Apotheken herunterzudrücken. Dabei ist allerdings die Voraussetzung, dass eine genügende Anzahl von Realkonzessionen vergeben wird, um eine Konkurrenz unter ihnen auf dem Apothekenmarkte zu erzeugen. Trotzdem bleibt ein solches System stets ein sehr zweischneidiges Mittel, da die Vermehrung der Realkonzessionen niemals garantiert ist. Von dem System der Niederlassungsfreiheit, das in einer Reihe von ausländischen Staaten gilt, wollen die Motive auch nichts wissen. Es würde durch die Eröffnung unbegrenzter Konkurrenz nur zur Verschlechterung des Apothekenwesens führen und durch unnatürliches Zusammendrängen der Apotheken in den grösseren Städten die Arzneiversorgung auf dem Lande gefährden. Es werde daher diesem System von keiner Seite das Wort geredet. Das ist allerdings richtig. In den siebziger Jahren hatte die Niederlassungsfreiheit zahlreiche Anhänger. Auch im Reichstag erklärte sich im Jahre 1872 die Petitionskommission dafür, bei der Konzessionierung von der Prüfung des Bedürfnisses abzusehen.

Nicht minder gross, als die Abneigung gegen die Niederlassungsfreiheit, ist die Abneigung gegen die Verstaatlichung oder Kommunalisierung der Apotheken. Zwar müssen die Motive zugeben, dass die Kommunalisierung oder Verstaatlichung in mancher Beziehung grosse Vorzüge aufzuweisen habe. Sie begegne aber infolge der ausserordentlich hohen finanziellen Aufwendungen, die für die Ab-

lösung der Realkonzessionen gemacht werden müssten, ganz unüberwindlichen Schwierigkeiten. Würden doch allein die Idealwerte der Realkonzessionen in Preussen auf etwa 300 Mill. M. geschätzt. Es komme ferner hinzu, dass mit der Verstaatlichung oder Kommunalisierung des Apothekenwesens der Apothekerstand seinen Charakter als den selbständiger Gewerbetreibender verlieren würde; dessen Erhaltung sei aber vom Standpunkte einer gesunden Mittelstandspolitik nur zu wünschen. Auch könnten bei etwaiger Verpachtung der Staats- und Kommunalapotheken infolge des Wettbewerbes um die Pachtungen und der dadurch bewirkten Steigerung der Pachtpreise leicht die selben Missstände sich wieder einstellen, die aus den hohen Kaufpreisen der Apotheken bei dem System der veräusserlichen Realkonzession sich bisher ergeben hätten. In dem bereits erwähnten Artikel hat Pistor diese Erhaltung des Apothekerstandes mit besonderen ethischen Gründen zu rechtfertigen gesucht. Der als Beamter mit festem Gehalte angestellte kommunale oder Staatsapotheker könne nicht mehr durch besonders gute Bedienung der Arzneibedürftigen, wissenschaftliches Wirken usw. seine Einnahmen vergrössern. Die Pflichterfüllung des privaten Apothekers, die aus Liebe zum Beruf ohne Schielen nach oben aus Hingabe an die Tätigkeit erfolge, sei eine ganz andere, als die buchstabengemäss beobachtete Pflichterfüllung des Beamten. Der kommunale Apotheker gerate in eine grössere Abhängigkeit, als wenn er ein sich frei bewegender Mann bleibe; der politischen Heuchelei, der Augendienerei werde geradezu Vorschub geleistet. Diese ganzen Ausführungen lesen sich wie eine bittere Satire auf den preussisch-deutschen Beamtenstand, dessen Vorzüge uns sonst nicht hoch genug angepriesen werden können.

Die Begründung des Entwurfes hält nicht einmal der oberflächlichsten Prüfung stand. Zunächst brauchen die Staats- und Kommunalapotheken nicht verpachtet zu werden. Es ist viel richtiger, wenn sie von den Kommunen und den höheren Kommunalkörpern direkt bewirtschaftet werden. Gerade bei dem Eigenbetriebe wird es möglich, die Arzneipreise herabzusetzen, wenn die öffentlichen Körperschaften darauf verzichten, über die Selbstkosten hinaus Profite zu machen. Jeder Neigung, die Apotheken im kommunalfiskalischen Interesse auszubeuten, kann aber dadurch vorgebeugt werden, dass durch das Reichsgesetz den Gemeinden diese Schranke der Selbstkosten auferlegt wird. Die Ablösung der Realkonzessionen ist kein unüberwindliches Hindernis für die Einführung der kommunalen Apotheken, da es durchaus in den Händen der Kommunalkörper liegt, die Idealwerte der Realkonzessionen sehr energisch herunterzudrücken. Der Entwurf und die Begründung geben übrigens das Mittel dazu direkt an die Hand. Denn nach § 33 sollen landesrechtliche Vorschriften, welche die Umwandlung übertragbarer in nicht übertragbare Apothekenberechtigungen zum Gegenstande haben, unberührt bleiben. Zum Zwecke dieser Umwandlung kann den Inhabern der Erlaubnis zum Apothekenbetrieb eine Betriebsabgabe auferlegt werden, die übrigens auch zur Befriedigung sonstiger Bedürfnisse auf dem Gebiete des Apothekenwesens dienen soll. Wie die Motive bemerken, soll in Preussen durch ein Landesgesetz eine Regelung nach folgenden Gesichtspunkten stattfinden. Den Inhabern von Apothekenbetrieben wird eine angemessene und in billiger Weise abgestufte Betriebsabgabe auferlegt. Diese fliesst einem mit juristischer Persönlichkeit ausgestatteten besonderen Fonds zu, welcher ausschliesslich den Zwecken des Apothekenwesens und des Apothekerstandes zu dienen bestimmt ist. Es ist beabsichtigt, die Mittel des Apothekenfonds insbesondere auch zum allmählichen Ankauf der bestehenden übertragbaren Apothekenberechtigungen zu verwenden. Mit dem Erwerb erlischt die Übertragbarkeit. Zur Durchführung dieser Aufgabe soll dem Fonds ein gesetzliches Vorkaufsrecht für alle auf Grund übertragbarer Berechtigung betriebenen Apotheken eingeräumt werden. Einer Steigerung der bestehenden Idealwerte bei Apotheken soll dadurch entgegengetreten werden, dass die Verwaltungsbehörde das Recht erhält, bei jedem Besitzwechsel hinsichtlich des von dem Besitznachfolger zu zahlenden Preises eine Kontrolle mit der Befugnis auszuüben, ihn erforderlichenfalls aus Rücksichten des öffentlichen Interesses auf die dem wirklichen Werte der Apotheke entsprechende, durch Sachverständige festzusetzende Höhe herabzusetzen. Kommen diese Vorschläge zur Ausführung, so werden ohne Zweifel die Idealwerte der Realkonzessionen ganz bedeutend herabgedrückt und dadurch ihre Kommunalisierung sehr be-

trächtlich erleichtert werden. Übrigens wären diese Mittel nicht einmal notwendig, sofern nur den Kommunen das Recht gegeben würde, Apotheken in beliebiger Anzahl einzurichten und durch geprüfte, als kommunale Beamten tätige Apotheker zu betreiben. Die Herabsetzung der Arzneipreise würde allein ausreichen, den kommunalen Apotheken die gesamte Kundschaft sowohl der Privaten, vor allem aber auch der Krankenkassen zuzuwenden. Die Konkurrenz der mit hohen Realwerten belasteten Realkonzessionensapotheken wäre nicht möglich ohne eine ganz energische Abschreibung dieser Idealwerte, die allerdings nicht ohne tiefe Erschütterungen des Apothekergewerbes gedacht werden kann. Wie man aber auch den Modus der Ablösung regeln will, die Forderung muss in erster Linie erhoben werden, dass neue Konzessionen in Zukunft nur an Kommunen und höhere Kommunalkörper vergeben werden dürfen. Nicht nur das Interesse des Publikums im allgemeinen, sondern auch vor allem das der Krankenkassen verlangt eine derartige Regelung des Apothekenwesens. Die Aufwendungen für Arzneimittel der Krankenkassen sind in rapider Steigerung begriffen. Sie sind von 17½ Mill. M. bei 7 Mill. Versicherten im Jahre 1894 auf 32¼ Mill. M. bei 10¾ Mill. Versicherten im Jahre 1904 gestiegen. »Wenn aber«, so schreiben die Motive, »die Gesetzgebung die Arbeitgeber und die Arbeiter nötigt, zur Beschaffung der bei Krankheiten erforderlichen Arzneien bedeutende Opfer zu bringen, so muss sie auf der anderen Seite das Apothekenwesen in einer Weise ordnen, die nicht eine unnatürliche Steigerung der Arzneipreise mit sich bringt. Dass die gegenwärtige Ordnung eine solche Steigerung begünstigt, wird sich nicht bestreiten lassen.« Die weitestgehende Herabsetzung der Arzneipreise ist nur bei Verzicht auf den Profit und Beschränkung auf die Deckung der Selbstkosten möglich. Ohne Profit vermögen aber nur öffentliche Körperschaften zu arbeiten, so kommen wir auch von dieser Seite zur Forderung der Kommunalisierung des Apothekenwesens.

× ×

Kurze Chronik Die Charlottenburger Säuglingsfürsorgestellen haben sehr gute Erfolge aufzuweisen. Die Zahl der selbstgestillten Kinder hat gegen das Vorjahr um 20 % zugenommen. In der Zeit vom 1. April 1906 bis 1. Februar 1907 ist die Zahl der Kinder, für welche die Fürsorgestellen in Anspruch genommen wurden, auf zwei Fünftel aller im ganzen Jahre geborenen Kinder angewachsen. Für 1907 sind 83 420 M. Ausgaben in Aussicht genommen. × Die Stadt Wiesbaden hat mit einem Kostenaufwande von 80 000 M. eine städtische Säuglingsmilchanstalt eingerichtet. × Die Berliner Stadtverordnetenversammlung hat sich durch die Annahme des grundlegenden Paragraphen im Prinzip für die Einführung der Wertzuwachssteuer ausgesprochen. × Der Wormser Kreistag beschloss die Errichtung einer Wohnungsinspektion für den Kreis Worms. × Der dänische *Folkething* nahm in dritter Lesung einstimmig einen Gesetzentwurf, betreffend die Arbeitslosenversicherung, an. Danach wird der Staat den Arbeitslosenkassen ⅓ ihrer Ausgaben ersetzen, während die Kommunen noch ⅙ zuschiessen können.

× ×

Literatur Unter den Arbeiten des *Institut Solvay* hat Ernest Brees eine ausführliche Schrift mit dem Titel *Les régies et les concessions communales en Belgique* /Brüssel, Misch & Thron/ veröffentlicht, die in sehr eingehender Weise die Frage der kommunalen Regie für die Wasserwerke, Gasanstalten, Elektrizitätswerke und Strassenbahnen untersucht. Eine kurze Einleitung beschäftigt sich mit den städtischen Monopolbetrieben und sucht nachzuweisen, dass die Konkurrenz auf diesem Gebiete jedesmal gescheitert ist und für die Konsumenten keine Vorteile gebracht hat. In dem Hauptteil des Buches werden der Reihe nach die belgischen Wasserwerke, Gaswerke, Elektrizitätswerke und Strassenbahnen behandelt. Brees gibt uns nicht nur eine Geschichte dieser Monopolbetriebe in den verschiedenen belgischen Städten, sondern untersucht auch bei den einzelnen Arten von Betrieben die Fragen der Tarife, der Teilnahme der Städte am Gewinn, der Preisfestsetzung, der Preisreduktionen, der Überwachung und Kontrolle, der Arbeiterpolitik usw. Er stellt jeweils die städtische Verwaltungspolitik der der privaten Gesellschaften gegenüber, um dann im Schlusskapitel auf Grund des reichen Materials allgemeine Grundsätze abzuleiten. Dieser mehr theoretische Teil zerfällt in drei Unterabteilungen. Die eine bringt eine Kritik des Konzessions-

systems, die andere des städtischen Regiebetriebes; die Schlussabteilung beschäftigt sich mit der Organisation der städtischen Regie. Bei der Kritik des Konzessionssystems wird der persönliche Einfluss der Konzessionäre, das Fehlen der öffentlichen Kontrolle, die bureaukratische, der technischen Entwickelung hinderliche Geschäftsführung der Privatgesellschaften, die mangelhafte Fassung der Konzessionsverträge usw., besprochen. Ebenso ausführlich beschäftigt sich der Verfasser mit den Einwänden gegen die städtische Regie und mit ihren Vorzügen. Brees ist ein Anhänger der städtischen Regie. Er tritt für sie allerdings nicht deshalb ein, weil sich in ihnen die Sozialisierungstendenz unserer wirtschaftlichen Verhältnisse ausdrückt, sondern er fordert sie vielmehr aus reinen Zweckmässigkeitsgründen. Dem Nachweise, dass es sowohl im Interesse der Städte, wie ihrer Bürger liegt, die privaten Monopolgesellschaften zu munizipalisieren, ist daher auch der Hauptteil seines Buches gewidmet. Ebenso spielt der Gesichtspunkt, dass die Städte im Besitze dieser Monopolbetriebe ein Mittel haben, um den stets wachsenden kommunalen Steuern zu begegnen, bei ihm eine grosse Rolle. Das hindert auf der anderen Seite nicht, dass er den städtischen Regiebetrieben auch eine weitere Aufgabe zuschreibt. Der Profit soll nach ihm nicht das einzige Ziel der Gemeinden sein. Diese haben, um seine Worte hier zu zitieren, »vielmehr die Aufgabe, den Gegenstand des Monopols zum billigsten Preise zu liefern, auch wenn sie aus ihren Regiebetrieben eine gerechte Verzinsung der darin investierten Kapitalien ziehen; zum Grundsatz ihrer Tätigkeit sollen sie das berühmte Motto *Billig verkaufen, um viel zu verkaufen!* machen«. Wertvolles Material bringt das Breessche Buch über die Organisation der Regiebetriebe bei. Es gibt hier eine Darstellung des italienischen Gesetzes von 1903 über die Munizipalisierung der öffentlichen Dienste, sowie des französischen Gesetzentwurfs über die Organisation der Pariser Gasversorgung. Ein Anhang ist der Analyse der beiden parlamentarischen Enqueten gewidmet, die in den Jahren 1900 und 1903 in England über die Munizipalisierung der öffentlichen Dienste stattgefunden haben. Alles in allem liefert das Buch einen wertvollen Beitrag zu der ungemein wichtigen Frage der städtischen Regie, dessen Lektüre jedermann empfohlen werden kann. × Genosse Emil Nitzsche hat im Auftrage des Zentralagitationskomitees der sozialdemokratischen Partei Sachsens ein umfangreiches Handbuch für Gemeindewähler und Gemeindevertreter, insbesondere die sächsischen, unter dem Titel *Gemeindepolitik und Sozialdemokratie* /Dresden, Kaden & Co./ herausgegeben. Das Buch ist dem Verfasser unter den Händen gewachsen. Ursprünglich sollte es nur ein kurzer Ratgeber für die kommunalpolitische Tätigkeit in den sächsischen Landgemeinden sein. In seiner endgültigen Fassung zieht es aber die grossstädtischen Verhältnisse sehr stark heran. Dem Plane entsprechend ist es hauptsächlich für die sächsische Praxis bestimmt. Die verfassungsrechtlichen Kapitel *Staat und Gemeinde, Gemeindeautonomie, Gemeindeverfassung,* ferner die Kapitel *Volksschule, Gemeindesteuern, Kirche und Gemeinde,* haben besonders für unsere sächsischen Gemeindevertreter Wert, obschon sie auch nichtsächsischen Gemeindevertretern wertvolles Beispielmaterial liefern. Die Aufzählung der Hauptkapitel *Gesundheitspflege, Krankenfürsorge, Bestattungswesen, Armenfürsorge, Wohnungspolitik, Arbeiterpolitik, Gemeindebeamte, Gemeindebetriebe, Submissionswesen, Förderung der Volksbildung* gibt uns eine Andeutung von der Reichhaltigkeit des Inhaltes. Es ist selbstverständlich bei dem Charakter des Buches nicht möglich, auf die einzelnen Kapitel einzugehen und etwaige abweichende Auffassungen festzustellen. Wir müssen uns daher darauf beschränken, die Genossen auf diese mühsame und wertvolle Arbeit aufmerksam zu machen. Sie werden in dem Buche Nitzsches ein praktisches Handbuch für die tägliche Praxis finden, das ihnen in bequemer Form und Zusammenstellung ein umfangreiches Material bietet.

HUGO LINDEMANN

Sozialistische Bewegung

Auer † Der 10. April hat der deutschen Sozialdemokratie ihren Führer genommen. Auer war nicht nur der klügste Kopf in unserer Partei — das wussten wohl alle —, er war auch die eigentlich überragende Intelligenz und zum Leiter der Sache geboren, die die seinige wurde. Er war aber noch mehr: Er war vor allem ein grosser Mensch, der beste vielleicht, den wir hatten, er war die feinstorganisierte Persönlichkeit, von wunder-

barer Sensibilität und dabei doch von intensivster Stärke der Empfindung. Wir mussten ihn bewundern als den bedeutendsten Menschen, verehren als den reinsten und zartesten Charakter, lieben wie einen Vater und den besten Freund. Für die Sache war er alles, alles in ihm war für die Sache. Und doch ging die Weite seines Horizonts über jede Partei im engern Sinn hinaus, in deren Bannkreis er in freiwilliger Selbstbescheidung und Erkenntnis der Notwendigkeit sich selber hielt.

Das Positive, das er der Partei geleistet, entzog sich zum grössten Teil der Beurteilung und selbst der Kenntnis. Schon sein blosses Dasein war ein moralischer Gewinn für sie; es gab jedem wunderbaren Mut und Vertrauen in die Zukunft. Man fühlte sich bei ihm geborgen. Jedes Gespräch mit ihm bot weite Ausblicke und doch keine aufregende Sensation, vielmehr Ruhe und Sicherheit. Nie sprach er ein triviales, nie ein abgenutztes, kaum je ein gleichgültiges Wort, selbst wenn er über die alltäglichsten Dinge redete. Im kleinsten sagte er in seiner schlichten Art Dinge, die überraschten, die nachdenklich machten, an die man sich erinnerte, und die dann einem selbstverständlich schienen, als hätte man nie etwas anderes denken können. Wenn man von mancher Kleinlichkeit des Tages ermüdet und verekelt war, brauchte man nur Auer anzusehen oder sein ironisch-warmes *Steht's gut?* zu hören, um gleich wieder froh zu sein. Ja, man schämte sich später auch ein wenig, weil man kleinmütig war, wo er doch dies alles und noch viel mehr fortwährend ertrug. Wenn die tiefe Tragik seiner zitternden Hände in den letzten Jahren erschütterte, so konnte er durch seine unpersönliche Art, die doch so rein persönlich war, einen unvermerkt zu ganz anderen Dingen führen, so dass man alles darüber vergass. Wenn es dann um sein Gesicht spielte (jene unvergleichlichen Züge, ganz Kultur und ganz Innerlichkeit!), und wenn er *lästerte* — das wird niemand können, wie er, und auch niemand dürfen, —, über das Grösste und Schönste spottete, dann verschwand alle aufgeputzte Schönheit und alle Theatergrösse, aber die Sache selber erschien nach all den schonungslosen Worten in einer neuen Grösse und Schönheit, anders, als man sie sich vorher vorgestellt, in anderer Perspektive, in anderen Dimensionen, unscheinbarer, menschlicher und trotzdem weit mehr. Man sah in den letzten Jahren von Tag zu Tag, wie es abwärts mit Auer ging, und doch konnte man es nicht glauben. Immer noch dachte ich mir, dass er eines schönen Tages wieder ganz gesund sein und die Zügel ergreifen würde, die manchmal am Boden schleiften. Es schien mir undenkbar, dass es wirklich für alle Zeit aus sein sollte. Und nun ist es wirklich aus. Am 14. April ist Ignaz Auer von unabsehbar vielen Menschen, von denen nur ganz wenige ihn oder Stücke von ihm kannten, zu Grabe getragen worden.

Was die sozialistische Bewegung an Auer hat, lässt sich in keiner Rundschau und in keinem Artikel und wohl auch in keinem Buch ganz sagen. Jedem einzelnen Teil der Bewegung wird er unersetzlich bleiben. Auch den *Sozialistischen Monatsheften*, die ihm viel zu verdanken haben, und für die er, bevor seine Krankheit nach Dresden die schlimme Wendung nahm, manchen Artikel geschrieben hat, trotz der Überfülle seiner Arbeit.

Auf die Bitte, die der Schreiber dieses namens einiger jüngerer Genossen an ihn richtete, hielt Auer im Jahre 1900 einen Vortrag über die erste Zeit des Sozialistengesetzes *Von Gotha bis Wyden* (der dann von uns als Broschüre herausgegeben wurde). Wer an dem Abend zugegen war, hat einen Eindruck für das ganze Leben mitgenommen. Die schwere Zeit, da die Schrecken des Ausnahmegesetzes über die junge Bewegung hereinbrachen, wurde lebendig, sie zitterte in der Stimme des Mannes, der da aus seinen Erinnerungen erzählte. Und als er mit den Worten schloss: »Sollte je ein neues Sozialistengesetz kommen, so wird es die selben Kräfte und die selben energischen Gegner finden, wie das erste; sollte es aber nicht kommen, so ist es besser«, da war jedem ein Stück Geschichte und ein Stück Menschlichkeit geöffnet worden, das bis dahin — für uns Jüngere — nur papierne Existenz gehabt hatte. Als Auer an jenem Abend nachher, in engerm Kreise, einige heitere Episoden aus jener Zeit zum besten gab, und in die Ergriffenheit sich der Humor mischte, und der einzige Auersche Spott an den traurigen Dingen komische Seiten zeigte, da vertiefte sich nur noch das Bild. Es war uns, als ob wir selber jene bittere und schöne Zeit mit erlebten, von der er alles in allem sagen musste, es wäre besser, wenn sie nicht wiederkäme.

Die Menschen, die Auer, man kann nicht sagen: näher, aber doch in der Nähe kannten, haben ihm für die Bereicherung zu danken, die ihr Leben dadurch erfahren hat. Und sie werden jetzt wissen: Es war vielleicht der grösste, edelste Mensch unserer Tage, der jetzt da draussen in Friedrichsfelde liegt, und wir müssen wohl glauben, dass wir einen seiner Art kaum wiedersehen werden.

× ×

Holland: Parteitag

Von den zahlreichen Osterkongressen, die die ausländischen Sozialisten in diesem Jahre abgehalten haben, war der symptomatisch wichtigste der Parteitag der holländischen Sozialdemokratie in Haarlem. Die Leser wissen aus dem Artikel Vliegens *Prinzip und Praxis in der niederländischen Sozialdemokratie* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1906, 1. Bd., pag. 451 ff., dass auf dem vorigen Parteitag, in Utrecht, die orthodox-*marxistische* Richtung der *Nieuwe Tijd* von der Partei eine scharfe Absage erhalten hatte, und dass dort beschlossen wurde, die als *revisionistisch* verschrieene Politik des Parteivorstandes fortzusetzen. Gegen diese Entscheidung entfalteten die Unterlegenen in der Zwischenzeit eine Agitation, um die ihrer Ansicht nach bedrohten Prinzipien in ihrer Reinheit wieder herzustellen. Sie klagten über Untergrabung der Meinungsfreiheit — wie anders nehmen sich doch die Dinge aus, wenn man in der Minderheit, als wenn man in der Mehrheit ist! —, verlangten das Recht der uneingeschränkten Kritik, machten auch hiervon gleich ausgiebigen Gebrauch und verfassten eine Anklageschrift, in der sie dem Parteivorstand und der Fraktion ihre praktische parlamentarische Haltung und die daraus resultierenden zahlreichen Verstösse gegen die Prinzipien vorwarfen. Der Parteitag entschied indessen abermals gegen sie, er stellte sich ganz und gar auf die Seite des angegriffenen Vorstandes. Die einzelnen Tatsachen und ihre Konsequenzen werden in dieser Zeitschrift noch von der berufenen Feder eines holländischen Genossen ausführlich in ihrer Bedeutung dargelegt werden. Es erübrigt sich daher, an dieser Stelle die Einzelheiten anzugeben. Wir wollen hier nur noch kurz die Daten registrieren, die dem Parteitag in dem Bericht des Parteisekretärs vorgelegt wurden.

Die Partei hat im abgelaufenen Jahr ein eigenes Verlagsgeschäft gegründet, wofür eine Anleihe von 4000 fl. aufgenommen wurde. Die Redaktion des Zentralorgans wurde kollektiv gestaltet, ohne Chefredakteur. Zusammen mit den Gewerkschaften wurde eine Agitation für eine Erweiterung des Arbeiterschutzes eingeleitet, namentlich für den Zehnstundentag, das Verbot der Nachtarbeit und der Kinderarbeit. Ein Versuch, die *Nieuwe Tijd* in Parteieigentum überzuführen, scheiterte an der ablehnenden Haltung der gegenwärtigen *marxistischen* Redaktion, die Eigentümerin der Zeitschrift ist. Von besonderer Wichtigkeit ist der Entschluss, das Programm der Partei einer Revision zu unterziehen. Der Parteivorstand hat eine Kommission ernannt, die den Auftrag hatte, diese Revision einzuleiten und dem Parteitag entsprechende Vorschläge zu unterbreiten. Doch hat die Kommission ihre Arbeiten nicht beendet. Die *marxistischen* Genossen, die zu ihren Arbeiten herangezogen wurden, lehnten das Mandat ab, und die anderen Mitglieder kamen zu dem Ergebnis, dass die Programmrevision eine recht weitgehende werden müsste. Sie kamen daher überein, die Sache noch einmal dem Parteitag selber vorzulegen, der dann dafür sorgen sollte, dass die Kommission aus allen Elementen in der Partei zusammengesetzt würde. Die Presse der Partei besteht aus 1 täglich, 10 wöchentlich und einigen 14tägig und monatlich erscheinenden Blättern. Im Berichtsjahr wurden ferner 10 Broschüren ausgegeben. Die Partei zählt zurzeit 167 Organisationen mit 7471 Mitgliedern, gegen 150 Organisationen mit 6705 Mitgliedern im Vorjahr. In den grösseren Organisationen, vornehmlich in Amsterdam und im Haag, litt die Partei sehr unter den inneren Zwistigkeiten, daher dort die Mitgliederzahl nicht zunahm.

Der Parteitag votierte, wie gesagt, nachdem er in den Referaten Gorters und Troelstras Rede und Gegenrede gehört hatte, gegen die *marxistische* Gruppe. Die Kommission zur Revision des Parteiprogramms wurde bestätigt und durch einige Mitglieder ergänzt. Die Niederlage der *marxistischen* Gruppe ist diesmal eine endgültige. Doch hinterlässt sie nicht die Bitterkeit und Feindschaft, wie wir sie in anderen Ländern nach derartigen Entscheidungen leider kennen gelernt haben. Das Erfreuliche an den holländischen Parteiverhältnissen ist die

Tatsache, dass auch die Unterlegenen sich grosser persönlicher Achtung erfreuen, dass an ihren guten Motiven nicht gezweifelt wird, dass daher der sachlichen Niederlage jede persönliche Schärfe genommen ist. Es steht so zu hoffen, dass die Partei einer günstigen Entwickelung jetzt entgegen sehen kann.

× ×

England: Parteitag der *I. L. P.* Das grösste sozialistische Ereignis in England während der letzten Monate war der Parteitag der *I. L. P.*, der in Derby während der Osterwoche abgehalten wurde. Als ein Jahr des Fortschritts wurde das abgelaufene auf diesem Parteitag bezeichnet, an dem nahezu 250 Delegierte teilnahmen, und der von MacDonald geleitet wurde. Vielleicht das beste Zeugnis für den Weg, den die sozialistische Propaganda in England nimmt, ist die bemerkenswerte Vermehrung der Sektionen der *I. L. P.*, deren 170 neu gebildet wurden, so dass die *I. L. P.* jetzt 545 Zentren der Tätigkeit hat. Die Finanzen der Partei sind im selben Masse gewachsen, wie die Mitgliedschaft, ebenso der Absatz der Literatur. Die Partei hat jetzt 7 Mitglieder im Parlament, diese bilden einen integrierenden Bestandteil der Arbeiterpartei und arbeiten mit deren Gewerkschaftssektion in freundschaftlichster Weise zusammen, trotz der vielen Anstrengungen, die gemacht worden sind, Zwietracht zwischen Gewerkschaften und Sozialisten zu säen.

Der Parteitag beschäftigte sich eingehend mit der Frage des Frauenstimmrechts; er beschloss, für dieses einzutreten innerhalb der Grenzen, in denen jetzt der männliche Teil der Bevölkerung das Wahlrecht hat. Er trat ferner für die Altersunterstützung ein und beriet die Frage der ärztlichen Untersuchung der Kinder in den Volksschulen: es soll Sorge getragen werden, dass eine solche Untersuchung obligatorisch gemacht wird. An der Tätigkeit des Ministers John Burns wurde scharfe Kritik geübt, besonders wegen seiner Stellung zur Arbeitslosenversicherung. Seine politische Klugheit bewies der Parteitag wieder dadurch, dass er das harmonische Zusammenarbeiten mit den Gewerkschaften in der Arbeiterpartei energisch betonte, wie überhaupt der Zusammenhang mit den Gewerkschaften und die Unterordnung unter deren Bedürfnisse die Richtschnur der Parteipolitik bilden muss.

× ×

Italien: Parteizwist Was die sozialistische Gesamtpartei Italiens bis jetzt verhindert hat, das haben die sozialistischen Jugendorganisationen leichtherzig vollzogen: die offizielle Spaltung. Ihr Kongress, der vom 24. bis zum 27. März in Bologna tagte, begann gleich mit einem heftigen Streit zwischen den *Syndikalisten* auf der einen, den *Integralisten* und *Reformisten* auf der andern Seite. Die Trennung lag von vornherein in der Luft, und sie war eine beschlossene Tatsache, ehe noch davon gesprochen wurde. Das ist psychologisch begreiflich. Die jungen Leute von 16 bis 18 Jahren haben nicht die politische Besonnenheit und Ruhe der erfahrenen Parteigenossen. Sehr bezeichnend ist, dass auf diesem Kongress die *Syndikalisten*, die in der Gesamtpartei nur noch eine kleine Minderheit bildeten, die Mehrheit hatten. Der *Syndikalismus* ist eben seinem Wesen nach Jugendlichkeit und Unreife, und es zeigt sich, dass Turati recht hatte, der von je über die Jugendorganisationen sich lustig machte und der Meinung war, dass man die aktive Politik ruhig vertagen könnte, bis man 18 Jahre alt geworden sei. Bei der entscheidenden Abstimmung erhielten die *Reformisten* und *Integralisten* 51 Stimmen gegen 76 der *Syndikalisten*; sie verliessen hierauf den Saal und hielten einen eigenen Kongress ab.

Sind die *Syndikalisten* so bei den Sechzehnjährigen in der Mehrheit geblieben, so bedeutet diese Spaltung doch gleichzeitig einen weiteren Schritt zu ihrer völligen Verdrängung aus der Gesamtpartei, deren Grenzen sie längst überschritten haben. Zurzeit tobt ein heftiger Kampf zwischen dem Zentralorgan der Partei, dem *Avanti*, und der *Azione*, dem Blatt der *Syndikalisten*. Es scheint so, als ob die *Azione* ihr Dasein aus einem Reptilienfonds gefristet hat, wovon ihr Herausgeber wahrscheinlich selber nichts gewusst hat, was aber doch zeigt, dass man in Regierungskreisen den *Syndikalisten* als Sturmbock gegen den Sozialismus betrachtet und benutzen will.

Die *Syndikalisten* wollen nun in nächster Zeit einen eigenen Kongress einberufen. Durch ihren definitiven Exodus aus der Partei, der nachgerade unvermeidlich wird, wird der Schwerpunkt der politischen Tätigkeit innerhalb des Sozialismus wieder in die Gruppe der *Reformisten* verlegt werden, denen ihrer

politischen und geistigen Qualifikation nach die Führerschaft zukommt, die diese aber infolge der Zahlenverhältnisse, wie sie durch den Zusammenhang mit den *Syndikalisten* sich gestaltet hatten, an den *Integralismus* haben abgeben müssen, freilich an einen *Integralismus* mit *reformistischer* Direktive (vergl. den Artikel Bissolatis *Die Entscheidung in Rom* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1906, 2. Bd., pag. 921). Wie die Sache jetzt steht, scheint die Abspaltung der *Syndikalisten* in der Tat das einzige Mittel darzustellen, um die Partei von den ewigen Konflikten zu befreien, unter denen ihre Werbekraft so sehr zu leiden hat. Der politische Einfluss, den sie in früheren Jahren im Parlament hatte, ist durch diese Zwistigkeiten zum grössten Teil geschwunden, und es wird sehr grosser Arbeit bedürfen, um die Verwüstungen, die der *Revolutionarismus* und sein legitimes Kind, der *Syndikalismus*, angerichtet haben, wieder auszugleichen. In Florenz wurde am 14. April ein neuer sozialdemokratischer Abgeordneter gewählt: in diesen trüben Zeitläuften hat der an sich nicht bedeutende Sieg für die Partei etwas ungemein Tröstliches, er gibt neuen Hoffnungen Raum.

× ×

Kurze Chronik Unter dem 15. April erliess der deutsche Parteivorstand einen Aufruf über die Maifeier; er empfahl direkt, »überall dort, wo die Gewissheit besteht, dass die Arbeitsruhe am Maitag zu einer Aussperrung führt, unter den obwaltenden Umständen von einer Arbeitsruhe abzusehen«. Aus den Pressäusserungen, die sich an diese politisch bemerkenswerte Kundgebung des Parteivorstandes schlossen, ist die Äusserung des *Vorwärts* hervorzuheben, dass ein *Entweder-oder* nur »in der grauen Theorie« leicht zu stellen sei: eine Anschauung, der der praktische Politiker wohl stets wird beistimmen können. × Der Streit zwischen den deutschen und tschechischen Sozialdemokraten Wiens um die Reichsratskandidatur in Favoriten (vergl. pag. 252) ist durch eine verständige Nachgiebigkeit der tschechischen Genossen beigelegt worden. × Das jüdische sozialistische Organ in New York, der *Vorwärts*, hat Anfang April sein 10jähriges Bestehen gefeiert; das Blatt hat jetzt 60 000 Abonnenten, es hat alle anderen Parteiorgane in den Vereinigten Staaten hinter sich gelassen. × Die französischen *unabhängigen* Sozialisten haben Ostern in Lyon einen Kongress abgehalten, auf den noch zurückgekommen werden soll. × Der Fall Bernhard (vergl. pag. 322) hat seine Erledigung dadurch gefunden, dass Bernhard seinen Austritt aus den Charlottenburger Verein und aus der Partei erklärt hat. × In den englischen sozialistischen Kreisen erregt es grosse Genugtuung, dass Sydney Olivier von der *F. S.* zum Gouverneur von Jamaica ernannt worden ist. Olivier war mehrere Jahre bereits in amtlicher Eigenschaft in Jamaica und ist in Westindien ebenso populär, wie in England unter seinen sozialistischen Genossen. In der sozialistischen Bewegung war er jahrelang auch aktiv tätig; sein neuestes, hochinteressantes Buch *Weisses Kapital und farbige Arbeiter*, das in dieser Zeitschrift noch behandelt werden wird, ist in der *Socialist Library* der *I. L. P.* erschienen.

JOSEF BLOCH

Gewerkschaftsbewegung

Auer † Auch die Gewerkschafter stehen trauernd am Grabe Ignaz Auers, in dem sie einen guten Freund und Förderer ihrer Sache verloren haben. Konzentrierte sich seine Kraft im letzten Jahrzehnt seines Wirkens auch mehr und mehr auf die politische Arbeiterbewegung, so bekundete er doch stets auch reges Interesse für die Gewerkschaften. Nur ein oberflächlicher Beurteiler dieses einzigartigen Mannes kann sich damit begnügen, ihn aus einer gelegentlich hingeworfenen Bemerkung heraus zum Gegner der Gewerkschaften zu stempeln; die Gewerkschafter selbst, die sein reiches Wirken im Dienste der Arbeitersache immer wieder aus nächster Nähe beobachten konnten, wissen ihn besser zu würdigen. Sie wissen, dass sie gerade in ihm einen Mann verloren haben, der die grosse Bedeutung der gewerkschaftlichen Arbeit für den Befreiungskampf des Proletariats richtig erkannt hatte, und der sich deshalb, wo es not tat, auch für die Gewerkschaften einsetzte.

Früh schon hat Auer auch in der gewerkschaftlichen Bewegung eine Tätigkeit entfaltet. So gründete er 1872 für seine Berufskollegen eine Organisation, den Sattlerverband, dessen Leitung er einige Jahre in Händen hatte. Aber auch über seinen Beruf hinaus war er gewerkschaftlich tätig, überall organisierend, überall die Einigung der Arbeiterbewe-

gung fördernd. So versuchte er auch eine Einigung zwischen den gewerkschaftlichen Organisationen der Holzarbeiter herbeizuführen, die damals, ebenso wie die Parteigenossen, in *Eisenacher* und Lassalleaner gespalten waren, wobei es ihm passierte, dass er vom 1. deutschen Tischlerkongress, der vom 6. bis 10. Oktober 1872 in Berlin tagte, ausgewiesen wurde, weil er *Eisenacher* und zudem noch — Sattler war, der in die Angelegenheiten der lassalleanischen Tischler nichts hineinzureden hatte. Im Jahre 1875, nach dem Tode Theodor Yorks, versah er längere Zeit auch interimistisch die Geschäfte der Leitung der Yorkschen Holzarbeitergewerkschaft. Auch unter dem Sozialistengesetz wirkte er aufopfernd für die Gewerkschaften, was seine mehrjährige Redaktionstätigkeit im *Gewerkschafter*, dem Tabakarbeiterorgan, beweist. In der Folge hat er des öfteren in die Streitigkeiten zwischen Partei und Gewerkschaften eingegriffen. Es ist da manches harte Wort gefallen, auch von seiner Seite; in gewerkschaftlichen Kreisen hat man ihn das nie entgelten lassen, wusste man doch gut genug, was man an Auer hatte: einen Freund der Gewerkschaften. Mit wie feinem Verständnis Auer die gewerkschaftliche Bewegung zu beurteilen wusste, das hat er noch in seinem Artikel *Partei und Gewerkschaft* in den *Sozialistischen Monatsheften* (1902, 1. Bd., pag. 3 ff.) bewiesen, wo er über die Neutralität der Gewerkschaften und über ihre Stellung zur Partei sagte: »Die wahre Neutralität der Gewerkschaften, die sich in der Aufnahme aller Berufsgenossen zeigt, hindert diese nicht, mit anderen Organisationen, die ehrlich bestrebt sind, die Lage der Berufsgenossen zu heben, zu gemeinsamer Arbeit in Verbindung zu treten. Dieser Neutralität wird jeder Parteigenosse und Gewerkschafter zustimmen müssen. Den wirklichen gewerkschaftlichen Aufgaben wird jeder Parteigenosse seine Unterstützung angedeihen lassen müssen; nicht jeder Gewerkschafter aber braucht Sozialdemokrat zu sein.« Nur ein guter Kenner und warmer Freund der Gewerkschaften konnte so schreiben. Und das war Auer. Deshalb werden ihm die Gewerkschafter stets auch ein gutes Angedenken bewahren.

× ×

Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands In Nr. 14 des *Korrespondenzblatts* erschien der Rechenschaftsbericht der *Generalkommission* über die Zeit vom 1. Mai 1905 bis zum 31. Dezember 1906. Er enthält sehr viel Beachtliches über den jetzigen Stand der deutschen Gewerkschaftsbewegung, soweit sie sich in der *Generalkommission* konzentriert. Eingangs wird die Gesetzesvorlage, betreffend die gewerblichen Berufsvereine, charakterisiert. Über die Aussichten eines solchen Gesetzes im neuen Reichstag heisst es dort: »Die gegenwärtige Zusammensetzung des Reichstags dürfte es der Regierung kaum geraten erscheinen lassen, mit dieser Vorlage wieder zu kommen, weil sie das konservativ-liberale Ehebündnis zur Auflösung bringen könnte. Oder aber, der Liberalismus müsste so weit gekommen sein, dass er um des lieben Hausfriedens willen einem Gesetz zustimmt, das dazu dienen wird, die gewerkschaftliche Tätigkeit der Arbeiter zu behindern.« Eingehend wird auch über den Streit zwischen Partei und Gewerkschaften berichtet, der nach dem Kölner Kongress anhub und bis zum Mannheimer Parteitag währte. Doch wollen wir uns ein nochmaliges Eingehen auf alle diese Dinge mit Rücksicht auf den beschränkten Raum dieser Rundschau versagen.

Die *Generalkommission* rechnet mit einem Mitgliederbestand von 1 800 000 am Jahresschluss 1906, das wäre seit Erscheinen des letzten Berichtes, also innerhalb der letzten zwei Jahre eine Zunahme um knapp 700 000 Mitglieder. Der Bericht würdigt weiter die Bedeutung der Heimarbeitausstellung, die dank der Opferwilligkeit der Gewerkschaften mit einem Überschuss von zirka 3200 M. abschloss. Hiervon wurde der *Generalkommission* 1612,14 M. überwiesen, welche Summe nebst weiteren 10 000 M. aus der Kasse der *Generalkommission* zur Agitation gegen die Heimarbeit verwandt wurde. Der *Generalkommission* haben sich im Laufe der letzten zwei Jahre die Verbände der Schirmmacher und der Photographen angeschlossen. Zu den von der *Generalkommission* zur Förderung der Agitation in einzelnen Bezirken eingesetzten und unterstützten Korporationen traten in der Berichtsperiode die Agitationskommission für Nordbayern in Nürnberg und die für Südbayern in München. Eine weitere Agitationskommission mit dem Sitze in Breslau wurde für Schlesien und Posen gegründet. Für das Kattowitzer Sekretariat wurde ein zweiter, für das elsass-lothringische ein erster Beamter angestellt. Zur Förderung der Agitation unter den Arbeite-

rinnen wurde am 1. Oktober 1905 das Arbeiterinnensekretariat eingesetzt, dem die Genossin I. Altmann vorsteht. Für die Bezirkssekretariate wurden im Jahre 1906 40 173,20 M., für die sonstige Agitation 28 581 M. verausgabt. Für die Unterrichtskurse, deren 1906 erstmalig 3 von je 4 Wochen Dauer abgehalten wurden, und deren künftig jährlich 3 von je 5 Wochen Dauer abgehalten werden sollen, wurden 6211,31 M. verausgabt. Eine Vermehrung der Zahl der von der *Generalkommission* regelmässig aufzunehmenden Statistiken soll nicht stattfinden, doch sollen alle diese Statistiken künftig als Beilagen zum *Korrespondenzblatt* erscheinen, um so besser zu einem Band statistischer Beilagen vereinigt zu werden. Alle Bemühungen beim Reichsamt des Innern auf Beseitigung des kriminalistischen Beigeschmacks der amtlichen Streikstatistik sind gescheitert, so dass die Gewerkschaften nach wie vor an dieser Statistik nicht mitwirken können. Das *Korrespondenzblatt* erscheint jetzt in einer Auflage von 21 000, *L'Operaio Italiano* erscheint jetzt wöchentlich in 12 300 (Anfang 1905 4900), die *Oswiata* in 6000 (3700). Die Abrechnung pro 1906 weist eine Reineinnahme von 242 766,32 M. (1904 154 716,14 M., 1905 210 559,41 M.) und eine Reinausgabe von 190 557,10 M. (1904 94 183,58 M., 1905 131 497,91 M.) auf. An Ausgaben sind noch zu nennen für das *Korrespondenzblatt* 34 505,60 M., für *L'Operaio Italiano* 11 668,18 M., für die *Oswiata* 9549,60 M., für das Zentralarbeitersekretariat 11 531,27 M. Die *Generalkommission* verfügte Ende 1906 über ein Vermögen in Höhe von 254 764,94 M.

× ×

Aussperrungen Das Interesse des Gewerkschafters wird gegenwärtig besonders auf einige grössere Aussperrungen gelenkt. In erster Linie ist hier die grosse Aussperrung in der Holzindustrie zu nennen, auf deren Entstehung wir bereits im Märzheft hingewiesen haben. Dieser Kampf hat sich jetzt weit über Gross-Berlin ausgedehnt. Zunächst wurden die Tischler in Kiel, dann die Tischler in Burg unter Vertragsbruch ausgesperrt. Weiter wurde am 1. April die Aussperrung auf Leipzig, Dresden, Görlitz und Halle ausgedehnt, wo die Unternehmer auf diesen Zeitpunkt die mit dem Holzarbeiterverband abgeschlossenen Verträge gekündigt hatten, und 14 Tage vorher war auch in Barmen eine partielle Lohnbewegung der Tischler von den Unternehmern zum Anlass einer Aussperrung genommen worden. Trotz dieser räumlichen Ausdehnung bewegt sich die Aussperrung, die nun schon über ein Vierteljahr währt, in verhältnismässig beschränkten Grenzen. In Gross-Berlin, wo Anfang Februar rund 10 000 Holzarbeiter ausgesperrt waren, war die Ausgesperrtenziffer Mitte April auf 5500 herabgesunken, dazu kamen zu dieser Zeit in Kiel 371, in Burg 130, in Barmen 50, in Görlitz 146, in Leipzig 890, in Dresden 308, in Halle 125, so dass die Zahl der Ausgesperrten an diesem Zeitpunkte noch nicht 8000 erreichte, also um 2000 hinter der höchsten Ziffer im Berliner Kampfe zurückblieb. Bei diesem Umfang der Aussperrung ist es dem Holzarbeiterverband ein leichtes, den Kampf erfolgreich durchzuführen; deshalb versuchen es die Unternehmer, denen die Sache schon schwere Opfer verursacht hat, die Maifeier zum Anlass einer weiteren Ausdehnung der Aussperrung zu machen. So bald dürfte dieser Kampf noch nicht beendet werden.

Von ebenso grosser Bedeutung, wie die Tischleraussperrung, ist die Aussperrung im Schneidergewerbe. Dieser Kampf ist die Wiederholung einer ähnlichen Aussperrung vor 2 Jahren. Jetzt, wie damals, wurde die Tarifbewegung der Gehilfen in einigen Orten von den organisierten Unternehmern zum Anlass eines grossen Machtkampfes mit dem Schneiderverband genommen. Auch hier nahm die Aussperrung ihren Ausgang in Berlin, wo die Unternehmer die Forderung der Gehilfen mit einer allgemeinen Aussperrung beantworteten. Hierauf griff die Zentralleitung des Arbeitgeberverbandes ein und stellte dem Schneiderverband das Ultimatum, in Berlin und den anderen Orten, wo eine Tarifbewegung eingeleitet war, unbesehen und widerspruchslos den von den Unternehmern vorgelegten Tarifvertrag anzunehmen, da sonst in den beteiligten Orten die Aussperrung aller Gehilfen erfolge. Die Leitung des Schneiderverbandes lehnte natürlich diese entehrende Zumutung der Unternehmerorganisation ab. Diese stellte hierauf den Gehilfen ein neues Ultimatum, in allen Orten, wo gestreikt werde, bis zum 2. April die Arbeit zu den von den Unternehmern diktierten Bedingungen wieder aufzunehmen, im anderen Falle unverzüglich die

Generalaussperrung der Gehilfen von allen organisierten Unternehmern durchgeführt werde. Natürlich ist auch dieses Ultimatum von den Gehilfen abgelehnt worden, so dass die angedrohte Aussperrung am 2. April perfekt geworden ist. Der Kampf erstreckte sich nur auf 35 Städte, und 10000 Gehilfen waren von ihm betroffen, während auch hier die Unternehmer mit 30000 Ausgesperrten gerechnet hatten. Nach 3wöchiger Dauer ist der Kampf mit einem Teilerfolg der Gehilfen beendet worden. Die Unternehmer haben ihren in der Vertragsfrage teilweise erhebliche Zugeständnisse machen müssen.

Auch im Hamburger Hafen tobte wieder einmal ein grosser Kampf. Die Hafenarbeiter hatten sich geweigert, weiter die Verpflichtung unbegrenzter Nachtarbeit zu übernehmen. Daraufhin proklamierte der aus Grossreedern zusammengesetzte *Hafenbetriebsverein* Anfang März eine allgemeine Hafenarbeiteraussperrung, und das, obwohl der Verein anerkennen musste, dass dem Handel aus der Verweigerung der Nachtarbeit Nachteile nicht erwachsen seien. Es kam zur Aussperrung von rund 5000 Hafenarbeitern, die noch aufrechterhalten wurde, nachdem die Arbeiter ihre Bereitwilligkeit erklärt hatten, Nachtarbeit zu verrichten. Auch dieser Kampf ist schliesslich nach 7wöchiger Dauer in der dritten Aprilwoche beendet worden, und zwar mit einem Achtungserfolg der Arbeiter. Nach den mit den Reedern getroffenen Vereinbarungen werden die englischen Streikbrecher so bald, als möglich, abgeschoben. In Bezug auf die Nachtarbeits- und Lohnfrage wurde eine vorläufige Regelung getroffen; es soll bis 1. Oktober möglichst ein geregelter Tages- und Nachtschichtwechsel zu Einführung gelangen. Zur Regelung von Differenzen wird eine Kommission eingesetzt; bis zu deren Bildung werden die strittigen Fragen von den Vorsitzenden der Arbeitgeber- und der Arbeiterorganisation erledigt, was von besonderem Interesse ist, da sich der Kampf hier, wie im Schneidergewerbe und in der Holzindustrie, letzten Endes um Sein oder Nichtsein der Arbeiterorganisation drehte. Darin, dass man den Hafenarbeiterverband schliesslich doch anerkannte, liegt der grösste Erfolg dieses Kampfes.

Schliesslich ist noch eine Aussperrung der Maler und Anstreicher in Rheinland-Westfalen zu erwähnen, die sich auf mehrere westdeutsche Städte erstreckt und ähnliche Ursachen hat wie die vorgenannten Kämpfe, ferner eine Aussperrung in den Werftbetrieben der Unterweser, die ebenfalls grössere Dimensionen anzunehmen scheint.

× ×

Kurze Chronik Im Brauerverband wurde an Stelle des verstorbenen Genossen Bauer durch Urabstimmung Genosse Etzel in Hamburg zum Vorsitzenden gewählt. × In den Gewerkschaften der Nahrungsmittelindustrie wird gegenwärtig eine Urabstimmung vorgenommen über die Frage der Verschmelzung dieser Organisation mit dem Bäckerverband.

ERNST DEINHARDT

Genossenschaftsbewegung

Arbeitsbedingungen Am 15. März fand in Magdeburg eine Zusammenkunft der Tarifkommission des *Zentralverbandes deutscher Konsumvereine* mit den Vertretern des Lagerhalterverbandes statt, die zunächst über die endgültige Fassung eines Dienstvertragsentwurfs beschloss, der damit den Verbandsvereinen als Grundlage für die abzuschliessenden Lagerhalterverträge empfohlen wird. Durch diesen Vertrag ist nun auch die schwierige Frage der Belastung oder Gutschrift von Über- und Untermankos geregelt worden. Die Festlegung der Mankovergütung selbst bleibt dem zu schaffenden Tarifvertrag überlassen. Die Konferenz kam jedoch bereits über diesen Punkt zu einer Einigung, dahingehend, dass bei Vereinen mit Zentrallager ½, bei solchen ohne Zentrallager 1 % Mankovergütung gewährt werden solle; ausserdem auf Wurst-, Fleisch- und Fettwaren 2 % extra. Die weiteren Verhandlungen über den Abschluss eines Lohn- und Arbeitstarifes wurden bis nach dem Genossenschaftstage vertagt.

Auch die am folgenden Tage stattfindende Konferenz mit den Vertretern der Handlungsgehilfen gelangte zu dem Schlusse, dass bei dem jetzigen Stande der Tarifverhandlungen an einen Abschluss vor dem Genossenschaftstage nicht gedacht werden könne. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der in den Kontoren und Zentrallagern beschäftigten Handlungsgehilfen sollen vorläufig örtlichen Abmachungen unterliegen, die dann später als Grundlage für die ab-

zuschliessenden Verträge dienen können. Die vom 10. bis 13. März in Kassel abgehaltene Generalversammlung des Bäckerverbandes nahm mit 50 gegen 7 Stimmen den eine Reihe Veränderungen zu gunsten der Angestellten enthaltenden neuen Tarifvertrag an, der dem kommenden Genossenschaftstage an Stelle des alten gekündigten vorgelegt werden soll.

× ×

Tabakarbeitergenossenschaft Das 16. Geschäftsjahr 1906 brachte der Hamburger *Tabakarbeitergenossenschaft* eine Steigerung ihres Umsatzes von 577 543 auf 729 805 M. = 26 %. Der Anteil der Konsumvereine an diesem Umsatz betrug 60 % gegenüber 58,4 % im Jahre 1905, 56,4 % in 1904, 53 % in 1903, 49 % in 1902 und 43 % in 1901. Am meisten gestiegen ist der Umsatz in den mittleren Sorten, besonders in der Preislage 46 bis 48 M.; doch ist die Genossenschaft trotz der von ihr gezahlten gewerkschaftsmässigen Löhne auch in den billigsten Qualitäten leistungsfähig. Das finanzielle Ergebnis ist diesmal ein weniger günstiges, was auf die kolossale Steigerung der Rohmaterialienpreise zurückzuführen ist. Diese betrug bei einzelnen Tabaksorten bis zu 50 % und mehr. Infolgedessen ist der Bruttogewinn von 55 191 auf 30 981 M. zurückgegangen und erlaubt diesmal nur die Verteilung einer 2prozentigen Rückvergütung an die Abnehmer und eines ebensolchen Lohnzuschlages an die Arbeiter, gegenüber 4 % im Vorjahre. Die Zuweisung an das Reservekapital beträgt 4583 M., wodurch dieses auf 144 094 M. steigt. Dazu kommen die Geschäftsanteile in Höhe von 62 613 M. Die geschäftliche Fundierung der Genossenschaft ist also eine sehr solide. Die Mitgliederzahl betrug am Schluss des Geschäftsjahres 261 gegen 281 Ende 1905.

× ×

Italien In Italien hat vor allem eine Art von Produktivgenossenschaften festen Fuss gefasst: die *società dei braccianti,* die Handarbeitergenossenschaften. Diese Genossenschaften werden gewöhnlich ohne grössere Kapitalien gebildet, um die Ausführung gewisser öffentlicher Arbeiten (Eisenbahn-, Strassen-, Kanalbauten, Deichanlagen usw.), daneben aber auch die landwirtschaftlicher, besonders Erntearbeiten, zu übernehmen. Es wird meist kolonnenweise gearbeitet; die Genossenschaft bürgt dabei als Ganzes für die Arbeit ihrer einzelnen Mitglieder. Eine der bekanntesten derartigen Genossenschaften ist die der Erdarbeiter, *Associazione dei braccianti di Ravenna.* Sie wurde 1883 ins Leben gerufen, um der immer bedrohlicher sich gestaltenden Arbeitslosigkeit unter den Landarbeitern abzuhelfen. Da auch die Industrie keine genügende Arbeitsgelegenheit bot, so übernahm die Genossenschaft Bodentrockenlegungs- und Flusskorrektionsarbeiten. Sie verfolgte den Zweck, durch gleichmässige Verteilung des vorhandenen Arbeitsquantums die schmerzlichsten Folgen der Arbeitslosigkeit zu mildern und die bis dahin aus Mangel an Beschäftigung sich feindlich gegenüberstehenden Arbeiter zu organisieren und dadurch die Löhne zu erhöhen. Die *Associazione* fand die Unterstützung der Gemeinde und der Sparkasse und konnte infolgedessen bereits im ersten Jahre für 121 833 l. Arbeiten liefern, wobei sie einen Überschuss von 9028 l. erzielte. Dieser Erfolg ermutigte die Arbeiter zu immer zahlreicherem Anschluss, und Ende 1905 zählte die Genossenschaft 2775 Mitglieder. Vor kurzem hat sich die *Associazione* mit ähnlichen Genossenschaften anderer Provinzen zu einer Organisation zusammengeschlossen, die den Zweck hat, die Wanderung der Landarbeiter nach Süditalien und Sardinien zu leiten, welche Gegenden durch die überseeische Auswanderung gänzlich verödet sind.

× ×

Belgien: Genossenschaftstag Der am 17. und 18. März in Gent abgehaltene Kongress des Verbandes belgischer Arbeiterkonsumvereine konnte mit Genugtuung eine fortschreitende Entwickelung der Zentralstelle, die zugleich als Grosseinkaufsgesellschaft fungiert, konstatieren. Die Zahl der angeschlossenen Vereine stieg von 99 im Jahre 1905 auf 101 im Jahre 1906, der Warenumsatz von 2 247 842 auf 2 500 000 fr., der Überschuss betrug diesmal 26 930 fr. Diese Entwickelung der geschäftlichen Institution macht die Verlegung des Verbandssitzes von Brüssel nach der alten Handelsstadt Antwerpen notwendig, die denn auch einstimmig beschlossen wurde. Den interessantesten Teil des Kongresses bildeten die Verhandlungen über das Verhältnis der Produktiv- zu den Konsumgenossenschaften. Auch in Belgien hat sich ein gewisser Gegensatz zwischen beiden Ge-

nossenschaftsarten herausgebildet, indem häufig von Arbeitergruppen Produktivgenossenschaften gegründet werden, die dann auf die Unterstützung der Konsumvereine rechnen, ohne dafür die nötigen Voraussetzungen zu bieten. Der Kongress nahm daher eine Motion an, die unter Anknüpfung an die Resolution von 1905 betonte, dass Produktivgenossenschaften nur dann Anspruch auf die Unterstützung der Arbeiterpartei haben, wenn ihre Gründung vorher vom Verbandskongress gebilligt wurde, und die weiter den Wunsch ausspricht, dass die genannten Genossenschaften Zweiganstalten des Verbandes sein sollen. Endlich beschloss der Kongress im Prinzip noch die Errichtung einer Genossenschaftsmühle und forderte die Genossenschaftsbuchdruckereien auf, sich über die Errichtung einer Papierfabrik zu verständigen.

× ×

Kurze Chronik Der nächste internationale Genossenschaftskongress, der vom 13. bis 25. September in Cremona stattfinden wird, wird folgende wichtigste Punkte behandeln: die internationale Organisation des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens; die Genossenschaft als Helferin der industriellen und landwirtschaftlichen Arbeiterbevölkerung im täglichen Leben; die Bedeutung der genossenschaftlichen Grosseinkaufsorganisation; die Rolle der Frau in der Genossenschaft. × Der Breslauer Konsumverein hat im 41. Geschäftsjahr 1906 seine Mitgliederzahl von 83 279 auf 85 073 gesteigert. Der Umsatz, der in 69 Warenverkaufsstellen, 3 Kohlenniederlagen und 8 Seefischverkaufsstellen erzielt wurde, betrug 16 933 452 M., der Nettoüberschuss 2 055 657 M. Der Verein besitzt eine Riesenbäckerei, eine Kaffeerösterei und eine Mineralwasserfabrik. × In einem Prozess des Pforzheimer Konsumvereins gegen den dortigen Rabattsparverein der Händler wurde letzterem bei einer Strafe von 1000 M. für jeden Fall der Zuwiderhandlung untersagt, die Behauptung zu wiederholen, dass die Waren des Konsumverein teurer oder minderwertiger seien, als die der ortsansässigen Kaufleute. × Auf einer in London abgehaltenen Delegiertenversammlung der Südsektion des britischen Genossenschaftsbundes wurde einstimmig eine Resolution angenommen, die die Festsetzung eines Minimallohnes für die verschiedenen Klassen von Genossenschaftsarbeitern und Angestellten verlangt. × Für den auf dem Genossenschaftskongress in Paisley beschlossenen Bau eines Verwaltungsgebäudes des britischen Genossenschaftsbundes sind bereits 60 000 M. von den Verbandsvereinen aufgebracht worden. Auch ist in Manchester schon ein passender Bauplatz erworben. × Die junge Grosseinkaufsgesellschaft *Hangya* der ungarischen Konsumvereine hatte im letzten Jahre einen Umsatz von rund 1 600 000 M., das ist 72 000 M. mehr, als im Vorjahre. Die Zahl der Vereine stieg von 707 auf 852. GERTRUD DAVID

Frauenbewegung

Reichstagswahlen Die verflossenen Monate standen auch für die Frauen im Zeichen der politischen Propaganda und Agitation. Die bürgerlichen Frauen haben an den Reichstagswahlen ausschliesslich im Dienste des sogenannten *nationalen Blocks* teilgenommen. Dabei ist eine bedauerliche politische Unklarheit und Unreife in der Weise zu tage getreten, dass man mit Zähigkeit an der Fiktion einer parteilosen bürgerlichen Frauenbewegung und eines eben solchen Stimmrechtsverbandes festhielt. »Dass der Stimmrechtsverband als solcher über den Parteien steht, ist so selbstverständlich, dass es kaum der Erwähnung bedarf. . . . Nur, dass Abgeordnete in die Parlamente kommen, die wahren Fortschritt und wahren Liberalismus vertreten«, soll entscheiden. So heisst es in der *Zeitschrift für Frauenstimmrecht*. Und dann legt man dies über den Parteien stehen so aus, dass man niemals gegen Bebel und Vollmar, »die zu den ersten und besten Vertretern unserer Parlamente gehören« arbeiten würde, nicht aber, wie es angesichts der vorgeblichen Parteilosigkeit und der dem Wahleintreten zu grunde gelegten Kriterien doch selbstverständlich wäre, für solche Leute, oder etwa für einen Bernstein, den man in Breslau einem Konservativen zum Opfer brachte, für einen Gradnauer, der in Dresden als einziger der Kandidaten sich rückhaltlos als Vertreter der Frauensache bekannt hatte. Eine ausserordentlich rührige und vergleichsweise zielklare Agitation entfalteten die bürgerlichen Frauen von Frankfurt a. M. Sie hatten es allerdings auch insofern leichter, als der dort in Frage kommende Kandidat der demokratischen

Partei sich öffentlich als Freund der Frauensache erklärt hatte. Wenn übrigens den bürgerlichen Frauen die Gabe der Rückerinnerung und Selbstbesinnung in genügendem Masse eigen wäre, so hätten sie auch in diesem Falle an die durchaus platonischen und gänzlich unverbindlichen Erklärungen denken müssen, die der jüngste Parteitag der Demokraten in München in Sachen der kommunalen und sonstigen politischen Frauenrechte abgab, sowie an die mehr als schwächliche Haltung der liberalen Gruppen bei Gelegenheit des auch die Frauen einschliessenden sozialdemokratischen Wahlrechtsantrages vom Frühjahr 1906. Aber alles dies, einschliesslich der unberechtigten Zurückweisung der Frauen bei Wahlversammlungen usw. konnte den Enthusiasmus der bürgerlichen Wahlkämpferinnen nicht dämpfen. Die proletarischen Frauen haben im Wahlkampfe ihre Schuldigkeit getan. Sie sind zu den Wahlversammlungen gekommen, sie haben sowohl in der organisatorischen, wie in der agitatorischen Wahlarbeit und in vielen Fällen fast über die Kraft sich betätigt.

× ×

Wahlrecht In England, der Vorwacht bürgerlicher Freiheit, haben sich in Sachen des doch eigentlich längst spruchreifen Bürgerrechts der Frau traurige Dinge vollzogen. Der 7. Jahreskongress der britischen Arbeiterpartei hat die Probe nicht völlig bestanden. Mit 605 000 gegen 268 000 Stimmen erklärte man sich gegen die dem Parlament vorliegende Vorlage, die den Frauen das Wahlrecht unter den selben Bedingungen sichern will, unter denen heute die Männer zu wählen haben (vergl. die Rubrik *Sozialistische Bewegung*, pag. 250). Man erklärte sich dahin, dass dieses, ein Zensuswahlrecht, kein erstrebenswertes Ziel sei und man für Frauen und Männer gleich auf das Ganze eines uneingeschränkten Wahlrechts losgehen wolle. Gerade, als ob die Erlangung des heute auch den Männern zugebilligten Teilrechtes für die Frauen den endgültigen Verzicht auf jedes Weiteragitieren im Sinne des allgemeinen und gleichen Wahlrechtes bedeutet! Wenn solches am hoffnungsgrünen Holze einer Arbeiterpartei geschehen kann, dann ist es mehr als begreiflich, wenn die englischen Vorkämpferinnen der Stimmrechtssache zur Selbsthilfe greifen und Demonstrationen veranstalten, von der Art, wie die vom Februar, die an sich gewiss weder der Frauensache selbst, noch auch dem Parlamente, gegen das sie sich richten mussten, zur Zierde gereichen. Im Prinzip haben diese Frauen recht; es ist bedauerlich, dass man auf dem Kontinent im allgemeinen so wenig Verständnis für den ethischen und idealen Kern dieser tumultuarischen Kundgebungen hat. Am 8. März ist im Parlament, trotz des warmen und ehrlichen Eintretens des Premierministers, Sir Campbell Bannerman, ein Antrag, die Ausdehnung des bestehenden Wahlrechts auf die Frauen betreffend, totgeredet worden. Die Antipartei hat mit dieser Verschleppungspolitik noch einmal einen Sieg errungen. Ebenso ergebnislos verlief eine neueste Demonstration der Frauen am 20. März.

Die Beteiligung der Frauen an den australischen Bundeswahlen vom Dezember 1906 war viel stärker, als vor 3 Jahren. Noch niemals verlief die Wahlhandlung so ruhig. Auf Betreiben der Frauen waren die Schenken geschlossen, und jede Parteiagitation im Umkreis von 100 m. Entfernung von den Wahlbureaus untersagt worden.

Die französischen Genossen haben sich, getreu dem Parteibeschluss von Limoges, bereit erklärt, sich der Sache der Frauen in der französischen Volksvertretung anzunehmen, selbst auf die Gefahr hin, vorübergehend dadurch den Einfluss der Klerikalen zu stärken.

In überzeugender Weise begründete Luzzatti im italienischen Parlament die wirtschaftliche, geistige und sittliche Notwendigkeit des Frauenstimmrechtes. Die italienische Verwaltung macht freilich noch keinerlei Anstalten, der neuen Strömung Rechnung zu tragen. Hat doch der oberste Gerichtshof sogar den Spruch von Ancona kassiert, der einigen unter Berufung auf unanfechtbare Rechtstitel darum nachsuchenden Frauen das kommunale Wahlrecht gewährt hatte.

Die schwedischen Frauen, auch die Sozialistinnen, entfalten eine rege Agitation zu gunsten des Frauenstimmrechtes. Am 6. Februar wurde dem Reichstag eine 142 128 Namen auf sich vereinigende Petition überreicht.

Belgien hat nun auch einen Frauenstimmrechtsverein bekommen, und die sozialistischen Frauen haben auf ihrem Brüsseler Kongress, am 23. Dezember, sich mit dem Eintritt der Genossen in die Stimmrechtsbewegung beschäftigt.

Für den neuen finnischen Landtag wurden von allen Parteien auch weibliche Kandidaten aufgestellt. Die Frauen entfalteten eine lebhafte Tätigkeit. Der Erfolg hat ihre Mühen gelohnt. Neben einer Reihe anderer Frauen wurden 2 Sozialistinnen in den Landtag gewählt. Zum erstenmal ziehen Frauen als gleichberechtigte Mitglieder in ein europäisches Parlament ein. Damit ist der Frauensache ein grosser Sieg errungen und eine wichtige Etappe auf dem Wege der Gleichberechtigung und Gleichschätzung der Geschlechter erreicht. An den Frauen ist es nun, zu zeigen, dass sie mit Ehren den Platz ausfüllen können, auf den das Vertrauen ihrer Mitbürger sie gestellt hat.

Interessant ist die Zusammenstellung einer englischen Zeitschrift, aus der die wachsende Beteiligung der Frauen an den Wahlen in Neuseeland hervorgeht. Im Jahre 1893 wurden von Frauen 90 290, 1896 108 783 und 1902 138 565 Stimmen abgegeben.

In Neusüdwales sind durch den Einfluss der wahlberechtigten Frauen Gerichtshöfe für Jugendliche geschaffen und die Wettbureaus geschlossen worden.

Dagegen konnte es geschehen, dass in Österreich die Gründung eines Frauenstimmrechtsvereins untersagt wurde.

× ×

Mutterschutz Die Generalversammlung des *Bundes für Mutterschutz*, die vom 12. bis 14. Januar in Berlin stattfand, zeigte ein erfreuliches Fortschreiten auf der ganzen Linie. Das beweist sowohl der in der Januarnummer der interessanten Zeitschrift *Mutterschutz* erstattete Bericht über die praktische Betätigung des Bundes, als auch die Wahl und Behandlung der die Generalversammlung beschäftigenden Themata. Im letzten Halbjahr 1906 wurden im ganzen 180 Frauen beraten, und ein Teil davon durch werktätige Hilfe dem Untergang entrissen. Von den behandelten Fragen liegen die meisten auf dem Gebiet des gesundheitlichen, wirtschaftlichen und rechtlichen Mutterschutzes mit besonderer Betonung der Rechtsvertretung der Unehelichen. Namentlich hervorzuheben im Sinne eines allgemeinen, von der standesamtlichen Rubrizierung völlig absehenden Mutterschutzes ist das Referat des Professors Mayet über Mutterschaftsversicherung, das indes, wie alle bis jetzt zu dem Gegenstand vorliegenden Arbeiten, noch recht sehr des festen statistischen Fundamentes entbehrt, da bislang die wesentlichsten bezüglichen Unterlagen noch nirgends gegeben sind. Von grossem rassehygienischen Interesse war das Referat und die Diskussion über Heiratsbeschränkungen. In Schlesien ist eine Ortsgruppe des Bundes gegründet worden, ebenso in Mannheim. Auch Österreich hat vor kurzem die Gründung eines solchen Bundes vollzogen, und im Grossherzogtum Hessen steht die Gründung einer Zentrale für Säuglingspflege und Mutterschutz bevor. Es steht mit Sicherheit zu erwarten, dass in den nächsten Jahren die Frage, insbesondere des praktischen Mutterschutzes, den ihr zukommenden breiten Raum innerhalb der Frauenbewegung und aller am Volkswohl interessierten Kreise einnehmen wird.

Der dänische Justizminister hat dem Reichstag einen Gesetzentwurf vorgelegt, der die Alimentationsberechtigung in besserer Weise, als bisher, regelt und dem unehelichen Kinde bei zweifellos nachweisbarer Vaterschaft den gleichen Erbanspruch, wie dem ehelichen, sichert.

× ×

Butler † Am 30. Dezember ist in Josephine Butler der abolitionistischen Bewegung die treueste und hingebungsvollste Vorkämpferin gestorben. Eigenes schweres Leid hatte die edle Frau zu einer unvergleichlichen Trösterin und Helferin jener Unglücklichsten gemacht, die die Verhältnisse in den tiefsten Sumpf des Lebens hinabstossen, und denen die pharisäische Gesellschaft jedes Sichwiederaufrichten und jede Milde versagt. Von Mensch zu Mensch hat sie mit den sogenannten *Gefallenen* verkehrt, manch einer von ihnen ein schützendes Obdach und Asyl bereitet, alle ihre reichen Kräfte an die Lösung ihrer hochherzigen Aufgabe gesetzt und in ihrem Kreuzzug gegen Reglementierung und Doppelmoral Hass, Kämpfe, Verfolgungen und Demütigungen jeder Art auf sich genommen. Im Jahre 1880 hat sie die Schrecken des Mädchenhandels aufgedeckt und den ersten Anstoss zu einer Bekämpfung gegeben. Ihr sind an allererster Stelle die Erfolge zu verdanken, die die abolitionistische Bewegung seither zu verzeichnen hat. Und ist gleich die Achtundsiebzigjährige, kampfesmüde, dahingegangen, ihr grosses Beispiel wird fortwirken, bis das Ziel, das sie ihrem

Streben und damit ihren Anhängern gesetzt hat, in würdigster Form erreicht sein wird.

× ×

Arbeiterinnen-Interessen In den ersten Märztagen fand in Berlin eine Konferenz zur Förderung der Arbeiterinneninteressen statt (vergl. die Rubrik *Sozialpolitik*, pag. 317). Über Lohnfrage und Arbeitszeit, über Koalitionsrecht, Organisations- und fachgewerbliche Bildungsfragen, über das gewerbliche Wahlrecht, die Teilnahme an der Verwaltung der Krankenkassen, über Schutzbedürftigkeit und Schutzmassnahmen für die Arbeiterin als Hausfrau und Mutter wurde in sachkundiger und durchaus begrüssenswerter Weise verhandelt. Dass die Gewerkschaften sich von der Beteiligung ausgeschlossen haben, ist nicht nur bedauerlich, sondern vielleicht ein Fehler. Das Argument, dass durch derlei Bestrebungen der Sozialdemokratie der Wind aus den Segeln genommen werden solle, ist keines. Bestände eine solche, übrigens durchaus unbewiesene, geheime Nebenabsicht wirklich, so könnte nichts ihr besser entgegenwirken, als ein tapferes Mitein-treten der gewerkschaftlichen Instanzen des arbeitenden Volkes.

× ×

Kurze Chronik Die Koedukation macht erfreuliche Fortschritte. In Baden waren von September 1905 bis 1906 im ganzen 951 Mädchen in höheren Knabenschulen eingeschult. Auf Beschluss des Schulvorstandes wird von Ostern ab die höhere Bürgerschule der oldenburgischen Stadt Brake in eine berechtigte Realschule für Knaben und Mädchen umgewandelt. × In England ist unter dem Vorsitz von Dr. Alice Drysdale eine neomalthusianische Frauenliga gegründet worden. × Ende Januar fand in Berlin die Gründung einer liberalen Frauenpartei statt, die alle auf dem Boden einer nationalen Politik und umfassenden Sozialreform stehenden Frauen vereinigen will. × Als eine Illustration zu unserer Ehegesetzgebung muss die Tatsache gelten, dass die Berliner Armenverwaltung in einem einzigen Jahre für 30000 eheverlassene Frauen zu sorgen hatte. × Da das Königreich Preussen die obligatorische Fortbildungsschule für Mädchen noch nicht besitzt, gehen immer mehr Städte dazu über, auf ortsstatutarischem Wege diese so nützliche und notwendige Einrichtung als Obligatorium zu schaffen. So in jüngster Zeit Kattowitz, Nauen, Aschersleben und Kolberg. HENRIETTE FÜRTH

KUNST

Dichtkunst

Erzählungen Es gibt Bücher, die den Menschen nötigen, vollkommen das Geleise seiner gewöhnlichen Pflichten und Betätigungen zu verlassen. War er ernst vorher und gesetzt und massiv in seinem Wesen, so hüpft er jetzt lachend und jubelnd über die Erde, so reckt er die Hände zur Sonne empor und weiss nicht, wie so viel erleichternder Frohmut plötzlich seine Seele erhob. Ist einer ein grader, tändelnder Mensch gewesen, der seine Stunden mit Spässen und Schnurren ausfüllte und nur ein Hansdampf in allen Gassen war, so rafft er plötzlich alle Kräfte seines Innern zusammen, um priesterlich und heilig und geweiht zu werden. Bücher von solcher Art können Revolutionen unter den einzelnen und den Tausenden anfachen. Solch Buch war der *Werther* gewesen, über dessen schmerzliche Gewalt noch die chinesischen Mandarinen ihre Klagen laut werden liessen. Solch Buch war der *Nathan* gewesen, dessen moralische Überschwänglichkeit türkischen Paschas den schärfsten Fanatismus tötete und die reinste Menschenliebe erweckte. Heinesche Verse klangen so zermalmend und besiegend, dass walachischen und albanischen Hirten über so viel schmelzende Weichheit dicke und echte Tränen in den dichten Filzbart kollerten. Die Zahl derartig mächtiger Bücher ist sehr gering, und doch geizt eine grosse Anzahl von Poeten danach, Werke so heftiger Suggestionsfähigkeit unter die Menschheit zu schleudern. Mit modernen Schriftstellern, die von diesen Absichten geschwellt sind, will sich die gegenwärtige Rundschau beschäftigen. Eine Auslese ist gegeben. Aber die Auswahl gewährt vielleicht einen zureichenden Einblick in die geistige Artung und Zusammensetzung des Typus.

Er ist vor allem zu begrenzen. Die hier gemeinten Literaten sind nicht naiv. Sie wollen mit Bewusstsein und Überlegung erreichen, was Goethe und Lessing und Heine aus einer kaum erklärbaren Genialität gelang. Sie setzen sich zurecht, tauchen die Feder ein und beginnen, in ihrem Dichtwerke die Reife oder auch

die Unreife von Jahren niederzulegen. Die Idee, die aus den Werken des naiven Genies nachträglich erst herausgeschält, herausgefunden und herausgetiftelt wird, ist für die bewussten Revolutionäre das treibende Element. Man ist im stande, bei ihnen allen einen beträchtlichen Mangel an Form festzustellen. Sie besitzen entweder bloss die Macht, dürr und logisch zu erzählen, oder sie drängen planvoll das Gedankliche in den Vordergrund, hierüber das Spielende, das Formelle, das rein Schöne, das Artistische vernachlässigend. Man tut diesen Autoren meist unrecht, wenn man sie ästhetisch einschätzt. Sie wollen nach ihrem Hirn gemessen sein. Aber andererseits hat der unbestochene, ehrliche Literaturrichter einzuräumen und pathetisch zu betonen, dass Dichtwerke dieser Gattung nicht das Ewige, das wahrhaft Poetische bedeuten, dass sie eine minderwertige Gestaltungskraft verraten, dass trotz allen Widerstrebens einer angesehenen Geschmacksgemeinde das Artistische das allein Wertvolle, zu Preisende und zu Lobende ist. Jeder Wille, aus einer Überlegung entsprungen, ist dem Kunstgebilde schädlich und feindlich. Die Empfindung, die Bilder, Visionen und Träume schaffende Phantasie ist die höchste Kunstmacht. Je weniger von diesen Gottesgaben zu verspüren ist, desto schlechter ist die Dichtung.

Die Behauptung sei an Beispielen erklärt. Da hat Lothar Brieger-Wasservogel einen Roman bei Richard Schröder in Berlin herausgegeben, der *René Richter* betitelt ist und im Untertitel die *Entwickelung eines modernen Juden* heisst. Der Verfasser ist ein schwärmerischer Jüngling, eine von den harmonielosen, herumgeschleuderten Naturen der Gegenwart, die sich rastlos aus allem Gedankenstoffe der modernen Zeit die leitende Weltanschauung herauslesen wollen. Ich sage *rastlos* und meine, dass sie unendlich fleissig sind, dass sie aber kein Ausruhen und Aufatmen kennen, dass sie nicht genug Mut und Resignation haben, um entschlossen vieles Kulturgut fortzuwerfen, damit sie von einem sich ganz und gar durchtränken können. Es ist notwendig, dass sie oberflächlich und hastig und fahrig werden, dass in ihr Temperament etwas Zerreissendes und Zerstörendes hässlich eingreift, dass die Produkte ihrer Feder Zeugnisse solcher Verworrenheit sind. Der René Richter des Romans ist ein jüdischer Jüngling, der nach geringen Fährnissen im Kaufmannsgewerbe bei der Tagesschriftstellerei landet. Er erholt sich aus dem Kultus des Übermenschentums zu einer gütigen Weltklugheit. Und als er nach kleinen erotischen Abstechern mit halben und vollkommenen Dirnen den Kuss keuscher Jungfrauenlippen gekostet hat, geht ihm ein sehr hehres Ziel auf. Das ist der zionistische Gedanke. Er will das Judentum aus seiner Sklaverei befreien. Er will ein Reich Zion heraufführen und begründen helfen und nach dem heiligen Boden Palästinas wandern, um an der Verwirklichung seiner Schwarmidee mit eigenem Schweisse und Fleisse zu arbeiten. Brieger-Wasservogel braucht seine Feder nun, um als Prediger das Schicksal René Richters zu einem allgemeinen, zu einem anspornenden und befeuernden zu erhöhen. Er will die Lehre in seinem Werke offenbaren, dass an dem Leben seines Lieblings Tausende der modernen Juden sich ein Beispiel nehmen mögen. Doch bleibt eben sein Wunsch etwas Erklügeltes. Das Schicksal René Richters ist nicht typisch, sondern ein wissenschaftlicher Schulfall. Die Form der Erzählung ist dem Buche angeflogen, nicht aus ihm unmittelbar erwachsen. Der Verfasser grübelt, aber er dichtet nicht. Er schreibt Programme und diplomatische Weckrufe nieder. Hier ist nicht zu diskutieren über Weltauffassungen, sondern über poetische Kraft. Und da besteht der eifernde Jüngling nicht. Nur einmal. Als er nämlich in einem Kapitel das Absterben einer Greisin berichtet. Da stellt er ohne Nebenabsichten ein Schicksal hin, rührend, zu Herzen gehend und einfach. Und er ist freundlichst anzugehen, dass er nur auf diesem Wege bleibe.

Und auch Grete Meisel-Hess, die Österreicherin, die für die Freiheit des Weibes flammt. Die Flamme züngelte aus ihr und wurde ein Buch von 413 Seiten, das sie *Die Stimme* /Berlin, Wedekind/ benannt hat. Eine Frau sucht nach dem Geliebten, der sie ohne Rest zwingt und entzückt. Sie hat Gesang in sich, der aber schweigt und stumm ist, solange nicht die Mannesseele zu ihr klang, der sie zujubeln darf, mit der sie zu einer Sphärenstimme ineinanderschmelzen könne. Den Mann findet die Frau. Er schwebt wie ein anbetungswürdiger Geist über dem Buche. Und wie sie mit ihm eines geworden ist, da beichtet ihm die Frau von all den halben Männern, von denen sie leer und ver-

bittert und enttäuscht ausging. Sie tut dies in Monologen und Tagebuchblättern. Diese bequeme, selten gelungene Form gibt Anlass zu Auseinandersetzungen, zu Definitionen der Liebe, der Zärtlichkeit, der Gemeinheit und der Weisheit. Aber auch Grete Meisel-Hess kann nichts anderes, als reden und vielleicht geistreich Paradoxe prägen. Sie kann nicht gestalten. Sie wollte revolutionieren mit ihrem Buche. Sie ist viel zu wenig naiv und ursprünglich, als dass ihr guter Wille gelänge. Es stehe anstatt aller Kritik einer ihrer Aphorismen hier: »Gibt es Halbjungfrauen, so gibt es auch Halbentjungferer. Die letzten Hemmnisse zwischen Ich und Du bringen sie nicht zum Fallen. Nicht vollständig werden sie mit ihrer Aufgabe fertig. Nicht gänzlich vermögen sie, sich des Weibes zu bemächtigen. Das Liebesverhältnis wird nicht komplett *konsumiert.* Die Präliminarien der Liebe und die ersten Präludien bewältigen sie, aber, was dann kommt, der schönste, aber auch der schwerste Teil, er bleibt ungenossen, unbewältigt, unkonsumiert.«

Noch eine andere Art gibt es, die welken Dinge der Welt endgültig zu töten. Das ist die Satire. Das ist eine unerbittliche, sehr gestrenge Kunstform, die vielleicht gar keinen Dilettantismus duldet. Es ist nichts unerträglicher, als mit ungenügender Begabung den Spott zu wetzen, und es mag dem wahrscheinlich pseudonymen J. Fürth zum Guten gerechnet werden, dass er in seinem modernen Märchenbuche *Phantasus* /ebenda/ herzhaft gegen faule und unerquickliche Menschenschäden die Lacher in Harnisch bringt. Gegen verstiegene Liebeszärtlichkeit, gegen Prüderie und politische Verlogenheit rückt der Verfasser ins Feld mit der galligen Schnödheit, die vom *Simplicissimus* in Mode gebracht ist. Das Verständnis für solchen Humor, der hier in modernen Märchen versteckt liegt, erfordert einen gewissen geistigen Reichtum, eine radikale Gesinnung und Ernüchterung über die Mangelhaftigkeit unserer Gegenwart. Die Märchen sind eine Freude der aus Angewöhnung oder Schicksal Leidenden. Ihre Bissigkeit erscheint trotz der beabsichtigten Schärfe stumpf.

× ×

Andrejew Dann hebt zum Schlusse ein wirklich gutes Buch in viel reinere und hellere Gefilde. Der Russe Leonid Andrejew hat dieses bei J. Ladyschnikow herausgegebene *Leben Vater Wassili Fiweiskijs* geschrieben. Das Buch zählt, das schaltet den Menschen aus seinem Alltag und treibt ihn, brennend und gebunden, einem Schicksale nachzugehen. So schlicht wird hier erzählt, so ganz ohne erschwitzten Aufwand an ungesunden Nerven. Nichts anderes ist berichtet, als der Untergang eines Popen, der aus angeborener Neigung alle die Ereignisse befördert, die seinen Ruin herbeiführen. Die Gattin, die vom Alkohol verseucht ist, die gnadlose Härte verdiente, lässt er durch seine Nachsicht immer tiefer in die Krankheit einsinken. Und sie richtet sich selber, ihn, seine Kinder, seine Habe, seinen Ruf zu grunde. Das ist jedoch so meisterhaft dargestellt, dass es weit über das Beste von Gorkij hinausgeht. Schon fängt die kritische Konvention an, sich einzubürgern, dass Andrejew mit Dostojewskij zusammengehört, dass er in der skizzierenden Geschichte erschöpft, was Dostojewskij im breiten, ausholenden Roman sacht malte: das Dämonische, das Gespensternde, Spukhafte, die Nachtseiten der Seele, ihre schrecklichen Wirrnisse und Düsterkeiten. Dieses Urteil ist falsch. Dostojewskij sah aus seinem grandios verzerrten Gemüte, aus seinem epileptischen Inneren die Menschen als Scheusale und Fratzen. Andrejew sieht diese Masken und fürchterlichen Missformen, diese unseligen, bis zum Wahnsinn entstellten Geschöpfe auch. Aber er sieht und begreift sie in gütiger Gesundheit. Er lebt nicht unter ihnen, als einer, dem auch das Kainsmal aufgedrückt ist. Er lebt sich in sie hinein. Er beobachtet und studiert sie, indem er mit fröhlicher Unerbittlichkeit der Interpret ihrer geistigen Nacht ist. Dostojewskij hat solche wohlige und heitere Laune des Schaffens nie gekannt. Es ist selbstverständlich, dass in diesem Urteile kein Tadel und keine Verkleinerung ausgesagt sind, dass nur zwei grundverschiedene Intellekte von einander getrennt werden sollten.

× ×

Kurze Chronik In einer sehr schönen Bibliophilenausgabe veröffentlichte Lothar Schmidt bei Georg Müller in München eine Übersetzung der *Bijoux indiscrets* des Diderot. Das sind ethische Anekdoten in sehr geistreicher, durch modernisiertes Deutsch wieder erfreulich gemachter Verkapselung. × Der Holländer Hermann Heijermans liess ein Schau-

spiel *Allerseelen* aufführen, das als Buch bei Fleischel in Berlin erschien. Kampf gegen engherziges Pfaffentum. Viel gute Gesinnung, übertriebene Zeterei und Unnatürlichkeit der Zwiesprache. Überhaupt keine Menschen, sondern wandelnde Begriffe des wackeren Soziologen Heijermans. × Auch in die Reihe der gross gewollten, aber winzig geglückten Bekenntnisbücher gehört eine Art enzyklopädischer Roman über Freuden und Leiden des Landlebens. Das Buch heisst *Sofiensruh*, stammt von S. Jansen und erschien bei J. Neumann in Neudamm. × In London ist im 76. Lebensjahre Lord Goschen gestorben, ein Nachkomme der berühmten Verlegerfamilie, die zu Schillers und Goethes Zeiten für die deutsche Literatur wertvolle Vermittlerdienste geleistet hat. MAX HOCHDOR

Musik

Programmmusik

Vielleicht werden künftige Generationen mit einem gewissen Neid auf uns sehen, dass wir Augenzeugen haben sein können bei jenem Kampfe, der sich seit Jahrzehnten vorbereitet hat. Schon die Romantik trug jene Zweiteilung in sich in formlos-sinnliche und formell- gedankliche Musik, deren stärkste Vertreter im 19. Jahrhundert Wagner und Brahms wurden; heute könnte man den Gegensatz *Strauss und Reger* nennen. Die Gegensätzlichkeit beider Richtungen war in dieser Saison besonders auffallend. Der wesentlichste Unterschied ist der, dass die einen sich als Medium betrachten, durch das die Hörer ein drittes hindurch sehen und fühlen sollen, während die anderen sich selbst geben. Jene wollen mittels der Musik ein drittes interpretieren, diesen ist die reine, absolute Musik Selbstzweck. Es ist einleuchtend, dass jene als blosse Interpreten bei weitem zahlreicher sind, als diese, denn die Interpreten brauchen nicht selber die Grösse ihres nicht ihnen gehörenden Stoffes zu haben. Sie brauchen nicht die grosse Erfindungsgabe des Schaffenden zu haben; nur ein feines Auge, um die Dinge richtig zu erkennen, eine gute Schulung, um sie richtig zu übersetzen in die Tonsprache und eine routinierte Technik, um diese Sprache auch überzeugend zu sprechen. Ob Geschmack in der Auswahl? Hier platzen die Meinungen innerhalb beider Strömungen hart auf einander; die Impressionisten werden die Frage überhaupt ablehnen.

Ertel wird sich gewiss dagegen auflehnen, dass man mit diesem Massstabe seine symphonische Dichtung *Pompeji* beurteilen wolle. Er würde entgegnen: Gerade so, wie es für den Maler gleichgültig ist, ob er einen Baum, eine Gestalt oder ein Interieur zum Vorwurf nimmt — natürlich nur bei der realistisch-impressionistischen Kunst —, wenn er den Stoff nur gut male, so ist es für den Musiker gleichgültig, ob er Tod und Verklärung, Hamlet oder den Ausbruch des Vesuvs darstellt, wenn die Darstellung nur gut ist. Dieses Lob kann man spenden: die Darstellung des Vesuvausbruchs ist durchaus gelungen. Der Vesuv kann nicht natürlicher toben, als Ertel. Man möchte sich mit den Pompejanern flüchten vor diesem Lärm und der glühenden Lava, die einen zu verfolgen scheint. Ist das aber noch zu billigen, den Hörer die ganzen Schrecken eines Unglücks durchleben zu lassen? Man versuche nicht, diese Kunst mit dem Hinweis auf Beethoven zu verteidigen, der in seiner 6. Symphonie in ähnlicher Weise ein Gewitter darstelle. Gegen Beethoven ist dies nur Panoramakunst. Beethoven erlebt das Gewitter, Ertel betrachtet es. Und hat Ertel in ähnlicher Weise auch den Vesuvausbruch *erleben* wollen, so zeigt sich hier das gänzliche Versagen des Künstlers: ihm ist nur an wenigen Stellen gelungen, was er erstrebt.

Glücklicher ist A. von Zemlinsky in seiner symphonischen Dichtung *Die Seejungfrau*. Doch fehlt auch bei ihm das Erleben. Man fühlt es an den Schwächen der Form: man erlebt nicht sprungweise; das, was dieser zerstückelten Form mit seinen abgerissenen Einzelheiten zu grunde liegt, muss konstruiert sein. Die wirkliche Natur kann nicht anders als gewachsen sein, sie hat niemand zusammengesetzt. So wäre es Natur, wenn die Fetzen dieser *symphonischen Dichtung* wieder auseinanderfielen; und dann könnte man in manchem der Stücke starke Originalität sehen. Zemlinsky hat eine Intensität in der Schilderung, in der er sich allerdings zuweilen zu weit gehen lässt, die etwa an die von Hamerling gemahnt.

Weniger dürfte das von Courvoisier gelten, dessen *symphonischer Prolog Olympischer Frühling* von der Münchener Kritik bei der Erstaufführung wohl gelobt wurde, aber mit der Einschränkung, dass auch die Ursprünglichkeit nicht gerade stark sei.

B u s o n i brachte eine ältere Komposition in neuer Bearbeitung (Ouvertüre zu einem Lustspiel) zur Aufführung. In der Form auch mehr aneinander gereihte Bilder, die in ihrer originellen Bizarrerie an Beardsley erinnern. Das stilisiert Perverse läuft stets auf Mache hinaus; so geschickt, wie Busoni, arbeiten aber nur wenige; geschickt besonders in der klugen Beschränkung seines Feldes; er wird es stets vermeiden, von seinem exotischen Gebiete abzuweichen, wohl wissend, dass hier seine Begabung aufhört. Bei dieser Gelegenheit sei einmal nachdrücklich darauf hingewiesen, dass Busoni immer noch, wie seit Jahren, in seinen *Modernen Orchesterabenden* eine Reihe unglaublich öder Komponisten an die Öffentlichkeit bringt.

Wollte ich auch S i b e l i u s zu dieser Gruppe der formlos-sinnlich schaffenden Musiker zählen, so scheint seine neue Symphonie in e-moll dem zu widersprechen. Es ist aber schliesslich nur das Alleräusserlichste, das ihn zum Formkünstler macht, in Wirklichkeit ist diese *Symphonie* ihrem Charakter nach auch nichts als eine *symphonische Dichtung;* und hätte Sibelius nicht diese Verkleidung gewählt, in der er sich so wenig natürlich bewegen kann, so wäre gewiss das Resultat glücklicher geworden. Bei seiner starken Begabung wäre dieser Finne wohl im stande, die Kunst in seinem eigensten Gebiete zu bereichern.

Auch J a m e s R o t h s t e i n geht jetzt auf Bahnen, die ihn nach der Strauss-schen Richtung führen. Nicht zu seinem Vorteil. Rothstein hat in früheren Kompositionen gezeigt, dass seine Erfindung, seine Inspiration nicht schwach ist; man hätte danach wohl von ihm noch etwas erwarten können. Damit, dass er jetzt auf das Gedankliche verzichtet, der Mode folgt, hemmt er selbst sein Talent. Ihm fehlt dasjenige, was Strauss zur Persönlichkeit macht: das Überzeugende. Bei Strauss fragt man nicht nach dem Gedanklichen, hier springt das Fehlen als Mangel in die Augen.

× ×

Oper

Bei weitem das Wertvollste auf dem Gebiete der sinnlich-interpretierenden Musik bot S c h i l l i n g s in der Oper *Moloch* (Erstaufführung in Dresden). Er versteht es, fein zu schauen und Geschautes wiederzugeben. Er versagt jedoch dort, wo er mit dem Nachspüren nach Vorhandenem nicht weiterkommt, wo er selbst erfindend ausfüllen muss. Man kann die differenziertesten Stimmungen wiedergeben durch Tonmalerei, wie Strauss es uns gelehrt hat, Grösse dagegen kann man nicht anders malen, als durch eigene Grösse in der Erfindung. Die fehlt Schillings. So gibt er in Wirklichkeit nur Hintergrund und Rahmen zur Molochgestalt, zu deren Ausfüllung dagegen ein bedeutenderer gehört, als Schillings es ist. Mir scheint, dass in Schillings gelungener Oper *Der Pfeifertag* die Grenzen seines Könnens bestimmt sind, die er in diesem neuen Werk überschritten hat.

Glücklicher in der Wahl des Stoffes — aber nur in der Wahl — ist D e l i u s (*Romeo und Julia auf dem Dorfe*). Das Dämonisch-Grosse war für Schillings von vornherein ein Unerreichbares. Hier verlangt das Idyll — wie Delius sein Werk statt des üblichen *Musikdramas* oder der unmodernen *Oper* bezeichnet — nichts, was nicht dem starken Talente des Komponisten zu bewältigen möglich wäre. Und doch liegt schon in der ganzen Art, wie Delius zugreift, für ihn die Unmöglichkeit des Gelingens. Die Kellerschen Gestalten sind durchaus plastisch empfunden; von diesem Plastischen geht durch das recht minderwertige Libretto das Wesentlichste verloren: das Leben. Aufgabe des Komponisten war es hier, dem im Wort Verblassten durch die Musik neue Färbung zu geben, die Gestalten wieder neu zu beleben. Der Stoff erforderte ein Schaffen, in dem etwa d'Albert oder Wolf-Ferrari gute Vorbilder gegeben hätten. Delius dagegen geht — was für die sämtlichen Musiker seiner Richtung, und nicht nur für die Musiker, charakteristisch ist — das Kellersche plastische Gefühl ab. Wäre er seiner Begabung gefolgt, so hätte er aus den Kellerschen Gestalten moderne Menschen gemacht. Das hat er getan, aber nicht tun wollen. Daher der grosse Widerspruch in dem Gegebenen und der Art, wie er gibt. Die Kellerschen Menschen haben durch die ganz moderne Stimmungsmalerei, durch das Müd-Nervöse im Psychologischen etwas ganz Unwahres bekommen. Delius stellt das Handeln von Naturen dar, die durch seine Zeichnung durchaus passiv geworden sind; wir glauben nicht an das, wovon der Künstler uns überzeugen will. Daher das erschlaffende Interesse, das uns nur an einzelnen gut gelungenen, rein lyrischen Stellen zum Geniessen kommen lässt.

× ×

Absolute Musik Zahlreich, aber wenig erfolgreich sind die Versuche, wieder die klassische Form der Sonate zu pflegen. Genügt in der Programmusik ein richtiges Schauen und eine gute Technik, um Beachtenswertes zu leisten, so ist in der absoluten Musik noch die Persönlichkeit nötig, die das Geschaute, Gefühlte verarbeitet zu einer Einheit. Denn der Aufbau der Sonate und jedes Sonatensatzes verlangt, dass jeder einzelne Gedanke mit jedem andern korrespondiert: es müssen die einzelnen Zellen, die zum Aufbau dienen, mehr sein, als die Summe von Zellen, nämlich ein Organismus, ein Lebendes. Das gibt den Symphonieen und Sonaten Beethovens und Brahms die überzeugende Kraft. Bei den Heutigen glauben wir nicht an das Wunder des Schaffens: der Organismus liegt vor uns mit all seinen Gelenken — man sieht aber die Maschine, die nur ein organisches Leben vortäuscht. Mag der Mensch Gott noch so viel abgucken, die Schöpfung des Organismus wird ihm doch nie gelingen. Georg Schumann in seiner Ouvertüre zu einem Drama, H. Kaun in seinem neuesten Klavierkonzert, Tovey (der wenig beachtete, ganz aussergewöhnlich begabte Kammermusikpianist) in seinem Klaviertrio, F. von Dohnányi in seiner Cellosonate und Klingler in seinem von starkem Talente zeugendem Es-Streichquartett arbeiten alle mit grossem Geschick, sie bringen Feinheiten über Feinheiten in der thematischen Verarbeitung, sie handhaben die Form oft mit Meisterschaft, und doch — die Summe der Zellen ergibt keinen Organismus. In keinem dieser Werke ist die Wechselwirkung der einzelnen Gedanken und der Sätze eine solche, dass jedes Stückchen des Ganzen in seiner Stellung durch das Ganze bedingt wird, zu einem Notwendigen gemacht wird. Das ist ja das Geheimnis der Form überhaupt: durch die Wechselbeziehungen der Partikel wird das Leben geschaffen, nicht durch ihre Konstellation. Das Kunstwerk muss sein wie ein Universum, in dem jedes Teilchen gehalten wird durch das Ganze, nicht durch die benachbarten Teilchen. Dieses universale Schaffen ist nur dem Genie gegeben; das Talent muss sich mit der nächst tieferen Stufe begnügen. Die kleinere Form erfordert nicht jene Schöpferkraft, hier ist die Vollendung auch dem Begabten verstattet. Hier hat das Genie nicht Gelegenheit, über das Talent hinauszuragen; und der genügsameren Talente gibt es auch unter uns eine Anzahl. Die *Intermezzi Goldoniani* von F. Bossi sind bescheidene Charakterstückchen, in denen man in die tändelnde Heiterkeit vergangener Zeiten versetzt wird. Ähnlich drei *einfache* Stücke *Albumblatt, Rondo* und *Variationen* von Hugo Kaun, der darin sowohl in der Instrumentation, wie in der Form sich auf sein eigenstes Gebiet beschränkt, das er, wie wenige seiner Zeitgenossen, beherrscht.

Ziehen wir das Fazit, so haben wir wenig Anlass, auf das Resultat stolz zu sein. Ein starker Zuwachs an Novitäten, ein stetes in die Breite Gehen. Man darf mit einer gewissen Resigniertheit die Frage nach der Bereicherung stellen.

× ×

Kurze Chronik Zwei Jubiläen zogen die Aufmerksamkeit auf die Kunst Russlands. Am 15. Februar feierte man den 50. Todestag Glinkas, des nationalsten unter den romantischen Musikern überhaupt. Der mehr epigonenmässige, aber stets geschmackvolle Vertreter der russischen Tonkunst Balakirew vollendete seinen 70. Geburtstag. × In München starb Ludwig Thuille im Alter von 45 Jahren. Er tat sich hervor auf dem Gebiete der Liedkomposition im Stile Hugo Wolfs, in den kleineren Formen der Insturmentalkunst und in der Oper (*Lobetanz,* Text von Bierbaum).

× ×

Literatur Im Laufe etwa eines Jahres erschien in 4 Abteilungen eine neue *Universalmusikgeschichte* von Karl Storck bei Muth in Stuttgart. Es ist kein Zufall, dass es gerade zu Weihnachten abgeschlossen vorlag, denn es ist ein typisches Buch für den Weihnachtstisch und typisch für die ganze heutige Musikliteratur. Ich möchte es einen *Baedeker für Musikgeschichte* nennen. Storck ist nicht Wissenschaftler, nur mehr ein geschickter Tagesschriftsteller. So sucht er zusammen, was er für den gebildeten Normalmenschen für das Wichtigste und Verständlichste hält. Er vermeidet zum Beispiel alle Vertiefung in ästhetische Probleme. Das Hauptgewicht legt er vielmehr darauf, den einzelnen Künstler im Rahmen seiner Zeit, jede Epoche als tragendes und verbindendes Glied der Kulturgeschichte darzustellen und die Darstellung für das Durchschnittspublikum zu verdünnen.

ERNST AARMANN

VERANTWORTLICH FÜR DIE REDAKTION HERMANN REHLÄNDER IN REHFELDE · VERLAG DER SOZIALISTISCHEN MONATSHEFTE G. M. B. H. IN BERLIN · DRUCK VON CARL ROSEN IN BERLIN